

Datenreport 2011

EIN SOZIALBERICHT FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
BAND I

Datenreport 2011

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

Band I

Herausgeber:

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB),
Zentrales Datenmanagement

in Zusammenarbeit mit

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP)
am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Datenreport 2011

Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

Band I

Bonn 2011 in der Reihe Zeitbilder

Copyright dieser Ausgabe: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

www.bpb.de

Redaktionell verantwortlich Band I und II

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Gernot Dallinger

Statistisches Bundesamt (Destatis): Renate Koenig und Ilka Willand

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB): Roland Habich

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar.

Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Grafische Konzeption und Layout, Umschlaggestaltung: space5 design UG, Köln

Infografik: Andrea Härtle, space5 design UG, Köln

Titelillustration: Martin Haussmann, Köln (www.haussmann-illu.de)

ISBN 978-3-8389-7050-9

Die elektronische Fassung finden Sie auf den Webseiten der beteiligten Institutionen

www.bpb.de

www.destatis.de/publikationen

www.wzb.eu/publikationen/datenreport

Vorwort

Der Datenreport, den die Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin und dem SOEP am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung 2011 in der 13. Auflage herausgibt, gehört mittlerweile zu den Standardwerken für all jene, die sich schnell und verlässlich über statistische Daten und sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland informieren wollen. Die Statistik ermöglicht es, sich einen Überblick etwa über die Bevölkerungsentwicklung, den Arbeitsmarkt, den Gesundheitssektor bis hin zu Fragen politischer Partizipation zu verschaffen. Durch die wissenschaftliche Einordnung ergibt sich ein Gesamtbild der Lebensverhältnisse unserer Gesellschaft. Damit sind zwar die Grundlagen für einen rationalen politischen Diskurs gelegt, die Lösungen gesellschaftlicher Probleme aber nicht vorgegeben – sie müssen im demokratischen Willensbildungsprozess gefunden werden.

Journalisten, Studierende, aber auch Fachleute aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Verwaltung erhalten mit dem Datenreport ein übersichtlich gestaltetes Handbuch, das sie mit den notwendigen Zahlen, Fakten und Argumenten versorgt, um an den öffentlichen Debatten zu den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Trends in unserem Lande teilzunehmen.

Der Datenreport ist damit nicht nur ein Sozialbericht über den Zustand der Republik, sondern ein wichtiges Instrument politischer Bildung. Er ermöglicht es den Nutzern, sich ein eigenes, begründetes Urteil zu bilden.

Der Präsident
der Bundeszentrale für politische Bildung
Thomas Krüger

Einleitung

Mit dem »Datenreport 2011« präsentieren die amtliche Statistik und die sozialwissenschaftliche Forschung ihren Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland in der 13. Auflage. Die erfolgreiche Kooperation zwischen dem Statistischen Bundesamt und der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung begann 1985 durch eine Initiative der Bundeszentrale für politische Bildung. Mit der Erstellung des ersten gemeinsamen »Datenreport 1985« und der von Professor Wolfgang Glatzer und Professor Wolfgang Zapf herausgegebenen empirischen Studie »Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland« wurden Empfehlungen umgesetzt, die Professor Hans-Jürgen Krupp und Wolfgang Zapf bereits 1972 in ihrem Gutachten »Die Rolle alternativer Wohlstandsindikatoren bei der Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« formuliert hatten.

Aktuell wird der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum, Lebensqualität und Wohlfahrt wieder neu diskutiert und steht in der aktuellen politischen und wissenschaftlichen Debatte weit oben auf der Tagesordnung. Vor allem das Unbehagen mit dem Bruttoinlandsprodukt als »Universalindikator für gesellschaftliche Wohlfahrt« hat zu unterschiedlichen Aktivitäten geführt. Im Januar 2011 nahm die vom Deutschen Bundestag eingesetzte Enquetekommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« ihre Arbeit auf.

Das Bruttoinlandsprodukt ist nach wie vor eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen. International vergleichbar und aussagekräftig – vor allem zur Beobachtung der Konjunkturentwicklung – wurde es in den letzten Jahrzehnten oft auch als Indikator für Wohlstand und Fortschritt verwendet. Aktuelle Diskussionen hinterfragen, ob die einseitige Ausrichtung auf Wirtschaftswachstum, gleichbedeutend mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, automatisch zu gesellschaftlichem Fortschritt und höherer Lebensqualität für die Menschen führt. Dazu kommt die Frage der Nachhaltigkeit: Inwieweit generiert die heutige Generation Wirtschaftswachstum auf Kosten der nachfolgenden Generationen durch die Vernichtung natürlicher Ressourcen oder eine zunehmende Staatsverschuldung, die den finanziellen Spielraum in Zukunft immer mehr einschränkt? Zum anderen wird bemängelt, dass die nicht-materielle Seite der Lebensqualität zu wenig beleuchtet wird.

Der französische Staatspräsident Sarkozy berief im Februar 2008 eine hochrangig besetzte, internationale Expertenkommission, die sogenannte Stiglitz-Sen-Fitoussi Kommission ein. Sie sollte Vorschläge erarbeiten, wie die wirtschaftliche Leistung und der soziale Fortschritt einer Gesellschaft künftig besser statistisch gemessen werden kann. Schon allein die Tatsache, dass fünf der 25 Mitglieder Nobelpreisträger waren, gab dieser Kommission eine herausragende Bedeutung. Gemessen am Umfang der Aufgabe stand der Kom-

mission wenig Zeit für ihre Arbeiten zur Verfügung. Sie stellte ihren Abschlussbericht mit Vorschlägen zur Verbesserung der statistischen Berichterstattung bereits im September 2009 in Paris der Öffentlichkeit vor. Der Bericht betont einerseits die Bedeutung von Daten zur Verteilung von Wohlstand und geht andererseits konkret auf die Messung von Aspekten ein, die nach Ansicht der Kommission für die Lebensqualität der Menschen von großer Bedeutung sind: Gesundheit, Bildung, persönliche Aktivitäten einschließlich Erwerbsarbeit, politische Partizipation und Qualität der Staatstätigkeit, soziale Beziehungen, Umwelt, persönliche und wirtschaftliche Unsicherheit. Außerdem enthält der Bericht Vorschläge zur Nachhaltigkeitsmessung.

Für die neue Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« wurden ehrgeizige Ziele gesteckt: Sie soll den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft ermitteln, einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator entwickeln sowie Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt aufzeigen. Dabei sind vor allem Aspekte wie materieller Lebensstandard und Verteilung von Wohlstand, soziale Inklusion und sozialer Zusammenhalt, Qualität der Arbeit, Gesundheit, Bildungschancen, soziale Sicherung und politische Partizipation sowie die von den Bürgern wahrgenommene Lebensqualität zu berücksichtigen. Viele der genannten Themen finden sich auch im

Datenreport wieder. Hier werden die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und der sozialwissenschaftlichen Forschung zusammengeführt, so dass ein differenziertes Bild der Lebensverhältnisse in Deutschland entsteht. Die dargestellten Ergebnisse können zur Beantwortung vieler der vermeintlich neu gestellten Fragen herangezogen werden und Anregungen für die weitere Debatte liefern.

Die amtliche Statistik ist mit ihren umfangreichen, vielfältigen und kontinuierlich durchgeführten Erhebungen nach wie vor der wichtigste Anbieter von Informationen über die Lebensverhältnisse und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Datengrundlage ist jedoch für eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung ebenso notwendig. Sie ergänzt und bereichert das Informations- und Analysepotential der amtlichen Daten.

Mit ihren speziell für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipierten sozialwissenschaftlichen Repräsentativerhebungen stellt die wissenschaftliche Sozialberichterstattung Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die häufig nicht von der amtlichen Statistik erhoben werden, wie z. B. subjektive Wahrnehmungen, Einstellungen und Bewertungen.

Mit seiner umfassenden Beschreibung der Lebensverhältnisse in Deutschland stellt der Datenreport den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft hand-

lungsrelevante Informationen zur Verfügung. Seine wichtigste Aufgabe ist allerdings – als ein von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichter Sozialbericht – dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit und des Bildungssystems in einer demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden.

Seit seinem erstmaligen Erscheinen vor über 25 Jahren hat der Datenreport deutlich an Themen und Gewicht zugelegt. Aus diesem Grund erscheint die gedruckte Ausgabe in Form von zwei Bänden. Die elektronische Fassung finden Sie wie immer auf den Internetseiten der beteiligten Institutionen.

Die Herausgeber
Berlin/Wiesbaden,
im August 2011

Zeichenerklärung

In den Tabellen wurden folgende Zeichen verwendet:

| | |
|-----|--|
| – | nichts vorhanden |
| . | Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten |
| ... | Angaben fallen später an |
| x | Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu |
| / | keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug |
| () | Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist |

Inhalt

| | | |
|---|---|-----|
| | Vorwort | 5 |
| | Einleitung | 6 |
| | 1 Bevölkerung | |
| ■ | 1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung | 11 |
| | 2 Familie, Lebensformen und Kinder | |
| ■ | 2.1 Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertagesbetreuung | 25 |
| ■ | 2.2 Kinderlosigkeit | 42 |
| ■ | 2.3 Einstellungen zu Familie | 45 |
| | 3 Bildung | |
| ■ | 3.1 Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget | 49 |
| | 4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor | |
| ■ | 4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen | 71 |
| ■ | 4.2 Außenhandel | 79 |
| ■ | 4.3 Verbraucherpreise | 83 |
| ■ | 4.4 Öffentliche Finanzen und öffentlicher Dienst | 85 |
| | 5 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit | |
| ■ | 5.1 Arbeitsmarkt | 97 |
| ■ | 5.2 Situationen und Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt | 109 |
| ■ | 5.3 Verdienste und Arbeitskosten | 117 |
| | 6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung | |
| ■ | 6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung | 131 |
| ■ | 6.2 Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung | 151 |
| ■ | 6.3 Einkommen – Verteilung, Angleichung, Armut und Dynamik | 162 |
| | 7 Sozialstruktur und soziale Lagen | |
| ■ | 7.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung | 173 |
| ■ | 7.2 Soziale Mobilität | 180 |
| ■ | 7.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund | 188 |
| ■ | 7.4 Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen | 193 |
| ■ | 7.5 Einstellungen und Kontakte zu Ausländern | 200 |
| | 8 Wohnverhältnisse und Wohnkosten | |
| ■ | 8.1 Wohnverhältnisse und Wohnkosten | 207 |

Datengrundlagen und Autorinnen und Autoren folgen in diesem Band nach Seite 214
Stichwortverzeichnis in Band II

Inhalt Band II

| | | |
|-----------|--|-----|
| 9 | Gesundheit und soziale Sicherung | |
| ■ | 9.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesundheitsversorgung | 215 |
| ■ | 9.2 Gesundheit, Einstellungen und Verhalten | 240 |
| ■ | 9.3 Gesundheitliche Ungleichheit | 247 |
| ■ | 9.4 Soziale Sicherung | 259 |
| ■ | 9.5 Zur Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in den alten und neuen Bundesländern | 280 |
| <hr/> | | |
| 10 | Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung | |
| ■ | 10.1 Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung | 287 |
| ■ | 10.2 Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit | 297 |
| <hr/> | | |
| 11 | Räumliche Mobilität und regionale Unterschiede | |
| ■ | 11.1 Verkehr und Verkehrsinfrastruktur | 303 |
| ■ | 11.2 Art und Umfang der räumlichen Mobilität | 315 |
| ■ | 11.3 Regionale Disparitäten | 320 |
| <hr/> | | |
| 12 | Umwelt und Nachhaltigkeit | |
| ■ | 12.1 Umweltökonomische Trends und Nachhaltigkeit | 331 |
| <hr/> | | |
| 13 | Freizeit und gesellschaftliche Partizipation | |
| ■ | 13.1 Freizeit und Mediennutzung | 341 |
| ■ | 13.2 Religiosität und Säkularisierung | 354 |
| ■ | 13.3 Zivilgesellschaftliches Engagement | 358 |
| <hr/> | | |
| 14 | Demokratie und politische Partizipation | |
| ■ | 14.1 Teilnahme am politischen Leben | 365 |
| ■ | 14.2 Politische Integration und politisches Engagement | 371 |
| <hr/> | | |
| 15 | Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen | |
| ■ | 15.1 Subjektives Wohlbefinden | 377 |
| ■ | 15.2 Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen | 385 |
| ■ | 15.3 Einstellungen zur Rolle der Frau | 393 |
| <hr/> | | |
| 16 | Deutschland in Europa | |
| ■ | 16.1 Grunddaten zur Europäischen Union | 399 |
| ■ | 16.2 Lebensbedingungen und Wohlbefinden in Europa | 417 |
| <hr/> | | |
| | Datengrundlagen und Autorinnen und Autoren | 427 |
| | Stichwortverzeichnis | 435 |

■ Statistisches Bundesamt (Destatis)

■ WZB/SOEP


1 Bevölkerung

1.1 Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung


Claire Grobecker
Elle Krack-Roberg
Bettina Sommer

Daten über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung gehören zum grundlegenden Informationsbedarf für fast alle Bereiche von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Politik benötigt sie, weil viele Entscheidungen – beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitswesen – nur auf der Grundlage gesicherter bevölkerungsstatistischer Angaben getroffen werden können. Für das wirtschaftliche Geschehen sind demografische Gegebenheiten von Bedeutung, weil sie Grundinformationen über die Menschen als Arbeitskräfte, Einkommensbezieher und Konsumenten liefern.

Hinter den Zahlen verbergen sich aber auch Werthaltungen und Lebenseinstellungen, die ihrerseits wieder Rückwirkungen auf die Bevölkerungsstruktur haben. So spiegelt sich z. B. in der Zahl der Eheschließungen und -scheidungen, der Geburtenentwicklung und der Familiengröße die Einstellung der Gesellschaft zur Familie und zu Kindern wieder. Der Altersaufbau wird von diesen Lebenseinstellungen mitbestimmt und hat zugleich direkte Auswirkungen auf die Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Bevölkerung und beeinflusst daher unmittelbar ihre Lebensweise.

Aufgrund dieser vielfältigen Wechselwirkungen und des weit reichenden Bedarfs an demografischen Daten gehört die Bevölkerungsstatistik zu den traditionsreichsten Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik. Die Statistiken werden seit 1950 in der jetzigen Form geführt, die Zeitreihen gehen teilweise bis ins 19. Jahrhundert zurück. 

1.1.1 Bevölkerungsstand

Ende 2009 lebten in Deutschland rund 81,8 Mill. Personen, davon waren 49 % Männer und 51 % Frauen. Gegenüber 2008 ist die Bevölkerung um 200 100 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. um 0,2 % zurückgegangen. 65,4 Mill. (rund 80 %) lebten in den alten Bundesländern, 12,9 Mill. (rund 16 %) in den neuen Bundesländern und 3,4 Mill. (rund 4 %) in Berlin. Die bevölkerungsreichsten Länder waren Nordrhein-Westfalen (17,9 Mill.), Bayern (12,5 Mill.) und Baden-Württemberg (10,7 Mill.). In diesen drei Bundesländern lebt rund die Hälfte der Bevölkerung. Die Hälfte der Bundesländer hatten dagegen weniger als 3 Mill. Einwohner.  **Tab. 1**

Mit 81,8 Mill. hatte Deutschland Ende 2009 12,5 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner mehr als 1950. In West- und Ostdeutschland hat sich die Bevölkerungszahl seit 1950 jedoch sehr unterschiedlich entwickelt. Im früheren Bundesgebiet stieg sie zwischen 1950 und 1973 von 51 Mill. auf 62,1 Mill., gleichzeitig ging sie in der ehemaligen DDR

Datenquelle der Bevölkerungsstatistik und Gebietsstände

Die Bevölkerungszahl wird mittels der Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen. Auf den Ergebnissen der letzten Volkszählungen aufbauend (von 1987 im früheren Bundesgebiet und 1981 in der ehemaligen DDR), führen die statistischen Ämter auf Gemeindeebene die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes durch Bilanzierung der Ergebnisse der Statistiken über Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik durch. Die Bevölkerungsfortschreibung liefert demografische Grunddaten über die gesamte Bevölkerung wie Geschlecht, Alter und Familienstand so wie über die deutsche bzw. nichtdeutsche Staatsangehörigkeit.

Die Angaben der Bevölkerungsfortschreibung werden ergänzt durch die Auswertungen des Ausländerzentralregisters. Das Ausländerzentralregister liefert jährlich statistische Ergebnisse über die ausländische Bevölkerung, untergliedert nach der Staatsangehörigkeit oder der Aufenthaltsdauer, die in der Bevölkerungsfortschreibung nicht enthalten sind. Der Mikrozensus, die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis (siehe 2.1), liefert Angaben zum Migrationshintergrund von Zuwanderern.

Für die ehemalige DDR liegen in der Bevölkerungsstatistik im Wesentlichen vergleichbare Angaben vor. Seit 2001 werden grundsätzlich in der amtlichen Statistik nur noch Daten für Berlin insgesamt nachgewiesen, so dass bei Bevölkerungsangaben für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder, soweit noch ein getrennter Nachweis erfolgt, Berlin nicht enthalten ist.

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde der Zensus 2011 durchgeführt. Anders als bei der traditionellen Volkszählung wurde nur ein Teil der Bevölkerung befragt. Es werden überwiegend Daten genutzt, die in den Registern der Verwaltungen bereits vorhanden sind. Erste Ergebnisse werden Ende 2012 vorliegen.

Tab. 1: Bundesländer nach Fläche und Bevölkerung 2009

| | Regierungssitz | Fläche | Bevölkerung | | | |
|------------------------|----------------|-----------------------|---------------|---------------|---------------|--------------------|
| | | | insgesamt | Männer | Frauen | je km ² |
| | | 1 000 km ² | in 1 000 | | | |
| Baden-Württemberg | Stuttgart | 35,8 | 10 745 | 5 286 | 5 459 | 301 |
| Bayern | München | 70,5 | 12 510 | 6 136 | 6 374 | 177 |
| Berlin | Berlin | 0,9 | 3 443 | 1 686 | 1 756 | 3 861 |
| Brandenburg | Potsdam | 29,5 | 2 512 | 1 244 | 1 267 | 85 |
| Bremen | Bremen | 0,4 | 662 | 322 | 339 | 1 637 |
| Hamburg | Hamburg | 0,8 | 1 774 | 867 | 908 | 2 349 |
| Hessen | Wiesbaden | 21,1 | 6 062 | 2 971 | 3 091 | 287 |
| Mecklenburg-Vorpommern | Schwerin | 23,2 | 1 651 | 818 | 833 | 71 |
| Niedersachsen | Hannover | 47,6 | 7 929 | 3 895 | 4 034 | 166 |
| Nordrhein-Westfalen | Düsseldorf | 34,1 | 17 873 | 8 720 | 9 153 | 524 |
| Rheinland-Pfalz | Mainz | 19,9 | 4 013 | 1 971 | 2 042 | 202 |
| Saarland | Saarbrücken | 2,6 | 1 023 | 498 | 525 | 398 |
| Sachsen | Dresden | 18,4 | 4 169 | 2 039 | 2 129 | 226 |
| Sachsen-Anhalt | Magdeburg | 20,4 | 2 356 | 1 154 | 1 202 | 115 |
| Schleswig-Holstein | Kiel | 15,8 | 2 832 | 1 387 | 1 445 | 179 |
| Thüringen | Erfurt | 16,2 | 2 250 | 1 111 | 1 139 | 139 |
| Deutschland | Berlin | 357,1 | 81 802 | 40 104 | 41 699 | 229 |

Stand zum 31. Dezember 2009.

von 18,4 Mill. auf 17 Mill. zurück. Die Bevölkerungszahl stabilisierte sich danach zwischen 61 und 62 Mill. im Westen und zwischen 16 und 17 Mill. im Osten.

Seit der deutschen Vereinigung nahm die Bevölkerung des vereinten Deutschlands zuerst von 79,8 Mill. Personen Ende 1990 auf 82,5 Mill. Ende 2002 (+2,8 Mill.) zu. Seitdem ist die Bevölkerungszahl rückläufig. Die Entwicklung im Osten und Westen war allerdings auch nach der deutschen Vereinigung unterschiedlich:

Während die neuen Bundesländer zwischen 1990 und 2009 einen stetigen Bevölkerungsrückgang verzeichneten und insgesamt 1,8 Mill. Personen verloren, nahm die Bevölkerung in den alten Bundesländern bis 2005 zu (+4,1 Mill.). Seit 2006 ist sie aber auch in den alten Ländern rückläufig (-280 000 Einwohner). Berlin verzeichnete abwechselnde Phasen von Zuwachs und Rückgang, so dass sich die Bevölkerungszahl 2009 gegenüber 1990 wenig geändert hat (+9 000).

→ Tab. 2

Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung

| | Deutschland | Früheres Bundesgebiet ¹ | Neue Länder ² | Berlin |
|------|-------------|------------------------------------|--------------------------|--------|
| | in 1 000 | | | |
| 1950 | 69 346 | 50 958 | 18 388 | - |
| 1960 | 73 147 | 55 958 | 17 188 | - |
| 1970 | 78 069 | 61 001 | 17 068 | - |
| 1980 | 78 397 | 61 658 | 16 740 | - |
| 1990 | 79 753 | 61 568 | 14 752 | 3 434 |
| 2000 | 82 260 | 65 027 | 13 850 | 3 382 |
| 2002 | 82 537 | 65 527 | 13 617 | 3 392 |
| 2005 | 82 438 | 65 698 | 13 345 | 3 395 |
| 2006 | 82 315 | 65 667 | 13 244 | 3 404 |
| 2007 | 82 218 | 65 664 | 13 137 | 3 416 |
| 2008 | 82 002 | 65 541 | 13 029 | 3 432 |
| 2009 | 81 802 | 65 422 | 12 938 | 3 443 |

Ergebnisse jeweils am 31. Dezember.

¹ Seit 1990 ohne Berlin-West. ² Seit 1990 ohne Berlin-Ost.**Regionale Bevölkerungsverteilung**

Der Bevölkerungszahl entsprechend veränderte sich auch die Bevölkerungsdichte in beiden Teilen Deutschlands. Im früheren Bundesgebiet und Berlin-West stieg die Einwohnerzahl je Quadratkilometer im Zeitraum von 1950 bis 1973 von 202 auf 250, ging danach bis 1984/85 auf 245 leicht zurück und stieg nach der Wende bis auf 270 im Jahr 2000. Ab 2001 stagnierte die Bevölkerungsdichte im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) zwischen 263 und 264. In den neuen Ländern und Berlin-Ost verringerte sich dieser Wert zwischen 1950 und 1990 von 171 auf 148. Seit 2001 bis 2009 sank die Bevölkerungsdichte in den neuen Ländern ohne Berlin-Ost stetig von 127 auf 120.

Für Deutschland insgesamt lag die Einwohnerdichte im Jahr 2009 bei 229 Einwohnern je Quadratkilometer. Am dichtesten besiedelt waren die Stadtstaaten (Berlin: 3 861, Hamburg: 2 349, Bremen: 1 637). Die geringste Besiedlung je Quadratkilometer wiesen die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern (71), Brandenburg (85), Sachsen-Anhalt (115), Thüringen (139) und Niedersachsen (166) auf. → Tab. 1

Ende 2009 gab es in Deutschland 11 993 politisch selbstständige Gemeinden, 319 oder 3 % weniger als Ende 2006. Davon lagen 8 481 im früheren Bundesgebiet und 3 511 in den neuen Bundesländern. Auf Grund von Gebietsreformen hat sich vor allem in den neuen Bundesländern die Gemeindeanzahl verringert – um 302 Gemeinden oder 8 %.

Aus der Verteilung der Einwohnerinnen und Einwohner auf Gemeindegrößenklassen ergibt sich für 2009, dass 6 % der Bevölkerung Deutschlands in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, 35 % in Gemeinden mit 2 000 bis unter 20 000 Einwohnern und 27 % in Gemeinden mit 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern lebten. Auf die Großstädte (Gemeinden mit 100 000 oder mehr Einwohnern) entfielen 31 % der Bevölkerung. Die Städte mit den höchsten Einwohnerzahlen sind in abnehmender Reihenfolge Berlin, Hamburg und München. Bei Betrachtung der Städte mit der höchsten Bevölkerungsdichte liegen an vorderster Stelle allerdings München, Berlin und Herne.

→ Tab. 3

1.1.2 Altersaufbau, Geburten und Sterbefälle

Altersaufbau

Die Zahl der Geburten wirkt sich unmittelbar auf den Altersaufbau der Bevölkerung aus. Während die Stärke der einzelnen Altersjahrgänge die Zahl der Geburten und Sterbefälle in bestimmten Zeiträumen beeinflusst, wirken sich die Veränderungen von Geburtenhäufigkeit oder Sterblichkeit wiederum auf die Stärke der jeweiligen Jahrgänge aus. Langfristig führen solche Veränderungen zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung: Dies betrifft die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die kleiner wird, während die Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter und jener im Rentenalter derzeit immer größer wird.

Tab. 3: Einwohnerzahlen und Bevölkerungsdichten in ausgewählten Großstädten 2009

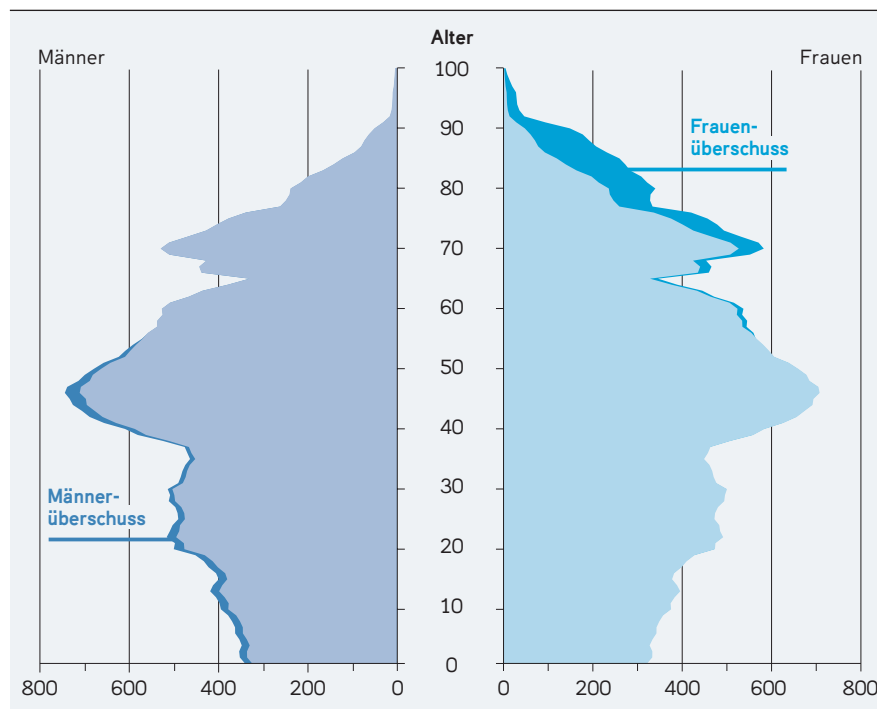
| Rangfolge | Stadt | Einwohner in 1000 | Stadt | Einwohner pro km ² |
|-----------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------------------|
| 1 | Berlin | 3 443 | München | 4 282 |
| 2 | Hamburg | 1 774 | Berlin | 3 861 |
| 3 | München | 1 330 | Herne | 3 222 |
| 4 | Köln | 998 | Stuttgart | 2 902 |
| 5 | Frankfurt am Main | 672 | Oberhausen | 2 776 |
| 6 | Stuttgart | 602 | Essen | 2 740 |
| 7 | Düsseldorf | 586 | Frankfurt am Main | 2 706 |
| 8 | Dortmund | 581 | Nürnberg | 2 702 |
| 9 | Essen | 576 | Düsseldorf | 2 699 |
| 10 | Bremen | 548 | Offenbach am Main | 2 646 |
| 11 | Hannover | 521 | Bochum | 2 587 |
| 12 | Leipzig | 519 | Hannover | 2 552 |
| 13 | Dresden | 517 | Gelsenkirchen | 2 477 |
| 14 | Nürnberg | 504 | Köln | 2 463 |
| 15 | Duisburg | 492 | Hamburg | 2 349 |

Stand zum 31. Dezember 2009.

Um den Altersaufbau der Bevölkerung zu veranschaulichen, verwendet die Statistik eine grafische Darstellungsform, die als Alterspyramide bezeichnet wird, auch wenn sie – für Deutschland betrachtet – längst keine Pyramidenform mehr hat. So gleicht sie heute eher einer »zerzausten

Wettertanne«, wie sie bildhaft beschrieben wurde. In dieser Darstellung treten die Wandlungen des Bevölkerungsaufbaus deutlich zutage: Ende 2009 betrug in Deutschland der Anteil der Heranwachsenden (unter 20-Jährige) rund 19 %. Auf die Bevölkerung im erwerbs-

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung Deutschlands 2009 je Altersjahr, in 1 000 je Altersjahr



Stand zum 31. Dezember 2009.

Tab. 4: Entwicklung der Altersstruktur

| Jahresende | Bevölkerung in 1000 | Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren | | | | Jugendquotient ¹ | Altenquotient ² |
|------------|------------------------|---|-------|-------|------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | unter 20 | 20-65 | 65-80 | 80 u. mehr | | |
| | | in % | | | | | |
| 1955 | 71 350 | 29,8 | 59,4 | 9,4 | 1,3 | 50,2 | 18,1 |
| 1965 | 76 336 | 29,2 | 58,2 | 10,8 | 1,8 | 50,1 | 21,7 |
| 1975 | 78 465 | 28,8 | 56,3 | 12,8 | 2,2 | 51,2 | 26,6 |
| 1985 | 77 661 | 23,6 | 61,8 | 11,4 | 3,3 | 38,2 | 23,7 |
| 1995 | 81 817 | 21,5 | 62,9 | 11,5 | 4,0 | 34,3 | 24,7 |
| 2000 | 82 260 | 21,1 | 62,2 | 12,9 | 3,8 | 34,0 | 26,8 |
| 2005 | 82 438 | 20,0 | 60,8 | 14,8 | 4,5 | 32,9 | 31,7 |
| 2009 | 81 802 | 18,8 | 60,6 | 15,6 | 5,1 | 31,0 | 34,1 |

¹ Altersgruppe der unter 20-Jährigen bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen.

² Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen.

fähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) entfielen 61 % und der Seniorenanteil (65-Jährige und Ältere) lag bei 21 %. Rund 5 % der Bevölkerung waren hoch betagt (80 Jahre oder älter). Der Jugendquotient (Zahl der unter 20-Jährigen bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen) lag bei 31 und somit unter dem Altenquotient (Zahl der 65-Jährigen und Älteren bezogen auf die Zahl der 20- bis unter 65-Jährigen) mit 34. Anfang 1955 lag der Jugendquotient bei 50 und der Altenquotient bei 18, seit 2006 übersteigt der Altenquotient den Jugendquotienten.

➔ Abb. 1, Tab. 4

In Deutschland werden etwas 5 % mehr Jungen als Mädchen geboren. Im Jahr 2009 kamen im Durchschnitt auf 100 neugeborene Mädchen 105 Jungen. Weil die Männer statistisch gesehen nicht so alt werden wie die Frauen, ändert sich dieses Verhältnis mit dem Lebensalter. Während also bis zum Alter unter 50 Jahren in der heutigen Bevölkerung der Männeranteil überwiegt, sind in der Altersgruppe der 50- bis unter 60-Jährigen ungefähr so viele Männer wie Frauen. In den höheren Altersgruppen überwiegen die Frauen. Von den 60- bis unter 70-jährigen Personen sind 51 % weiblichen Geschlechts. In den obersten Altersgruppen beträgt der Frauenanteil bei den 70- bis unter 80-Jährigen 55 % und bei den 80-jährigen oder älteren Personen sogar fast 68 %. Grund für den geringeren Männeranteil in den höchsten Alters-

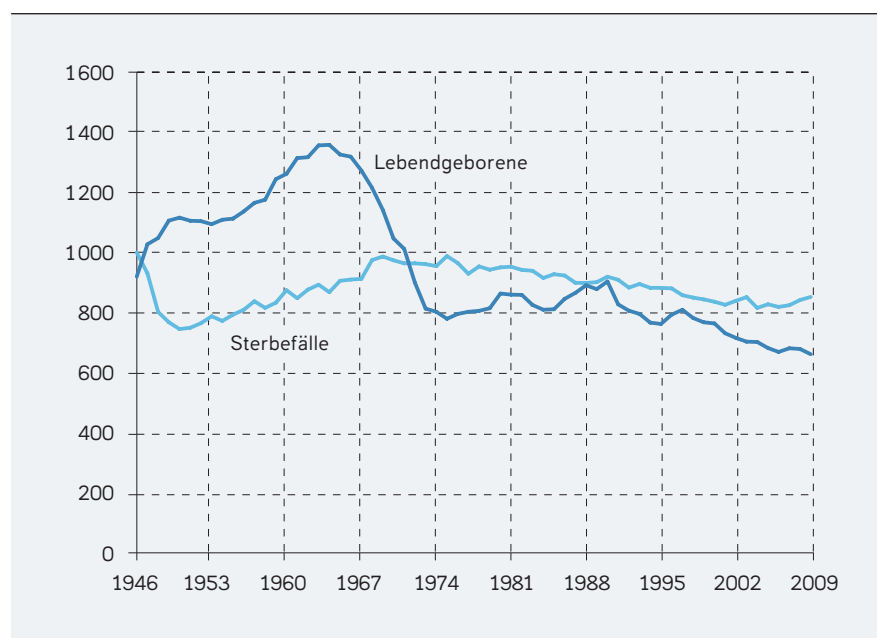
gruppen sind neben der höheren Lebenserwartung der Frauen auch heute noch die starken Männerverluste durch den Zweiten Weltkrieg. Allerdings steigt mit den nachlassenden Auswirkungen des Krieges der Anteil der hochbetagten Männer (26 % im Jahr 2000; 32 % im Jahr 2009).

Geburten, Sterbefälle

Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg waren in der Bundesrepublik durch hohe Geburtenzahlen geprägt (so genannter Baby-Boom). Ab 1947 wurden deutlich

mehr Geburten als Sterbefälle registriert. Diese Situation änderte sich Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre mit einem rapiden Rückgang der Geburten. Die Geburtenzahl ging vom Höchststand im Jahr 1964 (1,36 Mill.) bis auf 782 000 im Jahr 1975 zurück. Anschließend war für Deutschland von 1976 bis 1990 ein Anstieg der jährlichen Geburtenzahlen von 798 000 auf 906 000 zu verzeichnen. Seit 1997 (812 000) war wieder ein kontinuierlicher Geburtenrückgang zu beobachten. Im Jahr 2005 wurden erstmals unter 700 000 Kinder geboren. 2009 wurde

Abb. 2: Geborene und Sterbefälle in Deutschland, in 1 000



Tab. 5: Lebendgeborene und Gestorbene in Deutschland

| | Lebendgeborene | | Gestorbene | | Überschuss der Geborenen (+) bzw. der Gestorbenen (-) | |
|------|------------------------------------|----------------------|-------------------|----------------------|--|----------------------|
| | Anzahl in 1000 | je 1000 Einwohner | Anzahl in 1000 | je 1000 Einwohner | Anzahl in 1000 | je 1000 Einwohner |
| | Deutschland | | | | | |
| 1950 | 1117 | 16,3 | 748 | 10,9 | + 368 | + 5,4 |
| 1960 | 1262 | 17,3 | 877 | 12,0 | + 385 | + 5,3 |
| 1970 | 1048 | 13,5 | 976 | 12,6 | + 72 | + 0,9 |
| 1980 | 866 | 11,0 | 952 | 12,1 | - 87 | - 1,1 |
| 1990 | 906 | 11,4 | 921 | 11,6 | - 16 | - 0,2 |
| 2000 | 767 | 9,3 | 839 | 10,2 | - 72 | - 0,9 |
| 2009 | 665 | 8,1 | 855 | 10,4 | - 189 | - 2,3 |
| | Früheres Bundesgebiet ¹ | | | | | |
| 1950 | 813 | 16,3 | 529 | 10,6 | + 284 | + 5,7 |
| 1960 | 969 | 17,4 | 643 | 11,6 | + 326 | + 5,9 |
| 1970 | 811 | 13,4 | 735 | 12,1 | + 76 | + 1,3 |
| 1980 | 621 | 10,1 | 714 | 11,6 | - 93 | - 1,5 |
| 1990 | 727 | 11,5 | 713 | 11,3 | + 14 | + 0,2 |
| 2000 | 656 | 9,8 | 679 | 10,1 | - 23 | - 0,3 |
| 2009 | 533 | 8,1 | 670 | 10,2 | - 136 | - 2,1 |
| | Neue Länder ² | | | | | |
| 1950 | 304 | 16,5 | 220 | 11,9 | + 84 | + 4,6 |
| 1960 | 293 | 16,9 | 234 | 13,5 | + 59 | + 3,4 |
| 1970 | 237 | 13,9 | 241 | 14,1 | - 4 | - 0,2 |
| 1980 | 245 | 14,6 | 238 | 14,2 | + 7 | + 0,4 |
| 1990 | 178 | 11,1 | 208 | 12,9 | - 30 | - 1,8 |
| 2000 | 111 | 7,3 | 160 | 10,5 | - 49 | - 3,2 |
| 2009 | 100 | 7,7 | 153 | 11,8 | - 54 | - 4,1 |

1 Bis einschl. 2000 einschl. Berlin-West, seit 2009 ohne Berlin-West.

2 Bis 2000 einschl. Berlin-Ost.

mit 665 000 die niedrigste Geburtenzahl seit 1946 registriert. → [Abb. 2, Tab. 5](#)

Der Geburtenrückgang bewirkte, dass seit 1972 jedes Jahr weniger Kinder geboren wurden als Menschen starben. Im Jahr 2009 lag die Zahl der Gestorbenen um 189 000 höher als die Zahl der lebend geborenen Babys. Diese Entwicklung betrifft vor allem die deutsche Bevölkerung. Die in Deutschland lebende ausländische Bevölkerung verzeichnet demgegenüber – vor allem wegen des höheren Anteils jüngerer Menschen – mehr Geburten als Sterbefälle.

Mit der im Jahr 2009 in Deutschland rechnerisch ermittelten durchschnittlichen Kinderzahl von 1,36 Kindern je Frau

wird die zur Erhaltung der Bevölkerungszahl auf längere Sicht erforderliche Zahl von 2,1 Kindern je Frau deutlich unterschritten. Gleichzeitig nimmt in Deutschland die durchschnittliche Lebenserwartung weiter zu. Sie beträgt heute für einen neugeborenen Jungen 77,3 Jahre und für ein neugeborenes Mädchen 82,5 Jahre. Gegenüber dem Stand von Mitte der 1980er Jahre entspricht dies einer Zunahme bei den Jungen um etwa 5,8 Jahre und bei den Mädchen um 4,4 Jahre. Ein 60-jähriger Mann hat heute rechnerisch noch eine Lebenszeit von durchschnittlich 21 Jahren vor sich. Eine gleichaltrige Frau hat rechnerisch noch eine Lebenszeit von 24 Jahren und zehn Monaten zu erwarten (siehe auch Abschnitt 1.1.5).

1.1.3 Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten und Sterbefälle) kommt bei der Beobachtung und Analyse der Einwohnerzahl den Wanderungen (räumliche Bevölkerungsbewegung) eine zentrale Bedeutung zu. Bei den Wanderungen wird zwischen dem Wohnsitzwechseln von Personen innerhalb Deutschlands (Binnenwanderung) und solchen über die Grenzen Deutschlands (Außenwanderung) unterschieden. Die Außenwanderung, die die Einwohnerzahl Deutschlands beeinflusst, und die Binnenwanderung, die zur Änderung der regionalen Verteilung der Bevölkerung beiträgt, bilden zusammen die Gesamtwanderung. [f](#)

Wanderungsstatistik



In der Wanderungsstatistik werden die Zu- und Fortzüge erfasst, die von den Meldebehörden an die statistischen Ämter gemeldet werden. Der Wanderungssaldo wird als Differenz der Zu- und Fortzüge gebildet. Das Wanderungsvolumen bezeichnet die Summe aus der Binnenwanderung zuzüglich der Zuzüge aus und der Fortzüge ins Ausland.

Die auf ein Jahr bezogene Wanderungsstatistik weist die jeweiligen Wanderungsfälle, nicht die wandernden Personen nach. Die Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und der ehemaligen DDR wurden bis zum 3. Oktober 1990 in den Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebiets erfasst, ab diesem Zeitpunkt handelt es sich um Binnenwanderungsfälle, die als Ost-West-Wanderung bezeichnet werden.

Durch die Binnenwanderung ändert sich die regionale Verteilung der Bevölkerung, aber im Gegensatz zur Außenwanderung nicht die Einwohnerzahl Deutschlands.

Gesamtwanderung

Die Gesamtzahl der Wanderungsbewegungen kann mit dem Wanderungsvolumen (siehe Infokasten) abgebildet werden. Im früheren Bundesgebiet stieg das Wanderungsvolumen von 1960 bis 1971 von 4,1 Mill. bis auf 5,3 Mill. Wanderungsfälle. Zu dieser Entwicklung trugen die Außenwanderung sowie die Binnenwanderung bei, wobei die Außenwanderung schneller anstieg als die Binnenwanderung. Ab 1971 ging das Wanderungsvolumen wieder zurück und pendelte sich von 1975 bis 1988 auf jährlich 3,5 bis 4,2 Mill. Fälle ein. Die Öffnung des Eisernen Vorhangs löste erneut eine Wanderungswelle aus. Mit rund 5,2 bis 5,7 Mill. Wanderungsfällen jährlich blieb die Gesamtwanderung für das vereinte Deutschland Anfang der 1990er Jahre auf hohem Niveau. Nach 1995 ging das Wanderungsvolumen zurück. 2009 lag es bei 5,1 Mill.

Binnenwanderung

Im Jahr 2009 wechselten 3,6 Mill. Personen ihren Wohnsitz über die Gemeindegrenzen innerhalb Deutschlands. Bezieht man diese Zahl auf 1 000 Einwohner, erhält man die so genannte Mobilitätsziffer. Sie gibt Aufschluss über die Häufigkeit, mit der Einwohnerinnen und Einwohner eines Gebiets ihren Wohnsitz wechseln.

2009 betrug die Mobilitätsziffer rund 44, das heißt fast jeder zwanzigste Einwohner zog im Jahr innerhalb Deutschlands von einer Gemeinde in eine andere um.

Die räumliche Mobilität der Bevölkerung in Deutschland entwickelte sich seit 1970 sehr unterschiedlich. In den 1970er Jahren verringerten sich die Wanderungen über die Gemeindegrenzen im früheren Bundesgebiet von 3,6 Mill. auf 3,0 Mill. Die Mobilitätsziffer sank im gleichen Zeitraum von 60 auf 48. Dieser Rück-

gang dürfte auch eine Folge der Gebietsreform in den alten Bundesländern sein: Im Zuge dieser Reform wurden Nahwanderungsfälle durch Eingemeindungen häufig zu Ortsumzügen und konnten sich deshalb in der Mobilitätsziffer nicht auswirken. Bis Mitte der 1980er Jahre sank die Zahl der Wanderungen über die Gemeindegrenzen weiter auf 2,5 Mill. Umzüge (42 Umzüge pro 1 000 Einwohner). Mit der Öffnung der Grenzen im Osten und der deutschen Vereinigung stieg die Binnenwanderung wieder bis 1997 auf über 4 Mill. Umzüge pro Jahr bei (49 Umzüge pro 1 000 Einwohner) an. Es folgten bis 2006 ein Rückgang und in den letzten fünf Jahren eine Stabilisierung um 43 bis 44 Umzüge pro 1 000 Einwohner. 2009 fanden ca. 29 % (rund 1,1 Mill.) der Umzüge zwischen Gemeinden innerhalb eines Kreises, 41 % (rund 1,5 Mill.) zwischen Kreisen eines Bundeslandes und 30 % (rund 1,1 Mill.) zwischen Bundesländern statt.

Bei der Binnenwanderung kommt den Wanderungsströmen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern eine besondere Bedeutung zu. Die Entwicklung der Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern war nach der hohen Abwan-

Tab. 6: Wanderungen innerhalb Deutschlands über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen

| | Wanderungen über die | | | | | |
|------|-----------------------|---------------------------------|-----------------|---------------------------------|-----------------|---------------------------------|
| | Gemeindegrenzen | | Kreisgrenzen | | Landesgrenzen | |
| | Anzahl in 1 000 | je 1 000 Einwohner ¹ | Anzahl in 1 000 | je 1 000 Einwohner ¹ | Anzahl in 1 000 | je 1 000 Einwohner ¹ |
| | Früheres Bundesgebiet | | | | | |
| 1970 | 3 662 | 59,8 | 2 942 | 48,1 | 1 118 | 18,3 |
| 1980 | 3 024 | 49,2 | 2 304 | 37,5 | 820 | 13,3 |
| 1985 | 2 572 | 42,1 | 1 850 | 30,3 | 640 | 10,5 |
| 1990 | 2 970 | 47,4 | 2 185 | 34,9 | 841 | 13,4 |
| | Deutschland | | | | | |
| 1991 | 3 402 | 42,7 | 2 494 | 31,3 | 1 127 | 14,1 |
| 1995 | 3 951 | 48,5 | 2 722 | 33,4 | 1 069 | 13,1 |
| 2000 | 3 892 | 47,4 | 2 700 | 32,9 | 1 137 | 13,8 |
| 2005 | 3 655 | 44,3 | 2 548 | 30,9 | 1 071 | 13,0 |
| 2009 | 3 636 | 44,3 | 2 568 | 31,3 | 1 081 | 13,2 |

¹ Jeweils am 31. Dezember des Vorjahres.

Tab. 7: Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern

| | Zuzüge aus den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) ins frühere Bundesgebiet | Zuzüge in die neuen Länder (einschl. Berlin-Ost) aus dem früheren Bundesgebiet | Wanderungssaldo des früheren Bundesgebietes gegenüber den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) |
|-------------------|---|--|---|
| 1950 | 302 808 | 39 986 | + 262 822 |
| 1960 | 247 751 | 25 429 | + 222 322 |
| 1970 | 20 664 | 2 082 | + 18 582 |
| 1980 | 15 774 | 1 560 | + 14 214 |
| 1989 | 388 396 | 5 135 | + 383 261 |
| 1990 | 395 343 | 36 217 | + 359 126 |
| 1991 | 249 743 | 80 267 | + 169 476 |
| 1992 | 199 170 | 111 345 | + 87 825 |
| 2000 ¹ | 204 283 | 135 517 | + 68 766 |
| 2001 ¹ | 230 202 | 138 748 | + 91 454 |
| 2002 ¹ | 216 168 | 139 412 | + 76 756 |
| 2003 ¹ | 195 216 | 137 517 | + 57 699 |
| 2004 ¹ | 185 878 | 133 349 | + 52 529 |
| 2005 ¹ | 175 088 | 127 996 | + 47 092 |
| 2006 ¹ | 173 602 | 122 918 | + 50 684 |
| 2007 ¹ | 176 116 | 127 336 | + 48 780 |
| 2008 ¹ | 173 998 | 132 577 | + 41 421 |
| 2009 ¹ | 156 411 | 137 908 | + 18 503 |

¹ Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin.

derung von Ost nach West zwischen 1989 und 1991 in den Jahren bis 1996 gegenläufig: Während sich die Zuzüge aus den neuen Ländern verringerten, stiegen die Wanderungen in entgegengesetzter Richtung, so dass der Wanderungssaldo 1996 nur noch bei 14 000 Personen lag. Nach 1997 kam eine neue Wanderungswelle von Ost nach West (Wanderungssaldo 2001: 91 500), die nach 2001 langsam nachließ. Bis 2009 beschleunigte sich der Rückgang mit einem Wanderungssaldo von nur noch 18 500 Personen. → **Tab. 6.7**

Außenwanderung

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg war die Außenwanderung vor allem durch die Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland geprägt. Zwischen 1950 und 1961 folgte eine Zuwanderung aus der ehemaligen DDR: So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und

Übersiedler Aufnahme im früheren Bundesgebiet. Ferner fanden zwischen 1950 und 2006 rund 4,5 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedler im früheren Bundesgebiet bzw. ab 1990 in Deutschland Aufnahme. Im Jahr 1990 wurde mit rund 397 000

Personen die mit Abstand höchste Aufnahme von Aussiedlerinnen und Aussiedlern registriert. In den folgenden Jahren bis 1995 waren es jährlich rund 220 000 bis 230 000 Personen. Danach verringerten sich die Aufnahmen stetig. 2009 waren es nur noch rund 3 000 Personen. Von den rund 4,5 Mill. Aussiedlerinnen und Aussiedlern, die im früheren Bundesgebiet bzw. in Deutschland aufgenommen wurden, kamen rund 2,3 Mill. aus der ehemaligen Sowjetunion, 1,4 Mill. aus Polen und weitere 430 000 aus Rumänien → **Tab. 8**

Durch die Zuwanderung aus dem Osten (aus den früheren deutschen Gebieten im Osten, der DDR sowie durch Aussiedlerinnen und Aussiedler) gab es für die Bundesrepublik bis Anfang des neuen Jahrtausends einen Zuwanderungsgewinn von Deutschen. Seit 2005 werden allerdings Wanderungsverluste beobachtet. Es wandern also mehr Deutsche ins Ausland ab, als Deutsche nach Deutschland zuziehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass in den letzten Jahren immer weniger Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler nach Deutschland kamen. Zeitgleich stiegen die Fortzüge deutscher Personen ins Ausland. Während sich die

Tab. 8: Zuzüge von Aussiedlerinnen und Aussiedlern

| | Insgesamt | Darunter aus | | |
|-----------|-----------|------------------------------|---------|----------|
| | | der Sowjetunion ¹ | Polen | Rumänien |
| Anzahl | | | | |
| 1950-1959 | 438 225 | 13 604 | 292 157 | 3 454 |
| 1960-1969 | 221 516 | 8 571 | 110 618 | 16 294 |
| 1970-1979 | 355 381 | 56 583 | 202 718 | 71 417 |
| 1980-1989 | 984 087 | 176 565 | 632 803 | 151 161 |
| 1990-1994 | 1 291 112 | 911 407 | 199 614 | 171 900 |
| 1995-1999 | 738 064 | 718 634 | 4 455 | 14 440 |
| 2000-2004 | 417 493 | 413 596 | 2 382 | 1 396 |
| 2005 | 35 522 | 35 396 | 80 | 39 |
| 2006 | 7 747 | 7 626 | 80 | 40 |
| 2007 | 5 792 | 5 695 | 70 | 21 |
| 2008 | 4 362 | 4 301 | 44 | 16 |
| 2009 | 3 360 | 3 292 | 45 | 23 |
| 2010 | 2 350 | 2 297 | 34 | 15 |

Einschl. nichtdeutscher Angehöriger von Aussiedlern (ab 1993).

¹ Bzw. Nachfolgestaaten.

Quelle: Bundesverwaltungsamt Köln.

Tab. 9: Wanderung zwischen Deutschland und dem Ausland

| | Zuzüge | | | Fortzüge | | |
|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|----------|-----------|
| | Insgesamt | Deutsche | Ausländer | Insgesamt | Deutsche | Ausländer |
| 1950-1953 | 374 177 | . | . | 462 279 | . | - |
| 1954-1959 | 1 038 759 | 477 414 | 561 345 | 955 190 | 638 657 | 316 533 |
| 1960-1969 | 6 257 185 | 724 624 | 5 532 561 | 4 239 458 | 789 119 | 3 450 339 |
| 1970-1979 | 7 002 667 | 783 306 | 6 219 361 | 5 439 852 | 543 843 | 4 896 009 |
| 1980-1990 | 7 401 367 | 1 743 637 | 5 657 730 | 5 260 310 | 744 722 | 4 515 588 |
| 1991-1995 | 6 157 185 | 1 460 428 | 4 696 757 | 3 597 562 | 577 691 | 3 019 871 |
| 1996-2000 | 4 317 961 | 1 066 087 | 3 251 874 | 3 525 907 | 572 390 | 2 953 517 |
| 2001-2005 | 3 978 262 | 851 420 | 3 126 842 | 3 182 110 | 649 939 | 2 532 171 |
| 2006 | 661 855 | 103 388 | 558 467 | 639 064 | 155 290 | 483 774 |
| 2007 | 680 766 | 106 014 | 574 752 | 636 854 | 161 105 | 475 749 |
| 2008 | 682 146 | 108 331 | 573 815 | 737 889 | 174 759 | 563 130 |
| 2009 | 721 014 | 114 700 | 606 314 | 733 796 | 154 988 | 578 808 |

Bis einschl. 1990 Angaben für das frühere Bundesgebiet.

Fortzüge bei den Deutschen in den 1990er Jahren um die 110 000 Fälle pro Jahr bewegten, lagen sie 2009 bei 155 000. Aus den Abwanderungszahlen lassen sich aber keine Aussagen zum Hintergrund der Fortzüge ableiten, da die Gründe für die Fortzüge bei den Meldeämtern nicht erfasst werden. So ist keine Differenzierung möglich, ob der Fortzug eine Auswanderung auf Dauer oder nur eine befristete Ausreise ist, z. B. im Rahmen einer Tätigkeit für ein deutsches Unternehmen im Ausland. Es kann auch nicht unterschieden werden, ob es sich bei den Abwandernden um Spätaussiedler, Eingebürgerte oder Deutsche ohne Migrationshintergrund handelt. 2009 waren die Hauptzielländer von Deutschen die Schweiz, die Vereinigten Staaten, Polen und Österreich. → **Tab. 9**

Seit Anfang der 1960er Jahre hatte die Zu- und Abwanderung von ausländischen Personen zuerst durch die Anwerbung ausländischer Gastarbeiter erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Wanderungsströme ausländischer Staatsangehöriger zwischen dem früheren Bundesgebiet und dem Ausland verzeichneten ein relativ hohes Wanderungsvolumen mit jährlich hohen Zu- und Fortzugszahlen. Dabei war der Wanderungssaldo phasenweise positiv bzw. negativ. Anders als noch in den 1960er Jahren

spiegelt heute die Entwicklung der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger nicht mehr den Konjunkturverlauf in Deutschland wider. Vielmehr wird das Wanderungsverhalten der Ausländerinnen und Ausländer seit Mitte der 1970er Jahre von konjunkturunabhängigen Faktoren beeinflusst, wie dem Familiennachzug oder der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Situation in den Herkunftsländern. Ein augenfälliges Beispiel hierfür ist die Einreise zum Zweck der Asylsuche, die auch bei ungünstiger Arbeitsmarktlage bis zum Sommer 1993 ein wichtiges Motiv war.

Auf den Umfang der Zu- und Abwanderung ausländischer Staatsangehöriger wirken sich ebenfalls die Maßnahmen der Bundesregierung zur Steuerung der Wanderungsströme aus. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang der 1973 erlassene Anwerbestopp, das Rückkehrhilfegesetz von 1983 sowie asylrechtliche Maßnahmen wie im Jahr 1993.

Im Jahr 1992 hatte die Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger mit 1,2 Mill. ihren bisher höchsten Stand erreicht. Ein Grund hierfür lag darin, dass aufgrund des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien viele Menschen Zuflucht in Deutschland gesucht haben. Danach war

die Tendenz mit einigen Schwankungen eher rückläufig. 2009 kamen rund 606 000 Menschen nach Deutschland. Die Abwanderung von Ausländerinnen und Ausländern erreichte 1993 mit 711 000 Personen ihren höchsten Stand. Danach war die Tendenz bis 2003 rückläufig, abgesehen von einem vorübergehenden Anstieg in den Jahren 1997 und 1998 infolge der Rückkehr von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen.

Die Hauptherkunftsländer waren 2009 mit Abstand Polen (111 000 Zuzüge), gefolgt von Rumänien (56 000) und Bulgarien (29 000). Über die Hälfte der Personen (58 % bzw. 354 000) kam aus der EU, rund ein Viertel aus dem außereuropäischen Ausland (26 % bzw. 157 000) und 15 % aus dem sonstigen Europa (88 000).

Bei den Fortzugszahlen für 2008 und 2009 ist zu berücksichtigen, dass sie überhöht sind. Aufgrund der bundesweiten Einführung der persönlichen Steuer-Identifikationsnummer im Jahr 2008 wurden umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen, die zu zahlreichen Abmeldungen von Amts wegen geführt und sich in den Fortzugszahlen niedergeschlagen haben. Der tatsächliche Umfang der Fortzüge sowie die Entwicklung gegenüber den Vorjahren sind unklar.

1.1.4 Ausländische Bevölkerung

Ende 2009 lebten in Deutschland gut 7,1 Mill. Ausländerinnen und Ausländer, das heißt Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Dies ist jedoch nur ein Teil der Menschen mit fremden Wurzeln in Deutschland, den so genannten Menschen mit Migrationshintergrund. (Näheres siehe Abschnitt 7.3)

Entwicklung der ausländischen Bevölkerung

Von 1991 bis 2009 stieg in Deutschland die Zahl der Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit um knapp 1,1 Mill. auf 7,1 Mill. Ihr Anteil an der Bevölkerung erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 7,6 % auf 8,7 %. Gut drei Viertel der ausländischen Bevölkerung sind nach Deutschland zugewandert, knapp ein Viertel wurde hier geboren.

→ **Tab. 10**

Die Zuwanderung erfolgte hauptsächlich ins frühere Bundesgebiet. Hier hatte der 1950 einsetzende wirtschaftliche Aufschwung zu einem ständig wachsenden Bedarf an Arbeitskräften geführt, der bis zum Bau der Mauer 1961 hauptsächlich durch die Aufnahme von Deutschen aus der ehemaligen DDR gedeckt werden konnte. Ab diesem Zeitpunkt kam dann der Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine immer größere Bedeutung zu. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der im früheren Bundesgebiet lebenden Ausländerinnen und Ausländer von knapp 690 000 im Jahr 1961 (1,2 % der Bevölkerung) auf 2,6 Mill. im Jahr 1970 (4,3 % der Bevölkerung). Nach einem vorübergehenden Rückgang zwischen 1974 und 1978 aufgrund des Anwerbestopps stieg die Zahl ausländischer Bürgerinnen und Bürger als Folge der Familienzusammenführung sowie der verstärkten Einreise von Asylsuchenden bis 1982 auf knapp 4,7 Mill. 1983 ging sie erstmals seit 1978 wieder zurück. Die starke Abwanderung als Folge des Rückkehrhilfegesetzes führte 1984 zu einer

Tab. 10: Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Deutschlands seit 1961

| | Anzahl in 1000 | Anteil an der Bevölkerung in % |
|------------------------------------|-------------------|-----------------------------------|
| Früheres Bundesgebiet ¹ | | |
| 1961 | 686,2 | 1,2 |
| 1970 | 2 600,6 | 4,3 |
| 1987 | 4 286,5 | 7,0 |
| 1989 | 5 007,2 | 8,0 |
| Deutschland ² | | |
| 1990 | 5 582,4 | 7,0 |
| 1991 | 6 066,7 | 7,6 |
| 1995 | 7 342,8 | 9,0 |
| 2000 | 7 267,6 | 8,8 |
| 2005 | 7 289,1 | 8,8 |
| 2008 | 7 185,9 | 8,8 |
| 2009 | 7 130,9 | 8,7 |

¹ Unterschiedliche Stichtage.

² Stichtag 31. Dezember.

weiteren Abnahme. Nach dem Auslaufen dieses Gesetzes stieg die Zahl der Menschen mit ausländischem Pass im Jahr 1985 wieder. Ende 1999 betrug sie – auch bedingt durch die bis Mitte 1993 hohen Zahlen von Asylsuchenden sowie durch die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina – 7,3 Mill. bzw. 8,9 % der Bevölkerung. Im Zeitraum von 1970 bis 1999 nahm die ausländische Bevölkerung im früheren Bundesgebiet somit um knapp 4,7 Mill. Personen zu.

Die meisten ausländischen Staatsangehörigen kamen in das frühere Bundesgebiet, um hier Arbeit zu finden. Sie waren größtenteils im erwerbsfähigen Alter und überwiegend männlichen Geschlechts. Im Laufe der Zeit nahm der Anteil der Ausländerinnen hauptsächlich aufgrund der Familienzusammenführungen von 31 % im Jahr 1961 auf rund 47 % im Jahr 2000 zu. Die Zahl ausländischer Kinder stieg ebenfalls.

Auch in den neuen Ländern leben und arbeiten ausländische Staatsangehörige. Eine vom Umfang her mit den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet oder Berlin vergleichbare Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat es dort allerdings nicht gegeben.

Ende 1989 lebten in der ehemaligen DDR rund 191 200 Ausländerinnen und Ausländer (1,2 % der Bevölkerung). Bis Ende 1991 verringerte sich diese Zahl auf rund 144 000. Der Rückgang hing offensichtlich damit zusammen, dass ausländische Staatsangehörige in den Jahren 1990 und 1991 nach Auslaufen ihrer Arbeitsverträge bzw. der von der ehemaligen DDR getroffenen Arbeitskräftevereinbarungen in ihre Heimat zurückkehrten. Von 1992 bis 2003 stieg die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in den neuen Ländern (ohne Berlin) – auch als Folge der Aufnahme von Asylsuchenden – Jahr für Jahr leicht an, danach blieb sie unverändert. Ende 2009 macht die ausländische Bevölkerung mit etwa 310 000 Personen 2,4 % der dortigen Bevölkerung aus.

Die Asylsuchenden als Teilgruppe der ausländischen Bevölkerung in Deutschland standen lange im Zentrum der öffentlichen Diskussion, vor allem in Jahren mit hohen Zuzugszahlen. 1992 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland mit rund 438 000 ihren bislang höchsten Stand. Danach ging die Zahl kontinuierlich bis auf 19 000 Asylanträge im Jahr 2007 zurück, vor allem weil seit 1997 Asylbewerber innerhalb der Europäischen Union im Rahmen des

Tab. 11: Asylsuchende und Asylberechtigte

| | Asylsuchende | Asylberechtigte | Anerkennungsquote ¹ |
|-------------------|--------------|-----------------|--------------------------------|
| 1975 | 9 627 | 2 928 | 22,2 |
| 1980 | 107 818 | 12 783 | 12,0 |
| 1985 | 73 832 | 11 224 | 29,2 |
| 1990 | 193 063 | 6 518 | 4,4 |
| 1992 | 438 191 | 9 189 | 4,3 |
| 1995 ² | 127 937 | 18 100 | 9,0 |
| 2000 | 78 564 | 3 128 | 3,0 |
| 2005 | 28 914 | 411 | 0,9 |
| 2009 | 27 649 | 452 | 1,6 |
| 2010 | 41 332 | 643 | 1,6 |

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

1 Die Anerkennungsquote bezieht sich auf die im jeweiligen Berichtsjahr getroffenen Entscheidungen.

2 Ab Berichtsjahr 1994 werden nur noch Erstanträge erfasst.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

so genannten Dubliner Übereinkommens auf alle Mitgliedsländer der EU verteilt werden. Seit 2008 gibt es wieder mehr Asylbewerber. 2010 lag die Zahl der Asylanträge bei 41 300. Der Anteil der als Asylberechtigte anerkannten Asylsuchenden sank mit Unterbrechungen im Zeitablauf von 29 % im Jahr 1985 auf knapp 1 % im Jahr 2005 und bleibt seither auf diesem Niveau. 2006 wurde mit 0,8 % der bislang niedrigste Wert beobachtet. → **Tab. 11**

Aufenthaltsdauer

Von allen 2010 im Ausländerzentralregister geführten Ausländerinnen und Ausländern, zu denen sowohl Zugewanderte als auch in Deutschland Geborene gehören, sind rund 33 % weniger als 10 Jahre, 28 % seit 10 bis unter 20 Jahren und 39 % seit 20 Jahren oder länger hier ansässig. Für 2010 ergab sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland von rund 18,9 Jahren, 1992 lag sie noch bei genau 12 Jahren. Die Ausländerinnen und Ausländer, die im Jahr 2010 fortgezogen sind, hatten sich dagegen im Schnitt nur 8,8 Jahre hier aufgehalten. Dies deutet darauf hin, dass die ausländische Bevölkerung aus zwei Teilgruppen besteht: der eine (kleinere) Teil hält sich nur vorübergehend in Deutschland auf und kehrt nach Abschluss von Ausbildung oder Erwerbstätigkeit zurück, der andere (größere) Teil bleibt dauerhaft.

Geburtenentwicklung

1999 wurden in Deutschland rund 95 000 Kinder mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft geboren. Seit dem am Jahresanfang 2000 in Kraft getretenen neuen Staatsangehörigkeitsrecht wurden es deutlich weniger. 2009 waren es noch knapp 33 000. Weitere 29 000 Kinder ausländischer Eltern wurden 2009 nach dem Optionsmodell mit doppelter Staatsangehörigkeit geboren.

In den alten Ländern wurde 1974 mit rund 108 000 die bisher höchste Geburtenzahl ausländischer Kinder registriert. Bis Mitte der 1980er Jahre hatte sich diese Zahl halbiert, danach stieg sie wieder an. Ein Grund für diese Veränderung war die Entwicklung der Zahl der ausländischen Bevölkerung selbst, ein zweiter Grund lag in Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht. So war die Zahl der ausländischen Bevölkerung in der Mitte der 1970er und der 1980er Jahre zeitweise zurückgegangen. Außerdem hatten bis 1974 Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen nur dann bei der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn der Vater Deutscher war. Seit 1975 ist dies der Fall, wenn ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Seit 2000 erhalten darüber hinaus in Deutschland geborene Kinder auch dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält.

Regionale Verteilung

In welchen Regionen des früheren Bundesgebiets ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Wohnsitz nehmen, hängt im Wesentlichen von den örtlichen Wirtschaftsstrukturen und den Erwerbsmöglichkeiten ab. So liegt der Bevölkerungsanteil der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in den industriellen Ballungsgebieten wesentlich über dem Bundesdurchschnitt, in wirtschaftsschwachen Räumen dagegen erheblich darunter.

Die regionale Verteilung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland zeigt, dass Ende 2009 die Stadtstaaten Berlin (13,7 %), Hamburg (13,5 %) und Bremen (12,6 %) die höchsten Ausländeranteile an der Gesamtbevölkerung aufwiesen. Bei den Flächenstaaten war der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Baden-Württemberg (11,8 %), Hessen (11,1 %) und Nordrhein-Westfalen (10,5 %) am höchsten. Einen niedrigen Anteil weisen die neuen Bundesländer mit einem Durchschnitt von 2,4 % auf (siehe auch Abschnitt 7.3).

1.1.5 Demografischer Wandel

In den letzten Jahrzehnten war die demografische Lage Deutschlands durch eine geringe durchschnittliche Kinderzahl je Frau, sinkende Geburtenzahlen, eine steigende Lebenserwartung und zeitweise hohe Zuwanderung aus dem Ausland, die sich jedoch in den letzten Jahren abgeschwächt hat, geprägt.

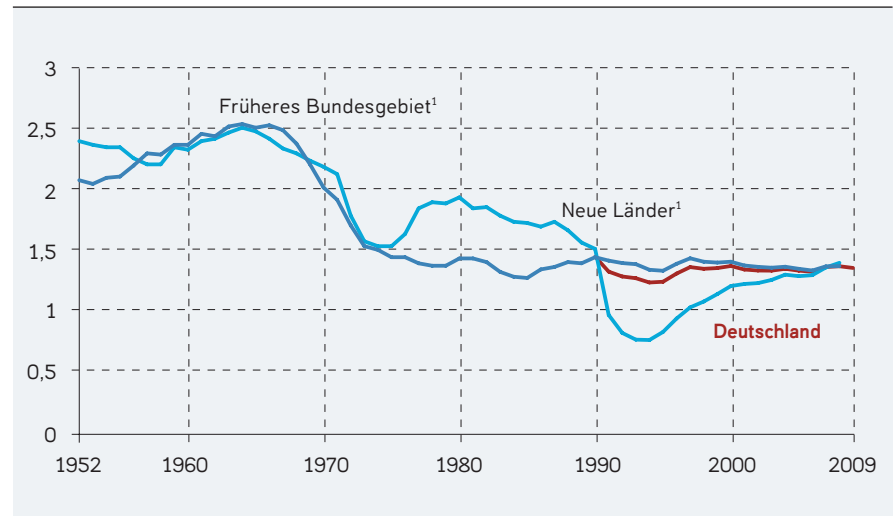
Die Geburtenentwicklung ist seit über 30 Jahren durch eine geringe durchschnittliche Kinderzahl je Frau gekennzeichnet. Die durchschnittliche Zahl der Kinder gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die aktuellen Geburtenverhältnisse für diesen gesamten Zeitraum gelten würden. In den alten Bundesländern betrug die durchschnittliche Kinderzahl seit Ende der 1970er Jahre rechnerisch 1,3 bis 1,4

Kinder je Frau, zuvor hatte sie deutlich höher gelegen.

In der ehemaligen DDR war es in den 1970er Jahren ebenfalls zu einem starken Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl gekommen, dem aber bald ein Anstieg folgte, bis Mitte der 1980er Jahre die Kinderzahl wieder abnahm. Anfang der 1990er Jahre kam es im Zuge der Wende und der deutschen Vereinigung zu einem vorübergehenden Einbruch der Geburtenzahlen in den neuen Ländern. Inzwischen liegt die durchschnittliche Kinderzahl im Osten Deutschlands mit 1,40 Kindern je Frau über der durchschnittlichen Kinderzahl im Westen (1,35). → **Abb. 3**

Die Lebenserwartung ist in den letzten hundert Jahren beträchtlich gestiegen. Hierbei spielte die Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit lange eine entscheidende Rolle. Im Deutschen Reich betrug die durchschnittliche Lebenserwartung im Zeitraum 1871/1881 für neugeborene Jungen 35,6 Jahre und für neugeborene Mädchen 38,4 Jahre. Aber schon Zehnjährige hatten eine weitere Lebenserwartung von 46,5 (Jungen) bzw. 48,2 Jahren (Mädchen). Gegenwärtig beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung – nach der Sterbetafel 2007/2009 –

Abb. 3: Zusammengefasste Geburtenziffer, Kinder je Frau



Geburtenziffer = Durchschnittliche Zahl der lebendgeborenen Kinder je Frau in einem Kalenderjahr.

1 Seit 2001 ohne Berlin.

für Jungen 77,3 bzw. 82,5 Jahre für Mädchen. Innerhalb von etwa 130 Jahren hat sich die Lebenserwartung neugeborener Jungen und Mädchen in Deutschland somit mehr als verdoppelt. Aber auch für ältere Menschen ist die Lebenserwartung deutlich angestiegen, verstärkt in den letzten Jahrzehnten. 60-jährige Männer haben heute im Durchschnitt noch weitere 21 Jahre, gleichaltrige Frauen etwa 25 Jahre zu erwarten. Das sind fast neun Jahre mehr bei den

Männern und gut zwölf Jahre mehr bei den Frauen als 1871/81. → **Tab. 12**

In den kommenden Jahrzehnten werden der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung kennzeichnend für den demografischen Wandel sein. Dies lässt sich anhand von Bevölkerungsvorausberechnungen darstellen. **i**

Im Folgenden werden Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung anhand von zwei Varianten zur »mittleren« Bevölkerung dargestellt. Diese ergeben sich bei annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit von etwa 1,4 Kindern je Frau, einer Zunahme der Lebenserwartung gegenüber dem aktuellen Stand um etwa acht bzw. sieben Jahre für neugeborene Jungen bzw. Mädchen und rund fünf Jahre für 65-Jährige sowie den beiden Wanderungsannahmen von jährlich 100 000 bzw. 200 000 mehr Zu- als Fortzügen. Diese beiden Varianten markieren die Grenzen eines Korridors, in dem sich die Bevölkerungsgröße und der Altersaufbau entwickeln werden, wenn sich die aktuellen demografischen Trends fortsetzen. Die beiden Varianten werden als Unter- und Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung bezeichnet.

Tab. 12: Durchschnittliche Lebenserwartung 1871/1881 und 2007/2009

| Alter in Jahren | Jungen | | Mädchen | |
|-----------------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1871/1881 | 2007/2009 | 1871/1881 | 2007/2009 |
| | in Jahren | | | |
| 0 | 35,6 | 77,3 | 38,4 | 82,5 |
| 1 | 46,5 | 76,6 | 48,1 | 81,8 |
| 5 | 49,4 | 72,7 | 51,0 | 77,8 |
| 10 | 46,5 | 67,7 | 48,2 | 72,9 |
| 20 | 38,4 | 57,9 | 40,2 | 63,0 |
| 30 | 31,4 | 48,2 | 33,1 | 53,1 |
| 40 | 24,5 | 38,6 | 26,3 | 43,3 |
| 50 | 18,0 | 29,4 | 19,3 | 33,8 |
| 60 | 12,1 | 21,0 | 12,7 | 24,8 |
| 70 | 7,3 | 13,6 | 7,6 | 16,4 |
| 80 | 4,1 | 7,7 | 4,2 | 9,0 |
| 90 | 2,3 | 3,9 | 2,4 | 4,3 |

1871/1881: Deutsches Reich.
2007/2009: Deutschland.

Bevölkerungsvorausberechnung



Das Ziel von Bevölkerungsvorausberechnungen ist es, mit Fortschreibungsverfahren zu zeigen, wie sich Bevölkerungszahl und -struktur unter bestimmten Annahmen langfristig entwickeln werden. Da der Verlauf der maßgeblichen Einflussgrößen – wie das Geburtenverhalten, die Sterblichkeit und das Wanderungsgeschehen – mit zunehmendem Abstand vom Basiszeitpunkt immer schwerer vorhersehbar ist, haben solche langfristigen Rechnungen Modellcharakter.

Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bund und Länder basiert auf dem Stand zum Jahresende 2008 und zeigt die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060. Die Vorausberechnung beruht dabei auf Annahmen zur zukünftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung und zum Saldo der Zuzüge nach und der Fortzüge aus Deutschland (Wanderungssaldo). Insgesamt ergeben sich aus drei Annahmen zur Geburtenhäufigkeit und jeweils zwei Annahmen zur Lebenserwartung und zum Wanderungssaldo zwölf Varianten der zukünftigen Entwicklung.

Eine ausführliche Darstellung der Annahmen und Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung ist unter www.destatis.de abrufbar.

Aus der Vorausberechnung ergibt sich für die nächsten Jahrzehnte folgendes Bild: Die Bevölkerungszahl nimmt ab, die Anzahl der älteren Menschen wächst über lange Zeit. Die Zahl der Jüngeren geht zurück, so dass sich die Verhältnisse zwischen den Altersgruppen erheblich verschieben. Zu diesem Bevölkerungsrückgang kommt es, weil – wie schon seit fast 40 Jahren – voraussichtlich auch in den nächsten Jahrzehnten mehr Menschen sterben werden, als Kinder zur Welt kommen. Die angenommenen Zuwanderungen aus dem Ausland reichen nicht aus, um den Sterbefallüberschuss auszugleichen. In dieser Lage befindet sich Deutschland bereits seit 2003. Künftig wird sich das Geburtendefizit noch erheblich vergrößern. Zurzeit beträgt es etwa 189 000. Im Jahr 2020 wird es über 280 000 ausmachen und 2060 etwa 550 000 betragen. Dabei nimmt die Zahl der Geburten von heute etwa 665 000 auf rund 500 000 ab. Die Zahl der Sterbefälle wird von 855 000 auf fast 1,1 Mill. Anfang der 2050er Jahre steigen und im Jahr 2060 rund 1 Mill. betragen.

Die zukünftig sinkenden Geburtenzahlen folgen auch aus der von Generation zu Generation sinkenden Anzahl junger Frauen: Bei einer Geburtenhäufigkeit von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau

bringen die Frauen weit weniger Kinder zur Welt, als es für den zahlenmäßigen Ersatz ihrer Generation erforderlich wäre. Die jetzt geborenen Mädchenjahrgänge sind also zahlenmäßig kleiner als die ihrer Mütter. Sind diese Mädchen einmal erwachsen, wird die künftige Kinderzahl weiter sinken, weil dann auch weniger potenzielle Mütter leben. Die Zahl der Frauen im geburtenfähigen Alter (von 15 bis 49 Jahren) nimmt von 18,7 Mill. Ende 2009 auf 11,5 Mill. nach der Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung und 12,7 Mill. nach der Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung im Jahr 2060 ab.

Die Zahl der Sterbefälle hängt einerseits von der Lebenserwartung und andererseits vom Altersaufbau der Bevölkerung ab. Die zukünftige Zunahme der Sterbefälle ergibt sich aus der Tatsache, dass relativ stark besetzte Jahrgänge während der Vorausberechnungsperiode in hohe Altersgruppen wechseln, dort schwächere Jahrgänge ersetzen und schließlich sterben. Diesem Effekt der aktuellen Altersstruktur steht die zunehmende Lebenserwartung der Bevölkerung gegenüber. Sie schwächt den Anstieg der Sterbefälle ab.

Der Bevölkerungsrückgang wird zunächst moderat ausfallen. 2020 werden

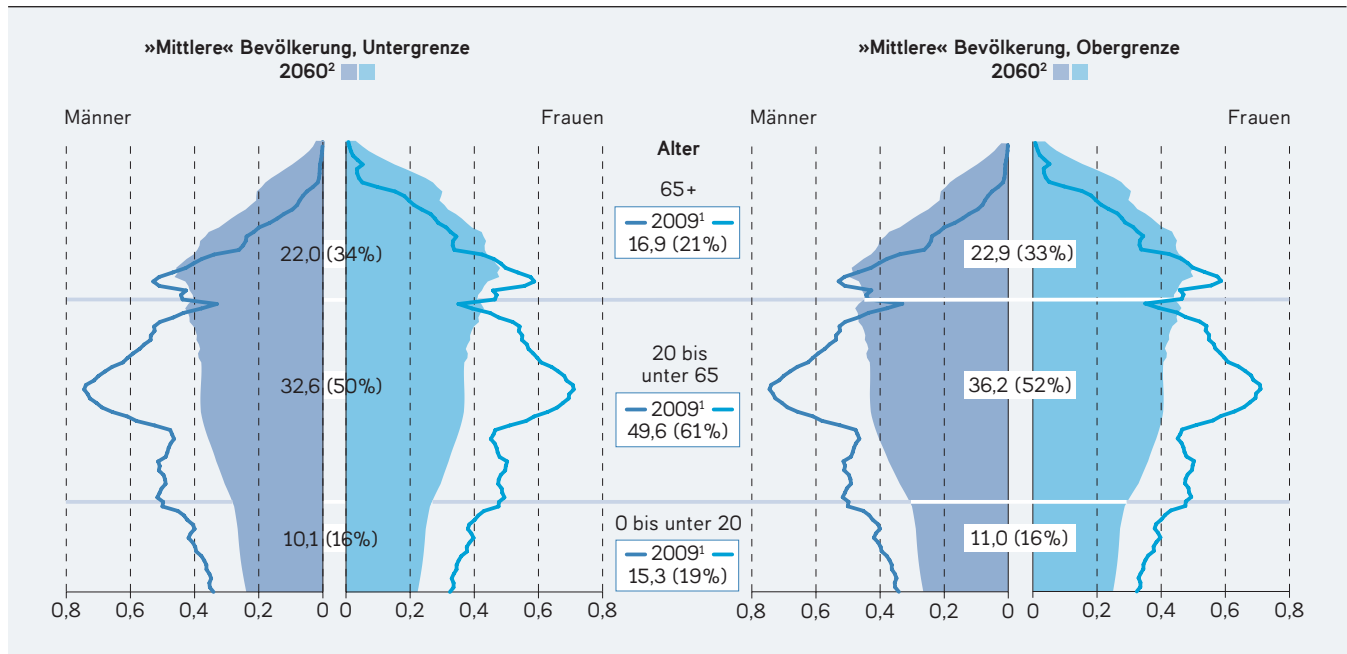
nach beiden Varianten der »mittleren« Bevölkerung etwa 2 % weniger Menschen als 2009 in Deutschland leben, 2030 etwa 5 % (Untergrenze der »mittleren« Bevölkerung) bzw. 3 % weniger (Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung) und 2060 schließlich rund 21 % bzw. 14 % weniger. Absolut wird sich die Einwohnerzahl von derzeit 81,8 Mill. auf 64,7 bzw. 70,1 Mill. im Jahr 2060 vermindern.

Die Relation zwischen Alt und Jung wird sich stark verändern. Ende 2009 waren noch fast 19 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen etwa 21 %. Die Personen im so genannten Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) stellten etwa 61 %. Im Jahr 2060 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter, etwa ein Drittel 65 Jahre oder älter und rund 16 % unter 20 Jahren alt sein. → **Abb. 4**

Bis 2020 wird es voraussichtlich im Vergleich zu heute über 1,5 Mill. oder rund 11 % unter 20-Jährige weniger geben und ihre Anzahl wird dann weiter deutlich abnehmen. Während dabei bis 2020 die Zahl der Kinder im Vorschulalter (unter sechs Jahre) nur um etwa 3 % sinkt, fallen die Zahlen der 6- bis unter 16-Jährigen wie auch die der 16- bis unter 20-Jährigen erheblich stärker um 12 bzw. sogar 17 %.

Auch die Bevölkerung im Erwerbsalter altert und schrumpft langfristig. Hier wird dazu die Spanne von 20 bis 64 Jahren betrachtet. Heute gehören etwa 50 Mill. dieser Altersgruppe an. Ihre Zahl wird erst nach 2020 deutlich zurückgehen. 2035 wird sie etwa 39 bis 41 Mill. betragen und 2060 bei etwa 33 bzw. 36 Mill. liegen (Unter- bzw. Obergrenze der »mittleren« Bevölkerung). Die Abnahme der Zahl der 20- bis 65-Jährigen geht mit einer Verschiebung hin zu den Älteren im Erwerbsalter einher. Zurzeit gehören 20 % der Menschen im erwerbsfähigen Alter zur jüngeren Gruppe der 20- bis unter 30-Jährigen, 48 % zur mittleren Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren

Abb. 4: Altersaufbau der Bevölkerung in den Jahren 2009 und 2060, in Mill. (in %)



1 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung 2009.

2 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (»mittlere« Bevölkerung Unter- und Obergrenze); animierte Variante unter www.destatis.de/bevoelkerungspyramide.

und 32 % zur älteren von 50 bis unter 65 Jahren. Während die junge Gruppe zahlenmäßig schrumpfen wird, bleibt ihr Anteil an allen Personen im Erwerbsalter fast konstant. Anders entwickeln sich die beiden anderen Gruppen der Bevölkerung im Erwerbsalter. Eine besonders einschneidende Veränderung der Altersstruktur erwartet die deutsche Wirtschaft bereits in etwa zehn Jahren. Dann wird das Erwerbspotenzial jeweils zu etwa 40% aus den 30- bis unter 50-Jährigen und aus den 50- bis unter 65-Jährigen bestehen. Anschließend, wenn die stark besetzten 1960er Jahrgänge das Rentenalter erreichen, verschiebt sich der Altersaufbau der Bevölkerung im Erwerbsalter wieder geringfügig zugunsten der mittleren Altersgruppe. Auf jeden Fall wird das Erwerbspersonenpotenzial der Zukunft zu einem erheblichen Teil aus Menschen bestehen, die älter als 50 Jahre sind.

Die Zahl der 65-Jährigen und Älteren steigt bis zum Ende der 2030er Jahre um über 40%: von aktuell etwa 17 Mill. auf ca. 24 Mill. Danach wird sie leicht

zurückgehen. Die Bevölkerung ab 80 Jahren nimmt von etwa 4 Mill. im Jahr 2009 auf rund 10 Mill. im Jahr 2050 zu und sinkt dann auf etwa 9 Mill. im Jahr 2060. Dann wird fast jeder Siebte 80 Jahre oder älter sein.

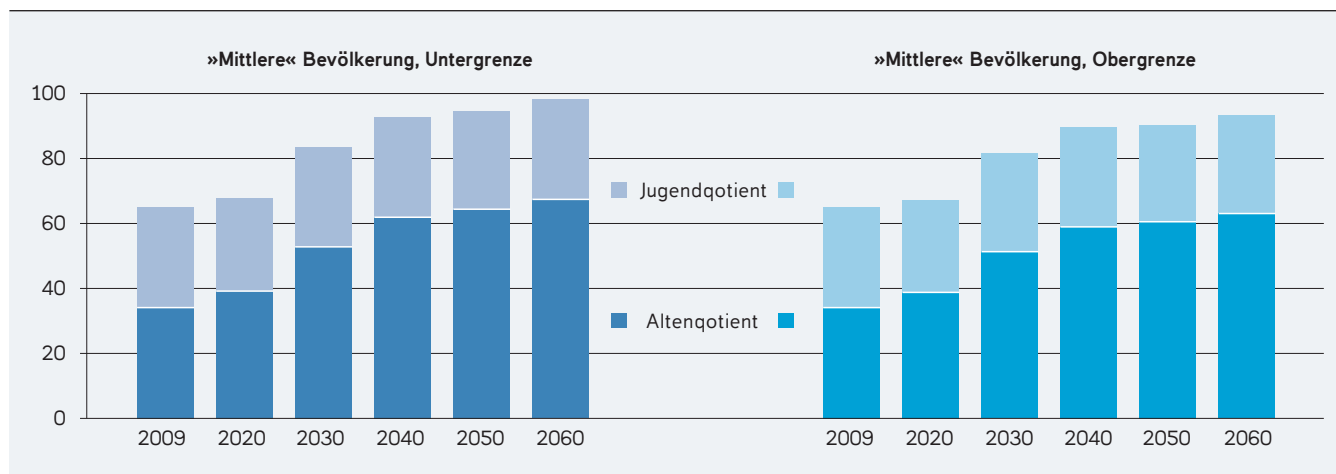
Der Alterungsprozess wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung der Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten betrachtet. Auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) entfallen heute 31 unter 20-Jährige. Dieser so genannte Jugendquotient wird voraussichtlich auch im Jahr 2060 bei 31 liegen. → **Abb. 5**

Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden künftig immer mehr Senioren gegenüberstehen. Im Jahr 2009 entfielen auf 100 Personen im Erwerbsalter (20 bis 65 Jahre) 34 Ältere (65 oder mehr Jahre). Im Jahr 2030 wird dieser Altenquotient 53 bzw. 51 und im Jahr 2060 67 bzw. 63 betragen. Auch bei einer Heraufsetzung des Renteneintrittsalters wäre der Altenquotient für 67-Jährige und Ältere 2060 deutlich höher (59 bzw. 56) als es heute der Altenquotient für 65-Jährige und Ältere ist.

Der Gesamtquotient, das heißt das Verhältnis zwischen den Menschen, die noch nicht oder nicht mehr im Erwerbsalter stehen, zu den Personen im Erwerbsalter wird durch die Entwicklung des Altenquotienten geprägt sein. 2009 kamen 65 Personen außerhalb des Erwerbsalters (unter 20-Jährige sowie ab 65-Jährige) auf 100 im Erwerbsalter (Personen zwischen 20 und 65 Jahren), 2030 werden es 84 bzw. 82 und 2060 98 bzw. 94 sein.

Die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt, dass die Alterung der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten nicht zu vermeiden ist. Die aktuelle Altersstruktur führt dazu, dass ab den 2020er Jahren sehr starke Jahrgänge im Rentenalter verhältnismäßig schwach besetzten im Erwerbsalter gegenüberstehen werden. Die Angehörigen des geburtenstärksten Jahrgangs der Nachkriegszeit 1964 werden 2029 65 Jahre alt sein. Von diesen Veränderungen werden viele Lebensbereiche betroffen sein. Sie werden nicht erst in 50 Jahren spürbar sein, sondern auch schon in den nächsten Jahrzehnten eine große Herausforderung darstellen.

Abb. 5: Entwicklung des Alten- und Jugendquotienten



Jugendquotient: unter 20-Jährige je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.
 Altenquotient: 65-Jährige und Ältere je 100 Personen zwischen 20 und 64 Jahren.

Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.

1.1.6 Zusammenfassung

Nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte die Zunahme der Bevölkerungszahl des früheren Bundesgebiets zunächst vor allem auf der Aufnahme von Vertriebenen aus den Ostgebieten des ehemaligen Deutschen Reichs und den deutschen Siedlungsgebieten im Ausland. 1950 betrug die Zahl der Vertriebenen im früheren Bundesgebiet rund 8 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 17 % entsprach. Zwischen 1950 und 1961 trug die Zuwanderung aus der ehemaligen DDR maßgeblich zum Bevölkerungszuwachs bei. So fanden von 1950 bis zum Mauerbau am 13. August 1961 etwa 2,6 Mill. Menschen aus Ostdeutschland als Übersiedlerinnen und Übersiedler Aufnahme im früheren Bundesgebiet. Zeitgleich gab es zwischen 1947 bis Anfang der 1970er Jahre erheblich mehr Geburten als Sterbefälle, die ebenfalls zur Bevölkerungszunahme im früheren Bundesgebiet beitrugen.

Seit Mitte der 1960er Jahre wird die Bevölkerungsentwicklung im früheren Bundesgebiet bzw. (ab November 1990) in Deutschland entscheidend durch die Zu- und Abwanderungen von Ausländerinnen und Ausländern beeinflusst. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer erhöhte sich von 1961 bis 1996 kontinu-

ierlich von 690 000 auf knapp 7,5 Mill. Diese Zunahme der ausländischen Bevölkerung ist zum großen Teil auf Zuwanderungsgewinne, aber auch auf den Geburtenüberschuss bei Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland zurückzuführen. Nach Schwankungen zwischen 1997 und 2004 geht seit 2005 die Zahl der ausländischen Personen zurück und betrug 2009 7,1 Mill. Personen. Hintergrund dieser Entwicklung ist, dass die Einbürgerungszahlen höher liegen als die Zuwanderungs- und Geburtenüberschüsse der ausländischen Bevölkerung.

Im Gebiet der ehemaligen DDR stieg die Bevölkerungszahl nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ebenfalls als Folge der Aufnahme von Vertriebenen zunächst an und zwar bis auf rund 19 Mill. im Jahr 1948. Die Zahl der Vertriebenen in der ehemaligen DDR – dort als »Neubürger« oder »Umsiedler« bezeichnet – betrug 1950 etwa 4,1 Mill., was einem Anteil an der Bevölkerung von 22 % entsprach. Nach 1948 ging die Einwohnerzahl der ehemaligen DDR bis zum Mauerbau 1961 hauptsächlich als Folge der starken Abwanderung in das frühere Bundesgebiet Jahr für Jahr zurück, 1961 lag sie bei 17,1 Mill. Durch die hermetische Abriegelung (Mauerbau) konnte der Bevölkerungsrückgang nur vorüber-

gehend gestoppt werden. 1973 sank die Einwohnerzahl auch bedingt durch Geburtendefizite in den 1970er Jahren unter die 17-Millionen-Grenze. Hohe Abwanderung in die alten Bundesländer und niedrige Geburten nach der Wende zusammen mit einer schwachen Außenwanderung bewirkten in den neuen Bundesländern zwischen 1990 und 2009 einen weiteren Rückgang der Bevölkerung um 1,8 Mill. Personen.

Kennzeichnend für den demografischen Wandel werden in den kommenden Jahrzehnten der Rückgang der Bevölkerung und ihre Alterung sein. Ausgehend von einer Bevölkerungszahl von etwa 81,8 Mill. wird nach der 12. koordinierten Vorausberechnung (Varianten zur »mittleren« Bevölkerung) die Bevölkerungszahl bis ins Jahr 2060 auf 65 bzw. 70 Mill. Menschen absinken. Die Relation zwischen Alt und Jung wird sich stark verändern. Ende 2009 waren etwa 19 % der Bevölkerung jünger als 20 Jahre, auf die 65-Jährigen und Älteren entfielen etwa 21 %. Rund 61 % stellten Personen im so genannten Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre). Im Jahr 2060 wird dagegen nur etwa die Hälfte der Bevölkerung im Erwerbsalter sein, während ein Drittel 65 Jahre oder älter und ca. 16 % jünger als 20 Jahre sein werden.

2 Familie, Lebensformen und Kinder

2.1 Lebensformen in der Bevölkerung, Kinder und Kindertagesbetreuung

Elle Krack-Roberg
Sascha Krieger
Julia Weinmann

Allein oder zu zweit? Mit Trauschein oder in »wilder Ehe«? Als Familie oder ohne Kinder? Das menschliche Zusammenleben bietet vielfältige Möglichkeiten. Neben der traditionellen Familienform,

den Ehepaaren mit Kindern, entstehen alternative Familienformen wie Lebensgemeinschaften mit Kindern oder alleinerziehende Elternteile. Gleichzeitig prägen nicht-familiale Lebensformen wie Alleinstehende zunehmend das Bild der Gesellschaft.

Mütter (Abschnitt 2.1.5) ist ein ausreichendes Angebot zur Betreuung von Kindern unterschiedlicher Altersstufen. Alleinerziehenden ermöglicht dies häufig erst eine eigene Erwerbstätigkeit, ohne die nicht selten andere Leistungen (z. B. Arbeitslosengeld I) oder staatliche Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«) in Anspruch genommen werden müssen (siehe auch Kapitel 5 und 9). Im Abschnitt 2.1.6 wird die Betreuungssituation von Kindern thematisiert. Wie viele Kinder werden von Tageseinrichtungen oder von Tagesmüttern bzw. -vätern betreut? Ist die Betreuungssituation in den Ländern unterschiedlich? Abschließend wird das pädagogische Personal der Betreuungseinrichtungen in den Blick genommen: Wie viele Menschen beschäftigt der »Arbeitsmarkt« der Kinderbetreuung? Welche berufliche Qualifikation haben die Beschäftigten?

Was ist der Mikrozensus?



Die Datenbasis für die Abschnitte 2.1.1, 2.1.3, 2.1.4 und 2.1.5 bildet der Mikrozensus, die größte jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung Europas, an der ein Prozent der Haushalte in Deutschland teilnehmen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz. Familien und Lebensformen am Nebenwohnsitz und Menschen in Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Wohnheime) werden hier nicht berücksichtigt.

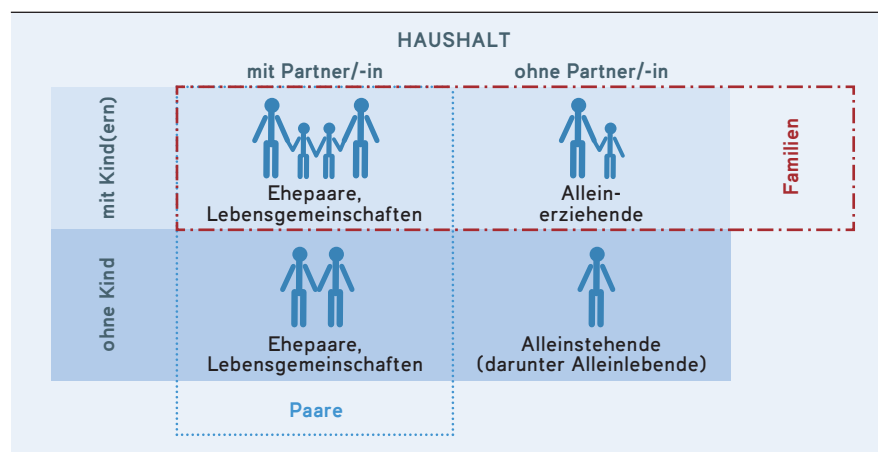
Da sich der Mikrozensus als Haushaltsbefragung auf das Beziehungsgefüge der befragten Menschen in den »eigenen vier Wänden«, also auf einen gemeinsamen Haushalt konzentriert, bleiben Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, oder Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung, das so genannte »Living Apart Together«, unberücksichtigt.

Bei Zeitvergleichen ist zu beachten, dass der Mikrozensus seit 2005 kontinuierlich über das Jahr verteilt erhoben wird. Das heißt, dass sich das gesamte Befragungsvolumen seit 2005 gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt. Die Ergebnisse des Mikrozensus geben nun Aufschluss über die Entwicklung im Durchschnitt des ganzen Erhebungsjahres. Bis einschließlich 2004 war die Erhebung auf eine feste Berichtswoche – üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April – festgelegt.

Zunächst wird die Entwicklung der unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens in den Jahren 1999 bis 2009 beschrieben (2.1.1). Anschließend werden Eheschließungen und Scheidungen im Zeitverlauf beleuchtet (2.1.2). In Abschnitt 2.1.3 und 2.1.4 richtet sich der Fokus auf Familien mit minderjährigen Kindern und die Lebenssituation von Kindern. → [Abb.1](#)

Eine wesentliche Voraussetzung zur zufriedenstellenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Väter und

Abb.1: Familien- und Lebensformen im Mikrozensus



Als Kinder zählen ledige Personen (ohne Altersbegrenzung) mit mindestens einem Elternteil und ohne Lebenspartner/-in bzw. eigene ledige Kinder im Haushalt. Lebensgemeinschaften sind nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Tab. 1: Lebensformen der Bevölkerung

| | 1999 | 2009 |
|----------------------------|----------|--------|
| | in 1 000 | |
| Paare | 21 548 | 20 993 |
| Ehepaare | 19 479 | 18 312 |
| Lebensgemeinschaften | 2 069 | 2 681 |
| nichtehelich ¹ | 2 028 | 2 617 |
| gleichgeschlechtlich | 41 | 63 |
| Alleinerziehende | 2 300 | 2 635 |
| Alleinstehende | 14 509 | 17 059 |
| Alleinlebende ² | 12 956 | 15 504 |

1 Gemischtgeschlechtlich.

2 Einpersonenhaushalte.

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.1.1 Formen des Zusammenlebens

Grundlage für die Bestimmung von Lebensformen im Mikrozensus sind die sozialen Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Im Jahr 2009 lebten 18,3 Mill. Ehepaare und 2,7 Mill. gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften in Deutschland, zusammen also rund 21 Mill. Paare. Daneben gab es 17,1 Mill. alleinstehende Personen, die ganz überwiegend (15,5 Mill.)

allein wohnten oder sich in eher seltenen Fällen den Haushalt mit anderen Mitbewohnern teilten. Als Mütter oder Väter waren 2,6 Mill. Menschen alleinerziehend.

Im Vergleich zu 1999 haben fast alle Lebensformen zahlenmäßig an Bedeutung gewonnen. So erhöhte sich die Zahl der Alleinstehenden um 2,5 Mill., was einem prozentualen Anstieg von 18 % entspricht. Die Zahl der Lebensgemeinschaften stieg innerhalb der betrachteten zehn Jahre um 612 000 (+ 30 %), die der Alleinerziehenden um 335 000 (+ 15 %). Eine rückläufige Entwicklung zeigt sich hingegen bei den Ehepaaren. Im Jahr 2009 gab es in Deutschland rund 1,2 Mill. Ehepaare weniger als noch vor zehn Jahren. Das entspricht einem Rückgang von 6 %. → Tab. 1

Paare

Wer heiratet wen? Wer lebt mit wem zusammen? Ein altes Sprichwort sagt zu diesem Thema: »Gleich und gleich gesellt sich gern.« Die Ergebnisse des Mikrozensus zeigen, dass diese Volksmundweisheit tatsächlich zutrifft. Zumindest wenn man den Bildungsstand, den Altersunterschied zwischen beiden Partnern oder die Staatsangehörigkeit betrachtet. Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich auf Ehepaare und nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften.

Paare nach Bildungsstand

Die meisten Menschen wählen eine Partnerin oder einen Partner mit gleichem Bil-

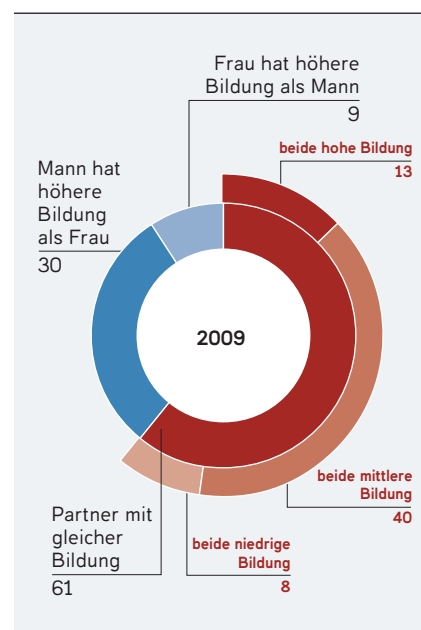
dungsniveau. So hatten 2009 bei mehr als der Hälfte (61 %) der 21 Mill. Paare in Deutschland die Lebensgefährten einen gleichen oder ähnlichen Bildungsabschluss. Wenn sich das Bildungsniveau unterscheidet, dann verfügt meistens der Mann über einen höheren Abschluss. Das war bei immerhin fast einem Drittel (30 %) der Fall. Die umgekehrte Situation – dass die Frau einen höheren Bildungsstand hatte – gab es lediglich bei etwa jedem elften Paar (9 %). Im Vergleich zu 1999 zeigt sich hier eine Veränderung. Damals hatte nur bei 7 % der Paare die Frau einen höheren Bildungsabschluss als der Mann. → Abb. 2

Unterschiede zeigen sich bei einer separaten Betrachtung der Ehepaare und nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Bei rund jedem dritten (31 %) Ehepaar hatte der Mann einen höheren Bildungsstand als seine Frau und nur zu 9 % war dies umgekehrt der Fall. Die dem klassischen Rollenbild entsprechende Bildungskonstellation – der Mann ist höher gebildet als die Frau – ist bei den Lebensgemeinschaften, die ohne Trauschein in einem Haushalt

Bildungsstand

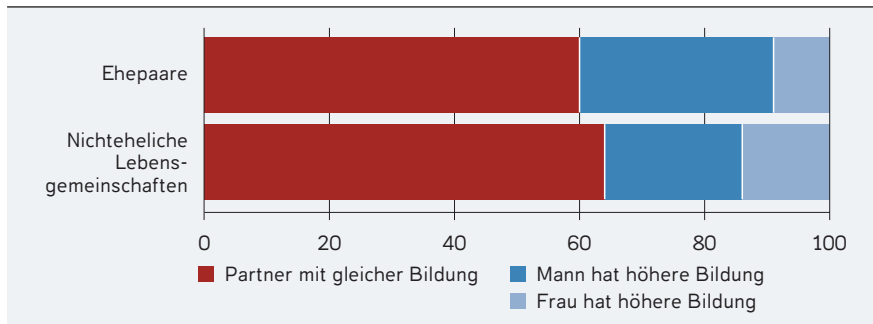
Der Bildungsstand basiert auf der international vergleichbaren Klassifikation für das Bildungswesen »International Standard Classification of Education« (ISCED). Der höchste erreichte Bildungsstand wird danach aus den Merkmalen allgemeiner Schulabschluss und beruflicher Bildungsabschluss kombiniert. Grundsätzlich wird zwischen drei Kategorien für den Bildungsstand unterschieden: »hoch«, »mittel« und »niedrig«. Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder einen Meister-/Techniker- oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse und/oder das Abitur bzw. die Fachhochschulreife gehören zur Kategorie »mittlerer Bildungsstand«. Personen mit ausschließlich einem Haupt-/Realschulabschluss und ohne schulischen oder beruflichen Abschluss fallen in die Kategorie »niedriger Bildungsstand«.

Abb. 2: Paare nach Bildungsstand 2009, in %



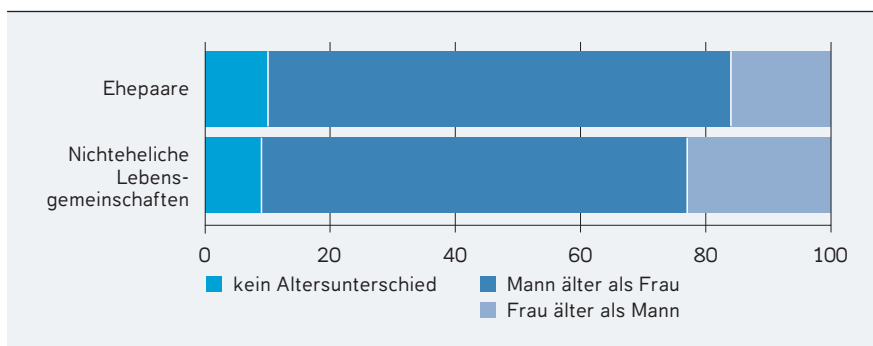
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 3: Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften nach Bildungsstand der Partner 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 4: Paare nach Altersunterschied 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

zusammenleben, weniger stark ausgeprägt. Bei den unverheirateten Paaren verfügte der Mann nur in 22 % der Fälle über einen höheren Bildungsabschluss als die Frau, wohingegen in 14 % der Fälle der Abschluss der Frau höher war als der des Mannes. → **Abb. 3**

Paare nach Alter

Beziehungen von älteren Männern und Frauen zu wesentlich jüngeren Partnerinnen oder Partnern werden von der Presse gerne aufgegriffen. Statistisch gesehen sind solche hohen Altersunterschiede jedoch nicht die Regel, sondern eher die Ausnahme, denn lediglich 6 % aller Paare trennte 2009 ein Altersunterschied von mehr als zehn Jahren. Fast die Hälfte (47 %) hatte nur einen geringen Altersunterschied zwischen einem und drei Jahren. Genau gleich alt war immerhin jedes zehnte Paar. Unabhängig von der Höhe des Altersunterschiedes gilt jedoch im Großen und Ganzen die tradi-

tionelle Altersverteilung – der Mann ist älter als die Frau. Bei rund drei Vierteln (73 %) traf dies zu, nur bei 17 % der Paare war es umgekehrt. 10 % der Paare waren gleich alt.

Betrachtet man verheiratete und nichtverheiratete Paare getrennt voneinander hinsichtlich des Alters in der Paarkonstellation, stellt sich diese Struktur noch einmal anders dar. Auch hinsichtlich der Altersverteilung weichen nichteheliche Lebensgemeinschaften eher von gängigen Klischees ab: Zwar herrschte im Jahr 2009 auch bei unverheirateten Paaren überwiegend (68 %) eine traditionelle Altersverteilung. Doch in fast jeder vierten Beziehung war die Frau älter als ihr Partner (23 %). Der Rest (9 %) war gleich alt. Unter den Verheirateten war die klassische Verteilung der Alterskonstellation stärker ausgeprägt: Bei drei von vier Ehepaaren (74 %) war der Mann älter als seine Frau. In jeder zehnten Ehe waren

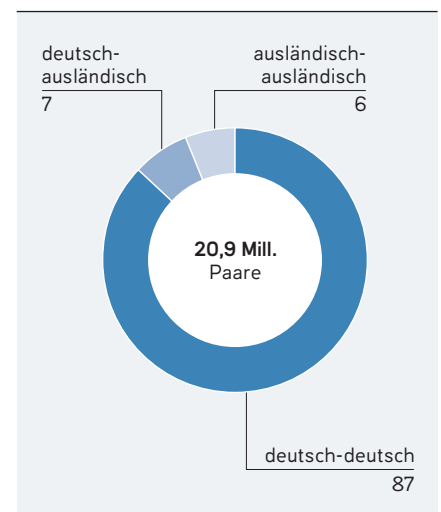
beide Partner gleich alt. In 16 % der Ehen war die Frau älter. → **Abb. 4**

Paare nach Staatsangehörigkeit

Ein Studium im Ausland, Urlaub in den Tropen oder der Altersruhesitz am Mittelmeer – im Zuge zunehmender Globalisierung und Mobilität im privaten und geschäftlichen Umfeld der Menschen könnte man vermuten, dass auch Paarbeziehungen immer internationaler würden. Zwar steigt der Anteil von Paaren mit verschiedenen Staatsangehörigkeiten, dennoch haben die allermeisten Paare nach wie vor den gleichen Pass. So überwogen unter den Paaren 2009 in Deutschland klar die deutsch-deutschen Verbindungen (87%). Das waren jedoch rund drei Prozentpunkte weniger als 1996. Deutsch-ausländische Paare machten 7% (1996: 4%) und ausländische Paare 6% (1996: 6%) aus. Auch unter ausländischen Paaren besitzen meist beide Partner die gleiche Staatsangehörigkeit (92%). → **Abb. 5**

Auch wenn häufiger Gemeinsamkeiten für eine Partnerschaft gewählt werden, sind es manchmal gerade die Unterschiede, die sich anziehen: Wenn deutsche

Abb. 5: Paare nach Staatsangehörigkeit 2009, in %




Paare: Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften.

Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Männer eine ausländische Partnerin wählen, dann kam sie am häufigsten aus Polen (11 %), der Türkei (10 %) oder der Russischen Föderation (8 %). Deutsche Frauen lebten 2009 vor allem mit Türken (17 %), Italienern (13 %) und Österreichern (6 %) zusammen.

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Unter einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft wird im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft verstanden, bei der zwei Lebenspartner gleichen Geschlechts mit oder ohne Trauschein bzw. mit oder ohne notarielle Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften. 

Über die Frage zur Lebenspartnerschaft (Fragekonzept) weist der Mikrozensus für das Jahr 2009 rund 63 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Sechs von zehn (59 %) gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurden von Männern geführt. 19 000 aller gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften waren zugleich eingetragene Lebenspartnerschaften. Das entsprach 30 % aller Lebensgemeinschaften von Partnern gleichen Geschlechts. Auf Grund der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind diese Ergebnisse nach dem Fragekonzept mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben. → **Tab. 2**

Tab. 2: Entwicklung der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften

| | Schätzkonzept | Fragekonzept | | |
|------|---------------|--------------|-------------------|-------------------|
| | | zusammen | männlich/männlich | weiblich/weiblich |
| | | in 1 000 | | |
| 1999 | 128 | 41 | 25 | 16 |
| 2000 | 142 | 47 | 27 | 20 |
| 2005 | 173 | 60 | 36 | 24 |
| 2009 | 177 | 63 | 37 | 27 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

Bezug Schätzkonzept: Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Bezug Fragekonzept: Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Eine obere Grenze für die Zahl gleichgeschlechtlicher Paare kann im Mikrozensus mit einem Schätzverfahren bestimmt werden. Hierbei werden alle Haushalte, in denen mindestens zwei Personen leben, näher betrachtet. In diesen Haushalten müssen (mindestens) zwei nicht verwandte 16-jährige oder ältere Personen gleichen Geschlechts leben, die keine Ehegatten im Haushalt haben bzw. nicht verheiratet und beide familienfremd sind. Nach diesem Schätzkonzept gab es im Jahr 2009 in Deutschland 177 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, also fast drei Mal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach dem Fragekonzept. Auch die Ergebnisse des Schätzkonzepts sind mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften sein, weil auf diesem Weg beispielsweise auch Wohngemeinschaften von Studenten ohne partnerschaftlichen Hintergrund in die Gesamtzahl eingehen.

Auch wenn die Ergebnisse des Frage- und des Schätzkonzepts zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Paare vorsichtig zu interpretieren sind, zeigt sich nach beiden Konzepten, dass seit 1999 ein Anstieg der Zahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu verzeichnen ist.

Alleinerziehende

Alleinerziehende Mütter und Väter gehören zunehmend zum Alltag. Im Jahr 2009 gab es in Deutschland insgesamt 2,6 Mill. alleinerziehende Elternteile, von denen 59 % minderjährige Kinder hatten. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die 1,6 Mill. alleinerziehenden Mütter und Väter, die mindestens ein im Haushalt lebendes, minderjähriges Kind betreuten. 2009 gab es rund 12 % mehr alleinerziehende Mütter und Väter als vor zehn Jahren.

Zu den alleinerziehenden Elternteilen zählen im Mikrozensus alle Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-innen mit ledigen Kindern im Haushalt zusammenleben. Unerheblich ist dabei, wer im juristischen Sinn für das Kind sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht der aktuelle und alltägliche Lebens- und Haushaltszusammenhang.

Am häufigsten werden Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern infolge einer Scheidung zu Alleinerziehenden: 2009 waren 41 % dieser Frauen und 49 % dieser Väter geschieden. Auf den weiteren Plätzen folgten bei Frauen die Ledigen mit einem Anteil von 37 %, gefolgt von

Nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

In den letzten Jahren hat in Deutschland – neben dem Zusammenleben als Ehepaar – das Zusammenleben in Lebensgemeinschaften ohne staatliche Eintragung an Bedeutung gewonnen. Im Mikrozensus wird zwischen nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften unterschieden. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist ein unverheiratet zusammen lebendes, gemischtgeschlechtliches Paar. Entscheidend für die Klassifizierung als Lebensgemeinschaft im Mikrozensus ist die Einstufung der Befragten selbst. Eine diesbezügliche Frage wird seit 1996 gestellt. Auch wenn sie nicht der gesetzlichen Auskunftspflicht unterliegt, ihre Beantwortung den befragten Personen also freigestellt wird, sind die diesbezüglichen Antwortausfälle relativ gering.

verheiratet getrennt Lebenden mit 16 % und Verwitweten mit 5 %. Anders die Reihenfolge bei den Männern: Hier lagen die verheiratet getrennt Lebenden mit einem Anteil von 22 % auf dem zweiten Platz, gefolgt von den Ledigen (18 %) und den Verwitweten, die 11 % aller alleinerziehenden Väter stellten. → **Abb. 6**

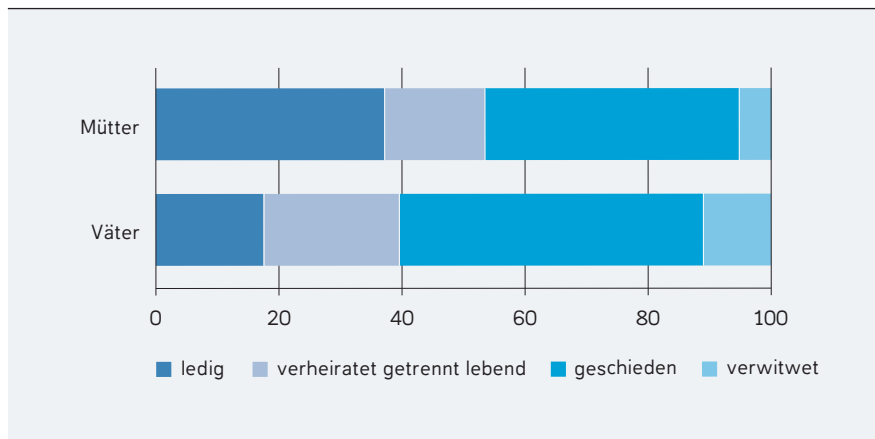
Das Alleinerziehen ist insofern »Frauensache«, als in neun von zehn Fällen (90 %) der alleinerziehende Elternteil im Jahr 2009 die Mutter war. Bei nur jeder zehnten Ein-Eltern-Familie war der alleinerziehende Elternteil der Vater. Seit 1999 ist der Anteil der alleinerziehenden Väter leicht zurückgegangen, und zwar von 12 % im Jahr 1999 auf 10 % im Jahr 2009.

2009 betreuten 36 % der alleinerziehenden Väter Kinder im Alter von 15 bis 17 Jahren. Alleinerziehende Mütter versorgten – relativ betrachtet – deutlich seltener Kinder dieses Alters (19 %). Sie waren häufiger für jüngere Kinder verantwortlich. So lebten bei 31 % der alleinerziehenden Mütter Kinder im Krippen- oder Vorschulalter von unter sechs Jahren. Nur 11 % der alleinerziehenden Väter betreuten Kinder in dieser Altersgruppe. Von den alleinerziehenden Müttern betreuten 15 % Kinder unter drei Jahren und 16 % Kinder von drei bis fünf Jahren. → **Abb. 7**

Alleinstehende

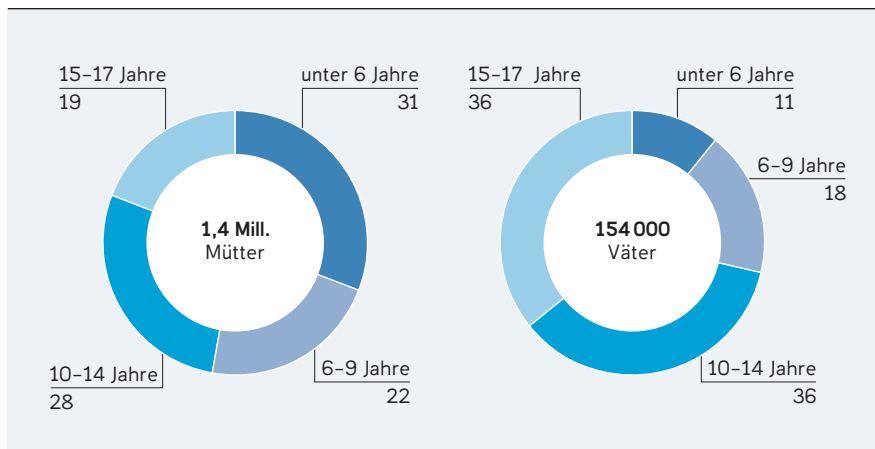
2009 gab es 17,1 Mill. Alleinstehende in Deutschland. Damit war jede fünfte Person (21 %) alleinstehend. Seit 1999 ist die Zahl der Alleinstehenden um 18 % gestiegen. Als Alleinstehende werden im Mikrozensus ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen bezeichnet, die ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner und ohne Kinder in einem Privathaushalt wohnen. Diesen können sie sich mit Anderen (z. B. Geschwistern, Freunden, Arbeitskollegen) teilen oder dort allein wohnen. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden später auch als Alleinlebende bezeichnet.

Abb. 6: Alleinerziehende¹ nach Familienstand und Geschlecht 2009, in %



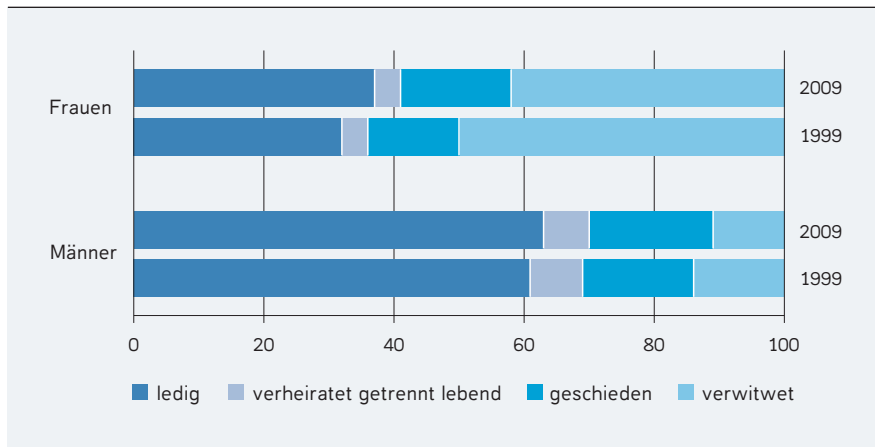
¹ Mit Kind(ern) unter 18 Jahren.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 7: Alleinerziehende¹ nach Alter des jüngsten Kindes 2009, in %



¹ Mit Kind(ern) unter 18 Jahren.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 8: Alleinstehende nach Familienstand und Geschlecht 2009, in %

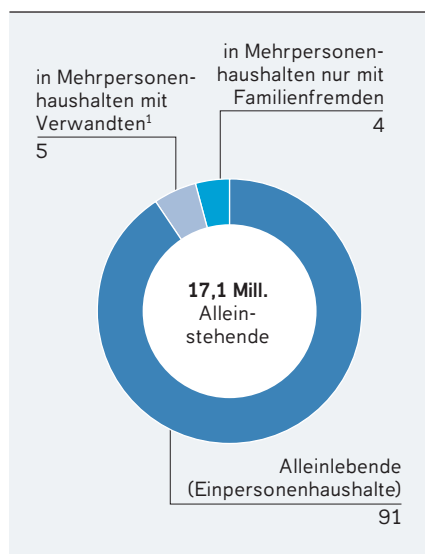


Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

9,2 Mill., etwas mehr als die Hälfte (54 %) der Alleinstehenden, waren 2009 Frauen. 7,9 Mill. (46 %) Alleinstehende waren Männer. Seit 1999 stieg die Zahl allein-stehender Frauen vergleichsweise leicht um 7 %, während die Zahl allein-stehender Männer sich um mehr als ein Drittel (33 %) erhöhte. 1999 hatte der Frauen-anteil unter den Alleinstehenden noch bei 59 % gelegen.

Unterschiede zwischen alleinstehenden Frauen und Männern zeigen sich u. a. im Familienstand. 2009 waren 42 % dieser Frauen verwitwet, 37 % ledig, 17 % geschieden und 4 % verheiratet getrennt lebend. Bei den alleinstehenden Männern war die Reihenfolge eine andere: Hier überwogen mit 63 % die Ledigen, gefolgt von den Geschiedenen mit 19 %, den Verwitweten mit 11 % und den verheiratet getrennt Lebenden mit 7 %. 1999 waren alleinstehende Frauen noch deutlich häufiger verwitwet (51 %). Gestiegen ist seitdem der Anteil der Ledigen und der Geschiedenen an allen alleinstehenden Frauen. Bei den alleinstehenden Männern gibt es im Zeitverlauf nur geringfügige Veränderungen. → **Abb. 8**

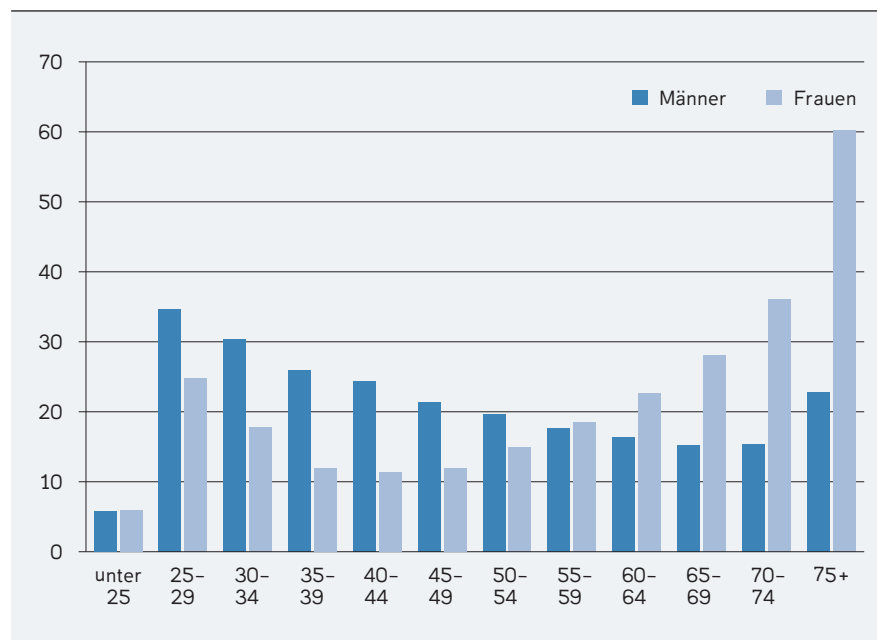
Abb. 9: Alleinstehende nach Haushaltsform 2009, in %



¹ Sowie Verschwägerten und ggf. Nichtverwandten.

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 10: Alleinlebende nach Alter und Geschlecht 2009, in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppe



Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Von den 17,1 Mill. Alleinstehenden lebten 91 % allein (in einem Einpersonenhaushalt). Rund 5 % teilten sich den Haushalt mit Verwandten, beispielsweise der Schwester oder dem Bruder, und gegebenenfalls weiteren nicht verwandten Personen. Weitere 4 % wohnten in Haushalten mit ausschließlich nicht verwandten oder verschwägerten Haushaltsmitgliedern, beispielsweise in einer Wohngemeinschaft von Studenten. Damit lebten insgesamt 9 % der Alleinstehenden mit anderen Menschen unter einem Dach zusammen. → **Abb. 9**

Alleinlebende

Alleinlebende sind Alleinstehende, die allein in einem Einpersonenhaushalt wohnen und wirtschaften. Alleinlebende sind im Durchschnitt älter als Alleinstehende: So waren 2009 in Deutschland von den Alleinlebenden 35 % älter als 65 Jahre, bei den Alleinstehenden in Mehrpersonenhaushalten betrug dieser Anteil lediglich 28 %. Umgekehrt verhielt es sich in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen: Lediglich 8 % der Alleinlebenden war jünger als 25 Jahre, bei den Allein-

stehenden in Mehrpersonenhaushalten hingegen waren es 19 %. Alleinstehende in Mehrpersonenhaushalten waren zu 57 % ledig und zu 22 % verwitwet, für Alleinlebende betragen die entsprechenden Anteile 48 % bzw. 28 %. Der Frauenanteil bei den Alleinstehenden in Mehrpersonenhaushalten war mit 54 % genauso hoch wie bei den Alleinlebenden (54 %).

Jüngere Frauen und Frauen mittleren Alters (25 bis 54 Jahre) lebten 2009 seltener allein als gleichaltrige Männer. So lag die Quote der Alleinlebenden bei Frauen jüngeren und mittleren Alters mit durchschnittlich 15 % deutlich unter der entsprechenden Quote für Männer (26 %). Umgekehrt ist es in der Altersgruppe ab 55 Jahren: Frauen in dieser Altersgruppe lebten wesentlich häufiger allein als gleichaltrige Männer. Bei älteren Frauen steigt der Anteil der Alleinlebenden mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Hier wirkt sich u. a. die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen aus. Für Männer bleibt die Alleinlebendenquote bis zum 74. Lebensjahr relativ konstant und nimmt erst dann deutlich zu. → **Abb. 10**

2.1.2 Eheschließungen und Scheidungen

Die nachfolgenden Angaben sind der Statistik der Eheschließungen bzw. der Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen (Scheidungsstatistik) entnommen. Die Meldung der Scheidungsfälle an die Statistik erfolgt durch die Justizgeschäftsstellen der Familiengerichte. In Deutschland schlossen im Jahr 2009 insgesamt 378 400 Paare eine Ehe. Damit stieg die Zahl der Eheschließungen zwar gegenüber dem Vorjahr leicht an (0,4 %), lag aber 52 500 Ehen oder 12 % niedriger als zehn Jahre zuvor. Anfang der 1960er Jahre lag die Zahl der Eheschließungen noch bei rund 700 000. Sie ist seitdem fast kontinuierlich gesunken. Ab 2001 lag die Zahl der Eheschließungen erstmals unter 400 000.

Unter den 378 400 standesamtlich geschlossenen Ehen des Jahres 2009 waren bei rund 326 800 Ehen beide Ehepartner Deutsche (86 %). Von den Ehen mit ausländischen Partnern schlossen 25 100 (49 %) deutsche Männer mit einer ausländischen Frau die Ehe und 19 200 (37 %) deutsche Frauen heirateten einen ausländischen Mann. Bei 7 400 (14 %) Eheschließungen besaßen beide Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit, 4 600 von ihnen hatten die gleiche Staatsangehörigkeit.

Mit der Eheschließung warten junge Menschen immer länger: Seit Mitte der 1970er Jahre ist in Deutschland das durchschnittliche Heiratsalter lediger kontinuierlich gestiegen. Betrug 1975 das durchschnittliche Heiratsalter bei ledigen Männern noch 24 Jahre elf Monate und bei ledigen Frauen 22 Jahre sechs Monate, stieg es bis 1999 auf 31 Jahre bzw. 28 Jahre vier Monate. Im Jahr 2009 waren ledige Männer bei der Hochzeit im Durchschnitt 33 Jahre und ledige Frauen 30 Jahre alt. Auch hat sich der Altersunterschied zwischen Männern und Frauen in den letzten zehn Jahren von zweieinviertel (1999) auf drei Jahre in 2009 erhöht. Bei

insgesamt 64 % der Hochzeiten waren beide Personen zuvor ledig. 15 % der Ehen wurden zwischen einem geschiedenen Mann und einer geschiedenen Frau geschlossen. Zehn Jahre früher waren 63 % der Ehepartner vorher ledig und 13 % zuvor geschieden gewesen.

Eine Ehelösung findet durch gerichtliche Scheidung, durch gerichtliche Aufhebung oder durch den Tod des Ehepartners statt, wobei der letzte Fall bei weitem überwiegt (2009: 65 %). Im Jahr 2009 belief sich die Zahl der gerichtlichen Scheidungen auf 185 800, das entspricht einem Anteil von 35 % an allen Ehelösungen. Auf 10 000 bestehende Ehen kamen etwa 104 Ehescheidungen, 1999 waren es nur 99 Scheidungen. Die tatsächliche Zahl der Ehescheidungen dürfte für 2009 etwas höher liegen, da es in Bayern bedingt durch gesetzliche und technische Umstellungen bei der Datengewinnung zu einer Untererfassung von schätzungsweise 1 900 Fällen gekommen ist. Nach den derzeitigen Verhältnissen ist damit zu rechnen, dass mehr als jede dritte Ehe im Laufe der Zeit wieder geschieden wird.

Bei der Mehrzahl aller Ehescheidungen sind die Ehepartner zumindest ein Jahr getrennt: 153 800 Ehen (83 %) wurden 2009 nach einjähriger Trennung geschieden, dies waren 8 600 Ehen oder 5 % weniger als 2008. Bei 3 300 Scheidungen waren die Partner noch kein Jahr getrennt gewesen. Die Zahl der Scheidun-

gen nach dreijähriger Trennung ist mit 27 500 im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (+9 %). Die Tendenz der vergangenen Jahre zur Scheidung nach einer längeren Ehedauer setzt sich fort: 2009 betrug die durchschnittliche Ehedauer bei der Scheidung 14 Jahre und vier Monate. Im Jahr zuvor waren die Partner im Durchschnitt 14 Jahre und einen Monat verheiratet gewesen und 1999 zwölf Jahre und acht Monate.

Mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 ist auch in den neuen Ländern das bundesdeutsche Scheidungsrecht in Kraft getreten. Ähnlich wie bei der Reform des Scheidungsrechts 1977 im früheren Bundesgebiet hatte dies zunächst einen starken Rückgang der Zahl der Scheidungen zur Folge: 1990 wurden in den neuen Ländern etwa ein Drittel weniger Ehen geschieden als 1989, und 1991 waren es im Vergleich zu 1989 ein Fünftel weniger. Von 1993 bis einschließlich 2003 ist die Zahl der Ehescheidungen im Osten Deutschlands sprunghaft angestiegen und erreichte 2003 mit 30 200 Ehescheidungen einen vorläufigen Höhepunkt. Von 2004 bis 2007 sanken die Scheidungszahlen und pendelten sich in den letzten zwei Jahren bei rund 25 200 Scheidungen ein. → Tab. 3

Von einer Scheidung sind häufig nicht nur die Ehepartner, sondern auch deren minderjährige Kinder betroffen. Knapp die Hälfte der 185 800 geschiedenen Ehe-

Tab. 3: Eheschließungen und Ehescheidungen

| | Eheschließungen | | Ehescheidungen | |
|------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| | insgesamt in 1 000 | je 1 000 Einwohner | insgesamt in 1 000 | je 1 000 Einwohner |
| 1950 | 750 | 11,0 | 135 | 2,0 |
| 1960 | 689 | 9,5 | 73 | 1,0 |
| 1970 | 575 | 7,4 | 104 | 1,3 |
| 1980 | 497 | 6,3 | 141 | 1,8 |
| 1990 | 516 | 6,5 | 155 | 2,0 |
| 1995 | 431 | 5,3 | 169 | 2,1 |
| 2000 | 419 | 5,1 | 194 | 2,4 |
| 2005 | 388 | 4,7 | 202 | 2,5 |
| 2008 | 377 | 4,6 | 192 | 2,3 |
| 2009 | 378 | 4,6 | 186 | 2,3 |

partner hatte Kinder unter 18 Jahren. Insgesamt erlebten rund 145 700 minderjährige Kinder im Jahr 2009 die Scheidung ihrer Eltern. Das waren zwar 3 % weniger als im Vorjahr aber 1,3 % mehr als noch 1999. Bei 54 % der Ehepaare mit minderjährigen Kindern handelte es sich um das einzige minderjährige Kind des geschiedenen Paares (1999: 55 %).

2.1.3 Im Blickpunkt des politischen Interesses: Familien und ihre Strukturen

Als Familie werden im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften definiert. Im Einzelnen sind das Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. In diesem Abschnitt liegt der Schwerpunkt auf Familien mit minderjährigen Kindern. Das bedeutet, dass mindestens ein minderjähriges Kind im elterlichen Haushalt aufwächst, gegebenenfalls gemeinsam mit minder- oder volljährigen Geschwistern. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um leibliche Kinder, Stief-, Pflege- oder Adoptivkinder handelt.

Im Jahr 2009 gab es in Deutschland 8,2 Mill. Familien mit minderjährigen Kindern. 1999 waren es noch 9,3 Mill. Familien. Innerhalb von zehn Jahren ist die Zahl der Familien um knapp 1,1 Mill. gesunken. Das entspricht einem Rückgang von 11 %.

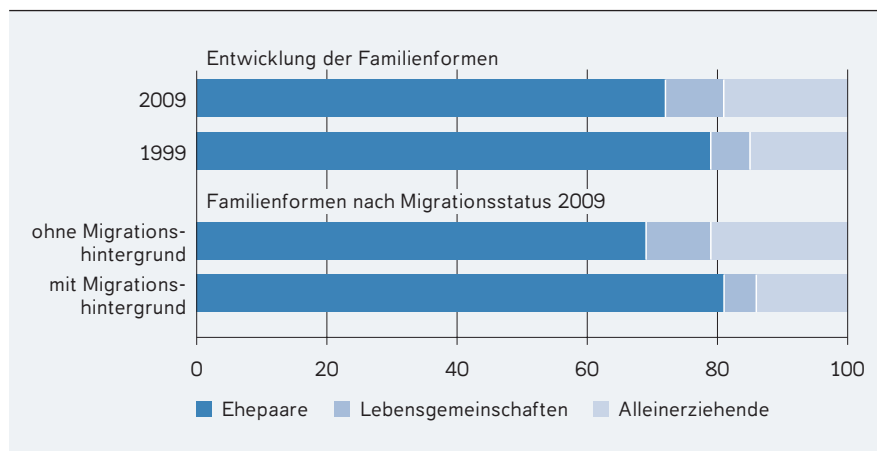
Familien mit Migrationshintergrund



Zu den Familien mit Migrationshintergrund zählen alle in einem Haushalt zusammen lebenden Eltern-Kind-Gemeinschaften, bei denen mindestens ein Elternteil eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt oder die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder – wie im Fall der Spätaussiedler – durch einbürgerungsgleiche Maßnahmen erhalten hat.

Weitere Informationen zum Thema Migration in Kapitel 7.3.

Abb. 11: Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach Familienform, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Familien, bei denen das Zusammenleben in einem Haushalt dadurch gekennzeichnet ist, dass mindestens ein Elternteil einen Migrationshintergrund besitzt, sind in Deutschland inzwischen keine Seltenheit mehr. Im Jahr 2009 gab es hier 2,4 Mill. Familien mit Migrationshintergrund. Das entspricht einem Anteil von 29 % an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Im Vergleich zu 2005 – hier wurde erstmals der Migrationsstatus im Mikrozensus abgefragt – erhöhte sich die Zahl der Familien mit Migrationshintergrund nur leicht, nämlich um 11 000 bzw. 0,5 %. Bei den Familien ohne Migrationshintergrund war hingegen ein kontinuierlicher Rückgang zu beobachten, und zwar von 6,5 Mill. im Jahr 2005 auf 5,8 Mill. im Jahr 2009.

Familienformen

Hinter den rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Familienformen. Während die Zahl traditioneller Familien (Ehepaare) kontinuierlich sank, stieg die Zahl alternativer Familienformen (Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften). Gab es 1999 noch knapp 7,4 Mill. Ehepaare mit minderjährigen Kindern, so waren es zehn Jahre später nur noch 6 Mill. (–19 %). Umgekehrt hat sich die Zahl der Alleinerziehenden – wenn auch nicht kontinuierlich – von 1,4 Mill. im Jahr 1999 auf fast 1,6 Mill. im Jahr 2009 erhöht

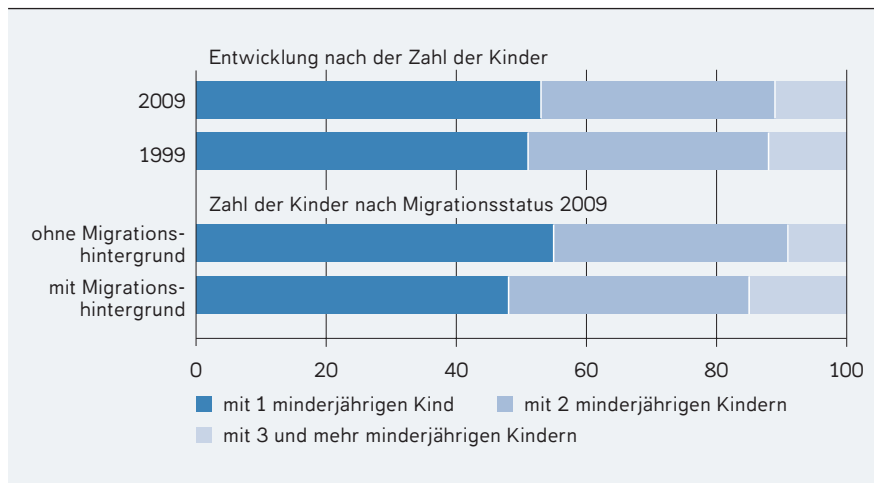
(+ 12 %). Die Zahl der Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern stieg in diesem Zeitraum ebenfalls, und zwar von 533 000 auf 702 000 (+ 32 %).

Die wachsende Bedeutung alternativer Familienformen führte zu einer Verschiebung der Familienstrukturen, bei der allerdings nach wie vor die Ehepaare mit Kindern deutlich überwiegen. 2009 waren knapp drei Viertel (72 %) der Familien Ehepaare (1999: 79 %). Alleinerziehende Mütter und Väter machten 19 % aller Familien aus (1999: 15 %). 9 % aller Familien waren Lebensgemeinschaften mit Kindern (1999: 6 %).

2009 war unter den Familien mit Migrationshintergrund die eher traditionelle Familienform der Ehepaare mit Kindern – relativ gesehen – mit 81 % deutlich weiter verbreitet als unter den Familien ohne Migrationshintergrund (69 %). Nur 14 % der Familien mit Migrationshintergrund waren alleinerziehende Mütter und Väter (ohne Migrationshintergrund: 21 %). Weitere 5 % waren Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern (ohne Migrationshintergrund: 10 %). **Abb. 11**

Familiengröße

2009 betreute etwas mehr als die Hälfte (53 %) der 8,2 Mill. Familien ein minderjähriges Kind. Zwei minderjährige Kinder lebten in 36 % der Familien. Drei und

Abb. 12: Familien nach der Zahl der Kinder unter 18 Jahren, in %

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

mehr minderjährige Kinder wuchsen in 11 % der Familien auf. → [Abb. 12](#)

Seit 1999 hat sich die Verteilung der Familien nach der Zahl der Kinder nur geringfügig verändert. Dennoch ist im Vergleich zu 1999 sowohl die Zahl der Familien mit minderjährigen Kindern als auch die Anzahl der in diesen Familien lebenden minderjährigen Kinder gesunken. Diese Entwicklung lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: Rein rechnerisch zogen die Familien 1999 durchschnittlich 1,64 minderjährige Kinder groß. 2009 waren es mit 1,61 minderjährigen Kindern etwas weniger.

Deutliche Unterschiede hinsichtlich der Kinderzahl zeigen sich zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund. Bei Familien mit Migrationshintergrund leben häufiger drei und mehr minderjährige Kinder im Haushalt. Im Jahr 2009 betreuten 15 % der Familien mit Migrationshintergrund drei und mehr minderjährige Kinder. Dieser Anteil betrug bei den Familien ohne Migrationshintergrund nur 9 %. Demgegenüber war der Anteil der Familien, die nur ein im Haushalt lebendes minderjähriges Kind versorgten, bei den Familien mit Migrationshintergrund geringer (48 %) als bei den Familien ohne Migrationshintergrund (55 %).

Monatliches Familiennettoeinkommen
Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hatten im Jahr 2009 in Deutschland 12 % der Familien ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro, 40 % der Familien verfügten monatlich über 1 300 bis unter 2 600 Euro, 36 % über 2 600 bis unter 4 500 Euro und 12 % über 4 500 Euro und mehr. Bei den Familien mit Migrationshintergrund

lagen die Anteile der Familien in den beiden unteren Einkommensstufen (unter 1 300 Euro: 14 %; 1 300 bis unter 2 600 Euro: 51 %) höher als bei den Familien ohne Migrationshintergrund (12 % bzw. 35 %). Umgekehrt waren dort die Anteile der Familien in den beiden oberen Einkommensklassen (2 600 bis unter 4 500 Euro: 39 %; 4 500 Euro und mehr: 14 %) höher als bei den Familien mit Migrationshintergrund (28 % bzw. 7 %). → [Tab. 4](#)

2009 hatten Ehepaare sowie Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern in Deutschland mehrheitlich (jeweils 81 %) ein monatliches Familiennettoeinkommen zwischen 1 300 und 4 500 Euro. Knapp die Hälfte (45 %) der Alleinerziehenden lebten von einem monatlichen Familiennettoeinkommen von unter 1 300 Euro. Während nur 26 % der alleinerziehenden Väter mit Kindern unter 18 Jahren ein monatliches Familiennettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro hatten, mussten 47 % der Mütter mit einem Monatseinkommen in dieser Höhe zurechtkommen. → [Abb. 13](#)

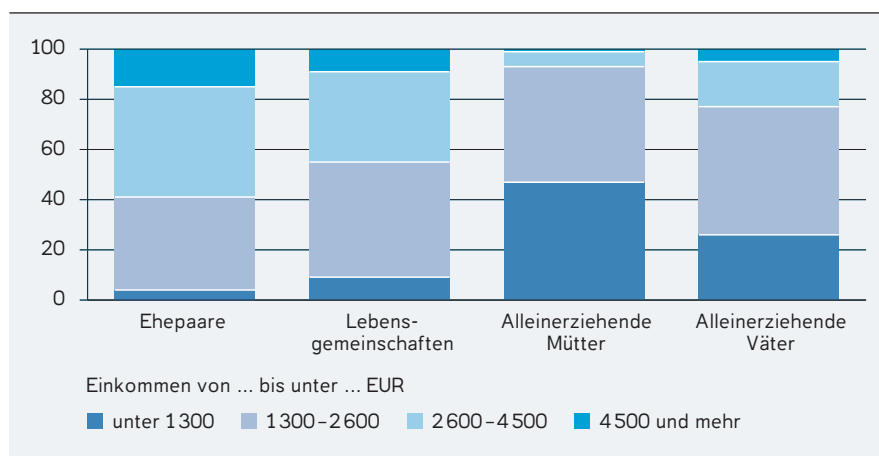
Tab. 4: Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen und Migrationsstatus 2009

| Monatliches Nettoeinkommen der Familie (von ... bis unter ... EUR) | Familien | | |
|--|--------------|----------------------------|---------------------------|
| | insgesamt | ohne Migrationshintergrund | mit Migrationshintergrund |
| | in 1000 | | |
| Insgesamt | 8 225 | 5 829 | 2 396 |
| mit Angabe | 7 580 | 5 377 | 2 204 |
| unter 1 300 | 929 | 621 | 307 |
| 1 300 bis 2 600 | 2 999 | 1 879 | 1 120 |
| 2 600 bis 4 500 | 2 734 | 2 114 | 621 |
| 4 500 und mehr | 918 | 762 | 155 |
| Sonstige | 644 | 452 | 192 |
| | in % | | |
| mit Angabe | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| unter 1 300 | 12,3 | 11,6 | 13,9 |
| 1 300 bis 2 600 | 39,6 | 35,0 | 50,8 |
| 2 600 bis 4 500 | 36,1 | 39,3 | 28,2 |
| 4 500 und mehr | 12,1 | 14,2 | 7,1 |

Familien, in denen mindestens eine Person in ihrer Haupttätigkeit selbstständige/r Landwirt/in ist sowie Familien ohne Angabe oder ohne Einkommen fallen unter »Sonstige«.

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 13: Familien mit Kindern unter 18 Jahren nach monatlichem Nettoeinkommen und Familienform 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.1.4 Lebenssituation von Kindern

2009 lebten in den Privathaushalten Deutschlands 19,5 Mill. minder- und volljährige Kinder. Gut zwei Drittel (13,3 Mill. bzw. 68 %) waren minderjährig. 1999 war die Zahl der minderjährigen Kinder noch deutlich höher (15,3 Mill.).

Zu den Kindern gehören im Mikrozensus alle ledigen Personen, die ohne Lebenspartner/-in und ohne »eigene Kinder« mit mindestens einem Elternteil in einem Haushalt zusammenleben. Neben leiblichen Kindern zählen auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder dazu. Eine allgemeine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht. Da die Lebenssituation von Kindern unter 18 Jahren aus familien- und sozialpolitischer Sicht besonders interessant ist, werden hier vorrangig Daten zu minderjährigen Kindern untersucht.

2009 wurden rund drei Viertel (76 %) der insgesamt 13,3 Mill. minderjährigen Kinder bei einem Ehepaar groß. Knapp jedes sechste Kind (16 %) wuchs bei einem alleinerziehenden Elternteil auf und jedes 14. Kind (7 %) lebte in einer Lebensgemeinschaft. 1999 wuchsen noch mehr minderjährige Kinder bei Ehepaaren auf (82 %). 13 % der Minderjährigen lebten damals bei Alleinerziehenden und 5 % bei Lebensgemeinschaften. → **Abb. 14**

Geschwisterzahl

Die meisten minderjährigen Kinder leben mit mindestens einer minder- oder volljährigen Schwester oder einem minder- oder volljährigen Bruder gemeinsam in einem Haushalt. Da sich der Mikrozensus bei der Befragung auf die aktuellen Verhältnisse im Haushalt konzentriert, bleiben Geschwister, die bereits ausgezogen sind, außer Acht. Fast die Hälfte der minderjährigen Kinder (47 %) wuchs 2009 gemeinsam mit einer minder- oder volljährigen Schwester bzw. einem Bruder heran. Gut ein Viertel (27 %) hatte mindestens zwei Geschwister und ein weiteres Viertel (25 %) lebte 2009 ohne weitere Geschwister im Haushalt.

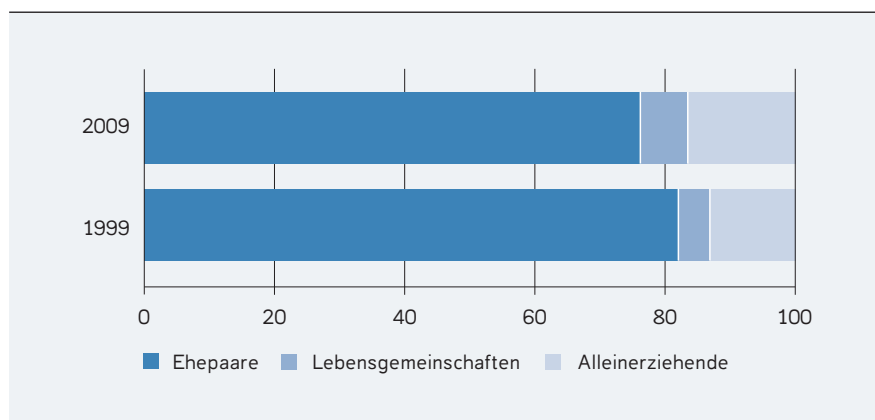
Mit Geschwistern im Haushalt wachsen minderjährige Kinder vor allem dann auf, wenn sie bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern leben. 2009 hatten vier Fünftel (80 %) der minderjährigen Kinder bei Ehepaaren minder- oder volljährige Geschwister. Demgegenüber wurden nur 58 % der minderjährigen Kinder bei alleinerziehenden Elternteilen mit Geschwistern groß. Der entsprechende Anteil bei Lebensgemeinschaften lag nur geringfügig darunter (54 %). → **Abb. 15**

Altersstruktur der Kinder

2009 waren in Deutschland 30 % der minderjährigen Kinder im Vorschulalter, 51 % der Minderjährigen waren im Alter von 6 bis 14 Jahren und 19 % bereits 15 Jahre oder älter.

Die minderjährigen Kinder in Lebensgemeinschaften waren häufig im Vorschulalter (50 %). Bei den Alleinerziehenden überwogen die 6- bis 14-Jährigen mit einem Anteil von 53 %. Lediglich 23 % der minderjährigen Kinder, die von Alleinerziehenden betreut wurden, waren noch im Vorschulalter. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass das Alleinerziehen in erster Linie eine ungeplante Lebensform von Müttern und Vätern ist und durch Trennung, Scheidung oder Verlust des Partners bzw. der Partnerin »mitten« in der Familienphase einsetzt. → **Abb. 16**

Abb. 14: Minderjährige Kinder nach Familienform 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Auszug der Kinder aus dem Elternhaus
 Die eigenen vier Wände sind der große Traum vieler Jugendlicher. Doch eine eigene Wohnung bringt nicht nur viele Freiheiten mit sich. Dem gegenüber steht das so genannte »Hotel Mama«, also der Verbleib der jungen Erwachsenen im Elternhaus. Im Jahr 2009 wohnten von den 25-Jährigen noch 29 % im Haushalt der Eltern. Junge Frauen verlassen den elterlichen Haushalt dabei früher als ihre männlichen Altersgenossen. Mit 25 Jahren wohnte nur noch jede fünfte junge Frau (20 %) noch als lediges Kind bei den Eltern. Mit 30 Jahren waren es noch 5 % und mit 40 Jahren nur noch 1 % der Frauen. → **Abb. 17**

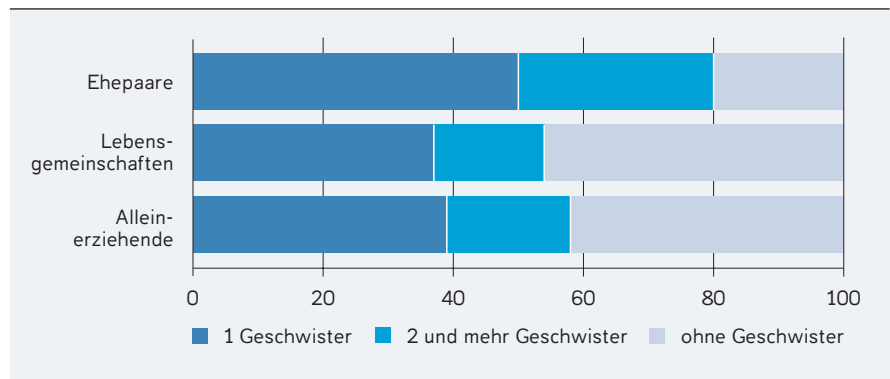
Bei den jungen Männern verzögerte sich der Auszug. Im Alter von 25 Jahren nahmen 2009 noch 37 % der männlichen Bevölkerung die Vorzüge des »Hotel Mama« in Anspruch. Mit 30 Jahren gehörten noch 13 % und mit 40 Jahren noch 4 % der Männer als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an. Langfristig gesehen verlassen Kinder heute später das Elternhaus. Lebten 1972 zwei von zehn (20 %) der 25-Jährigen im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin-West) noch bei den Eltern, waren es 2009 deutlich mehr, nämlich drei von zehn (30 % für das frühere Bundesgebiet ohne Berlin).

2.1.5 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Arbeit und Karriere auf der einen, Familienleben und Kinderbetreuung auf der anderen Seite: Beides miteinander zu verbinden, stellt für viele Eltern eine besondere Herausforderung dar. Nach wie vor sind es vor allem Frauen, die durch eine verminderte Beteiligung am Erwerbsleben versuchen, beiden Seiten gerecht zu werden.

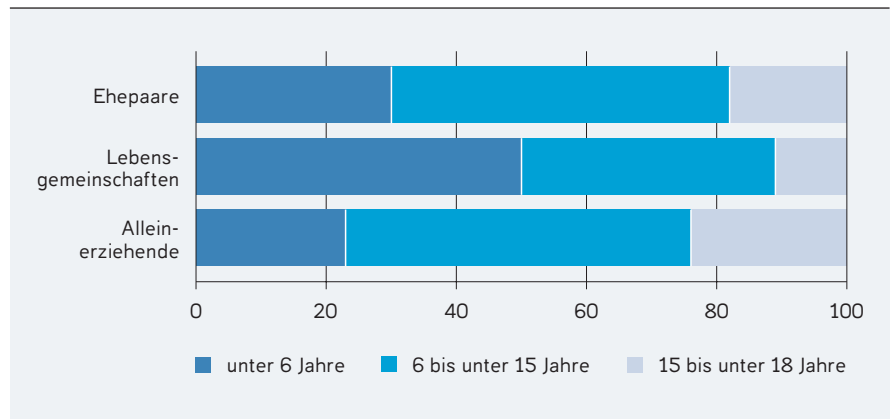
Im Jahr 2009 gab es in Deutschland 6,8 Mill. Mütter und 5,8 Mill. Väter im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 64 Jahren), die mit mindestens einem leiblichen

Abb. 15: Minderjährige Kinder mit und ohne Geschwister nach Familienform und Zahl der Geschwister 2009, in %



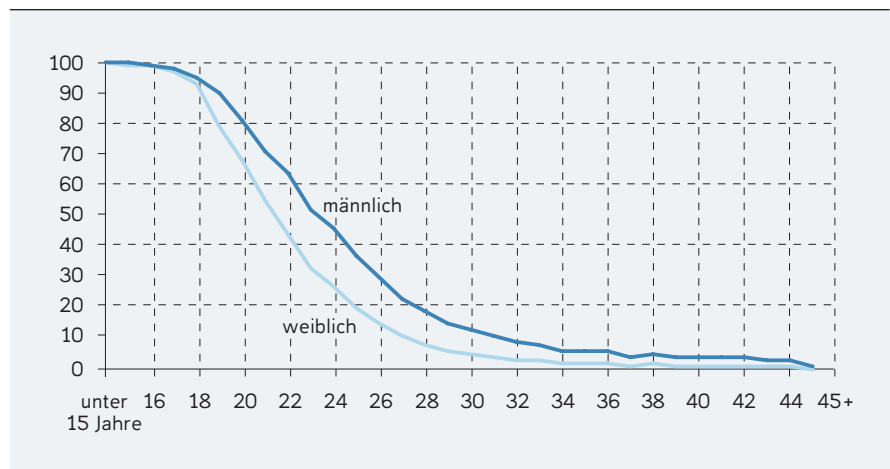
Geschwister ohne Altersbegrenzung.
 Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 16: Minderjährige Kinder nach Altersgruppen und Familienform 2009, in %



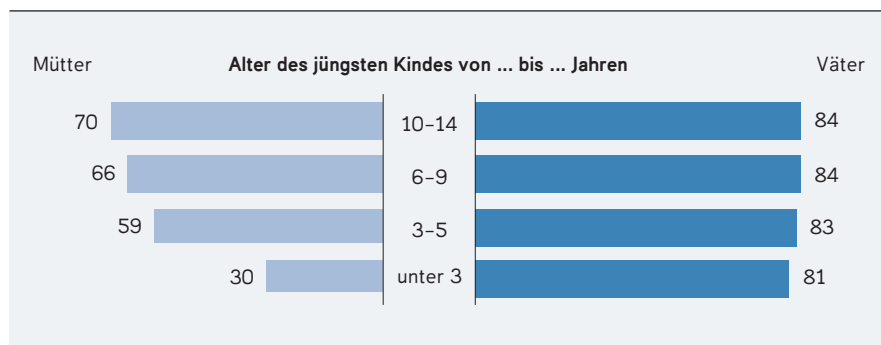
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 17: Kinder im elterlichen Haushalt nach Alter und Geschlecht 2009, in % der Bevölkerung des jeweiligen Alters



Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 18: Erwerbstätigenquoten von Müttern und Vätern nach Alter des jüngsten Kindes 2009, in %



Elternteile im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte).
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Kind oder einem Stief-, Pflege- oder Adoptivkind unter 15 Jahren in einem gemeinsamen Haushalt lebten. Kinder, die jünger als 15 Jahre sind, bedürfen in höherem Maß einer Betreuung als ältere Kinder. Dementsprechend werden in diesem Abschnitt nur Mütter und Väter mit mindestens einem Kind unter 15 Jahren betrachtet.

56 % dieser Mütter und 83 % dieser Väter waren 2009 aktiv erwerbstätig, das heißt, sie haben in der Berichtswoche gearbeitet und waren nicht beurlaubt oder in Elternzeit. In Abhängigkeit vom Alter des jüngsten Kindes verändert sich die Erwerbstätigenquote insbesondere der Mütter deutlich. Mit jüngstem Kind im Krippenalter von unter drei Jahren waren 30 % der Mütter berufstätig. Erreichte das jüngste Kind das Kleinkindalter von drei bis fünf Jahren, ging über die Hälfte der Mütter (59 %) einer Erwerbstätigkeit nach. Die höchste Erwerbstätigenquote von 70 % erreichten Mütter mit 10- bis 14-jährigen Kindern. Bei den Vätern ist die Beteiligung am Erwerbsleben weitgehend unabhängig vom Heranwachsen der Kinder. Sie lag im Jahr 2009 – je nach Alter des jüngsten Kindes – zwischen 81 und 84 %. Mit der Familiengründung gibt somit ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter ihren Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das Erwerbsleben zurück. → **Abb. 18**

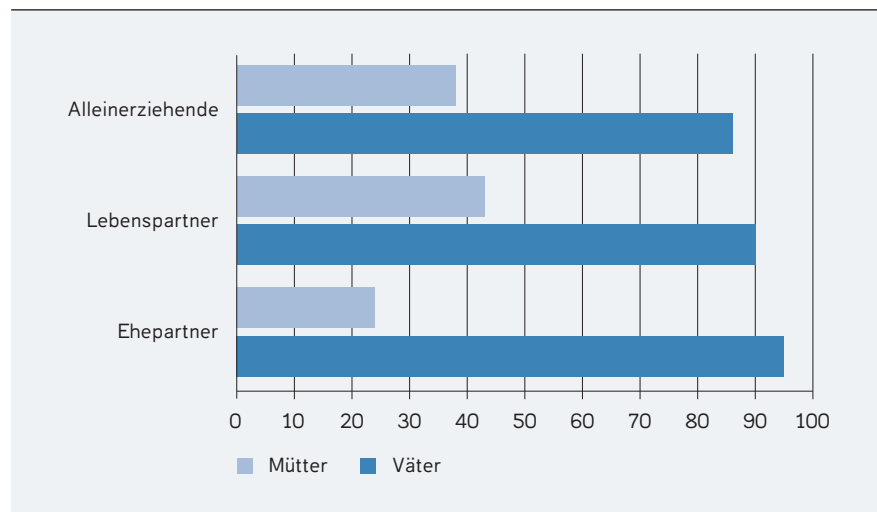
Die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit ist nicht nur für die finanzielle Situation der Familie von großer Bedeutung. Sie bestimmt auch den zeitlichen Rahmen, der für das Familienleben zur Verfügung steht. Bei der Erwerbsbeteiligung zeigen sich zunächst keine großen Unterschiede zwischen alleinerziehenden Müttern und Müttern in Paarfamilien. 2009 gingen von den Ehefrauen mit Kindern unter 15 Jahren und den alleinerziehenden Müttern jeweils 57 % aktiv einer Erwerbstätigkeit nach. Lebenspartnerinnen mit Kindern unter 15 Jahren waren mit 55 % fast genauso häufig berufstätig. Deutliche

Unterschiede zeigen sich hingegen beim Umfang der ausgeübten Tätigkeit. Ehefrauen waren von allen Müttern am seltensten vollzeitberufstätig. Nur jede vierte (24 %) Ehefrau übte ihre Erwerbstätigkeit in Vollzeit aus. Deutlich höher waren die Vollzeitquoten der alleinerziehenden Mütter (38 %) und der Lebenspartnerinnen (43 %). Bei der Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung ist das entsprechend umgekehrt. → **Abb. 19**

Väter sind nicht nur häufiger erwerbstätig, sie üben ihre berufliche Tätigkeit auch öfter in Vollzeit aus als Mütter. Dennoch gibt es auch hier Unterschiede je nach Familienform: Ehemänner waren mit Abstand am häufigsten erwerbstätig (84 %). Von den Lebenspartnern übten 77 % eine berufliche Tätigkeit aus. Mit 70 % waren alleinerziehende Väter am seltensten von allen Vätern mit Kindern unter 15 Jahren berufstätig. Die Reihenfolge ist unverändert, vergleicht man die Vollzeitquoten der Väter: 95 % der erwerbstätigen Ehemänner waren vollzeittätig, 90 % der Lebenspartner und 86 % der alleinerziehenden Väter.

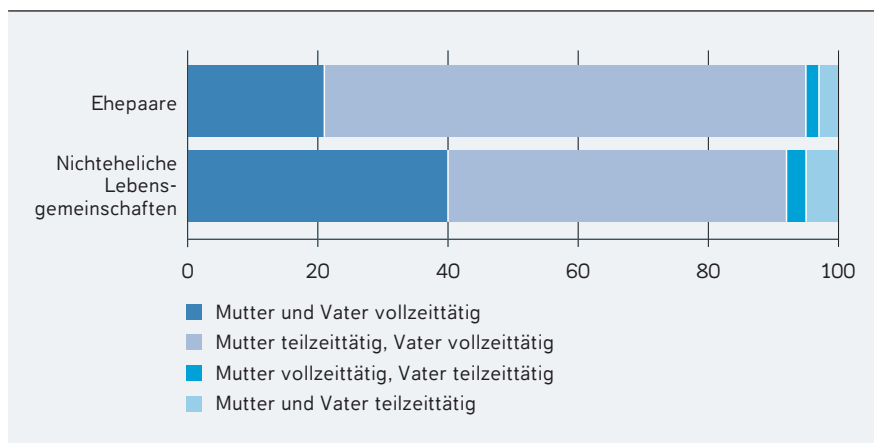
Für Mütter und Väter, die als Paar zusammen leben, stellt sich nicht nur die

Abb. 19: Vollzeitquoten von Müttern und Vätern nach Familienform 2009, in %



Elternteile im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte) und jüngstem Kind unter 15 Jahren.
Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Abb. 20: Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften nach Vollzeit-/Teilzeittätigkeit der Partner 2009, in %



Paare mit zwei aktiv erwerbstätigen Partnern im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte) und jüngstem Kind unter 15 Jahren.
Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

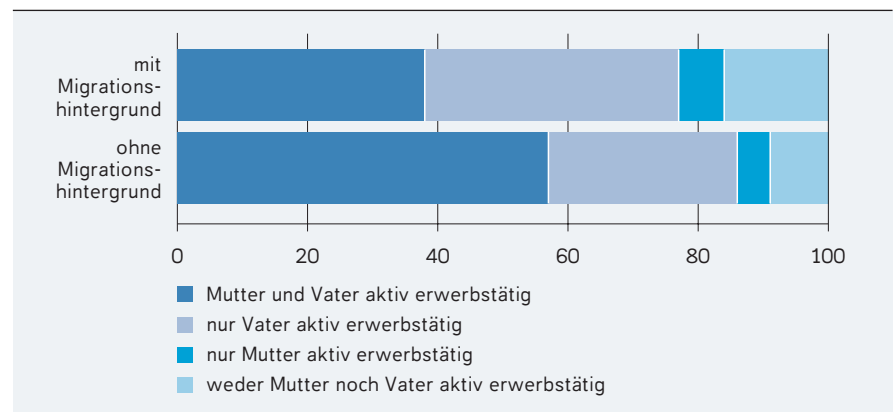
Frage, wie beide Elternteile für sich betrachtet Familie und Beruf vereinbaren. Von hohem Interesse ist bei Paaren mit Kindern zudem das Zusammenspiel der Partner bei der Balance von Familie und Beruf. Die dargestellten Ergebnisse konzentrieren sich dabei auf Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften. Insbesondere der Zeitumfang der Erwerbsbeteiligung unterscheidet sich deutlich. Bei fast drei Vierteln (74 %) der Ehepaare mit Kindern unter 15 Jahren war der Vater vollzeit- und die Mutter teilzeiterwerbstätig. Auch über die Hälfte der Paare, die in nichtehelicher Lebensgemeinschaft lebten, wählten diese »traditionelle« Arbeitszeitkombination (52 %). Bei 21 % der Ehepaare gingen beide Elternteile einer Vollzeittätigkeit nach, bei den Lebensgemeinschaften lag dieser Anteil mit 40 % fast doppelt so hoch. Andere mögliche Arbeitszeitaufteilungen spielen eine eher untergeordnete Rolle. → **Abb. 20**

Und wie vereinbaren Paarfamilien mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Paarfamilien ohne Migrationshintergrund Familie und Beruf? Unterschiede zeigen sich hier weniger im Umfang der Erwerbsbeteiligung, sondern vielmehr bei der Ausübung einer beruflichen Tätigkeit. Während bei 57 % der Paarfamilien ohne Migrationshintergrund Mutter und Vater

2009 aktiv erwerbstätig waren, traf das auf vergleichsweise nur 38 % der Paare mit Migrationshintergrund zu. Bei ihnen war die eher »traditionelle« Rollenverteilung – ausschließlich der Vater geht einer beruflichen Tätigkeit nach – mit 39 % deutlich häufiger verbreitet als bei den Paarfamilien ohne Migrationshintergrund (29 %). Fast doppelt so hoch war bei den Paaren mit Migrationshintergrund der Anteil derjenigen Paare, bei denen sich weder Mutter noch Vater am Erwerbsleben beteiligten (16 % gegenüber 9 % bei den Paaren ohne Migrationshintergrund).

→ **Abb. 21**

Abb. 21: Paarfamilien nach Migrationsstatus und Erwerbsbeteiligung der Partner 2009, in %



Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit zwei Partnern im erwerbsfähigen Alter (ohne vorübergehend Beurlaubte) und jüngstem Kind unter 15 Jahren.
Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.1.6 Kindertagesbetreuung: Betreuungsangebot und Inanspruchnahme

Lange Zeit war Kindertagesbetreuung in Deutschland auf Kinder im Alter zwischen drei und fünf Jahren beschränkt. Zumeist fand diese Betreuung nur vormittags statt. Sowohl in der Altersstruktur der Kinder, die neben der Erziehung und Betreuung durch die eigenen Eltern ein Angebot der Kindertagesbetreuung in Anspruch nehmen, als auch in den täglichen Betreuungszeiten hat es in den letzten 15 Jahren aber deutliche Veränderungen gegeben.

Ab dem 1. Januar 1996 haben Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr Anspruch auf einen Tagesbetreuungsplatz. Obwohl der Rechtsanspruch seit dem 1. Januar 1996 gilt, kam er aber bis zum 31. Dezember 1998 aufgrund von Schwierigkeiten, ein ausreichendes Angebot zu schaffen, nur eingeschränkt zur Anwendung. Seit dem 1. Januar 1999 hat jedes Kind ab dem dritten Geburtstag den unbeschränkt geltenden Rechtsanspruch. Nach Einführung des Rechtsanspruches auf Tagesbetreuung für über Dreijährige rückte mit dem Gesetz zum bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (TAG) im Jahr 2004 auch die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in den Fokus der öffentlichen Diskussion.

Auf dem Krippengipfel von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 wurde vereinbart, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35 % der Kinder unter drei Jahren ein Angebot zur Kindertagesbetreuung in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater zu schaffen. Da Eltern aufgrund ihrer unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse eine größere Vielfalt bei den Betreuungsangeboten benötigen, sieht das zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz (KiföG) den Ausbau der Kindertagespflege vor. 30 % der neu zu schaffenden Plätze für Kinder unter drei Jahren sollen bei einer Tagesmutter oder einem Tagesvater geschaffen werden. Zudem wurde dort die Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab Vollendung des ersten Lebensjahres ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 festgeschrieben.

Zum Stichtag am 1. März 2010 wurden in Deutschland insgesamt rund 3,2 Mill.

Kinder unter 14 Jahren ergänzend zur Erziehung und Betreuung durch die Eltern in einer Kindertageseinrichtung oder in Tagespflege betreut. Gegenüber der ersten Erhebung im Jahr 2006 sind dies rund 176 000 Kinder mehr. Der Großteil der Kinder (96 % bzw. knapp 3,1 Mill.) besuchte eine Tageseinrichtung, nur 4 % (112 000) wurden durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut. Mit rund 51 000 lag die Zahl der Kindertageseinrichtungen um 5 % höher als 2006.

Da in der Öffentlichkeit vor allem die ergänzende Betreuung der Kinder im Alter unter sechs Jahren diskutiert wird und zwischen den Ländern Unterschiede beim Einschulungsalter und in der Organisation der Betreuung von Schulkindern bestehen, wird im Folgenden nur die Altersklasse der unter 6-Jährigen betrachtet.

Von den rund 3,2 Mill. Kindern in Tagesbetreuung waren ungefähr 2,4 Mill. Kin-

der jünger als sechs Jahre. Der Großteil dieser unter 6-Jährigen wurde in einer Kindertageseinrichtung betreut (2,3 Mill. Kinder bzw. 96 %), 91 000 Kinder dieser Altersgruppe waren in Kindertagespflege. Allerdings ist anzumerken, dass von der genannten Zahl der Kinder in Tagespflege über 11 000 diese Betreuungsform zusätzlich zu einem Besuch von Tageseinrichtungen in Anspruch nahmen. Die Zahl der unter 6-Jährigen, die ausschließlich von einer Tagesmutter bzw. einem Tagesvater stundenweise versorgt wurden, lag hingegen bei rund 80 000.

→ Tab. 5

In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen insgesamt wurden bundesweit zum Stichtag 1. März 2010 über 472 000 Kinder in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut. Dies entspricht einem Anteil von 23 % an allen Kindern in dieser Altersgruppe (Betreuungsquote). Im März 2006 lag die Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen

Tab. 5: Kinder unter sechs Jahren in Tagesbetreuung 2010

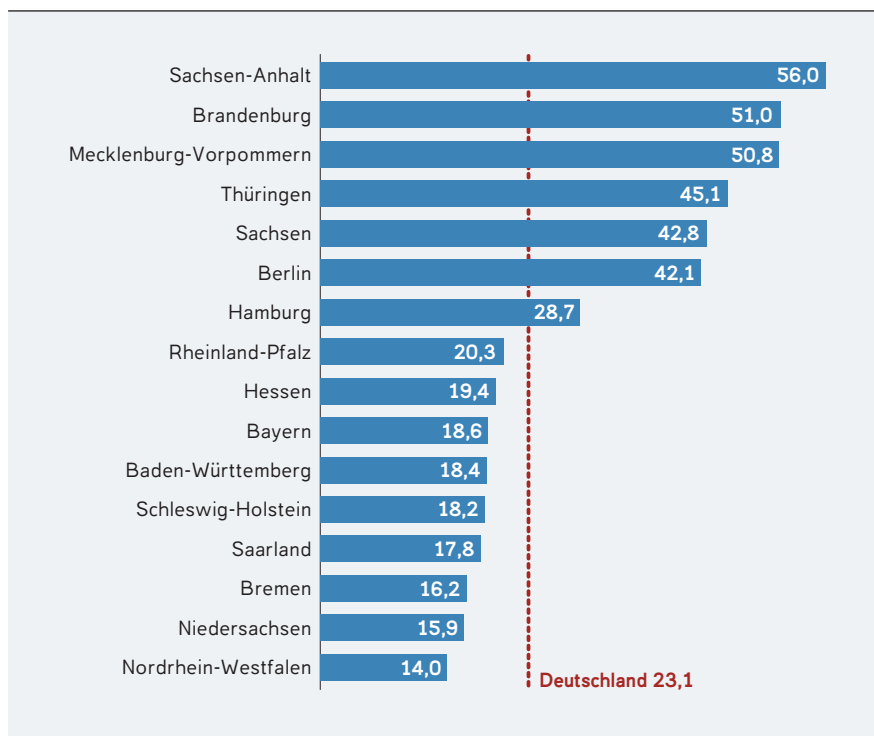
| | Insgesamt | Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren | | | | | |
|-------------------------------|------------------|---|-----------------|---------------|------------------|-----------------|---------------|
| | | 0 bis 3 | | | 3 bis 6 | | |
| | | Anzahl | Betreuungsquote | Ganztagsquote | Anzahl | Betreuungsquote | Ganztagsquote |
| | | | in % | | | in % | |
| Baden-Württemberg | 324 922 | 50 957 | 18,4 | 5,1 | 273 965 | 95,7 | 13,1 |
| Bayern | 355 559 | 59 623 | 18,6 | 4,9 | 295 936 | 90,3 | 22,9 |
| Berlin | 120 336 | 39 953 | 42,1 | 26,0 | 80 383 | 93,9 | 55,1 |
| Brandenburg | 83 822 | 29 286 | 51,0 | 34,4 | 54 536 | 95,4 | 54,8 |
| Bremen | 16 603 | 2 652 | 16,2 | 7,2 | 13 951 | 88,6 | 22,3 |
| Hamburg | 52 628 | 14 133 | 28,7 | 16,0 | 38 495 | 83,6 | 34,1 |
| Hessen | 177 645 | 30 224 | 19,4 | 9,8 | 147 421 | 93,0 | 36,4 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 55 513 | 19 745 | 50,8 | 33,1 | 35 768 | 95,2 | 56,9 |
| Niedersachsen | 216 344 | 30 824 | 15,9 | 4,7 | 185 520 | 90,3 | 14,5 |
| Nordrhein-Westfalen | 488 895 | 62 699 | 14,0 | 6,8 | 426 196 | 92,3 | 33,4 |
| Rheinland-Pfalz | 116 190 | 19 534 | 20,3 | 7,5 | 96 656 | 97,2 | 33,6 |
| Saarland | 24 887 | 3 794 | 17,8 | 9,9 | 21 093 | 94,4 | 25,8 |
| Sachsen | 136 975 | 43 836 | 42,8 | 33,5 | 93 139 | 95,3 | 75,0 |
| Sachsen-Anhalt | 76 854 | 29 178 | 56,0 | 34,2 | 47 676 | 94,4 | 58,1 |
| Schleswig-Holstein | 76 058 | 12 542 | 18,2 | 5,9 | 63 516 | 87,4 | 16,3 |
| Thüringen | 71 094 | 23 177 | 45,1 | 39,7 | 47 917 | 96,0 | 87,1 |
| Deutschland | 2 394 325 | 472 157 | 23,1 | 11,6 | 1 922 168 | 92,6 | 32,3 |
| Westdeutschland (ohne Berlin) | 1 849 731 | 286 982 | 17,4 | 6,5 | 1 562 749 | 92,1 | 25,0 |
| Ostdeutschland (ohne Berlin) | 424 258 | 145 222 | 48,1 | 34,8 | 279 036 | 95,3 | 67,9 |

Zum 1. März 2010.

Betreuungsquote: Anteil der Kinder in Tagesbetreuung an allen Kinder derselben Altersgruppe.

Ganztagsquote: Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern derselben Altersgruppe.

Abb. 22: Kinder unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung 2010, Anteil an der entsprechenden Altersgruppe, in %



noch bei knapp 14 %. Während die Betreuungsquote 2010 in den westdeutschen Bundesländern bei 17 % lag, war sie im Osten mit 48 % fast dreimal so hoch; in Berlin waren 42 % der Kinder in Kindertagesbetreuung. Die höchsten Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren gab es in Sachsen-Anhalt (56 %), gefolgt von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 51 %). Unter den westdeutschen Flächenländern hatte Rheinland-Pfalz mit 20 % die höchste Betreuungsquote. Die bundesweit niedrigste Betreuungsquote gab es im März 2010 in Nordrhein-Westfalen (14 %).

Während in Ostdeutschland (ohne Berlin – auch bei den nachfolgenden Ausführungen zu Ost- und Westdeutschland ist Berlin nicht enthalten) neun von zehn der betreuten Kinder dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen betreut wurden, spielt in den westdeutschen Bundesländern die Kindertagespflege eine größere Rolle. Dort nahmen die Eltern von rund

18 % der unter 3-Jährigen eine Tagesmutter oder einen Tagesvater ergänzend zur eigenen Betreuung in Anspruch – entsprechend 82 % in Tageseinrichtungen.

➔ Abb. 22

Rund 1,9 Mill. Kinder zwischen drei und fünf Jahren wurden zum Stichtag 1. März 2010 in Kindertagesstätten oder in Kindertagespflege betreut. Die Betreuungsquote in dieser Altersgruppe erhöhte sich bundesweit damit auf 93 % gegenüber 87 % im Jahr 2006. Die Zunahme der Betreuungsquote erfolgte vor dem Hintergrund einer rückläufigen Anzahl betreuter Kinder (minus 31 000 bzw. 2 %) und einem Rückgang der Zahl der Kinder insgesamt in dieser Altersgruppe (minus 167 000 bzw. 7 %). In Westdeutschland fiel die Betreuungsquote im März 2010 mit 92 % nach wie vor etwas niedriger aus als in den neuen Ländern mit 95 %. Anders als bei den unter 3-Jährigen spielt die Kindertagespflege hier kaum eine Rolle.

Ganztagsbetreuung

Ein wichtiger Beitrag für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Möglichkeit, Kinder auch ganztags betreuen zu lassen. Ganztagsbetreuung bedeutet, dass die Kinder mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Tageseinrichtung oder bei einer Tagesmutter oder einem Tagesvater verbringen.

Bei Kindern im Alter unter drei Jahren ist die Ganztagsbetreuung nach wie vor vergleichsweise wenig verbreitet. So wurde im März 2010 im bundesweiten Durchschnitt rund jedes neunte Kind (12 %) unter drei Jahren (237 000) mehr als sieben Stunden in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege betreut. Gegenüber 2006 bedeutet dies jedoch bei den unter 3-Jährigen einen Anstieg um fünf Prozentpunkte.

Auch hier spiegeln sich die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland wider. Während in Westdeutschland die Ganztagsbetreuungsquote bei 7 % aller Kinder in dieser Altersgruppe lag, war in Ostdeutschland mehr als jedes dritte Kind (35 %) unter drei Jahren in Ganztagsbetreuung. Die Ganztagsbetreuungsquote war damit fünfmal höher als in Westdeutschland. In den westdeutschen Flächenländern lag die Ganztagsbetreuungsquote zwischen 5 % in Niedersachsen und 10 % im Saarland. In Ostdeutschland waren es zwischen 33 % in Mecklenburg-Vorpommern und 40 % in Thüringen.

Bei der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen ist die Inanspruchnahme von Ganztagsbetreuungsangeboten bundesweit (32 %) wesentlich häufiger verbreitet als das bei den Jüngsten der Fall ist. Die Ganztagsbetreuungsquote in Ostdeutschland liegt auch in dieser Altersgruppe deutlich über der in Westdeutschland. In Westdeutschland wird jedes vierte Kind (25 %) mindestens sieben Stunden in einer Kindertageseinrichtung oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut, in Ostdeutschland waren es mehr als zwei von drei Kindern (68 %). Die mit

Abstand höchste Ganztagsbetreuungsquote bei den 3- bis unter 6-Jährigen gab es im März 2010 – wie auch bei den unter 3-Jährigen – in Thüringen, wo fast neun von zehn Kindern (87 %) mindestens sieben Stunden am Tag betreut wurden. Baden-Württemberg wies mit 13 % die geringste Ganztagsbetreuungsquote in dieser Altersgruppe auf.

Kindertagesbetreuung bei Kindern mit Migrationshintergrund

Von den bundesweit rund 472 000 Kindern unter drei Jahren in Kindertagesbetreuung hatten etwa 76 000 Kinder einen Migrationshintergrund; das heißt mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft. Das sind 16 % aller Kinder unter drei Jahren, die eine Kindertageseinrichtung besuchten oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater betreut wurden. In den westdeutschen Bundesländern hatte jedes fünfte Kind (rund 61 000 Kinder bzw. 21 %) dieser Altersgruppe in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund, in Ostdeutschland weniger als jedes dreißigste Kind unter drei Jahren (5 000 Kinder bzw. 3 %). In Berlin hatte jedes vierte Kind (26 % bzw. 10 500 Kinder) einen Migrationshintergrund.

Der Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung, die einen Migrationshintergrund haben, ist in der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen höher als bei den unter 3-jährigen Kindern. Bundesweit hatte in dieser Altersgruppe mehr als jedes vierte Kind (530 000 Kinder bzw. 28 %) in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund. Auch hier liegt der Anteil der Kinder in Kindertagesbetreuung, die einen Migrationshintergrund aufweisen, in Westdeutschland mit 31 % (483 000 Kinder) um ein Vielfaches über dem in Ostdeutschland (17 000 Kinder bzw. 6 %). In Berlin lag der Anteil bei 37 % (30 000 Kinder).

Personal in der Kindertagesbetreuung

Bundesweit waren 2010 insgesamt rund 490 000 Personen in Kindertageseinrich-

tungen beschäftigt. Ihre Zahl hat sich seit 2006 um 18 % erhöht. Von den 490 000 Personen waren rund 405 000 (83 %) im Gruppendienst tätig oder mit der Förderung von Kindern nach Sozialgesetzbuch VIII/Sozialgesetzbuch XII betraut. Darüber hinaus waren etwa 19 000 Beschäftigte (4 %) in der Verwaltung (einschließlich freigestellter Einrichtungsleitung) tätig und rund 66 000 Personen (14 %) im hauswirtschaftlichen oder technischen Bereich. Gegenüber 2006 hat sich die Zahl der unmittelbar mit der Betreuung der Kinder Beauftragten um rund 65 000 (19 %) erhöht.

Nach wie vor ist die berufliche Kinderbetreuung in Deutschland eine Frauendomäne. Unter allen Beschäftigten, die unmittelbar mit der Betreuung der Kinder betraut waren, widmeten sich lediglich rund 14 400 Männer beruflich der Kinderbetreuung, was einem Anteil von weniger als 4 % entsprach.

Das Alter der Beschäftigten ist eine wichtige Kennziffer zur Beschreibung des »Arbeitsmarktes« Kindertagesbetreuung. Hier zeigen die statistischen Ergebnisse für 2010, dass die Beschäftigten in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung älter werden. Während in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen der Anteil mit 13 % gegenüber 2006 noch konstant blieb, verringerte sich der Anteil in der »mittleren« Altersgruppe zwischen 25 und 44 Jahren um rund vier Prozentpunkte von 52 % auf 48 %. Der Anteil derjenigen, die 45 Jahre oder älter waren, erhöhte sich dagegen von 35 % auf 39 %.

Da im Zusammenhang mit der Kindertagesbetreuung zunehmend die Aspekte der Erziehung und der frühkindlichen Förderung betont werden, muss in den Einrichtungen ausreichend qualifiziertes Betreuungspersonal zur Verfügung stehen. Im März 2010 verfügten 286 000 (71 %) der insgesamt 405 000 mit der Betreuung von Kindern Beschäftigten über eine Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher. Kinderpflegerinnen und -pfleger stellten

mit 52 000 Beschäftigten rund 13 % des Personals. Akademisch Ausgebildete fand man im Bereich Kindertagesbetreuung kaum. Diplom-Sozialpädagoginnen und -pädagogen oder Diplom-Sozialarbeiterinnen und -arbeiter mit (Fach-)Hochschulabschluss spielten mit knapp über 11 000 Beschäftigten (3 %) eine unbedeutende Rolle. Erzieherinnen bildeten somit den Kern der Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen. Sonstige Berufsausbildungen hatten eine entsprechend geringe Bedeutung. Ohne Berufsausbildungsabschluss waren 2 % der Beschäftigten.

Im März 2010 waren fast 41 000 Tagesmütter und Tagesväter in der öffentlich geförderten Kindertagespflege tätig. Ihre Zahl hat seit 2006 um 34 % zugenommen. Unter »Förderung mit öffentlichen Mitteln« wird bei der Kindertagespflege nicht ausschließlich die Gewährung einer laufenden Geldleistung des Jugendamtes an die Kindertagespflegepersonen verstanden. Öffentliche Förderung ist unter Bezug auf die Regelungen im Sozialgesetzbuch VIII weiter gefasst. Hierzu zählt auch die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Kindertagespflegeperson, die Beratung der Kindertagespflegeperson oder der Eltern, die Praxisbegleitung der Kindertagespflegeperson durch das Jugendamt, Kurse oder Veranstaltungen zur weiteren Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen und spezielle, im Landesrecht vorgesehene Förderungen mit öffentlichen Mitteln.

Wie auch in Kindertageseinrichtungen war die Kindertagespflege fest in Frauenhand. Von den insgesamt 41 000 Tagespflegepersonen waren etwa 1 000 männlich, was einem Anteil von rund 3 % entsprach. Die meisten Tagesmütter und -väter waren zwischen 25 und 44 Jahre alt. Mit annähernd 22 000 Tagespflegepersonen waren mehr als die Hälfte (53 %) in dieser Altersgruppe. Personen ab 45 Jahren hatten einen Anteil von 44 % (18 000). Unter 25 Jahre waren nur 1 000 Personen (3 %).

Eine fachpädagogische Berufsausbildung besaß bundesweit ein Drittel (33 %) der Tagespflegepersonen: 32 % in Westdeutschland und 36 % in Ostdeutschland. Bundesweit waren unter den Tagespflegepersonen mit einem fachpädagogischen Abschluss – wie bei den Einrichtungen – die Erzieherinnen mit 43 % in der Mehrzahl, gefolgt von den Kinderpflegerinnen mit 15 %. In Westdeutschland lag der Anteil derjenigen, die über eine andere, nichtpädagogische Berufsausbildung verfügten, bei 57 %, in Ostdeutschland bei 61 %. Ein deutlicher regionaler Unterschied war unter Tagespflegepersonen festzustellen, die keinen beruflichen Abschluss hatten. Im Westen lag ihr Anteil bei 10 %, im Osten nur bei 2 %.

Ein weiteres Qualifikationskriterium der Tagespflegepersonen ist der Abschluss eines Qualifizierungskurses für diese Tätigkeit. Vom Deutschen Jugendinstitut wurde ein Curriculum von 160 Stunden Umfang entwickelt, aber auch zeitlich weniger umfangreiche Kurse werden in den Kommunen angeboten. Einen Qualifizierungskurs hatten 2010 in Westdeutschland 74 % der Tagespflegepersonen und in Ostdeutschland 84 % abgeschlossen. Dabei ist unerheblich, welche berufliche Qualifikation die Personen haben. So ist es durchaus denkbar, dass eine ausgebildete Erzieherin zusätzlich, z. B. zur Auffrischung von Kenntnissen nach einer Phase der Familientätigkeit, einen Qualifizierungskurs für Kindertagespflege absolviert. Bundesweit verfügten 31 000 der 41 000 Kindertagesmütter und -väter (75 %) über einen entsprechenden abgeschlossenen Qualifizierungskurs.

2.1.7 Zusammenfassung

Im Jahr 2009 dominierte unter den Lebensformen der Bevölkerung – trotz rückläufiger Zahlen – nach wie vor das traditionelle Zusammenleben als Ehepaar. Allerdings nehmen alternative Lebensformen wie Alleinerziehende und Lebensgemeinschaften zu. Auch die Zahl der Al-

leinstehenden ist in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen.

Bei den Familien gewinnen alternative Formen des Zusammenlebens (Lebensgemeinschaften mit Kindern, alleinerziehende Mütter und Väter) zunehmend an Bedeutung. Nach wie vor ist jedoch die traditionelle Familie die mit Abstand häufigste Familienform: 2009 waren knapp drei Viertel der Familien Ehepaare mit Kindern. Familien mit Migrationshintergrund wählen noch häufiger diese eher traditionelle Familienform. Hinter den insgesamt rückläufigen Familienzahlen stehen unterschiedliche Entwicklungen. Während die Zahl traditioneller Familien sank, stieg die Zahl alternativer Familienformen.

Die Betrachtung der Familien nach der Anzahl der Kinder zeigt, dass die Zahl der Familien schrumpft und dass in den Familien immer weniger Kinder betreut werden. Im Jahr 2009 versorgte über die Hälfte der Familien in Deutschland nur ein minderjähriges Kind im Haushalt. Familien mit Migrationshintergrund betreuten häufiger eine größere Anzahl minderjähriger Kinder.

Obwohl die Zahl der alternativen Familienformen steigt, leben die meisten minderjährigen Kinder nach wie vor bei ihren verheirateten Eltern, wo sie überwiegend gemeinsam mit mindestens einer minder- oder volljährigen Schwester oder Bruder im Haushalt leben. Töchter verlassen den elterlichen Haushalt früher als Söhne. Diese ziehen durchschnittlich etwas später aus dem »Hotel Mama« aus.

Mütter vereinbaren Familie und Beruf – anders als die Väter – in erster Linie durch eine verminderte Beteiligung am Erwerbsleben. Mit der Familiengründung gibt ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter ihren Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das Erwerbsleben zurück. Paarfamilien, bei denen beide Elternteile einem Beruf

nachgehen, wählen mehrheitlich die »traditionelle« Arbeitszeitkombination: vollzeiterwerbstätiger Vater und teilzeiterwerbstätige Mutter.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung hat zwischen 2006 und 2010 deutlich an Dynamik gewonnen. So stieg die Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten bei den unter 3-jährigen Kindern von 14 % auf 23 % und bei den 3- bis unter 6-jährigen von 87 % auf 93 %. Die Inanspruchnahme von Ganztagsbetreuungsangeboten ist bei den 3- bis unter 6-jährigen mit 32 % deutlich höher als bei den unter 3-jährigen (12 %). Bundesweit hatten zum Stichtag 1. März 2010 rund 16 % der unter 3-jährigen Kinder in Kindertagesbetreuung einen Migrationshintergrund, das heißt mindestens ein Elternteil stammt aus dem Ausland – bei den 3- bis unter 6-jährigen lag der Anteil bei 28 %.

Nach wie vor haben die meisten Frauen Kinder. Mütter bringen während ihres Lebens durchschnittlich zwei Kinder zur Welt. Der Anteil der Frauen ohne Kind ist allerdings im Laufe der letzten Jahrzehnte kontinuierlich angestiegen und das Leben ohne Kind ist zu einem gesellschaftlichen Phänomen geworden. Bei Frauen, die heute im Alter zwischen 40 und 50 Jahren sind, ist das Ausmaß der Kinderlosigkeit sogar der bestimmende Faktor für das niedrige Geburtenniveau.

Für Frauen ab 50 Jahren wird die Kinderlosigkeit in Bezug auf leibliche Kinder als endgültig betrachtet. Auch für die 40- bis 49-Jährigen wird sich die jetzt ausgewiesene Kinderlosigkeit kaum noch ändern. Die Zahl der über 40-Jährigen, die zweite und weitere Kinder zur Welt bringen, nimmt zwar zu, ihr erstes Kind

bekommen jedoch Frauen nach wie vor sehr selten im Alter von über 40 Jahren. Bei den jüngeren Frauen wird der Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des entsprechenden Jahrgangs als eine Momentaufnahme der Kinderlosenquote betrachtet, da diese sich künftig noch verringern wird.

Die ersten ausführlichen Daten zur Kinderlosigkeit für Deutschland wurden in der Mikrozensus-erhebung 2008 gewonnen. Eine Änderung des Mikrozensusgesetzes ermöglichte, dass alle am Mikrozensus teilnehmenden Frauen im Alter zwischen 15 und 75 Jahren nach der Zahl der von ihnen geborenen Kinder gefragt wurden. Die Angabe zur Geburt der leiblichen Kinder ist freiwillig und wird lediglich alle vier Jahre erfragt. Vor dieser Gesetzesänderung lagen der amtlichen Statistik lediglich die Angaben über die

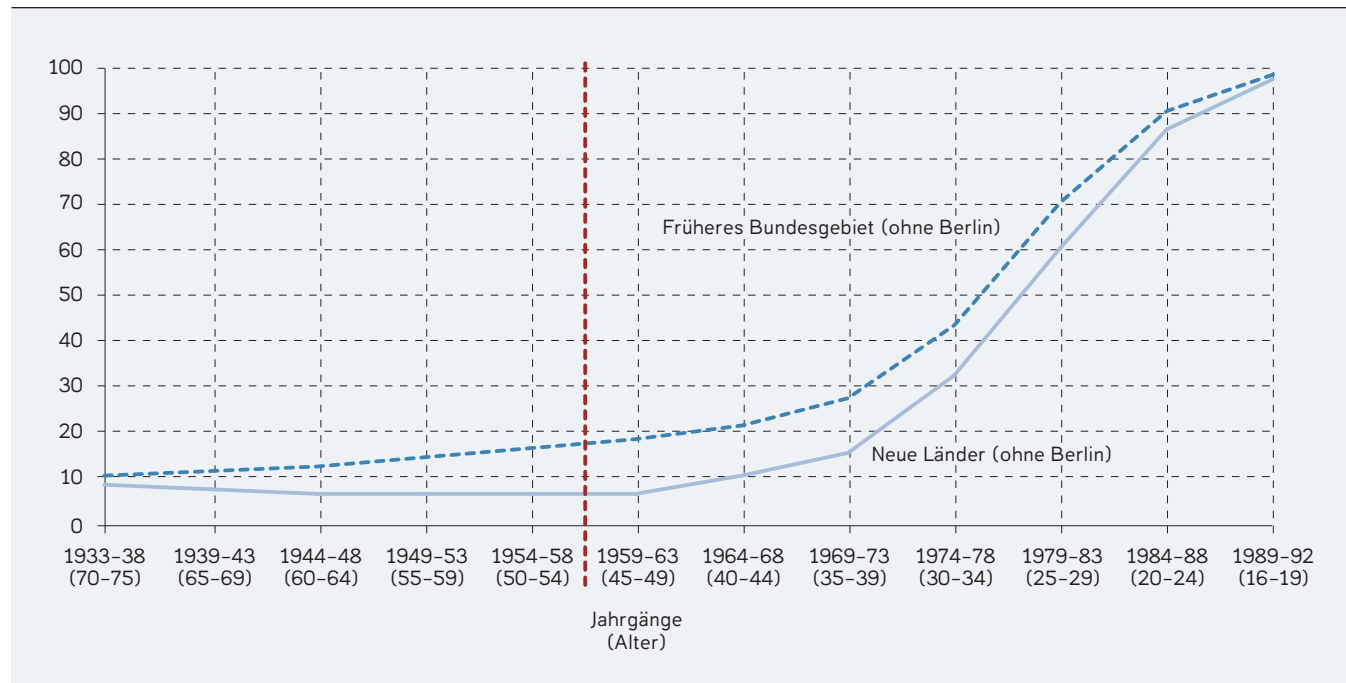
Zahl der in der Familie oder in der Lebensgemeinschaft wohnenden Kinder vor.

Die Ergebnisse des Mikrozensus 2008 zeigten, dass der Anteil der kinderlosen Frauen in Deutschland bei den Jahrgängen 1933 bis 1948, den ältesten hier betrachteten Jahrgängen, mit 11 bis 12 % relativ niedrig war. In den folgenden Jahrgängen gab es immer mehr Frauen ohne Kinder. Bei den zwischen 1964 und 1968 Geborenen (Alter 40 bis 44 Jahre im Jahr 2008) hatten 21 % keine Kinder, bei den 35- bis 39-Jährigen waren 26 % kinderlos und bei den 30- bis 34-Jährigen hatten 43 % bisher keine Kinder zur Welt gebracht.

Regionale Unterschiede

Bei den Geburtsjahrgängen 1933 bis 1938 lag der Anteil der kinderlosen Frauen im Westen Deutschlands bei 11 % und

Abb. 1: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen der entsprechenden Jahrgänge 2008, in %



Ab 1959 vorläufiger bis zum Jahr 2008 erreichter Stand. Ergebnisse des Mikrozensus.

im Osten bei 9 %. Unter den Frauen der Jahrgänge 1939 bis 1963 vergrößerte sich dieser Abstand allmählich. In den alten Ländern nahm die endgültige Kinderlosigkeit von 12 % auf 19 % zu, während sie in den neuen Ländern im Gegenteil auf etwa 7 % sank. In diesen Zahlen werden nicht nur unterschiedliche familienpolitische Ansätze sichtbar, sondern verschiedene Lebensentwürfe und -einstellungen, die durch die getrennte gesellschaftliche Entwicklung im früheren Bundesgebiet und in der ehemaligen DDR bis 1989 mitbestimmt wurden. Bei den zwischen 1964 und 1968 geborenen Frauen nahm in den neuen Ländern der Anteil der Kinderlosen erstmals – auf 11 % – zu. In den alten Ländern setzte sich in dieser Jahrgangsguppe (den zum Zeitpunkt der Erhebung 40- bis 44-jährigen Frauen) der Anstieg fort und es blieben 22 % der Frauen dieser Jahrgänge kinderlos. Für diese Frauen ist ebenso wie für die älteren zu erwarten, dass sich ihr Kinderlosenanteil nicht mehr verändert.

→ **Abb. 1**

Bei den zwischen 1969 und 1978 im Osten Deutschlands geborenen Frauen dürften sich die wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, die mit der Wende und der deutschen Einheit 1990 einhergingen, in ihrer Lebens- und Familienplanung niedergeschlagen haben. So lag der Kinderlosenanteil der Frauen der Jahrgänge 1969 bis 1973, die 1990 zwischen 17 und 21 Jahren alt waren, bei 16 % und war damit deutlich höher als bei den fünf Jahre älteren Frauen. Auch bei den gleichaltrigen Frauen in den alten Ländern war der Kinderlosenanteil mit 28 % erheblich höher als bei den vorhergehenden Frauenjahrgängen. Bei Frauen, die zwischen 1974 und 1978 geboren wurden, blieb der Abstand zwischen den Frauen in den alten und neuen Ländern auf höherem Niveau erhalten. Allerdings deutet die nach wie vor niedrigere Kinderlosigkeit im Osten darauf hin, dass neben den Annäherungstendenzen im Geburtenverhalten auch Prägungen aus der Zeit vor 1990 fortwirken.

Kinderlosigkeit und Bildungsstand

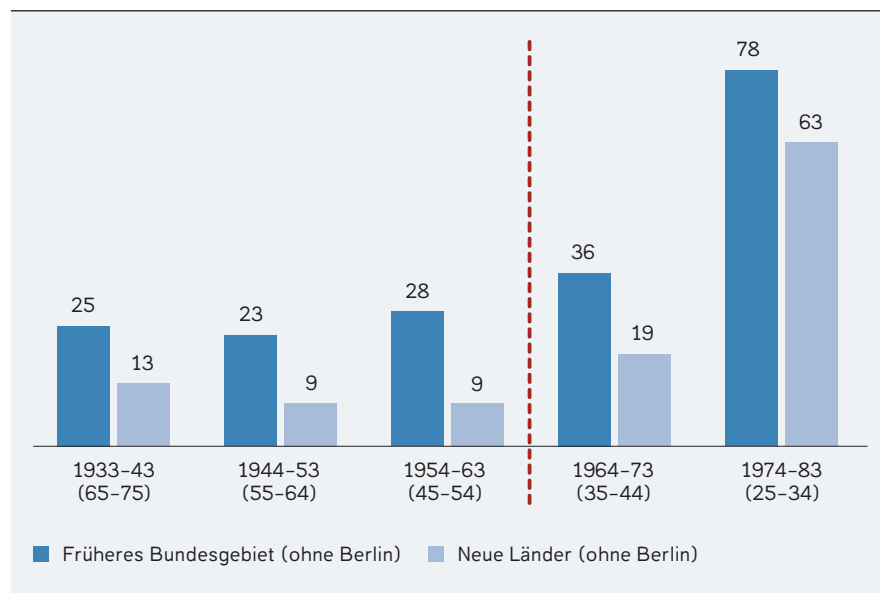
Für Westdeutschland gilt: je höher der Bildungsstand, desto häufiger sind Frauen kinderlos. Betrachtet man Frauen ab 40 Jahren, die ihre Familienplanung größtenteils bereits abgeschlossen haben, hatten 26 % der Frauen mit hoher Bildung keine Kinder. Dieser Anteil ist deutlich höher als bei den Frauen mit mittlerer Bildung (16 %) und mehr als doppelt so hoch wie bei den Frauen mit niedriger Bildung (11%). (Vgl. Infokasten Bildungsstand im Kapitel 2.1, S. 26)

Im Gegensatz zu den westdeutschen Frauen entscheiden sich ostdeutsche Frauen mit hoher Bildung häufiger für Nachwuchs. Nur 9 % der ostdeutschen Frauen mit hohem Bildungsstand hatten keine Kinder. Von den Frauen mit mittlerer Bildung waren 7 % kinderlos und von den Frauen mit niedriger Bildung 12 %. Der für Westdeutschland gültige Zusammenhang, dass die Kinderlosigkeit mit dem Bildungsniveau zunimmt, trifft für Ostdeutschland also nicht pauschal zu. Ostdeutsche Frauen sind generell seltener kinderlos und das weitestgehend unab-

hängig von den hier betrachteten Bildungskategorien. Hierzu dürften u. a. die familienpolitischen Maßnahmen in der ehemaligen DDR wie das auch heute gut ausgebaute Betreuungsangebot für Kinder beigetragen haben. Dabei profitierten Frauen von einer guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, möglicherweise insbesondere diejenigen mit mittlerer oder höherer Bildung.

Besondere Aufmerksamkeit der Politik und Öffentlichkeit gilt der Gruppe der Akademikerinnen. Dazu zählen Frauen mit einem Hochschul- oder einem Fachhochschulabschluss sowie mit einer Promotion. 2008 waren von den 40- bis 75-jährigen Frauen in West- und Ostdeutschland jeweils 11 % Akademikerinnen. Hinsichtlich ihres Nachwuchses unterscheiden sich west- und ostdeutsche Akademikerinnen deutlich. 28 % der westdeutschen Frauen mit akademischem Grad hatten (noch) keine Kinder geboren. Von den ostdeutschen Akademikerinnen ab 40 Jahren waren nur 11 % kinderlos. Die westdeutschen Akademikerinnen waren damit deutlich häufiger kinderlos als

Abb. 2: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen mit akademischen Abschlüssen 2008, in %



Links von der Linie endgültige Kinderlosenquote, rechts: vorübergehender Stand 2008. Ergebnisse des Mikrozensus. Eingeschlossen sind Fachhochschul- und Hochschulabschluss bzw. Promotion.

der Durchschnitt aller Frauen. Dieser lag im früheren Bundesgebiet bei 16 % und in den neuen Ländern bei 8 %. → **Abb. 2**

Kinderlosigkeit 2009

Weitere Angaben zur Kinderlosigkeit lassen sich aus der Geburtenstatistik von 2009 und aus Schätzungen zur aktuellen Zahl der Mütter und der kinderlosen Frauen aus dem Mikrozensus 2008 ableiten.

Die Hälfte aller 2009 Geborenen waren die ersten Kinder im Leben ihrer Mütter. Der Kinderlosenanteil sank dabei im Vergleich zu 2008 in den einzelnen Jahrgängen unterschiedlich stark. Beim jüngsten Jahrgang, der das Alter erreicht hat, in dem die Kinderlosigkeit als endgültig betrachtet werden kann, war der Kinderlosenanteil im Jahr 2009 etwas höher als im Vorjahr.

Am stärksten sank der Kinderlosenanteil im Vergleich zu 2008 bei den Frauen der Jahrgänge 1978 bis 1982, die 2009 zwischen 27 und 31 Jahren alt waren. Der Rückgang der Kinderlosenquote betrug in dieser Altersgruppe fünf Prozentpunkte: von 64 % im Jahr 2008 auf 59 % im Jahr 2009. Bei den jüngeren, 15- bis 26-jährigen Frauen und bei den älteren, 32- bis 41-jährigen Frauen gab es 2009 weniger Erstgebärende. Deshalb fiel der Rückgang des Kinderlosenanteils an diesen Jahrgängen geringer aus.

Bei den vor 1968 geborenen Frauen, die im Jahr 2009 im Alter von 42 Jahren und

älter waren, veränderte sich dagegen die Kinderlosenquote im Vergleich zu 2008 gar nicht mehr. Zwar bekommen Frauen immer später in ihrem Leben das erste Kind, aber nach wie vor werden nur wenige im fünften Jahrzehnt ihres Lebens erstmals Mutter. So haben lediglich drei von 1000 bisher kinderlosen Frauen im Alter ab 42 Jahren ihr erstes Kind bekommen. Der Kinderlosenanteil bei Frauen des Jahrgangs 1968, die 2009 41 Jahre alt waren, kann damit statistisch als endgültig betrachtet werden. Er beträgt 22 % und ist damit um einen Prozentpunkt höher als für den Jahrgang 1967 (21 %) und um etwa fünf Prozentpunkte höher als für den Jahrgang 1958 (16 %).

Neben der Veränderung des Kinderlosenanteils ist auch die statistische Wahrscheinlichkeit relevant, mit welcher die noch kinderlosen Frauen im jeweils erreichten Alter erstmals Mutter werden. Wie hoch diese Wahrscheinlichkeit ist, zeigt die Relation zwischen der Anzahl der Mütter der Erstgeborenen eines Jahres und der Anzahl der kinderlosen Frauen desselben Jahrgangs im Jahr zuvor.

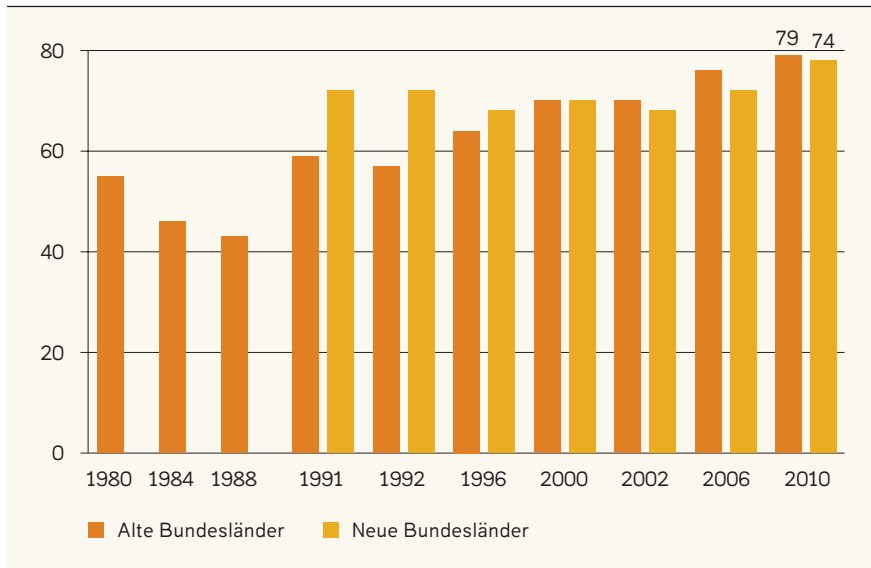
2009 hatten die bisher kinderlosen Frauen der Jahrgänge 1975 bis 1979, die zwischen 30 und 34 Jahren alt waren, die höchste Wahrscheinlichkeit Mutter zu werden. Sie lag bei 9 % der bisher kinderlosen Frauen dieser Jahrgänge. Bei den Frauen des Jahrgangs 1972, also im Alter von 37 Jahren, waren es 6 %. Bei den Frauen der älteren Jahrgänge ab dem

Alter von 38 Jahren sank die Wahrscheinlichkeit das erste Kind zu bekommen rapide und lag für 42-Jährige lediglich bei 1 %.

Berücksichtigt man beide Indikatoren – die Veränderung des Anteils der Kinderlosen an allen Frauen des Jahrgangs und die Wahrscheinlichkeit, erstmals Mutter zu werden, – so fand der Übergang zum Leben mit Kind im Jahr 2009 vor allem bei den Frauen der Jahrgänge 1975 bis 1982 statt, die im Alter zwischen 27 und 34 Jahren waren. Diese Ergebnisse bestätigen, dass die meisten Mütter im bundesdeutschen Durchschnitt bis zum Alter von 35 Jahren ihr erstes Kind bekommen. Trotzdem war 2009 jede Dritte 34-jährige Frau noch kinderlos. Zum Vergleich: Bei Frauen, die heute Mitte fünfzig sind, war nur jede Fünfte im Alter von 34 Jahren kinderlos, während 80 % bereits Mutter waren.

Aus heutiger Sicht gibt es keine empirischen Ansatzpunkte, die auf eine Trendwende in der Entwicklung der Kinderlosigkeit hindeuteten. Wie weit die Einführung des Elterngelds, die Verbesserung der Kleinkinderbetreuung oder die gegenwärtige Diskussion über die Familie zu einem Einstellungswandel in der Zukunft führen werden, kann heute noch nicht beurteilt werden. Klar ist jedoch, dass die künftige Geburtenentwicklung entscheidend vom Niveau der Kinderlosigkeit abhängen wird.

Abb. 1: Anteil der jungen Erwachsenen, der angibt:
»Man braucht eine Familie zum Glück.«



Datenbasis: ALLBUS 1980–2010.

In der Politik und in den Medien wird im Zusammenhang mit der Familie eine Reihe von Problemfeldern zum Teil kontrovers diskutiert. Die Familienfreundlichkeit von Arbeitswelt, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schule wird in Frage gestellt. Für viele Frauen erweist es sich

als schwierig, Erwerbstätigkeit und die Erziehung von Kleinkindern zu vereinbaren. Weiterhin wirft der steigende Anteil alter Menschen erhebliche Probleme für das System der sozialen Sicherung auf und bringt auch hohe Anforderungen in Form von Hilfeleistungen und Unterstüt-

zung in den privaten Haushalten mit sich. Aus der zunehmenden Verbreitung nicht-ehelicher Lebensformen, bei rückläufigen Geburtenraten und hohen Scheidungszahlen wird auch auf einen Bedeutungsverlust der Familie in der Bevölkerung geschlossen. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden dargestellt, wie die Familie in der Bevölkerung eingeschätzt wird.

2.3.1 Stellenwert von Ehe und Familie

Sinkende Heiratsneigung und geringe Ehestabilität werden häufig als Ergebnis einer abnehmenden subjektiven Bedeutung der Familie in der Bevölkerung gewertet. Es stellt sich daher die Frage, welche Bedeutung der Familie für das emotionale Wohlbefinden zugeschrieben wird. Auf die Frage, ob man eine Familie braucht, um glücklich zu sein, oder ob man allein genauso glücklich leben kann, gibt die überwiegende Mehrheit in den alten und neuen Bundesländern an, dass man eine Familie zum Glück braucht. Über fast alle Altersgruppen hinweg findet diese Ansicht in den neuen Bundes-

Tab. 1: Einstellungen zu Familie und Eheschließung

| | Altersgruppen | | | | | | | |
|--|---------------|-----|-------------|-----|-------------|-----|--------------------|-----|
| | 18–30 Jahre | | 31–45 Jahre | | 46–60 Jahre | | 61 Jahre und älter | |
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| | in % | | | | | | | |
| Braucht man Familie zum Glück? | | | | | | | | |
| Man braucht Familie zum Glück | 79 | 78 | 74 | 78 | 70 | 72 | 74 | 86 |
| Ohne Familie gleich glücklich | 14 | 11 | 14 | 13 | 22 | 19 | 18 | 9 |
| Allein glücklicher | 1 | 0 | 2 | 1 | 2 | 3 | 2 | 1 |
| Unentschieden | 7 | 11 | 10 | 8 | 6 | 6 | 7 | 5 |
| Heirat bei dauerndem Zusammenleben? | | | | | | | | |
| Ja | 51 | 37 | 47 | 44 | 48 | 53 | 66 | 74 |
| Nein | 38 | 47 | 41 | 49 | 41 | 35 | 24 | 17 |
| Unentschieden | 11 | 16 | 12 | 7 | 10 | 12 | 10 | 10 |

Datenbasis: GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: ALLBUS 2010 – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv Köln, ZA4610 Datenfile Vers. 1.0.0 (2011–05-30), doi=10.4232/1.0445.

ländern eine weitere Verbreitung als in Westdeutschland, was insbesondere bei den älteren Menschen ab 60 Jahren deutlich wird. So glauben nur 10% der ostdeutschen Befragten dieser Altersgruppe, dass man allein genauso glücklich oder glücklicher leben kann. In den alten Bundesländern ist dagegen ein Fünftel der Befragten dieser Meinung. Überwiegend wird der Familie dennoch eine zentrale Rolle für das persönliche Glück zugeschrieben. Die Trendbetrachtung in den alten Bundesländern zeigt sogar, dass gerade bei jungen Erwachsenen bis 30 Jahre seit den 1980er Jahren der Stellenwert der Familie gestiegen ist. Während 1984 noch weniger als die Hälfte in dieser Altersgruppe glaubte, dass man eine Familie zum Glück braucht, vertreten im Jahr 2010 mehr als drei Viertel diese Ansicht.

→ Tab. 1, Abb 1

Wann sollen Lebenspartner eine Ehe schließen? Welche Einstellungen findet man hierzu in der Gesellschaft? Weit verbreitet ist die Ansicht, dass man heiraten sollte, wenn man mit einem Partner auf Dauer zusammenlebt. Besonders häufig – von zwei Drittel bis zu drei Viertel der Befragten – wird diese Meinung von den älteren Personen über 60 Jahren vertreten. In den jüngeren Altersgruppen

sind die entsprechenden Anteile kleiner. Vor allem bei den 18- bis 30-Jährigen stellt ein dauerhaftes Zusammenleben von Partnern seltener einen Grund für eine Heirat dar. In Ostdeutschland ist ein gutes Drittel der jüngsten Altersgruppe dieser Auffassung.

2.3.2 Familie, Partnerschaft und subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden ist nicht unabhängig von der Lebensform der Menschen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit, gemessen auf der Skala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«, ist in den neuen Bundesländern mit einem Wert von 6,5 im Durchschnitt geringer als in den alten Bundesländern mit 6,9 (vgl. Tab. 2). Differenzen zeigen sich auch zwischen den einzelnen Familien- und Lebensformen. Eine niedrige Lebenszufriedenheit äußern sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern Geschiedene bzw. getrennt Lebende und Alleinerziehende: Die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben beträgt bei den Geschiedenen und getrennt Lebenden 6,3 im Westen und 6,1 im Osten. In den neuen Bundesländern sind die Alleinerziehenden mit 6,1

Skalenpunkten genau so unzufrieden wie die Geschiedenen und getrennt lebend Verheirateten. Aber auch in den alten Bundesländern liegt die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Alleinerziehenden deutlich unter dem westdeutschen Durchschnitt. Weiterhin liegt die Lebenszufriedenheit der ledigen Personen in Ostdeutschland mit 6,3 Skalenpunkten unter dem Durchschnittswert von 6,5. → Tab. 2

Der Familie kommt nicht nur in der Einschätzung der Bevölkerung eine zentrale Bedeutung zu, sie wird auch mit einer hohen Zufriedenheit bewertet. Sie liegt in den alten Bundesländern um 0,7 und in den neuen Bundesländern sogar um 1,1 über dem Durchschnitt der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Die Zufriedenheit mit dem Familienleben ist bei Ehepaaren ohne oder mit Kindern in Westdeutschland am höchsten, in Ostdeutschland variiert dies. Insbesondere Geschiedene und getrennt Lebende in den alten Bundesländern äußern eine geringe Familienzufriedenheit.

Tätigkeiten im Haushalt stellen zwar einen eher speziellen Aspekt der Lebensbedingungen dar, könnten aber dennoch in spezifischen Lebensformen eine erhebliche Belastung darstellen, insbesondere

Tab. 2: Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt, dem Familienleben und dem gegenwärtigen Leben 2009

| | Zufriedenheit mit | | | | | |
|------------------------------------|-----------------------|------------|---------------|------------|---------------------|------------|
| | Tätigkeit im Haushalt | | Familienleben | | Lebenszufriedenheit | |
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| | Mittelwert | | | | | |
| Insgesamt | 6,6 | 6,7 | 7,6 | 7,6 | 6,9 | 6,5 |
| Alleinlebend | 6,5 | 6,5 | 6,6 | 6,5 | 6,6 | 6,3 |
| Ledig | 6,5 | 6,3 | 6,6 | 6,1 | 6,7 | 6,3 |
| Geschieden/getrennt lebend | 6,5 | 6,5 | 6,2 | 6,4 | 6,3 | 6,1 |
| Verwitwet | 6,7 | 6,8 | 7,1 | 7,1 | 6,8 | 6,6 |
| (Ehe-)Paare | | | | | | |
| Ohne Kinder im Haushalt | 6,8 | 6,8 | 8,2 | 7,9 | 7,0 | 6,4 |
| Mit Kind(ern) unter 16 Jahren | 6,5 | 6,9 | 7,9 | 8,2 | 7,0 | 6,9 |
| Mit Kind(ern) über 16 Jahren | 6,6 | 6,7 | 7,9 | 7,7 | 7,0 | 6,4 |
| Mit Kind(ern) unter/über 16 Jahren | 6,5 | 6,9 | 8,0 | 8,1 | 7,0 | 7,1 |
| Alleinerziehende | 6,2 | 6,4 | 7,0 | 7,4 | 6,5 | 6,1 |

Datenbasis: SOEP 2009. Eigene Berechnungen.

wenn die Versorgung von Kindern zu gewährleisten ist. Die Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt liegt in den alten Bundesländern 0,3 Skaleneinheiten unter und in den neuen Bundesländern 0,2 Skaleneinheiten über dem durchschnittlichen Niveau der jeweiligen Lebenszufriedenheit. Auffallend ist das niedrige Zufriedenheitsniveau der ost- und westdeutschen Alleinerziehenden und der Geschiedenen bzw. getrennt Lebenden in Westdeutschland.

Eine vergleichsweise hohe Zufriedenheit mit der Tätigkeit im Haushalt wird überraschenderweise auch von Ehe- und Lebenspartnern mit Kindern geäußert, bei denen viel Hausarbeit anfällt. Zu einem objektiv hohen Umfang an Hausarbeit müssen offensichtlich weitere belastende Faktoren hinzukommen, damit dieser Aspekt des Lebens negativ bewertet wird. Insgesamt unterstreichen die berichteten Zusammenhänge die Bedeutung von Familie und Partnerschaft für das subjektive Wohlbefinden.

Trotz erheblicher Wandlungsprozesse der Familie in Deutschland hat die Lebensform von Ehepaaren mit Kindern immer noch die größte Verbreitung. Neben den traditionellen Familienformen haben sich

mittlerweile auch alternative Lebensformen in den alten und neuen Bundesländern etabliert. Feste Partnerschaften außerhalb der Ehe finden sich sowohl in gemeinsamen als auch getrennten Haushalten. Die deutsche Bevölkerung weist der Familie nicht nur einen hohen Stellenwert zu, sie äußert sich mit dem Familienleben auch hoch zufrieden.

3 Bildung

3.1 Bildungsbeteiligung, Bildungsniveau und Bildungsbudget

Christiane Krüger-Hemmer

3

Die Bildungspolitik in Deutschland steht auch zu Beginn des zweiten Jahrzehnts im dritten Jahrtausend im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Die Ergebnisse der PISA-Studie (Programme for International Student Assessment) 2009 zeigen zwar eine signifikante Verbesserung der Lesekompetenz seit 2000 und eine Verbesserung der mathematischen Kompetenz seit 2003, doch zählen die deutschen Schülerinnen und Schüler im internationalen Kompetenzvergleich noch nicht zur Spitzengruppe. Die Ursachen für das Abschneiden der deutschen Schülerinnen und Schüler in internationalen Vergleichsstudien sowie mögliche Konsequenzen daraus werden daher immer noch heftig diskutiert. Auch die Auswirkungen der Verkürzung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre sind unter dem Kürzel G8 weiterhin Gegenstand von Diskussionen.

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich auf Grund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung etwas entspannt. Dennoch stellt die Bereitstellung der erforderlichen Ausbildungsplätze entsprechend der zukünftig benötigten Qualifikationsprofile weiterhin eine große Herausforderung dar.

Der Trend zum Gymnasium, die Aussetzung der Wehrpflicht, die doppelten Abiturientenjahrgänge und die demografische Entwicklung lassen bis 2015 ein weiteres Ansteigen der Studierendenzahlen erwarten. Die Erweiterung der Hochschulkapazitäten sowie die adäquate Ausstattung der Hochschulen mit Personal

und Finanzen wird daher auch in Zukunft ein zentrales Thema der Bildungspolitik sein.

Die in diesem Kapitel dargestellten Bildungsdaten stammen aus der amtlichen Schulstatistik (Schüler und Schülerinnen, Absolventen, Abgänger und Lehrkräfte), der Berufsbildungsstatistik (Auszubildende, Abschlussprüfungen), der Hochschulstatistik (Studierende, Studienanfänger, Hochschulabsolventen und -personal), dem Adult Education Survey (Teilnahme der Bevölkerung im Erwachsenenalter an unterschiedlichen Formen von Lernaktivitäten), der Europäischen Erhebung über die betriebliche Weiterbildung (Teilnahme der Beschäftigten an den unterschiedlichen Formen betrieblicher Weiterbildung), dem Mikrozensus (Bildungsstand der Bevölkerung) sowie der Jahresrechnungsstatistik und der Hochschulfinanzstatistik (Bildungsausgaben). → **Abb. 1**

Von besonderer Bedeutung für das Bildungswesen ist die demografische Entwicklung. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist geprägt durch die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre mit zum Teil deutlich mehr als einer Million Neugeborenen pro Jahr, die geburtenstarken Jahrgängen mit durchschnittlich etwa 830 000 Neugeborenen von 1974 bis 1989 und insbesondere die Geburtenentwicklung in den 1990er Jahren. Seit 1998 sind die Geburtenzahlen in Deutschland rückläufig, wobei die Entwicklung in den neuen Ländern und im früheren Bundesgebiet unterschiedlich verläuft.

Zeitversetzt ergeben sich hierdurch unterschiedliche Jahrgangsstärken bei Schülern und Schülerinnen, Auszubildenden und Studierenden. Die Bevölkerungsentwicklung ist allerdings nicht der einzige Einflussfaktor auf das Bildungsangebot und die Bildungsnachfrage. Die individuellen Bildungsentscheidungen der Menschen und die Maßnahmen, die zur Umsetzung bildungspolitischer Ziele getroffen werden, sind ebenfalls von großer Bedeutung.

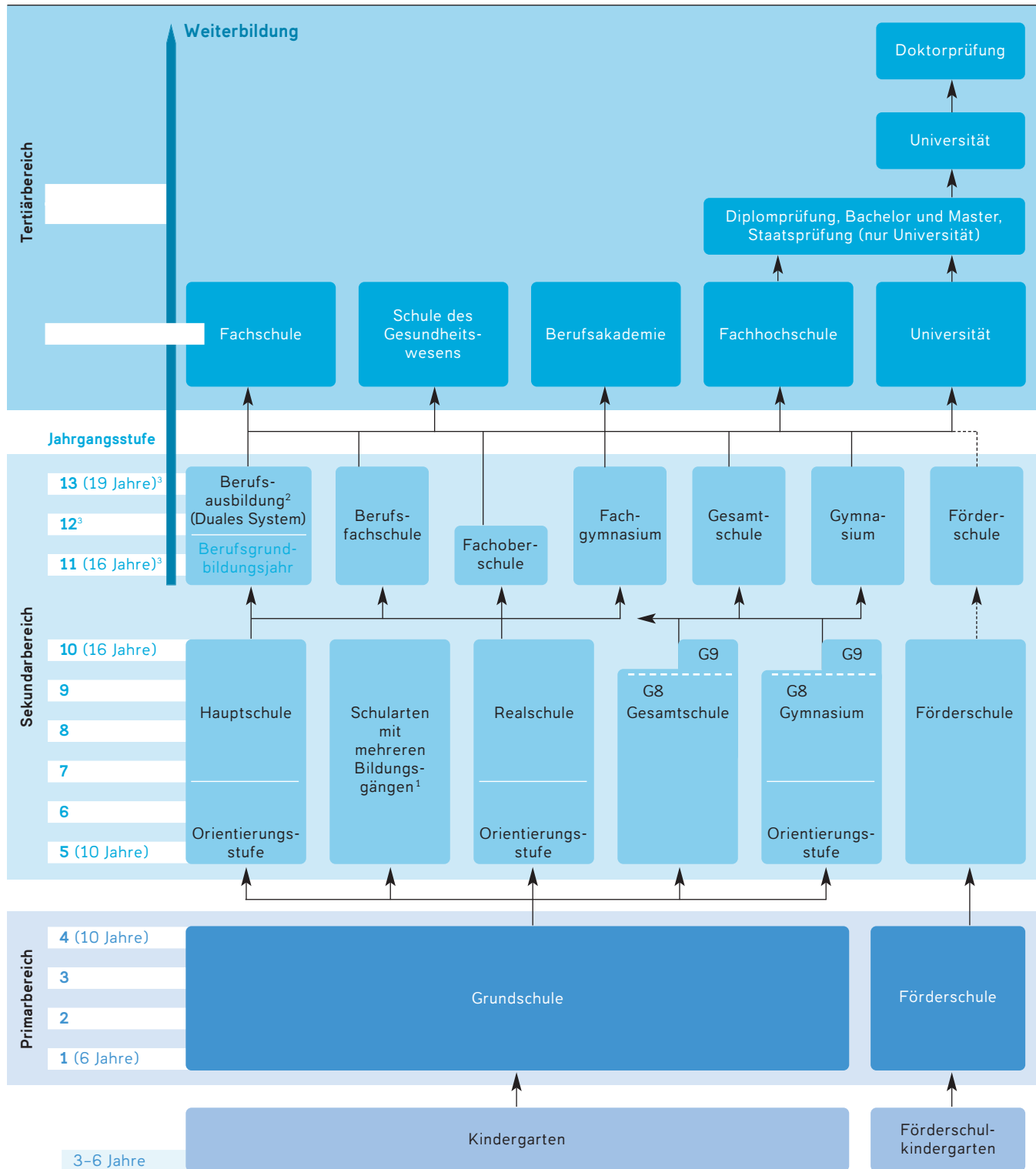
3.1.1 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Das Grundgesetz weist den Ländern im Rahmen des föderalen Systems die Gesetzgebungskompetenz für das Schulwesen zu. Im Rahmen ihrer Kulturhoheit gestalten die Länder ihr Bildungssystem entsprechend den regionalen Erfordernissen sowie den gesellschaftlichen und politischen Wertvorstellungen.

Schülerinnen und Schüler

Zu Beginn des Schuljahres 2009/10 wurden in Deutschland 724 000 Kinder eingeschult. Das waren knapp 2 % weniger als im Vorjahr, als 735 000 ABC-Schützen ihren Ranzen zum ersten Mal packten. Im Vergleich zum Jahr 1999 nahm die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger in Deutschland um 13 % ab. Hintergrund hierfür sind demografische Entwicklungen: Ende 1998 lag die Zahl der Fünf- bis Sechsjährigen in Deutschland bei 813 000, Ende 2008 bei nur noch 709 000. Hier zeigen sich regionale Unterschiede. Während die Zahl der Kinder im einschul-

Abb. 1: Das Bildungssystem in Deutschland



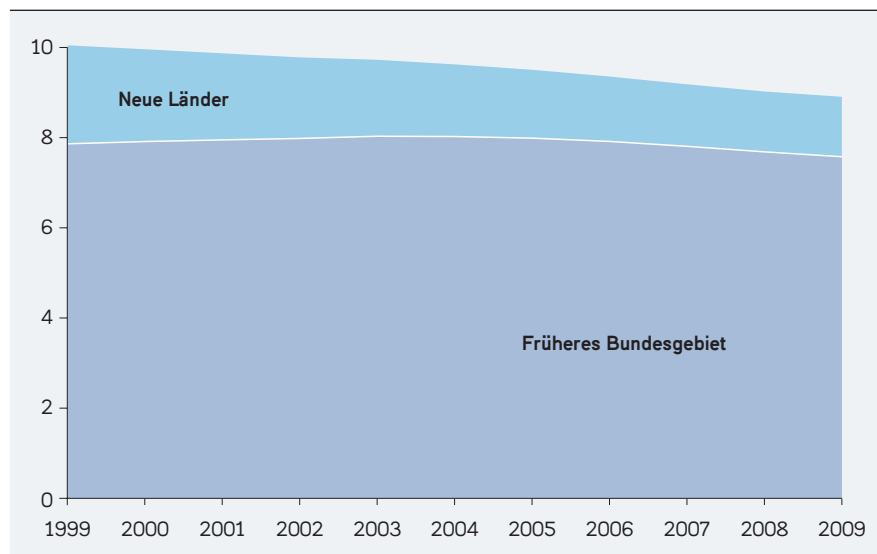
1 Einschl. Bildungsgangübergreifende Klassen, Mittelschulen, Sekundarschulen und Erweiterte Realschulen, Kombinierte Klassen an Sekundarschulen, Regelschulen, Regionale Schulen und Duale Oberschulen.
 2 In Berufsschule und Betrieb (Duales System).
 3 Durch die Einführung von G8 an Gymnasien und Gesamtschulen beginnen die Klassenstufen im Sekundarbereich II ein Jahr früher, diese Schüler sind ein Jahr jünger. Bei G8 bedeutet dies z. B., dass die Einführungsstufe (E1) in der 10. Klassenstufe mit einem Alter von 15 Jahren beginnt.

lungsrelevanten Alter im früheren Bundesgebiet zwischen Ende 1998 und Ende 2008 um 18 % gesunken ist, stieg sie in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin um 20 %. Das führte dazu, dass im Jahr 2009 im früheren Bundesgebiet 17 % weniger ABC-Schützen eingeschult wurden als im Jahr 1999, in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin 12 % mehr.

Die Einschulungen wirkten sich entsprechend zeitversetzt auf die Schülerzahlen in allen Bildungsbereichen aus. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen sank in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich von 10,0 Mill. im Jahr 1999 auf 8,9 Mill. im Jahr 2009. Deutliche Unterschiede gab es in den allgemeinbildenden Schulen in Ost- und Westdeutschland: In den neuen Ländern sind die Schülerzahlen aufgrund des starken Geburtenrückgangs zu Beginn der 1990er Jahre beständig zurückgegangen und lagen 2009 um 39 % unter dem Stand von 1999. Im Westen dagegen stiegen die Schülerzahlen in allgemeinbildenden Schulen bis 2003 an. Danach setzte ein leichter Rückgang ein, der dazu führte, dass 2009 die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 4 % unter dem Stand von 1999 lag. → **Abb. 2**

Während die Schülerinnen und Schüler eines Wohnbezirks in der Regel gemeinsam in der Grundschule unterrichtet werden, richtet sich im Anschluss daran die weitere Schullaufbahn der Kinder nach den schulischen Leistungen, der Empfehlung der Grundschule sowie dem Wunsch der Eltern. Der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler in weiterführenden Schulen des Sekundarbereichs besuchte ein Gymnasium. Dieser Anteil stieg von 37 % im Jahr 1999 auf 45 % im Jahr 2009. In demselben Zeitraum sank der Anteil der Jugendlichen, die in Hauptschulen unterrichtet wurden, von 18 % auf 14 %. Aufgrund der länderspezifischen Bildungspolitik gab es allerdings Unterschiede in der Struktur der weiterführenden Schulen. Zwar wurde 2009 sowohl in den west-

Abb. 2: Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen, in Mill.



Neue Länder einschl. Berlin.

Tab. 1: Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen nach Schularten

| | 1999 | 2005 | 2007 | 2008 | 2009 |
|----------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | in 1 000 | | | | |
| Vorklassen und Schulkindergärten | 67 | 30 | 28 | 28 | 28 |
| Primarbereich | 3 533 | 3 212 | 3 119 | 3 033 | 2 953 |
| Grundschulen | 3 488 | 3 176 | 3 082 | 2 997 | 2 915 |
| Sekundarbereich | 5 987 | 5 784 | 5 577 | 5 511 | 5 478 |
| Hauptschulen | 1 096 | 1 024 | 889 | 826 | 767 |
| Realschulen | 1 251 | 1 325 | 1 278 | 1 263 | 1 221 |
| Gymnasien | 2 245 | 2 431 | 2 466 | 2 469 | 2 475 |
| Integrierte Gesamtschulen | 530 | 510 | 489 | 493 | 519 |
| Förderschulen | 415 | 416 | 400 | 393 | 388 |
| Abendschulen und Kollegs | 46 | 62 | 59 | 58 | 60 |
| Insgesamt | 10 048 | 9 505 | 9 184 | 9 024 | 8 906 |

deutschen als auch in den ostdeutschen Bundesländern der größte Anteil der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe in Gymnasien unterrichtet, jedoch lernten die Jugendlichen im Jahr 2009 in den westdeutschen Bundesländern am zweithäufigsten an Realschulen (25 %), während sie in den ostdeutschen Bundesländern Schularten mit mehreren Bildungsgängen (31 %) besuchten. Diese Schularten (mit länderspezifisch unterschiedlichen Bezeichnungen) führen zum Hauptschulabschluss oder zum Realschulabschluss. Diese Schulstruktur trägt auch

dazu bei, dass trotz der demografischen Entwicklung – insbesondere in den Flächenländern – ein wohnortnahes Schulangebot erhalten werden kann. → **Tab. 1**

Neben den bereits genannten Schularten gibt es Förderschulen, in denen körperlich, geistig oder seelisch benachteiligte oder sozial gefährdete Kinder unterrichtet werden. 2009 besuchten 388 000 Kinder eine Förderschule, gut 4 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem

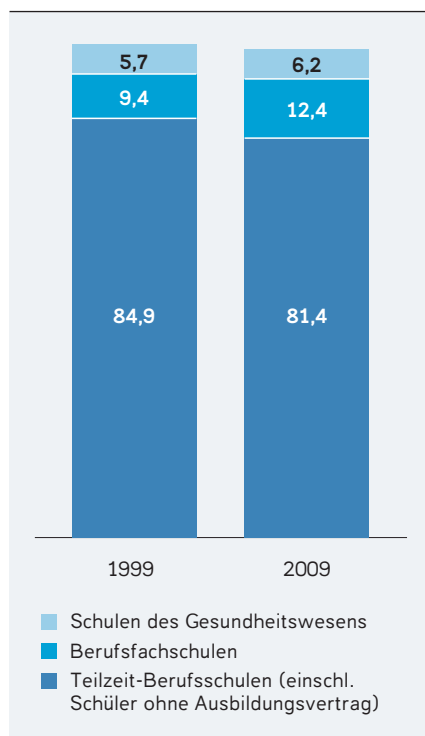
Tab. 2: Schülerinnen und Schüler in beruflichen Schulen nach Schularten

| | 1999 | 2005 | 2007 | 2008 | 2009 |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | in 1000 | | | | |
| Teilzeit-Berufsschulen | 1 723 | 1 656 | 1 710 | 1 727 | 1 682 |
| Berufsvorbereitungsjahr | 69 | 78 | 62 | 55 | 55 |
| Berufsgrundbildungsjahr in Vollzeitschulischer Form | 40 | 50 | 46 | 44 | 34 |
| Berufsaufbauschulen | 2 | 1 | 1 | 0 | 1 |
| Berufsfachschulen | 392 | 561 | 530 | 511 | 500 |
| dar.: Berufsausbildung | 191 | 279 | 272 | 263 | 256 |
| Fachoberschulen | 90 | 126 | 130 | 134 | 140 |
| Fachgymnasien | 95 | 121 | 152 | 154 | 159 |
| Kollegschulen | 91 | - | - | - | - |
| Berufsoberschulen/ Technische Oberschulen | 9 | 19 | 19 | 20 | 24 |
| Fachschulen und Fachakademien | 146 | 159 | 153 | 159 | 175 |
| Insgesamt | 2 656 | 2 771 | 2 803 | 2 806 | 2 769 |
| Nachrichtlich: | | | | | |
| Schulen des Gesundheitswesens | 116 | 121 | 124 | 124 | 128 |

Förderbedarf, die außerhalb von Förderschulen in den übrigen allgemeinbildenden Schulen (insbesondere in Grundschulen) unterrichtet werden, hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. 2009 besuchten bundesweit 90 000 Inte-

grationsschüler sonstige allgemeinbildende Schulen. Das entspricht einem Anteil von 1 % an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen.

Abb. 3: Berufsausbildung nach Institutionen, in %



In den Grundschulen, in denen in der Regel alle Kinder gemeinsam unterrichtet werden, waren 51 % der Schülerschaft Jungen. In den weiterführenden Schularten war der Jungenanteil unterschiedlich: Die Spanne reichte im Jahr 2009 von 47 % an Gymnasien über 51 % an Realschulen bis zu 56 % an Hauptschulen. In Förderschulen betrug der Anteil der männlichen Schüler 64 %.

Neben den Berufsausbildungen im Dualen System gibt es Formen der schulischen Berufsausbildung, die in Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens angeboten werden. Dabei handelt es sich neben den Gesundheits- und Sozialberufen vor allem um Assistentenberufe, wie z.B. kaufmännischer Assistent, Wirtschaftsassistentin oder Technischer Assistent für Informatik. 384 000 Jugendliche befanden sich 2009 in einer schulischen Berufsausbildung, das waren 19 % aller Jugendlichen, die eine Berufsausbildung absolvierten. Im Jahr 1999 betrug dieser Anteil 15 %. → **Abb. 3**

Ein großer Teil der Jugendlichen beginnt nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schulen eine Berufsausbildung im Dualen System. Die Berufsschule ergänzt im Dualen System die gleichzeitige praktische Ausbildung im Betrieb. Daneben wird die Teilzeit-Berufsschule auch von Jugendlichen unter 18 Jahren ohne Ausbildungsvertrag besucht, die noch der Schulpflicht unterliegen und keine andere Schule besuchen. Insgesamt wurden 2009 in Deutschland 1,7 Mill. Jugendliche in Teilzeit-Berufsschulen unterrichtet. Im den vergangenen zehn Jahren nahm ihre Zahl um rund 2 % ab. → **Tab. 2**

In beruflichen Schulen können auch allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden. 323 000 Jugendliche strebten 2009 mit dem Besuch von Fachoberschulen, Fachgymnasien oder Berufsoberschulen bzw. Technischen Oberschulen die Studienberechtigung an. Im Vergleich zu 1999 hat die Zahl der Schülerinnen und Schüler an diesen Schularten um 67 % zugenommen. Die Fachschulen (einschließlich Fachakademien) werden in der Regel nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung und praktischer Berufserfahrung besucht und vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. 2009 gab es 175 000 Fach-

schülerinnen und -schüler. Die übrigen Schüler an beruflichen Schulen versuchen durch den Besuch berufsvorbereitender Schulen (Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsfachschulen, soweit sie nicht berufsausbildend sind), durch das Erreichen eines Haupt- oder Realschulabschlusses oder durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern.

In den letzten Jahren ist das Interesse an Privatschulen deutlich gestiegen. Den rechtlichen Rahmen für die Gründung und den Betrieb von Privatschulen legen die jeweiligen Schulgesetze der Länder fest. In der Regel können Privatschulen von natürlichen sowie juristischen Personen (wie z. B. Kirchen, Vereine) errichtet und betrieben werden. Im Jahr 2009 besuchten 705 000 Schülerinnen und Schüler private allgemeinbildende und 240 000 private berufliche Schulen. Das entsprach einem Anteil von 8 % der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden und von 9 % an beruflichen Schulen. Im Vergleich dazu hat 1999 der Anteil der Privatschulen an allen Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden Schulen 5 % und der beruflichen Schulen 7 % ausgemacht.

Allgemeinbildende und berufliche Abschlüsse

Im Jahr 2009 wurden 894 000 Abgänger und Absolventen aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen, 4 % weniger als 1999. Knapp 7 % der Schulentlassenen blieben 2009 ohne Abschluss, 21 % erwarben den Hauptschulabschluss, 40 % den Realschulabschluss und 32 % Abitur oder Fachhochschulreife. Diese Struktur hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Vor zehn Jahren verließen noch 9 % der Jugendlichen die allgemeinbildenden Schulen ohne einen Abschluss und 26 % mit einem Hauptschulabschluss. Lediglich 25 % erwarben 1999 die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife. Konstant geblieben ist im Vergleich zu 1999 der Anteil der Realschulabschlüsse. → **Abb. 4**

Junge Männer verließen 2009 die allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt mit einem niedrigeren Abschlussniveau als junge Frauen: 8 % der männlichen Schulentlassenen erreichten keinen Abschluss gegenüber 5 % bei den jungen Frauen. Von den männlichen Absolventen erhielten 28 % die Studienberechtigung, bei den Absolventinnen waren es 35 %.

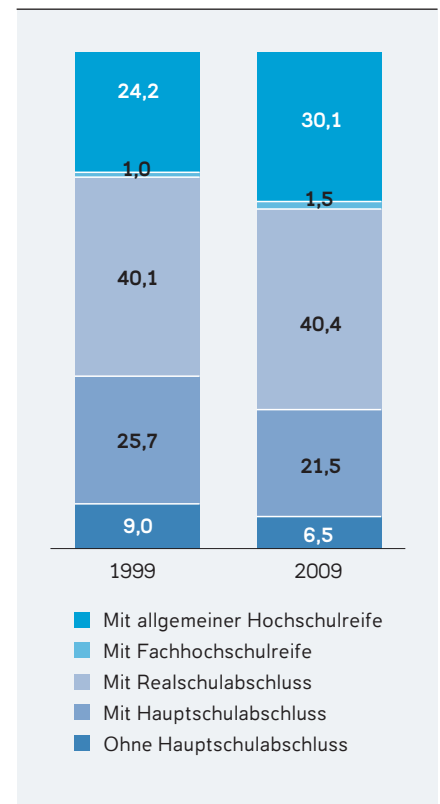
Im Zuge der Bildungsreform in den 1970er Jahren wurde die Möglichkeit geschaffen, auch in beruflichen Schulen allgemeinbildende Abschlüsse zu erwerben. 34 000 Jugendliche bestanden 2009 den Hauptschulabschluss an beruflichen Schulen. Neben den rund 282 000 Absolventinnen und Absolventen, die die Studienberechtigung im Jahr 2009 in allgemeinbildenden Schulen erlangten, erreichten diesen Abschluss weitere 168 000 Jugendliche an beruflichen Schulen. 2009 betrug die Studienberechtigtenquote, die den Anteil der Studienberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung misst, 46 %. 1999 lag sie bei 37 %. Hier zeigt sich ein deutlicher Trend zur Höherqualifizierung.

Lehrkräfte

2009 unterrichteten in Deutschland 671 000 hauptberufliche Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen und 124 000 an beruflichen Schulen. Während an allgemeinbildenden Schulen 40 % der hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer teilszeitbeschäftigt waren, betrug dieser Anteil an beruflichen Schulen nur 32 %.

Auch die Geschlechterverteilung ist bei allgemeinbildenden und beruflichen Schulen unterschiedlich. 70 % der hauptberuflichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren Frauen. An beruflichen Schulen betrug der Frauenanteil an den hauptberuflichen Lehrkräften 2009 nur 46 %. Am höchsten war der Frauenanteil an Vorklassen und Schulkindergärten mit 92 % sowie an Grundschulen mit 88 %. In Gymnasien betrug der Frauenanteil 55 %, in Abendschulen und Kollegs 54 %.

Abb. 4: Absolventen/Abgänger nach Abschlussarten, in %



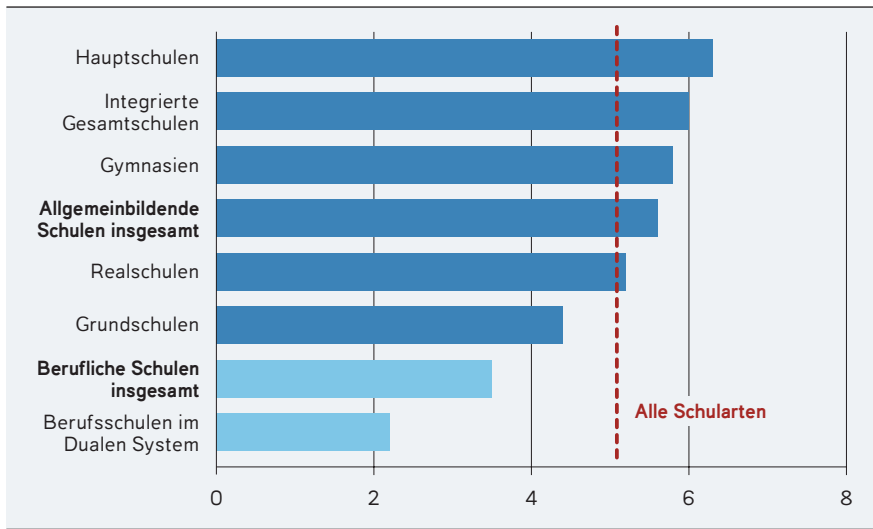
Ausgaben je Schülerin und Schüler

Die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2008 bundesweit durchschnittlich 5 100 Euro für die Ausbildung einer Schülerin bzw. eines Schülers an öffentlichen Schulen aus. Die Ausgaben je Schüler schwankten stark nach Schularten. So waren die allgemeinbildenden Schulen mit 5 600 Euro teurer als die beruflichen Schulen (3 500 Euro).

Innerhalb der allgemeinbildenden Schulen lagen Grundschulen (4 400 Euro) und

Abb. 5: Ausgaben je Schülerin und Schüler 2008 nach Schularten, in 1 000 EUR



Realschulen (5 200 Euro) unter dem Durchschnitt, Hauptschulen mit 6 300 Euro, Integrierte Gesamtschulen mit 6 000 Euro und Gymnasien mit 5 800 Euro darüber. Die niedrigeren Aufwendungen von 2 200 Euro je Schüler bei den Berufsschulen im Dualen System sind auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen. → **Abb. 5**

Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler

Im Jahr 2009 wurde durchschnittlich 199 000 Schülerinnen und Schülern eine Ausbildungsförderung gewährt. Davon besuchten rund 115 000 eine Berufsfachschule (einschließlich aller Formen der beruflichen Grundbildung) und 25 000 eine Fachschule. Mehr als zwei Drittel aller Schüler und Schülerinnen, die »Schüler-BAföG« erhielten, bekamen eine Vollförderung, also den Förderungshöchstbetrag. Ein knappes Drittel erhielt eine Teilförderung. Insgesamt wurden 827 Mill. Euro für die Schülerförderung aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt ein geförderter Schüler bzw. eine geförderte Schülerin 346 Euro pro Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2009 um 22 % höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand um 40 %. **i** → **Tab. 3**

Tab. 3: Ausbildungsförderung für Schülerinnen und Schüler nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

| | Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand) | Finanzieller Aufwand | Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person |
|------|---|----------------------|--|
| | in 1 000 | Mill. EUR | EUR je Monat |
| 2002 | 163 | 592 | 302 |
| 2004 | 192 | 698 | 303 |
| 2006 | 199 | 717 | 301 |
| 2008 | 192 | 741 | 321 |
| 2009 | 199 | 827 | 346 |

»Schüler-BAföG«



Die Ausbildungsförderung soll zusammen mit anderen direkten Leistungen (z. B. Kindergeld, Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz) sowie den ausbildungsbezogenen indirekten steuerlichen Entlastungen dazu dienen, die unterschiedlichen Belastungen der Familien auszugleichen. Durch diese Förderung sollen junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen Zugang zu einer Ausbildung nach ihrer Neigung, Eignung und Leistung erhalten.

Derzeit wird Ausbildungsförderung für den Besuch von weiterführenden allgemein bildenden Schulen und Berufsfachschulen ab Klasse zehn und von Fach- und Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, nur an auswärts (nicht bei den Eltern) untergebrachte Schüler und Schülerinnen geleistet. »Schüler-BAföG« gibt es ferner für den Besuch von Abendschulen, Kollegs, Berufsaufbauschulen oder Fach- und Fachoberschulklassen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Außerdem werden Schüler und Schülerinnen in Berufsfachschul- und Fachschulklassen gefördert, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt, sofern sie in einem mindestens zweijährigen Bildungsgang einen berufsqualifizierenden Abschluss (z. B. als staatlich geprüfte/Techniker/-in) vermitteln.

3.1.2 Der sozioökonomische Status der Schülerinnen und Schüler

Aufgrund der demografischen Entwicklung, des Strukturwandels sowie der zunehmenden Technologisierung und Globalisierung rechnen viele Experten in naher Zukunft mit einem Fachkräftemangel. Diesem kann nur begegnet werden, wenn das Bildungsniveau der Bevölkerung weiter ansteigt und die Begabungsreserven ausgeschöpft werden, indem alle gesellschaftlichen Schichten die gleichen Zugangschancen zur Bildung erhalten.

Internationale Vergleichsstudien wie PISA (Programme for International Student Assessment) und IGLU (Internationale

Grundschul-Lese-Untersuchung) haben jedoch gezeigt, dass in Deutschland der Bildungserfolg und die Bildungschancen der Kinder stark von ihrer sozialen Herkunft bzw. dem Migrationshintergrund abhängen. Auch die Schulwahl wird stark vom familiären Hintergrund bestimmt. Ein wichtiger Indikator für den sozioökonomischen Status von Kindern ist der Bildungsabschluss der Eltern, der aus dem Mikrozensus, einer jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung (siehe Kapitel 2.1), hervorgeht.

2009 lebten 35 % der Kinder und Jugendlichen, die eine allgemeinbildende oder berufliche Schule besucht haben, in Familien mit mindestens einem Elternteil, der Abitur oder Fachhochschulreife besaß. Weniger als ein Viertel der Eltern wies einen Hauptschulabschluss als höchsten allgemeinen Abschluss auf. 4 % der Schülerinnen und Schüler lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen allgemeinen

Schulabschluss vorweisen konnte. Was den höchsten beruflichen Bildungsabschluss in der Familie betrifft, so wuchs nahezu ein Viertel der Schülerinnen und Schüler in Familien auf, in denen mindestens ein Elternteil einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss besaß. Allerdings fanden sich 12 % der Kinder in weniger günstigen Verhältnissen wieder: sie lebten in Familien, in denen kein beruflicher Bildungsabschluss vorhanden war.

Die Verteilung der Kinder auf die Schularten macht den Einfluss des familiären Hintergrunds deutlich. Generell gilt: Je höher der allgemeine oder berufliche Abschluss der Eltern, desto geringer waren die Schüleranteile an Hauptschulen sowie Einrichtungen des Übergangssystems, und desto höher waren die Schüleranteile an Gymnasien.

Während nur 10 % der Gymnasiasten in Familien aufwuchsen, in denen die Eltern

einen Hauptschulabschluss oder keinen allgemeinen Schulabschluss als höchsten Schulabschluss besaßen, war der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit diesem sozialen Status an Hauptschulen mit 56 % fast sechsmal so hoch. Dagegen fanden sich an Gymnasien hauptsächlich Kinder, deren Eltern die (Fach-) Hochschulreife aufwiesen (59 %). An Hauptschulen war diese Schülergruppe mit nur 13 % vertreten. → Tab. 4a

Ähnliche herkunftsbedingte Muster zeigt auch die Verteilung der Kinder auf die Schularten anhand des höchsten beruflichen Bildungsabschlusses in der Familie. Auch hier stammten die wenigsten Kinder (6 %) an Hauptschulen aus Familien mit hohem Bildungsniveau. Fast fünfmal höher war dagegen der Anteil der Kinder aus bildungsfernen Familien. An Gymnasien waren die Verhältnisse – wie auch beim höchsten allgemeinen Schulabschluss – entgegengesetzt: 42 % der Schü-

Tab. 4a: Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem allgemeinen Schulabschluss der Eltern 2009

| | Insgesamt | Höchster allgemeiner Schulabschluss der Eltern ¹ | | | | | Ohne Schulabschluss |
|--|---------------|---|--|--|------------------------------------|-------------|---------------------|
| | | Haupt-(Volks-)schulabschluss | Abschluss der polytechnischen Oberschule | Realschul- oder gleichwertiger Abschluss | Fachhochschul- oder Hochschulreife | ohne Angabe | |
| | in 1000 | in % | | | | | |
| Grundschule | 3012 | 20,2 | 6,9 | 28,5 | 39,8 | 0,6 | 4,0 |
| Hauptschule | 917 | 46,1 | 3,9 | 26,0 | 13,1 | 0,8 | 10,0 |
| Realschule | 1635 | 24,8 | 9,5 | 36,3 | 25,4 | 0,8 | 3,3 |
| Gymnasium | 2659 | 8,9 | 5,6 | 24,7 | 59,0 | 0,5 | 1,3 |
| Sonstige allgemeinbildende Schulen | 869 | 27,4 | 7,7 | 26,6 | 30,2 | 0,8 | 7,3 |
| Übergangssystem ² | 305 | 39,0 | 10,3 | 26,9 | 13,7 | / | 9,3 |
| Berufliche Schule, die zur (Fach-)Hochschulreife führt ³ | 246 | 23,9 | 6,3 | 30,9 | 34,5 | / | 3,4 |
| Berufsschule | 1495 | 32,9 | 15,4 | 28,9 | 18,9 | 0,5 | 3,4 |
| Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, einjährige Schule des Gesundheitswesens | 98 | 33,6 | 8,9 | 30,1 | 23,6 | / | / |
| Fachschule, Fach-/Berufsakademie, zwei- und dreijährige Schule des Gesundheitswesens | 194 | 26,8 | 9,7 | 29,6 | 31,6 | / | / |
| Insgesamt | 11 430 | 23,3 | 8,1 | 28,5 | 35,5 | 0,6 | 4,0 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Elternteil mit höchstem Schulabschluss.

2 Z. B. Berufsvorbereitungsjahr; Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt.

3 Z. B. Fachoberschule, berufliches Gymnasium, Wirtschaftsgymnasium, Berufsoberschule.

Tab. 4b: Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und höchstem beruflichen Bildungsabschluss der Eltern 2009

| | Insgesamt | Beruflicher Bildungsabschluss der Eltern ¹ | | | | Ohne beruflichen Abschluss |
|--|---------------|---|--------------------|---------------------------|-------------|----------------------------|
| | | Lehr- /Anlernausbildung | Fachschulabschluss | (Fach-)Hochschulabschluss | ohne Angabe | |
| | in 1000 | in % | | | | |
| Grundschule | 3012 | 49,7 | 12,0 | 25,0 | 0,7 | 12,6 |
| Hauptschule | 917 | 58,9 | 7,7 | 5,9 | 0,9 | 26,6 |
| Realschule | 1635 | 61,5 | 14,0 | 12,9 | 0,8 | 10,7 |
| Gymnasium | 2659 | 39,4 | 13,4 | 41,5 | 0,6 | 5,1 |
| Sonstige allgemeinbildende Schulen | 869 | 54,4 | 9,1 | 17,6 | 0,9 | 18,1 |
| Übergangssystem ² | 305 | 59,4 | 8,6 | 6,9 | / | 24,2 |
| Berufliche Schule, die zur (Fach-)Hochschulreife führt ³ | 246 | 53,5 | 14,9 | 20,2 | / | 10,3 |
| Berufsschule | 1495 | 63,9 | 14,0 | 10,3 | 0,7 | 11,1 |
| Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, einjährige Schule des Gesundheitswesens | 98 | 58,8 | 12,8 | 14,8 | / | 13,5 |
| Fachschule, Fach-/Berufsakademie, zwei- und dreijährige Schule des Gesundheitswesens | 194 | 53,8 | 18,8 | 19,7 | / | 6,8 |
| Insgesamt | 11 430 | 52,4 | 12,4 | 22,3 | 0,7 | 12,1 |

1 Elternteil mit höchstem Abschluss.

2 Z. B. Berufsvorbereitungsjahr; Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt.

3 Z. B. Fachoberschule, berufliches Gymnasium, Wirtschaftsgymnasium, Berufsoberschule.

Ergebnisse des Mikrozensus.

Tab. 4c: Schülerinnen und Schüler nach besuchter Schulart und Migrationshintergrund 2009

| | Insgesamt | Ohne Migrationshintergrund | Mit Migrationshintergrund | | | | | |
|--|---------------|----------------------------|---------------------------|-----------------|-----------------------------------|---|-----------------------------|-----------------------------------|
| | | | insgesamt ¹ | Herkunftsregion | | | | |
| | in 1000 | in % | | | | | | |
| | | | | Türkei | sonstige ehemalige Anwerbestaaten | sonstige Staaten der Europäischen Union | sonstige europäische Länder | sonstige nicht-europäische Länder |
| Grundschule | 3012 | 68,6 | 31,4 | 7,0 | 5,7 | 4,6 | 3,1 | 6,9 |
| Hauptschule | 917 | 57,1 | 42,9 | 13,8 | 9,6 | 4,0 | 3,9 | 7,2 |
| Realschule | 1635 | 73,1 | 26,9 | 6,4 | 5,0 | 4,0 | 3,0 | 5,4 |
| Gymnasium | 2659 | 77,5 | 22,5 | 3,3 | 3,7 | 5,1 | 2,2 | 5,3 |
| Sonstige allgemeinbildende Schulen | 869 | 70,4 | 29,6 | 9,1 | 4,8 | 4,3 | 2,5 | 5,7 |
| Übergangssystem ² | 305 | 62,7 | 37,3 | 11,0 | 7,3 | 4,4 | 4,6 | 7,2 |
| Berufliche Schule, die zur (Fach-)Hochschulreife führt ³ | 246 | 72,0 | 28,0 | 7,2 | 4,6 | 5,6 | 3,0 | 4,7 |
| Berufsschule | 1495 | 77,9 | 22,1 | 5,0 | 4,8 | 3,3 | 3,1 | 3,8 |
| Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, einjährige Schule des Gesundheitswesens | 98 | 73,9 | 26,1 | 8,0 | / | / | / | / |
| Fachschule, Fach-/Berufsakademie, zwei- und dreijährige Schule des Gesundheitswesens | 194 | 79,1 | 20,9 | 3,9 | 3,8 | 4,7 | / | 4,1 |
| Insgesamt | 11 430 | 71,9 | 28,1 | 6,5 | 5,2 | 4,4 | 2,9 | 5,8 |

3 Z. B. Fachoberschule, berufliches Gymnasium, Wirtschaftsgymnasium, Berufsoberschule.

lerinnen und Schüler stammten hier aus Familien mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Nur 5 % der Gymnasiasten lebten in Familien, in denen kein Elternteil einen beruflichen Abschluss hatte. → Tab. 4b

Neben dem elterlichen Bildungsabschluss hat auch der Migrationshintergrund einen großen Einfluss auf die Art der besuchten Schule. Insgesamt wiesen 2009 28 % der Schülerinnen und Schüler einen Migrationshintergrund auf. Die größte Herkunftsgruppe waren dabei türkischstämmige Schülerinnen und Schüler. Die deutlichsten Unterschiede der Zusammensetzung der Schülerschaft fanden sich erneut an Hauptschulen und Gymnasien: der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund war mit 43 % an Hauptschulen rund doppelt so hoch wie an Gymnasien. Zudem unterscheidet sich auch die Zusammensetzung der Kinder mit Migrationshintergrund nach Herkunftsgruppen zwischen den Schularten deutlich. Türkischstämmige Schülerinnen und Schüler bildeten an Hauptschulen und im Übergangssystem mit Abstand die größte Herkunftsgruppe. Dagegen stammten die meisten Gymnasiasten mit Migrationshintergrund aus Staaten der Europäischen Union bzw. aus sonstigen nicht-europäischen Ländern. → Tab. 4c

3.1.3 Betriebliche Berufsausbildung

Jugendliche im Dualen Ausbildungssystem besuchen einerseits die Berufsschule, werden andererseits aufgrund der mit den ausbildenden Stellen bzw. Betrieben abgeschlossenen Ausbildungsverträge auch praktisch am Arbeitsplatz ausgebildet. Dieses System hat den Vorteil, dass theoretischer und praktischer Lernstoff verknüpft werden können. Für die Unternehmen dient die Ausbildung von Jugendlichen auch der Sicherstellung des eigenen Fachkräftenachwuchses. Das System ist im deutschsprachigen Raum sehr stark verbreitet.

Im Jahr 2009 haben rund 561 000 Jugendliche einen Ausbildungsvertrag neu abgeschlossen. Das sind gut 46 000 weniger neu abgeschlossene Verträge als im Vorjahr. Zwar führte die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes, gleichzeitig nahm aber auch die Zahl der Jugendlichen, die an einer Ausbildungsstelle interessiert sind, demografiebedingt ab. Dies führte im Ergebnis zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt.

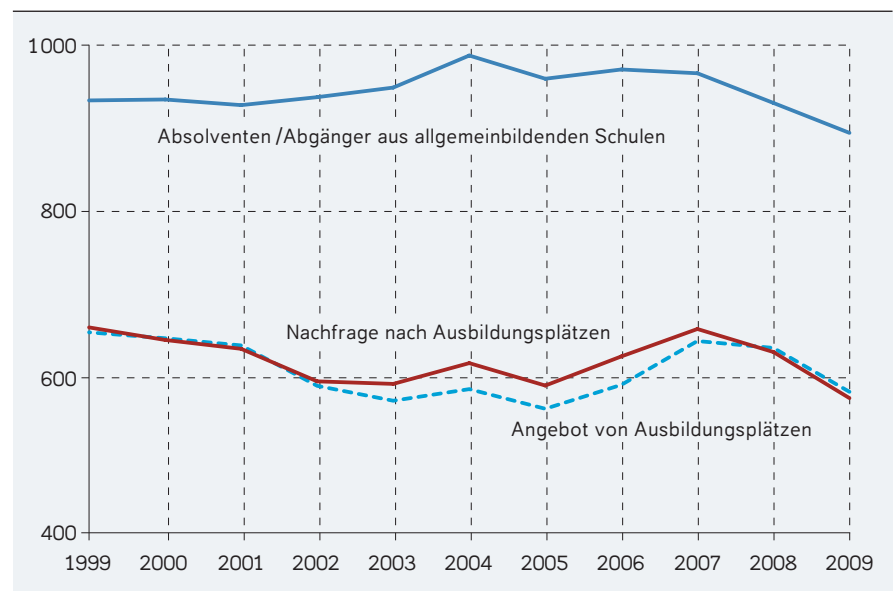
→ Abb. 6

Die Chancen der Jugendlichen hängen neben der regionalen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung auch von individuellen Qualifikationen ab, u. a. auch von den erreichten Schulabschlüssen. Von den Jugendlichen, die 2009 einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, besaß jeder Fünfte (20 %) Abitur oder Fachhochschulreife, mehr als zwei Fünftel (42 %) verfügte über einen Realschul- oder gleichwertigen Abschluss, 36 % blieben mit ihrem erreichten Abschluss darunter. Ungefähr jeder achte Jugendliche, der einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen hat (12 %), hatte vor Abschluss

eines Ausbildungsvertrages an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung (z. B. Berufsfachschule, schulisches Berufsgrundbildungsjahr oder Berufsvorbereitungsjahr) teilgenommen, sei es um seine Chancen auf einen Ausbildungsplatz durch einen höherwertigen Schulabschluss zu verbessern oder um die Zeit bis zur nächsten Bewerbrunde im folgenden Jahr zu überbrücken. Rund 40 % der Jugendlichen mit neuem Ausbildungsvertrag, die vor ihrer Ausbildung an einer berufsvorbereitenden Qualifizierung oder beruflichen Grundbildung teilgenommen haben, besitzen einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss. Im Gegensatz dazu haben nur 9 % dieser Jugendlichen Abitur oder Fachhochschulreife.

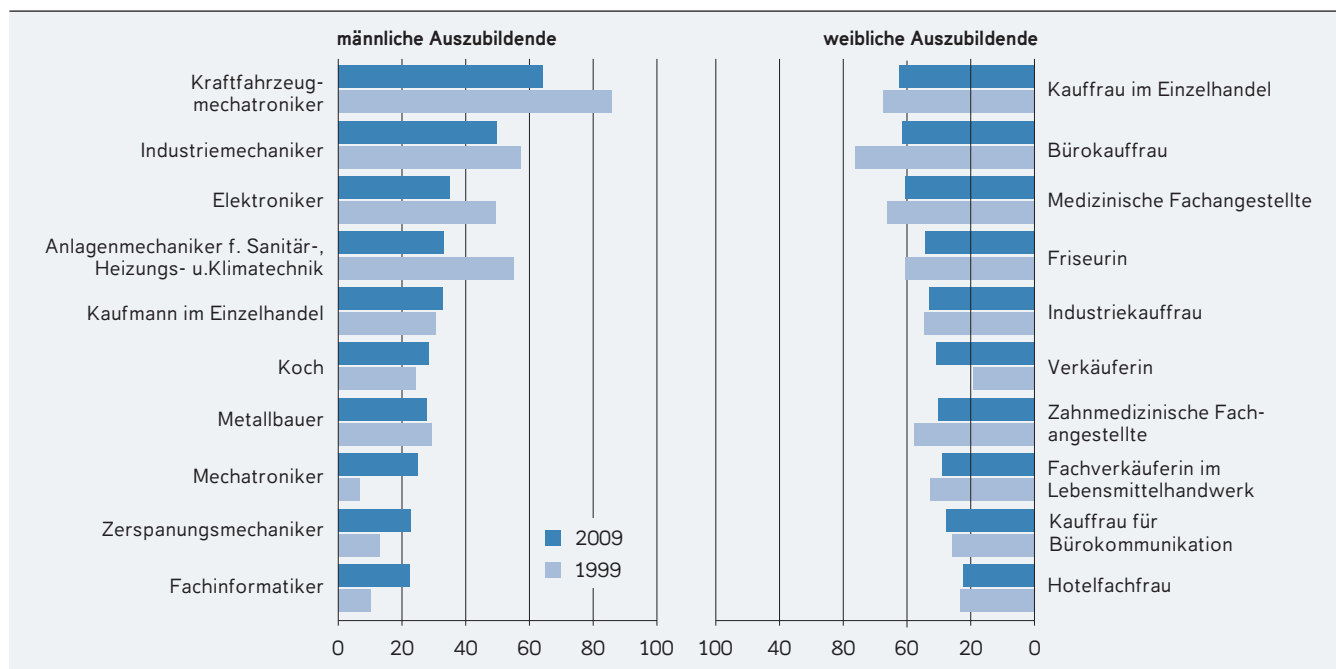
Die Verteilung der Auszubildenden auf die Ausbildungsberufe ließ deutliche Schwerpunkte erkennen: 2009 konzentrierten sich 36 % der Ausbildungsplätze männlicher und 53 % der Ausbildungsplätze weiblicher Auszubildender auf jeweils zehn von insgesamt 348 anerkannten Ausbildungsberufen. Bei den jungen Männern rangierte der Beruf des Kraft-

Abb. 6: Angebot und Nachfrage von Ausbildungsplätzen sowie Absolventen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen, in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik zum Ausbildungsstellenmarkt, 2010; Statistisches Bundesamt.

Abb. 7: Auszubildende in den zehn am stärksten besetzten Berufen 2009, in 1000



fahrzeugmechatronikers in der Beliebtheitskala eindeutig an erster Stelle: Jeder 15. männliche Auszubildende ergriff ihn 2009. Diesem folgten die Berufe Industriemechaniker (jeder 19.) und Elektroniker (jeder 27.). Ein großer Teil der Frauen entschied sich für die Berufe Kaufrau im Einzelhandel, Bürokauffrau oder Medizinische Fachangestellte (jeweils jede 15.). Frauen erlernen neben den Berufen im Dualen System häufig auch Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen, wie z. B. Gesundheits- und Krankenpflegerin oder Altenpflegerin, deren Ausbildung meistens rein schulisch erfolgt. Da die Wahl des Ausbildungsberufs stark von den am Ausbildungsmarkt gegebenen Stellen abhängig ist, kann man bei den genannten, am stärksten besetzten Berufen nicht zwingend von den »beliebtesten Berufen« sprechen. → **Abb. 7**

Von den 1,57 Mill. Jugendlichen, die sich 2009 in einer Berufsausbildung im Dualen System befanden, waren rund 76 000 Ausländer. Ihr Anteil an den Auszubildenden ist seit Mitte der 1990er Jahre parallel zur Verschlechterung auf dem Ausbildungsstellenmarkt von 8 % auf 5 %

gesunken. Im Vergleich zum Ausländeranteil an den Absolventen allgemeiner Schulen (2009: 10 %) waren Ausländer im Dualen System unterrepräsentiert. Von den ausländischen Auszubildenden besaßen im Jahr 2009 rund 41 % einen türkischen Pass, 12 % die Staatsangehörigkeit eines der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens, 11 % die italienische und 4 % die griechische Staatsangehörigkeit.

Nicht alle Jugendlichen, die ihre Ausbildung beginnen, bringen diese auch zum Abschluss. Rund ein Fünftel (23 %) löste den Ausbildungsvertrag vor Erreichen der Abschlussprüfung auf. Gründe für diese vorzeitigen Lösungen können sowohl beim Auszubildenden liegen, wie z. B. bei Betriebs- oder Berufswechsel, als auch beim Ausbilder, z. B. bei Aufgabe des Betriebes oder Wegfall der Ausbildung.

Tab. 5: Neu abgeschlossene, vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge und bestandene Abschlussprüfungen

| | Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge | Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge | Bestandene Abschlussprüfungen ¹ |
|------|--|---------------------------------------|--|
| | in 1000 | | |
| 1999 | 636 | 145 | 491 |
| 2000 | 623 | 156 | 503 |
| 2001 | 610 | 156 | 514 |
| 2002 | 568 | 151 | 513 |
| 2003 | 564 | 133 | 504 |
| 2004 | 572 | 127 | 493 |
| 2005 | 559 | 118 | 478 |
| 2006 | 581 | 119 | 480 |
| 2007 | 624 | / | / |
| 2008 | 608 | 139 | 455 |
| 2009 | 561 | 141 | 469 |

Durch die Neukonzeption der Statistik im Jahr 2007 ist die Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach der Umstellung eingeschränkt.

¹ Bis 2006 einschl. externe Abschlussprüfungen.

beginnt allerdings anschließend erneut eine Ausbildung im Dualen System.

Im Jahr 2009 haben rund 497 000 Jugendliche ihre Ausbildung erfolgreich mit einer bestandenen Abschlussprüfung beendet. Davon waren rund 28 000 externe Prüfungsteilnehmer (6 % aller erfolgreichen Prüfungsteilnehmer). Als »Externe« können Personen ohne Ausbildungsvertrag zu den Abschlussprüfungen zugelassen werden, wenn sie die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten durch mehrjährige Tätigkeiten in dem jeweiligen Ausbildungsberuf oder aufgrund eines abgeschlossenen schulischen Bildungsganges erworben haben. Abschlussprüfungen im Dualen Ausbildungssystem können zwei Mal wiederholt werden. Von den Teilnehmern an Abschlussprüfungen haben im Jahr 2009 90% die Prüfung bestanden. → **Tab. 5**

3.1.4 Hochschulen

Der Hochschulbereich ist der Teil des Bildungssystems, in dem eine akademische Ausbildung vermittelt wird. Neben der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses schaffen die Hochschulen mit ihren Forschungsergebnissen wichtige Grundlagen für Innovation, wirtschaftliches Wachstum und die Sicherung der internationalen Wett-

bewerbsfähigkeit Deutschlands. Im Wintersemester 2009/2010 gab es in Deutschland insgesamt 409 staatlich anerkannte Hochschulen, darunter 177 Universitäten (einschließlich Theologische und Pädagogische Hochschulen sowie Kunsthochschulen) und 232 Fachhochschulen (einschließlich Verwaltungsfachhochschulen).

Studierende, Studienanfänger und -anfängerinnen

Seit Mitte der 1960er Jahre, als die Hochschulen angesichts eines im internationalen Vergleich drohenden Bildungsrückstands der deutschen Bevölkerung breiteren Schichten geöffnet wurden, sind die Studierendenzahlen in Deutschland drei Jahrzehnte lang angestiegen. Sie erreichten 1994 einen zwischenzeitlichen Höchststand. In den nachfolgenden Jahren ging die Zahl der Eingeschriebenen stetig zurück, bevor im Jahr 2000 eine erneute Trendwende einsetzte und die Studierendenzahlen im Wintersemester 2003/2004 mit mehr als zwei Millionen einen neuen Rekordwert erreichten. Ab dem Wintersemester 2004/2005 lag die Zahl der Studierenden jedoch wieder leicht unter der Zwei-Millionen-Marke und überschritt diese erst wieder im Wintersemester 2008/2009. Mit 2,12 Millionen Studierenden waren im Wintersemester 2009/2010 so viele Studierende wie nie zuvor an deutschen Hochschulen eingeschrieben.

Die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger stieg bis zum Studienjahr 2003 kontinuierlich an, ging in den Studienjahren 2004 bis 2006 zunächst zurück und nahm anschließend erneut zu. Insgesamt schrieben sich im Studienjahr 2009 rund 424 000 Studienanfänger an deutschen Hochschulen ein. → **Tab. 6**

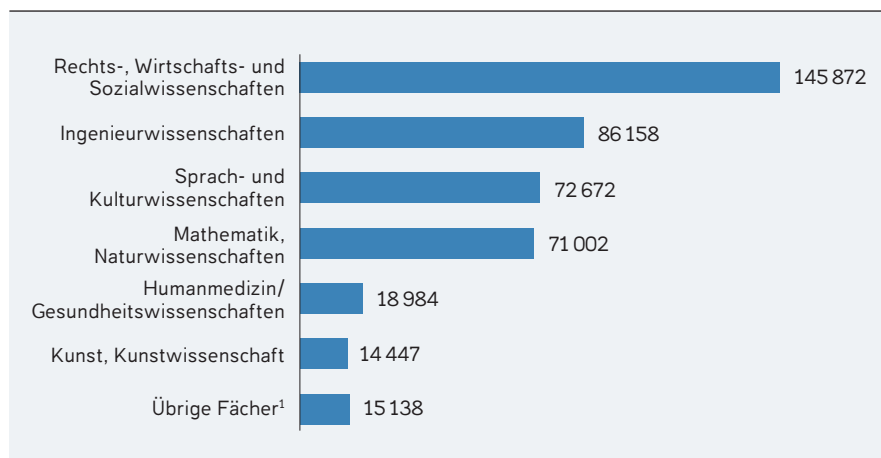
Die Wahl eines Studienfaches wird von unterschiedlichen Faktoren, z. B. von den persönlichen Interessen, vom Studienangebot der Hochschulen oder von Zulassungsbeschränkungen (z. B. Numerus-Clausus-Regelungen und hochschulinterne Zulassungsverfahren) beeinflusst. Eine wichtige Rolle bei der Wahl des Studiengangs spielen auch die zum Zeitpunkt der Einschreibung wahrgenommenen und erwarteten Chancen, die ein Studienabschluss auf dem Arbeitsmarkt bietet. Die meisten Erstsemester (34 %) schrieben sich 2009 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein. Dies war bereits vor zehn Jahren mit 35 % der Erstsemester der Fall. Das Gewicht der Sprach- und Kulturwissenschaften (17 %) ist innerhalb der vergangenen zehn Jahre um drei Prozentpunkte gesunken. Der Anteil der Studienanfänger und Studienanfängerinnen in den Ingenieurwissenschaften betrug im Jahr 2009 20 % und erreichte damit einen Anstieg um drei Prozentpunkte im Vergleich zu 1999. Auf die Fächergruppe

Tab. 6: Studierende, Studienanfängerinnen und -anfänger

| | Insgesamt | | Universitäten | | Fachhochschulen | |
|----------|-------------|-------|---------------|-------|-----------------|-------|
| | Studierende | 1. HS | Studierende | 1. HS | Studierende | 1. HS |
| in 1 000 | | | | | | |
| 1999 | 1 774 | 291 | 1 331 | 200 | 443 | 92 |
| 2000 | 1 799 | 315 | 1 341 | 216 | 458 | 99 |
| 2001 | 1 869 | 345 | 1 382 | 237 | 486 | 108 |
| 2002 | 1 939 | 359 | 1 423 | 244 | 517 | 115 |
| 2003 | 2 020 | 378 | 1 468 | 256 | 552 | 122 |
| 2004 | 1 964 | 359 | 1 403 | 240 | 560 | 119 |
| 2005 | 1 986 | 356 | 1 418 | 238 | 568 | 118 |
| 2006 | 1 979 | 345 | 1 409 | 228 | 571 | 117 |
| 2007 | 1 942 | 361 | 1 369 | 234 | 573 | 127 |
| 2008 | 2 026 | 397 | 1 397 | 244 | 628 | 153 |
| 2009 | 2 121 | 424 | 1 449 | 258 | 673 | 166 |

Studierende im Wintersemester, Studienanfängerinnen und -anfänger im 1. Hochschulsemester (1. HS) im Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester).

Abb. 8: Studienanfängerinnen und -anfänger (1. Hochschulsesemester) nach Fächergruppen 2009



¹ Veterinärmedizin, Sport, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, sonstige Fächer.

Mathematik/Naturwissenschaften entfiel 2009 ein Anteil der Studienanfänger von knapp 17 %. Er erhöhte sich in den letzten zehn Jahren leicht um einen halben Prozentpunkt. → **Abb. 8**

Im Jahr 2009 war die Hälfte (50 %) derjenigen, die ein Studium aufnahmen, Frauen. Die Frauenanteile variierten allerdings je nach fachlicher Ausrichtung des Studiums. In den Fächergruppen Veterinärmedizin (83 %), Sprach- und Kulturwissenschaften (74 %), Humanmedizin/

Gesundheitswissenschaften (68 %) sowie Kunst/Kunstwissenschaft (64 %) waren die Studienanfängerinnen deutlich in der Mehrheit. In den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von 54 % nahezu ausgeglichen dar. In der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften (22 %) waren Studienanfängerinnen hingegen deutlich unterrepräsentiert.

Die Umstellung des Studienangebots im Zuge des Bologna-Prozesses zeichnet sich zunächst in den Studienanfängerzahlen ab, setzt sich bei den Studierenden fort und wirkt sich zeitverzögert auf die Absolventenzahlen aus. Die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen hat seit 1999 erhebliche Fortschritte gemacht. **f**

Im Wintersemester 2009/2010 begannen fast drei Viertel der Studienanfänger und -anfängerinnen (im ersten Fachsemester) ein Bachelor- oder Masterstudium. Einen Bachelorabschluss an einer Universität strebten 35 % (179 000) aller Studienanfänger im Wintersemester 2009/2010 an, 8 % (39 000) einen Masterabschluss. Nur noch 11 % aller Studienanfänger begannen ein Diplomstudium an einer Universität und noch 3 % (13 000) an einer Fachhochschule. Rund 142 000 (28 %) Studienanfänger strebten den Bachelor-

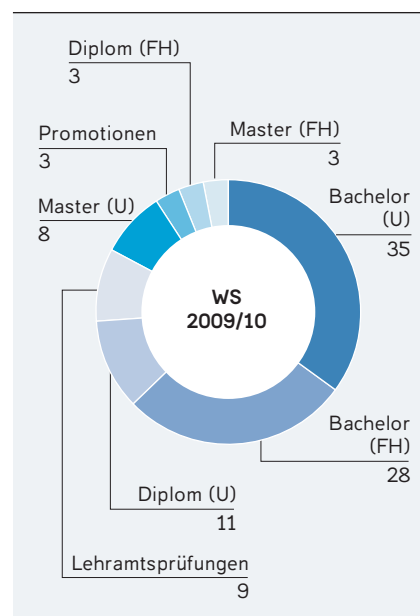
abschluss an der Fachhochschule an und etwa 17 000 (3 %) Studienanfänger den Masterabschluss. → **Abb. 9**

Hochschulabsolventinnen und Absolventen

Die Zahl der bestandenen Prüfungen an Hochschulen ist zwischen 1996 und 2002 von 237 000 um 12 % auf 209 000 gesunken. In den Folgejahren stieg die Zahl der Absolventen kontinuierlich an und erreichte 2009 mit 339 000 den aktuellen Höchststand. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2009 bestandenen Hochschulabschlüsse wurden von Frauen erworben.

Von den Absolventinnen und Absolventen des Jahres 2009 erwarben 33 % (112 000) ein Universitätsdiplom oder einen gleichwertigen Abschluss, gefolgt von 21 % (73 000) Fachhochschuldiplomanen. Im Jahr 2009 verließen bereits ebenfalls 21 % (72 000) der Absolventinnen und Absolventen die Hochschule mit einem Bachelorabschluss. Somit hat sich die Zahl der Bachelorabschlüsse von 2007 bis 2009 verdreifacht. Rund 6 % (21 000) erreichten einen Masterabschluss. Den Dokortitel erlangten im Jahr 2009 rund

Abb. 9: Studienanfängerinnen und -anfänger (1. Fachsemester) nach angestrebtem Abschluss, in %



Tab. 7: Bestandene Prüfungen an Hochschulen

| | Insgesamt | Darunter | | | | | |
|---------|-----------|--------------------------------------|-------------|-------------------|-------------------------------------|-------------------|-----------------|
| | | Universitärer Abschluss ¹ | Promotionen | Lehramtsprüfungen | Fachhochschulabschluss ² | Bachelorabschluss | Masterabschluss |
| in 1000 | | | | | | | |
| 1999 | 222 | 99 | 25 | 28 | 70 | - | - |
| 2000 | 214 | 95 | 26 | 27 | 66 | - | - |
| 2001 | 208 | 91 | 25 | 25 | 66 | 0 | 1 |
| 2002 | 209 | 92 | 24 | 24 | 66 | 1 | 2 |
| 2003 | 218 | 95 | 23 | 22 | 72 | 2 | 3 |
| 2004 | 231 | 98 | 23 | 23 | 76 | 6 | 6 |
| 2005 | 252 | 102 | 26 | 24 | 81 | 10 | 9 |
| 2006 | 266 | 106 | 24 | 26 | 82 | 15 | 11 |
| 2007 | 286 | 113 | 24 | 29 | 84 | 23 | 14 |
| 2008 | 309 | 112 | 25 | 33 | 83 | 40 | 17 |
| 2009 | 339 | 112 | 25 | 36 | 73 | 72 | 21 |

1 Einschl. der Prüfungsgruppen »Künstlerischer Abschluss« und »Sonstiger Abschluss«, ohne Lehramts-, Bachelor- und Masterabschlüsse.
 2 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

25 000 (7 %) Absolventinnen und Absolventen und weitere 11 % (36 000) legten eine Lehramtsprüfung ab. → **Tab. 7**

Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die 2009 ihr Erststudium erfolgreich abgeschlossen haben, waren durchschnittlich 27 Jahre alt. Die Studiedauer ist abhängig von der Art des erworbenen akademischen Grades. Die Erstabsolventen, die ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden Abschluss erwarben, schlossen ihr Studium im Prüfungsjahr 2009 in elf Fachsemestern ab. Angehende Lehrerinnen und Lehrer brauchten im Mittel neun Semester bis zum ersten Staatsexamen. Die mittlere Fachstudiedauer der Erstabsolventen, die ein Fachhochschuldiplom erwarben, lag bei fast neun Semestern; bei Bachelorabsolventen, deren Abschluss in der Wertigkeit dem »klassischen« Fachhochschuldiplom entspricht, war diese mit sechs Semestern deutlich kürzer.

Das Masterstudium baut auf ein vorangegangenes Studium (in der Regel auf das Bachelorstudium) auf, gilt aber als eigenständiger Studiengang. Masterstudierende werden deshalb zu Beginn der Masterphase wieder in das erste Fachsemester eingestuft. Die mittlere Studiedauer bei Masterabsolventen ist daher mit vier

Semestern deutlich kürzer als in den herkömmlichen Studiengängen.

Personelle und finanzielle Ressourcen

Im Jahr 2009 waren rund 573 000 Menschen an deutschen Hochschulen beschäftigt, davon zählte über die Hälfte (301 000) zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Zu beachten ist, dass das Hochschulpersonal nicht nur lehrt, sondern in einem beträchtlichen Umfang Aufgaben in den Bereichen Krankenbehandlung (Universitätskliniken) sowie Forschung und Entwicklung wahrnimmt. Etwas weniger als die Hälfte der

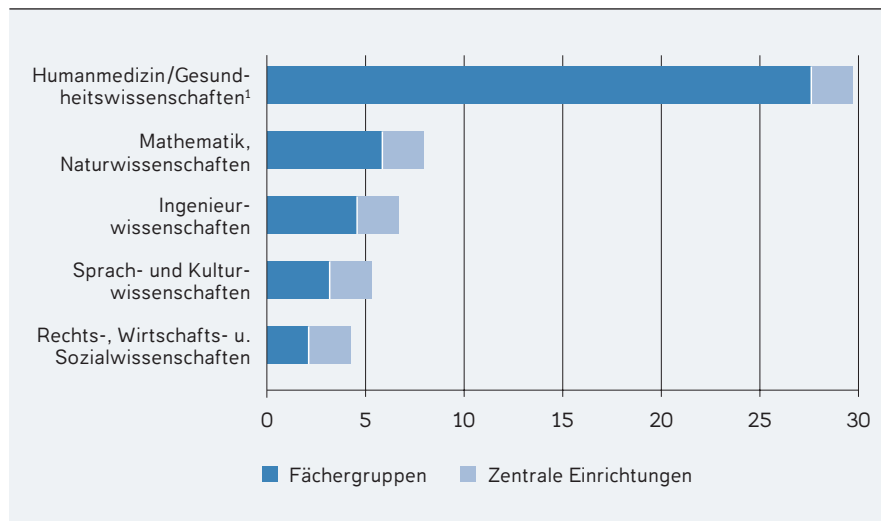
Beschäftigten war in der Hochschulverwaltung oder in technischen und sonstigen Bereichen tätig. Zwei Drittel des wissenschaftlichen Personals waren hauptberuflich beschäftigt. Das hauptberufliche wissenschaftliche Personal setzt sich zusammen aus Professorinnen und Professoren, wissenschaftlichen oder künstlerischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, Dozenten und Assistenten sowie Lehrkräften für besondere Aufgaben. Lehrbeauftragte, wissenschaftliche Hilfskräfte und Gastprofessoren gehören zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. → **Tab. 8**

Tab. 8: Hochschulpersonal

| | Insgesamt | Wissenschaftliches und künstlerisches Personal | | Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal |
|---------|-----------|--|---|--|
| | | zusammen | darunter Professorinnen und Professoren | |
| in 1000 | | | | |
| 1999 | 489 | 219 | 38 | 270 |
| 2000 | 489 | 219 | 38 | 269 |
| 2001 | 494 | 225 | 38 | 269 |
| 2002 | 501 | 232 | 38 | 270 |
| 2003 | 505 | 237 | 38 | 268 |
| 2004 | 499 | 236 | 38 | 263 |
| 2005 | 497 | 240 | 38 | 257 |
| 2006 | 504 | 249 | 38 | 255 |
| 2007 | 519 | 260 | 38 | 259 |
| 2008 | 537 | 275 | 39 | 263 |
| 2009 | 573 | 301 | 40 | 272 |

Ohne studentische Hilfskräfte.

Abb. 10: Laufende Grundmittel je Studierenden nach Fächergruppen 2008, in 1 000 EUR



¹ Einschl. Zentraler Einrichtungen der Hochschulkliniken.

In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Beschäftigten an den Hochschulen in Deutschland um insgesamt 17 % zugenommen. Das wissenschaftliche und künstlerische Personal wuchs im gleichen Zeitraum sogar um insgesamt 37 % (81 800). Während sich in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen Personals die Zahl der Professorinnen und Professoren seit 1999 um fast 6 % erhöhte, waren in der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (+49 %) deutliche Zuwächse zu verzeichnen. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten ist in der Gruppe des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals von fast 24 % im Jahr 1999 auf 35 % im Jahr 2009 gestiegen.

Die Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals ist in den letzten zehn Jahren um 64 % gewachsen. Im Jahr 2009 waren 102 000 Personen in dieser Gruppe beschäftigt, gegenüber 62 500 im Jahr 1999. Der Zuwachs in der Gruppe des nebenberuflichen wissenschaftlichen Personals war vor allem auf die wachsende Zahl der Lehrbeauftragten zurückzuführen (+71 %), die von 45 000 im Jahr 1999 auf 77 000 im Jahr 2009 gewachsen ist. Die Zahl des Verwaltungspersonals ist in den letzten zehn Jahren fast konstant

geblieben und lag im Jahr 2009 bei rund 272 000 Personen.

Die Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft in Deutschland gaben im Jahr 2008 für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung insgesamt 36 Mrd. Euro aus. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal, für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Die Ausgaben der Hochschulen werden im besonderen Maße durch die Fächerstruktur bestimmt. 47 % der Ausgaben entfielen auf die medizinischen Einrichtungen. Der Anteil der eingeschriebenen Studierenden in Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften lag im Wintersemester 2008/2009 aber nur bei knapp 6 %. Demgegenüber waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften zusammen im Jahr 2008 weit über die Hälfte (52 %) aller Studierenden eingeschrieben. Allerdings betrug ihr Anteil an den gesamten Ausgaben im Hochschulbereich lediglich gut 10 %.

Die Finanzierung dieser Ausgaben erfolgt einerseits durch die Finanzausstattung, die die Hochschulen von Seiten des Trägers erhalten (so genannte Grundmittel),

andererseits durch Verwaltungseinnahmen sowie durch Drittmittel, die primär für Forschungszwecke eingeworben werden. Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Einrichtungsträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Im Jahr 2008 betragen die laufenden Grundmittel an deutschen Hochschulen durchschnittlich 7 300 Euro je Studierenden.

Bei Betrachtung der laufenden Zuschüsse nach Fächergruppen differierten die Angaben im Jahr 2008 von 4 200 Euro je Studierenden der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bis zu 29 700 Euro je Studierenden der Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften.

➔ Abb. 10

Frauen auf der akademischen Karriereleiter

Die Verwirklichung von Chancengleichheit von Männern und Frauen in Wissenschaft und Forschung ist ein wichtiges Thema in der deutschen Bildungspolitik. Auf den ersten Blick scheinen die Barrieren für den Zugang junger Frauen zur akademischen Ausbildung abgebaut: Die Hälfte der Studierenden im ersten Hochschulsemester und etwas über die Hälfte (51 %) der Hochschulabsolventen war im Jahr 2009 weiblich. Auch der Frauenanteil auf weiterführenden Qualifikationsstufen ist in den vergangenen Jahren gestiegen, allerdings nimmt er mit steigendem Qualifikationsniveau und Status der einzelnen Positionen auf der akademischen Karriereleiter kontinuierlich ab. Während im Jahr 2009 immerhin bereits 44 % der Dokortitel von Frauen erworben wurden, lag die Frauenquote bei den Habilitationen erst bei 24 %.

Rund 52 % der im Jahr 2009 an deutschen Hochschulen Beschäftigten waren weiblich (297 000), was in etwa dem Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. In beruflichen Positionen im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen allerdings immer noch unterreprä-

Tab. 9: Frauenanteile in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn

| | Studienanfänger | Studierende | Absolventen | Promotionen | Hochschulpersonal insgesamt | Hauptberufliches wissenschaftliches u. künstlerisches Personal | Professoren | C4-Professoren |
|------|-----------------|-------------|-------------|-------------|-----------------------------|--|-------------|----------------|
| | in % | | | | | | | |
| 1999 | 49,3 | 45,3 | 43,5 | 33,4 | 50,5 | 24,8 | 9,8 | 6,3 |
| 2000 | 49,2 | 46,1 | 44,8 | 34,3 | 50,8 | 25,6 | 10,5 | 7,1 |
| 2001 | 49,4 | 46,7 | 46,0 | 35,3 | 51,2 | 27,0 | 11,2 | 7,7 |
| 2002 | 50,6 | 47,4 | 47,0 | 36,4 | 51,2 | 27,7 | 11,9 | 8,0 |
| 2003 | 48,2 | 47,4 | 48,4 | 37,9 | 51,3 | 28,6 | 12,8 | 8,6 |
| 2004 | 48,8 | 47,7 | 48,7 | 39,0 | 51,2 | 29,2 | 13,6 | 9,2 |
| 2005 | 48,8 | 47,8 | 49,5 | 39,6 | 51,2 | 30,2 | 14,3 | 9,7 |
| 2006 | 49,4 | 47,8 | 50,5 | 40,9 | 51,3 | 31,4 | 15,2 | 9,9 |
| 2007 | 49,8 | 47,7 | 50,8 | 42,2 | 51,8 | 32,8 | 16,2 | 10,0 |
| 2008 | 49,7 | 47,8 | 51,1 | 41,9 | 52,1 | 34,3 | 17,4 | 10,3 |
| 2009 | 49,9 | 47,8 | 51,0 | 44,1 | 51,8 | 35,0 | 18,2 | 10,5 |

sentiert: Ihr Anteil lag in der Gruppe des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals bei 35 % und in der Gruppe der hauptberuflich Beschäftigten ebenfalls bei 35 %. Unter der Professorenschaft ist der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren angestiegen und erreichte 2009 mit 18 % einen Höchstwert, am niedrigsten war er mit 10 % in der höchsten Besoldungsstufe der Professoren (C4).

→ Tab. 9

Bei der Interpretation der Daten ist zu beachten, dass sich selbst ein starker Anstieg des Frauenanteils bei den Hochschulabsolventen zunächst nicht direkt auf den Anteil bei den Habilitationen oder Professuren auswirkt, da der Erwerb von akademischen Abschlüssen sehr zeitintensiv ist. So liegen zwischen dem Zeitpunkt der Ersteinschreibung und der Erstberufung zum Professor in Deutschland etwa 20 Jahre. Mit den steigenden Frauenanteilen bei Jungakademikern und dem zunehmenden Ersatzbedarf an Hochschullehrern dürften sich die Karrierechancen von Frauen an deutschen Hochschulen weiter erhöhen.

Ausländische Studierende

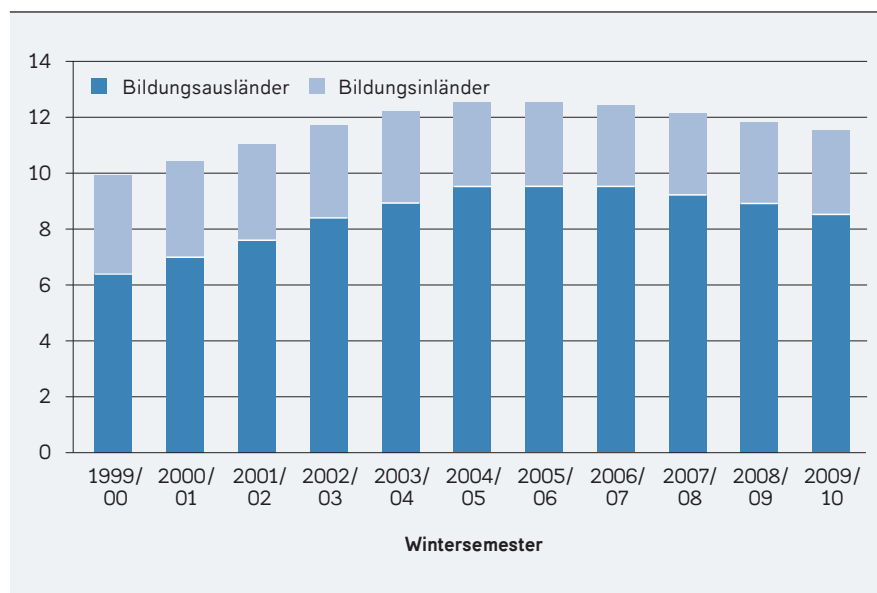
Im Wintersemester 2009/2010 waren an deutschen Hochschulen 245 000 Studierende mit ausländischer Nationalität immatrikuliert. Der Ausländeranteil an

der Gesamtzahl der Studierenden hatte in den Wintersemestern 2004/2005 und 2005/2006 mit jeweils fast 13 % den Höchststand erreicht und ist zum Wintersemester 2009/2010 leicht gesunken (12 %). → Abb. 11

Von den insgesamt 245 000 Studierenden mit ausländischer Nationalität waren ein Viertel (63 500) Bildungsinländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im deutschen Bildungssystem erworben haben.

Hier handelt es sich meist um Kinder von Zuwanderern, die teilweise bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben und die Staatsangehörigkeit ihres Herkunftslandes behalten haben, sowie Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Bildungsinländern bildeten Studierende mit türkischer Staatsangehörigkeit (17 500), gefolgt von Studierenden kroatischer und italienischer Herkunft mit jeweils 3 500 Studierenden.

Abb. 11: Anteil ausländischer Studierender an den Studierenden insgesamt, in %



An der Gesamtzahl der Studierenden hatten die Studierenden ausländischer Nationalität (Bildungsinländer) nur einen Anteil von 3 %, obwohl der Ausländeranteil in Deutschland bei insgesamt 9 % lag. Darüber hinaus entfiel ein Bevölkerungsanteil von 19 % auf Deutsche mit Migrationshintergrund. Deutsche Studierende mit Migrationshintergrund können allerdings in der Studierendenstatistik nicht gesondert nachgewiesen werden. → **Abb. 12**

Bei den Bildungsausländern handelt es sich um die Gruppe der ausländischen Studierenden, die grenzüberschreitend mobil sind und ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben. Ihre Zahl hatte im Wintersemester 2005/2006 mit fast 10 % (189 500) den höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden erreicht und ist seitdem leicht rückläufig. Im Wintersemester 2009/2010 waren rund 181 200 Bildungsausländer an deutschen Hochschulen eingeschrieben, was fast 9 % der Gesamtzahl der Studierenden ausmacht. Die meisten ausländischen Nachwuchsakademiker kamen im Wintersemester 2009/2010 aus China (22 800), gefolgt von der Russischen Föderation

Ausbildungsförderung für Studierende



»Studierenden-BAföG« wird für den Besuch von höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen gewährt. Im Hochschulbereich wird die Ausbildungsförderung je zur Hälfte als Zuschuss bzw. unverzinsliches Darlehen geleistet. In bestimmten Fällen wurde seit August 1996 anstelle von Zuschuss und unverzinslichen Darlehen ein verzinsliches Darlehen gewährt, z. B. nach Überschreiten der Förderungshöchstdauer.

mit 9 800 Studierenden und Polen mit fast 8 500 Studierenden. → **Abb. 13**

Auch für deutsche Studierende ist ein Studium im Ausland attraktiv. Im Jahr 2008 waren etwa 103 000 deutsche Studierende an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Die drei beliebtesten Zielländer waren 2008 Österreich mit 19 % aller deutschen Studierenden im Ausland, die Niederlande mit 18 % und das Vereinigte Königreich mit 13 %. Es folgten die Schweiz (11 %), die Vereinigten Staaten (9 %) und Frankreich (6 %). Diese sechs Länder zusammen nahmen damit gut drei Viertel der im Ausland studierenden Deutschen auf.

Ausbildungsförderung für Studierende

Unter den durchschnittlich 360 000 geförderten Studierenden im Jahr 2009 waren

239 000 an Universitäten und 114 000 an Fachhochschulen eingeschrieben. 61 % aller Studierenden erhielten eine Teilförderung, die geleistet wird, wenn die Einkommen der Geförderten oder ihrer Eltern bestimmte Grenzen übersteigen. 39 % der Geförderten erhielten eine Vollförderung, also den maximalen Förderungsbetrag. **i**

Insgesamt wurden von Bund und Ländern für die Studierendenförderung 1,88 Mrd. Euro aufgewendet. Im Durchschnitt erhielt in Deutschland ein geförderter Student bzw. eine geförderte Studentin 434 Euro im Monat. Die durchschnittliche Zahl der Geförderten lag 2009 um 19 % höher als 2002. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Finanzaufwand für die Studienförderung um 39 %. → **Tab. 10, Abb. 14**

Abb. 12: Ausländische Studierende (Bildungsinländer) nach Herkunftsländern im Wintersemester 2009/10

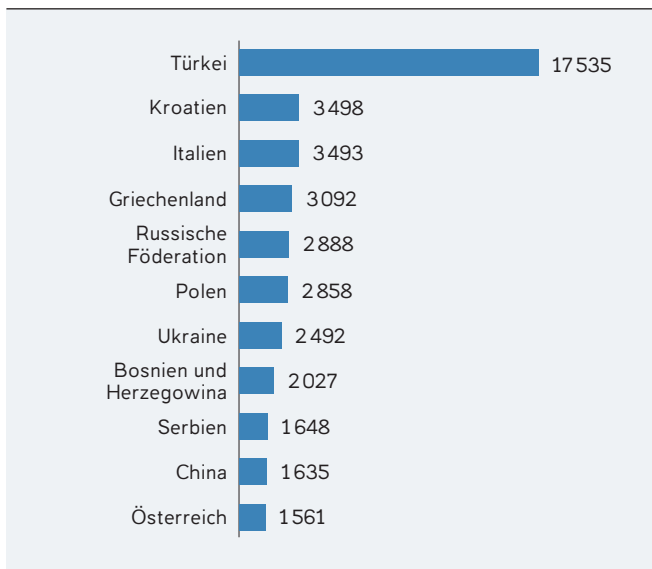
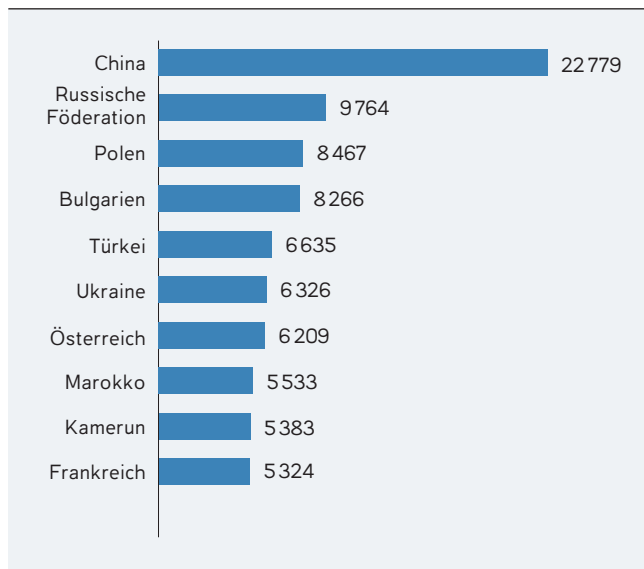


Abb. 13: Ausländische Studierende (Bildungsausländer) nach Herkunftsländern im Wintersemester 2009/10

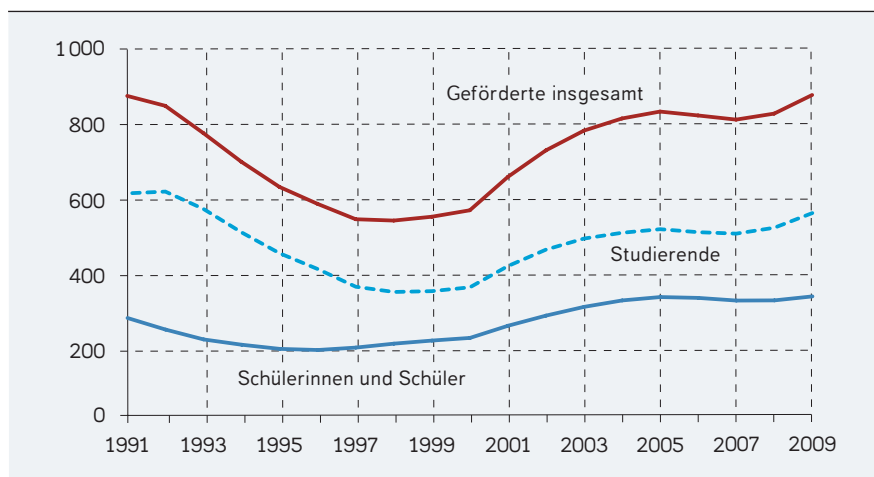


Tab. 10: Ausbildungsförderung für Studierende nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)

| Studierende | Geförderte (durchschnittlicher Monatsbestand) | Finanzieller Aufwand | Durchschnittlicher Förderungsbetrag pro Person |
|---|---|-------------------------|--|
| | in 1000 | Mill. EUR | EUR je Monat |
| 2002 | 304 | 1 351 | 371 |
| 2004 | 340 | 1 514 | 371 |
| 2006 | 342 | 1 539 | 375 |
| 2008 | 333 | 1 591 | 398 |
| 2009 | 360 | 1 876 | 434 |
| BAföG-Empfänger insgesamt (einschl. Schüler und Schülerinnen) | | | |
| 2002 | 467 | 1 942 | 347 |
| 2004 | 532 | 2 212 | 347 |
| 2006 | 540 | 2 256 | 348 |
| 2008 | 525 | 2 332 | 370 |
| 2009 | 559 | 2 703 | 403 |

Da sich die Förderung zum Teil nicht über das ganze Jahr erstreckt, liegt der Monatsdurchschnitt niedriger als die Gesamtzahl der Geförderten in Abb. 14.

Abb. 14: Geförderte nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), in 1000



3.1.5 Lebenslanges Lernen

In einer Zeit raschen technologischen Wandels müssen viele Erwerbstätige damit rechnen, ihren ursprünglich erlernten Beruf nicht ein Leben lang ausüben zu können. Lebenslanges Lernen ist erforderlich, um mit den gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen Schritt halten zu können, um auch zukünftig Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben bzw. die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Lernaktivitäten im Erwachsenenalter

Seit 1979 wird in dreijährigem Abstand im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eine repräsentative Umfrage bei 19- bis 64-Jährigen unter dem Titel Berichtssystem Weiterbildung (BSW) durchgeführt. Bei der Erhebung 2007 wurde das nationale Konzept mit dem neuen Konzept des europäischen Adult Education Surveys (AES) kombiniert. Ab der aktuellen Erhebungsrunde des AES 2010 wird ausschließlich das AES-Konzept herangezogen. Dies bedeu-

tet, dass die Erhebung zusätzlich auch die 18-Jährigen einbezieht.

Der Adult Education Survey betrachtet drei Lernformen im Erwachsenenalter: die formale Bildung (Reguläre Bildungsgänge in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen und Hochschulen), die nicht-formale Bildung (im Folgenden kurz als Weiterbildung bezeichnet) und das informelle Lernen. Bei der Weiterbildung wird zwischen betrieblicher Weiterbildung, individueller berufsbezogener Weiterbildung und nicht-berufsbezogener Weiterbildung unterschieden. Das informelle Lernen wurde über die Frage erfasst, ob man sich selbst bewusst etwas beigebracht hat, sei es in der Arbeitszeit oder in der Freizeit, allein oder zusammen mit anderen. Die Tabelle zeigt die Beteiligungsquoten der drei im Adult Education Survey 2010 erfassten Lernformen. → Tab. 11

Nach den Ergebnissen der AES-Erhebung 2010 besuchten 13 % der Erwachsenen in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung eine Schule bzw. Hochschule oder waren in einer Berufsausbildung. 42 % der Befragten haben sich an mindestens einer Weiterbildungsaktivität beteiligt. Im Bereich der betrieblichen Weiterbildung liegt die Beteiligungsquote am höchsten (26 %), gefolgt von der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung (12 %) und der nicht-berufsbezogenen Weiterbildung (11 %). 25 % haben sich selbst bewusst etwas beigebracht, also informelles Lernen praktiziert. Insgesamt können 59 % der 18- bis 64-Jährigen als »Lernaktive« bezeichnet werden, 50 % als »Bildungsaktive«.

Erwerbstätige waren wesentlich aktiver als Nichterwerbstätige: 52 % der Erwerbstätigen haben an mindestens einer Weiterbildungsveranstaltung teilgenommen, Arbeitslose und Nichterwerbstätige (ohne Schüler und Studierende) beteiligten sich mit 26 % bzw. 19 % dagegen deutlich seltener an Weiterbildung. Die Teilnahmequote der Frauen an Weiterbildung lag mit 42 % nur geringfügig niedriger als die der Männer (43 %). Bei Männern (28 %) fiel

Tab. 11: Teilnahme an Lernformen in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung (AES 2010)

| | Insgesamt | Männer | Frauen |
|---|--|--------|--------|
| | in % der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren | | |
| Formale Bildung (Reguläre Bildungsgänge in Schulen und Hochschulen) | 13 | 14 | 12 |
| Nicht-formale Bildung (Weiterbildung) | 42 | 43 | 42 |
| Betriebliche Weiterbildung | 26 | 28 | 23 |
| Individuelle berufsbezogene Weiterbildung | 12 | 12 | 13 |
| Nicht-berufsbezogene Weiterbildung | 11 | 9 | 14 |
| Informelles Lernen (sich selbst etwas beibringen) | 25 | 26 | 24 |
| Lernaktive (Teilnahmequote insgesamt) ¹ | 59 | 61 | 57 |
| Bildungsaktive (Formale und nicht-formale Bildung) ¹ | 50 | 51 | 48 |

¹ Teilnahme an mindestens einer Lernform.

Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung, AES 2010 Trendbericht und AES Survey 2010.

die Beteiligungsquote an betrieblicher Weiterbildung höher als bei Frauen (23 %). Im Bereich der individuellen berufsbezogenen Weiterbildung findet sich kaum ein Unterschied (Männer: 12 %; Frauen: 13 %). Dagegen beteiligten sich Frauen häufiger an nicht-berufsbezogenen Weiterbildungsaktivitäten als Männer (14 % gegenüber 9 %).

Hochqualifizierte Männer und Frauen bemühten sich verstärkt um ihre Weiterbildung: 57 % der Personen mit Abitur oder Fachhochschulreife beteiligten sich im betrachteten Zeitraum an mindestens einer Weiterbildungsaktivität. Dagegen nahmen nur 28 % der Menschen mit höchstens Hauptschulabschluss an Weiterbildung teil. Ähnliche Werte zeigte ein Nachweis nach dem höchsten beruflichen Abschluss: 63 % der Akademiker bildeten sich weiter, aber nur 33 % der Personen ohne beruflichen Abschluss.

Die Teilnahme an regulären Bildungsgängen konzentrierte sich stark auf die Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (65 %) und – in etwas schwächerem Ausmaß – auf die 25- bis 34-Jährigen (17 %). In den älteren Vergleichsgruppen liegt die Beteiligungsquote an regulären Bildungsgängen in den letzten zwölf Monaten da-

gegen bei höchsten 2 %. Dies bedeutet, dass nur in Ausnahmefällen Personen im Alter von 35 Jahren und älter noch einen allgemeinen oder beruflichen Bildungsabschluss erwerben. Bei der Weiterbildung und beim informellen Lernen ist erst bei Menschen ab 55 Jahren eine geringere Beteiligung zu beobachten.

→ **Tab. 12**

Betriebliche Weiterbildung

Angesichts der demografisch bedingten Veränderung der Altersstruktur von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wächst in den Unternehmen der Bedarf an Maßnahmen zur beruflichen Weiterqualifizierung. Informationen zur beruflichen Weiterbildung in Unternehmen liefert die

alle fünf Jahre durchgeführte »Europäische Erhebung zur betrieblichen Weiterbildung« (CVTS). Die letzten Daten aus dieser Erhebung liegen für 2005 vor. Nach der Erhebung 2005 führten über die Hälfte (54 %) der Unternehmen betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen in Form von Lehrveranstaltungen (Lehrgänge, Kurse und Seminare) durch. Von den 46 % Unternehmen ohne Lehrveranstaltungen boten 15 % ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumindest eine der anderen Formen betrieblicher Weiterbildung (geplante Phasen der Weiterbildung am Arbeitsplatz, Job-Rotation, Lern- und Qualitätszirkel, selbstgesteuertes Lernen, Informationsveranstaltungen) an. 31 % der Unternehmen verzichteten ganz auf Schulungsmaßnahmen. Gründe hierfür waren aus Sicht der Unternehmen vorrangig die bereits dem Bedarf des Unternehmens entsprechenden Fähigkeiten der Beschäftigten, die nur begrenzt verfügbare Zeit sowie die hohen finanziellen Belastungen für Weiterbildungsmaßnahmen. Obwohl Politik, Wissenschaft und Wirtschaft die Intensivierung der Weiterbildung fordern, ging der Anteil weiterbildender Unternehmen gegenüber 1999 um sechs Prozentpunkte zurück. Betrachtet man lediglich die klassischen Lehrveranstaltungen, so betrug der Rückgang sogar rund 13 Prozentpunkte.

Die Chancen auf ein Weiterbildungsangebot im Unternehmen sind in den Wirtschaftszweigen unterschiedlich und steigen mit der Unternehmensgröße. So bot an-

Tab. 12: Teilnahme an Lernformen in den letzten zwölf Monaten vor der Erhebung nach Alter (AES 2010)

| Altersgruppen | Formale Bildung | Nicht-formale Bildung | Informelles Lernen | Lernaktive ¹ |
|------------------|---|-----------------------|--------------------|-------------------------|
| | in % der Bevölkerung der jeweiligen Altersgruppen | | | |
| 18-24 | 65 | 40 | 22 | 83 |
| 25-34 | 17 | 41 | 26 | 61 |
| 35-44 | 2 | 47 | 25 | 57 |
| 45-54 | 1 | 47 | 27 | 57 |
| 55-64 | 0 | 34 | 23 | 46 |
| Insgesamt | 13 | 42 | 25 | 59 |

¹ Teilnahme an mindestens einer Lernform.

Quellen: Bundesministerium für Bildung und Forschung, AES 2010 Trendbericht und AES Survey 2010.

nähernd jedes (95 %) Unternehmen mit 1 000 und mehr Beschäftigten 2005 Lehrveranstaltungen für seine Beschäftigten an. In der Gruppe der Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten traf dies noch auf etwa zwei Drittel zu. Lediglich 44 % der Unternehmen mit 10 bis 19 Beschäftigten offerierten Lehrveranstaltungen für die eigenen Beschäftigten. Insgesamt arbeiten gut 78 % der Beschäftigten der in die genannte Erhebung einbezogenen Wirtschaftsbereiche in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen.

39 % der Beschäftigten in Unternehmen mit Lehrveranstaltungen nahmen 2005 an dieser Form der betrieblichen Weiterqualifizierung teil. Dabei lag die Teilnahmequote der Frauen mit 35 % unter jener der Männer (41 %). Insgesamt hat sich die Beteiligung der Beschäftigten 2005 gegenüber 1999 (36 %) leicht erhöht. Die Differenz zwischen den Teilnahmequoten der beiden Geschlechter blieb nahezu unverändert.

Aufstiegsfortbildungsförderung

Im Jahr 2009 erhielten knapp 158 000 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) oder auch kurz »Meister-BAföG« genannt. Dies war gegenüber 2002 ein Anstieg von rund 80 %. Ursächlich hierfür sind zwei Änderungsgesetze, die die Förderbedingungen und die Förderleistungen verbessert haben. Nach dem AFBG können Personen gefördert werden, die sich nach abgeschlossener Erstausbildung auf einen Fortbildungsabschluss, z. B. zum Handwerksmeister oder

Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Die Aufstiegsförderung soll Nachwuchskräften helfen, ihre Weiterbildung für einen Fortbildungsabschluss zu finanzieren, der einen beruflichen Aufstieg ermöglicht. Die Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) wurde zum 1. Januar 1996 eingeführt. Zum 1. Januar 2002 und zum 1. Juli 2009 traten jeweils Reformen des AFBG – u. a. mit verbesserten Leistungen für die Geförderten – in Kraft. Das AFBG (auch »Meister-BAföG« genannt) gewährt allen Fachkräften einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung für alle Formen der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Der angestrebte Abschluss muss über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-, Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegen. Damit erstreckt sich die Förderung auf alle Bildungsmaßnahmen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, der freien Berufe, der Hauswirtschaft und der Landwirtschaft, die gezielt auf anerkannte Prüfungen nach der Handwerksordnung, dem Berufsbildungsgesetz, dem Recht des Bundes und der Länder oder sonstigen Regelungen auf eine berufliche Qualifikation vorbereiten. Hierzu gehören nach der Reform auch Fortbildungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen sowie an staatlich anerkannten Ergänzungsschulen. Eine Maßnahme in Vollzeitform muss mindestens 400 Unterrichtsstunden umfassen und darf in der Regel eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Bei Teilzeitform beträgt die maximale Dauer in der Regel bis zu 48 Monaten. Die Leistungen für alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen bestehen aus einem so genannten Maßnahmebeitrag (für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren) bis zu einer Höhe von 10 226 Euro, der zurzeit mit einem Anteil von 30,5 % als Zuschuss und im Übrigen als Darlehen gewährt wird. Geförderte in Vollzeitform können darüber hinaus monatliche Zuschüsse und Darlehen für den Lebensunterhalt und die Kinderbetreuung erhalten.

Fachwirt, vorbereiten. Die Förderung wurde überwiegend von männlichen Fachkräften genutzt (69 %), nur 31 % der Geförderten waren Frauen. Der finanzielle Aufwand betrug 2009 insgesamt 456 Mill. Euro (als Darlehen 315 Mill. und als Zuschuss 141 Mill. Euro). Rund 59 000 (37 %) der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil, davon 26 % Frauen und 74 % Männer. Eine Teilzeitfortbildung machten 99 000 Geförderte, davon 34 % Frauen und 66 % Männer. 15 % der Geförderten bildeten sich in Maßnahmen

mit einer Dauer von bis zu einem Jahr, 58 % bis zu zwei Jahren und 86 % bis zu drei Jahren fort. Weitere 14 % besuchten Kurse, die länger als drei Jahre dauern. Die Geförderten waren überwiegend zwischen 20 und 35 Jahren alt. Am stärksten vertreten war die Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen (35 %), gefolgt von den 20- bis unter 25-Jährigen (33 %) und den 30- bis unter 35-Jährigen (15 %). → Tab.13

3.1.6 Bildungsniveau der Bevölkerung

Die Qualifikation der Bevölkerung ist von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, da vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (Humankapital) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Aus individueller Sicht verbessert ein hoher Bildungsstand die Erwerbchancen sowie die Chancen auf eine individuelle Lebensführung und die aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Aktuelle Angaben über den Bildungsstand

Tab. 13: Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

| | Geförderte | Finanzieller Aufwand | | |
|-------------|------------|----------------------|----------|----------|
| | | insgesamt | davon | |
| | | | Zuschuss | Darlehen |
| in 1000 EUR | | | | |
| 2002 | 87 756 | 298 772 | 202 700 | 96 071 |
| 2004 | 133 018 | 378 563 | 257 135 | 121 427 |
| 2006 | 135 915 | 369 045 | 260 257 | 108 788 |
| 2008 | 139 520 | 381 658 | 114 257 | 267 401 |
| 2009 | 157 543 | 455 691 | 140 621 | 315 070 |

der Gesamtbevölkerung werden jährlich aus dem Mikrozensus gewonnen, der größten jährlich durchgeführten Haushaltsbefragung Deutschlands (siehe Kapitel 2.1).

Bei der 2009 durchgeführten Erhebung hatten 46 % der Befragten ab 25 Jahren einen so genannten »höherwertigen« Schulabschluss, 21 % besaßen einen Real-

schulabschluss und 25 % Abitur oder Fachhochschulreife. In der Gruppe der 25- bis unter 30-Jährigen konnten bereits gut 75 % einen solchen Abschluss vorweisen (32 % Realschulabschluss, 43 % Fachhochschul- oder Hochschulreife). Von den Altersjahrgängen ab 60 Jahren hatten dagegen lediglich 13 % eine Realschule und 14 % ein Gymnasium erfolgreich absolviert. → Tab. 14

Im Jahr 2009 hatten 55 % der Befragten ab 25 Jahren eine Lehre als höchsten beruflichen Bildungsabschluss. Rund 1 % besaßen einen Fachschulabschluss der in der ehemaligen DDR erworben wurde, 7 % einen Fachschulabschluss, 15 % einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss und 20 % hatten (noch) keinen beruflichen Abschluss. Von den 30- bis unter 40-Jährigen hatten immerhin 21 %

Tab. 14: Allgemeiner Schulabschluss der Bevölkerung 2009

| Altersgruppen | Insgesamt | Noch in schulischer Ausbildung | Mit allgemeinem Schulabschluss | | | | | Ohne Schulabschluss |
|------------------|--------------|--------------------------------|--------------------------------|--|--|------------------------------------|-------------|---------------------|
| | | | Haupt-(Volks-)schulabschluss | Abschluss der Polytechnischen Oberschule | Realschul- oder gleichwertiger Abschluss | Fachhochschul- oder Hochschulreife | ohne Angabe | |
| in 1000 | | | | | | | | |
| 25-29 | 4998 | 10 | 1027 | - | 1599 | 2171 | 15 | 166 |
| 30-39 | 10134 | 5 | 2372 | 651 | 2867 | 3760 | 35 | 415 |
| 40-49 | 13819 | - | 3975 | 1814 | 3396 | 4003 | 50 | 535 |
| 50-59 | 11393 | - | 4511 | 1583 | 2073 | 2740 | 39 | 412 |
| 60 und älter | 21406 | - | 13886 | 590 | 2784 | 3032 | 86 | 832 |
| Insgesamt | 61750 | 22 | 25771 | 4637 | 12719 | 15705 | 224 | 2360 |
| in % | | | | | | | | |
| 25-29 | 100 | 0,2 | 24,4 | - | 32,0 | 43,4 | 0,3 | 3,3 |
| 30-39 | 100 | 0,1 | 23,4 | 6,4 | 28,3 | 37,1 | 0,3 | 4,1 |
| 40-49 | 100 | / | 28,8 | 13,1 | 24,6 | 29,0 | 0,4 | 3,9 |
| 50-59 | 100 | / | 39,6 | 13,9 | 18,2 | 24,0 | 0,3 | 3,6 |
| 60 und älter | 100 | / | 64,9 | 2,8 | 13,0 | 14,2 | 0,4 | 3,9 |
| Insgesamt | 100 | 0,0 | 41,7 | 7,5 | 20,6 | 25,4 | 0,4 | 3,8 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

Tab. 15: Beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2009

| Altersgruppen | Insgesamt | Mit beruflichem Bildungsabschluss | | | | | | ohne Angabe |
|------------------|--------------|-----------------------------------|--------------------|-------------------------------------|------------------------|--------------------|------------|--------------|
| | | Lehr- /Anlernausbildung | Fachschulabschluss | Fachschulabschluss in der ehem. DDR | Fachhochschulabschluss | Hochschulabschluss | Promotion | |
| in 1000 | | | | | | | | |
| 25-29 | 4998 | 2644 | 275 | - | 300 | 506 | 17 | 1232 |
| 30-39 | 10134 | 5527 | 722 | 40 | 764 | 1223 | 147 | 1640 |
| 40-49 | 13819 | 8084 | 1114 | 217 | 915 | 1239 | 207 | 1940 |
| 50-59 | 11393 | 6595 | 823 | 246 | 728 | 1049 | 152 | 1717 |
| 60 und älter | 21406 | 10991 | 1277 | 396 | 885 | 1175 | 245 | 6116 |
| Insgesamt | 61750 | 33841 | 4211 | 899 | 3592 | 5192 | 768 | 12644 |
| in % | | | | | | | | |
| 25-29 | 100 | 52,9 | 5,5 | - | 6,0 | 10,1 | 0,3 | 24,7 |
| 30-39 | 100 | 54,5 | 7,1 | 0,4 | 7,5 | 12,1 | 1,5 | 16,2 |
| 40-49 | 100 | 58,5 | 8,1 | 1,6 | 6,6 | 9,0 | 1,5 | 14,0 |
| 50-59 | 100 | 57,9 | 7,2 | 2,2 | 6,4 | 9,2 | 1,3 | 15,1 |
| 60 und älter | 100 | 51,3 | 6,0 | 1,8 | 4,1 | 5,5 | 1,1 | 28,6 |
| Insgesamt | 100 | 54,8 | 6,8 | 1,5 | 5,8 | 8,4 | 1,2 | 20,5 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen. Unter den 60-Jährigen und Älteren befanden sich dagegen nur knapp 11 % Akademiker. → Tab. 15


Heute werden die Angebote des allgemeinen Bildungssystems von Frauen und Männern gleichberechtigt wahrgenommen, so dass bei der jüngeren Generation Frauen mittlerweile einen höheren Bildungsabschluss nachweisen als die Männer. In der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen hatten 41 % der Männer und 46 % der Frauen Abitur oder die Fachhochschulreife. Demgegenüber besaßen im Jahr 2009 von den Personen ab 60 Jahren 21 % der männlichen, aber nur 9 % der weiblichen Bevölkerung das Abitur.

Bei einem Vergleich der allgemeinen Schulabschlüsse der deutschen und ausländischen Bevölkerung fällt Folgendes auf: Während die in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen nur zu 15 % einen Realschulabschluss besaßen (für die Deutschen lag der entsprechende Wert bei 22 %), lagen sie mit einem Anteil von 27 % bei Abitur und Fachhochschulreife über dem Wert für die deutsche Bevölkerung (25 %).

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der hohe Anteil der Ausländerinnen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife (28 % gegenüber 24 % bei den deutschen Frauen). Knapp 19 % der ausländischen Bevölkerung besaßen jedoch überhaupt keinen allgemeinen Schulabschluss (bei der deutschen Bevölkerung waren es rund 2 %). Etwa die Hälfte der Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland hatte auch keinen beruflichen Bildungsabschluss (53 % gegenüber 25 % der Deutschen). Einen Lehrabschluss konnten knapp 53 % der Deutschen, aber nur 29 % der ausländischen Bürger und Bürgerinnen vorweisen. Bei den Universitäts- und Fachhochschulabschlüssen (einschließlich Promotionen) waren die Anteile nahezu identisch.

3.1.7 Das Bildungsbudget für Deutschland

Die Höhe der Bildungsausgaben beeinflusst die Entwicklung des Bildungswesens entscheidend. Ein zentrales Augenmerk in der bildungspolitischen Diskussion gilt daher den Mitteln des Bildungswesens und der Finanzierung. Einen Überblick zur Ressourcenausstattung des Bildungswesens gibt das Bildungsbudget des Statistischen Bundesamtes. Es orientiert sich an der Konzeption des lebenslangen Lernens. Der größte Teil des Bildungsbudgets entfällt auf die Ausgaben für formale Bildungsprogramme (z. B. Kindergärten, Schulen, Hochschulen, betriebliche Ausbildung im Dualen System) gemäß der Internationalen Standardklas-

sifikation des Bildungswesens (ISCED). Als nationale Ergänzung umfasst das Bildungsbudget zusätzlich Ausgaben für non-formale Bildung (z. B. Kinderkrippen, betriebliche Weiterbildung). 

Die Ausgaben für formale und non-formale Bildung zusammen betragen im Jahr 2009 nach vorläufigen Berechnungen 163,7 Mrd. Euro und lagen damit um 9,8 Mrd. Euro über dem Wert des Vorjahres. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg von 6,2 % im Jahr 2008 auf 6,8 % im Jahr 2009.

Die formalen Bildungsausgaben nach internationaler Abgrenzung beliefen sich 2009 auf 144,0 Mrd. Euro. Sie lagen damit um 7,7 Mrd. Euro über dem Wert des

Wie setzen sich die Ausgaben im Rahmen des Bildungsbudgets zusammen?



Ausgaben für das Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung

Sie umfassen die Ausgaben für das formale Bildungssystem in Abgrenzung der Internationalen Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED). Dazu zählen direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen, Ausgaben für Bildungsdienste und Güter außerhalb von Bildungseinrichtungen und Ausgaben für die Förderung der Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen.

Bei den direkten Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Ausbildungsbetriebe, Hochschulen) handelt es sich um Ausgaben für das Lehr- und sonstige Personal, für die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, für Heizung, Elektrizität, die Reinigung und Erhaltung von Schulgebäuden sowie die Ausgaben für den Bau von Schulgebäuden und für andere Investitionsgüter. Entsprechend internationaler Konventionen enthalten die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen auch die Ausgaben an Hochschulen für Forschung und Entwicklung.

Bei den Ausgaben außerhalb von formalen Bildungseinrichtungen handelt es sich z. B. um Ausgaben, die von den Lernenden zur Vorbereitung, zum Besuch und zur Nachbereitung des Unterrichts geleistet werden (z. B. für Nachhilfeunterricht, zur Anschaffung von Taschenrechnern, Büchern, Schreibwaren).

Zur Förderung von Teilnehmenden an formalen Bildungsprogrammen zählt z. B. das BAföG.

Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung

Sie umfassen Ausgaben für non-formale Bildungseinrichtungen wie Krippen und Horte, betriebliche Weiterbildungskurse, die Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen, Volkshochschulen, Einrichtungen der Lehrerfortbildung, Einrichtungen der Jugendarbeit.

Das Bildungsbudget basiert auf der Auswertung zahlreicher Datenquellen. Dabei sind die Jahresrechnungsergebnisse der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Kommunen) die wichtigste Datenquelle.

Tab. 16: Bildungsausgaben und deren Anteile am Bruttoinlandsprodukt (BIP)

| | | Bildungsausgaben | | Anteile am BIP | |
|------------|--|------------------|-------------------|----------------|-------------------|
| | | 2008 | 2009 ¹ | 2008 | 2009 ¹ |
| | | in Mrd. Euro | | in % des BIP | |
| A | Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung | 136,3 | 144,0 | 5,5 | 6,0 |
| A30 | Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft | 119,1 | 125,7 | 4,8 | 5,2 |
| A31 | ISCED 0 – Elementarbereich | 13,4 | / | 0,5 | / |
| A32 | ISCED 1–4 – Schulen und schulnaher Bereich | 74,1 | / | 3,0 | / |
| A33 | ISCED 5/6 – Tertiärbereich | 29,1 | / | 1,2 | / |
| A34 | Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) | 2,5 | / | 0,1 | / |
| A40/50 | Übrige Ausgaben in internationaler Abgrenzung | 17,2 | 18,3 | 0,7 | 0,8 |
| B | Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung | 17,6 | 19,7 | 0,7 | 0,8 |
| B10 | Betriebliche Weiterbildung | 8,5 | 8,6 | 0,3 | 0,4 |
| B20 | Ausgaben für weitere Bildungsangebote | 8,2 | 9,7 | 0,3 | 0,4 |
| B30 | Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung | 0,9 | 1,4 | 0,0 | 0,1 |
| A+B | Bildungsbudget insgesamt | 153,9 | 163,7 | 6,2 | 6,8 |

¹ Vorläufige Angaben.

Vorjahres. Die Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Programmen sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen betragen 2009 18,3 Mrd. Euro.

Die zusätzlichen non-formalen Ausgaben in nationaler Abgrenzung lagen im Jahr 2009 bei 19,7 Mrd. Euro gegenüber 17,6 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Ausgaben für die betriebliche Weiterbildung stiegen von 8,5 Mrd. Euro in 2008 auf 8,6 Mrd. Euro in 2009. Für die Förderung von Teilnehmenden an Bildungsmaßnahmen wurden 2009 1,4 Mrd. Euro gegenüber 0,9 Mrd. Euro im Vorjahr ausgegeben. Die Mittel für weitere Bildungsangebote stiegen von 8,2 Mrd. Euro im Jahr 2008 auf 9,7 Mrd. Euro im Jahr 2009. → **Tab. 16**

3.1.8 Zusammenfassung

Jeder 15. Jugendliche, der 2009 eine allgemeinbildende Schule verließ, hatte keinen Abschluss. 70 % der hauptberuflichen Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen waren 2009 Frauen.

2009 machten nahezu 2,1 Mill. Personen eine berufliche Ausbildung. Davon besuchten ein Fünftel (19 %) eine Berufs-

fachschule oder eine Schule des Gesundheitswesens; 1999 waren es erst 15 %. An beruflichen Schulen betrug 2009 der Frauenanteil an den hauptberuflichen Lehrkräften nur 46 %.

Nur 10 % der Gymnasiasten wuchsen 2009 in Familien auf, in denen die Eltern einen Hauptschulabschluss oder keinen allgemeinen Schulabschluss als höchsten allgemeinen Schulabschluss besaßen. Gymnasien wurden hauptsächlich von Kindern besucht, deren Eltern Abitur oder Fachhochschulreife aufwiesen (59 %).

Die Ausgaben je Schüler an öffentlichen Schulen lagen 2008 bei 5 100 Euro.

2009 besaß jeder fünfte Ausbildungsanfänger Abitur oder Fachhochschulreife. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen Auszubildenden lag 2009 mit 5 % weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Im Studienjahr 2009 entschieden sich nur 20 % aller Studienanfänger für die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften und knapp 17 % für Mathematik/Naturwissenschaften. Drei Viertel der Studienanfänger (1. Fachsemester) im Wintersemester 2009/2010 waren in einem Bachelor- oder Masterstudiengang eingeschrieben. Das durchschnittliche Alter bei

Abschluss eines Erststudiums lag im Prüfungsjahr 2009 bei 27 Jahren. Nur jede zehnte Professorenstelle in der höchsten Besoldungsstufe (C4) an Hochschulen war 2009 mit einer Frau besetzt.

Die laufenden Grundmittel je Studierenden (laufende Finanzierung durch die Hochschulträger) beliefen sich 2008 auf 7 300 Euro. Im Jahr 2009 gab die öffentliche Hand 2,7 Mrd. Euro für das Studenten- und Schüler-BAföG aus, 403 Euro pro Monat je BAföG-Empfänger.

Die Hälfte der 18- bis 64-Jährigen können als »Bildungsaktive« bezeichnet werden, da sie in den letzten zwölf Monaten an mindestens einer Lernform (reguläre Bildungsgänge in Schulen und Hochschulen und/oder an einer Weiterbildung) teilgenommen haben.

2009 hatten 25 % der Deutschen ab 25 Jahren (noch) keinen beruflichen Abschluss, bei den in Deutschland lebenden Ausländern waren es 53 %.

Die Ausgaben für Bildung betragen 2009 rund 163,7 Mrd. Euro. Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt stieg damit von 6,2 % im Jahr 2008 auf 6,8 % im Jahr 2009.

4 Wirtschaft und öffentlicher Sektor

4.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Tanja Mucha

4

Aufgabe von Wirtschaftsstatistiken ist es, wirtschaftliche Vorgänge in der Volkswirtschaft zu erfassen, die Daten aufzubereiten und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Daten werden z. B. für Analysen und Prognosen genutzt und sind Grundlage für wirtschaftspolitische und unternehmerische Entscheidungen.

Das wichtigste statistische Instrumentarium für die Wirtschaftsbeobachtung sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Sie haben die Aufgabe, für einen bestimmten, abgelaufenen Zeitraum – das sind typischerweise Jahre und Quartale – ein möglichst umfassendes, übersichtliches und hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirt-

schaftlichen Geschehens in einer Volkswirtschaft zu geben. 

Die deutschen VGR folgen den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Dort werden Definitionen, Konzepte, Abgrenzungen, Begriffe, Klassifikationen sowie der Zeitpunkt und die Häufigkeit der Lieferung von VGR-Ergebnissen an die europäische Statistikbehörde Eurostat geregelt. Das ESGV wird in mehrjährigen Abständen aktualisiert, um geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Die nächste komplette Überarbeitung soll im Jahr 2014 abgeschlossen und als neues ESGV 2010 rechtswirksam werden. Das ESGV hat als Verordnung der EU Gesetzescharakter und ist daher für alle Mitgliedstaaten verbindlich. Damit ist sichergestellt, dass europaweit harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Sie dienen u. a. als Grundlage für Gutachten, Wachstumsprognosen, Steuerschätzungen, Rentenanpassungen und Tarifverhandlungen. Nationale Nutzer sind in erster Linie die Bundesministerien, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, die Wirtschaftsforschungsinstitute, Banken – allen voran die Deutsche Bundesbank – sowie Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Universitäten und Medien.

Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)

Die VGR erfassen die wirtschaftlichen Tätigkeiten aller Wirtschaftseinheiten, die – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – ihren ständigen Sitz im Wirtschaftsgebiet haben (so genanntes Inlandskonzept). Das kann die gesamte Volkswirtschaft (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Bundesland) sein. Wirtschaftseinheiten sind alle Personen und Institutionen, die produzieren, konsumieren, investieren, verteilen oder finanzieren. Sie werden zur Darstellung der Wirtschaftsstruktur zu Wirtschaftsbeziehungsweise Produktionsbereichen oder (entsprechend ihres wirtschaftlichen Verhaltens) zu so genannten Sektoren zusammengefasst (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck). Der Sektor »übrige Welt« bezeichnet alle Einheiten beziehungsweise Aktivitäten außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebietes.

Die Ergebnisse der amtlichen VGR werden in Form eines geschlossenen Kontensystems mit doppelter Buchung aller nachgewiesenen Vorgänge abgebildet und in einer Vielzahl von Tabellen dargestellt. In den Tabellen werden die Kontenpositionen tiefer untergliedert, teilweise nach besonderen

Gesichtspunkten zusammengefasst oder in sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. um preisbereinigte Angaben, Angaben pro Kopf, je Stunde oder Quoten). Darüber hinaus werden in speziellen Input-Output-Tabellen die produktions- und gütermäßigen Verflechtungen in der Volkswirtschaft gezeigt.

Für die Aufstellung der deutschen VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- beziehungsweise Rechentermin vorliegen. Darüber hinaus werden administrative Daten (z. B. Finanzstatistiken, Zahlen der Bundesagentur für Arbeit), Haushaltsbefragungen, Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen sowie Informationen von Verbänden ausgewertet. Je aktueller die Berechnungen sind, desto unvollständiger ist in der Regel die Datenbasis und desto höher ist der Schätzanteil. Dies führt zu regelmäßigen Revisionen der VGR-Ergebnisse, wenn neue statistische Ausgangsdaten verfügbar sind, die in die Berechnungen einbezogen werden können.

International werden VGR-Ergebnisse vor allem von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und vom Internationalen Währungsfonds (IWF) genutzt. Eine besondere Bedeutung haben die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Europäische Kommission: Das Bruttonationaleinkommen (BNE) ist Grundlage für die Berechnung der EU-Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die Europäische Union. Darüber hinaus werden VGR-Daten für die Überwachung und Steuerung der europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik benötigt. So basieren die Konvergenzkriterien für die Europäische Währungsunion im Wesentlichen auf Größen der VGR (Maastricht-Defizit und -Schuldenstand des Staates, Bruttoinlandsprodukt).

4.1.1 Das Bruttoinlandsprodukt

Eine zentrale Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es ist ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung. Bei der Berechnung stehen die Produktion von Waren und Dienstleistungen sowie die dabei entstandene Wertschöpfung im Vordergrund. Prinzipiell kann das BIP auf drei Wegen berechnet und dargestellt werden:

→ **Abb. 1**

Die *Entstehungsrechnung* zeigt, wie die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her entstanden ist. Sie ermittelt die Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und verdeutlicht, wie diese zum gesamtwirtschaftlichen Ergebnis beigetragen haben (siehe 4.1.2).

Die *Verwendungsrechnung* beschreibt, für was das erarbeitete gesamtwirtschaftliche Ergebnis verwendet wurde. Es kann konsumiert, investiert oder exportiert wer-

den. Das BIP lässt sich daher auch als Summe aus Konsum, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte minus Importe) errechnen (siehe 4.1.3).

Die *Verteilungsrechnung* zeigt, welche Einkommen entstanden sind und wie diese auf die Wirtschaftsteilnehmer verteilt wurden. Es wird nach Einkommensarten unterschieden (z. B. Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen), die im Wirtschaftsprozess entstanden sind (siehe 4.1.4).

Darstellung des Bruttoinlandsprodukts

Das jährliche Bruttoinlandsprodukt kann in jeweiligen Preisen oder preisbereinigt dargestellt werden. Darüber hinaus ist auch eine kalenderbereinigte Darstellung sinnvoll, weil die Anzahl der verfügbaren Arbeitstage in einem Jahr Einfluss auf das Ergebnis hat.

Das BIP in jeweiligen Preisen wird sowohl durch die Veränderung des Volumens als auch durch die Preisentwicklung beeinflusst. Bei einer preisbereinigten Rechnung wird der Einfluss der Preisentwicklung ausgeschaltet. Dabei werden alle Transaktionen in tiefer Gliederung

mit spezifischen Preisindizes aus dem gesamten Datenangebot der Preisstatistiken deflationiert (bereinigt). Das preisbereinigte BIP wird auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis) berechnet und anschließend verkettet. Diese im Jahr 2005 eingeführte Methode gewährleistet, dass stets die aktuellen Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt werden. Die jährlichen Veränderungsraten des preisbereinigten BIP können als Maßstab der (realen) Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden.

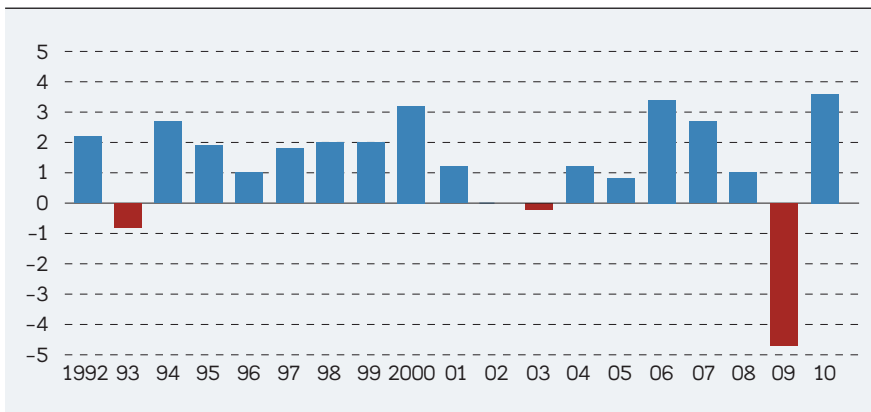
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

In Deutschland hat das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 1991 und 2010 um knapp 28 % zugenommen. Im Durchschnitt ist es seit der deutschen Vereinigung pro Jahr um 1,3 % gewachsen. In dieser Zeit gab es lediglich drei so genannte rezessive Jahre, in denen das reale BIP im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist: 1993 (-0,8 %), 2003 (-0,2 %) sowie zuletzt 2009 (-4,7 %), als die deutsche Wirtschaft durch die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise regelrecht einbrach und die schlimmste Rezession der Nachkriegszeit erlebte. Allerdings erholte sich die

Abb. 1: Bruttoinlandsprodukt



Abb. 2: Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, Kettenindex (2000=100) – Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %



deutsche Wirtschaft erstaunlich schnell davon: 2010 gab es in Deutschland einen rasanten Aufschwung, in dem das BIP mit +3,6% sogar stärker wuchs als in den anderen beiden Boom-Jahren 2000 (+3,2%) und 2006 (+3,4%). → **Abb. 2**

4.1.2 Die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Im Rahmen der Entstehungsrechnung wird die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt. Man spricht daher auch vom Produktionsansatz. Vom Wert der von allen Wirtschaftseinheiten in einer Periode produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) wird der Verbrauch an Vorleistungen abgezogen und so die Bruttowertschöpfung ermittelt. Vorleistungen sind Waren und Dienstleistungen, die im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Sie umfassen u. a. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Brenn- und Treibstoffe sowie Reparaturleistungen. Die Bruttowertschöpfung eignet sich besonders, um die Wirtschaftskraft verschiedener Wirtschaftsbereiche zu vergleichen. Den gedanklichen Anknüpfungspunkt für ihre Berechnung bilden die einzelnen Wirtschaftseinheiten, die zu Wirtschaftsbereichen aggregiert werden. Die Wirtschaftsbereiche sind entsprechend der jeweils gültigen Klassifikation

der Wirtschaftsbereiche (WZ) gegliedert. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird derzeit noch die WZ 2003 verwendet; im September 2011 erfolgt die Umstellung auf die neue WZ 2008. In tiefer Gliederung werden Angaben nach bis zu 60 (nach WZ 2008: 64) Wirtschaftsbereichen veröffentlicht.

Verschiebungen in der Wirtschaftsstruktur

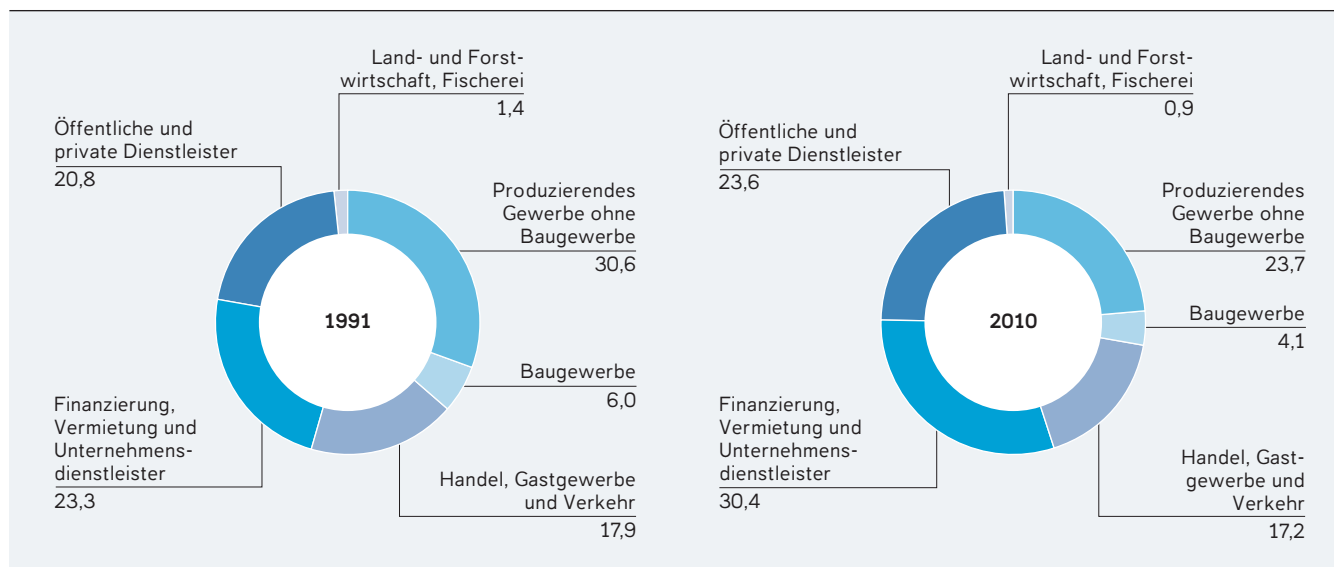
Anhand der nominalen Bruttowertschöpfung der zusammengefassten Wirtschaftsbereiche lässt sich die Struktur der Wirtschaft und ihre Veränderung im Zeitablauf darstellen: Während das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) in Deutschland 1991 noch knapp ein Drittel (31%) der gesamten nominalen Wertschöpfung produzierte, war es 2010 weniger als ein Viertel (24%). Dagegen wurden im Jahr 2010 rund 71% der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von den Dienstleistungsbereichen erbracht. 1991 waren es lediglich 62%. Bedeutsam ist hierbei insbesondere der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, dessen Anteil von 23% (1991) auf rund 30% der Bruttowertschöpfung in 2010 gestiegen ist. In den anderen Wirtschaftsbereichen traten deutlich kleinere Veränderungen auf.

→ **Tab. 1, Abb. 3**

Tab. 1: Ergebnisse der Entstehungsrechnung nach Wirtschaftsbereichen 2010

| | Produktionswert | Vorleistungen | Bruttowertschöpfung |
|--|--|-----------------|---------------------|
| | in jeweiligen Preisen, in Mrd. Euro | | |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | 51,35 | 31,87 | 19,48 |
| Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe | 1698,85 | 1166,94 | 531,91 |
| dar. Verarbeitendes Gewerbe | 1554,69 | 1091,07 | 463,62 |
| Baugewerbe | 224,67 | 132,05 | 92,62 |
| Handel, Gastgewerbe und Verkehr | 756,05 | 370,75 | 385,30 |
| Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister | 1060,43 | 378,64 | 681,79 |
| Öffentliche und private Dienstleister | 782,56 | 253,80 | 528,76 |
| Alle Wirtschaftsbereiche | 4 573,91 | 2 334,05 | 2 239,86 |
| | preisbereinigt, verkettet Veränderung zum Vorjahr in % | | |
| Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | -1,4 | -2,1 | -0,3 |
| Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe | 11,1 | 11,5 | 10,1 |
| dar. Verarbeitendes Gewerbe | 11,8 | 12,1 | 11,3 |
| Baugewerbe | 2,1 | 2,4 | 1,7 |
| Handel, Gastgewerbe und Verkehr | 4,3 | 5,5 | 3,2 |
| Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister | 2,3 | 3,1 | 1,9 |
| Öffentliche und private Dienstleister | 2,7 | 3,9 | 2,1 |
| Alle Wirtschaftsbereiche | 5,7 | 7,5 | 4,0 |

Abb. 3: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1991 und 2010, in %



Die Zahlen verdeutlichen, wie weit die sogenannte Tertiarisierung der deutschen Wirtschaft – also der Strukturwandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft – seit der Vereinigung fortgeschritten ist. Bei ihrer Interpretation ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich die Gewichte zwischen den Wirtschaftsbereichen auch durch Auslagerungsprozesse oder den Einsatz von Leiharbeitern – der zum Wirtschaftsbereich der Unternehmensdienstleister zählt – verschieben können.

Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich das Bruttoinlandsprodukt, indem die Gütersteuern hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden. Das ist notwendig, weil die Bruttowertschöpfung

(und die Produktionswerte) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf den Gütern lastenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden (Konzept zu Herstellungspreisen). Gütersteuern und -subventionen sind solche Abgaben bzw. Zuschüsse, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuern). Damit das Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sowohl von der Entstehungs- als auch von der Verwendungsseite her gleich ist, schließt es die Nettogütersteuern ein. Aus diesem Grund müssen die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) hinzugefügt werden, um zum Bruttoinlandsprodukt zu gelangen. → Tab. 2

4.1.3 Die Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verwendungsrechnung – auch Ausgabenansatz genannt – als zweite Säule der Inlandsproduktsberechnung zeigt, wie die inländischen Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Sie können konsumiert, investiert oder exportiert werden. → Tab. 3

Verwendungsstruktur des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) setzt sich aus der inländischen Verwendung und dem Außenbeitrag zusammen. Die inländische Verwendung umfasst die privaten und staatlichen Konsumausgaben sowie die Bruttoinvestitionen, die wiederum aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen bestehen. → Abb. 4

In den vergangenen Jahren entfiel in Deutschland jeweils über die Hälfte des nominalen BIP auf die privaten Konsumausgaben. Darunter wird im Wesentlichen der Kauf von Waren und Dienstleistungen durch inländische private Haushalte verstanden. Dazu zählen u. a. die Ausgaben für Lebensmittel, Bekleidung und Haushaltsgeräte, für Wohnungsmieten und Energie sowie für Freizeit und Unterhal-

Tab. 2: Ableitung des Bruttoinlandsprodukts, in jeweiligen Preisen

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|-------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | in Mrd. EUR | | | |
| Produktionswert | 4 496,06 | 4 615,51 | 4 239,68 | 4 573,91 |
| - Vorleistungen | 2 315,33 | 2 390,71 | 2 099,07 | 2 334,05 |
| + Gütersteuern | 257,86 | 262,58 | 262,89 | 265,68 |
| - Gütersubventionen | 6,19 | 6,18 | 6,40 | 6,74 |
| = Bruttoinlandsprodukt | 2 432,40 | 2 481,20 | 2 397,10 | 2 498,80 |

Tab. 3: Ergebnisse der Verwendungsrechnung

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|--|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| | In jeweiligen Preisen, in Mrd. EUR | | | |
| Konsumausgaben | 1813,82 | 1862,82 | 1883,20 | 1931,40 |
| Private Haushalte | 1341,99 | 1375,65 | 1371,63 | 1403,47 |
| Private Organisationen ohne Erwerbszweck | 36,95 | 37,57 | 39,43 | 41,24 |
| Staat | 434,88 | 449,60 | 472,14 | 486,69 |
| + Bruttoinvestitionen | 445,78 | 458,93 | 395,42 | 437,19 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 454,55 | 471,36 | 422,69 | 448,14 |
| Ausrüstungen | 195,95 | 201,56 | 154,68 | 170,02 |
| Bauten | 231,04 | 241,46 | 240,07 | 249,78 |
| Sonstige Anlagen | 27,56 | 28,34 | 27,94 | 28,34 |
| Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen | - 8,77 | - 12,43 | - 27,27 | - 10,95 |
| = Inländische Verwendung | 2 259,60 | 2 321,75 | 2 278,62 | 2 368,59 |
| + Außenbeitrag (Exporte minus Importe) | 172,80 | 159,45 | 118,48 | 130,21 |
| Exporte | 1 141,22 | 1 177,87 | 978,79 | 1 146,40 |
| Importe | 968,42 | 1 018,42 | 860,31 | 1 016,19 |
| = Bruttoinlandsprodukt | 2 432,40 | 2 481,20 | 2 397,10 | 2 498,80 |
| | preisbereinigt, verkettet Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| Konsumausgaben | 0,2 | 1,1 | 0,5 | 0,9 |
| Private Haushalte | - 0,3 | 0,7 | - 0,3 | 0,4 |
| Private Organisationen ohne Erwerbszweck | 1,0 | 1,8 | 2,0 | 1,2 |
| Staat | 1,6 | 2,3 | 2,9 | 2,3 |
| Bruttoinvestitionen | 5,8 | 1,4 | - 11,9 | 10,2 |
| Bruttoanlageinvestitionen | 4,7 | 2,5 | - 10,1 | 6,0 |
| Ausrüstungen | 10,7 | 3,5 | - 22,6 | 10,9 |
| Bauten | - 0,5 | 1,2 | - 1,5 | 2,8 |
| Sonstige Anlagen | 6,8 | 6,5 | 5,6 | 6,4 |
| Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen | x | x | x | x |
| Inländische Verwendung | 1,2 | 1,2 | - 1,9 | 2,5 |
| Außenbeitrag (Exporte minus Importe) | x | x | x | x |
| Exporte | 7,6 | 2,5 | - 14,3 | 14,1 |
| Importe | 5,0 | 3,3 | - 9,4 | 12,6 |
| Bruttoinlandsprodukt | 2,7 | 1,0 | - 4,7 | 3,6 |

zung. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sind ebenfalls Teil der privaten Konsumausgaben.

Auf die Konsumausgaben des Staates entfiel knapp ein Fünftel des nominalen BIP. Dazu gehören die Aufwendungen des Staates für allgemeine Verwaltungsleistungen, Sicherheit, Bildung, Gesundheitswesen und Ähnliches, soweit sie der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Gut ein Sechstel des nominalen BIP wird investiert und erhöht damit den Bestand

an Anlagen (Ausrüstungen, Bauten, sonstige Anlagen) oder verändert die Vorrats- und Wertsachenbestände.


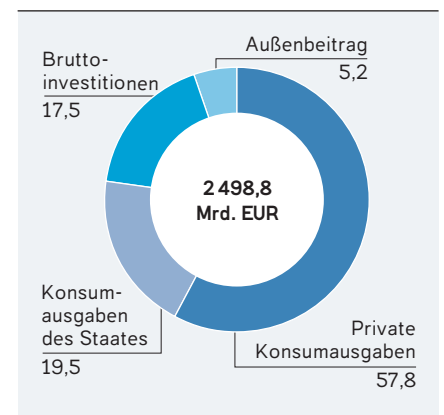
Zur Nachfrageseite des Bruttoinlandsprodukts gehört neben der inländischen Verwendung auch der Außenbeitrag. Er stellt den Saldo aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen an die bzw. aus der übrigen Welt dar. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine stark exportabhängige Wirtschaft: Seit 1994 wurden stets Exportüberschüsse erzielt, wovon entsprechend positive Impulse für das Wirtschaftswachstum ausgingen. 

Abb. 4: Struktur der inländischen Verwendung 2010, in % des Bruttoinlandsprodukts





Ansätze der Verwendungsrechnung

Zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts über die Verwendungsseite kommen grundsätzlich drei Ansätze in Betracht: Die Käufer bzw. Verwender der Güter können nach ihren Ausgaben gefragt werden. Es ist aber auch möglich, die Produzenten der Waren und Dienstleistungen über ihre Lieferungen an Konsumenten, Investoren und die übrige Welt zu befragen. Schließlich können mit Hilfe der Güterstrommethode die Verwendungsstrukturen für Waren und Dienstleistungen geschätzt werden. Theoretisch führen diese drei Ansätze zum gleichen Ergebnis, so dass die Entscheidung darüber, welcher Weg in der Praxis beschritten wird, vor allem von den statistischen Gegebenheiten und den Nutzeranforderungen an die Aktualität abhängt.

4.1.4 Die Verteilungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts

Die Verteilungsrechnung stellt – neben der Entstehungs- und Verwendungsrechnung – einen dritten Weg dar, um das

Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das Bruttonationaleinkommen (BNE) zu ermitteln. Anders als bei den anderen beiden Berechnungsarten knüpft die Verteilungsrechnung nicht an der Güterseite an, sondern an der Entlohnung der Produktions-

faktoren Arbeit und Kapital. Ausgehend von den Einkommensarten wird das BIP bzw. das BNE im Rahmen der Verteilungsrechnung entweder über die im Inland entstandenen (geleisteten bzw. gezahlten) Einkommen oder über die von Inländern empfangenen Einkommen aus Produktionstätigkeit berechnet. → Tab. 4, 5

In Deutschland ist eine eigenständige und in sich geschlossene Verteilungsrechnung nicht möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. über die Unternehmens-einkommen nur lückenhafte basisstatistische Informationen vorliegen. Diese Größen werden daher als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet.

Tab. 4: Berechnung des Bruttoinlandsprodukts und des Bruttonationaleinkommens über die im Inland entstandenen und verteilten Einkommen

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|---|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | in Mrd. EUR | | | |
| Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen | 612,59 | 606,62 | 532,96 | 608,15 |
| + Arbeitnehmerentgelt (Inland) | 1180,39 | 1222,48 | 1225,79 | 1260,03 |
| + Sonstige Produktions- und Importabgaben | 55,52 | 56,04 | 47,27 | 50,35 |
| - Sonstige Subventionen | 26,81 | 27,50 | 31,50 | 31,83 |
| = Nettowertschöpfung | 1821,69 | 1857,64 | 1774,52 | 1886,70 |
| + Abschreibungen | 359,04 | 367,16 | 366,09 | 353,16 |
| = Bruttowertschöpfung | 2180,73 | 2224,80 | 2140,61 | 2239,86 |
| + Gütersteuern | 257,86 | 262,58 | 262,89 | 265,68 |
| - Gütersubventionen | 6,19 | 6,18 | 6,40 | 6,74 |
| = Bruttoinlandsprodukt | 2432,40 | 2481,20 | 2397,10 | 2498,80 |
| + Primäreinkommen aus der übrigen Welt | 246,86 | 224,77 | 174,53 | 169,75 |
| - Primäreinkommen an die übrige Welt | 204,09 | 185,12 | 140,69 | 136,63 |
| = Bruttonationaleinkommen | 2475,17 | 2520,85 | 2430,94 | 2531,92 |

Tab. 5: Berechnung des Bruttonationaleinkommens über die von Inländern empfangenen Einkommen

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|---|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | in Mrd. EUR | | | |
| Unternehmens- und Vermögenseinkommen | 656,86 | 647,74 | 565,97 | 641,58 |
| + Arbeitnehmerentgelt der Inländer | 1180,95 | 1223,28 | 1225,86 | 1259,67 |
| = Volkseinkommen | 1837,81 | 1871,02 | 1791,83 | 1901,25 |
| + Produktions- und Importabgaben an den Staat | 305,56 | 310,49 | 304,51 | 310,47 |
| - Subventionen des Staates | 27,24 | 27,82 | 31,49 | 32,96 |
| = Nettonationaleinkommen | 2116,13 | 2153,69 | 2064,85 | 2178,76 |
| + Abschreibungen | 359,04 | 367,16 | 366,09 | 353,16 |
| = Bruttonationaleinkommen | 2475,17 | 2520,85 | 2430,94 | 2531,92 |
| - Primäreinkommen aus der übrigen Welt | 246,86 | 224,77 | 174,53 | 169,75 |
| + Primäreinkommen an die übrige Welt | 204,09 | 185,12 | 140,69 | 136,63 |
| = Bruttoinlandsprodukt | 2432,40 | 2481,20 | 2397,10 | 2498,80 |

Der umfassendste Einkommensbegriff der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist das Bruttonationaleinkommen. Das BNE ist an die Stelle des früher benutzten Begriffs des Bruttosozialprodukts (BSP) getreten und stimmt mit diesem konzeptionell überein. Das Bruttonationaleinkommen errechnet sich, indem vom Bruttoinlandsprodukt die Primäreinkommen abgezogen werden, die an die übrige Welt geflossen sind, und umgekehrt die Primäreinkommen hinzugefügt werden, die inländische Wirtschaftseinheiten von der übrigen Welt bezogen haben. Es hat insbesondere als Grundlage für die Berechnung der EU-Eigenmittel eine herausragende Bedeutung.

Eine wichtige Größe der Verteilungsrechnung ist das Volkseinkommen. Es ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die die inländischen Wirtschaftseinheiten in einer Periode empfangen haben. Das Volkseinkommen setzt sich aus dem Arbeitnehmerentgelt der Inländer und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen zusammen.

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst neben den Bruttolöhnen und -gehältern auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie deren Lohnsteuer. Im Jahr 2010 entfielen 19 % des Arbeitnehmerentgelts auf die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und 28 % auf die Abzüge der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, welche

Tab. 6: Arbeitnehmerentgelt, Löhne und Gehälter (der Inländer)

| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|------------------------------------|---------------|---------------|---------------|-----------------|
| | in Mrd. EUR | | | |
| Arbeitnehmerentgelt der Inländer | 1 180,95 | 1 223,28 | 1 225,86 | 1 259,67 |
| - Sozialbeiträge der Arbeitgeber | 223,37 | 228,79 | 233,49 | 239,22 |
| = Bruttolöhne und -gehälter | 957,58 | 994,49 | 992,37 | 1 020,45 |
| - Sozialbeiträge der Arbeitnehmer | 163,44 | 171,90 | 176,34 | 182,52 |
| - Lohnsteuer der Arbeitnehmer | 171,35 | 181,28 | 176,84 | 172,30 |
| = Nettolöhne und -gehälter | 622,79 | 641,31 | 639,19 | 665,63 |

sich etwa je zur Hälfte aus Sozialabgaben und Lohnsteuer zusammensetzten. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung blieben 2010 vom Arbeitnehmerentgelt knapp 53 % als Nettolöhne- und -gehälter bei den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. 1991 waren es noch knapp 57 %.

→ Tab. 6

4.1.5 Gesamtwirtschaftliche Quoten

Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin oder je geleisteter Arbeitnehmerstunde ist ein wichtiges Maß für die Kosten des Faktors Arbeit in einer Volkswirtschaft. Als Maß für das durchschnittliche Einkommen werden häufig die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerin oder je geleisteter Arbeitnehmerstunde herangezogen. Eine andere vielfach genutzte gesamtwirtschaftliche Quote ist die Arbeitsproduktivität, also das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Bruttowertschöpfung (für Wirtschaftsbereiche) je

Erwerbstätigen oder je geleisteter Erwerbstätigenstunde. Die Arbeitsproduktivität wird häufig als Maßstab für die Produktivität einer Volkswirtschaft oder eines Wirtschaftsbereichs verwendet. Dabei muss aber beachtet werden, dass hier die gesamte Wirtschaftsleistung rechnerisch lediglich zum Produktionsfaktor Arbeit in Beziehung gesetzt wird. Andere Aspekte wie z. B. die Kapitalproduktivität bleiben dabei außer Acht.

Setzt man das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin bzw. je geleisteter Arbeitnehmerstunde in Relation zur Arbeitsproduktivität, so erhält man die Lohnstückkosten. Aus der Entwicklung der Lohnstückkosten kann man darauf schließen, wie sich die Arbeitskosten je Produkteinheit verändert haben. Bei der Interpretation aller Quoten ist aber Vorsicht geboten: So erhöht z. B. der Abbau von Arbeitsplätzen rechnerisch die Arbeitsproduktivität pro Kopf, was wiederum einem Anstieg der Lohnstückkosten entgegenwirkt. → Tab. 7

Tab. 7: Arbeitsproduktivität, Durchschnittslöhne und Lohnstückkosten im Inland

| | Arbeitsproduktivität ¹ | | Arbeitnehmerentgelt | | Bruttolöhne und -gehälter | | Lohnstückkosten ² | | |
|------|-----------------------------------|-------------------------------------|---------------------------|-----------------------------------|---------------------------|-----------------------------------|------------------------------|----------------|--------------------|
| | je Erwerbstätigen | je geleisteter Erwerbstätigenstunde | je Arbeitnehmer monatlich | je geleisteter Arbeitnehmerstunde | je Arbeitnehmer monatlich | je geleisteter Arbeitnehmerstunde | Personenkonzept | Stundenkonzept | |
| | Index (2000 = 100) | | in EUR | | | | | | Index (2000 = 100) |
| 2007 | 107,72 | 110,99 | 2 788 | 24,71 | 2 260,00 | 20,03 | 99,30 | 98,76 | |
| 2008 | 107,29 | 110,79 | 2 842 | 25,25 | 2 310,00 | 20,52 | 101,66 | 101,10 | |
| 2009 | 102,24 | 108,32 | 2 848 | 26,11 | 2 305,00 | 21,13 | 106,91 | 106,91 | |
| 2010 | 105,40 | 109,43 | 2 911 | 26,07 | 2 358,00 | 21,12 | 106,00 | 105,69 | |

¹ Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Kettenindex) je Erwerbstätigen bzw. je geleisteter Erwerbstätigenstunde (jeweils umgerechnet auf Index 2000=100).
² Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer bzw. je geleisteter Arbeitnehmerstunde (jeweils umgerechnet auf Index 2000=100) in Relation zur Arbeitsproduktivität (je Erwerbstätigen bzw. je geleisteter Erwerbstätigenstunde).

Quelle für geleistete Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg.

4.1.6 Zusammenfassung

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) geben ein umfassendes quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in einer Volkswirtschaft. Für ihre Erstellung wird eine Vielzahl unterschiedlicher Basisstatistiken verwendet. Die deutschen VGR folgen den Definitionen und Konzepten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995.

Zentrale Größe der VGR ist das Bruttoinlandsprodukt, das ein Maß für die in einem bestimmten Zeitraum in einer Volkswirtschaft erbrachte gesamtwirtschaftliche Leistung ist. Es kann grundsätzlich auf drei verschiedene Arten berechnet werden, über die Entstehungsseite, die Verwendungsseite oder die Ver-

teilungsseite. Die wichtigste Kenngröße der Entstehungsrechnung ist die Bruttowertschöpfung, die die Wirtschaftsleistung der Wirtschaftsbereiche darstellt: Seit der Vereinigung hat in der deutschen Wirtschaft ein beträchtlicher Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft stattgefunden. Die Verwendungsseite des BIP besteht aus der inländischen Verwendung und dem Außenbeitrag. Den größten Anteil an der inländischen Verwendung haben die privaten Konsumausgaben. Das vergleichsweise starke Wirtschaftswachstum im Jahr 2010 wurde jedoch maßgeblich von den Bruttoinvestitionen und vom Außenhandel getragen.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein weltweit verbreiteter und bewährter Indikator zur Messung der Wirtschafts-

leistung. Allerdings werden unbezahlte Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten, die für gesellschaftlichen Fortschritt und Lebensqualität unverzichtbar sind, bei der Berechnung des BIP nicht berücksichtigt, während die Kosten für die Beseitigung negativer Begleiterscheinungen des Wachstums (z. B. für die Umwelt oder Arbeits- und Lebensbedingungen) sogar die Wertschöpfung erhöhen.

Neben der Berechnung der Wirtschaftsleistung sind daher weitere Kennzahlen nötig, die soziale und ökologische Aspekte sowie die subjektiven Einschätzungen der Menschen zu ihrem Wohlbefinden mit einbeziehen, um zuverlässige Aussagen zum Wohlstand und zur Lebensqualität in einer Gesellschaft zu treffen.

4.2.1 Bedeutung der Außenwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportorientiert und damit auch exportabhängig. Gleichzeitig ist Deutschland als rohstoffarmes Land aber auch auf Importe – insbesondere im Energiebereich (Erdöl, Erdgas) – angewiesen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug der Anteil der Warenausfuhren in Deutschland 38 % und der Anteil der Einfuhren 32 % im Jahr 2010. Die Bedeutung des Außenhandels für die deutsche Volkswirtschaft wird auch daran deutlich, dass Deutschland 2010 hinter China und den Vereinigten Staaten auf Rang drei in der Rangfolge der weltweit größten Exportnationen lag. In den Jahren 2003 bis 2008 war Deutschland sechs Mal in Folge »Exportweltmeister« und im Jahr 2009 auf Rang zwei gewesen. → **Tab. 1**

Einfuhrseitig nahm Deutschland mit einem Anteil von 6,9 % an den weltweiten Importen die Position drei innerhalb der größten Importländer der Welt ein. Deutlich an der Spitze der größten Importnationen lagen die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 12,8 %, gefolgt von China mit einem Anteil von 9,1 %.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist zunehmend vom Export abhängig. Im Jahr 2005 arbeiteten 8,3 Mill. Erwerbstätige

Tab. 1: Die wichtigsten Exporteure im weltweiten Außenhandel 2010

| Rang | | Wert | Anteil am Welthandel | Veränderungsrate zum Vorjahr |
|------|------------------------|-------------------|----------------------|------------------------------|
| | | in Mrd. US-Dollar | in % | |
| 1 | China | 1 578 | 10,4 | + 31 |
| 2 | Vereinigte Staaten | 1 278 | 8,4 | + 21 |
| 3 | Deutschland | 1 269 | 8,3 | + 13 |
| 4 | Japan | 770 | 5,1 | + 33 |
| 5 | Niederlande | 572 | 3,8 | + 15 |
| 6 | Frankreich | 521 | 3,4 | + 7 |
| 7 | Republik Korea | 466 | 3,1 | + 28 |
| 8 | Italien | 448 | 2,9 | + 10 |
| 9 | Belgien | 411 | 2,7 | + 11 |
| 10 | Vereinigtes Königreich | 405 | 2,7 | + 15 |

Quelle: World Trade Organization (WTO).

in Deutschland direkt oder indirekt für den Export, das waren 21 % aller Erwerbstätigen. 1995 waren es nur 16 %.

→ **Tab. 2**

Im Zeitraum 1995 bis 2005 ist die Zahl der vom Export abhängigen Erwerbstätigen um 2,4 Mill. Personen gestiegen. Seit 2000 werden Arbeitsplatzverluste, die durch den Anstieg der Arbeitsproduktivität und die Verlagerung von Teilen der Produktionskette ins Ausland entstanden sind, in der Exportwirtschaft kompensiert. Insbesondere für die Erhaltung und Gewinnung von Arbeitsplätzen in den verarbeitenden Produktionsbereichen ist die Auslandsnachfrage von großer Bedeutung. In diesen Bereichen hat die Exportabhängigkeit der Beschäfti-

gung von knapp 40 % im Jahr 1995 auf 55 % im Jahr 2005 zugenommen.

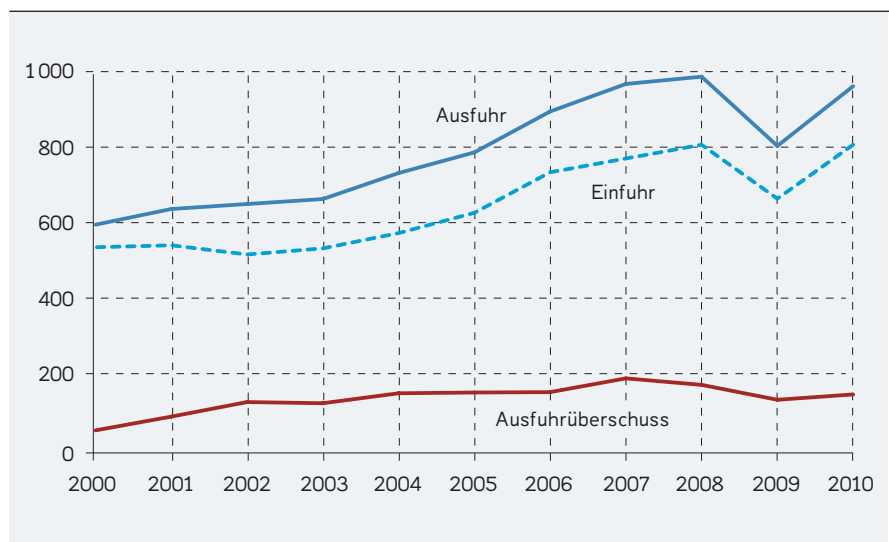
4.2.2 Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels

Von 2000 bis zum Jahr 2008 sind die Ausfuhren Deutschlands von 597 Mrd. Euro auf 984 Mrd. Euro gestiegen. Gleichzeitig erhöhten sich die Einfuhren von 538 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 806 Mrd. Euro in 2008. Im Jahr 2009 wurden Waren im Wert von 803 Mrd. Euro aus Deutschland exportiert, das waren 18,4 % weniger als 2008. eingeführt wurden gleichzeitig Waren im Wert von 665 Mrd. Euro. Die deutschen Importe sanken gegenüber 2008 um 17,5 %. Das Jahr 2010 stand ganz im Zeichen der Erholung der Weltmärkte. Mit Exporten in Höhe von 959 Mrd. Euro und Importen in Höhe von 806 Mrd. Euro stiegen die Exporte um 19,4 % gegenüber 2009 und die Importe um 21,3 % an. Die deutsche Handelsbilanz – der Saldo aus Exporten und Importen – erzielte im Jahr 2010 ein Plus von 153 Mrd. Euro. → **Abb. 1**

Tab. 2: Entwicklung der exportabhängigen Beschäftigung

| | Erwerbstätige insgesamt | Vom Export abhängige Erwerbstätige | |
|------|-------------------------|------------------------------------|-------------|
| | in Mill. | in Mill. | Anteil in % |
| 1995 | 37,6 | 5,9 | 15,6 |
| 2000 | 39,1 | 7,3 | 18,7 |
| 2005 | 38,8 | 8,3 | 21,4 |

Abb. 1: Entwicklung des deutschen Außenhandels, in Mrd. EUR



Die Export-Performance misst den »Marktanteil« der deutschen Warenexporte an den Importen ihrer wichtigsten Partnerländer. Der Index beschreibt, wie sich der Anteil der deutschen Waren an den Gesamtimporten der 25 wichtigsten Partnerländer Deutschlands im Zeitablauf verändert hat. Wachsen die deutschen Exporte in die Partnerländer schneller als deren Gesamtimporte, so steigt der deutsche Export-Performance-Index.

2010 lag der Export-Performance-Index rund zwei Prozentpunkte höher als im Jahr 2000. Gegenüber 2009 sank der Export-Performance-Index um sieben Prozentpunkte. Von 2008 bis 2009 hatte er sich – trotz Wirtschaftskrise – um zwei Prozentpunkte auf 101 Indexpunkte verbessert. Demgegenüber sind die deutschen Exporte von 2000 bis 2010 in die 25 größten Partnerländer rein wertmäßig um insgesamt 55 % gewachsen. → **Tab. 3**

4.2.3 Außenhandel nach Kontinenten, Ländergruppen und Ländern

Rund 71 % aller aus Deutschland exportierten Waren gingen im Jahr 2010 in andere europäische Länder. Den Großteil seiner Außenhandelsumsätze erwirtschaftet Deutschland traditionell im Handel mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). So hatten 60 % der deutschen Exporte des Jahres 2010 ein anderes EU-Land zum Ziel. → **Abb. 2**

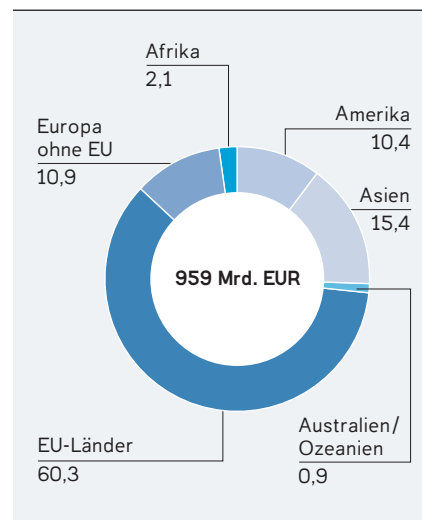
2010 gingen 15 % der aus Deutschland exportierten Waren nach Asien und 10 % nach Amerika. Afrika sowie Australien und Ozeanien spielten für die deutschen Exporte mit Anteilen von 2 % bzw. 1 % nur eine nachgeordnete Rolle.

Von den im Jahr 2010 nach Deutschland importierten Waren kamen 69 % aus Eu-

ropa. Auch bei den deutschen Importen stammte der Großteil aus den anderen EU-Ländern (57 %). Aus den Ländern Asiens stammten 20 % der deutschen Gesamteinfuhr. Aus Amerika kamen 9 %, aus Afrika 2 %, aus Australien und Ozeanien 0,4 % der deutschen Gesamtimporte.

Im Jahr 2010 waren neben Frankreich die Vereinigten Staaten und die Niederlande die wichtigsten Bestimmungsländer deutscher Exporte. Von Deutschland wurden Waren im Wert von 91 Mrd. Euro (Anteil von 9,5 % an den deutschen Ausfuhr) nach Frankreich exportiert, in die Vereinigten Staaten Waren im Wert von 66 Mrd. Euro (6,8 %) und in die Niederlande Waren für 63 Mrd. Euro (6,6 %). Unter den 15 wichtigsten Abnehmerländern deutscher Exporte im Jahr 2010 befanden sich zehn Länder der Europäischen Union. Insgesamt entfielen auf die

Abb. 2: Ausfuhr nach Ländergruppen 2010, in %



Tab. 3: Entwicklung des deutschen Export-Performance-Index (2005 = 100)

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|-----------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Export-Performance-Index | 92 | 98 | 101 | 106 | 105 | 100 | 100 | 104 | 99 | 101 | 94 |
| Index der deutschen Exporte | 77 | 81 | 83 | 85 | 94 | 100 | 113 | 122 | 123 | 100 | 119 |

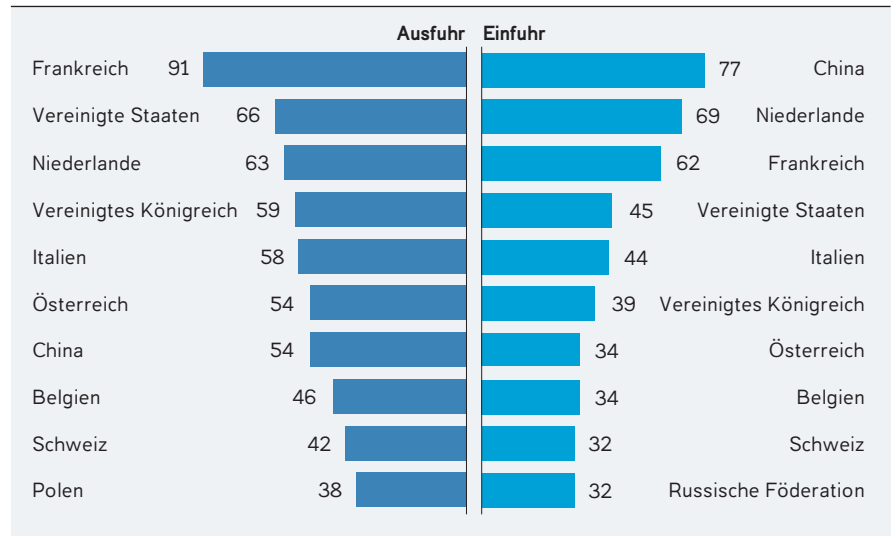
15 wichtigsten Ausfuhrländer rund 72 % aller deutschen Exporte.

Bei den Importen erreichte die Volksrepublik China (77 Mrd. Euro, Anteil von 9,5 % an den gesamten deutschen Einfuhren) wieder Platz eins unter den wichtigsten deutschen Handelspartnern. Die Niederlande (69 Mrd. Euro, 8,5 %) und Frankreich (62 Mrd. Euro, 7,7 %) sicherten sich die Plätze zwei und drei vor den Vereinigten Staaten (45 Mrd. Euro, 5,6 %). Der Anteil der Top 15 an den deutschen Einfuhren lag im Jahr 2010 bei 73 %. → **Abb. 3**

Im Güteraustausch mit den 15 Top-Handelspartnern erzielte Deutschland 2010 in zehn Fällen einen Handelsüberschuss, in fünf Fällen war der Saldo negativ. Der höchste Überschuss ergab sich im Handel mit Frankreich (28,9 Mrd. Euro), gefolgt vom Handel mit dem Vereinigten Königreich, der aus deutscher Sicht mit einem Plus von 20,9 Mrd. Euro abschloss. Auf den Rängen drei und vier folgten die Vereinigten Staaten (20,5 Mrd. Euro) und Österreich (19,4 Mrd. Euro). Defizitär war der Handelssaldo mit China (-22,9 Mrd. Euro), Japan (-9,0 Mrd. Euro), den Niederlanden (-5,5 Mrd. Euro), der Russischen Föderation (-5,4 Mrd. Euro) und der Tschechischen Republik (-2,7 Mrd. Euro), das heißt sie führten mehr nach Deutschland aus, als sie von dort bezogen.

Als Handelspartner gewinnt China immer größere Bedeutung. Während China im Jahr 1995 noch an der dreizehnten Stelle aller Handelspartner Deutschlands lag, hatte es im Jahr 2005 bereits die achte Stelle aller Handelspartner Deutschlands erreicht, und im Jahr 2010 war China auf dem dritten Platz der Rangfolge. In der Rangfolge der wichtigsten Abnehmerländer deutscher Exporte lag China im Jahr 2010 auf Rang sieben. Einfuhrseitig war China das wichtigste Importland für Deutschland. Zwischen 1995 und 2010 haben sich die deutschen Ausfuhren nach China versiebenfacht und die deutschen Einfuhren aus China verachtfacht.

Abb. 3: Rangfolge der Handelspartner Deutschlands 2010, in Mrd. EUR



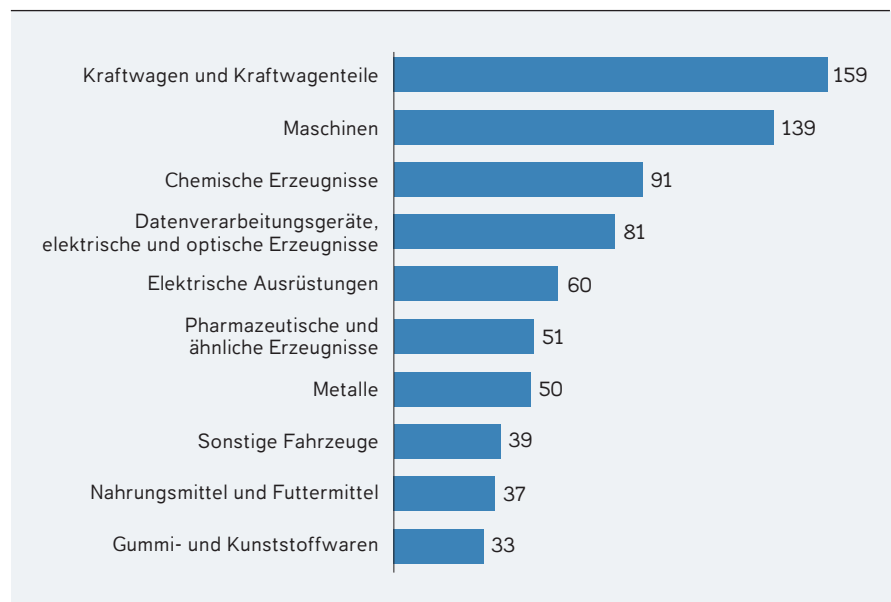
4.2.4 Außenhandel nach Warengruppen

Im Jahr 2010 wurden insgesamt Waren im Wert von 959 Mrd. Euro aus Deutschland exportiert. Mit einem Anteil von 17 % waren dabei Kraftwagen und Kraftwagenteile Deutschlands wichtigstes Exportgut. Auf Rang zwei und drei der wichtigsten Exportgüter folgten Maschinen (15 %) und chemische Erzeugnisse (9 %).

Diese drei Branchen machten rund 41 % der deutschen Ausfuhren aus. → **Abb. 4**

Einfuhrseitig kamen im Jahr 2010 Waren im Wert von 806 Mrd. Euro nach Deutschland. Wichtigste Importgüter waren Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse mit einem Anteil von 11 % an den Einfuhren, Kraftwagen und Kraftwagenteile mit 9 % sowie Erdöl und Erdgas mit 8 %.

Abb. 4: Die zehn wichtigsten deutschen Exportgüter 2010, in Mrd. EUR



4.2.5 Außenhandel nach Bundesländern

Die Hälfte des gesamten deutschen Außenhandels wird von den drei Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern bestritten. Im Jahr 2010 stammten 17 % der deutschen Ausfuhren aus Nordrhein-Westfalen, 16 % aus Baden-Württemberg und 15 % aus Bayern. Eingeführt wurden 22 % aller Waren von Nordrhein-Westfalen und je 16 % von Bayern und von Baden-Württemberg.

Der Außenhandel der Bundesländer wies auch im Jahr 2010, 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung, immer noch große Ost-West-Unterschiede auf. So gingen nur 7 % der Gesamtausfuhren aus den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) in das Ausland. Aus dem Westen (einschließlich Berlin) waren es dagegen 74 %. Der Rest sind Waren ausländischen Ursprungs und nicht ermittelte Ursprungsbundesländer. Bei den Einfuhren betrug der Anteil der neuen Länder ebenfalls 7 % und der des früheren Bundesgebiets 90 % an den Gesamteinfuhren. Die Differenz zu 100 % umfasst für das

Tab. 4: Ausfuhren und Einfuhren nach Bundesländern 2010

| | Ausfuhren | | Einfuhren ¹ | |
|------------------------|----------------|--------------|------------------------|--------------|
| | in Mill. EUR | in % | in Mill. EUR | in % |
| Nordrhein-Westfalen | 162 097 | 16,9 | 178 225 | 22,0 |
| Baden-Württemberg | 153 904 | 16,0 | 128 375 | 15,8 |
| Bayern | 145 145 | 15,1 | 131 591 | 16,2 |
| Niedersachsen | 66 196 | 6,9 | 73 516 | 9,1 |
| Hessen | 51 588 | 5,4 | 68 295 | 8,4 |
| Rheinland-Pfalz | 40 636 | 4,2 | 27 491 | 3,4 |
| Hamburg | 35 473 | 3,7 | 66 658 | 8,2 |
| Sachsen | 24 873 | 2,6 | 16 685 | 2,1 |
| Schleswig-Holstein | 18 368 | 1,9 | 20 240 | 2,5 |
| Bremen | 13 989 | 1,5 | 12 826 | 1,6 |
| Saarland | 12 997 | 1,4 | 10 978 | 1,4 |
| Sachsen-Anhalt | 12 604 | 1,3 | 12 183 | 1,5 |
| Berlin | 12 299 | 1,3 | 9 679 | 1,2 |
| Brandenburg | 12 229 | 1,3 | 14 512 | 1,8 |
| Thüringen | 10 930 | 1,1 | 6 896 | 0,9 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6 009 | 0,6 | 4 009 | 0,5 |
| Ausland | 179 944 | 18,8 | 27 921 | 3,4 |
| Rest | 216 | 0,0 | 120 | 0,0 |
| Insgesamt | 959 497 | 100,0 | 810 198 | 100,0 |

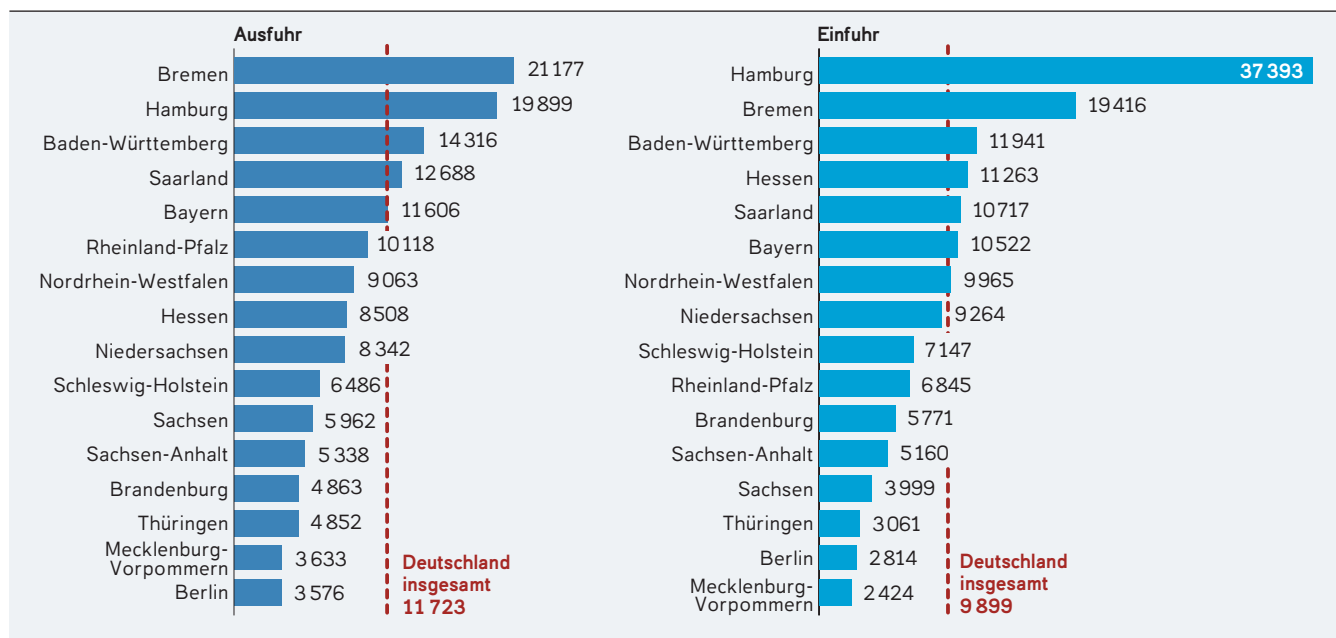
¹ Generalhandel. Bei den übrigen Ausführungen handelt es sich um Daten des Spezialhandels. Im Spezialhandel und Generalhandel wird der Lagerverkehr unterschiedlich erfasst.

Ausland bestimmte Waren und nicht ermittelte Zielbundesländer. → [Tab. 4](#)

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Analyse des Pro-Kopf-Außenhandels der Bundesländer. So lagen 2010 die Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit

ihren großen Häfen bei den Pro-Kopf-Ausfuhren um 81 % bzw. 70 % über dem Bundesdurchschnitt. Die ostdeutschen Bundesländer hatten hingegen eine sehr unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Ausfuhr, die zwischen 31 % und 51 % des Bundesdurchschnitts lag. → [Abb. 5](#)

Abb. 5: Pro-Kopf-Außenhandel 2010, in EUR je Einwohner



4.3.1 Was beschreibt der Verbraucherpreisindex?

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Single-Haushalte sind ebenso berücksichtigt wie Rentnerhepaare oder Großfamilien. Der Verbraucherpreisindex liefert ein Gesamtbild der Teuerung in Deutschland, bei dem alle Haushaltstypen, alle Regionen von Deutschland und sämtliche dort nachgefragten Waren und Dienstleistungen einbezogen sind – Mieten, Nahrungsmittel, Bekleidung ebenso wie etwa Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie Friseur, Reinigung oder Reparaturen.

Der Verbraucherpreisindex ist der zentrale Indikator zur Beurteilung der Geldwertentwicklung in Deutschland und wird als Orientierungsmaßstab etwa bei Lohnverhandlungen oder in vertraglichen Vereinbarungen über die Höhe von wiederkehrenden Zahlungen (sog. Wertsicherungsklauseln) verwendet. Er dient weiterhin zur Deflationierung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, beispielsweise bei der Berechnung des realen Wirtschaftswachstums. In seiner international angepassten Form, als Harmonisierter Verbraucherpreisindex, dient er z. B. der Europäischen Zentralbank zur Beurteilung der Inflation in Deutschland.

4.3.2 Wie wird der Verbraucherpreisindex berechnet?

Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex geht man von einem »Warenkorb« aus, der sämtliche Waren und Dienstleistungen enthält, die für die Konsumwelt in Deutschland relevant sind. Der Waren-

korb wird laufend aktualisiert, damit immer diejenigen Gütervarianten in die Preisbeobachtung eingehen, welche von den Konsumenten aktuell häufig gekauft werden. Die Auswahl von konkreten Produkten für die Preisbeobachtung erfolgt in Form von repräsentativen Stichproben. In der Regel werden zunächst repräsentative Städte, dort dann repräsentative Geschäfte und darin die am häufigsten verkauften Produkte ausgewählt.

Für die Messung der Preisentwicklung notieren rund 600 Preiserheber in 188 Gemeinden Monat für Monat die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güterarten eine zentrale Preiserhebung, beispielsweise im Internet oder in Versandhauskatalogen. Insgesamt werden so monatlich über 300 000 Einzelpreise erfasst. Ein einmal für die Preisbeobachtung ausgewählter Artikel wird dann gegen einen anderen ausgetauscht, wenn er nicht mehr oder nur noch wenig verkauft wird.

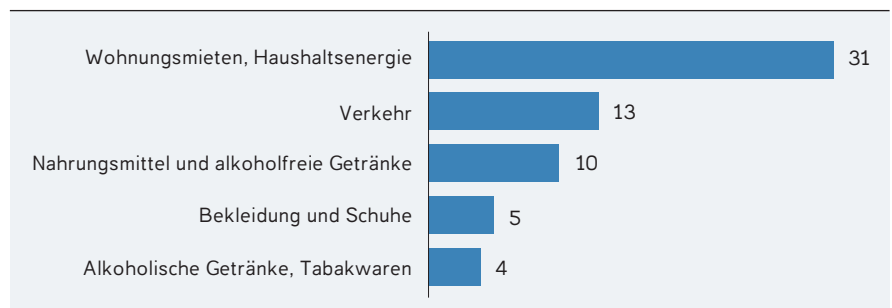
Beim Preisvergleich werden auch Mengenänderungen einbezogen. Verringert z. B. ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, so wird dies in der Preisstatistik als Preiserhöhung verbucht. Weiterhin werden auch Qualitätsänderungen berück-

sichtigt – z. B. bei Gütern mit technischem Fortschritt. Für die Preismessung werden die Anschaffungspreise einschließlich Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) und Verbrauchssteuern beobachtet.

Im nächsten Schritt werden die Güter des Warenkorbs in rund 700 Güterarten eingeteilt. Für die Berechnung der gesamten Teuerungsrate wird die durchschnittliche Preisentwicklung für eine Güterart jeweils mit dem Ausgabenanteil gewichtet, welche die privaten Haushalte im Durchschnitt für diese Güterart ausgeben. Das Ergebnis ist ein gewichteter Mittelwert für die Preisentwicklung in Deutschland. Die Gewichtungsinformationen sind im so genannten Wägungsschema enthalten. Im Gegensatz zum Warenkorb wird das Wägungsschema für den Verbraucherpreisindex nur alle fünf Jahre aktualisiert, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die reine Preisentwicklung, unbeeinflusst von Änderungen der Ausgabengewichte, darstellen zu können.

Die wesentliche Basis für die Berechnung des Wägungsschemas ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die rund 60 000 Teilnehmer dieser Haushaltsbudgeterhebung zeichnen freiwillig einige Monate lang ihre Einnahmen und Ausgaben auf und übermitteln diese Informationen an die Statistischen Landesämter. → **Abb. 1**

Abb. 1: Wägungsschema 2005, ausgewählte Wägungsanteile, in %



4.3.3 Entwicklung der Verbraucherpreise im Jahr 2010

Die Preise aller Waren und Dienstleistungen für den privaten Verbrauch lagen im Jahr 2010 durchschnittlich um 1,1 % höher als im Vorjahr. Nachdem im Jahr 2009 mit +0,4 % die niedrigste Teuerungsrate seit der deutschen Vereinigung zu verzeichnen gewesen war, wurde im Jahr 2010 wieder ein stärkerer Preisanstieg beobachtet. In der ersten Jahreshälfte 2010 lag die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat in einigen Monaten noch unter der 1 %-Marke, gegen Jahresende verstärkte sich der Preisauftrieb leicht. → Tab. 1, Abb. 2

Für die Verbraucher sind insbesondere Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) teurer geworden. Die Verbraucherpreise für Energie lagen in Deutschland 2010 im Durchschnitt um 3,9 % höher als im Jahr 2009. Unter den Energiepreisen stiegen die Preise für Mineral-

Tab 1: Verbraucherpreisindex für Deutschland

| | Veränderung gegenüber dem Vorjahresergebnis in % |
|-------------|---|
| 2010 | +1,1 |
| Januar | +0,8 |
| Februar | +0,6 |
| März | +1,1 |
| April | +1,0 |
| Mai | +1,2 |
| Juni | +0,9 |
| Juli | +1,2 |
| August | +1,0 |
| September | +1,3 |
| Oktober | +1,3 |
| November | +1,5 |
| Dezember | +1,7 |

ölprodukte am stärksten (z. B. Leichtes Heizöl: +22,6 %, Kraftstoffe: +11,2 %).

Dieser enorme Preisanstieg, vor allem beim Leichten Heizöl, wurde durch die Preisentwicklung der anderen Haushaltsenergien (z. B. Strom +3,2 %, Umlagen für

Zentralheizung und Fernwärme –8,4 %, Gas: –8,6 %) stark gedämpft.

Neben den Energiepreisen wurde die Gesamtteuerung durch den Anstieg der Nahrungsmittelpreise deutlich beeinflusst (+1,6 %). Preiserhöhungen gab es hier insbesondere bei Obst (+5,2 %) und Gemüse (+6,3 %). Ebenfalls erheblich teurer war im Vergleich zu 2009 die Butter (+23,7 %).

Klar sichtbar wird der Einfluss der Energie- und Nahrungsmittelpreise auf die Inflationsrate im Jahr 2010, wenn man diese Bereiche aus dem Verbraucherpreisindex herausrechnet. Ohne Energie und Nahrungsmittel lag die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahr bei nur 0,7 %. Dieser Teilbereich umfasst vor allem Dienstleistungen (einschl. Nettokaltmiete) sowie Gebrauchsgüter.

Die Dienstleistungen wurden im Jahr 2010 gegenüber 2009 auf Verbraucherebene nur leicht teurer (+0,8 %). Wesentlich in diesem Bereich ist die Nettokaltmiete mit gut 20 % Gewicht im Wägungsschema des Verbraucherpreisindex. Hier lagen die Preise um 1,1 % über dem Niveau des Vorjahres. Preissenkungen waren im Bereich der Telekommunikation (Festnetz, Internet und Mobilfunk) zu beobachten (–2,0 %). Mehr als im Jahr 2009 mussten die Verbraucher für Sport- und Erholungsdienstleistungen (+2,7 %) bezahlen. Auch Verkehrsdienstleistungen (+2,0 %) sowie Versicherungsdienstleistungen (+1,6) wurden 2010 gegenüber dem Vorjahr teurer.

Im Bereich der langlebigen Gebrauchsgüter war die Preisentwicklung im Jahr 2010 gegenüber 2009 für die Verbraucher günstig (–0,4 %). Hier verbilligten sich vor allem Fernsehgeräte (–20,1 %), Personalcomputer (–10,4 %) und Notebooks (–12,1 %). Im Bereich der Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer sind es vor allem Bekleidung (+0,7 %) und Schuhe (+1,1 %), deren Preise zum Vorjahr nur moderat stiegen. → Abb. 3

Abb. 2: Jahresteuierungsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex für Deutschland, in %

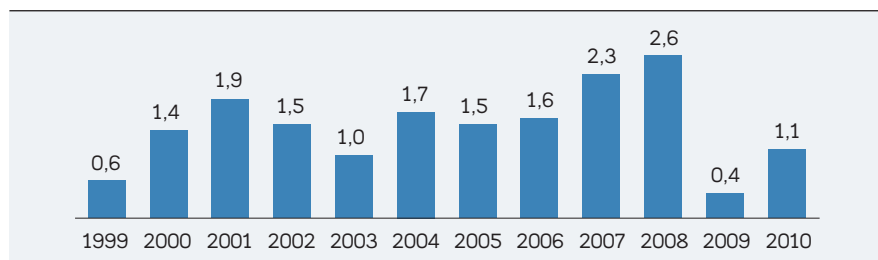
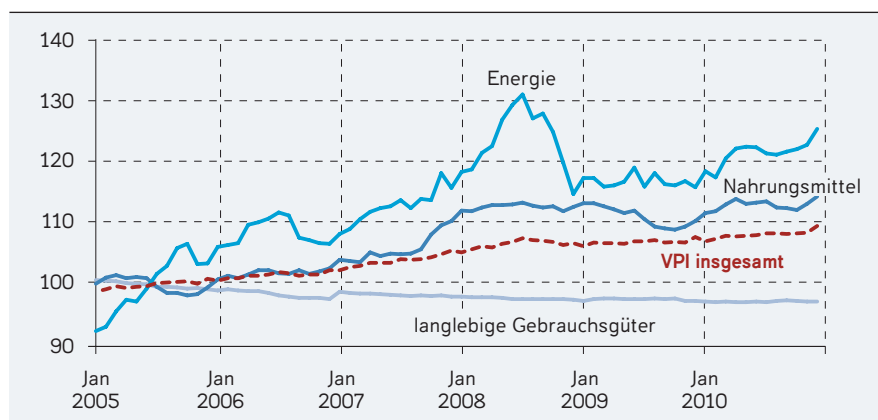


Abb. 3: Preisentwicklung, (2005=100)



VPI = Verbraucherpreisindex.

Die Finanzstatistiken liefern mit ihren umfangreichen Daten ein umfassendes und detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Diese umfasst die öffentlichen Haushalte (Kernhaushalte) von Bund, Ländern, Gemeinden und der gesetzlichen Sozialversicherung sowie ausgegliederte öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem, meist kaufmännischem Rechnungswesen. Wichtige Aufgaben, für die öffentliche Haushaltsmittel ausgegeben werden, sind vor allem die soziale Sicherung der Bürger, Bildung, Wissenschaft und Kultur, öffentliche Sicherheit, Ordnung und Rechtsschutz sowie die Verteidigung. Die Bedeutung finanzstatistischer Daten als Grundlage für zentrale finanz-, wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen lässt sich am hohen Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (48 % im Jahr 2009) erkennen. Im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich dieser Anteil in den letzten Jahren erhöht.

In der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion kommt der stabilen öffentlichen Haushaltswirtschaft eine ganz besondere Bedeutung zu. Sie unterliegt daher einem Überwachungsverfahren, das im Maastricht-Vertrag festgelegt wurde. Die Einhaltung der jährlichen Grenzwerte für das Staatsdefizit (3 %) und den Stand der öffentlichen Schulden (60 %), jeweils gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), sind die wichtigen Zielgrößen des europäischen Stabilitätspakts. Sie werden auf Basis finanzstatistischer Daten nach den international vergleichbaren Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen berechnet. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise stellt sich in besonderem Maße die Frage, welche Auswirkungen die unterschiedlichen Formen der staatlichen Stützungsmaßnahmen (auch im Rahmen des Euro-

päischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes) auf den Finanzierungssaldo (Defizit bzw. Überschuss) und den Schuldenstand des Staates haben.

4.4.1 Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

Bund, Länder, Gemeinden und die gesetzliche Sozialversicherung haben vielfältige öffentliche Aufgaben, deren Erfüllung hohe Ausgaben verursachen. Entsprechende Einnahmen zu ihrer Finanzierung stehen diesen Bereichen überwiegend aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, aber auch aus anderen Quellen zur Verfügung. Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo (Defizit oder Überschuss) des öffentlichen Gesamthaushalts. Da seit den 1950er Jahren die öffentlichen Ausgaben mehrheitlich die Einnahmen übertrafen, wurden die erforderlichen Mittel überwiegend durch Schuldenaufnahme am Kreditmarkt gedeckt. Die Summierung dieser jährlichen Schuldenzuwächse führte Ende 2009 zu einem Schuldenstand in Höhe von

1 694,4 Mrd. Euro. Daraus resultierende Zins- und Tilgungsansprüche belasten die öffentlichen Haushalte in der Zukunft.

→ Abb. 1.2

Die bereinigten Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der gesetzlichen Sozialversicherung) stiegen 2009 auf 1 126,7 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Erhöhung von rund 7 %. Betrachtet man die Untergliederung nach Ebenen, zeigt sich, dass der größte Ausgabenblock mit 505,6 Mrd. Euro auf die gesetzliche Sozialversicherung entfiel. Diese umfasst die gesetzliche Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung, die Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit. Der zweitgrößte Ausgabenanteil entfiel auf den Bund in Höhe von 346,5 Mrd. Euro. 298,8 Mrd. Euro der öffentlichen Ausgaben wurden von den 16 Bundesländern und 177,2 Mrd. Euro von der kommunalen Ebene getätigt (Hinweis: Die Addition der Ebenen enthält Doppelzählungen und ist deshalb größer als die Summe der bereinigten Ausgaben).

Abb. 1: Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts, in Mrd. EUR

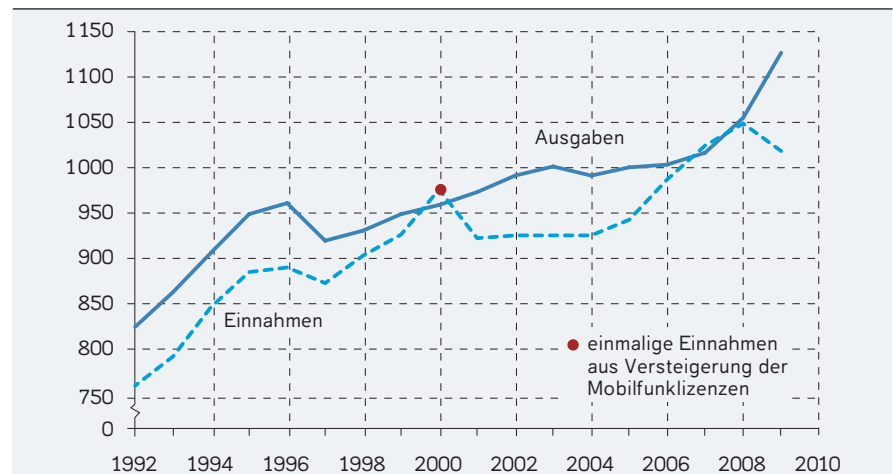
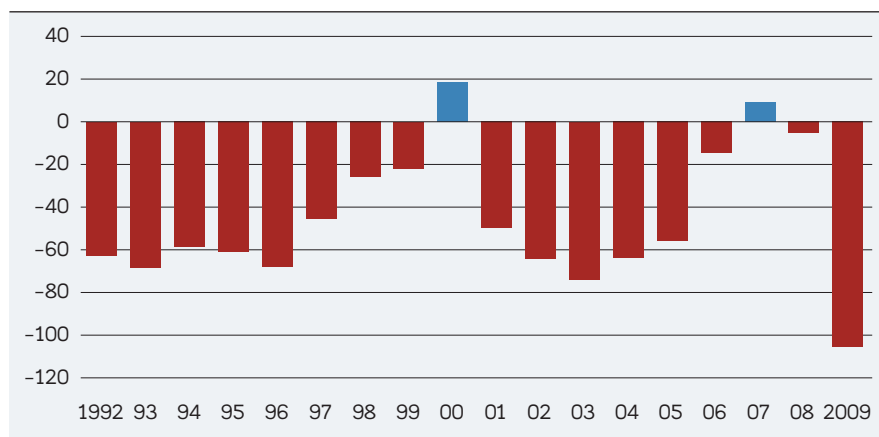


Abb. 2: Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts, in Mrd. EUR



In finanzstatistischer Abgrenzung.

Im Zeitraum seit 1992, als erstmalig finanzstatistische Daten für das vereinigte Deutschland erhoben wurden, sind die Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung mit 57 % überproportional angestiegen. Wesentliche Gründe für diese Entwicklung sind die Wiedervereinigung, die Einführung der Pflegeversicherung 1995 sowie zusätzliche Ausgaben aufgrund der zurückhaltenden Wirtschaftsentwicklung z. B. bei der Bundesagentur für Arbeit wegen gestiegener Arbeitslosenzahlen u. a. in den Jahren nach der Wiedervereinigung. [i](#)

[i](#) Öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft

Zu den finanzstatistischen Erhebungen der öffentlichen Finanzen gehören die vierteljährliche Kassenstatistik, die Jahresrechnungsstatistik, die jährliche Schuldenstatistik, die Finanzvermögensstatistik, die vierteljährliche Erhebung der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen und die Jahresabschlussstatistik. Die Personalstatistiken sind weitere Statistiken des öffentlichen Bereichs.

In die verschiedenen finanzstatistischen Erhebungen werden – meist aus Aktualitätserfordernissen – zum Teil unterschiedliche Bereiche der öffentlichen Haushalte einbezogen.

Der öffentliche Gesamthaushalt in Deutschland umfasst die Kernhaushalte sowie Extrahaushalte, die sich durch Ausgliederungstendenzen entwickelt haben. Durch die methodische Einbeziehung ausgewählter Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in der Kassenstatistik ab dem Berichtsjahr 2007 und in der Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2006 entsteht ein Bruch in der Zeitreihe. Daher sind die Daten mit Ergebnissen der Vorjahre nicht mehr direkt vergleichbar.

Zu den **Kernhaushalten** gehören: die Haushalte des Bundes, der Länder, die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile), die kommunalen Haushalte und die gesetzliche Sozialversicherung (Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit).

Zu den **Extrahaushalten** gehören: Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Mehr-

heitsbeteiligung der öffentlichen Hand, welche – in selbstständiger oder unselbstständiger Form – mit eigenem Rechnungswesen geführt und nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen dem Sektor Staat zugerechnet werden.

Bei der Darstellung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen in Abschnitt 4.4.1 wurden die Ergebnisse der **jährlichen Rechnungsstatistik** des öffentlichen Gesamthaushalts verwendet. Diese Ergebnisse werden nach den Rechnungsabschlüssen erstellt und umfassen im Erhebungsbereich den Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile an der Europäischen Union, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die gesetzliche Sozialversicherung.

Aktueller, jedoch nicht so detailliert, sind die Ergebnisse der **vierteljährlichen Kassenstatistik**. Sie basieren auf vierteljährlichen Kassenabschlüssen. Für die Darstellung nach Ebenen sowie für die öffentlichen Finanzen im Jahr 2009 wurden Kassenergebnisse verwendet. Neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder und der gesetzlichen Sozialversicherung umfassen sie auch ausgewählte quantitativ bedeutsame ausgegliederte Fonds, Einrichtungen und Unternehmen dieser Ebenen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Daneben beinhalten sie die Finanzanteile an der Europäischen Union sowie die Gemeinden und Gemeindeverbände.

Erhebungseinheiten der **jährlichen Schuldenstatistik** sind Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Zweckverbände und Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die mehrheitlich vom öffentlichen Gesamthaushalt (auch von diesen gemeinsam) bestimmt sind.

Der Erhebung der Passiva steht die Erhebung der Finanzaktiva im Rahmen der **Finanzvermögensstatistik** gegenüber. Zu ihrem Berichtskreis gehören Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Extrahaushalte.

Parallel zur Kassenstatistik werden die **Vierteljahresdaten der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen** erhoben, die zum Staatssektor zählen (Extrahaushalte). Es werden lediglich ausgewählte Positionen der Jahresabschlussstatistik abgefragt.

In der **Jahresabschlussstatistik** erfolgt die umfangreichere Erhebung der Bilanzdaten aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen einschließlich der Daten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anlagennachweises.


Zu den **Personalstatistiken** gehören die Personalstandstatistik, die Versorgungsempfängerstatistik und die Sonderversorgungsempfängerstatistik. Aufgrund ihrer Struktur der Personalvergütungen und der Versorgungsleistungen ergänzen sich Personalstandstatistik und Versorgungsempfängerstatistik für weitergehende Untersuchungen mit den Finanzstatistiken.

Viele Dienstleistungen der öffentlichen Hand, wie z. B. Schulen, Hochschulen, Polizei und Rechtsschutz (Gerichtswesen, Justizvollzugsanstalten), Gesundheitswesen, Verteidigung, Bau-, Steuer- und Zollverwaltung, sind sehr personalintensiv. Hohe Anforderungen an das Dienstleistungsangebot des Staates erfordern entsprechendes Fachpersonal. Bei den meisten öffentlichen Haushalten fallen daher besonders die Personalausgaben ins Gewicht. In den Ländern, die in großem Umfang für die Durchführung und Finanzierung personalintensiver öffentlicher Aufgaben zuständig sind, erreichten sie 2009 einen Anteil von 36 % des Ausgabenvolumens. Im kommunalen Bereich machten die Personalausgaben einen Anteil von 25 % aus. Am niedrigsten waren sie beim Bund mit einem Anteil von 12 % seiner Gesamtausgaben. Der öffentliche Gesamthaushalt wendete 2009 einen Betrag von 210,5 Mrd. Euro für das Personal (einschließlich Pensionen u. Ä.) auf. Das waren knapp 19 % ihrer Gesamtausgaben.

Für Baumaßnahmen und sonstige Sachinvestitionen wurden in Deutschland 2009 öffentliche Ausgaben in Höhe von 40,5 Mrd. Euro getätigt. Rund 54 % hiervon entfielen allein auf den kommunalen Bereich. Die Zinsausgaben erreichten 2009 ein Volumen von 64,4 Mrd. Euro, wobei 60 % der Ausgaben zu Lasten des Bundes gingen. Bei einem Anstieg der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts im Jahr 2009 um 7,4 % gegenüber dem Vorjahr – unter anderem als Folge der durch die Finanzmarktkrise erforderlichen Maßnahmen – war gleichzeitig ein Rückgang der Zinszahlungen um 5,1 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Diese Entwicklung war auch auf günstige Zinskonditionen am Kreditmarkt zurückzuführen, die bei Neuauflagen und Umschuldungen von Krediten wirksam wurden.

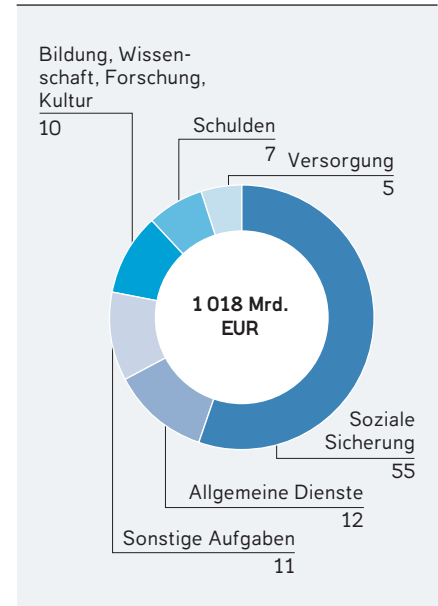
Weitere wichtige Ausgabenposten des öffentlichen Gesamthaushalts sind der laufende Sachaufwand mit 271 Mrd. Euro

im Jahr 2009 (z. B. Ausgaben für Heiz-, Energie- und Betriebskosten, für Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens, für Verbrauchsmittel; auch sämtliche militärischen Anschaffungen sind hierin enthalten) sowie Zuschüsse an private Haushalte (in erster Linie soziale Leistungen), an Unternehmen (Subventionen) sowie an soziale und sonstige Einrichtungen im In- und Ausland in Höhe von zusammen 463,4 Mrd. Euro.


2009 standen den öffentlichen Ausgaben von 1 126,7 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern, steuerähnlichen Abgaben und anderen Einnahmequellen (z. B. Gebühren, Mieten, Verkaufserlöse für Beteiligungen und Sachvermögen, Zinsen) von insgesamt 1 021,1 Mrd. Euro gegenüber. An Krediten hatte der öffentlichen Gesamthaushalt zusammen netto 83,7 Mrd. Euro (Saldo der Schuldenaufnahme und Schuldentilgung) aufgenommen. Das war der größte Betrag seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland – auch hier zeigt sich eine Folge der Finanzmarktkrise. 

Die Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts waren im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % rückläufig. Grund dafür war die Abnahme der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben infolge der schwierigen Wirtschaftsentwicklung. 2009 flossen 909,6 Mrd. Euro Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in die öffentlichen Kassen. Steuern sind die originäre Einnahmequelle der öffentlichen Haushalte, ihre Bedeutung für die einzelnen Bereiche ist jedoch sehr unterschiedlich. Von ihrem Rückgang waren Kommunen (–11,4 %) und Länder (–8,8 %) mit höheren Anteilen betroffen als der Bund (–3,1 %). Während sich Bund und Länder (mit rund 87 % bzw. 70 %) überwiegend aus dieser Einnahmequelle finanzierten, betrug der Anteil der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben bei den Kommunen lediglich 37 %. Bei diesen spielen Länderzuweisungen, vor allem Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, eine

Abb. 3: Ausgaben des öffentlichen Haushalts nach Aufgabenbereichen 2007, in %



bedeutendere Rolle. Die Beitragseinnahmen der gesetzlichen Sozialversicherung, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben zählen, betragen 384,1 Mrd. Euro. Bei den übrigen Haushaltsebenen bestehen die steuerähnlichen Abgaben vor allem aus Münzeinnahmen (beim Bund) und Spielbankabgaben (bei den Ländern).

Der weitaus größte Ausgabenblock entfällt mit einem Anteil von 55 % auf die soziale Sicherung, die unter anderem die Familien-, Sozial- und Jugendhilfe, die Arbeitsmarktpolitik und die gesetzliche Sozialversicherung beinhaltet. Den zweithöchsten Anteil an den Ausgaben hatten mit 12 % die allgemeinen Dienste, zu denen Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz sowie politische Führung und zentrale Verwaltung gehören. Ausgaben für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur beanspruchten 10 %, gefolgt von den Ausgaben für den Schuldendienst mit 7 %. Für die Versorgung (z. B. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung von Beamten und Richtern) wurden 5 % der Ausgaben aufgewandt.  **Abb. 3**



Finanzmarktkrise

Was im Juni 2007 in den USA als Immobilienkrise begann, führte zu Jahresbeginn 2008 zur schwersten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit. Auch deutsche Banken wie z.B. verschiedene Landesbanken sowie die Hypo Real Estate und die Commerzbank gerieten in die Krise.

In Deutschland trat im Oktober 2008 das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Kraft, das ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Wiederherstellung des Vertrauens in das Finanzsystem und zur Stabilisierung des Finanzsektors enthielt. Im Mittelpunkt des Gesetzes stand die Errichtung des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) mit einem Finanzrahmen von bis zu 480 Mrd. Euro (400 Mrd. Euro für Garantien, 80 Mrd. Euro für Staatsbeteiligungen) zur Sicherung der Stabilität von Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und anderen Finanzinstituten. Da die Krise sich auch auf andere Branchen ausweitete, beschloss die Bundesregierung im November 2008 und Februar 2009 zwei Konjunkturpakete (Konjunkturpaket I und II) für Deutschland. Zudem wurde ein weiteres Sondervermögen des Bundes, der »Investitions- und Tilgungsfonds (ITF)«, geschaffen, welches Maßnahmen des Konjunkturpaketes II im Jahr 2009 mit einem Betrag von bis zu 16,9 Mrd. Euro finanzieren sollte. Eine bekannte Maßnahme im Rahmen des Konjunkturpaketes II war z. B. das mit bis zu 5 Mrd. Euro dotierte Programm der Umweltprämie (»Abwrackprämie«), für welches im Jahr 2009 ca. 4,1 Mrd. Euro bereitgestellt wurden.

Mit den Gesetzen zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds bzw. zur Fortentwicklung der Finanzmarktstabilisierung wurde zudem ermöglicht, Abwicklungsanstalten zu gründen und Bankbilanzen zu bereinigen. Eine Abwicklungsanstalt ist eine teilrechtsfähige, wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Anstalt des öffentlichen Rechts innerhalb der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA). Ihre

primäre Aufgabe ist die Stabilisierung von Kreditinstituten bzw. Finanzholding-Gesellschaften und deren Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften sowie des gesamten Finanzmarktes. Zu diesem Zwecke können Abwicklungsanstalten Risikopositionen und nicht-strategienotwendige Geschäftsbereiche einer übertragenden Gesellschaft übernehmen und diese abwickeln. Beispiele für Abwicklungsanstalten sind die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) oder die FMS Wertmanagement.

Die Finanzstatistiken können die finanziellen Auswirkungen aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen auf den öffentlichen Gesamthaushalt gut abbilden. In der Kassenstatistik werden zeitnah kassenwirksame Einnahmen und Ausgaben wiedergegeben. In der Schuldenstatistik lassen sich zudem Rückschlüsse auf den Umfang der übernommenen Garantien für Schuldtitel und Verbindlichkeiten von Unternehmen des finanziellen Sektors insgesamt sowie die sich daraus ergebenden Veränderungen des Volumens aller vom Staat übernommenen Gewährleistungen, Garantien und sonstigen Sicherheiten ziehen. Auch die Auswirkungen von Beteiligungserwerben im Rahmen der Stabilisierungsmaßnahmen auf Unternehmen des finanziellen Sektors sowie auf den Umfang des öffentlichen Finanzvermögens können ermittelt werden. Vierteljährlich und jährlich lässt sich zudem zeigen, wie sich die öffentlichen Schulden im Zusammenhang mit den Maßnahmen verändern.

Da aufgrund der Finanzmarktkrise gemeinsame finanzielle Interventionen der EU am Finanzmarkt erforderlich wurden, sind andererseits noch detailliertere Informationen über die finanzielle Situation der Nationalstaaten notwendig. In diesem Zusammenhang wurde durch eine im Juli 2010 in Kraft getretene EU-Verordnung die nationale Auskunftspflicht der meldenden Stellen für Prüfungen der EU erweitert.

trugen die Steuereinnahmen insgesamt 524,0 Mrd. Euro und damit 37,2 Mrd. Euro bzw. 7% weniger als 2008. Die Steuereinnahmen lassen sich nach der Ertragskompetenz, das heißt der Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften, aufgliedern.

Den größten Teil der Steuern machten die Gemeinschaftsteuern aus (370,7 Mrd. Euro). Das sind Steuern, die auf mehrere Gebietskörperschaften aufgeteilt werden. Innerhalb der Gemeinschaftsteuern waren die Umsatzsteuer (einschl. Einfuhrumsatzsteuer) mit 177,0 Mrd. Euro und die Lohn- und veranlagte Einkommensteuer mit 161,6 Mrd. Euro am ertragreichsten. Bei den reinen Bundessteuern (89,3 Mrd. Euro) erbrachte die Energiesteuer die höchsten Einnahmen (39,8 Mrd. Euro). Von den Gemeindesteuern (44,0 Mrd. Euro) hatte die Gewerbesteuer mit 32,4 Mrd. Euro und bei den Landessteuern (16,4 Mrd. Euro) die Grunderwerbsteuer mit 4,9 Mrd. Euro den größten Stellenwert. Gegenüber dem Vorjahr sank das Aufkommen an der Einfuhrumsatzsteuer um 10,1 Mrd. Euro (-22%), der Körperschaftsteuer um 8,7 Mrd. Euro (-55%) und der Gewerbesteuer um 8,6 Mrd. Euro (-21%). Die sechs aufkommensstärksten Steuern (Umsatz-, Lohn-, Energie-, Einfuhrumsatz-, Gewerbe- und veranlagte Einkommensteuer) erbrachten somit mehr als drei Viertel aller Steuereinnahmen. Das Aufkommen der einzelnen Steuern variiert im Zeitablauf insbesondere aufgrund von Gesetzesänderungen und der Wirtschaftsentwicklung, aber auch aufgrund von Verhaltensänderungen der Steuerpflichtigen erheblich. → Tab. 1

4.4.2 Länderfinanzausgleich

Aufgabe des Länderfinanzausgleichs ist es, die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer durch Finanzhilfen angemessen auszugleichen. Dies geschieht zum einen dadurch, dass Länder mit – im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl –

Laut Definition sind Steuereinnahmen Geldleistungen, die keine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich-rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen auferlegt werden. Steuern werden

allen auferlegt, bei denen der Tatbestand der Leistungspflicht zutrifft. Neben der Einnahmeerzielung können Steuern auch einen Lenkungszweck haben. Das System der Steuern ist entsprechend unserer Wirtschaft sehr vielschichtig. Im Jahr 2009 be-

Tab. 1: Die ergiebigsten Steuern

| | Ertrag steht zu | 2007 | 2008 | 2009 |
|--|-----------------|--------------|---------|---------|
| | | in Mill. EUR | | |
| Umsatzsteuer | B/L/G/EU | 127 522 | 130 789 | 141 907 |
| Lohnsteuer ¹ | B/L/G | 131 773 | 141 895 | 135 165 |
| Energiesteuer | B | 38 955 | 39 248 | 39 822 |
| Einfuhrumsatzsteuer | B/L/EU | 42 114 | 45 200 | 35 084 |
| Gewerbesteuer | G/B/L | 40 116 | 41 037 | 32 421 |
| Veranlagte Einkommensteuer | B/L/G | 25 027 | 32 685 | 26 430 |
| Tabaksteuer | B | 14 254 | 13 574 | 13 366 |
| Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ² | B/L | 13 791 | 16 575 | 12 474 |
| Zinsabschlag/Abgeltungssteuer | B/L | 11 178 | 13 459 | 12 442 |
| Solidaritätszuschlag | B | 12 349 | 13 146 | 11 927 |
| Grundsteuer B | G | 10 358 | 10 451 | 10 580 |
| Versicherungsteuer | B | 10 331 | 10 478 | 10 548 |

B = Bund; EU = Europäische Union; G = Gemeinden; L = Länder.

¹ Nach Abzug von Kindergeld.

² Nach Abzug von Erstattungen durch das Bundesamt für Finanzen.

Tab. 2: Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen 2009

| | Länderfinanzausgleich | | Bundesergänzungszuweisungen |
|------------------------------------|-----------------------|--------------|-----------------------------|
| | in Mill. EUR | | |
| Baden-Württemberg | (-) | 1 508 | - |
| Bayern | (-) | 3 370 | - |
| Berlin | (+) | 2 893 | (+) 2 759 |
| Brandenburg | (+) | 506 | (+) 1 816 |
| Bremen | (+) | 434 | (+) 203 |
| Hamburg | (-) | 49 | - |
| Hessen | (-) | 1 919 | - |
| Mecklenburg-Vorpommern | (+) | 457 | (+) 1 365 |
| Niedersachsen | (+) | 114 | (+) 18 |
| Nordrhein-Westfalen | (-) | 61 | - |
| Rheinland-Pfalz | (+) | 295 | (+) 204 |
| Saarland | (+) | 93 | (+) 111 |
| Sachsen | (+) | 921 | (+) 3 194 |
| Sachsen-Anhalt | (+) | 520 | (+) 1 945 |
| Schleswig-Holstein | (+) | 171 | (+) 146 |
| Thüringen | (+) | 502 | (+) 1 793 |
| Ausgleichsvolumen insgesamt | | 6 907 | 13 554 |

Bundesergänzungszuweisungen: Empfänger (+).

hohen Steuereinnahmen an Länder mit niedrigeren Einnahmen Ausgleichszahlungen leisten (horizontaler Finanzausgleich). Zum anderen werden direkte Zahlungen des Bundes an finanzschwache Länder (vertikaler Finanzausgleich) geleistet. Konkret festgemacht wird dies an der zentralen Zielgröße des Länderfinanzausgleichs, der bundesdurchschnittlichen Steuerkraft je Einwohner. Unter-

schreiten die tatsächlichen Steuereinnahmen eines Landes je Einwohner den Bundesdurchschnitt, so ist es grundsätzlich ausgleichsberechtigt. Überschreiten sie ihn, ist das betreffende Land grundsätzlich ausgleichspflichtig. Beim Ausgleich sind jedoch Sicherungen eingebaut, die eine Übernivellierung vermeiden sollen. Die Leistungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs haben sich bedingt

durch den Rückgang der Steuereinnahmen und damit der Finanzkraftmesszahlen der ausgleichspflichtigen Länder auf 6,9 Mrd. Euro verringert. → Tab. 2

4.4.3 Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit

Die Aufmerksamkeit der deutschen Politik und Öffentlichkeit richtete sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Ausgaben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA). Im Mai 2005 wurde vom EU-Ministerrat ein Stufenplan verabschiedet, in dessen Rahmen sich Deutschland verpflichtete, den Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 %

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)

Zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA = Official Development Assistance) zählen vor allem die Ausgaben für die technische und die finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern für Nahrungsmittel-, Not- und Flüchtlingshilfe sowie Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Vereinte Nationen) und Schuldenerlasse. Neben der ODA werden auch noch sonstige öffentliche und private Leistungen an Entwicklungsländer erbracht (z. B. Leistungen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen, Direktinvestitionen, Exportkredite).

Tab. 3: Ausgaben für öffentliche

| | ODA-Leistungen insgesamt | Anteil am Bruttonationaleinkommen |
|------|--------------------------|-----------------------------------|
| | in Mill. EUR | in % |
| 1992 | 6 047 | 0,37 |
| 1995 | 5 515 | 0,31 |
| 2000 | 5 458 | 0,27 |
| 2005 | 8 112 | 0,36 |
| 2008 | 9 693 | 0,38 |
| 2009 | 8 674 | 0,35 |

Quelle: 1992 bis 2004 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ab 2005 Statistisches Bundesamt.

zu erhöhen. Für das Berichtsjahr 2009 ergab sich eine ODA-Quote von 0,35 %. In absoluten Zahlen ausgedrückt entsprach das ODA-Leistungen in einer Höhe von 8,7 Mrd. Euro, wobei sich 5,1 Mrd. Euro auf die bilaterale und 3,6 Mrd. Euro auf die multilaterale Zusammenarbeit bezogen. Den größten Anteil an den Ausgaben hatte mit 5,5 Mrd. Euro (64 %) das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

 → Tab. 3

4.4.4 Schulden und Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

Soweit bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben die Ausgaben nicht durch Einnahmen der laufenden Periode oder durch in früheren Jahren gebildete Rücklagen gedeckt werden können, nehmen die öffentlichen Haushalte Schulden am Kreditmarkt auf. Neben Schulden bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen sowie sonstigen in- und ausländischen Stellen hat in den letzten Jahren die Bedeutung der Kassenkredite zur kurzfristigen Liquiditätsüberbrückung stark zugenommen. Daher werden diese rechnerisch in die Kreditmarktschulden einbezogen. Die Kreditmarktschulden des öffentlichen Gesamthaushalts einschließlich der Kassenkredite stiegen im Jahr 2009 im Vergleich zu 1992 um mehr als eine Billion Euro an und beliefen sich am 31. Dezember 2009 auf 1 694 Mrd. Euro. Der größte Teil der Verschuldung ist mit 1 054 Mrd. Euro (62 %) auf den Bund zurückzuführen, gefolgt von den Haushalten der Länder mit 527 Mrd. Euro (31 %) und den Haushalten der Gemeinden einschließlich der Gemeindeverbände und der Zweckverbände mit weiteren 114 Mrd. Euro (7 %).

Die Schuldenlast stieg seit 1992 unter anderem infolge finanzpolitischer Anforderungen durch die deutsche Vereinigung an. 1995 wurde mit der bisher höchsten absoluten Schuldenzunahme, insbesondere aufgrund der Übernahme der Schulden

der aufgelösten Treuhandanstalt und des neu errichteten Erblastentilgungsfonds in Höhe von 170,7 Mrd. Euro die Billionengrenze überschritten. → Abb. 4

Bei einem Vergleich der Verschuldung der Bundesländer ist es sinnvoll, den Schuldenstand der Kommunen und der Länder insgesamt einzubeziehen. Grund hierfür ist der unterschiedlich hohe Kommunalisierungsgrad in den Bundesländern, das heißt die verschieden starke Verlagerung der Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene. Mit dieser unterschiedlichen Aufgabenteilung geht eine landesspezifische Struktur der Einnahmen und Ausgaben und des Schuldenstandes zwischen Land und Kommunen einher. Wird der Schuldenstand der Länder und der Gemeinden sowie der Gemeindeverbände 2009 im Vergleich zum Vorjahr betrachtet, sind die vier größten prozentualen Erhöhungen in Baden-Württemberg mit 31 %, in Bayern mit 15 %, in Schleswig-Holstein mit 14 % und in Hamburg mit 11 % zu verzeichnen. Der überwiegende Teil dieser Schuldenanstiege ist auf staatliche Stützungsmaßnahmen für die durch die Finanzmarktkrise in finanzielle Notlagen geratenen Landesbanken zurückzuführen. → Abb. 5

Neben der Entwicklung des Schuldenstandes stellt die Pro-Kopf-Verschuldung einen wichtigen Indikator für einen Ländervergleich dar. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen 2009 die Stadtstaaten Bremen mit 24 363 Euro, Berlin mit 17 141 Euro und Hamburg mit 13 534 Euro aus. Aber auch im Saarland und in Schleswig-Holstein betrug die Pro-Kopf-Verschuldung jeweils über 10 000 Euro. Ein Vergleich der Pro-Kopf-Verschuldung mit 1992 lässt erkennen, dass die Verschuldung je Einwohnerin und Einwohner in allen Ländern angestiegen ist – die höchsten absoluten Steigerungen sind in den Stadtstaaten Berlin mit 14 097 Euro und Bremen mit 12 072 Euro zu verzeichnen, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit einer Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung um 8 442 Euro. → Tab. 4

Zusammen mit der Schuldenstatistik bildet die Statistik über das öffentliche Finanzvermögen die Grundlage für die Stabilitätsberichterstattung durch die Deutsche Bundesbank an die Europäische Kommission. Im Jahr 2009 stand den 1 694 Mrd. Euro Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts ein Finanzvermögen in Höhe von 216 Mrd. Euro gegenüber. Davon entfielen 96 Mrd. Euro

Abb. 4: Entwicklung der Kreditmarktschulden einschließlich der Kassenkredite des öffentlichen Gesamthaushalts

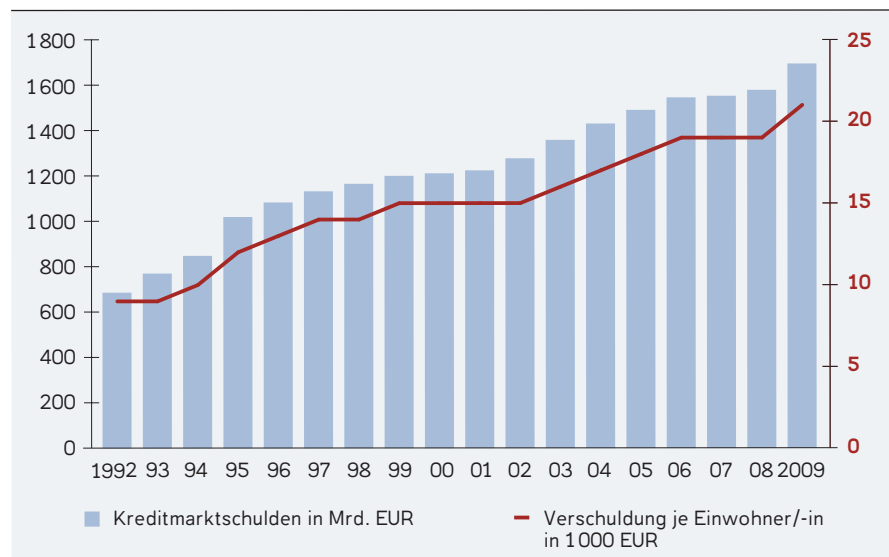
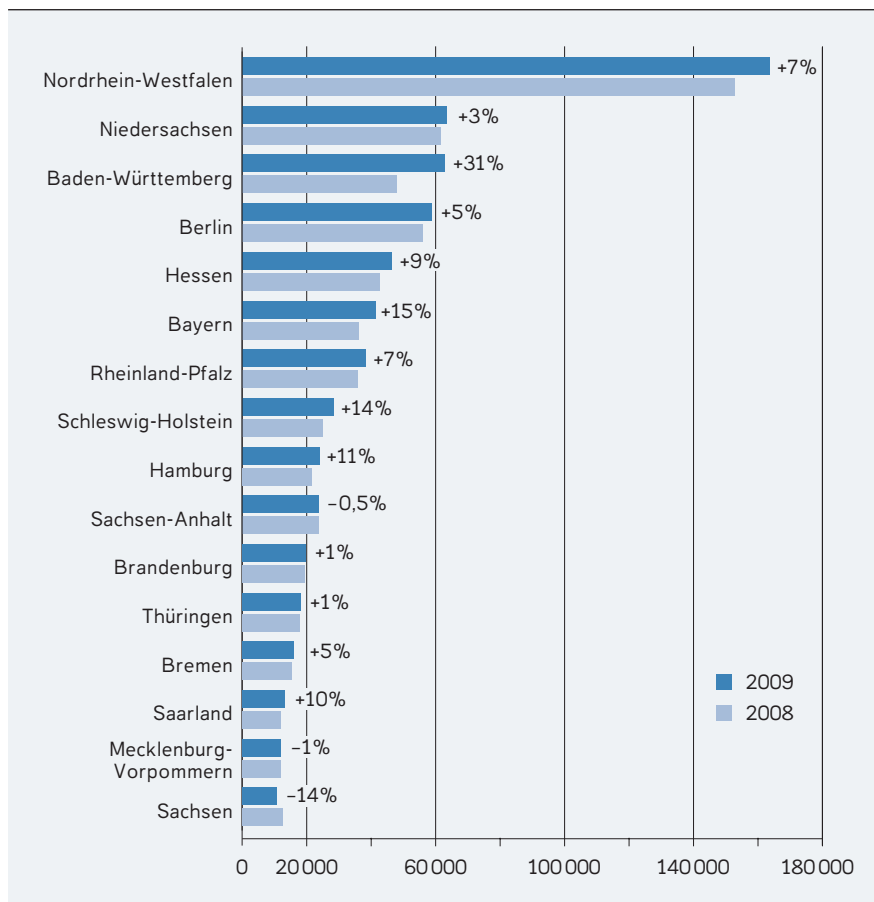


Abb. 5: Entwicklung der Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden, in Mill. EUR, Veränderung in %



Einschl. Kassenkredite.

Tab. 4: Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden je Einwohner

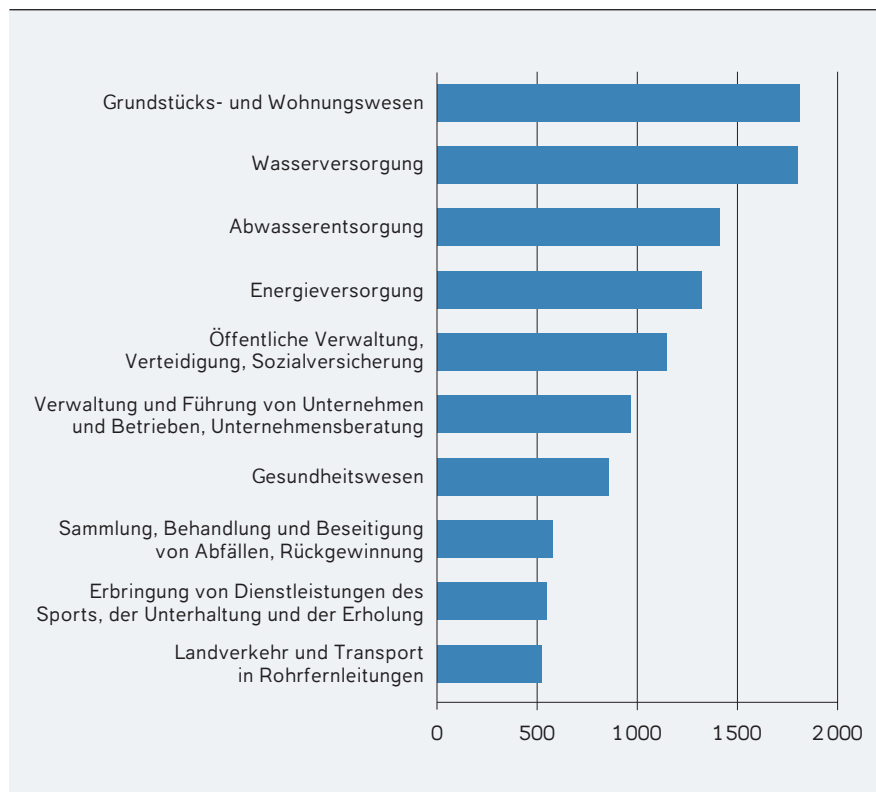
| | 1992 | 2009 |
|------------------------|--------|--------|
| | in EUR | |
| Baden-Württemberg | 2 950 | 5 835 |
| Bayern | 2 203 | 3 326 |
| Berlin | 3 044 | 17 141 |
| Brandenburg | 1 546 | 7 779 |
| Bremen | 12 291 | 24 363 |
| Hamburg | 6 331 | 13 534 |
| Hessen | 4 280 | 7 672 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 920 | 7 191 |
| Niedersachsen | 4 244 | 7 994 |
| Nordrhein-Westfalen | 4 458 | 9 145 |
| Rheinland-Pfalz | 4 150 | 9 538 |
| Saarland | 8 039 | 12 784 |
| Sachsen | 1 260 | 2 551 |
| Sachsen-Anhalt | 1 517 | 9 959 |
| Schleswig-Holstein | 4 797 | 10 052 |
| Thüringen | 1 148 | 8 011 |

auf die Ebene des Bundes, 66 Mrd. Euro auf die der Länder und 55 Mrd. Euro auf die kommunale Ebene. Den größten Anteil am Finanzvermögen stellten Bargeld und Einlagen mit 93 Mrd. Euro dar. Der Bestand an vergebenen Krediten an den nicht-öffentlichen Bereich betrug 63 Mrd. Euro, der an Wertpapieren vom nicht-öffentlichen Bereich 11 Mrd. Euro. Die sonstigen Forderungen (z. B. an Steuern, Sozialbeiträgen, Gebühren, Zahlungsrückständen) lagen bei 49 Mrd. Euro. Nicht enthalten sind Anteilsrechte sowie Wertpapiere und vergebene Kredite gegenüber dem öffentlichen Bereich. Angaben zum öffentlichen Sachvermögen lagen nicht vor.

4.4.5 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

In den 1980er Jahren begann der Staat in größerem Umfang, bestimmte Aufgaben auf Einheiten außerhalb der öffentlichen Haushalte (Kernhaushalte) auszulagern. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Streben nach einer effizienteren Aufgabenerfüllung. Zum anderen wurde die Forderung nach einem »schlanken Staat«, der sich auf seine Kernaufgaben beschränkt, immer stärker. Parallel dazu erfolgte eine Reihe von Neugründungen von öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen sowie der Einstieg der öffentlichen Hand in bestehende Unternehmen. Soweit die öffentlichen Haushalte maßgeblich, das heißt, mit mehr als 50 % des Stimmrechts oder des Nennkapitals mittelbar bzw. unmittelbar an diesen Einheiten beteiligt sind, werden sie in der Finanzstatistik unter dem Begriff »Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen« (kurz: öffentliche Unternehmen) zusammengefasst. Sie beziehen sich nicht nur auf ausgewählte Wirtschaftszweige; die Bandbreite reicht von Wohnungsbaugesellschaften, Krankenhäusern, Versorgungsunternehmen, Hochschulen bis zu den im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise entstandenen Abwicklungsanstalten.

Abb. 6: Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen 2008, Anzahl



Insgesamt 14 704. Nicht dargestellt sind die »Übrigen«; 3751 Einheiten in Wirtschaftszweigen mit weniger als 500 Berichtseinheiten.

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen verfügen über ein eigenes, kaufmännisches oder kamerales Rechnungswesen, so dass ihre Einnahmen und Ausgaben nicht mehr im jeweiligen Kernhaushalt enthalten sind.

Die dargestellten Ergebnisse basieren auf der Jahresabschlussstatistik, welche ausschließlich die Erhebung der Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen umfasst. Im Berichtsjahr 2008 gab es 14 704 Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit kaufmännischem Rechnungswesen, davon 13 208 (90 %) auf der kommunalen Ebene. Der Rest verteilte sich auf Beteiligungen der Länder (8 %) und des Bundes (2 %). Die meisten öffentlichen Unternehmen wurden in der Rechtsform der GmbH (58 %) und des Eigenbetriebs (26 %) geführt. Rund 7 % der öffentlichen Unternehmen waren Zweckverbände.

Die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Haupttätigkeit öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen lagen 2008

Tab 5: Ausgewählte Daten zur Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanzsumme öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 2008

| | Umsatzerlöse | Materialaufwand zusammen | Personalaufwand zusammen | Jahresergebnis | Bilanzsumme |
|---|----------------|--------------------------|--------------------------|----------------|------------------|
| | in Mill. EUR | | | | |
| Insgesamt | 333 098 | 194 881 | 89 801 | 3 906 | 1 321 522 |
| darunter: | | | | | |
| Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung | 3 719 | 2 492 | 1 749 | 2 570 | 118 502 |
| Energieversorgung | 127 291 | 107 998 | 6 803 | 1 601 | 100 587 |
| Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung) | 18 312 | 3 105 | 7 079 | 798 | 92 325 |
| Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung | 10 928 | 5 757 | 2 557 | 561 | 21 013 |
| Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr | 18 444 | 8 634 | 5 725 | 369 | 61 574 |
| Spiel-, Wett- und Lotteriewesen | 5 109 | 1 888 | 183 | 354 | 1 239 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | 19 194 | 9 015 | 2 559 | -509 | 134 331 |
| Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung | 12 245 | 2 687 | 9 001 | -718 | 60 960 |
| Erbringung von Finanzdienstleistungen | 8 186 | 3 818 | 666 | -1 467 | 444 344 |

Die Sortierung erfolgt in absteigender Reihenfolge des Jahresergebnisses.

in den Bereichen »Grundstücks- und Wohnungswesen« (12 %), »Wasserversorgung« (12 %), »Abwasserentsorgung« (10 %), »Energieversorgung« (9 %), »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« (8 %) sowie »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung« (7 %). → **Abb. 6**

Alle Bereiche zusammen erzielten im Jahr 2008 eine Bilanzsumme von rund 1,3 Billionen Euro, darunter entfielen die höchsten Bilanzsummen auf die Bereiche »Erbringung von Finanzdienstleistungen« (rund 444 Mrd. Euro) und »Grundstücks- und Wohnungswesen« (134 Mrd. Euro).

Die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wiesen für das Berichtsjahr 2008 einen Jahresüberschuss von knapp 4 Mrd. Euro für alle öffentlichen Unternehmen aus. Zu diesem Ergebnis trugen wesentlich die Wirtschaftszweige »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung« (2,6 Mrd. Euro) sowie »Energieversorgung« (1,6 Mrd. Euro) bei. Daneben erwirtschafteten die Bereiche »Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)« und »Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung« jeweils ein positives Jahresergebnis von über 500 Mill. Euro. Einen Jahresverlust bzw. Fehlbetrag verzeichneten die öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen verstärkt in den Wirtschaftszweigen »Erbringung von Finanzdienstleistungen« (-1,5 Mrd. Euro), »Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung« (-718 Mill. Euro) sowie »Grundstücks- und Wohnungswesen« (-509 Mill. Euro). → **Tab. 5**

4.4.6 Personal im öffentlichen Dienst

Die öffentlichen Arbeitgeber (öffentlicher Dienst und Unternehmen mit überwiegend öffentlicher Beteiligung) beschäftigten Mitte 2009 in Deutschland insgesamt rund 5,6 Mill. Mitarbeiter und Mitar-

beiterinnen (einschl. Berufs- und Zeitsoldaten bzw. -soldatinnen, aber ohne Grundwehrdienstleistende). Davon übten 3,9 Mill. Personen eine Vollzeit- und 1,7 Mill. eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr wurden 25 000 Vollzeitkräfte oder 0,6% mehr beschäftigt. Die Zahl der Teilzeitkräfte hat sich um 40 000 Personen oder 2,4 % erhöht. Der Anteil der Frauen an den Vollzeitbeschäftigten betrug 40 %, bei den Teilzeitbeschäftigten waren es 81 %.

Die Bedeutung der öffentlichen Arbeitgeber für die Erwerbstätigkeit zeigt sich, wenn das durch die öffentliche Hand bezahlte Personal in Beziehung zur Gesamtzahl der abhängig Erwerbstätigen gesetzt wird. Gemessen an den 34,2 Mill. abhängig Erwerbstätigen ergibt sich für den Bereich der öffentlichen Arbeitgeber ein Anteil von rund 16 %.

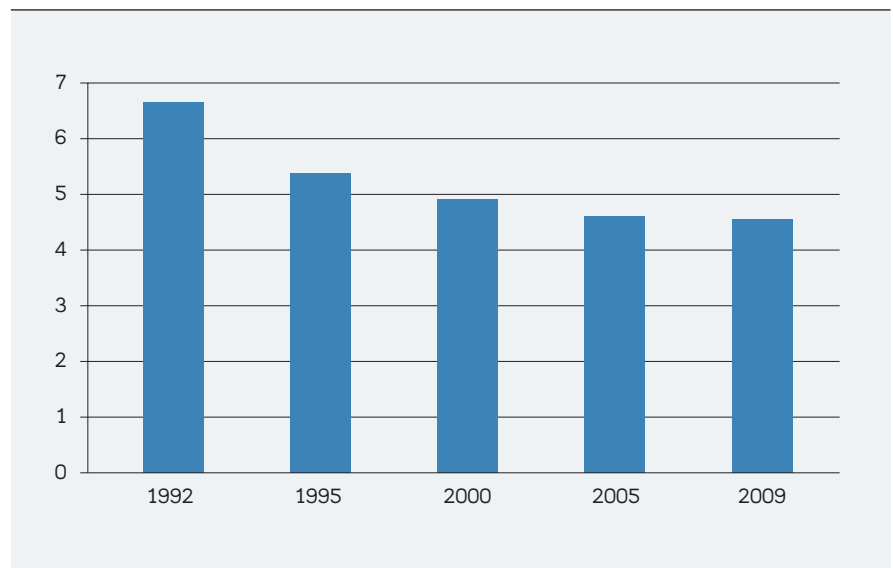
Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit der Wiedervereinigung deutlich gesunken. Im Jahr 1992 waren rund 6,7 Mill. Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt, am 30. Juni 2009 dagegen noch 4,5 Mill. Der massive Personalrückgang im öffentlichen Dienst in den 1990er Jahren resultierte in erster

Linie aus dem Zwang, die Personalausstattung der neuen Länder und der dortigen Kommunen den Verhältnissen im früheren Bundesgebiet anzupassen und aus der Privatisierung der Sondervermögen Deutsche Bundesbahn bzw. Deutsche Reichsbahn und Deutsche Bundespost. In den letzten Jahren gibt es auch einen Trend zur Privatisierung von kommunalen Krankenhäusern und zur Auslagerung von kommunalen Dienstleistungen wie etwa Abfallentsorgung oder Straßenreinigung. Mitte 2009 war erstmalig wieder ein Personalanstieg im öffentlichen Dienst zu verzeichnen, welcher überwiegend aus einer Zunahme bei Arbeitskräften mit Zeitverträgen resultierte. → **Abb. 7**

Die Schwerpunkte des Personaleinsatzes im öffentlichen Dienst lagen Mitte 2009 bei den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (21 %), der sozialen Sicherheit (16 %), der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie dem Rechtsschutz (14 %). → **Abb. 8**

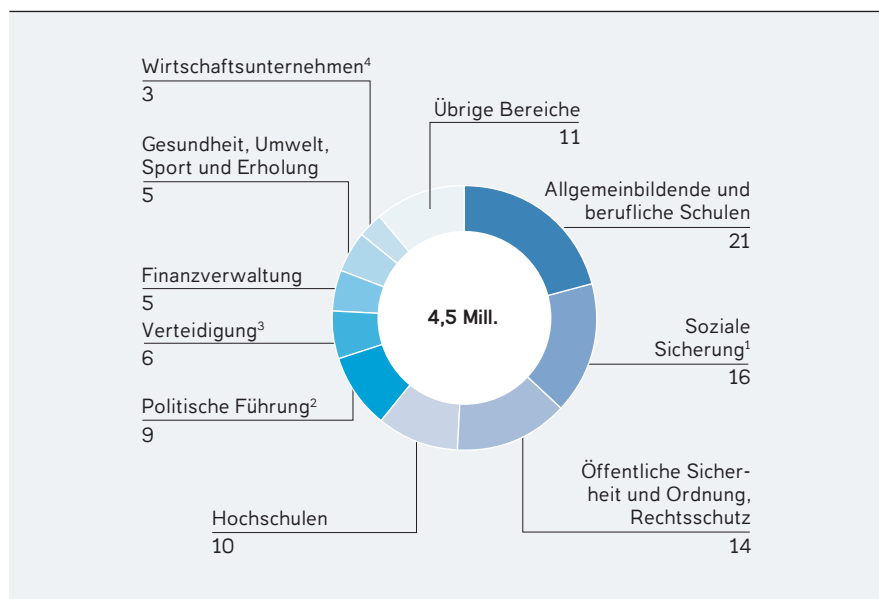
Die Gesamtzahl der pensionierten Beamten und Beamtinnen, Richter und Richterinnen sowie Berufssoldaten und Berufssoldatinnen und ihrer Hinterbliebenen (zusammen: Versorgungsempfänger und

Abb. 7: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, in Mill.



Stichtag 30. Juni.

Abb. 8: Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach Aufgabenbereichen 2009, in %



Stand Juni 2009.

- 1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.
- 2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.
- 3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten, ohne Grundwehrdienstleistende.
- 4 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

-empfängerinnen) ist seit der Wiedervereinigung erheblich gestiegen. Im Zeitraum 1992 bis 2010 hat die Anzahl der Versorgungsempfänger und -empfängerinnen des öffentlichen Dienstes um rund 21 % zugenommen. Dieser Trend ist vor allem auf den Personalaufbau im Bildungsbereich in den 1960er und 1970er Jahren im früheren Bundesgebiet zurückzuführen. Insgesamt erhielten am 1. Januar 2010 rund 1,5 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems.

Die Versorgungsempfänger und -empfängerinnen sind auf Grund der unterschiedlichen Aufgabenstruktur des aktiven Personals ungleichmäßig auf die verschiedenen Beschäftigungsbereiche verteilt. Anfang 2010 erhielten beim Bund 174 000, bei den Ländern 690 000 sowie bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden und den Zweckverbänden 110 000 ehemalige Bedienstete oder ihre Hinterbliebenen Versorgungsleistungen nach dem Beamten- und Soldatenversorgungs-

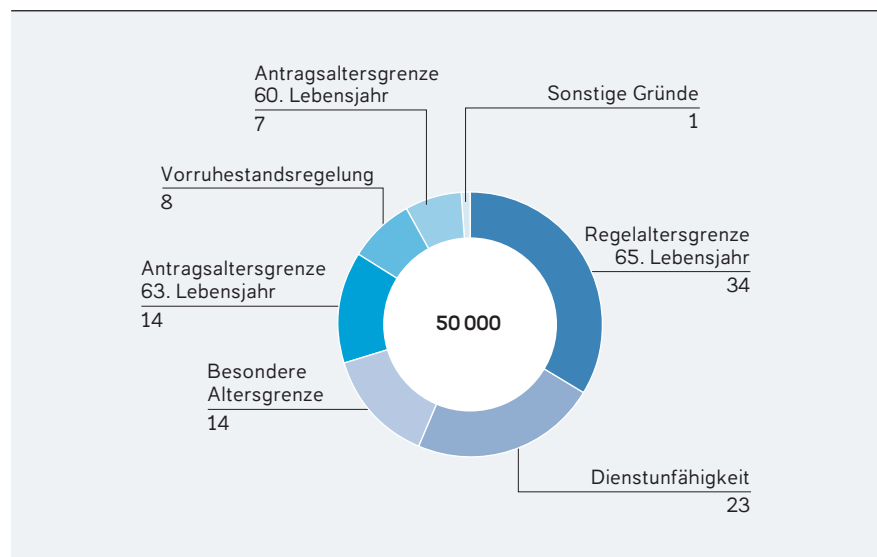
recht. Beim Bundeseisenbahnvermögen (ehemals Deutsche Bundesbahn) wurden im Januar 2010 rund 193 000 sowie beim Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (ehemals Deutsche

Bundespost) 274 000 Versorgungsempfänger und -empfängerinnen gezählt. Die Zahl ehemaliger nach dem Krieg nicht übernommener Bediensteter des Dritten Reiches und ihrer Hinterbliebenen betrug 2010 rund 24 000 Personen.

Für den Eintritt des aktiven Personals in den Ruhestand sind vor allem drei Gründe zu unterscheiden: Das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze, festgestellte Dienstunfähigkeit und die Inanspruchnahme einer Vorruhestandsregelung.

Insgesamt lag die Zahl der im Laufe des Jahres 2009 in den Ruhestand versetzten Personen im unmittelbaren öffentlichen Dienst (ohne Sozialversicherungsträger, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit, rechtlich selbstständige Unternehmen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform) bei rund 50 000. Eine Mehrheit von 68 % der Neupensionierungen erfolgte auf Grund des Erreichens einer gesetzlichen Altersgrenze. Der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit unter den Neupensionären betrug 23 %, und 8 % nahmen eine Vorruhestandsregelung in Anspruch. → **Abb. 9**

Abb. 9: Pensionierungsgründe bei Neupensionären im unmittelbaren öffentlichen Dienst 2009, in %



4.4.7 Zusammenfassung

Die föderal strukturierte öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft spiegelt sich in der Struktur und den Daten der Finanz- und Personalstatistiken wider. Die Finanzstatistiken haben die wichtige Aufgabe, ein detailliertes Gesamtbild der öffentlichen Finanzen zu erstellen und bilden damit die Grundlage für zentrale finanz-, wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Für die Meldungen Deutschlands im Rahmen des europäischen Stabilitätspaktes durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Deutsche Bundesbank sind sie eine bedeutende Datenbasis und unterliegen damit auch den hohen Qualitätsanforderungen aus der EU-Stabilitätsberichterstattung.

Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der öffentlichen Haushaltswirtschaft – hohes öffentliches Finanzierungsdefizit, Anstieg der öffentlichen Schulden – infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Anforderungen an die Belastbarkeit der Daten über die öffentlichen Finanzen weiter gestiegen. Die

2009 von der Föderalismuskommission beschlossene neue gemeinsame Schuldenregel für Bund und Länder (Schuldenbremse) und die Einführung eines Frühwarnsystems zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen bei Bund und Ländern sowie die laufende Überwachung ihrer Haushaltswirtschaft durch den Stabilitätsrat bringen gleichfalls erhöhte Anforderungen an die Qualität finanzstatistischer Daten mit sich.

Demgegenüber haben Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten (Kernhaushalten) sowie die Tendenz, das kamerale Rechnungswesen durch auf der kaufmännischen doppelten Buchführung basierende Rechnungssysteme zu ersetzen, das Gesamtbild der öffentlichen Finanzen in der Vergangenheit beeinträchtigt. Durch die Einbeziehung wichtiger ausgegliederter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in die finanzstatistische Berichterstattung und die Weiterentwicklung der finanzstatistischen Berichtssysteme werden die Finanzstatistiken jedoch auch weiterhin vergleichbare, detaillierte Daten über die öffentlichen Finanzen bereitstellen.

5 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

5.1 Arbeitsmarkt

Dominik Asef
Christian Wingerter

5.1.1 Deutschland als Arbeitsgesellschaft

Erwerbsarbeit spielt in Deutschland sowohl in gesellschaftlicher als auch in individueller Hinsicht eine zentrale Rolle. Unbestritten wird Arbeit als Hauptquelle zur Sicherung des Lebensunterhalts gesehen. Nicht minder wichtig ist die Bedeutung, die der ausgeübte Beruf und die berufliche Stellung für das Selbstverständnis jedes Einzelnen und seine gesellschaftliche Position haben. Für viele ist Arbeit ein wichtiger Teil der persönlichen Selbstentfaltung. Mit der Gleichstellung der Geschlechter nimmt die Erwerbsarbeit auch für Frauen einen immer größeren Stellenwert ein und die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen nimmt seit einiger Zeit wieder zu. Das heißt, der Teil der Bevölkerung wird größer, für den Erwerbsarbeit ein wesentlicher Teil des Alltags ist. Arbeitslosigkeit ist umgekehrt nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch wegen der gesellschaftlichen Stigmatisierung ein Problem. Die mit ihr einhergehenden Einkommensverluste zwingen meist nicht nur zum Konsumverzicht, sondern führen zu einer eingeschränkten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben der Arbeitslosen und aller von ihnen abhängigen Personen. Eine auf den Arbeitsmarkt bezogene Perspektivlosigkeit kann darüber hinaus zu persönlichen Sinnkrisen führen.

Ebenso groß ist die Bedeutung der Erwerbsarbeit auf gesellschaftlicher Ebene. Das Steuersystem und die Sozialversiche-

rungssysteme finanzieren sich über Erwerbsbeteiligung. Für materiellen Wohlstand sind die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung. Dementsprechend groß ist auch die öffentliche und politische Diskussion um die Zukunft der Arbeitswelt.

Die weiterhin rasante technische Entwicklung, die zunehmende Globalisierung der Arbeitsmärkte, der demografische Wandel in Deutschland, veränderte Beschäftigungsformen, aber auch andere Ansprüche der Menschen an die Arbeit und ihre Vereinbarkeit mit dem Privatleben werfen viele Fragen auf. Dabei wechseln die öffentlich-politisch diskutierten Zukunftsszenarien relativ schnell und sind stark von aktuellen Ereignissen geprägt. Beeinflusst durch eine immer weiter steigende strukturelle Arbeitslosigkeit, wurde Ende der 1990er Jahre das bevorstehende Ende der Arbeitsgesellschaft diskutiert. Wird uns durch die immer weiter steigende Produktivität bald die Arbeit ausgehen? Bislang ist die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft jedoch unangefochten. In der aktuellen Diskussion überlagern sich die Befürchtungen im Hinblick auf die Prekarisierung und Marginalisierung von Arbeitsverhältnissen sowie des Abwanderns auch qualifizierter Tätigkeiten in Länder wie China oder Indien mit der Diskussion um den Fachkräftemangel.

Um die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt angemessen analysieren zu können, bedarf es zuverlässiger Daten und der

Möglichkeit, diese in umfassende Zusammenhänge einzuordnen. Die amtlichen Arbeitsmarktstatistiken bedienen diesen Informationsbedarf durch eine kontinuierliche Arbeitsmarktberichterstattung. Mit weit zurückreichenden Zeitreihen bieten sie die Möglichkeit, den historischen Kontext mit in die Analysen einzubeziehen. Dies ist im Hinblick auf die Einschätzung zukünftiger Entwicklung unverzichtbar. In den letzten zehn Jahren hat die Evaluierung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen an Bedeutung gewonnen.


Kapitel 5.1 beleuchtet die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung und deren Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Bildungsstand, die Rolle von Erwerbsarbeit als Quelle für den Lebensunterhalt, die fortschreitende Entwicklung des Dienstleistungssektors (Tertiärisierung der Wirtschaft) und die damit einhergehende Veränderung bei traditionellen Berufen sowie das Ausmaß von Arbeits- oder Erwerbslosigkeit.

5.1.2 Wie erfasst die amtliche Statistik das Geschehen am Arbeitsmarkt?

Amtliche Zahlen über den Arbeitsmarkt liefern das Statistische Bundesamt und die Bundesagentur für Arbeit. Das Statistische Bundesamt erstellt Statistiken mit dem Zweck der Betrachtung des erwerbsstatistischen Gesamtsystems. Es berechnet dazu u. a. die Zahl der Erwerbstätigen

und der Erwerbslosen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Außerdem führt es jährlich die Haushaltsbefragung Mikrozensus (siehe Kapitel 2.1) mit der integrierten EU-Arbeitskräfteerhebung durch. Die Daten aus dem Mikrozensus fließen zum einen in die oben genannte ILO-Arbeitsmarktstatistik und in die Bestimmung der Erwerbstätigenzahlen ein. Sie ermöglichen außerdem tiefer gehende Untersuchungen zum Erwerbsstatus und zur Arbeitssuche mit Bezug auf soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Bildungsstand.

Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit basieren vorwiegend auf Verwaltungsdaten, die im Zusammenhang mit ihren Aufgaben der Arbeitsvermittlung und Leistungserbringung für Arbeitslose und Kurzarbeiter anfallen. Dementsprechend stellt sie Statistiken zu den registrierten Arbeitslosen, den gemeldeten Stellen, zum Ausbildungsmarkt, zur Zahlung von Lohnersatzleistungen sowie der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Programmen zur Verfügung. Hinzu kommt die Beschäftigungsstatistik, die sich aus den Meldungen der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger speist und insbesondere Informationen über sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte beinhaltet.

Die einzelnen Statistiken unterscheiden sich nicht nur in den angewandten Erhebungsmethoden, sondern teilweise auch in den zugrunde liegenden Konzeptionen und Begriffsabgrenzungen. Oftmals werden beispielsweise die Begriffe Erwerbslose und Arbeitslose synonym verwendet. Tatsächlich stecken dahinter im Sprachgebrauch der amtlichen Statistik unterschiedliche Konzepte, mit denen Personengruppen beschrieben werden, die nur teilweise identisch sind. 

Die in diesem Kapitel vorgestellten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes (Abschnitte 5.1.3 bis 5.1.8) stützen sich auf zwei Quellen: die Erwerbstätigen-

Arbeitsmarkt: Statistische Begriffe und Konzepte

Die Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes folgt dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO), das internationale Vergleiche von Arbeitsmärkten ermöglicht. Erwerbstätig im Sinne der ILO-Definition ist jede Person ab 15 Jahren, die im Berichtszeitraum gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mit-helfenden Tätigkeit gearbeitet hat, un-abhängig in welchem Umfang. Auch wer sich in einem Beschäftigungsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum vorübergehend nicht ausgeübt hat oder in einem Familienbetrieb mitgeholfen hat, gilt als erwerbstätig.

Als **erwerbslos** gilt (im Sinne der durch die EU konkretisierten ILO-Abgrenzung) jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die im Berichtszeitraum nicht erwerbstätig war und in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es dabei nicht an. Die Person muss in der Lage sein, eine neue Arbeit innerhalb von zwei Wochen aufzunehmen. Die Einschaltung einer Agentur für Arbeit oder eines kommunalen Trägers in die Suchbemühungen ist für die Einstufung nicht erforderlich. Fasst man Erwerbslose und Erwerbstätige zusammen, spricht man von **Erwerbspersonen**.

Arbeitslose sind Personen, die als solche amtlich registriert sind und sozialgesetzlichen Vorgaben entsprechen. Die Zahl der Arbeitslosen kann so durch Änderungen im Sozialgesetzbuch beeinflusst werden, wie Anfang 2005 durch die Einführung der Hartz-Gesetze geschehen. Registrierte Arbeitslose dürfen bis zu 15 Stunden pro Woche arbeiten, ohne

rechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und den Mikrozensus.

Die Erwerbstätigenrechnung wird zur Betrachtung der Beschäftigung im Kontext der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verwendet. Sie stützt sich zur Berechnung der Erwerbstätigenzahl auf eine Vielzahl von Daten, um möglichst alle verfügbaren Informationen in die Schätzung einfließen

ihren Status zu verlieren. Arbeitslose können Leistungen nach dem Rechtskreis des Zweiten und Dritten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB II und III) beziehen. Im letzteren Fall handelt es sich um Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung (in der Regel zwölf Monate), im ersteren Fall um staatliche Hilfe für erwerbsfähige Personen (Hartz IV).

Aus den abweichenden Konzepten folgt, dass in der ILO-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten sind, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch Personen als arbeitslos, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.

Nicht jeder registrierte Arbeitslose hat tatsächlich den Wunsch nach einer Arbeit. Die Meldung bei einer Arbeitsagentur kann allein geschehen sein, um die daraus resultierenden Lohnersatzleistungen zu bekommen. Mit wenigen Ausnahmen werden alle Erwerbsfähigen, die staatliche Leistungen beziehen, als Arbeitslose gezählt. Jeder Arbeitslose muss den Vermittlungsbemühungen der zuständigen Agentur oder des zuständigen kommunalen Trägers zur Verfügung stehen.

Umgekehrt werden registrierte Arbeitslose, die Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik sind, in der Statistik nicht als Arbeitslose gezählt ebenso wie ältere Personen ohne Arbeit, die der Arbeitsvermittlung nicht mehr zu Verfügung stehen. Arbeitssuchende, die den Weg zur Arbeitsagentur scheuen (und damit insgesamt auf staatliche Leistungen verzichten), können in der Statistik nicht abgebildet werden. Nicht registrierte Arbeitslose werden der »Stillen Reserve« zugerechnet.

zu lassen. Im Rahmen der Haushalts-erhebung Mikrozensus wird eine repräsentative Stichprobe von Haushalten in Deutschland befragt. Der Mikrozensus beantwortet sozialpolitische und sozialwissenschaftliche Fragestellungen.

Obwohl sowohl im Mikrozensus als auch in der Erwerbstätigenrechnung das ILO-Konzept zur Bestimmung der Erwerbstätigen angewendet wird, ergeben sich bei

den Ergebnissen deutliche Abweichungen. Diese sind vor allem auf die methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken zurückzuführen. Die Arbeitskräfteerhebung ist als Stichprobe mit einer statistischen Unschärfe behaftet. Da die Stichprobe des Mikrozensus sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe vergleichsweise gering. Außerdem weicht die Definition der ILO zur Erwerbstätigkeit deutlich vom Alltagsverständnis ab, indem etwa bezahlte Tätigkeiten bereits ab einem Umfang von einer Stunde pro Woche als Erwerbstätigkeit zu erfassen sind. Die Erfassung kann daher im Mikrozensus problematisch sein, wenn die Befragten sich beispielsweise hauptsächlich als Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten bei der Befragung deswegen nicht immer angeben.

Die Erwerbstätigenrechnung geht methodisch anders vor und greift im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur Geringfügigen Beschäftigung zurück. Aufgrund dieser methodischen Unterschiede zwischen beiden Statistiken liegen die Daten für Erwerbspersonen und Erwerbstätige aus dem Mikrozensus auf einem insgesamt niedrigeren Niveau. Die längerfristigen Trends beider Statistiken zeigen dabei jedoch in die gleiche Richtung. Die Abschnitte 5.1.8 bis 5.1.10 basieren auf den Daten der Bundesagentur für Arbeit.

5.1.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit

2010 gab es in Deutschland durchschnittlich rund 43,3 Mill. Erwerbspersonen. Von ihnen waren 40,4 Mill. erwerbstätig und 2,9 Mill. erwerbslos. Im Vergleich zu 1991 ist die Zahl der Erwerbspersonen um etwa 2,5 Mill. gestiegen. Kontinuierliche Zuwächse sind vor allem im Zeitraum 1996 bis 2005 zu beobachten, während die Erwerbspersonenzahl davor weitestgehend stagnierte.

Tab. 1: Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose

| | Erwerbspersonen | Erwerbstätige | Erwerbslose | Erwerbslosenquote ¹ |
|------|-----------------|---------------|-------------|--------------------------------|
| | in 1 000 | | | in % |
| 1991 | 40 823 | 38 664 | 2 159 | 5,3 |
| 1992 | 40 600 | 38 066 | 2 534 | 6,2 |
| 1993 | 40 598 | 37 541 | 3 057 | 7,5 |
| 1994 | 40 811 | 37 488 | 3 323 | 8,1 |
| 1995 | 40 774 | 37 546 | 3 228 | 7,9 |
| 1996 | 40 939 | 37 434 | 3 505 | 8,6 |
| 1997 | 41 198 | 37 390 | 3 808 | 9,2 |
| 1998 | 41 566 | 37 834 | 3 732 | 9,0 |
| 1999 | 41 742 | 38 339 | 3 403 | 8,2 |
| 2000 | 42 175 | 39 038 | 3 137 | 7,4 |
| 2001 | 42 402 | 39 209 | 3 193 | 7,5 |
| 2002 | 42 517 | 38 994 | 3 523 | 8,3 |
| 2003 | 42 551 | 38 633 | 3 918 | 9,2 |
| 2004 | 42 956 | 38 796 | 4 160 | 9,7 |
| 2005 | 43 314 | 38 741 | 4 573 | 10,6 |
| 2006 | 43 246 | 38 996 | 4 250 | 9,8 |
| 2007 | 43 253 | 39 651 | 3 602 | 8,3 |
| 2008 | 43 357 | 40 216 | 3 141 | 7,2 |
| 2009 | 43 398 | 40 171 | 3 227 | 7,4 |
| 2010 | 43 298 | 40 368 | 2 930 | 6,8 |

Betrachtet man die Zahlen der Erwerbstätigen und Erwerbslosen gesondert, werden konjunkturelle Entwicklungen deutlicher: Nach der deutschen Vereinigung war die Erwerbstätigenzahl rückläufig, bis sie 1997 ein Minimum von 37,4 Mill. erreichte. Nach einem Erwerbstätigenhoch im Jahr 2001 mit 39,2 Mill. ging sie parallel zur konjunkturellen Entwicklung erneut leicht zurück, blieb aber deutlich über dem Niveau von 1997. Seit 2004 ist wieder ein klarer Aufwärtstrend erkennbar, in dessen Folge die Zahl der Erwerbstätigen 2010 auf einem nie zuvor erreichten Niveau lag.

Die hohe Erwerbstätigenzahl relativiert sich jedoch, wenn man statt der Zahl tätiger Personen die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden, das so genannte Arbeitsvolumen, betrachtet. Im Jahr 2010 wurden von den Erwerbstätigen in Deutschland 57,4 Mill. Arbeitsstunden geleistet. Diese Zahl hat zwar im Laufe der letzten Jahre zugenommen – 2005 lag sie noch bei 55,7 Mill. –, aber das Arbeitsvolumen war im Jahr 1991 mit 59,8 Mill. Stunden

deutlich höher. Dieses Niveau wurde seitdem nicht mehr erreicht.

Die Erwerbslosenzahl verzeichnete zwischen 1991 und 1997 sowie 2001 und 2005 zwei Phasen deutlicher Zunahme. In der ersten stieg sie von 2,2 auf 3,8 Mill. und in der zweiten von 3,2 auf 4,6 Mill. Die dazwischen liegende konjunkturelle Aufschwungphase führte die Erwerbslosigkeit nicht auf ihr ursprüngliches Niveau von Anfang der 1990er Jahre zurück. 2010 lag die durchschnittliche Erwerbslosenzahl erstmals seit 1992 wieder unter drei Millionen. Im Vergleich zu 1991 gab es 2010 noch fast 800 000 Erwerbslose mehr. → Tab. 1

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wies im Vergleich zur Erwerbslosenzahl einen ähnlichen Verlauf auf, allerdings auf einem höheren Niveau. Die Differenz schwankte lange zwischen 360 000 und 750 000. Seit 2003 haben sich die Zahlen deutlich angenähert, so dass die Arbeitslosenzahl 2010 nur noch um 300 000 über der Erwerbslosenzahl lag (siehe 5.1.9).

5.1.4 Atypische Beschäftigung

Die Zahl der Erwerbstätigen enthält alle Personen, die im betrachteten Zeitraum in irgendeiner Form erwerbstätig waren. Man weiß damit noch nichts darüber, welche Arten und Umfänge von Erwerbstätigkeiten sich dahinter verbergen. Die klassische Vorstellung von einer Arbeitsstelle – und der in der Realität auch am häufigsten anzutreffende Fall – ist eine unbefristete abhängige Beschäftigung, die in Vollzeit ausgeübt wird und auf einem rechtlichen Arbeitsverhältnis beruht, das der Arbeitnehmer mit dem Arbeitgeber geschlossen hat. Man nennt diese Art von Beschäftigung aufgrund ihrer ungebrochenen Dominanz und der damit verbundenen Ausrichtung der Sozialsysteme auf diesen »Normalfall« auch Normalerwerbstätigkeit. Im Laufe der Jahre haben jedoch andere Beschäftigungsformen, die unter dem Sammelbegriff atypische Beschäftigung zusammengefasst werden, an Bedeutung zugenommen.

Von 30,6 Mill. abhängig Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren (ohne Personen in Bildung oder Ausbildung) waren 2009 23,0 Mill. Personen normalerwerbstätig und 7,6 Mill. atypisch beschäftigt. Bereits ein Viertel (25 %) aller Beschäftigten befand sich in einem Arbeitsverhältnis, das mindestens eines der folgenden Elemente aufwies: eine Befristung (2009: 2,6 Mill. Personen), Teilzeit (4,9 Mill.), Geringfügigkeit im Sinne des Sozialrechts (2,6 Mill.), Leiharbeit (0,6 Mill.). 1999 lag der Anteil atypischer Beschäftigung noch bei 20 %. Seitdem haben sämtliche Formen der atypischen Beschäftigung deutlich zugenommen, die Leiharbeit sogar um mehr als das Doppelte.

Besonders hoch war der Anteil atypischer Beschäftigung unter Personen ohne anerkannte Berufsausbildung 2009 mit 40 %. Unter Personen mit Lehr- oder Fachschulausbildung war der Atypischenanteil mit 25 % durchschnittlich hoch, unter (Fach-)Hochschulabsolventen war er mit 18 % deutlich niedriger.

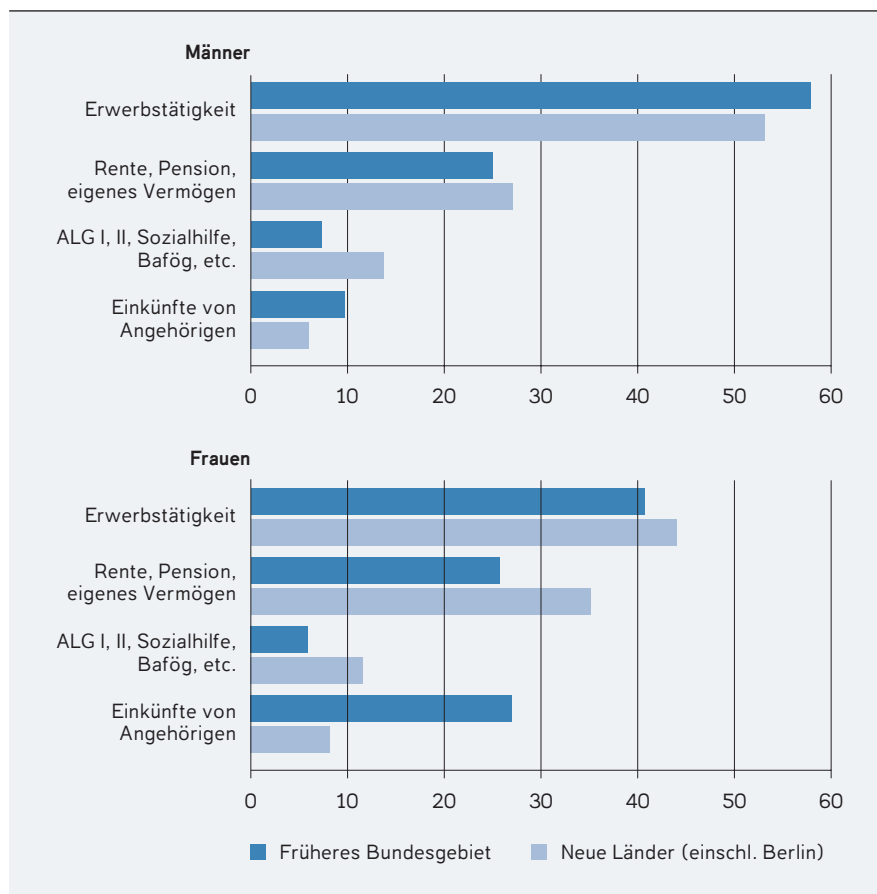
5.1.5 Erwerbstätigkeit als Unterhaltsquelle

2009 bestritten 49 % der Personen im Alter von 15 und mehr Jahren ihren Lebensunterhalt primär aus eigener Erwerbstätigkeit. Dieser Anteil hat sich gegenüber 1999 kaum geändert, damals lag er bei 48 %. Auch die Relevanz anderer Quellen des überwiegenden Lebensunterhaltes hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verändert. 8 % der Bevölkerung lebten 2009 hauptsächlich von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Leistungen nach Hartz IV oder Bafög (1999: 8 %), 27 % von Rente, Pension oder eigenem Vermögen (1999: 26 %) und der Anteil derjenigen, deren Unterhalt hauptsächlich von Angehörigen finanziert wurde, lag bei 16 % (1999: 18 %). Neu hinzugekommen ist seit 2007 das Elterngeld,

welches 2009 für 0,4 % der Bevölkerung ab 15 Jahren die wichtigste Quelle des Lebensunterhalts darstellte.

Während sich auf der Gesamtebene im Zehnjahresvergleich kaum Änderungen bei den Unterhaltsquellen zeigten, waren zwischen Ost- und Westdeutschland und zwischen Männern und Frauen unterschiedliche Trends zu beobachten. 2009 verdienten im früheren Bundesgebiet 58 % der Männer und 41 % der Frauen ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit. 1999 lagen die Anteile bei 60 % bzw. 37 %. Somit finanzierten 2009 mehr Frauen ihren Lebensunterhalt selbst durch Erwerbstätigkeit, gleichzeitig waren weniger auf den Unterhalt von Angehörigen angewiesen. Dieser entsprechende Anteil von 27 % lag fünf Prozentpunkte niedriger als 1999. Bei den Män-

Abb. 1: Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung 15 Jahre und älter.

nen zeigte sich eine gegenläufige Entwicklung. Im Westen lebten 10% der Männer überwiegend von Unterhalt durch Angehörige. Die Bedeutung von Arbeitslosengeld oder anderen Sozialleistungen hat sich weder für die Männer (2009: 7%) noch für die Frauen (2009: 6%) im Vergleich zu 1999 nennenswert verändert. Der Anteil von Renten und Vermögens-einkommen blieb im Westen quasi unverändert.

53 % der ostdeutschen Männer finanzierten 2009 ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch Erwerbstätigkeit. Der Abstand zum Frauenanteil (44 %) war deutlich geringer als in Westdeutschland. Wie im Westen war dieser Anteil im Zehnjahresvergleich bei Männern rück-

läufig (-2 Prozentpunkte), während er bei Frauen zunahm (+3 Prozentpunkte). 2009 lebten mit 14 % anteilig etwas mehr ostdeutsche Männer überwiegend von Sozialleistungen als noch 1999 (13 %), jedoch deutlich weniger Frauen (2009 12 % gegenüber 14 % 1999). Der Prozentsatz der Frauen, die primär von Alterseinkünften lebten, war im Osten mit 35 % deutlich größer als der der Männer (27 %). Für beide Geschlechter lag dieser Anteil klar über dem Niveau im früheren Bundesgebiet. → Abb.1

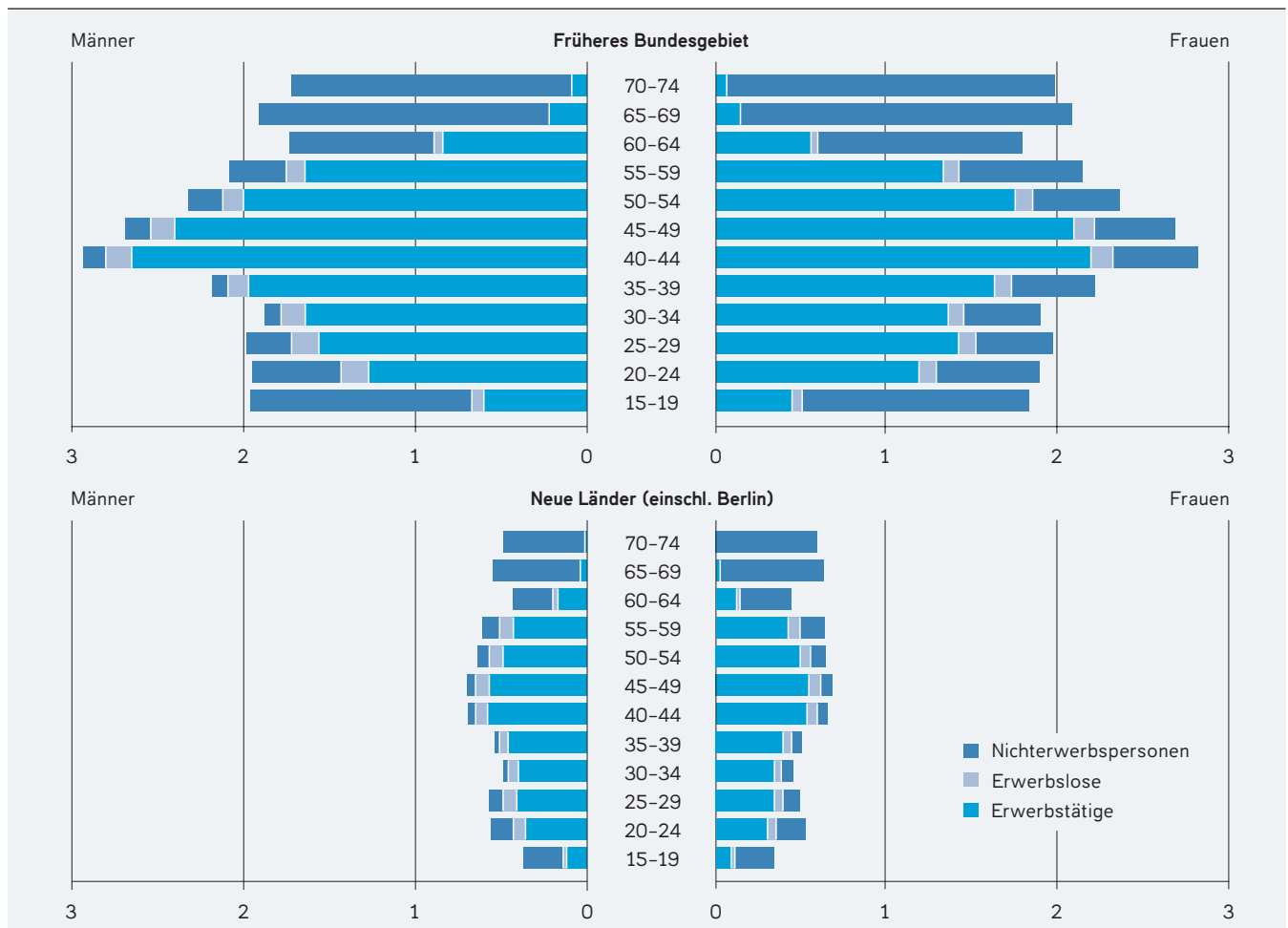
5.1.6 Beteiligung am Erwerbsleben

Längere Ausbildungszeiten und das frühere Ausscheiden aus dem Erwerbsleben

führten seit den 1990er Jahren zu stetig sinkenden Erwerbsquoten. 2009 lag die Erwerbsquote, der Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung, in Deutschland mit 51,2 % um 1,8 Prozentpunkte höher als 1999 (49,4 %) und damit so hoch wie noch nie in der bundesrepublikanischen Geschichte. Die Zunahme resultiert aus einer höheren Erwerbsquote der Frauen, die seit 1999 um 3,7 Prozentpunkte auf 45,7% zugenommen hat, während die Erwerbsquote für die Männer mit 56,8 % leicht rückläufig war (1999: 57,2 %).

Betrachtet man nur die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren, lag die Erwerbsbeteiligung 2009 bei 76,2 %. Der entsprechende Wert

Abb. 2: Bevölkerung nach Altersgruppen und Beteiligung am Erwerbsleben 2009, in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus.

lag 1999 noch bei 71,1 %. Ein differenzierterer Blick auf die Erwerbsbeteiligung einzelner Altersgruppen zeigt deutliche Zunahmen der Erwerbsquoten für die 55- bis 64-Jährigen, was die gesetzlich verschlechterten Möglichkeiten einer frühen Verrentung widerspiegelt. Bei den unter 25-Jährigen sind die Erwerbsquoten seit 1999 etwas zurückgegangen. Am häufigsten erwerbstätig waren die 30- bis 54-Jährigen mit Quoten zwischen 85 und 90 %.

1999 war die Erwerbsbeteiligung der Ostdeutschen in allen Altersgruppen unter 60 Jahren höher als in den entsprechenden westdeutschen Altersgruppen. Ein mehr oder minder deutlicher Rückgang der Quoten der unter 45-Jährigen in Ostdeutschland und deutliche Zuwächse bei den Altersgruppen ab 30 Jahren im Westen haben zur Annäherung beigetragen.

➔ Tab. 2, Abb. 2

Neben Geschlecht, Alter und Region spielt der Bildungsstand eine wichtige Rolle für die Erwerbsbeteiligung. Unter den 25- bis 54-Jährigen wiesen 2009 nur Personen ohne berufliche Qualifikation Erwerbsquoten unter 80 % auf und selbst von diesen waren immerhin über zwei Drittel (71 %) auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Diejenigen, die eine Anlernausbildung oder ein berufliches Praktikum absolviert hatten, waren zu 83 % Erwerbspersonen. Personen, die über einen Meister-, Fachschul- oder Hochschulabschluss verfügten, waren in dieser Altersgruppe zu über 90 % Erwerbspersonen.

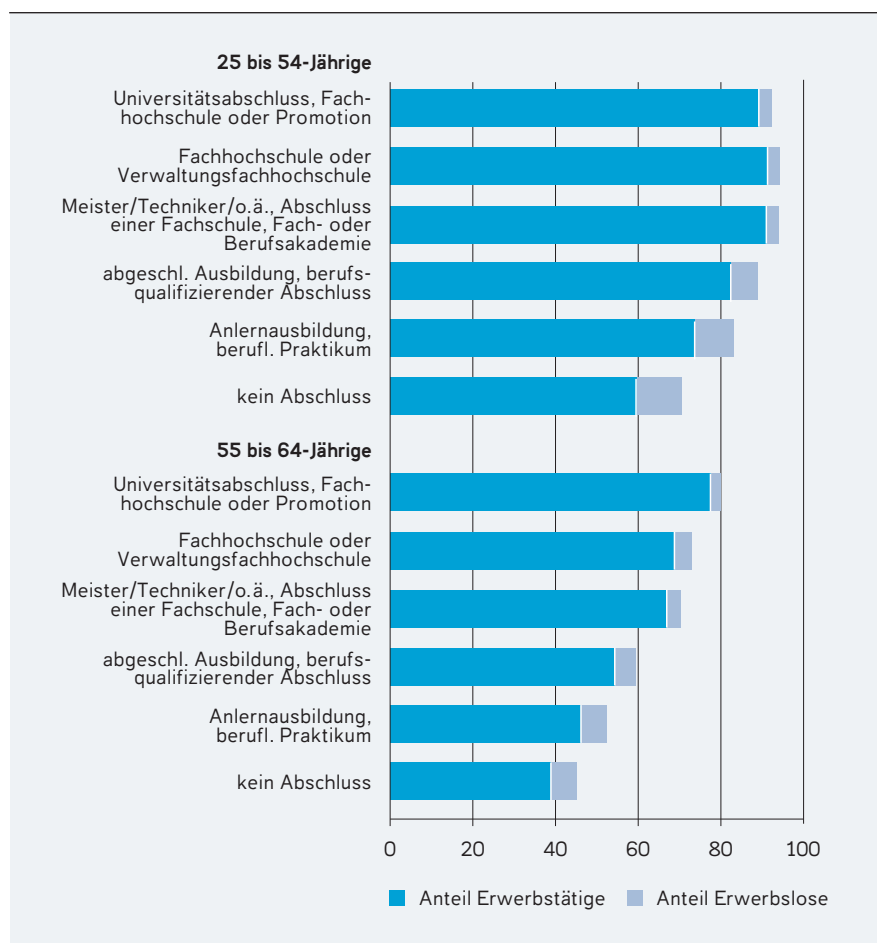
Die durchgehend hohen Erwerbsquoten relativierten sich jedoch für einige der Bildungsgruppen unter Berücksichtigung des Ausmaßes der Erwerbslosigkeit, mit denen sie konfrontiert waren. Die Erwerbslosenquoten derjenigen, die über keinen anerkannten beruflichen Abschluss verfügten, waren rund drei- bis fünfmal so hoch wie die Quoten von Personen mit tertiären Abschlüssen (siehe Kapitel 3.1) wie Meister, Techniker, Absolventen einer Berufsakademie oder einer Hochschule. ➔ Abb. 3

Tab. 2: Erwerbsquoten nach Altersgruppen

| Altersgruppen | Deutschland | | Früheres Bundesgebiet | | Neue Länder (einschl. Berlin) | |
|---------------|-------------|------|-----------------------|------|-------------------------------|------|
| | 1999 | 2009 | 1999 | 2009 | 1999 | 2009 |
| | in % | | | | | |
| 15-19 | 31,9 | 31,5 | 30,9 | 30,9 | 35,1 | 34,7 |
| 20-24 | 72,8 | 71,0 | 71,9 | 70,7 | 76,1 | 71,9 |
| 25-29 | 81,3 | 82,2 | 80,4 | 82,0 | 85,1 | 83,0 |
| 30-34 | 85,8 | 86,1 | 84,4 | 85,3 | 91,7 | 89,4 |
| 35-39 | 86,9 | 87,9 | 85,3 | 87,0 | 93,0 | 91,6 |
| 40-44 | 87,6 | 89,7 | 86,0 | 89,1 | 93,4 | 92,4 |
| 45-49 | 86,4 | 89,0 | 84,7 | 88,4 | 92,3 | 91,4 |
| 50-54 | 80,5 | 85,4 | 78,8 | 84,8 | 87,6 | 87,6 |
| 55-59 | 66,0 | 76,1 | 63,7 | 75,0 | 73,8 | 80,1 |
| 60-64 | 21,3 | 41,5 | 23,3 | 42,1 | 14,2 | 39,1 |
| 65-69 | 5,4 | 8,2 | 6,1 | 9,0 | 2,9 | 5,5 |
| 70-74 | 2,8 | 3,5 | 3,2 | 4,1 | 1,0 | 1,4 |
| 75 und älter | 0,9 | 1,1 | 1,0 | 1,3 | 0,3 | 0,5 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

Abb. 3: Erwerbsstatus nach höchstem beruflichen Abschluss 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Die Erwerbsquoten bei 55- bis 64-Jährigen bewegten sich zwischen 45 % für diejenigen ohne einen beruflichen Abschluss und 80 % für Universitätsabsolventen. Die Unterschiede in den Erwerbslosenquoten waren so etwas weniger ausgeprägt wie bei den 25- bis 54-Jährigen, zeigten aber die gleichen Tendenzen.

Der grundlegende Zusammenhang von Bildung und Erwerbsbeteiligung ist für Frauen und Männer gleich, auch wenn sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen auf einem insgesamt niedrigeren Niveau befindet. Der Unterschied in der Erwerbsbeteiligung zwischen hoch qualifizierten Männern und Frauen fällt kleiner aus als bei gering Qualifizierten.

5.1.7 Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Wendet man die traditionelle Aufgliederung der Wirtschaftsbereiche in primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), sekundären (produzierendes Gewerbe) und tertiären Sektor (Dienstleistungen) auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Erwerbstätigen an, werden tief greifende Wandlungen im Zeitablauf offenkundig. Änderungen in den Produktions- und Fertigungsverfahren, zunehmende Automatisierung und Rationalisierung sowie die veränderte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen haben zu einer erheblichen Umverteilung der Erwerbstätigen innerhalb der drei Sektoren geführt. → **Tab.3**

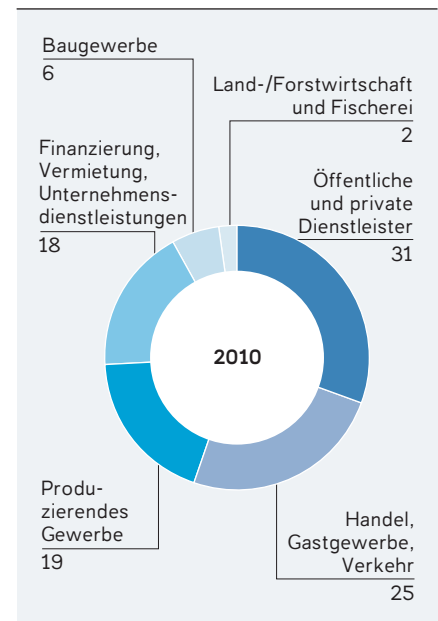
Am auffälligsten ist das Schrumpfen des primären Sektors in den letzten eineinhalb

Jahrhunderten: 1882 war auf dem damaligen Reichsgebiet nach Ergebnissen der Berufszählung nahezu jeder Zweite in diesem Sektor beschäftigt. 2010 war dies laut Erwerbstätigenrechnung nur noch jeder 48. oder 2 % aller Erwerbstätigen. Im sekundären Sektor arbeiteten 2010 ein knappes Viertel (24 %) und im tertiären Sektor 74 % der Erwerbstätigen.

Parallel zur Abnahme im Agrarbereich stieg im Zuge der Industrialisierung in Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an. Im früheren Bundesgebiet bot bis Anfang der 1970er Jahre das produzierende Gewerbe die meisten Arbeitsplätze (bis zu 50 %). Doch bereits seit Mitte der 1960er Jahre waren die Absolutzahl und der Anteil der Erwerbstätigen in diesem Sektor rückläufig und ab 1972 hatte der Dienstleistungssektor den sekundären Sektor in Westdeutschland in seiner Bedeutung für die Beschäftigung überholt. 2010 arbeiteten 9,9 Mill. Erwerbstätige im produzierenden Gewerbe, darunter 7,3 Mill. im verarbeitenden Gewerbe und 2,2 Mill. im Baugewerbe. Im Dienstleistungssektor waren 2010 mit 29,7 Mill. dreimal so viele Personen tätig wie im sekundären Sektor.

Innerhalb des Dienstleistungssektors kam 2010 den öffentlichen und privaten Dienstleistungen mit 12,6 Mill. Erwerbstätigen die größte Bedeutung zu. Dieser Wirtschaftsbereich umfasst u. a. Dienstleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der kommunalen Versorgung, Dienstleistungen von Verbänden und Kirchen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen und Dienstleistungen in pri-

Abb. 4: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 2010, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

vaten Haushalten. Auch Forschung und Entwicklung und Erziehungsleistungen werden diesem Bereich zugerechnet. Dem Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr kam 2010 mit 10,0 Mill. Erwerbstätigen die zweitgrößte Bedeutung zu. Mit Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen waren 7,1 Mill. Personen beschäftigt. → **Abb. 4**

Der Dienstleistungssektor ist zwischen den Jahren 2000 und 2010 um 2,8 Mill. Erwerbstätige oder um 10,5 % angewachsen. Dabei ist die Zahl der Erwerbstätigen im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen nur um 2,3 % gestiegen, im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen jedoch um 22,7 %.

Tab. 3: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

| | Früheres Bundesgebiet | | | | | Deutschland | | | | | |
|-------------------|-----------------------|------|------|------|------|-------------|------|------|------|------|------|
| | 1950 | 1960 | 1970 | 1980 | 1991 | 1991 | 1995 | 1999 | 2005 | 2009 | 2010 |
| | in % | | | | | | | | | | |
| Primärer Sektor | 24,6 | 13,7 | 8,4 | 5,1 | 3,3 | 3,9 | 2,9 | 2,5 | 2,2 | 2,1 | 2,1 |
| Sekundärer Sektor | 42,9 | 47,9 | 46,5 | 41,1 | 36,1 | 36,6 | 32,6 | 29,5 | 25,9 | 24,8 | 24,4 |
| Tertiärer Sektor | 32,5 | 38,3 | 45,1 | 53,8 | 60,6 | 59,5 | 64,6 | 68,0 | 71,9 | 73,0 | 73,5 |

Die Klassifikation der Wirtschaftszweige wurde im Zeitverlauf überarbeitet, so dass die Sektoren im Zeitverlauf nicht eindeutig abgrenzbar sind.

5.1.8 Berufe

Der Wandel der Wirtschaftsstrukturen, aber auch neue Produktions- und Fertigungsverfahren haben viele Berufe und Berufsfelder verändert. In der Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes werden 369 so genannte Berufsordnungen unterschieden, in der alle existierenden Berufe eingruppiert sind. Wegen der Unterschiede bei den ausgeübten Berufen werden Männer und Frauen getrennt betrachtet.

Erwerbstätige Männer arbeiten am häufigsten als Berufskraftfahrer (900 000). An zweiter Stelle standen die Tätigkeiten als Unternehmer oder Geschäftsführer mit gut einer halben Million, gefolgt von 491 000 Bürofachkräften und kaufmännischen Angestellten. Unter den zehn am stärksten besetzten Berufsordnungen befanden sich 2009 nur drei aus dem Bereich des produzierenden Gewerbes, der Rest war den Dienstleistungsberufen

zuzuordnen. Im Vergleich zur Rangfolge der zehn häufigsten Berufe im Jahr 1999 war der Rückgang der Zahl der Polizisten, Soldaten und Grenzschrützer um 164 000 Personen auffällig. Entsprechend stellten sie nur noch die viertgrößte und nicht mehr die zweitgrößte Berufsordnung. Die Zahl der Berufskraftfahrer ist in den vergangenen zehn Jahren fast gleich groß geblieben. Elektriker und Elektroinstallateure, Maurer, Feuerungs- und Schornsteinbauer sowie Tischler haben quantitativ ebenfalls deutlich an Bedeutung verloren. Die letzteren beiden Berufsordnungen tauchten 2009 unter den ersten zehn gar nicht mehr auf.

Die erwerbstätigen Frauen konzentrierten sich in ihren ausgeübten Berufen stärker auf einzelne Berufsordnungen, die ausnahmslos dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen sind. Sie waren 2009 am häufigsten als Bürofachkräfte und kaufmännische Angestellte tätig. Die zugehörige Berufsordnung umfasste fast 1,4 Mill.

Frauen. Ebenfalls unter den zehn am stärksten besetzten Berufsordnungen befanden sich Büro- und kaufmännische Sachbearbeiterinnen und Verwaltungsfachleute im mittleren Dienst. Zusammen umfassen diese vom Tätigkeitsfeld her sehr ähnlichen drei Ordnungen gut 2,5 Mill. Frauen und damit 200 000 mehr als noch 1999.

Weitere quantitativ bedeutende Berufsordnungen waren Gebäudereinigerinnen und Raumpflegerinnen auf Rang zwei sowie die Krankenschwestern auf Rang drei. Die meisten der 1999 am stärksten besetzten Berufsordnungen bei Frauen haben bis 2009 noch an Umfang gewonnen. Dabei haben Altenpflegerische Berufe merklich zugelegt und stiegen mit 428 000 erwerbstätigen Frauen unter die zehn größten Berufsordnungen auf. Die schon 1999 starken Besetzungszahlen der Berufsordnungen der Bürofachkräfte und kaufmännischen Angestellten sowie der Gebäudereinigerinnen und Raumpfleger-

Tab. 4: Erwerbstätige Männer und Frauen in den zehn am stärksten besetzten Berufsgruppen 1999 und 2009

| Berufsordnung 1999 | Erwerbstätige in 1000 | Berufsordnung 2009 | Erwerbstätige in 1000 |
|---|-----------------------|--|-----------------------|
| Männer | | Männer | |
| 1 Berufskraftfahrer | 893 | 1 Berufskraftfahrer | 900 |
| 2 Soldaten, Grenzschutz, Polizeibedienstete | 590 | 2 Unternehmer, Geschäftsführer | 535 |
| 3 Unternehmer, Geschäftsführer | 513 | 3 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte | 491 |
| 4 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte | 512 | 4 Soldaten, Grenzschutz, Polizeibedienstete | 426 |
| 5 Elektriker, Elektroinstallateure | 404 | 5 Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe | 361 |
| 6 Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe | 389 | 6 Kraftfahrzeug- und Zweiradmechaniker | 349 |
| 7 Kraftfahrzeug- und Zweiradmechaniker | 388 | 7 Elektriker, Elektroinstallateure | 339 |
| 8 Maurer, Feuerungs- und Schornsteinbauer | 368 | 8 Lager- und Transportarbeiter | 330 |
| 9 Tischler | 342 | 9 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst) | 311 |
| 10 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst) | 341 | 10 Hausmeister | 306 |
| Frauen | | Frauen | |
| 1 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte | 1244 | 1 Bürofachkräfte, kaufmännische Angestellte | 1423 |
| 2 Verkäuferinnen | 745 | 2 Gebäudereinigerinnen/Raumpflegerinnen | 836 |
| 3 Gebäudereinigerinnen/Raumpflegerinnen | 680 | 3 Krankenschwestern, Hebammen | 720 |
| 4 Krankenschwestern, Hebammen | 665 | 4 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst) | 674 |
| 5 Verwaltungsfachleute (mittlerer Dienst) | 593 | 5 Verkäuferinnen | 598 |
| 6 Sekretärinnen | 590 | 6 Sprechstundenhelferinnen | 559 |
| 7 Sprechstundenhelferinnen | 507 | 7 Erzieherinnen | 482 |
| 8 Büro- und kaufmännische Sachbearbeiterinnen | 496 | 8 Nahrungs- und Genußmittelverkäuferinnen | 472 |
| 9 Erzieherinnen | 387 | 9 Büro- u. kaufmännische Sachbearbeiterinnen | 429 |
| 10 Nahrungs- und Genußmittelverkäuferinnen | 382 | 10 Altenpflegerinnen | 428 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

rinnen nahmen bis 2009 noch einmal deutlich zu. Zurückgegangen ist neben den Sekretärinnen vor allem die Zahl der Verkäuferinnen. Sie sank in den letzten zehn Jahren um 147 000. → Tab. 4

5.1.9 Registrierte Arbeitslose und gemeldete Arbeitsstellen

In diesem und den folgenden Abschnitten werden Ergebnisse für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) dargestellt.

Auf Grund verwaltungsrechtlicher Maßnahmen und Reformen – an dieser Stelle kann nur kurz auf die bedeutendsten eingegangen werden – ist die Aussagekraft der Zeitreihen zu den Arbeitslosen eingeschränkt. Ab 1. Januar 2005 haben sich mit der Überarbeitung des Zweiten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB II) in Deutschland die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik geändert. Aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe folgt zum einen eine deutliche Ausweitung der Zahl der Arbeitslosen, auch wenn die Definition von Arbeitslosigkeit im SGB III unverändert blieb. Seit der Reform zählen prinzipiell alle Personen ohne Arbeit, die staatliche Hilfe beanspruchen, erwerbsfähig und zwischen 15 und 65 Jahren alt sind, als arbeitslos. Ausgenommen sind nur Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen (z. B. durch Krankheit oder weil sie Schüler oder Studierende sind oder weil sie sich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden).

Durch diese Umstellung sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Für die Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II sind neben den Arbeitsagenturen auch kommunale Träger verantwortlich. Die Bundesagentur für Arbeit führt die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter.

Auf Grund der folgenden historischen Betrachtung ab den 1950er Jahren beziehen sich die dargestellten Arbeitslosenquoten nur auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen und fallen damit höher aus als die heute oft im Vordergrund stehenden Anteile an allen zivilen Erwerbspersonen. Der Blick auf die Arbeitslosenzahlen seit Anfang der 1950er Jahre zeigt, dass es auch zu Zeiten der Vollbeschäftigung Arbeitslose gab. Vollbeschäftigung ist nicht mit völliger Ausschaltung von Arbeitslosigkeit gleichzusetzen, denn saisonale Arbeitslosigkeit (z. B. Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe) und friktionelle Arbeitslosigkeit (vorübergehende Beschäftigungslosigkeit bei einem Arbeitsplatzwechsel) lassen sich nie ganz vermeiden.

Daher wird üblicherweise so lange von einem Zustand der Vollbeschäftigung gesprochen, wie die Zahl der Arbeitslosen die Zahl der offenen Stellen nicht übersteigt.

Zu Beginn der 1960er Jahre wurde im früheren Bundesgebiet Vollbeschäftigung erreicht. Es herrschte sogar ein Mangel an Arbeitskräften, der nur durch die Anwerbung von Ausländern und Ausländerinnen gemildert werden konnte. Seit 1974 liegt die jahresdurchschnittliche Zahl der registrierten Arbeitslosen erheblich über der Zahl der offenen Stellen. Mit Ausnahmen von 1978 bis 1980 bewegt sie sich seit 1975 über der Millionen-Grenze.

Tab. 5: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten im früheren Bundesgebiet

| Jahresdurchschnitt | Registrierte Arbeitslose | Offene Stellen | Arbeitslosenquote ¹ |
|--------------------|--------------------------|----------------|--------------------------------|
| | in 1 000 | | in % |
| 1950 ² | 1 868,5 | 118,5 | 11,0 |
| 1960 ² | 270,7 | 465,1 | 1,3 |
| 1970 | 148,8 | 794,8 | 0,7 |
| 1980 | 888,9 | 308,3 | 3,8 |
| 1990 | 1 883,1 | 313,6 | 7,2 |
| 1991 | 1 596,5 | 324,8 | 6,2 |
| 1993 | 2 149,5 | 236,0 | 8,0 |
| 1994 | 2 426,3 | 226,8 | 9,0 |
| 1995 | 2 427,1 | 260,3 | 9,1 |
| 1996 | 2 646,4 | 265,7 | 9,9 |
| 1997 | 2 870,0 | 277,7 | 10,8 |
| 1998 | 2 751,5 | 336,4 | 10,3 |
| 1999 | 2 604,7 | 381,5 | 9,6 |
| 2000 | 2 381,0 | 403,0 | 8,4 |
| 2001 | 2 320,5 | 382,3 | 8,0 |
| 2002 | 2 498,4 | 318,9 | 8,5 |
| 2003 | 2 753,2 | 224,4 | 9,3 |
| 2004 | 2 782,8 | 175,7 | 9,4 |
| 2005 | 3 246,8 | 218,7 | 11,0 |
| 2006 | 3 007,2 | 299,1 | 10,2 |
| 2007 | 2 485,9 | 359,2 | 8,4 |
| 2008 | 2 144,7 | 333,2 | 7,2 |
| 2009 | 2 320,2 | 250,3 | 7,8 |
| 2010 | 2 231,7 | 299,3 | 7,4 |

Bis einschl. 1990 Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet einschl. Berlin-West, ab 1991 ohne Berlin-West.

¹ Arbeitslosenquoten bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

² 1950 und 1960 ohne Angaben für das Saarland.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Im Jahr 1983 waren erstmals sogar mehr als zwei Millionen Menschen als arbeitslos registriert. 1990 bis 1992 fiel für das frühere Bundesgebiet auf Grund der positiven Impulse durch die deutsche Vereinigung die Arbeitslosenzahl noch einmal unter diese Marke. 1991 waren im früheren Bundesgebiet 1,6 Mill. Arbeitslose registriert, was einer Arbeitslosenquote von 6,2 % entsprach. Im gesamten Bundesgebiet waren 1991 2,6 Mill. oder 7,3 % der Erwerbspersonen ohne Arbeit.

Der nach der deutschen Vereinigung stattfindende Anstieg der Arbeitslosenzahlen ist nicht allein auf die wirtschaftlich schwache Situation in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Ab 1992 sind auch in Westdeutschland die Arbeitslosenquoten merklich gestiegen. 1997 lag die Arbeitslosenquote im Westen bei 10,8 % und erreichte nach einem Rückgang durch die folgende konjunkturelle Belebung dann 2005 einen neuen Höchstwert von genau 11 %. → Tab.5

Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern ist hauptsächlich auf die Anpassung der Wirtschaftsstruktur zurückzuführen. Dadurch wurden zunächst mehr Arbeitskräfte freigesetzt als neu eingestellt. So waren im zweiten Halbjahr 1990 in Ostdeutschland durchschnittlich rund 640 000 Menschen als arbeitslos registriert, was einer Quote von 6,6 % entsprach. Demgegenüber waren nur etwa 31 000 offene Stellen gemeldet. Im Jahresdurchschnitt 1991 hatte sich die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland bereits auf 10,2 % erhöht. Bis zum Jahr 1997 stieg die Arbeitslosenquote stark an und bewegte sich seitdem konstant auf relativ hohem Niveau. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Ostdeutschland betrug seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 1,5 und 1,6 Mill. und die Arbeitslosenquote lag zwischen 18,5 % und 20,6 %. Erst seit 2006 ist die Arbeitslosenzahl in Ostdeutschland wieder merklich rückläufig und sank 2010 auf eine Quote von 13,4 % bzw. 1,0 Mill. Arbeitslose.

Die Entwicklung im gesamten Deutschland zeichnet sich in den Jahren 1994 bis 2007 durch zweistellige Arbeitslosenquoten aus, die auch während einer positiven Entwicklung zwischen 1998 und 2001 nicht unterschritten wurden. Die Arbeitslosenzahlen bewegten sich in diesem Zeitraum um den Wert von vier Millionen. Erst 2008 sanken erstmals seit 15 Jahren die Arbeitslosenzahl unter 3,5 Mill. und die Arbeitslosenquote unter 10 %. Nach einem leichten Anstieg im Zuge der Wirtschaftskrise 2009 sanken die Werte im Jahresdurchschnitt 2010 auf 3,2 Mill. und 8,6 %. → Tab.6

Die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen lag 2010 durchschnittlich bei 359 000. Das waren deutlich mehr Stellen als im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 (301 000), aber deutlich weniger als zu Beginn der Erfassung in der heutigen Form im Jahr 2000. Damals waren jahresdurchschnittlich 450 000 Arbeitsstellen gemeldet. Analog zu den Zahlen über registrierte

Tab. 6: Registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Arbeitslosenquoten in Deutschland

| Jahresdurchschnitt | Registrierte Arbeitslose | | | Offene Stellen | Arbeitslosenquote ¹ | | |
|--------------------|--------------------------|---------|---------|----------------|--------------------------------|--------|--------|
| | insgesamt | Männer | Frauen | | insgesamt | Männer | Frauen |
| | in 1 000 | | | | in % | | |
| 1991 | 2 602,2 | 1 280,6 | 1 321,6 | 362,8 | 7,3 | 6,4 | 8,5 |
| 1992 | 2 978,6 | 1 411,9 | 1 566,7 | 356,2 | 8,5 | 7,1 | 10,2 |
| 1993 | 3 419,1 | 1 691,6 | 1 727,6 | 279,5 | 9,8 | 8,6 | 11,3 |
| 1994 | 3 698,1 | 1 863,1 | 1 835,0 | 284,8 | 10,6 | 9,5 | 12,0 |
| 1995 | 3 611,9 | 1 850,6 | 1 761,3 | 321,3 | 10,4 | 9,6 | 11,4 |
| 1996 | 3 965,1 | 2 111,5 | 1 853,5 | 327,3 | 11,5 | 11,0 | 12,1 |
| 1997 | 4 384,5 | 2 342,4 | 2 042,1 | 337,1 | 12,7 | 12,2 | 13,3 |
| 1998 | 4 280,6 | 2 273,4 | 2 007,3 | 421,6 | 12,3 | 11,9 | 12,8 |
| 1999 | 4 100,5 | 2 160,5 | 1 940,0 | 456,3 | 11,7 | 11,3 | 12,2 |
| 2000 | 3 889,7 | 2 053,4 | 1 836,3 | 450,1 | 10,7 | 10,5 | 10,9 |
| 2001 | 3 852,6 | 2 063,9 | 1 788,7 | 434,0 | 10,3 | 10,4 | 10,2 |
| 2002 | 4 061,3 | 2 239,9 | 1 821,4 | 375,0 | 10,8 | 11,3 | 10,3 |
| 2003 | 4 376,8 | 2 446,2 | 1 930,6 | 269,8 | 11,6 | 12,4 | 10,8 |
| 2004 | 4 381,3 | 2 448,7 | 1 932,6 | 206,9 | 11,7 | 12,5 | 10,8 |
| 2005 | 4 860,9 | 2 603,0 | 2 257,6 | 255,8 | 13,0 | 13,4 | 12,7 |
| 2006 | 4 487,3 | 2 337,5 | 2 149,7 | 355,6 | 12,0 | 12,0 | 12,0 |
| 2007 | 3 776,5 | 1 900,3 | 1 873,5 | 422,7 | 10,1 | 9,8 | 10,4 |
| 2008 | 3 267,9 | 1 667,6 | 1 599,9 | 388,7 | 8,7 | 8,6 | 8,9 |
| 2009 | 3 423,3 | 1 867,6 | 1 555,5 | 300,5 | 9,1 | 9,6 | 8,6 |
| 2010 | 3 244,5 | 1 763,1 | 1 481,3 | 359,0 | 8,6 | 9,1 | 8,1 |

¹ Arbeitslosenquoten bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Arbeitslose handelt es sich bei der Zahl gemeldeter Arbeitsstellen ausschließlich um bei der Arbeitsvermittlung gemeldete Stellen mit Vermittlungsauftrag. Sie stellt somit nur einen Ausschnitt des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots dar. Erfasst werden ausschließlich ungeforderte Stellenangebote am so genannten ersten Arbeitsmarkt.

5.1.10 Fluktuation am Arbeitsmarkt

Von Januar bis Dezember 2010 meldeten sich in Deutschland 9,2 Mill. Menschen arbeitslos. Für 9,4 Mill. registrierte Arbeitslose endete die Arbeitslosigkeit. Dies zeigt, dass auf dem Arbeitsmarkt eine deutlich größere Fluktuation besteht als es die reine Betrachtung der Bestandsabnahme von knapp 200 000 im Vorjahresvergleich suggeriert.

Neue Arbeitslose kamen 2010 zu 40 % aus einer Erwerbstätigkeit. 26 % befanden sich vorher in Bildung oder Ausbildung und 30 % waren Nichterwerbspersonen. Die restlichen 4 % der Arbeitslosenzugänge waren nicht zuzuordnen. Die Struktur der Abgänger aus der Arbeitslosigkeit stellte sich ähnlich dar. 37 % beendeten ihre Arbeitslosigkeit mit einer neuen Erwerbstätigkeit, wohingegen 33 % zu Nichterwerbspersonen wurden. 23 % beendeten ihre Arbeitslosigkeit, indem sie sich in Bildung oder Ausbildung begaben. Diese Quoten sind allerdings nur beschränkt aussagekräftig, da vielfältige Gründe hinter einem Zu- oder Abgang stecken können. So befanden sich beispielsweise viele Personen, die von der Arbeitslosigkeit in eine Ausbildung wechselten, in einer Bildungsmaßnahme der Bundesagentur für Arbeit. Entsprechend zählten diese Personen später als Zugang aus Ausbildung, wenn sie im Anschluss an die Bildungsmaßnahme nicht gleich Arbeit fanden. Arbeitslose nach SGB III, die wegen Krankheit vorübergehend nicht vermittlungsfähig sind, werden als Abgang als Nichterwerbsperson gezählt und nach Genesung wieder als Zugang. Viele Ar-

beitslose nach SGB II, die ihre Arbeitslosigkeit auf Grund einer Erwerbstätigkeit beendeten, waren als Ein-Euro-Jobber tätig.

2010 hat sich die abgeschlossene Verweildauer in Arbeitslosigkeit gegenüber 2009 von 33,4 auf 34,3 Wochen leicht erhöht, liegt aber immer noch deutlich besser als noch 2008 (38,1 Wochen). Sie berechnet sich als durchschnittliche Dauer, nach der die Arbeitslosigkeit beendet wird. Das derzeitige Niveau ist ein im langfristigen Vergleich recht niedriges, das heißt viele Personen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, finden relativ schnell eine neue Beschäftigung. In der Gruppe der Arbeitslosen verbleiben Personen, die größere Schwierigkeiten haben, eine neue Stelle zu finden. Im Jahresdurchschnitt 2010 gab es 940 000 Langzeitarbeitslose, also Personen, die seit über einem Jahr arbeitslos waren. Ihr Anteil an allen Arbeitslosen betrug rund 32 %.

Als analoge Kenngröße für die Angebotsseite des Arbeitsmarktes kann die so genannte Vakanzzeit betrachtet werden. Sie misst die Zeit, die zwischen dem gewünschten und dem tatsächlichen Besetzungstermin einer gemeldeten offenen Stelle vergeht und gibt Aufschluss darüber, wie angespannt der Arbeitsmarkt ist. Die durchschnittliche Vakanzzeit der im Jahr 2010 gemeldeten Stellen lag bei 56 Tagen im Vergleich zu 62 Tagen im Vorjahresmonat. Demnach ist es im Laufe des Jahres 2010 besser gelungen, freie Stellen schnell wieder zu besetzen.

Um in konjunkturellen Schwächephasen Kündigungen zu vermeiden, gehen die Unternehmen oftmals auf Kurzarbeit über. Dieses Instrument war eine zentrale Maßnahme, um die negativen Auswirkungen der Wirtschaftsschwäche im Jahr 2009 auf den Arbeitsmarkt so gering wie möglich zu halten. Entsprechend erreichte die Zahl der Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt 2009 mit 1,14 Mill. ein seit Anfang der 1990er Jahre nicht mehr erreichtes Niveau. 2008 hatte die Zahl der Kurz-

arbeiter noch bei rund 100 000 gelegen, 2010 war sie bereits wieder auf rund eine halbe Million gesunken. Hohe Kurzarbeiterzahlen waren im früheren Bundesgebiet schon um 1975 (773 000) und im Zeitraum 1981 bis 1984 (Jahresdurchschnitt 1983: 675 000) zu verzeichnen. Im vereinigten Deutschland erreichte die Kurzarbeiterzahl 1991 und 1993 mit 1,76 Mill. sowie 948 000 Höchstwerte. Dieser Stand reduzierte sich aber in den Folgejahren erheblich und pendelte sich seitdem im Jahresdurchschnitt zwischen 67 000 und 280 000 ein.

Für Ostdeutschland stehen Ergebnisse zur Kurzarbeit ab Oktober 1990 zur Verfügung. In der Folge des vorübergehend ausgedehnten Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erreichte die Zahl der aus betrieblichen Gründen verkürzt arbeitenden Personen im Jahresdurchschnitt 1991 mit 1,62 Mill. einen Höhepunkt. Mit Auslaufen der besonderen Kurzarbeiterregelungen Ende 1991 ging ihre Zahl wieder stark zurück. Im Jahresdurchschnitt 2009 arbeiteten 153 000 Menschen im Osten Deutschlands in Kurzarbeit und 988 000 im Westen.

5.1.11 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Es gibt Maßnahmen passiver und aktiver Arbeitsmarktpolitik. Passive Arbeitsmarktpolitik gleicht die Einkommensverluste aus Arbeitslosigkeit aus und besteht im Wesentlichen aus Arbeitslosengeld I und II. Nach vorläufigen Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit bezogen 2010 durchschnittlich 5,8 Mill. Menschen solche Lohnersatzleistungen. Das waren 109 000 oder 1,8 % weniger als im Jahr zuvor. 1,0 Mill. bezogen Arbeitslosengeld I und 4,9 Mill. Arbeitslosengeld II. Hinzu kamen 1,8 Mill. Personen, die als so genannte nichterwerbsfähige Hilfebedürftige Leistungen bezogen. Dabei handelte es sich um Personen (größtenteils Kinder unter 15 Jahren), die in Bedarfsgemeinschaft mit erwerbsfähigen Leistungsbeziehern lebten.

Die aktive Arbeitsmarktpolitik versucht einen Ausgleich zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage herzustellen. Hier kam es seit 2003, u. a. im Rahmen der Hartz-Reformen, zu Veränderungen und Einführung zahlreicher Instrumente. Arbeitsmarktpolitische Instrumente führen allein durch ihren Einsatz zu einer statistischen Entlastung des Arbeitsmarktes. So werden beispielsweise Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen nicht als Arbeitslose gezählt.

Da Zahlen auf Jahresbasis bei Redaktionsschluss noch nicht vorlagen, beziehen sich die folgenden Angaben auf den Dezember 2010. Insgesamt befanden sich in diesem Monat 1,5 Mill. Teilnehmer in einer von Bund oder Bundesagentur für Arbeit geförderten Maßnahme. Den größten Anteil hatten Maßnahmen des Bereichs Berufsberatung und Förderung der Berufsausbildung mit 369 000 Geförderten. 340 000 Personen nahmen beschäftigungsbegleitende Leistungen wie Eingliederungszuschüsse und Maßnahmen zur Förderung der Selbständigkeit in Anspruch. 290 000 Personen befanden sich in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen, wobei es sich fast ausschließlich um Arbeitsgelegenheiten handelte, darunter 242 000 Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante (»Ein-Euro-Jobs«).

Im Vergleich zum Dezember 2009 ging die Zahl der geförderten Personen um 15 % zurück. Auf einen Geförderten kamen im Dezember 2010 2,1 Arbeitslose, im Dezember 2009 waren es 1,9.

5.1.12 Zusammenfassung

Entgegen der gegen Ende der 1990er Jahre aufkommenden Vermutungen, in Deutschland könne die Arbeit ausgehen, spielt Erwerbstätigkeit quantitativ betrachtet heute eine so große Rolle wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. 2009 lebten in Deutschland 43,4 Mill. Erwerbspersonen und die Erwerbsquote lag über 51 %. Dies ist mit

Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahren zu großen Teilen auf eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen zurückzuführen. Für einzelne Altersgruppen reichte die Erwerbsbeteiligung an die 90 %-Marke heran. Gleichzeitig kam atypischer Beschäftigung in Abgrenzung zur so genannten Normalerwerbstätigkeit eine zunehmende Bedeutung zu.

Sowohl die Erwerbslosen- als auch die Arbeitslosenzahlen sind seit 2006 tendenziell rückläufig und überstanden auch das Krisenjahr 2009 relativ robust mit nur leichten Steigerungen. Es scheint sich anzudeuten, dass der Trend einer unabhängig vom Konjunkturzyklus zunehmenden strukturellen Arbeitslosigkeit durchbrochen ist.

Frauen lebten 2010 häufiger als noch vor zehn Jahren vom eigenen Einkommen und waren seltener vorwiegend auf die Unterstützung durch Angehörige angewiesen.

Die Erwerbsbeteiligung war 2010 auch für Personen ohne Berufsabschluss relativ hoch. Gering Qualifizierte sind allerdings einem deutlich größeren Risiko ausgesetzt, erwerbslos zu sein, so dass sich die Arbeitsmarktchancen der Gruppe ohne Berufsabschluss und der mit einem Hochschulabschluss erheblich unterscheiden.

Der Anteil der im Dienstleistungssektor Tätigen ist auch in den letzten Jahren gestiegen und lag 2010 bei über 73 %. Innerhalb des wachsenden Dienstleistungssektors ist die Zahl der in der öffentlichen Verwaltung Beschäftigten sowohl absolut als auch relativ gesehen rückläufig. Auch im Jahr 2009 gab es noch ausgeprägte Geschlechtsunterschiede hinsichtlich der ausgeübten Berufe. Während Männer am häufigsten als Berufskraftfahrer und Unternehmer oder Geschäftsführer tätig waren, waren Bürofachkraft, kaufmännische Angestellte, Gebäudereinigerin und Raumpflegerin die verbreitetsten Frauenberufe.


Das Instrument der Kurzarbeit dominierte im Krisenjahr 2009 das arbeitsmarktpolitische Handeln und trug dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit nur leicht anstieg und im Folgejahr 2010 wieder zurückging. Unter den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen dominierten 2010 die beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen deutlich gegenüber den Beschäftigung schaffenden Maßnahmen, von denen lediglich das Instrument der Arbeitsgelegenheiten (z. B. so genannte »Ein-Euro-Jobs«) noch in nennenswertem Ausmaß zum Einsatz kommt.

Dieses Kapitel untersucht für die Zeitpunkte 1999, 2004 und 2009 ausgewählte Aspekte der Integration in den Arbeitsmarkt von Frauen und Männern in Ost- und Westdeutschland. Zwar war 2009 das Jahr der Finanzkrise in Deutschland, doch zeigen die Ergebnisse, dass die konjunkturelle Situation in Deutschland fünf Jahre zuvor deutlich schlechter war und die Wirtschafts- und Finanzkrise zumindest am Arbeitsmarkt des Jahres 2009 keine erkennbaren Einschnitte hinterließ.

Für die Untersuchung der Situation und der Erwartungen auf dem Arbeitsmarkt wird zunächst ein Gesamtüberblick über die Entwicklung der unterschiedlichen Arbeitsmarktstatus in diesem Zeitraum wiedergegeben, um im Anschluss daran aufzuzeigen, wie sich je nach Lebensphase die Arbeitsmarktsituation von Menschen erheblich unterscheiden kann: In jüngerem Alter geht es zunächst um die Aneignung von Bildung und Ausbildung und um die erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt. Auch die Gründung einer Familie geschieht für gewöhnlich in dieser Lebensphase, hat für Frauen und Männer aufgrund der häufig noch recht traditionellen Aufgabenteilung im Haus-

halt jedoch meist unterschiedliche Konsequenzen für die Erwerbskarriere. An diese erste Phase auf dem Arbeitsmarkt schließt sich die Kernerwerbsphase an, die schließlich in die Zeit der letzten Berufsjahre mit einem Übergang in den Ruhestand mündet.

Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt hängen in hohem Maße von der angeeigneten Bildung und Ausbildung ab. Bekannt ist, dass Personen mit einer geringen Ausbildung wesentlich häufiger arbeitslos sind als jene mit einer guten Ausbildung. Wie Menschen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen ihre Arbeitsmarktchancen selber einschätzen, zeigen wir aus Sicht von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen in einem weiteren Schritt auf.

Schließlich wird der Frage zum Erwerbsumfang nachgegangen und danach, inwieweit Vollzeit oder Teilzeit als Beschäftigungsform gewünscht wird. In diesem Zusammenhang können einerseits Auswirkungen traditioneller Geschlechterrollen in West- und Ostdeutschland aufgezeigt und andererseits Tendenzen im Hinblick auf die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erkennbar gemacht werden. 

5.2.1 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Blickt man auf die Arbeitsmarktbelastung der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung, so fällt in der Zehn-Jahresperspektive bei den Männern lediglich das Jahr 2004 mit seinem deutlich erhöhten Arbeitslosigkeitsanteil in West- und Ostdeutschland auf. Weiterhin liegt auch zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung die Erwerbsquote von Männern in Westdeutschland um einige Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland. Teilzeitbeschäftigung spielt bei Männern weder in Ost- noch in Westdeutschland eine nennenswerte Rolle.

Bei Frauen im erwerbsfähigen Alter machen sich die besonderen konjunkturellen Effekte des Jahres 2004 weniger stark bemerkbar – zwar stieg auch ihre Arbeitslosigkeit in diesem Jahr an, jedoch deutlich geringer als bei Männern (vgl. Tab. 1). Viel eher ist bei den Frauen der seit vielen Jahren kontinuierlich verlaufende generelle Trend der wachsenden Erwerbsbeteiligung vor allem in Westdeutschland ungebrochen. Bemerkenswert ist zudem die nochmals gestiegene Teilzeitpräferenz bei Frauen in Westdeutschland. Doch auch in Ostdeutschland wächst diese Erwerbsform kontinuierlich.

Ein weiterer kontinuierlicher Trend zeigt sich im prozentualen Rückgang derjenigen Frauen, die sich für längere Zeit oder dauerhaft vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland verringerte sich dieser Anteil in den letzten Jahren um zehn Prozentpunkte, wenngleich diese Form des Rückzugs vom Arbeitsmarkt bei Frauen in Westdeutschland mit 12 % öfter auftritt als in Ostdeutschland (7 %).

➔ Tab. 1

Erwerbstätigkeit

Der Beitrag basiert auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels für die Jahre 1999, 2004 und 2009 und beschränkt sich auf die Altersgruppe der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 16 bis 64 Jahren. Wenn im Folgenden Erwerbstätige und Nichterwerbstätige unterschieden werden, so bezieht sich diese Abgrenzung auf die Selbsteinstufung der Befragten, ob sie zum Zeitpunkt der Befragung (überwiegend am Ende des ersten und Anfang des zweiten Quartals) eine bezahlte Beschäftigung von mindestens einer Stunde pro Woche ausübten. Zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos Gemeldete werden nur dann als Arbeitslose ausgewiesen, wenn sie gegenwärtig keinerlei Beschäftigung nachgehen. Das hier gewählte Erwerbskonzept ist also eng an die von der International Labor Organisation (ILO) empfohlenen Kriterien angelehnt. Bei der Gruppe der Nichterwerbstätigen wird unterschieden, ob sie als arbeitssuchend gemeldet sind, sich selbst um eine Beschäftigung bemühen, aufgrund von Mutterschutz/ Elternzeit keine Beschäftigung ausüben oder aus anderen Gründen derzeit keine Anstrengungen unternehmen, eine Beschäftigung aufzunehmen.

Tab. 1: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland, alle Altersgruppen (von 16 bis 64 Jahren)

| | Westdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
|--|-----------------|------------|------------|----------------|------------|------------|
| | 1999 | 2004 | 2009 | 1999 | 2004 | 2009 |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 81 | 79 | 81 | 74 | 69 | 75 |
| Vollzeit beschäftigt | 73 | 70 | 70 | 67 | 58 | 65 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 5 | 5 | 6 | 3 | 7 | 6 |
| In Berufsausbildung (Lehre) | 3 | 3 | 4 | 5 | 4 | 4 |
| In Altersteilzeit ² | - | 1 | 1 | - | - | - |
| Nicht erwerbstätig | 19 | 21 | 19 | 26 | 31 | 25 |
| Erziehungsurlaub (Elternzeit) ³ | - | - | - | - | - | 1 |
| In Ausbildung | 2 | 4 | 4 | 2 | 2 | 4 |
| Arbeitslos gemeldet ⁴ | 6 | 9 | 7 | 13 | 18 | 14 |
| Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert | 2 | 2 | 2 | 1 | 2 | 1 |
| Nicht erwerbstätig, nicht arbeitsmarktorientiert | 9 | 7 | 6 | 10 | 9 | 5 |
| Frauen | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 61 | 65 | 70 | 58 | 61 | 68 |
| Vollzeit beschäftigt | 32 | 31 | 34 | 40 | 35 | 38 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 26 | 31 | 34 | 16 | 22 | 27 |
| In Berufsausbildung (Lehre) | 3 | 3 | 2 | 3 | 4 | 3 |
| In Altersteilzeit ² | - | - | - | - | - | - |
| Nicht erwerbstätig | 39 | 35 | 30 | 42 | 39 | 32 |
| Erziehungsurlaub (Elternzeit) ³ | 5 | 4 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| In Ausbildung | 3 | 3 | 3 | 3 | 5 | 3 |
| Arbeitslos gemeldet ⁴ | 5 | 7 | 5 | 14 | 15 | 15 |
| Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert | 5 | 5 | 4 | 3 | 2 | 2 |
| Nicht erwerbstätig, nicht arbeitsmarktorientiert | 22 | 16 | 12 | 17 | 12 | 7 |

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Nebenerwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Altersteilzeit nur 2004 und 2009 erfragt.

3 Für 1999 gelten die gesetzlichen Regelungen zum Erziehungsurlaub, seit Januar 2001 das Gesetz zur Elternzeit.

4 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarktbeteiligung.

Datenbasis: SOEP 1999, 2004, 2009.

5.2.2 Entwicklung in den verschiedenen Lebensphasen

Detaillierter kann nachfolgend die Situation am Arbeitsmarkt für Frauen und Männer nach drei Altersgruppen untersucht werden: Jüngere (16- bis 34-Jährige), Personen mittleren Alters (35- bis 55-Jährige) und Ältere (56- bis unter 65-Jährige).

Jüngere Menschen stehen am Anfang ihrer beruflichen Karriere und streben zunächst einen erfolgreichen Übergang vom Bildungs- ins Erwerbssystem an, der mög-

lichst ausbildungsadäquat und ohne längere Phasen der Erwerbslosigkeit erfolgen soll (vgl. Tab. 1a). Gut ein Zehntel der jüngeren Männer in beiden Teilen Deutschlands befindet sich in einer beruflichen Ausbildung, bei den Frauen liegt der Anteil bei knapp einem Zehntel. Ähnlich hoch liegen die Anteile auch bei der schulischen wie akademischen Ausbildung. Interessanterweise sind jüngere Frauen in Westdeutschland zunehmend erwerbstätig, was jedoch ausschließlich an der Zunahme der Teilzeitarbeit liegt. In Ostdeutschland ist der Anteil der Frauen in Teilzeit immer noch deutlich geringer.

Auch stagniert hier der Erwerbstätigenanteil insgesamt unter den Frauen im Vergleich zu 1999, er liegt mittlerweile deutlich unter dem im Westen. Dies ist aber nicht auf eine mangelnde Erwerbsbereitschaft zurückzuführen, sondern auf die im Osten noch weit verbreitete Arbeitslosigkeit. Etwa ein Zehntel der Frauen ist in Elternzeit, bei den Männern spielt diese Möglichkeit keine Rolle. Jüngere Männer sind seit 1999 immer weniger erwerbstätig, was wesentlich auf eine gestiegene Bildungsbeteiligung und die Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden kann. Nur knapp die Hälfte der jüngeren Männer

arbeitet Vollzeit. Etwa ein Zehntel ist in Teilzeit beschäftigt. So gut wie niemand unter den Jüngeren will heutzutage ganz zuhause bleiben – weder Männer noch Frauen. → **Tab. 1a**

Personen mittleren Alters stehen üblicherweise in der Kernphase ihres beruflichen Lebens. Die Ausbildung ist abgeschlossen, häufig leben Kinder im Haushalt, die versorgt werden müssen, und die Kosten für den Lebensunterhalt steigen. In dieser Lebensphase werden die Auswirkungen der traditionellen geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung im Haushalt besonders sichtbar (vgl. Tab. 1b): Während die meisten Männer vollerbwerbstätig sind, gehen

Frauen in Westdeutschland überwiegend einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach, um Beruf und Familie vereinbaren zu können. In Ostdeutschland folgt das Erwerbsverhalten weniger traditionellen Mustern; hier sind die meisten Frauen Vollzeit beschäftigt, nichterwerbstätige Frauen sind meist arbeitslos gemeldet. In Westdeutschland halbierte sich der Anteil der Frauen mittleren Alters, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Befragung nicht mehr erwerbstätig werden wollen, auf 9 %. Damit liegt der Anteil aber noch immer mehr als doppelt so hoch wie in Ostdeutschland. Insgesamt fand im Beobachtungszeitraum in beiden Regionen eine Annäherung der Erwerbsmuster von

Frauen statt: In Ostdeutschland legte der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen zwischen 1999 und 2009 stark zu, und auch in Westdeutschland üben immer mehr Frauen dieser Altersgruppe eine Tätigkeit mit einem reduzierten Beschäftigungsumfang aus. Die Erwerbsmuster von Männern in beiden Teilen Deutschlands unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der deutlich höheren Arbeitslosenraten in Ostdeutschland. Ansonsten sind die Strukturen sehr ähnlich.

Die gravierendsten Veränderungen in der Erwerbsstruktur sind bei den Älteren sichtbar (vgl. Tab. 1c). In der Altersgruppe der 56- bis 64-Jährigen sind immer

Tab. 1a: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland, Altersgruppe: 16 bis 34 Jahre

| | Westdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
|--|-----------------|------------|------------|----------------|------------|------------|
| | 1999 | 2004 | 2009 | 1999 | 2004 | 2009 |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 82 | 74 | 72 | 80 | 68 | 71 |
| Vollzeit beschäftigt | 63 | 56 | 51 | 64 | 43 | 49 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 9 | 7 | 9 | 3 | 11 | 9 |
| In Berufsausbildung (Lehre) | 10 | 10 | 12 | 13 | 14 | 13 |
| Nicht erwerbstätig | 18 | 26 | 28 | 20 | 32 | 29 |
| Erziehungsurlaub (Elternzeit) ² | - | - | - | - | - | - |
| In Ausbildung | 8 | 12 | 14 | 6 | 8 | 12 |
| Arbeitslos gemeldet ³ | 6 | 9 | 7 | 11 | 20 | 13 |
| Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert | 4 | 5 | 6 | 2 | 5 | 3 |
| Nicht erwerbstätig, nicht arbeitsmarktorientiert | 1 | 1 | 1 | - | - | 1 |
| Frauen | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 64 | 66 | 69 | 61 | 60 | 61 |
| Vollzeit beschäftigt | 38 | 36 | 37 | 38 | 30 | 34 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 18 | 21 | 25 | 16 | 18 | 18 |
| In Berufsausbildung (Lehre) | 7 | 9 | 7 | 7 | 12 | 9 |
| Nicht erwerbstätig | 36 | 34 | 31 | 39 | 40 | 39 |
| Erziehungsurlaub (Elternzeit) ² | 13 | 9 | 10 | 13 | 12 | 11 |
| In Ausbildung | 8 | 8 | 10 | 8 | 14 | 9 |
| Arbeitslos gemeldet ³ | 3 | 5 | 4 | 12 | 10 | 15 |
| Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert | 7 | 8 | 6 | 5 | 4 | 4 |
| Nicht erwerbstätig, nicht arbeitsmarktorientiert | 6 | 4 | 1 | 1 | - | - |

Tab. 1b: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland, Altersgruppe: 35 bis 55 Jahre

| | Westdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
|--|-----------------|------------|------------|----------------|------------|------------|
| | 1999 | 2004 | 2009 | 1999 | 2004 | 2009 |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 93 | 89 | 91 | 87 | 79 | 83 |
| Vollzeit beschäftigt | 91 | 86 | 87 | 84 | 74 | 78 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 2 | 3 | 4 | 2 | 5 | 5 |
| In Berufsausbildung (Lehre) | - | - | 0 | 1 | - | 0 |
| Nicht erwerbstätig | 7 | 11 | 9 | 13 | 21 | 17 |
| Erziehungsurlaub (Elternzeit) ² | - | - | - | - | - | 1 |
| Arbeitslos gemeldet ³ | 4 | 8 | 6 | 11 | 18 | 12 |
| Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe | 2 | 2 | 2 | 3 | 2 | 3 |
| Frauen | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 70 | 72 | 78 | 77 | 71 | 79 |
| Vollzeit beschäftigt | 35 | 32 | 35 | 55 | 43 | 45 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 35 | 40 | 43 | 21 | 28 | 34 |
| In Berufsausbildung (Lehre) | - | - | - | 1 | - | - |
| Nicht erwerbstätig | 30 | 28 | 22 | 23 | 29 | 21 |
| Erziehungsurlaub (Elternzeit) ² | 2 | 3 | 3 | 1 | 2 | 2 |
| Arbeitslos gemeldet ³ | 5 | 7 | 5 | 14 | 19 | 13 |
| Nicht erwerbstätig, arbeitsmarktorientiert | 5 | 6 | 5 | 3 | 1 | 2 |
| Nicht erwerbstätig, ohne Arbeitsmarktnähe | 18 | 13 | 9 | 6 | 6 | 4 |

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

1 Nichterwerbstätige (d. h. auch Arbeitslose) mit Neben-erwerbstätigkeit werden als Erwerbstätige ausgewiesen.

2 Für 1999 gelten die gesetzlichen Regelungen zum Erziehungs-urlaub, seit Januar 2001 das Gesetz zur Elternzeit.

3 Arbeitslose ohne jegliche Arbeitsmarkt-beteiligung.

Datenbasis: SOEP 1999, 2004, 2009.

Tab. 1c: Arbeitsmarktbeteiligung in West- und Ostdeutschland, Altersgruppe: 56 bis 64 Jahre

| | Westdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
|----------------------------------|-----------------|------------|------------|----------------|------------|------------|
| | 1999 | 2004 | 2009 | 1999 | 2004 | 2009 |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 50 | 56 | 67 | 37 | 46 | 62 |
| Vollzeit beschäftigt | 46 | 48 | 54 | 32 | 38 | 54 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 4 | 5 | 8 | 4 | 7 | 6 |
| In Altersteilzeit ² | - | 3 | 5 | - | 1 | 2 |
| Nicht erwerbstätig | 50 | 44 | 33 | 63 | 54 | 38 |
| Arbeitslos gemeldet ³ | 11 | 11 | 8 | 21 | 15 | 19 |
| Sonstige nicht Erwerbstätige | 39 | 33 | 25 | 42 | 39 | 19 |
| Frauen | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Erwerbstätig ¹ | 35 | 43 | 52 | 21 | 35 | 48 |
| Vollzeit beschäftigt | 17 | 18 | 23 | 15 | 19 | 24 |
| Teilzeit/geringfügig beschäftigt | 18 | 22 | 27 | 6 | 14 | 22 |
| In Altersteilzeit ² | - | 3 | 2 | - | 2 | 2 |
| Nicht erwerbstätig | 65 | 57 | 48 | 79 | 65 | 52 |
| Arbeitslos gemeldet ³ | 7 | 7 | 7 | 17 | 13 | 20 |
| Sonstige nicht Erwerbstätige | 58 | 50 | 41 | 62 | 52 | 32 |

Datenbasis: SOEP 1999, 2004, 2009.

mehr Menschen erwerbstätig. Gesetzliche Regelungen zum relativ einfachen vorzeitigen Ausstieg aus der Erwerbsarbeit sind abgelaufen und ganz offensichtlich hat sich das Berufsende für diese Gruppe im Verlauf der Zeit hinausgeschoben. Bei den ostdeutschen Männern ist der Anteil Erwerbstätiger von 37 % in 1999 auf 62 % in 2009 gestiegen, im Westen ebenfalls deutlich von der Hälfte auf nun 67 %. Entsprechend ist der Anteil Nichterwerbstätiger zurückgegangen. Von ihnen ist im Osten allerdings die Hälfte arbeitslos gemeldet, nur noch ein Fünftel hat sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen. Gravierend ist auch der Anstieg der Erwerbstätigkeit bei den Frauen: im Osten hat er sich 2009 im Vergleich zu 1999 mehr als verdoppelt, im Westen ist er auf über die Hälfte gestiegen. Die Teilzeitarbeit spielte auch hier eine wesentliche Rolle, sie hat beständig zugenommen: Etwa die Hälfte der Erwerbstätigen geht dieser Beschäftigungsform nach. Ein Fünftel der älteren Frauen in Ostdeutschland sind arbeitslos gemeldet, wären also gerne erwerbstätig. Nur noch knapp ein Drittel der älteren Frauen haben sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen, im Westen sind es gut vier von zehn. Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland sind kleiner geworden, die Strukturen unter den Älteren haben sich angenähert.

Im Vergleich der drei Beobachtungsjahre 1999, 2004 und 2009 haben sich also wichtige strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt vollzogen: Die Erwerbsarbeit gewann stark an Bedeutung hinzu, insbesondere Frauen und Ältere gehen immer häufiger einer Beschäftigung nach. Noch immer spielt die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland eine wesentlich größere Rolle als in Westdeutschland. Damit ist die Erwerbsorientierung von Frauen in Ostdeutschland nach wie vor noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland; dort nimmt die Erwerbsorientierung aber weiterhin zu. Jüngere sind insgesamt weniger erwerbstätig, was insbesondere in Ostdeutschland zu denken gibt, denn die Arbeitslosigkeit

liegt in dieser Gruppe auch 2009 zum Teil noch erschreckend hoch. Dies dürfte sich in Zukunft vielleicht ändern, wenn allein schon aufgrund des Fachkräftemangels Jüngere wieder bessere Chancen der Eingliederung auf dem Arbeitsmarkt haben. Der Rückzug vom Arbeitsmarkt ist bei den Jüngeren keine Option und auch in der mittleren Altersgruppe nur die Ausnahme. Teilzeitarbeit hat sich unter den Frauen in den drei untersuchten Altersgruppen ausgebreitet, bei den Männern scheint diese Beschäftigungsform erst in jüngster Zeit, allerdings nur auf sehr niedrigem Niveau, an Akzeptanz zu gewinnen. → Tab. 1 b,c

5.2.3 Beschäftigungschancen und Qualifikation

Dem Wunsch nach Erwerbstätigkeit stehen vielfach Barrieren auf dem Arbeitsmarkt gegenüber. Gemessen an der Frage, ob es »leicht, schwierig oder praktisch unmöglich sei, eine geeignete Stelle zu finden«, stellt sich aus Sicht der Nichterwerbstätigen die Lage auf dem Arbeitsmarkt zuletzt besser dar – trotz der Finanzkrise im Jahr 2009 (vgl. Tab. 2a und Tab. 2b). Generell halten es die allermeisten Nichterwerbstätigen für schwierig oder praktisch unmöglich eine Stelle zu finden – in Ostdeutschland aufgrund der größeren Arbeitsmarktprobleme häufiger als in Westdeutschland. Dass es »leicht« sei eine Stelle zu finden, wird von Nichterwerbstätigen somit nur vergleichsweise selten geäußert, am häufigsten im Jahr 2009.

Personen mit einer hohen formalen Qualifikation können gewöhnlich mehr Tätigkeiten ausüben als jene, die nur über eine geringe oder gar keine Qualifikation verfügen. Sie sind häufiger als andere erwerbstätig, und ihr Anteil unter Nichterwerbstätigen ist dementsprechend sehr gering. Jene hoch selektive (kleine) Gruppe Nichterwerbstätiger jedoch, die trotz ihrer guten Ausbildung keine Beschäftigung gefunden hat, sieht sich erheb-

lichen Problemen auf dem Arbeitsmarkt gegenüber. Besonders Männer schätzen ihre Situation hier als besonders schwer ein. Offenbar spielen für die Beschäftigungschancen dieser Gruppe über die formale Bildung hinausgehende Faktoren eine wichtige Rolle – dies können z. B. gute Ausbildungen in nicht nachgefragten Berufen und Entwertungen von Abschlüssen aufgrund längerer Erwerbsunterbrechungen sein. Bei Frauen ist die Gruppe der nichterwerbstätigen Akademikerinnen bezüglich der Einschätzung ihrer Arbeitsmarktchancen eher heterogen: In Ostdeutschland sind beispielsweise viele der Meinung, es sei praktisch unmöglich eine adäquate Stelle zu finden, andererseits liegt auch der Anteil jener, die es für leicht halten, recht hoch.

Insgesamt zeigen sich aufgrund der unterschiedlichen Zusammensetzung von gut und geringer Ausgebildeten in der Nichterwerbstätigkeit auch deutliche Unterschiede in den subjektiven Arbeitsmarktchancen Nichterwerbstätiger. Bei den Frauen ging im Beobachtungszeitraum insgesamt der Anteil derer, die meinten, es sei praktisch unmöglich eine Stelle zu finden, stärker zurück als bei den Männern. → Tab. 2a

Im Vergleich zu Nichterwerbstätigen sagen unter den Erwerbstätigen mehr Personen, es wäre leicht eine geeignete Stelle zu finden und weniger dies sei praktisch unmöglich (vgl. Tab. 2b). Das ist auch zu erwarten, denn Beschäftigte zählen zu den Integrierten auf dem Arbeitsmarkt. Sie verfügen über eine aktuellere Berufserfahrung als Nichterwerbstätige und können aus einer bestehenden Erwerbstätigkeit heraus eine Stelle suchen. Insgesamt sah die Situation 2009 wieder besser aus als 2004 – und zwar in beiden Teilen Deutschlands. Frauen in Ostdeutschland schätzen ihre Lage am schwierigsten ein.

Die Ergebnisse für Hochqualifizierte unter den Erwerbstätigen belegen erst 2009 deren bessere Chancen auf dem Arbeits-

Tab. 2a: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Nichterwerbstätigen¹

| | Westdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
|---|---------------------------------|-----------|---------------------|----------------|-----------|---------------------|
| | Eine Stelle zu finden, wäre ... | | | | | |
| | leicht | schwierig | praktisch unmöglich | leicht | schwierig | praktisch unmöglich |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| 1999 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 16 | 53 | 31 | 6 | 82 | 12 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung ² | 8 | 48 | 44 | 6 | 59 | 35 |
| Hochschule/Universität ³ | 9 | 68 | 23 | 0 | 47 | 53 |
| 2004 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 18 | 63 | 19 | 8 | 65 | 27 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 5 | 66 | 29 | 2 | 63 | 35 |
| Hochschule/Universität | 10 | 44 | 46 | (2) | (40) | (58) |
| 2009 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 25 | 55 | 20 | 27 | 50 | 23 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 7 | 67 | 25 | 8 | 63 | 29 |
| Hochschule/Universität | 7 | 47 | 46 | (5) | (32) | (62) |
| Frauen | | | | | | |
| 1999 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 11 | 52 | 37 | 13 | 62 | 26 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 17 | 49 | 34 | 2 | 62 | 36 |
| Hochschule/Universität | 5 | 71 | 24 | 3 | 61 | 36 |
| 2004 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 15 | 61 | 23 | 12 | 64 | 24 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 15 | 65 | 20 | 3 | 63 | 34 |
| Hochschule/Universität | 10 | 63 | 27 | 4 | 72 | 23 |
| 2009 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 22 | 59 | 20 | 10 | 67 | 22 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 17 | 57 | 26 | 6 | 60 | 34 |
| Hochschule/Universität | 17 | 65 | 19 | 18 | 52 | 30 |

markt. Allerdings ist es in Ostdeutschland selbst für sie nicht immer leicht eine gleichwertige Stelle zu finden: Im Jahr 2009 meinen 21 % der Frauen (West 16 %) es sei praktisch unmöglich, eine gleichwertige Stelle zu finden, gleichzeitig halten es 20 % (West 30 %) für leicht. In etwas abgeschwächter Form ist dies Phänomen auch bei den Männern zu beobachten. Erwerbstätige ohne abgeschlossene Berufsbildung sehen ihre Lage vergleichsweise optimistisch. Bei ihnen ist ausschlaggebend, dass

sie keine großen Ansprüche an die ihnen gebotenen Tätigkeiten stellen können und auch einfachste Tätigkeitsangebote annehmen, die nur sehr geringe Verdienstmöglichkeiten und Absicherungen beinhalten. Eine Abwertung ihrer Qualifikation erfolgt in diesen einfachen Tätigkeiten nicht oder zumindest in weit geringerem Maße als bei den höher oder gar Hochqualifizierten.

Insgesamt ist es nach Einschätzung der Erwerbstätigen im Beobachtungszeitraum

zuletzt wieder etwas leichter geworden, bei Verlust des gegenwärtigen Arbeitsplatzes eine mindestens *gleichwertige* Stelle zu finden. Für diese Einschätzung mag auch von Bedeutung sein, dass auf flexibleren Arbeitsmärkten lebenslange qualifizierte Vollzeitstellen immer weniger garantiert werden können und von zuvor fest Beschäftigten bei einem Jobwechsel möglicherweise auch zeitlich begrenzte oder Teilzeittätigkeiten akzeptiert werden müssen. → Tab. 2b

Tab. 2b: Subjektive Arbeitsmarktchancen von Erwerbstätigen¹

| | Westdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
|---|---------------------------------|-----------|---------------------|----------------|-----------|---------------------|
| | Eine Stelle zu finden, wäre ... | | | | | |
| | leicht | schwierig | praktisch unmöglich | leicht | schwierig | praktisch unmöglich |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| 1999 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 24 | 61 | 15 | 23 | 66 | 11 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung ² | 20 | 57 | 23 | 15 | 67 | 18 |
| Hochschule/Universität ³ | 25 | 51 | 24 | 14 | 56 | 30 |
| 2004 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 18 | 59 | 23 | 14 | 69 | 17 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 13 | 61 | 26 | 11 | 62 | 27 |
| Hochschule/Universität | 18 | 56 | 26 | 9 | 56 | 35 |
| 2009 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 26 | 58 | 16 | 33 | 60 | 7 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 16 | 59 | 25 | 10 | 73 | 17 |
| Hochschule/Universität | 32 | 49 | 19 | 28 | 54 | 18 |
| Frauen | | | | | | |
| 1999 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 29 | 53 | 18 | 21 | 66 | 13 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 26 | 58 | 16 | 8 | 71 | 21 |
| Hochschule/Universität | 17 | 62 | 21 | 5 | 69 | 26 |
| 2004 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 22 | 59 | 19 | 20 | 62 | 18 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 17 | 62 | 21 | 6 | 66 | 28 |
| Hochschule/Universität | 18 | 59 | 23 | 9 | 59 | 32 |
| 2009 | | | | | | |
| Ohne abgeschlossene Berufsausbildung | 29 | 58 | 13 | 25 | 70 | 5 |
| Mit abgeschlossener Berufsausbildung | 18 | 64 | 18 | 12 | 69 | 19 |
| Hochschule/Universität | 30 | 54 | 16 | 20 | 58 | 21 |

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

Frage: »Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es für Sie dann leicht, schwierig oder praktisch unmöglich wieder eine neue Stelle zu finden?«

1 Erwerbstätige im Alter von 18 bis einschließlich 64 Jahren.

2 Lehre, Berufsfachschule, Handelsschule, Schule des Gesundheitswesens, Fachschule, Beamtenausbildung oder »sonstiger (beruflicher) Bildungsabschluss«.

3 Fachhochschule/Ingenieurschule oder Universität/Hochschule.

Datenbasis: SOEP 1999, 2004, 2009.

5.2.4 Bereitschaft zu Teilzeitarbeit

Auf dem Arbeitsmarkt üben immer mehr Menschen, vor allem Frauen, eine Teilzeitarbeit aus. Vielfach wird diese Beschäftigungsform jedoch aus Mangel an Alternativen nur als Notlösung akzeptiert, sie ist keineswegs von allen gewünscht. Befragt nach ihrem Interesse an Voll- und Teilzeitarbeit äußert etwa die Hälfte der nichterwerbstätigen Frauen in Westdeutschland eine Präferenz für redu-

zierte Wochenarbeitszeiten (vgl. Tab. 3). In Ostdeutschland ist nur knapp ein Viertel der nichterwerbstätigen Frauen an Teilzeit interessiert. An diesen Anteilen hat sich im Zeitverlauf nicht viel geändert. Knapp drei von zehn westdeutschen Frauen wollen Vollzeit arbeiten, in Ostdeutschland sind es knapp vier von zehn. Für ein weiteres Drittel der nichterwerbstätigen Frauen in Ostdeutschland wären beide Beschäftigungsformen recht. Während bei den Frauen Aspekte der Verein-

barkeit von Familie und Beruf bei der gewünschten Beschäftigungsform häufig überwiegen, sind bei den Männern wohl die wachsenden Flexibilitätserfordernisse des Arbeitsmarktes die Ursache dafür, dass Teilzeitarbeit zumindest in Erwägung gezogen wird: Explizit besteht bei den Männern kaum Interesse an Teilzeitarbeit, für ein Viertel in Ostdeutschland und ein Fünftel in Westdeutschland ist jedoch immerhin »beides recht« – also Voll- und Teilzeit. → Tab. 3

Tab. 3: Nichterwerbstätige¹ und ihr Interesse an Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung

| | Interesse an ... | | | |
|------------------------|-----------------------|-----------------------|--------------|-----------------|
| | Vollzeitbeschäftigung | Teilzeitbeschäftigung | beides nicht | weiß noch nicht |
| Westdeutschland | in % | | | |
| Männer | | | | |
| 1999 | 69 | 4 | 19 | 8 |
| 2004 | 71 | 9 | 15 | 5 |
| 2009 | 68 | 8 | 18 | 6 |
| Frauen | | | | |
| 1999 | 23 | 55 | 13 | 9 |
| 2004 | 27 | 50 | 15 | 8 |
| 2009 | 27 | 47 | 20 | 6 |
| Ostdeutschland | | | | |
| Männer | | | | |
| 1999 | 78 | 6 | 14 | 2 |
| 2004 | 74 | 4 | 18 | 4 |
| 2009 | 64 | 7 | 24 | 5 |
| Frauen | | | | |
| 1999 | 41 | 25 | 26 | 8 |
| 2004 | 39 | 23 | 30 | 8 |
| 2009 | 39 | 23 | 33 | 5 |

Alle Angaben sind querschnittsgewichtet.

Frage: »Wären Sie an einer Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung interessiert, oder wäre Ihnen beides recht?«

1 Nichterwerbstätige im Alter von 18 bis einschließlich 64 Jahren.

Datenbasis: SOEP 1999, 2004, 2009.

5.2.5 Zusammenfassung

»Der« Arbeitsmarkt und »die« Beschäftigungschancen sind keineswegs einheitliche Gebilde, sondern werden sehr stark geprägt durch Alter, Geschlecht, Qualifikation und regionale Herkunft der Erwerbspersonen. Zudem verändern Rahmenbedingungen wie die konjunkturelle Lage oder auch die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen, und individuelle Ereignisse, wie z. B. die Familiengründung, die Situation und beruflichen Erwartungen im Zeitverlauf.

Im Jahr 2009 hat sich die Arbeitsmarktwirklichkeit zwischen West- und Ost-

deutschland in vielen Bereichen angeglichen. Bestehende Differenzen sind meist geringer geworden. Während bei Männern vor allem die Arbeitsmarktlage entscheidend für strukturelle Unterschiede ist, kommen bei Frauen Unterschiede in der Erwerbsorientierung hinzu. Aus anderen Studien ist bekannt, dass insbesondere Frauen mit Kindern in Ostdeutschland eine weitaus größere Arbeitsmarktnähe besitzen als jene in Westdeutschland.

Teilzeitarbeit wird immer öfter ausgeübt. Während diese Entwicklung in Westdeutschland vor allem durch Verhaltensänderungen der Frauen in Form einer

wachsenden Erwerbsbeteiligung bedingt ist, liegen die Ursachen in Ostdeutschland zu einem erheblichen Teil in der schwierigen Arbeitsmarktlage begründet, die zu einem Abschmelzen der Vollzeittätigkeiten führte. Die im Zeitverlauf zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes kann zudem mit als Erklärung dafür herangezogen werden, dass mittlerweile auch ein nicht zu vernachlässigender Anteil nicht-erwerbstätiger Männer Teilzeitarbeit zumindest als Beschäftigungsoption für möglich hält. Die traditionelle Aufgabenteilung im Haushalt, wonach die Frau sich daheim der unbezahlten Haus- und Familienarbeit widmet und der Mann als Ernährer das Geld verdient, hat ganz offenbar ausgedient.

Die Beschäftigungschancen werden aus der subjektiven Sicht im Jahr 2009 wieder etwas besser eingeschätzt als noch 2004, selbst von Nichterwerbstätigen. Anhaltende Arbeitslosigkeit ist für alle Betroffenen eine schwierige Situation. Für junge Menschen aber, die gleich zu Beginn des Berufslebens diese Erfahrung machen, kann der mangelnde Aufbau von Wissen ihre beruflichen Chancen im weiteren Erwerbsleben erheblich mindern. Insofern sind die im Jahr 2009 noch immer deutlich höheren Arbeitslosenraten jüngerer Menschen in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland äußerst bedenklich. Ausbildungsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten für die jüngere Generation sind nicht nur aus der individuellen Perspektive dringlich. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels kommt neben der Qualifikation nachwachsender Arbeitskräfte zugleich auch der Schaffung sowie dem Erhalt entsprechender Arbeitsplätze Älterer eine zentrale gesellschaftliche Rolle zu.

Für viele Menschen sind Verdienste der wichtigste Teil ihres Einkommens. Verdienste sind Arbeitseinkommen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Tätigkeiten regelmäßig beziehen. Sie entscheiden über den Lebensstandard und die Möglichkeiten der sozialen Sicherung von Familien und Alleinstehenden. Für den Arbeitgeber stellen die Verdienste der Arbeitnehmer Kosten dar. Sie machen zusammen mit den so genannten Lohnnebenkosten die Arbeitskosten aus.

5.3.1 Tarifverdienste

Für rund die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland regeln Tarifverträge Verdienste und Arbeitsbedingungen. Tarifverträge werden von einem oder mehreren Arbeitgebern oder Arbeitgeberverbänden einerseits und einer oder mehreren Gewerkschaften andererseits abgeschlossen. Sie sind ausschließlich für ihre Mitglieder bindend (Tarifbindung). Aber auch viele nicht-tariflich gebundene Unternehmen und Arbeitnehmer orientieren sich an bestehenden Tarifverträgen.

Tarifverdienste 2005 bis 2010

Die durchschnittlichen tariflichen Monatsverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhten sich in den Jahren 2005 bis 2010 in Deutschland um 11,0 %. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum um 8,2 %. Die Tarifverdienste der Arbeitnehmer sind jedoch nicht gleichmäßig gestiegen: 2006 bis 2007 stiegen die Verbraucherpreise stärker als die durchschnittlichen Tarifverdienste, in den Jahren 2008 bis 2010 war es umgekehrt.

Von den Tariferhöhungen profitierten nicht alle Beschäftigten gleichermaßen.

2005 bis 2010 gab es überdurchschnittliche Tariferhöhungen von 14,0 % und mehr beispielsweise für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Energieversorgung, in der Chemischen Industrie, im Metallgewerbe und im Maschinenbau. Deutlich niedriger fielen die Tariferhöhungen in anderen Bereichen wie dem Baugewerbe (10,7 %), bei Bund, Ländern und Gemeinden (10,6 %) oder bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (9,5 %) aus. Im Gastgewerbe lagen sie mit 7,5 % und im Einzelhandel mit 6,6 % unter dem Anstieg der Verbraucherpreise.

Tarifrunde 2010

Die durchschnittlichen Tarifverdienste stiegen 2010 in Deutschland um 1,6%. Obwohl sich die wirtschaftliche Lage deutlich verbesserte, fielen die Tariferhöhungen im Jahresdurchschnitt damit 2010 deutlich geringer aus als im Vorjahr mit 2,8 %. Grund dafür ist, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber in vielen Tarifabschlüssen Erhöhungen für mehrere Jahre, so genannte Stufenerhöhungen, vereinbarten. Auch die meisten der 2009 in Kraft getretenen Tariferhöhungen waren schon 2008 oder früher – also noch

Tab 1: Ausgewählte Tariferhöhungen

| | Tariferhöhungen |
|---|--|
| Baugewerbe früheres Bundesgebiet und Berlin | 2,3 % ab April 2010 |
| Baugewerbe neue Länder | 2,5 % ab April 2010 |
| Chemische Industrie | 550–715 EUR Pauschale |
| Druckindustrie (nur Arbeiter, früheres Bundesgebiet einschl. Berlin) | 240 EUR Pauschale 2,0 % ab April 2010 |
| Einzelhandel | 1,5 % August bis November (regional unterschiedlich) 2010 |
| Eisen- und Stahlindustrie | 150 EUR Pauschale 3,6 % ab Oktober 2010 |
| Groß- und Außenhandel (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Sachsen, Sachsen-Anhalt) | 125 EUR Pauschale (in meisten Regionen) 1,5 % ab Juni/Juli 2010 |
| Hotel- und Gaststättengewerbe (Nordrhein-Westfalen) | 2,0 % ab August 2010 1,8 % ab Juli 2011 |
| Kraftfahrzeuggewerbe (Bayern) | 0,6 % ab Juni 2010 1,0 % ab Dezember 2010 2,5 % ab Juli 2011 |
| Metallindustrie | 320 EUR Pauschale 2,7 % ab April 2011 |
| Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden | 1,2 % ab Januar 2010 0,6 % ab Januar 2011 0,9 % ab August 2011 240 EUR Einmalzahlung |
| Öffentlicher Dienst Länder | 1,2 % ab März 2010 |
| Privates Bankgewerbe | 300 EUR Pauschale 1,6 % ab Juli 2010 |
| Textil- und Bekleidungsindustrie | 1,5 % plus 40 EUR |
| Versicherungsgewerbe | 250 EUR Pauschale 2,5 % ab April 2010 |
| Wohnungswirtschaft | 1,2 % ab Mai 2010 |

vor der Krise – beschlossen worden. Demgegenüber beruhten die Tarifsteigerungen 2010 in der Regel auf Verträgen, die mitten in der Wirtschaftskrise verhandelt wurden.

Da in vielen Tarifabschlüssen Beschäftigungssicherung im Vordergrund stand, fielen die Tariferhöhungen moderat aus. Zudem wurden aufgrund der großen Unsicherheit über den weiteren Verlauf und die Dauer der Krise in den Tarifabschlüssen häufig Einmalzahlungen vereinbart, die bei zukünftigen prozentualen Erhöhungen nicht berücksichtigt werden. So erhielten die Arbeitnehmer in der Chemischen Industrie für den Zeitraum Mai 2010 bis März 2011 ausschließlich eine Einmalzahlung zwischen 550 und 715 Euro. In der Metallindustrie und im Bankgewerbe vereinbarten die Tarifvertragsparteien für 2010 eine Pauschale sowie eine Tarifierhebung ab 2011. Einmalzahlungen werden bei der Berechnung der durchschnittlichen Tarifverdienste nicht einbezogen.

Prozentuale Erhöhungen handelten die Tarifvertragsparteien 2010 beispielsweise für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden (+1,2 %), im Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen (+2,0 %) oder im Kraftfahrzeuggewerbe in Bayern (+0,6 %) aus. Diese Abschlüsse sehen für 2011 weitere Stufenerhöhungen vor. Aus früheren Tarifverträgen resultierende Steigerungen der Tarifverdienste gab es u. a. im öffentlichen Dienst der Länder (+1,2 %), im Groß- und Außenhandel (+1,5 %), im Baugewerbe (+2,3 % für das frühere Bundesgebiet, +2,5 % für die neuen Länder) und im Versicherungsgewerbe (+2,5 %). → **Tab. 1**

Tarifverdienste nach Branchen und Regionen

Je nach Branche und Region unterscheiden sich die Tarifverdienste erheblich. In der Chemischen Industrie, der Metallindustrie sowie bei Banken und Versicherungen erhielten die Beschäftigten in der Regel höhere Tarifverdienste als im Handel oder der Bekleidungs- und der Ernährungsindustrie.

Das unterste tarifliche Monatsentgelt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer abgeschlossenen dreijährigen Berufsausbildung lag Ende 2010 beispielsweise im Zeitungsverlagsgewerbe in Bayern bei 1 611 Euro und in der Chemischen Industrie zwischen 2 373 in Bayern und 2 508 Euro in Baden-Württemberg. In der Druckindustrie betrug der Tariflohn für Facharbeiterinnen und Facharbeiter pro Stunde deutschlandweit mindestens 16,22 Euro, in der Bauindustrie 14,52 Euro in den neuen Ländern und 16,20 Euro im früheren Bundesgebiet. Deutlich niedrigere Tarifverdienste galten für Fachkräfte im Elektrohandwerk (Sachsen: 9,68 Euro; Nordrhein-Westfalen: 13,50 Euro), für Kraftfahrer sowie Handwerker im privaten Güterverkehr in Nordrhein-Westfalen (10,83 Euro) oder für ausgebildete Hotelfachkräfte und Köche und Köchinnen (Sachsen-Anhalt: 7,60 Euro; Niedersachsen: 9,49 Euro).

Diese Unterschiede galten auch für weniger qualifizierte Beschäftigte. So lag der tarifliche Monatsverdienst für Küchen-

hilfen und Reinigungskräfte im Hotel- und Gaststättengewerbe bei 6,71 Euro in Sachsen und 7,95 Euro in Bayern. Im Bankgewerbe erhielten Reinigungskräfte deutschlandweit laut Tarifvertrag mindestens 11,38 Euro pro Stunde und in der Systemgastronomie 6,81 Euro. Die vereinbarten Stundenlöhne für die unterste Tarifgruppe betragen im Einzelhandel zwischen 7,23 Euro (Mecklenburg-Vorpommern) und 10,66 Euro (Hamburg). Einige Tariflöhne lagen damit unter dem derzeit kontrovers diskutierten Vorschlag für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

5.3.2 Bruttoverdienste

Die Daten über die Bruttoverdienste der Arbeitnehmer bilden tatsächlich gezahlte Bruttolöhne und -gehälter ab, die sich zum Teil deutlich von den Tarifverdiensten unterscheiden. So werden beispielsweise nicht alle Arbeitnehmer in Deutschland nach Tarif bezahlt oder das Tarifniveau wird aufgrund der wirtschaftlichen

Wie haben sich die Verdienste in der Wirtschaftskrise entwickelt?



Um die Produktion ohne betriebsbedingte Kündigungen zu drosseln, führten viele Unternehmen in der Wirtschaftskrise Kurzarbeit ein. Kurzarbeit bedeutet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für weniger Stunden als arbeitsvertraglich festgelegt beschäftigt sind und die Arbeitsentgelte entsprechend gekürzt werden. Die Kurzarbeit erreichte im Mai 2009 ihren Höhepunkt und wird seitdem langsam wieder abgebaut. Infolgedessen ging der Anstieg der tatsächlich gezahlten Bruttomonatsverdienste, der so genannten Effektivverdienste, im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 im Vergleich zum Vorjahresquartal zurück. Im zweiten Quartal 2009 sanken die Effektivverdienste sogar um 1 %. Zwar wurden die Verdiensteinbußen zum Teil durch das staatliche Kurzarbeitergeld ausgeglichen. Diese staatliche Transferleistung ist jedoch in den durchschnittlichen Bruttoverdiensten nicht enthalten. Zudem sanken im Krisenjahr 2009 die erfolgs- und somit konjunkturabhängigen Sonderzahlungen.

Im gleichen Zeitraum stiegen die durchschnittlichen Tarifverdienste um 2,8 %. Grund dafür ist, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber in vielen Tarifabschlüssen Erhöhungen für mehrere Jahre, so genannte Stufenerhöhungen, vereinbarten. Auch die meisten der 2009 in Kraft getretenen Tarifierhöhungen waren schon 2008 oder früher – also noch vor der Krise – beschlossen worden.

Im Jahr 2010 zog die Konjunktur wieder an und der Aufschwung erfasste nahezu alle Branchen. Die Unternehmen bauten Kurzarbeit ab, die Sonderzahlungen stiegen wieder und in Einzelfällen wie beispielsweise in der Metallindustrie wurden Tarifierhöhungen vorgezogen. Dennoch bleiben die Tarifsteigerungen mit durchschnittlich 1,6 % vergleichsweise gering, da die meisten Tarifverträge mitten in der Wirtschaftskrise abgeschlossen wurden und bei vielen Tarifverhandlungen die Jobsicherung im Vordergrund stand.



Lage des Betriebes über- oder unterschritten. Die Ergebnisse der Vierteljährlichen Verdiensterhebung zeigen, wie sich die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entwickeln.

Bruttoverdienste 2009

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich verdienten in Deutschland 2009 durchschnittlich im Monat 3 141 Euro brutto. Im früheren Bundesgebiet lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst bei

3 248 Euro, in den neuen Ländern waren es 2 486 Euro. In diesen Verdienstangaben sind Sonderzahlungen nicht enthalten. Das sind Zahlungen, die nicht regelmäßig erfolgen, wie Weihnachtsgeld, Nach- und Einmalzahlungen bei neuen Tarifabschlüssen sowie jährlich einmalig gezahlte Provisionen oder Boni.

Die Verdienstentwicklung im Jahr 2009 war geprägt durch die Wirtschaftskrise, die sich deutlich am verbreiteten Einsatz von Kurzarbeit zeigte. Die bezahlte Wochenarbeitszeit im Produzierenden Gewerbe ging 2009 im Vergleich zum

Vorjahr um 3,8 % zurück. Besonders stark betroffen war das Verarbeitende Gewerbe. Hier sank die bezahlte Arbeitszeit um 4,6 % auf durchschnittlich 36,7 Wochenstunden. Als Resultat verringerte sich die monatliche Grundvergütung um 2,5 %. Die Verdiensteinbußen wurden dabei zum Teil durch das staatliche Kurzarbeitergeld ausgeglichen. Diese Sozialleistung wird in der Vierteljährlichen Verdiensterhebung allerdings nicht berücksichtigt. Die Bruttostundenverdienste waren nicht von Kurzarbeit betroffen, sie stiegen im Verarbeitenden Gewerbe um 2,1 % auf durchschnittlich 19,82 Euro.   [Tab.2](#)

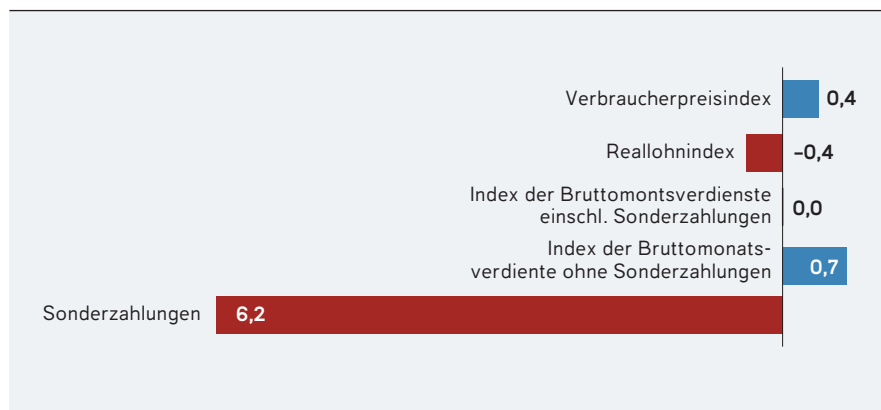
Tab. 2: Arbeitszeiten und Verdienste (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen 2009

| Branchen | Bezahlte Wochenarbeitszeit | Veränderung gegenüber dem Vorjahr | Bruttostundenverdienst | Veränderung gegenüber dem Vorjahr | Bruttomonatsverdienst | Veränderung gegenüber dem Vorjahr |
|--|----------------------------|-----------------------------------|------------------------|-----------------------------------|-----------------------|-----------------------------------|
| | in Std. | in % | in EUR | in % | in EUR | in % |
| Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich | 38,4 | -1,6 | 18,82 | 2,8 | 3 141 | 1,2 |
| <i>Produzierendes Gewerbe</i> | 37,1 | -3,8 | 19,31 | 2,0 | 3 111 | -1,8 |
| Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | 40,2 | -0,1 | 19,61 | 3,2 | 3 428 | 3,0 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 36,7 | -4,6 | 19,82 | 2,1 | 3 156 | -2,5 |
| Energieversorgung | 38,3 | 0,5 | 24,95 | 2,8 | 4 155 | 3,3 |
| Wasserversorgung ¹ | 40,1 | -0,4 | 16,20 | 3,0 | 2 822 | 2,6 |
| Baugewerbe | 38,4 | -1,4 | 15,89 | 2,2 | 2 655 | 0,8 |
| <i>Dienstleistungsbereich</i> | 39,3 | -0,2 | 18,52 | 3,4 | 3 161 | 3,2 |
| Handel ² | 38,9 | -0,5 | 17,38 | 1,4 | 2 941 | 1,0 |
| Verkehr und Lagerei | 40,1 | -0,8 | 15,47 | 2,2 | 2 695 | 1,4 |
| Gastgewerbe | 39,2 | -0,2 | 11,06 | 0,9 | 1 886 | 0,7 |
| Information und Kommunikation | 38,7 | -0,3 | 24,77 | 2,4 | 4 165 | 2,1 |
| Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | 38,7 | 0,1 | 24,39 | 2,1 | 4 097 | 2,2 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | 38,2 | -0,4 | 20,05 | 3,1 | 3 328 | 2,6 |
| Erbringung von freiberuflichen wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen | 39,1 | -0,6 | 23,49 | 2,6 | 3 988 | 2,0 |
| Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen | 38,3 | -0,7 | 12,54 | 6,2 | 2 086 | 5,5 |
| Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung | 40,0 | 0,1 | 17,65 | 4,3 | 3 069 | 4,5 |
| Erziehung und Unterricht | 39,9 | 0,1 | 21,94 | 3,2 | 3 800 | 3,3 |
| Gesundheits- und Sozialwesen | 39,1 | 0,2 | 18,34 | 3,2 | 3 117 | 3,4 |
| Kunst, Unterhaltung und Erholung | 39,1 | 0,1 | -20,79 | -3,1 | (3 529) | -3,1 |
| Erbringung von sonstigen Dienstleistungen | 38,8 | 0,1 | 16,92 | 2,9 | 2 857 | 3,0 |

¹ Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

² Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Abb. 1: Bruttoverdienst 2009, Veränderung zum Vorjahr, in %



Die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen blieben im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr konstant, die Verbraucherpreise erhöhten sich um 0,4 %. Daher sanken die Reallöhne, also die preisbereinigten Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %.

Die schwache Entwicklung der Bruttoverdienste im Jahr 2009 war neben der Kurzarbeit auch auf starke Einbrüche bei den häufig konjunkturabhängigen Sonderzahlungen zurückzuführen. Im Durchschnitt aller erfassten Wirtschaftszweige gingen die Sonderzahlungen im Vergleich zu 2008 um 6,2 % zurück. Besonders hohe Verluste bei Sonderzahlungen mussten z.B. Beschäftigte von Banken mit 20,0 % hinnehmen. In der Automobilindustrie sanken die Sonderzahlungen um 15,4 %. Die Grundvergütung, also Bruttoverdienste ohne Sonderzahlungen, stieg dagegen um 0,7 %. → **Abb. 1**

Bruttoverdienste 2010

Die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen stiegen im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 2,7 %. Da sich die Verbraucherpreise im selben Zeitraum um 1,1 % erhöhten, betrug der Anstieg der Reallöhne 1,5 %. Der schrittweise Abbau der Kurzarbeit führte im Jahr 2010 wieder zu einem Anstieg der bezahlten Arbeitszeit und folglich zu einem deutlichen Anstieg der Bruttomonatsverdienste. Die letzten

drei Quartale 2010 hatten mit Verdienstzuwächsen zwischen 2,7 % und 3,4 % gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal wieder die Größenordnung von vor der Wirtschaftskrise. Die unmittelbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Verdienste in Deutschland dürften somit überstanden sein.

Bruttomonatsverdienste nach Leistungsgruppen

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zur besseren Analyse der Durchschnittsverdienste in Leistungsgruppen eingeteilt. Diese stellen eine grobe Abstufung der Arbeitnehmertätigkeiten nach dem Qualifikationsprofil des Arbeitsplatzes dar. Es wird unterschieden zwischen Arbeitnehmern in leitender Stellung (Leistungsgruppe 1), herausgehobenen Fachkräften (Leistungsgruppe 2), Fachkräften (Leistungsgruppe 3), angelernten Arbeitnehmern (Leistungsgruppe 4) und ungelerten Arbeitnehmern (Leistungsgruppe 5). Arbeitnehmer in leitender Stellung verdienten 2009 mit durchschnittlich 5 652 Euro mehr als dreimal so viel wie ungelerte Arbeitnehmer (1 807 Euro). Im Durchschnitt aller beobachteten Wirtschaftszweige gehörten 13,2 % der Männer in Deutschland dieser Personengruppe an, aber nur 8,3 % der Frauen.

Tab. 3: Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich nach Leistungsgruppen 2009

| | Anteile der Arbeitnehmer in Leistungsgruppen | | | Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) | | |
|--|--|------------|------------|---|--------------|--------------|
| | insgesamt | Männer | Frauen | insgesamt | Männer | Frauen |
| | in % | | | in EUR | | |
| Deutschland | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 3 141 | 3 320 | 2 729 |
| 1 | 11,8 | 13,2 | 8,3 | 5 652 | 5 915 | 4 691 |
| 2 | 24,3 | 24,0 | 25,0 | 3 735 | 3 904 | 3 362 |
| 3 | 43,1 | 42,2 | 45,1 | 2 644 | 2 737 | 2 445 |
| 4 | 14,9 | 15,4 | 13,7 | 2 160 | 2 258 | 1 908 |
| 5 | 5,9 | 5,2 | 7,8 | 1 807 | 1 888 | 1 684 |
| Früheres Bundesgebiet (einschl. Berlin) | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 3 248 | 3 436 | 2 791 |
| 1 | 12,1 | 13,7 | 8,2 | 5 780 | 6 019 | 4 812 |
| 2 | 24,9 | 24,8 | 25,1 | 3 830 | 3 993 | 3 439 |
| 3 | 42,0 | 41,0 | 44,4 | 2 744 | 2 846 | 2 514 |
| 4 | 14,9 | 15,3 | 14,0 | 2 225 | 2 322 | 1 966 |
| 5 | 6,2 | 5,3 | 8,4 | 1 839 | 1 922 | 1 713 |
| Neue Länder | | | | | | |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 2 486 | 2 519 | 2 432 |
| 1 | 9,7 | 10,1 | 8,9 | 4 673 | 4 945 | 4 153 |
| 2 | 20,8 | 18,4 | 25,0 | 3 038 | 3 075 | 2 991 |
| 3 | 50,0 | 50,8 | 48,7 | 2 134 | 2 129 | 2 144 |
| 4 | 15,0 | 16,5 | 12,5 | 1 771 | 1 848 | 1 601 |
| 5 | 4,5 | 4,2 | 4,9 | 1 531 | 1 596 | 1 436 |

In Leistungsgruppe 5 kehrt sich dieses Verhältnis um: 7,8 % ungelernete weibliche Arbeitnehmerinnen stehen hier 5,2 % ungelernen männlichen Arbeitnehmern gegenüber. → **Tab. 3**

Im früheren Bundesgebiet sind 13,7 % der vollzeitbeschäftigten Männer in Leistungsgruppe 1, aber nur 8,2 % der Frauen. 5,3 % der männlichen Beschäftigten sind ungelernete Arbeitnehmer (Frauen: 8,4 %). In den neuen Ländern ist diese Verteilung etwas ausgewogener: auf leitende Arbeitnehmer entfallen hier 10,1 % der Männer und 8,9 % der Frauen, ungelernete sind 4,2 % der Männer und 4,9 % der Frauen.

Bruttoverdienste nach Branchen

Zwischen den einzelnen Branchen bestehen große Verdienstunterschiede. Die Spanne reichte 2009 in Deutschland von 4 165 Euro für Beschäftigte im Bereich Information und Kommunikation bis 1 886 Euro im Gastgewerbe. Schaut man innerhalb der Branchen noch eine Ebene tiefer, war die Spannbreite bei den Verdiensten noch ausgeprägter. Die Branche »Gewinnung von Erdöl und Erdgas« (5 506 Euro) führte hier das Ranking an, vor »Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung« (4 813 Euro) und »Kokerei und Mineralölverarbeitung« (4 803 Euro). Am

unteren Ende rangierten die Bereiche »Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften« (1 745 Euro), »Gastronomie« (1 857 Euro) sowie »Beherbergung« (1 912 Euro). Diese Angaben beziehen sich auf den regelmäßig monatlich gezahlten Verdienst. Die Verdienstunterschiede zwischen den Branchen vergrößern sich tendenziell noch, wenn die Sonderzahlungen berücksichtigt werden. So lag beispielsweise der Anteil der Sonderzahlungen an der Grundvergütung im Gastgewerbe mit 4,5 % deutlich unter dem bei Betrieben der Informations- und Kommunikationsbranche (14,0 %). Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt wur-

Tab. 4: Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen 2009

| Branchen | Anteil der Arbeitnehmer | Bruttomonatsverdienst | | Anteil der Sonderzahlungen an der Grundvergütung |
|---|-------------------------|---------------------------------------|-----------------|--|
| | | ohne Sonderzahlungen (Grundvergütung) | Sonderzahlungen | |
| | in % | EUR | | in % |
| Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich | 100 | 3 141 | 315 | 10,0 |
| Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden | 0,4 | 3 428 | (410) | 12,0 |
| Gewinnung von Erdöl und Erdgas | 0,0 | 5 506 | (779) | 14,1 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 31,1 | 3 156 | 377 | 11,9 |
| Kokerei und Mineralölverarbeitung | 0,1 | 4 803 | 790 | 16,4 |
| Energieversorgung | 1,2 | 4 155 | 704 | 16,9 |
| Wasserversorgung ¹ | 1,0 | 2 822 | 225 | 8,0 |
| Baugewerbe | 5,4 | 2 655 | 168 | 6,3 |
| Handel ² | 11,4 | 2 941 | 306 | 10,4 |
| Verkehr und Lagerei | 5,2 | 2 695 | 228 | 8,5 |
| Gastgewerbe | 1,6 | 1 886 | 84 | 4,5 |
| Beherbergung | 0,9 | 1 912 | (79) | 4,1 |
| Gastronomie | 0,8 | 1 857 | (89) | 4,8 |
| Information und Kommunikation | 3,2 | 4 165 | 583 | 14,0 |
| Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen | 3,6 | 4 097 | 776 | 18,9 |
| Grundstücks- und Wohnungswesen | 0,5 | 3 328 | 450 | 13,5 |
| Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen | 4,4 | 3 988 | 568 | 14,2 |
| Verwaltung und Führung von Unternehmen Unternehmensberatung | 1,1 | 4 813 | (945) | 19,6 |
| Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen | 4,2 | 2 086 | 131 | 6,3 |
| Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften | 1,9 | 1 745 | (90) | 5,2 |
| Öffentliche Verwaltung, Verteidigung Sozialversicherung | 11,9 | 3 069 | 159 | 5,2 |
| Erziehung und Unterricht | 4,7 | 3 800 | 176 | 4,6 |
| Gesundheits- und Sozialwesen | 7,7 | 3 117 | 203 | 6,5 |
| Kunst, Unterhaltung und Erholung | 0,6 | (3 529) | / | / |
| Erbringung von sonstigen Dienstleistungen | 1,7 | 2 857 | 222 | 7,8 |

Oktober 2011.

1 Einschl. Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

2 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

den 10 % Sonderzahlungen erreicht. Generell war der Anteil der Sonderzahlungen an der Gesamtvergütung in Branchen mit hohen Verdiensten höher als in Branchen mit niedrigen Verdiensten. → Tab. 4

Alle hier veröffentlichten Verdienstabgaben sind Durchschnittswerte (arithmetisches Mittel). Wichtig für die Interpretation dieser Werte ist eine Vorstellung über die Verteilung der Beschäftigten um diesen Mittelwert: Aus der Verdienststrukturerhebung 2006 ist bekannt, dass knapp zwei von drei Vollzeitbeschäftigten (63 %) weniger verdienen als den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittswert; nur ein gutes Drittel hat höhere Bruttoverdienste. Dieses Drittel hat so hohe Verdienste, dass der Durchschnittswert für alle Beschäftigten »nach oben« gezogen wird.

Verdienste von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten

Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hatten 2009 mit 15,17 Euro einen fast 20 % niedrigeren durchschnittlichen Bruttostundenverdienst als Vollzeitbeschäftigte (18,82 Euro). Woran liegt das? Betrachtet man die Verdienste Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigter nach Leistungsgruppen, fällt auf, dass 11,8 % der Vollzeitbeschäftigten leitende Arbeitnehmer waren. Bei den Teilzeitbeschäftigten waren es hingegen nur 6,1 %. Demgegenüber gehörten 5,9 % der Vollzeit- aber 16,3 % der Teilzeitbeschäftigten zu ungelerten Arbeitnehmern. → Tab. 5

Da der Verdienst mit dem am Arbeitsplatz erforderlichen Qualifikationsniveau stark ansteigt, wird der durchschnittliche Bruttostundenverdienst teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer also durch einen höheren Anteil »niedriger« Stundenverdienste gedrückt. Entspräche die Verteilung der Teilzeitbeschäftigten auf die Leistungsgruppen der der Vollzeitbeschäftigten, ergäbe sich nur noch ein Verdienstunterschied von rund 12 %. Ein weiterer Grund für die Unterschiede beim Bruttostundenverdienst Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigter liegt in der

Tab. 5: Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten nach Leistungsgruppen 2009

| | Bruttostundenverdienst ohne Sonderzahlungen | | | |
|------------------|---|--------------|---|--------------|
| | Vollzeitbeschäftigte | | Teilzeitbeschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) | |
| | Anteil in % | EUR | Anteil in % | EUR |
| Insgesamt | 68,8 | 18,82 | 19,5 | 15,17 |
| 1 | 11,8 | 33,23 | 6,1 | 26,01 |
| 2 | 24,3 | 22,23 | 18,5 | 20,00 |
| 3 | 43,1 | 15,89 | 41,0 | 14,76 |
| 4 | 14,9 | 13,05 | 18,0 | 11,5 |
| 5 | 5,9 | 11,04 | 16,3 | 9,84 |

Anteil an allen Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

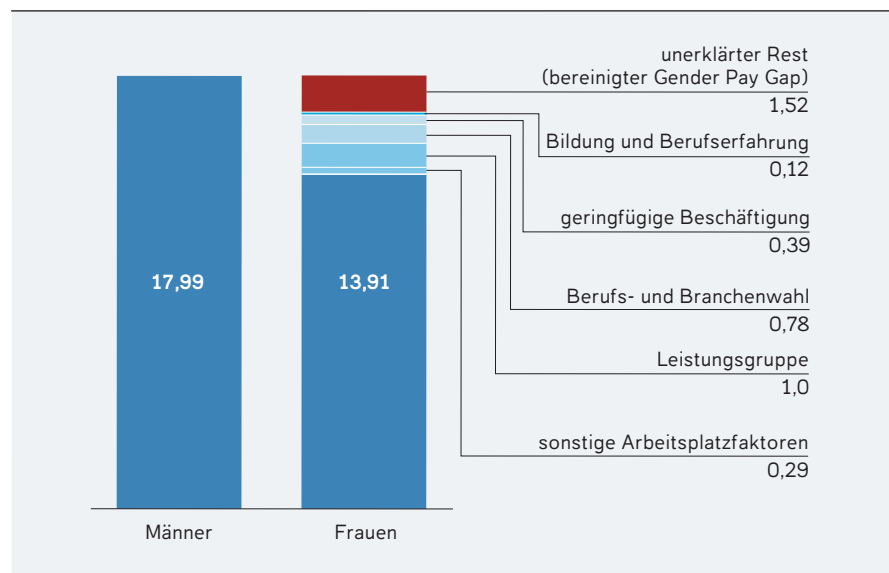
Verteilung der jeweiligen Beschäftigungsarten auf einzelne Branchen. Teilzeitbeschäftigte finden sich verstärkt in Branchen mit niedrigeren Verdiensten. Berechnet man einen Stundenverdienst mit den Verdiensten der Teilzeitbeschäftigten und der Branchenstruktur der Vollzeitbeschäftigten, beträgt die Abweichung nur noch 15 %. Beide Effekte zusammen genommen erklären rund zwei Drittel des Verdienstabstandes zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten.

Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen

In den letzten Jahren wächst das Interesse an den bestehenden Verdienstunter-

schieden zwischen Männern und Frauen, dem so genannten Gender Pay Gap. Um geschlechtsspezifische Lohnunterschiede zu analysieren, stehen zwei Indikatoren zur Verfügung: Der bereinigte Gender Pay Gap ermittelt die Höhe des Verdienstunterschiedes von Frauen und Männern mit vergleichbaren Eigenschaften (z. B. Tätigkeiten, Ausbildung, Berufserfahrung). Der unbereinigte Gender Pay Gap betrachtet den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied in allgemeiner Form. Auf diese Weise wird auch der Teil des Lohnabstands erfasst, der durch unterschiedliche Zugangschancen beider Geschlechtergruppen auf bestimmte Tätigkeitsfelder oder Leistungsgruppen verursacht wird,

Abb. 2: Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen, Bruttostundenverdienst in EUR



die möglicherweise ebenfalls das Ergebnis benachteiligender Strukturen sind.

In den vergangenen Jahren lag der unbereinigte Gender Pay Gap in Deutschland konstant bei 23 %, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen fiel um 23 % geringer aus als der von Männern. Analysen auf Grundlage der in mehrjährigen Abständen durchgeführten Verdienststrukturerhebung 2006 zeigen, dass in Deutschland rund zwei Drittel (63 %) des unbereinigten Gender Pay Gap auf Strukturunterschiede zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zurückzuführen sind. Wichtigste strukturelle Unterschiede waren, dass Frauen und Männer unterschiedliche Leistungsgruppen besetzen und sich hinsichtlich der Berufs- bzw. Branchenwahl unterscheiden. Schließlich sind Frauen eher teilzeitbeschäftigt und tendenziell schlechter ausgebildet. Rund ein Drittel (37 %) des unbereinigten Verdienstunterschieds konnte nicht mithilfe derartiger Unterschiede erklärt werden. Der bereinigte Verdienstunterschied liegt demnach bei rund 8 %. Dies bedeutet, dass weib-


liche Arbeitnehmer pro Stunde 8 % weniger als Männer verdienten, auch unter der Voraussetzung, dass sie

- > die gleiche Tätigkeit ausübten,
- > über einen äquivalenten Ausbildungshintergrund verfügten,
- > in einem vergleichbar großen privaten bzw. öffentlichen Unternehmen tätig wären, das auch regional ähnlich zu verorten ist (Ost/West, Ballungsraum/kein Ballungsraum),
- > einer vergleichbaren Leistungsgruppe angehörten,
- > einem ähnlich ausgestalteten Arbeitsvertrag (befristet/unbefristet, mit/ohne Tarifbindung, Altersteilzeit ja/nein, Zulagen ja/nein) unterlägen,
- > das gleiche Dienstalster und die gleiche potenzielle Berufserfahrung aufwiesen sowie
- > einer Beschäftigung vergleichbaren Umfangs (Vollzeit/Teilzeit) nachgingen.

In diesem Zusammenhang sollte jedoch berücksichtigt werden, dass der bereinigte Gender Pay Gap möglicherweise geringer ausfallen würde, wenn weitere lohnrelevante Eigenschaften für die Analysen zur

Verfügung gestanden hätten. So konnte beispielsweise im Rahmen der Auswertungen weder der Familienstand oder die tatsächliche Berufserfahrung, noch das individuelle Verhalten in Lohnverhandlungen einbezogen werden. → **Abb. 2**

Niedriglöhne

In den letzten Jahren wird immer wieder über Niedriglöhne und das damit einhergehende Armutsrisiko für die Beschäftigten diskutiert. Dabei wird der Begriff »Niedriglohn« unterschiedlich definiert. Das Statistische Bundesamt verwendet eine u. a. bei der OECD und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) übliche Definition. Demnach liegt die Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medianverdienstes. 

Die so definierte Niedriglohngrenze lag 2006 in Deutschland bei 9,85 Euro brutto je Stunde. 20 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhielten einen Verdienst unterhalb dieser Grenze. Bei den so genannten atypisch Beschäftigten (Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 20 Stunden, geringfügig Beschäftigte, befristet Beschäftigte sowie Zeitarbeiter) war es sogar jeder Zweite. Dabei unterschieden sich die Anteile der Niedrigentlohten je nach Beschäftigungsform deutlich: So arbeiteten vier von fünf geringfügig Beschäftigten (81 %) und zwei von drei Zeitarbeitern (67 %) für einen Niedriglohn. Für befristet Beschäftigte (36 %) und Teilzeitbeschäftigte (20 %) waren die Anteile zwar geringer, aber immer noch deutlich über dem Niveau für Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer mit 11 %. Als Normalarbeitsverhältnisse gelten unbefristete, voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen mit über 20 Wochenstunden.

Das bedeutet, dass von den nahezu 19 Mill. Beschäftigten, über die die Verdienststrukturerhebung repräsentative Aussagen macht, 1,6 Mill. Normalbeschäftigte und rund 2,2 Mill. atypisch Beschäftigte einen Niedriglohn erhielten. Berücksichtigt man, dass Betriebe mit we-

Was sind Niedriglöhne?



Der Begriff »Niedriglöhne« wird unterschiedlich verwendet. Das Statistische Bundesamt berechnet die Niedriglohngrenze, unterhalb derer alle Verdienste als Niedriglohn gelten, gemäß einem Ansatz, der u. a. von der OECD und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angewandt wird. Demnach liegt die Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Medianverdienstes.

Die Daten zu Niedriglöhnen basieren auf der Verdienststrukturerhebung, die alle vier Jahre detaillierte Informationen zu den Erwerbseinkommen abhängig Beschäftigter bereitstellt. Aussagen zu Erwerbseinkommen von Selbstständigen können mit Hilfe dieser Erhebung nicht gemacht werden. Durch die Ausweitung der befragten Wirtschaftszweige im Jahre 2006 wurden erstmals typische Niedriglohnbereiche wie Friseursalons, Wäschereien und Arztpraxen abgedeckt. Allerdings sind Zeitvergleiche mit vorangegangenen Erhebungen dadurch nur eingeschränkt möglich. Weiterhin unberücksichtigt bleiben die Privaten Haushalte mit Hauspersonal. Dadurch und durch die Beschränkung der Befragung auf Betriebe ab zehn Beschäftigten, kann nicht gesagt werden, wie viel Niedrigentlohte es in Deutschland 2006 genau gab. Da andere Datenquellen zeigen, dass in kleinen Firmen ein erhöhtes Risiko für Niedriglöhne besteht, sind die veröffentlichten Zahlen und Anteilswerte zu Niedriglohnverdienern als Untergrenze zu betrachten.

Für den Vergleich der Erwerbseinkommen wird der Bruttostundenverdienst herangezogen. Er ist am besten geeignet, da so festgestellte Verdienstunterschiede nicht aus unterschiedlich langen Arbeitszeiten resultieren können und Einflüsse von Steuern und Abgaben außen vor bleiben.

Tab. 6: Beschäftigte mit Niedriglohn 2006

| | Insgesamt | Normal- arbeitnehmer/ -innen | Atypisch Beschäftigte | Darunter | | | |
|------------------|---|------------------------------------|--------------------------|---------------------------|---------------------------|-----------------------------|------------------------------|
| | | | | Teilzeit- beschäftigte | befristet Beschäftigte | geringfügig Beschäftigte | Zeitarbeit- nehmer/-innen |
| | Niedriglohngrenze bei zwei Drittel des Medians vom Bruttostundenlohn (9,85 EUR) in % | | | | | | |
| Insgesamt | 20,0 | 11,1 | 49,2 | 19,5 | 36,0 | 81,2 | 67,2 |
| Männer | 27,2 | 16,7 | 47,2 | 18,0 | 38,2 | 81,9 | 77,3 |
| Frauen | 14,3 | 7,7 | | | | | |

Alter ...bis unter ...Jahren

| | | | | | | | |
|-------|------|------|------|------|------|------|------|
| 15-25 | 51,9 | 32,8 | 69,4 | 54,8 | 51,9 | 86,6 | 81,0 |
| 25-35 | 22,1 | 13,4 | 46,3 | 27,6 | 29,2 | 79,3 | 66,9 |
| 35-45 | 15,4 | 8,7 | 41,4 | 14,4 | 29,3 | 78,8 | 62,0 |
| 45-55 | 16,0 | 9,5 | 46,7 | 18,1 | 37,6 | 81,7 | 63,5 |
| 55-65 | 19,3 | 10,0 | 51,9 | 17,9 | 40,1 | 80,7 | 55,5 |

| | | | | | | | |
|-----------------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Früheres Bundesgebiet | 17,2 | 7,7 | 47,1 | 18,1 | 31,3 | 80,1 | 65,4 |
| Neue Länder | 34,9 | 28,1 | 63,5 | 36,4 | 53,9 | 91,0 | 76,7 |

| | | | | | | | |
|-----------------------|------|------|------|------|------|------|------|
| Ohne Berufsausbildung | 30,0 | 13,8 | 64,0 | 28,3 | 57,6 | 85,0 | 85,6 |
| Mit Berufsausbildung | 14,1 | 9,8 | 34,9 | 10,7 | 32,4 | 72,7 | 57,5 |
| Hochschulabschluss | 3,7 | 2,9 | 8,4 | 2,5 | 6,6 | 60,8 | 23,4 |
| Ohne Angabe | 49,3 | 28,0 | 73,6 | 50,3 | 58,5 | 84,6 | 71,1 |

Wirtschaftsabschnitte

| | | | | | | | |
|--|------|------|------|------|------|------|---|
| Bergbau | 4,4 | 2,7 | 36,9 | 9,8 | 28,5 | 76,1 | . |
| Verarbeitendes Gewerbe | 13,7 | 8,9 | 49,0 | 21,1 | 34,7 | 80,8 | . |
| Energie- und Wasserversorgung ¹ | 1,5 | 0,3 | 15,9 | 2,5 | 12,6 | | . |
| Baugewerbe | 14,1 | 10,4 | 42,7 | 26,9 | 34,8 | 59,4 | . |
| Handel, Instandhaltung und Reparaturen ² | 24,6 | 13,4 | 59,7 | 23,9 | 49,2 | 83,5 | . |
| Gastgewerbe | 62,1 | 51,6 | 75,6 | 56,7 | 72,1 | 84,9 | . |
| Verkehr und Nachrichtenübermittlung | 24,0 | 16,3 | 55,4 | 23,1 | 40,8 | 83,9 | . |
| Kredit- und Versicherungsgewerbe | 3,0 | 0,7 | 16,5 | 2,8 | 18,3 | 69,4 | . |
| Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung | 40,2 | 18,4 | 68,3 | 48,2 | 50,0 | 87,0 | . |
| Erziehung und Unterricht | 5,6 | 4,7 | 8,8 | 2,8 | 14,6 | - | . |
| Gesundheits- Vetrinär- und Sozialwesen | 15,0 | 8,6 | 27,9 | 9,4 | 25,0 | 70,8 | . |

niger als zehn Beschäftigten und insbesondere die Wirtschaftsabschnitte Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Öffentliche Verwaltung sowie Private Haushalte durch die Erhebung nicht erfasst werden, dürfte die Zahl der Niedriglohnbezieher und -bezieherinnen noch höher liegen. → Tab. 6

Niedriglöhne sind in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedlich stark verbreitet. Beschäftigte im Gastgewerbe bekommen häufiger als in allen anderen Wirtschaftsabschnitten Bruttostundenverdienste unterhalb der Niedriglohngrenze. So bezogen in dieser Branche

rund 52 % der Normalbeschäftigten einen Niedriglohn. In den anderen Wirtschaftsabschnitten lag der Anteil der Niedriglohnbezieher und -bezieherinnen unter den Normalbeschäftigten wesentlich niedriger. Allerdings überstiegen in fast allen Wirtschaftsabschnitten die Anteile der

niedrig entlohnten atypisch Beschäftigten deutlich die der Normalbeschäftigten. So erhielten im Abschnitt Energie- und Wasserversorgung gerade 0,3 % der Normalbeschäftigten aber rund 16 % der atypisch Beschäftigten einen Niedriglohn. Im Verarbeitenden Gewerbe war der Anteil der niedrig entlohnten atypisch Beschäftigten mit 49 % rund 40 Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil für die Normalbeschäftigten.

Bei noch feingliedrigerer Betrachtung der Wirtschaftszweige sind die Branchen mit den höchsten Niedriglohnanteilen bei Normalbeschäftigten die Friseur- und Kosmetiksalons sowie der Betrieb von Taxis und Mietwagen. Hier bezogen jeweils über 80 % der Normalarbeitnehmer einen Niedriglohn. Neben den beiden bereits genannten Branchen ergaben sich vergleichbar hohe Anteile in der Gebäudereinigung, in der Herstellung von Backwaren sowie im Abfüll- und Verpackungsgewerbe.

Auch die durchschnittlich geringere Bezahlung von Frauen spiegelt sich in einem größeren Anteil niedrig entlohnter Frauen wider. Der Anteil der Niedriglohnbezieherinnen an allen Arbeitnehmerinnen war mit 27 % knapp doppelt so groß wie der entsprechende Anteil bei den Männern mit 14 %.

Je jünger Beschäftigte sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Niedriglöhne bezogen werden. Mehr als jeder zweite Beschäftigte von 15 bis 24 Jahren bekamen einen Niedriglohn und damit mehr als doppelt so viele wie in jeder anderen Altersgruppe. Eine Ausnahme stellten die geringfügig Beschäftigten dar. Hier liegt der Anteil der Niedriglohnverdiener in allen Altersgruppen bei rund 80 %. Unter den befristet Beschäftigten hatten zusätzlich zu der jüngsten Altersgruppe (Niedriglohnanteil: 52 %) auch ältere Beschäftigte ab 55 Jahren häufiger einen Niedriglohn (Niedriglohnanteil von 40 %). Hier zeichnen sich eventuell Folgen unsteter werdender Erwerbskarrieren

ab. Durch häufigere Arbeitsplatz- und Berufswechsel müssen eher Verdiensteinbußen hingenommen werden, als dass Verbesserungen möglich sind. Gerade bei befristet Beschäftigten ist häufiger mit Erwerbsverläufen zu rechnen, die Brüche ausweisen.

Auch die berufliche Qualifikation ist ein bedeutender Faktor, der die Verdiensthöhe beeinflusst. Je höher die persönliche berufliche Qualifikation, desto niedriger ist die Wahrscheinlichkeit eines Niedriglohns. Insgesamt bezogen 30 % der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ohne einen beruflichen Bildungsabschluss einen Niedriglohn. Bei Beschäftigten mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung waren es 14 % und bei Beschäftigten mit Hochschulabschluss nur rund 4 %.

5.3.3 Mindestlöhne

In Deutschland gab es am 1. Juli 2011 keinen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, sondern nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen

und Berufe. Am 1. Juli 2011 galten Mindestlöhne in vier Bauberufen sowie in der Abfallwirtschaft, der Gebäudereinigung, in der Pflegebranche sowie bei Sicherheits- und Wäschereidienstleistungen. → **Tab. 7**

Um in Deutschland branchenweite Mindestlöhne einzuführen, müssen sich Arbeitgeber und Gewerkschaften einer Branche auf einen tariflichen Mindestlohn einigen und gemeinsam beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales die so genannte »Allgemeingültigkeit« beantragen. Nur wenn mindestens die Hälfte aller Arbeitnehmer der Branche bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt ist und ein öffentliches Interesse besteht, kann der Tarifvertrag als allgemeingültig erklärt werden. Die Mindestlöhne gelten dann für alle Arbeitnehmer dieser Branche. Zudem trat am 28. April 2009 das Mindestarbeitsbedingengesetz (MiArbG) in Kraft. Damit sind Mindestlöhne auch in solchen Wirtschaftszweigen möglich, in denen eine Tarifbindung unter 50 % besteht. Bisher wurde aufgrund dieses Gesetzes jedoch noch kein Mindestlohn beschlossen.

Tab. 7: Mindestlöhne 2011

| | Früheres Bundesgebiet ¹ | Neue Länder |
|---|------------------------------------|-------------------|
| | Bruttostundenverdienste | |
| | in EUR | |
| Abfallwirtschaft | | |
| Baugewerbe | 8,24 | 8,24 |
| Werker, Maschinenwerker | 10,90 | 9,50 |
| Fachwerker, Maschinisten, Kraftfahrer | 12,95 12,75 (Berlin) | 9,50 |
| Dachdecker | 10,80 | 10,80 |
| Elektrohandwerk | 9,70 ² | 8,40 ¹ |
| Gebäudereinigung | | |
| Innen- und Unterhaltungsreinigungsarbeiten | 8,55 | 7,00 |
| Glas- und Fassadenreinigung | 11,33 | 8,88 |
| Maler und Lackierer | | |
| ungelernte Arbeitnehmer | 9,50 | 9,50 |
| gelernte Arbeiter, Gesellen | 11,50 | 9,50 |
| Pflegebranche | 8,50 | 7,50 |
| Sicherheitsdienstleistungen | 6,53–8,60 ³ | 6,53 |
| Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft | 7,65 ² | 6,50 ¹ |

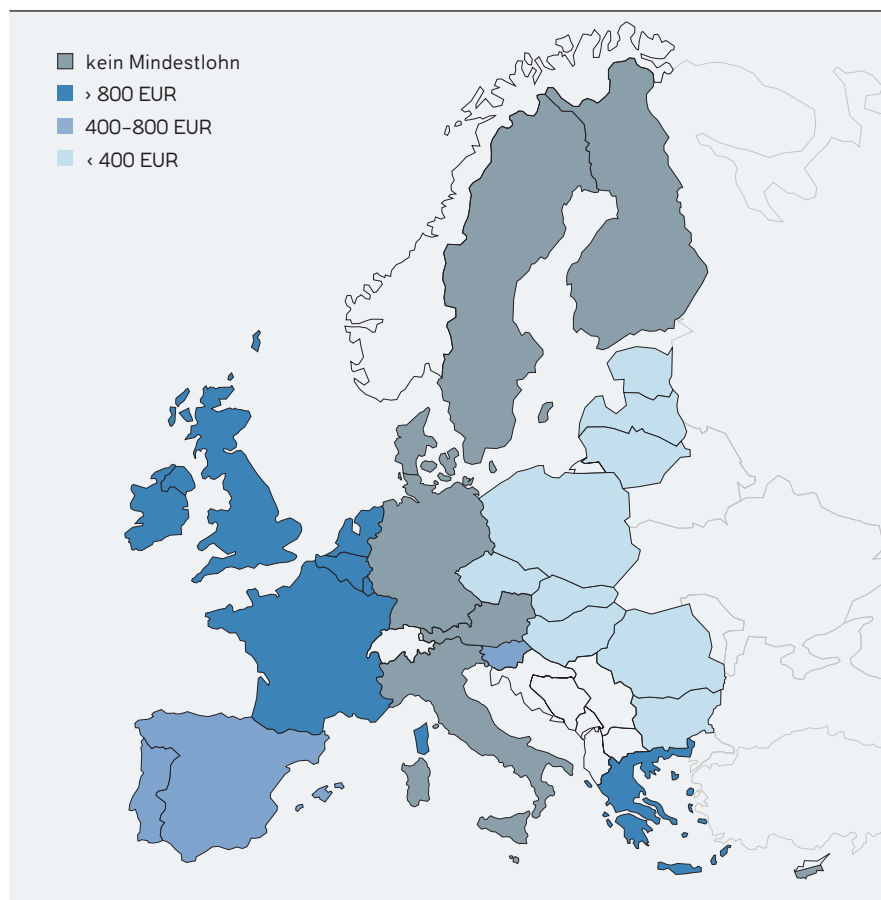
¹ Einschl. Berlin.

² Ohne Berlin.

³ Bundesspezifische Regelung.

Stand: 1. Juli 2011.

Abb. 3: Gesetzliche monatliche Mindestlöhne in der Europäischen Union 2010, in EUR



In der Europäischen Union hatten am 1. Januar 2011 20 der 27 Länder einen gesetzlichen Mindestlohn. Am niedrigsten waren die monatlichen Mindestlöhne in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Sie betragen bezogen auf einen Vollzeitbeschäftigten Anfang 2011 zwischen 123 Euro in Bulgarien und 349 Euro in Polen. In den südeuropäischen Ländern lag der Mindestlohn monatlich zwischen 554 Euro in Portugal und 748 Euro in Spanien. Deutlich höhere Mindestlöhne gab es in den westeuropäischen Ländern. Sie reichten von 1 139 Euro im Vereinigten Königreich bis zu 1 758 Euro in Luxemburg. → **Abb. 3**

Die verschiedenen Mindestlohniveaus spiegeln die wirtschaftliche Leistungskraft und die Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern wider. Die Höhe des

Mindestlohns ist aber auch eine politische Entscheidung: Gemessen am durchschnittlichen Bruttoverdienst der Arbeitnehmer in der Industrie und im Dienstleistungssektor schwankte der Mindestlohn Anfang 2010 zwischen 29 % (Rumänien) und 50 % (Luxemburg) der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste.

Tab. 8: Modellrechnung für Nettoverdienste 2009, Anteil des Netto- am Bruttomonatsverdienst

| | Lediger Mann ohne Kinder | Ehepaar, Doppelverdiener ohne Kinder | Ehepaar, alleinverdienender Ehemann, zwei Kinder | Alleinerziehende Mutter, zwei Kinder |
|------------------------------------|--------------------------|--------------------------------------|--|--------------------------------------|
| | in % | | | |
| Früheres Bundesgebiet ¹ | 57,3 | 58,7 | 67,6 | 62,1 |
| Neue Länder ² | 62,1 | 62,4 | 73,3 | 64,6 |

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich.

1 Einschl. Berlin.
2 Ohne Berlin.

5.3.4 Nettoverdienste nach Haushaltstypen (Modellrechnung)

Das Statistische Bundesamt berechnet mittels einer Modellrechnung Nettoverdienste für verschiedene Haushaltstypen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern. Der Nettoverdienst ist der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst (einschließlich Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich abzüglich der Steuern (Lohnsteuern und Solidaritätszuschlag) sowie der Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung. Die Zahlung von Kindergeld bzw. die steuerliche Berücksichtigung von Kinderfreibeträgen bleiben bei der Berechnung der Nettoverdienste unberücksichtigt. Die Modellrechnung stellt dar, wie sich Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung auf die Höhe der Nettoverdienste verschiedener Haushaltstypen auswirken, wenn die Allein- oder Doppelverdiener jeweils den durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst aller vollzeitbeschäftigten Frauen und Männer erzielen.

Der Anteil des Bruttomonatsverdienstes, über den die Haushaltstypen frei verfügen können, schwankt erheblich. Die höchsten Abzüge hatten ledige Männer ohne Kinder im früheren Bundesgebiet. Ihnen blieben 2009 noch 57,3 % netto. Die mit 26,7 % geringsten Abzüge fielen auf Ehepaare mit zwei Kindern und alleinverdienendem Ehemann in den neuen Ländern. → **Tab. 8**

5.3.5 Arbeitskosten und Lohnnebenkosten

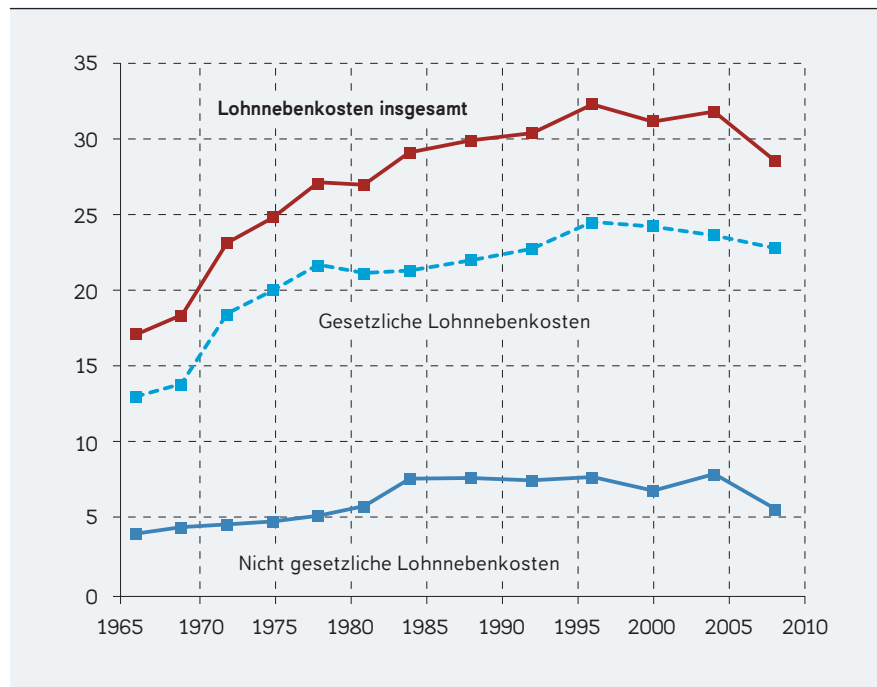
Verdienste sind für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der wichtigste Bestandteil des persönlichen Einkommens. Für die Arbeitgeber stellen sie Kosten dar. Sie sind der Preis für die Arbeitsleistung der Arbeitnehmer.

Die Bruttoverdienste machen zwar den größten Teil der Arbeitskosten aus, dazu kommen aber noch die so genannten Lohnnebenkosten. In Deutschland wird dieser Begriff uneinheitlich gebraucht. Das Statistische Bundesamt verwendet eine bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) übliche Definition. Bruttoverdienste kommen den Arbeitnehmern »direkt« zugute, sie werden deshalb international als direkte Kosten bezeichnet. Weniger sichtbar für die Arbeitnehmer sind Kosten, welche die Arbeitgeber noch zusätzlich zahlen: die »indirekten« Kosten, für die nun der Begriff »Lohnnebenkosten« verwendet wird. Der größte Teil der Lohnnebenkosten sind Aufwendungen der Arbeitgeber, um den Sozialschutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finanzieren.

i → Abb. 4

Die Lohnnebenkosten im Produzierenden Gewerbe wuchsen seit 1966 von rund 17 % der Bruttoverdienste auf einen Höchststand von 32 % im Jahr 1996 an und lagen 2008 bei 29 %. Das Wachstum stammt vor allem aus den per Gesetz vorgeschriebenen Beiträgen der Arbeitgeber zur Finanzierung der Sozialversicherungen. Das sind zunächst die weitgehend paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung (siehe Kapitel 9.4). Hinzu kommen die ausschließlich vom Arbeitgeber getragenen Kosten für die Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Mutterschutz, die gesetzliche Unfallversicherung und für Umlagen zur Finanzierung von Insolvenzgeld und weiteren Leistungen.

Abb. 4: Lohnnebenkosten, in % der Bruttoverdienste



Lohnnebenkosten im Produzierenden Gewerbe.
Bis 1988 früheres Bundesgebiet, ab 1992 Deutschland.

Diese gesetzlichen Lohnnebenkosten wuchsen am stärksten in den 70er Jahren, als das soziale Netz ausgebaut wurde. Zum einen erhöhten sich die paritätischen Beitragssätze deutlich. Zum anderen wurden Leistungen eingeführt, die ausschließlich vom Arbeitgeber zu finanzieren sind, etwa 1970 die volle Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, 1972 die Winterbauförderung im Baugewerbe (heute Wintergeld) und 1974 das Konkursausfallgeld (heute Insolvenzgeld).

In den 1990er Jahren stiegen die Beitragssätze zur Renten- und Arbeitslosenversicherung im Zuge der deutschen Vereinigung. 1995 wurde die Pflegeversicherung eingeführt. Seitdem sind die gesetzlichen Lohnnebenkosten auf ca. 23 % des Bruttoverdienstes abgesunken, was u. a. auf sinkende Beitragssätze, beitragsfreie Verdienstbestandteile und geringere Entgeltfortzahlungsleistungen aufgrund des abnehmenden Krankenstands zurückzuführen ist.

Auch die nicht gesetzlich geregelten Lohnnebenkosten wuchsen seit 1966 von rund 4 % auf einen Höchststand von knapp 8 % in den 1990er Jahren um jüngst im Jahr 2008 auf 6 % der Bruttoverdienste zurückzugehen. Dieser Teil der Lohnnebenkosten setzte sich aus den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (3,7 % der Bruttoverdienste im Jahr 2008), den Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung (0,6 %), den Aufwendungen für Entschädigungen und Abfindungen wegen Personalabbaus (1,1 %) und den sonstigen Kosten (Anwerbekosten, Berufskleidung, freiwillige Sozialleistungen; 0,3 %) zusammen.

2008 lagen die Lohnnebenkosten in Deutschland für alle Unternehmen der Privatwirtschaft mit etwa 28 Euro auf 100 Euro Bruttoverdienst im Mittelfeld der Staaten der Europäischen Union. Etwa 27 Euro entfielen dabei auf Beiträge der Arbeitgeber, um den Sozialschutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu finanzieren. Davon waren 22 Euro

Was sind Lohnzusatzkosten?



Oft werden Begriffe wie Lohnnebenkosten, Lohnzusatzkosten oder Personalausatzkosten verwendet, ohne dass dabei stets eindeutig wäre, was gemeint ist. Das Statistische Bundesamt verwendet den Begriff »Lohnnebenkosten« für die international einheitlich definierten »indirekten Arbeitskosten«.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP vom Oktober 2009 setzte sich die Bundesregierung das Ziel, die »Lohnzusatzkosten« unter 40 % vom Lohn zu halten. Dabei sind mit »Lohnzusatzkosten« die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlten Beiträge zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung gemeint. Sie werden in Prozent des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts per Gesetz festgelegt. Im Vergleich zu den gesetzlichen »Lohnnebenkosten« des Statistischen Bundesamtes sind hier zum einen auch die Beiträge der Arbeitnehmer enthalten, zum anderen aber alle nicht paritätisch finanzierten Aufwendungen der Arbeitgeber ausgeschlossen, wie z. B. die gesetzliche Unfallversicherung oder die Entgeltfortzahlung.

Die Entwicklung der Lohnzusatzkosten verlief ähnlich zu den Lohnnebenkosten. Der höchste Stand wurde 1997/1998 und 2003/2004 mit 42,10 % erreicht. Für 2010 ergaben sich 38,65 %, sofern man den zusätzlichen Beitragssatz zur Krankenversicherung von 0,90 % nicht mitzählt, den seit dem 1.7.2005 allein Arbeitnehmer zahlen. Das war der niedrigste Stand seit 1993. Zu Jahresbeginn 2011 stiegen die Lohnzusatzkosten wegen der Erhöhung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung und zur Krankenversicherung auf 39,45 %. → **Abb. 5**

Die Bundesregierung beabsichtigt mit der Senkung der Lohnzusatzkosten in erster Linie Wachstum und Beschäftigung zu stimulieren. Wachsen die Beiträge der Sozialpartner zu den Sozialversicherungen, treiben sie einen immer größeren Keil zwischen die Kosten, welche die Arbeitgeber für einen Arbeitsplatz tragen, und die Verdienste, welchen den Arbeitnehmern netto nach Abzug aller Pflichtabzüge verbleiben. Aus Sicht der meisten Ökonomen können hohe Sozialabgaben Arbeit zu teuer machen für Arbeitgeber und zu wenig lohnend für Arbeitnehmer. Beides schade dem Aufbau neuer Arbeitsplätze.

Nach Berechnungen der OECD für das Jahr 2009 lag dieser »Abgabenkeil« in Deutschland für einen alleinstehenden, kinderlosen Durchschnittsverdiener bei 50,9 %. Von dem Geld, das der Arbeitgeber für diesen Arbeitsplatz ausgab, floss damit etwas mehr als die Hälfte an Staat und Sozialkassen und nur 49,1 % auf das Konto des Arbeitnehmers. Das war der dritthöchste Abgabenkeil unter den OECD-Ländern nach Belgien (55,2 %) und Ungarn (53,4 %), weit höher als etwa in den USA mit 29,4 % oder im Vereinigten Königreich mit 32,5 %. Die Sozialversicherungsbeiträge bzw. Lohnzusatzkosten machen zwar den größten Teil davon aus, aber die OECD bezog auf Arbeitnehmerseite auch die Lohnsteuern und auf Arbeitgeberseite weitere Lohnnebenkosten ein.

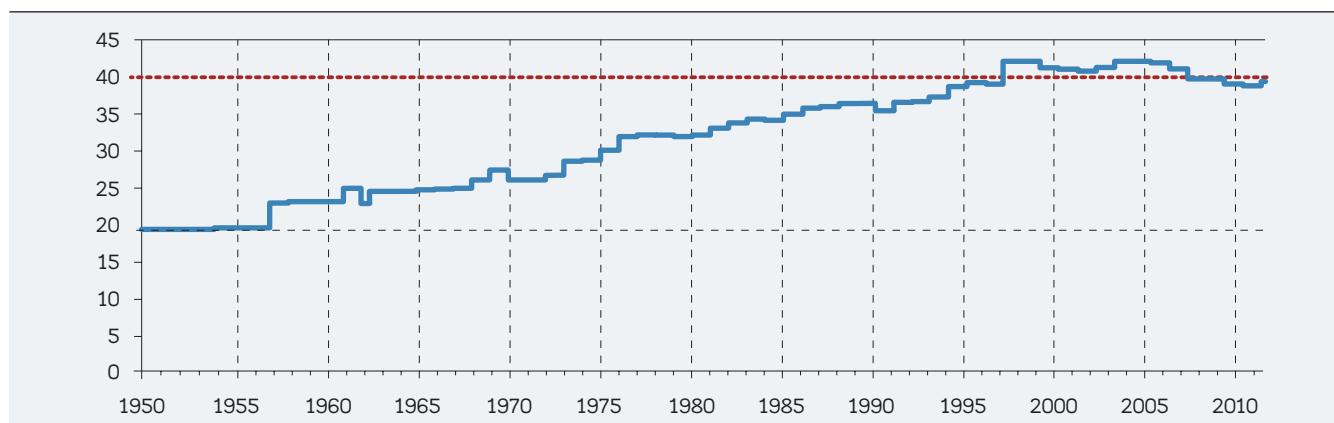
gesetzlich veranlasst: 19 Euro als Beiträge für die Sozialversicherungen und 3 Euro als Leistungen der Entgeltfortzahlung für Krankheit und Mutterschutz. Weitere 5 Euro entfielen auf tariflich bzw. freiwillig gewährte Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung und sonstige betriebliche Sozialleistungen.

Die Arbeitgeber finanzierten im Jahr 2008 über diese Teile der Lohnnebenkosten 35 % der gesamten Sozialleistungen in Deutschland. Dieser Finanzierungsanteil lag nach Angaben von Eurostat (Statistisches Amt der Europäischen Union) im Vergleich mit den anderen Staaten der Europäischen Union ebenfalls im Mittelfeld.

5.3.6 Zusammenfassung

Von 2005 bis 2010 nahmen die Tarifverdienste durchschnittlich um 11,0 % zu. Die Verbraucherpreise stiegen im gleichen Zeitraum um 8,2 %. Von diesen Tarifierhöhungen profitierten jedoch nicht alle Beschäftigten gleichermaßen. Überdurchschnittliche Tarifierhöhungen gab es beispielsweise in der Energieversorgung, der Chemischen Industrie und im Maschinenbau, unterdurchschnittliche im Gastgewerbe und im Einzelhandel. Die 2010 in Kraft getretenen Tarifierhöhungen brachten den Beschäftigten in Deutschland durchschnittliche Einkommenser-

Abb. 5: Lohnzusatzkosten, in % des beitragspflichtigen Arbeitsentgelts



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Statistisches Taschenbuch 2010.

höhungen von 1,6 % gegenüber dem Vorjahr, 2009 waren es 2,8 %.

Die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste waren im Jahr 2009 geprägt durch die Wirtschaftskrise. So führten viele Unternehmen Kurzarbeit ein und auch die häufig konjunkturabhängigen Sonderzahlungen gingen zurück. Insgesamt blieben die Bruttomonatsverdienste einschließlich der Sonderzahlungen 2009 im Vergleich zum Vorjahr konstant, während sich die Verbraucherpreise um 0,4 % erhöhten. Daher sanken die Reallöhne, also die preisbereinigten Verdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %.

Der durchschnittliche Bruttoverdienst im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich lag 2009 für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland bei 3 141 Euro (ohne Sonderzahlungen). Im früheren Bundesgebiet waren es durchschnittliche 3 248 Euro und in den neuen Ländern 2 486 Euro. Die Bruttoverdienste differierten u. a. nach Branche, Beruf, Leistungsgruppe, Ausbildung und vertraglicher Wochenarbeitszeit. 2009 erhielten die Beschäftigten im Bereich Information und Kommunikation durchschnittlich 4 165 Euro und im Gastgewerbe 1 886 Euro. Arbeitnehmer in leitender Stellung hatten mit durchschnittlich 5 652 Euro brutto pro Monat mehr als dreimal so viel wie ungelernete Arbeitnehmer. Teilzeitbeschäftigte hatten mit 15,17 Euro einen fast 20 % niedrigeren durchschnittlichen Bruttostundenverdienst als Vollzeitbeschäftigte (18,82 Euro).

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen lag um 23 % unter dem der Männer (unbereinigter Gender Pay Gap). Rund zwei Drittel lassen sich darauf zurückführen, dass sich Männern und Frauen bei der Branchen- und Berufswahl unterscheiden, unterschiedliche Leistungsgruppen besetzen und Frauen tendenziell eher teilzeitbeschäftigt und schlechter ausgebildet sind.

2006 erhielt in Deutschland jeder fünfte Beschäftigte einen Bruttostundenverdienst unterhalb der Niedriglohngrenze von 9,85 Euro (zwei Drittel des Medianverdienstes). Fast jeder zweite atypisch Beschäftigte, aber immerhin auch 11% der Normalbeschäftigten arbeiteten für einen Niedriglohn.

In Deutschland gibt es keinen branchenübergreifenden Mindestlohn, sondern nur branchenspezifische Mindestlöhne. Am 1. Juli 2011 galten Mindestlöhne in vier Bauberufen sowie in der Abfallwirtschaft, der Gebäudereinigung, in der Pflegebranche sowie bei Sicherheits- und Wäschereidienstleistungen.

Der Anteil des Bruttomonatsverdienstes, über den die Haushaltstypen frei verfügen können, schwankt erheblich. Die höchsten Abzüge hatten ledige Männer ohne Kinder im früheren Bundesgebiet. Ihnen blieben 2009 noch 57,3 % netto. Die mit 26,7 % geringsten Abzüge fielen auf Ehepaare mit zwei Kindern und einem alleinverdienenden Ehemann in den neuen Ländern.

Die Bruttoverdienste machen in Deutschland den größten Teil der Arbeitskosten aus. Dazu kommen die so genannten Lohnnebenkosten. Seit 1966 sind die Lohnnebenkosten im Produzierenden Gewerbe von 17 % auf 29 % gestiegen. Sie lagen 2008 in Deutschland mit 28 Euro auf 100 Euro Bruttoverdienst im Mittelfeld der EU.

6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

Claudia Finke
Kristina Kott

Wie hoch sind die Einkommen und Einnahmen der privaten Haushalte in Deutschland? Aus welchen Quellen beziehen die Haushalte ihre Einnahmen? Wofür verwenden die Haushalte ihr Geld? In welcher Höhe sind sie mit Abgaben an den Staat belastet? Inwieweit unterscheiden sich die Einkommens- und Ausgabenstrukturen unterschiedlicher Haushaltsguppierungen? Wie ist die Ausstattung der Haushalte mit traditionellen technischen Gütern und neuen Technologien? Die Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung der privaten Haushalte in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen zeichnen ein Bild der unterschiedlichen Lebensbedingungen in Deutschland.

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Im Rahmen dieser amtlichen Erhebung werden die privaten Haushalte alle fünf Jahre unter anderem zu ihren Einnahmen und Ausgaben sowie zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. Es werden die aktuell vorliegenden Ergebnisse der EVS 2008 sowie für Zeitreihenvergleiche die der Jahre 1993, 1998 und 2003 herangezogen. In der Erhebung sind nur solche Haushalte vertreten, die sich auf Grund von Werbemaßnahmen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes bereit erklärten, freiwillig Angaben zu machen sowie Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 18 000 Euro. An der EVS nehmen rund 60 000 Haushalte teil. Zum Stichtag am 1. Januar geben die Haus-

halte Auskunft über ihre Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern. Zur Beschreibung der Einnahmen und Ausgaben führen sie drei Monate hintereinander ein Haushaltsbuch.

Aktuelle Angaben zur Anzahl der Personen, die von Überschuldung betroffen sind, gibt es nicht. Die amtliche Statistik liefert jedoch Informationen zur Anzahl der privaten Schuldner, die ein Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen. Dieses Verfahren eröffnet Privatpersonen seit

1999 die Möglichkeit, nach einer »Wohlverhaltensphase« von ihren Restschulden befreit zu werden. Die Überschuldungsstatistik stellt darüber hinaus Informationen zu den sozioökonomischen Strukturen überschuldeter Personen bereit. Zudem gibt die Erhebung einen Überblick über die Auslöser der finanziellen Notlage sowie über die Art und Anzahl der Hauptgläubiger. Die Daten in Abschnitt 6.1.6 beruhen auf den Angaben der Schuldnerberatungsstellen und den Auskünften der Insolvenzgerichte.

Haushaltsbruttoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen



Haushaltsbruttoeinkommen

- Die Einnahmen eines Haushalts aus
- > selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit,
 - > Vermögen,
 - > öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen (z. B. Arbeitslosengeld) und
 - > Untervermietung

bilden das Haushaltsbruttoeinkommen.

Das Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie die öffentlichen Transferzahlungen (z. B. Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld) werden personenbezogen erfasst, das heißt für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Einkünfte aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), Einkünfte aus Vermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen beinhalten (nach internationalen Konventionen) eine so genannte unterstellte Eigentüermiete (Nettowert). Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden von der errechneten Eigentüermiete abgezogen.

Haushaltsnettoeinkommen

Das Haushaltsnettoeinkommen errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung) abgezogen werden.

6.1.1 Bruttoeinkommen privater Haushalte

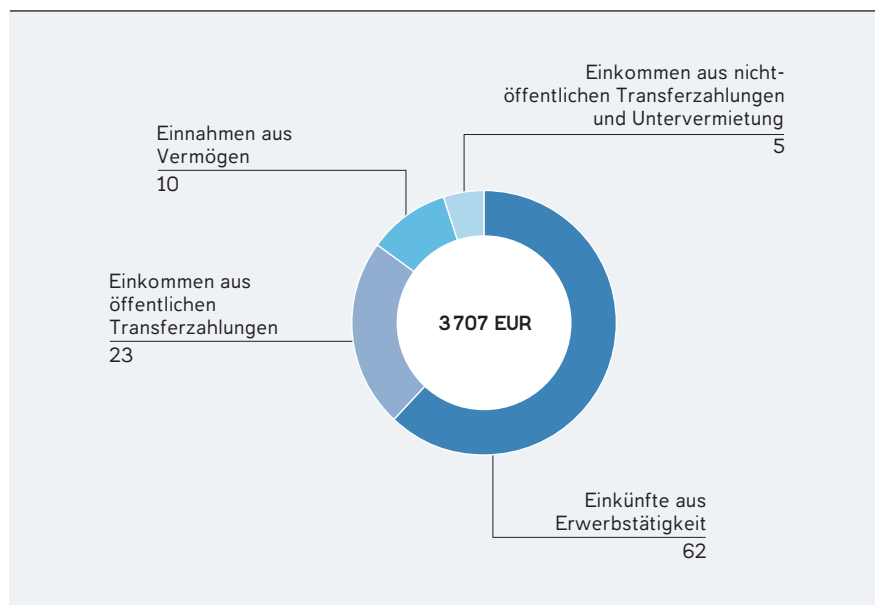
Ein erster Indikator für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt.



Haushaltsbruttoeinkommen – Struktur, Entwicklung und regionaler Vergleich

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2008 auf 3 707 Euro. Wichtigste Einnahmequelle waren mit einem Anteil von 62 % die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit: Durchschnittlich 2 295 Euro im Monat stammen aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit. Dabei machten mit knapp 56 % die Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit (2 056 Euro) den Großteil aus, der Anteil der Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit belief sich auf gut 6 % (239 Euro). Etwa 23 % ihres Bruttoeinkommens beziehungsweise durchschnittlich 842 Euro im Monat erhielten die privaten Haushalte in Deutschland durch öffentliche Transferleistungen wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld (ALG) I und II sowie Sozialhilfe. Etwas mehr als 10 % vom Bruttoeinkommen stammten aus Vermögens-

Abb. 1: Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2008, in %



einnahmen (385 Euro). Den geringsten Anteil mit durchschnittlich zusammen 5 % hatten Einnahmen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (183 Euro) und aus Untervermietung (1 Euro). → [Abb. 1](#)

Das monatliche Haushaltsbruttoeinkommen war 2008 im Vergleich zu 2003 (3 561 Euro) um 4,1 % höher. Die verschiedenen Einkommensarten haben sich unterschiedlich entwickelt: Während der Einkommensanteil aus unselbstständiger Tätigkeit im Vergleich zu 2003 um mehr als drei Prozentpunkte (+ 194 Euro) ge-


stiegen ist, blieb der Anteil der Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit nahezu unverändert (+ 0,5 Prozentpunkte beziehungsweise + 29 Euro). Leicht rückläufig waren 2008 die Einnahmen aus öffentlichen Transferleistungen: Im Jahr 2003 stammte noch durchschnittlich gut ein Viertel des monatlichen Bruttoeinkommens aus öffentlicher Hand. 2008 waren es knapp drei Prozentpunkte (– 64 Euro) weniger. Einnahmen aus Vermögen und aus nichtöffentlichen Transferzahlungen wiesen 2008 anteilig kaum Veränderungen gegenüber 2003 auf. → [Tab. 1](#)

Tab. 1: Bruttoeinkommen privater Haushalte

| | Deutschland | | Früheres Bundesgebiet | | Neue Länder (einschl. Berlin-Ost) | |
|---|--------------|--------------|-----------------------|--------------|-----------------------------------|--------------|
| | 2003 | 2008 | 2003 | 2008 | 2003 | 2008 |
| Anzahl der erfassten Haushalte | 53 432 | 55 110 | 42 710 | 42 341 | 10 722 | 12 769 |
| Hochgerechnete Haushalte (1 000) | 38 110 | 39 409 | 31 018 | 32 087 | 7 092 | 7 322 |
| Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR | | | | | | |
| Haushaltsbruttoeinkommen | 3 561 | 3 707 | 3 729 | 3 899 | 2 825 | 2 867 |
| Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit | 1 862 | 2 056 | 1 961 | 2 165 | 1 428 | 1 580 |
| Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit | 210 | 239 | 230 | 261 | 124 | 143 |
| Einnahmen aus Vermögen | 399 | 385 | 438 | 425 | 225 | 211 |
| Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen | 906 | 842 | 897 | 846 | 946 | 825 |
| Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung | 185 | 184 | 203 | 202 | 103 | 107 |

Der regionale Vergleich zeigt, dass sowohl die Höhe als auch die Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens bei den Haushalten im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost unterschiedlich sind: Zum einen verfügten die Haushalte im Westen über ein monatliches Bruttoeinkommen von 3 899 Euro, im Osten aber standen lediglich 74 % (2 867 Euro) des Westniveaus zur Verfügung. Zum anderen war im Osten der Anteil der Einnahmen aus öffentlichen Transferzahlungen am gesamten Bruttoeinkommen mit fast 29 % um sieben Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet. Dagegen waren in den neuen Ländern die Einnahmen aus selbstständiger Arbeit (5 %) und aus Vermögen (rund 7 %) niedriger als im Westen (knapp 7 % bzw. knapp 11 %).

Haushaltsbruttoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Höhe des Bruttoeinkommens privater Haushalte hängt auch vom Haushaltstyp ab. Den größten Anteil der Privathaushalte stellten 2008 mit 39 % die Alleinlebenden, 29 % waren Paarhaushalte. In 15 % der Haushalte lebten Paare mit Kindern unter 18 Jahren und 3 % der Haushalte waren die von Alleinerziehenden. Die höchsten Bruttoeinkommen fanden sich 2008 in den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) (5 441 Euro) und Paaren ohne Kind (4 230 Euro). Alleinerziehende bezogen monatlich ein Haushaltsbruttoeinkommen von durchschnittlich 2 327 Euro. Alleinlebende verfügten mit durchschnittlich 2 193 Euro über das geringste Bruttoeinkommen.  → **Tab. 2**

Vor allem in Bezug auf die Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltstypen – hier spiegeln sich die jeweiligen demografischen Besonderheiten wider. Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) sind die Eltern fast ausnahmslos im erwerbsfähigen Alter. In 97 % der Haushalte war die Haupteinkommensperson unter 55 Jahre alt. In der Regel gehen meist ein oder

Haushaltstyp

Die EVS weist Ergebnisse für folgende Haushaltstypen nach: Alleinlebende, Alleinerziehende, Paare mit und ohne Kind(er) sowie sonstige Haushalte.

Der Haushaltstyp Paare umfasst Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschließlich gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

Bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kind(ern) stehen die Ergebnisse auch nach Anzahl der in diesen Haushalten lebenden Kinder zur Verfügung. Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder deren (Ehe-)Partner und Partnerinnen beziehungsweise von deren gleichgeschlechtlichen Lebenspartner(innen).

Leben weitere Personen (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder) in den Haushalten, werden diese Haushalte stets der Gruppe »sonstige Haushalte« zugeordnet. Wegen der Vielfalt bei der Zusammensetzung der »sonstigen Haushalte« wird dieser Haushaltstyp bei der Betrachtung hier nicht mitberücksichtigt.

beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nach: In 93 % der Haushalte war die Haupteinkommensperson erwerbstätig, nur in 5 % der Haushalte dieses Typs war sie arbeitslos. Diese Haushalte bezogen 2008 dementsprechend mit rund 75 % (4 090 Euro) den Großteil ihres Bruttoeinkommens aus selbstständiger oder unselbstständiger Arbeit. Bei den Haushalten von Alleinlebenden, Paaren ohne Kind und Alleinerziehenden war dieser Anteil deutlich geringer und lag bei etwas mehr als der Hälfte des Bruttoeinkommens: Bei Alleinlebenden stammten knapp 56 % (1 220 Euro) des Bruttoeinkommens aus unselbstständiger oder

selbstständiger Arbeit. Bei Alleinerziehenden waren es mit knapp 55 % (1 275 Euro) etwas weniger. Paarhaushalte ohne Kind bezogen mit etwas weniger als 53 % (2 227 Euro) den geringsten Anteil ihres Bruttoeinkommens aus Erwerbstätigkeit. Dafür spielten bei diesen drei Haushaltstypen Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen eine wesentlich größere Rolle als bei den anderen Haushaltstypen. Während die Paarhaushalte mit Kindern weniger als 12 % ihres Einkommens aus solchen Transfers bezogen, waren es bei Paaren ohne Kind knapp 30 %, bei Alleinlebenden mehr als 29 % und bei Alleinerziehenden rund 26 %. → **Tab. 3**

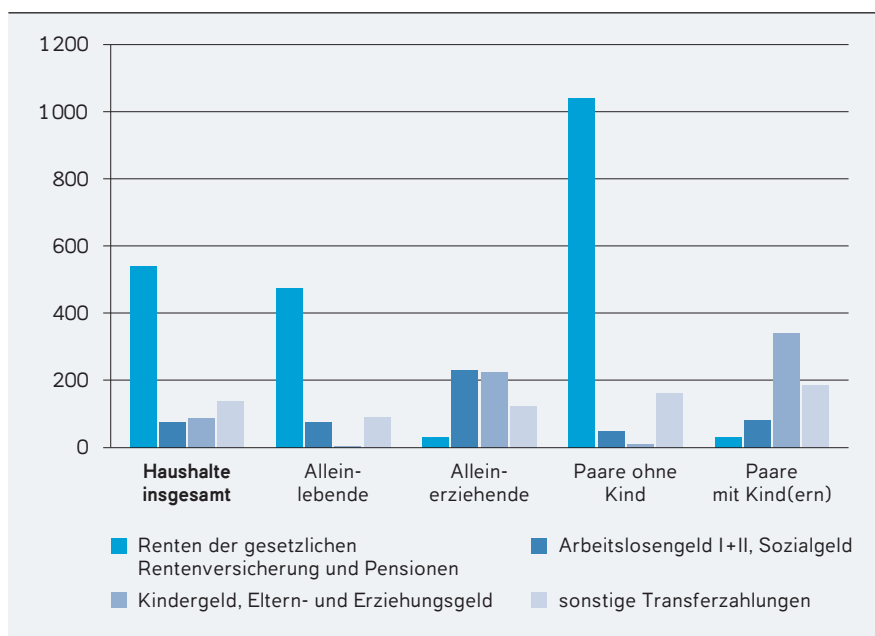
Tab. 2: Einnahmen nach dem Haushaltstyp 2008

| | Alleinlebende | Alleinerziehende | Paare ohne Kind | Paare mit Kind(ern) |
|--|---------------|------------------|-----------------|---------------------|
| Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR | | | | |
| Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit | 1 104 | 1 171 | 1 984 | 3 602 |
| Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit | 116 | 104 | 243 | 488 |
| Einnahmen aus Vermögen | 190 | 137 | 509 | 540 |
| Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen | 645 | 614 | 1 261 | 640 |
| Einkommen aus nicht-öffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung | 137 | 301 | 233 | 171 |
| Haushaltsbruttoeinkommen | 2 193 | 2 327 | 4 230 | 5 441 |
| - Steuern und Abgaben | 467 | 384 | 843 | 1 250 |
| Haushaltsnettoeinkommen | 1 726 | 1 943 | 3 387 | 4 191 |

Tab. 3: Soziodemografische und -ökonomische Strukturen privater Haushalte 2008

| | Hochgerechnete Haushalte | |
|---|--------------------------|-------------|
| | Anzahl in 1000 | Anteil in % |
| Haushalte insgesamt | 39 409 | 100 |
| Alleinlebende | 15 537 | 39,4 |
| Alleinerziehende | 1 339 | 3,4 |
| Paare ohne Kind | 11 441 | 29,0 |
| Paare mit Kind(ern) | 5 940 | 15,1 |
| Sonstige Haushalte | 5 152 | 13,1 |
| Soziale Stellung der Haupteinkommensperson | | |
| Selbstständige | 2 459 | 6,2 |
| Arbeitnehmer/-innen | 20 748 | 52,6 |
| Arbeitslose | 3 064 | 7,8 |
| Nichterwerbstätige | 13 138 | 33,3 |
| darunter: | | |
| Rentner/-innen | 10 419 | 26,4 |
| Pensionäre/ Pensionärinnen | 1 443 | 3,7 |
| Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR | | |
| unter 900 | 3 437 | 8,7 |
| 900-1 300 | 4 513 | 11,5 |
| 1 300-1 500 | 2 273 | 5,8 |
| 1 500-2 000 | 5 807 | 14,7 |
| 2 000-2 600 | 5 666 | 14,4 |
| 2 600-3 600 | 6 806 | 17,3 |
| 3 600-5 000 | 5 744 | 14,6 |
| 5 000-18 000 | 5 163 | 13,1 |

Abb. 2: Öffentliche Transferzahlungen 2008 in EUR



In der Zusammensetzung der öffentlichen Transfereinkommen gab es bei den drei zuletzt genannten Haushaltstypen deutliche Unterschiede. Bei den Paarhaushalten ohne Kind und bei den Alleinlebenden war der Anteil der Personen im Rentenalter beträchtlich. Mit 37 % bezogen mehr als ein Drittel der Alleinlebenden Renten und Pensionen. Entsprechend bestanden ihre öffentlichen Transfereinkommen (645 Euro) zum allergrößten Teil aus diesen Einnahmequellen (474 Euro). 46 % der Alleinlebenden standen im Berufsleben, 11 % waren arbeitslos. Die Alleinerziehenden hingegen befanden sich überwiegend im Erwerbsalter: 98 % der Alleinerziehenden waren jünger als 55 Jahre. Aufgrund ihrer Lebenssituation sind Alleinerziehende häufig nur eingeschränkt oder gar nicht berufstätig. Mehr als 28 % von ihnen waren arbeitslos. Deshalb stellten innerhalb der öffentlichen Transfers (614 Euro) bei ihnen vor allem Arbeitslosengeld I und II, Sozialgeld (232 Euro) aber auch Kinder- und Erziehungsgeldzahlungen (226 Euro) mit zusammen knapp 75 % die wichtigsten Einnahmepositionen dar. Zu geringen Teilen kamen noch Einnahmen, unter anderem aus Sozialhilfe, Wohngeld und Pflegegeld dazu. Renten und Pensionen spielten bei Alleinerziehenden kaum eine Rolle. In fast der Hälfte (48 %) der Paarhaushalte ohne Kind bezogen die Haupteinkommenspersonen Renten und Pensionen, 42 % waren Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitnehmerinnen. In 3 % der kinderlosen Paarhaushalte war die Haupteinkommensperson arbeitslos. Bei Paaren ohne Kind stammte der überwiegende Teil (1 042 Euro) der öffentlichen Transfers aus Rentenzahlungen und Pensionen. Der Anteil an Kinder- und Erziehungsgeld war hier genauso unbedeutend wie bei den Alleinlebenden. Bei Paarhaushalten mit Kind(ern) bestanden die öffentlichen Transfereinkommen im Wesentlichen aus Kindergeld sowie Eltern- und Erziehungsgeld (342 Euro). Renten und Pensionen (30 Euro) sowie ALG I, II und Sozialgeld (83 Euro) spielten nur eine untergeordnete Rolle. → Abb. 2

6.1.2 Nettoeinkommen privater Haushalte

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt Aufschlüsse über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen zu, da sie noch abzuführende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten.

Steuern und Sozialabgaben

Für Steuern und Abgaben wurden 2008 monatlich im Durchschnitt 793 Euro je Privathaushalt abgezogen. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Einkommen- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag (zusammen 416 Euro). Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, zur sozialen Pflegeversicherung und zur Arbeitslosenversicherung machten durchschnittlich 377 Euro je Haushalt und Monat aus.

Für Steuern und Sozialabgaben kamen den Privathaushalten 2008 insgesamt 21 % ihres Bruttoeinkommens in Abzug. Das waren zwei Prozentpunkte mehr als 15 Jahre zuvor (1993: 19 %).

Die Steuer- und Abgabenbelastung war 2008 im früheren Bundesgebiet mit 22 % beziehungsweise 843 Euro höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 20 % beziehungsweise 576 Euro. Ursache dafür ist vor allem, dass die im Westen höheren Erwerbseinkommen aufgrund der Steuerprogression stärker mit Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag belastet sind: Der Anteil der Steuern am Haushaltsbruttoeinkommen lag im Westen bei 12 % (454 Euro), im Osten bei 9 % (250 Euro). → Tab. 4

Haushalte, in denen die Haupteinkommenspersonen Angestellte sind, hatten mit einem Anteil von 29 % (1 392 Euro) des Bruttoeinkommens die höchsten Abzüge für Steuern und Sozialabgaben im Vergleich mit Haushalten anderer sozialer Stellungen. Bei den Arbeiterhaushalten betrug dieser Anteil 25 % (1 007 Euro) und bei den Selbstständigenhaushalten 22 % (1 178 Euro). Bei den Haushalten mit beamteten Haupteinkommenspersonen machte der Anteil 17 % (890 Euro) vom Bruttoeinkommen aus. Nichterwerbstätigenhaushalte hatten durchschnittlich

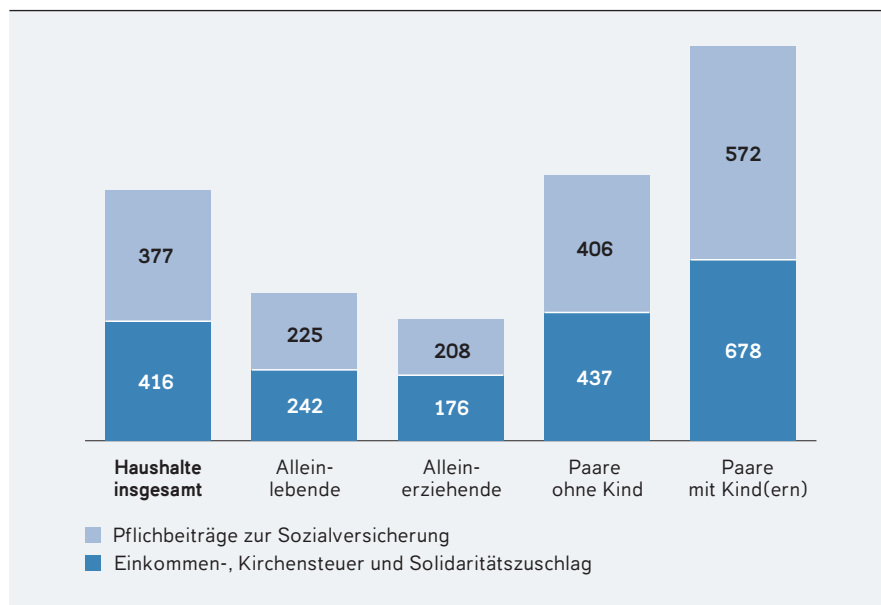
8 % (199 Euro) des Bruttoeinkommens an Steuern und Sozialabgaben abzuführen: Auch wenn die Anteile bei den Haushalten von Pensionären und Pensionärinnen (9 %) sowie Rentnern und Rentnerinnen (8 %) praktisch gleich hoch waren, waren die Abzüge mit 415 Euro bei den Pensionären und Pensionärinnen mehr als doppelt so hoch wie bei den Rentnern und Rentnerinnen mit 187 Euro. Arbeitslose hatten mit 2 % bzw. 20 Euro die geringsten Abzüge für Steuern und Sozialabgaben.

Die höchste Steuer- und Abgabenlast hatten Paarhaushalte mit Kind(ern) zu tragen: Sie zahlten monatlich durchschnittlich 1 250 Euro beziehungsweise einen Anteil von 23 % ihres Bruttoeinkommens. Aufgrund der höheren Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Vergleich zu anderen Haushaltstypen waren auch ihre Steuerabgaben mit 678 Euro wert- und anteilmäßig (12 % vom Bruttoeinkommen) am größten. Bei Paaren ohne Kind betrug der Anteil der Steuern und Abgaben 20 % (843 Euro) und bei den Alleinlebenden 21 % (467 Euro).

Tab. 4: Struktur der Steuer- und Abgabenlast privater Haushalte

| | 1993 | | 1998 | | 2003 | | 2008 | |
|--|------------|--------------------------------|------------|--------------------------------|------------|--------------------------------|------------|--------------------------------|
| | EUR | Anteil am Bruttoeinkommen in % | EUR | Anteil am Bruttoeinkommen in % | EUR | Anteil am Bruttoeinkommen in % | EUR | Anteil am Bruttoeinkommen in % |
| Deutschland | | | | | | | | |
| Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag | 315 | 10,7 | 355 | 10,8 | 370 | 10,4 | 416 | 11,2 |
| Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung | 256 | 8,7 | 328 | 9,9 | 358 | 10,1 | 377 | 10,2 |
| Insgesamt | 571 | 19,4 | 683 | 20,7 | 728 | 20,4 | 793 | 21,4 |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | |
| Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag | 353 | 11,2 | 385 | 11,2 | 404 | 10,8 | 454 | 11,6 |
| Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung | 267 | 8,5 | 334 | 9,7 | 368 | 9,9 | 389 | 10,0 |
| Insgesamt | 620 | 19,6 | 719 | 20,8 | 772 | 20,7 | 843 | 21,6 |
| Neue Länder (einschl. Berlin-Ost) | | | | | | | | |
| Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag | 155 | 7,4 | 216 | 8,3 | 221 | 7,8 | 250 | 8,7 |
| Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung | 218 | 10,4 | 307 | 11,8 | 311 | 11,0 | 326 | 11,4 |
| Insgesamt | 373 | 17,7 | 522 | 20,1 | 532 | 18,8 | 576 | 20,1 |

Abb. 3: Steuer- und Abgabenlast privater Haushalte 2008, in EUR



Die niedrigsten Abgaben hatten die Haushalte von Alleinerziehenden mit 17 % beziehungsweise 384 Euro zu leisten. Im Gegensatz zu den anderen Haushaltstypen waren hier die Steuerabgaben niedriger (8 % beziehungsweise 176 Euro) als die Sozialversicherungsbeiträge (9 % beziehungsweise 208 Euro). → **Abb. 3**

Verteilung und Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 lag in 26 % aller privaten Haushalte das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen unter 1 500 Euro, allein 9 % der Haushalte mussten mit weniger als 900 Euro monatlich auskommen. 29 % aller Haushalte standen zwischen 1 500 bis unter 2 600 Euro im Monat zur Verfügung. 17 % der Privathaushalte befanden sich in der Einkommensklasse von 2 600 bis unter 3 600 Euro und 15 % in der Klasse von 3 600 bis unter 5 000 Euro. 13 % aller Privathaushalte verfügten über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro.

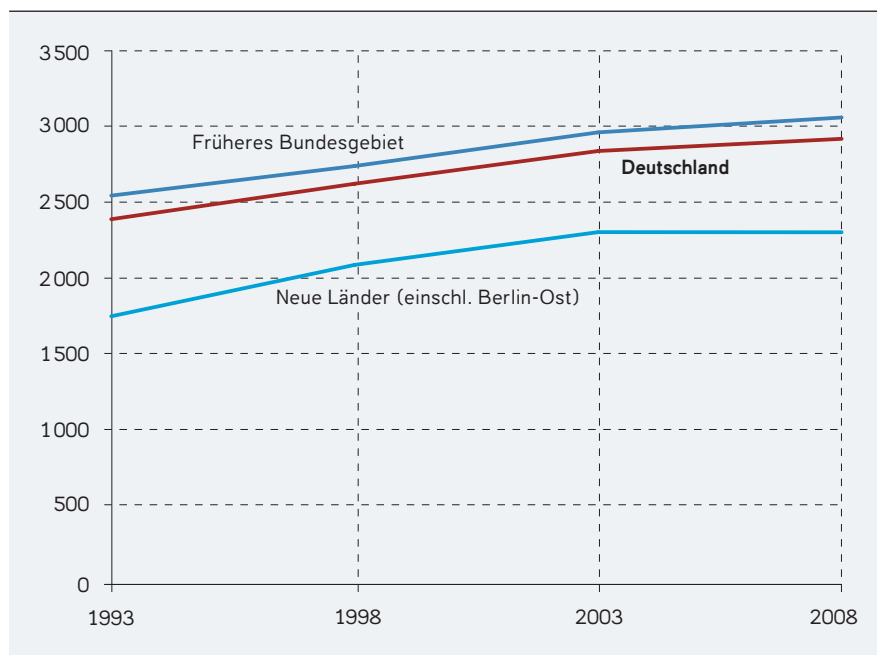
Durchschnittlich verfügte ein Privathaushalt 2008 über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 914 Euro. Im Vergleich zu

2003 ist dies eine Zunahme um 2,9 % (2003: 2 833 Euro). Damit fiel der Anstieg geringer aus als bei den durchschnittlichen Bruttoeinkommen (+ 4,1 %). Ursache dafür ist, dass die Steuern und Abgaben mit + 8,9 % deutlich stärker gestiegen sind als die Bruttoeinkommen. Obwohl das Nettoeinkommen von 2003

zu 2008 um 2,9 % gestiegen ist, bedeutet das nicht automatisch, dass den Haushalten mehr Geld zur Verfügung stand. Real – das heißt unter Berücksichtigung der Preissteigerung für die Lebenshaltung – hatten die Haushalte im Jahr 2008 einen Einkommensrückgang zu verzeichnen: Der Verbraucherpreisindex ist in diesem Zeitraum um 10,0 % gestiegen. (siehe Kapitel 4.3).

Im längerfristigen Zeitvergleich fällt auf, dass sich die Schere zwischen Ost und West in Bezug auf die Haushaltsnettoeinkommen im Jahr 2008 wieder geöffnet hat. Im Jahr 1993 lag das Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Bundesländern bei durchschnittlich 68 % des Nettoeinkommens der Haushalte im früheren Bundesgebiet. Bis zum Jahr 2003 näherten sich die Nettoeinkommen der ostdeutschen Haushalte bis auf 78 % an das Westniveau an. Im Jahr 2008 hat sich der Einkommensabstand aber wieder vergrößert: Das Durchschnittsniveau des Nettoeinkommens der Haushalte in den neuen Ländern ist auf 75 % des Einkommens der Haushalte im früheren Bundesgebiet zurückgegangen. Während die

Abb. 4: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, in EUR



Haushaltsnettoeinkommen im Westen im Vergleich zu 2003 um 3,3 % anstiegen, stagnierten sie in den neuen Ländern.

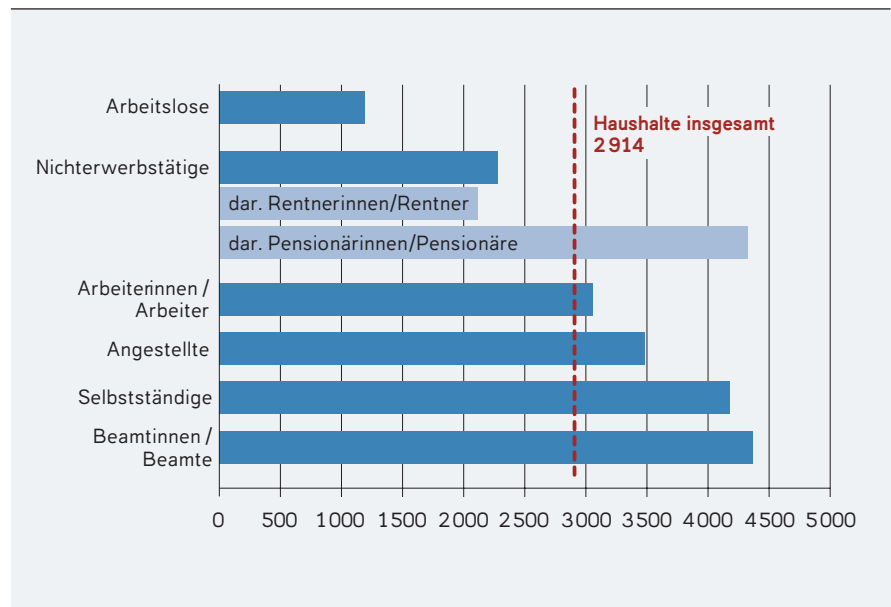
→ Abb. 4

Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung

Die Höhe des Nettoeinkommens privater Haushalte variiert in starkem Maße mit der sozialen Stellung der Person mit dem höchsten Nettoeinkommen im Haushalt. 2008 war die Haupteinkommensperson in mehr als der Hälfte aller Haushalte (53 %) Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin: 33 % waren Angestellte, 16 % Arbeiter bzw. Arbeiterinnen und 4 % Beamte bzw. Beamtinnen. 6 % aller Haushalte bezogen ihr Einkommen überwiegend aus selbstständiger Tätigkeit. Ein Drittel der privaten Haushalte (33 %) waren Nichterwerbstätige: In 26 % der privaten Haushalte war die Haupteinkommensperson Rentner oder Rentnerin. Der Anteil der Haushalte mit Pensionsbezug als Haupteinkommensquelle lag unter 4 %. Arbeitslose Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen waren in 8 % der Haushalte vorhanden.

Die höchsten Monatsnettoeinkommen erzielten 2008 die Haushalte von Beamten und Beamtinnen sowie von Pensionären und Pensionärinnen mit durchschnittlich 4 366 Euro beziehungsweise 4 322 Euro. Knapp darunter lagen die Haushalte von Selbstständigen mit 4 181 Euro. Haushalte mit angestellten Haupteinkommenspersonen verfügten über ein monatliches Nettoeinkommen von 3 484 Euro. Bei Haushalten von Arbeitern und Arbeiterinnen lag das Haushaltsnettoeinkommen mit 3 058 Euro knapp über dem Bundesdurchschnitt. Das mit Abstand niedrigste Nettoeinkommen hatten Arbeitslosenhaushalte mit 1 194 Euro im Monat. Sie bezogen nur 41 % des Durchschnittseinkommens aller Haushalte. Relativ groß war die Einkommensspanne innerhalb der Gruppe der Nichterwerbstätigen, die insgesamt ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2 280 Euro erzielten. Hier war das Nettoeinkommen der Pen-

Abb. 5: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2008, in EUR



sionäre (4 322 Euro) doppelt so hoch wie das der Rentnerhaushalte (2 117 Euro).

→ Abb. 5

Haushaltsnettoeinkommen nach dem Haushaltstyp

Die geringsten durchschnittlichen Nettoeinkommen fanden sich 2008 in den Haushalten von Alleinlebenden (1 726 Euro). Alleinerziehenden stand mit 1 943 Euro durchschnittlich zwar mehr Geld zur Verfügung. Hier – und ebenso bei den anderen Haushaltstypen – müssen aber mehrere Personen im Haushalt mit dem Geld auskommen: Bei den Alleinerziehenden waren das 2008 durchschnittlich 2,3 Personen und bei den Paaren mit Kind(ern) durchschnittlich 3,8 Personen. Paarhaushalten ohne Kind standen monatlich 3 387 Euro und Paaren mit Kind(ern) 4 191 Euro zur Verfügung (vgl. Tab. 2).

Eine reine Pro-Kopf-Betrachtung würde jedoch der Tatsache nicht gerecht werden, dass sich die Kosten für die allgemeine Lebenshaltung nicht proportional zur Zahl der Personen im Haushalt entwickeln (siehe hierzu Infokasten Kapitel 6.2, S. 151).

6.1.3 Einkommensverwendung privater Haushalte

Die Geldeinkünfte, die den privaten Haushalten in Deutschland zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung stehen, sind im Einzelnen ihre Nettoeinkommen zuzüglich geringfügiger Zusatzeinkünfte aus dem Verkauf von Waren (z. B. Gebrauchtwagen) und sonstiger Einnahmen (z. B. Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen). Diese ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet.

Den Haushalten standen im Jahr 2008 durchschnittlich 2 965 Euro im Monat für ihre Ausgaben zur Verfügung. Gegenüber 2003 (2 885 Euro) war das ein Anstieg von 2,8 %.

Das verfügbare Einkommen fließt in drei Verwendungsmöglichkeiten: Ausgaben für den privaten Konsum, Ausgaben für nicht-konsumtive Zwecke sowie die Ersparnisbildung. Mehr als drei Viertel (75,7 %) des ausgabefähigen Einkommens gaben die Haushalte im Jahr 2008 für den Konsum, das heißt für Ernäh-

Tab. 5: Verwendung der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte

| | Deutschland | | Früheres Bundesgebiet | | Neue Länder (einschl. Berlin-Ost) | |
|--|------------------------------|-------|-----------------------|-------|-----------------------------------|-------|
| | 2003 | 2008 | 2003 | 2008 | 2003 | 2008 |
| | je Haushalt und Monat in EUR | | | | | |
| Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | 2 885 | 2 965 | 3 013 | 3 111 | 2 325 | 2 328 |
| Private Konsumausgaben | 2 177 | 2 245 | 2 257 | 2 333 | 1 828 | 1 857 |
| Übrige Ausgaben | 386 | 408 | 411 | 443 | 279 | 258 |
| Ersparnis | 321 | 312 | 344 | 335 | 219 | 213 |
| | Anteil in % | | | | | |
| Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Private Konsumausgaben | 75,5 | 75,7 | 74,9 | 75,0 | 78,6 | 79,8 |
| Übrige Ausgaben | 13,4 | 13,8 | 13,6 | 14,2 | 12,0 | 11,1 |
| Ersparnis | 11,1 | 10,5 | 11,4 | 10,8 | 9,4 | 9,1 |

zung, Wohnen, Bekleidung, Reisen und anderes aus. Durchschnittlich waren das 2 245 Euro im Monat. Im Vergleich zum Jahr 2003 (75,5 % beziehungsweise 2 177 Euro) ist die Konsumquote praktisch gleich geblieben. → Tab. 5

Zu den Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke – auch übrige Ausgaben genannt – gehören unter anderem Versicherungsbeiträge, bestimmte Steuern sowie Zinszahlungen für Kredite. Auch Geldgeschenke und Unterhaltszahlungen sind Bestandteil der übrigen Ausgaben, ebenso eventuell in den Haushaltsbüchern aufgetretene statistische Differenzen zwischen den Einnahmen und Ausgaben.

Im Jahr 2008 verwendeten die privaten Haushalte in Deutschland durchschnittlich 13,8 % ihrer ausgabefähigen Einkommen für die übrigen Ausgaben, das waren 408 Euro monatlich. Im Vergleich zu 2003 (13,4 % beziehungsweise 386 Euro) ist der Anteil der übrigen Ausgaben am ausgabefähigen Einkommen nur leicht gestiegen.

Wenn die Haushalte ihre Konsumbedürfnisse befriedigt und auch die Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke getätigt haben, verbleibt der Rest des ausgabefähigen Einkommens für die Ersparnisbildung.

Durchschnittlich 312 Euro im Monat sparten die Haushalte im Jahr 2008. Das waren 10,5 % des ausgabefähigen Einkommens. Gegenüber 2003 (321 Euro oder 11,1 %) war die Sparquote rückläufig.

Das niedrigere Einkommensniveau der Haushalte in den neuen Ländern gegenüber dem früheren Bundesgebiet führt auch zu Unterschieden bei der Einkommensverwendung. Anteilig setzten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost mehr Geld für Konsumzwecke ein. Mit 79,8 % lag die Konsumquote in Ostdeutschland um 4,8 Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet.

Während die Konsumquote sich im früheren Bundesgebiet im Vergleich zu 2003 praktisch nicht verändert hat, ist sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 1,2 Prozentpunkte gestiegen.

Der Anteil der ausgabefähigen Einkommen, den die Haushalte im früheren Bundesgebiet für die übrigen Ausgaben verwendeten, war mit 14,2 % höher als in den neuen Ländern (11,1 %). Im Vergleich zu 2003 hat dieser Anteil im früheren Bundesgebiet um 0,6 Prozentpunkte zugenommen, in den neuen Ländern dagegen ist er leicht zurückgegangen (–0,9 Prozentpunkte).

Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich auch beim Sparen: Im Jahr 2008 legten die Haushalte im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 335 Euro im Monat auf die hohe Kante, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 213 Euro. Die Sparquote in Ostdeutschland (9,1 %) fiel damit im Jahr 2008 deutlich niedriger aus als in Westdeutschland (10,8 %).

6.1.4 (Konsum-)Ausgaben privater Haushalte

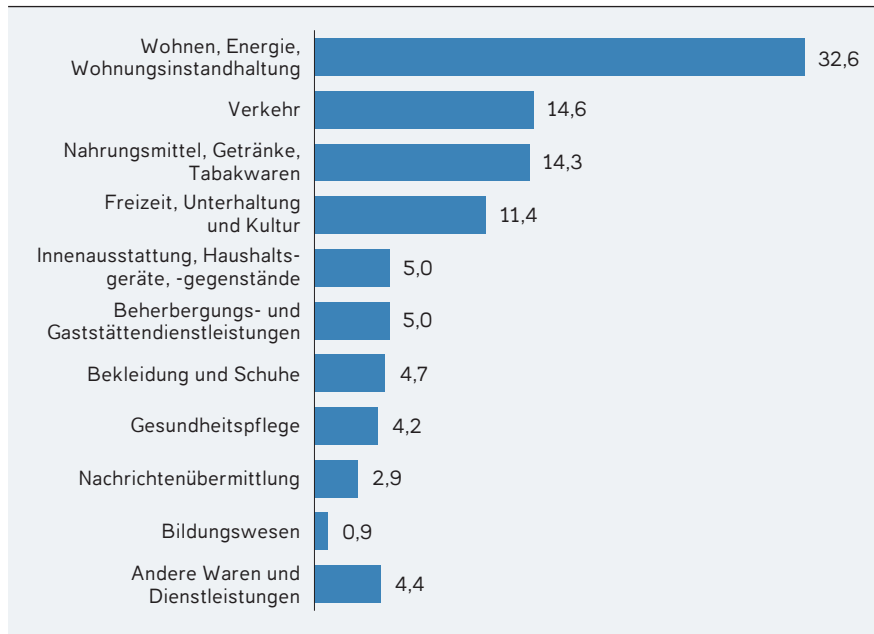
Den größten Teil der ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen verwendeten die Haushalte für den Privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Bekleidung und anderes. 2008 gaben deutsche Haushalte für Konsumzwecke im Durchschnitt monatlich 2 245 Euro aus.

Die mit Abstand höchsten Ausgaben tätigten die Privathaushalte für den Bereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie: Dafür wurde 2008 fast ein Drittel (33 %) des Konsumbudgets ausgegeben. Den zweitgrößten Ausgabenbereich bildeten die Verkehrsausgaben mit einem Anteil von knapp 15 % an den privaten Konsumausgaben, dicht gefolgt von den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (14 %). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (siehe auch Kapitel 13.1.3 »Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten«) wurden anteilig rund 11 % aufgewendet.

Mit deutlicherem Abstand folgten dann die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände sowie für Bekleidung und Schuhe mit je 5 %. Die Ausgaben für die Gesundheitspflege hatten einen Anteil von 4 % und die Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung von 3 %. Das Schlusslicht bildeten die Ausgaben für das Bildungswesen mit unter einem Prozent.

→ Abb. 6

Abb. 6: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2008, in %



Obwohl die privaten Haushalte 2008 in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Monat durchschnittlich 476 Euro weniger als die westlichen Haushalte für den Konsum ausgaben, teilten die Haushalte ihre Konsumbudgets ähnlich auf die einzelnen Ausgabenbereiche auf. Größere Unterschiede ergaben sich bei den Ausgabenanteilen für Wohnen, Verkehr und die Gesundheitspflege. Für den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung setzten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit knapp 32 % einen etwas kleineren Anteil ein als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (33 %). Das dürfte sowohl am niedrigeren Mietniveau als auch an den durchschnittlich kleineren Mietwohnungen in den neuen Ländern liegen.

Dem vergleichsweise niedrigeren Gesamtbudget war es geschuldet, dass die Ausgaben für Ernährung in den neuen Ländern und Berlin-Ost – anders als im Westen – den zweitgrößten Ausgabenbereich darstellten. Hier setzten die Haushalte mit durchschnittlich 15 % einen größeren Anteil ein als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (14 %). Die absoluten Ausgaben für Ernährung lagen da-

gegen mit 283 Euro monatlich in den neuen Ländern niedriger als im früheren Bundesgebiet (330 Euro). Die Ausgaben für Verkehr machten mit durchschnittlich 15 % den drittgrößten Block in den neuen Ländern und Berlin-Ost aus, während sie im früheren Bundesgebiet mit knapp 15 % den zweitgrößten Block stellten.

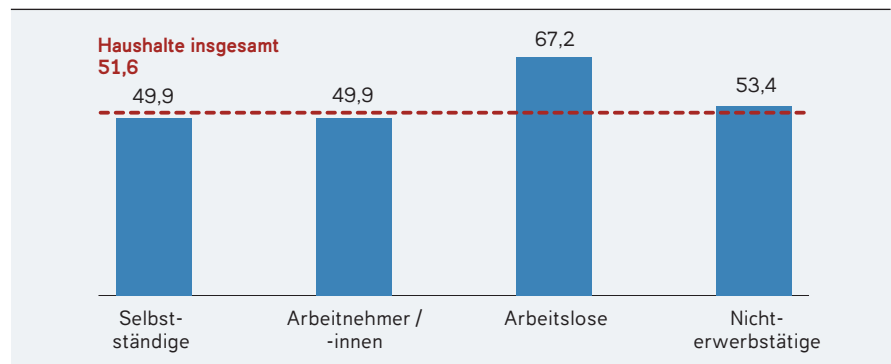
Private Konsumausgaben nach sozialer Stellung

Neben den regionalen Unterschieden werden die Verbrauchsstrukturen auch

von der sozialen Stellung der Haupteinkommenspersonen, dem Haushaltstyp sowie dem Haushaltsnettoeinkommen bestimmt. Während die Unterschiede der Konsumniveaus im Vergleich nach den sozialen Stellungen der Haupteinkommenspersonen zum Teil beträchtlich sind, ist die Konsumstruktur praktisch identisch. Mit zunehmender Höhe der Konsumausgaben nimmt der Anteil der Aufwendungen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen ab.

Die Gruppe der Selbstständigenhaushalte, die 2008 mit durchschnittlich 2 949 Euro im Monat die höchsten Konsumausgaben aufwies, gab zwar am meisten für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen aus (1 472 Euro); anteilig am Konsumbudget waren das aber nur 50 %. Gleich hoch war der Anteil, den die Arbeitnehmerhaushalte für die Grundbedürfnisse ausgaben, obwohl ihre nominalen Ausgaben mit 1 246 Euro etwas geringer waren. Bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen machte dieser Anteil 53 % an den gesamten Konsumausgaben in Höhe von 1 052 Euro aus. Die Haushalte von arbeitslosen Haupteinkommenspersonen hatten mit 1 130 Euro zwar die geringsten monatlichen Konsumausgaben, dafür war der Ausgabenanteil für Ernährung, Bekleidung und Wohnen mit 67 % (758 Euro) am höchsten. → Tab. 6

Abb. 7: Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2008, in %



Grundbedürfnisse: Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Bekleidung und Schuhe. Siehe auch Fußnoten zur Tabelle 6.

Tab. 6: Konsumausgaben privater Haushalte nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2008

| | Selbstständige ¹ | | Arbeitnehmer ² | | Arbeitslose | | Nichterwerbstätige ³ | |
|--|-----------------------------|------------|---------------------------|------------|--------------|------------|---------------------------------|------------|
| | EUR | in % | EUR | in % | EUR | in % | EUR | in % |
| Private Konsumausgaben | 2 949 | 100 | 2 500 | 100 | 1 130 | 100 | 1 969 | 100 |
| Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren | 389 | 13,2 | 357 | 14,3 | 230 | 20,4 | 272 | 13,8 |
| Bekleidung und Schuhe | 153 | 5,2 | 130 | 5,2 | 41 | 3,7 | 73 | 3,7 |
| Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung | 930 | 31,5 | 759 | 30,4 | 487 | 43,1 | 707 | 35,9 |
| Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 159 | 5,4 | 131 | 5,2 | 38 | 3,4 | 93 | 4,7 |
| Gesundheitspflege | 99 | 3,3 | 79 | 3,2 | 25 | 2,2 | 131 | 6,7 |
| Verkehr | 474 | 16,1 | 419 | 16,8 | 94 | 8,3 | 212 | 10,8 |
| Nachrichtenübermittlung | 84 | 2,8 | 76 | 3,0 | 52 | 4,6 | 48 | 2,4 |
| Freizeit, Unterhaltung, Kultur | 323 | 11,0 | 284 | 11,4 | 83 | 7,4 | 237 | 12,1 |
| Bildungswesen | 37 | 1,2 | 29 | 1,1 | 6 | 0,5 | 7 | 0,4 |
| Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen | 155 | 5,3 | 130 | 5,2 | 30 | 2,6 | 97 | 4,9 |
| Andere Waren und Dienstleistungen | 146 | 4,9 | 107 | 4,3 | 42 | 3,7 | 89 | 4,5 |

1 Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte/-wirtinnen.

2 Beamte/Beamtinnen, Angestellte, und Arbeiter(innen).

3 Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner(innen), Sozialhilfeempfänger(innen), Altenteiler(innen), nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen, Studierende mit eigenem Haushalt.

Rund ein Drittel (33 % oder 731 Euro) ihrer Konsumausgaben wendeten die privaten Haushalte in Deutschland für den Ausgabenbereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie auf. Mit durchschnittlich 759 Euro im Monat gaben die Arbeitnehmerhaushalte 30 % ihrer Ausgaben für diesen Bereich aus. Die Selbständigenhaushalte hatten mit 930 Euro zwar höhere Wohnausgaben, bezogen auf ihr Konsumbudget entsprach das jedoch einem Anteil von nur knapp 32 %. Bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen machten diese Ausgaben mit 707 Euro bereits einen Anteil von 36 % aus. Die Arbeitslosenhaushalte gaben für das Wohnen mit 487 Euro zwar am wenigsten aus, der Anteil an deren gesamten Konsumausgaben war mit 43 % jedoch am höchsten. Die Verkehrsausgaben der Selbständigenhaushalte waren mit 474 Euro rund fünf Mal so hoch wie bei den Haushalten von Arbeitslosen (94 Euro). Nichterwerbstätige hatten Verkehrsausgaben in Höhe von 212 Euro und Arbeitnehmerhaushalte in Höhe von durchschnittlich 419 Euro im Monat.

➔ Abb. 7

Private Konsumausgaben nach dem Haushaltstyp

Deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur zeigen dagegen die Konsumausgaben ausgewählter Haushaltstypen. Die höchsten monatlichen Konsumausgaben tätigten im Jahr 2008 Paarhaushalte mit Kind(ern) mit durchschnittlich 3 017 Euro gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 2 622 Euro monatlich. Unter dem Bundesdurchschnitt von 2 245 Euro lagen die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden (1 740 Euro) und Alleinlebenden (1 418 Euro). Berücksichtigt man, dass in Alleinerziehendenhaushalten im Durchschnitt 2,3 Personen leben und in Paarhaushalten mit Kind(ern) durchschnittlich 3,8 Personen, so haben Alleinerziehende mit 757 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. Im Vergleich dazu hatten die Alleinlebenden mit 1 418 Euro die höchsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. Alleinerziehende wendeten mit 57 % den größten Teil ihres Konsumbudgets für Ernährung, Bekleidung und Wohnen auf. Am niedrigsten lag der Grundversorgungsanteil bei den Paarhaushalten ohne Kind (49 %).

In der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse weisen die einzelnen Haushaltstypen folgende Unterschiede auf: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) rund 16 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, waren es bei den Alleinlebenden nur 13 %. Diese hatten aber mit knapp 38 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, gefolgt von den Alleinerziehenden mit 35 %. Dagegen hatten Paarhaushalte mit 31 % den geringsten Wohnkostenanteil.

Mit 15 % hatten Paarhaushalte für den Bereich Verkehr den höchsten Ausgabenanteil. Alleinlebende und Alleinerziehende wiesen hier nur 12 % auf. Die Unterschiede in den Ausgabenanteilen für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur waren zwischen den einzelnen Haushaltstypen vergleichsweise gering: Alleinerziehende hatten mit durchschnittlich 10 % den niedrigsten Anteil während kinderlose Paare mit 12 % den höchsten Anteil aufwiesen. Alleinlebende und Paare mit Kind(ern) gaben von ihrem Konsumbudget 11 % für den Freizeitbereich aus.

Tab. 7: Konsumausgaben privater Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2008

| | Alleinlebende | | Alleinerziehende | | Paare | | | | | |
|--|---------------|------------|------------------|------------|--------------|------------|--------------|------------|---------------|------------|
| | EUR | in % | EUR | in % | insgesamt | | ohne Kind | | mit Kind(ern) | |
| | | | | | EUR | in % | EUR | in % | EUR | in % |
| Private Konsumausgaben | 1 418 | 100 | 1 740 | 100 | 2 757 | 100 | 2 622 | 100 | 3 017 | 100 |
| Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren | 182 | 12,9 | 281 | 16,1 | 400 | 14,5 | 360 | 13,7 | 478 | 15,9 |
| Bekleidung und Schuhe | 58 | 4,1 | 94 | 5,4 | 133 | 4,8 | 115 | 4,4 | 167 | 5,5 |
| Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung | 532 | 37,5 | 614 | 35,3 | 853 | 30,9 | 817 | 31,2 | 923 | 30,6 |
| Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 62 | 4,4 | 84 | 4,8 | 148 | 5,4 | 141 | 5,4 | 162 | 5,4 |
| Gesundheitspflege | 60 | 4,3 | 45 | 2,6 | 121 | 4,4 | 139 | 5,3 | 86 | 2,9 |
| Verkehr | 172 | 12,1 | 213 | 12,2 | 416 | 15,1 | 392 | 15,0 | 463 | 15,3 |
| Nachrichtenübermittlung | 50 | 3,5 | 69 | 4,0 | 70 | 2,5 | 64 | 2,4 | 82 | 2,7 |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 161 | 11,4 | 174 | 10,0 | 322 | 11,7 | 315 | 12,0 | 335 | 11,1 |
| Bildungswesen | 6 | 0,5 | 28 | 1,6 | 25 | 0,9 | 11 | 0,4 | 52 | 1,7 |
| Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen | 69 | 4,8 | 58 | 3,3 | 147 | 5,3 | 152 | 5,8 | 138 | 4,6 |
| Andere Waren und Dienstleistungen | 65 | 4,6 | 80 | 4,6 | 121 | 4,4 | 116 | 4,4 | 131 | 4,3 |

Restaurant- und Hotelbesuche standen bei kinderlosen Paaren am höchsten im Kurs. Für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen verwendeten sie knapp 6 % ihres Konsumbudgets. Alleinerziehende hatten hier mit 3 % den niedrigsten Ausgabenanteil.

Für die Gesundheitspflege waren die Ausgabenanteile bei kinderlosen Paaren und Alleinlebenden mit 5 % bzw. 4 % höher als bei den Alleinerziehenden und Paaren mit Kind(ern) (knapp 3 %). Die Gründe dürften hauptsächlich in den höheren Anteilen älterer Personen in den Haushalten von Alleinlebenden und kinderlosen Paaren liegen.

Der Konsumbereich Nachrichtenübermittlung hat bei Alleinerziehenden einen vergleichsweise hohen Stellenwert: Ihr Budgetanteil für diesen Bereich war mit 4 % am größten. → **Tab. 7**

Private Konsumausgaben nach Haushaltsnettoeinkommen

Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro gaben im Jahr 2008 durchschnittlich 846 Euro im Monat für den privaten Konsum aus.

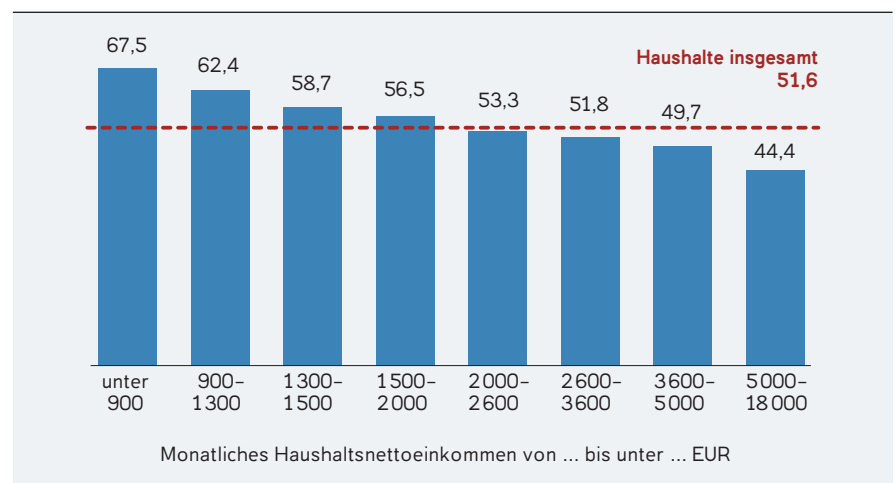
Fast fünfmal so viel (4 257 Euro) wendete die Einkommensgruppe mit dem höchsten Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro für ihren Konsum auf.

Je höher das Nettoeinkommen ist, desto mehr geben die Haushalte in den einzelnen Konsumbereichen aus. Grundsätzlich nehmen auch die Anteile der Ausgaben

für die jeweiligen Konsumbereiche bezogen auf das gesamte Konsumbudget mit steigendem Einkommen zu. Allerdings mit drei Ausnahmen: Die Ausgabenanteile für Wohnen, Ernährung und Nachrichtenübermittlung sinken mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen.

Der Ausgabenanteil für die Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnen und

Abb. 8: Ausgaben der privaten Haushalte für Grundbedürfnisse nach dem Haushaltsnettoeinkommen 2008, in %



Grundbedürfnisse: Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Bekleidung und Schuhe.

Tab. 8: Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2008

| | Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR | | | | | | | |
|--|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | unter 900 | 900–1300 | 1300–1500 | 1500–2000 | 2000–2600 | 2600–3600 | 3600–5000 | 5000–18000 |
| Private Konsumausgaben | 846 | 1 115 | 1 342 | 1 596 | 2 010 | 2 486 | 3 118 | 4 257 |
| Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren | 156 | 194 | 217 | 252 | 302 | 368 | 431 | 503 |
| Bekleidung und Schuhe | 30 | 43 | 55 | 70 | 87 | 114 | 153 | 228 |
| Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung | 385 | 459 | 515 | 580 | 684 | 805 | 968 | 1 157 |
| Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände | 27 | 42 | 53 | 67 | 98 | 123 | 156 | 267 |
| Gesundheitspflege | 25 | 34 | 42 | 53 | 71 | 92 | 126 | 251 |
| Verkehr | 55 | 103 | 144 | 198 | 289 | 374 | 509 | 717 |
| Nachrichtenübermittlung | 38 | 47 | 52 | 58 | 63 | 71 | 79 | 92 |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 68 | 103 | 141 | 172 | 224 | 286 | 365 | 529 |
| Bildungswesen | 6 | 6 | 7 | 9 | 14 | 21 | 32 | 52 |
| Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen | 25 | 38 | 52 | 70 | 94 | 123 | 163 | 261 |
| Andere Waren und Dienstleistungen | 31 | 47 | 63 | 69 | 84 | 107 | 137 | 199 |

Bekleidung nimmt mit steigenden Einkommen ab: Während die Haushalte der untersten Einkommensgruppe durchschnittlich knapp 68 % (571 Euro) ihrer monatlichen Konsumausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse aufwenden, machten diese Ausgaben bei den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe anteilig lediglich 44 % (1 888 Euro) aus. Innerhalb der Grundbedürfnisse weist allein der Bereich Bekleidung und Schuhe mit zunehmenden Einkommen auch steigende Ausgabenanteile auf. Höhere Einkommen bieten hier möglicherweise größere Spielräume für Luxuskäufe. → **Abb. 8**

Auch die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung waren prozentual gesehen mit steigendem Einkommen rückläufig. So wendeten die Haushalte mit weniger als 900 Euro Nettoeinkommen dafür anteilig im Durchschnitt knapp 5 % (38 Euro monatlich) auf, während Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 18 000 Euro 2 % (92 Euro monatlich) dafür ausgaben.

Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gaben die Haushalte mit dem höchsten

monatlichen Nettoeinkommen mehr als das Siebenfache (529 Euro, 12 %) dessen aus, was die Haushalte mit dem geringsten monatlichen Einkommen (68 Euro, 8 %) aufwendeten. Gegenüber den Haushalten mit einem Einkommen zwischen 1 500 und 2 000 Euro (172 Euro, 11 %) war es mehr als das Dreifache.

→ **Tab. 8**

6.1.5 Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z. B. die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, der Besitz von Fahrzeugen sowie von Geräten der Unterhaltungselektronik (unter anderem Videokamera/Camcorder, CD-Player, DVD-Player). Auch die Ausstattung mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wie Personalcomputer, Mobiltelefon oder Internetzugang lassen wichtige Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. **i**

Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten

Elektrische bzw. elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erfragt werden. »Traditionelle« Haushaltsgeräte wie der Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2008 bei 99 %. Mikrowellengeräte standen in 70 % der Haushalte. Knapp 63 % der privaten Haushalte konnten ihr verschmutztes Geschirr in eine Geschirrspülmaschine stellen. Mit Ausstattungsgraden von 64 % für das frühere Bundesgebiet und 55 % für die neuen Länder und Berlin-Ost gibt es bei den Geschirrspülmaschinen allerdings ein größeres regionales Gefälle. Ein noch größeres Gefälle zeigte sich bei den Wäschetrocknern: Bei einem Ausstattungsgrad von knapp 39 % im Bundesdurchschnitt standen sich hier Anfang 2008 Werte von 42 % in Westdeutschland und 22 % in Ostdeutschland gegenüber. → **Tab. 9**

Bestimmend für die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist unter ande-

rem die Haushaltsgröße. In Einpersonenhaushalten lag der Ausstattungsgrad für die drei genannten Güter Anfang 2008 deutlich unter den ermittelten Durchschnittswerten. Mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder werden technische Haushaltshilfen verstärkt in Anspruch genommen. Die Ausstattungsgrade für Mikrowellengeräte, Geschirrspülmaschinen und Wäschetrockner lagen bereits ab einer Haushaltsgröße von zwei Personen deutlich über den Durchschnittswerten für alle Haushalte. Geschirrspülmaschinen standen beispielsweise in 93 % aller Haushalte mit fünf und mehr Personen, verglichen mit dem durchschnittlichen Ausstattungsgrad von knapp 63 %. In 81 % dieser Haushalte gab es Mikrowellengeräte (Bundesdurchschnitt: 70 %) und in 70 % gab es Wäschetrockner (Bundesdurchschnitt: 39 %).

Ausstattung mit Gütern der Unterhaltungselektronik

Im Rahmen der EVS wird der technologische Wandel erfasst, indem auch der Besitz relativ neuer Produkte wie CD-Player/-Recorder, DVD-Player/-Recorder sowie MP3-Player erfragt und bei Videokamera (Camcorder) und Fotoapparat zwischen analogen und digitalen Geräten unterschieden wird. In der EVS 2008 wurde erstmals der Besitz von Flachbildfernsehern und Spielkonsolen erfasst.

Tab. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2008

| | Deutschland | Früheres Bundesgebiet | Neue Länder (einschl. Berlin-Ost) |
|-----------------------------------|-------------|-----------------------|-----------------------------------|
| Anzahl der erfassten Haushalte | 58 984 | 45 652 | 13 332 |
| Hochgerechnete Haushalte (1000) | 39 077 | 31 771 | 7 306 |
| Ausstattungsgrad je 100 Haushalte | | | |
| Geschirrspülmaschine | 62,5 | 64,2 | 55,0 |
| Mikrowellengerät | 69,6 | 69,5 | 70,2 |
| Wäschetrockner | 38,5 | 42,3 | 22,1 |

Anfang 2008 besaßen 94 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens einen Fernseher. 41 % dieser Haushalte besaßen mehr als einen Fernsehapparat. Die erstmalige Frage nach dem Besitz von Flachbildfernsehern ergab, dass in 16 % aller privaten Haushalte bereits ein solches Gerät stand.

69 % der Haushalte besaßen Anfang 2008 einen DVD-Player/-Recorder. 2003 waren es erst 27 % gewesen. Der Ausstattungsbestand hat sich im gleichen Zeitraum noch stärker verändert: Fanden sich 2003 rund 32 DVD-Player in 100 Haushalten, so waren es Anfang 2008 mit 109 Geräten je 100 Haushalte mehr als drei Mal so viel DVD-Player. Anfang 2008 besaßen rund 85 % der Haushalte einen Fotoapparat. Der Aus-

stattungsgrad mit digitalen Geräten lag mit 58 % nur wenig unter dem Ausstattungsgrad mit analogen Geräten (61 %). Obwohl ost- wie westdeutsche Haushalte grundsätzlich gleichermaßen Fotoapparate besaßen, gab es noch deutliche Unterschiede bei der Ausstattung mit analoger und digitaler Technik: Während im früheren Bundesgebiet der Ausstattungsgrad mit analogen (61 %) und digitalen Fotoapparaten (60 %) nahezu gleich war, lag der Ausstattungsgrad mit digitalen Geräten in den östlichen Bundesländern zwölf Prozentpunkte (53 %) unter dem mit analogen Geräten (65 %).

Einen Camcorder (Videokamera) besaß jeder fünfte Haushalt (20 %) in Deutschland. Über Camcorder mit analoger Technik verfügten 11 % der Haushalte, knapp 10 % konnten digital filmen. Den technischen Neuerungen entsprechend ist der Ausstattungsgrad mit digitalen Camcordern um knapp drei Prozentpunkte gestiegen (2003: 7 %), während die analogen Geräte gleichzeitig einen stärkeren Rückgang um sechs Prozentpunkte zu verzeichnen hatten (2003: 17 %). Aus diesem Grund ist der Ausstattungsgrad mit Camcordern insgesamt seit dem Jahr 2003 leicht rückläufig.

Geräte der modernen Unterhaltungselektronik finden sich vor allem in Haushalten mit Kindern. Während im Bundesdurchschnitt 80 % aller privaten Haushalte Anfang 2008 einen CD-Player/-Recorder besaßen, besaßen 88 % der

Ausstattungsgrad und Ausstattungsbestand



Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 73 % Mobiltelefonen, dass 73 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Anzahl der Haushalte, in denen ein entsprechendes Gebrauchsgut vorhanden ist, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 114 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Bei einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Anzahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Alleinerziehenden- und 93 % der Paarhaushalte mit Kind(ern) ein solches Gerät. Bei MP3-Playern ist der überdurchschnittliche Ausstattungsgrad bei Haushalten mit Kindern noch auffälliger: Während Anfang 2008 im Bundesdurchschnitt 37 % der Haushalte einen MP3-Player besaßen, konnte bereits in 55 % der Alleinerziehendenhaushalte und in 59 % der Paarhaushalte mit Kindern Musik über dieses Medium abgespielt werden. Spielkonsolen waren im Schnitt in nur 19 % der privaten Haushalte in Deutschland vorhanden. Aber rund 44 % der Haushalte mit Kindern besaßen ein solches Gerät. → **Tab. 10**

Ausstattung mit Telefon und Navigationssystem

In den privaten Haushalten in Deutschland nahm die Ausstattung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Die privaten Haushalte partizipierten jedoch unterschiedlich an den neuen Technologien. Die Ausstattung der Haushalte mit Computer und Internetzugang sowie deren Nutzung wird ausführlich in Kapitel 13.1 beschrieben.

Was heute selbstverständlich ist, hatte vor fast einem halben Jahrhundert eher Seltenheitswert: Gerade mal 14 % aller Haushalte verfügten 1962/63 im früheren Bundesgebiet über ein Telefon. Knapp zehn Jahre später konnte immerhin in der Hälfte und 1988 in bereits 93 % aller westdeutschen Haushalte privat telefoniert werden. Nach der Wiedervereinigung ist der Ausstattungsgrad für Deutschland allerdings zunächst auf 87 % gesunken, da zu diesem Zeitpunkt nur knapp die Hälfte (49 %) der ostdeutschen Haushalte über ein Telefon verfügte. 2008 fand sich in 99 % aller privaten Haushalte mindestens ein Telefon. → **Abb. 9**

Das Handy gehört heute bereits ganz selbstverständlich zum Leben dazu. Während Anfang 1998 nahezu alle privaten Haushalte in Deutschland über ein Festnetztelefon (97 %) verfügten, konnte nur

Tab. 10: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik nach dem Haushaltstyp 2008

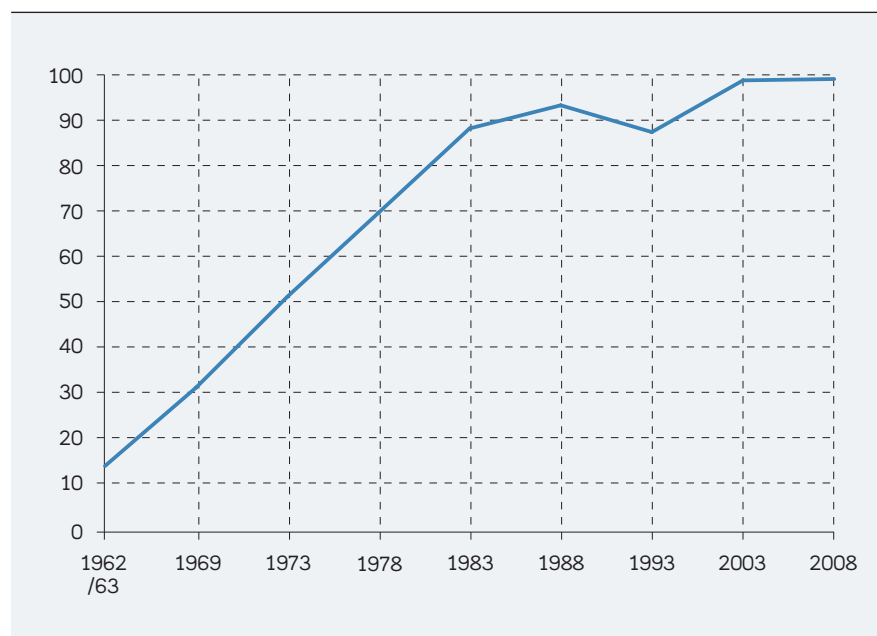
| | Haushalte insgesamt | Alleinlebende | Alleinerziehende | Paare ohne Kind | Paare mit Kind(ern) |
|---------------------|---------------------|---------------|------------------|-----------------|---------------------|
| | in % | | | | |
| Spielkonsolen | 19,4 | 7,1 | 42,8 | 10,7 | 44,1 |
| MP3-Player | 37,3 | 22,2 | 54,7 | 27,3 | 59,3 |
| CD-Player/Recorder | 79,7 | 71,2 | 87,8 | 78,2 | 93,2 |
| DVD-Player/Recorder | 69,1 | 52,9 | 83,2 | 68,7 | 91,8 |

jeder neunte Haushalt (11 %) mobil, das heißt mit dem Handy telefonieren. Dieses Bild hat sich in den letzten zehn Jahren stark gewandelt. Besaßen Anfang 2003 bereits 73 % der privaten Haushalte mindestens ein Mobiltelefon, so wurde Anfang 2008 bereits in 86 % aller privaten Haushalte mit dem Handy telefoniert. Die Gesamtzahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone ist von 4,5 Mill. (1998) auf 60 Mill. Mobiltelefone Anfang 2008 gestiegen. Das waren durchschnittlich 1,5 Mobiltelefone je Privathaushalt. Das Mobiltelefon verdrängt zunehmend den traditionellen Festnetzanschluss: Je höher der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen, umso rückläufiger ist die Zahl der Festnetzanschlüsse. So sank

der Ausstattungsgrad bei Festnetztelefonen im Bundesdurchschnitt von 95 % (2003) auf 90 % Anfang 2008. Am markantesten war diese Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost, denn hier sank der Ausstattungsgrad im gleichen Zeitraum von 94 % auf 86 %. Dagegen war der Rückgang im früheren Bundesgebiet von 95 % auf 91 % vergleichsweise gering. → **Tab. 11**

Der technologische Wandel in der Telekommunikation zeigt sich insbesondere in der Entwicklung des Ausstattungsbestandes. Kamen 1998 auf durchschnittlich 110 Festnetztelefone je 100 Haushalte nur 12 Mobiltelefone, so hatten sich in 2003 die Ausstattungsbestände mit 121

Abb. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Telefon, in %



Bis 1988 früheres Bundesgebiet, ab 1993 Deutschland. Für 1998 kein Wert verfügbar.

Tab. 11: Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon

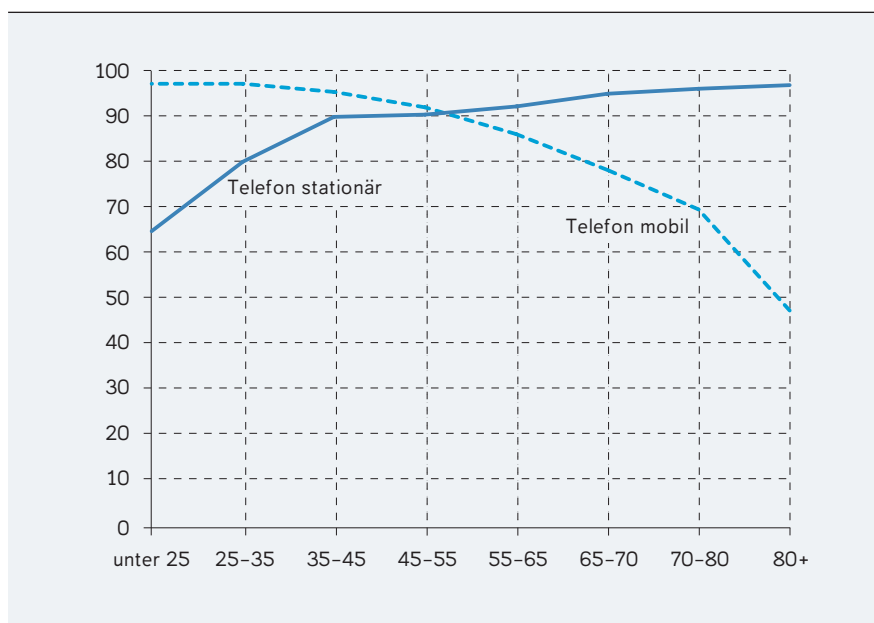
| | Festnetztelefon | | Mobiltelefon | |
|------|------------------|---------------------|------------------|---------------------|
| | Ausstattungsgrad | Ausstattungsbestand | Ausstattungsgrad | Ausstattungsbestand |
| | je 100 Haushalte | | | |
| 1998 | 96,8 | 109,5 | 11,2 | 12,2 |
| 2003 | 94,5 | 120,5 | 72,5 | 114,2 |
| 2008 | 89,7 | 114,5 | 86,3 | 153,8 |

Festnetztelefonen und 114 Handys je 100 Haushalte nahezu angeglichen. Anfang 2008 hatte sich das Ausstattungsverhältnis dann umgekehrt: Auf durchschnittlich 115 Festnetztelefone in 100 Haushalten kamen 154 Handys.

Deutliche Unterschiede zeigten sich in der Altersstruktur der Nutzer mobiler und stationärer Telefone. Während der Anteil der Haushalte, die mit Festnetztelefon ausgestattet sind, mit zunehmendem Alter der Haupteinkommenspersonen leicht anstieg – in 97 % der »ältesten« Haushalte gab es Festnetztelefone – gehen die Ausstattungszahlen an mobilen Telefonen gleichzeitig so stark zurück, dass diese nicht einmal mehr in der Hälfte der

Haushalte (47 %) mit 80-Jährigen und Älteren zu finden sind. In den »jungen Haushalten« verhält es sich praktisch umgekehrt: Fast alle Haushalte (97 %) in den Altersklassen »bis unter 35 Jahre« verfügten über ein oder mehrere Mobiltelefone, aber nur 65 % der Haushalte von unter 25-Jährigen und 80 % der 25- bis unter 35-Jährigen besaßen noch ein stationäres Telefon. → **Abb. 10**

Ob und wie viele Mobil- bzw. stationäre Telefone in den Haushalten vorhanden sind, wird deutlich vom Haushaltstyp beeinflusst, das heißt ob eine oder mehrere Personen und ob Kinder in den Haushalten leben. Alle Haushaltstypen – mit Ausnahme der allein lebenden Männer –

Abb. 10: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Telefon nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2008, in %

zeigten Anfang 2008 einen Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen von deutlich über 80 %. Allerdings unterschied sich die Verfügbarkeit von Mobiltelefonen bei den einzelnen Haushaltstypen erheblich. Haushalte mit Kindern erreichten die höchsten Ausstattungsgrade mit Mobiltelefonen: Paare mit Kindern waren zu 97 % mit Handys ausgerüstet. Bei den Alleinerziehenden waren es 95 %. Selbst die Paare ohne Kind besaßen zu 87 % ein Handy und waren damit überdurchschnittlich ausgestattet. Deutlich unterdurchschnittlich war dagegen die Verbreitung von Mobiltelefonen bei den Alleinlebenden. Rund 82 % der allein lebenden Männer verfügten Anfang 2008 über ein Mobiltelefon, bei den allein lebenden Frauen waren es 72 %.

→ **Tab. 12**

Haushalte mit Kindern besaßen generell mehr als ein Handy. Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) kamen Anfang 2008 durchschnittlich 226 Geräte auf 100 Haushalte, das heißt in jedem dieser mit Mobiltelefonen ausgestatteten Haushalte gab es im Durchschnitt 2,3 Handys. Ähnlich hoch war der Ausstattungsbestand bei den Alleinerziehenden mit durchschnittlich 157 Mobiltelefonen je 100 Haushalte.

Anfang 2008 besaßen knapp 21 % der privaten Haushalte in Deutschland ein Navigationssystem. Obwohl Navigationssysteme als Aktionsangebote mittlerweile auch von Lebensmitteldiscountmärkten angeboten werden, ist für den Besitz eines Navigationsgerätes immer noch die Höhe des Haushaltseinkommens von Bedeutung. Die Ausstattung mit Navigationssystemen steigt mit zunehmendem Einkommen kontinuierlich an. Während Anfang 2008 der Anteil der Haushalte mit Navigationssystem in den beiden untersten Einkommensklassen bei unter 8 % lag, waren zwischen 12 % und 17 % der Haushalte mit einem Einkommen von monatlich 1 300 Euro bis unter 2 000 Euro im Besitz eines Navigationssystems. Jeder dritte Haushalt der Nettoeinkommensklasse von 2 600 bis unter 3 600 Euro

Tab. 12: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach dem Haushaltstyp 2008

| | Haushalte insgesamt | Alleinlebende | | Allein- erziehende | Paare | |
|--------------------------------------|---------------------|---------------|--------|-----------------------|-----------|---------------|
| | | Frauen | Männer | | ohne Kind | mit Kind(ern) |
| Anzahl der erfassten Haushalte | 58 984 | 9 862 | 6 105 | 1 869 | 19 903 | 11 184 |
| Hochgerechnete Haushalte (1000) | 39 077 | 9 187 | 5 801 | 1 265 | 11 210 | 5 975 |
| Ausstattungsgrad je 100 Haushalte | | | | | | |
| Festnetztelefon | 89,7 | 86,8 | 78,2 | 82,7 | 94,1 | 93,7 |
| Mobiltelefon | 86,3 | 72,3 | 82,4 | 95,2 | 88,6 | 96,8 |
| Ausstattungsbestand je 100 Haushalte | | | | | | |
| Festnetztelefon | 114,5 | 91,9 | 89,9 | 96,3 | 120,9 | 133,7 |
| Mobiltelefon | 153,8 | 77,9 | 96,7 | 157,0 | 150,8 | 226,2 |

konnte sich ein solches Geräte leisten, und 57 % der Haushalte mit mehr als 5 000 Euro monatlichem Einkommen ließen sich von einem eigenen Navigationssystem leiten. → **Abb. 11**

Ausstattung mit Fahrzeugen

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben liefern Informationen über die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrrädern und Personenkraftwagen und damit auch über die Mobilitätsmöglichkeiten der Haushalte.

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Die Ausstattung

der privaten Haushalte mit Fahrrädern nimmt weiterhin zu. Zu Beginn des Jahres 2008 standen 69,7 Mill. Fahrräder in den privaten Haushalten in Deutschland. Im Vergleich zum Jahr 2003 (67,4 Mill.) war das ein Plus von rund 3 %. Der Ausstattungsgrad liegt dagegen seit dem Jahr 1998 konstant bei knapp 80 %. → **Abb. 12**

Haushalte, in denen Kinder leben, sind am besten mit Fahrrädern ausgestattet. Der Ausstattungsgrad lag 2008 bei den Alleinerziehenden bei 90 % und bei Paarhaushalten mit Kind(ern) bei 94 %. Von den Einpersonenhaushalten waren nur 67 % mit Fahrrädern ausgestattet (Män-

ner: 72 %, Frauen: 64 %). Paare ohne Kind lagen mit 82 % leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Anfang 2008 besaß der Durchschnittshaushalt rein rechnerisch 2,2 Fahrräder. Von den 31,1 Mill. Haushalten mit Fahrrädern verfügte mehr als ein Drittel (35 %) über ein Fahrrad, ein weiteres Drittel (33 %) über zwei Fahrräder. Und ein knappes Drittel (32 %) besaß drei und mehr Fahrräder.

Überdurchschnittlich mit Fahrrädern ausgestattet waren Anfang 2008 die Haushalte der 25- bis unter 55-Jährigen. Mit einem Ausstattungsgrad von 90 % war der Anteil bei den 35- bis unter 45-Jährigen am höchsten. Selbst in den Haushalten der 70- bis unter 80-Jährigen betrug der Anteil noch 67 %. Der Besitz eines Fahrrads ist auch in den Haushalten von 80-Jährigen und Älteren durchaus keine Seltenheit; knapp 43 % besaßen mindestens ein Fahrrad – wobei die Ausstattung nichts über die tatsächliche Nutzung verrät.

Anfang 2008 hatten 77 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens einen Pkw, in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Anteil bei 73 %, während im früheren Bundesgebiet 78 % der Haushalte über ein Auto verfügten. Im Vergleich zu 2003 ist der Ausstattungsgrad in den neuen Ländern um rund einen Prozentpunkt gestiegen. → **Tab. 13**

Abb. 11: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Navigationssystem nach Haushaltsnettoeinkommensklassen 2008, in %

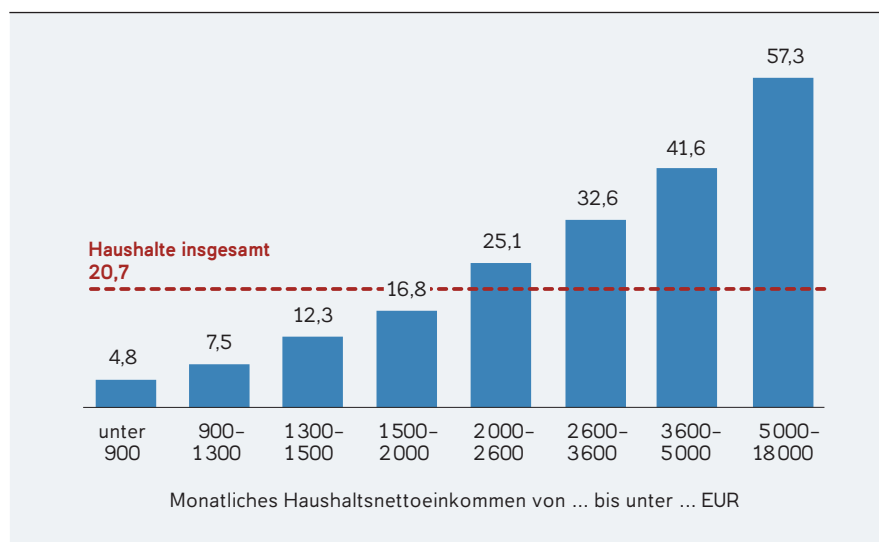
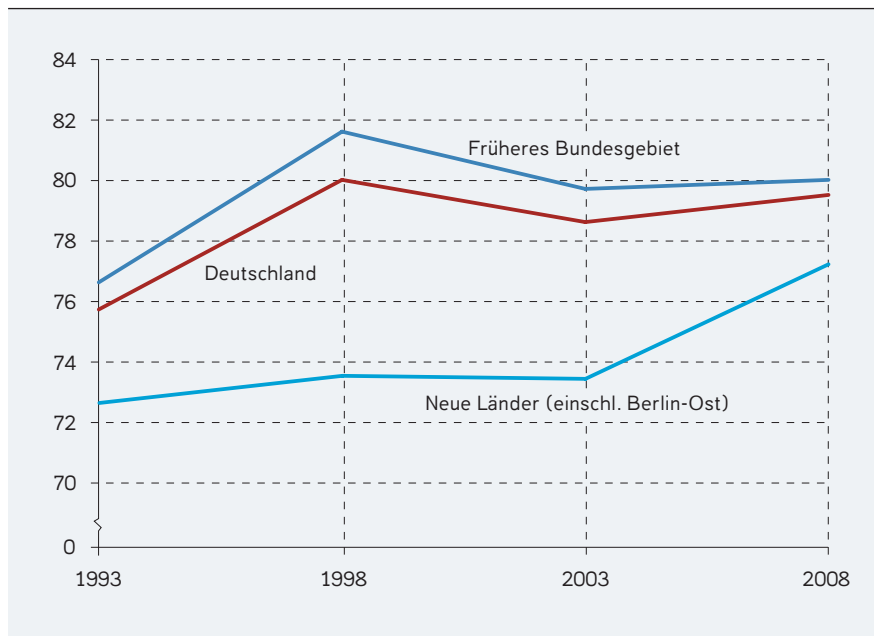


Abb. 12: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Fahrrädern, in %



Tab. 13: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2008

| | Deutschland | Früheres Bundesgebiet | Neue Länder (einschl. Berlin-Ost) |
|--------------------------------------|-------------|-----------------------|-----------------------------------|
| Ausstattungsgrad je 100 Haushalte | | | |
| Personenkraftwagen | 77,1 | 77,9 | 73,3 |
| fabrikneu gekauft | 31,3 | 31,5 | 30,3 |
| gebraucht gekauft | 50,3 | 51,0 | 47,5 |
| geleast ¹ | 4,3 | 4,6 | 3,2 |
| Ausstattungsbestand je 100 Haushalte | | | |
| Personenkraftwagen | 102,4 | 103,9 | 95,8 |
| fabrikneu gekauft | 35,1 | 35,5 | 33,1 |
| gebraucht gekauft | 62,6 | 63,4 | 59,1 |
| geleast ¹ | 4,8 | 5,0 | 3,6 |

¹ Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

Die meisten Haushalte besitzen einen Gebrauchtwagen. Und diese Tendenz ist steigend. Anfang 2008 verfügte die Hälfte (50 %) der Privathaushalte über einen oder sogar mehrere Gebrauchtwagen,

2003 waren es noch 47 %. Gleichzeitig ging der Anteil der Haushalte mit Neuwagen von 35 % (2003) auf 31 % (2008) zurück. Das ist der niedrigste Wert seit der ersten Befragung nach dem Besitz

eines Neuwagens vor 35 Jahren (1973: 33 %). Der Anteil der Haushalte mit einem geleastem Pkw hat zugenommen und zwar von 3 % 2003 auf 4 % 2008.

Die Entscheidung zwischen »neu« oder »gebraucht« beim Kauf eines Pkw wird entscheidend durch die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens des Haushalts beeinflusst. Mit steigendem Nettoeinkommen nimmt auch der Ausstattungsgrad der Haushalte an Neuwagen zu. Dieser lag Anfang 2008 bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro mit rund 57 % weit über dem Durchschnittswert aller privaten Haushalte von 31 %. Im Gegensatz dazu lag der Neuwagenanteil in den beiden untersten Einkommensgruppen (unter 900 Euro bzw. 900 bis unter 1 300 Euro) bei nur 9 % bzw. 18 %. Betrachtet man die Anzahl der Pkw in den privaten Haushalten werden die einkommensabhängigen Unterschiede noch deutlicher: Während in 100 Haushalten der untersten Einkommensklasse 38 Pkw zu finden waren, besaßen die Haushalte der höchsten Einkommensklasse mit 190 Pkw genau fünfmal so viele Autos.

Bei der Ausstattung mit Pkw gibt es ein Altersgefälle, das sich sowohl in Richtung der Haushalte mit älteren als auch jüngeren Haupteinkommenspersonen bemerkbar macht. Die 80-Jährigen und Älteren (52 %) bzw. die 70- bis unter 80-Jährigen (72 %) sowie auch die unter 25-Jährigen (57 %) waren deutlich geringer mit Pkw ausgestattet, als die Altersgruppen von 35 bis unter 65 Jahre. In diesen Altersgruppen wurden Anfang 2008 Ausstattungsgrade von über 79 % erreicht. → Tab. 14

Tab. 14: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2008

| | Haushalte insgesamt | Alter der Haupteinkommensperson von ... bis unter ... Jahre | | | | | | | |
|---|---------------------|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|------------|
| | | unter 25 | 25-35 | 35-45 | 45-55 | 55-65 | 65-70 | 70-80 | 80 u. mehr |
| Ausstattungsgrad (in %) | 77,1 | 56,6 | 77,7 | 84,2 | 81,9 | 79,1 | 75,8 | 72,1 | 51,6 |
| Ausstattungsbestand (Anzahl je 100 Haushalte) | 102,4 | 70,0 | 101,1 | 116,6 | 122,2 | 111,0 | 89,1 | 79,9 | 54,4 |

Bei Paarhaushalten mit Kind(ern) lag 2008 der Ausstattungsgrad mit Pkw (94 %) sehr viel höher als bei Haushalten von Alleinerziehenden (67 %) und Alleinlebenden (57 %). 90 % der Paarhaushalte ohne Kind besaßen einen Pkw.

6.1.6 Überschuldung und Privatinsolvenz

Verlässliche Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen, nicht Haushalten, liefern die Gerichte. Bei Personen, die als absolut überschuldet gelten, sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatinsolvenz bleibt.

Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 nutzten bis Ende 2009 rund 600 000 Privatpersonen ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer Wohlverhaltensphase von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Die Zahlungsunfähigkeit von weiteren 370 000 Personen, die ebenfalls als absolut überschuldet gelten, ist auf das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit zurückzuführen. Diese Menschen haben die gleiche Möglichkeit wie die Verbraucher, ihre Schulden gerichtlich regulieren

zu lassen. Die Gesamtzahl der Privatinsolvenzen hat (mit Ausnahme von 2008) von Jahr zu Jahr zugenommen. 2009 gab es rund 101 000 Verbraucherinsolvenzen. Dabei muss der Auslöser nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. → Abb. 13

Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatinsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um zumindest Aussagen zu den sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen treffen zu können sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, werden seit dem Jahr 2006 Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung kann über die Insolvenzstatistik hinaus ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schuldsituation von Privatpersonen geleistet werden.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in wirtschaftliche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt auf

eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen ab. Darüber hinaus gehört auch die Erörterung von Präventionsmaßnahmen zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Von 236 der rund 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie Kommunen stehen, wurden für das Jahr 2009 die Daten von etwa 74 400 Personen übermittelt. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein, teilweise ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten, oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sind auszuräumen.

Menschen die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Status. Nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Arbeitslosigkeit wurde für rund 28 % der beratenen Personen als Grund für ihre finanziellen Schwierigkeiten genannt. Bei einem Viertel waren kritische Lebensereignisse wie Scheidung, Trennung, Tod eines Partners oder Krankheit und Unfall Auslöser der Misere. Selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten, beispielsweise wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung oder gescheiterter Immobilienfinanzierung waren bei etwa 14 % der beratenen Personen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Bei rund 9 % der beratenen Personen war der Grund für die Überschuldung im Scheitern der Selbstständigkeit zu suchen.

→ Abb. 14

Gut ein Drittel aller beratenen Personen hatten nicht mehr als vier Gläubiger. Im Durchschnitt beliefen sich die Schulden aller einbezogenen Personen auf rund

Abb. 13: Verbraucherinsolvenzen, in 1 000

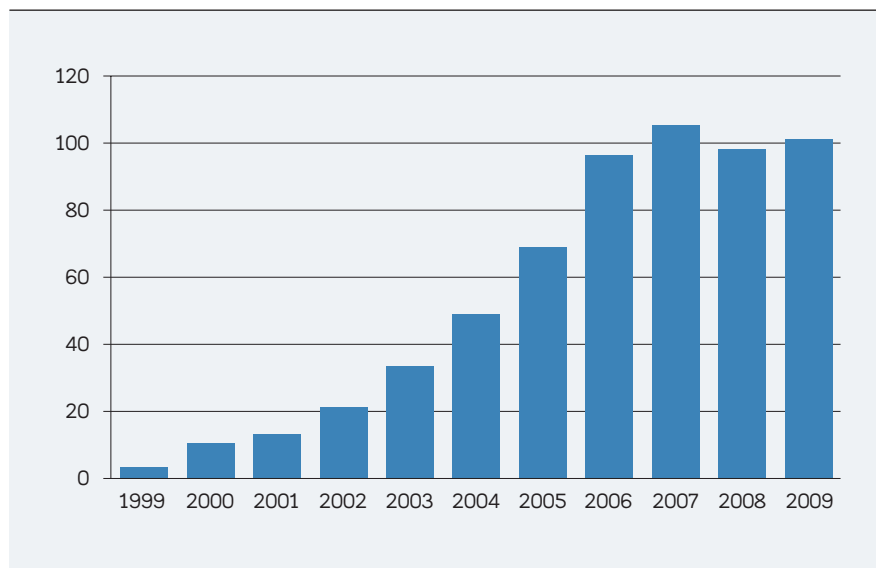
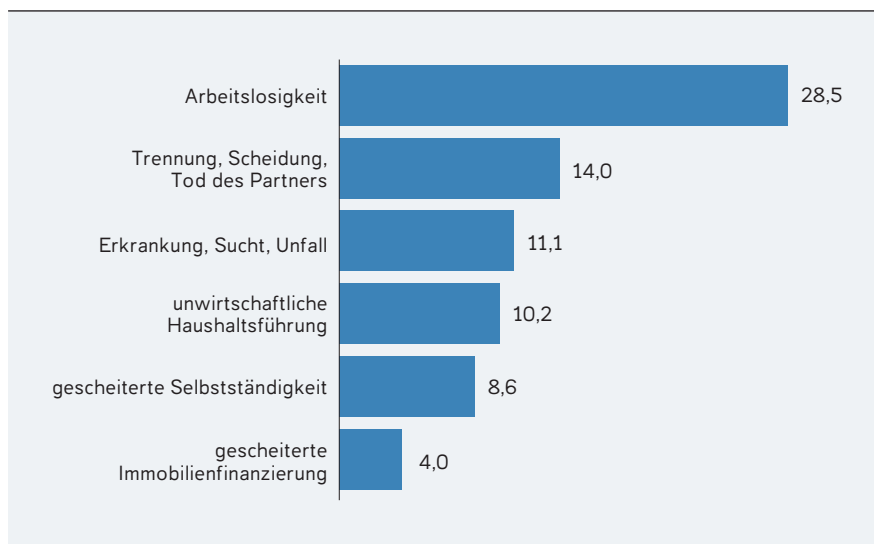


Abb. 14: Beratene Personen nach dem Hauptauslöser der Überschuldung, ausgewählte Ergebnisse 2009, in %



35 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung und die Verbindlichkeiten aus früherer Selbstständigkeit enthalten sind. Diese Schulden sind überwiegend höher als andere Schuldenarten.

Bei Ausschluss der Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und der ehemals Selbstständigen lässt sich eine Schuldenlast von durchschnittlich etwa 22 000 Euro errechnen. Wird an dieser Stelle statt des arithmetischen Mittels der Median berechnet, ergibt sich ein Wert von knapp 12 000 Euro. Somit liegen die Schulden von 50 % der Schuldner über 12 000 Euro, während die Zahlungsrückstände der übrigen 50 % unter diesem Wert liegen.

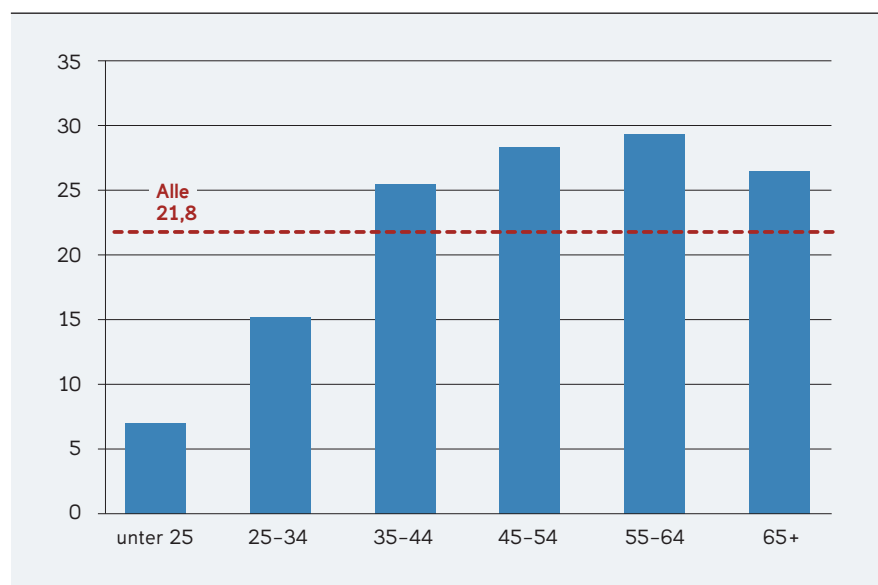
Auch bei Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekenverbindlichkeiten haben noch früher selbstständig waren, entfallen knapp die Hälfte aller Schulden auf Banken in Form von Raten- und Dispositionskrediten. Mit großem Abstand folgen die Schulden bei öffentlichen Gläubigern wie Finanzämtern sowie nicht geleistete Mietzahlungen mit Anteilen von 8 % bzw. 4 %. Personen, die ihren Verpflichtungen für in Anspruch genomme-

ne Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, stehen bei ihren Banken im Durchschnitt mit rund 23 000 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei anderen Privatpersonen, so belaufen sich diese auf durchschnittlich etwa 12 000 Euro. Für nicht geleistete Unterhaltspflichten ergibt sich ein durch-

schnittlicher Rückstand von knapp 7 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was die Art und die Höhe der Schulden anbelangt. Aus den Erkenntnissen, die die Überschuldungsstatistik bietet, sind einige beispielhaft herausgegriffen: So sind die unter 25-jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (durchschnittlich rund 7 000 Euro), weisen allerdings mit durchschnittlich fast 2 000 Euro die höchsten nicht beglichenen Telefonrechnungen aller Altersklassen auf. Die über 65-jährigen Personen haben unter allen Altersklassen mit etwa 3 000 Euro die höchsten durchschnittlichen Schulden bei Versandhäusern. Die höchsten durchschnittlichen Mietrückstände besitzen die 55- bis 65-Jährigen sowie Personen, die in einer Ehe oder in einer Lebensgemeinschaft leben (jeweils rund 4 000 Euro). Ihren Unterhaltspflichten nicht nachgekommen sind vor allem allein lebende Männer. Sie sind im Durchschnitt mit etwa 7 000 Euro im Zahlungsverzug. → [Abb. 15](#)

Abb. 15: Durchschnittliche Schulden nach Altersklassen 2009, in 1 000 EUR



Ohne ehemals Selbstständige und Personen mit Hypothekarkrediten.

6.1.7 Zusammenfassung

62 % der Haushaltsbruttoeinkommen stammten 2008 aus Erwerbseinkünften. Im Osten war der Anteil der öffentlichen Transferleistungen mit 29 % am Bruttoeinkommen um sieben Prozentpunkte höher als im Westen.

Die Steuer- und Abgabenlast ist gestiegen: 21 % ihres Bruttoeinkommens führten die Haushalte im Jahr 2008 ab im Vergleich zu 19 % fünfzehn Jahre zuvor. In 26 % aller privaten Haushalte lag das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen unter 1 500 Euro. Während 13 % aller Privathaushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro verfügten. Die Schere zwischen Ost und West hat sich wieder etwas geöffnet: Das Nettoeinkommen im Osten betrug 75 % des Westniveaus.

Die Sparquote in Ostdeutschland fiel im Jahr 2008 mit 9 % deutlich niedriger aus als in Westdeutschland (knapp 11 %). Im Bundesdurchschnitt wurden knapp 76 % der ausgabefähigen Einnahmen für den privaten Konsum verwendet. Mit einem Drittel hatten die Wohnkosten den größten Anteil an den privaten Konsumausgaben. Die Ausgaben für Verkehr und Nahrungsmittel waren fast gleich hoch (15 bzw. 14 %). Je geringer das Haushaltseinkommen, desto größer war der

Anteil der Ausgaben für die Grundbedürfnisse Wohnen, Essen und Bekleidung. Kinderlose Haushalte gaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie für Gesundheitspflege im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen am meisten aus.

Die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern lässt Schlüsse auf den erreichten materiellen Wohlstand zu. Bei vielen elektrischen Haushaltsgeräten war Anfang 2008 Vollversorgung erreicht, ebenso bei herkömmlichen Unterhaltungsgeräten (wie z. B. bei Fernsehern). Mit neueren elektronischen Unterhaltungsgeräten sind Haushalte mit Kindern besser ausgestattet als der Durchschnittshaushalt. In vielen Haushalten sind mittlerweile mehrere Handys vorhanden. Ob mit dem Handy oder im Festnetz telefoniert wird, hängt stark vom Alter des Hauptverdieners ab.

77 % der Haushalte besaßen Anfang 2008 einen Pkw und 80 % der Haushalte mindestens ein Fahrrad. Im Osten lag der Ausstattungsgrad mit Autos um rund fünf Prozentpunkte niedriger als im Westen. Von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, ist vor allem die Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens. 31 % der Pkw der privaten Haushalte in Deutschland waren Anfang 2008 fabrikneu gekauft.


In 2009 gab es rund 101 000 Verbraucherinsolvenzen. Schuldner, die dieses Verfahren durchlaufen, gelten als absolut überschuldet. Die Privatinsolvenz eröffnet ihnen die Möglichkeit, nach einer Wohlverhaltensphase von ihren Restschulden befreit zu werden.

Hauptauslöser für Überschuldung waren 2009 Arbeitslosigkeit (28 %), Trennung bzw. Scheidung (14 %) und Erkrankung bzw. Sucht (11 %). Die durchschnittliche Last der Schuldner betrug (ohne Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und ehemals selbstständigen Schuldnern) rund 22 000 Euro. Je nach Alter und Lebenssituation unterscheiden sich die Schulden in der Höhe und im Verschuldungsgrund.

Die Förderung der sozialen Integration von Menschen, die unter Armut und sozialer Ausgrenzung leiden, ist fest in der europäischen Sozialpolitik verankert. Im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung (OMK) definieren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf freiwilliger Basis gemeinsame sozialpolitische Ziele und entsprechende Kennzahlen (Sozialindikatoren), um die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten vergleichbar zu machen. Wesentliche Instrumente der OMK sind unverbindliche Empfehlungen und Leitlinien der Kommission an die Mitgliedstaaten.

LEBEN IN EUROPA: Die Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland

In Deutschland wird EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) unter der Bezeichnung LEBEN IN EUROPA seit 2005 jährlich durchgeführt und liefert die im Rahmen der OMK-Methode vereinbarten Sozialindikatoren für Deutschland. Die Erhebung erfolgt schriftlich und besteht aus einem Haushaltsfragebogen und einem Personenfragebogen für Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren. An LEBEN IN EUROPA nehmen jedes Jahr zwischen 13 000 und 14 000 Privathaushalte teil, wobei jedes Jahr ein Viertel der Stichprobe durch ein neu gezogenes Viertel ersetzt wird (Rotationspanel). Derzeit liegen Daten für die Jahre 2005 bis 2009 vor. Seit 2008 wird LEBEN IN EUROPA ausschließlich als Zufallsstichprobe realisiert, während in den Jahren zuvor ein anderes Verfahren angewendet wurde. Die Ergebnisse zur Armutsgefährdung werden daher im Abschnitt 6.2.1 erst für die Einkommensbezugsjahre 2007 und 2008 (die 2008 und 2009 erhoben wurden) dargestellt. In Abschnitt 6.2.2 werden Ergebnisse zu sozialer Ausgrenzung und Lebensbedingungen der armutsgefährdeten Bevölkerung für 2009 dargestellt.

Die im vorliegenden Kapitel dargestellten Ergebnisse für Deutschland wurden aus der jährlich durchgeführten und europaweit vergleichbaren Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung (European Union Statistics on Income and Living Conditions – EU-SILC) ermittelt. Diese Statistik ist die zentrale Datenquelle für die europäische Sozialberichterstattung und den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Sie bietet umfassende Informationen über die Lebensbedingungen der privaten Haushalte und der Bevölkerung in Europa. 

6.2.1 Armutsgefährdung

Armut ist eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da das Wohlstandsniveau in Deutschland deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, werden in Deutschland und in der EU meist die »relative Armut« und die Armutsgefährdung betrachtet. Demnach ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung eine bestimmte Einkommensgrenze unterschreitet.

Die Armutsgefährdungsquote ist einer der wichtigsten Indikatoren in der europäischen Sozialberichterstattung. Sie gibt den Anteil der Menschen in der Bevölkerung an, die weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung zur Verfügung haben. Der mittlere Wert oder der so genannte »Median« markiert die Einkommensgrenze, die die Bevölkerung in eine untere und eine obere Hälfte teilt und ist im Gegensatz zum Durchschnittswert unempfindlich gegenüber Ausreißern nach oben und unten.


Anhand des Nettoäquivalenzeinkommens lässt sich die Einkommensverteilung in

Nettoäquivalenzeinkommen

Das Nettoäquivalenzeinkommen ist ein Pro-Kopf-Einkommen, das berücksichtigt, in welcher Art von Haushalt die Menschen leben, um das Wohlstandsniveau von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen.

Es ist eine fiktive Rechengröße, die aus der Haushaltszusammensetzung und dem Haushaltsnettoeinkommen abgeleitet wird. Bei diesem Verfahren wird dem ersten erwachsenen Haushaltsmitglied ein Bedarfsgewicht von 1,0, weiteren erwachsenen Haushaltsmitgliedern ein Bedarfsgewicht von 0,5 und Haushaltsmitgliedern unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet (nach modifizierter OECD-Skala).

Ein Beispiel: Zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren erhalten nach der modifizierten OECD-Skala ein Gesamtgewicht von 2,1 (1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3). Beläuft sich das verfügbare Nettoeinkommen eines solchen Haushalts auf 2 000 Euro monatlich, so ergibt sich als Nettoäquivalenzeinkommen 952,38 Euro monatlich (= 2 000 Euro geteilt durch 2,1), das jedem Haushaltsmitglied zugewiesen wird. Es wird also nicht die Zahl der Köpfe zu Grunde gelegt, sondern ein Bedarfsgewicht, das (mit Ausnahme von Einpersonenhaushalten) immer niedriger ist, als die tatsächliche Anzahl der Personen im Haushalt, da in größeren Haushalten wirtschaftliche Einspareffekte auftreten (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten). Der Vier-Personen-Beispielhaushalt mit zwei erwachsenen Personen und zwei Kindern unter 14 Jahren benötigt bei der Berechnung also deshalb nicht das vierfache, sondern nur das 2,1 fache des Einkommens eines Einpersonenhaushalts, um das gleiche Wohlstandsniveau wie der Einpersonenhaushalt zu erreichen.

der Gesamtbevölkerung abbilden, die neben der Armutsquote ebenfalls von großem Interesse für eine effiziente und zielgerichtete Sozialpolitik ist. 

Haushaltsnettoeinkommen

Ausgangspunkt für Einkommens- und Armutsanalysen bei LEBEN IN EUROPA ist das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen aus dem Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr), das sich ergibt aus:

- > dem Bruttoeinkommen des Haushalts nach Abzug von Steuern,
- > Sozialversicherungsbeiträgen,
- > regelmäßigen Vermögenssteuern und
- > regelmäßig zwischen Privathaushalten geleisteten Zahlungen.

Das Bruttoeinkommen eines Haushalts besteht aus haushalts- und personenbezogenen Komponenten.

Zum haushaltsbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- > Einkommen aus Vermietung und Verpachtung,
- > Familienleistungen (Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen,
- > Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung,
- > regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen privaten Haushalten (z. B. Unterhaltszahlungen),
- > Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen,



- > Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren.

Hinweis: Schätzwerte für unterstellte Mieten bei selbst genutztem Wohneigentum (sog. Eigentümermietwerte) werden hier anders als in anderen amtlichen Statistiken (z. B. der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) nicht zum verfügbaren Haushaltseinkommen hinzugerechnet.

Zum personenbezogenen Bruttoeinkommen zählen:

- > Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (z. B. Firmenwagen)
- > Bruttogewinne und -verluste aus selbständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren),
- > Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung,
- > Alters- und Hinterbliebenenleistungen,
- > Krankengeld und Invaliditätsleistungen,
- > ausbildungsbezogene Leistungen.

Wie groß ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung? S80/S20 Verhältnis und Gini-Koeffizient



Um den relativen Einkommensabstand zwischen dem oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung (das so genannte S80/S20-Verhältnis) zu beschreiben, wird das Nettoäquivalenzeinkommen der Personen der Höhe nach geordnet und in Quintile (fünf gleich große Teile) geteilt. Das unterste Quintil repräsentiert dabei das Fünftel der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen, das oberste Quintil das Fünftel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen. Die Summe der Einkommen aus dem obersten Quintil, dividiert durch die Summe der Einkommen aus dem untersten Quintil, ergibt dann den Wert für das S80/S20-Verhältnis. Dieser Wert beschreibt, um wie viel höher das Einkommen des obersten Fünftels im Vergleich zum untersten Fünftel ist.

Ein anderes, häufig benutztes Verteilungsmaß ist der Gini-Koeffizient, ein statistisches Konzentrationsmaß. Wendet man ihn auf Einkommensdaten an, zeigt er, wie gleich oder ungleich Einkommen über eine Personengruppe verteilt sind. Bei der Berechnung wird die Ungleichheit in der Einkommensverteilung auf Basis aller individuellen Nettoäquivalenzeinkommen einer Personengruppe ermittelt. Der Gini-Koeffizient kann Werte zwischen Null (absolute Gleichheit) und 1 (absolute Konzentration) annehmen. Je näher der Wert an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit in der Einkommensverteilung.

Einkommensverteilung

Wie hoch sind die durchschnittlichen Einkommen und die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen? Welche Einkommenszuwächse oder -verluste treten bei einzelnen Personengruppen auf? Um diese Fragen zu beantworten, wird zunächst die Entwicklung des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens zwischen den Einkommensbezugsjahren 2007 und 2008 beschrieben, die aus den Erhebungen 2008 und 2009 stammen.

Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen reicht jedoch nicht aus, um genauere Aussagen über den materiellen Wohlstand der Bevölkerung zu treffen, da Einkommen in unterschiedlichem Maß auf die verschiedenen sozialen Gruppen verteilt sein kann. Erkenntnisse über die Einkommensverteilung in der Gesamtbevölkerung sind sehr wichtig für eine effiziente und zielgerichtete Sozialpolitik. Das Ausmaß und die Struktur der Einkommensungleichheit werden mit dem so genannten »S80/S20-Verhältnis« bzw. mit dem so genannten »Gini-Koeffizienten« beschrieben.

Zwischen 2007 und 2008 ist der Median des Nettoäquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung in Deutschland von jährlich 18 309 Euro im Jahr 2007 auf 18 586 Euro im Jahr 2008 angestiegen. Der Einkommenszuwachs bei den Frauen war zwischen 2007 und 2008 höher (310 Euro) als der bei den Männern (150 Euro). Allerdings bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen der Frauen war 2008 um 708 Euro niedriger. → Tab. 1

In der Untergliederung nach Altersgruppen zeigt sich, dass das mittlere Äquivalenzeinkommen bei Menschen zwischen 25 und 54 Jahren mit 20 407 Euro 2008 deutlich über dem Wert für die Gesamtbevölkerung lag. Menschen in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahre verfügten mit 18 775 Euro (2008) ebenfalls über ein

Tab. 1: Mittleres Nettoäquivalenzeinkommen

| | Median des Nettoäquivalenzeinkommens (EUR pro Jahr) | |
|--|--|---------------|
| | 2007 | 2008 |
| Insgesamt | 18 309 | 18 586 |
| Männer | 18 777 | 18 927 |
| Frauen | 17 909 | 18 219 |
| Altersgruppen | | |
| unter 18 Jahren | 17 205 | 17 438 |
| 18 bis 24 Jahre | 17 678 | 17 784 |
| 25 bis 54 Jahre | 19 980 | 20 407 |
| 55 bis 64 Jahre | 19 042 | 18 775 |
| 65 Jahre oder älter | 16 498 | 16 804 |
| Haushaltstypen | | |
| Alleinlebende | 15 580 | 15 894 |
| Männer | 16 589 | 17 002 |
| Frauen | 14 827 | 15 277 |
| Personen in Haushalten von ... | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 22 471 | 23 073 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 17 225 | 17 367 |
| ... Alleinerziehenden | 12 438 | 12 792 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 20 420 | 21 257 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 18 994 | 19 334 |
| Überwiegender Erwerbsstatus ¹ | | |
| Erwerbstätig | 20 945 | 21 536 |
| Arbeitslos | 9 999 | 9 600 |
| Im Ruhestand | 15 924 | 16 423 |
| Bildungsstatus ² | | |
| ISCED 0 bis 2 - niedrig | 15 412 | 15 451 |
| ISCED 3 bis 4 - mittel | 18 014 | 18 331 |
| ISCED 5 bis 6 - hoch | 22 450 | 23 223 |

¹ Personen ab 18 Jahren. Zuweisung zum überwiegenden Erwerbsstatus nach Selbsteinschätzung der Befragten.

² Personen ab 18 Jahren. Aktueller Bildungsstatus nach der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 97). ISCED 0 bis 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I. ISCED 3 bis 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich. ISCED 5 bis 6: Tertiärbereich.

Tab. 2: Einkommensungleichheit

| | Einkommensbezugsjahr | |
|---------------------|---|-------------|
| | 2007 | 2008 |
| | Gini-Koeffizient (Einkommensungleichheit) | |
| Insgesamt | 0,3 | 0,29 |
| | Quintilsverhältnis (S80/S20-Rate) | |
| Insgesamt | 4,8 | 4,5 |
| Männer | 4,8 | 4,5 |
| Frauen | 4,7 | 4,4 |
| unter 65 Jahren | | |
| Männer | 4,9 | 4,7 |
| Frauen | 5,0 | 4,7 |
| 65 Jahre oder älter | | |
| Männer | 4,9 | 4,6 |
| Frauen | 4,0 | 3,7 |
| Männer | 4,2 | 3,7 |
| Frauen | 3,9 | 3,6 |

überdurchschnittliches Einkommen. Anders bei den 65-Jährigen und Älteren: Hier war das mittlere Einkommen 2008 mit 16 804 Euro unterdurchschnittlich.

Haushalte mit zwei Personen unter 65 Jahren ohne Kinder erzielten 2008 mit 23 073 Euro jährlich die höchsten Einkommen. Die niedrigsten Einkommen hatten 2008 Menschen im Haushalt von Alleinerziehenden mit 12 792 Euro. Den größten Einkommensanstieg von 2007 auf 2008 verzeichneten Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem Kind: 2008 betrug ihr mittleres Nettoäquivalenzeinkommen 21 257 Euro, also 837 Euro mehr als ein Jahr zuvor.

Die Zuordnung zum überwiegenden Erwerbsstatus erfolgt bei LEBEN IN EUROPA aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten. Arbeitslose verzeichneten im betrachteten Zweijahreszeitraum mit 9 600 Euro 2008 gegenüber 9 999 Euro im Jahr 2007 einen Einkommensrückgang von 399 Euro. Erwerbstätige und Ruheständler hatten dagegen Zuwächse zu verzeichnen. Die Gruppe der Arbeitslosen verfügte sowohl in der Untergliederung nach dem überwiegenden Erwerbsstatus als auch bezogen auf die Gesamtbevölkerung über die niedrigsten Jahreseinkommen. Auch die Ruheständler blieben in der Höhe ihres Einkommens deutlich hinter dem Bundesmedian zurück. Die höchsten Einkommen hatten Menschen, die überwiegend erwerbstätig waren.

Ein hoher Bildungsstatus geht mit einem vergleichsweise hohen Einkommen einher: Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen lag 2007 bei hoch gebildeten Personen bei 22 450 Euro und stieg 2008 um 773 Euro auf 23 223 Euro überdurchschnittlich stark an. Menschen mit niedrigem Bildungsstatus hatten mit jährlich 15 412 Euro (2007) bzw. 15 451 Euro (2008) ein unterdurchschnittliches Einkommen zur Verfügung und verzeichneten nur einen geringen Zuwachs (Bildungsstatus siehe Infokasten S. 26 in Kapitel 2.1).

Dass die Einkommen ungleich auf die verschiedenen soziodemografischen Gruppen verteilt sind, zeigt auch der Gini-Koeffizient, der 2007 den Wert 0,3 und im darauf folgenden Jahr 2008 den Wert 0,29 annahm. Im Zeitverlauf von 2007 auf 2008 ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit nahezu konstant geblieben, die Ungleichheit hat also nicht zugenommen. Das Verhältnis der Einkommen der 20 % einkommensstärksten Personen zu dem der 20 % einkommensschwächsten Personen fiel 2008 kleiner aus als 2007: Während das obere Fünftel der Bevölkerung 2007 zusammen über ungefähr 4,8 Mal so viel Einkommen verfügte wie das untere Fünftel der Bevölkerung, betrug das Verhältnis zwischen dem Nettoäquivalenzeinkommen der einkommensstärksten Personen und dem der einkommensschwächsten Personen 2008 nur 4,5. → [Tab. 2](#)

Armutsgefährdungsquote

Der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung (Armutsgefährdungsquote) wird ermittelt, indem das Nettoäquivalenzeinkommen jeder Person mit einem Referenzwert (Schwellenwert für Armutsgefährdung) verglichen wird. Dieser Referenzwert wird aus der Einkommensverteilung abgeleitet und ist für die gesamte Bevölkerung gültig. Eine Person gilt als armutsgefährdet, wenn sie über ein Nettoäquivalenzeinkommen verfügt, das geringer ist als der Schwellenwert für Armutsgefährdung.

Im Rahmen der nationalen und europäischen Sozialpolitik hat man sich auf einen Wert in Höhe von 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung geeinigt. Demnach gilt eine Person als armutsgefährdet, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen niedriger ist als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung. Der Schwellenwert für die Armutsgefährdung lag in Deutschland 2007 bei 10 986 Euro und 2008 bei 11 151 Euro. Das entsprach monatlich einem Betrag von 916 Euro (2007) bzw. 929 Euro (2008).

Tab. 3: Schwellenwert für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquote nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen

| | Einkommensbezugsjahr | |
|---|---|-------------|
| | 2007 | 2008 |
| Schwellenwert für Armutsgefährdung (EUR/Jahr) | 10 986 | 11 151 |
| | Armutsgefährdungsquote nach Zahlung von Sozialleistungen in % | |
| Insgesamt | 15,2 | 15,5 |
| Geschlecht und Altersgruppen | | |
| Männer | 14,2 | 14,7 |
| Frauen | 16,2 | 16,3 |
| unter 18 Jahren | 15,2 | 15,0 |
| Männer | 15,5 | 15,9 |
| Frauen | 14,8 | 13,8 |
| 18 bis 24 Jahre | 20,2 | 21,1 |
| Männer | 18,0 | 17,9 |
| Frauen | 22,4 | 24,4 |
| 25 bis 54 Jahre | 13,8 | 14,1 |
| Männer | 13,1 | 13,5 |
| Frauen | 14,4 | 14,8 |
| 55 bis 64 Jahre | 17,7 | 18,1 |
| Männer | 17,2 | 18,2 |
| Frauen | 18,1 | 18,0 |
| 65 Jahre oder älter | 14,9 | 15,0 |
| Männer | 12,0 | 12,9 |
| Frauen | 17,4 | 17,0 |
| Haushaltstypen | | |
| Alleinlebende | 29,2 | 29,3 |
| Männer | 27,7 | 29,3 |
| Frauen | 30,5 | 29,2 |
| Personen in Haushalten von ... | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 12,3 | 14,0 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine/r 65 Jahre oder älter | 11,0 | 10,7 |
| ... Alleinerziehende | 35,9 | 37,5 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 9,3 | 9,8 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 8,3 | 7,7 |
| Überwiegender Erwerbsstatus ¹ | | |
| Erwerbstätig | 7,1 | 6,8 |
| Arbeitslos | 56,8 | 62,0 |
| Im Ruhestand | 15,0 | 14,9 |
| Bildungsstatus ² | | |
| ISCED 0 bis 2 - niedrig | 22,8 | 23,2 |
| ISCED 3 bis 4 - mittel | 13,7 | 14,6 |
| ISCED 5 bis 6 - hoch | 8,6 | 8,1 |

¹ Personen ab 18 Jahren. Die Zuweisung zum überwiegenden Erwerbsstatus nach Selbsteinschätzung der Befragten.

² Personen ab 18 Jahren. Aktueller Bildungsstatus nach der Internationalen Standardklassifikation im Bildungswesen (ISCED 97). ISCED 0 bis 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I. ISCED 3 bis 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich. ISCED 5 bis 6: Tertiärbereich.

Nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen waren 2008 insgesamt 15,5 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Gegenüber dem Jahr 2007 (15,2 %) ist die Quote damit nahezu konstant geblieben. Dabei waren Frauen 2008 mit 16,3 % stärker armutsgefährdet als Männer mit 14,7 % (Frauen 2007: 16,2 %; Männer 2007: 14,2 %). → **Tab.3**

Bei der Betrachtung verschiedener Altersgruppen wird deutlich, dass junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren (2008: 21,1 %) in höherem Maße armutsgefährdet sind als andere Altersgruppen. Sie befinden sich häufig noch in Ausbildung oder stehen am Anfang ihres Berufslebens. Außerdem treten in dieser Altersgruppe die größten Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Nahezu ein Viertel (24,4 %) der Frauen in der Altersgruppe 18 bis 24 Jahre waren 2008 armutsgefährdet, unter den gleichaltrigen Männern waren es dagegen nur 17,9 % (6,5 Prozentpunkte weniger). Zwischen 2007 und 2008 hat sich die Armutsgefährdung bei den Frauen dieser Altersgruppe sogar erhöht (2 Prozentpunkte), dagegen ist sie bei den Männern fast gleich geblieben. Während bei den 25- bis 54-Jährigen der Unterschied zwischen den Geschlechtern in 2008 mit 1,3 Prozentpunkten deutlich geringer ausfiel als bei den Jüngeren, ist diese Differenz bei den 65-Jährigen und Älteren wieder deutlich größer: Hier waren 2008 17,0 % der Frauen armutsgefährdet, bzw. 12,9 % der gleichaltrigen Männer (Unterschied 4,1 Prozentpunkte).

Bezogen auf verschiedene Haushaltstypen werden große Unterschiede deutlich: 2008 war mit 37,5 % mehr als jede dritte Person in Haushalten von Alleinerziehenden armutsgefährdet. Auch etwa drei von zehn (29,3 %) Alleinlebenden waren 2008 armutsgefährdet, dagegen nur jeder Dreizehnte (7,7 %) in Haushalten von zwei Erwachsenen mit zwei Kindern. Unterdurchschnittliche Quoten ergaben sich auch für Personen in Haushalten von zwei Erwachsenen. Handelte

es sich um Menschen, die beide jünger als 65 Jahre waren, betrug die Armutsgefährdungsquote in dieser Personengruppe 14%. War mindestens eine der beiden Personen 65 Jahre oder älter, ergaben sich für 2008 10,7 %.

Erwerbstätigkeit und ein hoher Bildungsstatus schützen am besten vor einer prekären Einkommenssituation. Das zeigen die Armutsgefährdungsquoten für die Erwerbstätigen, die im Zeitverlauf weit unterdurchschnittliche Werte aufweisen: 2008 war etwa jeder fünfzehnte (6,8 %) Erwerbstätige von Armut bedroht, auch ein Jahr zuvor (2007) hatte die Quote mit 7,1 % weit unter dem Bundesdurchschnitt gelegen. Im Gegensatz dazu war mit 62 % die Mehrheit der Arbeitslosen im Jahr 2008 armutsgefährdet, auch im Jahr 2007 war die Quote mit 56,8 % bereits sehr

auch ein mittlerer Bildungsstatus das Ausmaß der Armutsgefährdung noch etwas eindämmte (2008: 14,6 %), führte eine geringe Bildung dazu, dass 2008 mit 23,2 % fast jeder Vierte aus dieser Personengruppe armutsgefährdet war.

Armutsgefährdungslücke

Neben der Frage, ob Armutsgefährdung besteht oder nicht, ist im Rahmen der Armutsanalysen von Interesse, wie weit das Einkommen der Armutsgefährdeten vom Schwellenwert für Armutsgefährdung entfernt liegt. Hierüber gibt die Differenz zwischen dem Median des Einkommens der Armutsgefährdeten und dem Schwellenwert selbst Aufschluss. Für den Indikator, der als »Armuts-lücke« bezeichnet und als relativer Abstand in Prozent des Schwellenwertes ausgedrückt wird, ergab sich 2008 der Wert 21,5 % (2007:

Tab. 4: Armutsgefährdungslücke

| | Einkommensbezugsjahr | |
|------------------------------------|----------------------|-------------|
| | 2007 | 2008 |
| Armutsgefährdungslücke in % | | |
| Insgesamt | 22,2 | 21,5 |
| Männer | 23,7 | 22,3 |
| Frauen | 21,1 | 20,8 |
| unter 18 Jahren¹ | 19,3 | 19,8 |
| 18 bis 64 Jahre | 25,0 | 23,8 |
| Männer | 27,1 | 24,7 |
| Frauen | 24,0 | 23,0 |
| 65 Jahre oder älter | 16,8 | 16,5 |
| Männer | 16,8 | 15,8 |
| Frauen | 16,8 | 16,8 |

¹ Ergebnisse nach Geschlecht liegen nicht vor.

hoch. Bei den Ruheständler und Ruheständlerinnen blieb die Armutsgefährdungsquote im Zeitvergleich nahezu konstant: Nach 15 % im Jahr 2007 lag die Quote im Jahr 2008 bei 14,9 %.

Auf ähnlichem Niveau wie bei den Erwerbstätigen lagen die Armutsgefährdungsquoten bei Menschen mit hohem Bildungsstatus (2008: 8,1 %). Während

22,2 %) für die armutsgefährdete Bevölkerung. Der relative Abstand ist demnach in den beiden Jahren insgesamt nahezu konstant geblieben. Zwischen den sozialen Gruppen variiert der Wert der Armuts-lücke jedoch. Sie fiel im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung bei älteren Menschen ab 65 Jahren 2008 mit 16,5 % deutlich geringer aus als bei 18- bis 64-Jährigen mit 23,8. → **Tab.4**

Tab. 5: Finanzielle Belastungen nach Haushaltstypen 2009

| | Insgesamt | Nicht armutsgefährdet | Armutsgefährdet |
|---|-----------------------------|-----------------------|-----------------|
| | Anteil der Bevölkerung in % | | |
| Es ist aus finanziellen Gründen nicht möglich ... | | | |
| ... die Wohnung angemessen warm zu halten | | | |
| Insgesamt | 5,5 | 3,6 | 16,2 |
| Alleinlebende | 7,9 | 4,9 | 15,3 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 4,4 | 2,8 | 14,3 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 1,6 | 1,1 | 5,9 |
| ... Alleinerziehenden | 20,7 | 12,7 | 34,0 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 4,3 | 3,6 | 11,0 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 3,6 | 2,2 | 19,7 |
| ... jedes Jahr eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen | | | |
| Insgesamt | 24,4 | 17,8 | 60,5 |
| Alleinlebende | 32,8 | 19,3 | 65,4 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 18,1 | 12,3 | 54,1 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 12,0 | 8,4 | 41,8 |
| ... Alleinerziehenden | 53,2 | 39,8 | 75,6 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 20,6 | 17,4 | 50,3 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 20,3 | 17,4 | 55,0 |
| ... jeden zweiten Tag eine vollwertige Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) einzunehmen | | | |
| Insgesamt | 9,3 | 5,5 | 29,9 |
| Alleinlebende | 17,0 | 8,6 | 37,3 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 7,2 | 3,9 | 27,5 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 5,4 | 3,4 | 21,9 |
| ... Alleinerziehenden | 21,6 | 13,1 | 35,7 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 6,3 | 4,9 | 19,5 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 4,8 | 3,6 | 18,6 |
| ... unerwartet anfallende Ausgaben in Höhe von mind. 885 Euro aus eigenen Mitteln zu bestreiten | | | |
| Insgesamt | 34,6 | 26,9 | 76,2 |
| Alleinlebende | 47,0 | 32,7 | 81,5 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 30,0 | 23,6 | 69,4 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 17,1 | 13,3 | 48,9 |
| ... Alleinerziehenden | 71,2 | 59,5 | 90,7 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 32,3 | 27,6 | 75,4 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 29,5 | 25,8 | 73,9 |
| ... einen Computer zu haben oder anzuschaffen | | | |
| Insgesamt | 3,1 | 2,0 | 9,3 |
| Alleinlebende | 7,6 | 4,8 | 14,3 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 2,0 | 1,0 | 8,3 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 3,4 | 3,0 | 7,0 |
| ... Alleinerziehenden | 6,7 | 4,3 | 10,8 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 0,5 | 0,1 | 3,9 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 0,7 | 0,5 | 3,6 |

Angaben beruhen auf Selbsteinschätzung der Befragten.

Fortsetzung Tab. 5: Finanzielle Belastungen nach Haushaltstypen 2009

| | Insgesamt | Nicht armutsgefährdet | Armutsgefährdet |
|---|-----------------------------|-----------------------|-----------------|
| | Anteil der Bevölkerung in % | | |
| ... ein Auto zu haben oder anzuschaffen | | | |
| Insgesamt | 6,0 | 3,3 | 20,8 |
| Alleinlebende | 14,6 | 8,2 | 30,3 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 5,1 | 2,3 | 22,8 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 1,7 | 1,3 | 5,7 |
| ... Alleinerziehenden | 18,4 | 13,0 | 27,4 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 3,6 | 2,6 | 12,8 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 2,1 | 1,3 | 11,4 |
| Insgesamt | 3,3 | 1,5 | 13,1 |
| Alleinlebende | 5,8 | 1,9 | 15,3 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 2,1 | 0,5 | 11,6 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 0,8 | 0,5 | 3,1 |
| ... Alleinerziehenden | 10,0 | 3,1 | 21,5 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 2,4 | 2,0 | 6,4 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 2,6 | 1,8 | 12,6 |
| Insgesamt | 20,5 | 18,4 | 31,8 |
| Alleinlebende | 18,6 | 13,6 | 30,5 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 14,3 | 12,5 | 25,5 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 12,5 | 10,9 | 25,9 |
| ... Alleinerziehenden | 37,0 | 33,4 | 43,0 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 19,5 | 18,7 | 26,7 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 24,3 | 23,7 | 31,9 |
| Insgesamt | 2,5 | 1,7 | 6,5 |
| Alleinlebende | 2,9 | 2,0 | 5,2 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 1,5 | 1,2 | 3,9 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 0,3 | 0,3 | 0,0 |
| ... Alleinerziehenden | 8,0 | 4,9 | 13,1 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 2,0 | 1,2 | 9,3 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 3,0 | 2,5 | 9,2 |
| In den letzten zwölf Monaten gab es Rückstände bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben | | | |
| Insgesamt | 3,6 | 2,6 | 9,2 |
| Alleinlebende | 3,8 | 2,1 | 8,0 |
| Personen in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsene, beide jünger als 65 Jahre | 2,1 | 1,8 | 4,0 |
| ... zwei Erwachsene, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 1,6 | 1,3 | 4,1 |
| ... Alleinerziehende | 13,1 | 7,4 | 22,7 |
| ... zwei Erwachsene mit einem Kind | 2,3 | 2,1 | 4,1 |
| ... zwei Erwachsene mit zwei Kindern | 4,2 | 3,3 | 14,8 |

Angaben beruhen auf Selbsteinschätzung der Befragten.

6.2.2 Soziale Ausgrenzung

Armutsgefährdung geht in der Regel mit einer signifikanten Einschränkung der Teilhabe am sozialen Leben (soziale Ausgrenzung) einher. Armutsgefährdete Menschen können sich weniger leisten und sie fühlen sich durch finanzielle Verpflichtungen stärker belastet als andere. Die nachfolgend beschriebenen Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA vermitteln einen Eindruck über die Lebensbedingungen der armutsgefährdeten im Vergleich zur nicht armutsgefährdeten Bevölkerung.

Finanzielle Belastungen

Ausgaben des täglichen Lebens, die selbstverständlich erscheinen mögen, stellen für Armutsgefährdete häufig eine unüberwindliche finanzielle Hürde dar. Insbesondere die Wohnkosten belasteten zahl-

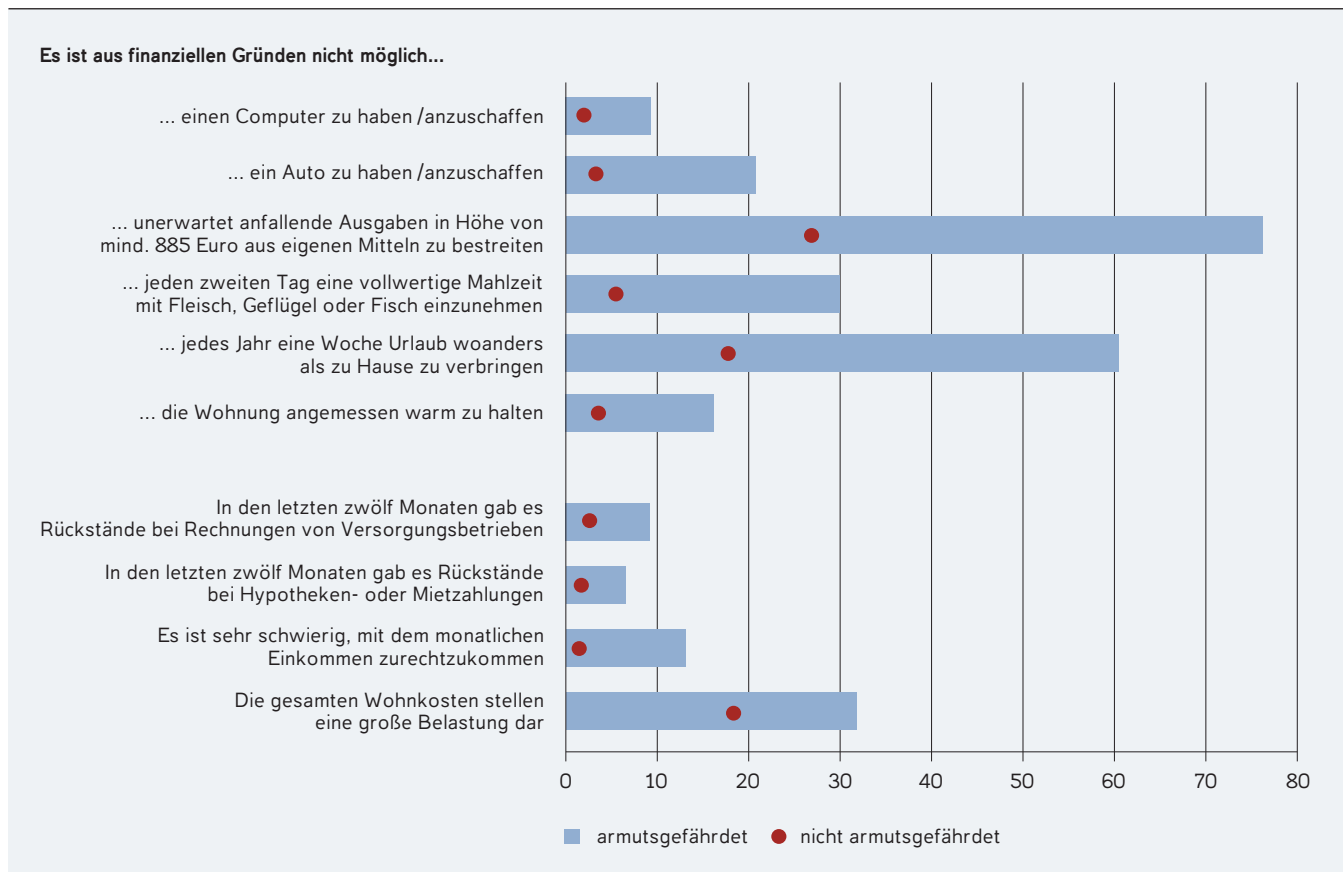
reiche Armutsgefährdete schwer (32 %). Die nachfolgend beschriebenen Ergebnisse zu den finanziellen Kapazitäten und Belastungen resultieren aus einer Selbsteinschätzung der Befragten zu ihrer allgemeinen wirtschaftlichen Lage.

2009 konnte sich nach eigener Einschätzung fast jede dritte (30 %) armutsgefährdete Person keine regelmäßigen Mahlzeiten mit Fleisch, Geflügel oder Fisch leisten, darunter mehr als ein Drittel der Alleinlebenden (37 %) und Personen in Haushalten von Alleinerziehenden (36 %). Bei der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung war dies mit rund 6 % viel seltener der Fall. Noch gravierender waren die finanziellen Probleme, wenn es darum ging, unerwartete Ausgaben (in Höhe von mindestens 885 Euro), die beispielsweise bei Reparaturen oder An-

schaffungen anfallen, bewältigen zu müssen. Bereits mehr als ein Viertel (27 %) der Menschen, die nicht armutsgefährdet waren, gaben an, dass dies für den eigenen Haushalt problematisch sei. Ungleich schwieriger war diese Situation für Armutsgefährdete: Mehr als drei Viertel (76 %) dieser Menschen standen bei unerwartet anfallenden Ausgaben in dieser Höhe vor großen Problemen, besonders schwer hatten es Alleinerziehende (91 %). → Tab. 5

Mit Verzicht oder starken Einschränkungen mussten Armutsgefährdete 2009 auch bei der Finanzierung von Erholungsreisen leben. Etwa drei von fünf (61 %) armutsgefährdeten Personen konnten sich keine einwöchige Urlaubsreise im Jahr leisten. In armutsgefährdeten Haushalten von Alleinerziehenden war dies sogar für 76 % der Menschen unerschwinglich. Das

Abb. 1: Finanzielle Belastungen 2009, Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, in %



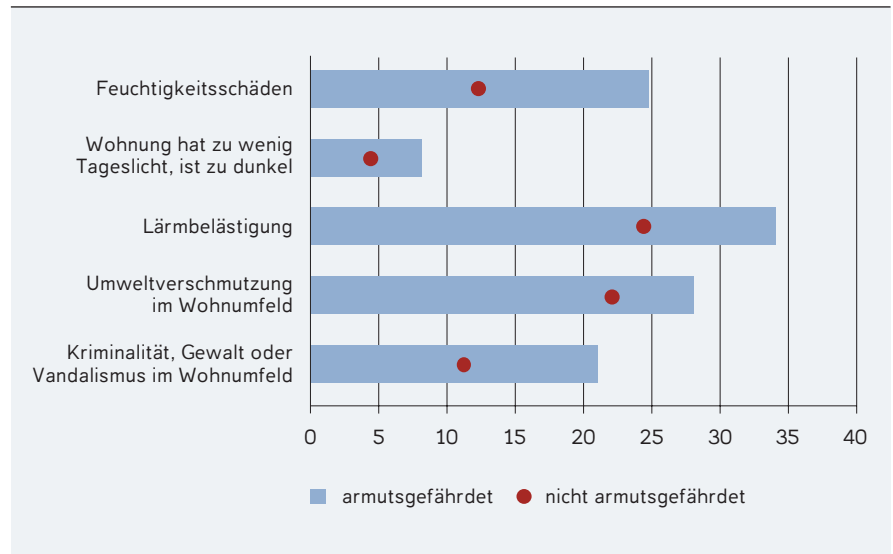
Die Angaben beruhen auf Selbsteinschätzung der Befragten.

Beheizen der Wohnung stellte Armutsgefährdete ebenfalls weit häufiger vor finanzielle Probleme als den Rest der Bevölkerung. Hier gaben 16 % an, aus finanziellen Gründen ihre Unterkunft nicht angemessen warm halten zu können, unter den nicht Armutsgefährdeten waren es nur 4 %. Mehr als jeder Fünfte (21 %) der armutsgefährdeten Bevölkerung sah sich aufgrund der eigenen Finanzlage zudem außerstande, einen Pkw anzuschaffen oder zu unterhalten (nicht Armutsgefährdete: 3 %). 9 % der Armutsgefährdeten mussten aus finanziellen Gründen auf einen Computer verzichten (nicht Armutsgefährdete: 2 %).

Insgesamt hatten 2009 nach eigener Einschätzung 3 % der Bevölkerung in Deutschland große Schwierigkeiten, mit ihrem monatlichen Einkommen zurechtzukommen. Da dies die obere von fünf möglichen Antwortkategorien im Frageprogramm war (übrige Kategorien: schwierig, relativ schwierig, relativ leicht, ohne Probleme), spiegelt der Anteil von 3 % den Extremfall wider, in dem die finanziellen Schwierigkeiten als ganz erheblich eingestuft wurden. 13 % der Armutsgefährdeten gaben »große Schwierigkeiten« an (nicht Armutsgefährdete: 2 %).

Belastet fühlten sich die Menschen 2009 auch durch ihre monatlich anfallenden Wohnkosten: Hier gab mehr als jeder Fünfte (21 %) der Gesamtbevölkerung an, stark belastet zu sein, unter den Armutsgefährdeten sogar fast jeder Dritte (32 %). Wenn Armutsgefährdung vorliegt, offenbart sich die prekäre wirtschaftliche Lage der Menschen auch in der Häufigkeit von Zahlungsschwierigkeiten. So haben 7 % der Armutsgefährdeten zum Befragungszeitpunkt in den zurückliegenden zwölf Monaten Mühe gehabt, ihren finanziellen Verpflichtungen in Bezug auf Hypotheken- oder Mietzahlungen nachzukommen (nicht Armutsgefährdete: 2 %). Auch bei Rechnungen von Versorgungsbetrieben war etwa jeder elfte (9 %) Armutsgefährdeter im Zahlungsverzug (nicht Armutsgefährdeter: 3 %). → **Abb. 1**

Abb. 2: Belastungen im Zusammenhang mit der Wohnsituation 2009, Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, in %



Die Angaben beruhen auf Selbsteinschätzung der Befragten.

Belastungen im Zusammenhang mit Wohnung und Wohnumfeld

Neben Zahlungsschwierigkeiten und dem Verzicht auf Konsumgüter bringt die wirtschaftlich angespannte Situation Armutsgefährdeter eine Reihe von weiteren Folgeerscheinungen mit sich, die die soziale Ausgrenzung der Betroffenen festigen oder sogar vergrößern. Erhebliche Einbußen der Lebensqualität mussten Armutsgefährdete 2009 beim Wohnen in Kauf nehmen. Gravierende qualitative Mängel in oder an der selbst bewohnten Wohnung traten bei der armutsgefährdeten Bevölkerung weitaus häufiger auf als anderswo. So gaben fast ein Viertel (25 %) der Armutsgefährdeten, aber nur 12 % der nicht Armutsgefährdeten an, es gebe in ihrer Wohnung Feuchtigkeitsschäden wie beispielsweise ein undichtes Dach, feuchte Fundamente, Wände, Böden oder Fensterrahmen. Unter einer zu dunklen Wohnung mit zu wenig Tageslicht litt 2009 nahezu jeder zwölfte (8 %) Armutsgefährdeter, aber nur 4 % der nicht Armutsgefährdeten. → **Abb. 2, Tab. 6**

Lärmbelästigung im Wohnumfeld wurde von Armutsgefährdeten mit 34 % weitaus häufiger beklagt als von der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung (24 %).

Von Umweltverschmutzung im eigenen Wohnumfeld fühlten sich 28 % der Armutsgefährdeten beeinträchtigt, im Gegensatz zu 22 % der nicht Armutsgefährdeten. 21 % der Armutsgefährdeten waren nach eigener Einschätzung auch von Kriminalität, Gewalt und mutwilligen Beschädigungen im Wohnumfeld betroffen, dagegen nur 11 % der nicht Armutsgefährdeten.

6.2.3 Zusammenfassung

Zwischen 2007 und 2008 stieg das mittlere Äquivalenzeinkommen in Deutschland von jährlich 18 309 Euro im Jahr 2007 auf 18 586 Euro im Jahr 2008. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung ist zwischen 2007 und 2008 mit einem Gini-Koeffizienten von 0,3 nahezu unverändert gleich geblieben. Das einkommensstärkste (obere) Fünftel der Bevölkerung verfügte 2008 zusammen über ungefähr 4,5 Mal so viel Einkommen wie das einkommensschwächste (untere) Fünftel (2007 etwa 4,8 Mal so viel).

2008 waren nach Zahlung staatlicher Sozialleistungen 15,5 % der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet (2007:

Tab. 6: Belastungen im Zusammenhang mit der Wohnsituation 2009

| | Insgesamt | Nicht armutsgefährdet | Armutsgefährdet |
|---|----------------------------|-----------------------|-----------------|
| | Anteil der Bevölkerung (%) | | |
| Es gibt Feuchtigkeitsschäden (z. B. undichtes Dach, feuchtes Fundament, Fäulnis in Fensterrahmen oder Böden) | | | |
| Insgesamt | 14,0 | 12,1 | 24,7 |
| Alleinlebende | 14,7 | 12,3 | 20,4 |
| in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 14,3 | 12,6 | 25,1 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 7,3 | 6,4 | 14,3 |
| ... Alleinerziehenden | 29,9 | 23,2 | 41,2 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 13,2 | 12,8 | 16,4 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 13,9 | 12,7 | 27,6 |
| Wohnung hat zu wenig Tageslicht, ist zu dunkel | | | |
| Insgesamt | 4,8 | 4,2 | 8,1 |
| Alleinlebende | 6,4 | 5,1 | 9,6 |
| in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 4,1 | 3,7 | 6,3 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 2,2 | 1,9 | 4,8 |
| ... Alleinerziehenden | 9,4 | 7,5 | 12,4 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 4,4 | 4,1 | 7,1 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 4,7 | 4,6 | 5,1 |
| Lärmbelästigung (z. B. durch Nachbarn, Verkehrslärm, Geschäfte oder Industrie) | | | |
| Insgesamt | 25,8 | 24,3 | 34,0 |
| Alleinlebende | 30,2 | 28,7 | 33,7 |
| in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 27,5 | 25,8 | 38,0 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 22,7 | 22,4 | 25,5 |
| ... Alleinerziehenden | 36,2 | 34,5 | 38,9 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 26,4 | 25,1 | 38,4 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 22,5 | 21,4 | 36,2 |
| Umweltverschmutzung im Wohnumfeld (Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen durch Industrie-, Straßen- oder Flugverkehr) | | | |
| Insgesamt | 22,8 | 21,9 | 28,0 |
| Alleinlebende | 25,9 | 25,1 | 27,7 |
| in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 22,9 | 22,0 | 28,5 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 19,3 | 18,7 | 25,0 |
| ... Alleinerziehenden | 30,1 | 29,2 | 31,6 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 22,6 | 22,0 | 28,1 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 22,1 | 21,5 | 28,2 |
| Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus im Wohnumfeld | | | |
| Insgesamt | 12,7 | 11,1 | 21,0 |
| Alleinlebende | 16,9 | 14,5 | 22,7 |
| in Haushalten von ... | | | |
| ... zwei Erwachsenen, beide jünger als 65 Jahre | 12,4 | 11,0 | 21,1 |
| ... zwei Erwachsenen, davon mindestens eine Person 65 Jahre oder älter | 8,6 | 8,3 | 10,6 |
| ... Alleinerziehenden | 22,2 | 17,0 | 30,9 |
| ... zwei Erwachsenen mit einem Kind | 12,6 | 12,1 | 17,6 |
| ... zwei Erwachsenen mit zwei Kindern | 11,2 | 10,9 | 14,9 |

Angaben beruhen auf Selbsteinschätzung der Befragten.


15,2 %). Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren waren überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet, ebenso Arbeitslose, Alleinlebende und Personen in Haushalten von Alleinerziehenden. Erwerbstätigkeit und ein hoher Bildungsstatus schützen vor Armutsgefährdung. Die Armutsgefährdungsquoten für Erwerbstätige und Menschen mit hohem Bildungsstatus liegen weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Die Beschränkungen, die armutsgefährdete Menschen im täglichen Leben erfahren, sind vielfältig. Ihre finanziellen Möglichkeiten sind deutlich geringer als beim Rest der Bevölkerung, wenn es etwa um Urlaubsreisen oder Ausgaben für Anschaffungen geht. Das Auskommen mit

dem verfügbaren Einkommen ist oftmals schwierig, und insbesondere die Wohnkosten stellen eine große Belastung dar. Auch das regelmäßige Einnehmen vollwertiger Mahlzeiten ist bei der armutsgefährdeten Bevölkerung in Deutschland aus finanziellen Gründen keineswegs immer gesichert. Erhebliche Einbußen der Lebensqualität müssen Armutsgefährdete im Vergleich zur übrigen Bevölkerung auch beim Wohnen in Kauf nehmen. Gravierende Wohnungsmängel treten bei der armutsgefährdeten Bevölkerung weitaus häufiger zutage. Die Lebens- und Wohnbedingungen Armutsgefährdeter sind auch häufiger geprägt von Lärmbelästigung, Umweltverschmutzung, Kriminalität, Gewalt und mutwilligen Beschädigungen im Wohnumfeld.

Einkommen ist die zentrale Ressource der Bürger für die Erreichung und Sicherung eines gewünschten Lebensstandards und wirkt sich nicht zuletzt auch auf das Niveau der wahrgenommenen Lebensqualität aus. Die Verteilung der Einkommen in einer Gesellschaft kann somit auch wesentlich darüber Auskunft geben, ob und inwieweit einzelne Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen sind oder von einem Ausschluss gefährdet sind. In einer langjährigen Betrachtung hat sich in Deutschland der Abstand zwischen Armen und Reichen in der Verteilung der verfügbaren

Einkommen der privaten Haushalte leicht erhöht.

In diesem Kapitel wird mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) die langjährige Einkommensentwicklung 1985 bis 2009 beschrieben. Neben dem Einkommensverlauf werden dabei auch die Angleichung der Einkommensverhältnisse seit der deutschen Wiedervereinigung sowie die Einkommensverteilung und Einkommensungleichheit im zeitlichen Verlauf betrachtet. Schließlich wird das Ausmaß der Einkommens- und Armutsdynamik in Deutschland dargestellt. 

6.3.1 Einkommensentwicklung und Verteilung

Die verfügbaren durchschnittlichen Äquivalenzeinkommen (arithmetisches Mittel) der privaten Haushalte sind nach den Daten des SOEP bei der Bevölkerung in Deutschland nominal von monatlich 1 081 Euro im Jahr 1993 auf 1 307 Euro im Jahr 2001 und bis 2009 weiter auf 1 499 Euro gestiegen. Die entsprechenden Jahreseinkommen lagen im Jahr 2009 bei 20 470 Euro.² → [Tab. 1](#)

Die auf den Realeinkommen basierenden Steigerungsraten zeigen seit Beginn der 1990er Jahre ein insgesamt gesehen eher geringes Einkommenswachstum mit deutlichen konjunkturellen Schwankungen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre sind infolge des Vereinigungsbooms sowie der hohen Einkommenszuwächse der neuen Länder zunächst insgesamt positive Einkommenszuwächse zu beobachten, die sich mit Abflachen der Konjunktur in der Mitte der 1990er Jahre verringern. Gegen Ende der 1990er Jahre erfolgt ein abermaliger kurzer Einkommensanstieg. In den Jahren 2001 bis 2005 weisen die Einkommen der privaten Haushalte infolge des konjunkturellen Abschwungs real keine nennenswerten Steigerungen mehr auf bzw. sind gesunken. In den letzten Jahren bis 2009 sind die Realeinkommen indes wiederum leicht gestiegen.

Die Betrachtung von Mittelwerten allein sagt noch nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich die Einkommen in der Bevölkerung verteilt sind. Ein allgemeiner Indikator zur Beschreibung der Einkommensverteilung sind die Einkommensanteile, über die einzelne Einkommensgruppen verfügen. Hier zeigt sich, dass die ärmsten 20 % der Bevölkerung (das unterste Quintil) langjährig über knapp 10 % des monatlichen Gesamteinkom-

Daten und Methoden

Die Einkommen werden im SOEP im Rahmen der jährlichen Befragungen detailliert erfasst: Zum einen wird das monatliche Haushaltsnettoeinkommen erfragt, also die regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltenen Sozialtransfers; zum anderen werden jeweils für das zurückliegende Jahr alle individuellen (Brutto-)Einkommen aller aktuell im Haushalt befragten Personen erhoben. Diese individuellen Einkommenskomponenten werden über den Haushalt aufsummiert und liefern so, mithilfe einer Schätzung der Steuer- und Sozialabgaben, die Jahresnettoeinkommen des Vorjahres. Bei den Jahreseinkommen sind neben einmaligen Sonderzahlungen (13., 14. Monatsgehalt, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld etc.) auf diese Weise auch Steuerrückzahlungen implizit berücksichtigt.¹

Die erhobenen Monatseinkommen bilden die zum Interviewmonat aktuell verfügbaren ökonomischen Ressourcen ab für alle zu diesem Zeitpunkt im Haushalt lebenden Personen. Die Jahreseinkommen beschreiben demgegenüber die von jeder aktuell im Haushalt lebenden Person im Vorjahr erzielten Markt- und Nettoeinkünfte. Beide Einkommenskonzepte unterscheiden sich damit nicht nur hinsichtlich des zeitlichen Bezugsrahmens, sondern auch in ihrer Konzeption. Im Folgenden werden deshalb sowohl Daten über das direkt erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen in seiner ursprünglichen Form (der Anteil der Haushalte ohne Angaben beträgt zwischen vier und sieben Prozent) als auch über das generierte Jahresnettoeinkommen der Haushalte (jeweils für das zurückliegende Jahr; fehlende Werte werden geschätzt [imputiert]) präsentiert.

Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, werden alle Haushaltseinkommen entsprechend dem inzwischen EU-weit standardisierten Vorgehen unter Verwendung der neuen (revidierten) OECD-Skala in so genannte »Äquivalenzeinkommen« – das sind unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen – umgerechnet. Alle Einkommensangaben werden in Euro ausgewiesen. Die Analysen erfolgen auf Personenebene und repräsentieren die in privaten Haushalten lebende gesamte Bevölkerung in Deutschland. Die Anstaltsbevölkerung (z. B. in Altersheimen) bleibt unberücksichtigt.



Tab. 1: Haushaltsnettoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland

| | 1985 ¹ | 1991 | 1993 | 1997 | 2001 | 2005 | 2009 |
|--|-------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | in EUR | | | | | | |
| Äquivalenzeinkommen im Monat | | | | | | | |
| Nominal (Mean) | 799 | 942 | 1081 | 1189 | 1307 | 1379 | 1499 |
| Real (Mean) | 1143 | 1292 | 1297 | 1321 | 1383 | 1379 | 1401 |
| Steigerungsrate real (in %) ² | - | 13,0 | 0,4 | 1,9 | 4,7 | -0,3 | 1,6 |
| Real (Median) | 1045 | 1169 | 1179 | 1193 | 1260 | 1224 | 1246 |
| Äquivalenzeinkommen im Vorjahr | | | | | | | |
| Nominal (Mean) | 10767 | 12624 | 14733 | 16154 | 17860 | 19158 | 20470 |
| Real ³ (Mean) | 15695 | 17806 | 18506 | 18301 | 19267 | 19449 | 19203 |
| Steigerungsrate real (in %) ² | - | 13,5 | 3,9 | -1,1 | 5,3 | 0,9 | -1,3 |
| Real (Median) | 14175 | 16209 | 16641 | 16237 | 17145 | 17051 | 16574 |
| Preisindizes³ | in % ??? | | | | | | |
| Alte Bundesländer | 69,9 | 72,9 | 83,6 | 90,0 | 94,5 | 100,0 | 107,0 |
| Neue Bundesländer | - | - | 81,9 | 90,1 | 94,5 | 100,0 | 107,0 |

mens verfügen. Nach dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Quintils stetig zurück und lag dann im Jahre 2009 bei 9,4 %. Die reichsten 20 % (das oberste Quintil) haben demgegenüber langjährig etwa 35 % des monatlichen Gesamteinkommens zur Verfügung, seit Beginn der 2000er Jahre stieg der Anteil allmählich auf 36,3 % an. Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Haushalt hat sich damit deutlich erhöht, die Schere zwischen arm und reich hat sich weiter geöffnet. Dies geht auch aus

dem Gini-Koeffizienten, einem zusammenfassenden Ungleichheitsmaß, hervor. Seit der Jahrhundertwende ist die gesamtdeutsche Ungleichheit³ der Einkommen stetig gestiegen. Inzwischen ist das Ausmaß der Einkommensungleichheit auf einem der höchsten Niveaus der vergangenen Jahrzehnte angelangt. → Tab. 2

Die jahresbezogenen Einkommen sind im Allgemeinen etwas ungleicher verteilt als die enger gefassten monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte.

Anhand des jahresbezogenen Einkommenskonzeptes lassen sich zudem auch Ungleichheitsziffern für die zugrunde liegenden Markteinkommen (brutto) und Rentenzahlungen errechnen, die sich vor Eingriff des Staates in Form von direkten Steuern und Sozialtransfers ergeben. Hier wird deutlich, dass die Ungleichheit der in den privaten Haushalten jeweils erwirtschafteten Markteinkommen und Renten erheblich gestiegen ist – der Gini-Koeffizient hat sich von 1993 bis 2009 von 0,323 auf 0,377 erhöht. Diese erheb-

Tab. 2: Einkommensungleichheit in Deutschland

| | 1985 ¹ | 1989 ¹ | 1993 | 1997 | 2001 | 2005 | 2009 |
|--|-------------------|-------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Äquivalenzeinkommen im Monat (real) | | | | | | | |
| Einkommensanteile in der Bevölkerung | | | | | | | |
| Ärmste 20 % | 9,8 | 10,0 | 9,8 | 10,3 | 10,1 | 9,5 | 9,4 |
| Reichste 20 % | 34,6 | 34,6 | 35,0 | 34,3 | 34,7 | 36,1 | 36,3 |
| Gini | 0,249 | 0,246 | 0,250 | 0,238 | 0,244 | 0,263 | 0,268 |
| Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real) | | | | | | | |
| Gini (Markteinkommen und Renten im Haushalt) | 0,320 | 0,309 | 0,323 | 0,342 | 0,343 | 0,370 | 0,377 |
| Gini (Haushaltsnettoeinkommen) | 0,259 | 0,248 | 0,257 | 0,256 | 0,260 | 0,282 | 0,293 |
| Gini-Verminderung durch Umverteilung (in %) | 19,1 | 19,7 | 20,4 | 25,1 | 24,2 | 23,8 | 22,3 |

¹ Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Datenbasis: SOEP 2009.

liche Zunahme an Ungleichheit der überwiegend aus Erwerbstätigkeit und Renten erzielten Markteinkommen hat dann auch zu einer Zunahme der Ungleichheit der daraus abgeleiteten Nettoeinkommen im Haushalt geführt (von 0,257 in 1993 auf 0,293 in 2009).

Die Ungleichheit der haushaltsbezogenen Markteinkommen wie auch der Nettoeinkommen blieb in den Jahren um die Jahrtausendwende auf einem hohen Niveau unverändert, um dann nochmals deutlich anzusteigen. Die langjährig zu beobachtende Zunahme an Ungleichheit ging zunächst in erster Linie auf eine zunehmende Spreizung der Markteinkommen zurück; ab 2005 allerdings wirken sich darüber hinaus offenbar auch die Reformprozesse im Bereich der sozialstaatlichen Sicherung aus. Die relative Differenz dieser beiden Koeffizienten (Ungleichheit des Brutto- und Nettohaushaltseinkommens) illustriert so die Reduktion an Ungleichheit, die durch staatliche Eingriffe erreicht wird. Im Zuge der Wiedervereinigung stieg der Einfluss der sozialstaatlichen Umverteilung bis 1997 auf 25 % an. Die durch staatliche Maßnahmen erfolgte Reduzierung an Ungleichheit hat sich in den letzten Jahren etwas verringert, sie liegt aber weiterhin höher als noch in den 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre.

6.3.2 Einkommensschichtung und relative Armut

Die Zunahme der Ungleichheit geht mit einer Veränderung der Einkommensschichtung einher, die etwas detaillierter beschrieben wird. Bei der Schichtung nach Einkommen werden verschiedene Einkommensklassen in prozentualer Relation zum jeweiligen Mittelwert betrachtet. Die unterste Einkommensschicht mit weniger als der Hälfte der mittleren bedarfsgewichteten Einkommen (unter 50 %) lebt in relativer Einkommensarmut, die höchsten Einkommensklassen indizieren den Bevölkerungsanteil mit materiellem Wohlstand. → Tab. 3

Die relative Einkommensschichtung differenziert den bei der Einkommensungleichheit beschriebenen Trend. Der Bevölkerungsanteil in relativer Einkommensarmut hat sich in Deutschland im Verlauf der 1990er Jahre zunächst vermindert, steigt dann aber wieder an. Die Bevölkerungsanteile im relativen und höheren Wohlstand weisen nach dem vereinigungsbedingten Rückgang zu Beginn der 1990er Jahre wiederum höhere Werte in den 2000er Jahren auf. Der Bevölkerungsumfang im mittleren Einkommensbereich ist nach einer kurzfristigen Zunahme gegen Ende der 1990er Jahre wieder auf das langjährig weitgehend

stabile Niveau zurückgefallen, um dann allerdings weiter zu fallen. Hier scheint sich anzudeuten, was unter dem Begriff der schrumpfenden Mittelschicht diskutiert wird: Während die Bevölkerungsanteile am unteren und am oberen Ende der Einkommensschichtung zumindest in den letzten Jahren zunehmen, gehen die entsprechenden Anteile in den mittleren Schichten zurück.

Der hier verwendete Armutsbegriff beruht wie auch die Berechnungen im vorherigen Kapitel 6.2 auf dem so genannten relativen Armutskonzept und orientiert sich an der Definition der Europäischen Union. Gemäß den vom Statistischen Amt der EU (Eurostat) empfohlenen Schwellenwerten gilt demnach als arm, wer in einem Haushalt lebt, dessen Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians der Einkommen in der gesamten Bevölkerung beträgt.⁴ Darüber hinaus werden in diesem Abschnitt auch weitere früher verwendete, auf dem arithmetischen Mittel basierende Kennziffern zur Abgrenzung von »Armut« (50 %-Schwelle) und Niedrigeinkommen, dem so genannten »prekären Wohlstand«, (75 %-Schwelle) ausgewiesen. Die auf den Median bezogenen Armutsgrenzen sind weniger anfällig für Extremwerte am oberen und unteren Rand der Verteilung und liefern somit robustere Ergebnisse als die

Tab. 3: Schichtung der Bevölkerung nach relativen Einkommenspositionen, monatliches Haushaltsnettoeinkommen, äquivalenzgewichtet in % des Mittelwerts

| | 1985 ¹ | 1989 ¹ | 1993 | 1997 | 2001 | 2005 | 2009 |
|--|-------------------|-------------------|------|------|------|------|------|
| | in % | | | | | | |
| Höherer Wohlstand (> 200 %) | 3,4 | 3,5 | 3,7 | 3,5 | 3,7 | 4,3 | 4,7 |
| Relativer Wohlstand (150–200 %) | 7,0 | 7,3 | 8,8 | 7,6 | 8,0 | 7,3 | 7,9 |
| Gehobene Einkommenslage (125–150 %) | 12,4 | 11,7 | 9,6 | 9,4 | 9,7 | 9,6 | 10,0 |
| Mittlere bis gehobene Einkommenslage (100–125 %) | 18,6 | 18,6 | 17,9 | 20,4 | 18,0 | 18,1 | 17,3 |
| Untere bis mittlere Einkommenslage (75–100 %) | 26,5 | 26,7 | 27,3 | 28,2 | 29,1 | 26,0 | 25,3 |
| Prekärer Wohlstand (50–75 %) | 23,2 | 24,1 | 23,9 | 23,5 | 23,2 | 24,8 | 24,4 |
| Relative Armut (0–50 %) | 9,0 | 8,1 | 8,8 | 7,5 | 8,4 | 10,0 | 10,4 |

¹ Für die Jahre 1985 bis 1989 nur Westdeutschland.

Datenbasis: SOEP 2009.

Tab. 4: Armut und Niedrigeinkommen

| | 1985 ¹ | 1989 ¹ | 1993 | 1997 | 2001 | 2005 | 2009 |
|--|-------------------|-------------------|------|------|------|------|------|
| | in % | | | | | | |
| Äquivalenzeinkommen im Monat (real) | | | | | | | |
| 75 %-Mittelwert (Niedrigeinkommen) | 32,2 | 32,2 | 32,7 | 31,0 | 31,6 | 34,7 | 34,8 |
| 50 %-Mittelwert (Armut) | 9,0 | 8,1 | 8,8 | 7,5 | 8,1 | 10,0 | 10,4 |
| Armutsschwelle 60 %-Median | | | | | | | |
| FGT(0) (Armutquote) | 13,2 | 10,4 | 12,0 | 10,4 | 11,0 | 12,6 | 12,3 |
| FGT(1) (Armutslücke) | 2,8 | 2,3 | 2,6 | 2,1 | 2,3 | 2,7 | 2,8 |
| FGT(2) (Armutintensität) | 1,0 | 0,8 | 0,9 | 0,6 | 0,8 | 1,0 | 0,9 |
| Äquivalenzeinkommen im Vorjahr (real) | | | | | | | |
| Armutsschwelle 60 %-Median | | | | | | | |
| FGT(0) (Armutquote) | 13,0 | 12,1 | 12,1 | 10,9 | 11,7 | 14,1 | 14,0 |
| FGT(1) (Armutslücke) | 3,0 | 2,6 | 2,6 | 2,6 | 2,9 | 3,3 | 3,4 |
| FGT(2) (Armutintensität) | 1,3 | 1,0 | 1,0 | 1,0 | 1,2 | 1,3 | 1,3 |

aus dem arithmetischen Mittel abgeleiteten Schwellenwerte.

Die Berechnung der Armutsgrenzen erfolgt auf Grundlage der gesamtdeutschen Einkommensverteilung anhand der Realeinkommen zu Preisen von 2005. Die auf dem Median basierenden Armutquoten werden anhand des so genannten FGT-Maßes (nach den Autoren Foster/Greer/Thorbecke) weiter differenziert: Neben der Armutquote, die den Umfang der Armutspopulation in Prozent ausweist, werden weitere Kennziffern der Armutintensität ausgewiesen, die aus der Armutslücke abgeleitet sind. → **Tab. 4**

Gemessen an der medianbasierten Armutsschwelle und auf Grundlage der *monatlichen Haushaltsnettoeinkommen* lebten im Jahr 2009 12,3 % der gesamtdeutschen Bevölkerung in Armut und insgesamt 34,8 % im Niedrigeinkommensbereich (75 % Schwelle). Die einfache Armutintensität FGT(1) – diese misst den durchschnittlichen prozentualen Abstand zur Armutsschwelle im Mittel der gesamten Bevölkerung – beträgt 3,4 %. Alle Indizes haben sich gegenüber 2001 vergrößert, das Ausmaß an Niedrigeinkommen und

Armut ist auf eines der höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnten angestiegen; zugleich haben sich die Einkommen der Armen immer weiter von der Armutsschwelle entfernt und die Intensität der Armut hat sich erhöht. In den letzten Jahren setzt sich dieser Trend indes nicht weiter fort, Armut- und Ungleichheitsziffern stagnieren derzeit auf allerdings höherem Niveau als noch in den beiden Dekaden zuvor. Auch bei der jahresbezogene Einkommensberechnung weisen alle Indikatoren auf eine langjährige Zunahme der Betroffenheit und eine wachsende Intensität der Einkommensarmut hin; aber auch bei diesem Einkommenskonzept zeigt sich in den letzten Jahren eine Stagnation im Armut- und Ungleichheitsverlauf.

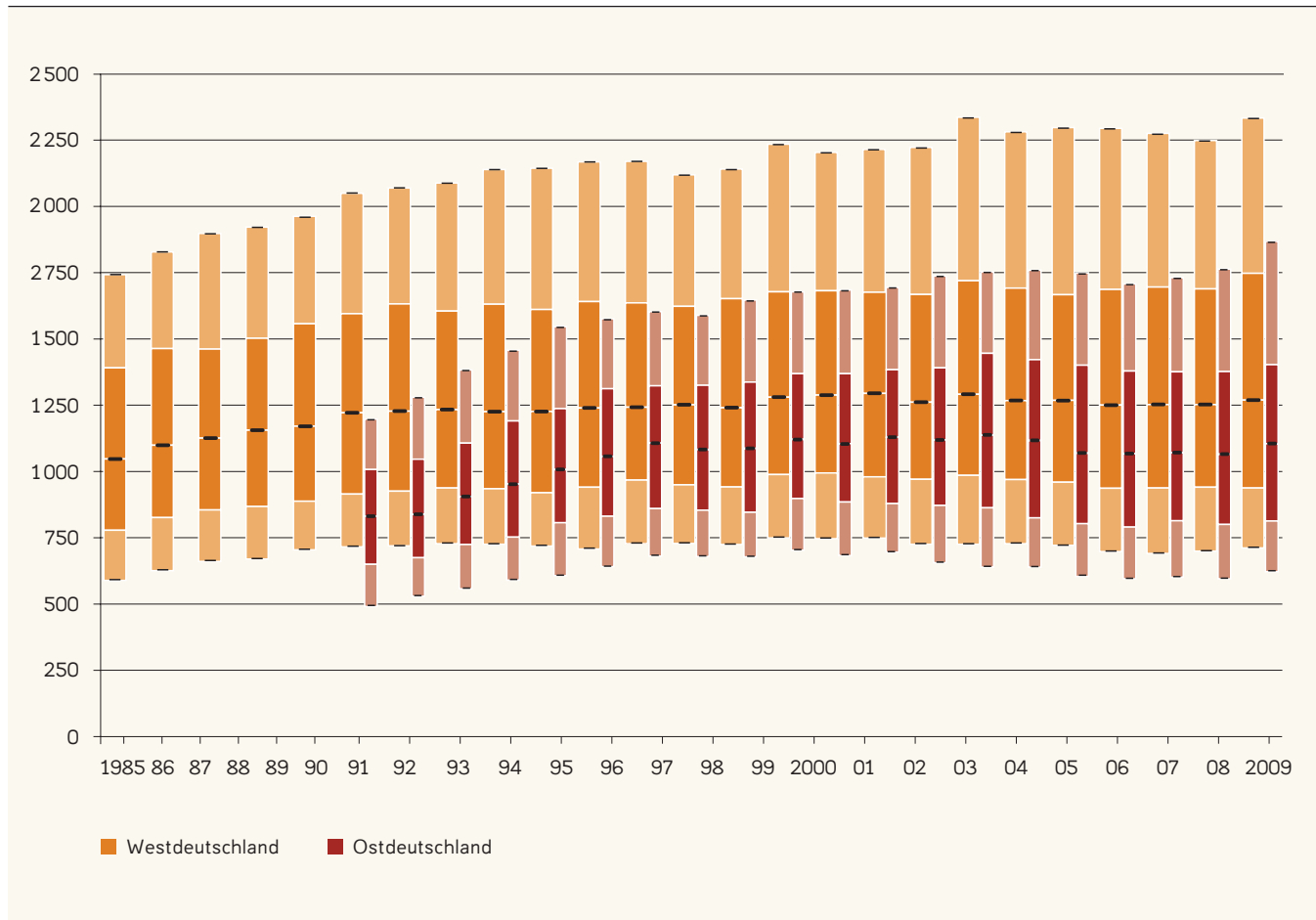
6.3.3 Einkommen und Armut in regionaler Differenzierung

Bei der Betrachtung der gesamtdeutschen Einkommensverteilung sind auch heute noch erhebliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern zu beobachten. Daneben zeigen sich aber auch weitere regional unterschiedliche Trends.

Die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen neuen und alten Ländern lässt sich anschaulich anhand der Entwicklung der verschiedenen Einkommensschwelen dokumentieren. Bei dieser Darstellung werden Niveau und Verteilung der Einkommen gleichzeitig betrachtet: Die Breite der so genannten Boxplots in Abbildung 1 zeigt den jeweiligen Bevölkerungsumfang an; die mittlere Linie der Blöcke stellt den jeweiligen Median dar, also den Einkommensschwellenwert, der von jeweils der Hälfte der Bevölkerung unter- bzw. überschritten wird. In analoger Form geben die Ober- und Untergrenzen der Blöcke die Einkommensschwelen wieder, die zusammen 50 % der Bevölkerung mit mittlerem Einkommen umfassen; die äußeren Linien veranschaulichen schließlich die so genannten Dezilsschwelen, die die jeweils reichsten bzw. ärmsten 10 % der Bevölkerung abgrenzen; sie beschreiben also die Einkommensspanne, die das Wohlstandsniveau von 80 % der jeweiligen Bevölkerung ohne die jeweils reichsten und ärmsten 10 % umfasst. → **Abb. 1**

Die Grafik zeigt anschaulich, wie sich die Verteilung der Realeinkommen in den

Abb. 1: Entwicklung des monatlichen Haushaltsnettoäquivalenzeinkommens, in EUR



Datenbasis: SOEP 2009.

neuen Ländern vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre schrittweise an die Entwicklung der Westeinkommen angeglichen hat. In den Jahren 2003 bis 2006 ist jedoch wiederum eine zunehmende Diskrepanz zwischen West- und Osteinkommen zu beobachten, die in den folgenden Jahren stabil blieb und sich zuletzt 2009 wieder etwas vermindert. Die Realeinkommen in den alten Ländern wiesen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre noch höhere Wachstumsraten auf, die sich seit Beginn der 1990er Jahre deutlich abflachten. Vor allem im unteren und mittleren Einkommensbereich ist in den Jahren bis 2008 sogar ein Rückgang zu beobachten. Ab 2008 steigen die Realeinkommen wiederum etwas an und die Einkommensabstände zwischen Ost und West verringern sich tendenziell.

In den alten Ländern haben sich die Abstände zwischen unteren und höheren Einkommen langjährig stufenweise erhöht. In den neuen Ländern waren die Einkommen im Vergleich dazu von vornherein weit weniger ungleich verteilt. Zu Beginn der 1990er Jahre erfolgte hier ein Anstieg der Ungleichheit, der sich aber bald verlangsamte. In den letzten Jahren ist auch in den neuen Ländern ein neuerlicher Anstieg der Ungleichheit zu verzeichnen, ohne allerdings das höhere Ungleichheitsniveau der alten Länder zu erreichen. Die Grafik macht nicht nur deutlich, dass die Streuung der Einkommen in den neuen Ländern weit weniger ausgeprägt ist als in den alten Ländern, sondern zeigt auch, dass dies vor allem an der geringeren Differenzierung im oberen Einkommenssegment liegt. Im Jahr 2002

erreichen erstmalig mehr als 10 % der Bevölkerung in den neuen Ländern Einkommensverhältnisse, die oberhalb des mittleren Einkommensbereichs in den alten Ländern liegen. Der wesentliche Einkommensunterschied zwischen alten und neuen Ländern besteht demzufolge vor allem in der geringeren Spreizung der höheren Einkommen.

Bei einer regional differenzierteren Betrachtung treten aber auch innerhalb der westdeutschen Bundesländer Unterschiede zutage; insbesondere bei den Stadtstaaten zeichnet sich dabei eine prekäre Entwicklung ab. Dazu wurden die westlichen Bundesländer nach Nord (Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) und Süd (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland)

unterteilt und die Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) als eigene Kategorie erfasst.⁵ Innerhalb Westdeutschlands gibt es demnach ein leichtes Nord-Süd-Gefälle, ein höheres Armutsrisiko als die westdeutschen Flächenländer besitzen aber die drei Stadtstaaten. Die regionale Differenzierung Westdeutschlands auf der Ebene der Bundesländer zeigt zwar leichte Variationen im Armutsrisiko, es wird aber deutlich, dass das Armutsrisiko der Bevölkerung in Ostdeutschland weiterhin wesentlich höher ist.

6.3.4 Armut in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Der langjährige Anstieg der Armutsquoten hat inzwischen auch breitere Bevölkerungsschichten erfasst. Ungeachtet der zuletzt stagnierenden Entwicklung ist die Armutsbetroffenheit in der jüngsten Dreijahresperiode (2007 bis 2009) höher als noch in den ersten drei Jahren zu Beginn der Dekade (2000 bis 2002). Um die Differenzierungen und Trends bei der Betroffenheit von Armut in der Bevölkerung auch für kleine Bevölkerungsgruppen in robuster Weise abzubilden, werden die Armutsquoten zu den ausdifferenzierten Personengruppen über jeweils drei Jahre gemittelt. Die Zunahme der Armutsbetroffenheit gegenüber 2000 bis 2002 beschränkt sich nicht nur auf sozial gefährdete Gruppen. Im Folgenden wird gezeigt, welche Bevölkerungsgruppen, Familien- und Haushaltsformen über- oder unterdurchschnittlich von Armut betroffen sind. Die Kennziffern beziehen sich auf die Verteilung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens innerhalb der gesamten Bevölkerung in den Dreijahresperioden 2000 bis 2002 sowie 2007 bis 2009. Die gesamtdeutsche Armutsquote lag 2000 bis 2002 bei 11,4 % und steigt bis 2007 bis 2009 auf 12,6 %. Betrachtet man lediglich Ostdeutschland, so wird eine außerordentliche Betroffenheit deutlich: In den Jahren 2000 bis 2002 lag die Armutsquote im Osten mit 14,8 % etwa drei Prozentpunkte über dem gesamt-

deutschen Niveau; in den Jahren 2007 bis 2009 liegt die Quote bei 18,8 % und somit um sechs Prozentpunkte über dem Durchschnitt. → Tab. 5 a, b, c

Frauen sind in beiden Landesteilen etwas mehr als Männer von Einkommensarmut

betroffen. Die Armut von Kindern im Alter bis zu 10 Jahren ist im hier betrachteten Zeitraum rückläufig, in Ostdeutschland sind Kinder stärker von Armut betroffen, aber auch hier mit stagnierendem Trend. Im Unterschied dazu hat sich die Armut von Jugendlichen im Alter von 11

Tab. 5 a: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bevölkerungsgruppen, 2000–2002 und 2007–2009, Mittelwert zu Dreijahresperioden

| Armutsschwelle: 60 % Median | Bevölkerung insgesamt | | | | | |
|--------------------------------|-----------------------|------------------|------------------|-----------------|------------------|------------------|
| | Gesamtdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
| | 2007–2009 | | 2000–02 | 2007–2009 | | 2000–02 |
| | Bev.- Anteil | Armuts- Quote | Armuts- Quote | Bev.- Anteil | Armuts- Quote | Armuts- Quote |
| in % | | | | | | |
| Bevölkerung insgesamt | 100,0 | 12,6 | 11,4 | 17,9 | 18,8 | 14,8 |
| Geschlecht | | | | | | |
| Männlich | 49,1 | 11,9 | 10,5 | 50,0 | 18,2 | 13,9 |
| Weiblich | 50,9 | 13,3 | 12,2 | 50,0 | 19,5 | 15,7 |
| Alter | | | | | | |
| Bis 10 Jahre | 9,0 | 12,3 | 13,6 | 8,4 | 20,9 | 20,1 |
| 11–20 Jahre | 10,2 | 18,1 | 16,8 | 8,1 | 28,3 | 23,1 |
| 21–30 Jahre | 12,0 | 18,3 | 15,0 | 13,2 | 28,4 | 20,6 |
| 31–40 Jahre | 12,9 | 9,3 | 8,9 | 11,8 | 15,6 | 14,9 |
| 41–50 Jahre | 16,9 | 11,5 | 9,1 | 16,9 | 21,3 | 14,9 |
| 51–60 Jahre | 13,7 | 12,9 | 8,9 | 14,6 | 23,1 | 14,6 |
| 61–70 Jahre | 12,8 | 9,7 | 10,5 | 12,9 | 9,2 | 8,0 |
| 71 Jahre und älter | 12,6 | 10,4 | 10,6 | 14,2 | 7,4 | 6,9 |
| Migrationshintergrund | | | | | | |
| Ohne Migrationshintergrund | 80,9 | 10,8 | 9,5 | 96,3 | 18,3 | 14,4 |
| Mit Migrationshintergrund | 19,2 | 20,5 | 20,0 | 3,7 | 32,6 | 27,6 |
| Region¹ | | | | | | |
| Nord-West | 42,6 | 11,8 | 10,4 | - | - | - |
| Süd-West | 34,3 | 10,4 | 10,3 | - | - | - |
| Stadtstaaten | 7,0 | 13,3 | 12,4 | - | - | - |
| Ost | 16,1 | 19,0 | 15,2 | - | - | - |
| Gemeindegrößenklasse | | | | | | |
| Unter 2 000 Einwohner | 6,3 | 14,9 | 13,6 | 13,1 | 17,9 | 15,3 |
| 2 000 bis 20 000 Einwohner | 34,5 | 11,7 | 11,8 | 35,1 | 17,9 | 14,2 |
| 20 000 bis 100 000 Einwohner | 27,5 | 13,0 | 10,5 | 24,4 | 21,7 | 17,4 |
| 100 000 bis 500 000 Einwohner | 16,1 | 13,4 | 11,5 | 14,0 | 18,8 | 14,5 |
| Über 500 000 Einwohner | 15,8 | 12,2 | 10,5 | 13,3 | 16,9 | 11,4 |
| Mieter-Status | | | | | | |
| Eigentümerhaushalt | 45,5 | 5,9 | 6,3 | 37,8 | 10,4 | 9,6 |
| Mieterhaushalt | 54,5 | 18,0 | 15,9 | 62,2 | 23,7 | 18,3 |

Tab. 5 b: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen, 2000–2002 und 2007–2009, Mittelwert zu Dreijahresperioden

| Armutsschwelle: 60 % Median | Bevölkerung ab 18 Jahren | | | | | |
|--|--------------------------|------------------|------------------|-----------------|------------------|------------------|
| | Gesamtdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
| | 2007-09 | | 2000-02 | 2007-09 | | 2000-02 |
| | Bev.- Anteil | Armuts- Quote | Armuts- Quote | Bev.- Anteil | Armuts- Quote | Armuts- Quote |
| in % | | | | | | |
| Insgesamt, Bevölkerung ab 18 Jahren | 85,4 | 12,5 | 10,7 | 88,3 | 18,4 | 13,7 |

Familienstand

| | | | | | | |
|-----------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Verheiratet/zusammenlebend | 52,5 | 8,2 | 7,7 | 48,8 | 10,7 | 7,9 |
| Verheiratet/getrennt lebend | 2,2 | 17,2 | 20,2 | 1,4 | 28,8 | 33,7 |
| Ledig | 27,4 | 17,4 | 14,5 | 30,8 | 28,2 | 21,7 |
| Geschieden | 9,9 | 21,5 | 19,0 | 11,1 | 30,8 | 29,1 |
| Verwitwet | 8,1 | 10,8 | 10,4 | 7,9 | 8,1 | 7,0 |

Bildungsabschluss

| | | | | | | |
|--------------------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Hauptschule, ohne Abschluss | 10,9 | 25,8 | 20,9 | 6,2 | 31,8 | 24,2 |
| RS, FHS, Gymnasium ohne Abschluss | 3,6 | 15,9 | 10,8 | 3,3 | 33,4 | 20,3 |
| Hauptschule, mit Abschluss | 26,9 | 10,2 | 9,3 | 21,1 | 18,7 | 13,2 |
| Realschule, mit Abschluss | 23,8 | 10,0 | 7,5 | 36,7 | 18,4 | 14,3 |
| FHS, Gymnasium, mit Abschluss | 8,7 | 10,8 | 10,2 | 6,5 | 16,1 | 17,4 |
| Sonstiges | 5,9 | 22,6 | 20,0 | 1,7 | 47,1 | 26,9 |
| FH, Universität | 17,8 | 4,7 | 3,9 | 22,2 | 6,8 | 5,1 |
| In Lehre, Schule, Studium | 2,6 | 19,5 | 16,3 | 2,4 | 30,3 | 20,3 |

Erwerbsstatus

| | | | | | | |
|------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Erwerbstätig, Vollzeit | 37,6 | 4,1 | 4,1 | 36,1 | 7,2 | 6,0 |
| Erwerbstätig, Teilzeit | 16,8 | 11,7 | 11,6 | 12,6 | 18,6 | 16,7 |
| Arbeitslos | 7,2 | 53,3 | 37,6 | 13,0 | 63,7 | 41,5 |
| In Ausbildung | 3,9 | 23,6 | 20,6 | 4,3 | 26,7 | 24,8 |
| Nicht erwerbstätig | 34,5 | 11,7 | 12,0 | 34,0 | 11,4 | 10,0 |

Berufliche Stellung

| | | | | | | |
|---------------------------|------|------|------|------|------|------|
| Un-, angelernte Arbeiter | 15,9 | 16,7 | 13,6 | 13,3 | 22,5 | 17,5 |
| Facharbeiter, Meister | 14,6 | 4,5 | 4,6 | 19,7 | 7,0 | 6,3 |
| Selbstständige | 9,9 | 9,0 | 9,4 | 11,4 | 18,7 | 16,8 |
| Auszubildende, Volontäre | 4,6 | 22,7 | 20,4 | 6,0 | 34,9 | 23,6 |
| Einfache Angestellte | 13,9 | 10,0 | 6,1 | 14,3 | 14,7 | 8,9 |
| Qualifizierte Angestellte | 21,4 | 2,0 | 2,0 | 19,5 | 4,0 | 3,0 |
| Leitende Angestellte | 13,6 | 0,6 | 0,9 | 11,9 | 2,1 | 1,2 |
| Einfache/mittlere Beamte | 1,9 | 0,7 | 1,4 | 1,9 | 0,7 | 5,3 |
| Gehobene/höhere Beamte | 4,2 | 0,6 | 0,7 | 1,9 | 0,0 | 1,9 |

Datenbasis: SOEP 2009.

bis 20 Jahren innerhalb der letzten Dekade in beiden Landesteilen erhöht. Unter den Erwachsenen sinkt mit zunehmendem Alter die Betroffenheit von Armut. Am höchsten sind die Armutsquoten in den Jahren 2007 bis 2009 in der Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren. In Ostdeutschland lebt in dieser Periode mehr

als jeder vierte Jugendliche (11 bis 20 Jahre) und junger Erwachsene (21 bis 30 Jahre) in unzureichenden Einkommensverhältnissen. Die niedrigsten Armutsquoten nach Altersgruppen sind in beiden Landesteilen in den Perioden 2000 bis 2002 und 2007 bis 2009 bei den Personen über 60 Jahren zu finden; dies ist auch ein In-

diz für die weitgehend gute Absicherung der heutigen Rentner gegen Altersarmut. Die derzeitigen ostdeutschen Rentnergenerationen profitieren dabei noch von systembedingten Unterschieden in der Arbeitsmarktbeteiligung aus der Zeit vor der Vereinigung. Allerdings weisen die vor allem in Ostdeutschland stark zunehmenden Armutsquoten in den Altersgruppen der 40- bis 60-Jährigen auf steigende Risiken der Altersarmut hin.

Personen mit Migrationshintergrund sind unverändert einem doppelt so hohen Armutsrisiko ausgesetzt wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In Ostdeutschland ist die Armutsbetroffenheit bei Migranten noch höher, allerdings ist ihr Bevölkerungsanteil hier weit geringer als in Westdeutschland.

Verheiratet zusammen Lebende sind nach wie vor am geringsten von Armut betroffen, Ledige und Geschiedene haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko, wobei es für Ledige in den letzten Jahren gestiegen ist. Für Personen ohne Bildungsabschluss bzw. mit geringer Bildung hat sich das 2000 bis 2002 bereits überproportionale Armutsrisiko noch weiter erhöht. Aber auch bei Personen mit hohem Bildungsstand ist das vormals sehr niedrige Armutsrisiko leicht angestiegen.

Arbeitslose tragen nach wie vor ein überproportionales Armutsrisiko. Sie sind in den Jahren 2007 bis 2009 mit 53 % in Gesamtdeutschland und mit 64 % in Ostdeutschland die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Armutsbetroffenheit. Im Vergleich zu 2000 bis 2002 hat sich die Quote nochmals erheblich erhöht. Die niedrige Armutsquote bei Vollzeitbeschäftigten sowie die mittlere Armutsquote bei Nichterwerbstätigen hat sich gegenüber dem Jahr 2000 bis 2002 im Niveau gehalten; die seit 2000 bis 2002 erfolgte Erhöhung der Armutsziffern erfasste daher vor allem Arbeitslose.

Nach den Auszubildenden und Volontären finden sich innerhalb der beruf-

Tab. 5 c: Betroffenheit von Armut in Deutschland nach Haushaltsmerkmalen, 2000-2002 und 2007-2009, Mittelwert zu Dreijahresperioden

| Armutsschwelle: 60 % Median | Bevölkerung insgesamt | | | | | |
|--|-----------------------|-------------|-------------|----------------|-------------|-------------|
| | Gesamtdeutschland | | | Ostdeutschland | | |
| | 2007-2009 | | 2000-2002 | 2007-2009 | | 2000-2002 |
| | Bev.-Anteil | Armut-Quote | Armut-Quote | Bev.-Anteil | Armut-Quote | Armut-Quote |
| | in % | | | | | |
| Insgesamt | 100,0 | 12,6 | 11,4 | 17,9 | 18,8 | 14,8 |
| Haushaltsgröße | | | | | | |
| 1-Personen-Haushalt | 19,5 | 18,2 | 15,1 | 20,8 | 27,9 | 21,0 |
| 2-Personen-Haushalt | 33,1 | 9,2 | 8,6 | 37,7 | 12,5 | 10,1 |
| 3-Personen-Haushalt | 19,0 | 12,0 | 9,3 | 20,8 | 16,7 | 12,3 |
| 4-Personen-Haushalt | 19,3 | 9,3 | 8,7 | 14,7 | 17,7 | 11,6 |
| 5- und mehr Personen-Haushalt | 9,1 | 21,3 | 22,1 | 6,0 | 35,9 | 37,0 |
| Alter des Haushaltsvorstands | | | | | | |
| 16-34 Jahre | 14,6 | 17,1 | 15,6 | 18,0 | 24,8 | 21,3 |
| 35-54 Jahre | 48,1 | 12,3 | 10,4 | 43,9 | 21,2 | 17,0 |
| 55-74 Jahre | 28,4 | 11,3 | 10,3 | 29,3 | 15,0 | 9,3 |
| 75 Jahre und älter | 8,9 | 11,2 | 11,1 | 8,9 | 7,4 | 8,5 |
| Personengruppen | | | | | | |
| Haushaltsvorstand | 52,6 | 13,5 | 11,7 | 54,6 | 20,0 | 15,5 |
| (Ehe-)Partner | 23,3 | 8,2 | 7,9 | 24,3 | 11,4 | 9,6 |
| Kind(er) bis 17 Jahre | 15,7 | 13,9 | 14,7 | 12,5 | 22,4 | 21,6 |
| Kind(er) ab 18 Jahre | 8,1 | 17,1 | 12,0 | 8,3 | 27,2 | 14,5 |
| Weitere Haushaltsmitglieder | 0,3 | 22,8 | 19,3 | 0,2 | 28,6 | 18,7 |
| Haushaltstypen | | | | | | |
| Singlehaushalt | 19,5 | 18,2 | 15,1 | 20,8 | 27,9 | 21,0 |
| Paarhaushalt ohne Kinder | 28,9 | 6,8 | 6,6 | 32,5 | 8,5 | 6,9 |
| Paarhaushalt mit minderjährigem Kind | 32,6 | 10,5 | 10,9 | 25,8 | 16,2 | 15,1 |
| Einelternhaushalt | 5,0 | 33,6 | 32,6 | 5,8 | 44,3 | 43,3 |
| Haushalt mit erwachsenem Kind | 13,6 | 14,0 | 8,7 | 14,8 | 23,2 | 9,5 |
| Sonstige Mehrpersonenhaushalte | 0,4 | 11,0 | 24,4 | 0,4 | 23,6 | 20,9 |
| Haushalts-/Lebenszyklus | | | | | | |
| Haushaltsvorstand 16-34 Jahre | | | | | | |
| Singlehaushalt | 3,8 | 25,6 | 20,0 | 4,6 | 35,9 | 31,3 |
| Paarhaushalt (ohne Kind) | 3,4 | 8,1 | 7,3 | 2,8 | 11,2 | 16,0 |
| Haushaltsvorstand 35-54 Jahre | | | | | | |
| Singlehaushalt | 5,4 | 16,8 | 13,0 | 5,9 | 32,3 | 28,0 |
| Paarhaushalt (ohne Kind) | 6,0 | 5,1 | 3,8 | 7,0 | 11,6 | 9,4 |
| Haushalt mit Kind(ern) unter 18 Jahren | | | | | | |
| Paarhaushalt mit 1 Kind | 14,2 | 9,9 | 8,1 | 14,4 | 13,4 | 12,2 |
| Paarhaushalt mit 2 Kinder | 13,3 | 8,6 | 9,2 | 8,3 | 17,3 | 11,2 |
| Paarhaushalt mit 3+ Kinder | 5,0 | 17,4 | 21,7 | 3,1 | 26,5 | 37,8 |
| Einelternhaushalt mit 1 Kind | 2,8 | 36,4 | 26,7 | 3,5 | 47,5 | 37,2 |
| Einelternhaushalt mit 2+ Kinder | 2,3 | 30,4 | 41,3 | 2,3 | 39,7 | 54,6 |
| Haushalt mit Kind(ern) ab 18 Jahren | 13,6 | 14,0 | 8,7 | 14,8 | 23,2 | 9,5 |
| Haushaltsvorstand 55-74 Jahre | | | | | | |
| Paarhaushalt (ohne Kind) | 15,2 | 6,9 | 7,2 | 17,9 | 7,9 | 5,4 |
| Singlehaushalt | 6,5 | 17,0 | 14,6 | 6,7 | 27,5 | 17,9 |
| Haushaltsvorstand 75 Jahre und älter | | | | | | |
| Paarhaushalt (ohne Kind) | 4,4 | 8,0 | 7,7 | 4,9 | 5,1 | 3,2 |
| Singlehaushalt | 3,9 | 14,8 | 13,8 | 3,5 | 11,4 | 11,4 |
| Sonstige Haushalte | 0,4 | 11,0 | 24,4 | 0,4 | 23,6 | 20,9 |

Datenbasis: SOEP 2009.

lichen Statusgruppen die höchsten Armutsquoten unter den un- und angelernten Arbeitern. Bei beiden Gruppen hat sich das Armutsrisiko gegenüber 2000 bis 2002 weiter erhöht. Insbesondere un- und angelernte Arbeiter in Ostdeutschland befinden sich in erheblichem Ausmaß in prekären Lebenslagen. Bei einfachen Angestellten ist das Armutsrisiko gegenüber 2000 bis 2002 zum Teil deutlich gestiegen, wogegen Beamte sowie qualifizierte und hochqualifizierte Angestellte unverändert ein sehr geringes Armutsrisiko tragen. Die in den letzten Jahren zunehmenden Armutsquoten haben demzufolge insbesondere gering qualifizierte Arbeiter und einfache Angestellte erfasst.

Betrachtet man einzelne Haushaltstypen, dann zeigt sich, dass in den letzten zehn Jahren insbesondere bei jüngeren Haushalten sowie Single-Haushalten das Armutsrisiko gestiegen ist, in Ostdeutschland ist zudem ein Anstieg der Armutsquoten beim Eintritt in den Ruhestand zu beobachten. Die niedrigsten Armutsquoten sind bei Paarhaushalten ohne Kinder, die höchsten hingegen bei Familienhaushalten mit mehr als drei Kindern sowie vor allem bei Einelternhaushalten zu finden. Von den Personen in Einelternhaushalten leben in Deutschland insgesamt ein Drittel und in Ostdeutschland 44 % in Armut. Ordnet man die unterschiedlichen Haushaltstypen nach dem Ablauf im Lebenszyklus, so fällt zuerst der starke Anstieg der Armutsquote bei jungen Alleinlebenden ins Auge. Zudem hat sich die Armutsquote bei jungen Familien mit einem Kind erhöht, wogegen die Armutsquote bei Familien mit zwei und mehr Kindern (in Ostdeutschland ab drei und mehr Kindern) gesunken ist. Ältere Paarhaushalte ohne Kinder weisen ein geringes Armutsrisiko auf. Bei Singlehaushalten im Alter von 55 bis 74 Jahren sowie im Alter ab 75 Jahren hat sich das Armutsrisiko 2007 bis 2009 gegenüber 2000 bis 2002 erhöht; insbesondere in Ostdeutschland ist bei den Single-Haushalten ein starker Anstieg der Armutsbe-

troffenheit beim Eintritt in den Ruhestand zu beobachten. Ungeachtet der insgesamt niedrigen Altersarmut gibt es offenkundig innerhalb der Älteren wiederum Gruppen mit erhöhten Armutsrisiken.

6.3.5 Dynamik von Einkommen und Armut

Die Stabilität bzw. die Dynamik von Einkommen und Armut gibt Auskunft über die Chancen und Risiken zur Verbesserung bzw. Verschlechterung der mate-

riellen Grundlagen in einer Gesellschaft. Deshalb ist die Veränderung von Einkommenspositionen im Zeitverlauf ein entscheidender Hinweis dafür, ob es Personen und Haushalten gelingt, defizitäre Positionen zu überwinden und welchem Risiko sie ausgesetzt sind, in unzureichende Einkommenslagen zu gelangen. Die hier angesprochene Mobilität zwischen verschiedenen Einkommenspositionen im zeitlichen Verlauf kann auf mehrere Arten berechnet und dargestellt werden. Bei so genannten Mobilitätsmatrizen wird be-

**Tab. 6: Einkommensdynamik: Quintilsmatrizen im Zeitverlauf
Stabiler/Mobiler Bevölkerungsanteil gegenüber Ausgangszeitpunkt**

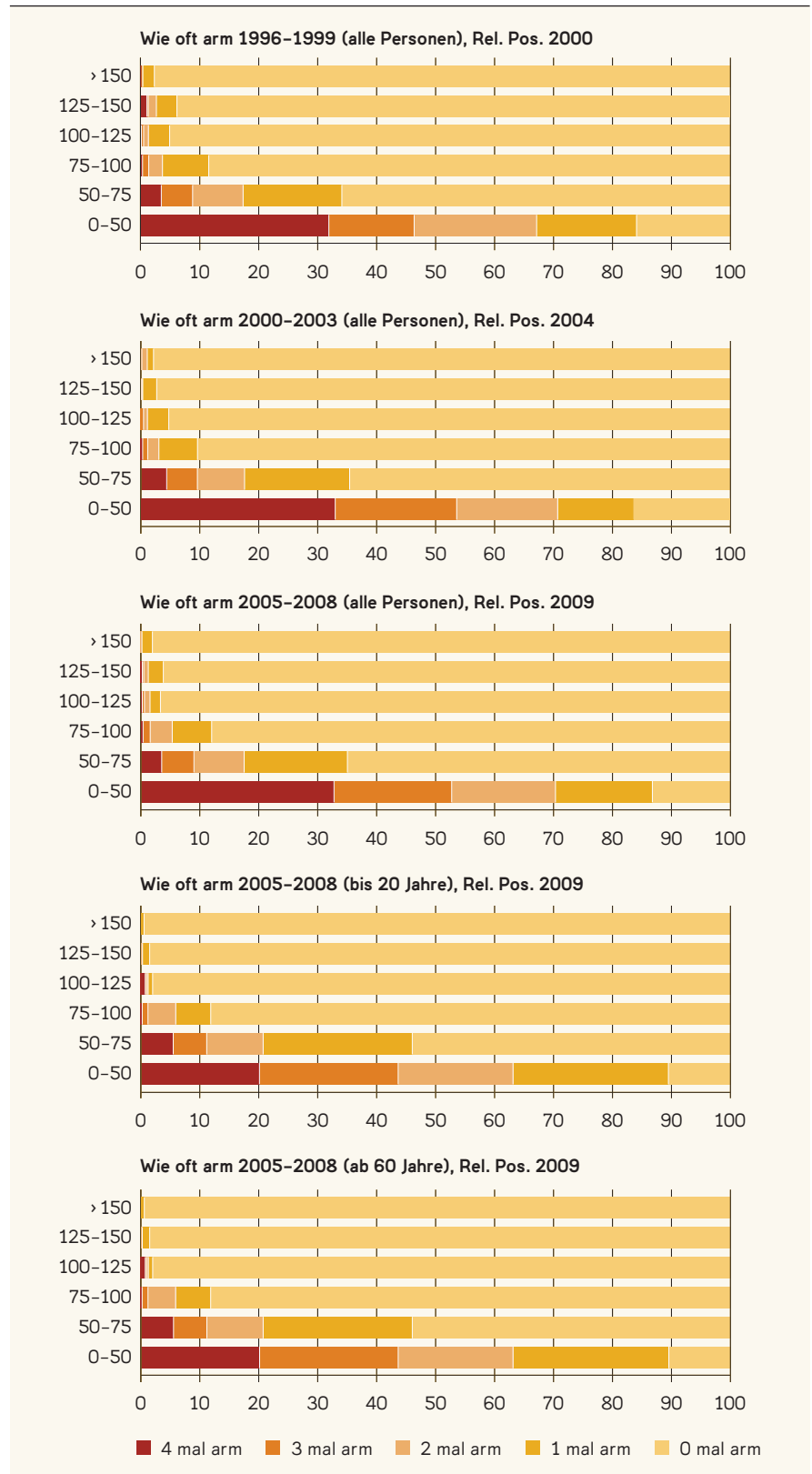
| Ausgangs- quintil | Übergang in Quintil | 1985- 1988 ¹ | 1989- 1992 ¹ | 1993- 1996 | 1997- 2000 | 2001- 2004 | 2006- 2009 |
|----------------------|------------------------|----------------------------|----------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | | in % | | | | | |
| 1. Quintil | 1. Quintil | 57,3 | 58,5 | 58,6 | 58,5 | 62,0 | 65,2 |
| 1. Quintil | 2. Quintil | 24,3 | 20,8 | 24,5 | 23,0 | 22,4 | 21,8 |
| 1. Quintil | 3. Quintil | 9,0 | 11,7 | 10,7 | 12,6 | 9,2 | 7,9 |
| 1. Quintil | 4. Quintil | 7,2 | 7,1 | 4,0 | 3,8 | 4,3 | 4,1 |
| 1. Quintil | 5. Quintil | 2,2 | 1,9 | 2,2 | 2,1 | 2,2 | 1,0 |
| 2. Quintil | 1. Quintil | 24,0 | 26,8 | 22,2 | 25,7 | 21,7 | 23,6 |
| 2. Quintil | 2. Quintil | 39,4 | 39,7 | 38,7 | 40,8 | 43,5 | 47,1 |
| 2. Quintil | 3. Quintil | 22,4 | 20,3 | 24,3 | 21,3 | 21,5 | 17,9 |
| 2. Quintil | 4. Quintil | 11,1 | 10,2 | 10,7 | 8,8 | 10,2 | 9,7 |
| 2. Quintil | 5. Quintil | 3,2 | 3,0 | 4,1 | 3,4 | 3,2 | 1,8 |
| 3. Quintil | 1. Quintil | 10,1 | 10,8 | 9,0 | 9,2 | 9,2 | 6,0 |
| 3. Quintil | 2. Quintil | 22,3 | 23,4 | 25,5 | 22,4 | 22,3 | 28,6 |
| 3. Quintil | 3. Quintil | 37,7 | 39,5 | 36,7 | 37,6 | 41,6 | 41,5 |
| 3. Quintil | 4. Quintil | 22,1 | 21,1 | 22,5 | 23,7 | 21,4 | 20,1 |
| 3. Quintil | 5. Quintil | 7,7 | 5,2 | 6,4 | 7,1 | 5,4 | 3,8 |
| 4. Quintil | 1. Quintil | 5,6 | 5,4 | 5,7 | 5,3 | 4,1 | 3,3 |
| 4. Quintil | 2. Quintil | 11,2 | 8,9 | 8,1 | 9,4 | 8,9 | 7,5 |
| 4. Quintil | 3. Quintil | 22,5 | 20,9 | 23,2 | 21,5 | 22,2 | 24,4 |
| 4. Quintil | 4. Quintil | 37,5 | 42,9 | 41,7 | 44,2 | 46,4 | 50,5 |
| 4. Quintil | 5. Quintil | 23,1 | 22,0 | 21,4 | 19,6 | 18,3 | 14,4 |
| 5. Quintil | 1. Quintil | 2,7 | 0,7 | 3,7 | 2,2 | 1,8 | 2,1 |
| 5. Quintil | 2. Quintil | 3,8 | 3,6 | 3,6 | 2,7 | 3,4 | 3,4 |
| 5. Quintil | 3. Quintil | 5,8 | 8,0 | 7,7 | 5,9 | 7,4 | 5,2 |
| 5. Quintil | 4. Quintil | 21,3 | 21,3 | 19,1 | 20,7 | 21,2 | 23,7 |
| 5. Quintil | 5. Quintil | 66,5 | 66,3 | 65,8 | 68,5 | 66,3 | 65,6 |

rechnet, welcher Bevölkerungsanteil zu zwei Zeitpunkten in denselben Einkommensklassen (Quintilen) geblieben, beziehungsweise in höhere oder niedrigere Einkommensschichten gewechselt ist

Um die Mobilitätsmuster bei längeren Zeitabständen darzustellen, werden Verbleib und Übergänge in/aus Einkommensquintilen in einem vierjährigen Abstand betrachtet. Hier zeigt sich, dass sich das Risiko, im untersten Quintil zu verbleiben, über die Jahre hinweg deutlich erhöht hat (von 57% in den 1980er Jahren auf 65% in 2009). Der Übergang von der untersten in gehobene Einkommenslagen hat sich entsprechend verringert. In den letzten Jahren erhöhte sich auch der Verbleib im zweiten und dritten Quintil. Im zweiten Quintil geht dies zeitweilig mit einem Rückgang des Übergangs in niedrigere Einkommenslagen einher, im mittleren Einkommensbereich ist dies bis zum jüngsten Zeitfenster jedoch eher mit einem nachlassenden Aufstieg in höhere Einkommensschichten verbunden. Der Verbleib im obersten Einkommensquintil hatte sich zwischenzeitlich ebenfalls erhöht, ist aber in den letzten Jahren wieder auf den mit ca. 66% hohen Ausgangswert der 1980er Jahre zurückgegangen. Vor allem Abstiege in das benachbarte vierte Quintil hatten sich zunächst verringert, steigen allerdings aktuell wieder an – der Umfang an weiter entfernten Einkommensabstiegen ist jedoch ungefähr gleich geblieben. → Tab. 6

Abschließend wird der Frage nachgegangen, in welchem Umfang die Bevölkerung in verschiedenen Einkommensschichten eines Jahres in den zurückliegenden vier Jahren Armut persönlich erfahren hat. Dabei bleibt unbeachtet, ob diese individuellen Armutserfahrungen zuvor im selben oder einem anderen Haushalt gemacht wurden.⁶ Die Grafik weist die individuelle Armutserfahrung für die Ausgangsjahre 2000 (1996 bis 1999), 2004 (2000 bis 2003) und 2009 (2005 bis 2008) aus; für das Jahr 2006 wird diese zudem für die jüngste Altersgruppe bis

Abb. 2: Betroffenheit von Armut im Zeitverlauf, in %



Datenbasis: SOEP 1996-2009.

20 Jahre und für die Älteren ab 60 Jahren nochmals getrennt dargestellt. → Abb. 2

Die Ergebnisse zeigen, dass fast 87 % der Personen, die im Jahr 2009 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, bereits in den vier Vorjahren (2005 bis 2008) zumindest einmal von Armut betroffen waren, darunter sind gut ein Drittel der Personen in diesem Zeitraum dauerhaft arm. Die unterste Einkommensschicht setzt sich im Jahr 2009 demnach in folgender Weise zusammen: 33 % aller Personen in dieser Einkommensschicht sind permanent arm, 54 % haben in dieser Periode einen Verlauf in und aus Armut erlebt und weitere 13 % sind meist erstmalig im prekären Einkommensbereich und haben zuvor keinerlei Armutserfahrung gemacht. Im Vergleich dazu setzte sich die Einkommensschichtung im Jahr 2000 noch in folgender Weise zusammen: 32 % aller Personen in dieser Einkommensschicht waren permanent arm, 52 % hatten einen transitorischen Armutsverlauf und wei-

tere 16 % hatten zuvor keinerlei Armutserfahrung. Der Anteil an Personen die im zurückliegenden Zeitraum von vier Jahren mindestens einmal unter der Armutsgrenze lagen, hat zugenommen, wobei insbesondere mehrfache oder dauerhafte Armutserfahrungen angestiegen sind.

Mit zunehmender Höhe der Einkommen nimmt der Personenkreis mit Armutserfahrungen erwartungsgemäß ab. Im Bereich des prekären Wohlstands (50- bis 75%-Schwelle) hat noch etwas mehr als ein Drittel der Personen zumindest einmal innerhalb der zurückliegenden vier Jahre unterhalb der Armutsgrenze gelebt. Kurzfristige Armutserfahrungen reichen bis weit in die mittleren Einkommenslagen hinein. Selbst im Bereich überdurchschnittlicher Einkommen finden sich noch ca. 4 % an Personen, die zumindest kurzfristige Armutserfahrungen gemacht hatten. Insgesamt ist aber die Armutserfahrung der höheren Einkommensschichten gesunken. Vor allem Personen mit mehr als einmaligen Armutperioden sind in den

mittleren und höheren Einkommenspositionen immer seltener zu finden.


Die Muster der Armutsdauer variieren mit dem Lebensalter. Kinder und Jugendliche befinden sich in der Querschnittsbetrachtung häufiger in Armut als erwerbsfähige Erwachsene. Hinsichtlich des Profils der zurückliegenden Armutserfahrung erscheint in dieser Altersgruppe insbesondere der hohe Anteil an dauerhaft Armen im untersten Einkommenssegment sowie der sehr geringe Anteil an Armutserfahrungen bei höheren Einkommenspositionen bemerkenswert; offenkundig fällt ein Herauswachsen aus Armut in mittlere oder höhere Einkommenspositionen in dieser Altersgruppe nicht leicht. Ältere weisen zwar insgesamt im Querschnitt keine überdurchschnittlichen Armutserfahrungen mehr auf. Wer allerdings im Alter ab 60 Jahren im unteren Einkommensbereich angelangt ist, der trägt offenkundig ein hohes Risiko, länger im unteren Einkommensbereich zu verbleiben.

- 1 Bei der Berechnung der Jahreseinkommen werden hier nur rein monetäre Einkünfte betrachtet; Einkommensvorteile durch selbstgenutztes Wohneigentum (imputed rent) bleiben hierbei ebenso unberücksichtigt wie Unterhaltsleistungen etc.
- 2 Bei dieser gesamtdeutschen Betrachtung sind allerdings die Unterschiede in den Preisniveaus im zeitlichen Verlauf sowie die, insbesondere unmittelbar nach der Vereinigung, bedeutsamen Kaufkraftunterschiede zwischen den alten und neuen Ländern noch nicht berücksichtigt. Die nachfolgenden Berechnungen werden deshalb auf der Basis von Realeinkommen zum Basisjahr 2005 durchgeführt, wobei die Einkommen der alten und neuen Länder bis 1997 jeweils getrennt an die entsprechende Preisentwicklung angepasst wurden.
- 3 Bei gesamtdeutscher Betrachtung war unmittelbar nach der Vereinigung, als die Einkommen der alten und neuen Länder noch weiter voneinander entfernt lagen, der Gini-Koeffizient höher als bei alleiniger Betrachtung der westdeutschen Verteilung und ist im Zuge der Einkommensangleichung der neuen Länder im Verlauf der 1990er Jahre zunächst gesunken.
- 4 Genau genommen wird ab dieser Schwelle von einem deutlich erhöhten Armutrisiko gesprochen, da Einkommen nur einen indirekten Indikator für Armut darstellt. Deshalb wird häufig der Begriff Armutrisikoquote genutzt, wir verwenden in diesem Artikel die Begriffe Armutsquote und Armutrisikoquote synonym.
- 5 Die Definition Ostdeutschland ist bei der Regionseinteilung nach Bundesländern ohne Berlin-Ost, bei der Gegenüberstellung von Gesamtdeutschland mit Ostdeutschland aber inklusive Berlin-Ost; dadurch ergibt sich die leicht unterschiedliche Armutsquote für Region Ost und Ostdeutschland.
- 6 Die aktuelle Einkommensschichtung wird anhand der Relation zum arithmetischen Mittel abgebildet, die zurückliegende Armutserfahrung wird als kumulative Messung (n-mal von Armut betroffen) unterhalb der Armutsgrenze von 60 % des jeweils jahresspezifischen Medians berechnet.

7 Sozialstruktur und soziale Lagen

7.1 Soziale Lagen und soziale Schichtung

Roland Habich*

Probleme der sozialen Ungleichheit und der Verteilung finden gegenwärtig insbesondere angesichts der verschärften wirtschaftlichen Situation und der stagnierenden Einkommensentwicklung wieder große Aufmerksamkeit. Mit den veränderten Rahmenbedingungen sind politische Diskussionen und Konflikte verbunden, aber auch unmittelbare Konsequenzen für die Verteilung des Wohlstands sowie die soziale Lage und Stellung verschiedener Bevölkerungsgruppen in der gesellschaftlichen Statushierarchie. Zudem ist neuerdings auch die Strukturierung der Gesellschaft in soziale Klassen und Schichten wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, nachdem deren Existenz zuvor von manchen Sozialwissenschaftlern zunehmend in Frage gestellt und die »klassenlose« oder »entschichtete« Gesellschaft als Folge einer weitgehenden Individualisierung proklamiert worden war. 

Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Im Blickpunkt steht die Sozialstruktur im Jahre 2010 in West- und Ostdeutschland. Durch den Vergleich mit dem Jahr 1991 in Ostdeutschland bzw. 1990 in Westdeutschland können zudem die Richtung des sozialen Wandels insgesamt sowie insbesondere auch die sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland in dieser Periode der gesellschaftlichen Transformation betrachtet werden. Das Interesse richtet sich vor allem auch darauf, inwieweit mit den unterschiedenen sozialen Lagen auch unterschiedliche objektive Lebensbedingungen einhergehen und welche Unterschiede in Dimensionen der subjektiven Wahrnehmung und Bewertung mit den verschiedenen sozialen Lagen verbunden sind. → [Abb. 1](#)

Weitreichende Konsequenzen für die Sozialstruktur waren mit den massiven Umwälzungen verbunden, die nach 1990 auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt stattfanden.

Aus einer ursprünglich vollbeschäftigten Arbeitsgesellschaft entwickelte sich infolge der gesellschaftlichen Transformation nach der deutschen Wiedervereinigung zunächst eine zerklüftete Beschäftigungsstruktur, die sich erst im Zeitverlauf allmählich an die westdeutschen Strukturen angenähert hat. Arbeitslosigkeit, Vorruhestand und Hausfrauenrolle sind für einen erheblichen Teil der ehemals Erwerbstätigen in der DDR im Verlauf des Transformationsprozesses zu meist ungewollte neue Lebensformen geworden. Eine Veränderung der Sozialstruktur in Westdeutschland in vergleichbarer Größenordnung stellt lediglich die Abnahme des Anteils der Nichterwerbstätigen dar, d. h. vor allem eine Halbierung des Anteils von Hausfrauen und damit einhergehend die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Dabei ist bei den Frauen zugleich ein deutlicher Anstieg von qualifizierten Angestelltenpositionen festzustellen. → [Tab. 1](#)

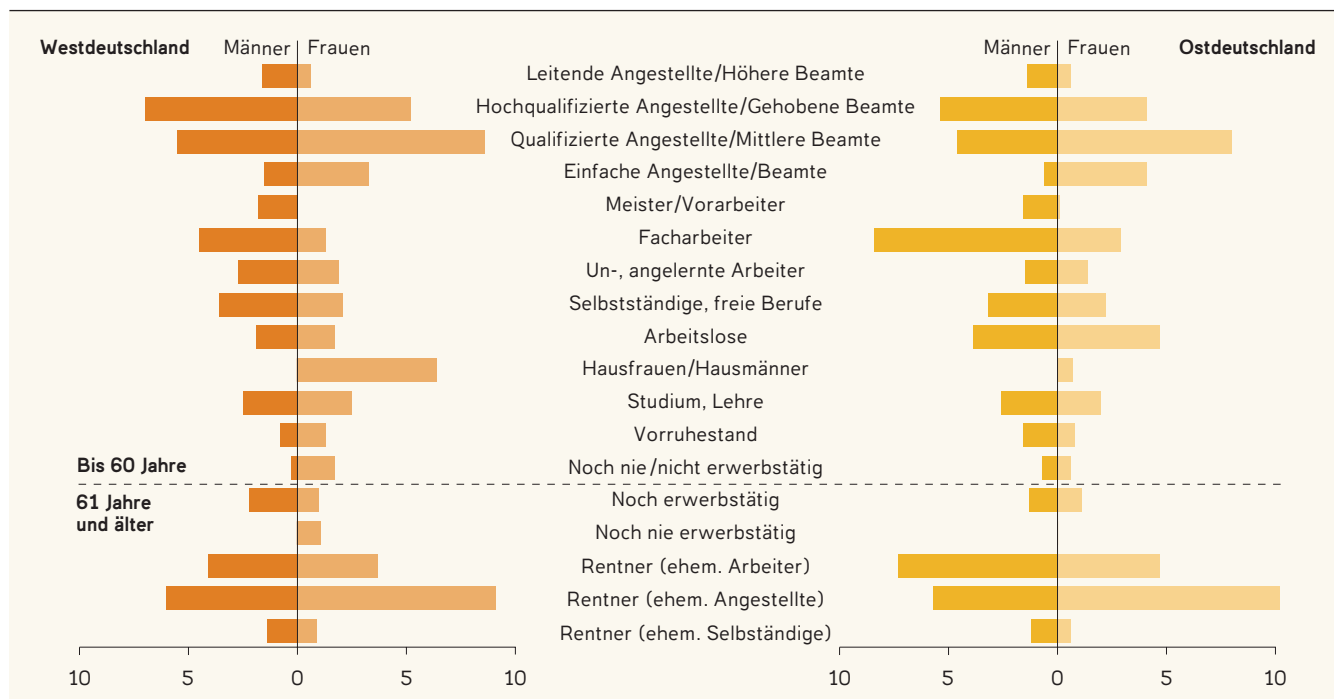
7.1.1 Soziale Lagen in Deutschland

Im Folgenden wird ein übergreifendes Bild der Sozialstruktur der Bundesrepublik präsentiert, das auf die Konzepte der sozialen Lage, der Klassenlage und der subjektiven Schichteinstufung zurückgreift. Für die Unterscheidung von sozialen Lagen wird die erwachsene Bevölkerung zunächst getrennt nach Männern und Frauen, in unter und über 60-Jährige sowie nach ihrer Stellung zum und im Erwerbsleben aufgliedert. Daraus ergeben sich insgesamt 18 soziale Lagen von

Konzepte der Struktur sozialer Ungleichheit

Konzepte wie »soziale Schichtung«, »Klassenlagen« oder »soziale Lagen« beziehen sich auf die Strukturen der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft und auf die Position von Personen in der Statushierarchie. Soziale Schichtung bezeichnet generell eine strukturelle Ungleichheit zwischen sozialen Positionen, die sich z. B. in Einkommens-, Prestige- und Einflussdifferenzen ausdrückt. Die Klassenlage von Personen und Haushalten ist demgegenüber spezifischer und verweist auf Positionen in der vertikalen Statushierarchie, die mit typischen Erwerbs- und Lebenschancen verbunden sind. Das Konzept der »soziale Lage« umfasst darüber hinaus auch weitere Ungleichheitsdimensionen, darunter auch so genannte neue soziale Ungleichheiten, die alte, Ungleichheiten überlagern, verstärken oder abschwächen können. Dabei werden neben objektiven Merkmalen der Benachteiligung zum Teil auch subjektive Merkmale betrachtet.

Abb. 1: Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 2010, in %



Datenbasis: ALLBUS 2010 GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: ALLBUS 2010 – Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv Köln, ZA4610 Datenfile Vers. 1.0.0 (2011-05-30), doi=10.4232/1.0445.

Tab. 1: Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland 1990/91–2010

| | Ost | | West | | Ost | | West | |
|---|------------|--------|------------|--------|------------|--------|------------|--------|
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen | Männer | Frauen | Männer | Frauen |
| | 1991 | | 1990 | | 2010 | | | |
| | in % | | | | | | | |
| Bis 60 Jahre | | | | | | | | |
| Leitende Angestellte/Höhere Beamte | 0,8 | 0,3 | 1,3 | 0,4 | 1,4 | 0,6 | 1,6 | 0,6 |
| Hochqualifizierte Angestellte/ Gehobene Beamte | 5,5 | 6,8 | 7,3 | 3,2 | 5,4 | 4,1 | 7,0 | 5,2 |
| Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte | 2,3 | 10,9 | 5,1 | 6,8 | 4,6 | 8 | 5,5 | 8,6 |
| Einfache Angestellte/Beamte | 1,7 | 4,6 | 1,3 | 4 | 0,6 | 4,1 | 1,5 | 3,3 |
| Meister/Vorarbeiter | 4,3 | 0,9 | 2 | 0,2 | 1,6 | 0,1 | 1,8 | 0 |
| Facharbeiter | 11,9 | 5 | 6,6 | 0,6 | 8,4 | 2,9 | 4,5 | 1,3 |
| Un-, angelernte Arbeiter | 1,9 | 1,7 | 2,2 | 1,6 | 1,5 | 1,4 | 2,7 | 1,9 |
| Selbstständige, freie Berufe | 2,8 | 2,3 | 3,6 | 1,8 | 3,2 | 2,2 | 3,6 | 2,1 |
| Arbeitslose | 2,9 | 4,9 | 0,7 | 1 | 3,9 | 4,7 | 1,9 | 1,7 |
| Hausfrauen/-männer | - | 1,2 | 0,1 | 11,6 | 0 | 0,7 | 0 | 6,4 |
| Studium, Lehre | 1 | 0,5 | 4,8 | 2,6 | 2,6 | 2 | 2,5 | 2,5 |
| Vorruhestand | 1,9 | 3,5 | 1,1 | 1,2 | 1,6 | 0,8 | 0,8 | 1,3 |
| Noch nie/nicht erwerbstätig | 0,2 | 0,2 | 0,7 | 2,6 | 0,7 | 0,6 | 0,3 | 1,7 |
| 61 Jahre und älter | | | | | | | | |
| Noch erwerbstätig | 1,1 | 0,3 | 1,2 | 0,4 | 1,3 | 1,1 | 2,2 | 1 |
| Noch nie erwerbstätig | - | - | 0 | 1,9 | 0 | 0 | 0 | 1,1 |
| Rentner (ehemalige Arbeiter) | 3,9 | 3,3 | 4 | 4,7 | 7,3 | 4,7 | 4,1 | 3,7 |
| Rentner (ehemalige Angestellte) | 3,6 | 5,4 | 4,5 | 5,9 | 5,7 | 10,2 | 6 | 9,1 |
| Rentner (ehemalige Selbständige) | 0,7 | 1,6 | 1,6 | 1,4 | 1,2 | 0,6 | 1,4 | 0,9 |
| Insgesamt | 100 | | 100 | | 100 | | 100 | |

Datenbasis: ALLBUS kumuliert, ALLBUS 2010.

Tab. 2: Indikatoren der objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2010

| Soziale Lagen | Quintile des Haushaltseinkommens pro Kopf ¹ | | | | | | Wohn-eigentum ² | | Eigene wirtschaftliche Lage ist sehr gut/gut ³ | |
|---|--|-----------|----------|-----------|-----------|----------|----------------------------|-----|---|-----|
| | West | | | Ost | | | West | Ost | West | Ost |
| | Unterstes | Mittleres | Oberstes | Unterstes | Mittleres | Oberstes | | | | |
| | in % | | | | | | | | | |
| Bis 60 Jahre | | | | | | | | | | |
| Leitende Angestellte/ Höhere Beamte | 6 | 3 | 72 | - | - | - | 77 | - | 88 | - |
| Hochqualifizierte Angestellte/ Gehobene Beamte | 3 | 13 | 44 | 7 | 10 | 41 | 61 | 57 | 73 | 74 |
| Qualifizierte Angestellte/ Mittlere Beamte | 6 | 25 | 29 | 9 | 24 | 14 | 54 | 58 | 58 | 52 |
| Einfache Angestellte/Beamte | 21 | 17 | 9 | 29 | 32 | 5 | 42 | 50 | 35 | 32 |
| Meister/Vorarbeiter | 0 | 33 | 6 | - | - | - | 68 | - | 47 | - |
| Facharbeiter | 7 | 19 | 13 | - | - | - | 48 | 56 | 40 | 35 |
| Un-, angelernte Arbeiter | 32 | 25 | 1 | 22 | 30 | 2 | 28 | 36 | 29 | 16 |
| Selbstständige, freie Berufe | 8 | 17 | 35 | 41 | 23 | 5 | 61 | 65 | 51 | 54 |
| Arbeitslose | 70 | 8 | 5 | 27 | 12 | 22 | 23 | 36 | 10 | 11 |
| Hausfrauen/-männer | 17 | 22 | 12 | 70 | 6 | 2 | 67 | - | 54 | - |
| Studium/Lehre | 39 | 17 | 20 | - | - | - | 49 | 38 | 46 | 49 |
| Vorruhestand | 20 | 14 | 26 | - | - | - | 55 | 62 | 37 | 33 |
| Noch nie/nicht erwerbstätig | 48 | 19 | 13 | - | - | - | - | - | 34 | - |
| 61 Jahre und älter | | | | | | | | | | |
| Noch erwerbstätig | 11 | 11 | 36 | - | - | - | 71 | - | 68 | - |
| Rentner (ehemalige Arbeiter) | 34 | 21 | 4 | 35 | 19 | 0 | 71 | 58 | 60 | 55 |
| Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte) | 9 | 24 | 25 | 16 | 35 | 4 | 64 | 55 | 51 | 55 |
| Rentner (ehemalige Selbstständige) | 29 | 6 | 26 | - | - | - | 71 | - | 74 | - |

2 Anteil der Personen, die angeben, dass sie im eigenem Haus/ in der eigenen Wohnung (auch Familienbesitz) wohnen.

3 Eigene wirtschaftliche Situation ist »sehr gut« oder »gut«.

- = Fallzahl zu gering.

In Westdeutschland dominieren unter den Erwerbstätigen die Angestellten und Beamten. Während die alte Bundesrepublik insofern bereits über einen längeren Zeitraum als eine »Angestelltengesellschaft« bezeichnet werden kann, hat sich die ausgeprägte »Facharbeitergesellschaft« der damaligen DDR mittlerweile teilweise aufgelöst, wenngleich Arbeiterpositionen – vor allem bei den Männern – hier nach wie vor einen leicht größeren Stellenwert haben.

Ein Zeitvergleich (West 1990 bis 2006; Ost 1991 bis 2006) verdeutlicht die Unterschiede zwischen den vielfältigen Umbrüchen während der Transformation in Ostdeutschland und der eher kontinuierlichen, undramatischen Entwicklung im

Westen. Im Osten finden sich markante Veränderungen in fast allen sozialen Lagen, wobei sich die Probleme des Arbeitsplatzabbaus in einem anhaltend hohen Bestand an Arbeitslosen – insbesondere bei den Frauen – sowie in den vergleichsweise hohen Anteilen der Rentner und vor allem Rentnerinnen manifestieren. Positiv hat sich dagegen der Anteil der Selbstständigen entwickelt, der diesen Daten zufolge im Jahr 2010 im Osten sogar größer ist als in Westdeutschland.

Soziale Lagen sind auch als Handlungskontexte von Bedeutung, die unterschiedliche Chancen der Lebensgestaltung bieten. Die Ungleichheit in den objektiven Lebensbedingungen, die mit der Zugehörigkeit zu den hier unterschiede-

nen sozialen Lagen verbunden ist, äußert sich u. a. in Einkommensunterschieden, im allgemeinen Lebensstandard – z. B. gemessen am Wohneigentum – sowie in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Dabei zeigt sich, dass mit einer höheren Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft erwartungsgemäß auch eine vorteilhaftere materielle Situation verbunden ist. Selbstständige, freie Berufe sowie hoch qualifizierte oder leitende Angestellte und Beamte befinden sich überwiegend im oberen Segment der Einkommensverteilung, während die Zugehörigkeit zu Arbeiterpositionen eher mit einem mittleren oder niedrigeren Einkommen verbunden ist. Vergleicht man die finanzielle Situation der verschiedenen sozialen La-



gen in Ost- und Westdeutschland, dann sind die Differenzen bei den (Fach-) Arbeitern und einfachen Angestellten geringer als bei höher qualifizierten Gruppen.

→ Tab. 2

Die Betrachtung des Anteils von Wohneigentümern als einem relevanten Indikator für den allgemeinen Lebensstandard verdeutlicht, dass mit den differentiellen sozialen Lagen auch Unterschiede in den Möglichkeiten der Ressourcenverwendung einhergehen: In Ost- und Westdeutschland finden sich unterdurchschnittliche Eigentümerquoten vor allem in den wenig qualifizierten Arbeiter- und Angestelltenpositionen.

Die differentiellen materiellen Verhältnisse, die mit diesen sozialen Lagen verbunden sind, spiegeln sich auch in der subjektiven Beurteilung der eigenen wirt-

schaftlichen Situation wider. Während Personen in privilegierten sozialen Lagen ihre wirtschaftliche Situation vorwiegend auch als »sehr gut« oder »gut« bewerten, fällt die Bewertung bei Personen in schlechteren sozialen Lagen erwartungsgemäß weniger günstig aus.

Mit den unterschiedenen sozialen Lagen gehen auch deutliche Differenzen in der subjektiven Beurteilung einher, ob man glaubt, einen gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard zu erhalten. Es zeigt sich, dass soziale Lagen, die durch Arbeiter- oder einfache Angestelltenpositionen bestimmt sind, aber vor allem Arbeitslose seltener als andere einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten glauben. Nur 28 % der Arbeitslosen in Westdeutschland und 10 % in Ostdeutschland betrachten ihren Anteil am Lebensstandard als gerecht. → Tab. 3

Die einzelnen sozialen Lagen repräsentieren auch unterschiedliche soziale Positionen in der subjektiv wahrgenommenen vertikalen Gliederung der Gesellschaft, wie an ihrer Einstufung auf der »Unten-Oben-Skala« (1 bis 10) abzulesen ist. Am höchsten ordnen sich erwartungsgemäß leitende und höhere Angestellte und Beamte ein, aber auch diejenigen, die in ihrem zurückliegenden Erwerbsleben eine solche Position ausgeübt haben (Rentner) oder den Aufstieg in eine entsprechenden Positionen für die Zukunft erwarten (noch in Ausbildung). Ganz unten ordnen sich dagegen un- und angelernte Arbeiter sowie Arbeitslose ein. Die Differenz zwischen den sozialen Lagen mit der höchsten und niedrigsten Einstufung beträgt immerhin mehr als zwei Skaleneinheiten. Bemerkenswert ist der Befund, dass sich die Ostdeutschen auch im Jahr 2010 mit ganz

Tab. 3: Indikatoren der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland nach sozialen Lagen 2010

| Soziale Lagen | Gerechter Anteil am Lebensstandard Anteil »gerecht/ mehr als gerecht« | | Einstufung auf der Unten-Oben-Skala ¹ | | Allgemeine Lebenszufriedenheit ² | |
|--|---|-----|--|-----|---|-----|
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| | in % | | Ø | | | |
| Bis 60 Jahre | | | | | | |
| Leitende Angestellte/Höhere Beamte | 86 | - | 6,9 | - | 8,4 | - |
| Hochqualifizierte Angestellte/ Gehobene Beamte | 74 | 48 | 6,6 | 6,5 | 7,8 | 7,6 |
| Qualifizierte Angestellte/Mittlere Beamte | 63 | 43 | 6,1 | 6,1 | 7,5 | 7,5 |
| Einfache Angestellte/Beamte | 56 | 28 | 5,4 | 5,4 | 7 | 7,1 |
| Meister/Vorarbeiter | 47 | - | 6,1 | - | 7,3 | - |
| Facharbeiter | 45 | 20 | 5,5 | 5,3 | 7,2 | 6,6 |
| Un-, angelernte Arbeiter | 44 | 20 | 5 | 4,4 | 6,6 | 6,7 |
| Selbstständige, freie Berufe | 67 | 41 | 6,5 | 5,8 | 7,7 | 6,9 |
| Arbeitslose | 28 | 10 | 4,1 | 4,3 | 5,1 | 5,3 |
| Hausfrauen/-männer | 72 | - | 5,8 | - | 7,5 | - |
| Studium, Lehre | 75 | 63 | 6,5 | 6,1 | 7,8 | 7,8 |
| Vorruhestand | 54 | 24 | 5,4 | - | 6,7 | - |
| Noch nie/nicht erwerbstätig | 69 | - | 5,4 | - | 6,6 | - |
| 61 Jahre und älter | | | | | | |
| Noch erwerbstätig | 75 | - | 6,5 | - | 7,9 | - |
| Rentner (ehemalige Arbeiter) | 58 | 34 | 5 | 5,2 | 7,3 | 6,8 |
| Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte) | 75 | 38 | 6,1 | 5,7 | 7,8 | 7,2 |
| Rentner (ehemalige Selbstständige) | 77 | - | 5,9 | - | 7,9 | - |

¹ Mittelwerte auf der Unten-Oben-Skala von 1 bis 10.

² Mittelwerte auf Zufriedenheitsskala von 0 bis 10.

- = Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 2010.

wenigen Ausnahmen durchgängig niedriger einstufen als die Westdeutschen.

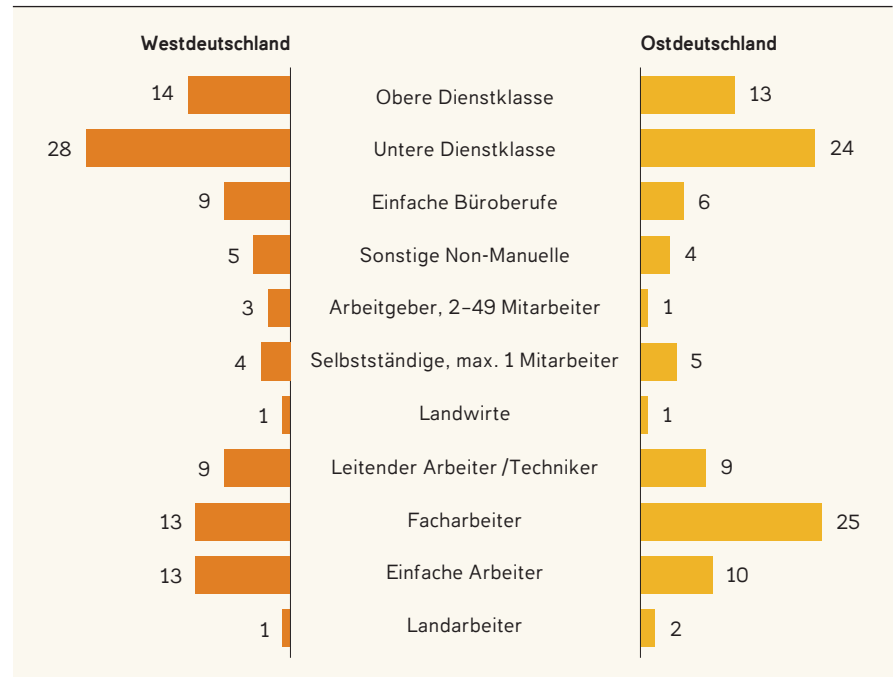
Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist das bilanzierende Maß der Bewertung aller Lebensumstände. Hier wird noch deutlicher als bei der wahrgenommenen sozialen Position in der gesellschaftlichen Hierarchie, dass mit den unterschiedlichen sozialen Lagen auch ein unterschiedlich hohes Niveau an Lebensqualität verbunden ist. Dabei ist auch hier darauf hinzuweisen, dass die ostdeutsche Bevölkerung immer noch in nahezu allen sozialen Lagen über ein geringeres subjektives Wohlbefinden verfügt.

7.1.2 Klassenlagen

Neben dem Konzept der sozialen Lage wird für sozialstrukturelle Analysen – insbesondere Analysen zur sozialen Mobilität – vielfach auch das auf Max Weber zurückgehende Konzept der Klassenlage verwendet. Die beiden Konzepte weisen Ähnlichkeiten, aber auch einige Unterschiede auf. Sowohl das Konzept der sozialen Lage als auch das der Klassenlage betonen die Zentralität des Erwerbssystems und gehen davon aus, dass die Position auf dem Arbeitsmarkt und im Beruf die Lebenschancen der Gesellschaftsmitglieder insgesamt und nachhaltig prägt. Die Unterschiede liegen insbesondere darin, dass sich das Konzept der Klassenlage bei der Klassifizierung der Personen allein auf Merkmale der Berufstätigkeit stützt, die eigene aktuelle oder frühere, bzw. der Partnerin.

Betrachtet man die Verteilung der Bevölkerung auf die elf unterschiedenen Klassenlagen, dann zeigt sich, dass die Klassenstrukturen in West- und Ostdeutschland mittlerweile (2010) überraschend große Ähnlichkeiten, aber weiterhin auch charakteristische Unterschiede aufweisen. Die Unterschiede manifestieren sich in etwas geringeren Anteilen der Bevölkerung in Ostdeutschland, die auf die beiden Dienstklassen und die einfachen Büroberufe

Abb. 2: Klassenlagen in West- und Ostdeutschland 2010, in %



Datenbasis: ALLBUS 2010.

entfallen, sowie in nach wie vor deutlich höheren Anteilen der Klassenlagen der Facharbeiter. Insgesamt entfällt im Jahr 2010 einschließlich der so genannten »Arbeiterelite« mit 46 % fast die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung auf Arbeiterklassenlagen (Westdeutschland 36 %), darunter 25 % auf die der Facharbeiter. In Westdeutschland werden mehr als vier von zehn Personen den beiden Dienstklassen zugeordnet, gegenüber gut einem Drittel in Ostdeutschland. In mehr als der Hälfte der unterschiedenen Klassenlagen – einschließlich der Selbständigen – sind zwischen West- und Ostdeutschland allerdings praktisch keine Unterschiede mehr festzustellen. → Abb. 2

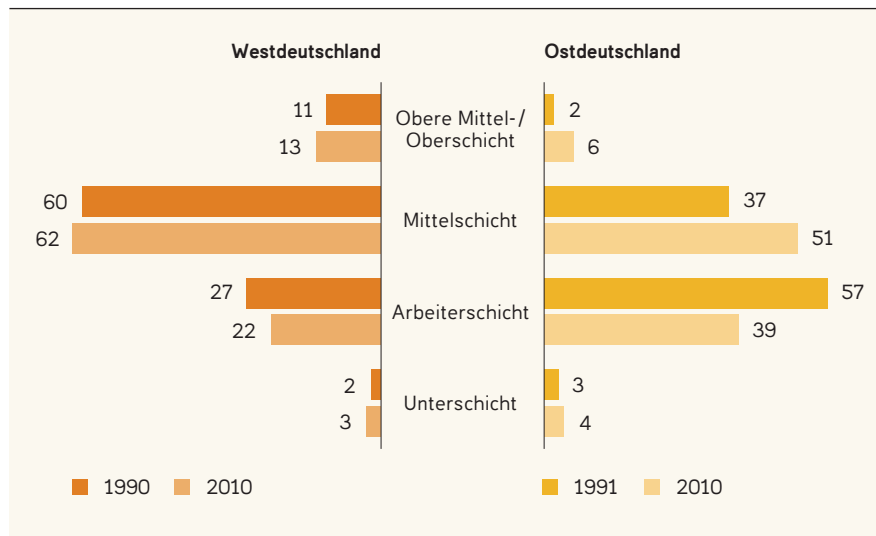
7.1.3 Subjektive Schichtzugehörigkeit

Eine relevante Ergänzung des im Wesentlichen auf objektiven Informationen zur Stellung zum und im Erwerbsleben beruhenden Bildes der Lebenslagen- und Klassenstruktur liefern Informationen über die subjektive Schichteinstufung. Angaben darüber, wie sich Personen in

eine vorgegebene Rangordnung sozialer Schichten einstufen, bieten vor allem Aufschlüsse darüber, wie verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft ihren eigenen Status im Vergleich zu anderen wahrnehmen und bewerten, welchem sozialen Milieu sie sich zuordnen und aus welcher Perspektive sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können – Fragen, die auch im Jahre 2010 im Vergleich von Ost- und Westdeutschland von erheblichem Interesse sind. → Abb. 3

In Westdeutschland ordnete sich im Jahr 2010 jeder Vierte der erwachsenen Bevölkerung der Unter- oder Arbeiterschicht zu, nahezu zwei Drittel der Mittelschicht und knapp jeder Achte der oberen Mittel- oder Oberschicht. In Ostdeutschland stuft sich 2010 zum ersten Mal die Hälfte der Bevölkerung in die Mittelschicht ein, und 43 % identifizieren sich mit der Unter- oder Arbeiterschicht und lediglich 6 % mit der oberen Mittel- oder Oberschicht. Der Unterschicht im engeren Sinne zugehörig betrachtet sich in West wie Ost mit 3 bzw. 4 % nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung.

Abb. 3: Subjektive Schichtzugehörigkeit 1990 und 2010, in %



Datenbasis: ALLBUS, kumuliert.

Tab. 4: Subjektive Schichtzugehörigkeit in Deutschland 1980–2006

| | Unterschicht | Arbeiterschicht | Mittelschicht | Obere Mittel-/Oberschicht |
|------------------------|--------------|-----------------|---------------|---------------------------|
| | in % | | | |
| Westdeutschland | | | | |
| 1980 | 1 | 30 | 59 | 10 |
| 1982 | 1 | 35 | 55 | 10 |
| 1984 | 1 | 33 | 55 | 11 |
| 1986 | 1 | 27 | 62 | 11 |
| 1988 | 2 | 32 | 57 | 10 |
| 1990 | 2 | 27 | 60 | 11 |
| 1991 | 1 | 24 | 63 | 13 |
| 1992 | 2 | 26 | 60 | 12 |
| 1994 | 1 | 28 | 58 | 12 |
| 1996 | 2 | 30 | 58 | 11 |
| 1998 | 2 | 30 | 56 | 12 |
| 2000 | 1 | 28 | 61 | 10 |
| 2004 | 2 | 33 | 55 | 10 |
| 2006 | 3 | 31 | 58 | 9 |
| 2008 | 3 | 28 | 57 | 12 |
| 2010 | 3 | 22 | 62 | 13 |
| Ostdeutschland | | | | |
| 1991 | 3 | 57 | 37 | 2 |
| 1992 | 3 | 52 | 42 | 3 |
| 1994 | 2 | 56 | 39 | 3 |
| 1996 | 5 | 55 | 39 | 1 |
| 1998 | 6 | 52 | 40 | 2 |
| 2000 | 2 | 50 | 45 | 3 |
| 2004 | 4 | 54 | 39 | 3 |
| 2006 | 5 | 46 | 46 | 4 |
| 2008 | 7 | 44 | 46 | 4 |
| 2010 | 4 | 39 | 51 | 6 |

Datenbasis: ALLBUS 1980–2006 kumuliert, 2008, 2010, ohne Ausländer.

Die Unterschiede in der Struktur der sozialen Schichtung, die sich auf der Basis der subjektiven Einstufung der Befragten im Vergleich der alten und neuen Bundesländer ergeben, sind damit auch heute noch beachtlich. Die in den früheren Jahren in den ostdeutschen Bundesländern zu beobachtende pyramidenförmige Schichtstruktur einer Arbeitergesellschaft hat sich allmählich der zwiebelartigen – für Mittelschichtgesellschaften charakteristischen – Verteilung in den alten Bundesländern angenähert. Ob sich damit bereits ein signifikanter Wandel in der Wahrnehmung der eigenen Position in der hierarchischen Struktur der Gesellschaft abzeichnet, kann jedoch noch nicht abschließend beurteilt werden. → Tab. 4

Auch in Westdeutschland hat der Anteil derjenigen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen, in den letzten Jahren zunächst leicht, dann deutlicher abgenommen, nachdem zuvor allerdings eine Zunahme zu beobachten war. Betrachtet man die Entwicklung über den gesamten Zeitraum seit 1980, dann zeigt sich jedoch, dass die subjektive Schicht-einstufung in Westdeutschland über die vergangenen 30 Jahre weitgehend unverändert geblieben, d. h. außer zyklischen Schwankungen kein Trend zu beobachten ist. Aktuelle Thesen über das Entstehen einer »neuen Unterschicht« und ein erhebliches Schrumpfen der Mittelschicht finden auf der Grundlage der subjektiven Schichtidentifikation keine empirische Bestätigung.

Die subjektive Schichtzugehörigkeit wird nicht nur von objektiven Faktoren bestimmt, sondern hängt darüber hinaus von dem jeweils zugrunde liegenden Bezugsrahmen und den verwendeten Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben ab. Dennoch wird die subjektive Schicht-einstufung auch maßgeblich durch den faktischen sozioökonomischen Status bzw. die soziale Lage bestimmt, in Ostdeutschland allerdings stärker als in Westdeutschland. Personen, die eine Arbeiterposition einnehmen oder früher einge-

Tab. 5: Subjektive Schichtzugehörigkeit nach sozialen Lagen 2010

| Soziale Lagen | Subjektive Schichtzugehörigkeit | | | | | |
|---|---------------------------------|--------------------|-------------------------------|----------------------------|---------------|-------------------------------|
| | Ostdeutschland | | | Westdeutschland | | |
| | Unter-/ Arbeiterschicht | Mittel- schicht | Obere Mittel-/ Oberschicht | Unter-/ Arbeiterschicht | Mittelschicht | Obere Mittel-/ Oberschicht |
| | in % | | | | | |
| Bis 60 Jahre | | | | | | |
| Leitende Angestellte/Höhere Beamte | - | - | - | 5 | 60 | 35 |
| Hochqualifizierte Angestellte/ Gehobene Beamte | 13 | 69 | 18 | 5 | 70 | 25 |
| Qualifizierte Angestellte/ Mittlere Beamte | 29 | 68 | 4 | 16 | 76 | 8 |
| Einfache Angestellte/Beamte | 53 | 48 | 0 | 39 | 58 | 3 |
| Meister/Vorarbeiter | | | | 42 | 58 | 0 |
| Facharbeiter | 70 | 29 | 1 | 60 | 39 | 1 |
| Un-, angelernte Arbeiter | 75 | 25 | 0 | 68 | 31 | 1 |
| Selbstständige, freie Berufe | 29 | 61 | 10 | 9 | 67 | 24 |
| Arbeitslose | 72 | 28 | 0 | 56 | 40 | 4 |
| Hausfrauen/-männer | - | - | - | 21 | 67 | 12 |
| Studium/Lehre | 9 | 80 | 11 | 8 | 70 | 22 |
| Vorruhestand | - | - | - | 41 | 49 | 10 |
| Noch nie/nicht erwerbstätig | - | - | - | 25 | 63 | 13 |
| 61 Jahre und älter | | | | | | |
| Noch erwerbstätig | - | - | - | 14 | 62 | 24 |
| Rentner (ehemalige Arbeiter) | 69 | 29 | 2 | 52 | 47 | 1 |
| Rentner (ehemalige Angestellte, Beamte) | 27 | 70 | 3 | 12 | 72 | 16 |
| Rentner (ehemalige Selbstständige) | - | - | - | 17 | 67 | 17 |

Datenbasis: ALLBUS 2010.

nommen haben (Rentner), identifizieren sich – insbesondere in Ostdeutschland – auch subjektiv weit überwiegend mit der Arbeiterschicht. Personen mit einem Angestellten- oder Beamtenstatus sowie Selbstständige ordnen sich dagegen mit zum Teil überwiegender Mehrheit der Mittelschicht zu. In die obere Mittel- und Oberschicht stufen sich zu größeren Anteilen insbesondere leitende und höhere Angestellte und Beamte ein, in Westdeutschland darüber hinaus auch Selbstständige sowie Personen, die sich noch in einer Ausbildung befinden. → **Tab. 5**

Ostdeutsche identifizieren sich im Vergleich zu den Westdeutschen auch im Jahre 2010 noch über alle sozialen Lagen hinweg zu größeren Anteilen mit der Arbeiterschicht und zu geringeren Teilen mit der Mittel- oder gar der Oberschicht. Dieser Befund deutet darauf hin, dass die weiterhin bestehenden auffälligen West-Ost-Differenzen in der subjektiven Schichteinstufung nur partiell mit Unterschieden in der Verteilung auf die verschiedenen Statuslagen erklärt werden können. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die ostdeutsche Bevölke-

rung innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüges deshalb tendenziell niedriger einstuft, weil sie sich nach wie vor mit der westdeutschen vergleicht und aus dieser Perspektive Statusdefizite wahrnimmt.

* Überarbeitung der Version von 2008, die von Roland Habich und Heinz-Herbert Noll erstellt worden war.

In der politischen Debatte gewinnen Fragen nach der Möglichkeit eines sozialen Aufstiegs, nach Abstiegsängsten insbesondere der Mittelschicht und nach gleichen Chancen für soziale Auf- und Abstiege – unabhängig von der sozialen Herkunft – immer größere Bedeutung. Zentrale Bereiche des Lebens wie Einkommen, Gesundheit, Arbeitslosigkeit oder politische Teilhabe sind in unserer Gesellschaft nicht zufällig verteilt. Vielmehr gibt es Gruppen in der Gesellschaft, die sich hinsichtlich solcher Lebensbereiche in eher vorteilhaften bzw. eher benachteiligten Lagen befinden. Zur Beschreibung dieser Lagen können verschiedene Maße herangezogen werden. Ein international gebräuchliches Maß für die Gliederung von Lebenschancen ist die Klassenlage bzw. Klassenposition einer Person (vgl. Kap. 7.1). Die Klassenposition einer Person wirkt sich aber nicht nur auf die eigene Lebensführung aus. Sie beeinflusst – insbesondere in Deutschland – im hohen Maße die Bildungs- und Berufschancen der Kinder einer jeweiligen Person und damit die spätere Klassenposition dieser Kinder. Eltern mit einer vorteilhaften Klassenposition gelingt es viel häufiger, ihren Kindern durch gute Bildung und durch zusätzliche Unterstützung den Zugang zu vorteilhaften Klassenpositionen zu ermöglichen. Eltern in eher nachteiligen Klassenpositionen können ihren Kindern nicht so viele Ressourcen mit auf den Lebensweg geben. In der Tendenz nehmen ihre Kinder später selbst eher benachteiligte Klassenpositionen ein. Dadurch kommt es zwischen den Generationen nur in begrenztem Umfang zu sozialen Auf- oder Abstiegen.

Auf- bzw. Abstiege zwischen den Generationen sind Ausdruck der (intergenerationalen) sozialen Mobilität in einer Gesellschaft: Soziale Mobilität beschreibt das Ausmaß, in dem sich Kindergenerationen

in einer anderen Klassenposition befinden als ihre Elterngeneration. D. h. es wird untersucht, wie gut es Kindern aus weniger vorteilhaften Klassenpositionen gelingt, für sich selbst vorteilhafte Klassenpositionen zu erreichen bzw. inwieweit Kinder mit vorteilhafter Klassenherkunft später in weniger vorteilhafte Klassenpositionen absteigen. Der Umfang der sozialen Mobilität kann somit auch als Maß für die Chancengleichheiten für Kinder aus verschiedenen Klassen interpretiert werden.

Im Folgenden werden vier Aspekte der sozialen Mobilität in Deutschland näher untersucht: Hatten bereits die Eltern die gleiche Klassenposition, die ihre Kinder heute einnehmen? In welchem Ausmaß werden Klassenpositionen der Eltern direkt an ihre Kinder weitervererbt? Wie hoch ist das Ausmaß der Auf- und Abstiege in Deutschland? Und was bedeuten diese Auf- und Abstiege für die Chancengleichheit in der deutschen Gesellschaft? Bei der Beantwortung dieser Fragen wird ein besonderes Augenmerk auf die zeitliche Entwicklung der sozialen Mobilität, auf den Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland und auf die Unterschiede zwischen Männern und Frauen gerichtet.

7.2.1 Besetzung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

Für die nachfolgenden Ergebnisse wurden verschiedene Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1976 bis 2010 zusammengefasst. Im Vergleich zu früheren Datenreport-Beiträgen wurde der Datensatz nicht nur durch aktuelle Umfragen ergänzt, sondern es wurden auch bisher nicht verfügbare Daten aus früheren Jahren hinzugefügt. Die betrachteten Personen waren zum Zeitpunkt der Befragung

zwischen 18 und 64 Jahre alt, entweder berufstätig oder arbeitsuchend und hatten aus Vergleichsgründen alle die deutsche Staatsangehörigkeit. Für Ostdeutschland werden Bevölkerungsumfragen ab 1990 berücksichtigt. Als Maß für die soziale Herkunft, d. h. für die Position der Elterngeneration, wird die Klassenposition des Vaters zu dem Zeitpunkt herangezogen, als die jeweiligen Befragten ungefähr 15 Jahre alt waren. Angaben zur Klassenposition der Mutter wurden leider nicht oder nur lückenhaft erhoben.

Tabelle 1 beschreibt den Grad der Selbstrekrutierung bestimmter Klassenpositionen, d. h. den Anteil der Befragten, deren Väter bereits eine identische Klassenposition innehatten. Dabei werden sieben Klassenpositionen unterschieden: Obere Dienstklasse (z. B. leitende Angestellte, freie Berufe); untere Dienstklasse (z. B. hochqualifizierte Angestellte, gehobene Beamte); einfache Büroberufe (z. B. Sekretärinnen, Buchhalter); Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern (in Handel und Handwerk); Landwirte; Facharbeiter (auch Meister und Techniker) und schließlich die Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten.

Am anschaulichsten kann der Grad der Selbstrekrutierung anhand der Betrachtung der Landwirte (Männer) in Westdeutschland dargestellt werden: Ca. 80 bis 90 % der Landwirte haben einen Vater, der ebenfalls Landwirt war, d. h. fast alle heutigen Landwirte kommen aus einer Bauernfamilie. Auch bei Arbeiterpositionen findet man eine beachtliche Selbstrekrutierungsquote. Im jüngsten Jahrzehnt hat ungefähr die Hälfte der Facharbeiter in Westdeutschland (50 %) auch einen Facharbeiter zum Vater. Dieser Anteil ist in der Tendenz über die letzten Jahrzehnte angewachsen, d. h. die Klasse

der heutigen Facharbeiter ist bezüglich ihrer sozialen Herkunft homogener geworden. Die Gruppe der Selbstständigen ist dagegen deutlich heterogener geworden: Hatten die Selbstständigen in den 1970er und 1980er Jahren noch Selbstrekrutierungsrate von ca. 36 %, so ist der Anteil im letzten Jahrzehnt auf 20 % gesunken. Bei allen anderen Klassen zeigen sich zwar leichte Schwankungen, ein deutlicher Trend bezüglich der Selbstrekrutierungsrate ist jedoch für diese Klassen nicht zu beobachten. Für Frauen in Westdeutschland sind hohe Selbstrekrutierungsrate unter den Landwirtinnen und bei Facharbeiterinnen zu finden. Diese fallen jedoch etwas geringer aus als bei westdeutschen Männern. Bei den einzelnen Klassenpositionen ergeben sich ebenfalls nur wenige Veränderungen über die Zeit. Die obere Dienstklasse wird in der Tendenz homogener, ebenso die Klasse der Facharbeiterinnen. Dagegen wird die Gruppe der Landwirtinnen etwas heterogener.

Die Ergebnisse für Ostdeutschland sind aufgrund der Fallzahlen und der beson-

deren Umbruchsituation in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung mit Vorsicht zu interpretieren. Es werden daher in den Tabellen nur solche Werte ausgewiesen, die auf belastbaren Fallzahlen basieren. Die meisten Beschäftigten in Ostdeutschland befinden sich in der oberen und unteren Dienstklasse sowie in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Bei den Männern kann für die obere Dienstklasse eine deutliche Zunahme der Selbstrekrutierungsrate festgestellt werden: Während kurz nach der Wende nur ca. 19 % der Mitglieder dieser Klasse auch aus einem solchen Elternhaus kam, waren es in dem Zeitraum 2000 bis 2010 bereits 30 % und damit sogar etwas mehr als in Westdeutschland. Bei der unteren Dienstklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten findet man keinen Trend, für Facharbeiter hingegen einen leichten Anstieg der Selbstrekrutierung und für Selbstständige in der Tendenz eine Abnahme. Es fällt auf, dass die Klasse der Facharbeiter in Ostdeutschland noch homogener ist als in Westdeutschland, ca. 59 % der ostdeut-

schon Facharbeiter hatten bereits einen Facharbeiter als Vater. Der gleiche hohe Wert zeigt sich auch für ostdeutsche Frauen. Auch für Frauen wird diese Gruppe über die Zeit deutlich homogener und weist insgesamt eine deutlich stärkere Selbstrekrutierung auf als westdeutsche Facharbeiterinnen. Auch wird für ostdeutsche Frauen die obere Dienstklasse wie bei den ostdeutschen Männern über die Jahrzehnte homogener. Ca. 31 % der Frauen in dieser Klasse hatten bereits einen Vater aus der gleichen Klasse. Dieser Wert unterscheidet sich kaum zwischen ostdeutschen Männern und Frauen, jedoch liegt der Wert für ostdeutsche Frauen unter dem Wert für westdeutsche Frauen. Bei der unteren Dienstklasse erkennt man ebenfalls eine leichte Tendenz zu mehr Selbstrekrutierung. Einzig bei den ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten in Ostdeutschland zeigt sich eine deutliche Abnahme der Selbstrekrutierungsrate. Bei allen genannten Unterschieden im Detail zeigt sich insgesamt für Westdeutschland eine recht hohe Stabilität in den Selbstrekrutierungsrate – mit Ausnahme der heterogener werden-

Tab. 1: Selbstrekrutierungsrate – Anteil von Männern und Frauen, deren Väter bereits eine identische berufliche Position innehatten

| | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | |
|---|-----------------|-----------|-----------|-----------|----------------|-----------|
| | 1976-1980 | 1981-1990 | 1991-1999 | 2000-2010 | 1991-1999 | 2000-2010 |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| I. Obere Dienstklasse | 28 | 23 | 28 | 25 | 19 | 30 |
| II. Untere Dienstklasse | 18 | 17 | 16 | 17 | 20 | 20 |
| IIIa. Einfache Routine-Tätigkeiten | 12 | 17 | 14 | 15 | - | - |
| IVab. Selbstständige | 36 | 36 | 24 | 20 | 17 | 10 |
| IVc. Landwirte | 91 | 92 | 92 | 80 | - | - |
| V/VI. Facharbeiter/Meister | 46 | 48 | 54 | 50 | 55 | 59 |
| VIIab/IIIb. Ungelernte Arbeiter/Tätigkeiten | 38 | 33 | 36 | 39 | 32 | 31 |
| Frauen | | | | | | |
| I. Obere Dienstklasse | 31 | 32 | 32 | 37 | 24 | 31 |
| II. Untere Dienstklasse | 18 | 17 | 16 | 15 | 16 | 19 |
| IIIa. Einfache Routine-Tätigkeiten | 13 | 15 | 12 | 14 | - | 7 |
| IVab. Selbstständige | 21 | 20 | 23 | 15 | 20 | - |
| IVc. Landwirte | 76 | 63 | 65 | 59 | - | - |
| V/VI. Facharbeiter/Meister | 43 | 43 | 47 | 45 | 51 | 59 |
| VIIab/IIIb. Ungelernte Arbeiter/Tätigkeiten | 27 | 30 | 27 | 30 | 31 | 22 |

- = Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, ISJP, 1976-2010.

den Klasse der Selbstständigen und der homogener werdenden Facharbeiterklasse. In Ostdeutschland dagegen werden die Klassen tendenziell homogener oder bleiben stabil. Einzige Ausnahme sind die ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten. → Tab.1

Angesichts der weiterhin angespannten Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt (vgl. Kap. 5.1) ist zu prüfen, aus welchen Herkunftsklassen sich die weiterhin hohe Zahl an Arbeitslosen in Ostdeutschland rekrutiert. Zusätzliche – hier nicht im Einzelnen dargestellte – Analysen zeigen, dass von den heute arbeitslosen Männern und Frauen in Ostdeutschland mehr als drei Viertel einen Vater aus der Facharbeiterklasse bzw. der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten haben. In Westdeutschland entstammen ca. zwei Drittel einem solchen Haushalt. In beiden Landesteilen rekrutiert sich die Gruppe der arbeitslosen Männer und Frauen damit überproportional stark aus den beiden (Arbeiter-)klassen, in Ostdeutschland ist dies noch etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland.

7.2.2 Vererbung von Klassenpositionen nach sozialer Herkunft

In Tabelle 2 wird die Vererbung einer Klassenposition vom Vater auf den Sohn bzw. die Tochter dargestellt. Die Zahlen geben an, wie groß der Anteil der Personen ist, deren Väter z.B. eine obere Dienstklassenposition innehaben und die selbst wiederum eine Position in der oberen Dienstklasse erreichen. Aus dieser Perspektive heraus ist nicht mehr die Klassenposition der Befragten die Prozentierungsgrundlage für die Ergebnisse, sondern die Klassenposition des Vaters. Deutlich wird dies erneut bei den Landwirten: Obwohl fast alle heutigen Landwirte einen Landwirt zum Vater haben (siehe oben), wird nur ca. jeder fünfte Sohn eines Landwirtes in Westdeutschland ebenfalls Landwirt (die Werte schwanken zwischen 16 und 25 %).

Ähnliche Vererbungsraten findet man in der Klasse der Selbstständigen und etwas stärker in der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten. Die höchsten Vererbungsraten gibt es in der oberen Dienstklasse und in der Klasse der Facharbeiter: Etwa 42 % der Väter in der oberen Dienstklasse haben im jüngsten Beobachtungszeitraum ihre vorteilhafte Position an ihren Sohn weiter »vererbt«, von den Facharbeitervätern waren es ca. 41 %, die ihre Arbeiterposition an ihren Sohn weitergegeben haben. Die niedrigste Vererbungsrate findet man bei der Klasse der einfachen Büroberufe und in jüngster Zeit auch bei den Landwirten (jeweils ca. 16 %). Für die meisten Klassen haben sich Vererbungsraten in den vergangenen Jahrzehnten als weitgehend stabil erwiesen. Lediglich den Vätern der unteren Dienstklasse ist es zunehmend weniger gelungen, ihre Position an ihren Sohn weiterzugeben. In der Facharbeiterklasse deutet sich nach der Jahrtausendwende ebenfalls eine Entwicklung hin zu abnehmenden Vererbungsraten an. Dagegen scheinen die Vererbungsraten für die Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten über die Zeit in der Tendenz zu steigen. Es bleibt abzuwarten, ob es sich bei diesen beiden Entwicklungen um einen robusten Trend handelt.

Da die Klassenpositionen auf beruflichen Positionen beruhen und da es in Deutschland nach wie vor von Männern- bzw. Frauen dominierte Berufsfelder gibt, sind die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Töchter eher niedriger als die Vererbungsraten von Vätern auf ihre Söhne. Ausnahmen hiervon gibt es für westdeutsche Frauen bei der unteren Dienstklasse, bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen und vor allem in der Klasse der einfachen Büroberufe. Im Schnitt nehmen mehr als 40 % der Töchter eines Vaters aus dieser Klasse eine Position in der Klasse der einfachen Büroberufe ein. Bei den Söhnen waren es im vergangenen Jahrzehnt nur 16 %. Ähnlich hoch sind die Vererbungsraten für westdeutsche Frauen in der un-

teren Dienstklasse und bei ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen. Etwa zwei Fünftel der Töchter nehmen die gleiche Klassenposition ein wie ihre jeweiligen Väter. Doch während es bei der unteren Dienstklasse und bei den einfachen Bürotätigkeiten nur Schwankungen über die Zeit gibt, findet man bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen eine deutliche Abnahme der Vererbungsraten von 47 auf 39 %. Genau entgegengesetzt ist der Trend in der oberen Dienstklasse. In den 1970er Jahren gelang es nur 15 % der Töchter aus dieser Klasse, ebenfalls eine solche vorteilhafte Position zu erreichen.

Bis zur aktuellsten Beobachtung hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt: Knapp ein Drittel der Frauen schafft es heute, diese vorteilhafte Position aus dem Elternhaus zu behaupten. Zwar haben die Söhne hier nach wie vor noch einen Vorsprung gegenüber den Töchtern, doch dieser Unterschied wird stetig kleiner. Die übrigen Klassen der Selbstständigen, Landwirte und Facharbeiter werden in Westdeutschland selten an die Töchter weitergegeben (um 10 %), und dies verändert sich auch nicht über die Zeit. Die entscheidenden Entwicklungen finden also am oberen und unteren Ende der Klassenskala statt. Westdeutschen Frauen gelingt es in zunehmendem Maße, ebenso gute Positionen wie ihre Väter einzunehmen. Gleichzeitig gelingt es ihnen immer häufiger, die weniger vorteilhafte Klasse der ungelerten Arbeiterinnen und Angestellten zu vermeiden.

Für Ostdeutschland können aufgrund der Fallzahlen für einige Klassenpositionen keine gesicherten Aussagen getroffen werden. Bei den Klassen, für die gesicherte Erkenntnisse vorliegen, fällt auf, dass für ostdeutsche Männer die Vererbungsraten meist etwas geringer sind als für westdeutsche Männer. Insbesondere in der oberen Dienstklasse gelingt es den ostdeutschen Männern deutlich seltener, eine ebenso vorteilhafte Position wie die ihrer Väter einzunehmen. Nur 27 % der

Tab. 2: Vererbungsraten – Anteil von Männern und Frauen, die die gleiche berufliche Position einnehmen wie ihr Vater, nach sozialer Herkunft

| | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | |
|---|-----------------|-----------|-----------|-----------|----------------|-----------|
| | 1976-1980 | 1981-1990 | 1991-1999 | 2000-2010 | 1991-1999 | 2000-2010 |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| I. Obere Dienstklasse | 44 | 49 | 46 | 42 | 26 | 27 |
| II. Untere Dienstklasse | 37 | 31 | 31 | 31 | 19 | 24 |
| IIIa. Einfache Routine-Tätigkeiten | 11 | 16 | 13 | 16 | - | - |
| IVab. Selbstständige | 21 | 26 | 21 | 20 | 22 | 21 |
| IVc. Landwirte | 21 | 21 | 25 | 16 | - | - |
| V/VI. Facharbeiter/Meister | 49 | 48 | 50 | 41 | 63 | 54 |
| VIIab/IIIb. Ungelernte Arbeiter/Tätigkeiten | 25 | 27 | 24 | 30 | 18 | 29 |
| Frauen | | | | | | |
| I. Obere Dienstklasse | 15 | 26 | 28 | 32 | 21 | 25 |
| II. Untere Dienstklasse | 41 | 33 | 38 | 39 | 37 | 40 |
| IIIa. Einfache Routine-Tätigkeiten | 38 | 46 | 38 | 42 | - | 33 |
| IVab. Selbstständige | 12 | 11 | 15 | 12 | 24 | - |
| IVc. Landwirte | 12 | 10 | 9 | 9 | - | - |
| V/VI. Facharbeiter/Meister | 9 | 8 | 11 | 8 | 22 | 17 |
| VIIab/IIIb. Ungelernte Arbeiter/Tätigkeiten | 47 | 45 | 38 | 39 | 36 | 33 |

- = Fallzahlen zu gering.

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, ISJP, 1976-2010.

ostdeutschen Männer vermögen in der jüngsten Zeit die oberste Klassenposition zu behaupten, im Westen sind es dagegen 42 %. Die Vererbungsrate in der unteren Dienstklasse ist in Ostdeutschland mit ca. 24 % ähnlich zu der Vererbungsrate in der oberen Dienstklasse. Zwar gibt es auch für die untere Dienstklasse Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, jedoch gleichen sich die jeweiligen Raten über die Jahrzehnte hinweg allmählich an.

Deutliche Veränderungen sind in der Facharbeiterklasse und der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen zu verzeichnen. Während im ersten Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung knapp zwei Drittel der ostdeutschen Facharbeitersöhne ebenfalls eine Position in der Facharbeiterklasse einnahmen, ist dieser Anteil auf 54 % gefallen. Die abnehmende Vererbungsrate bei gleichzeitiger Zunahme der Selbstrekrutierungsrate deutet auf ein deutliches Schrumpfen solcher Positionen in Ostdeutschland hin. Bei den ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen hingegen kam es zu ei-

nem starken Anstieg der Vererbungsraten. Während in den 1990er Jahren ca. 18 % aus der Klasse der ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen mit der gleichen Position vorlieb nehmen mussten, ist dieser Anteil in diesem Jahrzehnt auf 29 % angewachsen. Für ostdeutsche Frauen sind innerhalb der ausgewiesenen Klassenpositionen kaum deutliche Veränderungen festzustellen. In den beiden Dienstklassen kam es jeweils zu einer leichten Zunahme der Vererbungsraten von 36 auf 40 % zu beobachten. Bemerkenswert ist dabei, dass die Vererbungsraten in der unteren Dienstklasse für Frauen in Ost- und Westdeutschland mittlerweile nahezu identisch sind. Bei den Männern hingegen ist dieser Angleichungsprozess noch nicht so weit fortgeschritten. In der Klasse der Facharbeiter findet man bei ostdeutschen Frauen einen Rückgang der Vererbungsrate von 22 auf 17 %. Damit liegt die Vererbungsrate aber immer noch deutlich über dem Niveau für westdeutsche Frauen. Schließlich deutet sich an, dass es ostdeutschen Frauen aus ungelerten Arbeiter- und Angestelltenpositionen in zunehmendem

Maße gelingt, eine solche Position für sich selbst zu vermeiden. Während für Männer hier ein deutlicher Anstieg der Vererbungsraten zu beobachten ist, sinkt die Rate für ostdeutsche Frauen leicht von 36 auf 33 %.

Bei der bisherigen Betrachtung einzelner Klassenpositionen fällt der zeitliche Wandel meist eher moderat aus. Bei westdeutschen Männern kommt es lediglich in der unteren Dienstklasse zu einer merklichen Verringerung der Vererbungsraten und somit zu mehr sozialer Mobilität für Kinder aus diesen Elternhäusern. Bei westdeutschen Frauen ragen zwei Trends deutlich heraus. Töchter aus der oberen Dienstklasse und aus der Klasse der ungelerten Arbeiter und Angestellten stellen sich jeweils besser, erstere durch zunehmende Vererbungsraten, letztere durch abnehmende Vererbungsraten. In Ostdeutschland sind vor allem die Tendenz zu mehr Vererbung in den beiden Dienstklassen und der starke Rückgang der Vererbungsraten in der Klasse der Facharbeiter bemerkenswert.

➔ Tab. 2

Die Betrachtung einzelner Klassenpositionen lässt keine Schlüsse darauf zu, welche Klassenpositionen die Söhne und Töchter einnehmen, wenn sie nicht in die Fußstapfen ihres Vaters getreten sind. Es sollen daher im Folgenden nicht einzelne Klassenpositionen betrachtet werden, sondern es wird versucht, ein Gesamtbild der sozialen Mobilität aufzuzeigen. Eine solche Gesamtbetrachtung ermöglicht auch eine Aussage darüber, ob diejenigen, die nicht die Klassenposition ihrer Väter übernehmen, eher vorteilhaftere oder eher weniger vorteilhafte Klassenpositionen erreichen als ihre Väter.

7.2.3 Ausmaß von sozialen Auf- und Abstiegen

Um Auf- und Abstiege zu untersuchen, ist es erforderlich, die einzelnen Klassenpositionen in einer Rangfolge anzuordnen. Die vorteilhafteste Klassenlage erfahren diejenigen, die eine Position in der oberen Dienstklasse einnehmen. Etwas weniger gut, aber immer noch mit vielen Vorteilen ausgestattet (z. B. Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen, Karriereaussichten), sind Positionen in der unteren Dienstklasse. Am unteren Ende der Klassenhierarchie befinden sich ungelernete Arbeiter- bzw. Angestelltenpositionen. In solchen Positionen sind die Menschen eher schlecht gegen Arbeitsplatzverlust abgesichert, und es werden ihnen kaum Karrieremöglichkeiten geboten. Die verbleibenden Klassenlagen (einfache Büroberufe, Selbstständige bis zu 49 Mitarbeitern, Landwirte und Facharbeiter) lassen sich nur sehr schwer in eine Rangfolge bringen. Sie werden daher in einer großen – recht heterogenen – Gruppe zusammengefasst, die zwischen der unteren Dienstklasse und den ungelerten Arbeitern bzw. Angestelltenpositionen angesiedelt wird. Es werden daher insgesamt vier verschiedene Hierarchiestufen unterschieden: obere Dienstklasse, untere Dienstklasse, eine heterogene Gruppe mit mittleren Klassenpositionen und die Klasse der ungelerten Arbeiter- bzw. Angestellten.

Die oberste Zeile in Tabelle 3 beschreibt das Ausmaß der Gesamtmobilität, d. h. wie groß der Anteil der Personen ist, die eine andere Position einnehmen als ihre Väter. Es fällt auf, dass Frauen aufgrund spezifischer Berufspräferenzen und Erwerbsmöglichkeiten – im Vergleich zu ihren Vätern – generell eine höhere Gesamtmobilität aufweisen als Männer. In Westdeutschland bleiben die Gesamtmobilitätsraten im Zeitvergleich praktisch konstant, in Ostdeutschland sind sie im Vergleich zu den 1990er Jahren leicht gestiegen. Bei den Männern zeigt sich, dass die Mobilitätsrate in Ostdeutschland niedriger ist als in Westdeutschland, während sich die Gesamtmobilität für Frauen in Ost und West nicht unterscheidet. Teilt man die Gesamtrate auf in vertikale Mobilität (Auf- und Abstiege) und in horizontale Mobilität (Mobilität auf der gleichen Hierarchieebene, z. B. von Facharbeitern zu einfachen Büroberufen), so zeigen sich jedoch Unterschiede über die Zeit. Bei den westdeutschen Männern ist der Anteil an vertikaler Mobilität in den letzten 35 Jahren etwas gestiegen (von 51 auf 54 %), während die horizontale Mobilität um ca. zwei Prozentpunkte abgenommen hat. Somit erhöht sich das Verhältnis zwischen diesen beiden Größen von 3,3 auf 4,1 zugunsten der vertikalen Mobilität, d. h. vertikale Mobilität kommt heute ca. viermal so häufig vor wie horizontale Mobilität. In Ostdeutschland dagegen sinkt dieses Verhältnis für Männer von 5,2 auf 4,1 und erreicht damit den gleichen Wert wie in Westdeutschland. Dies liegt insbesondere an dem Anstieg der Mobilität innerhalb der mittleren Klassenpositionen von 10 auf 12 %. Bei den ostdeutschen Frauen ist dieser Trend noch stärker ausgeprägt. Das Ausmaß an vertikaler Mobilität ist geringfügig um drei Prozentpunkte gesunken, die horizontale Mobilität um sechs Prozentpunkte auf 17 % gestiegen, so dass das Verhältnis zwischen vertikaler und horizontaler Mobilität nur noch 3,5 zu 1 beträgt. Die Zunahme der horizontalen Mobilität in Ostdeutschland hat ihre Ursachen vor allem in dem Schrumpfen

der Facharbeiterpositionen. Töchter von ostdeutschen Facharbeitern nehmen heute verstärkt Positionen in einfachen Büroberufen an, die Söhne machen sich selbstständig oder tendieren auch zu einfachen Büroberufen. Bei westdeutschen Frauen schwanken die Werte über die letzten Jahrzehnte hinweg. Das Ausmaß an horizontaler Mobilität nimmt zunächst zu, sinkt dann aber seit den 1980er Jahren. Das Ausmaß der vertikalen Mobilität verändert sich dagegen kaum. Entsprechend ändert sich am Übergewicht von vertikaler Mobilität gegenüber der horizontalen Mobilität für westdeutsche Frauen wenig.

Die jeweils unteren Hälften der Teiltabellen zeigen an, ob es sich bei den vertikalen Bewegungen um Aufstiege oder um Abstiege im Klassengefüge gehandelt hat. Der zunehmende Anteil an vertikaler Mobilität für westdeutsche Männer resultiert sowohl aus einer leichten Zunahme von Aufstiegen als auch aus einer leichten Zunahme der Abstiege. Es gibt auch heute immer noch etwa doppelt so viele Aufstiege wie Abstiege (Verhältnis 2,1 zu 1), jedoch ist dieses Verhältnis in den vergangenen 35 Jahren für westdeutsche Männer etwas ungünstiger geworden. Bei westdeutschen Frauen ist ein gegenläufiger Trend zu beobachten. Es gelingt ihnen heute häufiger als früher, eine bessere Klassenposition einzunehmen als ihre Väter. Während in den 1970er Jahren nur ca. 26 % der westdeutschen Frauen eine bessere Klassenposition hatten als ihre Väter, stieg dieser Anteil bis heute auf 31 %. Gleichzeitig sank die Häufigkeit von Abstiegen deutlich von 33 auf 27 %. Setzt man die Auf- und Abstiege ins Verhältnis zueinander, so verändert sich dieses Verhältnis von 0,8 auf 1,1. Für Frauen waren in den 1970er Jahren Abstiege im Klassengefüge häufiger als Aufstiege. Dies hat sich über die Zeit jedoch nachhaltig geändert; heute kommen Aufstiege für Frauen etwas häufiger vor als Abstiege. Frauen im Westen nähern sich bei der Zahl der Aufstiege allmählich den Männern an. Die deutlich häufigeren

Abstiege jedoch lassen sie den Männern gegenüber noch etwas benachteiligt erscheinen. Der Trend deutet für Westdeutschland jedoch auf eine weitere Angleichung hin.

Für Ostdeutschland dagegen ist der Befund sowohl für Männer als auch für Frauen ernüchternd. Während im Nachwendezehnt knapp jeder dritte Sohn eine bessere Klassenposition erreichte als der Vater, gelingt dies im letzten Jahrzehnt nur noch jedem vierten Sohn. Gleichzeitig nahmen Abstiege deutlich zu. In den 1990er Jahren nahm nur jeder fünfte Sohn eine schlechtere Position ein als der Vater. Heute betrifft das jeden vierten Sohn. Auf- und Abstiege kommen mittlerweile im Osten praktisch gleich häufig vor, der Quotient zwischen Auf- und Abstiegen ist von 1,5 im ersten Jahrzehnt auf 1,1 im letzten Jahrzehnt gesunken. Detailliertere Analysen mit Geburts-

jahrgängen deuten darauf hin, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzen wird.

Bei den ostdeutschen Frauen geht die Entwicklung in die gleiche Richtung wie bei ostdeutschen Männern. Hier nimmt der Anteil der Aufstiege merklich von 36 auf 31 % ab, das Ausmaß an Abstiegen hat gleichzeitig leicht von 28 auf 29 % zugenommen. Somit ergibt sich auch für Frauen ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis zwischen Auf- und Abstiegen (1,1 zu 1), auch hier geht der Trend in eine wenig vorteilhafte Richtung für die Betroffenen. Während sich westdeutsche Frauen in der Tendenz immer besser stellen, teilen ostdeutsche Frauen die weniger guten Aussichten mit den ostdeutschen Männern. In beiden Landesteilen nähern sich somit die Unterschiede zwischen Männern und Frauen einander an. In Ostdeutschland ist jedoch das Niveau, auf dem sich Männer und Frauen an-

gleichen, deutlich weniger vorteilhaft für die Betroffenen als in Westdeutschland.

→ Tab. 3

7.2.4 Chancengleichheit in der Gesellschaft

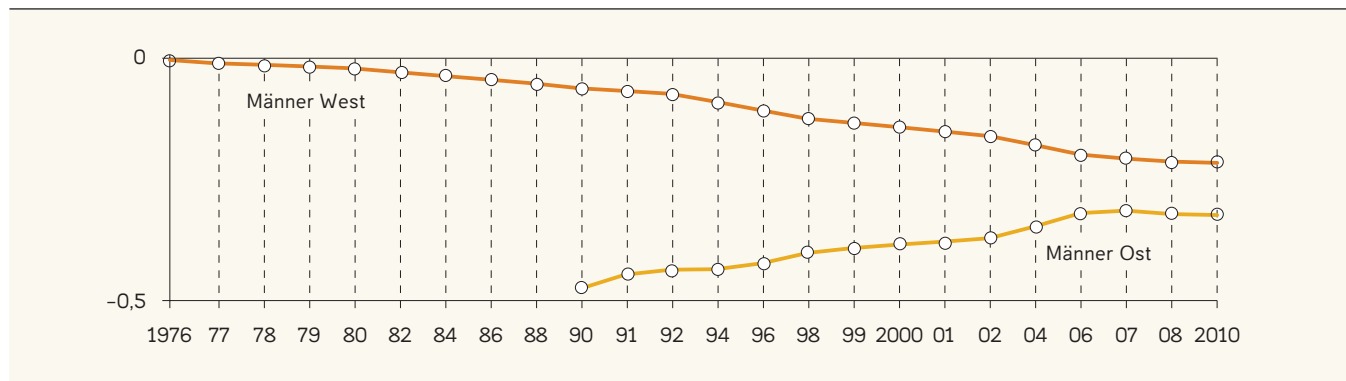
Die bisher dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf die Mobilitätserfahrungen von Männern und Frauen seit Mitte der 1970er Jahre in Westdeutschland und seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland. Ein wesentlicher Faktor für die soziale Mobilität in dieser Zeit waren die Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur. Die Anzahl der Facharbeiterpositionen ist in dieser Zeit gesunken, während zusätzliche Positionen vor allem bei einfachen Büroberufen und in der oberen Dienstklasse geschaffen wurden. Im Vergleich zu den Klassenpositionen der Väter ist dieser Wandel noch ausgeprägter:

Tab. 3: Gesamtmobilität, vertikale und horizontale Mobilität, Auf- und Abstiegsraten

| | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | |
|--|-----------------|-----------|-----------|-----------|----------------|-----------|
| | 1976-1980 | 1981-1990 | 1991-2000 | 2001-2010 | 1991-1999 | 2000-2010 |
| | in % | | | | | |
| Männer | | | | | | |
| Gesamtmobilität (%) | 66 | 66 | 64 | 67 | 60 | 62 |
| Gesamtmobilität umfasst | | | | | | |
| Vertikale Mobilität (%) | 51 | 50 | 51 | 54 | 51 | 50 |
| Horizontale Mobilität (%) | 15 | 16 | 13 | 13 | 10 | 12 |
| Verhältnis vertikale/horizontale Mobilität | 3,3 | 3,1 | 4,0 | 4,1 | 5,2 | 4,1 |
| Vertikale Mobilität umfasst | | | | | | |
| Aufwärtsmobilität (%) | 36 | 35 | 35 | 37 | 31 | 25 |
| Abwärtsmobilität (%) | 15 | 15 | 16 | 17 | 20 | 24 |
| Verhältnis Aufstiege/Abstiege | 2,4 | 2,4 | 2,2 | 2,1 | 1,5 | 1,1 |
| Frauen | | | | | | |
| Gesamtmobilität (%) | 77 | 77 | 78 | 77 | 74 | 77 |
| Gesamtmobilität umfasst | | | | | | |
| Vertikale Mobilität (%) | 59 | 55 | 58 | 59 | 63 | 60 |
| Horizontale Mobilität (%) | 18 | 22 | 19 | 18 | 11 | 17 |
| Verhältnis vertikale/horizontale Mobilität | 3,3 | 2,5 | 3,0 | 3,2 | 5,8 | 3,5 |
| Vertikale Mobilität umfasst | | | | | | |
| Aufwärtsmobilität (%) | 26 | 26 | 31 | 31 | 36 | 31 |
| Abwärtsmobilität (%) | 33 | 28 | 27 | 27 | 28 | 29 |
| Verhältnis Aufstiege/Abstiege | 0,8 | 0,9 | 1,2 | 1,1 | 1,3 | 1,1 |

Datenbasis: ALLBUS, SOEP, ZUMA-Standarddemografie, ISJP, 1976-2010.

Abb. 1: Relative Veränderungen des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position für Männer in West- und Ostdeutschland (Index, 1976=0)



Facharbeiterpositionen und Positionen in der Landwirtschaft haben stark abgenommen. Gleichzeitig gab es zunehmend mehr Positionen in den beiden Dienstklassen und der Klasse der einfachen Büroberufe. Dieser strukturell bedingte Wandel beeinflusst die individuellen Mobilitätsmöglichkeiten. Wenn z.B. Facharbeitersöhne aufgrund der abnehmenden Nachfrage nach Facharbeitern nicht mehr die gleiche Position wie ihre Väter einnehmen können, müssen sie zwangsläufig in andere Positionen ausweichen. Ein Teil der sozialen Mobilität – und damit auch mancher Auf- und Abstieg – beruht somit auf den Veränderungen in der Erwerbsstruktur.

Diese strukturell bedingte soziale Mobilität muss man aber herausrechnen, wenn man generell eine Aussage über die Chancengleichheit in der Gesellschaft treffen möchte. Daher vergleicht man die Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer bestimmten Herkunftsklasse in Relation mit den Auf- und Abstiegschancen einer Person aus einer anderen Herkunftsklasse. Man kann z.B. fragen, um wie viel geringer die Chancen für Personen aus der Facharbeiterklasse sind, eine Position in der oberen Dienstklasse zu erreichen, im Vergleich zu Personen, die bereits in der oberen Dienstklasse groß geworden sind – und inwieweit sich diese Chancen über die Zeit verändert haben. Es ist denkbar, dass sich für beide die Chancen erhöht haben, eine Position in

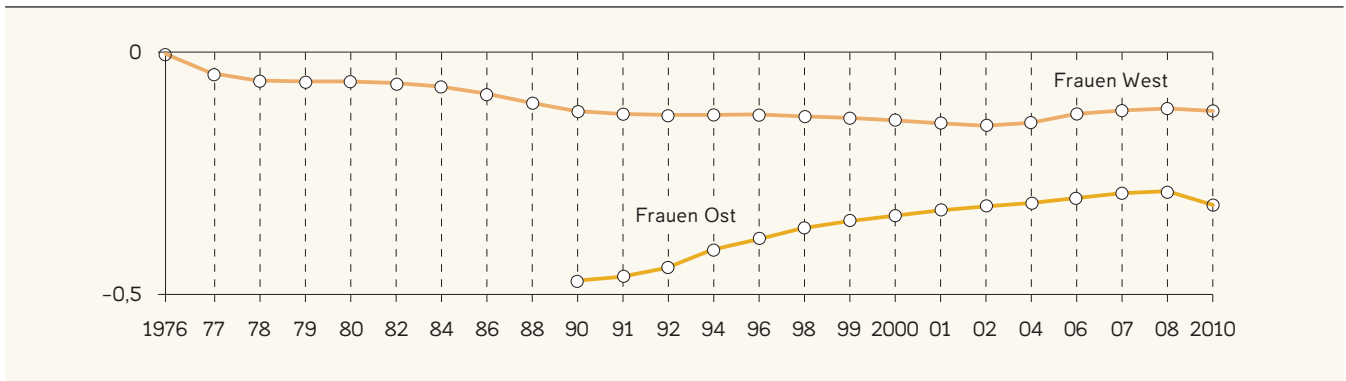
der oberen Dienstklasse zu erreichen, da die Zahl entsprechender Positionen zugenommen hat. Wenn sich aber die Chancen für Personen aus Facharbeiterfamilien im genau gleichen Ausmaß erhöhen wie die Chancen der Personen aus der oberen Dienstklasse, dann bliebe die Chancengleichheit bzw. Chancenungleichheit zwischen den beiden Herkunftsklassen nach wie vor unverändert.

Abschließend werden daher im Folgenden Chancengleichheiten bzw. Chancenungleichheiten zwischen Personen mit unterschiedlicher Klassenherkunft untersucht. Für die 1970er Jahre in Westdeutschland zeigt sich, dass Personen aus der oberen Dienstklasse ca. 26-mal so große Chancen hatten, die obere Dienstklasse statt die Facharbeiterklasse zu erreichen wie Personen aus der Facharbeiterklasse. Diese großen Chancenungleichheiten sind charakteristisch für Deutschland. Im Vergleich mit anderen industrialisierten Ländern weist Deutschland mit die höchsten Chancenungleichheiten auf.

Die folgende Analyse beschreibt die Entwicklung der Chancenungleichheiten in Deutschland in den vergangenen 35 Jahren. Hierzu wurden für sämtliche Kombinationen von Klassenpositionen die oben dargestellten Chancenverhältnisse berechnet und diese in einem Modell zusammengefasst. Die Ergebnisse sind in den Abbildungen 1 und 2 dargestellt.

Abbildung 1 zeigt für Männer die Entwicklung der Stärke des Zusammenhangs zwischen der sozialen Herkunft und der eigenen Klassenposition. Die Stärke des Zusammenhangs ist auf der y-Achse dargestellt. Für das erste Jahr der Analyse – 1976 – wurde dieser Zusammenhang auf den Wert »0« als Ausgangsniveau festgesetzt. Die Abweichung zu diesem Wert gibt dann die prozentuale Veränderung zu diesem Ausgangsniveau an, wobei negative Werte bedeuten, dass der Zusammenhang schwächer wird. Die dargestellte Linie ist eine an die einzelnen Jahresbeobachtungen angepasste Regressionskurve. Man kann für Männer in Westdeutschland sehen, dass die Stärke des Zusammenhangs im gesamten Zeitraum kontinuierlich abnimmt. Für die jüngsten Daten aus dem Jahr 2010 hat sich der ursprüngliche Zusammenhang zwischen der Herkunftsklasse und der eigenen Klassenposition um ca. 21 % verringert. Der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition hat sich somit seit 1976 deutlich abgeschwächt, d.h. die Chancengleichheit für Männer in Westdeutschland hat sich im betreffenden Zeitraum erhöht. Für ostdeutsche Männer ist dagegen eine umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Hier hat sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition im Zeitverlauf verstärkt, d.h. die Bedeutung der Herkunftsklasse für die eigene spätere Klassenposition hat zugenommen. Das Ausmaß der Zunahme

Abb. 2: Relative Veränderungen des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und eigener Position für Frauen in West- und Ostdeutschland (Index, 1976=0)



des Herkunftseffekts im Osten entspricht ungefähr dem Ausmaß der Abnahme des Effekts im Westen. Zwar ist der Einfluss der Herkunftsklasse für Männer in Ostdeutschland nach wie vor weniger stark ausgeprägt als in Westdeutschland, jedoch deuten die Kurven insgesamt auf eine Annäherung hin. Inwieweit sich dabei der Trend für Ostdeutschland in jüngster Zeit abgeflacht hat, bleibt abzuwarten und kann aufgrund der wenigen Daten für die letzten beiden Jahre heute noch nicht abschließend bewertet werden.

Bei den Frauen (Abb. 1) zeigten sich nach der Wiedervereinigung ebenfalls deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Für ostdeutsche Frauen ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und eigener Klassenposition deutlich schwächer. Allerdings hat auch für Frauen dieser Zusammenhang über die Zeit deutlich zugenommen. Während der Zusammenhang zwischen Herkunft und eigener Klassenposition in den Nachwendejahren verglichen mit dem westdeutschen Niveau um gut 30 Prozentpunkte geringer ausgeprägt war, beträgt die Differenz heute nur noch knapp die Hälfte. Für westdeutsche Frauen war in den 1970er und 1980er Jahren eine Abnahme des Zusammenhangs festzustellen. Seit den 1990er Jahren gibt es jedoch keinen klaren Trend mehr. Hingegen hat die Chancengleichheit für ostdeutsche Frauen seit der Wiedervereinigung sehr deutlich abgenommen. → Abb. 1, 2

7.2.5 Zusammenfassung

Die Herkunft aus einer bestimmten sozialen Klassenlage hat trotz der Betonung von Chancengleichheit im Bildungswesen und der Hervorhebung des Leistungsgedankens in der Berufswelt nach wie vor einen starken Einfluss auf die spätere Klassenposition von Männern und Frauen in Deutschland. Viele Personen, die heute eine bestimmte Klassenposition innehaben, kommen aus Familien, in denen bereits der Vater die gleiche Klassenposition hatte. Dies trifft insbesondere für Landwirte und Facharbeiter zu, aber auch abgeschwächt für die obere Dienstklasse und die Klasse der ungelernten Arbeiter- und Angestellten. Über die Zeit gab es hier nur wenige Veränderungen, die insbesondere die Facharbeiterpositionen und im Osten die Dienstklassenpositionen betreffen. Bei der Vererbung von Klassenpositionen zeigen sich generell ebenfalls nur wenige Entwicklungen. Hervorzuheben ist allerdings die günstige Entwicklung für westdeutsche Frauen, die verstärkt vorteilhafte Positionen behaupten und unvorteilhafte Positionen vermeiden können. Bei der Gesamtbetrachtung von Auf- und Abstiegen zeigt sich mit Ausnahme der westdeutschen Frauen ein genereller Trend hin zu mehr Abstiegen. Gleichzeitig nehmen in Ostdeutschland die Aufstiege ab, so dass es dort sowohl für Frauen als auch für Männer mittlerweile genauso viele Aufstiege wie Abstiege gibt. Bei westdeutschen Männern dage-

gen kommen Aufstiege knapp doppelt so häufig vor wie Abstiege. Die Tendenz für Frauen in Westdeutschland deutet ebenfalls auf ein vorteilhafteres Verhältnis von Auf- und Abstiegen hin. Insgesamt zeigen diese Trends, dass es weiterhin einen deutlichen Unterschied zwischen den Situationen in Ostdeutschland und Westdeutschland gibt.

Die Betrachtung der tatsächlichen Chancengleichheit – bereinigt um strukturelle Einflüsse – zeigt für westdeutsche Männer einen klaren kontinuierlichen Trend hin zu einem abnehmenden Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition. Der gleiche Trend hat sich für westdeutsche Frauen seit den 1990er Jahren abgeflacht. Im Osten dagegen nimmt der Einfluss der sozialen Herkunft sehr deutlich zu. Die ehemals deutlich höhere Chancengleichheit für Männer und Frauen hat stark abgenommen, es kommt bei beiden Geschlechtern zu einer deutlichen Annäherung an das Westniveau. Es bleibt abzuwarten, ob sich diese gegenläufigen Trends auf einem gemeinsamen Niveau einpendeln werden oder ob die ungünstigeren Rahmenbedingungen in Ostdeutschland dazu führen, dass der Einfluss der sozialen Herkunft auf die eigene Klassenposition in den kommenden Jahren noch wichtiger wird als in Westdeutschland.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Zu dieser Bevölkerungsgruppe zählen neben allen seit 1950 nach Deutschland Zugewanderten und allen im Inland mit fremder Staatsangehörigkeit Geborenen auch die hier geborenen Deutschen mit zumindest einem Elternteil, der zugewandert ist oder als Ausländer in Deutschland geboren wurde. Vertriebene und ihre Nachkommen zählen nicht dazu.

Im Jahr 2009 gab es in Deutschland erstmals mehr als 16 Mill. Menschen mit Migrationshintergrund, das waren rund 20 % der Bevölkerung Deutschlands. Dabei handelte es sich allerdings nicht ausschließlich um Ausländerinnen und Ausländer. Über die Hälfte (8,8 Mill.) besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Um einen systematischen Überblick über die Bedeutung der Migration in Deutschland zu gewinnen, reicht es folglich nicht, nur nach Ausländern und Deutschen zu unterscheiden. Deshalb verwendet die amtliche Statistik seit 2005 das Konzept der »Bevölkerung mit Migrationshintergrund«.

Zu den Deutschen mit Migrationshintergrund gehören damit neben den ca. 2,1 Mill. Eingebürgerten und 3,3 Mill. (Spät-)Aussiedlerinnen und -aussiedlern auch deren Kinder sowie die nach dem so genannten »Optionsmodell« geborenen Kinder ausländischer Eltern.

Während die einheimische Bevölkerung zwischen 2005 und 2009 um ca. 1,3 Mill. Menschen abgenommen hat, wuchs die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund um 715 000 bzw. 4,7 %. Dafür ist vor allem der Anstieg der hier geborenen Deutschen mit Migrationshintergrund verantwortlich. Nach Schätzungen wurden 2009 214 000 Deutsche mit Migrationshintergrund geboren, das sind gut ein Drittel aller Geburten. Davon entfielen 29 000 auf das »Optionsmodell«, bei dem Kinder ausländischer Eltern mit doppelter Staatsangehörigkeit geboren werden. Der Ausländeranteil ist hingegen seit 2005 annähernd gleich geblieben. → **Tab. 1**

Seit 1950 wurden in Deutschland 4,7 Mill. Menschen eingebürgert, davon 2,5 Mill. zwischen 1990 und 2000. In den letzten

Jahren schwankte die Zahl der Einbürgerungen zwischen 95 000 bis 125 000 jährlich. Ende 2009 lebten zwar rund 5 Mill. Ausländerinnen und Ausländer seit mindestens acht Jahren in Deutschland und erfüllten so die erforderliche Mindestaufenthaltsdauer für eine Anspruchseinbürgerung nach § 10 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz. Jedoch haben sich im Laufe des Jahres nur rund 96 000 Menschen einbürgern lassen. Ein Großteil der ausländischen Bevölkerung entscheidet sich also seit Jahren bewusst gegen eine Einbürgerung.

7.3.1 Regionale Verteilung und Herkunftsländer

Aus geografischer Perspektive ist Migration ein Phänomen der alten Bundesländer. Westdeutsche Großstädte und die alten industriellen Zentren weisen historisch bedingt höhere Anteile an Migranten auf. Hier war der Bedarf an Gastarbeitern infolge des Wirtschaftsaufschwungs ab den 1950er Jahren besonders groß. Dieses räumliche Verteilungsmuster besteht bis heute, wie der Ver-

Tab. 1: Bevölkerung nach Migrationsstatus

| | 2005 | | 2009 | | Veränderung 2009 gegenüber 2005 in % |
|--|---------------|-------------------------------------|---------------|-------------------------------------|---|
| | in 1 000 | Anteil an Gesamtbevölkerung in % | in 1 000 | Anteil an Gesamtbevölkerung in % | |
| Bevölkerung insgesamt | 82 465 | 100,0 | 81 904 | 100,0 | - 0,68 |
| ohne Migrationshintergrund | 67 132 | 81,4 | 65 856 | 80,4 | - 1,90 |
| mit Migrationshintergrund | 15 333 | 18,6 | 16 048 | 19,6 | 4,66 |
| mit eigener Migrationserfahrung (zugewandert) | 10 399 | 12,6 | 10 601 | 12,9 | 1,94 |
| Ausländer | 5 571 | 6,8 | 5 594 | 6,8 | 0,41 |
| Deutsche | 4 828 | 5,9 | 5 007 | 6,1 | 3,71 |
| ohne eigene Migrationserfahrung (hier geboren) | 4 935 | 6,0 | 5 447 | 6,7 | 10,37 |
| Ausländer | 1 749 | 2,1 | 1 630 | 2,0 | - 6,80 |
| Deutsche | 3 185 | 3,9 | 3 817 | 4,7 | 19,84 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

Bei der Ausländerzahl aus dem Mikrozensus handelt es sich um einen aus vier Quartalen gemittelten Wert, der von der Ausländerzahl aus der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember abweichen kann.

Tab. 2: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung 2009

| Anteile in ausgewählten administrativen Gebietseinheiten | in % |
|--|------|
| Baden-Württemberg | 26,8 |
| Regierungsbezirk Stuttgart | 30,1 |
| Regierungsbezirk Karlsruhe | 26,9 |
| Regierungsbezirk Tübingen | 24,2 |
| Bayern | 19,7 |
| Regierungsbezirk Oberbayern | 23,8 |
| Regierungsbezirk Niederbayern | 13,8 |
| Regierungsbezirk Mittelfranken | 23,0 |
| Berlin | 25,0 |
| Bremen | 26,6 |
| Hamburg | 27,8 |
| Hessen | 25,2 |
| Regierungsbezirk Darmstadt | 29,0 |
| Regierungsbezirk Gießen | 20,9 |
| Regierungsbezirk Kassel | 16,9 |
| Niedersachsen | 16,9 |
| ehem. Regierungsbezirk Braunschweig | 17,3 |
| ehem. Regierungsbezirk Hannover | 18,7 |
| ehem. Regierungsbezirk Lüneburg | 13,2 |
| Nordrhein-Westfalen | 24,5 |
| Regierungsbezirk Düsseldorf | 25,3 |
| Regierungsbezirk Köln | 25,3 |
| Regierungsbezirk Münster | 18,9 |
| Rheinland-Pfalz | 18,8 |
| ehem. Regierungsbezirk Koblenz | 17,8 |
| ehem. Regierungsbezirk Trier | 12,6 |
| ehem. Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz | 21,2 |
| Saarland | 17,6 |
| Schleswig-Holstein | 13,0 |
| Neue Bundesländer ohne Berlin | 4,8 |

Ergebnisse des Mikrozensus.

gleich der Länder zeigt. 2009 war der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund am höchsten in den Stadtstaaten Hamburg (28 %) und Bremen (27 %) sowie in Baden-Württemberg (27 %). In den neuen Ländern (ohne Berlin) lag er hingegen bei nur rund 5 %. → Tab. 2

Europa ist für die Zuwanderung nach Deutschland von herausragender Bedeutung: 2009 stellte es 71 % der 10,6 Mill. Zuwanderer, wobei ein Drittel aus den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union stammten.

Gut 3,0 Mill. Menschen mit Migrationshintergrund (Zuwanderer und ihre hier geborenen Kinder) hatten ihre Wurzeln in der Türkei, 2,9 Mill. in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, 1,5 Mill. in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens und knapp 1,5 Mill. in Polen. Die Gastarbeiter-Anwerbeländer (ohne Jugoslawien und Türkei) stellen zusammen 1,7 Mill. Menschen mit Migrationshintergrund. Hier hatten Italien mit 830 000 vor Griechenland mit 403 000 die höchsten Werte, sowie Portugal mit 171 000 und Spanien mit 172 000 die niedrigsten. Mit 1,4 Mill. kamen die meisten (Spät-)Aussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – vor allem aus der Russischen Föderation (589 000) und aus Kasachstan (483 000).

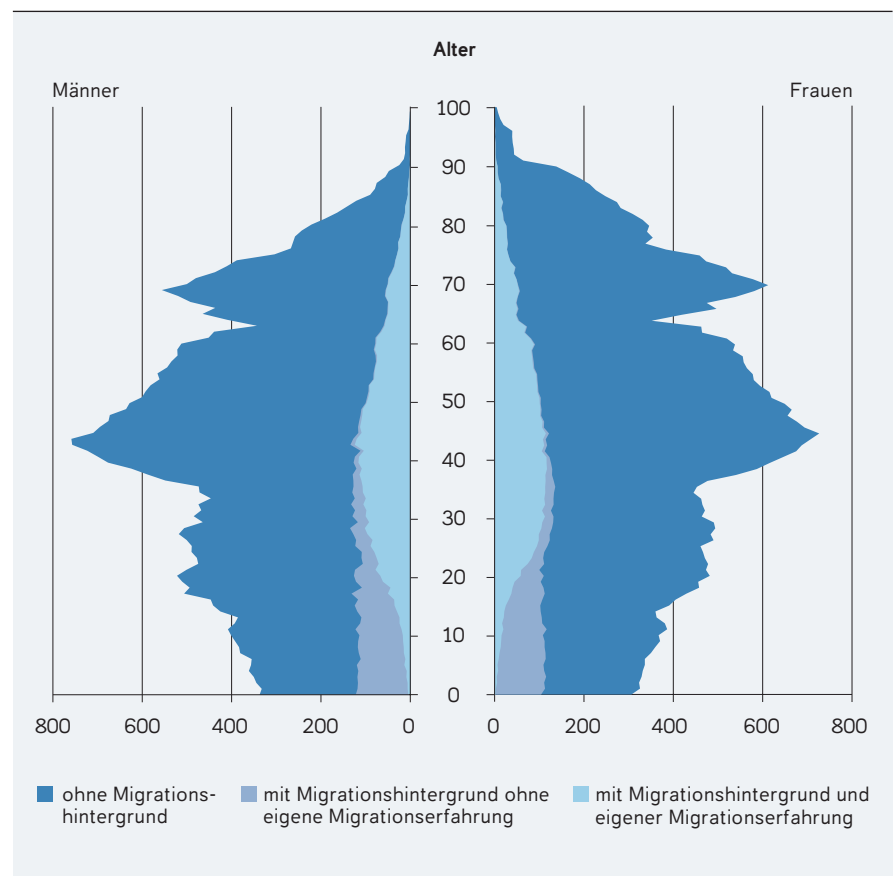
7.3.2 Demografische und sozioökonomische Merkmale

Menschen mit Migrationshintergrund waren im Schnitt deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (34,7 gegenüber 45,6 Jahre). Die Alterspyramide zeigt, dass bei Zuwanderern 25- bis 60-Jährige besonders häufig vertreten sind. Bei den in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund überwiegt dagegen die Folgegeneration: Hier sind gut zwei Drittel jünger als 18 Jahre.

→ Abb. 1

Die jüngere Altersstruktur bei Migranten und insbesondere bei ihren Nachkommen beeinflusst viele soziodemografische Eigenschaften (z. B. bedingt sie mehr Lebdige, mehr Menschen die noch in schu-

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund 2009, in 1 000 je Altersjahr



Quelle: Mikrozensus 2009.

lischer oder beruflicher Ausbildung sind, weniger Rentner) und muss bei der Interpretation von Statistiken immer berücksichtigt werden. Sie erklärt zum Teil auch den etwas höheren Männeranteil bei der ausländischen Bevölkerung (51 % gegenüber 49 % Gesamtbevölkerung), denn in jungen Jahrgängen sind mehr Männer vertreten und in älteren Jahrgängen mehr Frauen, da letztere eine längere Lebenserwartung haben. Ein weiterer Grund ist die verstärkte Zuwanderung bestimmter Bevölkerungsgruppen, z. B. lediger Männer im erwerbsfähigen Alter.

Betrachtet man einzelne Herkunftsländer, so zeigen sich große Unterschiede im Geschlechterverhältnis: Am höchsten war der Männeranteil in 2009 bei Staatsbürgern aus nordafrikanischen Ländern (Algerien: 72 %, Tunesien und Ägypten: 67 %), am niedrigsten bei Menschen aus Thailand (14 %), den Philippinen (18 %) und Brasilien (28 %).

Der ausländische Bevölkerungsteil unterscheidet sich bei vielen sozioökonomischen Merkmalen von der deutschen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. So kommen soziale Risiken wie fehlende schulische oder berufliche

Qualifikation, Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeit in prestigearmen Berufen sowie niedriges Einkommen und ein erhöhtes Armutsrisiko bei ihnen deutlich häufiger vor als in der sonstigen Bevölkerung. Deutsche mit Migrationshintergrund waren von all diesen Risiken etwa doppelt so häufig betroffen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund, Ausländerinnen und Ausländer aber viermal so oft. Die Unterschiede zwischen ausländischer und deutscher Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind demnach größer als die zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Bei differenzierter Betrachtung bestimmter Personengruppen (z. B. einzelner Herkunftsländer oder Altersschichten) wird jedoch deutlich, dass es nicht *die* Bevölkerung mit Migrationshintergrund als Ganzes gibt, sondern, dass diese in sich sehr heterogen ist und folglich unterschiedlichen Integrationsbedarf hat.

Allgemeine Schulabschlüsse und berufliche Abschlüsse

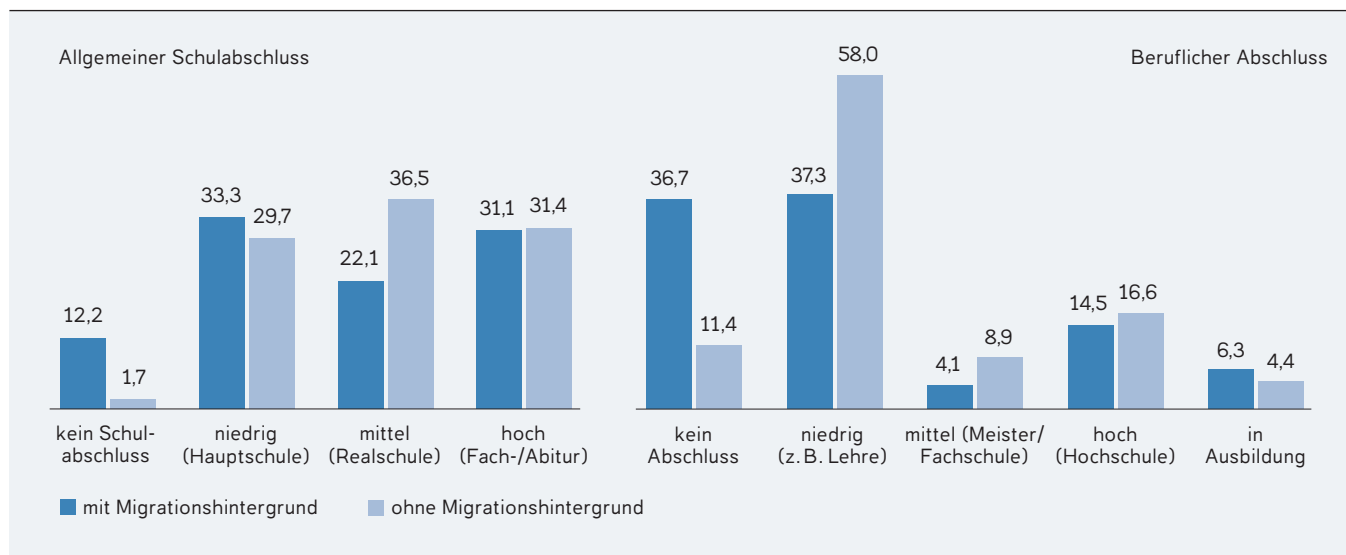
Besonders wichtig für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt ist die schulische und berufliche Qualifikation. Hier sind Menschen mit Migrationshintergrund deutlich schlechter gestellt als

jene ohne. Während 2009 nur rund 2 % der einheimischen Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren keinen Schulabschluss hatte, waren es bei Migranten und ihren Nachkommen 12 %. Sogar jeder Dritte hatte keinen beruflichen Abschluss, bei Menschen ohne Migrationshintergrund war es nur jeder Zehnte. Doch die Daten zeigen auch, dass die Differenzen bei den höheren Bildungsabschlüssen abnehmen: bei Abiturienten und Hochschulabsolventen waren die Anteile nahezu gleich.

➔ Abb. 2

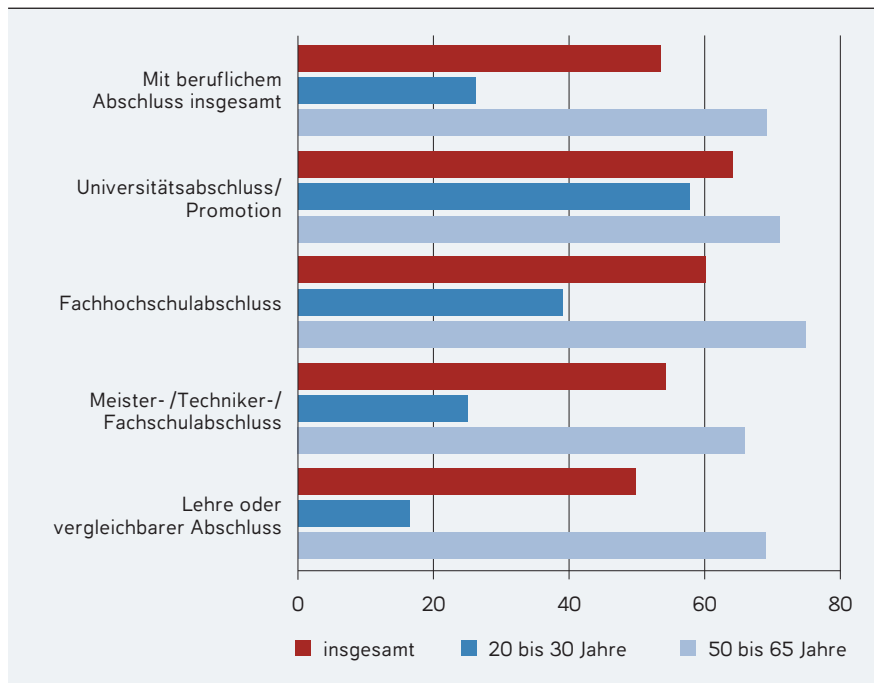
Zwischen 2005 und 2009 hat sich die Bildungssituation in Deutschland leicht positiv entwickelt: Der Anteil an Hauptschulabsolventen sank zugunsten von mehr Menschen mit mittlerer Reife und Abitur. Besonders erfreulich war der Rückgang von Menschen ohne beruflichen Abschluss, deren Anteil nahm bei Menschen mit Migrationshintergrund um rund drei Prozentpunkte ab. Diese Verbesserungen betrafen jedoch die gesamte Bevölkerung, das Qualifikationsniveau ist also insgesamt gestiegen. Die Disparitäten zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund bestehen allerdings weiterhin. Die »Bildungsschere« vermag sich noch nicht zu schließen.

Abb. 2: Bevölkerung nach Migrationsstatus und höchstem Bildungsabschluss, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren. Personen in schulischer Ausbildung und ohne Angabe sind nicht abgebildet.

Abb. 3: Anteil der Zuwanderer mit im Ausland erworbenem beruflichem Bildungsabschluss an allen Zuwanderern mit beruflichem Abschluss 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren.

Ein Instrument zur Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt ist die leichtere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen. Dazu muss man wissen, wie viele Zuwanderer (Menschen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung) ihre berufliche Qualifikation vor ihrer Einreise nach Deutschland abgeschlossen haben. Da nicht direkt erfragt wird, ob der Bildungsabschluss im In- oder Ausland erworben wurde, wird hier vereinfachend folgende Annahme getroffen: Liegt das Zuzugsjahr nach dem Jahr des höchsten beruflichen Ausbildungs- oder (Fach-)Hochschulabschlusses, unterstellt man, dass die berufliche Qualifikation im Ausland erworben wurde.

Dies traf in 2009 auf rund die Hälfte der knapp 4,7 Mill. Zuwanderer zwischen 20 und 64 Jahren mit Berufsabschluss zu. Je höher die berufliche Qualifikation, desto mehr Migranten hatten diese im Ausland erworben: Bei Zuwanderern mit Lehre hatte jeder Zweite diese in Deutschland

absolviert. Von Zuwanderern mit Universitätsabschluss haben 64 % ihren Abschluss im Ausland erworben. Differenziert man nach Altersgruppen so ergibt sich folgendes Bild: Mit fortgeschrittenem Alter stieg der Anteil der Menschen mit ausländischem Bildungsabschluss. Bei jüngeren Jahrgängen schwankte der Anteil der im Ausland erworbenen Abschlüsse in Abhängigkeit des Qualifikationsniveaus viel mehr als bei älteren Jahrgängen. → Abb. 3

Es reicht bekanntlich nicht, einen guten Abschluss in der Tasche zu haben, wenn man keinen adäquaten Arbeitsplatz findet. Wie ist es um die berufliche Situation von Zuwanderern mit ausländischem Bildungsabschluss bestellt? Wer arbeitet in seinem ausgebildeten Beruf, wer in einem anderen Beruf – aber auf einem vergleichbaren gleichen Ausbildungsniveau? Wer ist für seinen Job überqualifiziert?

Aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit internationaler Abschlüsse mit

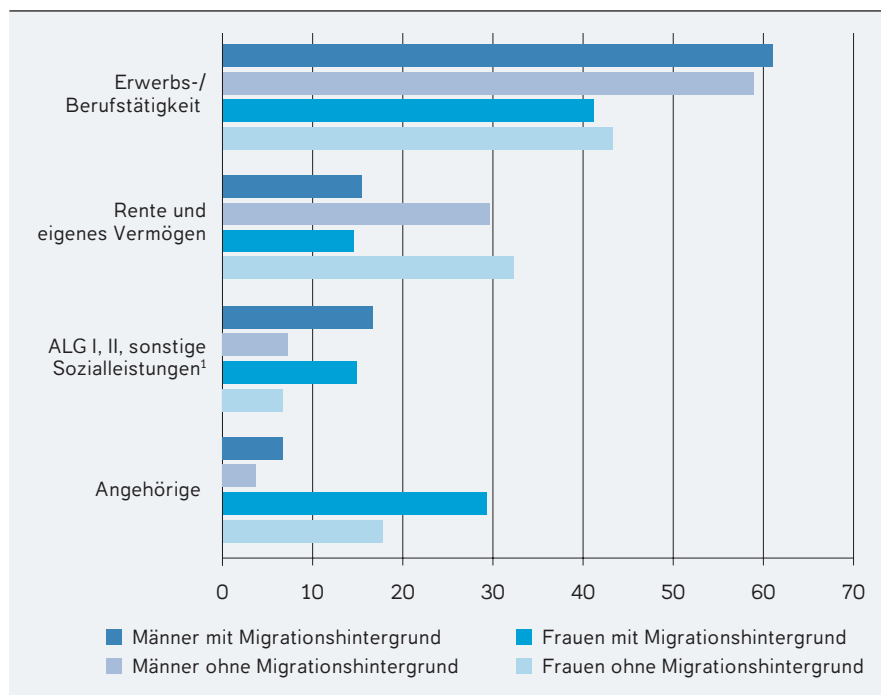
dem deutschen Bildungssystem und der Tatsache, dass es sich bei den erhobenen Angaben um Selbsteinschätzungen handelt, können die vorhandenen Daten nur einen Eindruck der Lage vermitteln. Anhand ausgewählter, systemneutraler Berufsgruppen lassen sich einige Tendenzen beobachten. Als Kriterium dienen die so genannten *skill levels* der ISCO-88 COM (Internationale Standardklassifikation der Berufe zur Verwendung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft).

Bei Ärzten, Zahn- und Tierärzten waren in 2009 relativ viele Zuwanderer mit ausländischem Abschluss im erlernten Beruf tätig. Einige wenige gingen fachfremden Tätigkeiten nach, die aber vom Qualifikationsniveau vergleichbar sind. Zuwanderer mit einem ausländischen Abschluss in der Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften mussten mehr Flexibilität beweisen. Sie fanden seltener eine Anstellung im erlernten Beruf oder auf vergleichbarem Ausbildungsniveau. Der Anteil der überqualifizierten oder arbeitslosen Ingenieurinnen und Ingenieure mit einem Abschluss, der auf Fachhochschulniveau liegt, war dabei noch etwas höher als bei ihren Kolleginnen und Kollegen mit Universitätsabschluss. Die Situation von Naturwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern (z. B. Mathematikern, Chemikern, Physikern) stellte sich ähnlich dar, wie bei den Ingenieuren mit Universitätsabschluss. Unter Zuwanderern, die an einer ausländischen Universität Wirtschaftswissenschaften studiert hatten, gab es zwar weniger Erwerbslose aber besonders viele Überqualifizierte: Rund jeder Zweite Betriebs- bzw. Volkswirt arbeitete in einem Job mit niedrigerem Ausbildungsniveau.

Lebensunterhalt, Einkommen

Ein weiterer relevanter sozioökonomischer Indikator ist die Quelle des eigenen Lebensunterhalts. Sowohl bei Menschen mit Migrationshintergrund wie bei der sonstigen Bevölkerung bezieht jeder Zweite im Alter ab 20 Jahren seinen Lebensunterhalt hauptsächlich aus eigener

Abb. 4: Bevölkerung nach Migrationshintergrund und überwiegendem Lebensunterhalt 2009, in %



¹ Umfasst zusätzlich u. a. Sozialgeld, laufende Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Pflegeversicherung, Elterngeld/Erziehungsgeld und BAföG.

Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung ab 20 Jahren.

Berufstätigkeit. Während Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft von Familienmitgliedern unterstützt werden oder Sozialleistungen erhalten, spielen bei der sonstigen Bevölkerung Einkünfte aus Rente und eigenem Vermögen (z. B. Ersparnisse, Vermietung, Zinsen) eine größere Rolle.

Dabei gibt es in manchen Bereichen deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern: 2009 waren fast 30 % der Frauen mit Migrationshintergrund auf Einkünfte von Angehörigen angewiesen, während es bei Frauen ohne Migrationshintergrund nur rund 18 % waren. Beim Anteil der Berufstätigen war die Differenz zwischen Frauen und Männern (rund 17 Prozentpunkte) um ein vielfaches größer als zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (0,2 Prozentpunkte). → Abb. 4

Im Zeitverlauf zeichnen sich positive Trends ab. Im Vergleich zu 2005 finan-

zierten 2009 etwas mehr Menschen ihren Lebensunterhalt hauptsächlich durch eigene Berufstätigkeit (2005: 49 %, 2009: 51 %). Die Zahl der von Angehörigen Abhängigen nahm bei Menschen mit Migrationshintergrund etwas stärker ab (um minus 2 Prozentpunkte gegenüber minus 1,6 Prozentpunkte bei der einheimischen Bevölkerung). Ebenso sank der Anteil der Sozialleistungsempfänger mit Migrationshintergrund von 16,6 % auf 15,8 %, sowie von 7,6 % auf 7,0 % bei Menschen ohne Migrationshintergrund.

Trotz dieser positiven Tendenzen sind Menschen mit Migrationshintergrund generell wirtschaftlich schlechter gestellt als jene ohne: Sie waren 2009 etwa doppelt so häufig erwerbslos als Menschen ohne Migrationshintergrund (rund 13 % gegenüber 6 % aller Erwerbspersonen im Alter von 25 bis 65 Jahren) oder gingen ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach, z. B. einem Minijob (12 % gegenüber 7 % aller Erwerbstätigen).

Außerdem ist ihr Armutsrisiko überproportional hoch, was stark mit einer niedrigen oder fehlenden schulischen und beruflichen Qualifikation zusammenhängt. 2009 waren 25 % der Lebensformen (Alleinstehende, Alleinerziehende sowie Paare mit und ohne Kinder) armutsgefährdet, wenn der Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hatte, aber nur 11 %, wenn dies nicht der Fall war. Besonders hoch war das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden mit Migrationshintergrund (40 % gegenüber 25 % ohne Migrationshintergrund).

Die ungünstigere wirtschaftliche Lage von Migranten und deren Nachkommen spiegelt sich auch in deren Einkommenssituation wider. Haushalte, bei denen der Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hat, sind in den unteren Einkommenskategorien etwas häufiger und in den oberen Einkommensgruppen seltener vertreten. 2009 lag das monatliche Nettoeinkommen bei 18 % dieser Haushalte unter 900 Euro sowie bei nur 13 % über 3200 Euro. Hatte der Haupteinkommensbezieher keinen Migrationshintergrund, veränderten sich die Anteile auf 13 % in der Einkommensgruppe »unter 900 Euro« sowie auf 20 % in der Kategorie »3200 Euro und mehr«. Wenn der Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hatte, aber in Deutschland geboren war, lag das Haushaltseinkommen im Schnitt etwas höher als bei Zuwanderern.

Insgesamt zeigen sich eine Reihe signifikanter Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Allerdings hängen viele Diskrepanzen nicht hauptsächlich und allein vom Merkmal »Migrationshintergrund« ab, sondern von soziodemografischen Faktoren wie der schulischen und beruflichen Bildung oder der Altersstruktur. Vergleicht man beispielsweise Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleicher Alters- und Bildungsschichten, nehmen die Differenzen deutlich ab. Es gibt daher keine einfachen Kausalzusammenhänge.

7.4 Lebenssituation von Migranten und deren Nachkommen


Ingrid Tucci

Im vorherigen Kapitel wurden bereits Grunddaten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf der Grundlage des Mikrozensus präsentiert. In diesem Abschnitt sollen darüber hinausgehend auf Basis des SOEP ergänzende Informationen zur Lebenssituation ausgewählter Bevölkerungsgruppen gegeben werden.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt keine homogene Gruppe dar; sie ist im Hinblick auf die Herkunftsländer und die Migrationsbiographien im Gegenteil äußerst heterogen. Seit der Zuwanderung der Arbeitsmigranten nach dem Zweiten Weltkrieg und der darauf folgenden Phase der Familienzusammenführung verlagerten zahlreiche Migranten ihren Lebensmittelpunkt nach Deutschland, wenngleich dies keineswegs bedeutet, dass sie die Brücken zu ihren Herkunftsländern abgebrochen hätten.

Nach dem Fall der Mauer siedelten viele Spätaussiedler aus Rumänien, Polen und den Gebieten der GUS-Staaten nach Deutschland über. Auch stellten in dieser Zeit zahlreiche Flüchtlinge aus den Balkangebieten Asylanträge in Deutsch-

land. So wurden 1995 20 % der Asylerstanträge von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien gestellt, 2008 hingegen 30 % von Flüchtlingen aus dem Irak.

Migranten und ihre Nachkommen nehmen in unterschiedlicher Weise an der deutschen Gesellschaft teil. Dies wird sowohl durch ihren rechtlichen als auch durch ihren sozialen Status beeinflusst. So sind beispielsweise die Nachkommen der Migranten aus den Anwerbeländern stark durch ihre soziale Herkunft aus Arbeiterfamilien geprägt. 

Im Folgenden wird die Lebenssituation ausgewählter Gruppen (siehe Infokasten) im Jahr 2009 (teilweise im Vergleich zum Jahr 2004) auf Grundlage der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht und miteinander verglichen. Folgende Lebensbereiche werden betrachtet: Allgemeine Lebensbedingungen, Bildungs- und Ausbildungssituation, Beschäftigungsstruktur und Einkommen, soziale Integration und kulturelle Orientierungen. Die Analysen beziehen sich auf die neuen und alten Bundesländer.

7.4.1 Ausgewählte Merkmale der Lebensbedingungen von Personen mit Migrationshintergrund

Gut die Hälfte der Population mit Migrationshintergrund ab 16 Jahren besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit, wobei dieser Anteil je nach Herkunftsregion variiert. Während die deutsche Staatsangehörigkeit unter den (Spät-)Aussiedlern (95 %) sowie den Personen mit osteuropäischem Hintergrund (65 %) sehr verbreitet ist, beträgt dieser Anteil innerhalb der Population mit türkischer Herkunft lediglich 22 %. Den niedrigsten Anteil findet man allerdings innerhalb der Population aus den Ländern Südwesteuropas (18 %), da Personen aus dieser Ländergruppe aufgrund ihrer EU-Mitgliedschaft weniger Anreize besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben.

In Bezug auf den Familienstand lässt sich feststellen, dass Personen türkischer Herkunft (69 %), ebenso wie (Spät-)Aussiedler (60 %) und Personen aus osteuropäischen Ländern (58 %) im Durchschnitt häufiger verheiratet sind als Personen ohne Migrationshintergrund (53 %). Letztere wie auch (Spät-)Aussiedler weisen zudem einen überdurchschnittlichen Anteil an Verwitweten aus, was sich mit einem Verweis auf das höhere Durchschnittsalter in dieser Gruppe erklären lässt. → [Tab. 1](#)

Bei den untersuchten Herkunftsgruppen variieren auch die Einkommenssituationen, vor allem im Hinblick auf das Armutsrisiko. Dies wurde bereits im vorherigen Abschnitt angesprochen. Nach den Daten des SOEP sind türkischstämmige Personen mit einer Risikoquote von 33 % am stärksten von Armut betroffen, gefolgt von Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und (Spät-)Aussiedlern (25 %). Die Situation der an-

Migranten



Um die soziale und migrationsbedingte Heterogenität der Personen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen, werden fünf Herkunftsgruppen betrachtet: Die Zuwanderer aus der Türkei, Zuwanderer aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, Zuwanderer aus den ehemaligen Anwerbestaaten, die heute zur EU gehören (Italien, Spanien, Griechenland, Portugal), die (Spät-)Aussiedler sowie Personen aus ost-europäischen Ländern. Daneben werden auch Unterschiede in der demografischen Struktur zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund berücksichtigt. In einigen Abschnitten wird die Situation der Nachkommen von Migranten gesondert dargestellt. Bei den Migrantennachkommen handelt es sich um die 16- bis 45-Jährigen, die entweder schon in Deutschland geboren wurden oder die als Minderjährige nach Deutschland zugewandert sind und in Deutschland die Schule besucht haben.

Tab. 1: Ausgewählte Merkmale der Lebenssituation von Deutschen, Zuwanderern und Aussiedlern

| | Personen ohne Migrationshintergrund | Personen mit Migrationshintergrund | | | | | |
|--|-------------------------------------|------------------------------------|--------|------------------------------------|---------------|--------------------|-----------|
| | | Gesamt | Türkei | Länder des ehemaligen Jugoslawiens | Südwesteuropa | (Spät-) Aussiedler | Osteuropa |
| Deutsche Nationalität (%) ¹ | - | 51 | 22 | 24 | 18 | 95 | 65 |
| Mittelwert Aufenthaltsdauer (Jahre) ¹ | - | 25 | 29 | 29 | 37 | 19 | 18 |
| In Deutschland geboren (%) ¹ | - | 35 | 32 | 23 | 41 | 12 | 22 |
| Alter bei Einwanderung (Durchschnitt) ¹ | - | 23 | 19 | 21 | 20 | 28 | 28 |
| Familienstand¹ | | in % | | | | | |
| Verheiratet | 53 | 59 | 69 | 54 | 54 | 60 | 58 |
| Ledig | 28 | 27 | 25 | 29 | 31 | 21 | 32 |
| Geschieden | 10 | 9 | 4 | 14 | 10 | 10 | 7 |
| Verwitwet | 9 | 5 | 2 | 3 | 3 | 9 | 2 |
| Einkommenssituation² | | in EUR | | | | | |
| Haushaltsäquivalenzeinkommen (Median) | | in EUR | | | | | |
| 2004 | 1510 | 1190 | 980 | 1190 | 1300 | 1270 | 1210 |
| 2009 | 1640 | 1280 | 1040 | 1320 | 1410 | 1310 | 1350 |
| Einkommensverteilung 2004 | | in % | | | | | |
| < 60 % (Armutrisikoquote) | 11 | 22 | 42 | 18 | 16 | 24 | 17 |
| 60 % bis 100 % | 35 | 44 | 42 | 54 | 45 | 40 | 46 |
| 100 % bis 150 % | 35 | 23 | 11 | 22 | 27 | 28 | 25 |
| > 150 % | 20 | 10 | 4 | 6 | 13 | 8 | 11 |
| Einkommensverteilung 2009 | | in % | | | | | |
| < 60 % (Armutrisikoquote) | 12 | 24 | 33 | 25 | 19 | 25 | 18 |
| 60 % bis 100 % | 34 | 43 | 53 | 44 | 37 | 38 | 43 |
| 100 % bis 150 % | 33 | 22 | 11 | 23 | 32 | 28 | 26 |
| > 150 % | 21 | 11 | 3 | 7 | 12 | 9 | 13 |
| Wohnsituation | | in EUR | | | | | |
| 2004 | 440 | 450 | 460 | 430 | 490 | 410 | 440 |
| 2009 | 480 | 500 | 480 | 460 | 530 | 480 | 460 |
| Durchschnittliche Haushaltsgröße (Mittelwert) | | Anzahl der Personen | | | | | |
| 2004 | 2,1 | 2,6 | 3,6 | 2,4 | 2,7 | 2,2 | 2,5 |
| 2009 | 2,0 | 2,5 | 3,3 | 2,3 | 2,4 | 2,1 | 2,6 |
| Wohnfläche pro Person (Mittelwert) | | in m ² | | | | | |
| 2004 | 52 | 39 | 26 | 39 | 40 | 43 | 39 |
| 2009 | 56 | 40 | 31 | 39 | 41 | 45 | 37 |
| Luftverschmutzung (mehr als gering) | | in % | | | | | |
| 2004 | 14 | 18 | 22 | 26 | 15 | 14 | 17 |
| 2009 | 14 | 19 | 27 | 18 | 16 | 17 | 17 |
| Ausländer im Wohngebiet (viele ausländische Familien) | | in % | | | | | |
| 2004 | 21 | 40 | 55 | 48 | 41 | 33 | 40 |
| 2009 | 20 | 41 | 57 | 44 | 43 | 36 | 35 |

Datenbasis: SOEP 2004 und 2009.

deren Herkunftsgruppen hat sich, einschließlich der Personen ohne Migrationshintergrund, im Zeitvergleich von 2004 bis 2009 verschlechtert. Im oberen Einkommensbereich (über 150 % des Medianeinkommens) sind zudem Personen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert. So verfügen beispielsweise nur 3% der Personen türkischer Herkunft über ein sehr hohes Äquivalenzeinkommen. Insgesamt gab es zwischen 2004 und 2009 kaum Veränderungen in der Verteilung.

Auch wenn Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt geringere finanzielle Ressourcen als einheimische Deutsche aufweisen (1 280 Euro gegenüber 1 640 Euro im Monat), hat sich das verfügbare Haushaltseinkommen für nahezu alle Gruppen zwischen 2004 und 2009 leicht erhöht. Jedoch fällt der An-

stieg bei der türkischstämmigen Bevölkerung am geringsten aus. Die Betrachtung der Wohnsituation von Migrantenhaushalten macht deutlich, dass diese in etwa die gleiche Miete ausgeben müssen wie einheimische Haushalte. Aber sie verfügen im Durchschnitt über deutlich weniger Wohnfläche pro Person. Die Tatsache, dass ein Großteil der Zuwandererfamilien in größeren Städten lebt, trägt zu den Schwierigkeiten beim Zugang zu bezahlbaren und adäquaten Wohnungen bei. So sind Migrantenhaushalte häufiger in weniger attraktiven Wohngebieten anzutreffen. Ein Blick auf das Wohnumfeld zeigt, dass türkische Haushalte beispielsweise im Hinblick auf die Luftverschmutzung besonders benachteiligt sind: 27 % geben eine Luftverschmutzung in ihrer Wohngegend an, die »gerade erträglich« bis »sehr stark« ist, gegenüber 14 % der einheimischen Haushalte.

Schließlich befinden sich Migrantenhaushalte doppelt so häufig wie einheimische Haushalte in Wohngebieten mit einem hohen Anteil an ausländischen Familienwieder. Dabei gibt es Unterschiede je nach Herkunftsgruppe: Haushalte von (Spät-)Aussiedlern und Personen osteuropäischer Herkunft sind am wenigsten, türkische Haushalte hingegen am stärksten räumlich segregiert.

7.4.2 Bildung und Ausbildung

Ein Blick auf die Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach der schulischen Bildung hat im vorherigen Abschnitt aufgezeigt, dass diese Bevölkerungsgruppe auch hinsichtlich der schulischen Bildung strukturell heterogen polarisiert ist. Einerseits bleiben erhebliche Anteile ohne schulischen Abschluss, an-

Tab. 2: Bildungsniveau der Nachkommen von Migranten im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung (17- bis 45-Jährige)

| | Personen ohne Migrationshintergrund | Personen mit Migrationshintergrund | | | |
|---------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------|--------|----------------------|-----------------------------|
| | | Gesamt | Türkei | andere Anwerbeländer | (Spät-)Aussiedler/Osteuropa |
| Schulische Bildung | | | | | |
| Kein Abschluss | 1 | 2 | 6 | 1 | 1 |
| Frauen | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| Vater hat maximal Hauptschulabschluss | 1 | 2 | 4 | 0 | 0 |
| Hauptschulabschluss | 21 | 39 | 51 | 49 | 16 |
| Frauen | 17 | 33 | 44 | 42 | 5 |
| Vater hat maximal Hauptschulabschluss | 31 | 44 | 49 | 55 | 26 |
| Realschulabschluss | 39 | 32 | 25 | 28 | 26 |
| Frauen | 42 | 37 | 31 | 33 | 35 |
| Vater hat maximal Hauptschulabschluss | 42 | 35 | 22 | 33 | 34 |
| Abitur | 39 | 28 | 18 | 22 | 57 |
| Frauen | 40 | 29 | 23 | 25 | 60 |
| Vater hat maximal Hauptschulabschluss | 25 | 20 | 24 | 12 | 40 |
| Berufliche Bildung | | | | | |
| Ohne Abschluss | 18 | 40 | 59 | 25 | 53 |
| Frauen | 16 | 39 | 63 | 27 | 46 |
| Vater hat maximal Hauptschulabschluss | 17 | 39 | 64 | 30 | 44 |
| Berufsausbildung | 61 | 50 | 37 | 64 | 23 |
| Frauen | 64 | 51 | 34 | 60 | 39 |
| Vater hat maximal Hauptschulabschluss | 71 | 55 | 32 | 62 | 35 |
| Akademischer Abschluss | 20 | 10 | 3 | 11 | 24 |
| Frauen | 20 | 10 | 3 | 14 | 15 |
| Vater hat maximal Hauptschulabschluss | 12 | 6 | 4 | 8 | 21 |

Datenbasis: SOEP 2009.

dererseits nehmen die Unterschiede bei den höheren Abschlüssen allmählich ab. Auch im Bereich der beruflichen Bildung, zeigt sich ein ähnlich heterogenes Bild.

Betrachtet man nun die besondere Gruppe der Nachfolgeneration, also derjenigen Migrantennachkommen, die selbst keine Migrationserfahrung haben oder nach Deutschland eingereist sind, bevor sie sieben Jahre alt waren, stellt man fest, dass diese im Durchschnitt weniger häufig das Abitur, zugleich aber häufiger einen Hauptschulabschluss erlangen als die gleichaltrige einheimische Population.

→ Tab. 2

Die Geschlechterunterschiede sind besonders stark unter den türkischen Migrantennachkommen zu finden: hier haben 23 % der Frauen das Abitur gegenüber 18 % der Gesamtgruppe. Die vergleichsweise hohen Qualifikationen der (Spät-)Aussiedler und osteuropäischen Migranten spiegeln sich in den entsprechenden Anteilen an Abiturienten bei ihren Nachkommen wieder (57 %). Der Vergleich der Bildungslage der Migrantennachkommen mit der gleichaltrigen einheimischen Bevölkerung ist jedoch verzerrt, solange nicht die soziale Herkunft kontrolliert wird, da Migranteltern im Durchschnitt niedrigere Bildungsabschlüsse besitzen.

Betrachtet man deshalb nur diejenigen Personen, deren Väter maximal einen Hauptschulabschluss besitzen, wird deutlich, dass die Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen geringer ausfallen, insbesondere wenn es sich um den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen handelt. Hier unterscheiden sich z. B. junge Menschen türkischer Herkunft nicht mehr von jungen Menschen ohne Migrationshintergrund. Jedoch verringern sich die Unterschiede nur leicht, wenn es um die niedrigeren Bildungswege geht. Hier spielen neben dem sozioökonomischen Hintergrund weitere Faktoren wie die institutionelle Diskriminierung oder auch der Familien- und Schulkontext eine Rolle.

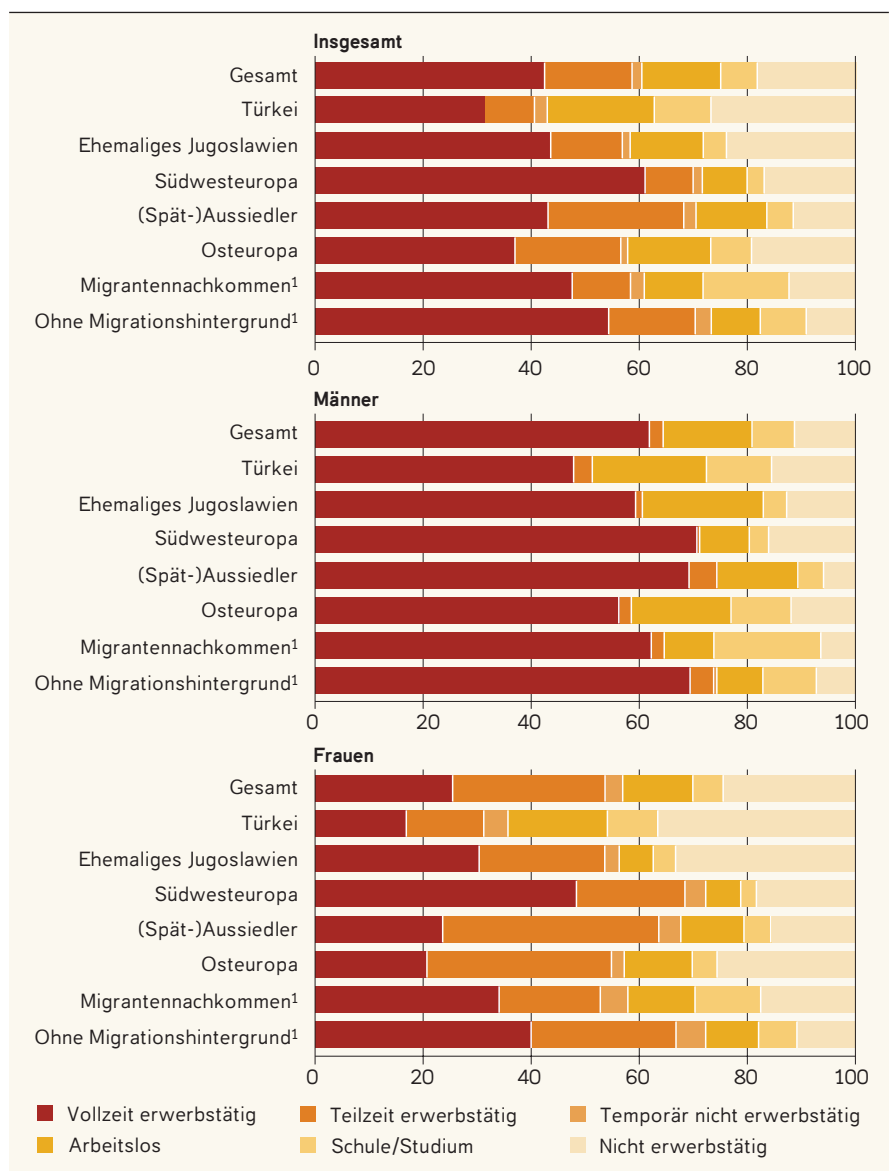
7.4.3 Beschäftigungsstruktur und Arbeitssituation

Eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Integration aller Bevölkerungsgruppen kommt dem Arbeitsmarkt zu. In diesem Abschnitt soll dementsprechend die Frage beantwortet werden, ob sich Personen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, auf die Stellung innerhalb des Erwerbssystems sowie auf einige Aspekte der Qualität des Arbeitsplatzes systematisch

und gegebenenfalls durchgängig von der deutschen Bevölkerung unterscheiden.

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheidet sich von der einheimischen Bevölkerung bereits beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Betrachtet man die Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter, so ist festzustellen, dass Personen türkischer Herkunft im Jahr 2009 deutlich häufiger nicht erwerbstätig sind. Dies ist zum Teil auf den hohen Anteil an nicht erwerbstätigen Frauen in dieser

Abb. 1: Erwerbsstatus nach Migrationshintergrund und Geschlecht



1 17-45 Jahre.

Datenbasis: SOEP 2009.

Gruppe zurückzuführen (37%). Nicht alle Herkunftsgruppen sind im gleichen Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Personen aus der Türkei (20%), Osteuropa (15%) und den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (14%) weisen den höchsten Anteil an Arbeitslosigkeit auf. Bei den Männern ist die Arbeitslosigkeit unter Personen aus der Türkei (21%) und den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (22%) am weitesten verbreitet. Außerdem zeigt sich, dass sowohl (Spät-)Aussiedler (13%) und Personen aus osteuropäischen Ländern (19%) vor Arbeitslosigkeit nicht geschützt sind, obwohl sie überwiegend die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. → **Abb. 1**

Einen zentralen objektiven Indikator für die Qualität eines Arbeitsplatzes stellt zweifellos das erzielte Arbeitseinkommen dar. Betrachtet man die Arbeitseinkommen in den untersuchten Gruppen, ist zunächst festzustellen, dass das Nettoarbeitseinkommen der Personen mit Migrationshintergrund in beiden Erhebungsjahren unterhalb des Durchschnitts der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund liegt. So verdienen Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2009 monatlich 290 Euro weniger (2004 waren es 200 Euro). Außer für die Erwerbstätigen

türkischer Herkunft, deren monatliches Einkommen um 20 Euro zurückging, stieg das Arbeitseinkommen aller anderen Gruppen von 2004 bis 2009 mehr oder weniger stark an. Migrantennachkommen verdienten 2009 im Durchschnitt 210 Euro weniger als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund. → **Tab. 3**

Ein Grund für das niedrige Erwerbseinkommen bei Migranten und deren Nachkommen liegt in deren beruflicher Platzierung. So sind sie häufiger als un- oder angelernte Arbeiter tätig, wobei dies insbesondere auf Personen aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens (53%) und der Türkei (49%) zutrifft. Insgesamt befinden sich Personen mit Migrationshintergrund im unteren Bereich der Berufshierarchie. Gerade ab den mittleren Angestelltenpositionen und in den Beamtenberufen, aus denen ausländische Staatsbürger ausgegrenzt werden, sind sie deutlich unterrepräsentiert. Betrachtet man die berufliche Platzierung der Migrantennachkommen, fällt auf, dass deren Positionierung in der Berufshierarchie der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund ähnelt, wenngleich sich der Anteil der Personen, die als Arbeiter tätig sind zu Gunsten eines höheren Anteils an Facharbeitern und einfachen Angestellten

verringert. Diese leichte Aufstiegtendenz trifft im Besonderen auf Frauen zu.

→ **Tab. 4**

Aufgrund unterschiedlicher Bildungsbiographien aber auch Einkommens- und Beschäftigungsstrukturen verfügten berentete Migranten im Jahr 2009 über weniger Renteneinkommen (Gesetzliche Rentenversicherung und Knappschaften) als Berentete ohne Migrationshintergrund. Dass der Gesamtwert für die Rentner mit Migrationshintergrund höher ist als der für die einzelnen Migrantengruppen, liegt daran, dass Berentete aus den anderen westlichen Ländern, die als Gruppe nicht gesondert ausgeführt werden, sehr hohe Renteneinkommen erzielen. Ost-europäische Migranten (870 Euro) und (Spät-)Aussiedler (840 Euro) erhalten unter den Migranten den höchsten Betrag, was darauf zurückzuführen ist, dass (Spät-)Aussiedler im Gegensatz zu Migranten ausländischer Herkunft in das Fremdenrentenrecht einbezogen werden. Migranten aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens weisen den niedrigsten Betrag auf (640 Euro), gefolgt von türkischen Migranten (740 Euro). Berentete Frauen türkischer Herkunft erhalten mit 450 Euro monatlich den niedrigsten Betrag aus der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Tab. 3: Arbeitseinkommen und Renteneinkommen nach Migrationshintergrund und Geschlecht

| | Individuelles Nettoerwerbseinkommen 2004 | | | Individuelles Nettoerwerbseinkommen 2009 | | | Renteneinkommen 2009 (GRV-Rente und Knappschaften) | | |
|-------------------------------------|--|--------|--------|--|--------|--------|--|--------|--------|
| | Gesamt | Frauen | Männer | Gesamt | Frauen | Männer | Gesamt | Frauen | Männer |
| in EUR | | | | | | | | | |
| Personen ohne Migrationshintergrund | 1490 | 1040 | 1880 | 1600 | 1170 | 1990 | 1120 | 750 | 1530 |
| Personen mit Migrationshintergrund | 1290 | 920 | 1590 | 1310 | 900 | 1740 | 920 | 650 | 1180 |
| Türkei | 1230 | 750 | 1480 | 1210 | 770 | 1530 | 740 | 450 | 890 |
| Länder des ehemaligen Jugoslawiens | 1200 | 1000 | 1390 | 1230 | 980 | 1480 | 640 | 520 | 800 |
| Südwesteuropa | 1340 | 910 | 1640 | 1440 | 1050 | 1770 | 840 | 520 | 1040 |
| (Spät-)Aussiedler | 1230 | 950 | 1500 | 1240 | 890 | 1700 | 840 | 650 | 1100 |
| Osteuropa | 1210 | 850 | 1560 | 1220 | 770 | 1760 | 870 | 570 | 1170 |
| 17- bis 45-Jährige | | | | | | | | | |
| Migrantennachkommen | 1190 | 880 | 1430 | 1220 | 950 | 1470 | - | - | - |
| Ohne Migrationshintergrund | 1360 | 980 | 1690 | 1430 | 1110 | 1740 | - | - | - |

Datenbasis: SOEP 2004 und 2009.

Tab. 4: Berufliche Stellung nach Migrationshintergrund und Geschlecht

| Berufliche Stellung | Personen ohne Migrationshintergrund | Personen mit Migrationshintergrund | | | | | | 17 bis 45-Jährige | |
|----------------------|-------------------------------------|------------------------------------|--------|------------------------------------|---------------|-------------------|-----------|----------------------|----------------------------|
| | | Gesamt | Türkei | Länder des ehemaligen Jugoslawiens | Südwesteuropa | (Spät-)Aussiedler | Osteuropa | Migranten-nachkommen | Ohne Migrationshintergrund |
| in % | | | | | | | | | |
| Arbeiter | 15 | 35 | 49 | 53 | 30 | 35 | 42 | 24 | 15 |
| Männer | 15 | 36 | 45 | 55 | 32 | 39 | 32 | 30 | 17 |
| Frauen | 15 | 35 | 55 | 51 | 29 | 33 | 51 | 18 | 13 |
| Facharbeiter/Meister | 15 | 13 | 16 | 9 | 18 | 21 | 11 | 17 | 15 |
| Männer | 24 | 23 | 24 | 17 | 28 | 37 | 22 | 29 | 23 |
| Frauen | 6 | 4 | 5 | 2 | 6 | 9 | 2 | 5 | 6 |
| Einfache Angestellte | 15 | 17 | 21 | 12 | 23 | 12 | 14 | 25 | 16 |
| Männer | 8 | 10 | 18 | 6 | 12 | 3 | 11 | 14 | 9 |
| Frauen | 22 | 25 | 25 | 18 | 36 | 18 | 16 | 37 | 24 |
| Mittlere Angestellte | 24 | 14 | 5 | 15 | 11 | 13 | 15 | 16 | 24 |
| Männer | 16 | 7 | 3 | 6 | 7 | 8 | 7 | 7 | 16 |
| Frauen | 33 | 21 | 6 | 24 | 15 | 18 | 20 | 25 | 33 |
| Höhere Angestellte | 15 | 12 | 2 | 5 | 12 | 11 | 13 | 12 | 16 |
| Männer | 18 | 16 | 2 | 7 | 16 | 10 | 22 | 14 | 20 |
| Frauen | 11 | 9 | 3 | 3 | 8 | 11 | 5 | 9 | 12 |
| Selbstständige | 9 | 6 | 7 | 6 | 4 | 5 | 5 | 5 | 8 |
| Männer | 12 | 7 | 8 | 10 | 5 | 2 | 5 | 5 | 10 |
| Frauen | 6 | 6 | 6 | 2 | 4 | 7 | 5 | 5 | 5 |
| Beamte | 7 | 2 | 0 | 0 | 1 | 2 | 0 | 2 | 6 |
| Männer | 8 | 2 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 | 2 | 6 |
| Frauen | 7 | 1 | 0 | 0 | 1 | 3 | 0 | 1 | 7 |

Datenbasis: SOEP 2009.

Tab. 5: Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft, Sprachkenntnisse, Bleibeabsichten und Überweisungen ins Ausland

| | Wahrgenommene Benachteiligung wegen der Herkunft (Häufig) | | Deutsch sprechen (Gut bis Sehr gut) | | In Deutschland für immer bleiben (Ja, %) | | Überweisungen ins Ausland |
|---------------------------------------|---|----------|-------------------------------------|-----------|--|-----------|---------------------------|
| | 2003 | 2009 | 2003 | 2009 | 2003 | 2009 | 2009 |
| in % | | | | | | | |
| Bevölkerung mit Migrationshintergrund | | | | | | | |
| Gesamt | 6 | 6 | 72 | 75 | 79 | 74 | 7 |
| Türkei | 9 | 10 | 56 | 64 | 74 | 64 | 6 |
| Länder des ehemaligen Jugoslawiens | 2 | 5 | 72 | 77 | 76 | 76 | 16 |
| Südwesteuropa | 3 | 2 | 67 | 77 | 68 | 69 | 3 |
| (Spät-)Aussiedler | 4 | 4 | 78 | 81 | 97 | 92 | 8 |
| Osteuropa | 10 | 7 | 80 | 77 | 94 | 86 | 6 |
| Migrantennachkommen | | | | | | | |
| Gesamt | 8 | 9 | 96 | 97 | 80 | 79 | 2 |
| Türkei | 14 | 12 | 93 | 94 | 78 | 79 | 5 |
| Andere ehemalige Anwerbeländer | 5 | 7 | 98 | 99 | 82 | 77 | 2 |
| (Spät-)Aussiedler/Osteuropa | 0 | 2 | 100 | 99 | 80 | 90 | 0 |

Datenbasis: SOEP 2003 und 2009.

7.4.4 Kulturelle Orientierungen und Erfahrung von Benachteiligung

In diesem Abschnitt werden Indikatoren der kulturellen Orientierung und sozialen Partizipation betrachtet. Die Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft gibt Aufschluss darüber, inwieweit Migranten und deren Kinder in ihrem alltäglichen Handeln Abweisung durch die Mehrheitsgesellschaft erfahren. Über die Erfahrung, aufgrund der Herkunft benachteiligt worden zu sein, berichten die Herkunftsgruppen in unterschiedlichem Ausmaß. Dabei geben im Jahr 2009 9 % der Migrantennachkommen und 10 % der Personen mit türkischem Hintergrund bzw. 7 % aus ost-europäischen Ländern an, häufig Situationen erlebt zu haben, in denen sie aufgrund ihrer Herkunft abgewiesen bzw. benachteiligt wurden. Zwischen 2003 und 2009 ist dieser Anteil insbesondere bei den Personen aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens angestiegen.

Bei allen Herkunftsgruppen schätzen mehr als die Hälfte der Personen ihre deutschen Sprachkenntnisse als »gut« bis »sehr gut« ein. Mit Ausnahme der Personen ost-europäischer Herkunft ist dieser Anteil bei allen Gruppen angestiegen. Betrachtet man im Besonderen die Nachkommen von Migranten aus der Türkei, so fällt auf, dass diese im Vergleich zu der Gesamtgruppe der türkischstämmigen Migranten wesentlich häufiger angeben

über mindestens gute deutsche Sprachkenntnisse zu verfügen (94 % vs. 64 %). Die eigenen deutschen Sprachkenntnisse werden von einer Generation zur nächsten zunehmend als »gut« bis »sehr gut« eingeschätzt. Gleichzeitig zeigt sich bei der zweiten Generation ein höherer Anteil an Befragten, die angeben benachteiligt worden zu sein. Insbesondere ist dies bei türkischstämmigen Migranten und bei Nachkommen aus den anderen ehemaligen Anwerbeländern der Fall.

→ Tab. 5

Drei Viertel der Personen mit Migrationshintergrund äußerte im Jahr 2009 den Wunsch für immer in Deutschland bleiben zu wollen. Allerdings ist der Anteil zwischen 2003 und 2009 gesunken, vor allem bei türkischstämmigen Migranten, die am stärksten von Benachteiligungen betroffen sind. Insgesamt äußern mehr Befragte der zweiten bzw. dritten Generation als der ersten den Wunsch für immer in Deutschland zu bleiben.

Schließlich lässt sich feststellen, dass Personen mit Migrationshintergrund die Verbindung zum Herkunftsland pflegen: 7 % von Ihnen haben in 2009 Überweisungen an Dritte im Ausland getätigt. Dabei ist der Anteil für Personen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, unter denen sich auch Personen befinden, die als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, mit 16 % am höchsten. Dagegen haben nur 3 % der Personen mit süd-

west-europäischer Herkunft Geld ins Ausland überwiesen. Unter den Nachkommen sind es die der türkischen Migranten, die am häufigsten Geldtransfers ins Ausland leisten.

7.4.5 Zusammenfassung

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellt keine homogene Gruppe dar. Vielmehr unterscheidet sich die soziale Situation der Migranten und deren Nachkommen je nach Herkunft, Migrationsgeschichte und Niederlassungskontext. Zwischen 2004 und 2009 verbesserte sich ihre Lage kaum – gerade für Personen aus der Türkei und den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Trotzdem wählte die Mehrheit von ihnen Deutschland als Lebensmittelpunkt. Problematisch für die Integration der zweiten und dritten Generation ist das hohe Armutsrisiko der Migrantenfamilien ebenso wie die Tatsache, dass Migranten im hohen Alter relativ wenig Rente beziehen und möglicherweise auf die Unterstützung der Jüngeren angewiesen sind. Bildungschancen sind hierbei von zentraler Bedeutung: Nur wenige Nachkommen von Migranten erreichen einen akademischen Abschluss, gleichzeitig erwerben viele von ihnen keine berufliche Qualifikation, wodurch ihnen der Zugang zu höheren Positionen in der Arbeitswelt, wie beispielsweise Beamtenpositionen, versperrt bleibt.

In Deutschland lebten Ende 2010 ungefähr sieben Millionen ausländische Staatsbürger. Das entspricht einem Anteil von ca. 9 % an der Gesamtbevölkerung. Die Mehrzahl der Ausländer lebt schon seit langem hier – die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt bei 19 Jahren. Die Frage, ob die Integration der ausländischen Bevölkerung in die deutsche Gesellschaft gelungen ist, wird in den letzten Jahren intensiv diskutiert, wobei häufig eher skeptische Töne zu vernehmen sind. Im Jahr 2010 erreichte die Integrationsdebatte angeführt von Thilo Sarrazins Bestseller »Deutschland schafft sich ab«, in dem muslimischen Migranten – neben mangelnder Intelligenz – Integrationsunwilligkeit und -unfähigkeit vorgeworfen wird, neue Höhepunkte. Um ein Bild davon zu erhalten, wie es aus Sicht der deutschen Bevölkerung um das Verhältnis zwischen Einheimischen und Ausländern bestellt ist, wird im Folgenden untersucht, wie die Deutschen die hier lebenden Ausländer sehen, welche Einstellungen sie ihnen gegenüber haben und inwieweit Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern in unterschiedlichen Lebensbereichen bestehen.

7.5.1 Einstellungen zu Ausländer diskriminierenden Forderungen

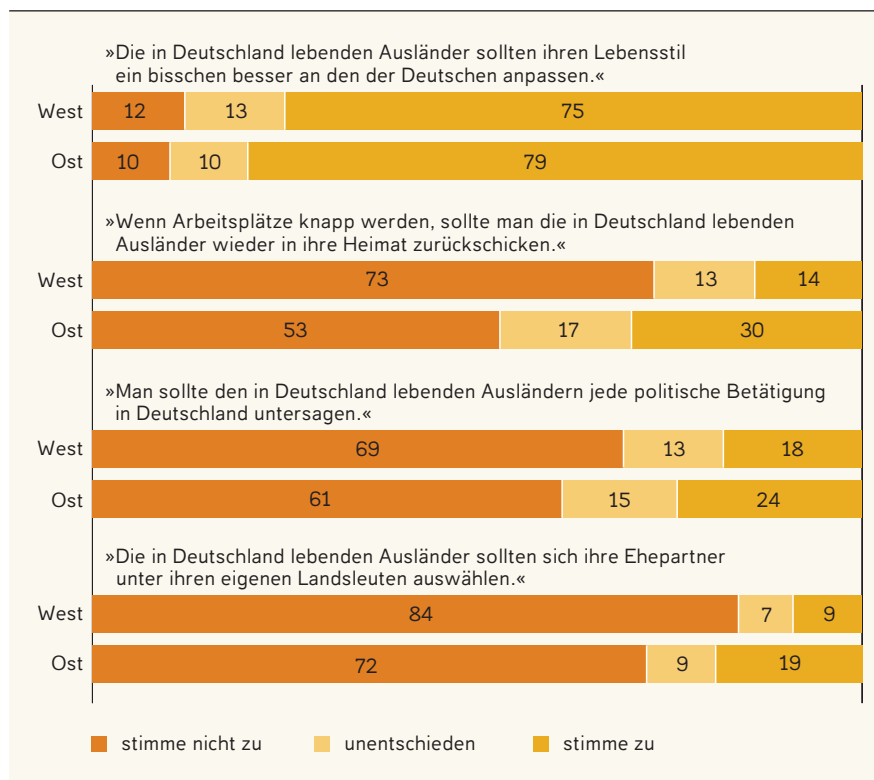
In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) wurde seit 1980 wiederholt die Zustimmung zu verschiedenen Aussagen erfasst, die restriktive bzw. diskriminierende Forderungen gegenüber Ausländern beinhalten. Im Einzelnen sind dies: ob die in Deutschland lebenden Ausländer ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen sollten, ob sie wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, ob ihnen

jede politische Betätigung in Deutschland untersagt werden sollte und ob sie sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen sollten.

Mit Abstand am meisten Zustimmung findet im Jahr 2010 die vergleichsweise gemäßigte Forderung nach »ein bisschen« mehr Lebensstilanpassung der hier lebenden Ausländer, die sowohl im Westen wie im Osten von mehr als drei Viertel der befragten erwachsenen Deutschen unterstützt wird. Den anderen Aussagen, in denen Ausländern eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abgesprochen wird, stimmt demgegenüber die Mehrheit der Befragten eher

nicht zu. Das gilt insbesondere für die Forderung nach Endogamie, also danach, dass die Ausländer »unter sich« heiraten sollten, von der sich 84 % der Westdeutschen und 72 % der Ostdeutschen distanzieren. Im Allgemeinen äußern sich die Ostdeutschen weniger ausländerfreundlich als die Westdeutschen. Besonders ausgeprägt sind diese Unterschiede bei der eben beschriebenen Frage nach Endogamie sowie bei der Frage, ob die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden. Beide Forderungen finden bei Ostdeutschen mehr als doppelt so häufig Zustimmung wie bei Westdeutschen. → Abb. 1

Abb. 1: Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern, in %



Skala von 1 »stimme überhaupt nicht zu« bis 7 »stimme voll und ganz zu«.

Stimme nicht zu: Skalenwerte 1, 2 und 3;

unentschieden: Skalenwert 4;

stimme zu: Skalenwerte 5, 6 und 7;

Datenbasis: ALLBUS 2010.

Tab. 1a: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen¹

| | West | | | | Ost | | | |
|-------------------------------|---------------------|--------------------------------------|-----------------------------|---------------------|---------------------|--------------------------------------|-----------------------------|---------------------|
| | Lebensstil anpassen | In Heimat schicken wenn Arbeit knapp | Keine politische Betätigung | Unter sich heiraten | Lebensstil anpassen | In Heimat schicken wenn Arbeit knapp | Keine politische Betätigung | Unter sich heiraten |
| | in % | | | | | | | |
| Insgesamt | 75 | 14 | 18 | 9 | 80 | 30 | 24 | 19 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männer | 77 | 13 | 17 | 7 | 80 | 29 | 25 | 19 |
| Frauen | 74 | 15 | 19 | 10 | 79 | 31 | 23 | 20 |
| Altersgruppen | | | | | | | | |
| 18-39 Jahre | 70 | 12 | 10 | 6 | 73 | 32 | 18 | 12 |
| 40-59 Jahre | 73 | 11 | 17 | 6 | 76 | 28 | 24 | 19 |
| 60 Jahre und älter | 82 | 19 | 27 | 14 | 88 | 30 | 29 | 25 |
| Schulabschluss | | | | | | | | |
| Hauptschule | 84 | 21 | 26 | 15 | 90 | 39 | 30 | 34 |
| Mittlere Reife | 75 | 12 | 17 | 6 | 80 | 32 | 25 | 18 |
| Fachhochschul-/Hochschulreife | 64 | 6 | 8 | 3 | 70 | 17 | 16 | 8 |

¹ Anteil derjenigen, die der Aussage zustimmen.

Datenbasis: ALLBUS 2010.

Während Männer und Frauen sich in ihren Einstellungen gegenüber in Deutschland lebenden Ausländern kaum unterscheiden, spielen Alter und Bildung eine bedeutende Rolle. In beiden Landesteilen äußern ältere Befragte mehr Vorbehalte gegenüber Ausländern als jüngere – mit einer Ausnahme: Die Forderung nach einem Heimschicken der Ausländer bei knapper Arbeit findet im Osten in allen Altersgruppen gleich viele Unterstützer, ca. 30%. Bei allen anderen Fragen liegt der Anteil derjenigen, die der jeweiligen Aussage zustimmen bei den über 59-Jährigen jeweils um mindestens 10 Prozentpunkte höher als bei den unter 40-Jährigen. Besonders deutlich fällt der Alterseffekt im Osten bei der Endogamieforderung aus – die dort fast ein Viertel der älteren Befragten gegenüber lediglich 12 % der Jüngeren unterstützt – und im Westen bei der Forderung nach einem Verbot jeglicher politischen Betätigung für Ausländer – mit 28 % Zustimmung bei den Älteren gegenüber lediglich 10 % bei den Jüngeren. → [Tab. 1a](#)

In West und Ost gilt: je gebildeter desto »ausländerfreundlicher«. Personen mit

höherer formaler Bildung fordern deutlich seltener als Personen mit einem niedrigeren allgemeinbildenden Schulabschluss eine stärkere Anpassung der Ausländer an deutsche Gepflogenheiten und stimmen auch seltener den drei weiteren ausländerdiskriminierenden Aussagen zu. In West und Ost finden letztere nur bei einer kleinen Minderheit der Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur Unterstützung, im Westen (sowie im Osten im Fall der Endogamieforderung) sogar nur bei jeweils weniger als 10 %. Bei den Befragten mit höchstens Hauptschulabschluss liegen die Zustimmungsraten bei diesen drei Forderungen in jedem Fall zumindest etwa doppelt so hoch. Extrem sind die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen bei der Endogamieforderung mit 34 % vs. 8 % im Osten und 15 % vs. 3 % im Westen. Aber auch bei der Forderung nach Anpassung des Lebensstils sind starke Unterschiede zwischen Befragten mit den drei hier unterschiedenen Bildungsniveaustufen zu beobachten. → [Tab. 1b](#)

Einstellungsunterschiede sind auch zwischen Personen mit unterschiedlich star-

kem Nationalstolz zu erkennen, wobei ein ausgeprägter Nationalstolz (»sehr stolz, Deutscher zu sein«) mit einer höheren Zustimmung zu ausländerdiskriminierenden Aussagen einhergeht. In diesem Personenkreis scheint die Vorstellung, dass mit der Zugehörigkeit zur einheimischen Bevölkerung bestimmte Vorrechte verbunden sein sollten und dass die Interessen der deutschen Bevölkerung Vorrang vor denen der hier lebenden nicht-deutschen Menschen haben sollten, weiter verbreitet zu sein als bei den Personen, die weniger stolz darauf sind, Deutscher zu sein. So wird die Forderung, Ausländer bei angespannter Arbeitsmarktlage wieder in ihre Heimat zurückzuschicken, von 23 % (West) bzw. 42 % (Ost) der Personen, die »sehr stolz« darauf sind, Deutscher zu sein, unterstützt, gegenüber 9 % (West) bzw. 18 % (Ost) bei den »gar nicht« stolzen Deutschen. Generell geht der Stolz darauf, Deutscher zu sein, bei allen vier Einstellungen im Osten in stärkerem Maße mit einer negativen Haltung zu den »Nicht-Deutschen« einher als im Westen. Betrachtet man die parteipolitische Orientierung der Befragten, hier gemessen anhand der Wahlabsicht (»Sonn-

Tab. 1b: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen¹

| | West | | | | Ost | | | |
|---------------------------|---------------------|--------------------------------------|-----------------------------|---------------------|---------------------|--------------------------------------|-----------------------------|---------------------|
| | Lebensstil anpassen | In Heimat schicken wenn Arbeit knapp | Keine politische Betätigung | Unter sich heiraten | Lebensstil anpassen | In Heimat schicken wenn Arbeit knapp | Keine politische Betätigung | Unter sich heiraten |
| | in % | | | | | | | |
| Nationalstolz | | | | | | | | |
| Sehr stolz | 86 | 23 | 27 | 17 | 92 | 42 | 37 | 34 |
| Ziemlich stolz | 78 | 12 | 17 | 7 | 80 | 31 | 23 | 18 |
| Nicht sehr stolz | 67 | 11 | 14 | 6 | 72 | 19 | 15 | 12 |
| Überhaupt nicht stolz | 60 | 9 | 12 | 4 | 55 | 18 | 17 | 7 |
| Wahlabsicht | | | | | | | | |
| CDU/CSU | 85 | 15 | 19 | 12 | 84 | 28 | 27 | 19 |
| SPD | 75 | 14 | 15 | 6 | 80 | 25 | 24 | 18 |
| FDP | 75 | 19 | 24 | 8 | 83 | 23 | 15 | 8 |
| Die Linke | 74 | 26 | 20 | 17 | 75 | 34 | 17 | 16 |
| Bündnis 90/ Die Grünen | 63 | 5 | 11 | 3 | 59 | 4 | 14 | 8 |

¹ Anteil derjenigen, die der Aussage zustimmen.

Datenbasis: ALLBUS 2010.

tagsfrage«), so fällt auf, dass zwischen den Anhängern der großen Volksparteien nur graduelle Unterschiede in den Einstellungen gegenüber Ausländern bestehen, wobei sich die SPD-Anhänger etwas weniger ausländerdiskriminierend äußern als Anhänger der CDU. Die Grünen-Wähler hingegen unterscheiden sich weit aus deutlicher von den Wählern anderer Parteien. Nur bei einer verschwindend kleinen Minderheit der Grünen-Anhänger finden die drei »starken« diskriminierenden Aussagen Zustimmung. Die schwache Forderung nach »ein bisschen« Anpassung des Lebensstils unterstützen allerdings auch 63 % der Anhänger der Grünen im Westen und 59 % im Osten. Dies ist vor dem Hintergrund des Bekenntnisses der Grünen zur »Multikulturellen Gesellschaft« eine bemerkenswert hohe Zustimmungsrate. Einmal mehr zeigt sich hier, wie weit verbreitet derzeit die Meinung ist, dass auch die Ausländer ihren Teil zu einer erfolgreichen Integration beizutragen haben.

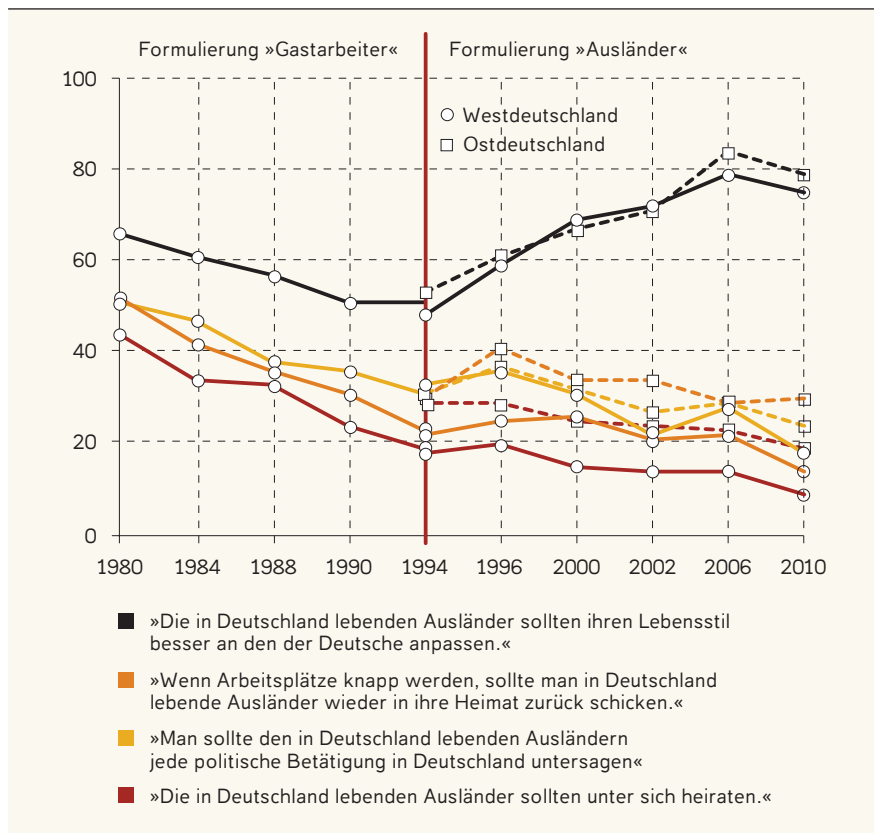
Was den Wandel der Einstellungen über die Zeit angeht, so ist in den alten Bundesländern von 1980 bis 1994 ein – mehr

oder weniger starker – kontinuierlicher Rückgang der Zustimmung zu allen vier Aussagen zu beobachten, so dass man für diesen Zeitraum eine zunehmend tolerante Haltung gegenüber Ausländern konstatieren kann. Seit 1994 ist das Bild weniger eindeutig. Auffällig ist vor allem die Entwicklung bei der Forderung nach »ein bisschen mehr« Lebensstilanpassung, also bei der Aussage, die im Unterschied zu den anderen nicht direkt eine Diskriminierung oder Ausgrenzung der Ausländer thematisiert und somit auch nicht unbedingt als »ausländerfeindlich« zu bewerten ist. Hier ist seit 1994 eine starke Zunahme der Zustimmungsquoten zu verzeichnen, so dass der Ausgangswert des Jahres 1980 (66 %) mit 75 % im Jahre 2010 inzwischen weit übertroffen wird. Allerdings scheint diese Entwicklung im Jahr 2010 gestoppt zu sein. In beiden Landesteilen ging die Zustimmung zur Forderung nach Anpassung an den Lebensstil der Deutschen gegenüber der vorherigen Messung im Jahr 2006 leicht zurück. Bei den Fragen zum Politikverbot, zur Heirat innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe und der Forderung, Ausländer bei einer angespannten

Arbeitsmarktsituation in ihre Heimat zurückzuschicken, ist im Westen tendenziell eine Fortsetzung des liberalen Trends zu beobachten. Die Anteile der zustimmenden Befragten liegen bei allen drei Fragen um jeweils mindestens dreißig Prozentpunkte niedriger als beim ersten ALLBUS 1980. Im Osten Deutschlands sind seit 1994 für die Fragen nach der Endogamie und der Lebensstilanpassung ähnliche Entwicklungen wie im Westen – wenn auch auf einem höheren Niveau – zu beobachten. Bei den beiden anderen Fragen fällt der Rückgang der ausländerdiskriminierenden Einstellungen im Osten geringer aus als im Westen, so dass sich hier die West-Ost-Unterschiede seit 1994 vergrößert haben → **Abb. 2**

Bei der Betrachtung der Zeitreihen für die vier Items muss man allerdings beachten, dass 1994 der bis dahin verwendete Begriff »Gastarbeiter« durch »in Deutschland lebende Ausländer« ersetzt wurde, um den veränderten Gegebenheiten und dem damit verbundenen geänderten Sprachgebrauch Rechnung zu tragen. Wie man an den Zahlen für 1994, als beide Formulierungsvarianten im Split

Abb. 2: Diskriminierende Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern, Zustimmung in %



Datenbasis: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996, 2000, 2002, 2006 und 2010.

bei jeweils der Hälfte der Befragten verwendet wurden, sehen kann, hatte dies allerdings kaum Auswirkungen auf das Antwortverhalten der Befragten.

7.5.2 Kontakte zu Ausländern

Begegnungen zwischen Deutschen und Ausländern können in verschiedenen Lebensbereichen stattfinden, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft, in der Familie oder im Freundes- und Bekanntenkreis. Generell werden im Osten für alle diese Kontexte seltener Kontakte zu Ausländern berichtet. Der Anteil der Westdeutschen mit Kontakten zu Ausländern ist jeweils mindestens doppelt so hoch wie der der Ostdeutschen. Bei Kontakten zu Ausländern in der Nachbarschaft sind die Unterschiede sogar noch deutlicher, was angesichts des weitaus geringeren Aus-

länderanteils in den neuen Bundesländern – ca. 2 % gegenüber ca. 10 % im Westen – nicht verwundert. Während im Westen 80 % der Befragten mindestens in einem der Lebensbereiche Kontakt mit Ausländern haben, ist dies nur bei 46 % der Ostdeutschen der Fall. Am häufigsten – mit 58 % im Westen und 28 % im Osten – sind Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis. Diese Kontakte sind als Indikator für eine gelungene Integration

insofern von besonderer Bedeutung, als es sich hier um freiwillige, selbst gewählte Beziehungen handelt. → Tab. 2

Vor allem unter jüngeren Menschen und Personen mit höherer Bildung sind Kontakte zu Ausländern in den verschiedenen Bereichen in West und Ost stärker verbreitet. Die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sind in beiden Landesteilen bei den Kontakten am Arbeitsplatz und im Freundes- und Bekanntenkreis besonders hoch. Betrachtet man die verschiedenen Altersgruppen, so ist festzustellen, dass drei Viertel der 18- bis 39-jährigen Westdeutschen angeben, Kontakte zu Ausländern im Freundeskreis zu haben, während lediglich etwa ein Drittel der über 59-Jährigen solche Kontakte hat. In Ostdeutschland liegen die entsprechenden Werte bei 45 % bzw. 14 %. → Tab. 3

Eine interessante Frage ist, ob sich Personen mit Kontakten zu Ausländern und solche ohne Kontakte in ihren Einstellungen gegenüber Ausländern unterscheiden. Es zeigt sich, dass diejenigen, die Kontakte zu Ausländern haben, den vier Ausländer diskriminierenden Aussagen weitaus seltener zustimmen. So stimmen 73 % (West) bzw. 74 % (Ost) der Befragten mit Kontakten zu Ausländern der Forderung zu, dass die Ausländer ihren Lebensstil ein bisschen besser anpassen sollten, gegenüber jeweils 84 % (in West und Ost) der Befragten ohne Kontakte.

Der größte Unterschied findet sich in beiden Landesteilen bei der Frage, ob Ausländer bei knappen Arbeitsplätzen heim-

Tab. 2: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern

| | In eigener Familie und Verwandtschaft | Am Arbeitsplatz | In der Nachbarschaft | Im Freundes- und Bekanntenkreis | Kontakt, egal wo |
|-----------------|---------------------------------------|-----------------|----------------------|---------------------------------|------------------|
| | in % | | | | |
| Westdeutschland | 28 | 49 | 47 | 58 | 80 |
| Ostdeutschland | 13 | 24 | 13 | 28 | 46 |

Datenbasis: ALLBUS 2010.

Tab. 3: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

| | West | | | | Ost | | | |
|-------------------------------|--------------------------------------|-----------------|----------------------|--------------------------------|--------------------------------------|-----------------|----------------------|--------------------------------|
| | In eigener Familie u. Verwandtschaft | Am Arbeitsplatz | In der Nachbarschaft | Im Freundes- u. Bekanntenkreis | In eigener Familie u. Verwandtschaft | Am Arbeitsplatz | In der Nachbarschaft | Im Freundes- u. Bekanntenkreis |
| | in % | | | | | | | |
| Insgesamt | 28 | 52 | 47 | 58 | 13 | 24 | 13 | 28 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Mann | 27 | 58 | 46 | 62 | 12 | 26 | 14 | 29 |
| Frau | 28 | 45 | 47 | 55 | 13 | 21 | 12 | 27 |
| Altersgruppen | | | | | | | | |
| 18-39 Jahre | 36 | 69 | 53 | 76 | 16 | 35 | 19 | 45 |
| 40-59 Jahre | 29 | 63 | 54 | 65 | 14 | 31 | 12 | 29 |
| 60 Jahre und älter | 18 | 19 | 33 | 33 | 8 | 6 | 10 | 14 |
| Schulabschluss | | | | | | | | |
| Hauptschule | 22 | 37 | 40 | 41 | 10 | 6 | 8 | 13 |
| Mittlere Reife | 32 | 56 | 50 | 64 | 12 | 21 | 14 | 24 |
| Fachhochschul-/Hochschulreife | 32 | 66 | 52 | 73 | 16 | 44 | 17 | 48 |

Datenbasis: ALLBUS 2010.

geschickt werden sollten. Liegen Kontakte zu Ausländern vor, stimmen nur 11 % im Westen bzw. 20 % Osten dieser Forderung zu, während von den Personen ohne Kontakte zu Ausländern 27 % im

Westen und 39 % im Osten dieser Meinung sind. In allen Bevölkerungsgruppen gehen Kontakte zu Ausländern mit einer positiveren Einstellung diesen gegenüber einher. → **Tab. 4**

Die Kontakte zu den in Deutschland lebenden Ausländern haben im langfristigen Trend (im Westen seit 1980 und im Osten seit 1994) in allen Lebensbereichen zugenommen. Im Westen findet sich ein

Tab. 4: Einstellungen gegenüber den in Deutschland lebenden Ausländern in ausgewählten Bevölkerungsgruppen

| | West | | | | | | | | Ost | | | | | | | |
|-------------------------------|---------------------|-----------|--------------------------------------|-----------|-----------------------------|-----------|---------------------|-----------|---------------------|-----------|--------------------------------------|-----------|-----------------------------|-----------|---------------------|-----------|
| | Lebensstil anpassen | | In Heimat schicken wenn Arbeit knapp | | Keine politische Betätigung | | Unter sich heiraten | | Lebensstil anpassen | | In Heimat schicken wenn Arbeit knapp | | Keine politische Betätigung | | Unter sich heiraten | |
| | in % | | | | | | | | | | | | | | | |
| Kontakte | ja | nein | ja | nein | ja | nein | ja | nein | ja | nein | ja | nein | ja | nein | ja | nein |
| Insgesamt | 73 | 84 | 11 | 27 | 15 | 29 | 7 | 17 | 74 | 84 | 20 | 39 | 18 | 29 | 11 | 27 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Männer | 75 | 87 | 10 | 27 | 15 | 27 | 6 | 15 | 74 | 85 | 21 | 35 | 18 | 32 | 11 | 25 |
| Frauen | 72 | 81 | 11 | 27 | 15 | 30 | 7 | 18 | 73 | 84 | 18 | 42 | 17 | 27 | 11 | 27 |
| Altersgruppen | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 18-39 Jahre | 69 | 82 | 10 | 35 | 8 | 22 | 6 | 12 | 66 | 86 | 21 | 51 | 14 | 25 | 8 | 20 |
| 40-59 Jahre | 72 | 80 | 9 | 24 | 15 | 29 | 5 | 10 | 73 | 79 | 19 | 38 | 18 | 29 | 12 | 26 |
| 60 Jahre und älter | 80 | 86 | 15 | 26 | 24 | 30 | 9 | 20 | 88 | 88 | 18 | 34 | 23 | 31 | 15 | 29 |
| Schulabschluss | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Hauptschule | 81 | 90 | 17 | 30 | 24 | 30 | 12 | 22 | 85 | 91 | 28 | 42 | 27 | 30 | 23 | 37 |
| Mittlere Reife | 75 | 77 | 10 | 26 | 14 | 37 | 5 | 11 | 79 | 80 | 22 | 40 | 19 | 30 | 12 | 22 |
| Fachhochschul-/Hochschulreife | 64 | 69 | 5 | 12 | 7 | 15 | 3 | 2 | 64 | 81 | 14 | 25 | 12 | 25 | 5 | 14 |

Datenbasis: ALLBUS 2010.

Tab. 5: Kontakte zu in Deutschland lebenden Ausländern

| | West | | | Ost | |
|---------------------------------------|------|------|------|------|------|
| | 1980 | 1994 | 2010 | 1994 | 2010 |
| | in % | | | | |
| In eigener Familie und Verwandtschaft | 5 | 16 | 28 | 5 | 13 |
| Am Arbeitsplatz | 23 | 42 | 49 | 13 | 24 |
| In der Nachbarschaft | 20 | 32 | 47 | 4 | 13 |
| Im Freundes- und Bekanntenkreis | 15 | 43 | 58 | 13 | 28 |
| Kontakt, egal wo | 42 | 69 | 80 | 24 | 46 |

Datenbasis: ALLBUS 1980, 1994 und 2010.

kontinuierlicher Anstieg von 1980 bis 2010 bei den Kontakten zu Ausländern in der eigenen Familie und Verwandtschaft sowie in der Nachbarschaft. Bei den Kontakten am Arbeitsplatz und im Freundeskreis ist die Zunahme der Kontakte zwischen 1994 und 2010 nicht mehr so ausgeprägt wie in der Periode zwischen 1980 und 1994. Gleiches gilt für die Kontakte, egal wo diese stattfinden. Im Osten haben die Kontakte zu Ausländern zwischen 1994 und 2010 in allen Lebensbereichen – gemessen am niedrigen Ausgangsniveau – sehr stark zugenommen. Dennoch haben die Ostdeutschen in allen Lebensbereichen insgesamt nach wie vor deutlich weniger Kontakte zu Ausländern als Westdeutsche. → Tab. 5

7.5.3 Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es zwar keine Hinweise auf ein generell ausländerfeindliches Meinungsklima in Deutschland gibt, denn die Zustimmungsquoten zu den diskriminierenden Forderungen sind nicht allzu hoch und es ist auch keine Tendenz hin zu einer größeren Befürwortung solcher Forderungen zu erkennen. Gleichzeitig wird der Ruf der Deutschen nach mehr Assimilationsbereitschaft der hier lebenden Ausländer jedoch unverkennbar lauter – wenn auch

2010 nicht mehr in dem Maße wie 2006. Möglicherweise ist dies eine implizite Kritik am bisherigen Beitrag der Ausländer zu den Bemühungen um Integration. Die Forderung nach einer größeren Assimilationsbereitschaft kann verschiedene Ursachen haben. So könnte sich das Verhalten der hier lebenden Ausländer tatsächlich geändert haben und sie ziehen sich heute stärker aus der Aufnahmegesellschaft in eigene Parallelgesellschaften zurück. Die zunehmende Kritik könnte aber auch Ausdruck veränderter Maßstäbe sein. Es ist vorstellbar, dass man heute mehr Anpassung als in den 1980er Jahren erwartet, zum einen gerade weil es inzwischen außer Frage steht, dass Ausländer zumeist keine »Gastarbeiter« sind, sondern auf Dauer hier lebende Mitbürger, deren erfolgreiche Integration auch Anpassungsleistungen erforderlich macht. Zum anderen mögen hier auch öffentliche Diskurse in Medien und Politik meinungsbildend gewirkt haben.

Viele Deutsche haben heute Kontakt zu Ausländern, wobei dieser Anteil im Laufe der Zeit deutlich zunahm. Solche Kontakte gehen im Allgemeinen mit einer ausländerfreundlicheren Haltung einher. Es bleibt festzuhalten, dass im Jahr 2010 in West und Ost die meisten Kontakte zu Ausländern im Freundes- und Bekanntenkreis stattfinden.

8 Wohnverhältnisse und Wohnkosten

8.1 Wohnverhältnisse und Wohnkosten

Joachim Frick
Patrick J. Droß

Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt seit 1990 ist gekennzeichnet von massiven privaten Investitionen und hohen staatlichen Subventionen sowie einer Reihe von institutionellen Veränderungen. Dabei haben vor allem die Wohneigentumsförderung und die Grundmietverordnungen, insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre, einen starken Einfluss auf den Prozess der Annäherung

der Wohnverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland ausgeübt.

Gegenstand der folgenden Analysen ist die Entwicklung im Zeitraum bis 2009 anhand einer Reihe von objektiven und subjektiven Indikatoren zu Wohneigentum, Wohnraumversorgung, Mieten, Qualität des Wohnungsbestandes und der Zufriedenheit mit der Wohnsituation.

8.1.1 Wohneigentum

In Ostdeutschland kam es nach 1990 zu einem deutlichen Anstieg der Eigentümerquote. Durch diverse Maßnahmen zur Wohneigentumsförderung ist der Anteil von sehr niedrigen 26 % im Jahr 1991 auf immerhin 32 % im Jahr 2009 gestiegen. Dennoch liegt die Eigentümerquote in den neuen Bundesländern noch um

Tab. 1: Eigentumsquote¹ privater Haushalte in Deutschland 1991–2009

| Haushaltsmerkmal | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | | | |
|--------------------------------------|-----------------|-------------|-------------|-------------|----------------|-------------|-------------|-------------|
| | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 |
| | in % | | | | | | | |
| Insgesamt | 40,6 | 43,3 | 44,5 | 42,8 | 26,2 | 28,2 | 33,1 | 31,7 |
| Ausgewählte Haushaltstypen | | | | | | | | |
| Alleinstehend, Mann | 16,8 | 22,7 | 23,4 | 26,8 | 13,2 | 16,2 | 18,7 | 20,8 |
| Alleinstehend, Frau bis 64 Jahre | 18,4 | 16,4 | 21,3 | 17,4 | 10,7 | 11,0 | 14,9 | 11,4 |
| Alleinstehend, Frau ab 65 Jahre | 29,5 | 35,4 | 42,4 | 40,8 | 15,5 | 9,7 | 16,1 | 17,2 |
| (Ehe-)Paare ohne Kinder | 45,5 | 49,7 | 55,7 | 53,3 | 31,3 | 34,1 | 38,3 | 39,7 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre | 46,0 | 53,1 | 52,6 | 52,1 | 25,4 | 33,8 | 50,5 | 38,0 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre | 69,7 | 70,5 | 67,3 | 66,4 | 42,8 | 46,5 | 59,3 | 68,2 |
| Alleinerziehende | 41,6 | 33,5 | 25,2 | 23,8 | 15,1 | 18,7 | 20,6 | 15,1 |
| Alter des Haushaltsvorstandes | | | | | | | | |
| Bis 40 Jahre | 24,8 | 29,5 | 24,6 | 23,3 | 22,3 | 23,1 | 27,4 | 18,1 |
| 41–65 Jahre | 52,0 | 53,4 | 52,3 | 46,4 | 30,7 | 37,1 | 39,9 | 41,4 |
| 66 Jahre und älter | 42,1 | 46,9 | 55,9 | 52,8 | 24,3 | 21,5 | 28,0 | 29,7 |
| Einkommensquintil² | | | | | | | | |
| Unterstes Quintil | 28,1 | 28,1 | 25,1 | 23,2 | 26,5 | 22,8 | 23,2 | 20,9 |
| Zweites Quintil | 34,3 | 39,8 | 39,8 | 34,2 | 24,5 | 29,4 | 33,0 | 30,6 |
| Mittleres Quintil | 35,4 | 41,2 | 44,8 | 44,4 | 28,8 | 28,1 | 34,8 | 37,5 |
| Viertes Quintil | 43,6 | 43,6 | 48,5 | 49,9 | 22,6 | 33,8 | 38,1 | 33,2 |
| Oberstes Quintil | 50,3 | 57,4 | 57,5 | 52,7 | / | 36,8 | 45,4 | 44,9 |
| Haushalte mit Arbeitslosen | 23,0 | 30,9 | 25,0 | 20,3 | 27,9 | 32,4 | 32,9 | 19,3 |

/ = Fallzahl zu gering (n<20).

1 Anteil der Haushalte in selbst genutztem Wohneigentum an allen Haushalten.

2 Jedes Quintil umfasst 20% aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1991, 1997, 2003 und 2009.

rund elf Prozentpunkte unter der in den alten Bundesländern. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland mit einer Quote von knapp 41 % trotz des Anstiegs der letzten Jahre weit hinter europäischen Spitzenreitern, wie z. B. Irland mit einer Eigentümerquote von rund 80 %. → Tab.1

Die Differenzierung nach dem Alter des Haushaltsvorstandes und nach Haushaltstypen verweist auf einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Eigentümerstatus und Lebenszyklus. In Westdeutschland hat sich im Zeitraum 1991 bis 2009 der Anteil der jungen Eigentümer bis 40 Jahre kaum verändert. Der Anteil der Eigentümer im Alter von 41 bis 65 Jahre ist in der jüngsten Periode sogar rückläufig. Der Gesamtanstieg der Eigentümerquote um gut zwei Prozentpunkte im Zeitraum 1991 bis 2009 ist also vor allem auf den Anstieg der Eigentümer in der Altersklasse über 65 Jahre (42 % im Jahr 1991 bzw. 53 % im Jahr 2009) zurückzuführen. In Ostdeutschland dagegen verzeichnet auch die mittlere Altersklasse eine starke Zunahme der Eigentumsquote (31 % im Jahr 1991 bzw. 41 % im Jahr 2009). Der Anteil der über 65-jährigen Eigentümer steigt im selben Zeitraum um fünf Prozentpunkte auf 30 %.

Im Durchschnitt aller Haushalte gibt es nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West. Zwar hatte sich der Eigentümeranteil der ostdeutschen Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren bis zum Jahr 2003 dem Niveau in Westdeutschland bis auf gut zwei Prozentpunkte weitgehend angeglichen. Vermutlich hatten spezifische Anreizstrukturen (z. B. Wohneigentumsförderung und Baukindergeld) und die Stadt-Umland-Wanderungen im Falle von Berlin diese Entwicklung begünstigt. Seit 2003 hat sich der Unterschied zwischen Ost und West in dieser Gruppe jedoch wieder verstärkt. Zur Annäherung kam es hingegen in den Paarhaushalten mit Kindern ab 17 Jahren. Weitere Unterschiede sind insbesondere bei Haushalten

von älteren (weiblichen) Singles bzw. (Ehe-)Paaren in der nachelterlichen Phase zu finden – Lebensphasen, in denen üblicherweise kein Wohneigentum mehr erworben wird.

Im Zeitverlauf 1991 bis 2009 hat der Zusammenhang von Wohneigentum (serwerb) und Einkommen in West- wie Ostdeutschland weiter zugenommen. Dieser Befund basiert sowohl auf einem sinkenden Eigentümeranteil im untersten Einkommensfünftel als auch auf steigenden Anteilen in den oberen Einkommensgruppen. So lebten in Westdeutschland 1991 im obersten Einkommensfünftel 50 % (im untersten 28 %) aller Haushalte in selbst genutztem Eigentum, im Jahr 2009 waren es 53 % (im untersten nur noch 23 %) der Haushalte. Dieser Unterschied in der Eigentümerquote zwischen den Einkommensschichten der Bevölkerung war in Ostdeutschland 1991 noch marginal. Im Jahr 2009 beträgt die Differenz zwischen unterstem und oberstem Einkommensfünftel aber bereits rund 24 Prozentpunkte.

8.1.2 Wohnsituation

Der Zustand der Wohngebäude in Ostdeutschland hat sich nach Auskunft der Bewohner deutlich verbessert. Bei Betrachtung des gesamten bewohnten Bestandes zeigen sich im Jahre 2009 nur noch geringe Ost-West-Unterschiede. Der Anteil aller Haushalte in den neuen Ländern, der den Zustand des von ihnen bewohnten Gebäudes als »gut« bewertet, hat sich innerhalb von 18 Jahren von 34 % auf 68 % verdoppelt. Nur noch knapp 3 % bewerten den Zustand als »ganz renovierungsbedürftig«. Die entsprechenden Werte für die alten Länder liegen bei 69 % (»gut«) bzw. 2 % (»ganz renovierungsbedürftig«).

Erwartungsgemäß bestehen allerdings deutliche Unterschiede zwischen Mietern und Eigentümern. Wohnen nimmt bei Eigentümern oft einen höheren Stellenwert

ein, und sie haben eine höhere Bindung an das Eigentum, was insgesamt zu mehr Investitionen in Substanzerhalt und -verbesserung führt. Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Eigentümern können zudem den niedrigeren Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Ländern geschuldet sein, wodurch weitere Renovierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zurückgestellt werden müssen.

In Westdeutschland veränderte sich die Beurteilung des Gebäudezustands durch die Bewohner kaum. Im Jahre 2009 schätzten westdeutsche Eigentümer ihr Gebäude zu rund 78 % als »gut« und zu etwa 22 % als »teilweise renovierungsbedürftig« ein; bei den Mietern sind dies rund 62 % bzw. 35 %.

In Ostdeutschland hat sich die Qualität der Wohnungen dank massiver Investitionen in den Wohnungsbau erheblich verbessert. Dementsprechend fiel die Beurteilung des Gebäudezustands zunehmend positiv aus. Vor allem der Anteil der Mieterhaushalte, die den Gebäudezustand als »gut« bewerteten, hat sich mit 69 % (2009) gegenüber dem Wert von 1991 um das Doppelte erhöht und lag damit sogar sieben Prozentpunkte über dem Wert in Westdeutschland (62 %). Nur noch 28 % der ostdeutschen Mieter schätzten den Gebäudezustand im Jahr 2009 als »teilweise renovierungsbedürftig« ein, dieser Anteil hat sich seit 1991 annähernd halbiert. Um fünf Sechstel ist der Anteil derer zurückgegangen, die den Gebäudezustand als »ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif« bewerteten; das waren 2009 nur noch 3 %. Diese Veränderungen sind zum Teil auf den Auszug aus baufälligen Gebäuden zurückzuführen, die nun abgerissen worden sind, sowie auf die Rückbaumaßnahmen im Rahmen des Programms »Stadtbau Ost«. Bei den ostdeutschen Eigentümern hat sich die Einschätzung des Gebäudezustands gegenüber dem Jahr 2003 hingegen verschlechtert. 2009 bewerten 65 % der Eigentümer ihr Haus als »gut«, 33 % als »teilweise renovierungsbedürftig«.

Tab. 2: Zustand der Wohngebäude in Deutschland 1991–2009

| Beurteilung des Gebäudezustandes durch den Haushaltsvorstand | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | | | |
|--|-----------------|------|------|------|----------------|------|------|------|
| | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 |
| | in % | | | | | | | |
| Insgesamt | | | | | | | | |
| Gut | 68,6 | 66,9 | 70,8 | 68,6 | 34,4 | 44,4 | 69,1 | 67,8 |
| Teilweise renovierungsbedürftig | 28,5 | 30,2 | 27,0 | 29,0 | 49,9 | 42,3 | 25,9 | 29,3 |
| Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif | 3,0 | 2,9 | 2,3 | 2,4 | 15,7 | 13,4 | 5,0 | 2,9 |
| Eigentümer | | | | | | | | |
| Gut | 78,7 | 77,2 | 80,0 | 77,5 | 51,3 | 56,7 | 70,2 | 65,2 |
| Teilweise renovierungsbedürftig | 20,1 | 22,1 | 19,4 | 21,7 | 42,2 | 39,0 | 27,2 | 32,6 |
| Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif | 1,2 | 0,7 | 0,6 | 0,9 | 6,5 | 4,4 | 2,6 | 2,1 |
| Hauptmieter | | | | | | | | |
| Gut | 61,3 | 58,6 | 63,0 | 61,6 | 27,9 | 39,3 | 68,6 | 69,0 |
| Teilweise renovierungsbedürftig | 34,5 | 36,7 | 33,3 | 34,7 | 52,9 | 43,6 | 25,2 | 27,7 |
| Ganz renovierungsbedürftig oder abbruchreif | 4,2 | 4,7 | 3,6 | 3,7 | 19,3 | 17,1 | 6,3 | 3,3 |

Datenbasis: SOEP 1991, 1997, 2003 und 2009.

tig«, im Jahr 2003 waren es noch 70 % bzw. 27 %.

Die insgesamt festzustellende Übereinstimmung der Einschätzung des Gebäudezustands in West- und Ostdeutschland ergibt sich somit aus dem niedrigeren Anteil der ostdeutschen Eigentümer, die ihre Gebäude derzeit eher weniger gut bewerten als jene in Westdeutschland, und dem gleichzeitig höheren Anteil von Mieterhaushalten in Ostdeutschland, die die Qualität der bewohnten Mietgebäude höher einschätzen als in den alten Ländern. → Tab. 2

8.1.3 Wohnraumversorgung

Bezüglich der Wohnraumversorgung bestehen trotz bemerkenswerter Fortschritte auch weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Großzügiger dimensionierte Wohnflächen bei Neubauten seit Beginn der 1990er Jahre haben dazu beigetragen, dass die durchschnittliche Wohnungsgröße pro Kopf in Ostdeutschland inzwischen 45 Quad-

ratmeter beträgt, rund 13 Quadratmeter mehr als noch 1991. Die durchschnittliche Wohnfläche ist in den alten Bundesländern jedoch immer noch rund 11 Quadratmeter größer als in Ostdeutschland. Mietwohnungen in Westdeutschland sind im Jahre 2009 mit 49 Quadratmeter rund 7 Quadratmeter größer als im Osten. Haushalten in selbst genutztem Wohneigentum steht in Ost- wie Westdeutschland mehr Wohnfläche (10 bzw. 15 Quadratmeter) zur Verfügung als Mietern. → Tab. 3

Erwartungsgemäß leben Mehrpersonenhaushalte (insbesondere solche mit Kindern) in deutlich beengteren Verhältnissen. Analog zu den Befunden zur Eigentümerquote steigt auch die verfügbare Wohnfläche je Haushaltsmitglied mit zunehmendem Alter des Haushaltsvorstandes. Auch hier zeigt sich im Ost-West-Vergleich bei der Wohnraumversorgung junger Haushalte (Bezugsperson bis 40 Jahre) mit 46 Quadratmetern in den alten Ländern und 40 Quadratmetern in den neuen Ländern eine tendenzielle Übereinstimmung, während diese Diffe-

renz bei älteren Haushalten noch rund 19 Quadratmeter beträgt (69 Quadratmeter im Westen gegenüber 50 Quadratmetern im Osten).

Ein alternativer Indikator zur Wohnraumversorgung ist das Maß »Wohnräume pro Kopf« (Wohnräume ohne Bad, Küche und Kammern mit weniger als sechs Quadratmeter Fläche). Im Zeitverlauf 1991 bis 2009 ist hier in West- und in Ostdeutschland eine deutliche Verbesserung zu beobachten. Gegenwärtig steht in lediglich noch 3,5 % aller Haushalte weniger als ein Wohnraum pro Kopf zur Verfügung. Vor allem in ostdeutschen Haushalten mit Kindern unter 16 Jahren und Haushalten mit jungen Bezugspersonen ist diese Form der »Wohnraum-Unterversorgung« um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Hierin spiegeln sich die demografische Entwicklung mit der Abnahme der Geburten und die Veränderung der Lebensformen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich zwischen 1991 und 2009 im Osten von 2,40 auf 1,98 verringert, im Westen von 2,24 auf 2,07.

Tab. 3: Wohnraumversorgung privater Haushalte in Deutschland 1991–2009

| Haushaltsmerkmal | Wohnfläche je Haushaltsmitglied | | | | Anteil der Haushalte mit Wohnraum-Unterversorgung ¹ | | | |
|--------------------------------------|------------------------------------|-----------|----------------|-----------|---|------------|----------------|------------|
| | Westdeutschland | | Ostdeutschland | | Westdeutschland | | Ostdeutschland | |
| | 1991 | 2009 | 1991 | 2009 | 1991 | 2009 | 1991 | 2009 |
| | Mittelwert in qm | | | | in % | | | |
| Insgesamt | 47 | 56 | 32 | 45 | 7,3 | 3,5 | 14,7 | 3,4 |
| Wohnstatus | | | | | | | | |
| Eigentümer | 51 | 64 | 37 | 52 | 4,1 | 2,0 | 9,5 | 2,4 |
| Hauptmieter | 44 | 49 | 31 | 42 | 9,4 | 4,7 | 15,6 | 3,8 |
| Ausgewählte Haushaltstypen | | | | | | | | |
| Alleinstehend, Mann | 62 | 72 | 51 | 60 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Alleinstehend, Frau bis 64 Jahre | 65 | 69 | 49 | 61 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Alleinstehend, Frau ab 65 Jahre | 67 | 81 | 45 | 60 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| (Ehe-)Paare ohne Kinder | 44 | 52 | 32 | 41 | 1,5 | 0,9 | 1,8 | 1,1 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre | 28 | 32 | 21 | 29 | 25,5 | 13,4 | 40,6 | 15,4 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre | 34 | 38 | 24 | 31 | 5,9 | 5,9 | 14,5 | 6,0 |
| Alleinerziehende | 43 | 39 | 29 | 31 | 4,1 | 2,7 | 8,5 | 4,5 |
| Alter des Haushaltsvorstandes | | | | | | | | |
| Bis 40 Jahre | 38 | 46 | 26 | 40 | 13,7 | 6,3 | 32,2 | 8,4 |
| 41–65 Jahre | 45 | 52 | 33 | 45 | 7,0 | 4,1 | 7,5 | 2,7 |
| 66 Jahre und älter | 58 | 69 | 41 | 50 | 0,3 | 0,4 | 0,7 | 0,1 |
| Einkommensquintil² | | | | | | | | |
| Unterstes Quintil | 45 | 49 | 34 | 41 | 11,8 | 7,2 | 14,0 | 6,3 |
| Zweites Quintil | 43 | 50 | 29 | 44 | 12,3 | 6,4 | 16,6 | 2,9 |
| Mittleres Quintil | 42 | 52 | 27 | 46 | 9,8 | 2,9 | 14,2 | 0,8 |
| Viertes Quintil | 46 | 58 | 38 | 50 | 4,7 | 0,8 | 14,4 | 1,1 |
| Oberstes Quintil | 54 | 65 | / | 56 | 1,7 | 1,0 | / | 5,6 |

8.1.4 Wohnungsmieten

Die Entwicklung der Wohnungsmieten in Ostdeutschland ist bis zum Jahre 2009 durch einen deutlichen Anstieg des Mietenniveaus gekennzeichnet. Ausgehend von lediglich 0,49 Euro pro Quadratmeter im Frühjahr 1991, war die durchschnittliche Bruttokaltmiete bis zum Jahre 1997 bereits auf 4,70 Euro pro Quadratmeter gestiegen, danach hat sich die Mietsteigerung aber deutlich abgeschwächt. Im Jahr 2009 erreichte die durchschnittliche Bruttokaltmiete 5,77 Euro pro Quadratmeter. Dies entspricht einer Steigerung der durchschnittlichen Quadratmetermiete seit dem Jahr 2003

um rund 3 %; in der Periode 1997 bis 2003 waren dies noch rund 19 %. Die entsprechende Mietsteigerung in den alten Bundesländern in der jüngsten Periode (2003 bis 2009) betrug 6 %.

Im Jahr 2009 lag das ostdeutsche Mietniveau im Mittel bei 87 % des westdeutschen Vergleichswertes. Pro Wohnung hatten ostdeutsche Mieter 2009 im Schnitt 25 % weniger zu bezahlen als westdeutsche Mieter bzw. 363 Euro im Vergleich zu 486 Euro. Dieser beträchtliche Unterschied ergibt sich auch daraus, dass Mietwohnungen in Ostdeutschland im Durchschnitt nach wie vor kleiner sind als in Westdeutschland. → Tab. 4

Wohnungsmieten variieren im Allgemeinen aufgrund von wohnungsbezogenen Kriterien wie Lage, Ausstattung und Qualität des bewohnten Gebäudes sowie der Wohndauer eines Haushaltes. Erwartungsgemäß sind die Mieten in Neubauten jeweils am höchsten. Auch in Ostdeutschland bestimmt sich die Miethöhe vorrangig nach dem Baujahr. Die Ausstattung der Mietwohnungen mit vollständigen Sanitäranlagen und einem modernen Heizsystem ist im Jahr 2009 auch in Ostdeutschland sehr weit fortgeschritten. Das Fehlen einer solchen Ausstattung führt in West- wie Ostdeutschland zu deutlichen Mietabschlägen gegenüber dem Durchschnitt.

Tab. 4: Wohnungsmieten der Hauptmieter in Deutschland 1991–2009

| Haushaltsmerkmal | Westdeutschland | | | | | Ostdeutschland | | | | | Ost von West ² 2009 in % |
|--|----------------------------|-------------|-------------|-------------|--------------------|----------------------------|-------------|-------------|-------------|--------------------|---|
| | Brutto-Kaltmiete in EUR/qm | | | | Index ¹ | Brutto-Kaltmiete in EUR/qm | | | | Index ¹ | |
| | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 | | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 | | |
| | Mittelwert | | | | | Mittelwert | | | | | |
| Insgesamt | 3,99 | 5,59 | 6,22 | 6,62 | 100 | 0,49 | 4,70 | 5,60 | 5,77 | 100 | 87 |
| Gebäudezustand³ | | | | | | | | | | | |
| Gut | 4,12 | 5,77 | 6,36 | 6,84 | 103 | 0,54 | 5,46 | 5,86 | 5,95 | 103 | 87 |
| Teilweise renovierungsbedürftig | 3,80 | 5,30 | 6,00 | 6,26 | 95 | 0,49 | 4,35 | 5,23 | 5,40 | 94 | 86 |
| Ganz renovierungsbedürftig | 3,72 | 5,63 | 5,53 | 6,50 | 98 | 0,43 | 3,82 | 4,22 | 5,03 | 87 | 77 |
| Baujahr | | | | | | | | | | | |
| Vor 1949 | 3,57 | 4,79 | 5,66 | 6,00 | 91 | 0,43 | 4,26 | 5,21 | 5,61 | 97 | 94 |
| 1949–1971 | 3,90 | 5,53 | 6,08 | 6,61 | 100 | 0,48 | 4,80 | 5,80 | 5,85 | 101 | 89 |
| 1972–1980 | 4,72 | 5,93 | 6,50 | 6,73 | 102 | 0,56 | 4,75 | 5,56 | 5,62 | 97 | 84 |
| 1981–1990 (für 1994: ab 1981) | 5,01 | 6,48 | 6,79 | 6,96 | 105 | 0,61 | 4,62 | 5,30 | 5,52 | 96 | 79 |
| 1991 und später | - | 7,07 | 7,19 | 7,19 | 109 | - | 6,67 | 6,77 | 6,67 | 116 | 93 |
| Wohndauer | | | | | | | | | | | |
| Bis 4 Jahre | 4,38 | 6,24 | 6,46 | 6,77 | 102 | 0,55 | 5,02 | 5,88 | 6,00 | 104 | 89 |
| 5–11 Jahre | 4,03 | 5,32 | 6,35 | 6,69 | 101 | 0,52 | 4,43 | 5,62 | 5,80 | 101 | 87 |
| 12 und mehr Jahre | 3,58 | 4,95 | 5,77 | 6,29 | 95 | 0,44 | 4,59 | 5,25 | 5,58 | 97 | 89 |
| Ausstattung mit modernem Heizsystem | | | | | | | | | | | |
| Ja | 4,14 | 5,70 | 6,32 | 6,67 | 101 | 0,56 | 5,05 | 5,71 | 5,79 | 100 | 87 |
| Nein | 3,00 | 4,30 | 4,77 | 5,72 | 86 | 0,44 | 3,63 | 4,09 | 4,70 | 81 | 82 |
| Nachrichtlich: | | | | | | | | | | | |
| Bruttokaltmiete in EUR/Wohnung | 271 | 385 | 441 | 486 | - | 27 | 271 | 348 | 363 | - | 75 |
| Wohnfläche in qm | 71 | 72 | 74 | 76 | - | 58 | 60 | 63 | 64 | - | 84 |

1 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro qm = 100.

2 Durchschnittliche Brutto-Kaltmiete pro qm in Westdeutschland = 100.

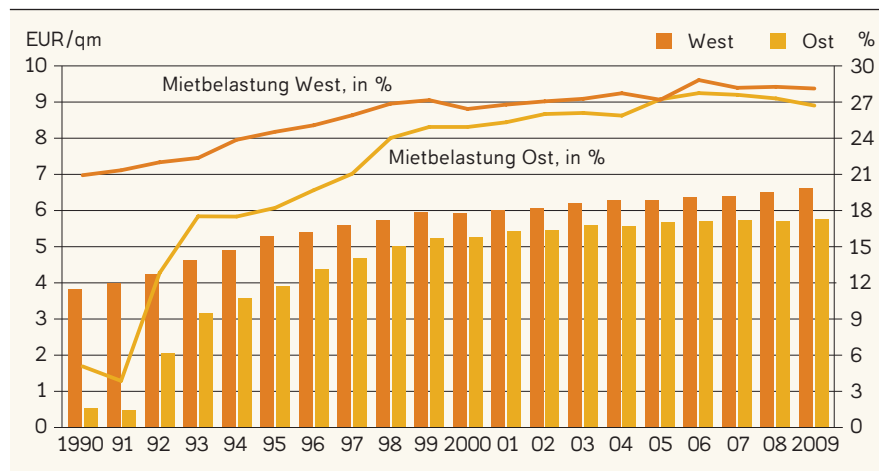
3 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

Datenbasis: SOEP 1991, 1997, 2003 und 2009.

8.1.5 Mietbelastung und Wohngeldbezug

Die Wohnkostenbelastungsquote von Mieterhaushalten beschreibt den Anteil des Haushaltsnettoeinkommens, den Mieter für die Bruttokaltmiete aufbringen müssen. Diese Quote hat sich für Hauptmieter in Ostdeutschland, in Reaktion auf die oben beschriebenen Veränderungen bei Qualität und Preis von Mietwohnungen, im Zeitraum 1990 bis 2009 von lediglich 4 % auf fast 27 % mehr als sechsfacht. Diese Entwicklung wird definitionsgemäß auch von der Einkommenssituation der privaten Haushalte beeinflusst (siehe Kapitel 6.1). → **Abb. 1**

Abb. 1: Entwicklung von Miete und Mietbelastung in Ost- und Westdeutschland 1990–2009, EUR/qm



Datenbasis: SOEP 1990–2009.

Tab. 5: Mietbelastung von Hauptmietern 1991–2009

| Haushaltsmerkmal | Mietbelastungsquote in % des Haushaltsnettoeinkommens | | | | | | | |
|--------------------------------------|--|-------------|-------------|-------------|----------------|-------------|-------------|-------------|
| | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | | | |
| | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 |
| Insgesamt | 21,3 | 25,9 | 27,2 | 28,1 | 3,9 | 21,0 | 26,1 | 26,7 |
| Ausgewählte Haushaltstypen | | | | | | | | |
| Alleinstehend, Mann | 20,7 | 27,0 | 26,3 | 28,3 | 4,5 | 23,3 | 29,6 | 30,5 |
| Alleinstehend, Frau bis 64 Jahre | 26,5 | 29,2 | 31,8 | 32,3 | 6,4 | 29,9 | 34,7 | 34,1 |
| Alleinstehend, Frau ab 65 Jahre | 28,0 | 31,8 | 33,8 | 36,3 | 5,7 | 23,6 | 26,7 | 29,5 |
| (Ehe-)Paare ohne Kinder | 16,5 | 21,2 | 24,2 | 24,2 | 3,2 | 18,1 | 21,3 | 20,7 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre | 18,8 | 23,5 | 23,8 | 23,3 | 3,0 | 17,8 | 21,9 | 21,3 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre | 15,4 | 19,1 | 21,9 | 23,0 | 2,5 | 14,4 | 19,1 | 19,1 |
| Alleinerziehende | 26,5 | 29,4 | 31,3 | 30,2 | 4,6 | 27,5 | 31,3 | 30,7 |
| Alter des Haushaltsvorstandes | | | | | | | | |
| Bis 40 Jahre | 20,5 | 25,6 | 26,2 | 26,5 | 3,4 | 20,5 | 28,3 | 27,2 |
| 41–65 Jahre | 19,6 | 24,2 | 26,5 | 27,1 | 3,6 | 20,7 | 25,8 | 27,6 |
| 66 Jahre und älter | 24,8 | 28,6 | 30,9 | 32,2 | 5,1 | 22,1 | 24,0 | 25,1 |
| Einkommensquintil¹ | | | | | | | | |
| Unterstes Quintil | 36,8 | 37,0 | 40,5 | 40,4 | 4,9 | 29,9 | 36,4 | 37,1 |
| Zweites Quintil | 25,2 | 27,6 | 28,2 | 30,3 | 2,6 | 20,5 | 24,7 | 24,6 |
| Mittleres Quintil | 20,2 | 24,5 | 23,6 | 26,3 | 2,3 | 17,1 | 21,0 | 22,2 |
| Viertes Quintil | 17,2 | 21,2 | 22,1 | 22,6 | 1,9 | 13,9 | 18,7 | 18,2 |
| Oberstes Quintil | 14,8 | 17,7 | 18,2 | 17,8 | 1,1 | 12,3 | 15,1 | 15,2 |
| Haushalte mit Arbeitslosen | 24,0 | 29,9 | 33,5 | 37,1 | 4,0 | 23,8 | 32,0 | 37,2 |

¹ Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

Datenbasis: SOEP 1991, 1997, 2003 und 2009.

Als Ergebnis der Entwicklung steigender Mieten und stagnierender bzw. sinkender Einkommen von Mieterhaushalten ist die Wohnkostenbelastung von Hauptmietern von 1997 bis 2009 in Westdeutschland im Durchschnitt um zwei Prozentpunkte auf 28 % gestiegen. Für Mieter im untersten Einkommensfünftels hat sich die Wohnkostenbelastung im gleichen Zeitraum im Westen um gut 3 % erhöht, im Osten um 7 %, wobei sich dieser Trend in der jüngsten Periode (2003 bis 2009) eindeutig abgeschwächt hat. Insgesamt sind die Mietbelastungsquoten von Haushalten im obersten Einkommensfünftel im Osten und im Westen mit lediglich 15 % bzw. 18 % weniger als halb so hoch als die des untersten Einkommensfünftels (37 % bzw. 40 %). Somit beträgt die Differenz zwischen unterstem und oberstem Einkommensfünftel im Jahr 2009 in Ost wie West rund 22 Prozentpunkte.

Deutliche Unterschiede in der Mietbelastung finden sich bei Betrachtung verschiedener Familien- bzw. Haushaltstypen. So liegen die durchschnittlichen Belastungsquoten von (Ehe-)Paaren ohne Kinder (oft auch Personen in der nachelterlichen Phase) weit unter dem Durchschnitt. Dies gilt auch für vollständige Familien mit erwachsenen Kindern bzw. für Paare mit minderjährigen Kindern. → Tab. 5

Von sozialpolitischer Bedeutung sind die einkommensschwachen Haushalte mit Arbeitslosen oder von Alleinerziehenden, deren Mietbelastung bei jeweils rund einem Drittel des Haushaltsnettoeinkommens liegt. Bei den Arbeitslosen in West- wie Ostdeutschland erreicht diese Quote im Jahr 2009 sogar 37%. Am deutlichsten hat zwischen 2001 und 2009 jedoch die Wohnkostenbelastung in Haushalten von älteren (weiblichen)

Singles zugenommen: in Ostdeutschland um knapp drei und in Westdeutschland um gut zwei Prozentpunkte. Sinkende Alterseinkommen (vgl. auch Kapitel 9.5 in Band II) treffen hier auf steigende Wohnkosten.

Bei der Bewertung dieser Entwicklung muss berücksichtigt werden, dass die Zahl der Wohngeldbezieher im Rahmen der Hartz-Reformen und der Einführung von ALG (Arbeitslosengeld) II zum 1. Januar 2005 stark rückläufig ist (vgl. dazu die Ausführungen in 9.4 in Band II). Infolge dieser Maßnahmen sinken die Anteile der arbeitslosen Wohngeldempfänger im Zeitraum bis 2009, um danach durch neue Regelungen ab 2009 wieder anzusteigen. Der Bezug von Wohngeld konzentriert sich erwartungsgemäß auf Haushalte im untersten Einkommensfünftel.

Der Anteil der Haushalte, die Wohngeld beziehen, ist in Westdeutschland deutlich geringer als in den neuen Ländern. Darin kommt zum Ausdruck, dass in den neuen Ländern der subjektbezogenen För-

derung durch Wohngeld höhere Bedeutung als wohnungspolitisches Instrument beigemessen wird als in den alten Ländern, wo eher (noch) der soziale Wohnungsbau dominiert.

8.1.6 Wohnzufriedenheit

Eine umfassende Beurteilung der Wohnsituation durch die privaten Haushalte ergibt sich aus dem Indikator »Wohn-

Tab. 6: Wohnzufriedenheit¹ in Deutschland 1991–2009

| Haushaltsmerkmal | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | | | |
|---|-----------------|------------|------------|------------|----------------|------------|------------|------------|
| | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 | 1991 | 1997 | 2003 | 2009 |
| | Mittelwert | | | | | | | |
| Insgesamt | 7,8 | 7,6 | 7,7 | 7,7 | 6,9 | 6,9 | 7,5 | 7,6 |
| Wohnstatus | | | | | | | | |
| Eigentümer | 8,5 | 8,3 | 8,3 | 8,3 | 7,9 | 7,9 | 8,0 | 8,0 |
| Hauptmieter | 7,3 | 7,1 | 7,1 | 7,3 | 6,6 | 6,5 | 7,2 | 7,4 |
| Gebäudezustand² – Eigentümer | | | | | | | | |
| Gut | 8,7 | 8,5 | 8,6 | 8,5 | 8,6 | 8,4 | 8,5 | 8,4 |
| Teilweise renovierungsbedürftig | 7,7 | 7,5 | 7,5 | 7,5 | 7,4 | 7,3 | 7,0 | 7,3 |
| Ganz renovierungsbedürftig | 6,8 | 6,0 | 5,8 | 6,2 | 5,0 | 5,6 | 4,8 | 5,6 |
| Gebäudezustand² – Hauptmieter | | | | | | | | |
| Gut | 7,9 | 7,7 | 7,7 | 7,8 | 8,0 | 7,5 | 7,7 | 7,9 |
| Teilweise renovierungsbedürftig | 6,6 | 6,3 | 6,3 | 6,6 | 6,7 | 6,3 | 6,3 | 6,6 |
| Ganz renovierungsbedürftig | 5,3 | 4,8 | 4,5 | 4,5 | 4,5 | 4,8 | 4,9 | 5,5 |
| Ausgewählte Haushaltstypen | | | | | | | | |
| Alleinstehend, Mann | 7,2 | 7,0 | 7,2 | 7,3 | 6,8 | 6,4 | 7,1 | 7,1 |
| Alleinstehend, Frau bis 64 Jahre | 7,5 | 7,1 | 7,4 | 7,4 | 6,9 | 6,8 | 7,4 | 7,7 |
| Alleinstehend, Frau ab 65 Jahre | 8,4 | 7,9 | 8,0 | 8,1 | 7,2 | 7,2 | 7,8 | 8,2 |
| (Ehe-)Paare ohne Kinder | 8,1 | 7,8 | 8,0 | 7,9 | 7,4 | 7,1 | 7,7 | 7,8 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern bis 16 Jahre | 7,3 | 7,6 | 7,5 | 7,7 | 6,5 | 6,9 | 7,6 | 7,7 |
| (Ehe-)Paare mit Kindern ab 17 Jahre | 8,2 | 8,0 | 8,1 | 7,9 | 7,1 | 7,2 | 7,2 | 7,7 |
| Alleinerziehende | 7,6 | 7,0 | 7,0 | 7,1 | 6,3 | 5,9 | 6,9 | 6,5 |
| Alter des Haushaltsvorstandes | | | | | | | | |
| Bis 40 Jahre | 7,1 | 7,2 | 7,2 | 7,4 | 6,3 | 6,6 | 7,3 | 7,3 |
| 41–65 Jahre | 7,9 | 7,6 | 7,7 | 7,6 | 7,2 | 6,9 | 7,3 | 7,5 |
| 66 Jahre und älter | 8,4 | 8,0 | 8,2 | 8,1 | 7,4 | 7,3 | 7,8 | 8,0 |
| Einkommensquintil³ | | | | | | | | |
| Unterstes Quintil | 7,3 | 7,0 | 7,1 | 7,2 | 6,9 | 6,4 | 6,9 | 7,2 |
| Zweites Quintil | 7,8 | 7,6 | 7,5 | 7,6 | 6,9 | 7,1 | 7,4 | 7,7 |
| Mittleres Quintil | 7,9 | 7,7 | 7,8 | 7,7 | 6,9 | 6,9 | 7,8 | 7,8 |
| Viertes Quintil | 7,9 | 7,7 | 7,7 | 7,9 | 7,4 | 7,2 | 7,8 | 7,9 |
| Oberstes Quintil | 7,9 | 8,0 | 8,1 | 8,0 | 5,4 | 7,3 | 8,1 | 7,9 |
| Wohnraumversorgung | | | | | | | | |
| Unterversorgung ⁴ | 6,1 | 6,6 | 6,3 | 6,7 | 5,5 | 5,9 | 6,5 | 6,6 |
| Wohnraumgleichgewicht | 7,2 | 7,0 | 7,0 | 7,0 | 6,8 | 6,6 | 7,0 | 7,2 |
| Gut versorgt ⁵ | 8,1 | 7,8 | 7,9 | 7,9 | 7,4 | 7,2 | 7,7 | 7,8 |

1 Mittelwert der Angaben des Haushaltsvorstandes auf einer Skala von 0 (=ganz und gar unzufrieden) bis 10 (=ganz und gar zufrieden).

2 Beurteilung durch den Haushaltsvorstand.

3 Jedes Quintil umfasst 20 % aller nach dem bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen geordneten Haushalte.

4 Weniger als ein Wohnraum (über sechs Quadratmeter, ohne Küche und Bad) pro Haushaltsmitglied.

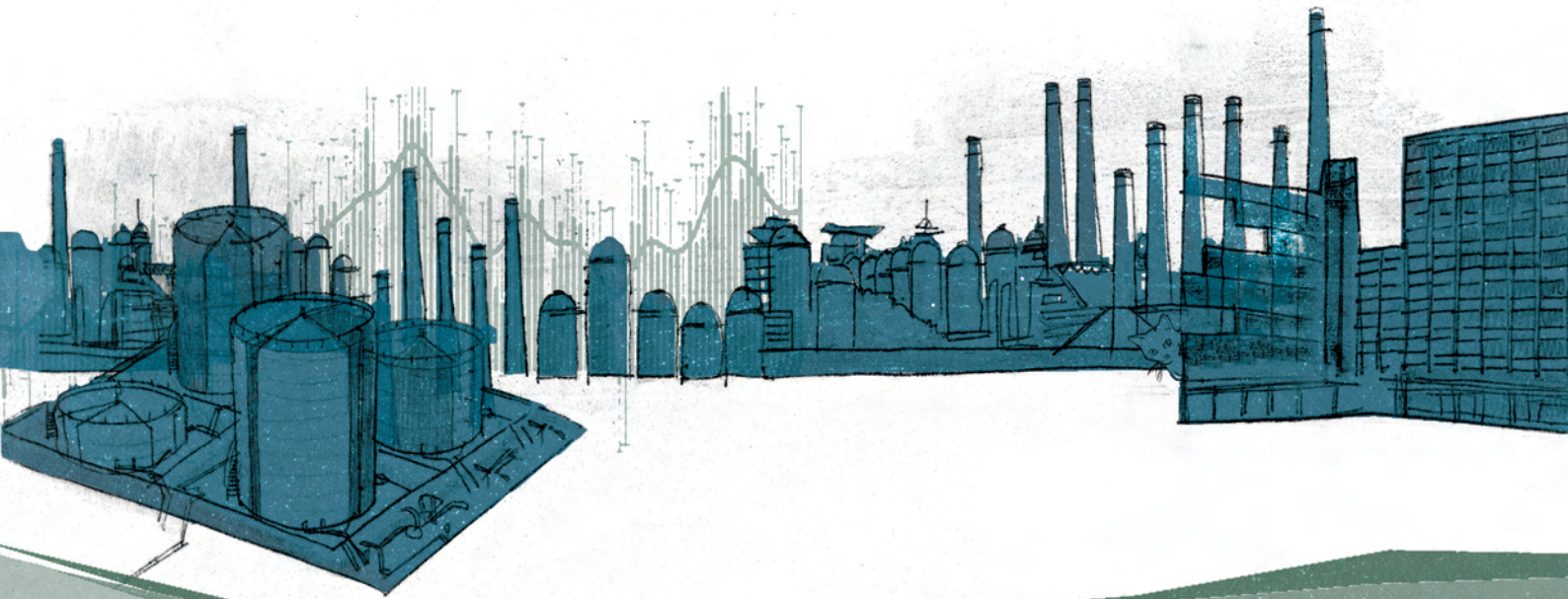
5 Mehr als ein Wohnraum pro Haushaltsmitglied.

Datenbasis: SOEP 1991, 1997, 2003 und 2009.

zufriedenheit«. Allgemein sind selbst nutzende Eigentümer, die dem Lebensbereich »Wohnen« oft eine höhere Bedeutung beimessen als Mieter, auch überdurchschnittlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation. In beiden Teilen Deutschlands hat sich die Wohnzufriedenheit von Eigentümern seit 1991 kaum verändert; gemessen auf der Zufriedenheitsskala (von 0 = »ganz und gar unzufrieden« bis 10 = »ganz und gar zufrieden«) liegt diese 2009 in den alten Ländern bei 8,3 Punkten und in den neuen Ländern bei 8,0 Punkten. Mieterhaushalte erreichen im Durchschnitt in Ost- und in Westdeutschland 7,4 bzw. 7,3 Punkte. Im Gegensatz zur leicht rückläufigen Entwicklung im Zeitraum von 1991 bis 1997 bei westdeutschen Hauptmietern hat sich die durchschnittliche Wohnzufriedenheit ostdeutscher Mieter von 1991 bis 2009 um 0,8 Skaleneinheiten verbessert. Weitere Analysen belegen, dass dies mit den Qualitätsverbesserungen im Wohngebäudebestand durch Modernisierungsarbeiten und dem Umzug in Neubauten zusammenhängt. Darüber hinaus ist die Versorgung mit Wohnraum eine zentrale Determinante der Wohnzufriedenheit: Bei Unterversorgung sinkt die Wohnzufriedenheit in West wie Ost auf ein weit unterdurchschnittliches Niveau von lediglich 6,7 bzw. 6,6 Punkte ab. → **Tab. 6**

8.1.7 Zusammenfassung

Eine Gesamtschau objektiver und subjektiver Indikatoren zur Wohnsituation in Ost- und Westdeutschland zeigt im Untersuchungszeitraum 1991 bis 2009 eine insgesamt positive Entwicklung. Im Gegensatz z. B. zur Arbeitsmarktentwicklung (siehe Kapitel 5) wurde hier inzwischen eine weitgehende Angleichung der Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen erreicht. Von zentraler Bedeutung im weiteren Prozess ist daher neben den Veränderungen institutioneller Rahmenbedingungen, wie z. B. der Abschaffung der Wohneigentumsförderung ab 2006, die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (siehe Kapitel 6.1). Die in den letzten Jahren verstärkte Zunahme der Einkommensungleichheit in Deutschland spiegelt sich auch in der Analyse der Wohnsituation privater Haushalte: Während Wohneigentümer tendenziell über überdurchschnittlich hohe und stärker steigende Einkommen verfügen, bleibt die Wohnkostenbelastung einkommensschwächerer Mieterhaushalte aufgrund realer Einkommensverluste weiter hoch. Dies stellt eine sozialpolitische Herausforderung im Rahmen der Bedürftigkeitsprüfung zum Bezug von Wohngeld dar.



2011



Datenreport 2011

EIN SOZIALBERICHT FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
BAND II

9 Gesundheit und soziale Sicherung

9.1 Gesundheitszustand der Bevölkerung und Ressourcen der Gesundheitsversorgung

Karin Böhm

»Obwohl wir sie nicht kaufen können, geben wir für Gesundheit immer mehr Geld aus.« Mit wenigen Worten spiegelt das Zitat des Autors Peter F. Keller einen komplexen Zusammenhang wider, der unser Streben nach Gesundheit mit monetären Mitteln kennzeichnet. Auch wenn ein entsprechendes Verhalten nicht unmittelbar plausibel erscheinen mag, kommt darin doch im Wesentlichen der hohe individuelle und gesellschaftliche Wert zum Ausdruck, den die Bevölkerung der Gesundheit beimisst. Faktisch gibt es keinen Lebensbereich, auf den sich eine gute Gesundheit nicht positiv auswirken würde. Das Verständnis von Gesundheit als positive Ressource für Wohlbefinden, Leistungsfähigkeit und vieles mehr stellt insofern einen wichtigen Motor für den steigenden gesundheitsbezogenen Ressourcenverbrauch dar.

Daten zur Gesundheit der Bevölkerung und zu den für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit eingesetzten Ressourcen gehören daher zum grundlegenden Informationsbedarf für alle Akteure im Gesundheitswesen und am Thema Gesundheit interessierten Menschen. Der Politik liefern die Angaben wichtige Informationen für viele Entscheidungen zur Ausgestaltung des Gesundheitswesens. Die Wirtschaft interessiert sich für Gesundheitsangaben, weil sie Grundinformationen über die Gesundheit der Menschen als Arbeitskräfte, als Patientinnen und Patienten und als Konsumenten von Gesundheitsprodukten und -dienstleistungen liefern. Für die Bevölkerung sind gesundheitsbezogene Sachverhalte von

Bedeutung, weil sie über einen lebensnahen Themenbereich informieren.

Die Angaben zur Gesundheit stammen aus gesundheitsbezogenen Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sowie aus Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dabei handelt es sich um den Mikrozensus (Fragen zur Gesundheit), die Krankenhausstatistik, die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik), die Statistik schwerbehinderter Menschen, die Pflegestatistik, die Todesursachenstatistik, die Gesundheitspersonalrechnung, die Gesundheitsausgabenrechnung und die Krankheitskostenrechnung.

Die Gesundheitspersonalrechnung, die Gesundheitsausgabenrechnung und die Krankheitskostenrechnung des Statistischen Bundesamtes sind im Unterschied zu den anderen genannten gesundheitsbezogenen Erhebungen Sekundärstatistiken. Es sind Datenquellen, die im Bereich des Gesundheitswesens verfügbare Daten zur Ermittlung des Gesundheitspersonals, der Gesundheitsausgaben und der Krankheitskosten zusammenfassen und so einen Mehrwert an Informationen schaffen. Somit entstehen keine zusätzlichen Erhebungen und Belastungen von Auskunftgebenden. Dies gilt auch für die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik, die auf Angaben aus der Datensammlung nach § 21 Krankenhausentgeltgesetz aufbaut. Die Zeiträume, für die Angaben aus den genannten Erhebungen vorliegen, sind unterschiedlich, da die Erhebungen zu verschiedenen

Zeitpunkten eingeführt wurden und mit unterschiedlicher Periodizität durchgeführt werden.

9.1.1 Krankheiten und Unfallverletzungen

Im Jahr 2009 bezeichneten sich insgesamt 15 % der Bevölkerung, die Angaben zur Gesundheit machten, als krank (14 %) oder unfallverletzt (1 %). Dieser Wert lag

Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus



Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Haushaltsstichprobe, an der ein Prozent der Privathaushalte in Deutschland teilnehmen. Seit dem Jahr 2005 findet die Mikrozensus-Erhebung mit gleitender Berichtswoche statt, bei der das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt wurde. Frühere Erhebungen wurden in einer festgelegten Befragungswoche im April durchgeführt.

Die gesundheitsbezogenen Fragen werden im vierjährigen Abstand, zuletzt 2009 gestellt. Sie beziehen sich auf Krankheit und Unfallverletzung am Befragungstag oder in den vier Wochen davor, Rauchverhalten sowie Körpergröße und -gewicht. Die Stichprobe für das Zusatzprogramm zur Gesundheit war seit 2005 so groß wie für das feste Grundprogramm des Mikrozensus. Die Beantwortung der Gesundheitsfragen war freiwillig. Die Stichprobenergebnisse wurden auf die Bevölkerungszahl hochgerechnet. Anteilswerte beziehen sich auf die Bevölkerung mit Angaben zu den entsprechenden Fragen.

höher als bei der letzten Befragung im Jahr 2005 (13 %).

Seit 2005 werden die Befragungen unterjährig durchgeführt. Dies führt bei den Fragen zu Krankheit wegen saisonaler Effekte insbesondere im ersten und vierten Quartal zu erhöhten Jahresdurchschnittswerten gegenüber den vorhergehenden Befragungen bis 2003, da die Krankheiten über das ganze Jahr verteilt vollständiger als zuvor erfasst werden. Daher werden im Folgenden die Werte für den Jahresdurchschnitt 2009 zu Kranken und Unfallverletzten nur mit den Werten für 2005 verglichen. **i**

Das Alter der Befragten ist erwartungsgemäß eine wichtige Einflussgröße auf den Gesundheitszustand. Mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg der gesundheitlichen Beschwerden zu beobachten. Während der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei Menschen im Alter von 15 bis 39 Jahren im Jahr 2009 rund 11 % betrug, lag er bei den 40- bis 64-Jährigen bereits bei 14 %. Von den über 65-Jährigen bezeichnete sich fast jeder Vierte (23 %) als krank oder unfallverletzt. Insgesamt waren Frauen mit einem Anteil von 15 % etwas häufiger von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen als Männer mit 14 %. Diese Differenz ist im Wesentlichen mit dem höheren Anteil kranker Frauen über 65 Jahren zu erklären. In dieser Altersgruppe lag der Anteil bei 24 %, gleichaltrige Männer waren weniger häufig krank (22 %).

Die Art der Erkrankung wurde nicht erfragt, allerdings wurde bei den Angaben zu einer Unfallverletzung die Frage nach der Art des Unfalls gestellt. Insgesamt traten 2009 am häufigsten Freizeitunfälle (31 %) auf, gefolgt von häuslichen Unfällen mit 27 % und Arbeitsunfällen mit einem Anteil von 21 %. Männer erlitten zu 35 % Freizeitunfälle, an zweiter Stelle folgten Arbeits- oder Dienstunfälle (ohne Wegeunfälle) mit 28 %. In der Altersgruppe der 15- bis unter 25-jährigen Männer waren sogar 62 % aller Unfälle Freizeitunfälle, für

Männer über 65 Jahre standen mit 49 % die häuslichen Unfälle an erster Position.

Für Frauen lauerten die meisten Gefahren im häuslichen Bereich: Mit 37 % standen Unfälle im Haushalt an erster Stelle. Die zweite Position nahmen hier die Freizeitunfälle mit 26 % ein. Besonders die Altersgruppe der unter 15-jährigen Mädchen war dabei gefährdet: 52 % ihrer Unfälle ereigneten sich in der Freizeit. Demgegenüber war es für ältere Frauen im Haushalt noch gefährlicher – 55 % der Unfälle von über 65-Jährigen ereigneten sich dort.

Die meisten Kranken und Unfallverletzten nahmen wegen ihrer gesundheitlichen Beschwerden ärztliche Hilfe in Anspruch, 2009 waren es 86 %. Nachdem dieser Anteil 2005 gegenüber den Vorjahren 1999 (85 %) und 2003 (83 %) auf 89 % gestiegen war, war 2009 ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Der Anteil der gesundheitlich beeinträchtigten Menschen, die sich trotz ihrer Krankheit nicht in ärztliche Behandlung begaben, betrug 13 %. Drei Viertel (75 %) und damit die überwiegende Zahl der Kranken und Unfallverletzten konnten ambulant behandelt werden. 11 % wurden 2009 stationär im Krankenhaus betreut.

9.1.2 Diagnosen und Behandlung der Krankenhauspatientinnen und -patienten

Diagnosen

Krankenhausfälle werden in der Krankenhausdiagnosestatistik erfasst. Es handelte sich hierbei um alle Krankenhausfälle einschließlich Sterbe-, Stundenfälle und gesunde Neugeborene. Während die Anzahl der Behandlungsfälle bei den Frauen zwischen 1999 und 2009 um 299 500 (3,2 %) gestiegen ist, war sie bei den Männern sogar um 904 300 (11,8 %) höher. Dass es sich bei diesen Daten um Effekte der demografischen Entwicklung handelt, zeigen die standardisierten Raten: Zwischen 1999 und 2009 ist die standardisierte Zahl der Behandlungsfälle sowohl insgesamt zurückgegangen (um 2,2 %), als auch bei beiden Geschlechtern rückläufig. Die Zahl der Behandlungsfälle bei Frauen ist um 2,9 % auf 21 400 Behandlungsfälle je 100 000 Einwohner gesunken, die der Männer um 2,3 % auf 17 700 Behandlungsfälle je 100 000 Einwohner. **i**

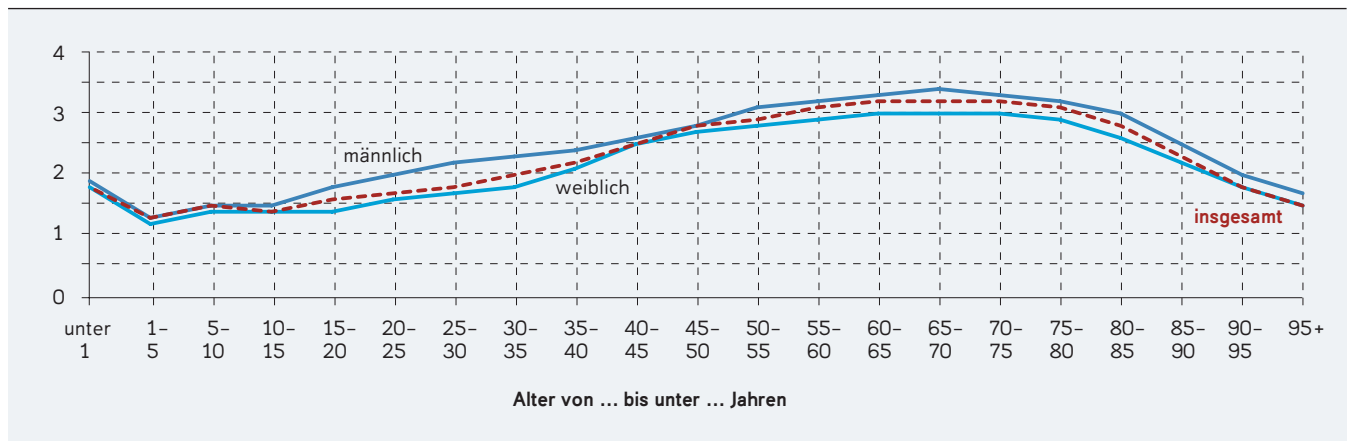
Die häufigste Ursache für einen Krankenhausaufenthalt waren 2009 (wie bereits in den Vorjahren) Krankheiten des Kreislaufsystems. Nahezu 2,7 Mill. Behandlungsfälle waren dieser Krankheitsgruppe

Die Diagnosestatistik und ihre Erweiterung um die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (DRG-Statistik)

Die Diagnosen der Krankenhauspatientinnen und -patienten bilden das gesamte vollstationäre Geschehen in den deutschen Krankenhäusern ab. Alle Krankenhäuser in Deutschland sind auskunftspflichtig. Erfasst werden alle Patientinnen und Patienten, die im Berichtsjahr aus der vollstationären Behandlung eines Krankenhauses entlassen werden. Bei mehrfach im Berichtsjahr vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten wird jeder einzelne Krankenhausaufenthalt als ein Fall nachgewiesen (Fallzahlenstatistik). Nicht nachgewiesen werden die vor- und nachstationären, teilstationären und ambulanten Behandlungsfälle. Die Angaben zur Diagnosestatistik entnehmen die Krankenhäuser der vorhandenen Patientendokumentation. Die Diagnoseangaben werden differenziert nach Hauptdiagnosen, Alter, Geschlecht, Verweildauer und Fachabteilungen dargestellt. Aufgrund geschlechts- und altersspezifischer Unterschiede im Hinblick auf Erkrankungen werden die Ergebnisse teilweise standardisiert und so um demografische Effekte bereinigt. Dadurch sind vom Bevölkerungsaufbau unabhängige Aussagen möglich.

Seit dem Jahr 2005 wird die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten um die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik ergänzt. Hintergrund ist die Novellierung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000, in deren Rahmen eine Umstellung des Ver-

Abb. 1: Durchschnittliche Anzahl der Operationen und Behandlungsmaßnahmen pro Krankenhausfall 2009



zuzuordnen, was einem Anteil von 15 % an allen Fällen entsprach. Im Vergleich zu 1999 ist die Zahl dieser Behandlungsfälle um 5 % zurückgegangen. An zweiter Stelle folgten die Neubildungen (u. a. Krebserkrankungen). Sie stellten nach den Krankheiten des Kreislaufsystems die wichtigsten Diagnosen mit insgesamt knapp 1,9 Mill. Fällen (10 % an allen Behandlungsfällen) dar. Im Vergleich zu 1999 ist ihre Zahl 2009 um fast 11 % zurückgegangen. An dritter Stelle lagen Verletzungen, Vergiftungen und andere Folgen äußerer Ursachen mit über 1,8 Mill. Fällen und einem Anteil von 10 % an allen Diagnosen. Im Gegensatz zu den

beiden ersten genannten Diagnosen ist die Anzahl der Behandlungsfälle der Krankheiten des Verdauungssystems im Vergleich der Jahre 1999 und 2009 stark gestiegen – und zwar um knapp 12 %.

Der höchste Zuwachs war bei den Krankheiten des Nervensystems zu beobachten, er betrug 69 % (1999: 418 000 Fälle; 2009: 707 000 Fälle). An diesen Wert reichte keine Steigerungsrate der anderen Krankheitsgruppen heran. Bestimmte Zustände mit Ursprung in der Perinatalperiode (Zeitraum zwischen der 24. Schwangerschaftswoche und dem siebten Tag nach der Geburt) sind von 1999 bis 2009 um

58 % gestiegen. Die infektiösen und parasitären Krankheiten haben sich innerhalb der Dekade um 57 % erhöht, und auch die Krankheiten des Muskel-Skelettsystems und des Bindegewebes stiegen um rund ein Drittel ihres Wertes von 1999 (36 %). Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führten, sind um 27 % gesunken, gefolgt von Rückgängen bei den Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde mit 25 % und den Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes (20 %). Im direkten Vergleich blieben lediglich der Bereich der Krankheiten der Haut und der Unterhaut sowie der Endokrine (Drüsen), Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten konstant.

gütungssystem auf Fallpauschalen basierende DRG (Diagnosis Related Groups) vorgenommen wurde. Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntG (Krankenhausentgeltgesetz) unterliegen (ohne psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist wie auch die Diagnosestatistik eine jährliche Vollerhebung, jedoch werden die Daten nicht direkt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, sondern vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) erhoben. Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das InEK schicken und dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung stellen (Sekundärstatistik).

Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres aus o. g. Einrichtungen entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Nachgewiesen werden jedoch nicht vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette) unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Schwerpunkte der Erhebung sind insbesondere Angaben zu Operationen und Prozeduren, Fallpauschalen (DRGs) sowie Haupt- und Nebendiagnosen.

Operationen und medizinische Behandlungsmaßnahmen

Nach den Ergebnissen der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik) wurden bei den vollstationär in Krankenhäusern versorgten Patientinnen und Patienten 2009 insgesamt rund 45 Mill. Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 8 %. Auf einen Krankenhausfall entfielen damit im Durchschnitt 2,6 Maßnahmen dieser Art. In allen Altersgruppen war die durchschnittliche Anzahl der Operationen und Prozeduren pro Krankenhausfall bei Männern durchweg höher als bei Frauen. ➔ Abb. 1

Abb. 2: Operationen und Behandlungsmaßnahmen der Krankenhauspatientinnen und -patienten 2009, in %

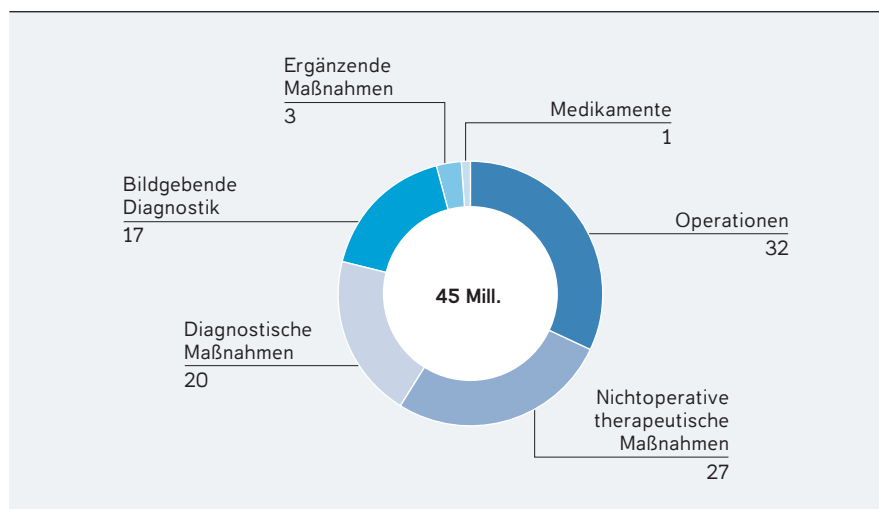
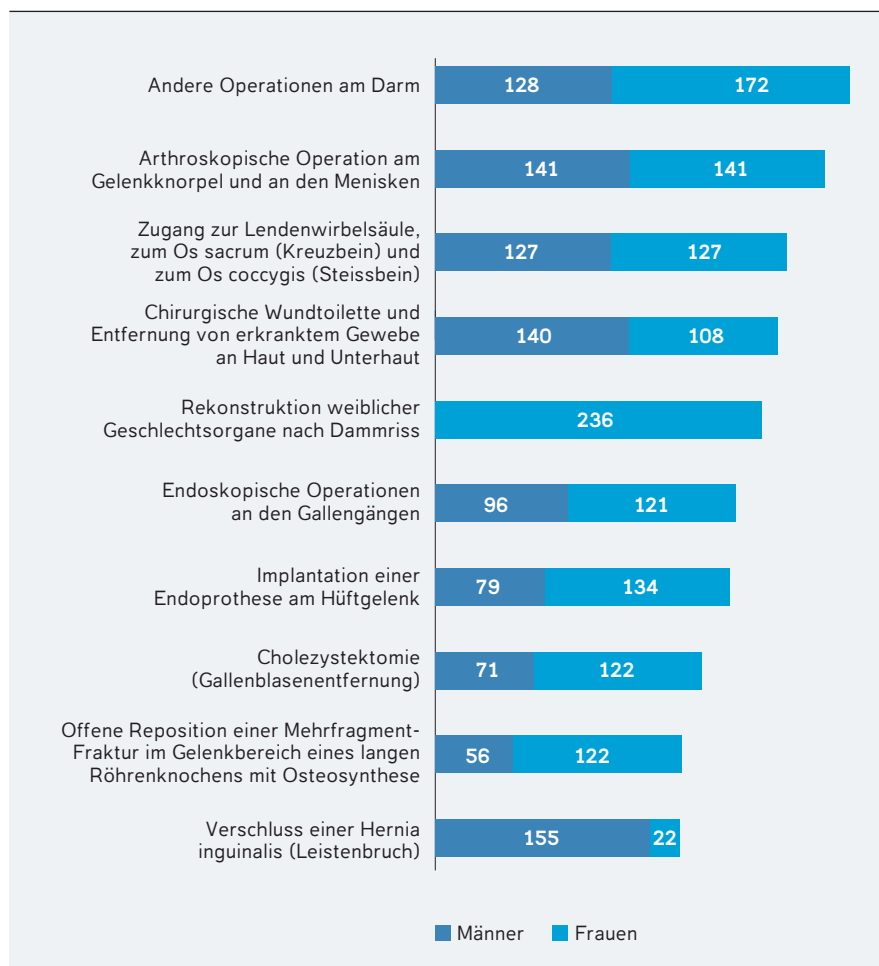


Abb. 3: Die zehn häufigsten Operationen der Krankenhauspatientinnen und -patienten 2009, in 1000



Werden die erfolgten Maßnahmen nach einzelnen Kapiteln des Operationen- und Prozedurenschlüssels (OPS) aufgeschlüsselt, lagen die Operationen mit 32 % (14,4 Mill. Nennungen) an erster Stelle, an zweiter Stelle folgten mit 27 % nicht-operative therapeutische Maßnahmen (12,1 Mill. Nennungen). An dritter Stelle standen mit 20 % diagnostische Maßnahmen (9,1 Mill. Nennungen). → **Abb. 2**

Spitzenreiter unter den durchgeführten Operationen waren auch im Jahr 2009 Operationen an den Bewegungsorganen (3,9 Mill.), gefolgt von Operationen am Verdauungstrakt (2,2 Mill.) sowie Operationen an Haut und Unterhaut (1,1 Mill.). Eine detailliertere Betrachtung der Operationen zeigt, dass bei Frauen am häufigsten die Rekonstruktion weiblicher Geschlechtsorgane nach einer Ruptur/Dammriss (235 600 Fälle) erfolgte, der Kaiserschnitt (173 800 Fälle) sowie andere Operationen am Darm (172 000 Fälle).

Bei Männern lag der Leistenbruch (Verschluss einer Hernia inguinalis) mit 155 500 Fällen an erster Stelle, an zweiter Stelle die arthroskopische Operation am Gelenkknorpel und an den Menisken (140 900) sowie an dritter Stelle die chirurgische Wundtoilette und Entfernung von erkranktem Gewebe (139 800 Fälle). → **Abb. 3**

9.1.3 Schwerbehinderung und Pflegebedürftigkeit

Im Unterschied zu einer akuten Krankheit oder einer Unfallschädigung mit kurzer Heilungsdauer ist eine Behinderung eine Beeinträchtigung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für längere Zeit, möglicherweise für das ganze Leben. Als schwerbehindert gelten Menschen, denen ein Grad der Behinderung von 50 oder mehr zuerkannt wurde.

Am 31. Dezember 2009 waren bei den Versorgungsämtern 7,1 Mill. amtlich anerkannte schwerbehinderte Menschen

Tab. 1: Schwerbehinderte 2009

| | Insgesamt in 1000 | Im Alter von ... bis unter ... Jahren | | | |
|------------------|----------------------|---------------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| | | unter 25 | 25 bis 55 | 55 bis 65 | 65 und mehr |
| Männer | 3 658 | 4,6 | 21,7 | 21,7 | 52,1 |
| Frauen | 3 444 | 3,4 | 20,6 | 19,1 | 56,9 |
| Insgesamt | 7 102 | 4,0 | 21,2 | 20,4 | 54,4 |

mit gültigem Ausweis registriert, das entsprach einem Anteil von rund 9 % an der Bevölkerung. Etwas mehr als die Hälfte (52 %) waren Männer. → Tab. 1

Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So waren deutlich mehr als ein Viertel (29 %) der schwerbehinderten Menschen 75 Jahre und älter. Knapp die Hälfte (46 %) gehörte der Altersgruppe zwischen 55 bis unter 75 Jahren an. Dagegen fiel der Anteil der unter 25-Jährigen mit 4 % gering aus.

Die Schwerbehindertenquote (die Wahrscheinlichkeit schwerbehindert zu sein) steigt mit zunehmendem Alter an. Während bei den 25- bis unter 35-Jährigen jeder Sechsendvierzigste schwerbehindert war, hatte in der Gruppe der ab 80-Jährigen jeder Dritte einen Schwerbehindertenausweis.

Männer waren – insbesondere in der Gruppe der älter als 55-Jährigen – eher schwerbehindert als Frauen. Dies ist zu einem gewissen Teil dadurch erklärbar, dass Männer im Allgemeinen häufiger am Erwerbsleben teilnehmen als Frauen und dass Erwerbstätige bzw. Arbeitssuchende ein größeres Interesse an einer Anerkennung der Behinderteneigenschaft haben können als Nichterwerbspersonen. Denn ein Schwerpunkt der Leistungen des Schwerbehindertenrechts betrifft Regelungen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt oder für einen früheren Übergang zur Rente. → Abb. 4

Die weitaus meisten Behinderungen (82 % der Fälle) waren krankheitsbedingt. In 4 % der Fälle war die Behinderung angeboren und bei 2 % wurde das Leiden

durch einen Unfall oder eine Berufskrankheit verursacht. Weitere 1 % der schwerbehinderten Menschen hatten dauernde Schäden im Krieg, im Wehr- oder

Zivildienst erlitten. Der Rest (11 %) entfiel auf sonstige, mehrere und ungenügend bezeichnete Ursachen.

Schwerbehinderte Menschen litten am häufigsten unter körperlichen Behinderungen (64 %): Bei 25 % der Personen waren die inneren Organe bzw. Organsysteme betroffen. Bei 14 % waren Arme und Beine in ihrer Funktion eingeschränkt, bei weiteren 12 % Wirbelsäule und Rumpf. In 5 % der Fälle lag Blindheit bzw. Sehbehinderung vor. 4 % litten

Abb. 4: Schwerbehinderte Menschen 2009, Anteil an der Bevölkerung des jeweiligen Alters, in %

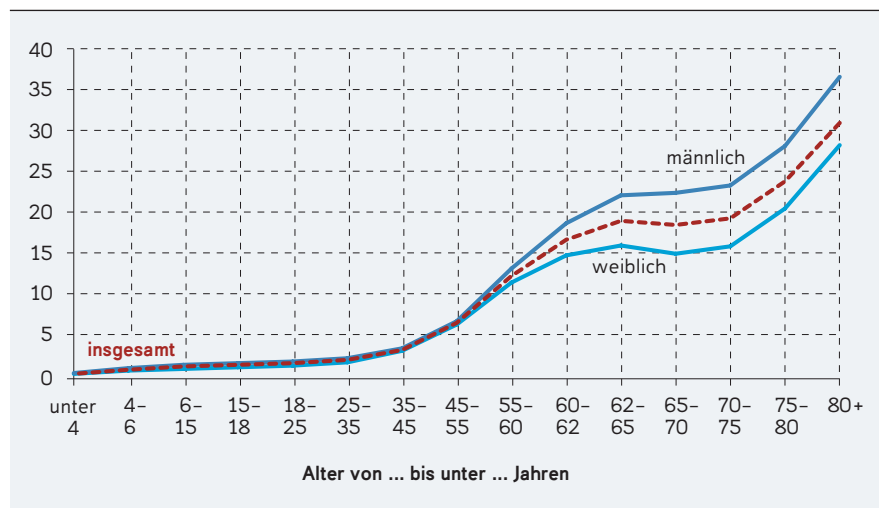
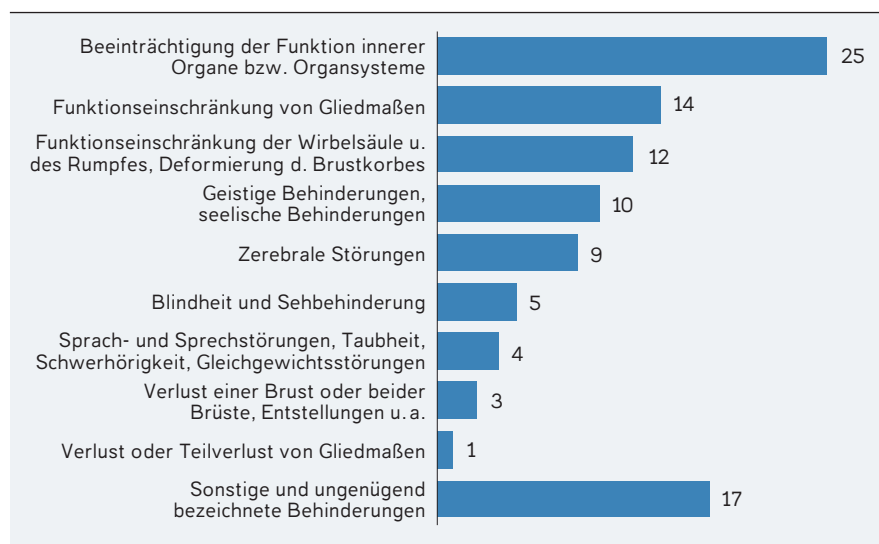


Abb. 5: Schwerbehinderte Menschen nach der Art der schwersten Behinderung 2009, in %



unter Schwerhörigkeit, Gleichgewichts- oder Sprachstörungen. Auf geistige oder seelische Behinderungen entfielen zusammen 10 % der Fälle, auf zerebrale Störungen 9 %. Bei den übrigen Personen (17 %) war die Art der Behinderung nicht ausgewiesen. → **Abb. 5**

Pflegebedürftigkeit

Pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (Sozialgesetzbuch – SGB XI) sind Menschen, die im täglichen Leben auf Dauer – wegen einer Krankheit oder Behinderung – in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen. Die Entscheidung über das Vorliegen der Pflegebedürftigkeit treffen die Pflegekassen bzw. das private Versicherungsunternehmen.

Im Dezember 2009 waren 2,34 Mill. Menschen in Deutschland pflegebedürftig. Die Mehrheit (83 %) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter. Ein gutes Drittel (35 %) war sogar älter als 85 Jahre. Die überwiegende Zahl (67 %) der Pflegebedürftigen waren Frauen.

Seit 1999 ist eine Zunahme bei der Zahl der Pflegebedürftigen zu beobachten: Sie betrug im Jahr 1999 2,02 Mill. und stieg auf 2,34 Mill. im Jahr 2009 an. Ein wichtiger Faktor für den Anstieg ist die

zunehmende Alterung der Bevölkerung. Im Jahr 1999 waren 2,9 Mill. Menschen 80 Jahre und älter. Im Jahr 2009 waren es bereits 4,2 Mill.

Mit zunehmendem Alter sind Menschen in der Regel eher pflegebedürftig. Während bei den 70- bis unter 75-Jährigen jeder zwanzigste (5 %) pflegebedürftig war, wurde für die ab 90-Jährigen die höchste Pflegequote ermittelt: Der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Menschen dieser Altersgruppe betrug 59 %. Auffallend ist, dass Frauen etwa ab dem 80. Lebensjahr eine deutlich höhere Pflegequote aufwiesen – also eher pflegebedürftig sind als Männer dieser Altersgruppen. So beträgt z. B. bei den 85- bis unter 90-jährigen Frauen die Pflegequote 42 %, bei den Männern gleichen Alters hingegen lediglich 28 %. → **Abb. 6**

Neben Unterschieden in der gesundheitlichen Entwicklung bei Frauen und Männern kann ein Faktor für den unterschiedlichen Verlauf der Pflegequoten auch das Antragsverhalten bei Männern und Frauen sein: Ältere Frauen leben häufiger alleine. Bei Pflegebedarf kann somit schneller die Notwendigkeit bestehen, einen Antrag auf Leistungen zu stellen, während die pflegebedürftigen Männer zunächst häufiger z. B. von ihren

Frauen versorgt werden. Insofern könnte zunächst auf eine Antragstellung verzichtet werden. In diesem Fall werden sie auch nicht in der Pflegestatistik erfasst.

Die Pflegequoten variierten zwischen den einzelnen Bundesländern: Sie sind dabei im Alter in Baden-Württemberg häufig am niedrigsten. Dort betrug z. B. der Anteil der Pflegebedürftigen bei den 85- bis unter 90-Jährigen 32 %. Die höchsten Werte lagen hingegen in Brandenburg (50 %) und Mecklenburg-Vorpommern (51 %) – also im Nordosten Deutschlands – vor: Hier waren die Menschen im Alter eher pflegebedürftig als im Bundesdurchschnitt.

Auch beim Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung insgesamt bestehen – bedingt durch die unterschiedlichen Alters- und Geschlechtsstrukturen der Bevölkerung sowie den unterschiedlichen Pflegequoten in den Altersgruppen der jeweiligen Länder – Unterschiede. In Mecklenburg-Vorpommern waren 3,7 % der Bevölkerung pflegebedürftig. Der Anteil in Baden-Württemberg betrug hingegen lediglich 2,3 %.

Mehr als zwei Drittel (69 % oder 1,62 Mill.) der Pflegebedürftigen wurden im Dezember 2009 in Deutschland zu Hause versorgt. Davon erhielten 1 066 000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 555 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege zusammen mit oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. 717 000 (31 %) Pflegebedürftige wurden in Pflegeheimen vollstationär betreut. → **Abb. 7**

Zwischen den Bundesländern zeigen sich auch bei den Versorgungsstrukturen zum Teil deutliche Unterschiede: Die stärkste Bedeutung hat die vollstationäre Pflege in Heimen in Schleswig-Holstein: 41 % aller Pflegebedürftigen wurden dort vollstationär versorgt. In Hessen und in Branden-

Abb. 6: Pflegequoten 2009, Anteil an der Bevölkerung des jeweiligen Alters, in %

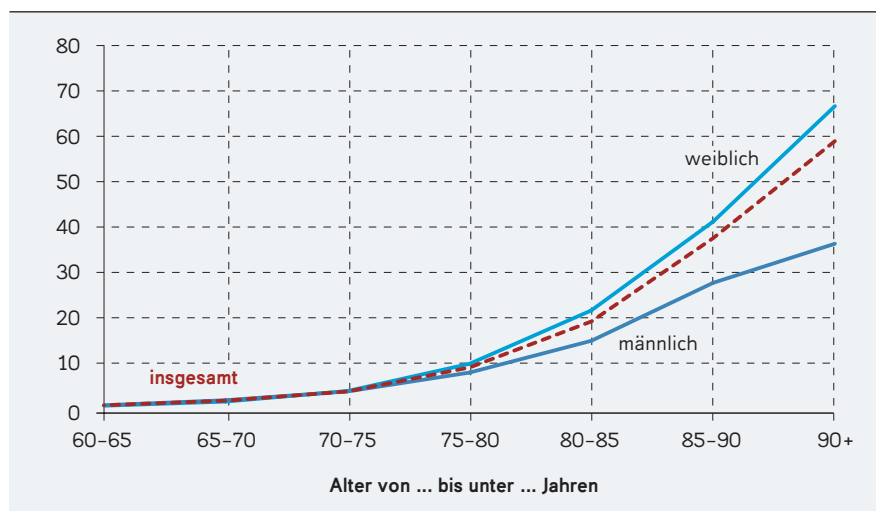
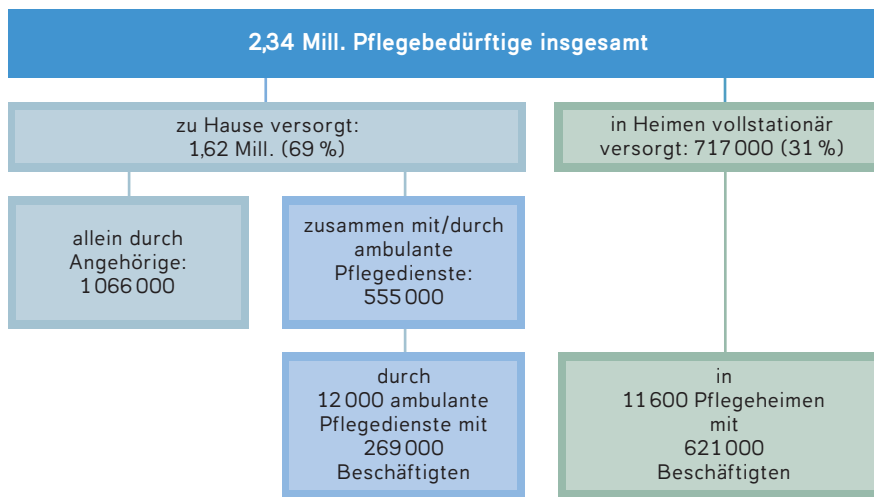


Abb. 7: Pflegebedürftige nach Versorgungsart 2009



burg wurden hingegen nur rund 25 % der Pflegebedürftigen vollstationär in Heimen betreut. In Deutschland waren es insgesamt 31 %.

Auf Bundesebene zeigt sich im Zeitvergleich ein Trend hin zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste: Im Vergleich zu 1999 betrug der Anstieg bei der vollstationären Pflege in den Heimen 27 % (155 000 Pflegebedürftige) und bei den ambulanten Pflegediensten 34 % (140 000). Die Zahl der Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger, das heißt Personen, die ausschließlich durch Angehörige gepflegt wurden, nahm hingegen nur um 4 % (38 000) zu.

Bundesweit gab es im Dezember 2009 rund 11 600 zugelassene voll- bzw. teilstationäre Pflegeheime. Im Schnitt betreute ein Pflegeheim dabei 64 Pflegebedürftige. Die meisten Heime (10 400) boten vollstationäre Dauerpflege an.

Personal in Pflegeeinrichtungen

In den Heimen waren insgesamt 621 000 Menschen beschäftigt – Teilzeitkräfte machten dabei mehr als die Hälfte (59 %) der Beschäftigten aus. Die Mehrzahl (85 %) waren Frauen. Die meisten Beschäftigten

(66 %) hatten ihren Arbeitsschwerpunkt im Bereich Pflege und Betreuung. Gesundheits- und Krankenpfleger/-in oder Altenpfleger bzw. Altenpflegerin waren dabei die wichtigsten Ausbildungsabschlüsse. Zusammen hatte von den im Bereich Pflege und Betreuung Tätigen fast jeder Zweite (47 %) entweder einen Abschluss als Altenpfleger/-in (33 %),

Gesundheits- und Krankenpfleger/-in (13 %) oder Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-in (1 %).

In den insgesamt 12 000 im Dezember 2009 zugelassenen ambulanten Pflegediensten arbeiteten 269 000 Menschen. 71 % von ihnen waren teilzeitbeschäftigt, der Frauenanteil lag bei 87 %. Der Haupteinsatzbereich des Personals war die Grundpflege: Hier hatten zwei Drittel (70 %) der Beschäftigten ihren Arbeitsschwerpunkt.

9.1.4 Todesursachen

Allgemeine Sterblichkeit

Die allgemeine Sterblichkeit in Deutschland ist zwischen 1990 und 2009 kontinuierlich gesunken. Insgesamt sank die altersstandardisierte Sterbeziffer von 1 127 auf 762 Sterbefälle je 100 000 Einwohner. Dies entsprach einem Rückgang um über 32 %. Der Rückgang fiel bei den Männern mit 37 % größer aus als bei den Frauen mit 32 %. Insgesamt betrachtet lag die Sterblichkeit bei den Frauen im Jahr 2009 mit 789 Fällen je

Tab. 2: Regionale Sterbeziffern 2009, Sterbefälle je 100 000 Einwohner

| | Insgesamt | Männer | Frauen |
|------------------------------------|--------------|--------------|--------------|
| Baden-Württemberg | 681,9 | 602,8 | 716,5 |
| Bayern | 738,8 | 658,8 | 772,8 |
| Berlin | 748,0 | 676,9 | 783,1 |
| Brandenburg | 804,3 | 742,1 | 821,9 |
| Bremen | 796,7 | 739,2 | 813,2 |
| Hamburg | 741,8 | 663,5 | 782,8 |
| Hessen | 729,8 | 646,8 | 765,7 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 833,9 | 815,3 | 809,0 |
| Niedersachsen | 775,9 | 706,0 | 795,9 |
| Nordrhein-Westfalen | 787,7 | 710,8 | 815,6 |
| Rheinland-Pfalz | 773,4 | 685,2 | 812,3 |
| Saarland | 839,5 | 759,5 | 868,1 |
| Sachsen | 764,4 | 729,1 | 760,6 |
| Sachsen-Anhalt | 864,3 | 828,5 | 859,5 |
| Schleswig-Holstein | 776,3 | 692,0 | 815,0 |
| Thüringen | 826,0 | 765,7 | 845,2 |
| Deutschland | 762,4 | 689,6 | 788,9 |
| Früheres Bundesgebiet ¹ | 752,8 | 674,7 | 784,2 |
| Neue Länder | 809,3 | 766,5 | 810,4 |

¹ Einschl. Berlin.

100 000 Einwohner höher als die der Männer (690 Fälle).

Die positive Entwicklung der Sterblichkeit findet nicht überall in Deutschland in gleichem Maße statt. So ist sie in den neuen Ländern seit 1990 zwar um insgesamt 41 % zurückgegangen, lag aber mit 809 Sterbefällen weiterhin über der Sterblichkeit im früheren Bundesgebiet (753 Sterbefälle je 100 000 Einwohner). In den beiden Ländern Sachsen-Anhalt (864 Sterbefälle) und Saarland (839 Sterbefälle) war diese Rate am höchsten, in Baden-Württemberg mit 682 Sterbefällen am niedrigsten. → **Tab. 2**

Beim Vergleich der ostdeutschen mit den westdeutschen Ländern zeigt sich, dass sowohl Unterschiede zwischen den Geschlechtern als auch zwischen den Altersgruppen bestehen. Die Sterbeziffer lag in den neuen Ländern insgesamt um 7 % über der im früheren Bundesgebiet. Auffällig hierbei war der große Unterschied zwischen Männern und Frauen. Männer hatten in den neuen Ländern eine um 14 % und Frauen nur eine um 3 % höhere Sterbeziffer als im früheren Bundesgebiet.

Häufigste Todesursachen

Die häufigste Todesursache (Einzeldiagnose) war bei Männern wie Frauen gleich, es handelte sich um die chronische ischämische Herzkrankheit. Sie war für die meisten Todesfälle 2009 verantwortlich. An ihr verstarben ca. 74 000 Personen, davon waren 34 000 männlich und 40 000 weiblich. → **Abb. 8**

Fünf der zehn häufigsten Todesursachen waren dem Bereich der Herz-Kreislaufkrankungen zuzuordnen. Es handelte sich dabei um die chronische ischämische Herzkrankheit, den akuten Myokardinfarkt, die Herzinsuffizienz, den Schlaganfall und die hypertensive Herzkrankheit. Allein an diesen fünf Erkrankungen starben 2009 insgesamt 90 000 Männer und über 129 000 Frauen. Weitere wichtige Todesursachen waren die Krebsleiden (bösartige Neubildungen). Bei den Männern waren die »Bösartigen Neubildungen« der Bronchien und Lunge, der Prostata und des Dickdarms die Ursache für 50 000 Sterbefälle. Bei den Frauen waren es die »Bösartigen Neubildungen« der Brustdrüse (Brustkrebs), der Bronchien und Lunge sowie des Dickdarms. Daran verstarben insgesamt 39 000 Frauen.

Sterblichkeit im Zeitvergleich

Die Sterblichkeit bei bestimmten Krankheitsgruppen ist im Zeitraum 1990 bis 2009 gesunken. So ist die Sterblichkeit aufgrund von Krankheiten des Kreislaufsystems um 47 % zurückgegangen, bei den Todesfällen durch Krebserkrankungen um 19 %. Demgegenüber stehen aber einige Krankheitsgruppen, bei denen eine andere Entwicklung stattgefunden hat. Starke Zuwächse waren bis 2009 in folgenden Bereichen zu finden: Die Sterblichkeit durch bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten ist zwischen den Jahren 1990 und 2009 um 56 % gestiegen, die durch psychische Störungen und Verhaltensstörungen hat um 57 % und die durch Krankheiten des Nervensystems und der Sinnesorgane um 24 % zugenommen.

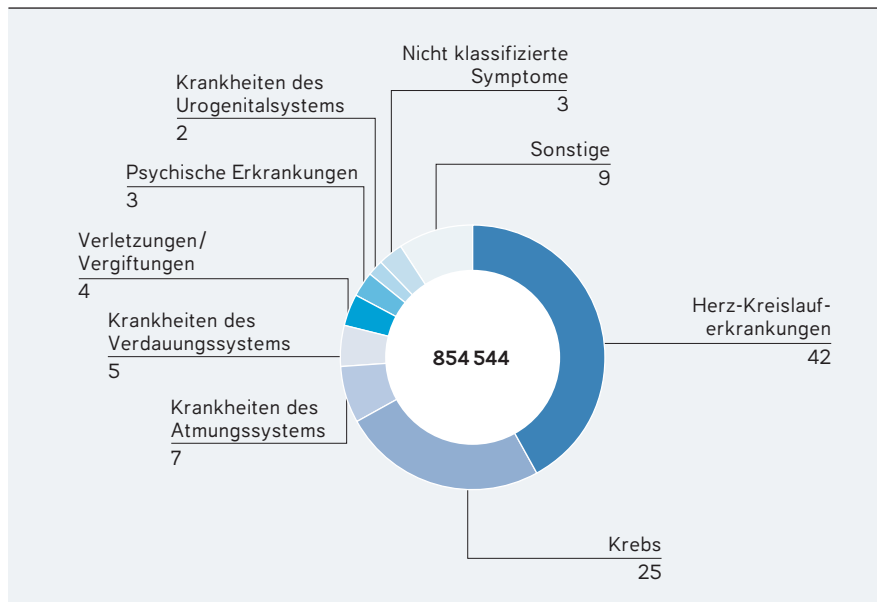
Die Sterblichkeit durch äußere Ursachen (Verletzungen, Vergiftungen) hat im betrachteten Zeitraum um 43 % abgenommen. Allerdings bestand hier ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen: Während die Sterbeziffer bei den Frauen lediglich bei 23,2 Sterbefällen je 100 000 Einwohner lag, war sie bei den Männern mit 41,5 deutlich höher. In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das, im Jahr 2009 verstarben insgesamt 32 000 Personen an Verletzungen und Vergiftungen. Davon waren 20 000 Männer und 12 000 Frauen.

Eine Unterposition der »Äußerer Ursachen« stellen die Suizide dar. Rund 9 600 Menschen setzten 2009 ihrem Leben vorsätzlich selbst ein Ende. 1990 waren es noch 13 900 Fälle. Der Anteil der Männer an den Sterbefällen durch Suizid war mit 75 % sehr hoch.

Vorzeitige Sterblichkeit

Die vorzeitige Sterblichkeit beschreibt die Sterbeziffer derjenigen Menschen, die vor dem 65. Lebensjahr verstorben sind. In der Literatur wird diese Kennziffer auch häufig als Potential Years of Life Lost (PYLL) bezeichnet. Die Daten zeigen eine positive Entwicklung im Vergleich der

Abb. 8: Krankheitsbedingte Todesursachen 2009, in %



Jahre 1990 und 2009. So ist die vorzeitige Sterblichkeit insgesamt um fast 36 % auf 189 Sterbefälle (bezogen auf 100 000 Einwohner) zurückgegangen. Da in erster Linie Männer von der vorzeitigen Sterblichkeit betroffen waren, lag deren Sterbeziffer mit 234 Fällen um 98 Fälle höher als die der Frauen (136 Fälle). In den neuen Ländern lag die vorzeitige Sterblichkeit nach wie vor über der im früheren Bundesgebiet. Allerdings beruht der Wert nur auf dem höheren Wert der Männer.

Sterbealter

Das Sterbealter gibt einen wichtigen Hinweis auf die Lebensqualität und den Lebensstandard eines Landes. Auf Grund unterschiedlicher Berechnungsmethoden darf das Sterbealter nicht mit der Lebenserwartung gleichgesetzt werden, kann aber als Ergänzung und weitere Information herangezogen werden. Im Jahr 2009 lag das Sterbealter durchschnittlich

bei 77,1 Jahren. Frauen starben im Schnitt mit 80,6 Jahren und damit um über 7,5 Jahre später als Männer mit 73,1 Jahren. Im Vergleich der Jahre 1990 und 2009 war dies ein Anstieg der Lebenszeit um rund 4 %, wobei von dieser Entwicklung gleichermaßen Männer wie Frauen profitiert haben. Am ältesten wurden die Menschen in den beiden Ländern Baden-Württemberg und Sachsen. Das durchschnittliche Sterbealter im Jahre 2009 betrug hier 77,6 bzw. 77,5 Jahre. Im Durchschnitt 2,5 Jahre früher (mit 75,0 Jahren) verstarben die Einwohnerinnen und Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns. Aber auch hier gleichen sich wie in anderen Bereichen die Entwicklungen an: Zwar verstarben die Menschen im früheren Bundesgebiet nach wie vor in einem höheren Alter als in den neuen Ländern (77,2 Jahre gegenüber 76,5 Jahre), jedoch war der Abstand vergleichsweise gering. Das Sterbealter erhöhte sich in den neuen Ländern im

Vergleich der beiden Jahre 1990 und 2009 stärker (um 5 %) als im früheren Bundesgebiet (4 %). → **Tab. 3**

Säuglingssterblichkeit

Die Säuglingssterblichkeit bezeichnet die Rate der im ersten Lebensjahr versterbenden Kinder. Sie ist ein wichtiges Maß für den allgemeinen Lebensstandard und die Qualität der medizinischen Versorgung. Sie wird im Folgenden als absolute Zahl und über die Zahl der Todesfälle bezogen auf 1 000 Lebendgeborene dargestellt.

Die Säuglingssterblichkeit ist in den 1990er Jahren weiter kontinuierlich gesunken und lag 2009 bei 3,5 Sterbefällen je 1 000 Lebendgeborenen. Dabei haben Jungen mit 3,9 Sterbefällen schlechtere Überlebenschancen als Mädchen mit 3,1 Sterbefällen. 2009 starben insgesamt 2334 Säuglinge im ersten Lebensjahr, davon waren 1 339 Jungen und 995 Mädchen. Der Rückgang der absoluten Zahl der Säuglingssterbefälle zwischen 1990 und 2009 entsprach einer Minderung um 63 %, wobei bei Jungen aufgrund des insgesamt höheren Niveaus der Zahlen ein größerer Rückgang (–64 %) zu verzeichnen war als bei Mädchen (–62 %).

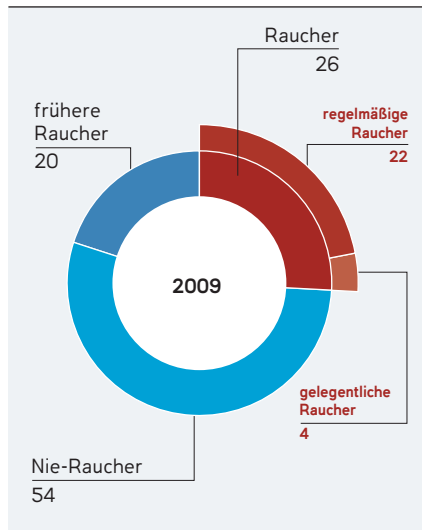
Auch von Bundesland zu Bundesland variierte die Säuglingssterblichkeit. Grundsätzlich konnte sie in jedem Land deutlich gesenkt werden. Die größten Rückgänge hatten die neuen Länder mit insgesamt 61 % zu verzeichnen. Hier waren es insbesondere Länder wie Sachsen-Anhalt und Sachsen, die mit jeweils etwa 64 % bzw. 63 % die größten Erfolge zu verzeichnen hatten. Dies ist in diesem Fall nicht mit einem höheren Ausgangsniveau zu erklären, da die Sterbefälle je 1 000 Lebendgeborenen Anfang der 1990er Jahre auch in den neuen Ländern auf einem niedrigen Niveau waren. Die höchste Rate mit 5,5 bzw. 4,2 Sterbefällen je 1 000 Lebendgeborenen hatten Bremen und Niedersachsen, die geringste Rate mit 2,5 Sterbefällen gab es jeweils im Saarland und in Sachsen.

Tab. 3: Durchschnittliches Sterbealter 2009

| | Sterbealter 2009 | Veränderung 1990 bis 2009 |
|------------------------------------|---------------------|------------------------------|
| | in Jahren | in % |
| Baden-Württemberg | 77,6 | + 4,2 |
| Bayern | 77,4 | + 4,4 |
| Berlin | 75,7 | + 4,3 |
| Brandenburg | 75,9 | + 1,5 |
| Bremen | 76,7 | + 3,6 |
| Hamburg | 77,0 | + 2,5 |
| Hessen | 77,4 | + 3,6 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 75,0 | + 6,8 |
| Niedersachsen | 77,2 | + 3,3 |
| Nordrhein-Westfalen | 76,9 | + 4,2 |
| Rheinland-Pfalz | 77,4 | + 4,2 |
| Saarland | 76,9 | + 4,8 |
| Sachsen | 77,5 | + 4,6 |
| Sachsen-Anhalt | 76,2 | + 5,7 |
| Schleswig-Holstein | 77,2 | + 2,7 |
| Thüringen | 76,6 | + 5,4 |
| Deutschland | 77,1 | + 4,2 |
| Früheres Bundesgebiet ¹ | 77,2 | + 3,9 |
| Neue Länder | 76,5 | + 5,4 |

¹ Einschl. Berlin.

Abb. 9: Raucher und Nichtraucher 2009, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.
Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und älter.

9.1.5 Gesundheitsrelevante Faktoren

Rauchen

Die Warnungen vor den gesundheitlichen Risiken des Rauchens werden nach wie vor von vielen Bürgern ignoriert. Im Jahr 2009 bekannten sich 26 % der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren, die Auskunft zu dieser Frage gaben, zum Rauchen. Das waren weniger als 2003 und 2005 (je 27 %) bzw. 1995 und 1999 (je 28 %). Insgesamt betrug die Raucherquote bei den Männern rund 31 %, sie ist seit 1995 (36 %) stetig gesunken. Die Raucherquote der Frauen ist über die betrachteten Jahre konstant geblieben (2009: 21 %). In jeder Altersstufe rauchten Frauen weniger häufig als Männer.

→ Abb. 9

Bei den regelmäßigen Rauchern zeigten sich deutlichere Unterschiede bei der Betrachtung von Alter und Geschlecht. Insgesamt rauchten im Jahr 2009 22 % aller Befragten regelmäßig, 26 % der Männer und 18 % der Frauen. Ein nennenswerter Rückgang über die betrachteten Jahre war nur bei den regelmäßig rauchenden Männern zu verzeichnen: 1995 und 1999 betrug der Anteil noch 31 %, 2003 30 %

und 2005 28 %. Bei den Männern fanden sich die höchsten Anteile bei den 25- bis unter 30-Jährigen (38 %) und bei den Frauen bei den 20- bis unter 25-Jährigen und den 45- bis unter 50-Jährigen (jeweils 27 %).

Für das individuelle Gesundheitsrisiko durch Rauchen ist die Menge des Tabakkonsums mit ausschlaggebend. Nach der täglich durchschnittlich gerauchten Menge wurden nur Zigarettenraucher gefragt, die auch im Jahr 2009 den Großteil der Raucher (96 %) ausmachten. 80 % der regelmäßigen Zigarettenraucher gaben an, im Durchschnitt 5 bis 20 Zigaretten am Tag zu rauchen. Mehr als 20 Zigaretten am Tag rauchten 13 %, dabei gab es geschlechtsspezifische Unterschiede: Fast jeder Sechste (16 %) der männlichen regelmäßigen Zigarettenraucher fiel in diese Kategorie, bei den regelmäßigen Zigarettenraucherinnen war es nur jede Elfte (9 %). Nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation sind diese als starke Raucher einzustufen.

Die Gruppe der Nichtraucher (74 %) setzt sich aus »Nie-Rauchern« (54 %) und ehemaligen Rauchern (20 %) zusammen. Der Anteil der Nichtraucher wuchs mit zunehmendem Alter der Befragten, der niedrigste Wert ist mit 62 % (48 % Nie-Raucher und 13 % Ex-Raucher) bei den 25- bis 29-Jährigen zu finden. 91 % der über 65-Jährigen waren Nichtraucher, dabei haben 65 % nie geraucht, 26 % waren ehemalige Raucher. Da der Raucheranteil bei Frauen geringer war als bei Männern, gab es mehr Nichtraucher unter den Frauen (79 %) als unter den Männern (69 %). Dabei haben 64 % der Frauen noch nie geraucht, bei den Männern beträgt dieser Anteil nur 45 %.

Körpermaße

Nach Einstufung der Weltgesundheitsorganisation war 2009 mehr als jeder zweite Erwachsene (ab 18 Jahren) übergewichtig (51 %). Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber den Vorjahren (1999:

48 %, 2003: 49 %, 2005: 50 %). Starkes Übergewicht hatten 2009 15 % der erwachsenen Bevölkerung. Männer waren im Jahr 2009 zu 60 % und Frauen zu 43 % übergewichtig. Starkes Übergewicht lag bei 16 % der Männer und bei 14 % der Frauen vor.

In allen Altersgruppen waren Männer häufiger übergewichtig als Frauen. Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet und nimmt mit zunehmendem Alter epidemische Ausmaße an. Bereits bei den 20- bis 24-Jährigen war mehr als jeder vierte Mann (29 %) und fast jede fünfte Frau (18 %) übergewichtig. Bei den 70- bis 74-jährigen Männern mit fast drei Vierteln (74 %) und bei den gleichaltrigen Frauen mit knapp zwei Dritteln (63 %) erreichten die Fälle von Übergewicht ihre Spitzenwerte.

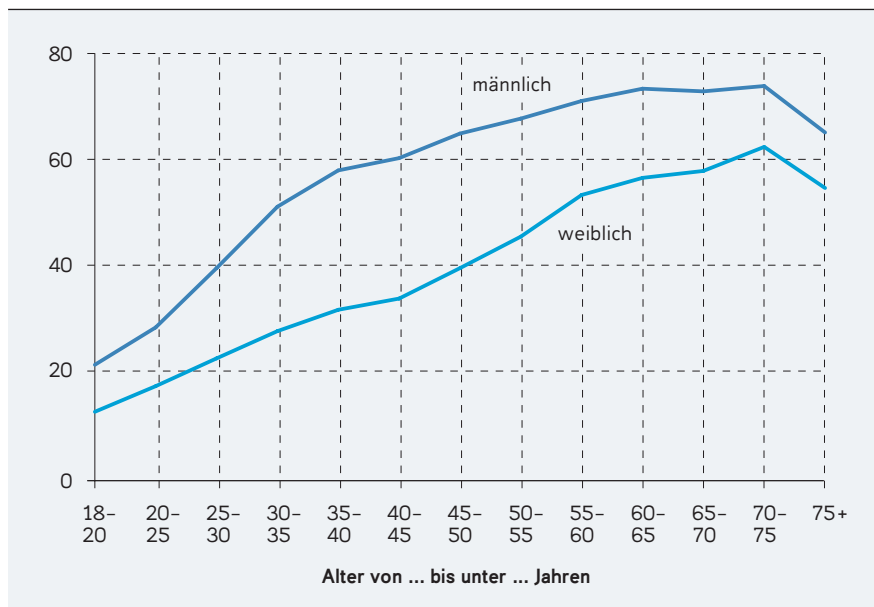
→ Abb. 10

Untergewicht (das heißt ein Body-Mass-Index kleiner als 18,5) ist weitaus weniger verbreitet als Übergewicht. Gleichwohl gehen auch davon erhebliche gesundheitliche Gefährdungen aus. Frauen waren 2009 wesentlich häufiger (3 %) von Untergewicht betroffen als Männer (1 %). Junge Frauen im Alter von 18 bis unter 20 Jahren waren zu 13 % untergewichtig, 20- bis unter 25-Jährige noch zu 9 %.

Berechnung und Bewertung des Body-Mass-Index

Aus der angegebenen Körpergröße und dem Körpergewicht wird der Body-Mass-Index (BMI) berechnet, indem man das Körpergewicht (in Kilogramm) durch die Körpergröße (in Metern, quadriert) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert von über 30 als stark übergewichtig und mit einem Wert von unter 18,5 als untergewichtig. Geschlecht und Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

Abb. 10: Personen mit Übergewicht (Body-Mass-Index über 25) 2009
Anteil an der Bevölkerung des jeweiligen Alters, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

Zwischen dem Übergewicht und dem Rauchverhalten der Befragten kann ein Zusammenhang festgestellt werden. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen waren ehemalige Raucher deutlich häufiger übergewichtig als aktive Raucher. Im Jahr 2009 hatten 72 % der ehemals rauchenden Männer einen BMI von mehr als 25, der Anteil bei den aktiven Rauchern betrug 54 %. Für Frauen gilt vergleichbares: Ex-Raucherinnen waren zu 46 % übergewichtig, Raucherinnen zu 35 %.

9.1.6 Stationäre Versorgung: Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Die medizinische Versorgung in Deutschland wird durch drei große Akteure geprägt: Die Erbringer ambulanter Leistungen (beispielsweise in Praxen niedergelassener Ärzte und in Apotheken), die Erbringer stationärer Leistungen (in Krankenhäusern, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und Pflegeheimen)

sowie die Leistungserbringer vorgelagerter Marktstufen (Hersteller von medizinisch-technischen Geräten und von Arzneimitteln). Letztere kommen dabei in der Regel nicht direkt mit den Nachfragern gesundheitlicher Güter und Leistungen in Kontakt.

Im folgenden Abschnitt werden zunächst das Leistungsangebot und die Inanspruchnahme der Krankenhäuser und der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen beschrieben. Daran schließt sich eine Untersuchung der Anzahl und Struktur der Beschäftigten im gesamten Gesundheitswesen an.

Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind Gegenstand der jährlich durchgeführten, seit 1991 bundeseinheitlichen Krankenhausstatistik. Sie erfasst in erster Linie Angaben über die sachliche und personelle Ausstattung der Häuser (z. B. Anzahl der Häuser, aufgestellte Betten und medizinische Großgeräte sowie ärztliches und nichtärztliches Personal). Darüber hinaus ermöglicht die Erhebung patientenbezogener Daten (Fallzahl und Berechnungs-/Belegungstage bzw. Pflagestage) Aussagen über leistungsbezogene Kennziffern der Einrichtungen (Nutzungsgrad der Betten und durchschnittliche Verweildauer).

Tab. 4: Krankenhäuser, Betten und Patientenbewegungen

| | Krankenhäuser | | | | | Patientenbewegungen | | | |
|-----------------------------|---------------|----------------------|------------------|----------------------|-----------------------|---------------------|----------------------------|-------------------------|-----------------------------|
| | insgesamt | | Betten insgesamt | | durchschn. Bettenzahl | Fallzahl | Berechnungs-/Belegungstage | durchschn. Verweildauer | durchschn. Bettenauslastung |
| | Anzahl | je 100 000 Einwohner | Anzahl | je 100 000 Einwohner | je Haus | in 1000 | in 1000 | in Tagen | in % |
| 1991 | 2 411 | 3,0 | 665 565 | 832 | 276 | 14 577 | 204 204 | 14,0 | 84,1 |
| 1995 | 2 325 | 2,8 | 609 123 | 746 | 262 | 15 931 | 182 627 | 11,5 | 82,1 |
| 2000 | 2 242 | 2,7 | 559 651 | 681 | 250 | 17 263 | 167 789 | 9,7 | 81,9 |
| 2005 | 2 139 | 2,6 | 523 824 | 635 | 245 | 16 539 | 143 244 | 8,7 | 74,9 |
| 2008 | 2 083 | 2,5 | 503 360 | 613 | 242 | 17 520 | 142 535 | 8,1 | 77,4 |
| 2009 | 2 084 | 2,5 | 503 341 | 615 | 242 | 17 817 | 142 414 | 8,0 | 77,5 |
| Veränderung 1991-2009, in % | -13,6 | -15,6 | -24,4 | -26,1 | -12,5 | 22,2 | -30,3 | -42,8 | -7,8 |

Ausstattung der Krankenhäuser

Im Jahr 2009 standen in insgesamt 2084 Krankenhäusern rund 503 300 Betten für die stationäre Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung. Gegenüber 1991 ist die Zahl der Krankenhäuser in Folge von Schließungen und Fusionen um 14 % gesunken. Annähernd jedes vierte Krankenhausbett (24 %) wurde abgebaut. → Tab. 4

Auf Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, entfielen 2009 ein Fünftel (20 %) aller Krankenhäuser und sogar ein Viertel (24 %) aller aufgestellten Betten. Für die Beurteilung des Versorgungsangebots in den einzelnen Bundesländern ist jedoch die absolute Zahl der Häuser bzw. der Betten wenig aussagekräftig. Zu Vergleichszwecken wird die Zahl der Häuser und Betten je 100 000 Einwohner ermittelt. Der Bundesdurchschnitt lag bei 2,5 Krankenhäusern und 615 Betten je 100 000 Einwohner. Die Zahl der Häuser je 100 000 Einwohner sank im Vergleich zu 1991

Personalbelastungszahl - Vollkräfte

Der Vergleich der Personalausstattung der Krankenhäuser in Deutschland nach Ländern basiert auf der Personalbelastungszahl bezogen auf belegte Betten. Diese Kennziffer gibt an, wie viele belegte Betten eine Vollkraft durchschnittlich pro Arbeitstag zu versorgen hat. In ihre Berechnung wird erstmals die Arbeitszeit einer Vollkraft einbezogen, um der Tatsache angemessene Rechnung zu tragen, dass ein belegtes Krankenhausbett 24 Stunden Betreuung pro Tag erfordert, eine Vollkraft jedoch an durchschnittlich 220 Arbeitstagen im Jahr (nur) acht Stunden täglich zur Verfügung steht. Die Personalbelastungszahl ergibt sich entsprechend als Quotient aus der Anzahl der Stunden, die die Krankenhausbetten in einem Jahr belegt waren (= Belegungsstunden der Krankenhausbetten im Jahr) und der Anzahl der Stunden, die die Vollkräfte für die Betreuung der Krankenhausbetten in einem Jahr zur Verfügung standen (= Jahresarbeitsstunden der Vollkräfte).

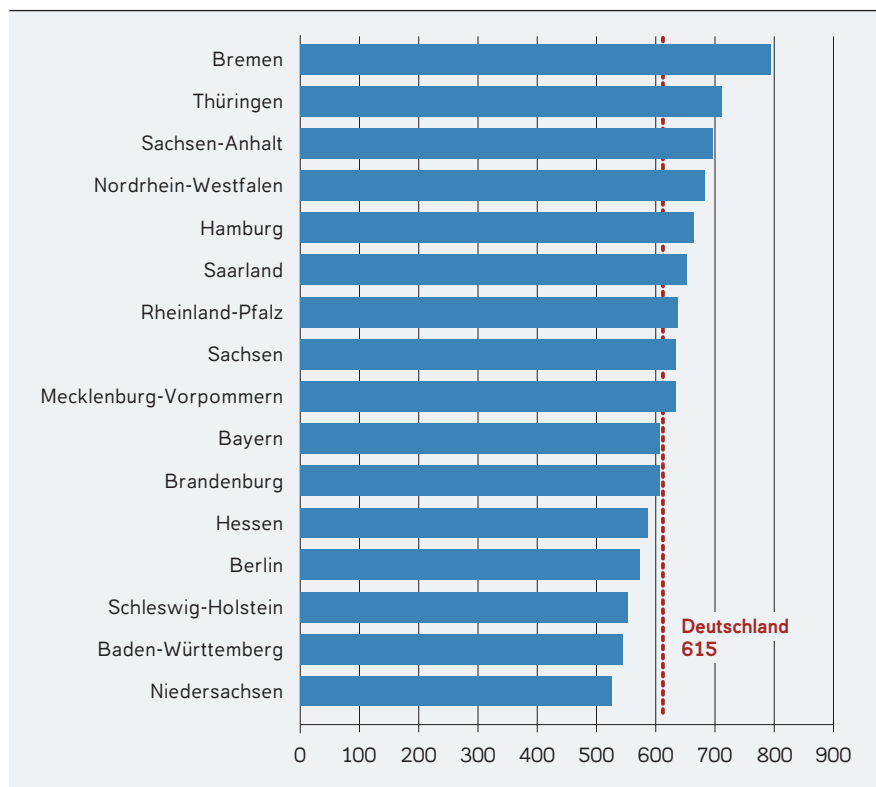
um 16 %. Um gut ein Viertel (26 %) verringerte sich die Zahl der Betten je 100 000 Einwohner.

Insgesamt zeigte sich bei der Krankenhausedichte ein deutliches West-Ost-Gefälle: Während im früheren Bundesgebiet (einschließlich Berlin) im Jahr 2009 durchschnittlich 2,6 Krankenhäuser für 100 000 Einwohner zur Verfügung

standen, waren es in den neuen Ländern lediglich 2,0 Krankenhäuser je 100 000 Einwohner.

Ein Krankenhaus in Deutschland verfügte im Jahr 2009 über durchschnittlich 242 Betten (1991: 276). Die höchste durchschnittliche Bettenzahl je Krankenhaus gab es in Thüringen mit 383 Betten, die niedrigste in Schleswig-Holstein mit 165 Betten.

Abb. 11: Betten je 100 000 Einwohner in Krankenhäusern 2009



Im Stadtstaat Bremen war auch das Angebot an Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner mit 794 am höchsten. Mit deutlichem Abstand folgte Thüringen mit 712 Betten je 100 000 Einwohner. Auf den Plätzen drei und vier lagen Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen mit 697 und 633 Betten für 100 000 Einwohner. Die geringste Bettendichte wies Niedersachsen mit 525 Betten je 100 000 Einwohner auf. → Abb. 11

Informationen zum Personal in Krankenhäusern werden zum einen als Beschäftigtenzahl (so genannte Kopfzahl) zum 31. Dezember eines Jahres, zum anderen in Form von Vollzeitäquivalenten erhoben. Die Beschäftigtenzahl berücksichtigt im Unterschied zum Vollzeitäquivalent keine unterschiedlichen Beschäftigungsmodelle, z. B. Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigung. Um dem Rechnung zu tragen, werden die Beschäftigten auf die volle tarifliche Arbeitszeit, das heißt in Vollkräfte, umgerechnet. i

Tab. 5: Ärztliches und nichtärztliches Personal der Krankenhäuser

| | Vollkräfte im Jahresdurchschnitt | | | Personalbelastungszahl je Vollkraft | | |
|--------------------------------|----------------------------------|----------------|---|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| | Ärztlicher Dienst | davon | | Ärztlicher Dienst | nach Betten ² | |
| | | zusammen | Nichtärztlicher Dienst ¹ darunter Pflegedienst | | zusammen | darunter Pflegedienst |
| 1991 | 95 208 | 780 608 | 326 072 | 29,3 | 3,6 | 8,6 |
| 1995 | 101 590 | 785 974 | 350 571 | 24,5 | 3,2 | 7,1 |
| 2000 | 108 696 | 725 889 | 332 269 | 21,0 | 3,2 | 6,9 |
| 2005 | 121 610 | 674 488 | 302 346 | 16,2 | 2,9 | 6,5 |
| 2008 | 128 117 | 669 437 | 300 417 | 15,2 | 2,9 | 6,5 |
| 2009 | 131 227 | 676 647 | 303 656 | 14,8 | 2,9 | 6,4 |
| Veränderung 1991–2009, in % | 37,8 | -13,3 | -6,9 | -49,5 | -19,5 | -25,2 |

davon 2009

| | | | | | | |
|------------------------|--------|---------|--------|------|-----|-----|
| Baden-Württemberg | 16 553 | 87 436 | 36 124 | 13,3 | 2,5 | 6,1 |
| Bayern | 20 139 | 105 266 | 45 819 | 14,4 | 2,8 | 6,3 |
| Berlin | 6 764 | 28 921 | 12 222 | 11,8 | 2,8 | 6,5 |
| Brandenburg | 3 456 | 17 044 | 8 805 | 17,7 | 3,6 | 6,9 |
| Bremen | 1 564 | 7 808 | 3 548 | 13,0 | 2,6 | 5,7 |
| Hamburg | 4 160 | 16 828 | 8 259 | 11,5 | 2,8 | 5,8 |
| Hessen | 8 599 | 46 644 | 21 481 | 15,9 | 2,9 | 6,4 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 2 961 | 14 596 | 6 573 | 14,1 | 2,9 | 6,3 |
| Niedersachsen | 11 011 | 59 616 | 26 222 | 15,4 | 2,8 | 6,5 |
| Nordrhein-Westfalen | 29 660 | 151 741 | 69 575 | 15,5 | 3,0 | 6,6 |
| Rheinland-Pfalz | 5 816 | 32 956 | 14 936 | 15,9 | 2,8 | 6,2 |
| Saarland | 1 855 | 10 848 | 4 863 | 15,2 | 2,6 | 5,8 |
| Sachsen | 6 641 | 33 626 | 16 122 | 15,9 | 3,1 | 6,6 |
| Sachsen-Anhalt | 3 841 | 21 740 | 10 195 | 16,4 | 2,9 | 6,2 |
| Schleswig-Holstein | 4 403 | 21 786 | 9 778 | 14,3 | 2,9 | 6,4 |
| Thüringen | 3 807 | 19 793 | 9 135 | 16,3 | 3,1 | 6,8 |

¹ Ohne Personal der Ausbildungsstätten und ohne Schüler/-innen und Auszubildende.

² Anzahl der durchschnittlich je Vollkraft pro Arbeitstag zu versorgenden belegten Betten.

Die Personalbelastungszahl wird jeweils für das ärztliche und das nichtärztliche Personal sowie innerhalb dieser Beschäftigtengruppe gesondert für den Pflegedienst der Krankenhäuser ermittelt. Dem Pflegedienst kommt im Bereich der Krankenhäuser eine besondere Bedeutung zu, da ihm alleine 45 % der Vollkräfte im nichtärztlichen Dienst zuzurechnen sind.

In allen genannten Beschäftigtengruppen ist die Personalbelastung nach Anzahl der pro Arbeitstag zu versorgenden belegten Betten zurückgegangen. Dies ist in erster Linie Folge des kontinuierlichen Rückgangs der Verweildauer (-43 %) seit 1991. Zugleich nahm aber auch die Zahl der Vollkräfte ab: im Pflegedienst um knapp

7 % und im nichtärztlichen Dienst insgesamt um gut 13 %. Folglich sank die Personalbelastung der Pflegevollkräfte 2009 gegenüber 1991 um 2,2 Betten (-25 %), die Belastung der Vollkräfte im nichtärztlichen Dienst insgesamt um 0,7 Betten (-20 %).

Die Personalbelastung im ärztlichen Dienst ist sogar um 14,5 belegte Betten (-50 %) zurückgegangen. Dieser Effekt ist auf die parallel zum Rückgang der Verweildauer verlaufende Zunahme der Vollkräfte im ärztlichen Dienst um 38 % zurückzuführen. → Tab. 5

Im Bundesdurchschnitt hatte eine Vollkraft im ärztlichen Dienst 2009 täglich 14,8 belegte Betten zu betreuen. Im Jahr

1991 waren es noch fast doppelt so viele (29,3). Die Rangliste nach Ländern führte Brandenburg mit einer Personalbelastung von 17,7 belegten Betten an. Auf den Plätzen zwei und drei rangierten Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 16,4 und 16,3 Betten. In den Stadtstaaten Hamburg und Berlin war die Personalbelastung des ärztlichen Personals mit 11,5 bzw. 11,8 täglich zu versorgenden belegten Betten am geringsten.

Eine Vollkraft im nichtärztlichen Dienst hatte 2009 im Bundesdurchschnitt täglich 2,9 Betten zu versorgen; 1991 waren es 3,6 Betten. Lediglich in Brandenburg lag die Personalbelastung einer nichtärztlichen Vollkraft noch auf dem Niveau von 1991 (3,6 Betten).

Eine Vollkraft im Pflegedienst war im Bundesdurchschnitt für 6,4 (1991: 8,6) belegte Betten zuständig. Die meisten Betten hatten Pflegevollkräfte in Brandenburg (6,9 Betten) und Thüringen (6,8 Betten) täglich zu versorgen. Die geringste Personalbelastung hatten Pflegekräfte in Bremen (5,7 Betten), gefolgt von Hamburg und dem Saarland mit jeweils 5,8 pro Tag zu betreuenden Betten.

Leistungen und Auslastung der Krankenhäuser

17,8 Mill. Patientinnen und Patienten wurden 2009 vollstationär im Krankenhaus behandelt, davon allein knapp ein Viertel (23 %) in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern. Die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage lag bei 142,4 Mill. Gegenüber 1991 ist die Fallzahl um 22 % gestiegen – zugleich ist die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage um 30 % zurückgegangen.

Aus der Division von Berechnungs- und Belegungstagen durch die Anzahl der Patientinnen und Patienten (Fälle) wird die durchschnittliche Verweildauer berechnet, die im Jahr 2009 im Bundesdurchschnitt bei 8 Tagen lag. Die Liegezeiten im Krankenhaus haben sich gegenüber 1991, als ein Aufenthalt noch durchschnittlich genau 14 Tage dauerte, drastisch verkürzt. Die längste durchschnittliche Verweildauer ergab sich im Jahr 2009 mit 8,3 Tagen in den Krankenhäusern Brandenburgs, die kürzeste mit 7,6

Tagen in den Krankenhäusern Bremens und Mecklenburg-Vorpommerns. Die Verweildauer im Krankenhaus wird wesentlich von der Diagnose der Krankenhauspatientinnen und -patienten und damit der Fachabteilung, in der sich diese aufhalten, beeinflusst. Während ein Krankenhausaufenthalt in der Fachabteilung »Augenheilkunde« im Durchschnitt 3,4 Tage dauerte, mussten Patientinnen und Patienten in der Fachabteilung »Herzchirurgie« mit 10,6 Tagen dreimal so lange im Krankenhaus bleiben. Die längste durchschnittliche Verweildauer in einer allgemeinen Fachabteilung betrug 16,2 Tage in der »Geriatric«. Der Aufenthalt in einer psychiatrischen Fachabteilung dauerte zwischen 23 Tagen in der »Psychiatrie und Psychotherapie« und 41 Tagen in der »Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie«.

Während der Anstieg der Zahl der Patientinnen und Patienten ein Indiz für die Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung mit entsprechend erhöhter Krankheitsanfälligkeit ist, lässt sich die Verkürzung der durchschnittlichen Verweildauer mit dem medizinischen Fortschritt einerseits und den Maßnahmen zur Kostendämpfung im Gesundheitsbereich andererseits erklären.

Im Jahr 2009 waren die Krankenhausbetten zu knapp 78 % (1991: 84 %) ausgelastet. In diesem Wert kommt das Verhältnis aus tatsächlicher Bettenbelegung

und maximaler Bettenbelegung zum Ausdruck. In den Bundesländern schwankte die Bettenauslastung zwischen 85 % im Saarland und 73 % in Rheinland-Pfalz. In allen psychiatrischen Fachabteilungen lag die Bettenauslastung über 92 % (maximal 93 % in der »Psychiatrie und Psychotherapie«). Im Bereich der allgemeinen Fachabteilungen hatte die »Geriatric« mit 90 % die höchste, die »Nuklearmedizin« mit 57 % die geringste Bettenauslastung.

Ausstattung von Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

2009 gab es in Deutschland 1 240 Einrichtungen für Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen mit 171 500 Betten. Von 1991 bis 1996 stieg die Zahl der Einrichtungen um 19%, die Zahl der Betten nahm bis 1998 um ein Drittel (32 %) des Ausgangswertes im Jahr 1991 zu. Seitdem ist sowohl die Zahl der Einrichtungen als auch der Betten rückläufig. Insgesamt ist die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen im Zeitraum 1991 bis 2009 um 5 % und die Zahl der darin aufgestellten Betten um 19 % gestiegen. Der Schwerpunkt der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen lag im Jahr 2009 mit 299 Einrichtungen und 31 600 Betten in Bayern. → Tab. 6

Für 100 000 Einwohner standen im Bundesdurchschnitt 1,5 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen und 209 Betten zur Verfügung. Die Einrichtungsichte ist

Tab. 6: Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen, Betten und Patientenbewegungen

| | Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | | | | | Patientenbewegungen | | | |
|-----------------------------|---|----------------------|-------------------------------|----------------------|-----------------------|---------------------|---------------|-------------------------|-----------------------------|
| | insgesamt | | aufgestellte Betten insgesamt | | durchschn. Bettenzahl | Fallzahl | Pflegetage | durchschn. Verweildauer | durchschn. Bettenauslastung |
| | Anzahl | je 100 000 Einwohner | Anzahl | je 100 000 Einwohner | je Haus | in 1000 | in 1000 | in Tagen | in % |
| 1991 | 1181 | 1,5 | 144 172 | 180 | 122 | 1473 | 45 729 | 31,0 | 86,9 |
| 1995 | 1373 | 1,7 | 181 633 | 222 | 132 | 1896 | 58 820 | 31,0 | 88,7 |
| 2000 | 1393 | 1,7 | 189 822 | 231 | 136 | 2 046 | 52 852 | 25,8 | 76,1 |
| 2005 | 1270 | 1,5 | 174 479 | 212 | 137 | 1814 | 46 774 | 25,8 | 73,4 |
| 2008 | 1239 | 1,5 | 171 060 | 208 | 138 | 2 010 | 50 886 | 25,3 | 81,3 |
| 2009 | 1 240 | 1,5 | 171 489 | 209 | 138 | 2 005 | 51 125 | 25,5 | 81,7 |
| Veränderung 1991-2009, in % | 5,0 | 2,6 | 18,9 | 16,2 | 13,3 | 36,1 | 11,8 | -17,9 | -6,0 |

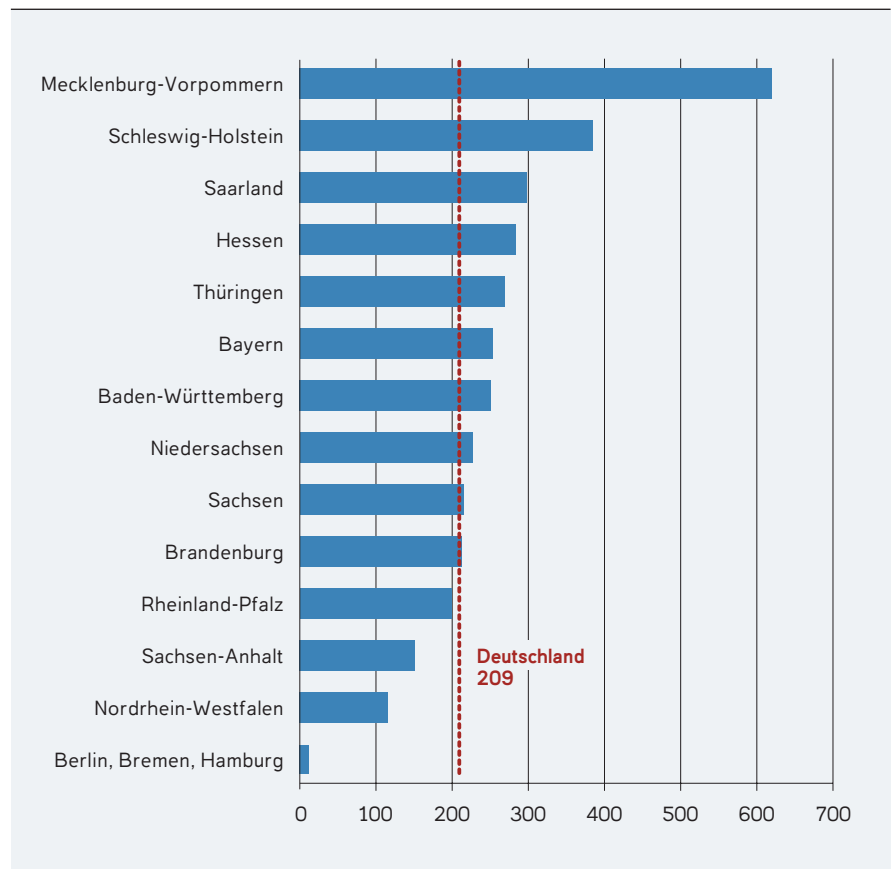
gegenüber 1991 unverändert geblieben, die Bettendichte um 29 Betten gestiegen. Im Ländervergleich lag Mecklenburg-Vorpommern mit 3,7 Einrichtungen je 100 000 Einwohner deutlich an der Spitze, gefolgt von Schleswig-Holstein und Bayern mit jeweils 2,4 Einrichtungen je 100 000 Einwohner. Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt waren die Flächenstaaten mit der niedrigsten Versorgungsquote von lediglich 0,8 Einrichtungen je 100 000 Einwohner.

Auch beim Bettenangebot belegten die Bundesländer Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein die vorderen Plätze, was sich aus dem dort traditionellen Kur- und Bäderwesen erklärt. Dabei war die Zahl der Betten bezogen auf 100 000 Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern mit 620 fast dreimal so hoch wie der Bundesdurchschnitt, in Schleswig-Holstein mit 385 Betten annähernd doppelt so hoch. Die Flächenstaaten Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen bildeten wie bereits bei der Zahl der Einrichtungen je 100 000 Einwohner die Schlusslichter mit 151 und 116 Betten zur Vorsorge oder Rehabilitation je 100 000 Einwohner. → **Abb. 12**

Im Bundesdurchschnitt verfügte eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung 2009 über 138 Betten (1991: 122). Die größten Einrichtungen gemessen an der Zahl der durchschnittlich aufgestellten Betten lagen in den neuen Bundesländern, angeführt von Sachsen-Anhalt mit durchschnittlich 188 und Sachsen mit 187 Betten je Einrichtung. Die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Bayern waren mit durchschnittlich 106 Betten die kleinsten Einrichtungen.

Die Personalbelastung bezogen auf die täglich zu versorgenden belegten Betten ist in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowohl für das ärztliche als auch für das nichtärztliche Personal deutlich höher als im Krankenhausbereich. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Versorgung der Patienten in Vorsorge-

Abb. 12: Betten je 100 000 Einwohner in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 2009



oder Rehabilitationseinrichtungen weniger zeit- und betreuungsintensiv ist als im Krankenhaus. → **Tab. 7**

Die Personalbelastung nach Betten ist für alle betrachteten Beschäftigtengruppen trotz einer Zunahme der Pflegetage (entspricht der Anzahl der belegten Betten) um 5,4 Mill. im Vergleich zu 1991 gesunken, weil die Zahl der Vollkräfte deutlich stärker gestiegen ist. Die Zahl der Vollkräfte im ärztlichen Dienst und im Pflegedienst hat gegenüber 1991 um 39 % bzw. 61 % zugenommen, die Zahl der Pflegetage um nur 12 %.

Eine ärztliche Vollkraft einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung hatte 2009 im Bundesdurchschnitt täglich 84,5 belegte Betten zu betreuen. 1991 waren es noch 105,2 Betten. Mecklenburg-Vorpommern lag im Ländervergleich an

der Spitze mit 113,7 Betten, gefolgt von Schleswig-Holstein mit 103,3 belegten Betten pro Tag. Die geringste Belastung ergab sich für das ärztliche Personal der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg mit 39,8 Betten.

Auf eine einzelne Vollkraft im nicht-ärztlichen Dienst von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entfielen durchschnittlich 8,3 täglich zu versorgende belegte Betten; im Jahr 1991 waren es 8,6 Betten. Nichtärztliche Vollkräfte in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern hatten täglich 10,4 bzw. 10,2 belegte Betten zu betreuen, in den Stadtstaaten waren es nicht einmal halb so viele Betten (4,6).

Eine Pflegevollkraft versorgte im Bundesdurchschnitt 33 Betten täglich. Die höchste Personalbelastung bestand 2009 in Schles-

Tab. 7: Ärztliches und nichtärztliches Personal der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

| Land | Vollkräfte im Jahresdurchschnitt | | | Personalbelastungszahl je Vollkraft | | |
|-----------------------------|----------------------------------|-------------------------------------|---------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-------------|
| | davon | | | nach Betten ² | | |
| | Ärztlicher Dienst | Nichtärztlicher Dienst ¹ | | Ärztlicher Dienst | Nichtärztlicher Dienst ¹ | |
| zusammen | | darunter Pflegedienst | zusammen | | darunter Pflegedienst | |
| 1991 | 5 926 | 72 148 | 13 103 | 105,2 | 8,6 | 47,6 |
| 1995 | 8 284 | 91 605 | 18 004 | 96,8 | 8,8 | 44,6 |
| 2000 | 8 299 | 89 547 | 21 010 | 86,8 | 8,0 | 34,3 |
| 2005 | 8 073 | 83 474 | 20 889 | 79,0 | 7,6 | 30,5 |
| 2008 | 8 242 | 83 611 | 21 175 | 84,2 | 8,3 | 32,8 |
| 2009 | 8 252 | 84 152 | 21 123 | 84,5 | 8,3 | 33,0 |
| Veränderung 1991–2009, in % | 39,3 | 16,6 | 61,2 | -19,7 | -4,1 | -30,7 |

davon 2009

| | | | | | | |
|---|------|--------|-------|-------|------|------|
| Baden-Württemberg | 1314 | 13 244 | 3 039 | 81,6 | 8,1 | 35,3 |
| Bayern | 1549 | 17 035 | 4 395 | 78,4 | 7,1 | 27,6 |
| Brandenburg | 315 | 3 009 | 761 | 77,3 | 8,1 | 32,1 |
| Hessen | 897 | 8 353 | 1 810 | 76,2 | 8,2 | 37,8 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 365 | 4 085 | 949 | 113,7 | 10,2 | 43,7 |
| Niedersachsen | 791 | 7 869 | 1 652 | 95,3 | 9,6 | 45,6 |
| Nordrhein-Westfalen | 1103 | 11 098 | 3 466 | 81,7 | 8,1 | 26,0 |
| Rheinland-Pfalz | 418 | 3 943 | 967 | 81,9 | 8,7 | 35,4 |
| Saarland | 158 | 1 366 | 350 | 74,4 | 8,6 | 33,5 |
| Sachsen | 421 | 4 934 | 1 447 | 84,6 | 7,2 | 24,6 |
| Sachsen-Anhalt | 162 | 1 650 | 444 | 96,5 | 9,4 | 35,1 |
| Schleswig-Holstein | 433 | 4 284 | 894 | 103,3 | 10,4 | 50,0 |
| Thüringen | 263 | 2 733 | 697 | 92,7 | 8,9 | 35,0 |
| Stadtstaaten zusammen: Berlin, Bremen, Hamburg | 63 | 550 | 253 | 39,8 | 4,6 | 9,9 |

¹ Ohne Personal der Ausbildungsstätten und ohne Schüler/-innen und Auszubildende.

² Anzahl der durchschnittlich je Vollkraft pro Arbeitstag zu versorgenden belegten Betten.

wig-Holstein mit 50 Betten pro Tag, gefolgt von Niedersachsen mit 45,6 und Mecklenburg-Vorpommern mit 43,7 belegten Betten. Auch hinsichtlich der Personalbelastung des Pflegepersonals bildeten die Stadtstaaten mit 9,9 Betten je Vollkraft das Schlusslicht im Ländervergleich.

Leistungen und Auslastung von Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Zahl der Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen lag 2009 bei 2 Mill. und damit um gut ein Drittel höher als 1991 (1,5 Mill. Patienten). Die meisten Rehabilitationspatientinnen und -patienten (366 000 Fälle bzw. 18 %) wurden 2009 in Bayern behandelt. Insgesamt verbrachten die Patientinnen und Patienten 51,1 Mill. Pfl egetage in den Einrichtungen, 5,4 Mill. Pfl egetage mehr als 1991.

Daraus ergibt sich eine rechnerische Verweildauer von 25,5 Tagen im Bundesdurchschnitt. Im Jahr 1991 lag diese noch bei 31 Tagen. Die längste Zeit mit durchschnittlich 30,9 Tagen verbrachten die Patientinnen und Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen der Stadtstaaten. Die kürzeste Verweildauer mit 23,5 Tagen ergab sich für Schleswig-Holstein. In der Fachabteilung »Allgemeinmedizin« dauerte der Aufenthalt in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung 20 Tage. Mehr als dreimal so lange (durchschnittlich 62,8 Tage) hielten sich Patientinnen und Patienten in der Fachabteilung »Psychiatrie und Psychotherapie« auf.

Die Betten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen waren 2009 zu 82 % (1991: 87 %) ausgelastet. Die höchste

Auslastung gab es in brandenburgischen Einrichtungen mit 92 %, die niedrigste in den Stadtstaaten mit 71 %. Nach Fachabteilungen waren die in der Fachabteilung »Psychiatrie und Psychotherapie« aufgestellten Betten zu 91 % ausgelastet, gefolgt von der »Psychotherapeutische(n) Medizin« mit 89 %. In der Fachabteilung »Allgemeinmedizin« waren die Betten zu 64 % ausgelastet.

9.1.7 Gesundheitspersonal

Für eine hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung ist qualifiziertes Fachpersonal unverzichtbar. Zudem wird im Gesundheitswesen eine große Zahl an Menschen beschäftigt, die nicht in der unmittelbaren Patientenversorgung, sondern beispielsweise als Verwaltungsfach-

leute, Reinigungskräfte oder Handwerkerinnen und Handwerker tätig sind. Daher hat das Gesundheitswesen eine große Bedeutung für den Arbeitsmarkt. Die Gesundheitspersonalrechnung ermittelte zum 31. Dezember 2009 rund 4,7 Mill. Beschäftigte im Gesundheitswesen. Dies entsprach 11 % aller Beschäftigten in Deutschland. Sämtliche Angaben zu den Beschäftigten beziehen sich auf Beschäftigungsfälle. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen des Gesundheitswesens werden unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit mehrfach gezählt. Bis auf ehrenamtlich Tätige und Beauftragte aus anderen Sektoren (z. B. von einer Reinigungsfirma beschäftigtes Reinigungspersonal in Krankenhäusern) berücksichtigt die Gesundheitspersonalrechnung alle im Gesundheitswesen tätigen Personen.

Gesundheitspersonal nach Berufen

Beim Gesundheitspersonal werden fünf Berufsgruppen unterschieden: Gesundheitsdienstberufe, soziale Berufe, Gesundheitshandwerker, sonstige Gesundheitsfachberufe und andere Berufe im Gesundheitswesen.

Zwischen 2004 und 2009 wuchs die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen kontinuierlich um insgesamt 345 000 oder 8 %. Ein Großteil des Zuwachses geht vor allem auf den Beschäftigungsanstieg in den Gesundheitsdienstberufen mit insgesamt 253 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zurück. Einen Gesundheitsdienstberuf üben diejenigen Beschäftigten aus, die in der unmittelbaren Patientenversorgung tätig sind. Dazu zählen beispielsweise Ärztinnen und Ärzte und Gesundheits- und Krankenpflegerinnen/-pfleger. Im Jahr 2009 arbeitete über die Hälfte des Gesundheitspersonals (2,7 Mill. Personen oder 57 %) in einem Gesundheitsdienstberuf. Mit knapp 30 % des Gesundheitspersonals bildeten die Beschäftigten in anderen Berufen die zweitgrößte Gruppe im Gesundheitswesen. Zu den anderen Berufen zählen alle Beschäftig-

ten, die nicht einer der übrigen vier Berufsgruppen zugeordnet werden können (z. B. Küchen- oder Reinigungspersonal in Krankenhäusern sowie Kurierdienste). Im Jahr 2009 übten rund 1,4 Mill. Personen einen anderen Beruf im Gesundheitswesen aus. Gegenüber 2004 war in dieser Berufsgruppe ein leichter Beschäftigungsrückgang von 9 000 Stellen (1 %) zu verzeichnen. Dies ist zum Teil auf das sogenannte »Outsourcing« zurückzuführen, bei dem Unternehmenseinheiten und Leistungsprozesse an externe Dienstleister ausgelagert werden. Einen sozialen Beruf übten im Jahr 2009 rund 414 000 Personen aus, das sind 9 % des Gesundheitspersonals. In dieser Berufsgruppe gab es zwischen den Jahren 2004 und 2009 einen starken Zuwachs von 96 000 Beschäftigten bzw. um 30 %. Dieser geht vor allem auf den steigenden Bedarf an Altenpflegekräften zurück, wobei zu berücksichtigen ist, dass nur ein Teil der Altenpflegerinnen und Altenpfleger in der Gesundheitspersonalrechnung erfasst wird. So fließt zwar das Altenpflegepersonal der Altenpflegeheime, nicht aber das der Altenwohnheime mit ein. Im Gesundheitshandwerk, hierzu zählen beispielsweise Augenoptikerinnen und Augenoptiker, und in sonstigen Gesundheitsfachberufen, z. B. pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte, waren im Jahr 2009 insgesamt 5 % des Gesundheitspersonals (240 000 Beschäftigte) tätig. Während die Zahl der Gesundheitshandwerkerinnen und Gesundheitshandwerker zwischen 2004 und 2009 leicht rückläufig war (-1 000 bzw. -1 %) gab es bei den sonstigen Gesundheitsfachberufen einen Zuwachs von 6 000 Arbeitsplätzen bzw. 6 %.

Besonders charakteristisch für das Gesundheitspersonal ist der hohe Frauenanteil. Im Jahr 2009 arbeiteten rund 3,5 Mill. Frauen im Gesundheitswesen. Ihr Beschäftigungsanteil lag bei 74 %. Der Frauenanteil variierte jedoch stark zwischen den einzelnen Berufsgruppen. Besonders hoch war er bei (zahn-)medizinischen Fachangestellten (99 %), phar-

mazeutisch-kaufmännischen Angestellten (97 %) und medizinisch-technischen Assistentinnen und Assistenten (92 %). Bei den Ärztinnen und Ärzten und den Zahnärztinnen und Zahnärzten war der Frauenanteil mit 42 % bzw. 41 % eher niedrig. Beschäftigungszuwächse gab es in den zurückliegenden Jahren in beiden Berufsgruppen allerdings fast ausschließlich bei den Frauen: Im Jahr 2009 gab es 19 000 Ärztinnen aber nur gut 400 Ärzte mehr als im Jahr 2004. Auch bei den Zahnärztinnen gab es zwischen den Jahren 2004 und 2009 einen Zuwachs von 3 000, hingegen ging die Zahl der Zahnärzte um knapp 500 zurück. Im Gesundheitshandwerk und in den anderen Berufen im Gesundheitswesen belief sich der Frauenanteil im Jahr 2009 auf 50 % bzw. 61 %. → Tab. 8

Die Zahl der auf die volle Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten im Gesundheitswesen, das so genannte Vollzeitäquivalent, lag im Jahr 2009 bei rund 3,6 Mill. und erhöhte sich gegenüber 2004 um 176 000 bzw. um 5 %. Hierdurch wird deutlich, dass sich im Gesundheitswesen zwischen 2004 und 2009 nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, sondern auch das Beschäftigungsvolumen erhöht hat.

In Berufsgruppen mit vielen Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten unterscheidet sich das Vollzeitäquivalent stark von der Zahl der Beschäftigten. Weiter gibt die Relation des Vollzeitäquivalents zu den Beschäftigten innerhalb einer Berufsgruppe an, ob ein hoher Anteil an Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten vorliegt: Im Jahr 2009 fiel diese Relation bei den Ärztinnen und Ärzten und den Zahnärztinnen und Zahnärzten mit 0,90 bzw. 0,94 und bei den Zahntechnikerinnen und Zahntechnikern mit 0,89 besonders hoch aus, da hier überwiegend Vollzeit gearbeitet wird. Vergleichsweise niedrig war die Relation des Vollzeitäquivalents zu den Beschäftigten im Jahr 2009 bei den pharmazeutisch-kaufmännischen Angestellten (0,70), den Gesundheits- und Krankenpflegerinnen/-pflegern einschließ-

Tab. 8: Gesundheitspersonal nach Berufen und Frauenanteil

| | 2004 | | | 2009 | | |
|--|--------------|--------------|--------------------------|--------------|--------------|--------------------------|
| | Beschäftigte | | Vollzeit- äquivalente | Beschäftigte | | Vollzeit- äquivalente |
| | insgesamt | Frauenanteil | | insgesamt | Frauenanteil | |
| | in 1000 | in % | in 1000 | in 1000 | in % | in 1000 |
| Gesundheitsdienstberufe | 2 442 | 79,9 | 1 883 | 2 696 | 79,9 | 2 033 |
| Ärzte | 306 | 38,7 | 279 | 326 | 42,2 | 292 |
| Zahnärzte | 65 | 37,9 | 62 | 67 | 40,7 | 63 |
| Apotheker | 56 | 63,8 | 43 | 59 | 67,6 | 46 |
| Arzthelfer/zahnmedizinische Fachangestellte | 620 | 99,3 | 458 | 633 | 99,1 | 463 |
| Gesundheits- und Krankenpfleger | 755 | 86,4 | 557 | 812 | 85,9 | 581 |
| Medizinisch-technische Assistenten | 93 | 92,3 | 73 | 97 | 92,0 | 75 |
| Physiotherapeuten, Masseure, med. Bademeister | 157 | 73,3 | 122 | 194 | 72,3 | 144 |
| Therapeutische Berufe | 76 | 82,5 | 58 | 109 | 86,5 | 79 |
| Soziale Berufe | 318 | 86,4 | 251 | 414 | 85,9 | 314 |
| Altenpfleger | 298 | 87,2 | 235 | 388 | 86,9 | 293 |
| Gesundheitshandwerker | 144 | 49,7 | 128 | 142 | 49,9 | 126 |
| Zahntechniker | 73 | 51,2 | 65 | 65 | 50,1 | 58 |
| Sonstige Gesundheitsfachberufe | 92 | 68,9 | 69 | 98 | 67,6 | 73 |
| Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte | 46 | 98,1 | 31 | 46 | 97,4 | 32 |
| Andere Berufe im Gesundheitswesen | 1 394 | 60,4 | 1 087 | 1 385 | 60,6 | 1 049 |
| Berufe insgesamt | 4 390 | 73,0 | 3 419 | 4 735 | 73,6 | 3 595 |

lich Hebammen und Entbindungspflegern (0,72) und den anderen Berufen im Gesundheitswesen (0,76).

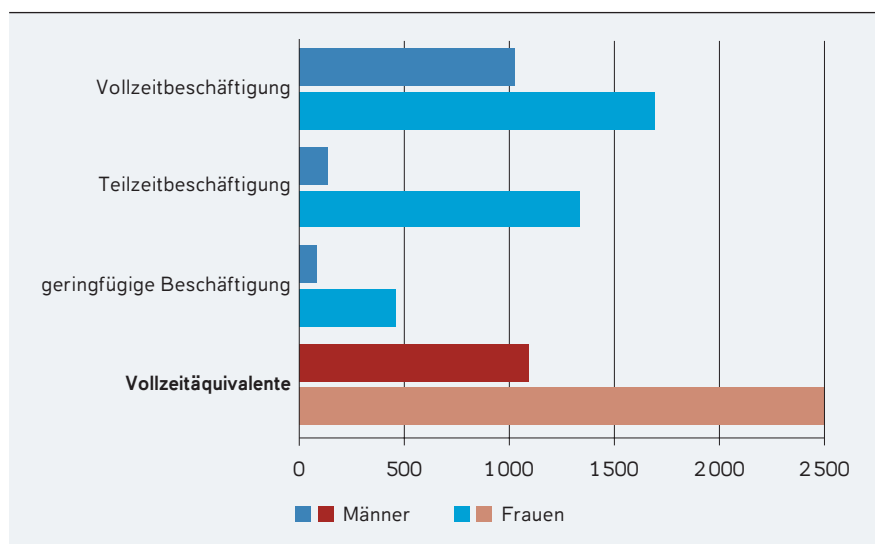
Insgesamt gingen im Jahr 2009 rund 57 % des Gesundheitspersonals einer Vollzeitbeschäftigung, 31 % einer Teilzeitbeschäftigung und 11 % einer geringfügigen Beschäftigung nach. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten zwischen den Jahren 2004 und 2009 fast konstant blieb, hat die Teilzeitbeschäftigung um 273 000 oder 23 % und die geringfügige Beschäftigung um 72 000 oder 15 % zugenommen.

Auch bei der Beschäftigungsart zeigten sich im Jahr 2009 innerhalb des Gesundheitswesens deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Mit einem Anteil von 82 % waren Männer wesentlich häufiger vollzeitbeschäftigt als Frauen (49 %). Dagegen übten lediglich 11 % der Männer, jedoch 38 % der Frauen eine Teilzeit-

tätigkeit aus. Zudem gingen Frauen mit 13 % fast doppelt so häufig einer geringfügigen Beschäftigung nach als Männer (7 %). Die Relation des Vollzeitäquiva-

lents zu den Beschäftigungsverhältnissen fiel daher im Jahr 2009 bei den Männern mit 0,88 deutlich höher aus als bei den Frauen (0,72). → **Abb. 13**

Abb. 13: Gesundheitspersonal nach Art der Beschäftigung und Geschlecht 2009, in 1000



Tab. 9: Gesundheitspersonal nach Einrichtungen und Teilzeitanteil

| | 2004 | | | 2009 | | |
|--|--------------|-------------------|--------------------------|--------------|-------------------|--------------------------|
| | Beschäftigte | | Vollzeit- äquivalente | Beschäftigte | | Vollzeit- äquivalente |
| | insgesamt | darunter Teilzeit | | insgesamt | darunter Teilzeit | |
| | in 1 000 | in % | in 1 000 | in 1 000 | in % | in 1 000 |
| Gesundheitsschutz | 40 | 23,4 | 33 | 40 | 27,0 | 33 |
| Ambulante Einrichtungen | 1 887 | 27,1 | 1 465 | 2 072 | 30,1 | 1 576 |
| Arztpraxen | 676 | 25,4 | 529 | 687 | 28,1 | 530 |
| Zahnarztpraxen | 344 | 24,4 | 271 | 347 | 26,9 | 270 |
| Apotheken | 166 | 28,8 | 126 | 176 | 29,6 | 134 |
| Ambulante Pflege | 204 | 47,3 | 137 | 269 | 48,2 | 177 |
| Stationäre/teilstationäre Einrichtungen | 1 763 | 31,2 | 1 334 | 1 892 | 36,2 | 1 390 |
| Krankenhäuser | 1 080 | 26,6 | 806 | 1 105 | 29,6 | 808 |
| Vorsorge- /Rehabilita- tionseinrichtungen | 160 | 24,8 | 131 | 167 | 29,5 | 130 |
| Stationäre/teil- stationäre Pflege | 523 | 42,8 | 398 | 621 | 49,7 | 452 |
| Rettungsdienste | 46 | 16,6 | 39 | 52 | 20,1 | 42 |
| Verwaltung | 211 | 17,3 | 178 | 198 | 19,3 | 162 |
| Sonstige Einrichtungen | 141 | 22,7 | 113 | 173 | 26,5 | 135 |
| Vorleistungsindustrien | 302 | 17,2 | 256 | 309 | 18,6 | 256 |
| Einrichtungen insgesamt | 4 390 | 27,3 | 3 419 | 4 735 | 31,1 | 3 595 |

Gesundheitspersonal nach Einrichtungen

In der Gesundheitspersonalrechnung werden sieben Einrichtungen unterschieden: Gesundheitsschutz, ambulante Einrichtungen, stationäre- und teilstationäre Gesundheitsversorgung, Rettungsdienste, Verwaltung, sonstige Einrichtungen (u. a. Ausbildungsstätten und Forschungseinrichtungen) und die Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens.

Der weitaus größte Teil des Gesundheitspersonals (84 %) arbeitete in ambulanten sowie stationären und teilstationären Einrichtungen. 2009 waren in der ambulanten rund 2,1 Mill. und in der (teil-)stationären Gesundheitsversorgung rund 1,9 Mill. Personen beschäftigt.

Zwischen 2004 und 2009 wuchs die Zahl der Beschäftigten in ambulanten Einrichtungen stärker (185 000 oder 10 %) als in der stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung (129 000 oder 7 %). Dies ist vor allem auf den Personalanstieg in den Praxen sonstiger medizinischer Berufe (80 000 oder 29 %) und in der ambulanten Pflege (65 000

oder 32 %) zurückzuführen. Beschäftigungszuwächse vollzogen sich in allen ambulanten Einrichtungen bis auf das Gesundheitshandwerk und den Einzelhandel, 2009 waren hier 8 000 Personen bzw. 5 % weniger beschäftigt als 2004.

In der stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung stieg das Personal zwischen 2004 und 2009 in allen Einrichtungen. Auch hier gab es einen starken Zuwachs in den Pflegeeinrichtungen (98 000 oder 19 %). In Krankenhäusern waren im Jahr 2009 insgesamt 25 000 Personen oder 2 % mehr beschäftigt als 2004. Allerdings entwickelte sich in Krankenhäusern im betrachteten Zeitraum das Vollzeitäquivalent recht unterschiedlich in den einzelnen Berufsgruppen: Während es sich bei den Ärztinnen und Ärzten zwischen 2004 und 2009 um 14 000 oder 12 % erhöhte, ging es bei den Beschäftigten in Pflegeberufen um 2 000 oder 0,4 % zurück. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die von externen Unternehmen in Krankenhäusern eingesetzten Pflegekräfte nicht berücksichtigt wurden.

In den Vorleistungsindustrien des Gesundheitswesens arbeiteten im Jahr 2009 rund 309 000 Beschäftigte (7 %), in der Verwaltung 198 000 (4 %), in Rettungsdiensten 52 000 (1 %) und in sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens 173 000 (4 %). Nur das Verwaltungspersonal war zwischen den Jahren 2004 und 2009 mit 13 000 Beschäftigten oder 6 % rückläufig. → Tab. 9

9.1.8 Ausgaben für Gesundheit

Seit 1992 wird in der Gesundheitsausgabenrechnung des Statistischen Bundesamtes jährlich der gesamte volkswirtschaftliche Ressourcenverbrauch ermittelt, der im Laufe eines Jahres für den Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit der Bevölkerung aufgewendet wurde. Die Gesundheitsausgabenrechnung ist ein Rechensystem, in dem die Käufe für Güter und Dienstleistungen im Gesundheitswesen den Ausgabenträgern, den Leistungen und den diese Leistungen erbringenden Einrichtungen zugeordnet werden.

Im Jahr 2008 beliefen sich die gesamten Ausgaben für Gesundheit auf insgesamt 263,2 Mrd. Euro. Davon entfielen 254,3 Mrd. Euro auf laufende Gesundheitsausgaben und 8,9 Mrd. Euro wurden in Gebäude und Ausrüstungsgüter des Gesundheitswesens investiert. Zwischen den Jahren 2000 und 2008 sind die Gesundheitsausgaben damit nominal (in jeweiligen Preisen) von 212,1 Mrd. Euro um insgesamt 51,1 Mrd. Euro bzw. 24,1 % angestiegen. → **Abb. 14**

Um diese Entwicklung richtig einschätzen zu können, benötigt man Informationen, wie sich andere ökonomisch bedeutsame Größen verhalten haben. So hat sich beispielsweise der allgemeine Verbraucherpreisindex in diesem Zeitraum um 15,0 % erhöht, das Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) ist um 20,3 % gewachsen. Im Ergebnis ist daher der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt im betrachteten Zeitraum von 10,3 % auf 10,5 % gestiegen und spiegelt damit die wachsende Bedeutung des Gesundheitswesens für die Volkswirtschaft wider.

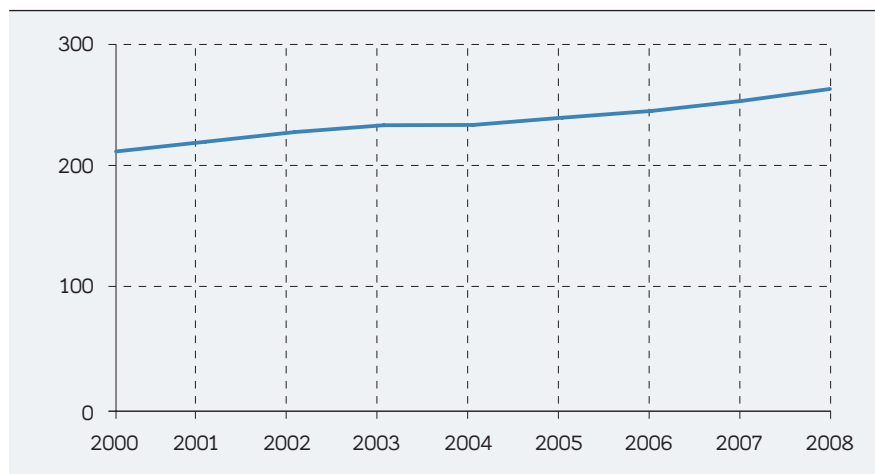
Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern

Die Analyse der Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern zeigt, welche Institutionen die Käufe von Gütern und Dienstleistungen im Gesundheitswesen finanzieren. Eine besondere Bedeutung kommt dabei in Deutschland den Sozialversicherungen zu.

Die gesetzliche Krankenversicherung trug im Jahr 2008 58 % der Gesundheitsausgaben, das entspricht 151,5 Mrd. Euro. Der zweitgrößte Ausgabenträger waren die privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Sie wendeten 35,3 Mrd. Euro auf und hatten einen Anteil von 13 % an den gesamten Gesundheitsausgaben.

Mit 24,9 Mrd. Euro bzw. 9 % folgte die private Krankenversicherung an dritter Stelle vor der sozialen Pflegeversicherung

Abb. 14: Entwicklung der Gesundheitsausgaben, in Mrd. EUR



mit Ausgaben in Höhe von 19,2 Mrd. Euro (7 %). → **Tab. 10**

Die Ausgaben der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck haben sich im Zeitraum 2000 bis 2008 um 10,9 Mrd. Euro erhöht. Das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 4,7 %. Diese Steigerungsrate lag deutlich über der Wachstumsrate der gesamten Gesundheitsausgaben, die im Durchschnitt jährlich 2,7 % betrug. Ebenfalls überdurchschnittlich gesteigert haben sich die Gesundheitsausgaben der privaten Krankenversicherung um 7,3 Mrd. Euro oder 4,4 % jährlich und die Ausgaben der Arbeitgeber, unter die vor allem die Beihilfeleistungen und der betriebliche Gesundheitsdienst fallen. Diese Ausgaben wuchsen von 2000 bis 2008 um 2,5 Mrd.

Euro bzw. 3,2 % jährlich auf 11,2 Mrd. Euro. Für die gesetzliche Krankenversicherung ergab sich ein Anstieg von 27,6 Mrd. Euro (bzw. 2,5 % jährlich). Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung stiegen im vergleichbaren Zeitraum mit durchschnittlich 1,7 % pro Jahr nur moderat und betragen zuletzt 19,2 Mrd. Euro.

Der überdurchschnittliche Anstieg der Ausgaben der privaten Haushalte spiegelt die vom Gesetzgeber gewünschte Stärkung der Eigenverantwortung der Patientinnen und Patienten wider, indem der Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung begrenzt und die Zuzahlungen der privaten Haushalte zu den erbrachten Leistungen erhöht wurden. Sie ist der aus der wachsenden Einnahmen-Ausgaben-Problematik der

Tab. 10: Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern 2008

| | Mill. EUR | in % |
|--|----------------|--------------|
| Öffentliche Haushalte | 13 044 | 5,0 |
| Gesetzliche Krankenversicherung | 151 465 | 57,5 |
| Soziale Pflegeversicherung | 19 161 | 7,3 |
| Gesetzliche Rentenversicherung | 3 862 | 1,5 |
| Gesetzliche Unfallversicherung | 4 274 | 1,6 |
| Private Krankenversicherung | 24 896 | 9,5 |
| Arbeitgeber | 11 175 | 4,2 |
| Private Haushalte/private Organisationen ohne Erwerbszweck | 35 338 | 13,4 |
| Insgesamt | 263 216 | 100,0 |

Tab. 11: Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten 2008

| | Mill. EUR | in % |
|--|----------------|--------------|
| Prävention/Gesundheitsschutz | 10 663 | 4,1 |
| Ärztliche Leistungen | 71 538 | 27,2 |
| Pflegerische/therapeutische Leistungen | 61 947 | 23,5 |
| Unterkunft/Verpflegung | 19 108 | 7,3 |
| Waren | 73 005 | 27,7 |
| Arzneimittel | 43 233 | 16,4 |
| Hilfsmittel | 12 771 | 4,9 |
| Zahnersatz (Material- und Laborkosten) | 6 010 | 2,3 |
| Sonstiger medizinischer Bedarf | 10 991 | 4,2 |
| Transporte | 4 510 | 1,7 |
| Verwaltungsleistungen | 13 509 | 5,1 |
| Investitionen | 8 937 | 3,4 |
| Insgesamt | 263 216 | 100,0 |

gesetzlichen Krankenversicherung resultierenden »Kostendämpfungspolitik« geschuldet. Andererseits haben auch das geänderte Inanspruchnahmeverhalten von Gesundheitsgütern und -dienstleistungen als Folge eines erhöhten Gesundheitsbewusstseins der Patientinnen und Patienten das Gewicht der Ausgaben der privaten Haushalte erhöht.

Gesundheitsausgaben nach Leistungsarten

Die Struktur der erbrachten Güter und Dienstleistungen des Gesundheitswesens kann mithilfe der Leistungsarten analysiert werden. Die Ausgaben für »Waren« lagen im Jahr 2008 mit 73,0 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 28 % der Gesundheitsausgaben vor allen anderen Leistungsarten. Unter dem Begriff Waren versteht man die Ausgaben für Arzneimittel (inklusive Verbandmittel), Hilfsmittel, die Material- und Laborkosten bei der Versorgung mit Zahnersatz sowie den sonstigen medizinischen Bedarf. Knapp hinter den Waren lagen ärztliche Leistungen mit 71,5 Mrd. Euro bzw. 27 %. Die therapeutischen und pflegerischen Leistungen nahmen den dritten Rang ein (61,9 Mrd. Euro bzw. 24 %). Danach folgten Ausgaben für Unterkunft/Verpflegung (19,1 Mrd. Euro bzw. 7 %) sowie die Verwaltungsleistungen (13,5 Mrd. Euro bzw. 5 %).

➔ Tab. 11

Gesundheitsausgaben nach Einrichtungen

Die Ausgaben fallen innerhalb des Gesundheitswesens in verschiedenen Einrichtungen an – z. B. in Arztpraxen, in Krankenhäusern, aber auch in Apotheken oder im (teil-) stationären Pflegebereich. Kurz: Überall dort, wo Patienten versorgt oder Leistungen für ihre Gesundheit erbracht werden. Die Leistungsschwerpunkte liegen dabei ganz eindeutig auf den Einrichtungen der ambulanten und (teil-) stationären Gesundheitsversorgung: Insgesamt 130,9 Mrd. Euro betragen die Ausgaben für Gesundheitsleistungen der ambulanten Einrichtungen

im Jahr 2008, was einem Anteil von 50 % an den gesamten Gesundheitsausgaben entspricht. Zu den bedeutsamsten ambulanten Einrichtungen gehörten dabei die Arztpraxen (40,2 Mrd. Euro) und Apotheken (38,5 Mrd. Euro).

Für Güter und Dienstleistungen des Gesundheitshandwerks und des Einzelhandels wurden 17,0 Mrd. Euro aufgewendet. Dahinter lagen die Zahnarztpraxen (16,8 Mrd. Euro) sowie die Praxen sonstiger medizinischer Berufe, z. B. Praxen von Physiotherapeuten, in denen 8,1 Mrd. Euro ausgegeben wurden. 94,6 Mrd. Euro bzw. 36 % wurden für die (teil-)stationären Einrichtungen, zu denen Krankenhäuser (66,7 Mrd. Euro) und (teil-)stationäre Pflegeheime (19,9 Mrd. Euro) zählen, benötigt. ➔ Tab. 12

Die Einrichtung »Verwaltung«, bei der hauptsächlich die Verwaltungsausgaben der Ausgabenträger nachgewiesen werden, erbrachte 2008 Leistungen in Höhe von 15,1 Mrd. Euro (6 %). Weitere 7,8 Mrd. Euro (3 %) fielen für Leistungen der sonstigen Einrichtungen und privaten Haushalte an. Hier sind insbesondere die Pflege von Angehörigen und das damit verbundene Pflegegeld, Taxifahrten für Krankentransporte oder der betriebliche Gesundheitsdienst enthalten.

Tab. 12: Gesundheitsausgaben nach Einrichtungen 2008

| | Mill. EUR | in % |
|--|----------------|--------------|
| Gesundheitsschutz | 1 899 | 0,7 |
| Ambulante Einrichtungen | 130 890 | 49,7 |
| Arztpraxen | 40 206 | 15,3 |
| Zahnarztpraxen | 16 787 | 6,4 |
| Praxen sonstiger medizin. Berufe | 8 082 | 3,1 |
| Apotheken | 38 517 | 14,6 |
| Gesundheitshandwerk/-einzelhandel | 17 002 | 6,5 |
| Stationäre/teilstationäre Einrichtungen | 94 610 | 35,9 |
| Krankenhäuser | 66 721 | 25,3 |
| Stationäre/teilstationäre Pflege | 19 872 | 7,5 |
| Rettungsdienste | 2 837 | 1,1 |
| Verwaltung | 15 101 | 5,7 |
| Sonstige Einrichtungen und private Haushalte | 7 796 | 3,0 |
| Ausland | 1 147 | 0,4 |
| Investitionen | 8 937 | 3,4 |
| Insgesamt | 263 216 | 100,0 |

Gesundheitsausgaben im internationalen Vergleich

Grundlage für den internationalen Vergleich der Gesundheitsausgaben sind die Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die Definition der Gesundheitsausgaben in Deutschland ist dabei auf die von der OECD entwickelte Begriffsdefinition abgestimmt. Internationale Vergleiche zu den Gesundheitsausgaben werden mit den Kennziffern »Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP)« und »Gesundheitsausgaben je Einwohner in US-Dollar Kaufkraftparitäten« durchgeführt.

Deutschland befindet sich beim internationalen Vergleich des Anteils der Gesundheitsausgaben am BIP der OECD-Staaten unter den ersten fünf. Wie bereits in den vergangenen Jahren lagen 2008 die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 16,0 % auf Platz eins. Es folgten Frankreich mit 11,2 % und die Schweiz mit 10,7 %. In Deutschland wurden 10,5 % des BIP für Gesundheitsleistungen aufgewendet, ebenso viel wie in Österreich. → **Abb. 15**

Bei Analysen von Zeitreihen muss beachtet werden, dass nicht nur ein Anstieg oder Rückgang der Gesundheitsausgaben Einfluss auf die Kennziffer hat, sondern auch die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes ein Absinken oder Ansteigen des Indikators bewirken kann. Weder kann ein hoher Wert dieses Indikators als per se gut noch ein niedriger Wert als per se schlecht interpretiert werden. Zur Wertung der »Performance« eines Gesundheitssystems müssen noch viele andere Faktoren wie Qualität der Versorgung und Effizienz des Systems berücksichtigt werden.

Vergleicht man die Gesundheitsausgaben der OECD-Staaten in US-Dollar Kaufkraftparitäten je Einwohner, befindet sich Deutschland mit 3 750 US-Dollar pro Kopf im Jahr 2008 im Mittelfeld. Auch bei diesem Vergleich wendeten die Vereinigten Staaten mit rund 7 540 US-Dollar pro Kopf am meisten für Gesundheitsleistungen auf. Die folgenden Staaten Norwegen (5 000 US-Dollar), die Schweiz (4 630 US-Dollar) und Luxemburg (4 240 US-Dollar) gaben schon erheblich weniger aus.

Der Anstieg der Gesundheitsausgaben in den vergangenen Jahren ist kein deutsches Phänomen und lässt sich in allen westlichen Industrienationen beobachten. Auffallend dabei ist, dass im Vergleich mit anderen OECD-Staaten Deutschland bei beiden Kennziffern nur ein sehr geringes Wachstum zu verbuchen hatte. Von einer »Kostenexplosion« im deutschen Gesundheitswesen – wie vielfach in den Medien heraufbeschworen – kann vor diesem Hintergrund nicht gesprochen werden.

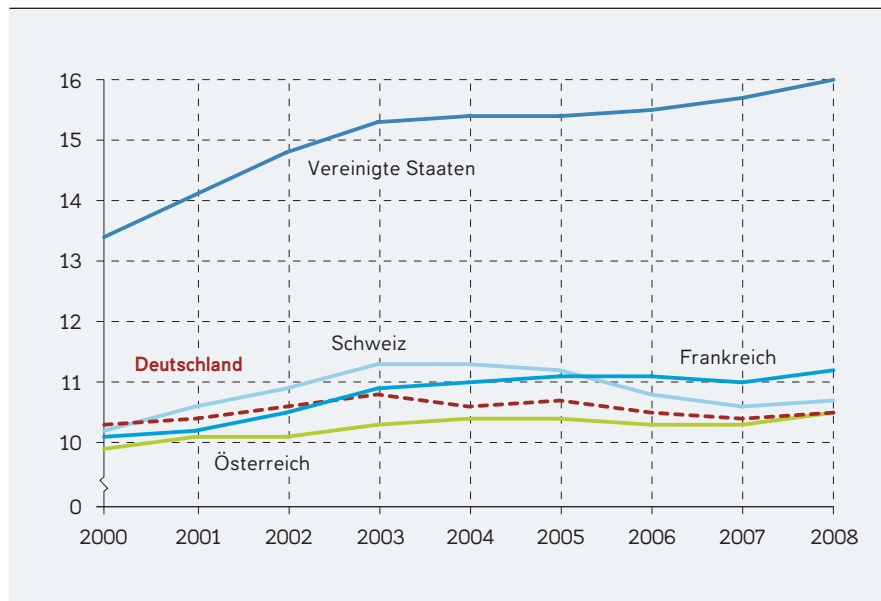
9.1.9 Krankheitskosten und krankheitsbedingter Arbeitsausfall

Krankheiten beeinträchtigen nicht nur das körperliche und seelische Wohlbefinden der Betroffenen, Krankheiten belasten auch die Volkswirtschaft: 254,3 Mrd. Euro – diese Summe wurde in Deutschland im Jahr 2008 laut Krankheitskostenrechnung für den Erhalt der Gesundheit und die Linderung von Krankheiten ausgegeben. Pro Kopf waren das rund 3 100 Euro. Hinzu kommen noch krankheits- und unfallbedingte Ausfallzeiten am Arbeitsplatz: Der Wirtschaft entstand im Jahr 2008 dadurch ein zusätzlicher Schaden von knapp 4,3 Mill. verlorenen Erwerbstätigkeitsjahren. **i**

Krankheitskosten und verlorene Erwerbstätigkeitsjahre nach Diagnosen

Ein Ranking für das Jahr 2008 zeigt, welchen Krankheiten aus ökonomischer Sicht ein besonders hoher Stellenwert zukommt. Nur vier Krankheitsarten waren für etwa die Hälfte der Krankheitskosten verantwortlich: Mit 15 % verursachten Herz-Kreislauferkrankungen die höchsten Kosten, dahinter folgten die Krankheiten des Verdauungssystems (14 %), psychische und Verhaltensstörungen und Muskel-Skelett-Erkrankungen (jeweils 11 %). Etwas anders sieht das Bild auf dem Arbeitsmarkt aus, hier war die Hälfte der verlorenen Erwerbstätigkeitsjahre auf drei Diagnosegrup-

Abb. 15: Anteil der Gesundheitsausgaben am BIP, in %



BIP=Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: OECD, Gesundheitsdaten 2010.

Krankheitskosten und verlorene Erwerbstätigkeitsjahre



Während sich die Gesundheitsausgabenrechnung auf die Leistungserbringung im Gesundheitswesen konzentriert, richtet die Krankheitskostenrechnung den Blick auf die andere Seite: die Inanspruchnahme des Gesundheitswesens durch die Bevölkerung. Hier werden die Kosten nach Krankheitsarten, Geschlecht, Alter und Einrichtungen aufgeschlüsselt. Aufgrund der schwierigen Zuordnungsproblematik bleiben dabei die Investitionen im Gesundheitswesen ausgeklammert mit der Folge, dass die Ergebnisse der Krankheitskostenrechnung entsprechend unter denen der Gesundheitsausgabenrechnung liegen (vgl. Abschnitt. 9.1.8). Ergänzend zu den Krankheitskosten schätzt das Statistische Bundesamt den krankheitsbedingten Ressourcenverlust am Arbeitsmarkt in Form von verlorenen Erwerbstätigkeitsjahren. Krankheitskosten und verlorene Erwerbstätigkeitsjahre werden seit 2002 alle zwei Jahre berechnet.

pen zurückzuführen: Dazu gehörten Verletzungen und Vergiftungen (20 %), psychische und Verhaltensstörungen (18 %) und Neubildungen (12 %).

→ Tab. 13

Während die Krankheitskosten seit 2002 um 16,2 % angestiegen sind (+ 35,5 Mrd. Euro), ging der Verlust am Arbeitsmarkt im gleichen Zeitraum um 5,8 % zurück (– 264 000 verlorene Erwerbstätigkeitsjahre). Trotz dieser gegenläufigen Ten-

denz fällt ein gemeinsamer Trend auf: Psychische Erkrankungen sind immer stärker in den Vordergrund getreten. Von 2002 bis 2008 war hier das Plus mit 5,3 Mrd. Euro (+ 22,9 %) und 144 000 verlorenen Erwerbstätigkeitsjahren (+ 23,2 %) höher als bei allen anderen Krankheitsarten. Die steigende Bedeutung psychischer Erkrankungen spiegelt sich auch im Ranking nach Diagnosearten wider: Von 2002 bis 2008 rückten sie bei den Krankheitskosten

vom vierten auf den dritten und bei den verlorenen Erwerbstätigkeitsjahren vom dritten auf den zweiten Rang auf. Damit kommt ihnen inzwischen ein höherer Stellenwert zu als den Muskel-Skelett-Erkrankungen.

Krankheitskosten und verlorene Erwerbstätigkeitsjahre nach Geschlecht

Obwohl sich die Bevölkerung im Jahr 2008 fast paritätisch auf die Geschlechter aufteilte, traten im Gesundheitswesen bemerkenswerte Geschlechterunterschiede zutage: Während die Krankheitskosten der Frauen die der Männer überschritten, war es bei den verlorenen Erwerbstätigkeitsjahren umgekehrt.

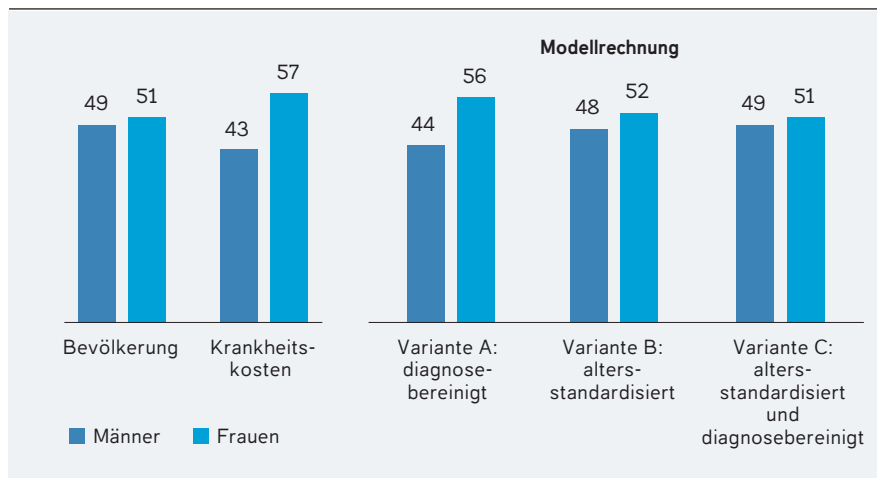
Mit 144 Mrd. Euro lagen die Krankheitskosten der Frauen im Jahr 2008 rund 33,7 Mrd. Euro über denen der Männer – damit lag der Frauenanteil an der Gesamtsumme bei 57 %. Nur ein relativ geringer Teil der Geschlechterdifferenz geht dabei auf Leistungen rund um Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett oder Pro-

Tab. 13: Krankheitskosten und verlorene Erwerbstätigkeitsjahre 2008

| | Krankheitskosten | | | Verlorene Erwerbstätigkeitsjahre | | |
|---|------------------|------------|----------|----------------------------------|------------|----------|
| | Mrd. EUR | in % | Rang | in 1 000 | in % | Rang |
| Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten | 4,5 | 1,8 | 14 | 99 | 2,3 | 10 |
| Neubildungen (Krebs) | 18,1 | 7,1 | 5 | 526 | 12,4 | 3 |
| Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe | 1,3 | 0,5 | 19 | 10 | 0,2 | 20 |
| Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten | 13,7 | 5,4 | 6 | 74 | 1,7 | 11 |
| Psychische und Verhaltensstörungen | 28,7 | 11,3 | 3 | 763 | 18,0 | 2 |
| Krankheiten des Nervensystems | 12,5 | 4,9 | 10 | 172 | 4,0 | 9 |
| Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde | 6,8 | 2,7 | 13 | 24 | 0,6 | 16 |
| Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes | 2,6 | 1,0 | 17 | 19 | 0,5 | 18 |
| Krankheiten des Kreislaufsystems | 37,0 | 14,5 | 1 | 382 | 9,0 | 5 |
| Krankheiten des Atmungssystems | 13,2 | 5,2 | 7 | 271 | 6,4 | 6 |
| Krankheiten des Verdauungssystems | 34,8 | 13,7 | 2 | 189 | 4,5 | 8 |
| Krankheiten der Haut und der Unterhaut | 4,0 | 1,6 | 15 | 25 | 0,6 | 15 |
| Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems | 28,5 | 11,2 | 4 | 506 | 11,9 | 4 |
| Krankheiten des Urogenitalsystems | 9,0 | 3,5 | 11 | 51 | 1,2 | 12 |
| Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett | 3,0 | 1,2 | 16 | 12 | 0,3 | 19 |
| Zustände, mit Ursprung in der Perinatalperiode | 1,1 | 0,4 | 20 | 37 | 0,9 | 14 |
| Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten | 1,7 | 0,7 | 18 | 40 | 0,9 | 13 |
| Symptome und klinische abnorme Befunde | 13,1 | 5,2 | 8 | 191 | 4,5 | 7 |
| Verletzungen und Vergiftungen | 12,6 | 4,9 | 9 | 834 | 19,6 | 1 |
| Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen | 8,1 | 3,2 | 12 | 24 | 0,6 | 17 |
| Insgesamt | 254,3 | 100 | - | 4 251 | 100 | - |

Krankheiten gemäß Internationaler Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD-10).

Abb. 16: Modellrechnung: Krankheitskosten nach Geschlecht 2008, Anteile in %

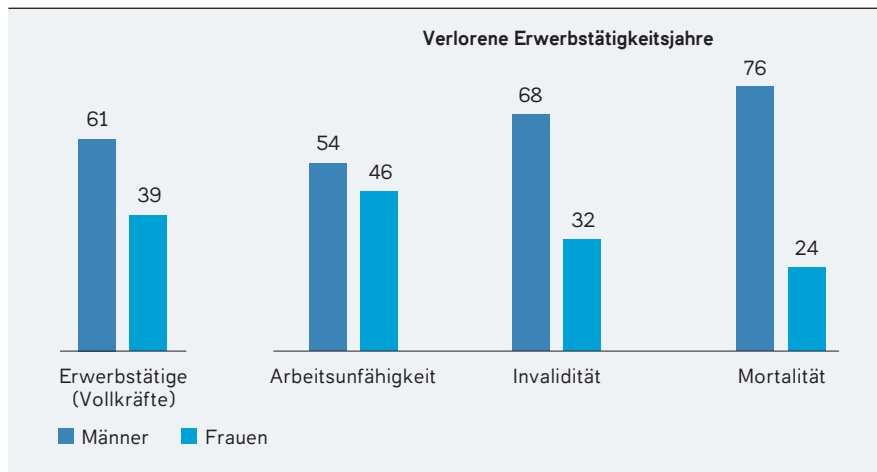


bleme mit der Reproduktion zurück. Um diese Diagnosen bereinigt, liegt der Frauenanteil immer noch bei 56 % (Variante A). Eine Schlüsselrolle spielt in diesem Zusammenhang der deutlich höhere Frauenanteil in der älteren Bevölkerung. Da die Pro-Kopf-Kosten mit dem Alter steigen, beeinflusst die höhere »Kopfzahl« der Frauen das Endergebnis maßgeblich. Wie die Kostenverteilung aussieht, wenn die weibliche Bevölkerung ebenso aufgebaut wäre wie die männliche, kann mithilfe einer Altersstandardisierung simuliert werden. Das Ergebnis dieser Modellrechnung zeigt: Altersstandardisiert liegt der Frauenanteil an den

Krankheitskosten nur noch bei 52 % (Variante B). Werden zusätzlich die Leistungen rund um die Reproduktion herausgerechnet, reduziert er sich auf 51 % (Variante C) – das entspricht dem Frauenanteil in der Bevölkerung. → [Abb. 16](#)

Bei den verlorenen Erwerbstätigkeitsjahren überwiegt hingegen der Männeranteil. Dieser Anteil variiert stark nach den Ursachen für den Arbeitsausfall. Gemeint sind krankheitsbedingte Ausfälle am Arbeitsplatz durch Krankschreibungen (Arbeitsunfähigkeit), vorzeitige Verrentungen (Invalidität) und Sterbefälle (Mortalität). → [Abb. 17](#)

Abb. 17: Verlorene Erwerbstätigkeitsjahre nach Ausfallgründen und Geschlecht 2008, Anteile in %



Bei den Männern ist der höhere mortalitätsbedingte Arbeitsausfall nicht nur eine Folge der höheren Erwerbsbeteiligung, sondern auch des höheren Sterberisikos in der Erwerbsphase. Begünstigt wird dies vermutlich durch die unterschiedliche Verteilung von Gesundheitsbelastungen und -risiken auf typische Männer- und Frauenberufe, die unsere Arbeitswelt nach wie vor strukturieren.

9.1.10 Zusammenfassung

Das Gesundheitswesen in Deutschland durchläuft seit Jahren erhebliche Veränderungen in Organisations-, Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen. Die Anforderungen aus dem demografischen Wandel und die Möglichkeiten durch den medizinisch-technischen Fortschritt haben daran maßgeblichen Anteil. Mit den gesundheitsstatistischen Angaben lassen sich das Ausmaß und die zeitliche Entwicklung dieser Veränderungen anschaulich aufzeigen.

Mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg der gesundheitlichen Beschwerden zu beobachten. Während der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei Menschen im Alter von 15 bis 39 Jahren im Jahr 2009 rund 11 % betrug, lag er bei den 40- bis 64-Jährigen bereits bei 14 %. Von den über 65-Jährigen bezeichnete sich fast jeder Vierte (23 %) als krank oder unfallverletzt.

Die Zahl der wegen einer Krankheit des Kreislaufsystems im Krankenhaus behandelten Patienten ist rückläufig: im Vergleich zu 1999 ist die Zahl der Behandlungsfälle um 5 % auf 2,7 Mill. im Jahr 2009 gesunken. Im gleichen Zeitraum stiegen die Fallzahlen bei den Krankheiten des Nervensystems um 69 % auf 707 000 Behandelte in 2009. Bei den vollstationär in Krankenhäusern versorgten Patientinnen und Patienten wurden 2009 insgesamt rund 45 Mill. Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt. Im Vergleich zum Vorjahr

entspricht dies einer Zunahme um 8 %. Auf einen Krankenhausfall entfielen damit im Durchschnitt 2,6 Maßnahmen dieser Art. In allen Altersgruppen war die durchschnittliche Anzahl der Operationen und Prozeduren pro Krankenhausfall bei Männern durchweg höher als bei Frauen. Im Zeitraum von 1991 bis 2009 wurde jedes vierte Krankenhausbett abgebaut und die Verweildauer für einen stationären Krankenhausaufenthalt hat sich um sechs Tage auf durchschnittlich acht Tage verkürzt.

In Deutschland waren 2009 7,1 Mill. Menschen amtlich als Schwerbehinderte registriert, das entsprach einem Anteil von rund 9 % an der Bevölkerung. Die Wahrscheinlichkeit schwerbehindert zu sein steigt mit zunehmendem Alter an. In der Gruppe der ab 80-Jährigen hatte jeder Dritte einen Schwerbehindertenausweis, in der Altersgruppe zwischen 25 bis unter 35 Jahre war nur jeder Sechsendvierzigste betroffen.

Im Dezember 2009 waren 2,34 Mill. Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des SGB XI. Die Mehrheit (83 %) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter; ein Drittel (35 %) 85 Jahre und älter. Die höchste Pflegequote wurde mit 59 % bei den ab 90-Jährigen ermittelt. Frauen waren ab dem 80. Lebensjahr deutlich pflegebedürftiger als Männer dieser Altersgruppen. Bei den 85- bis unter 90-jährigen Frauen lag die Pflegequote bei 42 %, bei den Männern gleichen Alters bei 28 %.

Die allgemeine Sterblichkeit in Deutschland ist zwischen 1990 und 2009 kontinuierlich gesunken. Die positive Entwicklung der Sterblichkeit fand nicht überall in Deutschland in gleichem Maße statt. So ist sie in den neuen Ländern seit 1990 zwar um insgesamt 41 % zurückgegangen, lag aber mit 809 Sterbefällen weiterhin über der Sterblichkeit im früheren Bundesgebiet mit 753 Sterbefällen je 100 000 Einwohner.

Mit 4,7 Mill. Beschäftigten war im Jahr 2009 jeder neunte Beschäftigte in Deutschland im Gesundheitswesen tätig. Zwischen den Jahren 2004 und 2009 wuchs die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen kontinuierlich um insgesamt 345 000 oder 8 %.

Die Ausgaben für Gesundheit beliefen sich im Jahr 2008 auf insgesamt 263,2 Mrd. Euro oder 10,5 % des Bruttoinlandsproduktes. Dieser Anteil ist gegenüber dem Jahr 2000 (10,3 %) gestiegen. Auch er spiegelt die größer gewordene Bedeutung des Gesundheitswesens für die Volkswirtschaft wider.

Nur vier Krankheitsarten waren im Jahr 2008 für etwa die Hälfte der Krankheitskosten verantwortlich. Dies waren Herz-Kreislauf-Erkrankungen (15 %), Krankheiten des Verdauungssystems zusammen mit Zahnbehandlungen (14 %), psychische und Verhaltensstörungen (11 %) sowie Muskel-Skelett-Erkrankungen (11 %).

Fachleute gehen davon aus, dass die Nachfrage nach Gesundheitsgütern und -leistungen zukünftig weiter steigen wird, da Menschen älter werden und viele Krankheiten und gesundheitlichen Beeinträchtigungen eine Altersabhängigkeit aufweisen. Außerdem erweitern sich durch den Fortschritt im Gesundheitswesen die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten. Mit steigendem Lebensstandard nehmen die Gesundheitsbedürfnisse der Menschen zu. Der Entscheidungsspielraum der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft in Bezug auf die Ressourcen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung unterliegt allerdings Grenzen. Die Gesundheit konkurriert unmittelbar mit anderen Bereichen der Sozialen Sicherung. Die Frage der Finanzierbarkeit einer weiter steigenden Nachfrage nach Gesundheitsgütern und -leistungen hängt entscheidend auch vom verantwortungsvollen Umgang der Akteure im Gesundheitswesen mit diesen Mitteln ab.

9.2 Gesundheit, Einstellungen und Verhalten

Hanfried H. Andersen (†)
Markus Grabka

Das Gesundheitssystem steht vor zentralen Herausforderungen, die fortwährenden Reformdruck erzeugen. Hierzu zählen vor allem die demografische Entwicklung hin zu einem steigenden Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft und ein fortwährender medizinischer Fortschritt. Beide Aspekte haben vorwiegend finanzielle Konsequenzen, die sich in Kostensteige-

rungen äußern. Insbesondere die gesetzliche Krankenversicherung als zentraler Pfeiler für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland ist mit diesen zentralen Herausforderungen konfrontiert, was sich maßgeblich für die Versicherten in steigenden Beitragssätzen, erhöhten Zuzahlungen oder Leistungsauslagerungen äußert.

Mit dem jüngst beschlossenen Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FinG) wird die finanzielle Belastung weiter zu Ungunsten der Versicherten verschoben, indem erstmals der Beitragssatz für die Arbeitgeber zur Gesetzlichen Krankenversicherung festgeschrieben wurde. Künftige Ausgaben-

Tab. 1: Bewertung des Gesundheitszustandes nach soziodemografischen Merkmalen

| | Bewertung des Gesundheitszustandes | | | | | | | | | | | |
|--|------------------------------------|-----------|-----------|-----------|-------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | Gut | | | | Zufriedenstellend | | | | Schlecht | | | |
| | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 |
| | in % | | | | | | | | | | | |
| Insgesamt | 46 | 49 | 46 | 45 | 34 | 34 | 34 | 36 | 20 | 17 | 20 | 19 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | | |
| Männer | 51 | 52 | 48 | 47 | 33 | 33 | 34 | 36 | 16 | 15 | 19 | 17 |
| Frauen | 42 | 46 | 45 | 43 | 34 | 35 | 34 | 36 | 23 | 20 | 22 | 21 |
| Alter | | | | | | | | | | | | |
| Unter 40 Jahren | 67 | 71 | 69 | 69 | 25 | 22 | 23 | 23 | 8 | 7 | 8 | 7 |
| 40–59 Jahren | 42 | 48 | 44 | 42 | 37 | 36 | 37 | 40 | 21 | 17 | 19 | 18 |
| 60 Jahre und älter | 23 | 24 | 23 | 25 | 41 | 45 | 42 | 44 | 36 | 31 | 35 | 31 |
| Berufsbildung | | | | | | | | | | | | |
| Ohne Abschluss | 45 | 45 | 47 | 46 | 30 | 33 | 31 | 32 | 25 | 22 | 23 | 22 |
| Mittlerer Abschluss | 45 | 48 | 44 | 42 | 35 | 35 | 35 | 39 | 19 | 17 | 20 | 19 |
| Fachhoch-, Hochschule | 53 | 59 | 53 | 54 | 35 | 30 | 31 | 32 | 12 | 11 | 15 | 14 |
| Erwerbstätigkeit | | | | | | | | | | | | |
| Voll erwerbstätig | 57 | 61 | 58 | 56 | 32 | 29 | 31 | 34 | 12 | 10 | 11 | 10 |
| Teilzeitbeschäftigt | 54 | 55 | 52 | 50 | 33 | 34 | 33 | 38 | 13 | 11 | 15 | 13 |
| Nicht erwerbstätig | 37 | 37 | 36 | 35 | 36 | 37 | 36 | 37 | 28 | 25 | 28 | 27 |
| Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| Bis unter 1000 EUR | 32 | 37 | 34 | 33 | 36 | 33 | 33 | 36 | 32 | 30 | 33 | 31 |
| 1000–2000 EUR | 40 | 42 | 40 | 39 | 35 | 37 | 35 | 39 | 25 | 21 | 25 | 22 |
| 2000–3000 EUR | 51 | 52 | 50 | 48 | 33 | 33 | 34 | 36 | 17 | 15 | 16 | 16 |
| Mehr als 3000 EUR | 57 | 59 | 56 | 58 | 32 | 31 | 31 | 31 | 11 | 10 | 13 | 11 |
| Kassenwechsler (nur GKV) | | | | | | | | | | | | |
| Nein | n.v. | 48 | 46 | 45 | n.v. | 34 | 34 | 36 | n.v. | 18 | 20 | 19 |
| Ja | n.v. | 65 | 57 | 56 | n.v. | 25 | 28 | 29 | n.v. | 10 | 16 | 15 |
| Region | | | | | | | | | | | | |
| Westdeutschland | 47 | 50 | 47 | 45 | 33 | 33 | 34 | 36 | 20 | 17 | 20 | 19 |
| Ostdeutschland | 45 | 46 | 45 | 44 | 37 | 36 | 34 | 35 | 18 | 18 | 22 | 21 |

Datenbasis: SOEP 2009.

steigerungen müssen nun vorrangig aus dem Kreis der Versicherten gedeckt werden. Das zentrale Ziel der deutschen Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung einer umfassenden Versorgung mit medizinischen Leistungen für alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung, doch stellt sich die Frage, ob vor dem Hintergrund der zunehmenden finanziellen Belastung für die Versicherten und Patienten dieses Ziel weiterhin erreicht werden kann.

Angesichts dieser Umbruchsituation ist die dauerhafte und detaillierte Beobachtung von Gesundheitszustand und gesundheitsbezogener Lebensqualität, von Indikatoren der Inanspruchnahme des Versorgungssystems und die Erfassung der individuellen Präferenzen von Versicherten und Patienten mehr denn je von Bedeutung. Ihre Berücksichtigung ist eine entscheidende Bedingung für die erfolgreiche Umsetzung der eingeleiteten Reformen.

9.2.1 Einschätzungen des Gesundheitszustandes und der Gesundheitszufriedenheit

Angaben zur Beschreibung des Gesundheitszustandes und zur Gesundheitszufriedenheit unterscheiden sich durch den Grad der subjektiven Prägung. Während die Einschätzung des Gesundheitszustandes stärker die »objektive« Bewertung abbildet, geben die Aussagen zur Zufriedenheit hingegen das »subjektive« Moment wieder. Beide Bewertungen sind vorrangig vom tatsächlichen Krankheitsgeschehen abhängig, gleichzeitig jedoch auch vom jeweiligen Anspruch an das gesundheitliche Wohlbefinden. Wenn die Zufriedenheit sinkt, kann dies dementsprechend auf eine tatsächliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes oder aber auf ein gestiegenes Anspruchsniveau zurückzuführen sein. So erklärt sich beispielsweise der Befund, dass bei vergleichbarem gesundheitlichem Status die Zufriedenheit älterer Menschen höher ist als die jüngerer. Diese Differenzierung wird noch deutlicher, wenn die Veränderungen

der beiden Indikatoren nicht gleichförmig verlaufen; wenn also mit einer Verbesserung der Gesundheitszustandsbeschreibung eine Verschlechterung der Zufriedenheit verbunden ist.

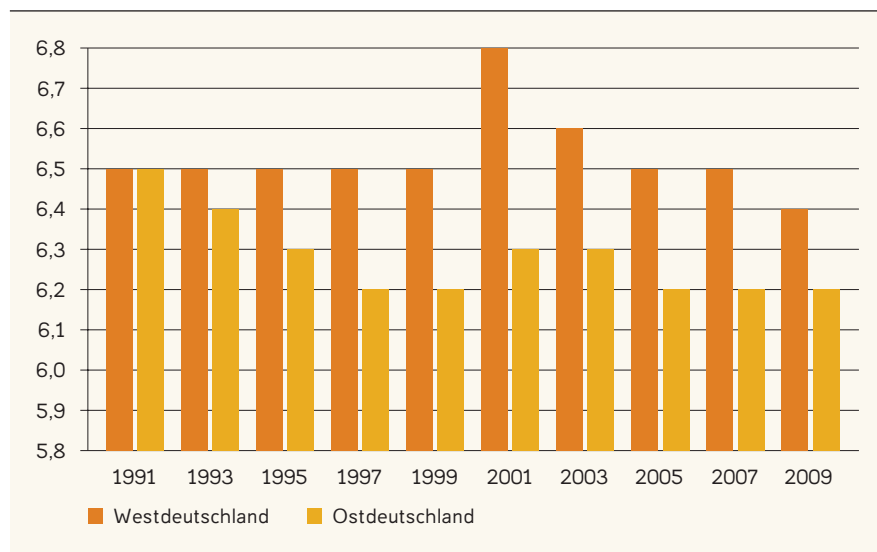
In Tabelle 1 wird die Einschätzung des Gesundheitszustandes in den Jahren 1995, 2000, 2005 und 2009 ausgewiesen, differenziert nach sozialen Merkmalen. Wird nach Altersgruppen unterschieden, so bestätigt sich der Zusammenhang zwischen dem tatsächlichen Gesundheitszustand und der Einschätzung durch die Befragten, denn mit höherem Alter nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, an einer oder an mehreren Krankheiten zu leiden. Ein höheres Bildungs- und Einkommensniveau sind mit einer besseren Einschätzung des Gesundheitszustands verbunden. Dies steht im Einklang mit gesundheitswissenschaftlichen Analysen, die die Bedeutung von individuell zur Verfügung stehenden Ressourcen für den Gesundheitszustand betonen. So geht beispielsweise insbesondere ein höheres Bildungsniveau oftmals mit einem gesundheitsbewussten Verhalten einher. → Tab. 1

Daneben finden sich auch geschlechtsspezifische Unterschiede: Frauen beurtei-

len ihren Gesundheitszustand kritischer als Männer. Diese Unterschiede spiegeln allerdings keine realen Differenzen in der Häufigkeit der Erkrankungen (Morbidität) wider. Bisher gibt es für die Differenzen noch keine umfassenden und allgemein akzeptierten Erklärungen. Im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung zeigt sich eine bessere Bewertung des Gesundheitszustands bei Vollzeitbeschäftigten gegenüber denjenigen in Teilzeit. Da mehr Frauen als Männer in Teilzeit arbeiten, ist dieser Befund vor allem auf die unterschiedliche geschlechtsspezifische Einschätzung des Gesundheitszustands zurückzuführen und spiegelt wiederum keine realen Morbiditätsunterschiede wider. Zwischen den beiden Landesteilen ist seit 2000 eine langsame Angleichung der Beurteilungen zu beobachten. Weiterhin gilt, dass der Gesundheitszustand in Westdeutschland etwas besser bewertet wird als im Ostteil des Landes.

Die stärker subjektive Komponente der Einschätzung der gesundheitlichen Situation wird in Abbildung 1 anhand der Zufriedenheit mit der Gesundheit dargestellt. Die Zufriedenheit wird dabei anhand einer 11er Skala erhoben, die zwischen den

Abb. 1: Entwicklung der Zufriedenheit mit der Gesundheit, Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10



Datenbasis: SOEP 2009.

Werten »ganz und gar unzufrieden« und 10 »ganz und gar zufrieden« variiert. Vergleicht man die Entwicklung zwischen den beiden Landesteilen über die vergangenen knapp 20 Jahre, so zeigt sich der überraschende Befund, dass im Jahre 1991 ein ähnlich hohes Maß an Zufriedenheit in West- und Ostdeutschland vorlag. Seitdem jedoch entwickeln sich die beiden Landesteile in ihren diesbezüglichen Zufriedenheitsniveaus auseinander. Im Jahre 2001 war bislang der größte Unterschied zu konstatieren, welcher sich seitdem nur geringfügig verringert hat. Das unterschiedliche Zufriedenheitsniveau in Ost und West dürfte dabei vor allem auf eine unterschiedliche demografische Entwicklung zurückzuführen sein, da der Anteil jüngerer und damit für gewöhnlich gesundheitlich zufriedenerer Menschen in Ostdeutschland seit der Wiedervereinigung abgenommen hat. → **Abb. 1**

9.2.2 Übergewicht und Adipositas (Body-Mass-Index)

Adipositas (Fettsucht) gehört unbestritten zu den größten Risikofaktoren für eine Reihe von Krankheiten. So besteht ein deutlicher Zusammenhang mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes. Deshalb ist die kontinuierliche Beobachtung des Körpergewichts in der Bevölkerung eine wichtige Aufgabe der Gesundheitsberichterstattung und der (Primär-)Prävention. Das international am weitesten verbreitete Instrument zur Einteilung nach Gewichtsklassen ist der Body-Mass-Index (BMI, vgl. dazu die Ausführungen im vorherigen Kap. 9.1.5). In Tabelle 2 sind Kategorien des BMI aufgeführt, die einer Festlegung durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) entsprechen, sowie die ebenfalls von der WHO formulierten jeweiligen Risiken für Begleiterkrankungen. → **Tab. 2**

Umstritten ist, ob bereits die Gruppe »Präadipositas« – immerhin mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung – als Zielgruppe für Aktionen zur Gewichtsreduzierung gehören sollte, denn geringfügiges Übergewicht ist nicht mit einem höheren Mortalitätsrisiko assoziiert, wie eine umfassende Metastudie besagt. Unstrittig dagegen ist, dass diejenigen, die einen BMI von 30 und mehr aufweisen und deshalb als adipös (fett-süchtig) zu bezeichnen sind, mit einem erheblichen Risiko für Begleiterkrankungen rechnen müssen. Entsprechend finden sich bei Adipösen auch höhere Inanspruchnahmeraten in Form von vermehrten Arztbesuchen oder Krankenhausaufenthalten im Vergleich zu denjenigen mit Normalgewicht.

In beiden Landesteilen nahm der Anteil der Adipösen zwischen 2002 und 2008

Tab. 2: Body-Mass-Index in West- und Ostdeutschland

| Kategorie | BMI | Risiko für Begleiterkrankungen | 2002 | 2004 | 2006 | 2008 | 2002 | 2004 | 2006 | 2008 |
|---------------------|-----------|--------------------------------|-----------------|------|------|------|----------------|------|------|------|
| | | | Westdeutschland | | | | Ostdeutschland | | | |
| | | | Anteil in % | | | | | | | |
| Untergewicht | < 18,5 | niedrig | 3 | 2 | 2 | 2 | 3 | 4 | 3 | 2 |
| Normalgewicht | 18,5–24,9 | durchschnittlich | 48 | 47 | 46 | 45 | 46 | 43 | 44 | 43 |
| Übergewicht | > 25 | | | | | | | | | |
| Präadipositas | 25–29,9 | gering erhöht | 36 | 36 | 36 | 36 | 35 | 36 | 36 | 36 |
| Adipositas Grad I | 30–34,9 | erhöht | 11 | 11 | 12 | 13 | 13 | 14 | 13 | 15 |
| Adipositas Grad II | 35–39,9 | hoch | 2 | 2 | 3 | 3 | 2 | 2 | 4 | 3 |
| Adipositas Grad III | > 40 | sehr hoch | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |

Datenbasis: SOEP 2009.

Tab. 3: Adipositas (BMI > 30) nach Geschlecht und Alter

| | 2002 | | | 2004 | | | 2006 | | | 2008 | | |
|----------------------|-------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | Insgesamt | Männer | Frauen | Insgesamt | Männer | Frauen | Insgesamt | Männer | Frauen | Insgesamt | Männer | Frauen |
| | Anteil in % | | | | | | | | | | | |
| Insgesamt | 14 | 14 | 14 | 15 | 15 | 15 | 16 | 17 | 16 | 17 | 18 | 17 |
| Altersgruppen | | | | | | | | | | | | |
| Unter 20 | 2 | 2 | 2 | 4 | 4 | 3 | 4 | 6 | 2 | 5 | 5 | 4 |
| 20 bis unter 30 | 7 | 6 | 7 | 7 | 7 | 7 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 |
| 30 bis unter 40 | 10 | 11 | 9 | 10 | 10 | 10 | 12 | 11 | 12 | 14 | 14 | 14 |
| 40 bis unter 50 | 15 | 15 | 15 | 17 | 17 | 17 | 17 | 19 | 15 | 18 | 19 | 16 |
| 50 bis unter 60 | 17 | 20 | 15 | 18 | 20 | 17 | 22 | 24 | 20 | 23 | 25 | 21 |
| 60 bis unter 70 | 20 | 19 | 21 | 21 | 21 | 21 | 22 | 21 | 23 | 22 | 24 | 21 |
| 70 und älter | 16 | 13 | 18 | 17 | 14 | 18 | 18 | 17 | 20 | 21 | 20 | 22 |

Datenbasis: SOEP 2009.

zu. Dies steht weitgehend im Einklang mit internationalen Trends. Mehr als jeder Sechste der Bevölkerung hat derzeit einen BMI von mehr als 30. Dabei ist der Zuwachs an Adipösen in Westdeutschland stärker als in den neuen Bundesländern, wenngleich hier weiterhin mehr Personen mit ausgeprägtem Übergewicht leben.

Der zunehmende Anteil von Personen mit ausgeprägtem Übergewicht kann mit der Alterung der Bevölkerung einhergehen und weist geschlechtsspezifische Differenzen auf. In Tabelle 3 wird deshalb eine nach Alter und Geschlecht differenzierte Aufschlüsselung nur für diejenigen Personen dargestellt, die einen BMI von 30 und mehr aufweisen. → Tab. 3

Der Anteil der Übergewichtigen steigt zunächst mit zunehmendem Alter an, um dann im höheren Alter von mehr als 70 Jahren wieder leicht zurückzugehen. Erhebliche Unterschiede in den Anteilen von Übergewichtigen bestehen zwischen Männern und Frauen und zwischen den einzelnen Altersgruppen. Während sich in den Altersgruppen der 20- bis unter 40-Jährigen die Anteile der Übergewichtigen bei Männern und Frauen weitgehend gleichen, sind in der Gruppe der 40- bis unter 60-Jährigen die entsprechenden Anteile der Männer höher als die der Frauen. Im Alter ab 60 Jahren neigen insgesamt die Frauen stärker zur Adipositas. In Ostdeutschland ist zudem der Anteil adipöser Frauen deutlich höher als in Westdeutschland.

9.2.3 Inanspruchnahme von ambulanten Gesundheitsleistungen

Indikatoren zur Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen dokumentieren nicht nur das Krankheitsgeschehen der Bevölkerung, sondern bilden auch eine wichtige Basis zur Einschätzung der Versorgungssituation. Struktur und Entwicklung der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen geben zudem auch Hin-

Tab. 4: Arztbesuche und durchschnittliche Anzahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal

| | Arztbesuche | | | | Kontaktfrequenz | | | |
|--|-------------|-----------|-----------|-----------|-----------------|------------|------------|------------|
| | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 |
| | in % | | | | Ø | | | |
| Insgesamt | 72 | 69 | 70 | 72 | 4,5 | 4,0 | 3,9 | 3,7 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männer | 64 | 62 | 64 | 66 | 4,1 | 3,8 | 3,7 | 3,6 |
| Frauen | 79 | 75 | 75 | 77 | 4,8 | 4,1 | 4,0 | 3,8 |
| Alter | | | | | | | | |
| Unter 40 Jahren | 63 | 59 | 60 | 60 | 3,3 | 3,3 | 3,2 | 3,0 |
| 40–59 Jahren | 70 | 64 | 66 | 68 | 4,6 | 3,8 | 3,7 | 3,7 |
| 60 Jahre und älter | 87 | 84 | 85 | 86 | 5,7 | 4,7 | 4,5 | 4,2 |
| Berufsbildung | | | | | | | | |
| Ohne Abschluss | 74 | 70 | 69 | 69 | 4,7 | 4,3 | 4,0 | 3,6 |
| Mittlerer Abschluss | 72 | 68 | 70 | 72 | 4,6 | 4,0 | 3,9 | 3,8 |
| Fochhoch-, Hochschule | 70 | 68 | 72 | 74 | 3,5 | 3,4 | 3,6 | 3,4 |
| Erwerbstätigkeit | | | | | | | | |
| Voll erwerbstätig | 62 | 59 | 61 | 63 | 3,7 | 3,3 | 3,1 | 3,2 |
| Teilzeitbeschäftigt | 71 | 68 | 70 | 73 | 3,6 | 3,4 | 3,5 | 3,6 |
| Nicht erwerbstätig | 80 | 77 | 77 | 78 | 5,1 | 4,5 | 4,4 | 4,1 |
| Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | | | | | | | | |
| Bis unter 1 000 EUR | 80 | 76 | 72 | 72 | 5,6 | 4,9 | 4,3 | 4,3 |
| 1 000–2 000 EUR | 74 | 71 | 73 | 72 | 4,9 | 4,2 | 4,1 | 3,8 |
| 2 000–3 000 EUR | 72 | 66 | 68 | 72 | 4,2 | 3,8 | 3,7 | 3,6 |
| Mehr als 3 000 EUR | 65 | 65 | 67 | 70 | 3,7 | 3,4 | 3,4 | 3,4 |
| Kassenwechsler (nur GKV) | | | | | | | | |
| Nein | 72 | 69 | 70 | 72 | 4,5 | 4,0 | 3,9 | 3,7 |
| Ja | n.v. | 65 | 64 | 64 | n.v. | 3,5 | 3,4 | 3,5 |
| Region | | | | | | | | |
| Westdeutschland | 72 | 68 | 70 | 71 | 4,7 | 4,1 | 3,9 | 3,8 |
| Ostdeutschland | 74 | 72 | 72 | 73 | 3,8 | 3,5 | 3,6 | 3,4 |
| Gesundheitszustand | | | | | | | | |
| Sehr gut | 43 | 45 | 44 | 45 | 2,4 | 2,1 | 2,1 | 2,2 |
| Gut | 62 | 58 | 58 | 61 | 2,7 | 2,5 | 2,5 | 2,6 |
| Zufriedenstellend | 78 | 77 | 77 | 78 | 3,9 | 3,7 | 3,4 | 3,4 |
| Weniger gut | 92 | 91 | 91 | 91 | 7,2 | 6,0 | 5,7 | 5,3 |
| Schlecht | 98 | 97 | 95 | 96 | 10,9 | 10,0 | 8,6 | 8,1 |

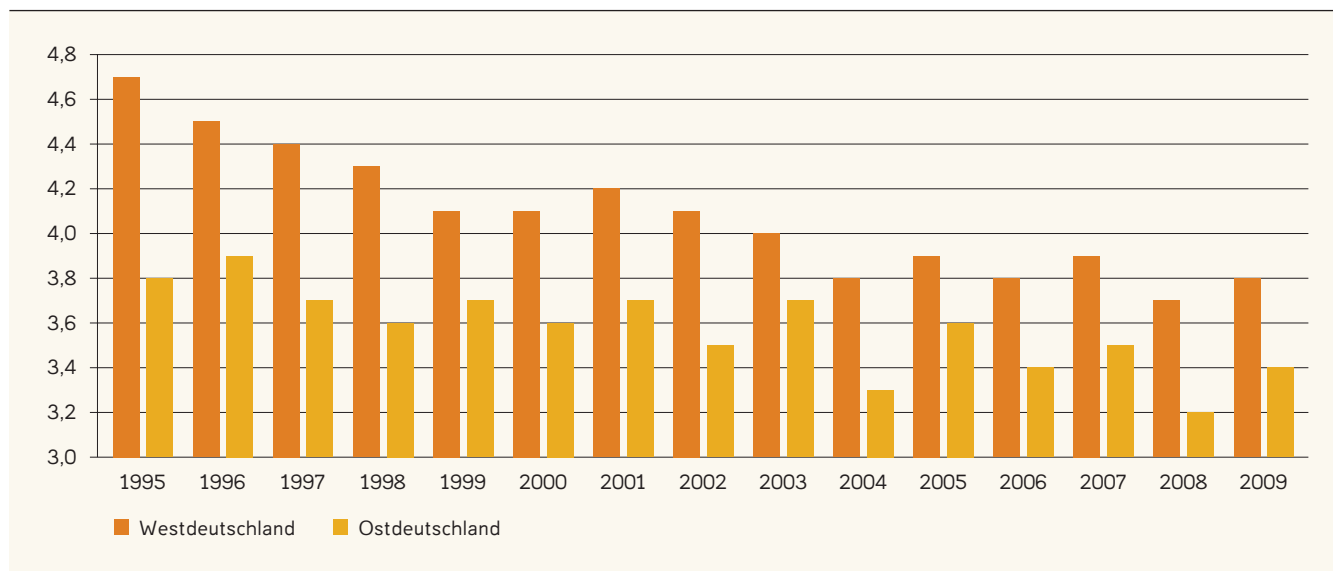
Datenbasis: SOEP 2009.

weise für die Beurteilung der Kosten im Gesundheitswesen sowie auf Versorgungsdefizite, Überkapazitäten und Ineffizienzen. Diese Indikatoren stellen somit auch eine empirische Basis zur Beurteilung der Bedarfsgerechtigkeit dar.

Die ambulante Inanspruchnahme wird hier mit zwei Indikatoren beschrieben.

Die »Quartalsinanspruchnahme« bezieht sich auf den Anteil derjenigen Personen, die in den letzten drei Monaten vor der Befragung mindestens einmal einen Arzt aufgesucht haben. Der Indikator »Kontaktfrequenz« pro Patient im letzten Quartal bezieht sich stärker auf einzelne Krankheitsepisoden und sagt zudem etwas über die Entscheidungen der Ärzte

Abb. 2: Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Arztbesuche pro Patient im letzten Quartal



Datenbasis: SOEP 2009.

und ihr therapeutisches Handeln aus. Die Kontakthäufigkeiten innerhalb der Krankheitsepisoden werden deshalb auch durch das Überweisungs- bzw. Wiederbestellverhalten der jeweiligen Ärzte bestimmt. → Tab. 4

Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung haben in den vergangenen drei Monaten einen Arzt besucht. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren kaum verändert. Auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen den einzelnen Altersgruppen sind im Verlauf der Jahre ähnlich geblieben. Stets gilt, dass Frauen häufiger zum Arzt gehen als Männer. Hinsichtlich des Haushaltseinkommens zeigte sich Mitte der 1990er Jahre noch ein höherer Anteil von Arztbesuchen bei den niedrigeren Einkommensgruppen. Dieser Unterschied ist bis zum Jahre 2009 nahezu verschwunden. Eine mögliche Ursache könnte in der Einführung der Praxisgebühr liegen, die eine monetäre Barriere für die Erst-Inanspruchnahme ambulanter Leistungen darstellt und deshalb besonders einschneidend für untere Einkommensgruppen wirkt. Bezogen auf die Kontaktfrequenz gilt aber weiterhin, dass untere Einkommensgruppen eine höhere Zahl von

Arztkontakten haben. Je schlechter die Einschätzung des Gesundheitszustandes, desto größer der Wert der Quartalsinanspruchnahme. Dieser Zusammenhang gilt auch für die Häufigkeit der Arztkontakte, wobei vorrangig Personen mit einem schlechten Gesundheitszustand ihre Kontaktfrequenz über die Zeit hinweg reduzierten. Die längerfristige Entwicklung der ambulanten Inanspruchnahme ist in Abbildung 2 ausgewiesen, wobei hier zusätzlich nach Ost- und Westdeutschland differenziert wird. → Abb. 2

Insgesamt zeigen die Daten eine kontinuierliche Abnahme der Zahl der Arztbesuche, wobei der relativ starke Rückgang zwischen 2003 und 2004 auf die Einführung der Praxisgebühr zurückzuführen sein dürfte. In den darauf folgenden Jahren steigt die Zahl der Arztkontakte aber wieder auf das Niveau der Vorjahre an. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Kontaktfrequenz in den neuen Bundesländern stets niedriger ist als im Westen. Möglicherweise zeigt sich immer noch der Einfluss der in der DDR vorherrschenden Form der ambulanten Versorgung durch Polikliniken, die übrigens deutliche Parallelen zu Strukturen aufwies, wie sie mit den neuen Formen

der Versorgung (integrierte Versorgung; medizinische Versorgungszentren) angestrebt werden. Der Unterschied zwischen den beiden Landesteilen bezüglich der ambulanten Inanspruchnahme verringerte sich jedoch seit 1995. Im Jahr 2009 beträgt dieser nur noch rund 0,3 Arztbesuche pro Quartal.

9.2.4 Stationäre Inanspruchnahme – Krankenhausaufenthalte

Die stationäre Inanspruchnahme wird ebenfalls durch zwei Indikatoren abgebildet. Im SOEP wird, anders als im vorherigen Kapitel 9.1.6, die Anzahl der »Nächte« im Krankenhaus erfasst. Die erste Kennziffer erfasst den Anteil derjenigen Personen, die im letzten Jahr mindestens eine Nacht als Patient im Krankenhaus verbracht haben. Die zweite Kennziffer beschreibt die Gesamtzahl der im letzten Jahr pro Patient verbrachten Nächte im Krankenhaus. Da die niedergelassenen Ärzte über die stationäre Einweisung entscheiden, ist die Höhe des Anteils derer, die mindestens einmal im Jahr im Krankenhaus waren, auch vom Verhalten der Ärzte abhängig. Die Gesamtzahl der im Krankenhaus ver-

brachten Nächte – die Verweildauer – ist ein zentraler Indikator für die stationäre Versorgung. Von der Verringerung der Verweildauer verspricht man sich eine deutliche Senkung der Ausgaben für das Gesundheitswesen, da sie gut ein Drittel der gesamten Gesundheitsausgaben ausmachen. → Tab. 5

Im internationalen Vergleich wies und weist Deutschland eine überdurchschnittliche Dauer von Krankenhausaufenthalten auf, weshalb die Politik die Prämisse

»ambulant vor stationär« setzte, um die Ausgaben im stationären Sektor zu begrenzen. Zwischen 1995 und 2009 blieb der Anteil der Personen mit einem Krankenhausaufenthalt zwar gleich, die Verweildauer sank aber deutlich um nahezu die Hälfte.

Bedingt durch das höhere durchschnittliche Alter von Frauen, haben diese eine etwas höhere Häufigkeit von Krankenhausaufenthalten. Zudem gilt, dass mit zunehmendem Alter auch die Dauer von

Krankenhausaufenthalten zunimmt. Die Gruppe der Älteren ist jedoch gleichzeitig diejenige, deren Verweildauer über die Zeit hinweg am stärksten zurückging. Zwischen 1995 und 2009 ist ein Rückgang um elf Tage auf nunmehr 16 Tage zu konstatieren. Dieser Rückgang geht einher mit einer zunehmenden Bedeutung ambulanter Pflegedienste, die die weitere Versorgung von aus dem Krankenhaus entlassenen Patienten mit leisten.

Die Inanspruchnahme des stationären Sektors dürfte auch einkommensabhängig sein. Personen mit geringen Einkommen weisen nicht nur häufigere Krankenhausaufenthalte auf, sie verweilen auch nahezu doppelt so lange wie Angehörige der höchsten Einkommensgruppe. Hier dürfte vor allem ein Alterseffekt wirken, da mit dem Eintritt ins Rentenalter das Haushaltseinkommen sinkt.

Tab. 5: Krankenhausaufenthalt im letzten Jahr und Dauer des Aufenthalts, pro Patient

| | Krankenhausaufenthalt | | | | Durchschnittliche Anzahl der Nächte | | | |
|--|-----------------------|-----------|-----------|-----------|-------------------------------------|-----------|-----------|-----------|
| | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 |
| | Anteil in % | | | | Mittelwert | | | |
| Insgesamt | 13 | 12 | 12 | 13 | 19 | 16 | 14 | 12 |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männer | 10 | 11 | 11 | 12 | 22 | 17 | 16 | 12 |
| Frauen | 15 | 14 | 13 | 14 | 18 | 16 | 13 | 13 |
| Alter | | | | | | | | |
| Unter 40 Jahren | 10 | 10 | 9 | 9 | 11 | 11 | 10 | 7 |
| 40–59 Jahren | 11 | 10 | 10 | 10 | 18 | 14 | 14 | 11 |
| 60 Jahre und älter | 18 | 17 | 18 | 20 | 27 | 21 | 17 | 16 |
| Berufsbildung | | | | | | | | |
| Ohne Abschluss | 14 | 13 | 12 | 12 | 21 | 17 | 15 | 13 |
| Mittlerer Abschluss | 13 | 13 | 12 | 14 | 19 | 17 | 15 | 13 |
| Fachhoch-, Hochschule | 10 | 10 | 11 | 12 | 17 | 14 | 12 | 10 |
| Erwerbstätigkeit | | | | | | | | |
| Voll erwerbstätig | 8 | 10 | 10 | 10 | 14 | 11 | 10 | 8 |
| Teilzeitbeschäftigt | 8 | 8 | 7 | 9 | 12 | 10 | 9 | 12 |
| Nicht erwerbstätig | 17 | 15 | 15 | 16 | 22 | 20 | 17 | 15 |
| Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | | | | | | | | |
| Bis unter 1 000 EUR | 20 | 15 | 15 | 16 | 25 | 22 | 20 | 16 |
| 1 000–2 000 EUR | 14 | 14 | 14 | 14 | 21 | 17 | 16 | 14 |
| 2 000–3 000 EUR | 12 | 12 | 11 | 12 | 17 | 15 | 13 | 11 |
| Mehr als 3 000 EUR | 9 | 10 | 9 | 10 | 13 | 14 | 10 | 9 |
| Kassenwechsler (nur GKV) | | | | | | | | |
| Nein | 13 | 12 | 12 | 13 | 19 | 16 | 15 | 13 |
| Ja | n.v. | 9 | 10 | 12 | n.v. | 15 | 11 | 7 |
| Region | | | | | | | | |
| Westdeutschland | 13 | 12 | 12 | 13 | 19 | 17 | 14 | 13 |
| Ostdeutschland | 12 | 13 | 14 | 14 | 19 | 15 | 15 | 12 |

Datenbasis: SOEP 2009.

9.2.5 Beurteilung der finanziellen Absicherung im Krankheitsfalle

Die verschiedenen Gesundheitsreformen der vergangenen 20 Jahre hatten vor allem die Begrenzung der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zum Ziel. Neben einer Ausweitung der finanziellen Selbstbeteiligung wurden auch Leistungen aus dem Katalog der Gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschlossen. Damit steigt die Gefahr, dass eine gute gesundheitliche Behandlung verstärkt von den eigenen Einkommensmöglichkeiten bestimmt wird. Tabelle 6 stellt daher die Beurteilung der finanziellen Absicherung im Krankheitsfalle dar. → Tab. 6

Während im Jahre 2002 noch die Hälfte aller Personen angab, im Krankheitsfalle gut abgesichert zu sein, reduzierte sich dieser Anteil in 2007 auf 41 %. Vor allem bei älteren Personen, die auch eine erhöhte Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen haben, verschlechterte sich die Einschätzung. Überraschenderweise nimmt die Zufriedenheit in der Einkommensmittelschicht (Personen mit einem Haus-

haltseinkommen von 2 000 bis 3 000 Euro) überdurchschnittlich ab. Diese Gruppe kann auf steigende Zuzahlungen bzw. Leistungsbegrenzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung weder durch

einen Wechsel in die Private Krankenversicherung noch durch Inanspruchnahme der Überforderungsklausel bei außergewöhnlich hohen Gesundheitsausgaben reagieren.

Personen, die einen schlechten Gesundheitszustand angeben und entsprechend häufiger das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen, beurteilen die finanzielle Absicherung im Krankheitsfalle deutlich schlechter als solche mit gutem Gesundheitszustand. Über die Zeit hinweg ist bei der Gruppe mit einem weniger guten Gesundheitszustand die stärkste Verschlechterung der Zufriedenheit festzustellen. Diese Gruppe dürfte die finanziellen Konsequenzen der zurückliegenden Reformen direkt erfahren haben.

Tab. 6: Beurteilung der finanziellen Absicherung bei Krankheit¹

| | Gut | Befriedigend | Schlecht | Gut | Befriedigend | Schlecht |
|--|-----------|--------------|-----------|-----------|--------------|-----------|
| | 2002 | | | 2007 | | |
| Insgesamt | 50 | 34 | 13 | 41 | 37 | 18 |
| Geschlecht | | | | | | |
| Männer | 51 | 34 | 12 | 42 | 37 | 17 |
| Frauen | 48 | 35 | 14 | 39 | 37 | 20 |
| Alter | | | | | | |
| Unter 40 Jahren | 50 | 32 | 12 | 44 | 33 | 16 |
| 40–59 Jahren | 48 | 35 | 15 | 38 | 38 | 21 |
| 60 Jahre und älter | 50 | 35 | 11 | 40 | 39 | 18 |
| Berufsbildung | | | | | | |
| Ohne Abschluss | 46 | 34 | 14 | 37 | 36 | 20 |
| Mittlerer Abschluss | 49 | 36 | 13 | 38 | 38 | 20 |
| Fachhoch-, Hochschule | 59 | 29 | 10 | 52 | 33 | 11 |
| Erwerbstätigkeit | | | | | | |
| Voll erwerbstätig | 53 | 34 | 12 | 44 | 36 | 16 |
| Teilzeitbeschäftigt | 46 | 37 | 15 | 39 | 37 | 23 |
| Nicht erwerbstätig | 48 | 34 | 13 | 38 | 37 | 19 |
| Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | | | | | | |
| Bis unter 1 000 EUR | 39 | 37 | 19 | 32 | 36 | 28 |
| 1 000–2 000 EUR | 45 | 37 | 15 | 37 | 38 | 20 |
| 2 000–3 000 EUR | 51 | 35 | 11 | 40 | 38 | 17 |
| Mehr als 3 000 EUR | 59 | 29 | 9 | 52 | 33 | 12 |
| Kassenwechsler (nur GKV) | | | | | | |
| Nein | 50 | 34 | 13 | 41 | 37 | 18 |
| Ja | 42 | 39 | 15 | 38 | 37 | 20 |
| Region | | | | | | |
| Westdeutschland | 51 | 34 | 12 | 42 | 37 | 18 |
| Ostdeutschland | 45 | 35 | 15 | 36 | 38 | 20 |
| Gesundheitszustand | | | | | | |
| Sehr gut | 61 | 23 | 9 | 56 | 26 | 11 |
| Gut | 56 | 31 | 9 | 47 | 35 | 14 |
| Zufriedenstellend | 45 | 39 | 13 | 35 | 42 | 19 |
| Weniger gut | 40 | 37 | 19 | 32 | 36 | 28 |
| Schlecht | 33 | 35 | 29 | 31 | 33 | 34 |

¹ Restkategorie »weiß nicht, trifft nicht zu«.

Datenbasis: SOEP 2009.

9.2.6 Zusammenfassung

Internationale Vergleichsstudien zeigen weiterhin, dass die Kosten für die Gesundheitsversorgung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach den USA, der Schweiz und Frankreich am höchsten sind. Gleichwohl nimmt Deutschland im Vergleich der Qualität der Gesundheitsversorgung in einzelnen Bereichen keinen vorderen Rangplatz ein. Dennoch kann die Gesundheitsversorgung insgesamt als durchaus zufriedenstellend beurteilt werden. Hervorzuheben ist insbesondere die im internationalen Vergleich bisher breite Abdeckung gesundheitlicher Risiken durch das deutsche Krankenversicherungssystem. Allerdings wird sich diese Abdeckung im Zuge des nachhaltigen Umbaus des Gesundheitssystems ebenso ändern wie vor allem die finanzielle Belastung für die Versicherten und Patienten. Deshalb wird ständig zu prüfen sein, ob das Prinzip der Sicherstellung eines gleichen Zugangs zu den Einrichtungen des medizinischen Versorgungssystems durch die eingeleiteten Reformen nicht gefährdet wird.

Statistische Kennziffern



Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung werden neben den bekannten statistischen Maßen der deskriptiven Statistik, wie z. B. relative Häufigkeiten und Mittelwerte, auch so genannte *altersadjustierte Odds Ratios* ausgewiesen. Diese werden zumeist durch binär logistische Regressionen ermittelt und geben an, um welchen Faktor das Risiko eines Gesundheitsproblems oder -ereignisses in der betrachteten Gruppe im Verhältnis zu einer definierten Referenzgruppe erhöht ist, wenn die Gruppen die gleiche Alterszusammensetzung aufweisen würden.

Der Begriff »gesundheitliche Ungleichheit« beschreibt soziale Unterschiede im Gesundheitszustand, im Gesundheitsverhalten und in der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Mit der Sozialepidemiologie hat sich in den letzten Jahren eine eigenständige Forschungsdisziplin etabliert, die den Schwerpunkt auf die Analyse der gesundheitlichen Ungleichheit legt. Auch die Gesundheitsberichterstattung präsentiert mittlerweile regelmäßig Daten und Fakten zum Ausmaß und zur Entwicklung der gesundheitlichen Ungleichheit. Im Folgenden wird

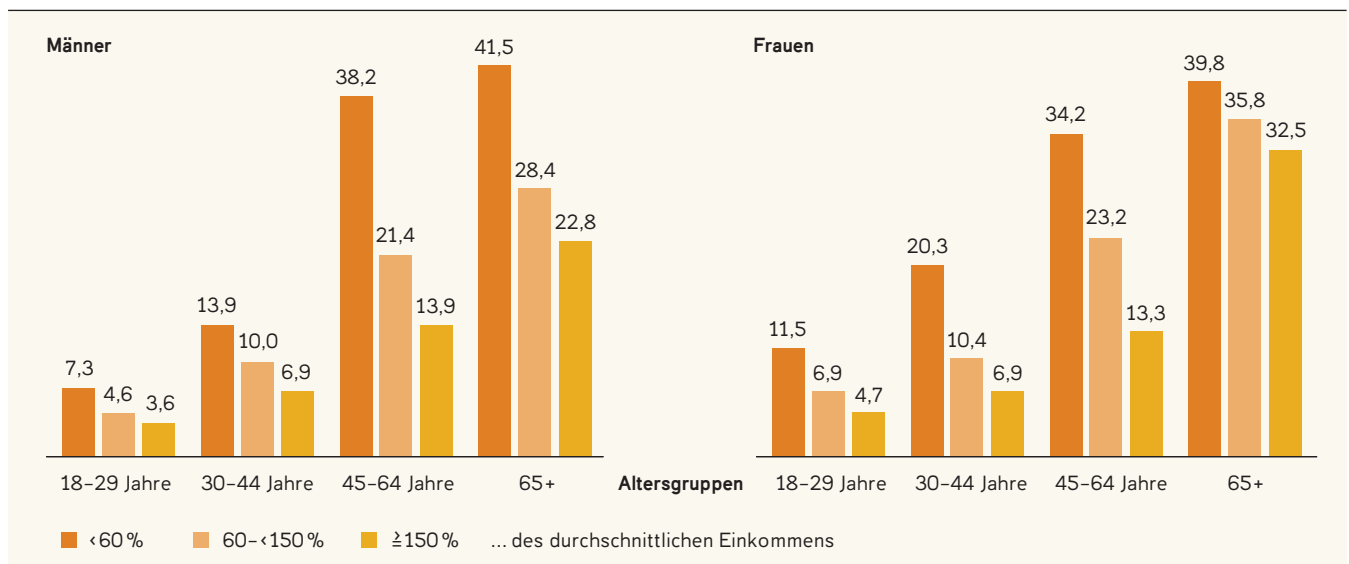
auf verschiedene Datenquellen zurückgegriffen, wie z. B. das Sozio-oekonomische Panel, den Mikrozensus und das Gesundheitsmonitoring des Robert Koch-Institutes, um die gesundheitliche Ungleichheit in Deutschland zu beschreiben.

9.3.1 Einkommen und Gesundheit

Das Einkommen vermittelt den Zugang zu den meisten Bedarfs- und Gebrauchsgütern und ist eine wichtige Grundlage der Vermögensbildung, der Vorsorge und

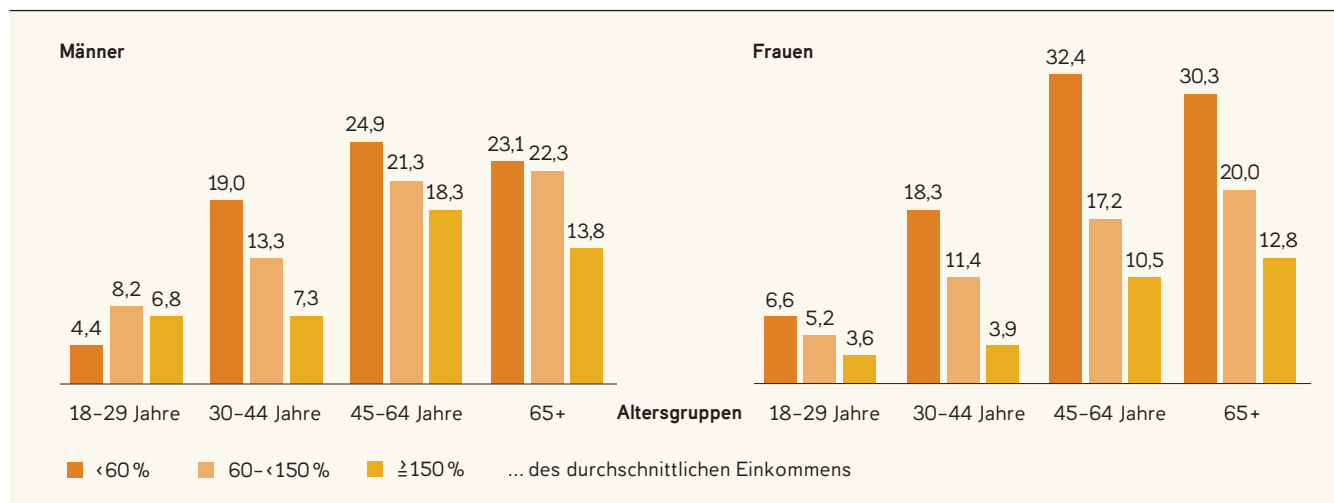
der sozialen Absicherung. Neben den materiellen Aspekten ist aber auch auf die Bedeutung des Einkommens für die soziale Integration und soziokulturelle Teilhabe sowie für das psychosoziale Wohlbefinden und die gesundheitsbezogene Lebensqualität zu verweisen. So lässt sich zeigen, dass Personen, die einem Armutsrisiko (vgl. dazu auch die entsprechenden Abschnitte in Kapitel 6.2 und 6.3 in Band I) ausgesetzt sind, ihren allgemeinen Gesundheitszustand häufiger als weniger gut oder schlecht bewerten. Allerdings bestehen in dieser Hinsicht auch Unterschiede zwischen den Angehörigen der mittleren und höheren Einkommensgruppe. Diese Einkommensabhängigkeit zeichnet sich bei Männern und Frauen in allen betrachteten Altersgruppen deutlich ab. Bei statistischer Kontrolle des Alters-effektes zeigt sich, dass bei Männern aus der armutsgefährdeten Gruppe das Risiko eines weniger guten bis schlechten allgemeinen Gesundheitszustandes im Verhältnis zu Männern aus der hohen Ein-

Abb. 1: Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes (»weniger gut« oder »schlecht«) nach drei Einkommensgruppen, in %



Datenbasis: SOEP 2009.

Abb. 2: Adipositas (BMI \geq 30) nach Einkommen, in %



Datenbasis: GEDA 2009.

kommensgruppe um den Faktor 2,7 erhöht ist. Bei Frauen beträgt das entsprechende Verhältnis 2,2:1. → [Abb. 1](#)

Bezüglich der Verbreitung chronischer Krankheiten und Beschwerden lässt sich für die Altersspanne ab 45 Jahre festhalten, dass viele Erkrankungen in der Armutsrisikogruppe vermehrt auftreten, so z. B. Herzinfarkt, Schlaganfall, Angina pectoris, Hypertonie, Diabetes, chronische Bronchitis, chronische Lebererkrankung, Osteoporose, Arthrose und Depression. Bei Männern ist außerdem ein Zusammenhang zwischen Armutsrisiko und Herzinsuffizienz, Arthritis sowie chronischer Niereninsuffizienz festzustellen. Bei Frauen in der Armutsrisikogruppe treten neben den zuvor genannten Erkrankungen und Beschwerden auch vermehrt Asthma bronchiale und erhöhte Blutfettwerte auf.

Viele chronische Krankheiten und Beschwerden können auf Risikofaktoren zurückgeführt werden, die mit dem Gesundheitsverhalten in Zusammenhang stehen. Neben dem Tabak- und Alkoholkonsum sowie körperlicher Inaktivität und Fehlernährung gilt dies auch für Übergewicht, insbesondere für Adipositas als starker Ausprägungsform (Body-Mass-Index größer als 30 – siehe dazu auch Kapitel 9.1.5). Wie die Daten deutlich ma-

chen, sind Männer und Frauen, die einem Armutsrisiko ausgesetzt sind, in fast allen Altersgruppen deutlich häufiger adipös als Männer und Frauen aus den höheren Einkommensgruppen. Bei statistischer Kontrolle des Alterseffektes haben Männer aus der niedrigen im Vergleich zu Männern aus der hohen Einkommensgruppe ein um den Faktor 1,6 erhöhtes Risiko adipös zu sein. Bei Frauen aus der niedrigen Einkommensgruppe ist das Risiko sogar um den Faktor 3,3 erhöht.

→ [Abb. 2](#)

Aufschluss über Einkommensunterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung geben Daten des SOEP. Demnach haben Männer und Frauen, deren Einkommen

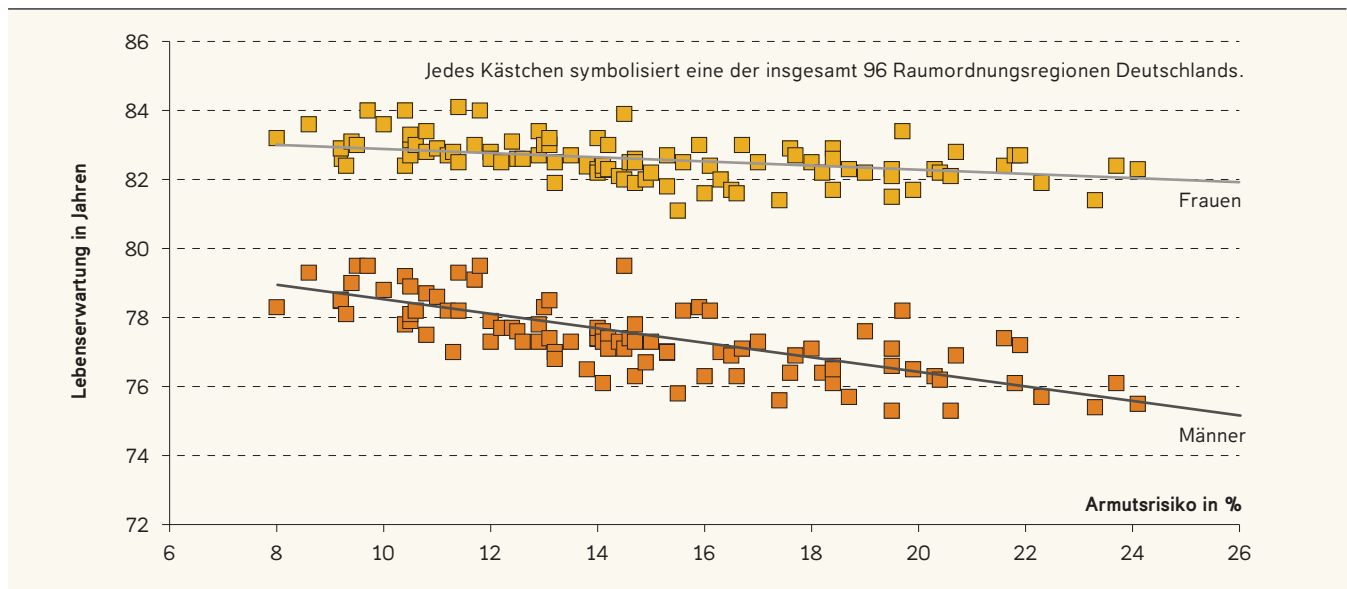
unterhalb der Armutsrisikogrenze liegt, im Verhältnis zur hohen Einkommensgruppe ein um das 2,7- bzw. 2,4-fach erhöhtes Mortalitätsrisiko. Die mittlere Lebenserwartung bei Geburt von Männern der niedrigen Einkommensgruppe liegt fast elf Jahre unter der von Männern der hohen Einkommensgruppe. Bei Frauen beträgt die Differenz rund acht Jahre. Auffallend ist dabei, dass sich auch zwischen den mittleren Einkommensgruppen Unterschiede zeigen, so dass von einer graduellen Abstufung der Lebenserwartung ausgegangen werden kann. In der ferneren Lebenserwartung ab einem Alter von 65 Jahren zeichnen sich die Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen ebenfalls deutlich ab. → [Tab. 1](#)

Tab. 1: Lebenserwartung bei Geburt und ab einem Alter von 65 Jahren nach Einkommen

| Einkommen | Männer | | Frauen | |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Bei Geburt | Ab 65 Jahre | Bei Geburt | Ab 65 Jahre |
| | in Jahren | | | |
| < 60 % des durchschn. Einkommens | 70,1 | 12,3 | 76,9 | 16,2 |
| 60- < 80 % des durchschn. Einkommens | 73,4 | 14,4 | 81,9 | 19,8 |
| 80- < 100 % des durchschn. Einkommens | 75,2 | 15,6 | 82,0 | 19,9 |
| 100- < 150 % des durchschn. Einkommens | 77,2 | 17,0 | 84,4 | 21,8 |
| \geq 150 % des durchschn. Einkommens | 80,9 | 19,7 | 85,3 | 22,5 |
| Insgesamt | 75,3 | 15,7 | 81,3 | 19,3 |

Datenbasis: SOEP und Periodensterbetafeln 1995-2005.

Abb. 3: Zusammenhang zwischen mittlerer Lebenserwartung bei Geburt und Armutsrisikoquote auf Ebene der Raumordnungsregionen, in %



Datenbasis: INKAR 2009, Mikrozensus 2009.

Auch auf sozialräumlicher Ebene ist der Zusammenhang zwischen Einkommen und Lebenserwartung zu beobachten. Im Allgemeinen gilt, dass die mittlere Lebenserwartung bei Geburt in den Regionen mit den niedrigsten Armutsrisikoquoten am höchsten ist. Bei Männern beträgt die Differenz in der Lebenserwartung zwischen den Regionen mit den höchsten und niedrigsten Armutsrisikoquoten etwa vier, bei Frauen etwa zwei Jahre. → **Abb. 3**

9.3.2 Bildung als Ressource für Gesundheit

Neben dem Einkommen besitzt auch die Bildung einen hohen Stellenwert für die Gesundheit. Durch den Zusammenhang zwischen formalen Bildungsabschlüssen und der Stellung in der Arbeitswelt ergeben sich Bezüge zu berufsbezogenen Belastungen und Ressourcen sowie zur Einkommenssituation. Bildung drückt sich außerdem in Wissen und Handlungskompetenzen aus, die eine gesundheitsförderliche Lebensweise und den Umgang mit Belastungen und Gesundheitsproblemen unterstützen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Einstellungen, Überzeugun-

gen und Werthaltungen, die sich bereits früh im Leben unter dem Einfluss der elterlichen Erziehung und der Bildungsinstitutionen entwickeln. **i**

Gesundheitliche Probleme und Krankheiten, welche die Ausübung alltäglicher Aktivitäten dauerhaft einschränken, sind mit negativen Konsequenzen für die Lebensqualität der Betroffenen verbunden, haben Auswirkungen auf ihr soziales Umfeld und stellen auch die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen. Nach den Daten der GEDA-Studie 2009 geben Personen mit niedriger

Bildung in jedem Alter vermehrt an, aufgrund einer chronischen Krankheit in der Alltagsgestaltung erheblich eingeschränkt zu sein. Im Verhältnis zur hohen Bildungsgruppe drückt sich dies bei Männern mit niedriger Bildung in einem um das 2,4-fache und bei Frauen um das 1,9-fache erhöhten Risiko für funktionelle Einschränkungen aus. → **Abb. 4**

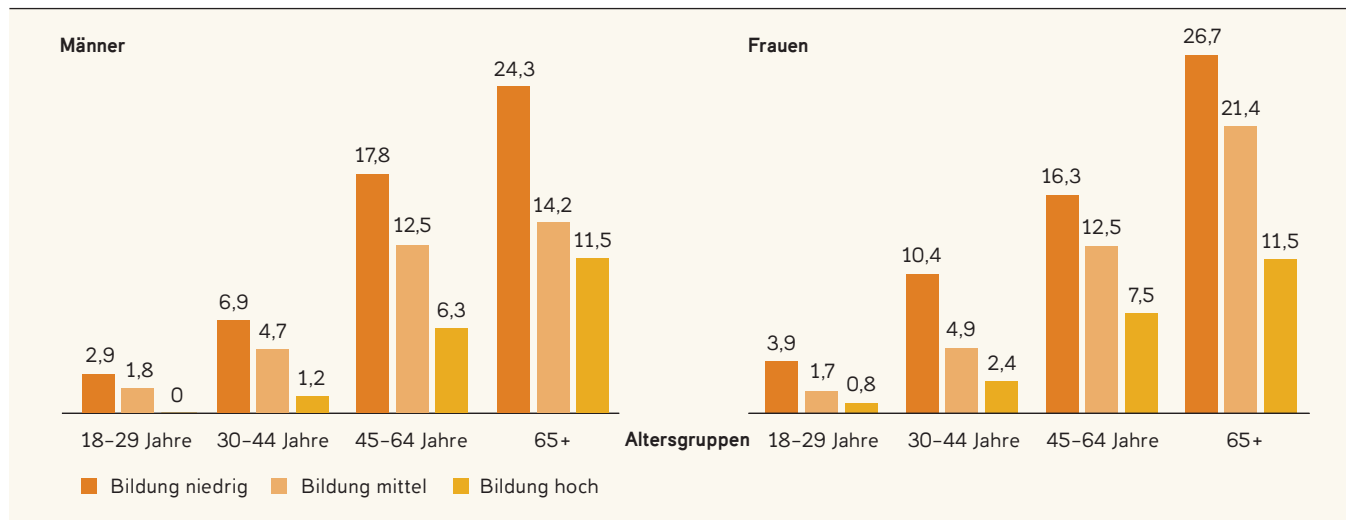
In den letzten vier Wochen immer oder oft unter starken Schmerzen gelitten zu haben, wird von Personen mit niedriger Bildung signifikant häufiger berichtet als von Personen mit mittlerer und hoher

Bildungsniveau

Zur Ermittlung des Bildungsniveaus wird im Folgenden auf die CASMIN-Klassifikation (»Comparative Analyses of Social Mobility in Industrial Nations«) zurückgegriffen, die in den 1970er Jahren für international vergleichende Analysen zur sozialen Mobilität entwickelt wurde. Im Jahr 2003 wurde eine überarbeitete Version vorgestellt, die aktuellen Entwicklungen der Bildungssysteme, insbesondere in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, Rechnung trägt. Die CASMIN-Klassifikation ist an Bildungszertifikaten orientiert, wobei sowohl schulische als auch berufsbildende Abschlüsse berücksichtigt werden. Die Bildungsabschlüsse werden entsprechend ihrer funktionalen Äquivalenz im Ländervergleich neun Kategorien zugeordnet, von denen ausgehend ein niedriges, mittleres und hohes Bildungsniveau (»primary«, »secondary« and »tertiary« education) abgegrenzt werden kann.



Abb. 4: Erhebliche krankheitsbedingte Einschränkungen in der Alltagsbewältigung nach Bildung, in %



Datenbasis: GEDA 2009.

Bildung. Der Zusammenhang zwischen Bildung und Schmerzen ist bei Männern und Frauen in allen Altersgruppen zu beobachten. Kontrolliert man den Alterseinfluss, haben Männer der niedrigen im Vergleich zu denen der hohen Bildungsgruppe ein 2,2-mal so hohes Risiko, von starken körperlichen Schmerzen betroffen zu sein. Bei Frauen beträgt das entsprechende Verhältnis sogar 2,6 : 1. Auch zwischen der mittleren und hohen Bil-

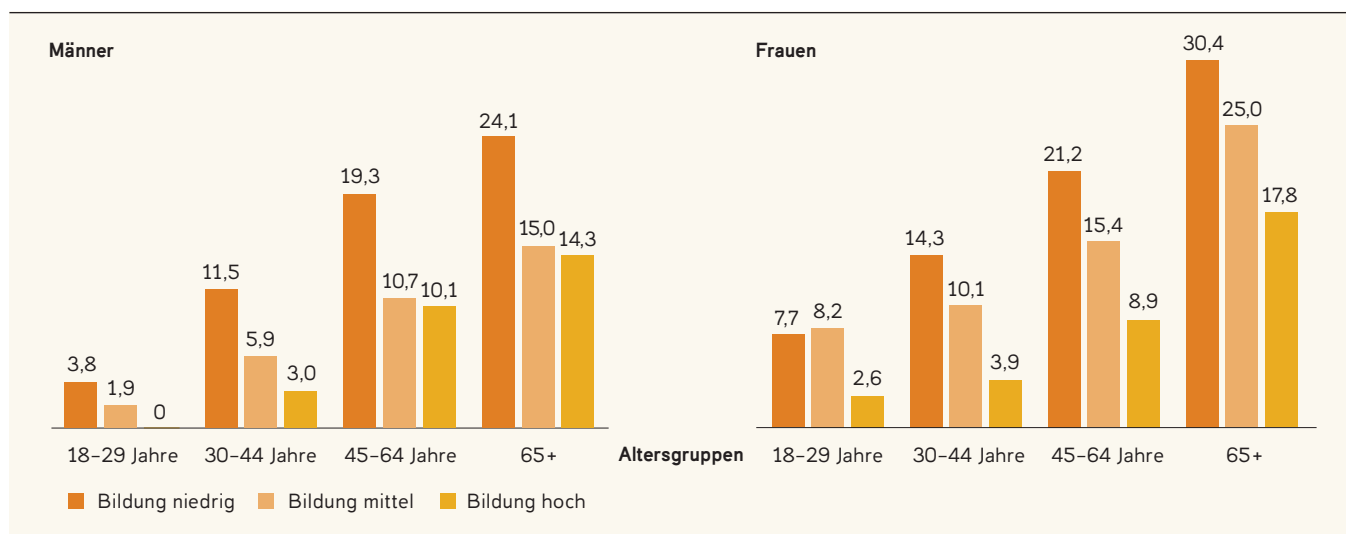
dungsgruppe sind Unterschiede im Vorkommen von Schmerzen festzustellen, die aber nur bei Frauen statistisch signifikant sind. → [Abb. 5](#)

Die Bedeutung der Bildung für das Gesundheitsverhalten lässt sich mit Befunden zum Tabakkonsum verdeutlichen. Personen mit niedriger Bildung rauchen weitaus häufiger als Personen mit mittlerer Bildung und insbesondere als Per-

sonen mit hoher Bildung. Bei statistischer Kontrolle des Alterseffektes ist das Risiko zu rauchen bei Männern und Frauen mit niedriger im Vergleich zu denen mit hoher Bildung um den Faktor 1,9 bzw. 2,3 erhöht. An den Anteilen der ehemaligen Raucher und Raucherinnen kann ersehen werden, dass Personen mit niedriger Bildung zudem seltener bzw. später das Rauchen wieder aufgeben.

→ [Tab. 2](#)

Abb. 5: Starke körperliche Schmerzen in den letzten vier Wochen (»immer« oder »oft«) nach Bildung, in %



Datenbasis: SOEP 2008.

Tab. 2: Rauchverhalten nach Bildung

| | Männer | | | Frauen | | |
|--------------------|---------|-----------|------------|--------------|----------------|-----------------|
| | Raucher | Exraucher | Nieraucher | Raucherinnen | Exraucherinnen | Nieraucherinnen |
| | in % | | | | | |
| 18-29 Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 43,9 | 10,7 | 45,3 | 40,0 | 11,2 | 48,8 |
| Mittlere Bildung | 43,9 | 14,7 | 41,4 | 39,1 | 14,9 | 46,0 |
| Hohe Bildung | 36,2 | 16,1 | 47,8 | 23,5 | 17,4 | 59,1 |
| 30-44 Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 54,3 | 25,8 | 19,9 | 49,5 | 19,2 | 31,3 |
| Mittlere Bildung | 47,0 | 22,1 | 30,9 | 33,9 | 21,7 | 44,4 |
| Hohe Bildung | 28,6 | 25,2 | 46,2 | 22,9 | 21,3 | 55,8 |
| 45-64 Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 38,7 | 34,1 | 27,2 | 34,6 | 20,7 | 44,7 |
| Mittlere Bildung | 38,1 | 36,2 | 25,6 | 30,4 | 26,9 | 42,7 |
| Hohe Bildung | 26,6 | 37,5 | 35,9 | 21,0 | 29,3 | 49,8 |
| 65+ Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 16,8 | 44,0 | 39,2 | 8,9 | 16,2 | 74,9 |
| Mittlere Bildung | 14,3 | 51,7 | 34,0 | 8,3 | 19,0 | 72,7 |
| Hohe Bildung | 11,0 | 48,9 | 40,1 | 9,4 | 26,6 | 64,0 |

Auch in der sportlichen Aktivität treten Unterschiede nach dem Bildungsniveau zutage. In den letzten drei Monaten keinen Sport getrieben zu haben, trifft auf Personen mit niedriger Bildung deutlich

häufiger zu als auf Personen mit mittlerer und hoher Bildung. Dies gilt für alle betrachteten Altersgruppen mit Ausnahme der 18- bis 29-jährigen Männer. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen

Alterszusammensetzung der Bildungsgruppen lässt sich feststellen, dass Männer mit niedriger Bildung im Vergleich zu Männern mit hoher Bildung ein 3,1-mal höheres Risiko aufweisen, keinen Sport

Tab. 3: Sportliche Aktivität in den letzten drei Monaten nach Bildung

| | Männer | | | Frauen | | |
|--------------------|------------|-----------------------|----------------------|------------|-----------------------|----------------------|
| | Kein Sport | < 2 Stunden pro Woche | 2+ Stunden pro Woche | Kein Sport | < 2 Stunden pro Woche | 2+ Stunden pro Woche |
| | in % | | | | | |
| 18-29 Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 13,9 | 13,3 | 72,8 | 24,1 | 22,0 | 53,9 |
| Mittlere Bildung | 16,5 | 14,5 | 69,0 | 20,9 | 23,2 | 55,9 |
| Hohe Bildung | 13,8 | 18,9 | 67,3 | 18,7 | 28,7 | 52,6 |
| 30-44 Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 51,5 | 16,6 | 31,9 | 50,6 | 17,7 | 31,7 |
| Mittlere Bildung | 37,5 | 20,8 | 41,7 | 35,7 | 23,8 | 40,5 |
| Hohe Bildung | 17,8 | 24,1 | 58,1 | 23,3 | 31,2 | 45,5 |
| 45-64 Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 57,6 | 8,1 | 34,3 | 48,2 | 21,6 | 30,2 |
| Mittlere Bildung | 43,1 | 17,6 | 39,3 | 32,9 | 22,0 | 45,1 |
| Hohe Bildung | 28,3 | 20,6 | 51,1 | 21,3 | 24,1 | 54,6 |
| 65+ Jahre | | | | | | |
| Niedrige Bildung | 65,3 | 12,1 | 22,5 | 54,4 | 22,2 | 23,4 |
| Mittlere Bildung | 56,7 | 11,2 | 32,1 | 44,5 | 22,7 | 32,8 |
| Hohe Bildung | 37,9 | 13,8 | 48,3 | 29,0 | 24,6 | 46,4 |

Datenbasis: GEDA 2009.

zu treiben. Frauen in der niedrigen Bildungsgruppe sind 2,7-mal häufiger sportlich inaktiv als Frauen aus der höher gebildeten Vergleichsgruppe. → Tab. 3

Unterschiede zeigen sich darüber hinaus in Bezug auf die Inanspruchnahme von Präventionsangeboten, das Gesundheitswissen und die Krankheitsbewältigung. Beispielsweise nehmen Personen mit niedriger Bildung seltener an den Krebsfrüherkennungsuntersuchungen und anderen Präventionsangeboten teil, die zum größten Teil zum Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gehören, also ohne Zuzahlungen in Anspruch genommen werden können. Personen mit niedriger Bil-

dung kennen deutlich weniger typische Symptome für Schlaganfall und Herzinfarkt als Personen mit mittlerer und hoher Bildung. Interessant ist auch, dass Diabetiker mit niedriger Bildung seltener an Diabetikerschulungen teilnehmen und weitaus größere Schwierigkeiten haben, die Behandlung der Erkrankung im Alltag umzusetzen.

Die Relevanz der Bildung für die Gesundheit zeigt sich auch hinsichtlich der Lebenserwartung. Die Ergebnisse eines Vergleichs der Geburtskohorten 1925 und 1955 legen nahe, dass der allgemeine Anstieg der mittleren Lebenserwartung in engem Zusammenhang mit der Aus-

weitung der Bildungsbeteiligung der Bevölkerung zu sehen ist. Männer im Alter von 45 Jahren, die das Abitur oder Fachabitur erworben haben, leben im Durchschnitt 5,3 Jahre länger als gleichaltrige Männer mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss.

9.3.3 Arbeitsweltbezogene Einflüsse auf Gesundheit

Krankheits- oder unfallbedingte Fehlzeiten sind ein zentraler Indikator arbeitsweltbezogener Einflüsse auf die Gesundheit. Sie machen auf Gesundheitsrisiken und Belastungen aufmerksam, bevor

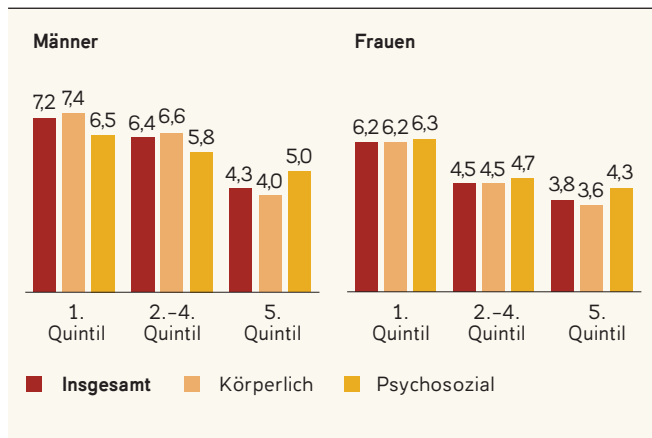
Tab. 4: Arbeitsunfähigkeitsgeschehen von Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 2009 nach Berufsgruppe (Fälle je 100 Versicherte und Tage je Fall)

| Berufsgruppen (KIdB-92) | Männer | | Frauen | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | Fälle je 100 | Tage je Fall | Fälle je 100 | Tage je Fall |
| Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker | 87,0 | 8,9 | 91,0 | 8,4 |
| Schriftwerkschaffende, künstlerische Berufe | 75,0 | 11,2 | 96,0 | 9,6 |
| Dienstleistungskaufleute | 103,0 | 9,5 | 124,0 | 9,0 |
| Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe | 96,0 | 9,9 | 115,0 | 10,0 |
| Warenkaufleute | 96,0 | 10,1 | 107,0 | 11,5 |
| Hilfsarbeiter | 104,0 | 11,0 | 112,0 | 11,5 |
| Techniker | 108,0 | 11,5 | 128,0 | 9,9 |
| Berufe der Land-, Forstwirtschaft, im Gartenbau | 104,0 | 12,3 | 101,0 | 12,0 |
| Gesundheitsdienstberufe | 98,0 | 12,4 | 114,0 | 11,4 |
| Sozial- und Erziehungsberufe | 90,0 | 11,1 | 130,0 | 11,0 |
| Elektroberufe | 124,0 | 10,9 | 151,0 | 11,8 |
| Ernährungsberufe | 93,0 | 12,4 | 122,0 | 14,2 |
| Maschinisten | 109,0 | 13,7 | 87,0 | 10,5 |
| Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung | 132,0 | 11,2 | 163,0 | 10,0 |
| Ordnungs- und Sicherheitsberufe | 102,0 | 14,9 | 111,0 | 14,0 |
| Maler, Lackierer | 135,0 | 11,5 | 171,0 | 10,1 |
| Metall- und Maschinenbauberufe | 136,0 | 11,6 | 140,0 | 10,9 |
| Berufe in der Lederherstellung, -verarbeitung | 123,0 | 12,1 | 126,0 | 13,9 |
| Ausbauberufe, Polsterer | 121,0 | 13,3 | 131,0 | 12,0 |
| Bergleute, Mineralgewinner, -aufbereiter, Steinbearbeiter, Baustoffhersteller | 119,0 | 14,0 | 108,0 | 11,7 |
| Textil- und Bekleidungsberufe | 122,0 | 13,2 | 126,0 | 13,3 |
| Verkehrsberufe | 113,0 | 14,6 | 133,0 | 13,7 |
| Hoch-, Tiefbauberufe | 116,0 | 14,5 | 132,0 | 12,3 |
| Warenprüfer, Versandfertigmacher | 129,0 | 12,5 | 142,0 | 13,9 |
| Berufe in der Papierherstellung und im Druck | 138,0 | 12,6 | 141,0 | 13,3 |
| Berufe in der Holzbearbeitung | 131,0 | 13,4 | 138,0 | 15,0 |
| Montierer | 129,0 | 13,0 | 151,0 | 14,6 |
| Chemie-, Kunststoffberufe | 143,0 | 12,6 | 159,0 | 13,4 |
| Keramik-, Glasberufe | 131,0 | 14,1 | 142,0 | 14,1 |
| Berufe in der Metallerzeugung, Gießereiberufe | 130,0 | 14,8 | 137,0 | 16,5 |

KIdB-92: Klassifikation der Berufe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 1992.

Datenbasis: BAuA, Bericht »Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2009«.

Abb. 6: Arbeitsbelastung nach Bruttostundenlohn (Quintile) bei 18- bis 64-jährigen Erwerbstätigen, Durchschnitt auf einer Skala 1–10



Datenbasis: Erwerbstätigenbefragung 2006.

Berufskrankheiten entstehen oder es zu vorzeitigen krankheitsbedingten Renteneintritten kommt. Die Fehlzeiten lassen sich zudem nach Diagnosen differenzieren und geben dadurch einen Überblick über die Krankheitslast in der erwerbstätigen Bevölkerung. Im Jahr 2009 gingen 24 % der krankheitsbedingten Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft auf Muskel- und Skeletterkrankungen zurück, 15 % auf Atemwegserkrankungen, 13 % auf Unfälle und Verletzungen, 8 % auf psychische und Verhaltensstörungen und 6 % auf Herz-Kreislauferkrankungen.

Die Daten zeigen außerdem, dass es im Jahr 2009 pro 100 Versicherte 114,3 Krankheitsfälle gab, die durchschnittlich 12,0 Tage andauerten, wobei Männer und Frauen mit manuellen Tätigkeiten oder in einfachen Dienstleistungsberufen deutlich häufiger und länger krank geschrieben waren als Männer und Frauen in hochqualifizierten und wissensbasierten Berufen. Allerdings ist zu beachten, dass in diese Statistik nur Arbeitsunfähigkeitszeiten von mehr als drei Kalendertagen eingehen, wodurch das tatsächliche Ausmaß der Fehlzeiten unterschätzt wird.

→ Tab. 4

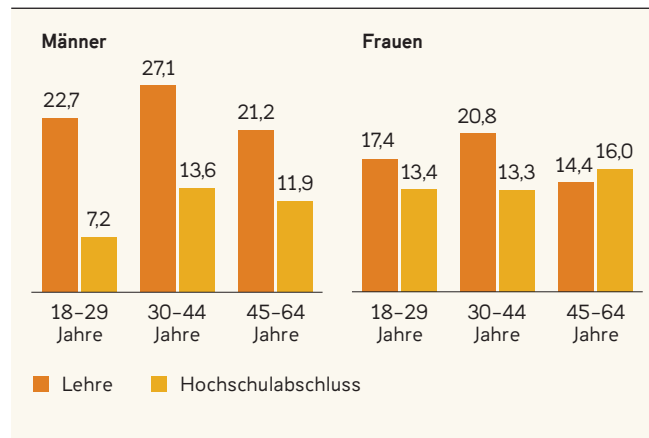
Krankheitsbedingte Fehlzeiten sind in engem Zusammenhang mit Arbeitsbelas-

tungen zu sehen. Beschäftigte mit niedrigem Berufsstatus sind sowohl körperlichen als auch psychosozialen Belastungen häufiger ausgesetzt als Beschäftigte mit höherem Berufsstatus, was u. a. auf ein Ungleichgewicht zwischen Verausgabung und Belohnung bei der Arbeit oder auch zwischen Arbeitsanforderungen und Einflussmöglichkeiten der Erwerbstätigen zurückgeführt wird.

Das Ausmaß der Arbeitsbelastung kann für das Jahr 2006 dem Lohn der Erwerbstätigen gegenübergestellt werden. Verwendet wird ein mehrdimensionaler Index, der Punktwerte zwischen 1 und 10 annehmen kann, wobei ein hoher Wert eine starke Belastung anzeigt. Das Einkommen der Beschäftigten wird über den Bruttostundenlohn erfasst. Die Beschäftigten wurden dabei nach ihrem Lohn in fünf gleich große Gruppen eingeteilt, die jeweils 20 % der Erwerbstätigen umfassen (Quintile). Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sowohl die körperliche als auch psychosoziale Arbeitsbelastung bei Männern und Frauen der niedrigen Lohngruppe stärker ist als in der mittleren und hohen Lohngruppe. → Abb. 6

Die wahrgenommene Arbeitsbelastung hängt zudem von der Qualifikation der Beschäftigten ab. Demnach fühlen sich

Abb. 7: Starke gesundheitliche Belastung durch die Arbeit bei Vollzeit-erwerbstätigen nach beruflicher Qualifikation, in %



Datenbasis: GEDA 2010.

hoch qualifizierte Erwerbstätige deutlich seltener gesundheitlich stark belastet als Erwerbstätige, die eine Lehre oder Ausbildung an einer Berufs- oder Fachschule abgeschlossen haben. Bei Männern zeigt sich dieser Zusammenhang in allen Altersgruppen, bei Frauen nur bei den Erwerbstätigen im Alter von 18 bis 44 Jahren. Im Alter von 45 bis 64 Jahren berichten hochqualifizierte Frauen sogar etwas häufiger von einer starken Belastung als Frauen, die eine Lehre absolviert haben. → Abb. 7

9.3.4 Arbeitslosigkeit und Gesundheit

Der Verlust des Arbeitsplatzes hat nicht nur Konsequenzen für die Einkommenssituation und den Lebensstandard, sondern ist auch mit psychosozialen Belastungen und einer Verminderung des Selbstwerts verbunden. Auswirkungen auf die Gesundheit sind vor allem dann zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit länger andauert und die Aussichten auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt nur gering sind. Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit ist darüber hinaus unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass gesundheitlich eingeschränkte Personen einem höheren Risiko unter-

Tab. 5: Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte nach Diagnose und Versicherungsstatus im Jahr 2009

| Diagnosen | Männer | | | Frauen | | |
|---|-------------------------|-------------------------|-----------------|-------------------------|-------------------------|-----------------|
| | Angestellte Tage je 100 | Arbeitslose Tage je 100 | Verhältnis in % | Angestellte Tage je 100 | Arbeitslose Tage je 100 | Verhältnis in % |
| Psychische und Verhaltensstörungen | 121 | 406 | 335 | 194 | 678 | 350 |
| Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten | 7 | 23 | 330 | 9 | 21 | 242 |
| Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes | 202 | 630 | 312 | 223 | 636 | 286 |
| Krankheiten des Nervensystems | 19 | 56 | 290 | 32 | 71 | 227 |
| Krankheiten des Kreislaufsystems | 54 | 125 | 234 | 39 | 80 | 205 |
| Neubildungen | 31 | 66 | 212 | 63 | 103 | 163 |
| Krankheiten der Haut und der Unterhaut | 14 | 27 | 199 | 12 | 19 | 162 |
| Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde | 36 | 65 | 181 | 55 | 80 | 146 |
| Verletzungen und Vergiftungen | 125 | 216 | 181 | 107 | 145 | 146 |
| Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen | 18 | 26 | 173 | 35 | 42 | 136 |
| Krankheiten des Urogenitalsystems | 10 | 16 | 163 | 36 | 40 | 111 |
| Krankheiten des Auges | 8 | 12 | 156 | 7 | 10 | 138 |
| Krankheiten des Verdauungssystems | 69 | 90 | 132 | 73 | 93 | 127 |
| Krankheiten des Ohres | 12 | 16 | 129 | 13 | 14 | 105 |
| Infektiöse und parasitäre Krankheiten | 47 | 36 | 78 | 55 | 41 | 75 |
| Krankheiten des Atmungssystems | 193 | 136 | 70 | 251 | 174 | 69 |
| Insgesamt | 967 | 1953 | 202 | 1 240 | 2 279 | 184 |

Arbeitslos = betrachtet werden Empfänger von ALG I; Verhältnis: Verhältnis von Tagen je 100 Versicherte im Vergleich von Arbeitslosen und Angestellten.

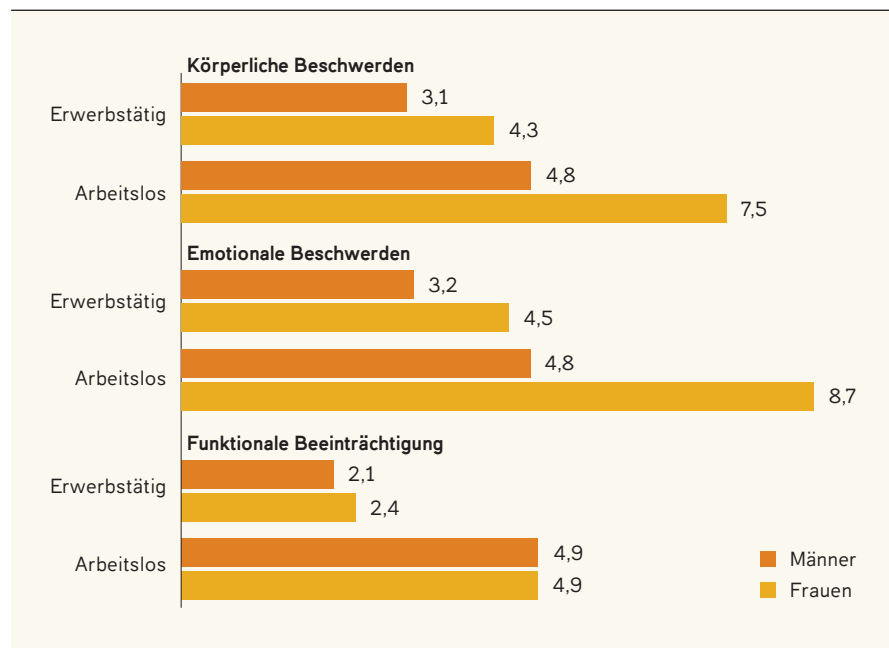
Datenbasis: BKK, »Gesundheitsreport 2010«.

liegen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und sie schlechtere Chancen auf eine berufliche Wiedereingliederung haben.

Hinweise auf Krankheiten und Beschwerden, die bei arbeitslosen Männern und Frauen vermehrt auftreten, liefert die Arbeitsunfähigkeitsstatistik der gesetzlichen Krankenkassen. Dieser kann entnommen werden, dass arbeitslose Versicherte im Jahr 2009 mit durchschnittlich 20,9 Tagen pro Mitglied deutlich häufiger arbeitsunfähig waren als pflicht- und freiwillig versicherte Beschäftigte mit 11,3 bzw. 5,8 Tagen.

Eine diagnosespezifische Betrachtung verdeutlicht, dass die Unterschiede zwischen arbeitslosen und angestellten Versicherten insbesondere bei Arbeitsunfähigkeitstagen infolge von psychischen und Verhaltensstörungen (inklusive Suchterkrankungen), Stoffwechselkrankheiten, Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und

Abb. 8: Anzahl von Tagen im letzten Monat mit körperlichen, emotionalen und funktionalen Beschwerden bei arbeitslosen und erwerbstätigen Männern und Frauen im Alter von 18–64 Jahren



Datenbasis: GEDA 2009.

Krankheiten des Nervensystems hervortreten. Die Unterschiede sind bezüglich der meisten Diagnosen bei Männern noch etwas stärker ausgeprägt als bei Frauen, bei denen sie sich aber auch deutlich abzeichnen. Zusammengefasst wurden im Jahr 2009 für arbeitslose Versicherte etwa doppelt so viele Arbeitsunfähigkeitstage verzeichnet wie für angestellte Versicherte. → **Tab. 5**

Arbeitslose sind darüber hinaus deutlich häufiger und länger von körperlichen und emotionalen Beschwerden betroffen als die Vergleichsgruppe der erwerbstätigen Männer und Frauen. Zudem sind arbeitslose Männer und Frauen, wenn sie körperliche oder emotionale Probleme haben, stärker in der Verrichtung alltäglicher Aktivitäten eingeschränkt als die Vergleichsgruppe der Erwerbstätigen. → **Abb. 8**

Beim Blick auf das Gesundheitsverhalten und die gesundheitsbezogenen Einstellungen zeigt sich, dass Arbeitslose im Vergleich zu Erwerbstätigen einen insgesamt ungesünderen Lebensstil haben. Dies lässt sich für den Tabakkonsum, die sportliche Inaktivität und Adipositas belegen. Bei statistischer Kontrolle für den Alterseffekt ist das Risiko zu rauchen bei arbeitslosen im Verhältnis zu erwerbstätigen Männern und Frauen um den

Faktor 2,9 bzw. 1,7 erhöht. Bezüglich der sportlichen Inaktivität betragen die entsprechenden Verhältnisse 3,2:1 bei Männern und 3,6:1 bei Frauen und bezüglich Adipositas 1,4:1 bzw. 2,1:1. → **Tab. 6**

Weniger eindeutig sind die Ergebnisse zum Alkoholkonsum. Lediglich die Krankenhausstatistik verweist darauf, dass Arbeitslose häufiger als Erwerbstätige in Folge der Diagnose »Psychische und Verhaltensstörungen durch Alkohol« (ICD10: F10) stationär behandelt werden. Somit scheint zumindest der Alkoholmissbrauch bei Arbeitslosen stärker verbreitet zu sein als bei Erwerbstätigen.

Die vorliegenden Studien sprechen darüber hinaus dafür, dass der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit nicht nur auf gesundheitliche Folgen von Arbeitslosigkeitserfahrungen, sondern auch auf schlechtere Beschäftigungschancen von Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen zurückzuführen ist. Nach den Ergebnissen der GEDA-Studie 2009 gehen 17 % der Männer und 15 % der Frauen mit Arbeitslosigkeitserfahrungen in den letzten fünf Jahren davon aus, dass ihre beeinträchtigte Gesundheit mit ein Grund für den Verlust des Arbeitsplatzes war. Die überwiegende Mehrheit der betroffenen Männer und Frauen berichtet außerdem,

dass sich ihr Gesundheitszustand nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit nicht wieder verbessert oder sogar noch weiter verschlechtert hat (74 % der Männer und 71 % der Frauen).

9.3.5 Migration und Gesundheit

Menschen mit Migrationshintergrund stellen eine überaus heterogene Gruppe dar, u. a. in Bezug auf Herkunftsland, Migrationserfahrung, Aufenthaltsdauer und soziale Integration (vgl. Kapitel 7.3 und 7.4 in Band I). Wenn nach Besonderheiten der gesundheitlichen Situation von Migranten gefragt wird, sind auch psychosoziale Belastungen, die sich aus der Migrationserfahrung und Schwierigkeiten der sozialen Integration ergeben, zu berücksichtigen. Außerdem spielen kulturelle Unterschiede im Gesundheits- und Krankheitsverständnis sowie die Verbreitung von Erkrankungen und Risikofaktoren im jeweiligen Herkunftsland eine Rolle.

Vergleichende Aussagen zum Krankenstand von Migranten und Nicht-Migranten sind anhand der Daten des Mikrozensus 2009 möglich. Im Alter bis 44 Jahre geben Migranten etwas seltener als die übrige Bevölkerung an, in den letzten vier Wochen krank oder unfallverletzt gewesen zu sein. Bei den 45- bis 64- und den 65-Jährigen und Älteren hingegen sind Männer und Frauen mit Migrationshintergrund etwas häufiger von einer Krankheit oder Unfallverletzung betroffen als die Vergleichsgruppen ohne Migrationshintergrund. → **Abb. 9**

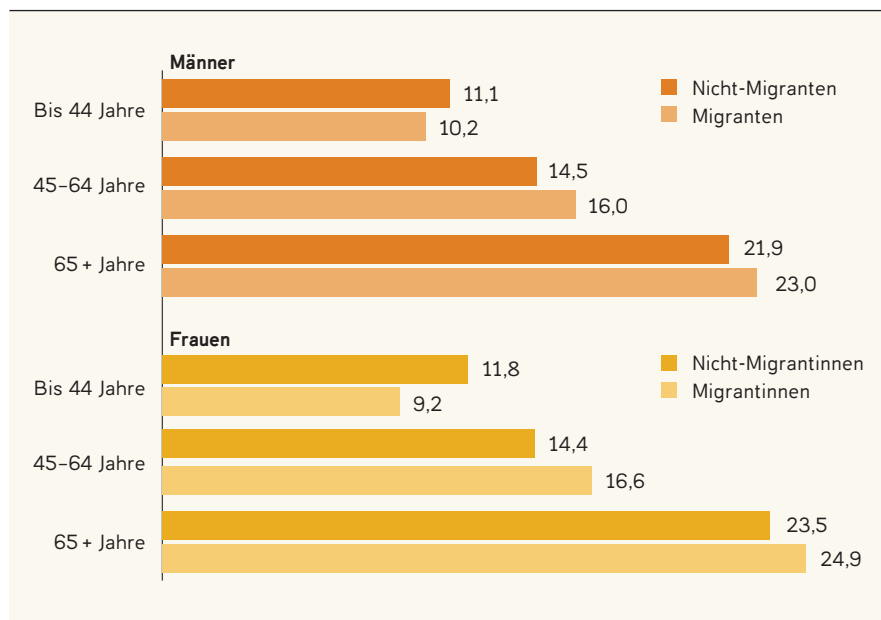
Von körperlichen Schmerzen in den letzten vier Wochen berichten Männer und Frauen mit Migrationshintergrund häufiger als die übrige Bevölkerung. Dies gilt zumindest für die 45-jährige und ältere Bevölkerung. Nach Kontrolle für die unterschiedliche Altersstruktur haben Männer und Frauen mit Migrationshintergrund allerdings ein 1,3- bzw. 1,2-fach erhöhtes Risiko, von körperlichen Schmerzen betroffen zu sein. Bei tür-

Tab. 6: Verhaltenskorrelierte Risikofaktoren bei arbeitslosen und erwerbstätigen Männern und Frauen

| | Männer | | | Frauen | | |
|--------------------|---------|------------|-----------------------|---------|------------|-----------------------|
| | Rauchen | Kein Sport | Adipositas (BMI ≥ 30) | Rauchen | Kein Sport | Adipositas (BMI ≥ 30) |
| 18–29 Jahre | | | | | | |
| Arbeitslos | 62,2 | 41,1 | 6,6 | 48,9 | 50,3 | 26,4 |
| Erwerbstätig | 43,2 | 17,5 | 11,1 | 36,2 | 17,6 | 9,7 |
| 30–44 Jahre | | | | | | |
| Arbeitslos | 66,2 | 47,8 | 29,6 | 41,6 | 49,8 | 26,9 |
| Erwerbstätig | 37,7 | 22,6 | 19,9 | 32,0 | 26,4 | 17,6 |
| 45–64 Jahre | | | | | | |
| Arbeitslos | 59,9 | 63,0 | 39,8 | 43,7 | 65,4 | 44,3 |
| Erwerbstätig | 33,9 | 34,6 | 29,6 | 30,2 | 33,4 | 27,9 |

Datenbasis: SOEP 2008 (Rauchen und Adipositas) und 2009 (Kein Sport).

Abb. 9: Kranke und Unfallverletzte nach Migrationshintergrund, in %



Datenbasis: Mikrozensus 2009.

kischstämmigen Männern und Frauen war das Risiko sogar um das 2,0- bzw. 2,1-fache erhöht. → Abb. 10

Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich auch bei verhaltensbedingten Gesundheitsrisiken beobachten. Dabei lässt sich zeigen, dass Migranten und Migrantinnen häufiger adipös sind. Allerdings

treten diese Unterschiede erst ab einem Alter von 45 Jahren und insbesondere bei Frauen zutage. → Abb. 11

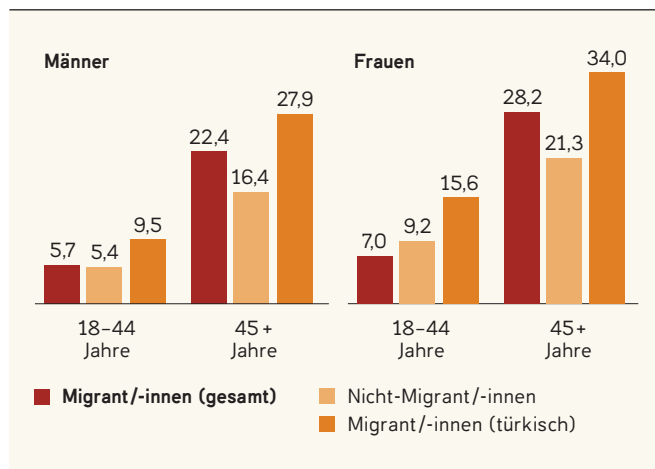
Beim Rauchverhalten von Migranten bestehen ebenfalls ausgeprägte, aber geschlechtsspezifische Unterschiede zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Der Anteil aktueller Raucher liegt bei Männern mit Migrationshintergrund in

allen Altersgruppen deutlich über dem der Männer ohne Migrationshintergrund (36 % gegenüber 29 %). Bei Migrantinnen ist der Anteil dagegen etwas niedriger als bei Frauen ohne Migrationshintergrund (20 % gegenüber 21 %).

Menschen mit Migrationshintergrund stellen eine zunehmend an Bedeutung gewinnende Nutzergruppe des medizinischen und pflegerischen Versorgungssystems dar. Dabei unterscheiden sie sich in ihrem Inanspruchnahmeverhalten und in ihren Bedürfnissen von der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die vorliegenden Studien zeigen, dass Migranten und Migrantinnen in bestimmten Situationen häufiger Rettungstellen als Hausärzte aufsuchen, seltener Vorsorgeleistungen in Anspruch nehmen und im Falle eines in der Familie aufgetretenen Pflegefalls seltener auf ambulante Pflegedienste zurückgreifen. Außerdem ist festzustellen, dass Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit seltener Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation in Anspruch nehmen sowie einen geringeren Rehabilitationserfolg und höhere Frühberentungsquoten aufweisen.

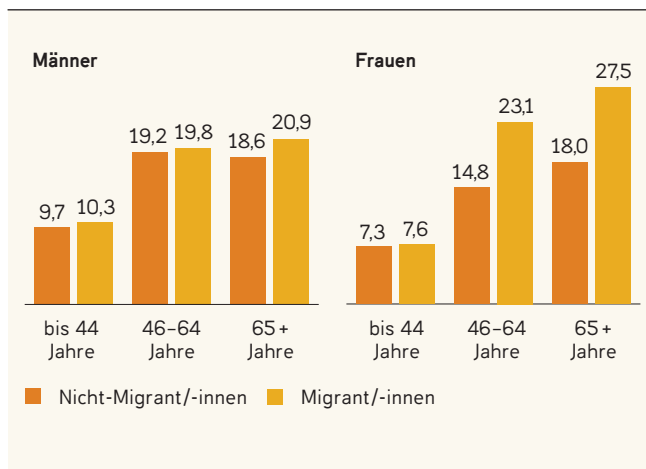
Mit Daten der gesetzlichen Rentenversicherung kann die fernere Lebenserwartung ab einem Alter von 60 Jahren ana-

Abb. 10: Starke körperliche Schmerzen in den letzten vier Wochen (»immer«/»oft«) nach Migrationshintergrund



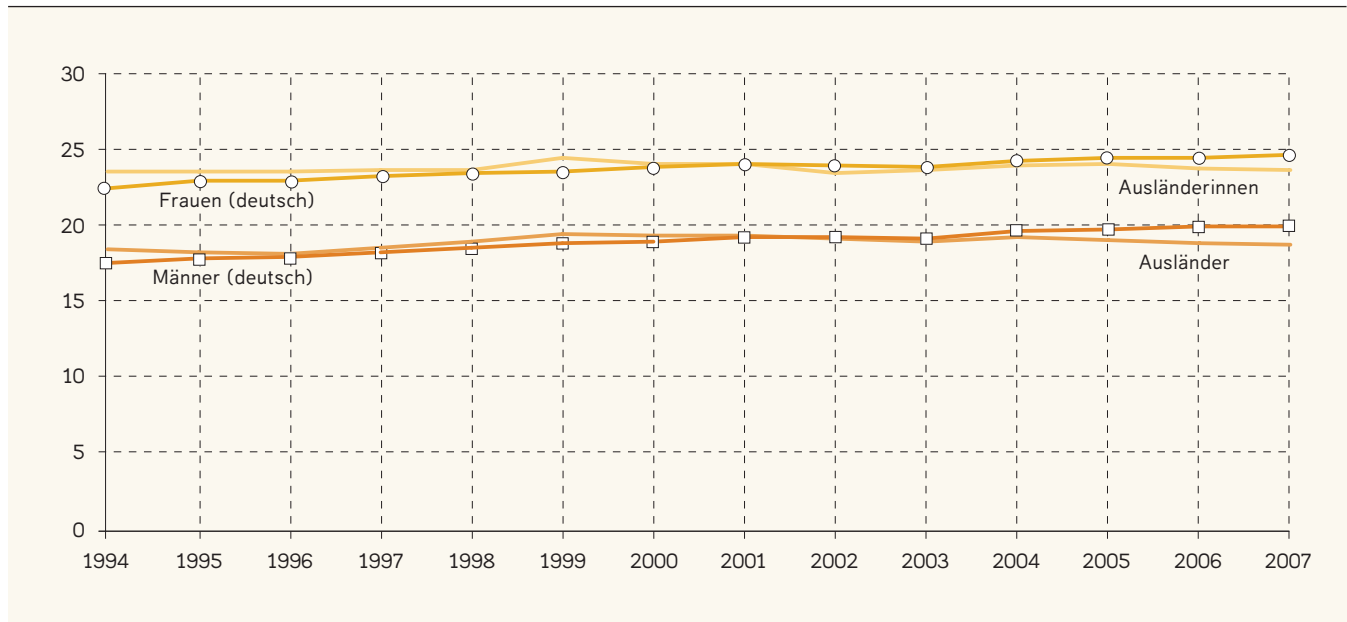
Datenbasis: SOEP 2008.

Abb. 11: Adipositas (BMI≥30) nach Migrationshintergrund



Datenbasis: Mikrozensus 2009.

Abb. 12: Fernere Lebenserwartung ab einem Alter von 60 Jahren bei Deutschen und Ausländern



Datenbasis: Gesetzliche Rentenversicherung 1994–2007, BAMF-Bericht »Morbidity und Mortalität von Migranten in Deutschland« 2011.

lysiert werden. Im Zeitraum von 1994 bis 2001 lag diese bei ausländischen Rentenempfängern etwas höher als bei deutschen Rentenempfängern. In den Folgejahren hat sich der Trend umgekehrt. Im Jahr 2007 betrug die Differenz 1,2 bzw. 1,0 Jahre zu Ungunsten ausländischer Männer und Frauen. → **Abb. 12**

Eine nach Krankheitsgruppen differenzierende Analyse der häufigsten Todesursachen im Jahr 2008 kommt zu dem Ergebnis, dass in der deutschen Bevölkerung die meisten Sterbefälle auf Herz-Kreislaufkrankungen zurückzuführen sind, während in der ausländischen Bevölkerung der größte Teil der Sterbefälle auf Krebserkrankungen zurückgeht.

9.3.6 Zeitliche Entwicklungen und Trends

Zeitliche Entwicklungen und Trends der gesundheitlichen Ungleichheit in Deutschland sind bislang nur vereinzelt untersucht worden. Mit den Daten des SOEP lassen sich Veränderungen in der Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesund-

heitszustandes im Zeitraum von 1994 bis 2009 untersuchen. Für die 18- bis 64-jährige Bevölkerung zeigt sich im Vergleich von drei Beobachtungszeiträumen (1994 bis 1999, 2000 bis 2005 und 2006 bis 2009), dass in der niedrigen Einkommensgruppe der Anteil der Männer und Frauen, die ihren allgemeinen Gesundheitszustand als weniger gut oder schlecht beurteilen, im Verlauf der letzten 15 Jahre zugenommen hat. In der hohen Ein-

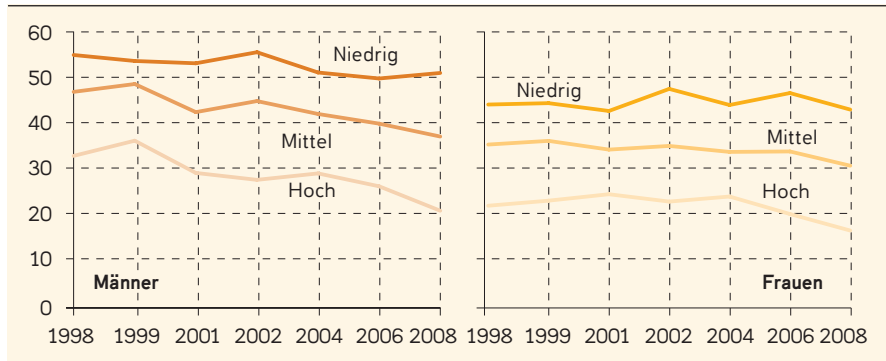
kommensgruppe und bei Frauen auch in der mittleren Einkommensgruppe ist eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Bezüglich des Risikos eines weniger guten oder schlechten allgemeinen Gesundheitszustandes lässt sich nach Kontrolle des Alterseinflusses die Aussage treffen, dass die Differenz zwischen der niedrigen und hohen Einkommensgruppe bei Männern um 46 % und bei Frauen um 39 % zugenommen hat. → **Tab. 7**

Tab. 7: Entwicklung der Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes (»weniger gut« oder »schlecht«) bei 18- bis 64-jährigen Männern und Frauen nach drei Einkommensgruppen

| | Einkommen | | |
|---|-----------|-----------|-----------|
| | 1994-1999 | 2000-2005 | 2006-2009 |
| | in % | | |
| Männer | | | |
| < 60 % des durchschnittl. Einkommens | 20,0 | 22,8 | 22,3 |
| 60- < 150 % des durchschnittl. Einkommens | 13,4 | 13,7 | 13,8 |
| ≥ 150 % des durchschnittl. Einkommens | 10,7 | 9,7 | 9,8 |
| Frauen | | | |
| < 60 % des durchschnittl. Einkommens | 21,5 | 20,8 | 22,8 |
| 60- < 150 % des durchschnittl. Einkommens | 16,0 | 14,4 | 14,8 |
| ≥ 150 % des durchschnittl. Einkommens | 12,9 | 11,7 | 11,6 |

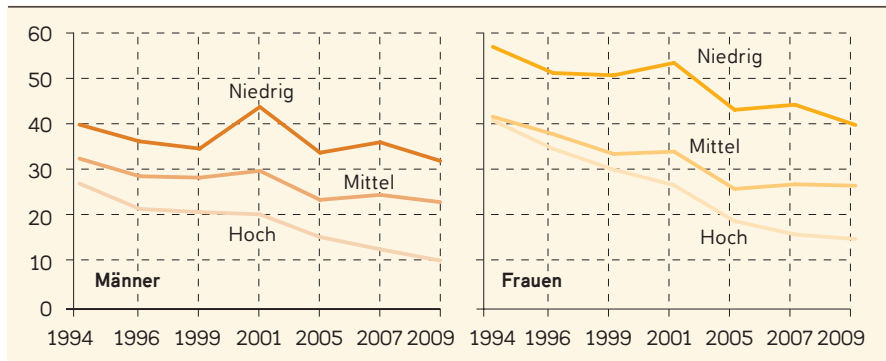
Datenbasis: SOEP 1994–2009.

Abb. 13: Entwicklung des Rauchens bei 18- bis 44-jährigen Männern und Frauen nach Bildung, in %



Datenbasis: SOEP 1998-2008.

Abb. 14: Entwicklung der sportlichen Inaktivität bei 18- bis 44-jährigen Männern und Frauen nach Bildung, in %



Nie aktiv vs. wöchentlich, monatlich, seltener.

Datenbasis: SOEP 1994-2009.

Darüber hinaus können zeitliche Entwicklungen und Trends im Rauchverhalten und in der sportlichen Aktivität untersucht werden. Für den Zeitraum 1998 bis 2008 weisen die Daten auf einen deutlichen Rückgang des Rauchens hin, und zwar insbesondere in den jüngeren Altersgruppen. Dabei zeigt sich, dass dieser Rückgang bei Männern und Frauen mit höherer Bildung früher einsetzte und auch stärker ausfiel als bei Männern und Frauen mit niedriger Bildung. Infolgedessen haben die Unterschiede im Rauchverhalten der Bildungsgruppen weiter zugenommen, bezogen auf das alterskontrollierte Risiko um 50 % bei Männern und um 40 % bei Frauen. → Abb. 13

Für die Sportbeteiligung ist im Zeitraum 1994 bis 2009 eine deutliche Zunahme festzustellen. Dabei fällt auf, dass in der Altersspanne von 18 bis 44 Jahren der Anteil der Männer und Frauen, die in

den letzten vier Wochen keinen Sport getrieben haben, in allen Bildungsgruppen abgenommen hat. Bei Personen mit hoher Bildung zeichnet sich diese Entwicklung aber noch deutlicher ab als bei Personen mit mittlerer und niedriger Bildung. Nach Kontrolle des Alterseffektes kann die Zunahme des Risikos für sportliche Inaktivität im Vergleich der niedrigen zur hohen Bildungsgruppe bei Männern mit 61 % und bei Frauen mit 72 % beziffert werden. → Abb. 14

9.3.7 Zusammenfassung

In den letzten Jahren ist die gesundheitliche Ungleichheit zu einem zentralen Thema der Forschung, Berichterstattung und Politik geworden. Die präsentierten Ergebnisse zeigen eindrücklich, dass viele Krankheiten und Beschwerden bei Personen mit geringem Einkommen, un-

zureichender Bildung und niedriger beruflicher Stellung vermehrt vorkommen. Darüber hinaus schätzen sie ihren allgemeinen Gesundheitszustand und ihre gesundheitsbezogene Lebensqualität schlechter ein. Ein Grund hierfür dürften die beobachteten Unterschiede im Gesundheitsverhalten sein, z. B. in Bezug auf den Tabak- und Alkoholkonsum, die Ernährung und körperlich-sportliche Aktivität sowie zum Teil auch der Inanspruchnahme von Präventions- und Versorgungsangeboten. Die stärkere Verbreitung von Krankheiten, Gesundheitsproblemen und Risikofaktoren findet letztlich in einer höheren vorzeitigen Sterblichkeit und geringeren Lebenserwartung der benachteiligten Einkommens-, Bildungs- und Berufsgruppen einen markanten Ausdruck. Darüber hinaus ist Arbeitslosigkeit mit einer schlechteren Gesundheit assoziiert. Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Gesundheit sind zum einen unter materiellen Aspekten zu sehen, z. B. dem engeren finanziellen Handlungsspielraum und dem geringeren Lebensstandard. Zum anderen sind psychosoziale Belastungen von Bedeutung, die z. B. aus Zukunftssorgen oder Ausgrenzungserfahrungen resultieren können.

Menschen mit Migrationshintergrund weisen in einigen Bereichen eine schlechtere Gesundheit als die übrige Bevölkerung auf. Auch in Bezug auf die Prävention und die medizinische und pflegerische Versorgung stellt sich die Situation von Migranten und Migrantinnen zum Teil ungünstiger dar als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Von einer generellen gesundheitlichen Benachteiligung von Migranten und Migrantinnen kann aber nicht gesprochen werden. Die vorliegenden Forschungsergebnisse legen eine differenzierte Bewertung nahe, wobei neben den jeweiligen Lebensbedingungen und Teilhabechancen auch kulturelle Besonderheiten, die Migrationserfahrungen sowie die soziale und gesundheitliche Lage im Herkunftsland berücksichtigt werden sollten.

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland soll dazu beitragen, allen Bürgerinnen und Bürgern ein menschenwürdiges Dasein zu sichern. Hierzu gehören das Schaffen von gleichen Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, sowie der Schutz und die Förderung der Familie. Zudem soll sie den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abwenden oder ausgleichen.

Ein hoher Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit) fließt daher heute in die soziale Sicherung. Seit einigen Jahren wird jedoch – auch angesichts von Finanzierungsfragen – eine rege Debatte über Reformen der Sozialsysteme geführt. Beispiele hierfür sind die vorgesehene Erhöhung des Rentenzugangsalters, die vom Bundesverfassungsgericht auferlegte Neuberechnung der Hartz-IV-Regelsätze durch die Bundesregierung oder die Diskussion über die weitere Ausgestaltung der Pflegeversicherung. Auch die Familienpolitik steht im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion: So wurde zum 1. Januar 2007 das Bundeserziehungsgeld durch das Bundeselterngeld abgelöst.


Darstellung im Sozialbudget

Um eine Vergleichbarkeit der einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (vgl. Kap. 4) zu ermöglichen, werden für die Darstellung im Sozialbudget die Leistungen und deren Finanzierung bereinigt.

Aus diesem Grund und wegen methodischer Unterschiede weichen die Angaben (z. B. zur Rentenversicherung) von den in folgenden Abschnitten dargestellten Angaben ab. Beispielsweise werden im Sozialbudget die Sozialleistungen insgesamt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und -empfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen bereinigt.

9.4.1 Das Sozialbudget

Einen Überblick über das System der sozialen Sicherung bietet das Sozialbudget der Bundesregierung. Hier werden die verschiedenen Leistungen des Sicherungssystems jährlich zusammengestellt. Außerdem ist die Höhe der jeweiligen Finanzierung durch öffentliche Zuweisungen sowie durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber ablesbar.

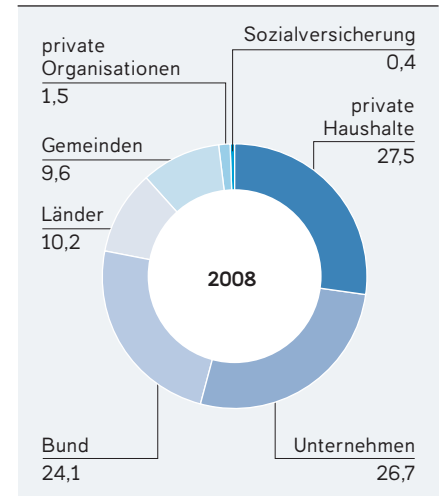
Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 2008 für Deutschland auf rund 723,4 Mrd. Euro. Die Sozialleistungsquote, das Verhältnis dieser Sozialleistungen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2008 für Deutschland 29 %. 

Wer finanziert das soziale Netz? Drei große Beitragszahler sind auszumachen: Der Staat (Bund, Länder und Gemeinden), die Arbeitgeber und die privaten Haushalte.

→ **Abb. 1**

2008 hatten die »Sozialversicherungssysteme« den größten Anteil am Sozialbudget. Die Leistungen der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung sowie der Rentenversicherung beliefen sich dabei zusammen auf 439,5 Mrd. Euro. Die »Förder- und Fürsorgesysteme« bildeten mit 133,0 Mrd. Euro das zweit-

Abb. 1: Finanzierung des Sozialbudgets 2008, in %



Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mai 2010.

größte System im Sozialbudget. Zu diesem Leistungsbereich gehören das Kindergeld und der Familienleistungsausgleich sowie das Erziehungsgeld/Elterngeld. Außerdem ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende, die Arbeitslosenhilfe/sonstige Arbeitsförderung und die Ausbildungs- und Aufstiegsförderung hier zugeordnet. Des Weiteren werden hier die Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe und das Wohn-geld zugerechnet.

Durch die »Arbeitgebersysteme« wurden insgesamt 60,6 Mrd. Euro aufgewendet. Hierzu zählen die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall, die betriebliche Altersversorgung und die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie sonstige Arbeitgeberleistungen (z. B. Bereitstellung von Betriebswohnungen). Die »Systeme des öffentlichen Dienstes« hatten 2008 mit 53,4 Mrd. Euro einen Anteil von knapp 7 % am Sozialbudget. Wie bei den »Sozialversicherungssystemen« steht auch hier die Altersversorgung, und zwar die des öffentlichen Dienstes, im Vorder-

grund. Die Bedeutung der »Entschädigungssysteme« verliert mit zunehmendem Abstand von den Ereignissen in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 an Gewicht. 2008 wurden 3,6 Mrd. Euro

für Entschädigungen verschiedener Art ausgegeben. → Tab.1

Die so genannten »Sondersysteme«, das heißt die Alterssicherung der Landwirte

(2008: 3,0 Mrd. Euro), die Versorgungswerke für freiberuflich Tätige (2008: 3,5 Mrd. Euro) und die Private Altersvorsorge (2008: 0,1 Mrd. Euro) umfassten zusammen knapp 1 % des Sozialbudgets.

Tab. 1: Leistungen des Sozialbudgets 2008

| | Leistungen insgesamt in Mrd. EUR | Finanzierung durch | | |
|---|-------------------------------------|--|--------------------------------|-----------------------|
| | | Sozialbeiträge der Versicherten ¹ | Sozialbeiträge der Arbeitgeber | Zuschüsse des Staates |
| | | in Mill. EUR | | |
| Sozialbudget insgesamt² | 723,4 | 173 670 | 256 361 | 291 252 |
| Sozialversicherungssysteme | 439,5 | 153 623 | 162 949 | 91 965 |
| Rentenversicherung | 244,8 | 77 645 | 81 245 | 79 492 |
| Krankenversicherung | 158,9 | 54 154 | 51 677 | 3 805 |
| Pflegeversicherung | 19,1 | 7 216 | 6 939 | - |
| Unfallversicherung | 11,9 | 1 339 | 9 130 | 951 |
| Arbeitslosenversicherung | 28,9 | 13 268 | 13 958 | 7 716 |
| Sondersysteme | 6,6 | 13 680 | 614 | 4 559 |
| Alterssicherung der Landwirte | 3,0 | 665 | - | 2 333 |
| Versorgungswerke | 3,5 | 6 020 | 614 | - |
| Private Altersvorsorge | 0,1 | 6 995 | - | 2 226 |
| Systeme des öffentlichen Dienstes | 53,4 | 236 | 22 929 | 27 913 |
| Pensionen | 39,1 | 236 | 13 182 | 24 378 |
| Familienzuschläge | 3,0 | - | - | 2 272 |
| Beihilfen | 11,4 | - | 9 747 | 1 262 |
| Arbeitgebersysteme | 60,6 | 6 132 | 69 868 | 571 |
| Entgeltfortzahlung | 27,9 | - | 27 940 | - |
| Betriebliche Altersversorgung | 21,6 | 5 334 | 30 620 | - |
| Zusatzversorgung | 9,7 | 798 | 9 958 | 571 |
| Sonst. Arbeitgeberleistungen | 1,4 | - | 1 350 | - |
| Entschädigungssysteme | 3,6 | - | - | 3 695 |
| Soziale Entschädigung | 2,6 | - | - | 2 713 |
| Lastenausgleich | 0,0 | - | - | 46 |
| Wiedergutmachung | 0,9 | - | - | 868 |
| Sonstige Entschädigungen | 0,1 | - | - | 68 |
| Förder- und Fürsorgesysteme | 133,0 | - | - | 128 007 |
| Kindergeld und Familienleistungsausgleich | 36,7 | - | - | 36 680 |
| Erziehungsgeld/Elterngeld | 5,1 | - | - | 5 061 |
| Grundsicherung für Arbeitsuchende | 44,2 | - | - | 39 211 |
| Arbeitslosenhilfe/sonst. Arbeitsförderung | 0,4 | - | - | 399 |
| Ausbildungs- und Aufstiegsförderung | 1,8 | - | - | 1 801 |
| Sozialhilfe | 23,5 | - | - | 23 515 |
| Kinder- und Jugendhilfe | 20,6 | - | - | 20 553 |
| Wohngeld | 0,8 | - | - | 787 |
| Steuerliche Leistungen | 34,5 | - | - | 34 544 |

Vorläufige Ergebnisse.

1 Arbeitnehmer und Selbstständige.

2 Konsolidiert um die umgeleiteten Sozialbeiträge für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen zwischen den Institutionen.

Ohne Beiträge des Staates. Entsprechend sind die Gesamtsummen des Sozialbudgets niedriger als die addierten Werte aus den einzelnen Institutionen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mai 2010.

9.4.2 Gesetzliche Rentenversicherung

Die Alters- und die Hinterbliebenenversicherung werden in Deutschland insbesondere von folgenden Institutionen geleistet: gesetzliche Rentenversicherung, Pensionen im öffentlichen Dienst, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, Altershilfe für Landwirte, Versorgungswerke (z. B. für Landwirte), Zusatzversicherung für einzelne Berufe sowie vertragliche und freiwillige Arbeitgeberleistungen. Im Zuge der Einführung der Riester-Rente zum Jahresbeginn 2002 wurde zudem das System der privaten Vorsorge gestärkt. Wichtigster und umfassendster Bereich ist die gesetzliche Rentenversicherung. 2008 lagen ihre Leistungen nach dem Sozialbudget bei rund 244,8 Mrd. Euro.

Von den Mitte 2008 gezahlten 24,7 Mill. Renten waren 77 % Versichertenrenten, 23 % gingen an die Hinterbliebenen der Versicherten (Hinterbliebenenrente). Von den Gesamtausgaben für Leistungen waren die Rentenzahlungen mit 220,8 Mrd. Euro 2008 der größte Posten. Darüber hinaus wurden 14,9 Mrd. Euro für die Kranken- und Pflegeversicherung der Rentnerinnen und Rentner aufgebracht und weitere 5,1 Mrd. Euro für Leistungen zur Teilhabe.

Tab. 2: Gesetzliche Rentenversicherung 2008

| | Deutschland | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|-------------------------------------|-------|
| | Allgemeine Rentenversicherung | Knappschaftliche Rentenversicherung | |
| | in 1 000 | | |
| Rentenbestand ¹ | 24 692 | 23 642 | 1 050 |
| | in Mrd. EUR | | |
| Einnahmen | 263,3 | 248,7 | 14,6 |
| dar. Beiträge (Soll) | 180,0 | 179,1 | 0,9 |
| Ausgaben | 253,4 | 238,8 | 14,6 |
| | in EUR | | |
| Durchschnittliche Versichertenrente | | | |
| Frauen | 526 | 524 | 722 |
| Männer | 963 | 945 | 1 225 |

¹ Juli 2008. Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Die durchschnittliche monatliche Versichertenrente in der allgemeinen Rentenversicherung lag 2008 für Männer bei 945 Euro, für Frauen bei 524 Euro. Der Unterschied in der Rentenhöhe ergibt sich u. a. dadurch, dass die heute anspruchsberechtigten Frauen im Verlauf ihres Arbeitslebens im Durchschnitt geringer entlohnte Tätigkeiten ausführten. Außerdem haben viele Frauen – vor allem aus familiären Gründen – ihre Erwerbstätigkeit zeitweise unterbrochen oder frühzeitig beendet. → Tab. 2

Die Renten in Deutschland sind in ihrer Höhe breit gestreut. Im Jahr 2008 waren Versichertenrenten bei Männern von 1 253 Euro und mehr am häufigsten

(26 %), bei den Versichertenrenten der Frauen war die Größenklasse von 501 Euro bis 752 Euro am häufigsten anzutreffen (30 %). → Tab. 3

Die Rentenversicherung finanziert sich seit der Rentenreform von 1957 nach dem so genannten »Umlageverfahren«. Das bedeutet, dass die Beschäftigten von heute im Rahmen des »Generationenvertrages« die Renten der früheren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen.

Die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sind die wichtigste Finanzierungsquelle der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beitragshöhe beträgt momentan 19,9 % des Bruttolohns. Durch

Tab. 3: Verteilung der Renten nach Betragsguppen 2008

| Rentenbetrag in EUR /Monat von ... bis unter ... | Versichertenrenten | | | | Renten wegen Todes Witwen- /Witwerrenten | |
|--|--------------------|------------|---------------|--------------|--|--------------|
| | Männer | | Frauen | | in 1 000 | in % |
| | in 1 000 | in % | in 1 000 | in % | | |
| unter 50 | 113 | 1,3 | 87 | 0,8 | 182 | 3,4 |
| 50–251 | 623 | 7,3 | 2 416 | 23,2 | 843 | 15,6 |
| 251–501 | 679 | 8,0 | 2 446 | 23,5 | 1 340 | 24,8 |
| 501–752 | 1 067 | 12,6 | 3 171 | 30,4 | 1 977 | 36,6 |
| 752–1 002 | 1 736 | 20,5 | 1 598 | 15,3 | 903 | 16,7 |
| 1 002–1 253 | 2 026 | 23,9 | 510 | 4,9 | 137 | 2,5 |
| 1 253 und mehr | 2 243 | 26,4 | 188 | 1,8 | 20 | 0,4 |
| Insgesamt | 8 485 | 100 | 10 419 | 100,0 | 5 402 | 100,0 |

Juli 2008.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

die Beitragseinnahmen wurden insgesamt rund 68 % der Gesamteinnahmen finanziert. Der Bund leistete Zuschüsse in Höhe von 26 %. Die übrigen Einnahmen, wie Vermögenserträge oder Erstattungen anderer Institutionen, haben einen nur geringen Anteil an der Gesamtfinanzierung. Betrachtet man die zentrale Bedeutung der Beitragszahlungen, werden die weiterhin diskutierten Schwierigkeiten deutlich: Nur solange das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern konstant bleibt oder die Zahl der Beitragszahler sogar größer wird, funktioniert das Umlageverfahren ohne größere Probleme. Im Zuge der Alterung unserer Gesellschaft (vgl. Kapitel 1) wird erwartet, dass dieses Verhältnis ungünstiger wird, das heißt im Durchschnitt immer weniger Beitragszahler für die Finanzierung einer Rente aufkommen müssen. Vor diesem Hintergrund ist auch die allmähliche Anhebung des Renteneintrittsalters (»Rente mit 67«) ab 2012 zu sehen.

9.4.3 Gesetzliche Krankenversicherung

Zur Sicherung im Bereich der Gesundheit dienen vor allem folgende Institutionen des Sozialbudgets: die gesetzliche Kranken- und die Unfallversicherung sowie die Pflegeversicherung, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall durch den Arbeitgeber und die Beihilfen im öffentlichen Dienst.

Die gesetzliche Krankenversicherung spielt für die finanzielle Absicherung des

Krankheitsrisikos eine entscheidende Rolle. Pflichtmitglieder sind die in einem Arbeiter- oder Angestelltenverhältnis Beschäftigten, deren regelmäßiger Jahresverdienst die Beitragsbemessungsgrenze nicht übersteigt, sowie Rentnerinnen und Rentner, Auszubildende, Studierende und Arbeitslose. Ferner sind u. a. die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen sowie einige kleinere Gruppen von Selbstständigen pflichtversichert.

Seit dem 1. April 2007 besteht für Personen ohne anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall, die davor zuletzt gesetzlich krankenversichert waren, eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung. Das Gleiche gilt für Personen, die bisher niemals gesetzlich oder privat krankenversichert waren und der gesetzlichen Krankenversicherung zuzuordnen sind.

Im Jahresdurchschnitt standen 2008 insgesamt 70,2 Mill. Bürgerinnen und Bürger unter dem Schutz der gesetzlichen Krankenversicherung. Rund 29,7 Mill. waren Pflichtmitglieder, 4,5 Mill. freiwillige Mitglieder und 16,9 Mill. Rentnerinnen bzw. Rentner. 19,2 Mill. waren als Familienangehörige mitversichert.

Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beliefen sich 2008 nach der Berechnung für das Sozialbudget (siehe Tab. 1) auf rund 158,9 Mrd. Euro. Den stärksten Kostenblock bildeten mit rund 50,9 Mrd. Euro die Krankenhausbehandlungen. → Tab. 4

9.4.4 Soziale Pflegeversicherung

Seit 1995 ist das Sozialsystem mit der Pflegeversicherung um eine weitere Säule ergänzt worden. Sie soll Schutz vor den finanziellen Folgen der Pflegebedürftigkeit bieten. Ihre Leistungen sollen den Betroffenen ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben erlauben. Die Pflegeversicherung ist eine Pflichtversicherung – gesetzlich Versicherte sind in der Regel über ihre Krankenkasse in der zugehörigen Pflegekasse versichert, privat Versicherte bei ihrem privaten Versicherungsunternehmen. Seit April 1995 gibt es Leistungen für die häusliche (ambulante) Pflege, seit Juli 1996 auch für die stationäre Pflege in Heimen (zur Versorgung von Pflegebedürftigen siehe Kapitel 9.1.3). Die Höhe der Zahlungen der gesetzlichen Pflegeversicherung richtet sich nach dem jeweiligen Hilfebedarf, der grundsätzlich in drei Stufen eingeteilt ist. Zudem ist entscheidend, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erfolgt.

Für die stationäre Pflege in der Pflegestufe III lagen die monatlichen Leistungen der Pflegeversicherung vom Juli 2008 bis Dezember 2009 bei 1 470 Euro. Seit Jahresbeginn 2010 haben sie sich auf 1 510 Euro erhöht. In der ambulanten Pflege unterscheidet man Pflegegeld und Pflegesachleistungen. Bei Pflegesachleistungen erfolgt die Pflege durch einen ambulanten Pflegedienst. Mit dem Pflegegeld kann der oder die Betroffene die pflegerische Versorgung, z. B. durch Angehörige, selbst sicherstellen. Pflegegeld wird monatlich seit 2010 in der Pflegestufe III in Höhe von 685 Euro gewährt. Von Juli 2008 bis Dezember 2009 lag dieser Betrag bei 675 Euro. Pflegesachleistungen in der Pflegestufe III für häusliche Pflegehilfen werden seit 2010 in Höhe von 1 510 Euro geleistet. Vorher waren es 1 470 Euro. Kombinationen aus Geld- und Sachleistungen sind bei ambulanter Pflege möglich. Durch die zur Jahresmitte 2008 erfolgte Pflegereform wurden zudem die zusätzlichen Leistungen für demenziell Erkrankte ausgeweitet.

Tab. 4: Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung

| Art der Ausgaben | 2007 | 2008 |
|---|--------------|--------------|
| | in Mrd. EUR | |
| Ausgaben insgesamt | 154,0 | 160,9 |
| Behandlung durch Ärzte und Zahnärzte | 32,6 | 33,9 |
| Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz | 39,3 | 41,2 |
| Krankenhausbehandlung | 49,1 | 50,9 |
| Krankengeld | 6,0 | 6,6 |
| Verwaltungskosten | 8,2 | 8,3 |

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit.

2008 waren in der sozialen Pflegeversicherung 70,2 Mill. Personen versichert. Leistungen aus der Pflegeversicherung erhielten rund 2,1 Mill. gesetzlich versicherte Pflegebedürftige. 1,4 Mill. (68 %) von ihnen wurden ambulant versorgt und 0,7 Mill. (32 %) stationär. 54 % der Pflegebedürftigen erhielten Leistungen der niedrigsten Leistungsstufe: der Pflegestufe I. Der Pflegestufe II waren 34 % zugeordnet und der Stufe III (einschließlich Härtefälle) 12 %. Von den Ausgaben entfielen 47 % auf Leistungen im Bereich der vollstationären Pflege. 22 % wurden für Pflegegeld und 14 % für Pflegesachleistungen verwendet. 17 % entfielen auf übrige Leistungsausgaben sowie Verwaltungs- und sonstige Ausgaben.

Im Sozialbudget wurden die Leistungen der Pflegeversicherung 2008 mit 19,1 Mrd. Euro verbucht. Dies entspricht – verglichen mit der Renten- bzw. Krankenversicherung (245 bzw. 159 Mrd.) – einem eher geringen Anteil. Finanziert wird die Pflegeversicherung je zur Hälfte durch die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Um den Beitrag von Arbeitgeberseite zu gewährleisten, war in den meisten Bundesländern ein gesetzlicher Feiertag im Jahr weggefallen. Bis Mitte 1996 lag der Beitrag bei einem Prozent des Bruttoarbeitsentgelts. Mit der Einführung der stationären Pflegeleistungen wurde er auf 1,7 % erhöht. Die Rentnerinnen und Rentner zahlen seit dem 1. Januar 2005 den vollen Beitragssatz von 1,7 %. Zum 1. Juli 2008 erfolgte eine Beitragserhöhung auf 1,95 %.

Seit dem 1. Januar 2005 müssen Versicherte sowie Rentnerinnen und Rentner, die keine Kinder haben, einen erhöhten Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung in Höhe von zusätzlich 0,25 % pro Monat zahlen. Betroffen davon sind alle, die nach dem 31. Dezember 1939 geboren wurden und älter als 23 Jahre alt sind. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung werden keine öffentlichen Mittel zugewiesen.

9.4.5 Arbeitslosenversicherung

Mit der so genannten »Hartz-IV-Reform« ist die soziale Sicherung von Arbeitslosen zum Jahresbeginn 2005 umstrukturiert worden. Dadurch entstand ein zweigliedriges System der sozialen Sicherung für arbeitslose bzw. bedürftige Personen, dessen erste Stufe aus einer lohnabhängigen Versicherungsleistung – dem Arbeitslosengeld I – besteht. Die zweite Stufe der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit bildet seit Jahresbeginn 2005 die steuerfinanzierte Fürsorgeleistung »Grundsicherung für Arbeitssuchende«.

Das Arbeitslosengeld I ist im Sozialgesetzbuch (SGB) III geregelt. Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld I sind gegeben, wenn man arbeitslos ist, sich persönlich bei der Bundesagentur für Arbeit arbeitslos gemeldet hat und gewisse Anwartschaftszeiten durch ein vorangegangenes versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis erfüllt hat. Die Höhe des Arbeitslosengeldes I richtet sich nach dem versicherungspflichtigen Entgelt, welches der Arbeitslose im Durchschnitt des letzten Jahres vor Eintritt der Arbeitslosigkeit erhalten hat. Arbeitslose mit mindestens einem Kind im Sinne des Steuerrechts erhalten 67 % des letzten Nettoentgelts, alle weiteren Arbeitslosen 60 %. Die Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes I richtet sich nach der Dauer der vorangegangenen Versicherungszeiten und dem Alter der arbeitslosen Personen. Sie liegt zwischen mindestens drei Monaten und höchstens 24 Monaten.

Im Jahresdurchschnitt 2008 erhielten rund 0,9 Mill. Menschen Arbeitslosengeld I. Für sie wurden rund 13,9 Mrd. Euro für das Arbeitslosengeld I aufgewendet. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung betragen insgesamt 28,9 Mrd. Euro. Weitere Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind beispielsweise Eingliederungszuschüsse, Förderung der Teilhabe (schwer-)behinderter Menschen

am Arbeitsleben und Leistungen bei Kurzarbeit. Zusätzliche Informationen zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sowie ausführliche Angaben zum Arbeitsmarkt sind in Kapitel 5 enthalten.

Bei der zweiten Stufe der sozialen Absicherung von erwerbsfähigen Personen handelt es sich um die Grundsicherung für Arbeitssuchende (gesetzlich geregelt im SGB II). Diese Leistung konzentriert sich auf Hilfebedürftige, die entweder keine Arbeit haben oder deren Einkommen nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Anders als das Arbeitslosengeld I ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende keine Versicherungsleistung, sondern eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung. Somit orientiert sich die Anspruchshöhe nicht am letzten Arbeitslohn, sondern ausschließlich am erforderlichen Bedarf der leistungsberechtigten Personen, um den notwendigen Lebensunterhalt abzusichern.

9.4.6 Mindestsicherungssysteme

Mit den Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden finanzielle Hilfen des Staates bezeichnet, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt werden. Darunter fallen folgende Sozialleistungen:

- › Arbeitslosengeld (ALG) II/Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II,
- › Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII,
- › Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII,
- › Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,
- › Leistungen der Kriegsoffiziersfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Am Jahresende 2008 erhielten in Deutschland insgesamt gut 7,6 Mill. Menschen die oben genannten Transferleistungen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt

Tab. 5: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen der sozialen Mindestsicherung am Jahresende 2008 und Bruttoausgaben 2008

| Leistungsart | Empfängerinnen und Empfänger | Ausgaben | Ausgaben je Einwohner ¹ |
|--|------------------------------|-------------------|------------------------------------|
| | Anzahl | in Mrd. EUR | in EUR |
| Leistungen nach dem SGB II insgesamt | 6 611 891 | 34,9 ² | 426 |
| Arbeitslosengeld II | 4 799 737 | X | X |
| Sozialgeld | 1 812 154 | X | X |
| Mindestsicherungsleistungen im Rahmen der Sozialhilfe nach dem SGB XII insgesamt | 860 002 | 4,3 | 52 |
| Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen | 92 320 | 0,5 | 6 |
| Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | 767 682 | 3,8 | 46 |
| Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz | 127 865 | 0,6 | 7 |
| Laufende Leistungen der Kriegsopferfürsorge | 46 256 | 0,5 ³ | 6 |
| Insgesamt | 7 646 014 | 40,3 | 491 |

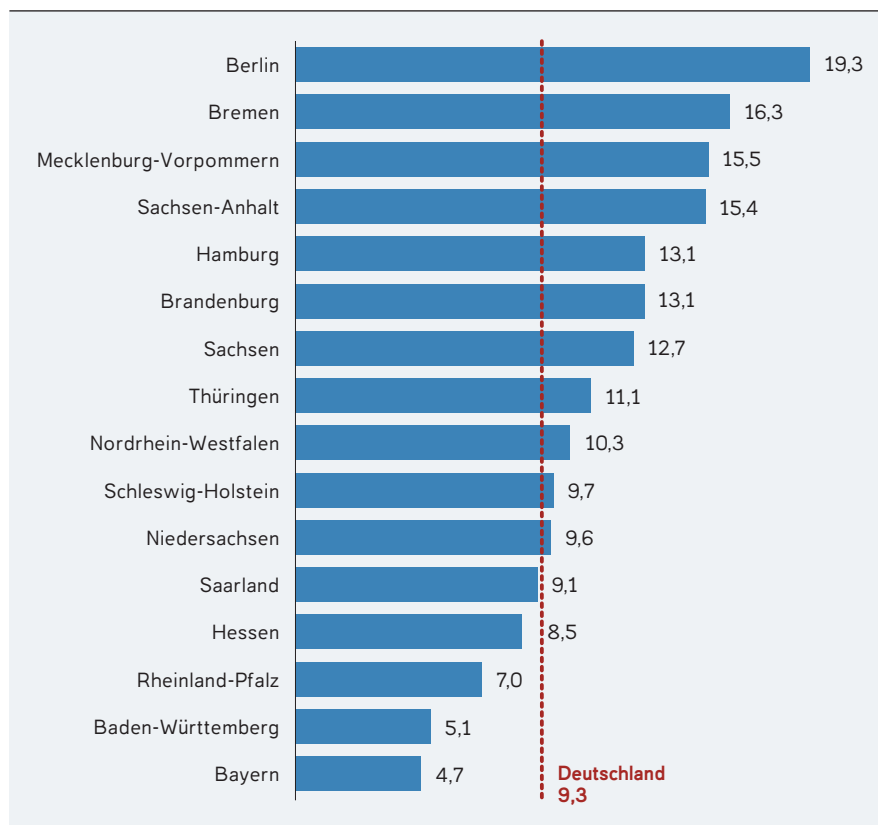
1 Bruttoausgaben für die jeweilige Sozialleistung pro Person und Jahr. Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 2008.

2 Ausgaben für Leistungen, die unmittelbar für Kosten des Lebensunterhalts gezahlt werden (passive Leistungen).

3 Gesamtausgaben der Kriegsopferfürsorge. Exakte Untergliederung der Ausgaben nach »laufenden Leistungen« nicht möglich.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Abb. 2: Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2008, Anteil an der Gesamtbevölkerung, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

zu bestreiten. Damit waren rund 9 % der in Deutschland lebenden Menschen auf die Existenz sichernde finanzielle Hilfen des Staates angewiesen. Im Verlauf des Jahres 2008 gab der Staat für diese Leistungen rund 40,3 Mrd. Euro aus.

➔ Tab. 5

Vor allem Menschen in den Stadtstaaten und den neuen Ländern waren verstärkt auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen. In Berlin war ihr Anteil mit gut 19 % an der Bevölkerung am höchsten. Besonders selten bezogen die Menschen in den südlichen Bundesländern Leistungen der Mindestsicherung. So erhielten in Baden-Württemberg und Bayern am Jahresende 2008 etwa 5 % der Einwohner entsprechende Leistungen.

➔ Abb. 2

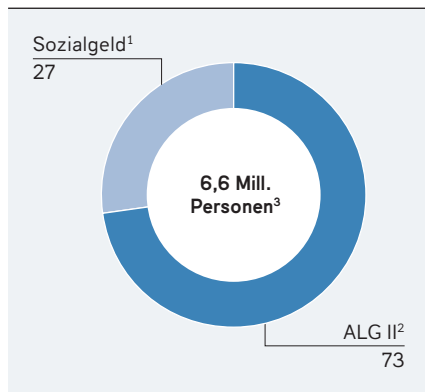
Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Sozialgesetzbuch II

Der mit Abstand größte Teil der Empfängerinnen und Empfänger und damit auch der Ausgaben für Mindestsicherungsleistungen entfiel auf das ALG II und das Sozialgeld nach dem SGB II. ALG II erhalten erwerbsfähige 15- bis 64-jährige Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld. An insgesamt etwa 6,6 Mill. Personen wurden am Jahresende 2008 diese umgangssprachlich mit »Hartz IV« bezeichneten Leistungen der »Grundsicherung für Arbeitssuchende« nach dem SGB II ausgezahlt. Die Ausgaben für passive Leistungen – das sind Leistungen, die unmittelbar zur Deckung des Lebensunterhalts verwendet werden – beliefen sich im Verlauf des Jahres 2008 auf rund 34,9 Mrd. Euro.

➔ Abb. 3

Insgesamt lebten die registrierten SGB-II-Empfänger am Jahresende 2008 in rund 3,5 Mill. Bedarfsgemeinschaften. Davon bestanden die meisten aus einer Person (54 % bzw. 1,9 Mill. Bedarfsgemeinschaften). Rechnerisch lebten im Durchschnitt

Abb. 3: Empfängergruppen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II 2008, in %



- 1 1,8 Mill. Personen (nicht erwerbsfähig), zu 96 % Kinder unter 15 Jahren.
- 2 4,8 Mill. Personen (erwerbsfähig), 15 bis 64 Jahre alt.
- 3 In 3,5 Mill. Bedarfsgemeinschaften.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

1,9 Personen in einer Bedarfsgemeinschaft. In ungefähr jeder dritten Bedarfsgemeinschaft wuchsen Kinder unter 15 Jahren auf (früheres Bundesgebiet: 33 %, neue Länder: 26 %). Kinderreich waren etwa 4 % aller Bedarfsgemeinschaften. Dort wurden drei oder mehr Kinder unter 15 Jahren groß.

Von den rund 6,6 Mill. registrierten SGB-II-Empfängern waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit am Jahresende 2008 etwa 1,2 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Bezogen auf die ausländische Bevölkerung bis 64 Jahre entspricht dies einem Anteil von 18 %. Die Bezugsquote von ausländischen Leistungsempfängern war am Jahresende 2008 in den neuen Ländern mit 27 % deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Dort lag sie bei 17 %.

In den Stadtstaaten und den neuen Ländern waren deutlich mehr Personen auf die Leistungen nach dem SGB II angewiesen als in den westdeutschen Flächenländern. Am Jahresende 2008 war ihr Anteil an der Bevölkerung in Berlin mit 21 % am höchsten. Deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 10 % lagen außerdem Sachsen-Anhalt (19 %)

und Mecklenburg-Vorpommern (18 %). Ebenfalls hohe Empfängerquoten hatten die übrigen ostdeutschen Länder und die beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg. Am seltensten nahmen die Einwohner in Bayern und in Baden-Württemberg mit 5 % SGB-II-Leistungen in Anspruch.

→ Abb. 4

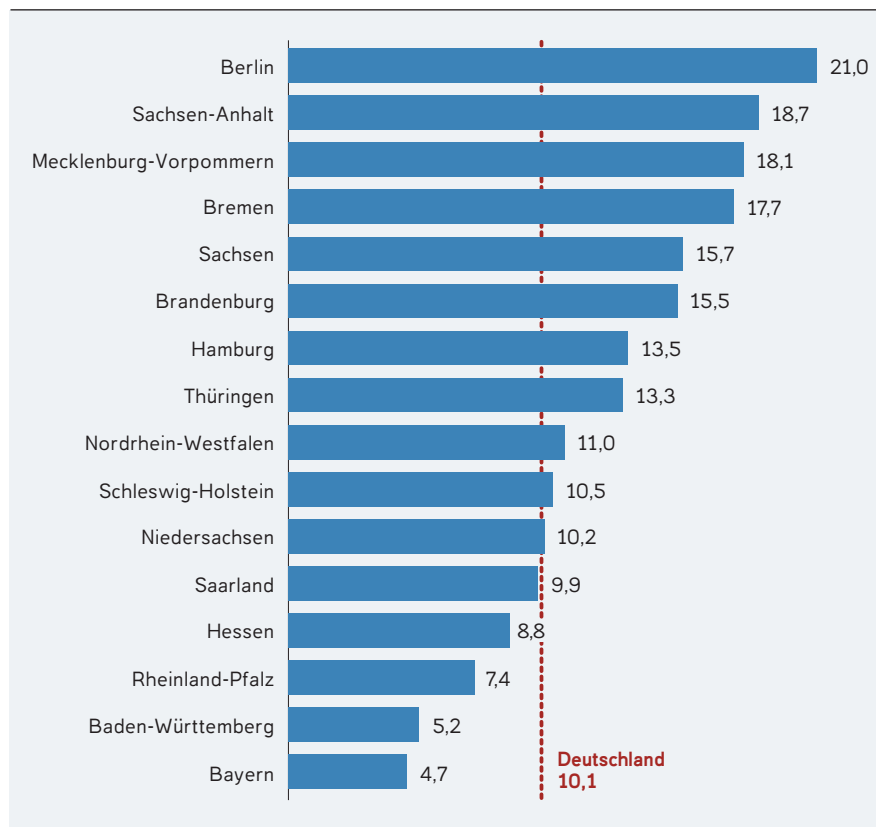
Wie oben bereits angesprochen, erhalten nicht erwerbsfähige Familienangehörige von ALG-II-Empfängern das so genannte »Sozialgeld«. Am Jahresende 2008 wurden rund 1,8 Mill. Sozialgeldempfänger registriert, knapp 6 % weniger als am Jahresende 2007. Der Anteil an allen Hartz-IV-Empfängern lag damit bei 27 %. Mit rund 1,7 Mill. Personen bestand diese Gruppe zu 96 % aus Kindern unter 15 Jahren. Der Kinderanteil an allen Beziehern von Hartz-IV-Leistungen lag im Bundesdurchschnitt bei 26 %. In

den neuen Ländern war der Kinderanteil mit 23 % niedriger als in den alten Bundesländern mit 28 %. Insgesamt bezogen knapp 17 % aller in Deutschland lebenden Kinder unter 15 Jahren Leistungen nach dem SGB II.

Etwa 4,8 Mill. der insgesamt 6,6 Mill. Empfänger waren am Jahresende 2008 erwerbsfähig und erhielten ALG II. Im Jahr 2005 waren Frauen mit einem Anteil von 49 % an diesem Empfängerkreis noch leicht in der Minderheit. In den letzten Jahren nahm der Frauenanteil an den ALG-II-Beziehern allerdings kontinuierlich zu. Im Jahr 2008 betrug er bereits 52 %.

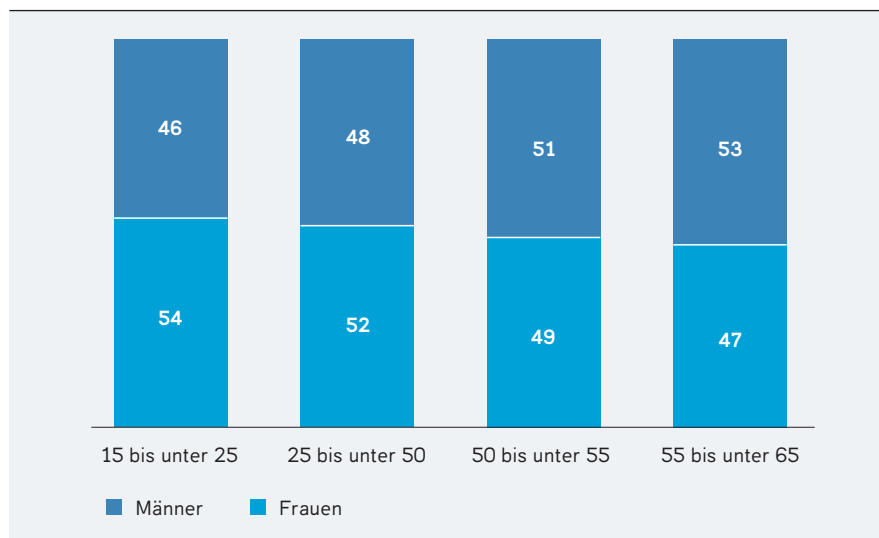
Es fällt auf, dass die Männerquote beim ALG-II-Bezug mit steigendem Alter deutlich wächst. Lag der Männeranteil bei den 15- bis 24-jährigen »Berufseinstei-

Abb. 4: Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem SGB II 2008, Anteil an der Bevölkerung bis unter 65 Jahren, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abb. 5: Empfänger von ALG II nach Geschlecht 2008, in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des Statistischen Bundesamtes.

gern« bei 46 %, betrug er bei den kurz vor dem Ende ihres Erwerbslebens stehenden 55- bis 64-jährigen Männern 53 %.

→ Abb. 5

Wesentlich deutlicher fällt der Geschlechterunterschied bei den Alleinerziehenden aus. Von den insgesamt rund 640 000 alleinerziehenden ALG-II-Empfängern waren 95 % weiblich. Somit waren lediglich rund 32 000 der Alleinerziehenden Männer.

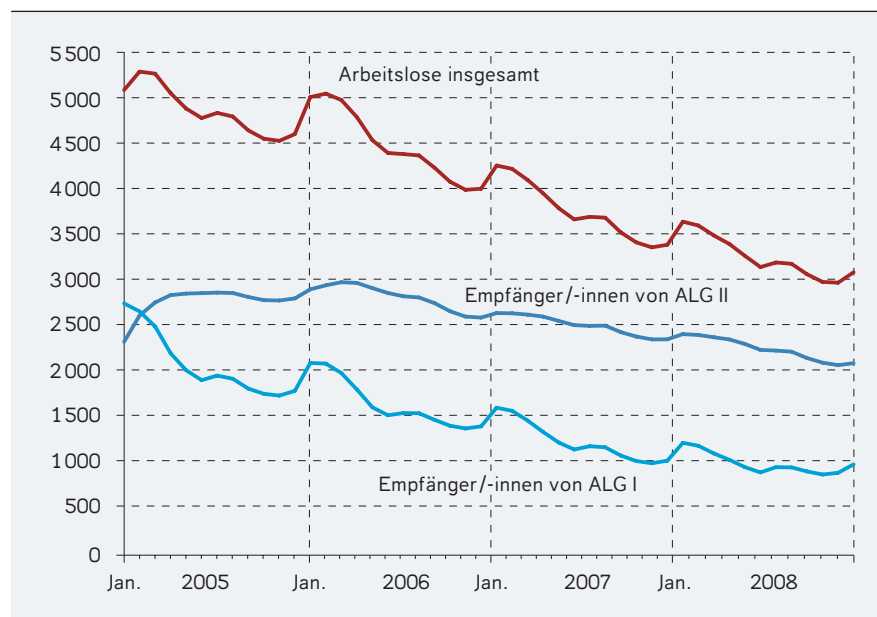
Mit der Reform des sozialen Sicherungssystems zum Jahresbeginn 2005 war vornehmlich das Ziel verknüpft, Arbeitslosigkeit – insbesondere strukturelle und lang andauernde Arbeitslosigkeit – in Deutschland zu bekämpfen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist folglich darauf ausgerichtet, den Bedürftigen die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt soweit möglich zu erleichtern. Doch nicht jeder erwerbsfähige Hilfebedürftige ist gleichzeitig auch arbeitslos gemeldet und steht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Von den Ende 2008 registrierten knapp 4,8 Mill. erwerbsfähigen ALG-II-Empfängern waren mit knapp 2,1 Mill. Personen weniger als die Hälfte (44 %) tatsächlich arbeitslos gemeldet. Mit 56 % war die Mehrheit der erwerbsfähigen Leistungsempfänger erwerbstätig, ging noch zur

Schule bzw. absolvierte eine Ausbildung, nahm an Eingliederungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen teil oder stand dem Arbeitsmarkt aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder aus familiären Gründen nicht zur Verfügung. Im Vergleich zum Dezember 2007 wurden 2008 insgesamt knapp 6 % weniger erwerbs-

fähige Hilfebedürftige registriert. Die Zahl der Erwerbstätigen unter ihnen stieg allerdings um 2 % an. Während von den ALG II-Beziehern 1 % mehr abhängig erwerbstätig waren, nahm die Zahl der Selbständigen dagegen um 19 % zu.

Nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit erzielten im Dezember 2008 rund 1,3 Mill. bzw. 27 % der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen gleichzeitig ein eigenes Erwerbseinkommen, 1,2 Mill. davon aus abhängiger Erwerbstätigkeit. Die übrigen knapp 100 000 ALG-II-Empfänger mit eigenem Einkommen erzielten durchschnittlich 784 Euro aus selbständiger Erwerbstätigkeit. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen von abhängig beschäftigten ALG-II-Bezieherinnen und -beziehern lag mit 544 Euro deutlich unter dem Verdienst der selbständig Erwerbstätigen. Lediglich 45 % aller abhängig beschäftigten ALG II-Empfänger verdienten mehr als 400 Euro brutto im Monat. Mit 55 % war mehr als die Hälfte dieser Personengruppe geringfügig beschäftigt und verdiente weniger als 400 Euro brutto monatlich.

Abb. 6: Arbeitslose seit Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende, in 1000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Unter den abhängig erwerbstätigen ALG-II-Beziehern stieg die Zahl der geringfügig Beschäftigten gegenüber 2007 um 3 %, die Zahl der Leistungsbezieher, die zwischen 400 und 800 Euro verdienen, um 9 %. Demgegenüber ging die Zahl der Leistungsbezieherinnen und -bezieher mit eigenem Bruttoeinkommen über 800 Euro um 7 % zurück.

Kurz vor der Einführung des SGB II waren im Dezember 2004 noch rund 4,5 Mill. Menschen arbeitslos. Mit dem Inkrafttreten des SGB II zum Jahresbeginn 2005 stieg die Arbeitslosigkeit zunächst an und erreichte im Februar 2005 ihren Höhepunkt. Begründet wird dies von der Bundesagentur für Arbeit mit einem statistischen Effekt. Durch die Umstellung wurden zahlreiche Arbeitslose, die zuvor nicht arbeitslos gemeldet waren, erstmals statistisch erfasst.

Seit der Einführung des SGB II sank die Arbeitslosigkeit in Deutschland dann bis Dezember 2008 kontinuierlich und deutlich. Waren im Februar 2005 noch 5,3 Mill. Arbeitslose registriert, waren es Ende 2008 noch 3,1 Mill. Arbeitslose.

→ **Abb. 6**

Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf das Sinken der Empfänger von ALG I (Rechtskreis SGB III) zurückzuführen. Während die Zahl der Bezieher von ALG II (Rechtskreis SGB II) seit 2005 nur leicht reduziert werden konnte, sank die Zahl der ALG-I-Bezieher in den letzten Jahren bis unter 1 Mill.

Begründet wird diese Entwicklung von der Bundesagentur für Arbeit mit der größeren Arbeitsmarktnähe der ALG-I-Bezieherinnen und -bezieher. So profitieren diese eher von einem konjunkturellen Aufschwung als die ALG-II-Empfängerinnen und -empfänger. Dabei werden auch regionale Unterschiede deutlich. Der Anteil der Arbeitslosen des SGB III an allen Arbeitslosen lag 2008 im Westen Deutschlands bei 33 %, im Osten waren es 30 %. Im Rechtskreis des SGB II war

der Anteil an allen Arbeitslosen im Osten mit 70 % höher als im Westen mit 67 %.

In der gesamten Bundesrepublik erhielt rund jeder dritte Arbeitslose (32 %) Leistungen nach dem SGB III, rund zwei Drittel (68 %) nach dem SGB II.

Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII

Etwa 860 000 Personen erhielten am Jahresende 2008 laufende Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts in der Sozialhilfe nach dem SGB XII. Insgesamt gab der Staat für diese Leistungen rund 4,3 Mrd. Euro brutto aus. Die Sozialhilfe bildet das unterste soziale Auffangnetz für bedürftige ältere Menschen und für Personen, die aufgrund einer schweren Erkrankung oder einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung nicht mehr ins reguläre Erwerbsleben integriert werden können, sowie deren im Haushalt lebende Kinder unter 15 Jahren. Bei den laufenden Leistungen der Sozialhilfe wird zwischen der »laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt« und der »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung« unterschieden.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten am Jahresende 2008 in Deutschland rund 325 000 Personen. Dies entsprach einem Anteil von knapp 0,4 % an der Bevölkerung. Rund 92 000 Personen bezogen die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Der Anteil dieser Hilfebezieher an der Bevölkerung lag bei 0,1 %.

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel des SGB XII »Sozialhilfe« soll den Grundbedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft und Heizung decken (soziokulturelles Existenzminimum). Infolge des zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) ging die Zahl der Hilfebezieher drastisch zurück. Ende 2004, also unmittelbar vor Inkrafttreten von Hartz IV, hatten noch rund 2,9 Mill.

Personen oder rund 4 % der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen.

Knapp 11 000 der rund 92 000 Hilfebezieher außerhalb von Einrichtungen waren Ausländer. Deren Bezugsquote lag mit 1,6 Hilfebeziehern je 1 000 Einwohnern höher als die der Deutschen mit 1,1 Hilfebeziehern. Knapp jeder fünfte (18 %) ausländische Hilfebezieher kam aus einem EU-Staat, gut 9 % waren Asylberechtigte und 1 % Bürgerkriegsflüchtlinge. Der mit gut 71 % größte Anteil entfiel auf den statistisch nicht weiter untergliederten Personenkreis der sonstigen Ausländer.

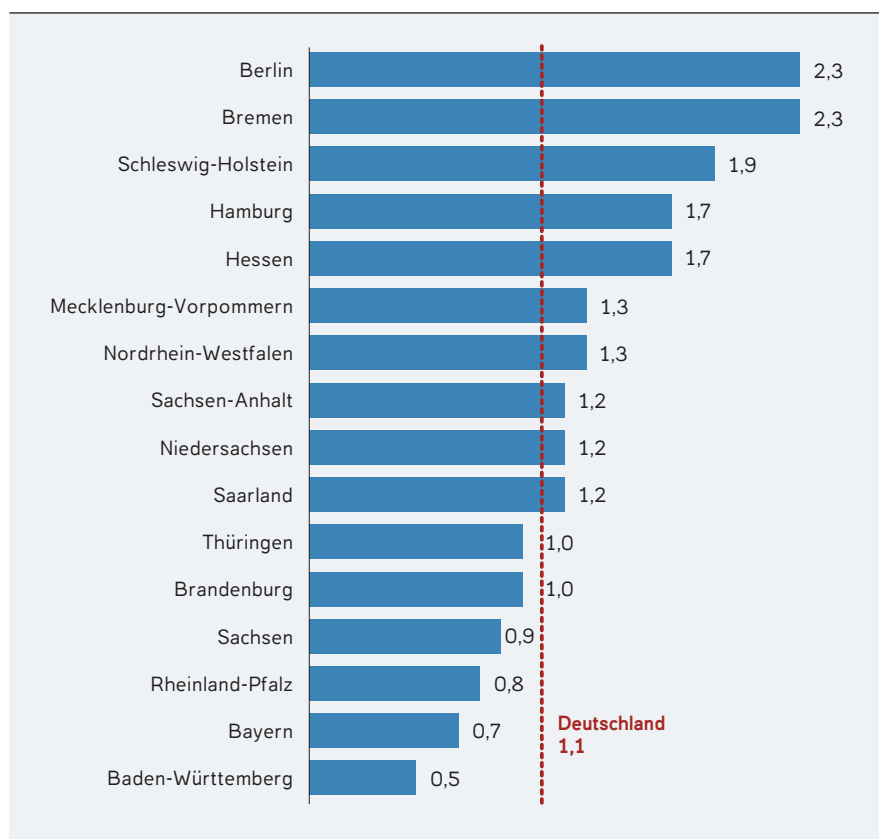
18 % der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen waren Kinder unter 18 Jahren, 79 % waren 18 bis 64-Jährige und lediglich 3 % waren 65 Jahre und älter.

Die Bezugsquoten lagen in den neuen Ländern (ohne Berlin) mit 1,1 Empfängern je 1 000 Einwohner auf dem gleichen Niveau wie im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin). Während im Westen Deutschlands zwischen 0,5 und 2,3 von 1 000 Einwohnern laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, variierten die Quoten in den neuen Ländern lediglich zwischen 0,9 und 1,3 Empfängern je 1 000 Einwohner.

Im früheren Bundesgebiet gab es, wie in den Vorjahren, auch 2008 ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle mit höheren Bezugsquoten im Norden und der Mitte Deutschlands und niedrigeren Quoten im Süden (mit Ausnahme des Saarlandes).

Am seltensten nahmen die Menschen in Baden-Württemberg (0,5 Leistungsempfänger je 1 000 Einwohner) und Bayern (0,7 Leistungsempfänger je 1 000 Einwohner) Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen in Anspruch. Die höchsten Bezugsquoten gab es Ende 2008 in den Stadtstaaten Bremen und Berlin (jeweils 2,3 Leistungsempfänger je 1 000 Einwoh-

Abb. 7: Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt 2008, je 1 000 Einwohner



Empfängerinnen und Empfänger außerhalb von Einrichtungen.

ner). Von den westdeutschen Flächenländern hatte Schleswig-Holstein mit 1,9 Empfängern je 1 000 Einwohner die höchste Bezugsquote. In den neuen Ländern war die Bezugsquote in Sachsen mit 0,9 Empfängern je 1 000 Einwohner am niedrigsten und in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,3 Beziehern je 1 000 Einwohner am höchsten. → **Abb. 7**

Die rund 92 000 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen lebten in rund 84 000 Bedarfsgemeinschaften. Hierzu zählen alle Haushaltsangehörigen, die in die gemeinsame Berechnung des Sozialhilfeanspruchs einbezogen werden. Im Durchschnitt lebten in einer Bedarfsgemeinschaft 1,1 Empfänger zusammen. Rund drei Viertel (77 %) der Bedarfsgemeinschaften waren Einpersonenhaushalte, etwa 14 % Zweipersonenhaushal-

te und gut 9 % Haushalte mit drei oder mehr Personen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen in Form von Regelsätzen, Mehrbedarfzuschlägen und durch die Übernahme der Unterkunftskosten einschließlich der Heizkosten gewährt. Darüber hinaus können auch Beiträge zur Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Alterssicherung übernommen werden. Die Summe der vorgenannten Bedarfspostitionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf eines Haushalts. Zieht man hiervon das angerechnete Einkommen ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch. Im Durchschnitt errechnete sich für eine Bedarfsgemeinschaft mit Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrich-

tungen zum Jahresende 2008 ein monatlicher Bruttobedarf von 673 Euro, davon entfielen 270 Euro auf die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von durchschnittlich 211 Euro wurden je Bedarfsgemeinschaft im Durchschnitt 462 Euro – also mehr als zwei Drittel (69 %) des Bruttobedarfs – monatlich ausgezahlt.

In mehr als der Hälfte (56 %) der Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wurden ein oder mehrere Einkommen erzielt. Am häufigsten erhielten die Bedarfsgemeinschaften mit Einkommensbezug Renten wegen Erwerbsminderung (43 %), Kindergeld (28 %) oder Altersrente (19 %).

Die Bruttoausgaben für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen betragen im Jahr 2008 rund 524 Mill. Euro brutto. Im Jahr 2004, also vor Inkrafttreten von »Hartz IV«, gab der Staat noch 9,8 Mrd. Euro brutto für diese Hilfeart aus.

Neben den Beziehern von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gab es am Jahresende 2008 noch rund 233 000 Personen, die diese Hilfe in einer Einrichtung, z. B. in Wohn- oder Pflegeheimen, erhielten. Dies entsprach 72 % aller Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhalten dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren sowie Personen ab 65 Jahren, sofern sie ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln aufbringen können. Am Jahresende 2008 bezogen in Deutschland rund 768 000 Personen Leistungen der »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung«. Das waren 35 000 Empfänger mehr als im Vorjahr. Ende 2008 waren rund 1 % der Volljährigen auf die Grundsicherung nach dem SGB XII angewiesen.

Dabei gab es kaum Unterschiede zwischen den Bezugsquoten im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und in den neuen Ländern. Leistungen der Grundsicherung wurden in den Stadtstaaten Bremen (2,0 %), Berlin (1,9 %) und Hamburg (1,8 %) am häufigsten in Anspruch genommen, in Thüringen und Sachsen (jeweils 0,7 %) am seltensten.

➔ Abb. 8

Von den insgesamt 768 000 Grundsicherungsempfängern waren rund 358 000 Personen 18- bis 64-Jährige, die diese Leistungen aufgrund einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung erhielten. Diese Menschen werden dem allgemeinen Arbeitsmarkt voraussichtlich auch zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen. Rund 410 000 der Grundsicherungsempfänger waren 65 Jahre und älter. Damit konnten 2,5 % aller Personen im Rentenalter ihren Lebensunterhalt lediglich mit Hilfe von Grundsicherungsleistungen abdecken.

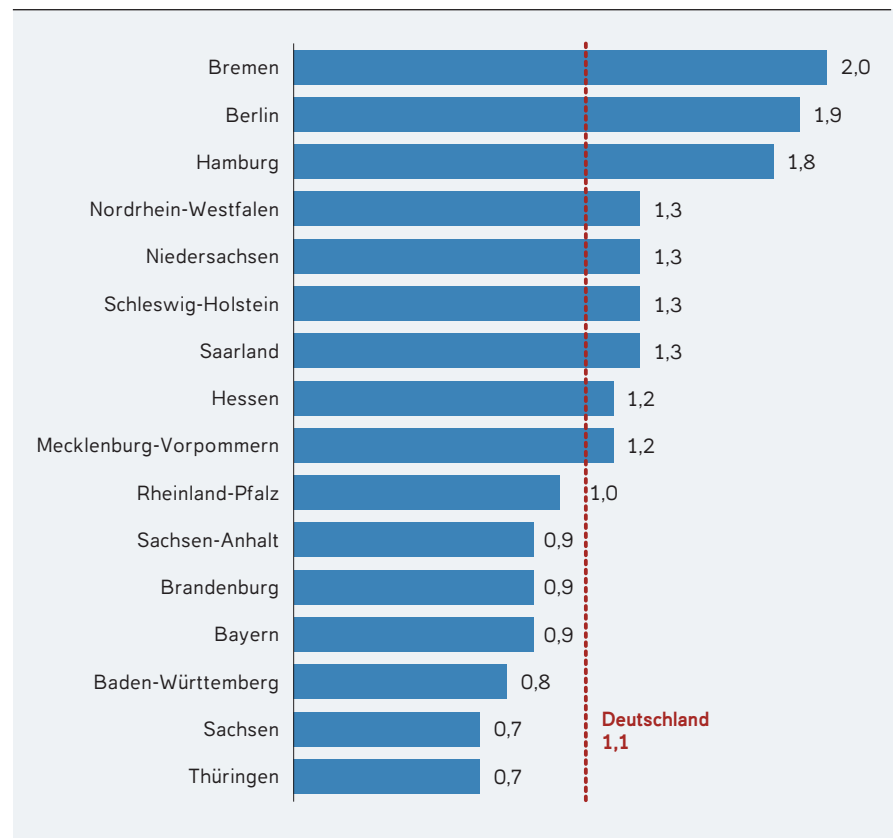
Bei den 65-Jährigen und Älteren gibt es neben Ost-West-Differenzen auch geschlechtsspezifische Unterschiede: Ende 2008 bezogen in Deutschland 2,8 % aller Frauen im Rentenalter Grundsicherungsleistungen, bei den Männern waren es 2,0 %. Während im früheren Bundesgebiet 3,0 % der Frauen entsprechenden Alters Grundsicherungsleistungen erhielten, waren es in den neuen Ländern lediglich 2,0 %. Bei den gleichaltrigen Männern lag die Bezugsquote bei 2,1 % im früheren Bundesgebiet und bei 1,5 % in den neuen Ländern. Ursache für geringere Grundsicherungsquoten der älteren Menschen in den ostdeutschen Bundesländern könnte die höhere Erwerbsbeteiligung – vor allem auch der Frauen – in der ehemaligen DDR sein. Dies führt zu höheren Rentenansprüchen, die meist zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter ausreichen. Weitere mögliche Ursachen für geringere Bezugsquoten in Ostdeutschland sind ein niedrigerer Ausländeranteil sowie ein geringeres Mietniveau als in Westdeutschland.

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtzahl der Empfänger von Grundsicherungsleistungen lag Ende 2008 bei 14 %. Insgesamt 1,5 % aller Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit erhielten am Jahresende 2008 Grundsicherungsleistungen. Bei den Deutschen waren es 0,9 %. Vor allem ältere Ausländer nahmen diese Sozialleistung vergleichsweise häufig in Anspruch. 12,9 % der ausländischen Mitbürger erhielten Grundsicherung im Alter. Damit bezogen sie diese Leistungen mehr als sechsmal so häufig wie Deutsche entsprechenden Alters (2,0 %). Gründe dafür könnten vor allem geringere Einkommen der Ausländer während ihrer Erwerbszeit sowie kürzere Versicherungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sein, wodurch die Bedürftigkeit wahrscheinlicher ist als bei den Deutschen.

Die monatlichen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden wie die Leistungen nach dem SGB II und der Hilfe zum Lebensunterhalt nach Regelsätzen erbracht. Neben dem Regelsatz werden sowohl die angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung als Bedarf anerkannt als auch eventuell anfallende Beiträge für Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Mehrbedarfszuschläge. Die Gesamtsumme dieser Bedarfspositionen ergibt den Bruttobedarf, also den Betrag, den der jeweilige Antragsteller für seinen Lebensunterhalt monatlich benötigt. Zieht man hiervon das anrechenbare Einkommen des Empfängers ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch.

Im Durchschnitt errechnete sich für einen Empfänger von Grundsicherung im Alter

Abb. 8: Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2008, Anteil an der Bevölkerung ab 18 Jahren, in %



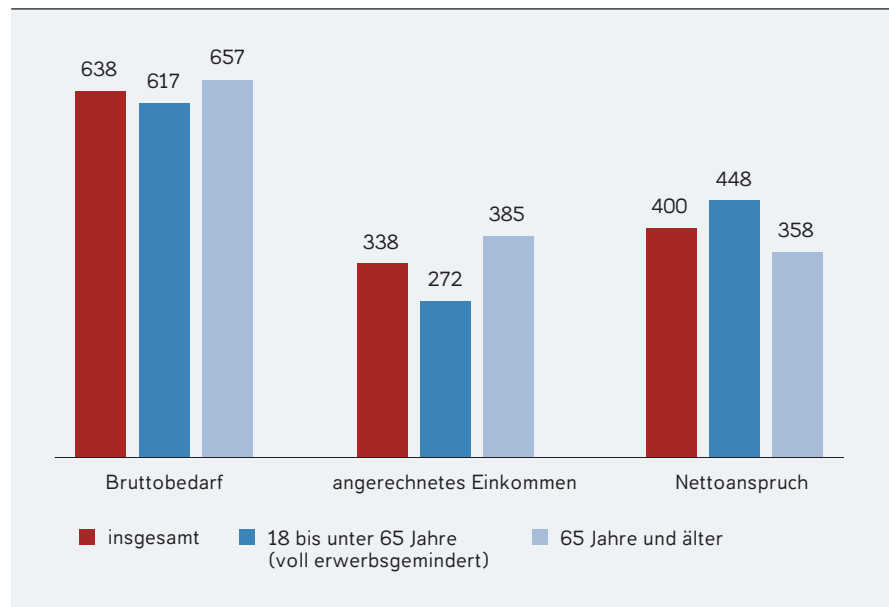
und bei Erwerbsminderung zum Jahresende 2008 ein monatlicher Bruttobedarf von 638 Euro. Durchschnittlich 318 Euro wurden 2008 für den Regelsatz aufgewendet. Fielen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung an, gingen diese mit durchschnittlich 283 Euro mit in die Bedarfsberechnung ein. Unter Berücksichtigung des durchschnittlich angerechneten Einkommens in Höhe von 338 Euro wurden im Schnitt monatlich 400 Euro je Leistungsberechtigten ausgezahlt (Nettoanspruch). Der durchschnittliche Nettoanspruch war damit um 15 Euro höher als im Vorjahr.

Im Durchschnitt ergab sich für voll erwerbsgeminderte 18- bis 64-Jährige ein monatlicher Bedarf von 617 Euro brutto bzw. 448 Euro netto. Für Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter ergab sich durchschnittlich ein monatlicher Bedarf von 657 Euro brutto bzw. 385 Euro netto. → **Abb. 9**

In den neuen Ländern lag der Bedarf brutto (einschließlich Unterkunfts- und Heizkosten) wie netto – wie in den Vorjahren – deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

In den ersten Jahren nach Einführung des Grundsicherungsgesetzes sind die Empfängerzahlen stark angestiegen: Seit dem ersten Erhebungsstichtag am Jahresende 2003, als rund 439 000 Grundsicherungsempfänger gemeldet wurden, hat sich die Zahl bis zum Jahresende 2008 um drei Viertel (75 %) erhöht. Grund dafür war beispielsweise ein in der Anfangszeit nicht unerheblicher Rückstand der Antragsbearbeitung bei den durchführenden Kommunen. Mit einem Zuwachs von knapp 5 % im Vergleich zum Vorjahr 2007 war die Veränderungsrate deutlich niedriger als in den Vorjahren. Aufgrund des demografischen Wandels, des zunehmenden Anteils prekärer Beschäftigung und unterbrochenen Erwerbsbiographien ist in den kommenden Jahren aber mit einer weiter steigenden Zahl von Bedürftigen zu rechnen.

Abb. 9: Durchschnittliche monatliche Leistung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2008, in EUR



Insgesamt wandten die Kommunen und die überörtlichen Träger für Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahr 2008 brutto rund 3,8 Mrd. Euro auf. Netto – nach Abzug insbesondere von Erstattungen anderer Sozialleistungsträger – gaben sie rund 3,7 Mrd. Euro aus. Dies entspricht 17 % der gesamten Sozialhilfeausgaben nach dem SGB XII im Jahr 2008.

Asylbewerberleistungen

In Deutschland lebende Asylbewerber erhalten seit 1993 anstelle von Sozialhilfe bei Bedarf Asylbewerberleistungen, um ihren Lebensunterhalt und spezielle Bedarfsituationen zu sichern. Sowohl die Zahl der Empfänger als auch die Ausgaben sind in den letzten Jahren deutlich gesunken. Am Jahresende 2008 erhielten rund 128 000 Personen laufende Asylbewerberleistungen (Regelleistungen), hierfür wurden brutto etwa 0,6 Mrd. Euro ausgegeben.

Die von der amtlichen Statistik nachgewiesenen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) umfassen die so genannten Regelleistungen und die besonderen Leistungen. Die Re-

gelleistungen dienen zur Deckung des täglichen Bedarfs und werden entweder in Form von Grundleistungen oder als Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt. Die Grundleistungen sollen den notwendigen Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts durch Sachleistungen decken. Unter besonderen Umständen können anstelle der Sachleistungen auch Wertgutscheine oder andere vergleichbare unbare Abrechnungen sowie Geldleistungen erbracht werden. Zusätzlich erhalten die Leistungsempfänger einen monatlichen Geldbetrag (Taschengeld) für die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens. Die so gewährte individuelle Hilfeleistung ist insgesamt geringer als die korrespondierenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt. Die besonderen Leistungen werden in speziellen Bedarfssituationen gewährt. Dazu gehören u. a. Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, Leistungen in Form von Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten sowie sonstige Leistungen.

Die Zahl der Regelleistungsempfänger ist seit dem Jahr 1997 kontinuierlich gesun-

ken. Die rund 128 000 Regelleistungsempfänger wohnten 2008 in rund 73 000 Haushalten. Die Zahl der Leistungsbezieher ging gegenüber dem Vorjahr um 17 % zurück und erreichte den niedrigsten Stand seit Einführung dieser Statistik im Jahr 1994. → **Abb. 10**

59 % der Empfänger waren Männer. Mit 48 % war knapp die Hälfte jünger als 25 Jahre. 51 % der Regelleistungsempfänger waren zum Jahresende 2008 dezentral untergebracht, während die übrigen Empfänger in Gemeinschaftsunterkünften oder Aufnahmeeinrichtungen lebten.

Mit einem Anteil von 42 % stammten die meisten Bezieher von Regelleistungen aus Asien, gefolgt von Personen aus Europa (36 %) und aus Afrika (12 %). Die europäischen Empfänger von Regelleistungen stammten vor allem aus Serbien und Montenegro (57 %), der Türkei (20 %), der Russischen Föderation (10 %) oder Bosnien-Herzegowina (6 %). Die asiatischen Bezieher von Regelleistungen kamen am häufigsten aus dem Irak (19 %), Syrien (14 %), dem Libanon (13 %), Iran (9 %) und Aserbaidschan (9 %).

Neben den vorgenannten Regelleistungen erhielten knapp 39 000 Personen besondere Leistungen nach dem AsylbLG, hauptsächlich Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt. Gegenüber dem Jahr 2007 entspricht dies einem Rückgang von rund 25 %. Von den Empfängern besonderer Leistungen erhielten 98 % zugleich Regelleistungen

Für Leistungen nach dem AsylbLG gab der deutsche Staat im Jahr 2008 in Deutschland 842 Mill. Euro brutto aus. Nach Abzug der Einnahmen (insbesondere Erstattungen von Sozialleistungsträgern) von 29 Mill. Euro beliefen sich die reinen Ausgaben auf 814 Mill. Euro. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Nettoausgaben um rund 19 % zurück. Der größte Teil der Bruttoausgaben wurde für Regelleistungen aufgewandt (605 Mill. Euro). Entsprechend der Entwicklung der Empfängerzahlen lagen im Jahr 2008 auch die Ausgaben auf dem niedrigsten Stand seit Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik.

Kriegsopferfürsorge

Eine weitere Leistung der sozialen Mindestsicherung ist die Kriegsopferfürsorge.

Sie wird in erster Linie Personen gewährt, die bei militärischen Diensten geschädigt wurden. Dazu zählen neben Opfern des Krieges und deren Familienangehörigen weitere Personen mit einem sozialen Entschädigungsrecht wie Zivildienstleistende, Opfer von Gewalttaten, Impfgeschädigte sowie politische Häftlinge in der ehemaligen DDR.

Aufgabe der Kriegsopferfürsorge ist es, sich der Geschädigten und ihrer Familienmitglieder sowie der Hinterbliebenen in allen Lebenslagen anzunehmen, um die Folgen der Schädigung oder des Verlustes von Angehörigen (zumindest materiell) angemessen auszugleichen oder zu mildern.

Die Anzahl der Leistungsempfänger und die Höhe der Ausgaben für diese Mindestsicherungsleistung sind seit Mitte der 1990er Jahre stark rückläufig. Am Jahresende 2008 erhielten rund 46 000 Personen Kriegsopferfürsorge; die Bruttoausgaben beliefen sich auf rund 472 Mill. Euro. → **Abb. 11**

Auf der Ebene der Bundesländer fielen die höchsten Ausgaben im Jahr 2008 in

Abb. 10: Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, in 1000

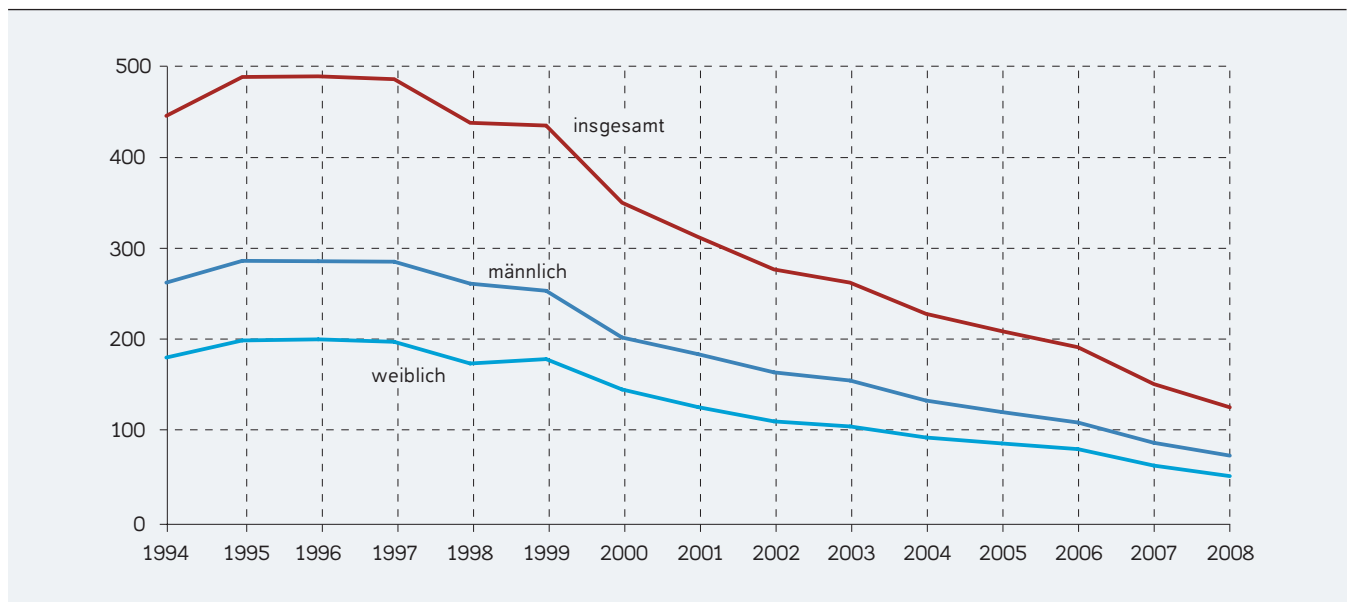
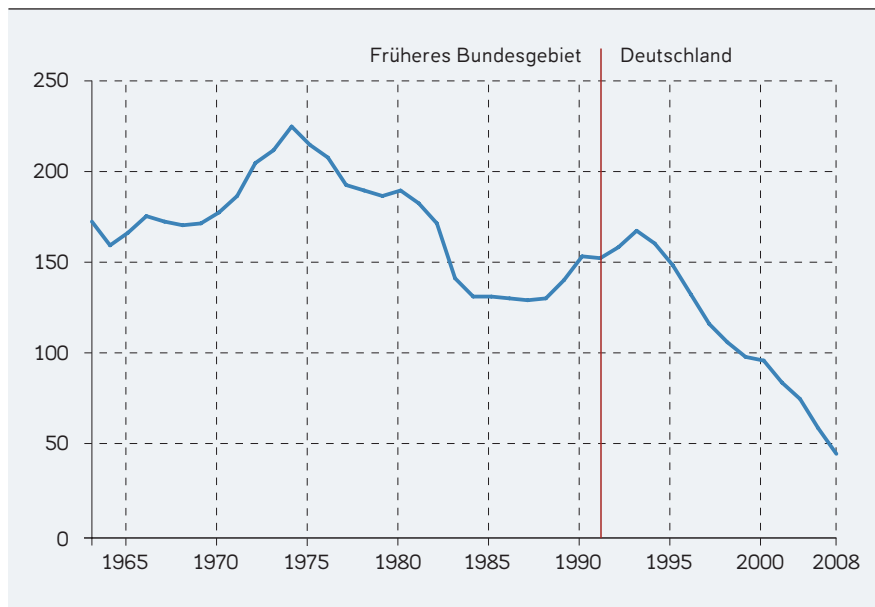


Abb. 11: Empfängerinnen und Empfänger laufender Leistungen der Kriegsopterfürsorge, in 1000



Nordrhein-Westfalen (160 Mill. Euro), Bayern (71 Mill. Euro) und Hessen (57 Mill. Euro) an. In den neuen Ländern musste nur ein Bruchteil dieser Beträge für die Kriegsopterfürsorge aufgewendet werden, da dort auch die Empfängerzahlen deutlich niedriger waren als im früheren Bundesgebiet. Insgesamt 93 % der gesamten Ausgaben der Kriegsopterfürsorge wurden im früheren Bundesgebiet ausgezahlt. Dies spiegelt sich auch in dem Indikator »Ausgaben je Einwohner« auf Länderebene wider. In Nordrhein-Westfalen lag er bei neun Euro, in den neuen Ländern bei eins bis zwei Euro. Im Bundesdurchschnitt wurden sechs Euro je Einwohner ausgegeben.

9.4.7 Förderungssysteme

Wohngeld

Das Wohngeld ist ein je zur Hälfte von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes wird es einkommensschwächeren Haushalten gewährt, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld

wird entweder als Mietzuschuss für Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümer geleistet. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Haushaltsgröße, dem Familieneinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. **i**

Zum Jahresende 2009 bezogen rund 860 000 Haushalte in Deutschland. Wohngeld. Gegenüber dem Vorjahr entspricht

dies einem Anstieg um etwa die Hälfte (47 %). Somit bezogen Ende 2009 etwa 2,1 % aller privaten Haushalte Wohngeld (Vorjahr: 1,6 %). 90 % der Empfängerhaushalte erhielten 2009 ihr Wohngeld als Mietzuschuss und die restlichen 10 % als Lastenzuschuss. Das Wohngeld kommt also in erster Linie den Mietern zugute.

Die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich im Berichtsjahr 2009 auf rund 1,56 Mrd. Euro, dies entspricht in etwa einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr (+ 107 %). Je Einwohner wurden im Jahr 2009 in Deutschland rein rechnerisch rund 19 Euro für Wohngeldleistungen ausgegeben.

Ende 2009 waren ungefähr die Hälfte (45 %) der Empfänger von Wohngeld Rentner oder Pensionäre, ein Drittel (36 %) ging einer beruflichen Tätigkeit nach. 10 % der Wohngeldempfänger waren arbeitslos, 9 % studierten noch oder waren aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig. → **Abb. 12**

Mehr als die Hälfte (56 %) aller Wohngeldempfänger lebte am Jahresende 2009 allein, 13 % lebten in Zwei-Personen-Haushalten und 8 % in Drei-Personen-Haushalten. In den übrigen 23 % der

Änderungen beim Wohngeld ab 1. Januar 2009

Infolge des zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Artikels 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches sowie des Artikels 1 des ersten Gesetzes zur Änderung des Wohngeldgesetzes ergaben sich für das Wohngeldrecht erneut erhebliche Veränderungen. Zunächst wurden – vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise – über einen nach der Haushaltsgröße gestaffelten festen Betrag erstmals Heizkosten bei der Ermittlung des Wohngeldes berücksichtigt. Außerdem wurde für Haushalte, die für einen der Monate Oktober 2008 bis März 2009 Wohngeld erhielten, ein nach der Personenzahl gestaffelter einmaliger zusätzlicher Wohngeldbetrag geleistet, der dem durchschnittlichen finanziellen Vorteil der Wohngeldnovelle für die Monate Oktober bis Dezember 2008 entspricht. Des Weiteren wurden die Höchstbeträge für Miete und Belastung über die Abschaffung der Baualterklassen auf Neubaulniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10 % erhöht. Neben den genannten Änderungen wurden auch die Tabellenwerte um acht Prozent angehoben. Infolgedessen hat sich die Anzahl der in der Wohngeldstatistik erfassten Haushalte wieder deutlich erhöht.

Abb. 12: Haushalte mit Bezug von Wohngeld nach sozialer Stellung des Antragstellers 2009, in %

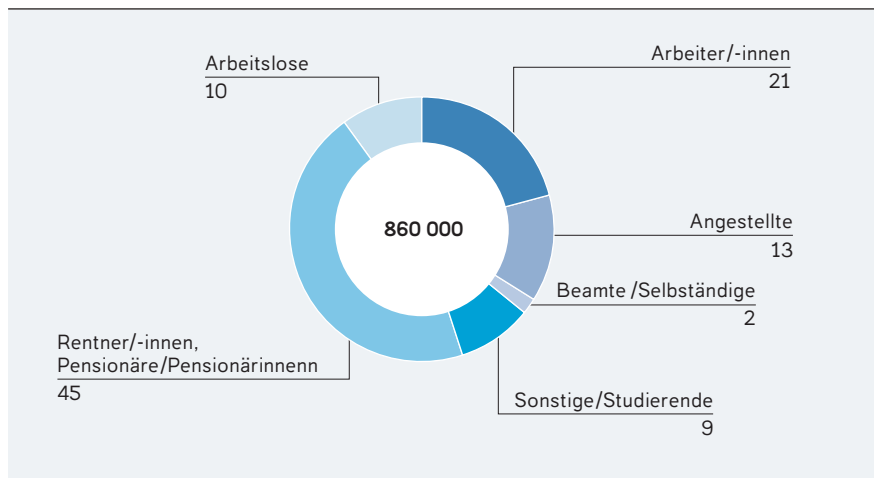
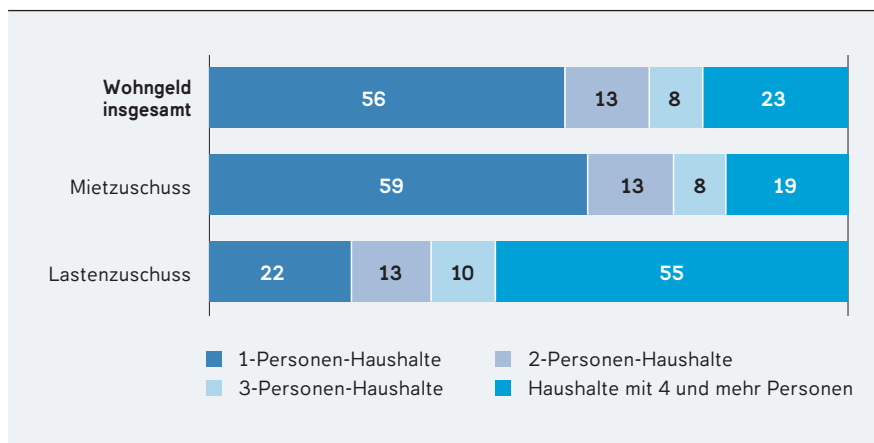


Abb. 13: Haushalte mit Bezug von Wohngeld nach Art des Wohngeldes und Haushaltsgröße 2009, in %



Tab. 6: Wohngeldhaushalte nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes am 31. Dezember 2009

| Art des Zuschusses/ Haushaltsgröße | Wohngeldhaushalte insgesamt | | Davon mit einem monatlichen Wohngeld von ... bis unter ... EUR | | | Durchschnittl. Wohngeldanspruch/Monat |
|---------------------------------------|-----------------------------|--------------|--|-------------|--------------|---------------------------------------|
| | Anzahl | in % | unter 50 | 50-150 | 150 und mehr | |
| | | | in % von Spalte 1 | | | in EUR |
| Insgesamt | 859 607 | 100,0 | 18,4 | 52,3 | 29,4 | 125 |
| Mietzuschuss | 775 606 | 90,2 | 18,5 | 55,3 | 28,2 | 122 |
| Lastenzuschuss | 84 001 | 9,8 | 17,3 | 42,4 | 40,2 | 152 |
| Haushalte ... | | | | | | |
| von Alleinstehenden | 448 114 | 55,6 | 23,1 | 62,5 | 14,4 | 93 |
| mit 2 Familienmitgliedern | 114 364 | 13,3 | 19,6 | 51,5 | 28,8 | 118 |
| mit 3 Familienmitgliedern | 72 053 | 8,4 | 15,2 | 45,1 | 39,7 | 139 |
| mit 4 Familienmitgliedern | 104 839 | 12,2 | 9,3 | 36,9 | 53,7 | 168 |
| mit 5 Familienmitgliedern | 57 151 | 6,6 | 5,8 | 26,0 | 68,2 | 209 |
| mit 6 Familienmitgliedern und mehr | 33 086 | 3,8 | 3,4 | 15,9 | 80,6 | 287 |

Empfängerhaushalte wohnten mindestens vier Personen. → Abb. 13

Das Wohngeld wird als Mietzuschuss überwiegend an kleinere Haushalte gezahlt, als Lastenzuschuss dagegen eher an größere Haushalte. So wurde der Mietzuschuss zu 73 % an Ein- und Zweipersonenhaushalte gezahlt, wobei bereits am Jahresende 2009 mehr als die Hälfte der Mietzuschussempfänger (59 %) allein lebte. Bei den Empfängern von Lastenzuschuss handelt es sich dagegen mehrheitlich (65 %) um Familien mit drei oder mehr Personen.

Der durchschnittliche monatliche Anspruch auf Wohngeld belief sich zum Stichtag am 31. Dezember 2009 auf 125 Euro je Empfängerhaushalt. Die Lastenzuschussempfänger hatten in der Regel höhere Wohnkosten zu tragen. An sie wurden mit durchschnittlich 152 Euro deutlich höhere Beträge gezahlt als an die Empfänger von Mietzuschuss mit 122 Euro. Grundsätzlich ist der Wohngeldanspruch umso höher, je größer der Haushalt ist und je geringer das der Berechnung zu Grunde liegende Gesamteinkommen. → Tab. 6

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuss zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall

vom Antragsteller getragen werden. Durch den Bezug von Wohngeld sanken die durchschnittlichen tatsächlichen Wohnkosten von 390 Euro auf 265 Euro.

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung sind zentrale Größen bei der Festlegung des Wohngeldes. Zur zuschussfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, z. B. die Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung, der Treppenhausbeleuchtung und Ähnliches. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten (außer dem 2009 neu eingeführten Heizkostenzuschuss), weswegen hier zuweilen auch von der »Bruttokaltmiete« gesprochen wird. Zur Belastung bei den Eigentümerhaushalten zählen der Kapitaldienst (Zinsen, Tilgung) sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung des Wohnraums, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

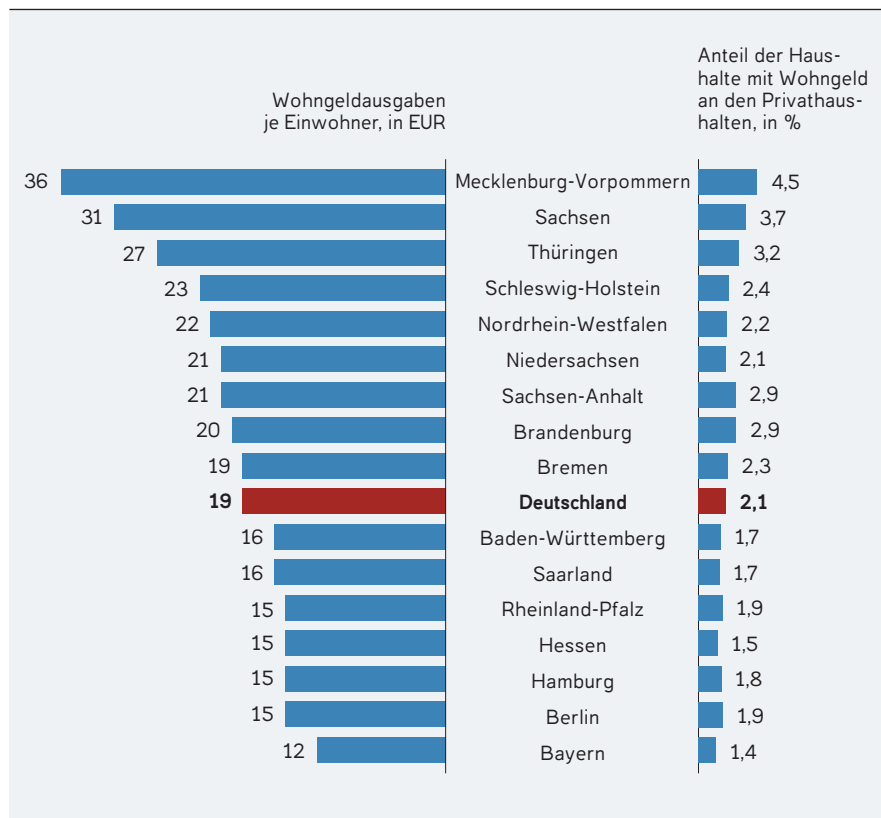
Die monatliche Bruttokaltmiete der Mietzuschussempfänger betrug Ende 2009 durchschnittlich 6,44 Euro je Quadratmeter Wohnfläche, die monatliche Belastung der Lastenzuschussempfänger lag mit durchschnittlich 4,53 Euro je Quadratmeter Wohnfläche niedriger.

Bei der Wohngeldbezugsquote waren ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen. Während im früheren Bundesgebiet mit Berlin 1,9 % aller privaten Haushalte zum Jahresende 2009 Wohngeld bezogen, waren dies in den neuen Bundesländern 3,4 %. In den alten Bundesländern gab es vor allem in den nördlichen Ländern und in den drei Stadtstaaten überdurchschnittlich viele Wohngeldempfänger. Schleswig-Holstein wies dabei mit 2,4 % aller Privathaushalte die höchste Bezugsquote auf, es folgten Bremen (2,3 %), Nordrhein-Westfalen (2,2 %) und Niedersachsen (2,1%). In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg bezogen 1,9 % bzw.

1,8 % der Haushalte Wohngeld. Am seltensten erhielten die Haushalte in Bayern (1,4 %), Hessen (1,5 %) sowie in Baden-Württemberg und im Saarland (je 1,7 %) Wohngeld. In den neuen Ländern hatte – wie im Vorjahr – Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil an Wohngeldempfängern (4,5 %), in Brandenburg und Sachsen-Anhalt (je 2,9 %) waren die Anteile am niedrigsten. → **Abb. 14**

Bundesweit lag der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch 2009 bei 125 Euro. In den alten Bundesländern betrug er rund 132 Euro und in den neuen Bundesländern 105 Euro. Die durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung der Empfängerhaushalte von Wohngeld belief sich im Dezember 2009 auf 6,09 Euro je Quadratmeter Wohnfläche. In den alten Bundesländern lagen die durchschnittlichen Wohnkosten je Quadratmeter bei 6,27 Euro, in den neuen Bundesländern bei 5,54 Euro.

Abb. 14: Wohngeld nach Ländern 2009



In den Ländern mit dem höchsten Anteil an Wohngeldempfängern waren im Jahr 2009 im Allgemeinen auch die Pro-Kopf-Wohngeldausgaben am höchsten. Die Wohngeldausgaben je Einwohner waren in Mecklenburg-Vorpommern mit 36 Euro dreimal so hoch wie in Bayern mit 12 Euro.

Elterngeld

Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld beträgt 67 % des wegfallenden monatlichen durchschnittlichen Nettogehaltes der letzten zwölf Monate vor Geburt des Kindes, sofern die Erwerbstätigkeit vollständig aufgegeben wird. Bei einer Reduzierung der Arbeitszeit durch Teilzeitarbeit beträgt der Anspruch auf Elterngeld 67 % der Differenz zwischen dem Einkommen vor der Geburt und dem (Teil-) Einkommen während des Elterngeldbezugs. Das Elterngeld liegt mindestens bei 300 Euro und höchstens bei 1 800 Euro. Der Mindestbetrag wird auch gezahlt, wenn vor der Geburt des Kindes kein Einkommen erzielt wurde. Je nach Familiensituation erhöht sich der

Elterngeldanspruch um einen Geschwisterbonus und/oder einen Mehrlingszuschlag. Einem Elternteil wird das Elterngeld für bis zu zwölf Monate gewährt. Nehmen beide Partner Elterngeld in Anspruch (so genannte »Partnermonate«) kann die Bezugsdauer auf 14 Monate verlängert werden. Eine Verdopplung der Bezugsdauer ist bei Halbierung des Elterngeldsatzes möglich. Anspruch auf Elterngeld haben Mütter und Väter, die

- › ihre Kinder nach der Geburt selbst betreuen und erziehen,
- › nicht mehr als 30 Stunden in der Woche erwerbstätig sind,
- › mit ihren Kindern in einem Haushalt leben und
- › einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben.

Auch die Ehe- oder Lebenspartner oder -partnerinnen, die das Kind nach der Geburt betreuen – auch wenn es nicht ihr eigenes ist – können unter denselben Voraussetzungen Elterngeld erhalten.

Die Statistik zum Bundeselterngeld wird vierteljährlich erhoben. Sie gibt Auskunft

über Mütter und Väter, deren Elterngeldbezug bereits beendet ist. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2009 rund 323 000 Kinder geboren. Bis einschließlich September 2010 hatten rund 379 000 Mütter und Väter für diese Kinder Elterngeld bezogen. Für 75 000 Kinder wurde jeweils vom Vater Elterngeld beantragt. Dies entspricht einer Väterbeteiligung von 23 % gegenüber 21 % für im Jahr 2008 geborene Kinder. Die Inanspruchnahme des Elterngeldes durch Mütter lag in diesen Geburtszeiträumen konstant bei über 96 %.

Ostdeutsche Väter nahmen Elterngeld etwas häufiger in Anspruch als Väter in Westdeutschland. Mit 26 % lag die Väterbeteiligung für im ersten Halbjahr 2009 geborene Kinder in Ostdeutschland um vier Prozentpunkte über dem westdeutschen Wert von 22 %. Am häufigsten bezogen die Väter in Sachsen und Bayern (jeweils 30 %) Elterngeld, gefolgt von Berlin (29 %) und Thüringen (28 %).

Am niedrigsten lag die Väterbeteiligung im Saarland (14%) sowie in Nordrhein-

Westfalen und Bremen (jeweils 18%).
 ➔ Tab. 7

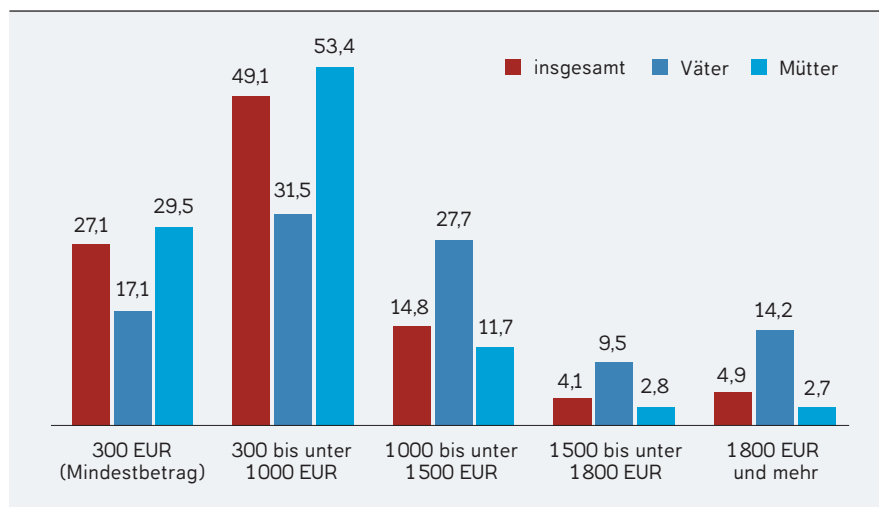
Die Mehrheit der Väter (74 %) bezog für ihr im ersten Halbjahr 2009 geborenes Kind das Elterngeld für zwei Monate. Einen zwölfmonatigen Elterngeldbezug nahmen dagegen nur 7 % der Väter in Anspruch. Mütter bezogen bundesweit in neun von zehn Fällen (89 %) Elterngeld für zwölf Monate (zwei Monate: unter 1 %).

29% der Mütter, deren Kind in der ersten Jahreshälfte 2009 geboren wurde, hatten einen Elterngeldanspruch von genau 300 Euro. Dies war dagegen bei weniger als jedem fünften Vater (17 %) der Fall. Ein monatliches Elterngeld von mehr als 300 und unter 1 000 Euro erhielt ein Drittel der Väter (31 %) und mehr als die Hälfte der Mütter (53 %). Einen Anspruch von mehr als 1 000 Euro hatten 51 % der Väter, jedoch nur 17 % der Mütter. Die unterschiedlich hohen Elterngeldansprüche von Müttern und Vätern liegen u. a. darin begründet, dass Väter häufiger vor der Geburt ihres Kindes

Tab. 7: Im 1. Halbjahr 2009 geborene Kinder, deren Vater und/oder Mutter Elterngeld bezogen hat

| | Insgesamt | Kinder, deren Vater Elterngeld bezogen hat | | Kinder, deren Mutter Elterngeld bezogen hat | |
|-------------------------------------|----------------|--|-------------|---|-------------|
| | | Anzahl | in % | Anzahl | in % |
| Baden-Württemberg | 43 260 | 10 112 | 23,4 | 41 667 | 96,3 |
| Bayern | 50 608 | 15 212 | 30,1 | 49 014 | 96,9 |
| Berlin | 15 529 | 4 546 | 29,3 | 14 473 | 93,2 |
| Brandenburg | 8 973 | 2 367 | 26,4 | 8 698 | 96,9 |
| Bremen | 2 622 | 477 | 18,2 | 2 490 | 95,0 |
| Hamburg | 8 153 | 2 110 | 25,9 | 7 741 | 94,9 |
| Hessen | 24 812 | 5 581 | 22,5 | 23 994 | 96,7 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 6 325 | 1 420 | 22,5 | 6 151 | 97,2 |
| Niedersachsen | 30 305 | 6 293 | 20,8 | 29 101 | 96,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 70 654 | 12 609 | 17,8 | 67 322 | 95,3 |
| Rheinland-Pfalz | 14 948 | 2 922 | 19,5 | 14 388 | 96,3 |
| Saarland | 3 315 | 449 | 13,5 | 3 065 | 92,5 |
| Sachsen | 16 525 | 5 011 | 30,3 | 16 167 | 97,8 |
| Sachsen-Anhalt | 8 355 | 1 563 | 18,7 | 7 960 | 95,3 |
| Schleswig-Holstein | 10 859 | 2 098 | 19,3 | 10 546 | 97,1 |
| Thüringen | 8 159 | 2 269 | 27,8 | 7 983 | 97,8 |
| Deutschland | 323 402 | 75 039 | 23,2 | 310 760 | 96,1 |
| Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) | 259 536 | 57 863 | 22,3 | 249 328 | 96,1 |
| Neue Länder (ohne Berlin) | 48 337 | 12 630 | 26,1 | 46 959 | 97,1 |

Abb. 15: Höhe des Elterngeldanspruchs im ersten Bezugsmonat, in %



Gemeldete beendete Leistungsbezüge von Januar 2009 bis September 2010 für im 1. Halbjahr 2009 geborene Kinder.

erwerbstätig waren als Mütter und in der Regel ein höheres anrechenbares Einkommen erzielten. → **Abb. 15**

84 % der Väter bzw. 58 % der Mütter, die für ihr im ersten Halbjahr 2009 geborenes Kind Elterngeld bezogen, waren vor der Geburt erwerbstätig (Elterngeldbeziehende insgesamt 63 %). Der durchschnittliche Elterngeldanspruch von vor der Geburt erwerbstätigen Vätern lag im ersten Bezugsmonat bundesweit mit 1 168 Euro rund ein Drittel höher als der vergleichbare Anspruch von Müttern mit durchschnittlich 856 Euro. Der durchschnittliche Anspruch aller vor der Geburt erwerbstätigen Elterngeldbeziehenden lag bei 936 Euro im ersten Bezugsmonat. Nicht Erwerbstätige erhielten in Verbindung mit Geschwisterbonus und/oder Mehrlingszuschlag im Durchschnitt 330 Euro Elterngeld (Mütter: 330 Euro, Väter: 321 Euro).

Kinder- und Jugendhilfe

Das Spektrum der erzieherischen Hilfen im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes als Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ist weit gefächert. Es umfasst einerseits familienunterstützende Hilfe, die einen Verbleib der jungen Menschen in der Familie ermöglichen (»ambulante Hilfe«), und andererseits

familienersetzende Hilfen, die außerhalb des Elternhauses erbracht werden (überwiegend »stationäre Hilfen«). Zu den ambulanten Hilfen zählen Erziehungsberatung, Unterstützung durch einen Erziehungsbeistand oder Betreuungshelfer, soziale Gruppenarbeit und sozialpädagogische Familienhilfe. Zu den Hilfen, die außerhalb des Elternhauses erfolgen, zählen Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie und Heimerziehung oder Unterbringung in einer sonstigen betreuten Wohnform. Intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung wird ein eigenständiges Profil zwischen ambulanter und stationärer Hilfe zugewiesen.

Wenn eine »dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist«, räumt das Kinder- und Jugendhilfegesetz den Sorgeberechtigten einen Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung ein. In Krisensituationen – z. B. bei Erziehungsschwierigkeiten, Trennung oder Scheidung der Eltern, Gewalt unter Jugendlichen, Drogenkonsum – bietet Kinder- und Jugendhilfe eine ganze Reihe von spezifischen Unterstützungen an, und zwar für Eltern, Mädchen und Jungen und für junge Erwachsene.

Die Leistungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes richten sich an »junge Menschen«, das heißt Personen, die noch nicht 27 Jahre alt sind. Die Zielgruppe der Kinder- und Jugendhilfe in der entsprechenden Altersgruppe umfasste 2009 22,4 Mill. Personen, das sind 27 % der Bevölkerung. Im Jahr 2009 erhielten insgesamt 836 000 junge Menschen in Deutschland eine erzieherische Hilfe nach dem SGB VIII (beendete und am Jahresende bestehende Hilfen).

Kinder- und Jugendhilfe hilft jungen Menschen zum größten Teil innerhalb ihrer Familie. So wurden im Jahr 2009 rund drei Viertel der erzieherischen Hilfen innerhalb der Familie geleistet, und zwar als Erziehungsberatung (53 %), Betreuung einzelner junger Menschen (6 %), flexible (ambulante/teilstationäre) Einzelhilfe (2 %) oder Sozialpädagogische Familienhilfe (11 %) bzw. flexible Familienhilfe (3 %).

Etwa jede fünfte erzieherische Hilfe fand außerhalb der Herkunftsfamilie statt: in Form von Heimerziehung bzw. sonstiger betreuter Wohnform (11 %), Vollzeitpflege (8 %), intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung (1 %) oder flexibler stationärer Einzelhilfe (0,5 %). Schließlich wurden noch 3 % der Hilfen teilstationär, und zwar in einer Tagesgruppe geleistet. Hier wird die Fremdunterbringung dadurch vermieden, dass die Kinder und Jugendlichen in ihrer Familie bleiben, aber wochentags zeitweise außerhalb des Elternhauses betreut werden. Die flexiblen Hilfen gemäß § 27 Abs. 2 SGB VIII werden erst seit 2007 erhoben. → **Tab. 8**

Unter den ambulanten Hilfen wird die Erziehungsberatung am häufigsten in Anspruch genommen. Im Jahr 2009 beendeten 308 000 junge Menschen eine Erziehungsberatung. Gegenüber 1991, dem Jahr des Inkrafttretens des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, hat sich die Zahl der beendeten Beratungen verdoppelt. Erziehungsberatung ist die zahlenmäßig

bedeutendste Hilfeart im Gesamtspektrum der erzieherischen Hilfen. Die Nachfrage nach dieser Hilfe wuchs in den vergangenen Jahren nahezu kontinuierlich. Die Beratungen je 10 000 junger Menschen unter 21 Jahren (Beratungsquote) nahmen zwischen 1991 und 2009 von 84 auf 189 zu.

Hilfe für einzelne junge Menschen in Problem- und Konfliktsituationen wird durch Erziehungsbeistände bzw. Betreuungshelfer oder in sozialer Gruppenarbeit geleistet. Im Jahr 2009 haben 65 000 junge Menschen eine der vorgenannten individuellen Betreuungsleistungen erhalten (beendete und über den Jahreswechsel andauernde Hilfen). Damit hat sich die Anzahl gegenüber 1991 mehr als verdreifacht.

Eine Sonderstellung unter den ambulanten Hilfearten nehmen die sozialpädagogische Familienhilfe und die flexible Familienhilfe ein. Hier ist die ganze Familie Adressat der Hilfe, wobei eine Unterstützung im gesamten Familienalltag angeboten wird. Zu diesem Zweck kommt eine Fachkraft in die Familie und bietet kontinuierliche Unterstützung bei der Erziehung, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und bei Schwierigkeiten mit Außenstehenden an. Damit soll u. a. die Unterbringung minderjähriger Kinder außerhalb der Familien vermieden werden. 2009 wurden rund 116 000 Familien durch eine sozialpädagogische oder flexible Familienhilfe unterstützt (beendete und am Jahresende bestehende Hilfen). 1991 hatten nur 13 000 Familien eine familienorientierte Hilfe in Anspruch genommen.

Am 31. Dezember 1991 wurden insgesamt 115 000 bestehende Hilfen außerhalb des Elternhauses registriert. 18 Jahre später, am Jahresende 2009, hat sich der Bestand auf 142 000 erhöht, ein Anstieg um rund 23 %. Die einzelnen Hilfearten nahmen während dieses Zeitraums eine deutlich unterschiedliche Entwicklung. Während sich die Zahl der

Tab. 8: Erzieherische Hilfen nach Hilfearten 2009

| | Anzahl der Hilfen | Anteil in % |
|--|-------------------|-------------|
| Insgesamt | 834 530 | 100 |
| Ambulante Hilfen | | |
| Erziehungsberatung | 442 836 | 53,1 |
| Sozialpädagogische Familienhilfe | 93 360 | 11,2 |
| Einzelbetreuung | 48 678 | 5,8 |
| Flexible familienorientierte Hilfe | 22 675 | 2,7 |
| Soziale Gruppenarbeit | 15 977 | 1,9 |
| Flexible Hilfe (ambulant/teilstationär) | 13 344 | 1,6 |
| Teilstationäre Hilfe | | |
| Erziehung in einer Tagesgruppe | 26 162 | 3,1 |
| Stationäre Hilfen | | |
| Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform | 91 395 | 11,0 |
| Vollzeitpflege | 69 972 | 8,4 |
| Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung | 6 224 | 0,7 |
| Flexible Hilfe (stationär) | 3 907 | 0,5 |

Am Jahresende 2009 bestehende und in 2009 beendete Hilfen.

Hilfen in einer Tagesgruppe von 6 000 auf 17 600 nahezu verdreifacht hat, erhöhte sich die Zahl der jungen Menschen in Vollzeitpflege um 31 % von 43 900 auf 57 500. Im Gegensatz dazu reduzierte sich die Zahl der im Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform untergebrachten jungen Menschen um rund 5 % auf 60 900. Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung verzeichnete den größten Zuwachs (+ 391 %) auf 3 300 Hilfen, allerdings bezogen auf eine geringe Ausgangszahl von rund 700 Hilfen am Jahresende 1991.

Differenziert nach Ländern ergeben sich deutliche Unterschiede in der Häufigkeit der gewährten Hilfen. Dies trifft sowohl auf die ambulanten Hilfen wie auch auf die Hilfen außerhalb des Elternhauses zu. Betrachtet man die Quote der begonnenen Hilfen je 1 000 junge Menschen unter 21 Jahren (ohne die unterschiedliche Zahl junger Menschen in den Ländern insgesamt zu berücksichtigen) so wurden die wenigsten ambulanten Hilfen (ohne Erziehungsberatung) in Bayern gewährt. Hier liegt die Quote bei 3,6. Die meisten ambulanten Hilfen haben 2009 für junge Menschen in Bremen begonnen.

Mit 15,1 Hilfen je 1 000 junger Menschen unter 21 Jahren war die Quote hier mehr als viermal höher als in Bayern.

Auch bei den neu gewährten Hilfen außerhalb des Elternhauses hat Bayern mit einer Quote von drei Hilfen je 1 000 junger Menschen unter 21 Jahren den geringsten und Bremen mit neun Hilfen den höchsten relativen Wert. In allen Ländern ist die Quote der Hilfen außerhalb des Elternhauses niedriger als die Quote der ambulanten Hilfen (ohne Erziehungsberatung). Ein deutlicher Unterschied in der Gewährung der Hilfen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern (jeweils ohne Berlin) ist sowohl bei den ambulanten als auch bei den stationären Hilfen nicht ersichtlich.

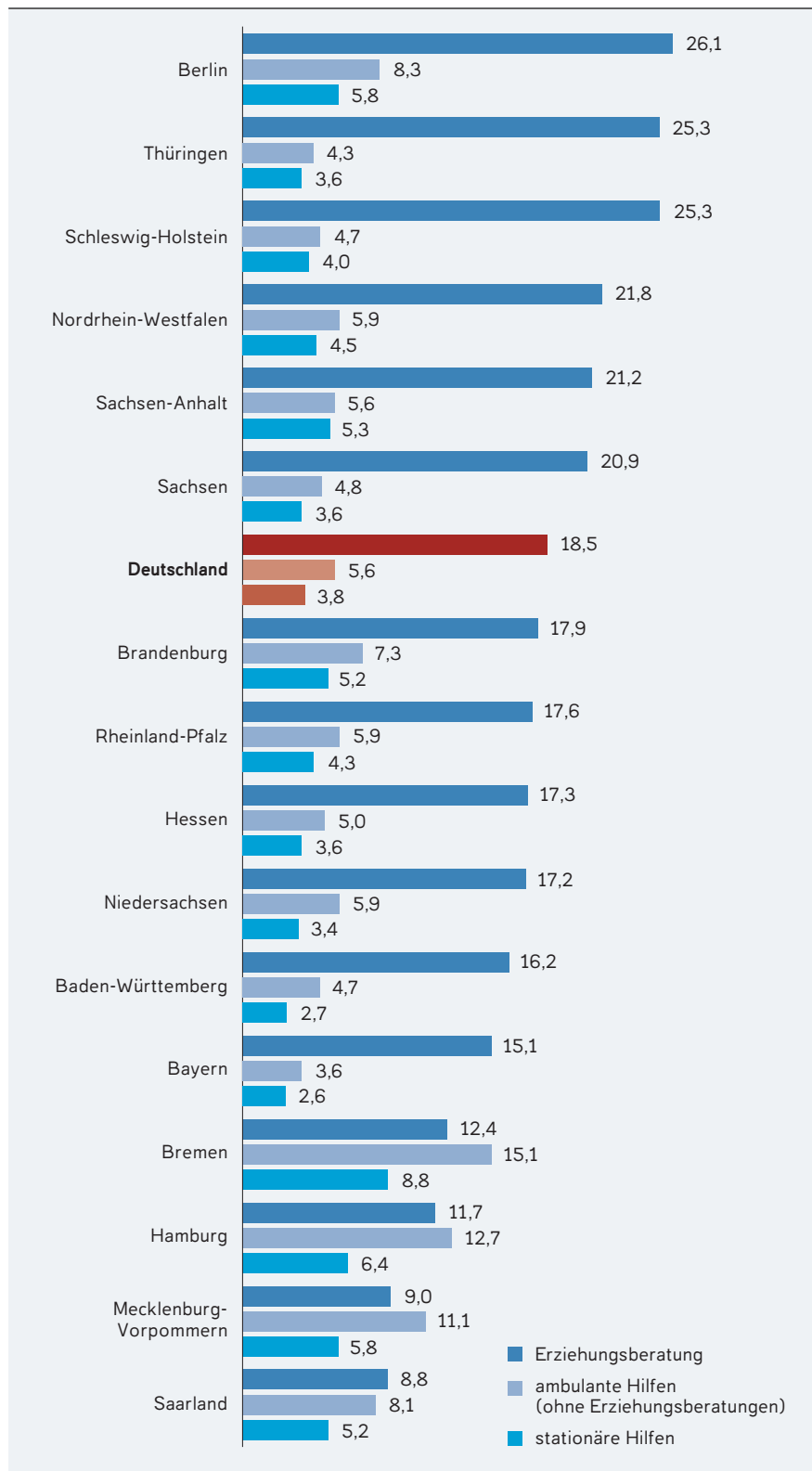
Beobachtet man die Inanspruchnahme von Erziehungsberatungen auf Länderebene werden ebenfalls klare Unterschiede deutlich. Berlin erreicht mit 26 begonnenen Beratungen den höchsten relativen Wert, dagegen liegen das Saarland und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils neun neu gewährten Beratungen weit dahinter. Im Vergleich zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern

fallen die Differenzen mit 18 zu 20 Beratungen je 1 000 junger Menschen nur gering aus. → **Abb. 16**

Die unterschiedlichen Häufigkeiten einzelner Hilfearten in den Ländern hängen u. a. davon ab, dass belastende Lebenssituationen für Kinder und Eltern regional nicht gleich verteilt sind. Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld II und Sozialhilfebezug, insbesondere von Minderjährigen (siehe Abschnitt 9.3.6), sind in einigen Ländern (vor allem den Stadtstaaten) häufiger anzutreffen. Auch Trennung und Scheidung und daraus resultierende Situationen des Alleinerziehens sind nicht in allen Ländern gleich zahlreich. Dabei gilt, dass keiner dieser Gründe zwingend einen Bedarf an erzieherischer Hilfe verursacht. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger und Alleinerziehende erziehen ihre Kinder auch ohne vom Jugendamt vermittelte professionelle pädagogische Unterstützung. Sozioökonomische Belastungen sind zwar wichtige Gründe innerhalb der vielfältigen Faktoren, die zur Inanspruchnahme von erzieherischer Hilfe führen, aber sie sind nicht die einzigen. Weiter ist zu berücksichtigen, dass unterschiedliche Wahrnehmungsweisen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendämtern bei der Gewährung von erzieherischer Hilfe eine Rolle spielen, die bei durchaus ähnlich gelagerten Problemsituationen unterschiedliche Hilfeentscheidungen treffen können.

Die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Jugendhilfe weist Ausgaben nach, die aus öffentlichen Mitteln für Zwecke der Jugendhilfe nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) – Kinder- und Jugendhilfe – geleistet werden, sowie die entsprechenden Einnahmen. Diese werden getrennt für Einzel- und Gruppenhilfen und andere Aufgaben nach dem SGB VIII und für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe erfasst (u. a. Kindertageseinrichtungen). Die Ausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen werden gegliedert

Abb. 16: Begonnene Erziehungsberatungen, ambulante Hilfen und Hilfen außerhalb des Elternhauses 2009, je 1000 junger Menschen unter 21 Jahren



nach Hilfeart und Art der Ausgabe erhoben.

Für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wendeten die öffentlichen Träger im Jahr 2009 brutto 26,9 Mrd. Euro auf. Rund 60 % dieser Ausgaben fielen im Bereich der Kindertagesbetreuung an (16,2 Mrd. Euro). Leistungen der Hilfe zur Erziehung kosteten die Träger der Kinder- und Jugendhilfe 2009 insgesamt 7,1 Mrd. Euro. Davon entfielen 3,9 Mrd. Euro (56 %) auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege und Heimerziehung oder sonstiger betreuter Wohnform.

9.4.8 Zusammenfassung

Die Leistungen des Sozialbudgets insgesamt beliefen sich 2008 auf rund 723,4 Mrd. Euro. Die Sozialleistungsquote, das Verhältnis der Sozialleistungen zum Bruttoinlandsprodukt, betrug 2008 für Deutschland 29 %. Auf die Sozialversicherungssysteme entfielen 439,5 Mrd. Euro.

Die gesetzliche Rentenversicherung tätigte Leistungen in Höhe von 244,8 Mrd. Euro. Mitte 2008 wurden 24,7 Mill. Renten gezahlt, 77 % Versichertenrenten und 23 % Hinterbliebenenrenten. Die Rentenhöhe war breit gestreut. Die durchschnittliche Versichertenrente in der allgemeinen Rentenversicherung lag 2008 für Frauen bei 524 und für Männer bei 945 Euro.

Die gesetzliche Krankenversicherung tätigte 2008 Ausgaben in Höhe von 158,9 Mrd. Euro. In ihr waren 2008 rund 70,2 Mill. Bürgerinnen und Bürger versichert. Im Sozialbudget erbringt die Pflegeversicherung Leistungen in Höhe von 19,1 Mrd. Euro. 2008 erhielten rund 2,1 Mill. gesetzlich Versicherte Leistungen aus der Pflegeversicherung.

Für die Arbeitslosenversicherung wurden 2008 rund 28,9 Mrd. ausgegeben. Auf rund 13,9 Mrd. beliefen sich die Ausgaben für Arbeitslosengeld I. Im Durchschnitt bezogen 2008 0,9 Mill. Menschen Arbeitslosengeld I.

6,6 Mill. Personen in 3,5 Mill. Bedarfsgemeinschaften erhielten 2008 ALG II oder Sozialgeld. Die Ausgaben zur Deckung des Lebensunterhalts für diesen Personenkreis beliefen sich 2008 auf rund 34,9 Mrd. Euro. In den Stadtstaaten und den neuen Bundesländern waren erheblich mehr Personen auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen. Insgesamt 17 % der in Deutschland lebenden Kinder unter 15 Jahren erhielten Unterstützungsleistungen in Form von Sozialgeld.

Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten 2008 rund 325 000 Personen. Etwa 92 000 Personen bezogen die Hilfe von Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Rund 768 000 Personen nahmen am Jahresende 2008 Leistungen der »Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung« in Anspruch. Somit waren 1,1 % der Menschen ab 18 Jahren auf diese Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII angewiesen. Rund 410 000 von ihnen waren älter als 65 Jahre. Insgesamt 2,5 % der über 65-Jährigen konnten ihren Lebensunterhalt damit nur mit Hilfe der Grundsicherung im Alter bestreiten.

Sowohl die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen als auch von Kriegsopferfürsorge ist in den letzten Jahren weiter gesunken. Zum Jahresende 2008 erhielten demnach noch 128 000 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Anzahl der Bezieherinnen und Bezieher von Kriegsopferfürsorge ist Ende 2008 auf 46 000 Personen gesunken. Damit lagen sowohl die Empfängerzahlen

der Asylbewerberinnen und Asylbewerber als auch der Empfängerinnen und Empfänger von Kriegsopferfürsorge auf dem bisher niedrigsten Stand.

Elterngeld haben zwischen Januar 2009 und September 2010 rund 379 000 Mütter und Väter bezogen, deren Kind im ersten Halbjahr 2009 geboren wurde. Für 23 % dieser Kinder hat der Vater Elterngeld in Anspruch genommen. Der monatliche Elterngeldanspruch von Vätern liegt in der Regel über dem der Mütter. Väter bezogen – anders als die Mütter (89 %) – zu einem erheblich geringeren Anteil (7 %) das Elterngeld für ein ganzes Jahr. Fast drei Viertel der Väter (74 %) erhielt Elterngeld nur für zwei Monate.

Kinder- und Jugendhilfe hilft jungen Menschen zum größten Teil innerhalb ihrer Familie. So wurden im Jahr 2009 fast drei Viertel der erzieherischen Hilfen innerhalb der Familie geleistet, und zwar als Erziehungsberatung (53 %), Betreuung einzelner junger Menschen (6 %), flexible (ambulante/teilstationäre) Einzelhilfe (2 %) oder sozialpädagogische Familienhilfe (11 %) bzw. flexible Familienhilfe (5 %). Für den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wendeten die öffentlichen Träger im Jahr 2009 brutto 26,9 Mrd. Euro auf. Rund 60 % dieser Ausgaben fielen im Bereich der Kindertagesbetreuung an (16,2 Mrd. Euro).

9.5 Zur Entwicklung und Verteilung der Altersrenten in den alten und neuen Bundesländern

Ralf Himmelreicher

Entgeltpunkte



In der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV) werden die Anwartschaften der Versicherten in Entgeltpunkten (EP) bemessen. Diese Entgeltpunkte werden bestimmt, indem die jährlichen individuellen rentenversicherungspflichtigen Bruttoeinkommen durch das jährliche Durchschnittsentgelt aller Versicherten dividiert werden. Dadurch sind sie eine dimensionslose (preisbereinigte) Größe, die man als relative Wohlstandposition interpretieren und als objektiven Indikator in die Sozialberichterstattung aufnehmen kann. Die sich über die gesamte Erwerbsbiografie ergebende Summe dieser EP stellt eine valide Messgröße für die Höhe der Anwartschaften der Versicherten gegenüber der gRV dar; allerdings wird die Spanne der EP nach unten durch die Geringfügigkeitsgrenze (400 EUR) und nach oben durch die Beitragsbemessungsgrenze (BBG der allgemeinen RV monatlich 2009, Ost: 4 550 EUR, West: 5 400 EUR) begrenzt. Über der Beitragsbemessungsgrenze liegende Arbeitseinkommen wirken sich nicht rentenerhöhend aus.

tipliziert werden, um näherungsweise die Höhe der jeweiligen monatlichen Altersrente zu ermitteln. Mit Zeitreihenanalysen für den Zeitraum seit der Wiedervereinigung kann dann anschaulich gezeigt werden, welche unterschiedlichen Wohlstandpositionen sich für Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland am Ende ihrer Erwerbsbiografie ergeben.

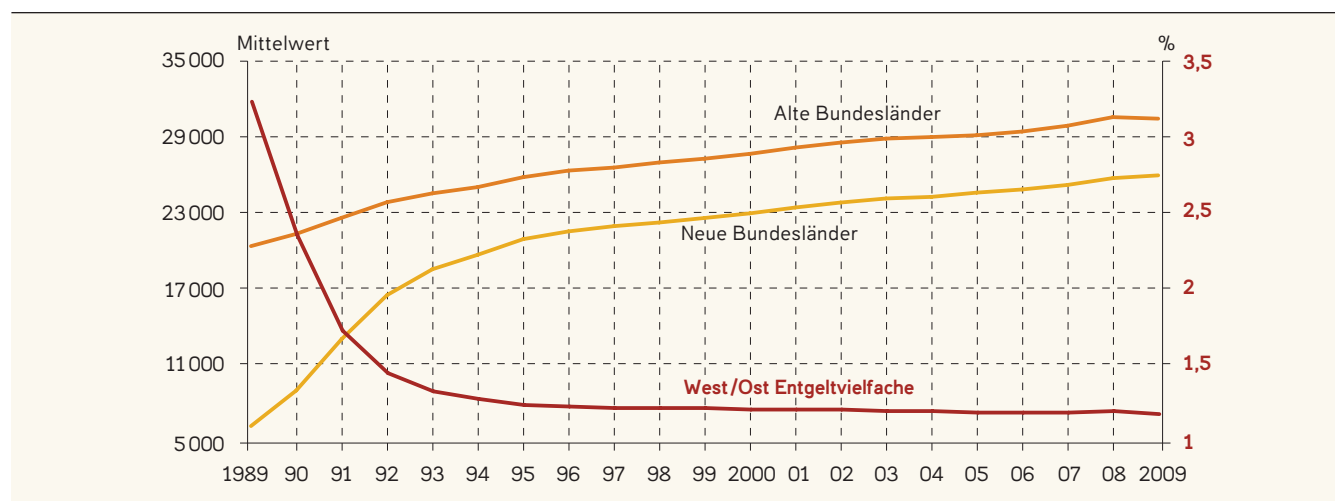
Betrachtet werden in Deutschland wohnende Versicherte mit erstmaligem Bezug einer Altersrente, die 60 Jahre und älter sind (so genannte Inlandsrentner). Beziehende von Teilrenten, Renten mit scheidungsbedingtem Versorgungsausgleich sowie Erwerbsminderungs- wie Hinterbliebenenrenten wurden von der Analyse ausgeschlossen. Die Datenbasis sind Mikrodaten der Rentenzugangsstatisik der Jahrgänge 1993, 1998 und 2003 bis einschließlich 2009, die vom Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (FDZ-RV) als faktisch anonymisierte Scientific Use Files (SUFs) aufbereitet und für wissenschaftliche Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellt werden.

Im Oktober 1990 erfolgte mit dem Beitritt der DDR zur BRD eine Transformation der Rechtsordnung, indem das Grundgesetz im so genannten Beitrittsgebiet in Kraft trat. Der Beitritt ermöglichte rund 3,8 Mio. Rentnerinnen und Rentnern aus der DDR eine Eingliederung in die gesetzliche Rentenversicherung (gRV). Diese Eingliederung ist Ausdruck einer enormen kollektiven Solidarität im vereinten Deutschland. Für Neurentner werden Löhne und Erwerbsbiografien zu DDR-

Zeiten im Grundsatz so behandelt, als ob die Personen im damaligen Westdeutschland gelebt hätten.

Im Folgenden werden monatliche persönliche Entgeltpunkte (siehe Infokasten) von Zugängen in Altersrente unter Berücksichtigung des Zugangsfaktors (im wesentlichen Abschläge bei Rentenzugang vor Erreichen der Regelaltersgrenze) analysiert. Die Entgeltpunkte können mit dem aktuellen Rentenwert (Ost/West) mul-

Abb. 1: Nominale jährliche Bruttodurchschnittslöhne in den alten und den neuen Bundesländern (linke Skala) und Höherwertung (rechte Skala), 1989–2009



Quelle: Rentenversicherung in Zeitreihen 2010, DRV-Schriften Band 22, S. 240.

9.5.1 Lohnentwicklung

Versicherte Löhne und Gehälter (im Folgenden kurz Löhne genannt) stellen neben insbesondere Kindererziehung und Pflege die zentrale Größe dar, aus denen sich individuelle Ansprüche gegenüber der gRV speisen. Damit bestimmen die in EP ausgedrückten relativen Löhne und die Länge der Erwerbsbiografie im Fall der Verrentung maßgeblich die Höhe der jeweiligen Altersrenten. Auf die damals bestehenden unterschiedlichen Lohnniveaus in den alten und neuen Bundesländern wurde im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG 1991) durch Höherwertung der Ostlöhne reagiert. → **Abb. 1**

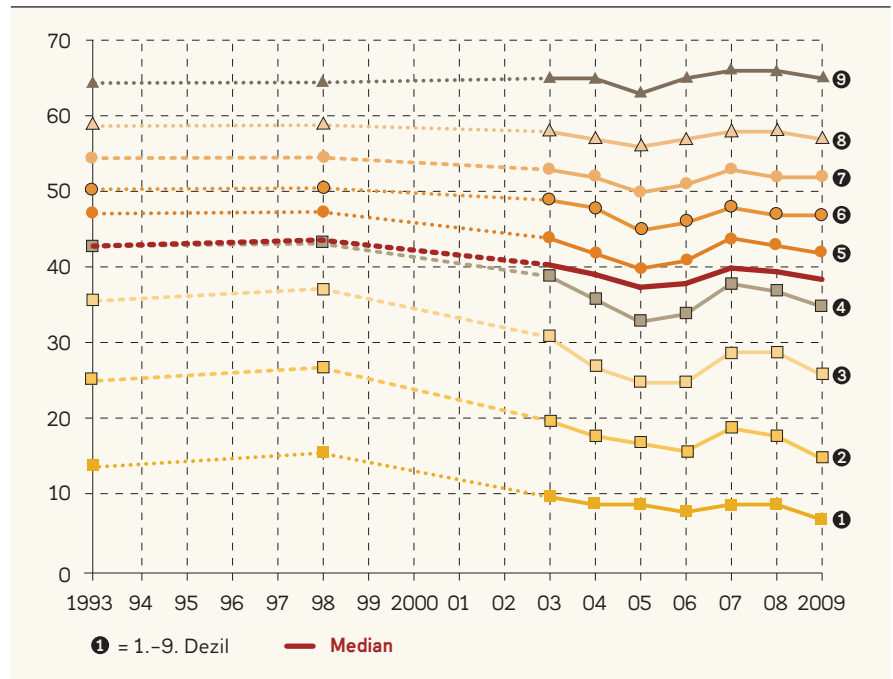
Die Höherwertung der Entgelte (Ost) mit dem in Abbildung 1 (rechte Skala) ausgewiesenen Faktor ist in Anlage 10, Sozialgesetzbuch VI dokumentiert und wird berechnet, indem die jährlichen Bruttodurchschnittslöhne (West) durch entsprechende Löhne (Ost) dividiert werden. Dieser Faktor weist aus, dass in den ersten Jahren nach der deutschen Einheit eine schnelle Lohnannäherung erfolgte, jedoch seit Mitte der 1990er Jahre bis Ende 2009 die Durchschnittslöhne im Westen gleichbleibend rund 20 % höher ausfallen als jene im Osten. Erklärungsansätze zur Begründung der Lohnunterschiede in Ost und West zielen häufig auf verschiedene Strukturen bei Branchen

Medianrentner



Zur besseren Veranschaulichung wird die Verteilung der Entgeltpunkte bzw. der ausbezahlten Altersrenten in so genannten Dezilen dargestellt. Das heißt, aus der Rangordnung nach der Höhe ihrer Entgeltpunkte werden zehn gleich große Gruppen gebildet. Die Dezile geben dann die Grenzen an, an denen die jeweils nächsthöhere Gruppe beginnt. Das erste Dezil grenzt die unteren zehn Prozent ab, am neunten Dezile beginnen die oberen zehn Prozent. Der Median bildet in dieser Rangordnung genau die Mitte: die Hälfte aller Personen liegt jeweils über bzw. unter dem Median.

Abb. 2: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Männern in den alten Bundesländern, in Dezilen



(Rentenzugang: 1993–2009).

Datenbasis: FDZ-RV – SUFRTZN93XVSB, SUFRTZN98XVSB, SUFRTZN03-09XVSB, eigene Berechnungen.

und Betriebsgrößen sowie Produktivitätsunterschiede; allerdings haben Erwerbstätige in den neuen Bundesländern höhere tatsächliche Arbeitszeiten als jene in den alten. Durch die sozialpolitische Kompensation der Ost-West-Lohnunterschiede im Rahmen der Höherwertung erfolgt eine Anhebung der durchschnittlichen Rentenanwartschaften im Osten auf Westniveau.

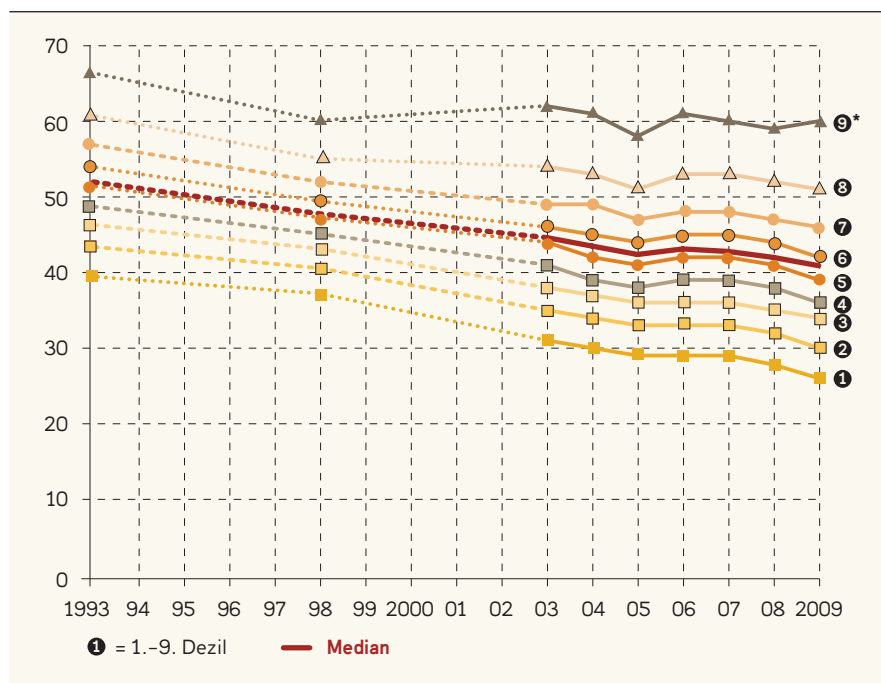
9.5.2 Entwicklung der Altersrenten

Die Summe der persönlichen EP spiegelt die Anwartschaften der Versicherten gegenüber der gRV wider. Sie können als Bilanz der Erwerbs- bzw. Versicherungsbiografien interpretiert werden. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Frauen und Männern in den Regionen werden die empirischen Befunde differenziert nach Geschlecht sowie nach alten und neuen Bundesländern in Dezilen ausgewiesen.

Für männliche Neurentner in den alten Bundesländern zeigt sich dabei ein deutlicher Rückgang ihrer EP: Die Anwartschaften des Medianrentners (Median in Abb. 2) sinken im Zeitverlauf von etwa 47 um knapp 11 % auf 42 EP im Jahr 2009. Damit erhalten Neurentner des Jahres 2009 im Durchschnitt vergleichsweise geringere Altersrenten als Neurentner der vorangegangenen Jahre. Dieser negative Trend erfasst insbesondere niedrige bis mittlere gRV-Renten. Nominal, d. h. ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung, sinkt die Median-Bruttorente von 1 072 Euro im Jahr 1993 auf 1 013 Euro im Jahr 2009. → **Abb. 2**

Insgesamt hat die Spreizung der EP und damit der Auszahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung durch sinkende Niedrigrenten und geringfügig steigende Höchstrenten zugenommen: Erreichten die untersten zehn Prozent der Neurentner 1993 noch rund 22 % der obersten Rentnergruppe, so liegt dieser

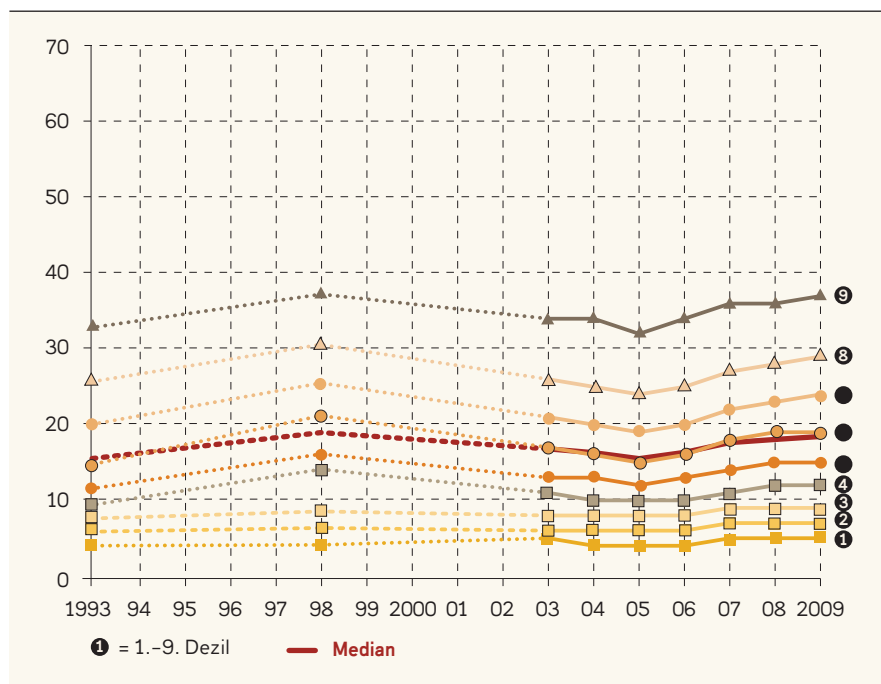
Abb. 3: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgelt-punkte bei Altersrenten von Männern in den neuen Bundesländern, in Dezilen



(Rentenzugang: 1993-2009).

Datenbasis: FDZ-RV - SUFRTZN93XVSB, SUFRTZN98XVSB, SUFRTZN03-09XVSB, eigene Berechnungen.

Abb. 4: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgelt-punkte bei Altersrenten von Frauen in den alten Bundesländern, in Dezilen



(Rentenzugang: 1993-2009).

Datenbasis: FDZ-RV - SUFRTZN93XVSB, SUFRTZN98XVSB, SUFRTZN03-09XVSB, eigene Berechnungen.

Anteil im Jahr 2009 mit knapp 11 % deutlich niedriger. Abgesehen von den 30 % der wohlhabendsten Neurentner sind bei allen anderen im Zeitverlauf sinkende Anwartschaften festzustellen. Bei Neurentnern der drei unteren Dezile gingen die Anwartschaften um zwischen 7 bis 10 EP zurück. Demgegenüber verzeichnen Bezieher von Altersrenten der beiden höchsten Dezile im gesamten Beobachtungszeitraum ungefähr gleichbleibend hohe Entgeltpunkte (EP).

Auch die männlichen Rentnerzugänge in den neuen Bundesländern weisen im Untersuchungszeitraum einen deutlichen Rückgang ihrer Anwartschaften auf. Die EP des Medianrentners sinken seit der deutschen Einheit von 51 um rund 24 % auf 39 EP in 2009. Nominal ergibt sich durch die Rentenanpassungen eine Steigerung der Median-Bruttorente von 844 Euro im Jahr 1993 auf 861 Euro in 2009. → **Abb. 3**

Bei den männlichen Neurentnern in den neuen Bundesländern ist die Verteilung der Anwartschaften erkennbar ungleicher geworden: Erreichten Neurentner des untersten Dezils 1993 noch fast 60 % der EP des obersten Dezils, so kommen diejenigen des Jahres 2009 lediglich auf etwa 43 %. Die Unterschiede innerhalb eines Rentnerzugangsjahrgangs nehmen also mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur deutschen Einheit zu und die Anwartschaften nehmen tendenziell ab. Anders formuliert: Je kürzer die DDR-geprägten Erwerbsbiografien (d.h. ohne Arbeitslosigkeit und mit geringer Lohnspreizung) sind, desto niedriger werden die Anwartschaften und umso höher deren Spreizung.

Eine etwas andere Entwicklung ist bei den weiblichen Neuzugängen in die Altersrente festzustellen. Die Summe der persönlichen EP von Frauen in den alten Bundesländern hat im Beobachtungszeitraum bei der Medianrentnerin zwar um rund 22 % zugenommen, doch vollzieht sich diese relative Veränderung vor

dem Hintergrund niedriger absoluter Werte: von 11,5 im Jahr 1993 auf 15 EP in 2009 (Abb. 4) oder in nominalen Beträgen (Median-Bruttorente) von 261 Euro auf 370 Euro. Vergleichbar mit den männlichen Zugängen in den alten Bundesländern ist auch bei den Frauen die Spreizung der Rentenbezüge größer als in den neuen Bundesländern. Neurentnerinnen im untersten Dezil erreichten in 2009 fünf EP und damit lediglich knapp 14 % der Anwartschaften des obersten Dezils. Damit hat die Ungleichverteilung der Altersrenten bei westdeutschen Frauen leicht zugenommen. → Abb. 4

Bei Neurentnerinnen in den unteren drei Dezilen gibt es im Zeitverlauf kaum Veränderungen, die Ansprüche bleiben auf niedrigem Niveau bei unter zehn EP. Anders als Bezieherinnen mittlerer und hoher GRV-Renten konnte diese Gruppe keine nennenswerte Erhöhung ihrer Anwartschaften verzeichnen. Somit belaufen sich die GRV-Anwartschaften von knapp jeder dritten westdeutschen Frau auf weniger als zehn EP. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass diese Rentnerinnen im Haushaltskontext unter Umständen über ihren Gatten sowie weitere Alterseinkünfte hinreichend abgesichert sein können. Dennoch ist es politischer Wille, die eigenständige Altersvorsorge von (westdeutschen) Frauen zu stärken; nicht zuletzt wegen zunehmender Scheidungen und meist fehlender Hinterbliebenenversicherung bei Produkten der (staatlich geförderten) privaten wie betrieblichen Altersvorsorge. Außerdem gehen die Anwartschaften der Männer – wie eben beschrieben – im Zeitverlauf tendenziell zurück, weshalb die Witwenrenten ebenfalls sinken.

Die Anwartschaften von Frauen in den neuen Bundesländern haben sich im untersuchten Zeitraum hingegen geringfügig reduziert: 1993 betragen sie bei der Medianrentnerin 31, im Jahr 2009 28 EP (Abb. 5). In nominalen Beträgen entspricht dies einer Median-Bruttorente von 447 Euro in 1993 und 616 Euro in

2009. Die Entwicklung der Anwartschaften verläuft dabei nicht kontinuierlich: Während die GRV-Ansprüche in den oberen beiden Dezilen tendenziell ansteigen, nehmen die Altersrenten für Neurentnerinnen in den unteren beiden Dezilen bis 2009 ab und liegen 2009 etwa zwei bis drei EP unter den Werten von 1993. Ähnlich wie bei den männlichen Neurentnern in den neuen Bundesländern sind auch bei den Frauen die Unterschiede zwischen den niedrigsten und höchsten GRV-Renten vergleichsweise gering. Allerdings nimmt die Spreizung der Anwartschaften im Zeitverlauf erheblich zu.

→ Abb. 5

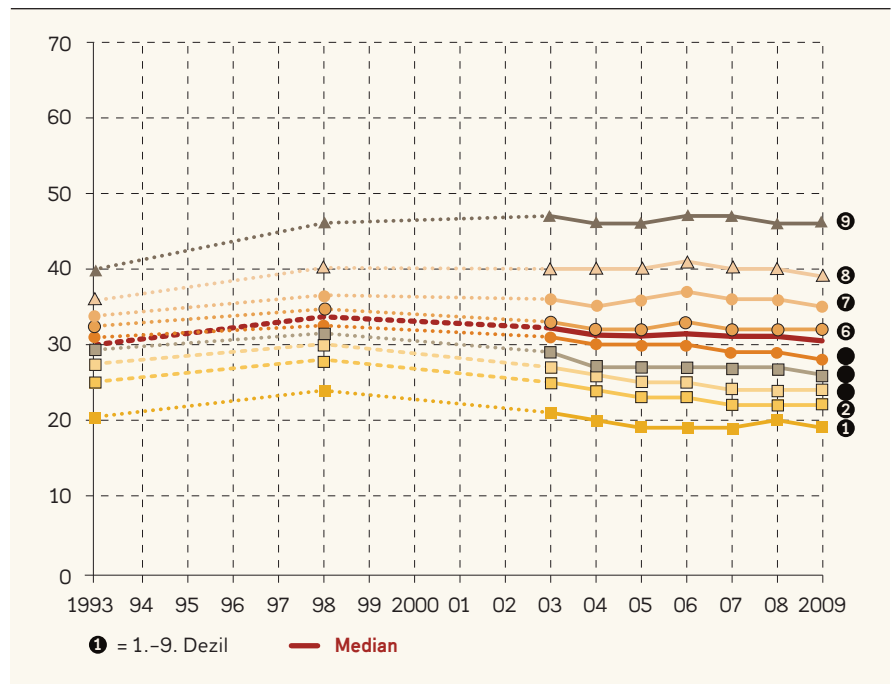
Vor allem in den unteren beiden Dezilen gehen die Anwartschaften im betrachteten Zeitraum deutlich um über 10 % zurück, während die Entwicklung in den oberen drei Dezilen eher gleichbleibend verläuft.

Der Rückgang der Anwartschaften ist bei Männern in den neuen Bundesländern

besonders ausgeprägt: Während Männer in den alten Bundesländern und Frauen insgesamt zumindest bis 1998 konstante bzw. steigende EP verzeichneten, sind die Ansprüche der Männer in den neuen Bundesländern seit 1993 rückläufig. Auf der anderen Seite sind ostdeutsche Männer mit der geringsten Spreizung ihrer Altersrenten die homogenste Bezugsgruppe. Vom Aufwärtstrend für Frauen in den alten Bundesländern profitiert das obere Drittel stärker als Bezieherinnen mittlerer und niedriger Altersrenten. Hinsichtlich der Verteilung ihrer Anwartschaften sind Neurentnerinnen in den alten Bundesländern nach wie vor als besonders heterogen zu bezeichnen.

Ansätze, die Veränderungen der Ansprüche der Versicherten an die GRV erklären können, zielen auf die in der Rentenformel genannten Parameter. Dies sind bei Altersrenten und bei gegebenem aktuellem Rentenwert die persönlichen Entgeltpunkte und der überwiegend um

Abb. 5: Entwicklung und Verteilung der Summe persönlicher Entgeltpunkte bei Altersrenten von Frauen in den neuen Bundesländern, in Dezilen



(Rentenzugang: 1993-2009).

Datenbasis: FDZ-RV - SUFRTZN93XVSB, SUFRTZN98XVSB, SUFRTZN03-09XVSB, eigene Berechnungen.

Abschläge reduzierte Zugangsfaktor. Eine Aufarbeitung des Einflusses unterschiedlicher Erwerbsverläufe, seien sie unterbrochen, diskontinuierlich oder perforiert (Schlagwort: Patchwork-Biografien) und deren Zusammenhang mit Abschlägen bzw. verschiedenen Entlohnungsregimen im Lebensverlauf der Versicherten, soll hier nicht durchgeführt werden. Stattdessen wird auf Veränderungen in den institutionellen Rahmenbedingungen der gRV fokussiert.

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die die Modalitäten der Altersrentenzugänge definieren, wurden seit der deutschen Einheit mehrfach modifiziert. Zur Bremsung der in den 1970er und 1980er Jahren zunehmenden Frühverrentungspraxis trat 1992 das Rentenreformgesetz (RRG '92) in Kraft. Nach dem RRG '92 können Altersrenten grundsätzlich bis zu fünf Jahre vorgezogen in Anspruch genommen werden, allerdings werden pro Monat eines vorgezogenen Rentenzugangs Abschläge in Höhe von 0,3 % fällig; wird die Rente nach dem 65. Lebensjahr beantragt, werden Zuschläge in Höhe von 0,5 % pro Monat ausgezahlt. Hinsichtlich der Wirkung der Abschläge ist darauf hinzuweisen, dass neben rentenmindernden Abschlägen von maximal 18 % bei einem um fünf Jahre vorgezogenen Rentenbeginn ein weiterer Aspekt zu berücksichtigen ist. Dieser bezieht sich darauf, dass bei einem vorgezogenen Rentenbeginn zugleich die Anwartschaft gemindert wird, weil die Versicherten nicht bis zum 65. Lebensjahr weitergearbeitet haben. Beide Effekte zusammengenommen bewirken so eine Reduzierung der Rente um rund 25 %, wenn der Rentenzugang mit 60 anstelle von 65 Jahren erfolgt.

Der Anteil der von Abschlägen betroffenen Neurentner steigt im Untersuchungszeitraum insbesondere in den neuen Bundesländern tendenziell an. Rund 50 % der Neurentner bzw. fast 80 % der Neurentnerinnen in Ostdeutschland sind im Jahr 2009 von solchen rentenmindernden Abschlägen betroffen; in den alten Bun-

desländern sind es rund 40 %. Der Anstieg der Renten mit Abschlägen spiegelt insbesondere die regionalen Besonderheiten auf den Arbeitsmärkten für über 60-jährige Versicherte wider. Neben der generellen Betroffenheit von Abschlägen spielt die Anzahl der Abschlagsmonate eine entscheidende Rolle: Und diese ist in den neuen Bundesländern besonders hoch. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Betroffenheit und Höhe von Abschlägen mit der Entwicklung und Verteilung der Anwartschaften insofern assoziiert ist, dass Neurentnerinnen und Neurentner in den neuen Bundesländern, deren Anwartschaften erheblich gesunken sind, auch überproportional häufig von Abschlägen mit stark rentenmindernder Wirkung betroffen sind.

9.5.3 Zusammenfassung

Der Prozess der Angleichung der Löhne in den alten und den neuen Bundesländern seit der deutschen Einheit vollzog sich zunächst schnell: In 1989 waren die West- mehr als dreimal so hoch wie die Ostlöhne. Die Angleichung stoppte Mitte der 1990er Jahre, seitdem sind die durchschnittlichen (sozialversicherungspflichtigen) Löhne in Westdeutschland rund 20 % höher als die in Ostdeutschland. Insofern haben sich dauerhaft ungleiche Entlohnungsregime herausgebildet.

Damit sich die Lohn disparitäten zwischen alten und neuen Bundesländern nicht direkt in Rentendisparitäten niederschlagen, werden die Entgelte in Ostdeutschland mit Hilfe des Höherwertungsfaktors aufgewertet. Trotz einer im Vergleich zu westdeutschen Durchschnittslöhnen derzeit überproportionalen Aufwertung der ostdeutschen Durchschnittslöhne sinken die Anwartschaften insbesondere von Männern in den neuen Bundesländern mit zunehmender zeitlicher Distanz zur deutschen Einheit. Das bedeutet: je länger der Zeitraum zwischen deutscher Einheit und individuellem Rentenzugang ist, desto niedriger werden die Anwartschaften.

Hieran werden die Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt für ältere Beschäftigte besonders deutlich.

Hinsichtlich der Entwicklung und Verteilung der Altersrenten beim Rentenzugang (1993 bis 2009) konnten verschiedene Trends festgestellt werden: Bei einem männlichen Medianrentner ist ein Rückgang der Altersrenten um mehr als 10 % (auf 42 EP) in den alten und um rund 24 % (auf 39 EP) in den neuen Bundesländern zu verzeichnen. Zudem ist eine Zunahme der Streuung, also der Ungleichheit der gRV-Anwartschaften in beiden Landesteilen zu beobachten.

Bei Frauen zeigt sich ein anderes Bild: Medianrentnerinnen in den alten Bundesländern erzielten 2009 rund 25 % mehr EP als noch 1993. Allerdings erfolgt diese Zunahme einseitig zugunsten von Bezieherinnen hoher und höchster Altersrenten und vollzieht sich auf einem niedrigen absoluten Niveau: die Medianrentnerin hat lediglich rund 15 EP. Die EP der Medianrentnerin in den neuen Bundesländern sinken um rund 10 % auf 28 EP im Jahr 2009. Im Unterschied zu Westrentnerinnen, bei denen die Abstände zwischen den höchsten und niedrigsten Anwartschaften zurückgingen, steigt die Streuung im Osten und ist 2009 wesentlich höher als kurz nach der deutschen Einheit.

Als zentraler Erklärungsansatz für die beobachtete Entwicklung und Verteilung der Anwartschaften wurden veränderte institutionelle Rahmenbedingungen, hier das Ausmaß und die Verteilung von Abschlägen, diskutiert. In der Rentenzugangskohorte 2009 zeigt sich, dass in den neuen Bundesländern etwa 50 % der Männer und knapp 80 % der Frauen von Abschlägen betroffen sind. In Westdeutschland ist der entsprechende Wert mit rund 40 % deutlich niedriger. Diese Entwicklung ist für Rentnerinnen und Rentner in den neuen Bundesländern besonders problematisch, weil ihre Alterseinkünfte zu 92 % aus der gesetzlichen Rentenversicherung stammen, im Vergleich zu 59 %

in den alten Bundesländern. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Neuzugänger in Altersrente in den neuen Bundesländern lediglich rund 20 Jahre Zeit hatten, um private und/oder betriebliche Altersvorsorge zu betreiben oder Vermögen zu akkumulieren. Dies zeigt sich u. a. an den Wohneigentumsquoten in den alten und den neuen Bundesländern (West 43 %, Ost 32 %) sowie deren deutlich differierenden Marktwerten.

Neben den Abschlüssen spielen in den beiden Landesteilen auch erwerbsbiografische Aspekte und unterschiedliche Chancen auf dem Arbeitsmarkt eine große Rolle. Unterschiedliche Löhne und Erwerbsbiografien in Ost und West haben sich in den letzten Jahren eher ver-

festigt. So ist nicht zu erwarten, dass in den nächsten Jahren eine Angleichung des Lohnniveaus zwischen Ost und Westdeutschland erfolgen wird. Allerdings sind zunehmende regionale Disparitäten auch innerhalb der beiden Landesteile festzustellen (bspw. Schleswig-Holstein im Vergleich zu Hessen bzw. Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu Brandenburg).

Im Koalitionsvertrag findet sich zur Diskussion einer Rentenangleichung Ost/West die Formulierung: »Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in den neuen Ländern bewährt. Wir führen in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West ein.« Allerdings werden keine konkreten Aussagen

dazu gemacht, wie diese Vereinheitlichung aussehen könnte. Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen ist eine Vereinheitlichung des Rentenrechts nicht zu rechtfertigen, weil sich die Einkommensverhältnisse nicht angeglichen haben. Da sie dies auf absehbare Zeit auch nicht tun werden, sollte eine transparente Lösung gefunden werden, die den weiterhin unterschiedlichen Löhnen in den beiden Landesteilen gerecht wird. Vor allem die sinkenden Rentenansprüche in den neuen Bundesländern, insbesondere vor dem Hintergrund geringer Anwartschaften gegenüber betrieblicher und privater Altersvorsorge, sind Indizien dafür, dass das sozialpolitische Ziel »Lebensstandardsicherung im Alter« aus dem Blick gerät.

10 Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung

10.1 Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung

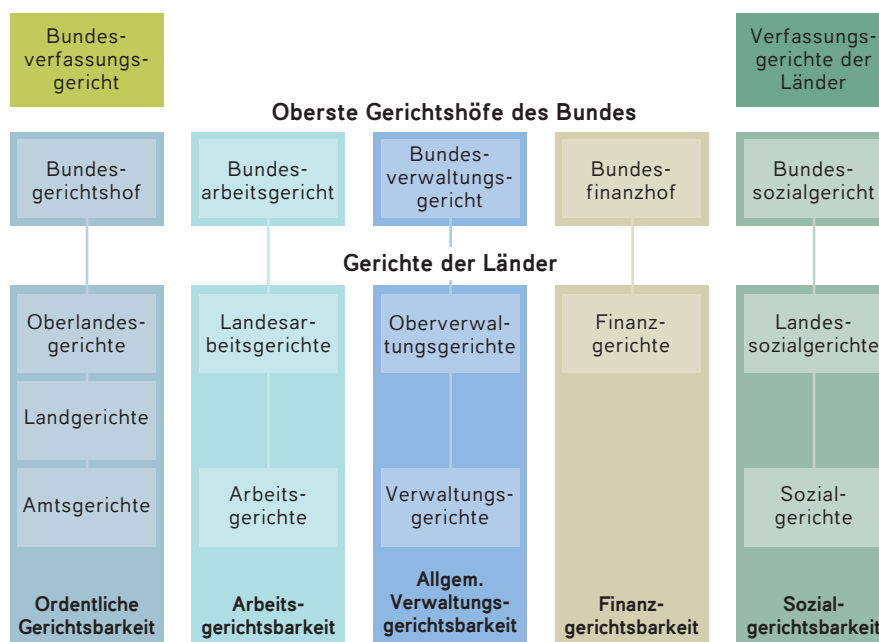
Stefan Brings

Kriminalität und innere Sicherheit sind zentrale gesellschaftspolitische Themen in einem demokratischen Staat. Kriminalität verursacht hohe volkswirtschaftliche Schäden und bedroht die freiheitliche demokratische Grundordnung in ihren elementaren Regeln für ein friedliches Zusammenleben. Bereits die subjektive Furcht vor Kriminalität beeinträchtigt objektiv die Lebensqualität, weil sie dazu führt, bestimmte soziale Aktivitäten oder Orte aus Sicherheitserwägungen zu meiden. Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit durch Polizei und Justiz ist daher zentral für die Legitimation des Rechtsstaats bei seinen Bürgern.

Gegenstand der amtlichen Kriminal- und Justizstatistiken ist es, die Kriminalitätslage und -entwicklung zu beschreiben, die Tätigkeit von Polizei und Justiz abzubilden sowie die Auswirkungen von (straf-)rechtlichen Maßnahmen zu messen. Zu den amtlichen Kriminal- und Rechtspflegestatistiken gehören u. a. die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts über registrierte Straftaten und polizeilich ermittelte Tatverdächtige sowie die Personenstatistiken der Statistischen Ämter über Verurteilte, Strafgefangene und der Bewährungshilfe unterstellte Personen. Außerdem gehören die Justizstatistiken über die Geschäftsab-

wicklung bei Staatsanwaltschaften und Gerichten, auch außerhalb des Strafrechts dazu, denn zur öffentlichen Sicherheit und zur Akzeptanz des Rechtsstaats tragen neben den Strafverfolgungsbehörden auch die Justizorgane in den anderen Gerichtsbarkeiten bei. Deshalb wird hier auch darüber berichtet, wie die »dritte Gewalt« etwa in der Arbeits-, Verwaltungs- oder Zivilgerichtsbarkeit Recht spricht und Recht gestaltet. → **Abb. 1**

Abb. 1: Organe der Rechtsprechung



Quelle: Nach Erich Schmidt Verlag.

10.1.1 Gerichte

Die Gerichtsbarkeit umfasst zum einen die ordentlichen Gerichte, die für Zivil- und Strafsachen zuständig sind, zum anderen die besonderen Gerichte, die sich mit Arbeits-, Sozial-, Verwaltungs- bzw. Finanzrechtsfragen befassen. Jeder dieser Zweige der Gerichtsbarkeit ist in mehrere Ebenen oder Instanzen gegliedert (bei den ordentlichen Gerichten vier: Amtsgericht – Landgericht – Oberlandesgericht – Bundesgerichtshof; bei Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten drei und bei den Finanzgerichten zwei). Grundsätzlich besteht immer die Möglichkeit, gegen die Entscheidungen der Eingangsinstanzen Rechtsmittel einzulegen und damit diese Entscheidungen in Berufungs- oder Revisionsverfahren durch höhere Gerichtsinstanzen überprüfen zu lassen. Dabei richtet sich die Berufung gegen die tatsächliche Würdigung (d. h. es kann erneute Beweisaufnahme und eigene Tatsachenfeststellung des Gerichts erfolgen), die Revision gegen die rechtliche Würdigung des Falles.

Tab. 1: Richter und Richterinnen bei ordentlichen Gerichten und Fachgerichten 2008

| | Insgesamt | Männer | Frauen |
|---|---------------------------|---------------------------|--------------------------|
| Richterinnen und Richter insgesamt¹ | 20 101² | 12 906² | 7 195² |
| Bundesdienst | 458 ² | 362 ² | 97 ² |
| Landesdienst | 19 643 | 12 545 | 7 098 |
| Ordentliche Gerichte³ | 14 925 | 9 470 | 5 455 |
| Arbeitsgerichte | 986 | 630 | 357 |
| Verwaltungsgerichte | 1 928 | 1 358 | 570 |
| Sozialgerichte | 1 635 | 975 | 660 |
| Finanzgerichte | 595 | 445 | 150 |

1 Arbeitskraftanteile, daher rundungsbedingte Differenzen möglich.

2 Einschl. 13 Richter und drei Richterinnen beim Bundesverfassungsgericht sowie 15 Richter bei den Truppendienstgerichten.

3 Einschl. Bundespatentgericht.

Am 31. Dezember 2010 gab es in Deutschland insgesamt 801 so genannte ordentliche Gerichte, die in Zivil-, Familien- und Strafsachen tätig waren. Darüber hinaus bestanden 119 (erstinstanzliche) Arbeitsgerichte und insgesamt 138 (erstinstanzliche) Verwaltungs-, Sozial- und Finanzgerichte.

Die Rechtsprechung wird grundsätzlich durch die Gerichte der Länder ausgeübt. Als letzte Instanz können in der Regel die acht Bundesgerichte (Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundesarbeitsgericht, Bundesverwaltungsgericht, Bundesfinanzhof, Bundessozialgericht, Bundespatentgericht, Bundesdisziplinargericht) angerufen werden.

Unter den Bundesgerichten hat das Bundesverfassungsgericht als »Hüter der Verfassung« einen besonderen Status. Es ist gleichzeitig Gericht und Verfassungsorgan. Neben der Klarstellung der verfassungsmäßigen Ordnung und der Entscheidung bei Verfassungsstreitigkeiten zwischen Staatsorganen ist es auch zur Wahrung der Grundrechte berufen. Zu seiner umfassenden Kompetenz gehört darüber hinaus auch die Prüfung, ob Bundes- und Landesrecht mit dem Grundgesetz und ob Landesrecht mit Bundesrecht vereinbar ist (Normenkontrolle). Es besteht aus zwei Senaten, die sich jeweils aus acht Richterinnen und Richtern zusammensetzen, die je zur Hälfte vom

Bundestag (durch einen Wahlausschuss) und vom Bundesrat gewählt werden. Die Amtszeit der Verfassungsrichterinnen und -richter dauert zwölf Jahre. Sie können danach nicht wieder gewählt werden.

An den ordentlichen Gerichten sowie an den Fachgerichten in Deutschland waren Ende 2008 insgesamt 20 100 Richterinnen und Richter tätig, davon 19 600 im Landesdienst. Die Zahl der Staatsanwälte und -anwältinnen betrug zu diesem Zeitpunkt 5 100. Außerdem wirkten insgesamt 143 700 Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (8 000 mehr als zwei Jahre zuvor), 6 700 Anwaltsnotarinnen und -notare (jeweils Mitglieder der Rechtsanwaltskammern) sowie 1 600 (hauptberufliche) Notarinnen und Notare (jeweils zum Stichtag 1. Januar 2009) an der Rechtsprechung mit. → Tab. 1

Die in der Rechtspflege arbeitenden Personen sahen sich allein bei den ordentlichen Gerichten einem Geschäftsanfall von rund 3,0 Mill. Gerichtsverfahren (ohne Bußgeldverfahren) gegenüber, die 2009

Tab. 2: Ausgewählte Verfahren nach Art der Gerichte

| | 2008 | 2009 |
|--|-----------|-----------|
| Zivilgerichte (ohne Familiengerichte) ¹ | | |
| Erledigte Zivilverfahren (1. Instanz) | 1 623 196 | 1 610 107 |
| Erledigte Zivilverfahren (Rechtsmittelinstanz) | 114 006 | 111 601 |
| Familiengerichte ¹ | | |
| Erledigte Familienverfahren (1. Instanz) | 557 634 | 566 577 |
| Erledigte Familienverfahren (Rechtsmittelinstanz) | 24 684 | 24 842 |
| Strafgerichte ¹ | | |
| Erledigte Strafverfahren (1. Instanz) | 858 451 | 832 531 |
| Erledigte Strafverfahren (Rechtsmittelinstanz) | 60 668 | 59 168 |
| Verwaltungsgerichte ¹ | | |
| Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (1. Instanz) | 138 120 | 128 528 |
| Erledigte verwaltungsrechtliche Hauptverfahren (Rechtsmittelinstanz) | 16 623 | 15 406 |
| Arbeitsgerichte ¹ | | |
| Erledigte arbeitsrechtliche Klagen | 448 455 | 478 640 |
| Sozialgerichte ¹ | | |
| Erledigte sozialrechtliche Klagen | 338 048 | 361 903 |
| Finanzgerichte ¹ | | |
| Erledigte finanzrechtliche Klagen | 49 262 | 46 402 |
| Bundesverfassungsgericht (1. und 2. Senat) | | |
| Erledigte Verfahren | 6 234 | 6 249 |
| Eingereichte Verfassungsbeschwerden | 6 245 | 6 308 |
| Eingereichte Normenkontrollen | 33 | 49 |

Die Gesamtzahl der an deutschen Gerichten erledigten Gerichtsverfahren liegt höher als die Summe der hier (für ausgewählte Verfahren) angegebenen Werte.

1 Ohne Bundesgerichte.

in erster Instanz neu anhängig wurden. 2009 wurden rund 1,6 Mill. Zivilverfahren, 567 000 Familiengerichtsverfahren und 833 000 Strafverfahren in der Eingangsinstanz erledigt. Dazu kamen noch rund 112 000 Zivilverfahren, 25 000 Familiengerichtsverfahren sowie 59 000 Strafverfahren, die 2009 in der Rechtsmittelinstanz erledigt wurden. → Tab.2

10.1.2 Straffälligkeit

»Kriminalitätswirklichkeit« und registrierte Kriminalität

Kriminalstatistiken messen nur das so genannte Hellfeld der Kriminalität, also diejenigen Straftaten, die der Polizei bekannt geworden sind. Über das Dunkelfeld der unentdeckten, nicht registrierten Straftaten können nur Vermutungen angestellt werden. Ohnehin ist die Bewertung, welches Verhalten kriminell und mit Strafe bedroht ist, zwischen Gesellschaften und über die Zeit veränderlich. Die »Kriminalitätswirklichkeit« ist somit Ergebnis von Wahrnehmungs- und Bewertungsprozessen.

Zwischen Dunkelfeld und Hellfeld gibt es keinen konstanten Zusammenhang: Änderungen in der registrierten Kriminalität können ebenso eine geänderte Kriminalitätswirklichkeit wie eine geänderte Verfolgungsintensität oder eine geänderte soziale Kontrolle widerspiegeln. Durch so genannte Dunkelfeldstudien, etwa allgemeinen Bevölkerungsumfragen zu Opfererlebnissen, konnte gezeigt werden, dass beispielsweise die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung bei Körperverletzungsdelikten zu Anfang dieses Jahrzehnts deutlich höher lag als zwanzig Jahre zuvor. Die gestiegene Zahl der registrierten Gewaltdelikte in den letzten Jahrzehnten ist somit auch eine Folge der Verschiebung zwischen Hell- und Dunkelfeld.

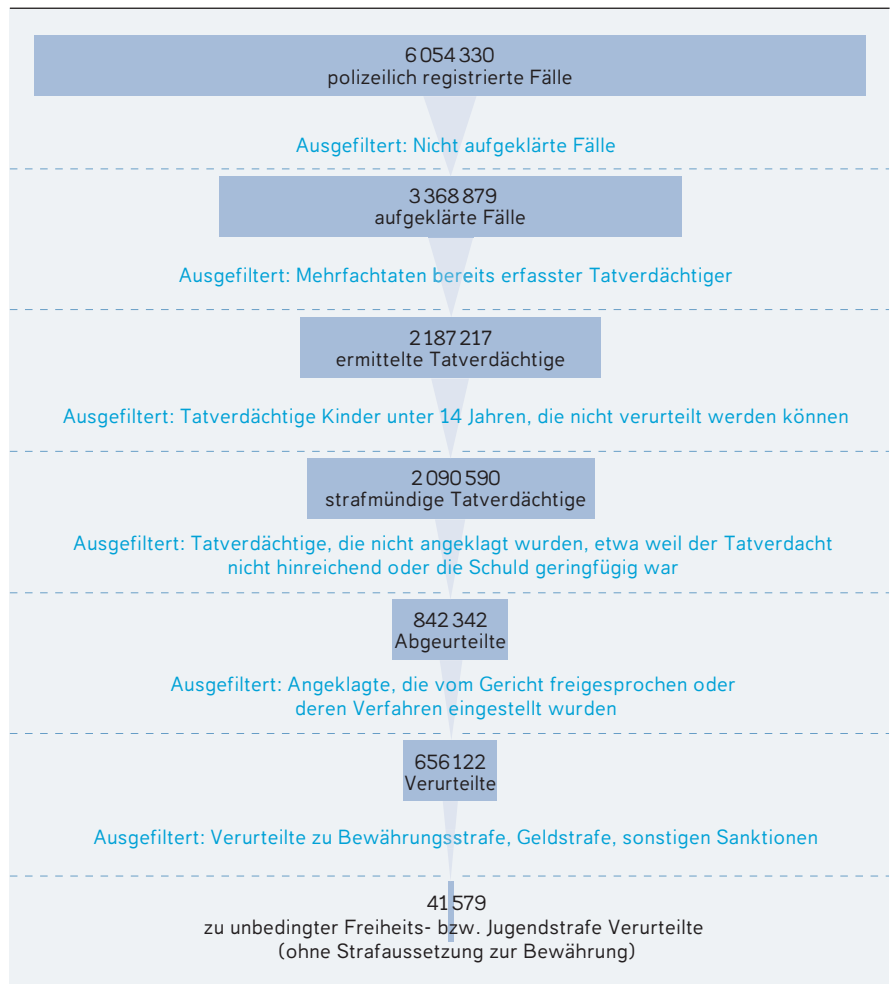
Die Anzeigebereitschaft wird nicht nur von sozialen Normen, sondern auch von der subjektiven Bewertung der Strafver-

folgungsbehörden sowie von Versicherungsbedingungen beeinflusst. Die Erwartung, dass der Schaden reguliert wird, erhöht ebenso die Anzeigebereitschaft wie ein schwerer Schaden oder ein fremder Täter. Dagegen werden Straftaten in der Familie erheblich seltener angezeigt. Ein überdurchschnittlich großes Dunkelfeld besteht auch bei der Kriminalität gegen Personen, die sich illegal in Deutschland aufhalten oder einen Kontakt mit den Strafverfolgungsbehörden vermeiden wollen. Obwohl die Anzeigewahrscheinlichkeit abhängig von Tätern, Opfern sowie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist und die Größe des Dunkelfelds von Delikt zu

Delikt variiert, lassen sich Gesetzmäßigkeiten feststellen, die gleichermaßen für das Dunkelfeld wie für die registrierte Kriminalität gelten. So werden Männer häufiger Opfer als Frauen und jüngere Menschen häufiger Opfer als ältere. Gewaltdelikte sind relativ seltene Ereignisse. Opfer eines einfachen Diebstahls oder einer Sachbeschädigung sind in größerer Zahl anzutreffen.

Die Verfolgung der registrierten Kriminalität durch die Strafverfolgungsbehörden ist ein mehrstufiger Bewertungs- und Ausfilterungsprozess. Etwa die Hälfte der von der Polizei registrierten Straftaten wird aufgeklärt, das heißt der Staats-

Abb. 2: Ausfilterung (bei der statistischen Erfassung) im Strafverfahren 2009



Ohne Straftaten im Straßenverkehr.

Quellen: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik 2009), Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik 2009).

anwaltschaft wird nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen mindestens ein bekannter Tatverdächtiger benannt. Wiederum gut 60 % aller staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren werden eingestellt, weil die Staatsanwaltschaft den Tatverdacht nicht ausreichend begründet sieht oder die Strafbarkeit nicht gegeben ist. Auch kann die Staatsanwaltschaft ein Verfahren etwa gegen Auflagen einstellen, wenn dies auch aus präventiver Sicht sinnvoll ist. → **Abb. 2**

Die letzte Stufe der Ausfilterung und Bewertung bilden die strafgerichtlichen Entscheidungen. Von den Personen, gegen die die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben oder einen Strafbefehl beantragt hat, werden rund 80 % auch verurteilt. Von diesen Personen werden derzeit gut 5 % zu einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt.

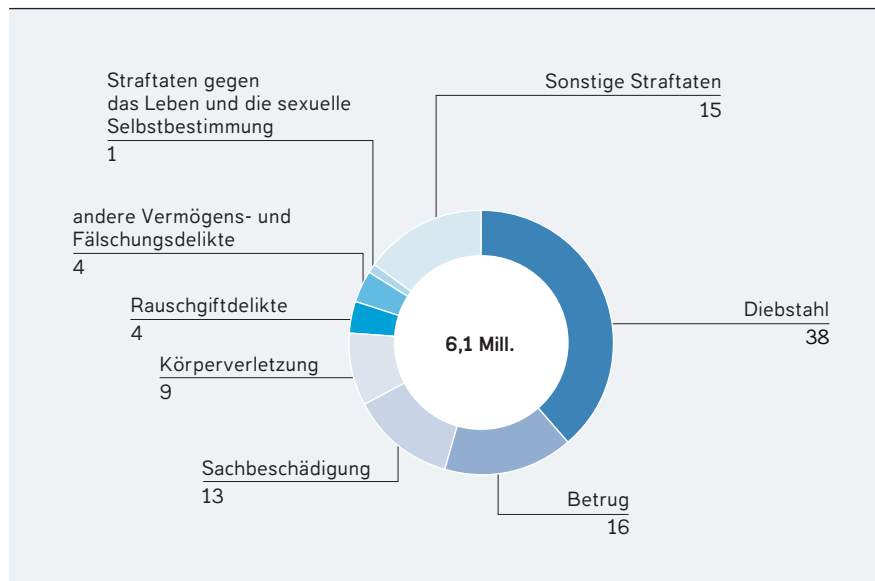
Tatermittlung und Aufklärungsquote

2009 sind bei deutschen Polizeidienststellen 6,1 Mill. Straftaten (ohne Straßenverkehrsdelikte) bekannt geworden (1 % weniger als im Jahr 2008). Wie die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts zeigt, konnten von den gemeldeten Straftaten 55 % aufgeklärt werden. 1980 waren von 3,8 Mill. registrierten Straftaten im früheren Bundesgebiet 45 % aufgeklärt worden.

Auch wenn nicht alle ermittelten Straftätigen oder alle Opfer von Straftaten zur registrierten Bevölkerung in Deutschland gehören, ermöglicht die Umrechnung der Straftatenanzahl auf je 100 000 Einwohner einen zeitlichen Vergleich, auf den eine veränderte Bevölkerungszahl keinen Einfluss hat. 1980 wurden (im früheren Bundesgebiet) 6 200 Straftaten je 100 000 Einwohner bekannt, 2009 wurden in Deutschland insgesamt rund 7 400 Straftaten je 100 000 Einwohner gezählt. Die Häufigkeitszahlen sind seit 2004 wieder leicht rückläufig. → **Tab. 3**

2009 sind insgesamt 2,3 Mill. Diebstahlsfälle bekannt geworden, das waren

Abb. 3: Polizeilich registrierte Straftaten nach Deliktgruppen 2009, in %



Ohne Straßenverkehrsdelikte.

Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik).

rund 38 % aller polizeilich registrierten Delikte. Demgegenüber machten die rund 2 300 Fälle von versuchtem oder vollendetem Mord oder Totschlag nur 0,04 % an der polizeilich registrierten Gesamtkriminalität aus. Die Aufklärungsquote ist in der Regel auch von der Schwere des Verbrechens oder des Vergehens abhängig. So wurden z. B. 2009 nur 15 % der Diebstähle unter erschwerenden Umständen (z. B. Wohnungseinbruch), jedoch knapp 96 % aller Mord- und Totschlagsfälle (einschl. der Fälle von versuchtem Mord oder Totschlag) aufgeklärt. → **Abb. 3**

Für die Straftaten, die 2009 aufgeklärt wurden, hat die Polizei insgesamt 2,2 Mill. Tatverdächtige ermittelt, darunter 1,7 Mill.

(75 %) Männer. 79 % aller Tatverdächtigen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit.

Strafverfolgung

Die Polizei ist als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft verpflichtet, alle ihr durch Strafanzeige oder anderweitig bekannt gewordenen Straftaten zu verfolgen und den Sachverhalt gründlich und umfassend zu ermitteln.

Nach Abschluss eines Ermittlungsverfahrens entscheidet die Staatsanwaltschaft, ob sie Anklage erhebt, einen Strafbefehl beantragt (hier dürfen nur Geldstrafen verhängt werden), Auflagen erteilt oder das Verfahren einstellt. Wird Anklage erhoben, muss das Gericht auf der Basis des ermittelten Sachverhalts entscheiden,

Tab. 3: Straftaten und Aufklärungsquote

| | Bekannt gewordene Straftaten | | Aufklärungsquote |
|------|------------------------------|----------------------|------------------|
| | insgesamt | je 100 000 Einwohner | in % |
| 1980 | 3 815 774 | 6 198 | 44,9 |
| 1990 | 4 455 333 | 7 108 | 47,0 |
| 2000 | 6 264 723 | 7 625 | 53,2 |
| 2007 | 6 284 661 | 7 635 | 55,0 |
| 2008 | 6 114 128 | 7 437 | 54,8 |
| 2009 | 6 054 330 | 7 383 | 55,6 |

ob ein Hauptverfahren eröffnet wird. Dieses Strafverfahren kann dann zu einer Verurteilung führen, es kann aber auch mit Freispruch, mit Einstellung des Verfahrens oder damit enden, dass von einer Strafe abgesehen wird.

Der beschriebene Prozess der Ausfilterung macht verständlich, weshalb die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen so viel höher liegt als die Zahl der Verurteilten. Auch können mit einer Verurteilung unterschiedliche, statistisch separat erfasste Straftaten eines Tatverdächtigen gemeinsam geahndet werden. Insgesamt sind also die Angaben zu Tatverdächtigen und Verurteilten nur bedingt vergleichbar. Tatverdächtigen- und Verurteiltenstatistik unterscheiden sich auch hinsichtlich der abgebildeten Deliktstruktur. Die Verurteiltenstatistik weist durchschnittlich schwerere Delikte nach als die Tatverdächtigenstatistik, da die leichteren Fälle seltener an die Strafgerichte weitergeben werden.

Bezieht man die Straßenverkehrsdelikte ein, so wurden 2009 insgesamt 844 500 Personen im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses verurteilt, und zwar 22 % wegen Straftaten im Straßenverkehr, 78 % wegen sonstiger Vergehen und Verbrechen. → Tab. 4

Lange Zeitreihen zur Strafverfolgungstatistik liegen nur für das frühere Bundesgebiet vor. Die (erst) seit 2007 vollständig vorliegenden Ergebnisse für die neuen Länder zeigen aber eine ähnliche Deliktstruktur wie in den alten Ländern. Der Anteil der Personen, die wegen eines Straßenverkehrsdelikts verurteilt wurden, ist in den letzten 30 Jahren im früheren Bundesgebiet erheblich zurückgegangen, und zwar um 23 Prozentpunkte von 45 % (1980) auf 22 % (2009). Leicht rückläufig war auch der Anteil der Diebstahlsdelikte um fünf Prozentpunkte im gleichen Zeitraum. Dagegen hat die Bedeutung von Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit um sechs Prozentpunkte und vor allem von Betrugsdelikten (um 16 Prozentpunkte) zugenommen.

Die Deliktstruktur ist über die Zeit veränderlich und unterscheidet sich auch zwischen den Bevölkerungsgruppen. Insgesamt haben von den Personen, die nicht im Zusammenhang mit Vergehen im Straßenverkehr verurteilt wurden, 2009 etwa 23 % ein Diebstahlsdelikt (einschl. Unterschlagung) und 13 % ein vorsätzliches Körperverletzungsdelikt begangen. Es zeigt sich jedoch, dass sich die genannten Delikte ungleichmäßig über die Altersgruppen verteilen. Bei Jugendlichen

von 14 bis unter 18 Jahren machten 2009 die Diebstahlsdelikte 36 % und die vorsätzlichen Körperverletzungsdelikte 29 % aller Verurteilungen aus. Jugenduntypische Delikte sind dagegen Betrug und Urkundenfälschung: Für 3 % der Jugendlichen, aber für 21 % aller Erwachsenen war eine solche Straftat Grund der 2009 erfolgten strafgerichtlichen Verurteilung.

→ Abb. 4

Von je 100 000 strafmündigen Deutschen wurden 2009 rund 1 000 Personen verurteilt. Diese so genannte Verurteiltenziffer, die den Anteil von verurteilten Personen an der strafmündigen Wohnbevölkerung (ab 14 Jahren) angibt, ermöglicht Vergleiche bezüglich der gerichtlich registrierten Kriminalität bestimmter Bevölkerungsgruppen. Für die ausländische Bevölkerung kann eine solche Ziffer nicht berechnet werden, weil ein erheblicher Teil der statistisch erfassten ausländischen Verurteilten nicht zur Wohnbevölkerung in Deutschland gehört. Die Zurechnung der nicht bei den Einwohnerbehörden gemeldeten ausländischen Verurteilten würden zu einer unzutreffenden Überhöhung der Verurteiltenziffern für die in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen führen. Unterscheidet man zwischen kriminologisch wichtigen

Tab. 4: Verurteilte nach Straftatengruppen

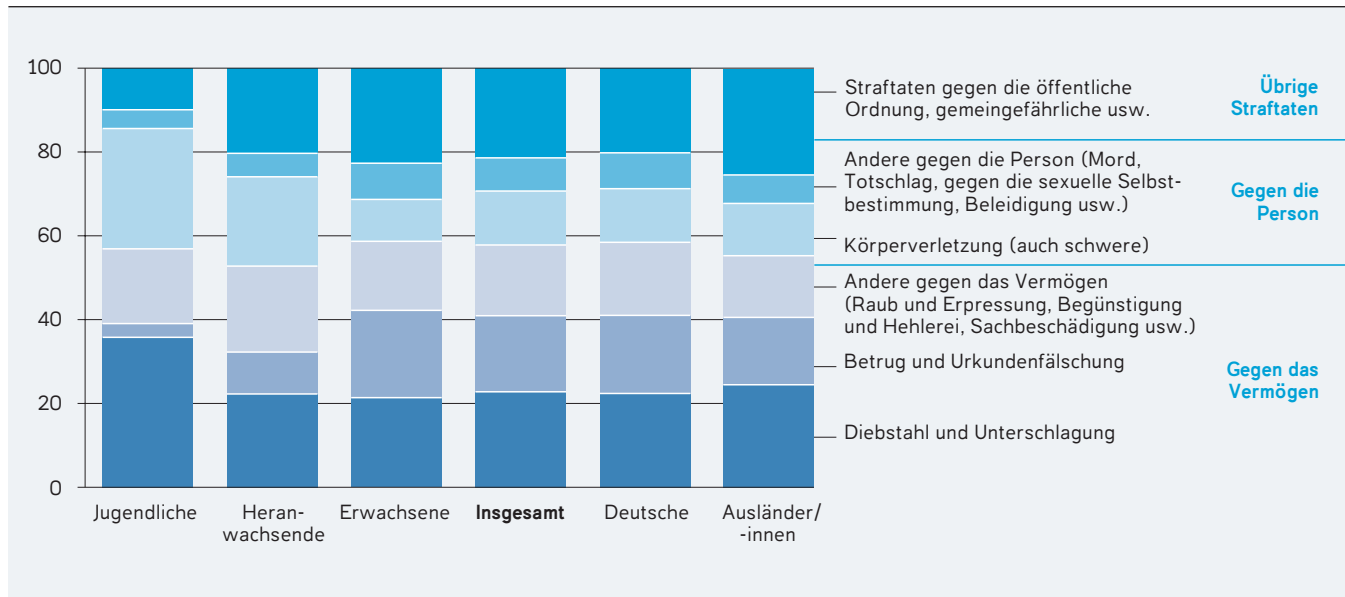
| | 1980 | 1990 | 2000 | 2008 | 2009 |
|--|------|------|------|------|------|
| | in % | | | | |
| Straftaten im Straßenverkehr | 45,0 | 37,4 | 28,6 | 23,4 | 22,3 |
| Straftaten gegen die Person | 8,4 | 8,6 | 11,9 | 15,8 | 16,2 |
| Mord und Totschlag | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| gegen die sexuelle Selbstbestimmung | 0,8 | 0,7 | 0,9 | 1,0 | 1,0 |
| gegen die körperliche Unversehrtheit | 4,5 | 4,7 | 7,1 | 10,3 | 10,6 |
| andere gegen die Person ¹ | 3,1 | 3,2 | 3,8 | 4,4 | 4,6 |
| Straftaten gegen das Vermögen | 32,4 | 38,7 | 41,3 | 43,9 | 44,9 |
| Diebstahl und Unterschlagung | 22,2 | 22,9 | 20,5 | 17,4 | 17,7 |
| Betrug, Untreue, Urkundenfälschung | 7,3 | 12,7 | 17,1 | 22,3 | 22,9 |
| andere gegen das Vermögen ² | 2,9 | 3,1 | 3,7 | 4,2 | 4,3 |
| Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt | 2,3 | 2,4 | 2,6 | 3,0 | 3,1 |
| Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz | 2,0 | 3,5 | 6,2 | 7,0 | 7,0 |
| Übrige Verbrechen und Vergehen | 9,9 | 9,5 | 9,4 | 6,9 | 6,5 |

Bis 2000 früheres Bundesgebiet, 2000 einschl. Berlin-Ost, seit 2008 Deutschland.

1 Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Beleidigung usw.

2 Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei, Sachbeschädigung usw.

Abb. 4: Wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilte nach Deliktgruppen 2009, in %



Ohne Straßenverkehrtsdelikte.

Personengruppen, so ergibt sich ein differenziertes Bild, das entsprechend auch für die ausländische Wohnbevölkerung gelten dürfte: Männer wurden 2009 mehr als fünfmal so oft straffällig als Frauen, Heranwachsende etwa dreimal so häufig als Erwachsene. Betrachtet man die Entwicklung der Verurteilenziffern in den

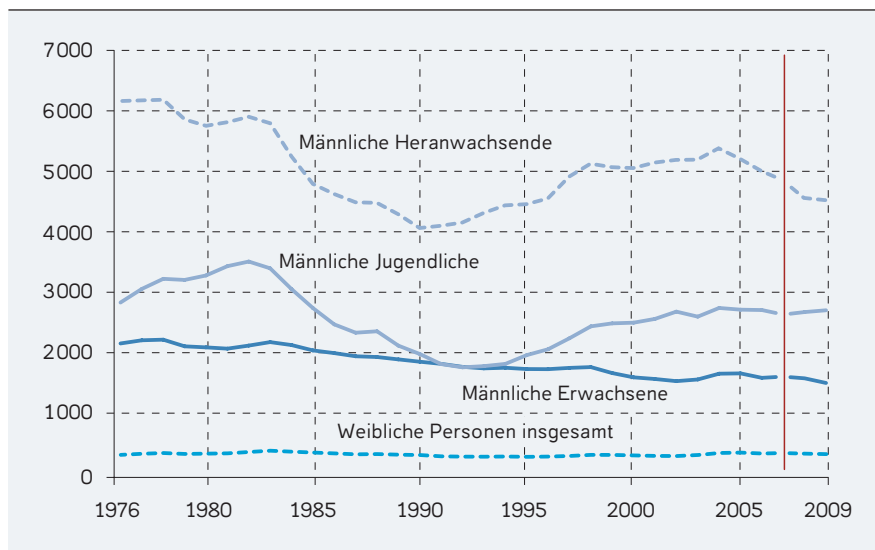
vergangenen drei Jahrzehnten, so zeigt sich insbesondere bei den männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden eine wechselhafte Entwicklung der gerichtlich registrierten Kriminalität: Nachdem die entsprechenden Verurteilenziffern in den 1980er Jahren teilweise deutlich zurückgingen, sind sie über die 1990er Jahre

wieder gestiegen. Während sich die Verurteilenziffer für Jugendliche seit 2004 im Wesentlichen nicht verändert hat, ging die der verurteilten Heranwachsenden zurück. → [Abb. 5](#)

Kinder unter 14 Jahren können in Deutschland strafrechtlich nicht belangt werden. Straffällig gewordene Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren sowie unter bestimmten Voraussetzungen auch Heranwachsende im Alter von 18 bis 20 Jahren werden nach Jugendstrafrecht abgeurteilt, das den Erziehungsgedanken in den Vordergrund stellt. Auf freiheitsentziehende Strafen wird bei Jugendlichen nur nach besonders schweren oder wiederholten Straftaten erkannt.

Von den im Rahmen eines Strafgerichtsprozesses Verurteilten wurden 2009 116 900 Personen nach Jugendstrafrecht und 727 600 Personen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Zu einer Freiheitsstrafe nach allgemeinem Strafrecht wurden 134 500 Straffällige verurteilt, in 96 600 Fällen (72 %) wurde diese zur Bewährung ausgesetzt. Zu einer Geldstrafe als schwerster Strafe wurden 2009 rund 593 100 Personen verurteilt.

Abb. 5: Wegen Verbrechen und Vergehen verurteilte Deutsche 2009, je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe



Bis 2006 früheres Bundesgebiet, ab 1995 bis 2006 einschl. Berlin-Ost, seit 2007 Deutschland.

Tab. 5a: Nach allgemeinem Strafrecht erkannte Strafen

| | 1980 | 1990 | 2000 | 2008 | 2009 |
|----------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| Freiheitsstrafe | 104 850 | 102 454 | 125 305 | 140 279 | 134 496 |
| bis einschl. 1 Jahr | 91 268 | 85 587 | 97 903 | 106 099 | 101 774 |
| mehr als 1 bis einschl. 5 Jahre | 12 560 | 15 870 | 25 729 | 32 253 | 30 911 |
| mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre | 968 | 941 | 1 566 | 1 816 | 1 707 |
| lebenslang | 54 | 56 | 107 | 111 | 104 |
| Strafarrest ¹ | 868 | 292 | 252 | 19 | 17 |
| Geldstrafe (allein) | 494 114 | 512 343 | 513 336 | 618 115 | 593 128 |
| Insgesamt | 599 832 | 615 089 | 638 893 | 758 413 | 727 641 |

Bis 2000 früheres Bundesgebiet, 2000 einschl. Berlin-Ost; seit 2008 Deutschland.

¹ Kann nur gegen Angehörige der Bundeswehr verhängt werden.

Tab. 5b: Nach Jugendstrafrecht erkannte Strafen und sonstige Maßnahmen

| | 1980 | 1990 | 2000 | 2008 | 2009 |
|--|----------------|---------------|---------------|----------------|----------------|
| Jugendstrafe | 17 982 | 12 103 | 17 753 | 19 255 | 18 684 |
| Zuchtmittel (z. B. Jugendarrest, Zahlung eines Geldbetrages, Verwarnung) | 98 090 | 50 193 | 69 892 | 88 976 | 89 408 |
| Erziehungsmaßnahmen (z. B. Erteilung von Weisungen zur Lebensführung) | 16 577 | 14 978 | 6 195 | 8 047 | 8 787 |
| Verurteilte insgesamt | 132 649 | 77 274 | 93 840 | 116 278 | 116 879 |

Bis 2000 früheres Bundesgebiet, 2000 einschl. Berlin-Ost; seit 2008 Deutschland.

Strafen und Maßnahmen können nach Jugendstrafrecht nebeneinander angeordnet werden. In dieser Tabelle wird aber nur die jeweils schwerste Sanktion für die Verurteilten ausgewiesen.

Mit einem Anteil von vier Fünfteln an allen Sanktionen ist die Geldstrafe statistisch betrachtet die Regelstrafe nach allgemeinem Strafrecht. Das Verhältnis von Freiheits- und Geldstrafen ist seit 1980 weitgehend unverändert. Allerdings wurden 2009 deutlich seltener kurze Freiheitsstrafen mit einer Dauer bis einschließlich einem Jahr ausgesprochen als 1980. Der Anteil der Kurzstrafen an allen Freiheitsstrafen ging im früheren Bundesgebiet von 87 % auf 75 % zurück; in Gesamtdeutschland lag er 2009 bei 76 %.

→ Tab. 5a

Eine freiheitsentziehende Jugendstrafe nach Jugendstrafrecht wurde 2009 in Deutschland gegen 18 700 Personen verhängt, wobei die Strafen in 64 % der Fälle zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die nach Jugendstrafrecht am häufigsten verhängte Sanktion sind die so genannten Zuchtmittel. Sie umfassen so unterschiedliche Sanktionen wie Jugendarrest (der in einer geschlossenen Jugendarrestanstalt

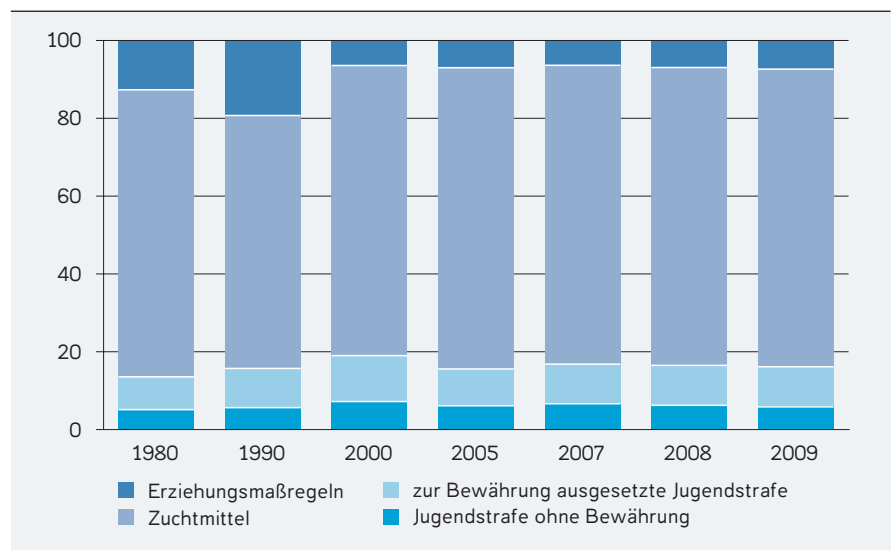
vollstreckt wird und bis zu vier Wochen dauern kann), Auflagen (etwa gemeinnützige Arbeitsleistungen zu erbringen

oder einen Geldbetrag zu entrichten) und Verwarnungen. Die mildeste Sanktion des Jugendstrafrechts ist die Erziehungsmaßregel, mit der etwa die Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs oder Weisungen zur Lebensführung angeordnet werden können. → Tab. 5b

Mit Erziehungsmaßnahmen als schwerster Sanktion wurden 2009 rund 8 % aller nach Jugendstrafrecht verurteilten Personen belegt, 1980 waren es (im früheren Bundesgebiet) noch 12 %. Dagegen wurden im gleichen Zeitraum verhältnismäßig häufiger Jugendliche und Heranwachsende zu Zuchtmitteln verurteilt. 2009 lag ihr Anteil an allen nach Jugendstrafrecht verhängten (schwersten) Sanktionen bei 76 % (im früheren Bundesgebiet bei 77 %). → Abb. 6

Insgesamt sind in den letzten 30 Jahren die Verurteilungen von Beschuldigten in Strafsachen sowohl nach allgemeinem als auch nach Jugendstrafrecht zugunsten informeller Entscheidungen zurückgedrängt worden. Das heißt, dass zunehmend häufiger Strafverfahren durch Staatsanwaltschaft oder Gericht eingestellt werden, etwa weil die Straftat als geringfügig

Abb. 6: Verurteilte nach Jugendstrafrecht nach der schwersten verhängten Sanktion, in %



Bis 2005 früheres Bundesgebiet, 2000 und 2005 einschl. Berlin-Ost; seit 2007 Deutschland.

bewertet wird. 2009 wurden in Deutschland etwa 43 % der formell und informell sanktionierten Personen verurteilt, 1981 waren es (im früheren Bundesgebiet) noch 64 %.

Bei den formellen Sanktionen hat sich das Verhältnis von stationären, also unmittelbar freiheitsentziehenden, und nicht (unmittelbar) freiheitsentziehenden Sanktionen in den letzten Jahrzehnten nur geringfügig verändert. Der Anteil der unbedingten, also nicht zur Bewährung ausgesetzten Freiheits- und Jugendstrafen liegt aktuell wie in der Vergangenheit zwischen 5 % und 6 %.

Strafvollzug

In den deutschen Justizvollzugsanstalten saßen am 30. November 2009 rund 70 800 Personen ein (ohne Hafturlauber), darunter 67 000 Männer und 3 800 Frauen. Der Frauenanteil lag somit (wie in den

Tab. 6: Einsitzende in deutschen Justizvollzugsanstalten nach Art des Vollzugs am 30. November 2009

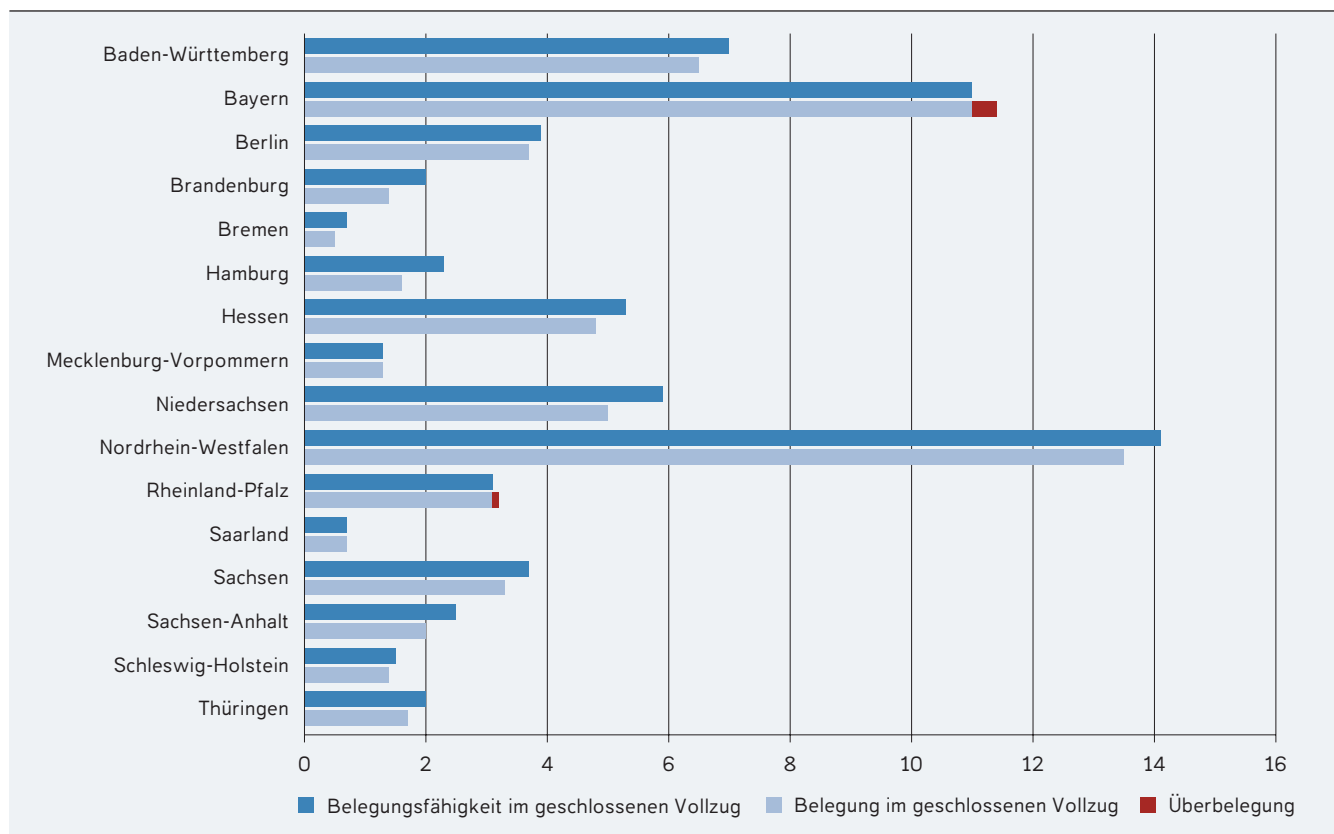
| | Insgesamt | Männer | Frauen |
|------------------------------|---------------|---------------|--------------|
| Strafgefangene | 57 008 | 54 028 | 2 980 |
| mit Freiheitsstrafe | 51 128 | 48 364 | 2 764 |
| mit Jugendstrafe | 5 880 | 5 664 | 216 |
| Sicherungsverwahrte | 512 | 509 | 3 |
| Untersuchungshäftlinge | 11 138 | 10 477 | 661 |
| Abschiebungshäftlinge | 725 | 668 | 57 |
| Sonstige Freiheitsentziehung | 1 434 | 1 356 | 78 |
| Einsitzende insgesamt | 70 817 | 67 038 | 3 779 |

Ohne vorübergehend abwesende Personen wie Hafturlauber.

Vorjahren) bei rund 5 %. Ein vergleichsweise höherer Frauenanteil ergab sich bei den Abschiebungshäftlingen (8 %) und den Personen mit Ersatzfreiheitsstrafe (9 %), die dann vollzogen wird, wenn eine Geldstrafe nicht geleistet wird oder nicht geleistet werden kann. Demgegenüber befanden sich unter den Sicherungsverwahrten fast ausschließlich Männer. → Tab. 6

Ende 2009 befanden sich 61 900 Gefangene im geschlossenen und 9 000 im offenen Vollzug (13 %). Der offene Vollzug, mit dem die Reintegration von Straftätern in die Gesellschaft gefördert werden soll, ist in den Ländern unterschiedlich stark ausgebaut. Während Ende 2009 in Thüringen 3 % aller Gefangenen im offenen Vollzug einsaßen, waren es

Abb. 7: Belegungsfähigkeit und Belegung im geschlossenen Justizvollzug am 30. November 2009, in 1 000



gleichzeitig in Berlin und Nordrhein-Westfalen über 20 %. → **Abb. 7, 8**

Die Gefangenen verteilten sich am 30. November 2009 auf insgesamt 78 900 Haftplätze in 194 organisatorisch selbständigen Anstalten. Die Belegungsquote lag damit bei 90 %. Die rund 67 100 Haftplätze im geschlossenen Vollzug waren zu 92 % ausgelastet. Dabei hat sich der Auslastungsgrad in den letzten Jahren deutlich reduziert: Ende 2004 lag er insgesamt bei 100 %, im geschlossenen Vollzug bei 104 %, das heißt, es befanden sich mehr Gefangene im geschlossenen Vollzug, als dafür bestimmte Plätze zur Verfügung standen.

Die Entspannung der Belegungssituation wurde zum einen durch die bereits seit Jahren rückläufige Zahl der Untersuchungshäftlinge begünstigt. Zum 30. November 2009 saßen 11 100 Untersuchungshäft-

linge in den deutschen Justizvollzugsanstalten ein. Fünf Jahre zuvor waren es noch 15 800, 15 Jahre zuvor noch 20 200 Untersuchungshäftlinge. Seit 2004 ebenfalls rückläufig, wenn auch weniger stark, entwickelte sich die Zahl der Strafgefangenen: 57 000 Personen verbüßten am 30. November 2009 eine Freiheits- bzw. Jugendstrafe, 2004 waren es noch 60 500.

2004 markierte eine Trendwende bei den Strafgefangenenzahlen: Davor war die Belegung in den Strafanstalten über einen Zeitraum von etwa zwölf Jahren stetig angestiegen. Ursache waren allgemein höhere Verurteiltenzahlen, aber auch die besondere Situation in den neuen Ländern. Dort wurden nach einer weitgehenden Amnestie infolge der deutschen Vereinigung und dem Aufbau des Justizwesens zunächst erheblich mehr Personen in den Strafvollzug eingewiesen als ent-

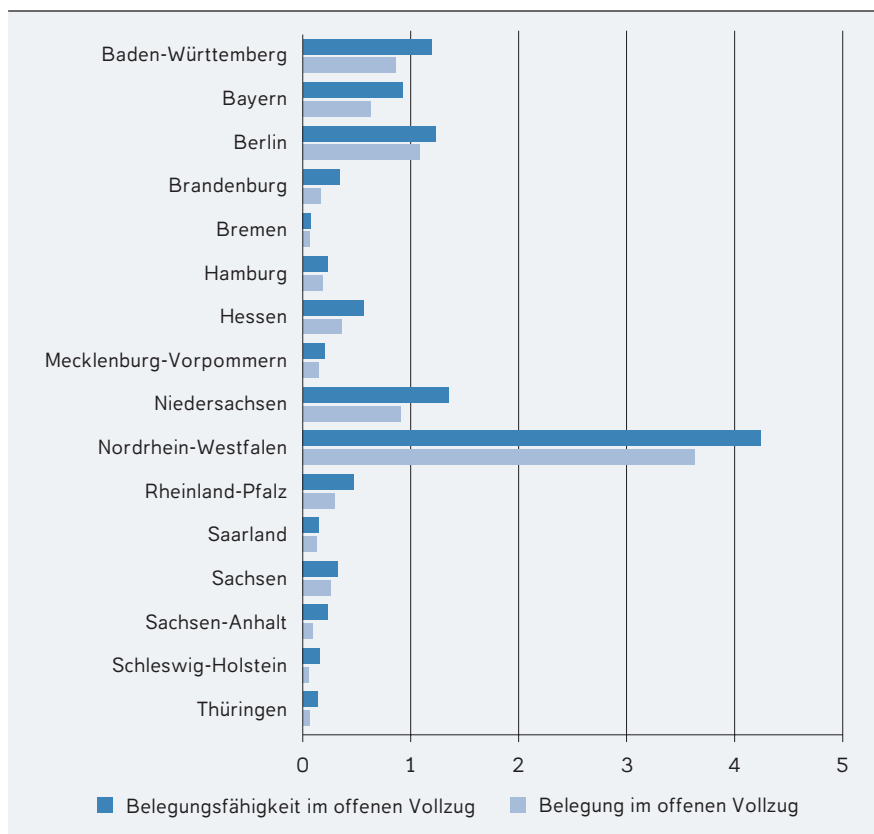
lassen. Nachdem seit gut vier Jahren wieder weniger Personen verurteilt werden, gehen auch die Belegungszahlen im Strafvollzug zurück.

Rückfälligkeit

Nach einer 2010 veröffentlichten Auswertung des Bundeszentralregisters, in das u. a. rechtskräftige strafgerichtliche Verurteilungen einzutragen sind, wurde bei rund einem Drittel der im Bezugsjahr 2004 verurteilten Personen im Laufe der folgenden drei Jahre eine weitere strafgerichtliche Entscheidung ins Register eingetragen. Dagegen kamen zwei Drittel der im Bezugsjahr Verurteilten im genannten Zeitraum nicht wieder mit den Strafgesetzen in Konflikt, wurden also nicht rückfällig.

Personen, die im Bezugsjahr lediglich zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, hatten mit rund 28 % ein deutlich geringeres Rückfallrisiko als Personen mit Bewährungsstrafen (41 %) oder als solche mit Verurteilungen zu freiheitsentziehenden Strafen (52 %). Generell gilt, dass Personen, die zu eingriffsintensiveren Sanktionen verurteilt wurden, ein höheres Rückfallrisiko haben. Allerdings macht das Gericht bereits die Entscheidung, ob etwa eine freiheitsentziehende Sanktion zur Bewährung ausgesetzt werden kann, auch von der Sozialprognose für den Täter abhängig. Zu Freiheitsstrafe verurteilte Personen haben häufig bereits eine gewisse kriminelle Karriere hinter sich, die das Rückfallrisiko erhöht.

Abb. 8: Belegungsfähigkeit und Belegung im offenen Justizvollzug am 30. November 2009, in 1 000



10.1.3 Zusammenfassung

Die amtlichen Kriminalstatistiken beschreiben nur einen Ausschnitt der Kriminalitätswirklichkeit, nämlich Straftaten, die bekannt und verfolgt wurden. Änderungen der registrierten Kriminalität könnten aber ebenso eine geänderte Kriminalitätswirklichkeit wie eine geänderte Verfolgungsintensität oder eine geänderte soziale Kontrolle widerspiegeln. Langzeitstudien haben gezeigt, dass

insbesondere bei Gewaltdelikten die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat. In der Folge ist die Zahl der registrierten Körperverletzungsdelikte im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert auch dadurch angestiegen, dass mehr Straftaten aus dem Dunkelfeld bekannt geworden sind.

Seit 1980 ist die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten erheblich angestiegen: Wurden 1980 noch 6200 Straftaten (ohne Verstöße im Straßenverkehr) je 100000 Einwohner erfasst, waren es 2009 rund 7400. Die erhöhte Zahl polizeilich registrierter Straftaten hat sich aber nur abgeschwächt auf die Verurteiltenzahlen ausgewirkt. Stattdessen hat die Justiz vermehrt Strafverfahren eingestellt, etwa weil sich der Tatverdacht nicht erhärten ließ oder die Schuld als gering bewertet wurde.

Die Deliktstruktur der Hellfeldkriminalität hat sich in den letzten Jahrzehnten verschoben. Wie die Strafverfolgungsstatistik zeigt, waren Straßenverkehrsdelikte stark rückläufig. Körperverletzungsdelikte und Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz wurden dagegen häufiger registriert. Auch Betrugsdelikte haben in den letzten Jahren zugenommen, Eigentumsdelikte dagegen in ähnlichem Umfang abgenommen. Trotzdem war Diebstahl oder Unterschlagung auch 2009 noch in einem von fünf Fällen der

Grund für eine strafgerichtliche Verurteilung.

Die Geldstrafe ist statistisch gesehen in Deutschland heute die Regelstrafe nach allgemeinem Strafrecht: Im Durchschnitt werden derzeit etwa vier von fünf Verurteilten nach allgemeinem Strafrecht mit Geldstrafe belegt. Entsprechende Relationen ergeben sich im Jugendstrafrecht für die so genannten Zuchtmittel. Rund 5 % der Verurteilten erhielten eine unbedingte Freiheits- oder Jugendstrafe, wurden also direkt ins Gefängnis eingewiesen.

In den Justizvollzugsanstalten hat sich die Belegungssituation in den letzten Jahren deutlich entspannt. Nachdem zunächst ein Mehr an Strafgefangenen die bereits seit längerem rückläufigen Zahlen bei den Untersuchungshäftlingen noch überkompensiert hatte, sinkt seit 2004 auch die Einsitzendenzahl in den Justizvollzugsanstalten insgesamt, weil in Deutschland seltener Verurteilungen zu unbedingter Freiheits- oder Jugendstrafe ausgesprochen wurden.

Die überwiegende Mehrzahl der Straftäter bleibt nach einer justiziellen Sanktion strafrechtlich unauffällig. Dabei gilt, dass Täter mit eingriffsintensiveren Sanktionen ein höheres Rückfallrisiko aufweisen.

Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit gehört zu den wenigen Grundbedürfnissen, über die es einen allgemeinen Konsens in der Gesellschaft gibt. Die Garantie der öffentlichen Sicherheit, namentlich die Unversehrtheit der Rechtsordnung und der grundlegenden Einrichtungen des Staates sowie von Gesundheit, Ehre, Freiheit und Vermögen seiner Bürger macht daher eine wesentliche Komponente der individuellen Wohlfahrt und der gesellschaftlichen Lebensqualität aus.

Für die Beurteilung der öffentlichen Sicherheit werden primär die faktische Kriminalitätsbelastung und die objektiven Risiken, Opfer einer Straftat zu werden, herangezogen. Aber auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger, das heißt Kriminalitätsängste und Besorgnisse gewinnen als Maßstab für die Gewährleistung oder Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit an Bedeutung. In den politischen Programmen und praktischen Maßnahmen der Kriminalprävention – etwa bei der Gestaltung öffentlicher Räume – wird das Sicherheitsempfinden der Bürger ebenfalls zunehmend berücksichtigt. Dabei sind die Zusammenhänge zwischen objektiver Kriminalitätsbelastung und subjektivem Sicherheitsempfinden vielschichtig.

Neben tatsächlichen Kriminalitätsrisiken sowie eigenen Opfererlebnissen oder Opfererfahrungen von Angehörigen, beeinflussen eine Reihe zusätzlicher Faktoren die subjektive Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. Dazu gehören gesellschaftliche Aspekte wie die Berichterstattung in den Medien, lokale Maßnahmen der Kriminalprävention (z. B. Polizeistreifen im Wohngebiet) sowie das Erscheinungsbild des Wohnumfeldes (wie der Verfall der Wohnviertel).

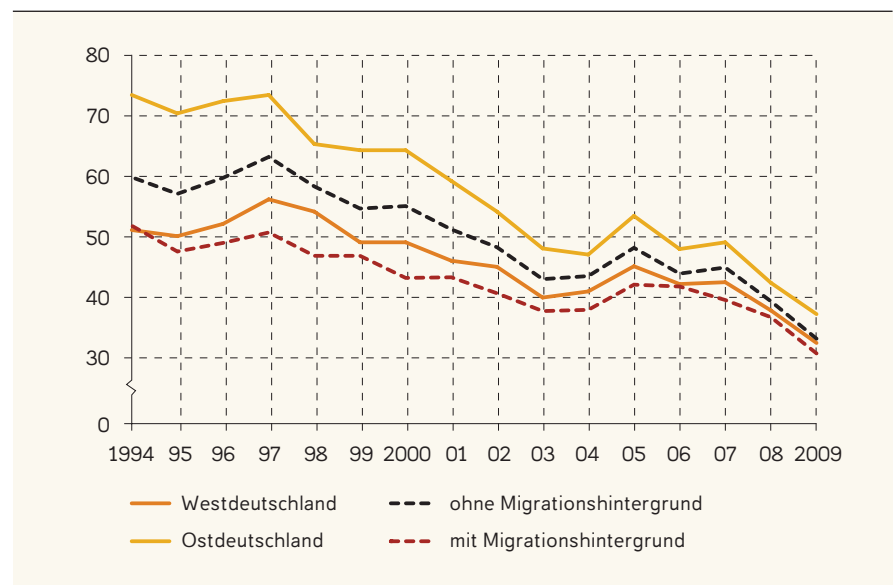
Für die Einschätzung der öffentlichen Sicherheit sind zudem individuelle Merkmale von Bedeutung, insbesondere Sicherheitsansprüche und Toleranzniveau gegenüber Kriminalität, Ängstlichkeit und Verletzbarkeit sowie die Einschätzung der Möglichkeiten, sich selbst zu schützen und Risiken vorzubeugen. Darüber hinaus kann – wie die Umbruchsphase in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung belegt – eine allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung die Furcht vor Kriminalität nennenswert erhöhen.

Anhand verschiedener Indikatoren wird im Folgenden untersucht, wie groß die Kriminalitätsbetroffenheit ist und wie die öffentliche Sicherheit aus der Sicht der Bürger wahrgenommen wird. Das Interesse liegt dabei nicht allein auf Ausmaß, Veränderung und Unterschieden innerhalb Deutschlands, sondern schließt den Vergleich mit anderen europäischen Ländern ein.

10.2.1 Wahrnehmung der Kriminalität im Zeitverlauf

Die Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit hat sich in Deutschland in den letzten Jahren nennenswert verändert. Im Vergleich zu Mitte der 1990er Jahre ist die Furcht vor Kriminalität und die Einschätzung, Opfer einer Straftat zu werden, zurückgegangen. Auch wird Kriminalität gegenwärtig weniger als gesellschaftliches Problem wahrgenommen. So sind die Sorgen über die Kriminalitätsentwicklung im eigenen Land seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eindeutig rückläufig (vgl. Abb. 1). Die damals noch beachtlichen Unterschiede im Kriminalitätsempfinden zwischen Ost- und Westdeutschen sind dabei deutlich geringer geworden. Mit 73 % lag das Besorgnisniveau im Jahr 1994 bei den Ostdeutschen mehr als 20 Prozentpunkte über den Kriminalitätssorgen der Westdeutschen. Diese Unterschiede sind durch den

Abb. 1: Kriminalitätssorgen, 1994–2009, »Große Sorgen«, in %



Antwortkategorien: große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen. Migrationshintergrund schließt eigene und elterliche Migrationserfahrung mit ein.

Datenbasis: SOEP 1994–2009.

stärkeren Rückgang in den neuen Bundesländern zunehmend geringer geworden. Gegenwärtig sorgen sich 33 % der West- und 37 % der Ostdeutschen über die Kriminalitätsentwicklung im eigenen Land. Nachdem im Jahre 2005 in beiden Regionen ein leichter Anstieg zu beobachten war, liegt im Jahr 2009 das Ausmaß an Besorgnis auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der Beobachtung im Jahre 1994.

Personen mit eigener oder elterlicher Migrationserfahrung sorgen sich im Durchschnitt weniger um die Kriminalität in Deutschland, was zu einem erheblichen Teil durch die Alterszusammensetzung dieser Bevölkerungsgruppe erklärt werden kann. Die Gruppe der Migranten besteht im Durchschnitt aus einem höheren Anteil jüngerer Personen und Männern, als es in der Gruppe der Nichtmigranten der Fall ist. Jüngere und Männer fürchten sich in aller Regel weniger vor Kriminalität und sorgen sich weniger darüber. → **Abb. 1**

10.2.2 Opfererfahrungen und Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung

Die öffentliche Sicherheit wird von den Bürgern unterschiedlich erlebt und wahrgenommen. Hinsichtlich der persönlichen Betroffenheit von Kriminalität zeigt sich für Deutschland, dass ältere Menschen und Frauen seltener von Erfahrungen als Opfer berichten als andere Bevölkerungsgruppen. Zudem ist das Opferrisiko für Gewaltdelikte in den verschiedenen Altersgruppen sowie bei Männern und Frauen in Westdeutschland weiterhin höher als in Ostdeutschland.

In der Altersgruppe der über 60-Jährigen hat die Polizei im Jahre 2009 in Westdeutschland 59 Opfer und in Ostdeutschland 44 Opfer von Gewaltkriminalität pro 100 000 Einwohner (der jeweils gleichen Altersgruppe) registriert. Bei den Frauen wurden im gleichen Jahr in West-

deutschland 179 weibliche Gewaltopfer und in Ostdeutschland 120 Frauen als Gewaltopfer pro 100 000 Einwohner verzeichnet. Im Vergleich dazu lag die Belastungszahl bei den Männern in Westdeutschland bei 452 und in Ostdeutschland bei 362 polizeilich bekannt gewordenen Gewaltopfern pro 100 000 Einwohner. Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist darauf hin, dass sich das Opferisiko im Bereich Gewaltkriminalität im letzten Jahrzehnt vor allem bei jungen Menschen nennenswert erhöht hat. 1999 registrierte die Polizei in Westdeutschland unter den 18- bis 21-Jährigen 954 Gewaltopfer pro 100 000 Einwohner. 2009 waren es mit 1 356 deutlich mehr. Wenn gleich im Zehnjahresvergleich eine Zunahme erkennbar ist, so sind die Opferzahlen bei den jungen Erwachsenen seit einigen Jahren rückläufig. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Diese Trends dürften nicht allein auf eine veränderte Anzeigebereitschaft bei den Opfern oder in der Bevölkerung und Veränderungen in der Polizeiarbeit zurückzuführen sein, sondern mit tatsächlichen Veränderungen in den Kriminalitäts- und Opferzahlen zusammenhängen.

Die Erklärungen für die bestehenden Unterschiede in den Opfererfahrungen, aber

auch in der Kriminalitätsfurcht zwischen den alten und neuen Bundesländern sind vielschichtig. Wie auch bei anderen regionalen Vergleichen spielt die Bevölkerungsdichte für die Erklärung hoher Opfer- und Furchttraten eine wichtige Rolle. In Ostdeutschland gibt es deutlich weniger dicht besiedelte Gebiete als in Westdeutschland. → **Tab. 1**

Obwohl Frauen und ältere Menschen seltener von Kriminalität betroffen sind, fürchten sie sich mehr davor als Männer und Jüngere. Im European Social Survey aus dem Jahr 2008 gaben in Deutschland 33 % der Frauen an, dass sie sich ziemlich oder sehr unsicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrer Wohngegend unterwegs sind (vgl. Tab. 2). 26 % der über 60-Jährigen fühlen sich verunsichert. Dagegen fürchten sich in der mittleren Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen lediglich 17 % vor Kriminalität. → **Tab. 2**

Die höhere Furcht bei Frauen und bei älteren Menschen erklärt sich im Wesentlichen dadurch, dass sich beide Personengruppen im Falle einer Opferwerdung verletzbarer fühlen und ihre Möglichkeiten zur Bewältigung von Gefahren als gering einschätzen. Die Kriminalitätsfurcht steigt jedoch nicht linear mit dem Alter. Im European Social Survey 2008

Tab. 1: Opfer von Gewaltkriminalität in Deutschland

| | Westdeutschland | | Ostdeutschland | |
|-----------------------|-----------------|--------------|----------------|--------------|
| | 1999 | 2009 | 1999 | 2009 |
| Insgesamt | 258,5 | 312,8 | 239,8 | 238,8 |
| Geschlecht | | | | |
| Männer | 370,5 | 452,1 | 361,4 | 361,7 |
| Frauen | 152,0 | 179,0 | 124,1 | 119,9 |
| Alter | | | | |
| 14 bis unter 18 Jahre | 930,3 | 1.016,3 | 705,7 | 1.014,0 |
| 18 bis unter 21 Jahre | 953,6 | 1.355,7 | 789,7 | 1.045,7 |
| 21 bis unter 60 Jahre | 278,3 | 347,8 | 240,3 | 270,4 |
| 60 Jahre und älter | 70,1 | 59,0 | 66,1 | 44,1 |

Gewaltkriminalität umfasst folgende Straftaten: Mord, Totschlag und Tötung auf Verlangen, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, räuberische Erpressung und räuberische Körperverletzung mit Todesfolge, gefährliche und schwere Körperverletzung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Angriff auf den Luft- und Seeverkehr.

Die Zahlen beziehen sich jeweils auf 100 000 Einwohner der gleichen Alters- bzw. Geschlechtergruppe.

Datenquelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS 2009, Tabelle 9 1.

Tab. 2: Kriminalitätsfurcht

| »Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?« »Sehr unsicher oder unsicher.« | 2003 | 2008 |
|---|-------------|-------------|
| | in % | |
| Insgesamt | 24,8 | 20,9 |
| Geschlecht | | |
| Männer | 12,1 | 10,0 |
| Frauen | 36,2 | 33,2 |
| Alter | | |
| 18–34 Jahre | 20,0 | 22,3 |
| 35–44 Jahre | 21,4 | 17,2 |
| 45–59 Jahre | 22,1 | 17,7 |
| 60 Jahre und älter | 34,2 | 26,3 |
| Herkunft | | |
| Migrationshintergrund | 23,9 | 21,8 |
| Wohnumfeld | | |
| Land (Dorf, Bauernhof, Haus auf dem Land) | 17,0 | 19,2 |
| Stadt oder Kleinstadt | 26,9 | 23,2 |
| Vorort oder Randgebiet einer Großstadt | 26,8 | 22,8 |
| Großstadt | 30,4 | 27,1 |
| Region | | |
| Ost (neue Bundesländer) | 28,3 | 25,3 |
| West (alte Bundesländer) | 24,0 | 19,9 |

Antwortkategorien: sehr sicher, sicher, unsicher, sehr unsicher;
Migrationshintergrund schließt eigene und elterliche Migrationserfahrung mit ein.
Datenbasis: European Social Survey Runde 3 und 4 (2003 und 2008/2009).

sind die Anteile der Personen, die sich vor Kriminalität fürchten, in den mittleren Altersgruppen (35 bis 59 Jahre) geringer als in der jüngsten Altersgruppe der 18-bis 34-Jährigen.

Eine regionale Differenzierung innerhalb Deutschlands zeigt nicht nur, dass die Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland auch weiterhin höher ist als in Westdeutschland. Zudem wird deutlich, dass sich Großstädter mehr vor Kriminalität fürchten als Personen, die auf dem Land leben. Allerdings steigt die Kriminalitätsfurcht auch hier nicht linear mit dem Urbanisierungsgrad. Die Kriminalitätsängste in den kleinstädtischen und ländlichen Gebieten unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander.

Wie die Besorgnis über die Kriminalitätsentwicklung ist auch die eigene Furcht vor Kriminalität in den letzten fünf Jahren in Deutschland gesunken. Im European Social Survey aus dem Jahre 2003 gaben insgesamt noch 25 % in der Bevölkerung an, dass sie sich unsicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrer Wohngegend unterwegs sind.

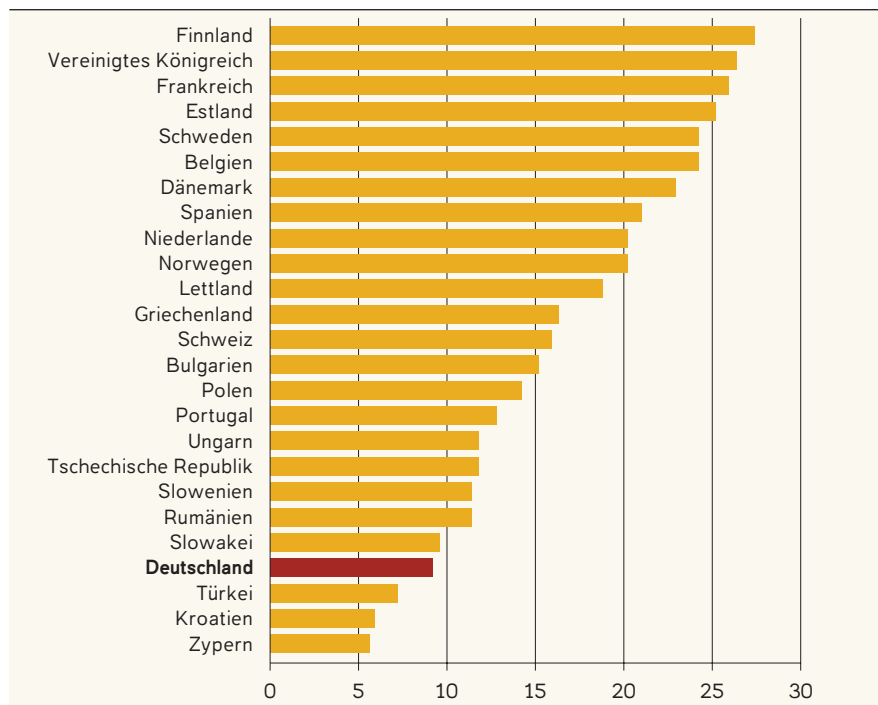
2008 fühlten sich noch knapp 21 % dahingehend verunsichert. Ein Blick auf die einzelne Altersgruppen und das Wohnumfeld zeigt allerdings, dass bei den jungen Menschen zwischen 18 und 35 Jahren sowie der ländlichen Bevölkerung ein solcher Rückgang nicht beobachtet werden kann. Hier steigt die Kriminalitätsfurcht sogar leicht an.

10.2.3 Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbetroffenheit im europäischen Vergleich

Wie wird die öffentliche Sicherheit in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern erlebt und wahrgenommen? Was die Kriminalitätsbetroffenheit, speziell die Opferwerdung im Bereich Einbruch oder Überfall anbelangt, so ist die Opferrate in Deutschland im Vergleich zu den 24 anderen untersuchten europäischen Ländern (einschließlich der Türkei) mit am niedrigsten. 9 % der in Deutschland lebenden Personen gaben an, dass sie oder ein Haushaltsmitglied in den letzten fünf Jahren Opfer eines Einbruchs oder Überfalls wurde (vgl. Abb. 2). Aus früheren Studien ist bekannt, dass die Viktimisierungsraten in Deutschland vor allem für Einbruch rückläufig ist und deutlich unter den Raten der meisten europäischen Länder liegt. In den Ländern Finnland, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Estland sind die Viktimisierungsraten für Einbruch oder Überfall mit rund 25 % gegenwärtig am höchsten. → Abb. 2

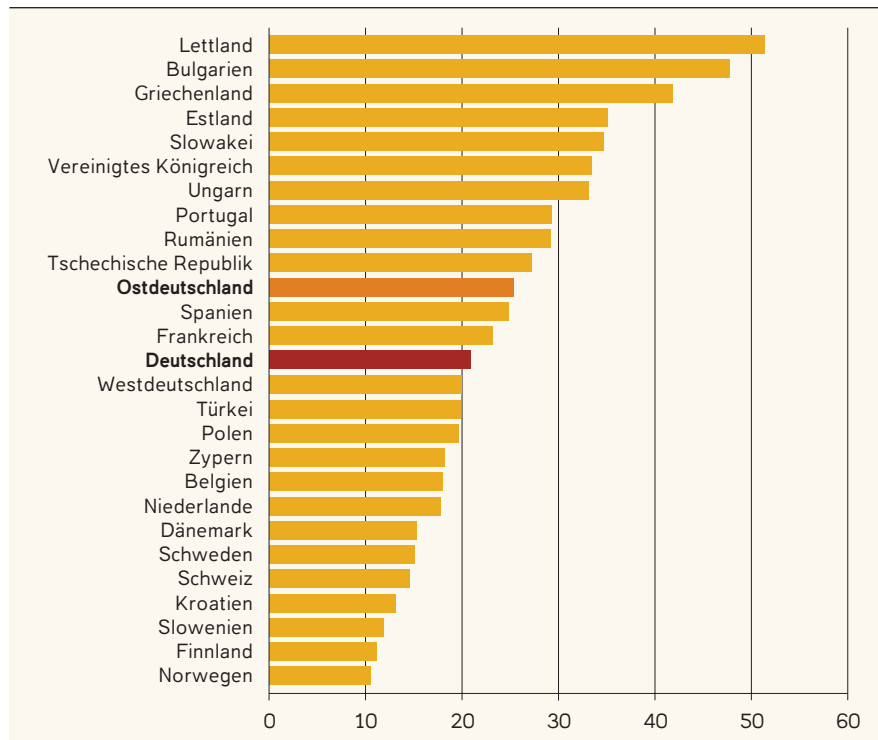
Auch das Sicherheitsempfinden unterscheidet sich zum Teil recht deutlich zwischen den europäischen Ländern (vgl. Abb. 3), und es deckt sich nicht ohne weiteres mit der dort herrschenden Kriminalitätsbetroffenheit. So gehören die Länder Norwegen, Finnland, Dänemark, Schweden und die Niederlande zu den Ländern mit der niedrigsten Kriminalitätsfurcht, obwohl die Bürger dortzulande überdurchschnittlich häufig von Einbruchs- und Überfallsdelikten berichten. Mit Ausnahme von Slowenien und dem Vereinigten Königreich bestehen die größten Unterschiede in den Kriminalitätsbesorgnissen zwischen den EU-Ländern Nord- und Osteuropas. Kriminalitätsbesorgnisse sind in Lettland und Bulgarien am stärksten ausgeprägt. In den südeuropäischen Ländern, insbesondere in Griechenland, aber auch in Portugal, ist die Kriminalitätsfurcht höher als in den meisten Ländern Mitteleuropas.

Abb. 2: Opfer eines Einbruchs oder Überfalls im Haushalt in den letzten 5 Jahren, in %



Datenbasis: ESS Runde 4, 2008/2009.

Abb. 3: Kriminalitätsfurcht im europäischen Vergleich¹, in %



¹ »Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in Ihrer Wohngegend unterwegs sind oder wären?« Ausgewiesen wird Prozentanteil »sehr unsicher« und »unsicher«.

Datenbasis: ESS Runde 4, 2008/2009.

Obwohl die Kriminalitätsfurcht vor allem in den neuen Bundesländern gesunken ist und sich die Furchtniveaus zwischen dem Osten und dem Westen der Republik deutlich angenähert haben, ist Deutschland mit Blick auf Kriminalitätsängste weiterhin zweigeteilt. Gegenwärtig liegt die Kriminalitätsfurcht in Westdeutschland im Durchschnitt der meisten mitteleuropäischen Länder, wohingegen die Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland mit dem Niveau von Spanien (in dem die Furcht in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist) und der Tschechischen Republik vergleichbar ist und etwas über dem europäischen Durchschnitt liegt. → [Abb.3](#)

10.2.4 Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit

Ein weiterer wichtiger subjektiver Indikator der öffentlichen Sicherheit ist die Zufriedenheit der Bürger mit den Institutionen, die von staatlicher Seite mit der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit betraut sind. Parallel zum Rückgang in der wahrgenommenen persönlichen Kriminalitätsbedrohung und der abnehmenden Besorgnis über die nationale Kriminalitätsentwicklung ist die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und der Kriminalitätsbekämpfung in Deutschland gestiegen. Im Wohlfahrtssurvey des Jahres 2001 waren 70 % der Westdeutschen mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. 1993 lag der entsprechende Anteil dagegen noch bei 43 %. Die Zufriedenheit mit den Institutionen zum Schutz der öffentlichen Sicherheit ist auch gegenwärtig hoch. Im ALLBUS des Jahres 2006 wurden die Bürger um eine Einschätzung des staatlichen Erfolgs bei der Kriminalitätsbekämpfung gebeten. 54 % der West- und 45 % der Ostdeutschen schätzten die staatliche Kriminalitätsbekämpfung als sehr oder ziemlich erfolgreich ein. → [Tab.3](#)

Im europäischen Vergleich sind die Deutschen überdurchschnittlich mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. Die letzten hierzu erhobenen Daten aus dem Jahre

Tab. 3: Einschätzung staatlicher Erfolge im Kampf gegen Kriminalität

| | Westdeutschland | Ostdeutschland |
|----------------------|-----------------|----------------|
| | in % | |
| Sehr erfolgreich | 6,5 | 6,0 |
| Ziemlich erfolgreich | 47,0 | 39,3 |
| Weder noch | 25,9 | 28,9 |
| Ziemlich erfolglos | 17,1 | 21,7 |
| Sehr erfolglos | 3,4 | 4,1 |
| Insgesamt | 100 | 100 |

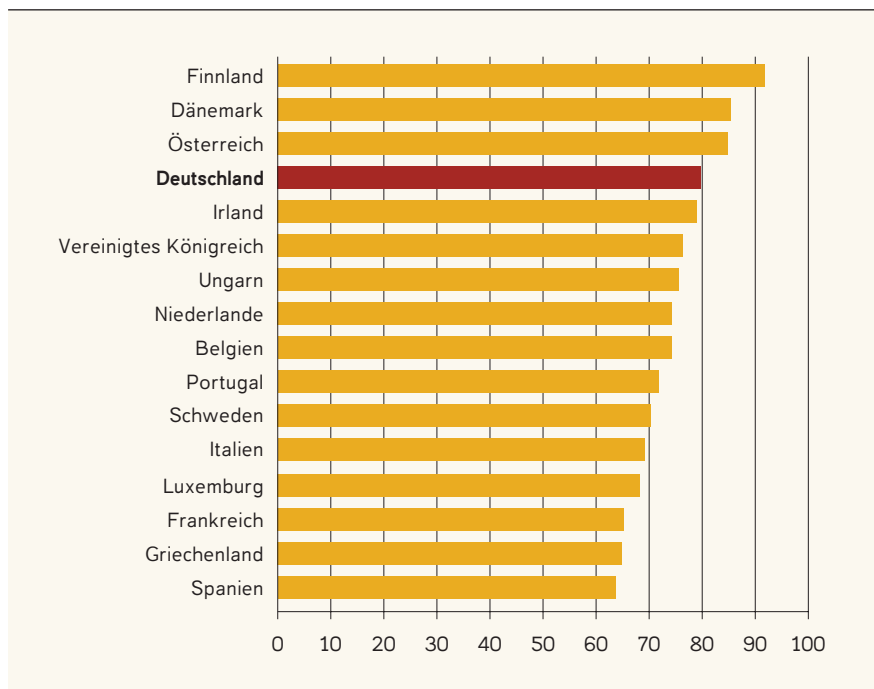
Datenbasis: ALLBUS 2006.

2004 verdeutlichen dies. So waren in Deutschland gerade einmal 20 % der Befragten mit der Arbeit der lokalen Polizei unzufrieden (vgl. Abb. 4). Im Vergleich mit 15 anderen europäischen Ländern sind lediglich Finnland, Dänemark sowie Österreich noch zufriedener mit der Polizeiarbeit als Deutschland. Insgesamt ist ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. Die Unzufriedenheit mit der Polizeiarbeit ist in Spanien, Griechenland und Italien mit am größten. → Abb. 4

10.2.5 Zusammenfassung

Nachdem die wahrgenommene Kriminalitätsbedrohung zwischen Mitte der 1990er Jahre und Anfang der 2000er Jahre in Deutschland deutlich gesunken war, bewegt sich das Ausmaß der subjektiven Kriminalitätsbedrohung gegenwärtig auf gleichbleibendem Niveau. In den letzten beiden Jahren zeichnet sich jedoch ein weiterer Rückgang in den Besorgnissen und im Bedrohtheitsgefühl ab.

Abb. 4: Zufriedenheit mit der lokalen Polizeiarbeit¹, in %



¹ »Unter Berücksichtigung aller Umstände: Wie gut ist Ihrer Meinung nach die Polizei in Ihrem Bereich bei der Kontrolle des Verbrechens?«
Ausgewiesen wird der Prozentanteil »sehr gut« und »ziemlich gut«.

Datenbasis: ESS Runde 4, 2008/2009.

Ältere Menschen und Frauen bilden weiterhin die Bevölkerungsgruppen mit der höchsten Kriminalitätsfurcht, obwohl sie faktisch seltener Opfer von Kriminalität werden. Die Menschen mit eigener Migrationserfahrung und ihre Nachkommen fühlen sich weniger vor Kriminalität bedroht, was mit dem höheren Anteil junger und männlicher Personen in der Gruppe der in Deutschland lebenden Migranten zusammenhängt.

Das Opferrisiko für Gewaltdelikte ist in allen Altersgruppen sowie bei Männern und Frauen in Westdeutschland höher als in Ostdeutschland. Die Kriminalitätsfurcht aber ist in Ostdeutschland weiterhin etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Die Unterschiede haben sich seit Mitte der 1990er Jahre jedoch deutlich verringert.

Im internationalen Vergleich liegt die Furcht vor Kriminalität in Westdeutschland knapp unter, in Ostdeutschland leicht über dem europäischen Durchschnitt. Die tatsächliche Opferrate für Einbruchs- oder Überfallsdelikte ist hierzulande im Vergleich zu 24 anderen europäischen Ländern mit am niedrigsten, was vor allem mit der besonders geringen Zahl an Wohnungseinbrüchen in Deutschland zu tun hat.

Die Mehrheit der Deutschen ist mit der öffentlichen Sicherheit, die der Staat durch die Kriminalitätsbekämpfung gewährleistet, zufrieden. Im europäischen Vergleich wird die Arbeit der Polizei hierzulande wesentlich positiver bewertet als in den meisten EU-Mitgliedsstaaten.

Es lässt sich also festhalten, dass die Deutschen der öffentlichen Sicherheit – nach einer kurzen Stagnation in den Jahren zuvor – gegenwärtig ein besseres Zeugnis ausstellen als noch vor einem Jahrzehnt.

11 Räumliche Mobilität und regionale Unterschiede

11.1 Verkehr und Verkehrsinfrastruktur

Uwe Reim

Verkehr im Spannungsfeld von Wachstum und Umwelt

Verkehr bedeutet Mobilität von Gütern und Personen, Verkehr ermöglicht nationale und internationale Arbeitsteilung, Tourismus und Freizeitaktivitäten. Verkehr heißt aber auch Belastung, z. B. durch Unfälle, Lärm und Luftverschmutzung. In einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland ist die immense Bedeutung des Sektors Verkehr durch seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von rund 3,5 % nur unzureichend beschrieben, da die funktionale Seite des Verkehrs hierbei unberücksichtigt bleibt.

Zwischen Verkehr, Wirtschaft und Gesellschaft bestehen enge Wechselwirkungen. Die Entwicklung der Industriegesellschaften, das Ausmaß der internationalen Arbeitsteilung und der wirtschaftlichen Verflechtung der Volkswirtschaften, die Globalisierung der Weltwirtschaft, aber auch das Entstehen eines Tourismus- und Freizeitgewerbes wären ohne technische Innovationen im Verkehr und ohne massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sicherlich nicht möglich gewesen. Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung waren in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland besonders stark: Beide wiesen annähernd gleiche Wachstumsraten auf. In den 1980er Jahren blieb die Verkehrsentwicklung hinter dem Wirtschaftswachstum zurück, verzeichnete aber weiterhin erhebliche Zuwachsraten.

Seit der deutschen Vereinigung wächst der Personenverkehr in Deutschland etwas geringer als das Inlandsprodukt: Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt stieg von 1991 bis 2009 um rund 23 %, die Anzahl der beförderten Personen lag im Jahr 2009 um 14 % und die erbrachte Beförderungsleistung um 18 % höher als 1991. Im Güterverkehr dagegen ist die Beförderungsleistung um rund 46 % und damit wesentlich stärker als das Inlandsprodukt gewachsen. Damit ist auch die Gütertransportintensität, das heißt das Verhältnis von Beförderungsleistung zu Bruttoinlandsprodukt, in diesem Zeitraum stark gestiegen. Die beförderte Gütermenge allerdings lag nur um rund 4 % höher als 1991, da insbesondere am Anfang dieses Jahrtausends die Transporte von Baustoffen aufgrund der Schwäche der Bauwirtschaft und in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 die Transporte von Montangütern mengenmäßig stark zurückgegangen sind.

Die engen und überproportionalen Wechselwirkungen zwischen Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung werden noch deutlicher, wenn man das Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise (2009) gesondert betrachtet. Von 1991 bis 2008 stieg das Bruttoinlandsprodukt um knapp 29 %, die Güterverkehrsleistung dagegen um 65 %. Im Krisenjahr 2009 »übertraf« der Güterverkehr allerdings auch bei den Rückgängen das Bruttoinlandsprodukt stark: Das Bruttoinlandsprodukt sank in Deutschland 2009 gegenüber 2008 um 4,7 %, die Güterverkehrsleistung lag da-

gegen um 11,2 % unter dem Wert von 2008.

Die früher über lange Zeit vorherrschende positive Grundeinstellung zum Verkehr ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte durch eine kritischere Einschätzung abgelöst worden. Die negativen Auswirkungen des Verkehrs, etwa durch Flächenverbrauch für Verkehrsinfrastruktur, Energieverbrauch, Luftverschmutzung, Klimabeeinflussung (siehe Kapitel 12), Lärm sowie Todesopfer, Verletzte und Sachschäden durch Verkehrsunfälle, werden nicht mehr als unvermeidbar akzeptiert. Während die Erhöhung der Verkehrssicherheit bereits seit langem als äußerst wichtige Aufgabenstellung erkannt worden war, rückten seit Beginn der 1980er Jahre auch Umweltschutz sowie Kooperation und Integration der Verkehrsträger in den Vordergrund des Interesses.

Die Verkehrspolitik ist daher gefordert, im Spannungsfeld zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und der Unternehmen zu befriedigen und gleichzeitig die unerwünschten Folgen des Verkehrs auf ein vertretbares Maß zu begrenzen. Mittels einer integrierten und nachhaltigen Verkehrspolitik sollen dabei die verschiedenen Verkehrsträger und -netze miteinander verknüpft werden, um die Kapazität des gesamten Verkehrsnetzes und die spezifischen Vorteile der einzelnen Verkehrsträger besser zu nutzen.

11.1.1 Verkehrsinfrastruktur

Für die Wettbewerbsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur von zentraler Bedeutung. Schon sehr früh wurde die öffentliche – das heißt eine für alle zu gleichen Bedingungen zugängliche Verkehrsinfrastruktur – als wichtiger Standortfaktor erkannt und finanziell gefördert. Im Vordergrund stand zunächst der Verkehrswegeausbau für den Güterverkehr. Die nach Ende des Zweiten Weltkriegs rasch wieder hergestellten Bahnsysteme leisteten einen wichtigen Beitrag zum schnellen Wiederaufbau der Städte und zum Wirtschaftswachstum. Der steigende Wohlstand breiter Bevölkerungskreise (Wirtschaftswunder) führte bald zu einer massiven Zunahme des Pkw-Individualverkehrs. Dieser Entwicklung wurde durch einen prioritären Ausbau des Straßennetzes Rechnung getragen, der von Streckenstilllegungen im Schienenverkehr vor allem in ländlichen Gebieten begleitet war.

Eisenbahnnetz

1990 betrug die Streckenlänge der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs auf dem Gebiet des früheren Bundesgebietes etwa 30 000 km, zu Beginn der 1950er Jahre waren es noch mehr als 38 000 km gewesen. Die Deutsche Reichsbahn brachte im Zuge der deutschen Vereinigung ein Streckennetz von etwa 14 000 km ein. Im Jahr 2009 hat sich der Gesamtumfang des Eisenbahnnetzes wieder auf rund 38 000 km verringert, da trotz einer Reihe von Neubaumaßnahmen insbesondere Nebenstrecken in den neuen Ländern, auf denen die Nachfrage erheblich nachgelassen hatte, stillgelegt wurden. In das Netz wird seit einigen Jahren allerdings wieder verstärkt investiert. So erhöhte sich der Kilometeranteil elektrifizierter Strecken von 38 % (1991) auf derzeit 52 %. Außerdem wurde hauptsächlich in den 1990er Jahren der Bau eines Hochgeschwindigkeitsnetzes vorangetrieben. Dieses Netz wurde im Jahr 2002 um den Abschnitt Köln – Frankfurt (180 km) er-

gänzt; seit der Fußball-Weltmeisterschaft im Juni 2006 rollen auf der Neubaus Strecke Nürnberg – Ingolstadt ICE-Züge und verbinden München mit Nürnberg. Im Bau befinden sich derzeit u. a. die Strecken Karlsruhe – Basel und Erfurt – Leipzig/Halle. Das Netz ermöglicht Reisegeschwindigkeiten von bis zu 300 Stundenkilometern und hat sich zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz für den innerdeutschen Flugverkehr entwickelt.

Straßennetz

Das Straßennetz des überörtlichen Verkehrs (Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) hatte 2009 eine Länge von etwa 231 000 km; davon entfielen 12 600 km (rund 5 %) auf Autobahnen. Damit verfügt Deutschland über das zweitlängste Autobahnnetz in Europa, nur die spanischen Autobahnen sind noch länger. Im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte hat allerdings die Diskussion über die Grenzen einer Ausweitung des Straßennetzes zur Bewältigung des Lkw-Güterverkehrs und des Pkw-Individualverkehrs aufgrund begrenzter finanzieller Mittel und der begrenzten Verfügbarkeit von Flächen in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland zugenommen.

Die Straßenbaumaßnahmen wurden seit Anfang der 1980er Jahre zunehmend auf den Erhalt der Infrastruktur und auf punktuelle Ausbaumaßnahmen des vorhandenen Netzes (z. B. Lückenschlüsse, den Bau von Ortsumgehungen oder von dritten Spuren auf Autobahnen) konzentriert. Der Anstieg der Straßenlängen um 2 % seit 1991 ist daher vor allem auf unverzichtbare Neubauten in den neuen Ländern zurückzuführen.

Anforderungen durch EU-Erweiterung

Im Zuge der deutschen Vereinigung und der Grenzöffnungen zu Osteuropa setzte die Verkehrspolitik neue Schwerpunkte der Verkehrsinfrastrukturplanung. In den letzten Jahren hat vor allem der politische und ökonomische Wandel in Mittel- und Osteuropa mit dem Beitritt weiterer Staaten zur Europäischen Union (u. a. im

Jahr 2004 Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik, zuletzt im Jahr 2007 Bulgarien und Rumänien, siehe Kapitel 16: Deutschland in Europa) Deutschland weitaus stärker als früher zu einer Drehscheibe der Verkehrsströme in der Mitte Europas gemacht. Daher erhielt neben der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur innerhalb der neuen Bundesländer auch der Neu- und Ausbau von über das Gebiet der neuen Länder verlaufenden Ost-West-Verkehrsverbindungen hohe Priorität. Zu erwähnen sind vor allem 17 besonders wichtige Vorhaben, die der Bund seit 1991 finanziert: die »Verkehrsprojekte Deutsche Einheit« (VDE). Dazu zählen sieben Straßenverkehrsprojekte, neun Schienenverkehrsprojekte sowie der Ausbau der Wasserstraßenverbindung Hannover – Magdeburg – Berlin. Sechs Schienen- und drei Straßenprojekte sind komplett, vier weitere Straßenprojekte zu großen Teilen fertig gestellt, die übrigen befinden sich noch im Bau. Von den Gesamtinvestitionen von 40 Mrd. Euro waren bis Ende 2009 mit 30 Mrd. Euro 75 % realisiert.

Parallel zur nationalen Verkehrspolitik wurden auf Ebene der Europäischen Union Leitlinien für den Aufbau eines Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-T-Programm) mit dem Ziel des Ausbaus einer staatenübergreifenden Verkehrsinfrastruktur erarbeitet, für das auch ergänzende Finanzmittel der EU bereitstehen. Der Schwerpunkt des Programms, das sich aus einer größeren Zahl von Einzelprojekten (z. B. den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit) mit jeweils erheblichem Investitionsvolumen zusammensetzt, liegt auf Straßen- und Schienenverbindungen zwischen West- und Osteuropa, weil auf diesen Routen der stärkste Verkehrszuwachs erwartet wird. Die Realisierung des Transeuropäischen Netzes erfolgt entsprechend der Verfügbarkeit nationaler Haushaltsmittel der Mitgliedstaaten und umfasst nach Schätzungen der EU-Kommission bis zum Jahr 2020 Gesamtinvestitionen von rund 600 Mrd. Euro.

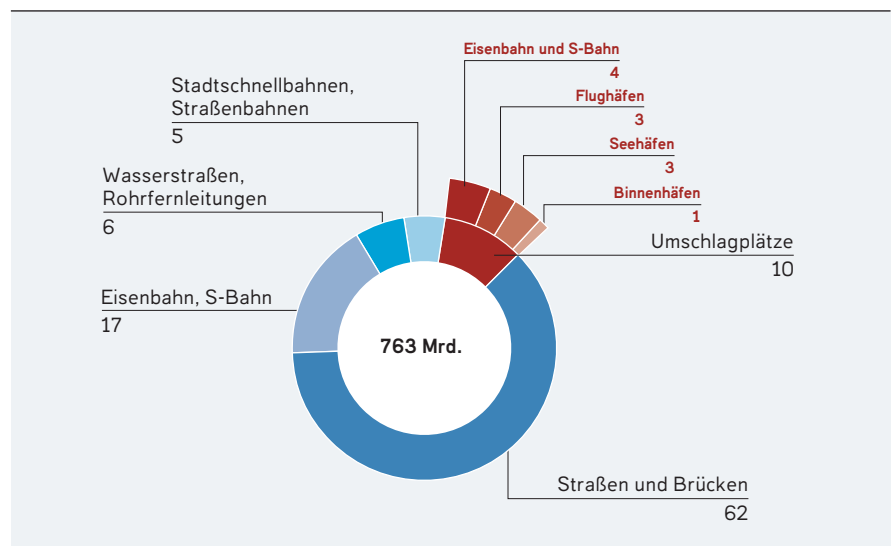
Zusammensetzung und Wert der Verkehrsinfrastruktur

Neben Straßen, Schienen und Binnenwasserstraßen zählen zur Verkehrsinfrastruktur auch Bahnhöfe, Terminals des kombinierten Verkehrs, Flughäfen, Binnenhäfen, Seehäfen und Rohrleitungen, die erst in ihrer Gesamtheit ein modernes Verkehrssystem bilden. So wird der Flughafen Schönefeld am südlichen Rand von Berlin bis 2012 zum Großflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) ausgebaut – der erste Spatenstich hierfür erfolgte 2006. BBI ist eines der größten im Bau befindlichen Verkehrsinfrastrukturprojekte Deutschlands. Dieser Flughafen soll den Flugverkehr des inzwischen bereits geschlossenen Flugplatzes Berlin-Tempelhof und den des Flughafens Berlin-Tegel vollständig übernehmen.

Maßnahmen zur effizienten Nutzung der Gesamtinfrastruktur werden z. B. in der Förderung des kombinierten Verkehrs und im Einsatz der Verkehrstelematik gesehen. Beim kombinierten Verkehr übernehmen Eisenbahnen und Schiffe den Ferntransport, Lkws dagegen das Sammeln und Verteilen der Güter im Nahverkehr. Der kombinierte Verkehr zielt damit auf einen veränderten Modal Split (Anteile der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr) hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern. Mit Verkehrstelematik (dem Einsatz von Kommunikations-, Informations- und Leitetchnologien im Verkehrsbereich) wird daneben vor allem die effiziente Auslastung sowie die Vernetzung von Verkehrswegen und -mitteln und damit auch eine Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit im Rahmen der bestehenden Infrastruktur angestrebt. Zu erwähnen ist hier z. B. das europäische zivile Satellitennavigationssystem Galileo, für das eines von drei Kontrollzentren in Deutschland angesiedelt wird und das nach jetziger Planung 2014 in Betrieb genommen werden soll.

Auch die Länder, Kreise und Kommunen beteiligen sich an den Kosten für

Abb. 1: Wert der Verkehrsinfrastruktur 2008, Bruttoanlagevermögen in Preisen von 2000, in %



Tab. 1: Länge der innerdeutschen Verkehrswege

| | 1995 | 2000 | 2005 | 2009 |
|-------------------------------------|-------------|-------|-------|-------|
| | in 1 000 km | | | |
| Straßen | | | | |
| Straßen des überörtlichen Verkehrs | 228,6 | 230,7 | 231,5 | 231,0 |
| dar. Autobahnen | 11,1 | 11,5 | 12,2 | 12,6 |
| Gemeindestraßen ¹ | 413,0 | 413,0 | 413,0 | 413,0 |
| Schienenstrecken | | | | |
| Eisenbahnstrecken | 45,1 | 41,7 | 38,2 | 37,9 |
| dar. elektrifiziert | 18,9 | 19,5 | 19,9 | . |
| Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken | 2,9 | 3,1 | 3,1 | 3,2 |
| Bundeswasserstraßen | | | | |
| Rohrleitungen | 7,5 | 7,5 | 7,5 | 7,7 |
| | 2,5 | 2,4 | 2,4 | 2,4 |

¹ 1. Januar 1993.

Tab. 2: Entwicklung der Verkehrsausgaben des Bundes

| | Verkehrsausgaben insgesamt in Mill. EUR | Anteil an den Gesamtausgaben in % | Darunter | |
|------|--|--------------------------------------|---------------------------------------|--|
| | | | für Bundesfernstraßen in Mill. EUR | Anteil an den Verkehrsausgaben in % |
| 1950 | 269 | 4,2 | 105 | 39,2 |
| 1960 | 1 841 | 8,7 | 869 | 47,2 |
| 1970 | 5 722 | 12,7 | 2 612 | 45,6 |
| 1980 | 12 416 | 11,2 | 3 492 | 28,1 |
| 1990 | 13 273 | 8,2 | 3 438 | 25,9 |
| 2000 | 19 986 | 8,2 | 5 070 | 25,4 |
| 2007 | 20 806 | 7,7 | 5 833 | 28,0 |
| 2008 | 20 327 | 7,2 | 5 968 | 29,4 |

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West, ab 2000 Deutschland.

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Instandhaltung und Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur, die finanzielle Hauptlast trägt aber nach wie vor der Bund. Das Bundeskabinett hat 2003 den Bundesverkehrswegeplan 2003 (BVWP) beschlossen, der als Investitionsrahmenplan und Planungsinstrument für den Zeitraum 2001 bis 2015 für die drei Verkehrsträger Schiene, Straße und Wasserstraße ein Finanzvolumen in der Größenordnung von 150 Mrd. Euro vorsah, davon knapp 83 Mrd. Euro für die Erhaltung der Bestandsnetze und rund 66 Mrd. Euro für den Neu- und Ausbau der Schienenwege des Bundes, der Bundesfernstraßen und der Bundeswasserstraßen.

Insgesamt hatte die Verkehrsinfrastruktur nach Schätzungen 2008 einen Wert von rund 763 Mrd. Euro. Größte Einzelposition waren mit 472 Mrd. Euro und einem Anteil von knapp 62 % Straßen und Brücken. Umschlagplätze wie Bahnhöfe, Häfen und Flugplätze wurden auf 77 Mrd. Euro geschätzt (10 %), die übrigen 214 Mrd. Euro (28 %) entfielen auf das Schienen- und Wasserstraßennetz sowie auf Rohölleitungen. → **Abb. 1, Tab. 1, 2**

11.1.2 Fahrzeugbestände

Anzahl und Struktur inländischer Fahrzeugbestände sind ein wichtiger Maßstab für die Mobilität der Menschen in einer Volkswirtschaft. Angesichts des heutigen hohen Anteils von ausländischen Fahrzeugen am inländischen Verkehr lässt

Tab. 3: Kraftfahrzeugbestand

| | Kraftfahrzeuge | | | | |
|---------|----------------|--------------------|------------|-----------|----------------|
| | insgesamt | darunter | | | |
| | | Personenkraftwagen | Krafträder | Omnibusse | Lastkraftwagen |
| in 1000 | | | | | |
| 1950 | 2 021 | 540 | 930 | 15 | 385 |
| 1960 | 8 004 | 4 489 | 1 892 | 33 | 681 |
| 1970 | 16 783 | 13 941 | 229 | 47 | 1 028 |
| 1980 | 27 116 | 23 192 | 738 | 70 | 1 277 |
| 1990 | 35 748 | 30 685 | 1 414 | 70 | 1 389 |
| 2000 | 45 711 | 38 427 | 2 646 | 77 | 2 205 |
| 2009 | 49 603 | 41 321 | 3 659 | 75 | 2 347 |
| 2010 | 50 184 | 41 738 | 3 763 | 76 | 2 385 |

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West, ab 2000 Deutschland. Ab 2000 ohne vorübergehend stillgelegte Kfz (2000: ca. 5 Mill. Fahrzeuge).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt.

sich aber nur mit größeren Unsicherheiten von Änderungen inländischer Fahrzeugbestände auf entsprechende Entwicklungen des Verkehrsvolumens schließen. Hinzu kommt in der Schifffahrt und in der Luftfahrt, dass zahlreiche von inländischen Unternehmen eingesetzte Schiffe bzw. Flugzeuge nicht im Inland, sondern im Ausland registriert und somit nicht als inländische Fahrzeugbestände angesehen werden.

Kraftfahrzeuge

Anfang 2010 waren in Deutschland 50,2 Mill. Kraftfahrzeuge (Pkws, Lkws, Sattelschlepper, Omnibusse, Motorräder, sonstige Krafträder und andere Kfz) zugelassen. Das seit vielen Jahren ungebrochene Wachstum führte 2010 zu einem neuen Höchststand des Kraftfahrzeugbestandes in Deutschland. Auf 100

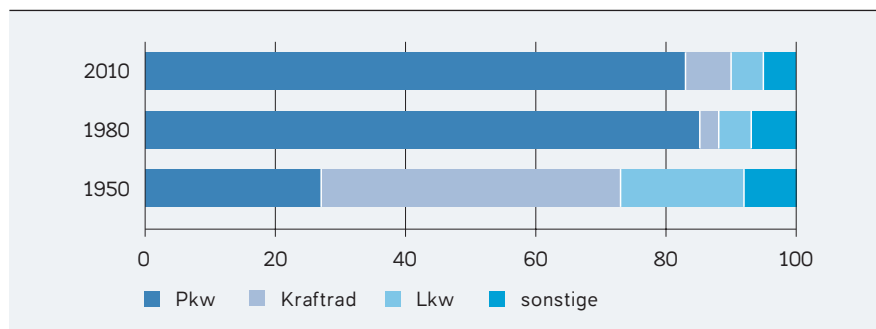
in Deutschland lebende Personen kommen derzeit statistisch gesehen 61 Kraftfahrzeuge. Die größte Kfz-Gruppe bilden mit 41,7 Mill. Fahrzeugen und einem Anteil von 83 % am Kfz-Bestand die Pkws. Damit finden rechnerisch alle Einwohner Deutschlands auf den Vordersitzen aller Pkws Platz. Mit weitem Abstand hinsichtlich der Bestände folgten den Pkws 3,8 Mill. Krafträder (7 %) und 2,4 Mill. Lastkraftwagen (5 %).

Im Jahr 1962 besaß lediglich ein Viertel der Haushalte im früheren Bundesgebiet mindestens einen Pkw, 2009 waren es mehr als drei Viertel (78 %). In den neuen Bundesländern verfügten 2009 rund 71 % der Haushalte über mindestens einen eigenen Pkw.

Der Pkw-Bestand wächst weiter: 2010 lag er um 1 % über dem entsprechenden Vorjahreswert und rund 9 % über dem Wert von 2000. Eine starke Bestandsausweitung erlebten in diesem Zehnjahresvergleich Krafträder (Motorräder, Roller, Leichtkrafträder etc.): Ihre Anzahl lag 2010 um rund 1,1 Mill. (+ 42 %) höher als 2000.

Ein Ende des Pkw-Wachstums ist nicht in Sicht. Im Rahmen der 2007 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegten

Abb. 2: Anteil der Fahrzeugarten am Kraftfahrzeugbestand, in %



»Verkehrsprognose 2025« rechnen die Experten damit, dass der Pkw-Bestand bis zum Jahr 2025 auf rund 45 Mill. steigen wird. → [Abb. 2, Tab. 3](#)

Fahrräder

Das am meisten in den Haushalten verbreitete Fahrzeug ist das Fahrrad. 2008 hatten 80 % der Haushalte in Deutschland Fahrräder. Haushalte mit zwei Kindern sind am besten mit Fahrrädern ausgestattet: Hier waren in 96 % der Haushalte Fahrräder vorhanden. Im Bundesdurchschnitt kamen 2008 auf 100 Haushalte 178 Fahrräder. Bei Paaren mit zwei Kindern verfügten 100 Haushalte durchschnittlich über 365 Fahrräder. Dies bedeutet, dass bei diesem Haushaltstyp nahezu jedes Familienmitglied ein eigenes Fahrrad hatte. Insgesamt besaßen die Haushalte knapp 70 Mill. Fahrräder.

Schienenfahrzeuge, Schiffe, Luftfahrzeuge

Der Fahrzeugpark im Eisenbahnverkehr ist insgesamt geschrumpft. So wurde der Bestand an Personenwagen seit 1950 um mehr als die Hälfte verringert, allerdings werden heute wesentlich modernere Waggons mit höherer Sitzplatzkapazität genutzt. Dagegen lag die Zahl der eingesetzten Lokomotiven und Triebwagen, obwohl auch hier wesentlich leistungsfähigere Triebfahrzeuge eingesetzt werden, bei der letzten Erhebung zahlenmäßig nur um 500 Einheiten unter dem Wert von 1950.

Für den Personennahverkehr von hoher Bedeutung als Massentransportmittel sind Straßenbahnen, Stadtbahnen und U-Bahnen. Die Zahl der eingesetzten Fahrzeuge hat in den letzten Jahren ab-

genommen. Ein großer Teil der verbleibenden Fahrzeuge wurde jedoch grundlegend modernisiert oder durch größere Neufahrzeuge ersetzt. 2009 waren insgesamt knapp 7 500 Straßen-, Stadt- und U-Bahnen im Einsatz. → [Tab. 4](#)

Der zur deutschen Flagge zählende Binnenschiffsbestand zur Güterbeförderung hat sich aktuell bei rund 1 300 Motorschiffen stabilisiert. Die Zahl der Passagierschiffe in der Binnenschifffahrt, die weitgehend für Ausflugs- und Flusskreuzfahrten genutzt werden und damit vor allem zur Urlaubs- und Freizeitgestaltung von Privatpersonen dienen, hat sich bei rund 1 000 Einheiten eingependelt. Im Seeverkehr ist dagegen tendenziell eine Verringerung des Schiffsbestandes unter deutscher Flagge feststellbar. Zu dieser Abnahme hat auch das Ausflaggen von Schiffen, das heißt die Registrierung der Schiffe in einem anderen Staat, beigetragen. Aktuell zählen 485 Trockenfrachter, 44 Tankschiffe und 95 Passagierschiffe zur deutschen Seeschiffsflotte. → [Tab. 5](#)

Die Entwicklung der Zahl der Luftfahrzeuge (Flugzeuge und Hubschrauber) ist in den vergangenen Jahrzehnten sehr dynamisch verlaufen. Der Bestand liegt derzeit bei knapp 13 200 Einheiten. Quantitativ größte Gruppe mit 10 500 Einheiten sind die kleinen ein- und zweimotorigen Flugzeuge sowie Motorsegler, also Flugzeugtypen, die ausschließlich oder überwiegend privat und zur aktiven Freizeitgestaltung genutzt werden. Die nächst größere Klasse der Flugzeuge (bis 20 Tonnen Startgewicht) wird hauptsächlich für Geschäftsflüge eingesetzt; bei dieser Größenklasse liegt der Bestand bei derzeit 937 Einheiten. Flugzeuge der höchsten Gewichtsklasse (über 20 Tonnen Startgewicht), werden von der gewerblichen Luftfahrt zur Beförderung von Personen, Fracht und Post eingesetzt. Hier waren in den vergangenen Jahren in der Regel deutliche Wachstumsraten zu verzeichnen: So war der Bestand im Jahr 2009 mit 791 Maschinen um 33 % höher als im Jahr 2000. → [Tab. 6](#)

Tab. 4: Bestand an Schienenfahrzeugen

| | Eisenbahn-Fahrzeuge | | | Straßenbahn-, Stadtschnell- und U-Bahn-Fahrzeuge | |
|------|-------------------------------------|--------------|---------------|--|---------------------------|
| | Lokomotiven, Triebwagen, Triebköpfe | Güterwaggons | Personenwagen | Straßenbahnen | Stadtbahnen- und U-Bahnen |
| 1950 | 13 700 | 270 000 | 25 100 | 10 200 | 400 |
| 1960 | 12 000 | 272 700 | 22 000 | 11 700 | 1 400 |
| 1970 | 10 500 | 282 500 | 18 200 | 6 600 | 1 600 |
| 1980 | 10 200 | 287 400 | 14 500 | 4 400 | 2 400 |
| 1990 | 8 900 | 206 800 | 11 500 | 2 900 | 3 500 |
| 2000 | 13 700 | 131 400 | 13 900 | 4 900 | 4 400 |
| 2005 | 13 200 | 100 600 | 12 000 | 8 700 | |
| 2009 | . | . | . | 7 500 | |

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West, ab 2000 Deutschland.

Tab. 5: Schiffsbestand

| | Binnenschiffe ¹ | | | | Seeschiffe (Handelsschiffe) | | |
|------|----------------------------|----------------------------|--------------------------|------------------|-----------------------------|--------|------------------|
| | Frachtschiffe | | Schub- u. Schleppschiffe | Passagierschiffe | Trockenfrachter | Tanker | Passagierschiffe |
| | Motor-schiffe | Leichter, Kähne u. Schuten | | | | | |
| 1950 | 1 958 | 3 477 | 913 | 494 | 1 595 | 38 | 104 |
| 1960 | 4 560 | 2 931 | 788 | 491 | 2 434 | 103 | 169 |
| 1970 | 5 190 | 1 146 | 448 | 515 | 2 315 | 131 | 178 |
| 1980 | 3 190 | 622 | 341 | 670 | 1 211 | 138 | 146 |
| 1990 | 2 207 | 516 | 267 | 628 | 858 | 94 | 112 |
| 2000 | 1 333 | 1 236 | 450 | 924 | 520 | 38 | 131 |
| 2008 | 1 319 | 1 082 | 441 | 1 021 | 504 | 47 | 94 |
| 2009 | 1 330 | 1 046 | 430 | 1 013 | 485 | 44 | 95 |

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West, ab 2000 Deutschland.

¹ Quelle: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest.

Tab. 6: Luftfahrzeugbestand des zivilen Luftverkehrs

| | Insgesamt | Flugzeuge mit einem Startgewicht | | | | Hub- schrauber |
|------|-----------|----------------------------------|----------------------|-----------|-------------------------------------|-------------------|
| | | bis 2 t ¹ | über 2 t bis 20 t | über 20 t | | |
| | | | | zusammen | darunter mit Strahl- turbinen | |
| 1960 | 1 111 | 975 | 83 | 38 | 4 | 14 |
| 1970 | 3 792 | 3 263 | 288 | 115 | 100 | 126 |
| 1980 | 7 769 | 6 565 | 685 | 153 | 146 | 366 |
| 1990 | 9 158 | 7 702 | 682 | 306 | 284 | 468 |
| 2000 | 12 272 | 9 950 | 907 | 595 | 556 | 820 |
| 2008 | 12 970 | 10 359 | 920 | 775 | 751 | 916 |
| 2009 | 13 199 | 10 497 | 937 | 791 | 763 | 974 |

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 2000 Deutschland.

¹ Nur motorisierte Luftfahrzeuge, einschl. Motorsegler (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt.

11.1.3 Verkehrsleistungen


Beförderung im Personenverkehr

Der Pkw ist das beherrschende Verkehrsmittel im Personenverkehr in Deutschland. Im früheren Bundesgebiet wurden bereits ab Mitte der 1950er Jahre mehr Fahrten mit dem eigenen Pkw als mit öffentlichen Verkehrsmitteln unternommen. Auch die deutsche Vereinigung bewirkte keine Trendumkehr im Personenverkehr. In den neuen Bundesländern, in denen zu DDR-Zeiten kein mit dem Westen vergleichbares Wachstum des Pkw-Individualverkehrs zugelassen worden war (die Pkw-Dichte betrug mit 237 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner nur ca. 50 % des Westniveaus), nahmen Ausstattung von und Fahrten mit Pkws nach der deutschen Vereinigung in kürzester Zeit stark zu.

Im Jahr 2009 wurde der motorisierte Individualverkehr mit Pkw und Motorrädern von Fahrern und Mitfahrern rund 57 Mrd. Mal genutzt. Das waren 83 % des gesamten motorisierten Verkehrsaufkommens. Durchschnittlich wurden je Einwohner knapp 700 Fahrten pro Jahr bzw. knapp zwei Fahrten pro Tag unternommen. Im mittelfristigen Vergleich ist die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs seit 2000 um rund 3 % angestiegen, nicht zuletzt aufgrund der immer noch steigenden Motorisierung der privaten Haushalte.

Die verhaltene Konjunktorentwicklung und steigende Kraftstoffpreise führten zwar 2003 und 2005 zu leichten Rückgängen, sie konnten die generell steigende Tendenz aber nur verlangsamen. Dagegen wirkte sich die Finanz- und Wirt-

schaftskrise im Jahr 2009 nicht auf den motorisierten Individualverkehr aus. Im Gegenteil: Angesichts sinkender Kraftstoffpreise und u. a. wohl auch der Verjüngung des Kfz-Bestands aufgrund der Abwrackprämie wurde 2009 der Wert von 2008 um 1,8 % übertroffen und insgesamt der zweithöchste Wert im Pkw-Verkehr seit der deutschen Vereinigung registriert (nur im Jahr 2004 fuhren noch mehr Menschen mit dem Pkw). → Tab. 7

Den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen nahmen die Fahrgäste 2009 in Deutschland 11 Mrd. Mal in Anspruch. Je Einwohner wurden somit im Jahr rund 135 Fahrten unternommen. Dabei wurden im Nahverkehr durchschnittlich 9,5 Kilometer und im Fernverkehr rund 290 Kilometer lange Strecken gefahren. Die Beförderungsleistung – als Produkt aus den beförderten Personen und der Fahrtweite – lag damit bei 161 Mrd. Personenkilometern (Pkm). 

Die weitaus überwiegende Mehrzahl aller Fahrten mit Bussen und Bahnen (98 %) entfällt auf den Linien-Nahverkehr: Hier fuhren 2009 rund 10,8 Mrd. Fahrgäste. Da Fahrgäste bei einer Fahrt auch zwischen den unterschiedlichen Verkehrsmitteln eines Unternehmens umsteigen können, wurde dabei 2,3 Mrd. Mal die Eisenbahn (einschließlich S-Bahn), 3,7 Mrd. Mal die Straßenbahn (einschl. Stadt-, U-Bahnen, Hochbahnen) und 5,5 Mrd.

Tab. 7: Personenverkehr nach Verkehrszweigen

| | Beförderte Personen und Beförderungsleistung | | | | | | |
|------|--|-----------------|--------------------------------------|----------|------------------|-----------------|-------------|
| | Motorisierter Individualverkehr ¹ | | Öffentlicher Straßenpersonenvverkehr | | Eisenbahnverkehr | | Luftverkehr |
| | in Mill. | Mrd. Pkm Inland | in Mill. | Mrd. Pkm | in Mill. | Mrd. Pkm Inland | in Mill. |
| 1950 | 4 300 | 30,7 | 4 367 | 25,0 | 1 470 | 31,9 | 0,4 |
| 1960 | 15 300 | 161,7 | 6 418 | 48,5 | 1 400 | 40,9 | 4,9 |
| 1970 | 23 120 | 350,6 | 6 170 | 58,4 | 1 053 | 39,2 | 21,3 |
| 1980 | 34 209 | 477,4 | 6 730 | 73,9 | 1 167 | 41,0 | 35,9 |
| 1990 | 38 600 | 601,8 | 5 878 | 65,0 | 1 172 | 44,6 | 62,6 |
| 2000 | 55 430 | 849,6 | 7 865 | 77,3 | 2 000 | 75,4 | 120,4 |
| 2008 | 56 120 | 888,5 | 9 104 | 79,7 | 2 348 | 82,5 | 166,3 |
| 2009 | 57 128 | 904,4 | 9 261 | 78,9 | 2 369 | 81,6 | 158,9 |

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West, ab 2000 Deutschland.

¹ Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.

Beförderungsleistung



Die Beförderungsleistung im Personenverkehr wird in der Maßeinheit Personenkilometer (Pkm) gemessen und durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahrt- bzw. Reiseweiten) errechnet. Fahrten z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Die Beförderungsleistung im Güterverkehr berücksichtigt neben der Beförderungsmenge auch die zurückgelegte Entfernung. Sie ist das Produkt aus der Beförderungsmenge und der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit Tonnenkilometer (tkm). Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3000 tkm.

Fahrgäste

Die Zahl der Fahrgäste spiegelt in der Verkehrsstatistik die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten »beförderten Personen« entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt. Da Fahrgäste im Verlauf einer Fahrt zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln des öffentlichen Verkehrs umsteigen können, ist die Addition der dargestellten Fahrten nach Verkehrsmitteln höher als die Gesamtzahl der Fahrgäste.

Öffentlicher Nahverkehr

Zum öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) zählen Verkehre mit Bussen und Straßenbahnen, in denen Fahrgäste im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr befördert werden. Im Zweifelsfall gilt die Fahrgastbeförderung als Nahverkehr, wenn in der Mehrzahl der Beförderungsfälle eines Verkehrsmittels die gesamte Reiseweite 50 km oder die gesamte Reisezeit eine Stunde nicht übersteigt. Auch der Eisenbahnverkehr, der von bestimmten Zugattungen (z. B. S-Bahn, Regionalbahn) abgewickelt wird, gehört zum ÖPNV.

Mal der Bus genutzt. Die stärksten Zuwächse konnte 2009 der Straßenbahnverkehr mit einem Anstieg der Zahl der Fahrgäste um 3 % gegenüber 2008 verbuchen. Aber auch Omnibusse und Eisenbahnen beförderten mit jeweils + 1 % mehr Personen im Nahverkehr.

126 Mill. Fahrgäste reisten im Linienfernverkehr mit Eisenbahnen und Omnibussen, davon 123 Mill. Mal mit der Eisenbahn und 3 Mill. Mal mit Linienbussen. Im Reiseverkehr mit Omnibussen fuhren 83 Mill. Fahrgäste.

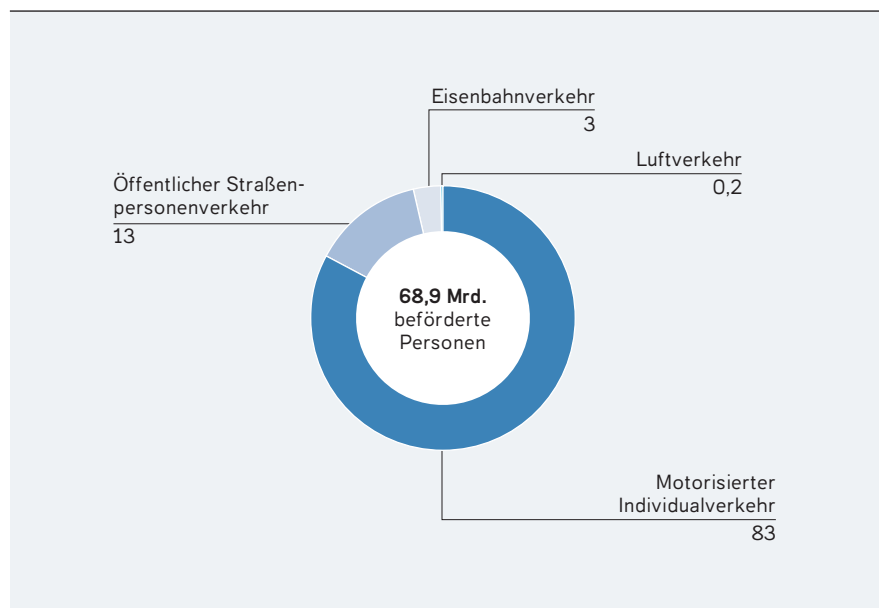
Über die Hälfte der privaten Haushalte in Deutschland (51 %) nutzen Dienstleistungsangebote zur öffentlichen Personenbeförderung. 2008 gaben diese Haushalte dafür durchschnittlich rund 68 Euro im Monat aus. Im Vergleich dazu bezahlten die privaten Haushalte im Schnitt 126 Euro monatlich allein für Kraftstoffe und Schmiermittel, wenn sie das Auto oder das Motorrad nutzten.

Im Luftverkehr konnte sich 2009 der in den Vorjahren zu beobachtende Aufwärtstrend angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr fortsetzen.

Im Gegensatz zu den anderen Verkehrsbereichen wurden hier sogar Abnahmen verzeichnet. Mit insgesamt 158,9 Mill. Passagieren starteten bzw. landeten 7,4 Mill. Personen oder 4 % weniger als 2008. Mehr als vier Fünftel (85 %) aller Fluggäste nutzten das Flugzeug für Auslandsreisen. Diese nahmen 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 5 % auf 134 Mill. Passagiere ab, wobei jeweils rund die Hälfte der Fluggäste ein- bzw. ausreiste. Wichtigstes Ziel im Auslandsluftverkehr blieb – vor allem tourismusbedingt – Spanien. Dorthin flogen aus Deutschland 10,1 Mill. Passagiere. Größter deutscher Flughafen und eines der bedeutenden internationalen Drehkreuze in der europäischen Luftfahrt ist Frankfurt am Main. Hier wurden im Jahr 2009 50,6 Mill. Fluggäste und damit 28 % aller Passagiere abgefertigt.

Der Flugverkehr hat sich im Jahr 2010 schnell wieder von der Krise erholt. Nach den ersten vorliegenden Angaben von Februar 2011 stieg 2010 die Zahl der Passagiere auf deutschen Flughäfen gegenüber 2009 um 4,8 % auf 167 Mill. Fluggäste. Dies ist ein neuer Jahreshöchstwert – trotz Vulkanasche im April

Abb. 3: Personenverkehr nach Verkehrszweigen 2009, in %





Reiseverhalten der Deutschen

Im Jahr 2009 war Italien das beliebteste ausländische Ziel der Deutschen bei längeren Reisen. 9,0 Mill. private Reisen mit vier und mehr Übernachtungen wurden dorthin gemacht. An zweiter Stelle folgte Spanien mit 7,9 Mill. Reisen.

Beliebtestes Reiseziel außerhalb Europas waren 2009 die Vereinigten Staaten – 1,6 Mill. Reisen wurden in die USA unternommen. Weltweit wurden insgesamt 58,1 Mill. längere Auslandsreisen von Deutschen unternommen, davon 41,9 Mill. innerhalb der Europäischen Union.

Das bevorzugte Transportmittel bei den 105,9 Mill. privaten In- und Auslandsreisen mit vier und mehr Übernachtungen war das Auto, und zwar sowohl bei Inlands- als auch bei Auslandsreisen. Es wurde bei 59,9 Mill. Reisen benutzt. Das entsprach einem Anteil von 57 % aller Reisen. Das Flugzeug wurde bei 26,1 Mill. Reisen benutzt und stand mit einem Anteil von 25 % an der zweiten Stelle der Beliebtheitsskala.

Beliebteste Reiseziele im Ausland mit vier und mehr Übernachtungen 2009

| | Mill. | In % aller Reisen |
|-------------------------------------|-------------|-------------------|
| Italien | 9,0 | 15,5 |
| Spanien | 7,9 | 13,5 |
| Österreich | 7,4 | 12,8 |
| Frankreich | 3,4 | 5,8 |
| Türkei | 3,1 | 5,3 |
| Schweiz | 2,4 | 4,1 |
| Niederlande | 2,3 | 3,9 |
| Reisen ins Ausland insgesamt | 58,1 | 54,9 |

Quelle: ETI 2009 (jetzt T.I.P.) im Auftrag von Destatis (Erhebung über die touristische Nachfrage).

Hauptverkehrsmittel bei Reisen insgesamt mit vier oder mehr Übernachtungen 2009

| | Mill. | In % aller Reisen |
|----------|-------|-------------------|
| Pkw | 59,9 | 56,5 |
| Flugzeug | 26,1 | 24,7 |
| Bahn | 11,0 | 10,4 |
| Bus | 7,1 | 6,7 |

Quelle: ETI 2009 (jetzt T.I.P.) im Auftrag von Destatis (Erhebung über die touristische Nachfrage).

werden ca. 32 Mrd. Wege aus eigener Kraft zurückgelegt, zusammen also rund 100 Mrd. Wege im Jahr. Das entsprach 1 200 Wegen je Person im Jahr bzw. 3,4 Wegen je Person und Tag. Von der Gesamtzahl der Wege entfielen 67 % auf den motorisierten Verkehr, 24 % auf den Fußgängerverkehr und 10 % auf den Fahrradverkehr. Bei zu Fuß oder auf dem Fahrrad zurückgelegten kürzeren Strecken ist allerdings die Verkehrsleistung mit ca. 70 Mrd. Pkm wesentlich geringer als im motorisierten Verkehr.

Die Verkehrsprognose 2025 geht davon aus, dass die Verkehrsleistung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs sinken wird. Erwartet wird, dass im Jahr 2025 zu Fuß 36,2 Mrd. Pkm und per Fahrrad 29 Mrd. Pkm zurückgelegt werden. Das sind im nicht-motorisierten Verkehr zusammen 65,2 Mrd. Pkm (2004: 69,2 Mrd. Pkm). Gegenüber 2004 wäre das ein Rückgang des Fahrradverkehrs um knapp 5 % und eine Abnahme des Fußgängerverkehrs um knapp 7 %. Als ursächlich hierfür wird u. a. der höhere Anteil älterer Personen, die häufiger motorisierte Verkehrsmittel bevorzugen, und die weitere Abwanderung städtischer Bevölkerung in das Umland betrachtet, womit die Zahl der zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbaren Ziele sinkt.

Zu welchen Zwecken werden insgesamt rund 100 Mrd. Wege im Jahr zurückgelegt? Rund ein Drittel aller Wege erfolgt zu Freizeit Zwecken. Ein weiteres Drittel entfällt auf den Einkaufsverkehr und private Erledigungen und 14 % auf den Berufsverkehr, also Wege zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Der Ausbildungsverkehr, also die Wege zwischen Wohnung und Schule bzw. Ausbildungsstätte, trägt rund 6 % zur Gesamtzahl der Wege bei. Die übrigen Wege verteilen sich auf geschäftliche Zwecke sowie auf die Begleitung anderer Personen.

Beförderung im Güterverkehr

Vor mehr als hundert Jahren (1896) wurde der erste speziell für Güterbeförderung

und winterbedingten Einschränkungen im Dezember 2010. → Abb. 3

Prognose des motorisierten Personenverkehrs bis 2025

Gemäß der 2007 vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vorgelegten Verkehrsprognose 2025 wird damit gerechnet, dass der motorisierte Personenverkehr weiter wächst. Die Dominanz des Pkw-Individualverkehrs wird anhalten, allerdings wird auch für die Eisenbahnen und insbesondere für den Luftverkehr mit höheren Wachstumsraten gerechnet. Der öffentliche Straßenpersonenverkehr wird zurückgehen. Prognostiziert wird, dass die in Personenkilometern (Pkm) gemessene Verkehrsleistung im motorisierten Personenverkehr zwischen 2004 und 2025

um 19 % von 1 091 auf 1 303 Mrd. Pkm steigen wird.

Für die einzelnen Verkehrsträger werden bis 2025 folgende Wachstumsraten der Personenkilometer erwartet:

- > Pkw (einschl. motorisierte Zweiräder) + 16 %,
- > Omnibusse, Straßen-, Stadt- und U-Bahnen – 5 %,
- > Eisenbahn + 26 %,
- > Luftverkehr + 112 %.

Fußgänger und Fahrradfahrer

Gemessen an der Zahl der zurückgelegten Wege kommt auch dem Fußgänger- und dem Fahrradverkehr eine hohe Bedeutung zu. Zusätzlich zu den bereits genannten 68 Mrd. Fahrten bzw. Flügen mit motorisierten Verkehrsmitteln

gen konstruierte Lastkraftwagen zugelassen. Lkws verdrängten binnen kurzer Zeit die bis dahin vorherrschenden Pferdefuhrwerke. Heute dominiert der Lkw im Fernverkehr und ist im Nahverkehr nahezu konkurrenzlos.

In der Vergangenheit wurde der Lkw-Einsatz im früheren Bundesgebiet und noch stärker in der damaligen DDR durch zahlreiche Reglementierungen quantitativ begrenzt. Insbesondere Anfang der 1990er Jahre kam es zu wichtigen Liberalisierungsmaßnahmen, allerdings bestanden noch bis zum In-Kraft-Treten des Güterkraftverkehrsgesetzes 1998 Einschränkungen in Form von Kontingenten, Konzessionen und der Nahzonenregelung. Es ist sicherlich nicht zuletzt auf diese administrativen Reglementierungen zurückzuführen, dass bis Anfang der 1980er Jahre im früheren Bundesgebiet mehr Güter mit der Bahn als im Lkw-Fernverkehr transportiert wurden. Seit der deutschen Vereinigung wurde der Marktanteil der Lkws am gesamten Güterfernverkehr stetig ausgebaut, während der Bahnanteil heute niedriger liegt als 1991. Auch das Binnenschiff als weiterer direkter Konkurrent von Lkw und Eisenbahn im Güterfernverkehr verlor Marktanteile.

Im Jahr 2009 wurden in Deutschland rund 4,0 Mrd. Tonnen Güter per Lkw, Eisenbahn, Schiff, Flugzeug und in Rohrleitungen transportiert; dabei wurde eine Beförderungsleistung von 582 Mrd. Tonnenkilometern erbracht.

Lkws beförderten 2009 auf deutschen Straßen 3,1 Mrd. Tonnen Güter, gefolgt von den Eisenbahnen mit 312 Mill. Tonnen, dem Seeverkehr mit 260 Mill. Tonnen und der Binnenschifffahrt mit 204 Mill. Tonnen. In der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 büßten alle Verkehrsbereiche Tonnage ein. Am stärksten von der weltweiten Krise betroffen war der Seeverkehr mit Rückgängen von 18 %. Aber auch Binnenschiff (-17 %) und Eisenbahn (-16 %) verloren stark. Relativ am besten behaupten konnten sich der

Tab. 8: Güterverkehr der Verkehrswege

| | Eisenbahnverkehr | | Binnenschifffahrt | | Seeverkehr | Luftverkehr |
|------|------------------|--------------------|-------------------|--------------------|------------|-------------|
| | in Mill. t | Mrd. tkm im Inland | in Mill. t | Mrd. tkm im Inland | in Mill. t | in Mill. t |
| 1950 | 208,8 | 34,9 | 71,9 | 16,7 | 25,7 | 0,0 |
| 1960 | 317,1 | 53,1 | 172,0 | 40,4 | 77,2 | 0,1 |
| 1970 | 378,0 | 71,5 | 240,0 | 48,8 | 131,9 | 0,4 |
| 1980 | 350,1 | 64,9 | 241,0 | 51,4 | 154,0 | 0,7 |
| 1990 | 303,7 | 61,8 | 231,6 | 54,8 | 143,5 | 1,3 |
| 2000 | 309,4 | 82,7 | 242,2 | 66,5 | 238,3 | 2,2 |
| 2008 | 371,3 | 115,7 | 245,7 | 64,1 | 316,7 | 3,5 |
| 2009 | 312,1 | 95,8 | 203,9 | 55,5 | 259,5 | 3,3 |

is einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, 1950 ohne Saarland und Berlin-West, ab 2000 Deutschland.

Tab. 9: Straßengüterverkehr

| | Deutsche Lkw | | | | Ausländische Lkw | |
|------|-----------------------|-------------|----------------------|-------------|------------------|-------------|
| | Fernverkehr im Inland | | Nahverkehr im Inland | | in Mill. t | in Mrd. tkm |
| | in Mill. t | in Mrd. tkm | in Mill. t | in Mrd. tkm | | |
| 1991 | 583,0 | 130,9 | 2 185,0 | 65,1 | 150,7 | 49,7 |
| 1995 | 628,8 | 145,4 | 2 536,5 | 71,8 | 181,7 | 62,5 |
| 2000 | 519,7 | 171,5 | 2 474,1 | 79,1 | 250,5 | 95,7 |
| 2005 | 601,7 | 196,3 | 2 140,5 | 75,4 | 319,9 | 130,9 |
| 2008 | 673,2 | 216,5 | 2 372,9 | 84,9 | 392,3 | 158,8 |
| 2009 | 613,3 | 195,6 | 2 137,0 | 80,0 | 343,9 | 139,0 |

ahverkehr bis einschl. 1995: Beförderungen innerhalb eines Umkreises von 75 Kilometern Luftlinie um den Standort des Fahrzeugs. Ab 2000 Beförderungen im Nah- und Regionalbereich bis 150 km Fahrtstrecke: Fernverkehr jeweils briger Verkehr.

uelle: Bundesamt für Güterverkehr, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Kraftfahrt-Bundesamt.

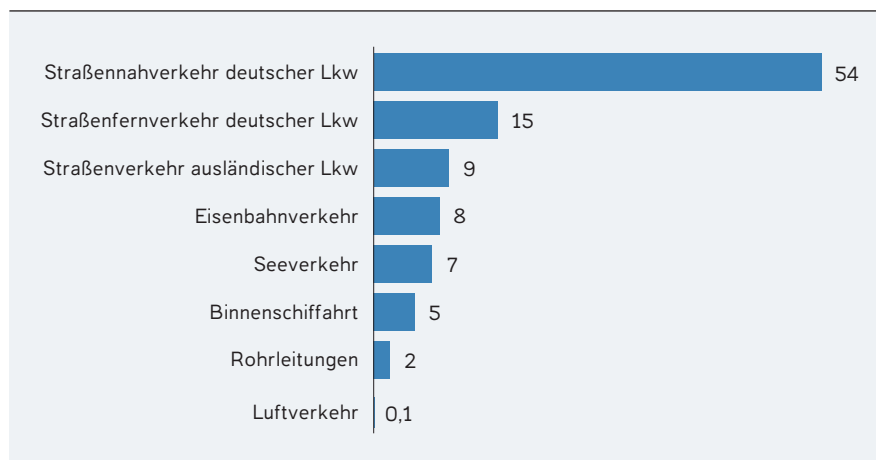
Straßengüterverkehr mit einem Rückgang von 10 %, die Luftfracht (-6 %) und die wenig konjunkuranfälligen Transporte in Rohrleitungen (-3 %). Mit der Erholung der Konjunktur im Jahre 2010 sind auch die Transportmengen sofort wieder gewachsen: Nach den ersten vorliegenden Ergebnissen vom Februar 2011 ist das Transportaufkommen im Güterverkehr in Deutschland im Jahr 2010 insgesamt voraussichtlich auf 4,1 Mrd. Tonnen und damit um 3 % gegenüber dem Jahr 2009 gestiegen. Zum Wachstum trugen alle Verkehrswege bei: Straßen- und Eisenbahnverkehr, Binnen- und Seeschifffahrt, Rohrleitungen und Luftfahrt. Insgesamt konnten allerdings die in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 erlittenen Verluste noch nicht wieder vollständig ausgeglichen werden. Die beförderte Tonnage lag 2010 um 9 % unter dem Wert des Jahres 2008. Auch in den einzelnen Verkehrs-

bereichen konnten in der Regel die Werte des Jahres 2008 noch nicht wieder erreicht werden (Ausnahme Luftfracht).

➔ Tab. 8, 9

Der Anteil der einzelnen Verkehrsträger am gesamten Güterverkehr – der Modal Split – hatte sich von 1991 bis 1999 zugunsten der Straße verschoben. Der Anteil der Straße an der Beförderungsmenge lag 1991 bei 77 %, im Jahr 1999 dagegen bei 80 %. Danach war der Anteil der Straße rückläufig und erreichte 2008 mit 77 % wieder den Stand von 1991, was insbesondere auf starke Rückgänge der Transporte von Baustoffen, die die Entwicklung der Beförderungsmenge im Straßengüterverkehr entscheidend mitbestimmen, zurückzuführen war. Da der Straßengüterverkehr in der Krise allerdings im Vergleich zu seinen direkten Konkurrenten Eisenbahn und Binnen-

Abb. 4: Güterverkehr nach Verkehrszweigen 2009, beförderte Gütermenge, in %



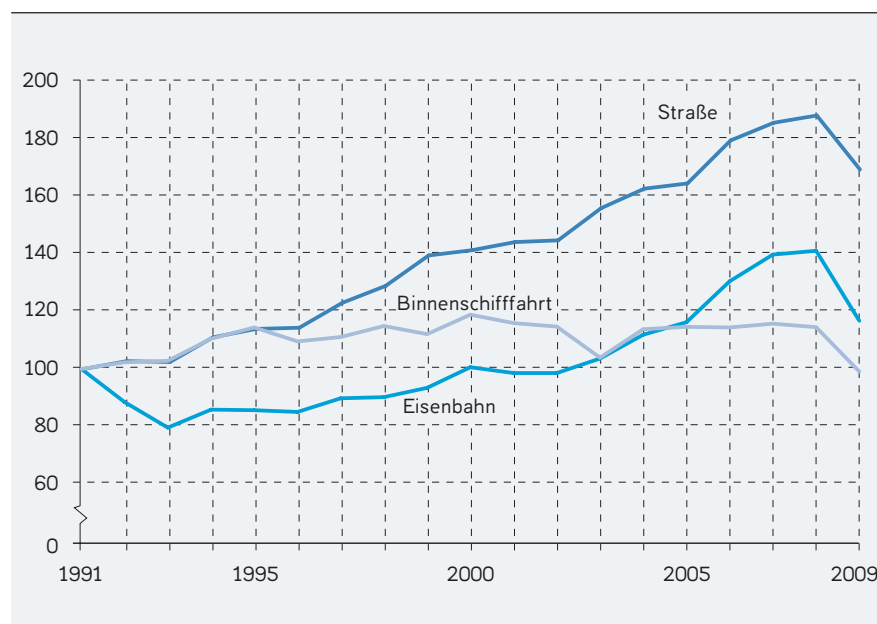
schifffahrt geringere Verluste verbuchte, stieg sein Modal-Split-Anteil im Jahr 2009 auf 78 % an. Der Anteil der Eisenbahn sank von 11 % (1991) auf 8 % (2009). Die Binnenschifffahrt konnte ihren Anteil von 6 % zuvor lange Jahre halten, fiel in der Krise aber auf 5 % zurück. Der Seeverkehr konnte seine Marktanteile in der Regel ausbauen und erbrachte 2009 7 % der Beförderungsmenge, der Anteil des Transports von Rohöl in Rohrleitungen liegt seit 1991 relativ konstant bei 2 %. Im Luftverkehr wurde mit 0,1 % deutlich unter einem Prozent der gesamten Beförderungsmenge transportiert.

→ Abb. 4

Dagegen zeigte sich bei den tonnenkilometrischen Leistungen der Landverkehrsträger im mittelfristigen Vergleich eine eindeutige Entwicklung des Modal Split zugunsten der Straße. Während der Straßengüterverkehr seit 1991 (bis auf eine Wachstumspause im Jahr 1993 und in der Krise 2009) ungebrochen gewachsen ist, mussten seine wichtigen Konkurrenten Eisenbahn und Binnenschiff seit der deutschen Vereinigung in manchen Jahren und auch 2009 Rückgänge hinnehmen. Die Beförderungsmenge aller Verkehrsträger ist von 1991 bis 2009 um 46 % gestiegen, die tonnenkilometrische Leistung des Straßengüterverkehrs lag 2009 dagegen um knapp 69% höher als

1991. Die Straße konnte damit ihren Anteil an der gesamten Beförderungsmenge von 62 % (1991) auf 71 % im Jahr 2009 erhöhen. Dagegen gingen die Anteile der Eisenbahn von 21 % auf 16 % und der Binnenschifffahrt von 14 % auf knapp 10 % zurück. Bis 2008 hatte die Eisenbahn, die ihren geringsten Anteil mit 15 % im Jahr 1999 hatte, ihre relative Position zwar langsam, aber stetig auf 18 % verbessert, wurde in der Krise

Abb. 5: Entwicklung der Beförderungsmenge im Güterverkehr, 1991=100



2009 aber wieder etwas zurückgeworfen. Die Binnenschifffahrt, die sich um die Jahrtausendwende mit etwa 13 % und in den Jahren 2003 bis 2005 mit etwa 11 % an der gesamten Beförderungsmenge beteiligte, verliert dagegen trotz einzelner Erholungsphasen insgesamt betrachtet stetig an Marktanteilen. → Abb. 5

Prognose des Güterverkehrs bis 2025

Generell bestand in der Vergangenheit im Verkehr mit Ausnahme des Krisenjahres 2009 eine hohe Wachstumstendenz. Der Güterverkehr wird aller Voraussicht nach auch weiter stark zunehmen. Gemäß der bereits erwähnten »Verkehrsprognose 2025« von 2007 wird erwartet, dass die Beförderungsmenge auf der Straße, mit der Eisenbahn und dem Binnenschiff zwischen 2004 und 2025 von rund 548 Mrd. tkm um insgesamt 71 % auf 937 Mrd. tkm steigen wird. Diese Prognose ist sicherlich aufgrund der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 hinsichtlich ihres Zeithorizonts zu hinterfragen, an der grundsätzlichen Tendenz hohen Verkehrswachstums dürfte sich jedoch bei der sich abzeichnenden konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft wenig

ändern. Die absolute Zunahme der Beförderungsleistung ist nach Auffassung der Experten nicht zu beeinflussen, lediglich die Aufteilung auf die drei genannten Verkehrszweige. Im Einzelnen ergeben sich folgende Wachstumsprognosen für die Beförderungsleistung:

- > Lkw (Fern- und Regionalverkehr) + 84 %,
- > Lkw (Nahverkehr) + 11 %,
- > Eisenbahn + 65 %,
- > Binnenschiff + 26 %.

11.1.4 Verkehrsunfälle

Eine negative Folge des Verkehrs ist die hohe Zahl an Verkehrsoptern, die jährlich verletzt oder getötet werden. So starben in Deutschland im Jahr 2009 im Luftverkehr 40 Personen, im Eisenbahnverkehr wurden 185 Personen getötet.

Mit Abstand die meisten Getöteten und Verletzten wurden allerdings bei Straßenverkehrsunfällen registriert: 2009 wurden bei rund 311 000 Unfällen mit Personenschaden (3 % weniger als im Vorjahr) 4 152 Menschen getötet (–7 %) und knapp 398 000 verletzt (–3 %). Im Durchschnitt des Jahres 2009 starben bei Unfällen in Deutschland pro Tag 11 Personen im Straßenverkehr, weitere 1 090 wurden verletzt, darunter 188 schwer. Die Zahl der Verkehrstoten war seit 1950 noch nie so niedrig wie 2009. Im Jahr 1970, im bisher schwärzesten Jahr der Unfallstatistik, lag sie mit 21 332 Verkehrstoten auf Deutschlands Straßen mehr als fünfmal so hoch. Zu dieser positiven Entwicklung haben viele Faktoren beigetragen: Neben der Gurtpflicht und Helmpflicht, verbesserter Fahrzeugtechnik (z. B. Airbags, ABS), der weitgehenden Trennung geschützter und ungeschützter Verkehrsteilnehmer und anderen Verbesserungen im Straßenbau hat sicher auch ein verändertes Fahrverhalten eine Rolle gespielt. Auch für 2010 wird ein weiterer starker Rückgang bei der Zahl der Verkehrstoten auf etwa 3 700 erwartet. Damit wird eine weitere Tau-

sendermarke bei der Gesamtzahl der Getöteten im Straßenverkehr unterschritten.

 [Tab. 10](#)

13 Bundesländer konnten bei den Getöteten für das Jahr 2009 eine positive Entwicklung verzeichnen. Prozentual die stärkste Abnahme gegenüber dem Vorjahr gab es in Sachsen-Anhalt (–26 % oder 59 Personen), in Sachsen (–21 % oder 51 Personen) und in Thüringen (–20 % oder 37 Personen). In drei Bundesländern wurden dagegen mehr Personen bei Straßenverkehrsunfällen tödlich verletzt. Die höchste Zunahme hatte Mecklenburg-Vorpommern zu beklagen: hier gab es 17 % oder 23 Getötete mehr als im Vorjahr. Auch in Bremen kamen ein Mensch (+ 8 %) und im Saarland zwei Menschen (+ 5 %) mehr als 2008 ums Leben.

Bezogen auf die Einwohnerzahlen starben 2009 in Deutschland 51 Personen je einer Mill. Einwohner im Straßenverkehr. Wesentlich über diesem Mittelwert lagen Mecklenburg-Vorpommern (93 Getötete je eine Mill. Einwohner) und Brandenburg (80). Das niedrigste bevölkerungsbezogene Sterberisiko haben seit vielen Jahren die drei Stadtstaaten Berlin (14), Hamburg (19) und Bremen (20). Die insgesamt niedrigeren Werte für die Stadtstaaten im Vergleich zu den Flächenstaaten sind auch auf die unterschiedliche Siedlungsstruktur zurückzuführen. In den Stadtstaaten, die nur das Gebiet einer Stadt und gegebenenfalls ein engeres Umland umfassen, gibt es hauptsächlich

Verunglückte, Getötete und Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik



Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die bei einem Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen sterben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

»Innerortsunfälle«, die wegen der niedrigeren Geschwindigkeiten, die dort gefahren werden, auch weniger folgenschwer sind. [Abb. 6](#)

51 % der Verkehrstoten kamen im Jahr 2009 als Pkw-Insassen zu Schaden. 18 % der Getöteten waren Motorrad-, Mofa- und Mopedfahrer, 14 % Fußgänger, 11 % Fahrradfahrer und 6 % kamen als übrige Verkehrsteilnehmer ums Leben. Im Vergleich zu 2008 wurden weniger Pkw-Insassen (–11 %), Fußgänger (–9 %) und Motorradfahrer (–2 %), aber mehr sonstige Verkehrsteilnehmer (+3 %) und mehr Fahrradfahrer (+1 %) getötet.

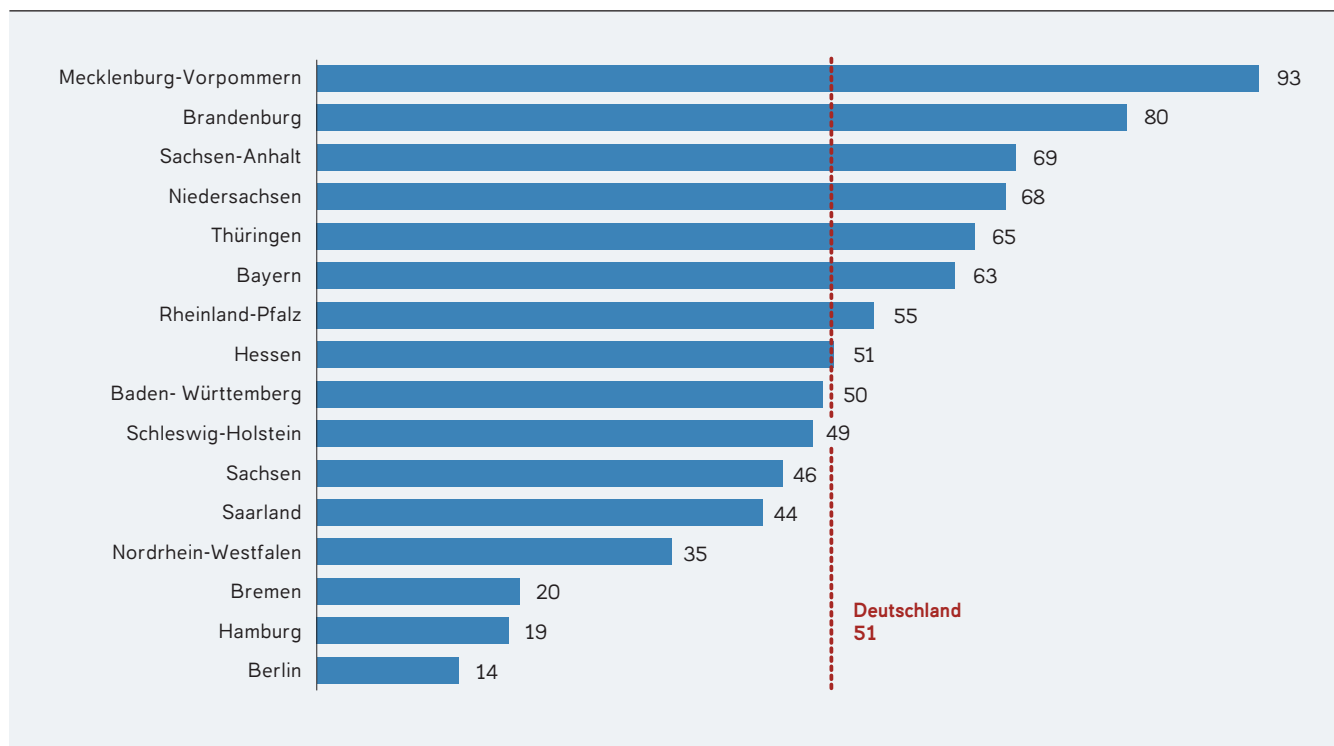
Besonders unfallgefährdet sind junge Menschen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, bei denen es besonders viele Fahranfänger gibt. 19 % der Verkehrstoten sind aus dieser Altersgruppe, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nur

Tab. 10: Straßenverkehrsunfälle

| | Unfälle mit Personenschaden | Getötete | Schwerverletzte | Leichtverletzte |
|------|-----------------------------|----------|-----------------|-----------------|
| 1955 | . | 14 041 | 392 891 | |
| 1960 | . | 16 477 | 502 316 | |
| 1970 | 414 362 | 21 332 | 578 032 | |
| 1980 | 412 672 | 15 050 | 540 916 | |
| 1990 | 389 350 | 11 046 | 510 931 | |
| 2000 | 382 949 | 7 503 | 102 416 | 401 658 |
| 2008 | 320 614 | 4 477 | 70 644 | 338 403 |
| 2009 | 310 806 | 4 152 | 68 567 | 329 104 |

Getötete: Bis 1970 im Gebiet der ehemaligen DDR innerhalb von 72 Stunden an den Unfallfolgen Gestorbene, ab 1980 innerhalb von 30 Tagen Gestorbene.

Abb. 6: Straßenverkehrsunfälle 2009, Getötete je 1 Mill. Einwohner



8 % betrug. Auch ältere Menschen über 65 Jahren zählen mit einem Anteil von 27 % an den Verkehrstoten häufig zu den Opfern. Die Zahl der getöteten Kinder unter 15 Jahren erreichte 2009 den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik. Trotzdem starben noch 90 Kinder (-12 % gegenüber 2008).

Nach wie vor ereignen sich die meisten Unfälle mit Personenschaden innerhalb von Ortschaften (69 %). Aufgrund der Verkehrsdichte und des größeren Anteils ungeschützter Verkehrsteilnehmer ist die Gefährdung auf innerörtlichen Straßen besonders hoch. Auf die innerhalb der Ortschaften niedrigeren Fahrge-

schwindigkeiten ist es jedoch zurückzuführen, dass hier nur 30 % der Getöteten registriert wurden. Auf den Außerortsstraßen (ohne Autobahnen) ereigneten sich 25 % der Personenschadensunfälle, aber 59 % der Verkehrsoffer kamen hier ums Leben. Auf den Autobahnen wurden 6 % aller Unfälle mit Personenschaden und 11 % der Getöteten gezählt. → Tab. 11

Tab. 11: Straßenverkehrsunfälle und die dabei Getöteten nach Ortslage 2009

| | Unfälle mit Personenschaden | Getötete insgesamt | Darunter Kinder unter 15 Jahren |
|---|-----------------------------|--------------------|---------------------------------|
| Innerhalb von Ortschaften | 213 361 | 1 225 | 39 |
| Außerhalb von Ortschaften (ohne Autobahnen) | 79 051 | 2 452 | 43 |
| Auf Autobahnen | 18 394 | 475 | 8 |
| Insgesamt | 310 806 | 4 152 | 90 |

Als eine Hauptunfallursache wird seit Jahren die nicht angepasste Geschwindigkeit festgestellt. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch Alkoholeinfluss eine bedeutende Rolle. Einige Unfallursachen zeigen eine deutliche Geschlechtsabhängigkeit. Frauen verursachen weniger häufig als Männer Unfälle durch nicht angepasste Geschwindigkeit, Überholfehler oder unter Alkoholeinfluss. Dagegen missachten sie öfter die Vorfahrt.

Daten zur räumlichen Mobilität

Die wichtigsten Erhebungen für den Personenverkehr in den letzten zehn Jahren in Deutschland sind zum einen die vom DIW in Kooperation mit Infas durchgeführte Haushaltsbefragung »Mobilität in Deutschland« (MiD 2002 und MiD 2008) und zum anderen die Befragungswellen des bundesweiten »Mobilitätspanels«, die vom Institut für Verkehrswesen der Universität Karlsruhe verantwortet wurden (MOP 2002 und MOP 2008). Hinzu kommen mehrere auf den Stadtverkehr fokussierte Verkehrserhebungen im Rahmen des »Systems repräsentativer Verkehrsverhaltensbefragungen (SrV)«, die seit den 1970er Jahren am Friedrich-List-Institut der Technischen Universität Dresden erarbeitet wurden. Die letzte SrV 2008 bestätigt im Wesentlichen Ergebnisse der anderen bundesdeutschen Erhebungen. Die etwas abweichenden Zahlen aus der KONTIV von 1982 lassen sich in erster Linie erhebungstechnisch erklären, außerdem ist der zeitliche Abstand zu den hier berücksichtigten MiD- und MOP-Erhebungen mit 16 Jahren beträchtlich.

Gerne wird darauf verwiesen, dass die Zahl der Wege, die Jeder und Jede durchschnittlich am Tag zurücklegen, seit Jahrhunderten etwas höher als drei liegt. Das mag stimmen, obwohl der statistische Beweis über einen so langen Zeitraum schwer zu erbringen sein dürfte. Für das letzte Jahrzehnt zumindest ist gesichert, dass nicht nur die durchschnittliche Wegeanzahl, sondern auch die Wegelänge sowie die »Unterwegszeit pro Person« weitgehend konstant geblieben sind. Tabelle 1 belegt diese Ergebnisse aus zentralen Verkehrserhebungen in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre. Weitere relevante Kennziffern für den Verkehrsaufwand sind die durchschnittliche Wegelänge, der Modal Split nach Wegen und zurückgelegten Kilometern, d.h. die Verteilung auf verschiedene Verkehrsmittel,

Tab. 1: Zentrale Mobilitätskennziffern (Personen ab 10 Jahre)

| | KONTIV 1982 | MOP 1998 | MOP 2002 | MOP 2008 | MiD 2002 | MiD 2008 |
|---|----------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Anteil mobiler Personen, insgesamt (in %) | 82 | 91 | 91 | 92 | 85 | 89 |
| Wege pro Person, insgesamt (Anzahl) | 3 | 3,6 | 3,5 | 3,4 | 3,3 | 3,5 |
| Wege pro mobiler Person (Anzahl) | 3,7 | 3,9 | 3,8 | 3,7 | 3,9 | 3,9 |
| Tagesstrecke pro Person, insgesamt (km) | 31 | 40 | 39 | 40 | 39 | 41 |
| Tagesstrecke pro mobiler Person (km) | 37 | 43 | 42 | 44 | 45 | 46 |
| Unterwegszeit pro Person, insgesamt (Minuten) | 72 | 81 | 79 | 80 | 80 | 80 |
| Unterwegszeit pro mobiler Person ¹ (Minuten) | 87 | 88 | 86 | 87 | 87 | 90 |
| Durchschnittliche Wegelänge ¹ (km) | 10 | 11,1 | 11 | 11,8 | 11,7 | 11,8 |

Modal Split – Basis Wege

in %

| | | | | | | |
|---------------|----|----|----|----|----|----|
| Zu Fuß | 29 | 22 | 24 | 22 | 22 | 23 |
| Fahrrad | 11 | 8 | 10 | 11 | 9 | 10 |
| MIV-Fahrer | 37 | 45 | 43 | 42 | 48 | 47 |
| MIV-Mitfahrer | 13 | 14 | 14 | 13 | 13 | 12 |
| ÖV | 10 | 10 | 9 | 11 | 9 | 9 |

Modal Split – Basis Personenkilometer

in %

| | | | | | | |
|---------------|----|----|----|----|----|----|
| Zu Fuß | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| Fahrrad | 3 | 2 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| MIV-Fahrer | 50 | 54 | 54 | 48 | 60 | 58 |
| MIV-Mitfahrer | 24 | 22 | 22 | 21 | 19 | 20 |
| ÖV | 20 | 19 | 18 | 24 | 15 | 16 |

Wegezzweck


in %

| | | | | | | |
|-------------------------|----|----|----|----|----|----|
| Arbeit | 21 | 15 | 15 | 15 | 16 | 15 |
| Ausbildung | 8 | 4 | 5 | 5 | 5 | 4 |
| Dienstlich/geschäftlich | 6 | 5 | 5 | 6 | 8 | 7 |
| Einkauf/Erledigung | 30 | 37 | 38 | 38 | 37 | 38 |
| Freizeit | 35 | 38 | 37 | 36 | 34 | 35 |

¹ Ohne »regelmäßig berufliche Wege«.

MIV = motorisierter Individualverkehr.

Quelle: MiD 2002, MiD 2008 MOP, KONTIV 82: Laufende Panelstatistik, Institut für Verkehrswesen, Universität Karlsruhe.

tel, sowie die Wegezzwecke. Bei allen diesen Kenngrößen fällt die Kontinuität auf. Die Abweichungen zwischen den verschiedenen Erhebungen sind gering. 

Bei aller Kontinuität fällt aber auch auf: Leicht gestiegen sind die Wegelängen pro Tag und Strecke. Das kann kaum überraschen, denn die gelebte und die gefor-

derte persönliche Mobilität hat in modernen Gesellschaften eine hohe Bedeutung. Es wird sozial eigentlich von fast allen erwartet, mobil zu sein. Das gilt für den Arbeitsmarkt ebenso wie für das Bildungswesen. Womit wir bei den Wegezzwecken wären, die ebenfalls wichtige Kategorien jeder Verkehrsstatistik sind.

➔ Tab. 1

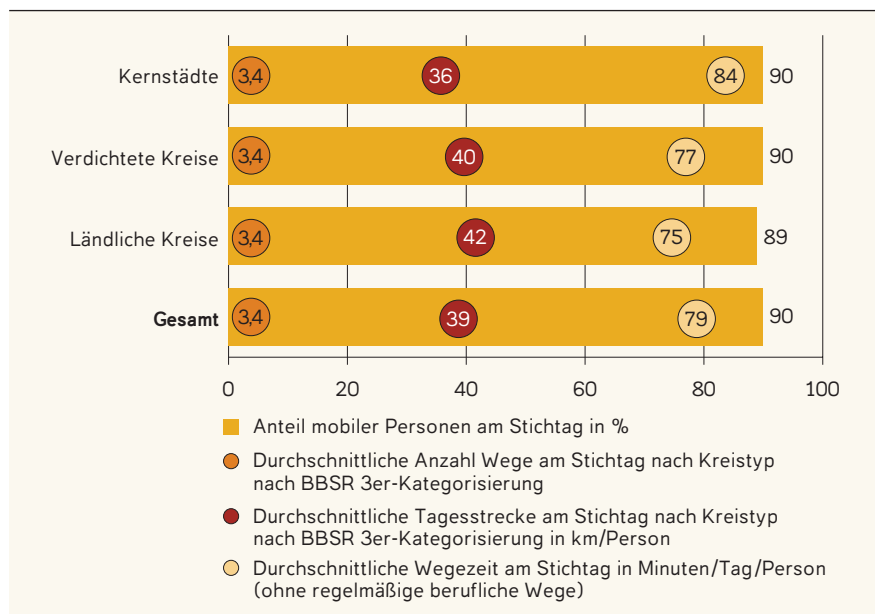
Trotz aller Konvergenz der genannten Verkehrsstudien in den Globaldaten zur persönlichen Mobilität gibt es eine Reihe von signifikanten Unterschieden und Besonderheiten, die sich entlang verschiedener Siedlungsformen, Haushaltstypen und Lebenslagen finden.

11.2.1 Verkehrsaufwand und Siedlungstypen

Im Personenverkehr sind es die zurückgelegten Kilometer, die als entscheidende Kenngröße gelten. Bei diesen Personenkilometern gibt es die auffälligsten Unterschiede zwischen Stadt und Land, Arm und Reich sowie zwischen verschiedenen Haushaltstypen.

In der Verkehrsforschung ist der enge Zusammenhang zwischen Siedlungstyp und Verkehrsaufwand schon lange bekannt. Generell gilt: Je dichter die Siedlungsstruktur, desto geringer der alltägliche Radius der Aktivitäten und damit die Personenkilometer. Das zeigt sich deutlich bei den Tageskilometerleistungen in Abbildung 1: Während in der verdichteten Kernstadt die durchschnittliche Tagesstrecke 36 Kilometer beträgt, liegt sie in weniger verdichteten und in ländlichen Kreisen bei 40 bzw. 42 Kilometer. Zugleich fällt auf, dass zwar der Anteil

Abb. 1: Zentrale Mobilitätskenngrößen nach Kreistypen

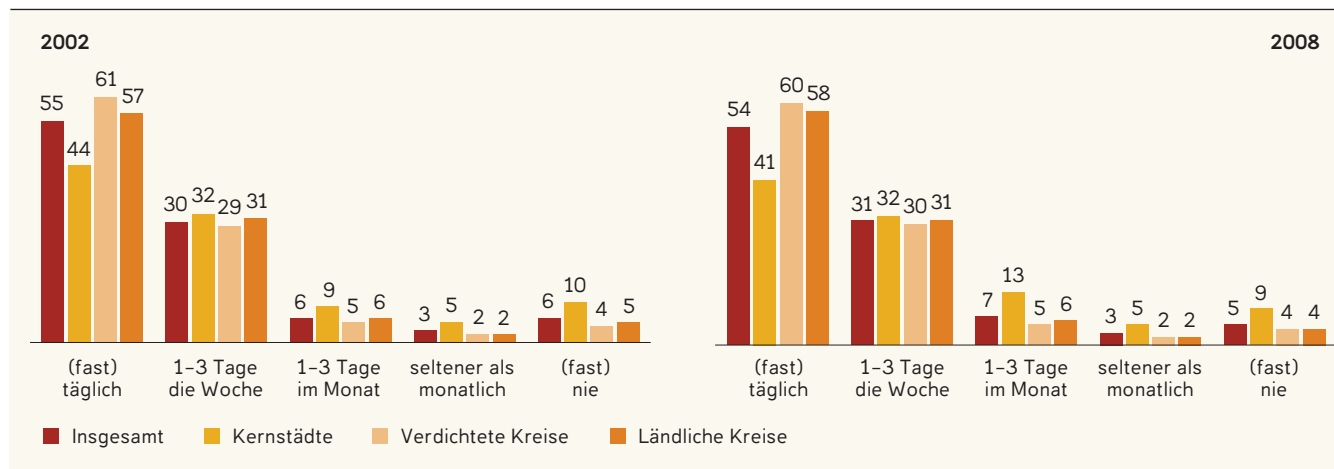


Datenbasis: MiD 2008.

der mobilen Personen und die durchschnittliche Wegeanzahl in allen drei Kreistypen annähernd gleich sind, jedoch die Zeit sich signifikant unterscheidet, in der die Menschen in der Innenstadt, im Stadtumland oder im ländlichen Raum täglich unterwegs sind. Für weniger Kilometer braucht der Städter länger als der Verkehrsteilnehmer außerhalb urbaner Siedlungsstrukturen. Er benötigt sieben bzw. neun Minuten mehr, um seine täglichen Wege zu absolvieren. → Abb. 1

Diese Unterschiede in den Reisezeiten haben nicht zuletzt etwas mit der Belastung der Verkehrsinfrastrukturen zu tun, die ja zwischen den Siedlungstypen in aller Regel sehr variieren. Insbesondere sind die Straßen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) in weniger dicht besiedelten Gebieten freier, daher können höhere Reisegeschwindigkeiten erreicht werden. Das Auto ist hingegen in Städten langsamer und zugleich ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiver.

Abb. 2: Übliche Nutzung des Pkw nach Kreistypen 2002 und 2008, in %



Datenbasis: MiD 2008.

Dies erklärt die deutlichen Unterschiede im Modal Split zwischen den verschiedenen Regionstypen: Während die tägliche Pkw-Nutzung in der Kernstadt 2008 im Durchschnitt 41 % des gesamten Personenverkehrs beträgt (und gegenüber 2002 sogar um drei Prozentpunkte gesunken ist), macht sie in ländlichen Regionen 58 % aus. Umgekehrt haben der ÖPNV und auch das Fahrrad in Städten und verdichteten Räumen generell einen deutlich höheren Anteil. Bei der Fahrradnutzung erleben wir seit Jahren einen regelrechten Boom. → [Abb. 2](#)

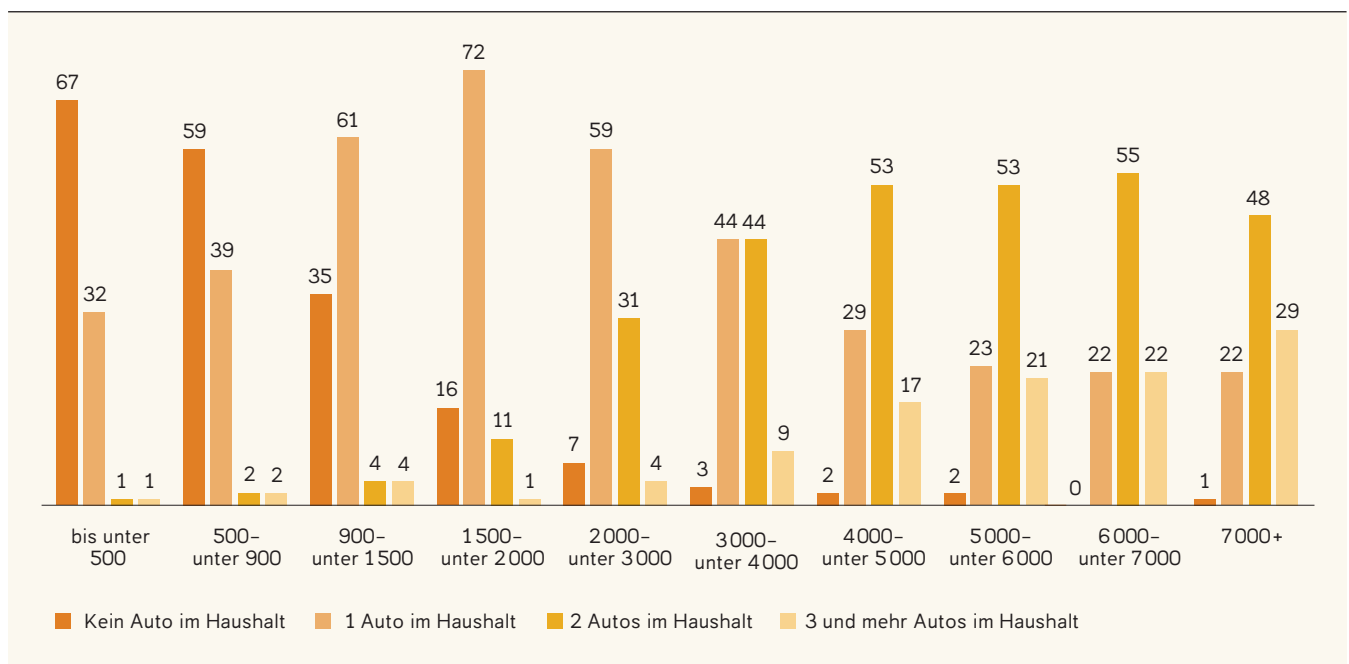
11.2.3 Pkw-Verfügbarkeit

Trotz der Nutzungszuwächse beim Fahrrad und der Konsolidierung des ÖPNV ist der Personenverkehr in Deutschland wie auch in allen anderen entwickelten westlichen Gesellschaften von der Nutzung des Autos geprägt. Auch wenn aus den Verkehrserhebungen der letzten zehn Jahre hervorgeht, dass der Anteil des MIV am Gesamtverkehrsmarkt leicht zurückgeht, ist der MIV nach wie vor

dominierend. Was begünstigt nun den MIV? In lediglich einem knappen Fünftel der bundesdeutschen Haushalte gibt es kein Auto. Lassen sich Bedingungen identifizieren, die eine Autonutzung wahrscheinlich machen? Neben dem bereits angeführten Siedlungstyp sind es die Haushaltsgröße und vor allem das Haushaltseinkommen, die mit der Autonutzung korrelieren. Wie aus [Abbildung 3](#) hervorgeht, steigt die Anzahl der im Haushalt verfügbaren Pkw mit dem Nettoeinkommen. Während in 60 % der Haushalte mit einem Nettoeinkommen von weniger als 900 Euro monatlich kein Pkw zur Verfügung steht, sind in den Haushalten mit mehr als 3 000 Euro nur weniger als 3 % ohne Auto. Die Abnahme der autolosen Haushalte in den dazwischen liegenden Einkommensklassen zeigt die Korrelation deutlich: Je höher das Haushaltseinkommen, desto umfangreicher die Pkw-Ausstattung; ab 2 000 Euro steigt zudem der Anteil der Zweit- und Drittwagen kräftig an. Bei den Haushalten mit mehr als 4 000 Euro Nettoeinkommen macht der Anteil der Mehr-Pkw-Haushalte bereits mehr als 70 % aus. → [Abb. 3](#)

Aufschlussreich ist auch die Verfügbarkeitsrate von Pkw. Insgesamt verfügen im Jahr 2008 72 % der Bundesbürger jederzeit über ein Auto. Lediglich 17 % haben keinen Zugang zu einem Auto oder keinen Führerschein. Hier findet sich übrigens immer noch ein auffälliger Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland: 64 % der Ostdeutschen haben jederzeit Zugriff auf einen Pkw, während es in den alten Bundesländern 10 % mehr sind. Wie aus [Tabelle 2](#) hervorgeht, sind vor allem die Einpersonenhaushalte ohne Auto, während die Haushalte mit einem Kind unter 14 Jahren, mit Ausnahme der Alleinerziehenden, zu mehr als 80 % über mindestens ein Auto verfügen. Die Faustformel lautet also: Sind kleine Kindern im Haushalt, ist das private Auto als Hauptverkehrsmittel sehr wahrscheinlich. Gebrochen wird diese Formel in erster Linie durch die ökonomische Situation eines Haushaltes. Haushalte mit niedrigem oder sehr niedrigem Einkommen verfügen lediglich zur Hälfte über ein eigenes Auto. Das betrifft viele Alleinerziehende. Weiterhin gilt wie auch hier: Je größer die Gemeinde, desto

Abb. 3: Anzahl der Pkw in den Haushalten nach Einkommensklassen 2008, in %



Datenbasis: MiD 2008.

Tab. 2: Verfügbarkeit von Pkw in den Haushalten

| | Verfügbarkeit eines PKW (als Fahrer) | |
|---|--------------------------------------|-----------------------------|
| | Jederzeit | Gar nicht/kein Führerschein |
| | in % ¹ | |
| Insgesamt | 72 | 17 |
| Region | | |
| West | 74 | 15 |
| Ost | 64 | 25 |
| Haushaltstyp | | |
| Junge Alleinlebende | 59 | 22 |
| Alleinlebende mittleren Alters | 75 | 18 |
| Ältere Alleinlebende | 50 | 45 |
| Junge Zweipersonenhaushalte | 70 | 15 |
| Zweipersonenhaushalte mittleren Alters | 80 | 10 |
| Ältere Zweipersonenhaushalte | 76 | 18 |
| Haushalte mit mind. 3 Erwachsenen | 71 | 11 |
| Haushalte mit mind. 1 Kind unter 6 Jahren | 82 | 5 |
| Haushalte mit mind. 1 Kind unter 14 Jahren | 80 | 6 |
| Haushalte mit mind. 1 Kind unter 18 Jahren | 68 | 14 |
| Alleinerziehende | 69 | 20 |
| Ökonomische Situation des Haushaltes | | |
| Sehr niedrig | 50 | 33 |
| Niedrig | 51 | 33 |
| Mittel | 73 | 17 |
| Hoch | 80 | 10 |
| Sehr hoch | 86 | 6 |
| Regionaler Kreistyp | | |
| Kernstädte | 61 | 26 |
| Verdichtete Kreise | 76 | 13 |
| Ländliche Kreise | 77 | 14 |
| Gemeindegröße (Auswahl) | | |
| Unter 2 000 | 82 | 10 |
| 20 000–50 000 | 74 | 15 |
| 50 000–100 000 | 73 | 16 |

¹ Die Differenz zu 100% entfällt auf die Merkmalsausprägung »gelegentlich« sowie die fehlenden Werte.

Datenbasis: MiD 2008.

Tab. 3: Lebensphase des Haushalts und Verkehrsmittelnutzung

| Lebensphase des Haushalts | Agglomerationsraum | | | Verstädterter Raum | | | Ländlicher Raum | | |
|----------------------------|--------------------|---------|---------|--------------------|---------|---------|-----------------|---------|---------|
| | zu Fuß, Fahrrad | per MIV | mit ÖPV | zu Fuß, Fahrrad | per MIV | mit ÖPV | zu Fuß, Fahrrad | per MIV | mit ÖPV |
| Alleinstehende Rentner | 49 | 36 | 15 | 49 | 43 | 8 | 61 | 34 | 6 |
| Rentner Haushalte | 39 | 54 | 7 | 37 | 59 | 4 | 34 | 61 | 4 |
| Alleinlebende | 34 | 55 | 11 | 32 | 63 | 5 | 31 | 66 | 3 |
| Zusammenlebende | 28 | 63 | 10 | 28 | 67 | 5 | 28 | 68 | 4 |
| Erwachsenen Haushalte | 25 | 63 | 12 | 25 | 70 | 6 | 22 | 72 | 6 |
| Haushalte mit Schulkindern | 32 | 56 | 12 | 33 | 57 | 10 | 29 | 63 | 9 |
| Haushalte mit Kleinkindern | 35 | 59 | 6 | 34 | 63 | 3 | 31 | 65 | 4 |
| Alleinerziehende | 43 | 40 | 17 | 34 | 58 | 9 | 40 | 53 | 7 |
| Studenten | 47 | 23 | 31 | 59 | 27 | 14 | 34 | 40 | 26 |
| Auszubildende, Schüler | 25 | 32 | 43 | 43 | 36 | 21 | 35 | 34 | 31 |
| Sonstige | 35 | 54 | 11 | 32 | 60 | 8 | 30 | 65 | 6 |

Datenbasis: MiD 2008.

kleiner ist der Anteil derjenigen, die nicht ständig über ein Auto verfügen. → Tab. 2

11.2.4 Wahl der Verkehrsmittel und Lebensphase

Die Autoverfügbarkeit ist ausschlaggebend dafür, welches Verkehrsmittel am meisten genutzt wird. Gerade das Auto befördert eine flexible Verwendung, es kommt komplexen Alltagsabläufen entgegen und erlaubt eine autonome Zeit- und Wegeketten-gestaltung. Und vor allem vereinfacht das Auto eine routinemäßige Nutzung. Es wird im Alltag oft verwendet, ohne dass im Einzelnen über Alternativen nachgedacht wird. Ist das Auto erst einmal verfügbar, drängt es andere Verkehrsmittel gerne an den Rand, in der Verkehrs- und Mobilitätsforschung wird daher vom »Kuckuckseffekt« infolge der Anschaffung eines Automobils gesprochen.

Auch wenn der Siedlungstyp und die Einkommenssituation der Haushalte die wahrscheinlich wichtigsten Einflussfaktoren für die Wahl der Verkehrsmittel sind, spielt die Lebensphase ebenfalls eine große Rolle. Es sind die Jungen, die noch nicht über ein eigenes Auto verfügen, die einen besonders hohen Anteil am so genannten Umweltverbund haben. Das heißt: Sie nutzen ihre Muskelkraft

und den Öffentlichen Verkehr häufiger als fast alle anderen Altersgruppen. Bisher waren es die Rentner, die auf noch höhere Anteile beim Umweltverbund kommen. In Tabelle 3 werden die Modal Split-Anteil je Lebensphase und in Abhängigkeit vom Siedlungsraum für das Jahr 2008 ersichtlich. In allen Siedlungsräumen steigt der Anteil des MIV von Lebensphase zu Lebensphase bis zum Rentenbeginn. Die Erwachsenenhaushalte sind besonders auto-affin, während die Studenten- und Alleinerziehendenhaushalte am stärksten die Verkehrsmittel des Umweltverbundes nutzen (müssen).

→ Tab. 3

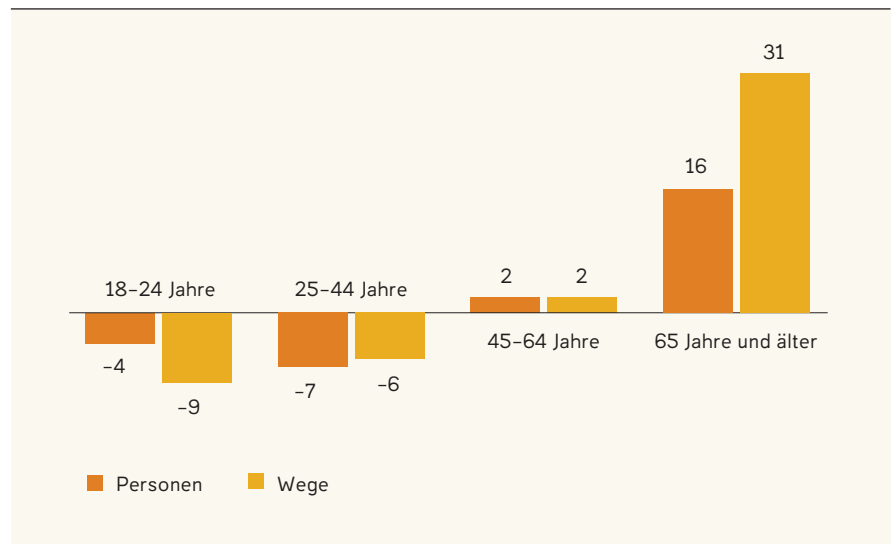
11.2.5 Mobilität im Zeitverlauf

Es finden sich in den jüngeren Verkehrserhebungen Anzeichen dafür, dass sich in der bisherigen Prägung der Lebensphasen auf die Wahl der verschiedenen Verkehrsmittel künftig etwas ändern wird. Grund ist der demografische Wandel. Zwar wird der Anteil der älteren Verkehrsteilnehmer sukzessive steigen und damit das Verkehrsgeschehen insgesamt gedämpft, weil die beruflichen Wege wegfallen. Doch zugleich werden die künftigen »Jungen Alten« auf einem erhöhten Aktivitätsniveau länger mobil sein. Denn die künftigen Rentner werden zu einem größeren Teil als die Vorgängergenerationen erfahrene Autofahrer sein und mit hohen Führerscheinquoten die Erwerbsarbeitsphase hinter sich lassen. Schon in der Vergleichsphase von 2002 bis 2008 ist ihr Wegeanteil überproportional gestiegen.

→ Abb. 4

Die demografisch bedingten Veränderungen im Verkehr sind in letzter Zeit in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten. Die Daten aus den vorliegenden Verkehrserhebungen scheinen darüber hinaus Kontinuität und eine fast verblüffende Stabilität in der Mobilität nahezulegen. Doch schon vertiefende Analysen der Durchschnittswerte nach räumlichen und einkommensstrukturellen Kriterien zei-

Abb. 4: Veränderung von Altersgruppen und Verkehrsaufkommen 2008 gegenüber 2002, in %



Datenbasis: MiD 2008.

gen, wie bunt und breit gefächert das Bild tatsächlich ist. Globale Durchschnittszahlen verdecken diese Differenzen oft. Was fehlt ist eine Ergänzung der bestehenden Verkehrserhebungen durch eine qualitative Komponente. Hilfreich könnten dabei Daten sein, mit denen auch Veränderungen im Verkehrsverhalten in Abhängigkeit von Siedlungsentscheidungen, Haushaltszusammensetzung und Lebensphase sowie der Kostenentwicklungen identifiziert werden können.

Möglichweise verstärken sich die bestehenden Unterschiede noch, etwa zwischen Kernstädten und ländlichen Regionen, zwischen Geringverdienern und Haushalten mit einem hohen verfügbaren Einkommen, innerhalb der Abfolge der Lebensphasen. Bei den Jungen mehren sich die Hinweise, dass die Informations- und Kommunikationstechnik die Bewegung im Raum grundlegend ändert und das Auto zugleich seinen Status als bevorzugtes Prestigeobjekt einbüßt. Eine Reihe von Unsicherheiten und Gefährdungen der Grundlagen der modernen Mobilität zeichnen sich ab. Dazu gehören vor allem mögliche drastische Kostensteigerungen im Verkehr. Die Ära des »billigen Öls« scheint vorbei zu sein. Die Kos-

ten der Raumüberwindung könnten deutlich zunehmen und damit die soziale Schere der Hochmobilen einerseits und der eingeschränkt Mobilien andererseits noch weiter auseinander gehen lassen.

Ökonomische und demografische Prozesse tragen zu einer stärkeren Auseinanderentwicklung der unterschiedlichen Räume in Deutschland bei. Die wirtschaftsstärksten Agglomerationen sind zu Metropolregionen avanciert und erhalten verstärkte Aufmerksamkeit. Abwanderung, Alterung und periphere Lage sind dagegen Merkmale problematischer Wirtschafts- und Lebensräume. In einigen strukturschwachen Regionen geraten bereits heute technische und kulturelle Infrastrukturen an die Tragfähigkeitsgrenzen, und grundlegende Dienstleistungen sind kaum noch aufrechtzuerhalten. Wachsende regionale Ungleichheiten beinhalten die Gefahr, Räume zu schaffen, in denen die Menschen schlechtere Lebenschancen vorfinden und von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden.

Auf EU-Ebene und auf Bundesebene wurde bislang mit enormen Ausgleichszahlungen und Förderungen schrittweise eine wirtschaftliche und soziale Annäherung von Staaten und Regionen erreicht. Die auf »Gleichwertigkeit« ausgelegten Mechanismen der Regulierung auf der Nationalstaatenebene und auf europäischer Ebene können Disparitäten jedoch nur in bedingtem Maße und zunehmend schlechter ausgleichen. Unter dem Motto »Stärken stärken« sollen Fördermittel vorrangig in Metropolregionen gelenkt werden. Diese Regionen sollen mit ihrer Kraft auch die weniger starken mitziehen und zu weiterer Entwicklung befähigen. In der raumordnerischen Diskussion steht infolgedessen das verfassungsmäßig verankerte Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen in den Regionen in Frage, und Mindeststandards einer ausreichenden Daseinsvorsorge werden in den Mittelpunkt gerückt.

Regionen versuchen sich unter den veränderten Rahmenbedingungen neu auf-

zustellen, endogene Potentiale zu ermitteln, diese gezielt zu fördern und eine zukunftsfähige Entwicklung anzustoßen. Die Akteure aus der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik orientieren sich an einer Stärkung regionaler Cluster, der Kopplung von Forschung, Existenzgründung und Verwertungsketten oder Regionalmarketing. Vorhandenes Humanvermögen, Infrastruktur und politische Akteure beeinflussen maßgeblich die regionalen Entwicklungen. Für die Sicherung von Lebensstandard und Lebensqualität spielen Regionen damit eine zunehmende Rolle.

Um die Lebensverhältnisse in den Regionen zu ermitteln, werden im Folgenden Bevölkerungs- und Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftskraft, Haushaltseinkommen sowie die Wohnverhältnisse untersucht. Schließlich wird zu zeigen sein, wie die Bevölkerung in verschiedenen regionalen Räumen ihre Lebensbedingungen wahrnehmen und bewerten. Ein Ziel der empirisch orientierten Bestandsaufnahme regionaler Disparitäten besteht darin zu überprüfen, inwieweit sich die Lebensbedingungen in den Regionen West- und Ostdeutschlands voneinander unterscheiden.

11.3.1 Siedlungsstruktur und Bevölkerungsdichte

Regionen werden unterschiedlich definiert. Sie beziehen sich in verwaltungspolitischer Hinsicht auf eine mittlere Ebene zwischen der Gemeinde und dem Bundesland, das heißt auf Länder, Bezirke und Kreise. Zugleich wird mit Region ein Verflechtungsraum bezeichnet, der wirtschaftlich, geografisch und kulturell bestimmt ist. Bislang liegen jedoch nur für verwaltungsmäßig abgegrenzte Raumeinheiten ausreichend statistische Informa-

tionen zu Lebensbedingungen und Lebensstandard vor.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) unterteilt darüber hinaus in Zentral-, Zwischen- und Peripherieräume. Daneben wird zwischen den drei siedlungsstrukturellen Typen Agglomeration, verstädterter und ländlicher Raum unterschieden, die in einem zweiten Schritt tiefer gegliedert werden: Agglomerationen in Kernstädte, hoch verdichtete Kreise, verdichtete Kreise und ländliche Kreise, die durchaus in großer Nähe zu Agglomerationen existieren (z. B. rund um Berlin oder auch Braunschweig). Die verstädterten Räume werden unterteilt in Kernstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern, verdichtete Kreise und ländliche Kreise. Im ländlichen Raum gibt es Kreise höherer (zwischen 100 und 150 Einwohner pro Quadratkilometer) und geringerer Dichte (unter 100 Einwohner pro Quadratkilometer).

Die Daten in Tabelle 1 dokumentieren eine der vielfältigen regionalen Gliederungsmöglichkeiten. Bereits hier wird ersichtlich, dass in den unterscheidbaren Räumen differenzierte Lebensbedingungen vorzufinden sind. Überwiegend städtische Gemeinden machen ein Fünftel der Gesamtfläche Deutschlands aus: Hier leben zwei Drittel der Bevölkerung und befinden sich drei Viertel aller Arbeitsplätze. Im Gegensatz dazu nimmt der ländliche Raum zwar 60 % der Fläche ein: dort leben allerdings nur 18 % der Bevölkerung, die lediglich 10 % aller Arbeitsplätze vorfinden. Knapp die Hälfte der Bürger lebt in sehr zentralen Orten, jeder Vierte in peripheren oder sogar sehr peripheren Orten. → Tab. 1

Der ostdeutsche Norden und Teile Niedersachsens weisen eine Bevölkerungsdichte von weniger als 50 Einwohner pro

Tab. 1: Siedlungsstrukturelle Typisierungen der Gemeindeverbände

| Siedlungsstrukturelle Prägung | Fläche | in % | |
|---|--------|-------------|--------------|
| | | Bevölkerung | Beschäftigte |
| Insgesamt | | | |
| Sehr peripher | 18,9 | 4,4 | 3,1 |
| Peripher | 43,2 | 21,2 | 18,3 |
| Zentral | 26,3 | 28,3 | 26,7 |
| Sehr zentral | 11,6 | 46,1 | 51,8 |
| Darunter | | | |
| Ländlich, insgesamt | 60,6 | 18,1 | 10,6 |
| Sehr peripher | 17,5 | 3,2 | 1,9 |
| Peripher | 31,9 | 9,9 | 6,0 |
| Zentral | 10,6 | 4,5 | 2,5 |
| Sehr zentral | 0,7 | 0,4 | 0,2 |
| Teilweise städtisch, insgesamt | 19,1 | 15,1 | 13,6 |
| Sehr peripher | 1,2 | 0,8 | 0,9 |
| Peripher | 8,3 | 6,1 | 6,2 |
| Zentral | 7,9 | 6,5 | 5,2 |
| Sehr zentral | 1,7 | 1,7 | 1,3 |
| Überwiegend städtisch, insgesamt | 20,3 | 66,8 | 75,8 |
| Sehr peripher | 0,2 | 0,3 | 0,3 |
| Peripher | 2,9 | 5,2 | 6,2 |
| Zentral | 7,9 | 17,3 | 19,1 |
| Sehr zentral | 9,3 | 44 | 50,3 |

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBSR. Raumtypen nach dem Raumordnungsbericht 2010. Anteil der Gemeinden 13. Dezember 2007.

Quadratkilometer auf (Kreise Müritz (38E/km²), Mecklenburg-Strelitz (38E/km²), Lüchow-Dannenberg (41E/km²), Ludwigslust (50E/km²), Altmarkkreis (40E/km²), Demmin (43E/km²), Güstrow (49E/km²), Nordvorpommern (50E/km²), Prignitz (40E/km²), Ostprignitz-Ruppin (42E/km²), Parchim (44E/km²), Uckermark (43E/km²) und Uecker-Randow (46E/km²). Am dichtesten besiedelt sind die Städte Berlin (3 849E/km²), München (4 275E/km²) und Herne (3 247E/km²) mit mehr als 3 000 Einwohnern pro Quadratkilometer.

Eine dünne Besiedlung ist neben einem durch Land- und Forstwirtschaft geprägten Siedlungs- und Landschaftsraum der entscheidende Indikator für ländliche Regionen. Der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist dabei mit einem Anteil von 1,2 % inzwischen sehr gering. Nur noch in einem Landkreis (Rhein-Pfalz-Kreis mit 10,8 %) geht der Anteil

über die 10-Prozentmarke hinaus. Ostdeutsche Länder haben mit Ausnahme von Sachsen einen vergleichsweise hohen Anteil an ländlichen Regionen. In westdeutschen Bundesländern weisen Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen beachtlichen Anteil ländlicher Gebiete auf.

Abbildung 1 stellt dar, wie sich die Bundesrepublik Deutschland in städtisch-ländliche Gebiete sowie in zentrale und peripher gelegene Räume untergliedert. Auf diese Weise werden unabhängig von administrativen Grenzen genauere Beschreibungen ländlicher Räume möglich und Probleme insbesondere peripherer Gebiete bis auf Gemeindeebene deutlicher erkennbar.

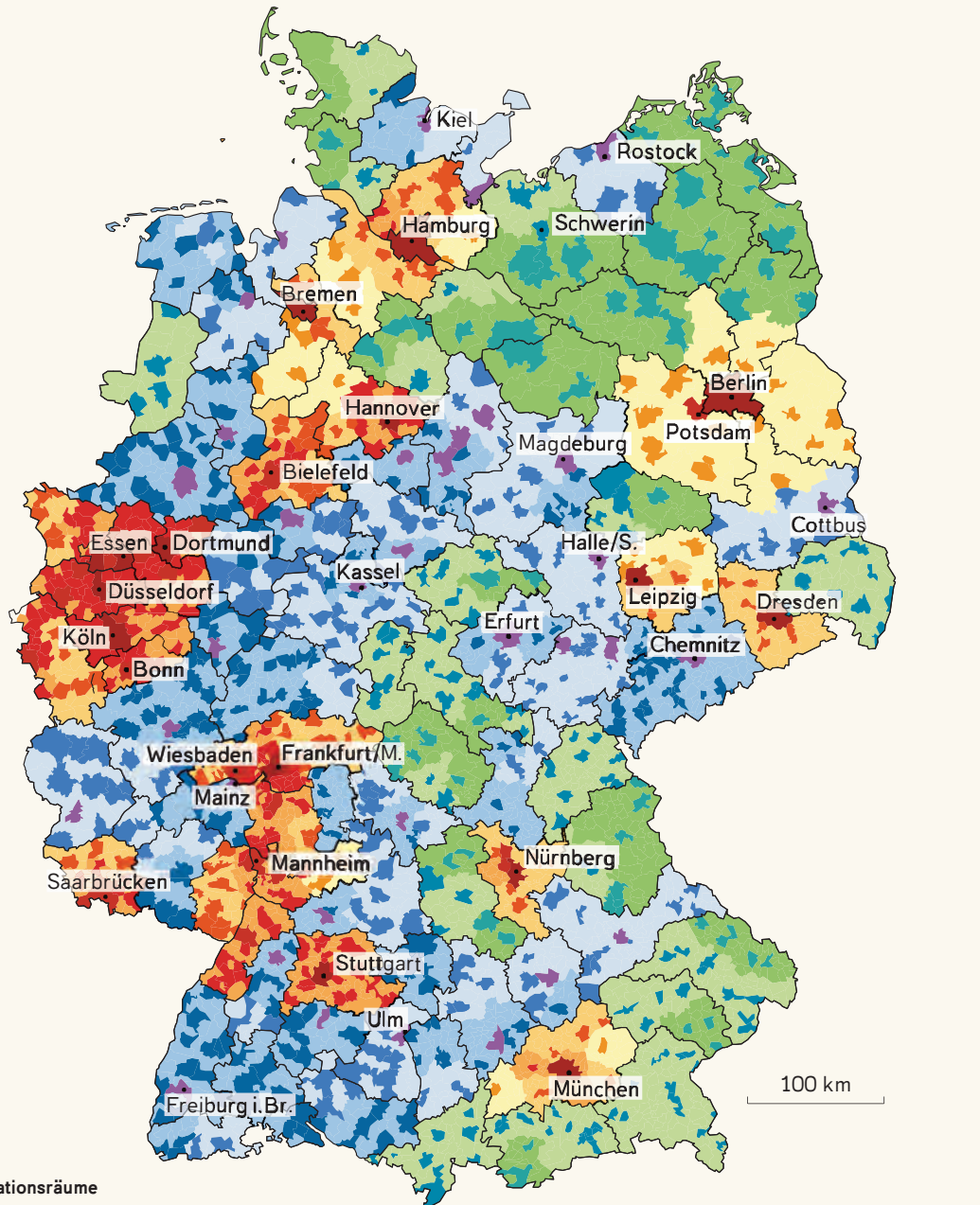
Im innerdeutschen Maßstab zeigt sich, dass überdurchschnittliche Distanzen zum nächsten Oberzentrum oder zur nächsten

Autobahn wirtschaftliche Ansiedlungen, Absatzmärkte und Zugangschancen der Bevölkerung zu Infrastrukturen behindern. Die periphere Lage eines Kreises wird an der durchschnittlichen Pkw-Fahrzeit vom Kreis zum nächsten Oberzentrum gemessen. In ländlichen Räumen hat der Pkw eine höhere Bedeutung, um die Einrichtungen von Oberzentren (z. B. Theater, Museen, Fachkliniken, Hochschulen oder Regionalbehörden) zu erreichen als in dichter besiedelten Regionen, in denen der öffentliche Nahverkehr ausgebaut ist und zudem kurze Taktzeiten aufweist.

In Abbildung 2 sind in jedem Bundesland die Kreise mit den längsten Fahrzeiten zum nächsten Oberzentrum aufgeführt. Dünne Besiedlung und landschaftliche Besonderheiten (Mittelgebirge, Alpen) erhöhen die Fahrzeiten. In ostdeutschen ländlichen Kreisen ist die Distanz zu einem Oberzentrum im Mittel höher als in ländlichen Kreisen Westdeutschlands. Die Länder sind in der durchschnittlichen Fahrzeit von einem Kreis zum nächsten Oberzentrum angeordnet. Hier fällt nach wie vor auf, dass insbesondere Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und deutlich abgeschlagen Brandenburg im Mittel durch lange Fahrzeiten geprägt sind. In den Kreisen Nordhausen, Stendal, Elbe-Elster und Prignitz beträgt die durchschnittliche Fahrtzeit zum nächsten Oberzentrum etwa ein Viertel Stunden. ➔ **Abb. 1, 2**

Die Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2007, ist lediglich in der Hälfte der 26 schwer erreichbaren Kreise niedriger als im jeweiligen Landesdurchschnitt. Somit besteht kein durchgehender Zusammenhang zwischen peripheren Lagen und eigener Wirtschaftskraft. In den vier Bundesländern mit guter Erreichbarkeit liegt auch das BIP der vergleichsweise entfernten Kreise nicht unter dem Durchschnitt (nicht tabellarisch ausgewiesen). In einem der entlegenen Kreise liegt das regionale BIP sogar über dem bundesdeutschen Durchschnitt

Abb. 1: Siedlungsstrukturelle Gemeindetypen 2008



Agglomerationsräume

- | | | | |
|---|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Kernstädte ■ Größere Kernstädte ■ Kernstädte | <ul style="list-style-type: none"> ■ Hochverdichtete Kreise ■ Ober-/Mittelzentren ■ Sonst. Gemeinden | <ul style="list-style-type: none"> ■ Verdichtete Kreise ■ Ober-/Mittelzentren ■ Sonst. Gemeinden | <ul style="list-style-type: none"> ■ Ländliche Kreise ■ Ober-/Mittelzentren ■ Sonst. Gemeinden |
|---|--|---|---|

Verstädterte Räume

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Kernstädte ■ Verdichtete Kreise ■ Ober-/Mittelzentren ■ Sonst. Gemeinden | <ul style="list-style-type: none"> ■ Ländliche Kreise ■ Ober-/Mittelzentren ■ Sonst. Gemeinden |
|--|---|

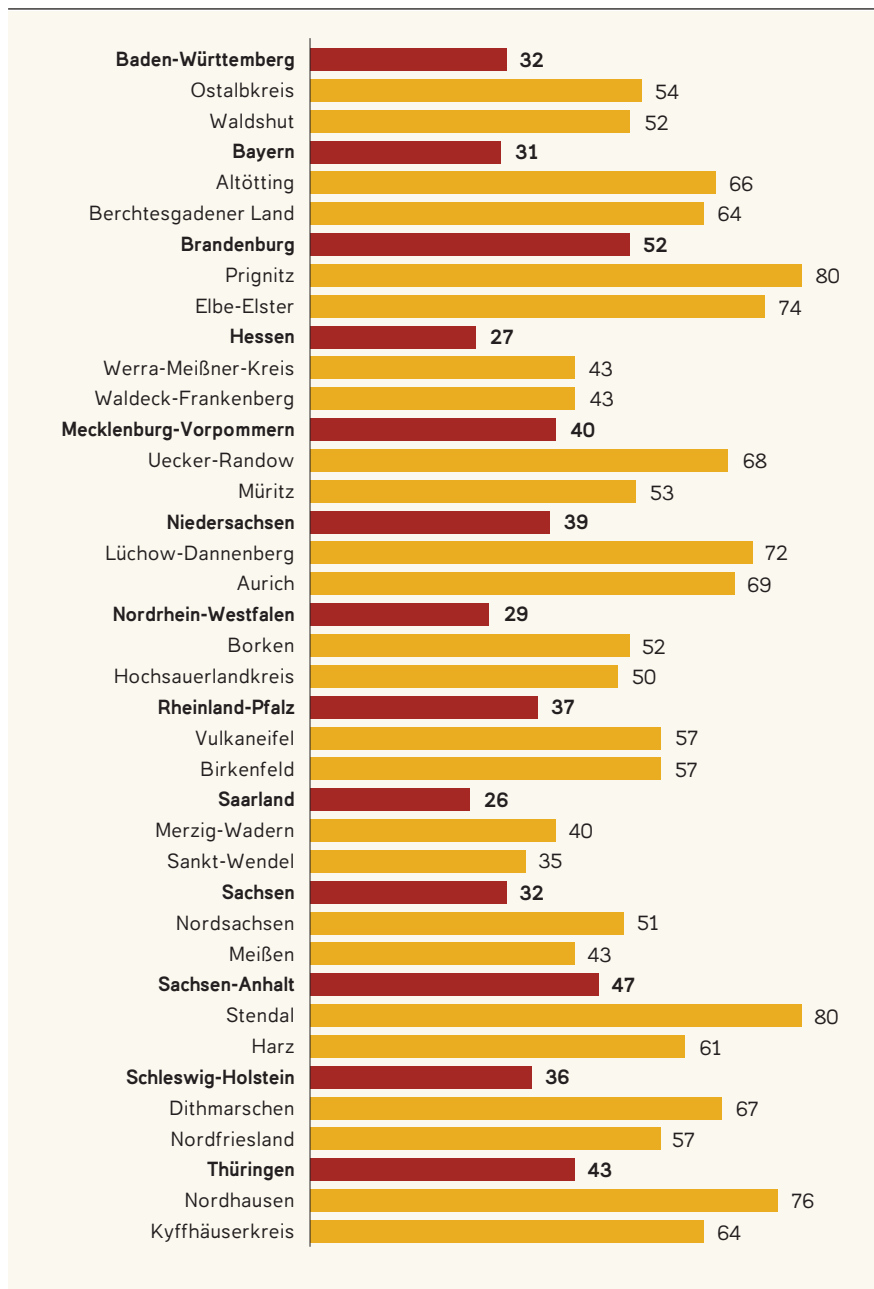
Ländliche Räume

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> ■ Ländliche Kreise höherer Dichte ■ Ober-/Mittelzentren ■ Sonst. Gemeinden | <ul style="list-style-type: none"> ■ Ländliche Kreise geringerer Dichte ■ Ober-/Mittelzentren ■ Sonst. Gemeinden |
|---|--|

Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Geometrische Grundlage: BKG, Gemeinden, 31. Dezember 2006, eigene Fortführung 31. Dezember 2008.

© BBR Bonn 2009

Abb. 2: Durchschnittliche Pkw-Fahrtzeit zum nächsten Oberzentrum 2010, in Min.



(Altötting als Wallfahrtsort mit 42 000 Euro pro Einwohner).

Ein bedeutendes Problem stellt der Ärztemangel dar, da in ländlichen Kreisen geringerer Dichte im Jahr 2008 pro Arzt etwa 711 Einwohner gegenüber etwa 517 Personen in Agglomerationsräumen versorgt werden mussten. Zudem liegt

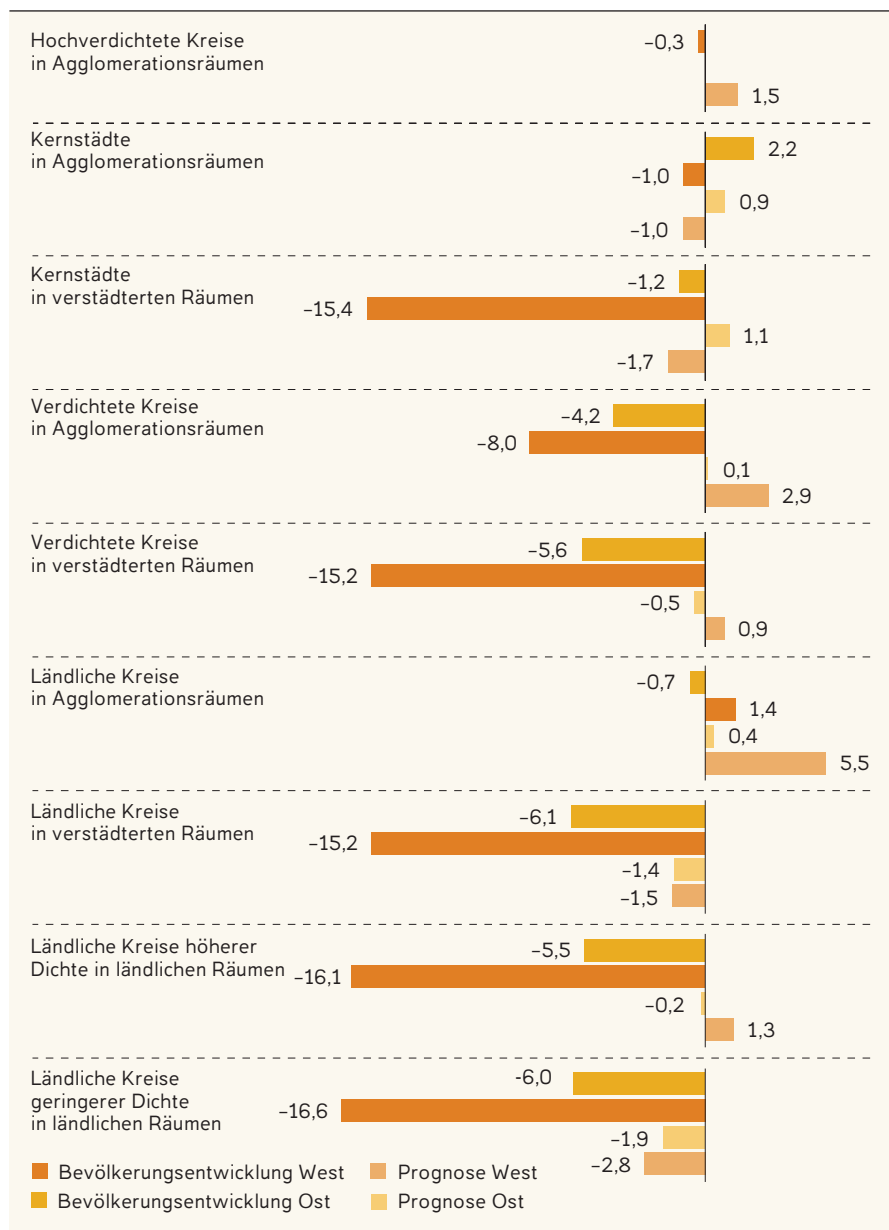
die Einwohnerdichte mit 152 Personen pro Quadratkilometer in Ostdeutschland (2008) deutlich niedriger als die entsprechende Ziffer (264) in Westdeutschland, und die Anzahl der Allgemeinärzte sank von 2003 bis 2008 stärker als in anderen Regionen im Osten Deutschlands um insgesamt um –11,3 % gegenüber –3,3 % in Westdeutschland.

11.3.2 Bevölkerungsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den verschiedenen regionalen Typen im letzten Jahrzehnt unterschiedlich. In Ostdeutschland (ohne Berlin) ist durch die geringe Geburtenrate und die fortwährende Ost-West-Wanderung seit 1990 ein erheblicher Bevölkerungsverlust zu konstatieren, dessen Ausmaß sich zuletzt mit einem weiteren Rückgang von –2,7 % zwischen 2003 bis 2008 fortgesetzt, aber etwas verlangsamt hat. Dies betrifft alle Kreistypen, mit Ausnahme der Kernstädte in Agglomerationsräumen (+1,2 %) und in verstäderten Räumen (+0,4 %), die von der Suburbanisierung profitierten. Allerdings hat auch diese Suburbanisierungswelle nachgelassen, so dass auch rund um Berlin, Leipzig und Dresden kein größeres Bevölkerungswachstum mehr erwartet wird. In Abbildung 3 ist die Bevölkerungsentwicklung von 2003 bis 2008 und als Prognose von 2008 bis 2025 dargestellt. → [Abb. 3](#)

Die bisherige Schrumpfung bis etwa 2005 betraf vor allem die Kernstädte in verstäderten Räumen; hier haben sich die bisherigen dramatischen Verluste nicht mehr im gleichen Tempo fortsetzen können oder die Situation hat sich auf niedrigem Niveau stabilisiert. So lag der Bevölkerungsverlust zwischen den Jahren 2003 bis 2008 in Cottbus bei –15 %, in den letzten fünf Jahren bis 2008 hat der weitere Verlust »nur« noch –5,4 % betragen. Ähnliche Entwicklungen treffen auf Halle mit zuvor –17 % (zuletzt –3 %), Gera –16 % (zuletzt –5,4 %) zu. Magdeburg konnte nach einem Rückgang von –13 % zuletzt sogar leicht hinzugewinnen (+1,1 %). Erhebliche Schrumpfungprozesse sind allerdings in den letzten Jahren verstärkt außerhalb der Kernstädte in verstäderten Räumen zu beobachten. Größere Bevölkerungsverluste zwischen 2003 und 2008 haben beispielweise zu verzeichnen: Calbe (Saale), Eisenhüttenstadt, Elbingerode (Harz), Guben, Hoyerswerda, Johanngeorgenstadt.

Abb. 3: Bevölkerungsentwicklung 2003–2008 und Prognose 2008–2025, in %



Datenbasis: INKAR 2010.

Bevölkerungsverluste verzeichneten auch die ohnehin sehr dünn besiedelten ländlichen Räume im Norden sowie im Westen Thüringens und entlang der Elbe in Sachsen-Anhalt. Die verdichteten Kreise in verdichteten Räumen weisen nach zunächst herben Verlusten in den letzten Jahren einen geringen Bevölkerungswert auf. Höhere Werte galten insbesondere für die Kreise Altenburger Land, Vogtland, Greiz, Weimarer Land, Gotha,

Weißenfels, Eisleben, Quedlinburg, Kamenz, Bautzen oder Löbau-Zittau. Insgesamt haben von 2000 bis 2005 83 % der Gemeinden in Ostdeutschland Bevölkerungswertverluste aufzuweisen, so dass sich die vorangegangene Schrumpfung der 1990er Jahre fortgesetzt hat und eine regionale Polarisierung der demografischen Entwicklung zu konstatieren ist. Nach den Prognosen wird sich die Schrumpfung in vielen ostdeutschen Re-

gionen in den nächsten 20 Jahren zudem deutlich beschleunigen.

In Westdeutschland ist überwiegend eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Hier sind die ländlichen Kreise in Agglomerationsnähe, Kernstädte in Agglomerationsnähe und verdichteten Räumen sowie die (hoch-)verdichteten Kreise gewachsen. Die These einer generellen Reurbanisierung in Deutschland, des Zuzugs in die Stadtkerne, wird durch die Daten allerdings nicht bestätigt. Kernstädte in Agglomerationsräumen hatten von 1990 bis 2005 keinen Bevölkerungsgewinn zu verzeichnen, bis 2025 wird nunmehr sogar ein Verlust von 1,5 % prognostiziert. Lediglich einzelne wirtschaftsstarke und/oder attraktive Städte konnten bislang von überregionalen Wanderungsbewegungen profitieren.

Die demografischen Prozesse, die sich bis 2025 zuverlässig berechnen lassen, bewirken in Westdeutschland keine großen Verschiebungen mehr, in Ostdeutschland jedoch eine dynamische Fortsetzung der Trends und damit eine weitere Auseinanderentwicklung von West- und Ostdeutschland. Die Prognosen für 2008 bis 2025 für die verschiedenen Arten ländlicher Räume in Ostdeutschland gehen von einem Bevölkerungswertverlust von mindestens -15,2 % aus, mit Ausnahme der agglomerationsnahen ländlichen Kreise +1,4 %. Für die ostdeutschen Kernstädte verdichteter Regionen ist ebenfalls mit einem weiteren deutlichen Rückgang der Einwohnerzahl zu rechnen -15,4 %. Setzt sich dieser Trend fort, verlieren sie weiterhin pro Jahr ein Prozent, das heißt von 2008 bis 2025 mehr als ein Viertel ihrer Bevölkerung. Anpassungsleistungen an technischer Infrastruktur, öffentlichen Diensten, sozialer und kultureller Infrastruktur sind erforderlich und müssen auch bei sinkenden Einnahmen bewältigt werden. Auch auf dem Immobilienmarkt sind Auswirkungen, z. B. in Form von erheblichen Leerständen, zu erwarten. Die Attraktivität schrumpfender Städte und Regionen wird weiter leiden, sodass es

schwierig sein wird, junge Menschen langfristig zu binden. Auch lassen sich Migranten eher in wirtschaftsstarken städtischen Regionen nieder, sodass keine Entlastung ostdeutscher schrumpfender Räume durch Zuwanderer und deren höhere Geburtenraten zu erwarten ist.

Vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wird vorhergesagt, dass die Altersgruppe der Personen unter 20 Jahren wegen des Geburtenrückgangs Anfang der 1990er Jahre und der Wanderungsverluste in Ostdeutsch-

land von 2008 bis 2025 um weitere –16,5 % zurückgehen wird. Während diese Altersgruppe in hochverdichteten Kreisen in Agglomerationen um weniger als 10 % abnehmen wird, beträgt die Abnahme in Kernstädten verstädterter Räume –12,6 % und in ländlichen Kreisen knapp –26 %. In vielen Regionen Ostdeutschlands wird der Anteil älterer Menschen entsprechend sehr hoch sein. Die Prognosen gehen insgesamt von einem weiteren Bevölkerungszuwachs vor allem in Agglomerationsnähe aus. Die Anzahl schrumpfender Gemeinden und

Kreise, in denen jedoch ein geringerer Bevölkerungsanteil lebt, wird dabei in beiden Landesteilen zunehmen.

11.3.3 Wirtschaftskraft und Beschäftigung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Beschäftigungsquote und Arbeitslosigkeit geben Auskunft über die Wirtschaftskraft einer Region. Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands und der ökonomische Rückstand drücken sich nach wie vor

Tab. 2: BIP pro Erwerbstätigem nach Bundesländern und ihren stärksten bzw. schwächsten Kreisen (1 000 Euro je Erwerbstätigen)

| | BIP in 1 000 Euro je Erwerbstätigem | | BIP in 1 000 Euro je Erwerbstätigem |
|---|--|---|--|
| Hessen | 69,7 | Saarland | 59,6 |
| Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis | 20,1 | Neunkirchen, Landkreis | 20,5 |
| Vogelsbergkreis, Landkreis | 21,3 | Merzig-Wadern, Landkreis | 20,7 |
| Darmstadt, kreisfreie Stadt | 52,7 | Saarpfalz-Kreis, Landkreis | 31,3 |
| Frankfurt am Main, kreisfreie Stadt | 77,4 | Stadtverband Saarbrücken, Landkreis | 36,5 |
| Bayern | 66,2 | Hamburg | 79,0 |
| Schweinfurt, Landkreis | 16,4 | Bremen | 68,8 |
| Bayreuth, Landkreis | 18,2 | Berlin | 52,8 |
| Schweinfurt, kreisfreie Stadt | 75,3 | Sachsen-Anhalt | 51,0 |
| München, Landkreis | 83,5 | Mansfeld-Südharz, Landkreis | 16,0 |
| Baden-Württemberg | 64,7 | Wittenberg, Landkreis | 18,6 |
| Breisgau-Hochschwarzwald, Landkreis | 21,8 | Saalekreis, Landkreis | 26,0 |
| Calw, Landkreis | 22,1 | Magdeburg, kreisfreie Stadt | 27,3 |
| Ulm, kreisfreie Stadt | 58,2 | Brandenburg | 51,4 |
| Stuttgart, kreisfreie Stadt | 59,9 | Havelland, Landkreis | 15,6 |
| Nordrhein-Westfalen | 61,1 | Märkisch-Oderland, Landkreis | 15,9 |
| Bottrop, kreisfreie Stadt | 16,5 | Cottbus, kreisfreie Stadt | 28,9 |
| Heinsberg, Landkreis | 17,7 | Potsdam, kreisfreie Stadt | 30,6 |
| Münster, kreisfreie Stadt | 44,9 | Sachsen | 47,7 |
| Düsseldorf, kreisfreie Stadt | 68,1 | Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Landkreis | 16,4 |
| Schleswig-Holstein | 57,4 | Erzgebirgskreis, Landkreis | 16,8 |
| Plön, Landkreis | 15,9 | Chemnitz, kreisfreie Stadt | 28,0 |
| Schleswig-Flensburg, Landkreis | 18,3 | Dresden, kreisfreie Stadt | 30,2 |
| Kiel, kreisfreie Stadt | 36,8 | Mecklenburg-Vorpommern | 47,8 |
| Hamburg, kreisfreie Stadt | 48,6 | Mecklenburg-Strelitz, Landkreis | 13,8 |
| Rheinland-Pfalz | 57,1 | Ostvorpommern, Landkreis | 15,1 |
| Südwestpfalz, Landkreis | 13,1 | Schwerin, kreisfreie Stadt | 30,8 |
| Rhein-Pfalz-Kreis, Landkreis | 13,2 | Neubrandenburg, kreisfreie Stadt | 33,7 |
| Koblenz, kreisfreie Stadt | 54,1 | Thüringen | 47,5 |
| Ludwigshafen am Rhein, kreisfreie Stadt | 60,5 | Greiz, Landkreis | 16,5 |
| Niedersachsen | 57,4 | Kyffhäuserkreis, Landkreis | 16,7 |
| Gifhorn, Landkreis | 15,6 | Erfurt, kreisfreie Stadt | 30,5 |
| Wolfenbüttel, Landkreis | 15,7 | Jena, kreisfreie Stadt | 32,8 |
| Emden, kreisfreie Stadt | 44,1 | Deutschland | 60,9 |
| Wolfsburg, kreisfreie Stadt | 77,4 | | |

Datenbasis: INKAR 2010.

auch in einem niedrigeren Bruttoinlandsprodukt aus (BIP: 47 500 Euro pro Erwachsenen in Thüringen bis zu 51 000 Euro pro Erwachsenen in Sachsen-Anhalt und 52 800 Euro pro Erwachsenen in Berlin bis zu 79 000 Euro pro Erwachsenen in Hamburg).

Hessen, Bayern und Baden-Württemberg sind die Flächenländer mit dem höchsten Wohlstand, gemessen am BIP, in kleinräumiger Betrachtung weisen die westdeutschen Kreise München (Landkreis: 83 500 Euro pro Erwerbstätigem), Ludwigshafen am Rhein (60 500 Euro pro Erwachsenen) und Frankfurt am Main (77 400 Euro pro Erwerbstätigem) das höchste BIP auf. Die wirtschaftsschwächsten Landkreise sind die beiden westlichen Kreise Südwestpfalz (13 100 Euro pro Erwerbstätigen), Rhein-Pfalz-Kreis (13 200 Euro) sowie Mecklenburg-Strelitz (13 800 Euro) in Ostdeutschland. In Tabelle 2 wird das BIP für die Länder und einzelne Kreise dargestellt. → Tab. 2

In den Ländern mit hohem Bruttoinlandsprodukt ist die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als in den Ländern mit niedrigem, das heißt in Ostdeutschland ist die

Arbeitslosigkeit deutlich höher als im Westen und im Norden etwas höher als im Süden. Während in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz die Arbeitslosenquoten 2008 bei maximal 6,3 % lagen, betragen sie in den ostdeutschen Ländern maximal 15,5 % in Mecklenburg-Vorpommern.

Im Hinblick auf die Beschäftigtenquoten zeigt sich, dass in Westdeutschland Kernstädte mit deutlichem Abstand hinter den anderen Kreistypen liegen. Die niedrigsten Werte (2008) mit unter 50 % weisen Kernstädte in Agglomerationsräumen und verdichteten Räumen auf. In Ostdeutschland ist die Beschäftigtenquote ebenfalls in Kernstädten, in verdichteten Räumen (49,4 %) und Agglomerationsräumen (43,5 %) am niedrigsten.

Die Beschäftigungsquote von Frauen unterscheidet sich in Westdeutschland nicht stark nach Kreistypen und liegt zwischen 42 und 47 %. In Ostdeutschland ist die Frauenerwerbstätigkeit noch weiter verbreitet als im Westen und weist daher generell ein höheres Niveau auf, zwischen 53 % in Kernstädten und 43 % in verdichteten Kreisen verdichteter Räu-

me. Insgesamt bieten vor allem ländliche Räume in Ostdeutschland vergleichsweise geringere Arbeitsmarktchancen.

→ Tab. 3

In allen ostdeutschen Ländern ist von 2003 bis 2008 die Anzahl der Beschäftigten nur noch geringfügig gefallen (Thüringen -0,6 %, Mecklenburg-Vorpommern -1,1 %, Sachsen-Anhalt -2,5 %) bzw. geringfügig angestiegen (Sachsen 0,3 %, Brandenburg 0,6 %). Hamburg hat den höchsten Zuwachs zu verzeichnen +6,3 %. Bayern ist das einzige westdeutsche Flächenland, welches in diesem Zeitraum einen Zuwachs zu verzeichnen hat (+4,3 %). Die westdeutschen Länder weisen jeweils ein breites Spektrum an Kreisen mit Beschäftigtenzu- und -abnahme auf, es zeigt sich ein kleinräumiges Muster – so z. B. in Niedersachsen Emsland +11,4 % und Helmstedt -7,5 % oder in Rheinland Pfalz mit Germersheim +13,2 % und Südwestpfalz -9,2 %.

In Ostdeutschland und in Westdeutschland gibt es Kreise mit Beschäftigungszuwachs und -abbau. Die geringsten Verluste bezogen auf Westdeutschland gibt es in Stuttgart mit -1,1 % und in Ost-

Tab. 3: Beschäftigtenindikatoren im interregionalen Vergleich

| | Beschäftigtenquote | | Anteil weiblicher Beschäftigter | | Anteil hochqualifizierter Beschäftigter | |
|--|--------------------|-------------|---------------------------------|-------------|---|-------------|
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| | in % | | | | | |
| Agglomerationsräume | | | | | | |
| Kernstädte | 48,0 | 43,5 | 45,0 | 51,5 | 14,4 | 15,4 |
| Hochverdichtete Kreise | 51,6 | | 42,4 | | 9,8 | |
| Verdichtete Kreise | 51,7 | 55,2 | 45,0 | 47,3 | 7,1 | 10,6 |
| Verstädterte Räume | | | | | | |
| Kernstädte | 46,9 | 49,4 | 46,0 | 52,6 | 11,7 | 14,4 |
| Verdichtete Kreise | 51,7 | 54,3 | 47,6 | 43,4 | 7,0 | 9,1 |
| Ländliche Kreise | | | | | | |
| In Agglomerationsräumen | 52,0 | 53,0 | 46,0 | 47,3 | 5,4 | 8,5 |
| In verdichteten Räumen | 52,1 | 53,7 | 43,3 | 46,1 | 5,3 | 7,5 |
| Höherer Dichte in ländlichen Räumen | 50,9 | 54,0 | 44,2 | 48,3 | 6,0 | 9,3 |
| Geringerer Dichte in ländlichen Räumen | 51,3 | 51,8 | 45,8 | 50,1 | 4,2 | 7,5 |
| Insgesamt | 50,6 | 50,3 | 44,1 | 49,5 | 9,8 | 11,3 |

Datenbasis: INKAR 2010.

deutschland im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit –3,5 %. Der Beschäftigungsabbau (2003 bis 2008) ist in Ostdeutschland – in den Kreisen mit den niedrigsten Werten – dennoch dramatischer: Altmarkkreis Salzwedel (–10,9 %), Mecklenburg-Strelitz (–11,1 %) und Spree-Neiße (–12,4%).

11.3.4 Lebensstandard

Für die Betrachtung des Lebensstandards werden die Indikatoren Haushaltseinkommen und Arbeitnehmerentgelte herangezogen. Bezogen auf die Flächenstaaten

liegen diese in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern über denjenigen in den norddeutschen Ländern. Die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter sowie Sozialbeiträge der Arbeitgeber) differieren 2007 um etwa 500 Euro zwischen Schleswig-Holstein und Hessen. In Ostdeutschland sind kaum länderspezifische Unterschiede festzustellen; die Entgelte liegen dabei zwischen 2 300 Euro in Brandenburg (durch die Nähe zu Berlin bedingt) und 2 180 Euro in Mecklenburg-Vorpommern. Nach wie vor besteht ein ausgeprägtes Einkommensgefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Die Haushaltseinkommen in Deutschland differie-

ren 2007 in den alten Ländern am stärksten zwischen den »Speckgürteln« in Agglomerationen und dünn besiedelten ländlichen Kreisen 1 690 Euro und 1 450 Euro; neue Länder: 1 230 Euro bzw. 1 220 Euro. Angesichts geringerer Lebenshaltungskosten auf dem Land bedeuten die nominalen Unterschiede jedoch keine gleich starke Reduktion der Kaufkraft. Die Arbeitnehmerentgelte unterscheiden sich entsprechend. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland tritt dabei in den jeweiligen Kreistypen jedoch deutlich stärker hervor als beim Haushaltseinkommen, das auch Transferzahlungen berücksichtigt. → Tab. 4

Tab. 4: Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2003–2008, nach Ländern und Kreisen mit niedrigsten und höchsten Werten

| Bundesland | Durchschnitt | Kreise mit niedrigsten Werten | in % | Kreise mit höchsten Werten | in % ² |
|------------------------|--------------|--|-------|---------------------------------|-------------------|
| Bayern | 4,3 | Coburg (Landkreis) | -4,9 | Aschaffenburg | 17,5 |
| | | Bad Kissingen (Landkreis) | -4,6 | Erlangen-Höchstadt (Landkreis) | 14,0 |
| Baden-Württemberg | 2,8 | Böblingen (Landkreis) | -3,1 | Ulm | 10,3 |
| | | Stuttgart | -1,1 | Tuttlingen (Landkreis) | 10,1 |
| Saarland | 0,5 | Neunkirchen (Landkreis) | -4,0 | Saarpfalz-Kreis (Landkreis) | 7,7 |
| | | Stadtverband Saarbrücken (Landkreis) | -2,5 | St.Wendel (Landkreis) | 2,9 |
| Rheinland-Pfalz | 2,4 | Südwestpfalz (Landkreis) | -9,2 | Germersheim (Landkreis) | 13,2 |
| | | Neustadt a.d. Weinstraße | -4,0 | Landau i.d. Pfalz | 11,3 |
| Hessen | 0,7 | Werra-Meißner-Kreis (Landkreis) | -8,6 | Fulda (Landkreis) | 7,3 |
| | | Groß-Gerau (Landkreis) | -4,7 | Hochtaunuskreis (Landkreis) | 4,6 |
| Hamburg | 6,3 | | | | |
| Niedersachsen | 1,7 | Helmstedt (Landkreis) | -7,5 | Emsland (Landkreis) | 11,4 |
| | | Holzminden (Landkreis) | -7,2 | Vechta (Landkreis) | 10,2 |
| Nordrhein-Westfalen | 1,1 | Herne | -8,9 | Olpe (Landkreis) | 7,6 |
| | | Leverkusen | -6,4 | Gütersloh (Landkreis) | 6,1 |
| Schleswig-Holstein | 2,5 | Ostholstein (Landkreis) | -1,8 | Stormarn (Landkreis) | 8,2 |
| | | Steinburg (Landkreis) | -1,2 | Schleswig-Flensburg (Landkreis) | 5,2 |
| Bremen | 1,6 | Bremen | 0,7 | Bremerhaven | 6,6 |
| Berlin | 1,5 | | | | |
| Thüringen | -0,6 | Kyffhäuserkreis (Landkreis) | -8,2 | Ilm-Kreis (Landkreis) | 8,0 |
| Sachsen | 0,3 | Görlitz (Landkreis) | -4,6 | Leipzig | 5,8 |
| | | Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (Landkreis) | -3,5 | Dresden | 4,2 |
| Mecklenburg-Vorpommern | -1,1 | Mecklenburg-Strelitz (Landkreis) | -11,1 | Greifswald | 6,5 |
| | | Nordvorpommern (Landkreis) | -6,8 | Rostock | 2,8 |
| Brandenburg | 0,6 | Spree-Neiße (Landkreis) | -12,4 | Potsdam | 15,8 |
| | | Elbe-Elster (Landkreis) | -7,2 | Dahme-Spreewald (Landkreis) | 9,3 |
| Sachsen-Anhalt | -2,5 | Altmarkkreis Salzwedel (Landkreis) | -10,9 | Anhalt-Bitterfeld (Landkreis) | 12,6 |
| | | Dessau-Roßlau | -8,6 | Saalekreis (Landkreis) | 3,2 |

Datenbasis: INKAR 2010.

Bei der Untersuchung der Haushaltseinkommen in den einzelnen Kreisen fällt auf, dass sich am oberen Ende der Rangfolge seit zehn Jahren dieselben Kreise befinden. Die höchsten Einkommen haben die Haushalte seit 1995 in den Landkreisen Starnberg, München und Hochtaunuskreis. Bis auf einige Ausnahmen (besonders negative Entwicklung in den kreisfreien Städten Weimar und Jena und im Landkreis Köthen) bleiben auch die Strukturen am unteren Ende der Rangfolge erhalten. Der Kyffhäuserkreis (1 140 Euro/Einwohner und die Landkreise Uecker-Randow (1 117 Euro/Einwohner) und Ostvorpommern (1 140 Euro/Einwohner) weisen seit Jahren bundesweit die geringsten Haushaltseinkommen auf. Dabei sind besonders hohe Zuwächse bei den Haushaltseinkommen in den Kreisen zu verzeichnen, die ohnehin die höchsten Haushaltseinkommen aufweisen. Im Landkreis Starnberg (2 400 Euro/Einwohner) betrug das durchschnittliche Haushaltseinkommen 2007 das 1,6-fache des Bundesdurchschnitts (1 530 Euro/Einwohner), während es in der kreis-

freien Stadt Weimar (1 130 Euro/Einwohner) lediglich das 0,7-fache betrug.

In Bezug auf den Wohnstandard haben die ostdeutschen Regionen deutlich aufgeholt (vgl. auch Kapitel 8), wobei die regionsspezifischen Unterschiede nicht sehr ausgeprägt sind (Wohnfläche zwischen 38 Quadratmeter pro Person und 41 Quadratmeter). Westdeutsche verfügen über 42,9 Quadratmeter im Durchschnitt, wobei in Kernstädten der Agglomerationen 39 Quadratmeter erreicht werden und 49 Quadratmeter in dünn besiedelten ländlichen Regionen.

11.3.5 Bewertung der räumlichen Lebensbedingungen

Der objektive Lebensstandard kommt auch in der Zufriedenheit der Bürger zum Ausdruck. So findet auch das Gefälle in den hier vorgestellten Regionstypen seinen Niederschlag im subjektiven Wohlbefinden. In Tabelle 5 werden dazu Zu-

friedenheitsbewertungen hinsichtlich ausgewählter Lebensbedingungen nach drei grundlegenden Raumtypen präsentiert. Dabei wird deutlich, dass insbesondere ostdeutsche Bürger die vor Ort vorhandenen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sowie die Versorgung mit Ausbildungsplätzen negativ beurteilen, wobei ein erhebliches Gefälle in Richtung der ländlichen Räume festzustellen ist. In Westdeutschland kommt dagegen der Versorgung mit dem ÖPNV ein besonderer Stellenwert zu – hier sehen die Bürger in ländlichen Räumen die entsprechende Situation deutlich kritischer als die Bürger in anderen Gegenden. In einer Gesamtbilanz bewerten ostdeutsche anders als die westdeutschen Bürger sowohl ihren Wohnort als auch ihre allgemeine Lebenszufriedenheit unterschiedlich nach Regionstyp. Darauf bezogen kann man festhalten, dass die Regionen vor allem in Ostdeutschland sich nicht nur hinsichtlich objektiver Aspekte unterscheiden, sondern dass sie ihren Bürgern auch ein unterschiedliches Ausmaß an Lebensqualität bieten. → Tab. 5, 6

Tab. 5: Lebensstandard nach Kreistypen

| | Haushaltseinkommen | | Arbeitnehmerentgelte | | Wohnfläche pro Person | | Ein- und Zweifamilienhäuser | |
|--|--------------------|---------|----------------------|---------|-----------------------|------|-------------------------------|------|
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| | in EUR (2007) | | | | in qm (2008) | | in % aller Wohngebäude (2008) | |
| Agglomerationsräume | | | | | | | | |
| Kernstädte in Agglomerationsräumen | 1 653,0 | 1 275,9 | 3 161,4 | 2 647,4 | 38,6 | 38,7 | 63,0 | 54,1 |
| Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen | 1 685,4 | | 2 930,1 | | 42,2 | | 83,8 | |
| Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen | 1 641,0 | 1 301,3 | 2 711,6 | 2 186,9 | 44,3 | 38,1 | 90,2 | 79,6 |
| Verstädterte Räume | | | | | | | | |
| Kernstädte in verstädterten Räumen | 1 530,0 | 1 236,3 | 2 976,5 | 2 323,0 | 40,7 | 38,6 | 70,4 | 58,8 |
| Verdichtete Kreise in verstädterten Räumen | 1 565,0 | 1 250,4 | 2 725,8 | 2 190,7 | 44,5 | 39,4 | 88,7 | 75,9 |
| Ländliche Kreise | | | | | | | | |
| In Agglomerationsräumen | 1 510,9 | 1 311,4 | 2 482,2 | 2 267,4 | 45,0 | 39,3 | 92,5 | 87,0 |
| In verstädterten Räumen | 1 519,0 | 1 244,4 | 2 621,5 | 2 200,3 | 47,0 | 40,7 | 91,9 | 85,4 |
| Höherer Dichte in ländlichen Räumen | 1 529,1 | 1 247,2 | 2 718,0 | 2 231,2 | 45,8 | 39,5 | 89,0 | 83,3 |
| Geringerer Dichte in ländlichen Räumen | 1 446,6 | 1 214,6 | 2 498,0 | 2 155,1 | 48,5 | 40,8 | 91,5 | 85,4 |

Datenbasis: INKAR 2010.

Tab. 6: Zufriedenheiten mit ausgewählten Lebensbedingungen und allgemeine Zufriedenheiten nach räumlichen Bezügen

| | Agglomerationsräume | | Verstädterte Räume | | Ländliche Räume | |
|--|---------------------|-----|--------------------|-----|-----------------|-----|
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten | | | | | | |
| 1998 | 4,6 | 3,8 | 4,5 | 3,0 | 4,5 | 2,9 |
| 2001 | 4,8 | 3,3 | 4,4 | 2,9 | 4,4 | 2,7 |
| 2004 | 4,2 | 3,4 | 4,0 | 3,0 | 4,2 | 2,8 |
| 2007 | 4,3 | 3,2 | 4,1 | 2,8 | 3,8 | 2,8 |
| Ausbildungsplätze | | | | | | |
| 1998 | 4,3 | 3,2 | 4,0 | 2,6 | 4,0 | 2,7 |
| 2001 | 4,5 | 2,8 | 4,1 | 2,6 | 4,1 | 2,5 |
| 2004 | 3,8 | 2,9 | 3,7 | 2,6 | 3,8 | 2,5 |
| 2007 | 3,9 | 3,0 | 3,8 | 2,9 | 3,5 | 2,4 |
| Versorgung mit ÖPNV | | | | | | |
| 1998 | 5,3 | 5,7 | 4,7 | 5,4 | 4,4 | 5,0 |
| 2001 | 5,7 | 5,3 | 5,0 | 5,1 | 4,4 | 4,9 |
| 2004 | 5,8 | 5,4 | 5,2 | 5,0 | 4,9 | 4,7 |
| 2007 | 5,8 | 5,5 | 5,4 | 5,1 | 5,0 | 5,3 |
| Schutz vor Kriminalität | | | | | | |
| 1998 | 4,9 | 4,8 | 5,2 | 4,5 | 5,4 | 4,7 |
| 2001 | 5,2 | 4,7 | 5,2 | 4,6 | 5,2 | 4,6 |
| 2004 | 5,2 | 4,9 | 5,6 | 4,8 | 5,8 | 4,9 |
| 2007 | 5,2 | 5,0 | 5,4 | 5,1 | 5,7 | 4,9 |
| Wohnort | | | | | | |
| 1998 | 5,7 | 5,6 | 5,6 | 5,3 | 5,4 | 5,5 |
| 2001 | 5,6 | 5,2 | 5,5 | 5,1 | 5,6 | 5,0 |
| 2004 | 5,5 | 5,1 | 5,5 | 4,9 | 5,7 | 5,1 |
| 2007 | 5,5 | 5,4 | 5,6 | 5,3 | 5,6 | 5,0 |
| Lebenszufriedenheit | | | | | | |
| 1998 | 5,4 | 5,4 | 5,4 | 5,2 | 5,4 | 5,3 |
| 2004 | 5,4 | 5,2 | 5,4 | 5,1 | 5,4 | 5,2 |
| 2007 | 5,6 | 5,2 | 5,6 | 5,2 | 5,6 | 4,9 |

Zufriedenheitsskala von 1 bis 7.

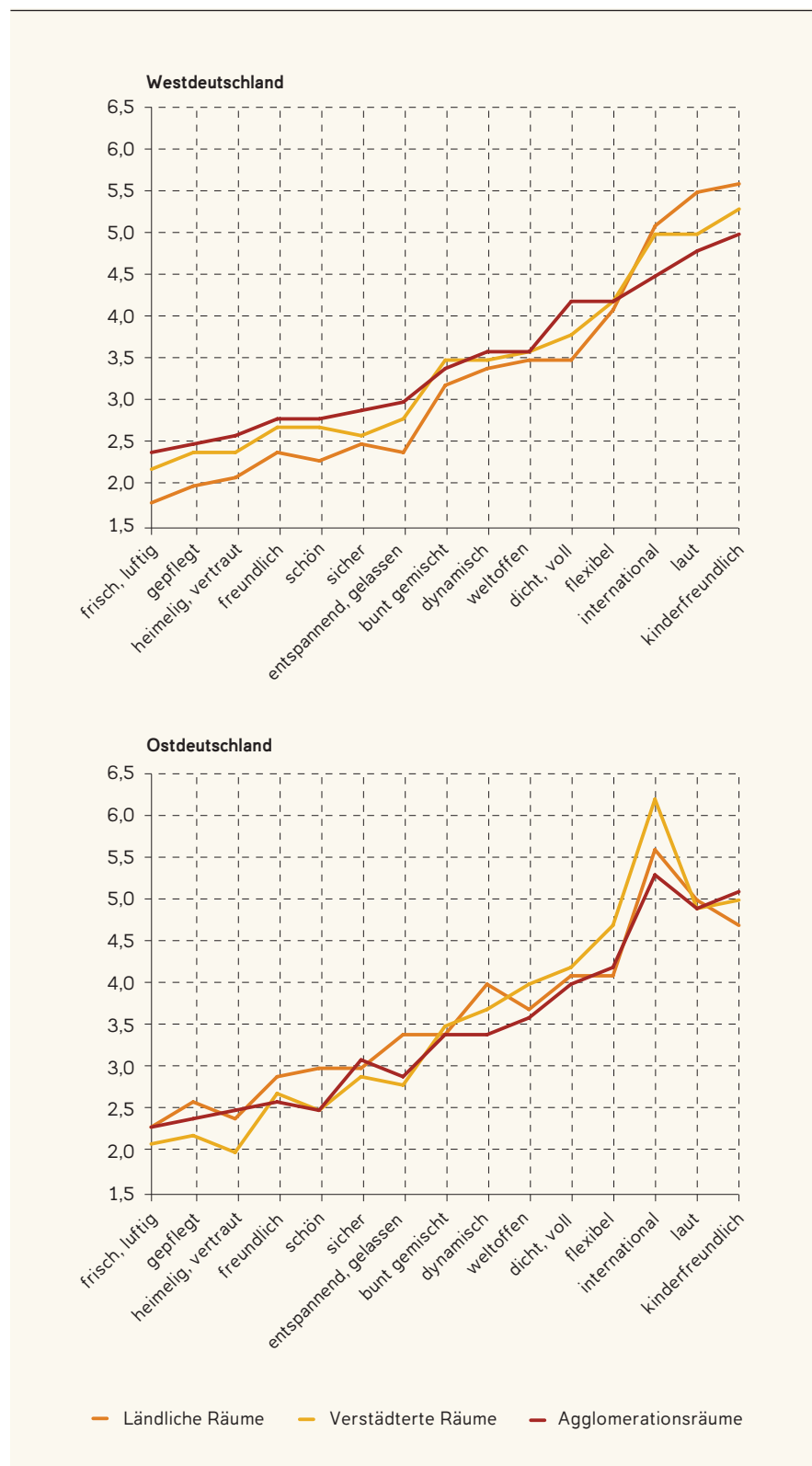
Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung, jährliche Umfragen ZA 4781.

Wie dieses Ost-West-Gefälle gewissermaßen räumlich bedingte Differenzen überlagert, soll abschließend an einer Reihe von Bewertungen der unmittelbaren Wohnumgebung illustriert werden. In Westdeutschland können vorhandene Beeinträchtigungen der Lebensqualität offenbar durch spezifische Charakteristische Merkmale der Gegend wie »frisch«, »gepflegt«, »freundlich« bis hin zu »entspannend«, »gelassen« gewissermaßen aufgefangen werden. Bis auf wenige Ausnahmen bewerten westdeutsche

Bürger in ländlichen Räumen ihre unmittelbare Wohnumgebung positiver als Bürger in städtischen Regionen. In Westdeutschland dagegen wird den Agglomerationsräumen und insbesondere den verstädterten Räumen eine vergleichsweise höhere Attraktivität zugewiesen. Ostdeutsche Bürger in ländlichen, peripheren Gebieten bewerten ihre unmittelbare Umgebung verstärkt mit Adjektiven wie »regional« statt »welt-offen« oder »tot« statt »dynamisch«.

➔ Abb. 4

Abb. 4: Wahrnehmung der Wohnumgebung nach Raumtypen in West und Ost, 2007



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung

12 Umwelt und Nachhaltigkeit

12.1 Umweltökonomische Trends und Nachhaltigkeit

Regina Hoffmann-Müller
Ursula Lauber

Die Aktivitäten in einer Volkswirtschaft, die statistisch durch die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) beschrieben werden (siehe Kapitel 4.1), sind wesentliche Auslöser von Umweltbelastungen. Um die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt abzubilden, wurden die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) des Statistischen Bundesamtes als Ergänzung zu den VGR entwickelt. Ein Ausgangspunkt für die Einrichtung der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen war die Erkenntnis, dass eine Volkswirtschaft für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten (Produktion und Konsum) nicht nur Arbeit und produziertes Vermögen einsetzt, sondern auch nicht produziertes Naturvermögen. Zu den Naturvermögensbestandteilen zählen vor allem Rohstoffe,

wie Energieträger, Erze, andere Mineralien und Wasser sowie die Bodenfläche als Standort für Produktions-, Konsum- und Freizeitaktivitäten. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Naturvermögens sind die Ökosysteme und sonstige natürliche Systeme (z. B. die Atmosphäre), die »Dienstleistungen« für wirtschaftliche Aktivitäten erbringen. Dazu gehören die Aufnahme und der Abbau der bei der Produktion oder beim Konsum entstandenen Rest- und Schadstoffe wie Emissionen in Luft und Wasser oder Abfälle.

In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2002 wird die politische Bedeutung nachhaltigen Wirtschaftens für die Lebenssituation künftiger Generationen unterstrichen. Ein Bestandteil dieser Strategie ist die Beob-

achtung der Entwicklung anhand von Indikatoren und quantifizierten Zielwerten. Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit wird angestrebt, die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation stetig zu verbessern, ohne dass dadurch die Zukunftsperspektive künftiger Generationen verschlechtert wird. Dabei sind wichtige Aspekte von Nachhaltigkeit gleichermaßen zu berücksichtigen wie:

- › der Schutz der Umwelt vor einer übermäßigen Nutzung durch Wirtschaft und Haushalte,
- › der Erhalt einer funktionsfähigen Wirtschaft und
- › der Schutz lebenswerter sozialer Bedingungen.

Um diese Aspekte zu verknüpfen, ist eine integrierende Betrachtungsweise erforder-

Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Anfang der 1990er Jahre wurde im Statistischen Bundesamt mit den so genannten Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) begonnen. Sie stehen in einem engen Bezug zu den schon länger bestehenden Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), die die wirtschaftlichen Aktivitäten unserer Volkswirtschaft – Produktion und Konsum – und deren Einsatzfaktoren (Kapital und Arbeit) statistisch erfassen (siehe Kap. 4.1). Darüber hinaus gehören zu den Einsatzfaktoren jedoch auch die »Schätze« und Leistungen der Natur. Die UGR erweitern daher den – in Geldwert gemessenen – Begriff des

Kapitalvermögens um das Naturvermögen, das in diesem Fall aber nur in physischen Größen gemessen wird. Aus den Rechnungen der UGR ergeben sich statistische Informationen über die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt. Dabei wird den folgenden Fragen nachgegangen:

- › *Welche wirtschaftlichen Aktivitäten verursachen welche Belastungen der Umwelt?* Solche Aktivitäten sind z. B. die Entnahme von Rohstoffen aus der Umwelt (z. B. Energieträger wie Kohle oder Erdgas, dazu Wasser und sonstige Rohstoffe) oder die Abgabe nicht verwertbarer Stoffe aus der Wirtschaft an die Umwelt (Luftemissionen wie CO₂, NO_x, SO₂ oder Abfälle, Abwasser), aber auch die

Nutzung der Flächen und der Ökosysteme für Siedlungs- und Verkehrszwecke sowie andere Aktivitäten.

- › *Wie verändert sich infolgedessen der Umweltzustand oder das Naturvermögen?* Diese Veränderungen sind quantitativer Natur (z. B. werden die Rohstoffvorkommen geringer), haben aber auch viele qualitative Aspekte (die Luftqualität verschlechtert sich auf Grund von Schadstoffemissionen).
- › *Was geben Staat und Wirtschaft für Umweltschutz aus?*

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen machen es möglich, die Verwirklichung des Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung zu überprüfen.

lich, denn unterschiedliche Belange von Nachhaltigkeit können durchaus in Konkurrenz zueinander stehen. Mit Hilfe der Gesamtrechnungssysteme ist es möglich, die statistische Entwicklung der verschiedenen Merkmale in der erforderlichen Weise in Beziehung zu setzen. **f**

12.1.1 Umweltökonomische Trends

Die Frage, wie nachhaltig Wirtschaft und Gesellschaft mit der Umwelt umgehen, wird nicht allein durch die absoluten Zahlen zu Umweltnutzungen und -belastungen beantwortet, sondern vor allem durch die Kenntnis darüber, in welche Richtung sich deren Trends bewegen: Hat sich die Situation im Zeitablauf verbessert oder verschlechtert? Im Folgenden werden die umweltökonomischen Trends der Jahre zwischen 2000 und 2009 dargestellt. In den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen liegt das Augenmerk auf Nutzung und Verbrauch der Umweltressourcen Primärenergie, Rohstoffe, Wasser und Bodenfläche sowie auf den Emissionen von Schadstoffen in die Luft und der Abgabe von Abwasser. Zum Vergleich mit der gesamten Wirtschaftsentwicklung werden auch ökonomische Faktoren wie Bruttoinlandsprodukt (BIP), Arbeitsstunden oder Abschreibungen einbezogen.

In den Jahren zwischen 1960 bis 1980 war die Umweltnutzung in Deutschland noch im Anstieg begriffen. Seit den 1980er Jahren sind der jährliche Verbrauch von Ressourcen und die Abgabe von Emissionen jedoch rückläufig. Für den hier näher betrachteten Zeitraum 2000 bis 2009 war für fast alle untersuchten Faktoren eine rückläufige Umweltnutzung – wenn auch in unterschiedlich starker Ausprägung und Geschwindigkeit – feststellbar. **→ Abb. 1**

Bei der Ressourcennutzung lag der Energieverbrauch im Jahr 2009 um 7,4 % unter dem des Jahres 2000. Der Rohstoffverbrauch (energetische und andere abiotische Rohstoffe) ging sogar um

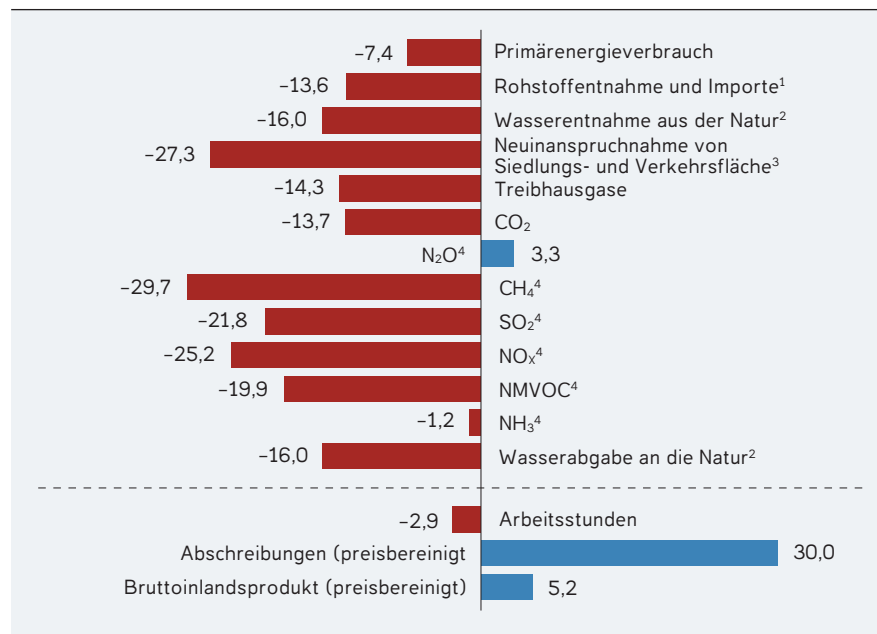
13,6 % zurück. Er änderte sich im Zeitablauf allerdings vor allem aufgrund konjunkturbedingter Schwankungen der Nachfrage, insbesondere nach Baurohstoffen, und weniger aufgrund politischer Maßnahmen.

Auch beim Wasser lagen die entnommenen und wieder abgegebenen Mengen im Jahr 2007 mit –16,0 % deutlich unter den Werten von 2000. Der Rückgang hängt mit einer veränderten Nachfrage aufgrund wasserrechtlicher Vorschriften sowie stark gestiegenen Wasser- und Abwasserpreisen zusammen. Die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist von durchschnittlich 129 Hektar/Tag in 2000 auf 94 Hektar/Tag in 2009 (–27,3 %) zurückgegangen. Bei den genannten Werten handelt es sich um Vierjahresdurchschnittswerte, da die einzelnen Jahreswerte aus methodischen Gründen (Umstellung der Statistik) seit 2000 starken Schwankungen unterlagen. Es soll betont werden, dass auch eine verminderte Neuinanspruchnahme natürlich weiterhin zur Vergrößerung der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt führte.

spruchnahme natürlich weiterhin zur Vergrößerung der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt führte.

Interessant ist auch ein Blick auf die Entwicklung der Treibhausgase. Im Jahr 2009 wurden 14,3 % weniger Treibhausgase (darunter CO₂, N₂O, CH₄) abgegeben als neun Jahre zuvor. Der Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂), das das mengenmäßig bedeutendste Treibhausgas ist, verminderte sich um –13,7 % (121,9 Mill. Tonnen) auf zuletzt 765 Mill. Tonnen in 2009. Wie beim Energieverbrauch wird der Rückgang der CO₂-Emissionen durch den Temperatureffekt etwas überzeichnet. Das Treibhausgas Methan (CH₄) ging um 29,7 % (2000 bis 2008) zurück. Lachgas (N₂O) entwickelte sich gegen den Trend und stieg um 3,3 % an (2000 bis 2008). In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Entwicklung der CO₂-Emissionen günstiger verlief als die Entwicklung des Energieverbrauchs, der die CO₂-Emissionen maßgeblich verursacht. Ein Grund hierfür war der

Abb. 1: Veränderung der Mengen eingesetzter Umweltressourcen, Veränderung 2009 gegenüber 2000, in %



1 Abiotisch d. h. ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse.
 2 Veränderung 2007 gegenüber 2000.
 3 Gleitendes Vierjahresmittel.
 4 Veränderung 2008 gegenüber 2000.

Tab. 1: Einsatz von Umweltressourcen für wirtschaftliche Zwecke

| | Maßeinheit | 2000 | 2003 | 2006 | 2009 ¹ |
|--|-------------------------------------|--------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Primärenergieverbrauch | Petajoule | 14 401 | 14 600 | 14 786 | 13 341 |
| Rohstoffentnahme und Import ² | Mill. t | 1 400 | 1 329 | 1 359 | 1 210 |
| Wasserentnahme aus der Natur ³ | Mill. m ³ | 44 929 | 40 537 ⁴ | 37 747 ⁵ | . |
| Siedlungs- und Verkehrsfläche | km ² | 43 939 | 45 141 | 46 438 | 47 137 ⁶ |
| Treibhausgase | Mill. t CO ₂ -Äquivalent | 1 025 | 1 014 | 983 | 878 |
| dar. Kohlendioxid (CO ₂) | Mill. t | 887 | 886 | 861 | 765 |
| Abschreibungen (preisbereinigt) | Mrd. EUR | 308 | 334 | 357 | 401 |
| Arbeitsstunden | Mrd. Std. | 57,7 | 55,7 | 55,9 | 56 |
| Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) | Mrd. EUR | 2 063 | 2 146 | 2 327 | 2 397 |

1 Zum Teil vorläufige Werte.

4 2004.

2 Nur verwertete Entnahme.

5 2007.

3 Einschl. Fremd- und Regenwasser.

6 2008.

verstärkte Einsatz von – in Relation zum Energiepotential – kohlenstoffärmeren Energieträgern, also z. B. der Ersatz von Kohle und Heizöl durch Erdgas, aber auch der zunehmende Einsatz von eher CO₂-neutralen erneuerbaren Energiequellen. Auch die Kernenergie verursacht keine direkten CO₂-Emissionen, ist allerdings aus anderen Gründen problematisch. Der Einsatz von Kernenergie ist im Zeitraum 2000 bis 2008 um 12,3 % gesunken. Dies ist auf die zeitweise Abschaltung von Kernkraftwerken aufgrund von Sicherheitsmängeln in den Jahren 2006 und 2007 zurückzuführen. Dagegen war in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre der Einsatz von Kernenergie noch um gut 10 % gestiegen.

Auch bei Reduzierung der Luftschadstoffe konnten Erfolge erzielt werden. Zwischen 2000 und 2008 nahmen die Emissionen von SO₂, NO_x, NMVOC (flüchtige Kohlenwasserstoffe) und NH₃ ab – am stärksten bei NO_x (–25,2%), aber nur geringfügig bei dem ganz überwiegend aus der Landwirtschaft stammenden Ammoniak NH₃ (–1,2%). → **Tab. 1**

Die aufgezeigten Veränderungen beim Einsatz von Umweltressourcen geben Anhaltspunkte zur Beurteilung der Nach-

haltigkeit bei der Nutzung der Umwelt. Die in physischen Mengen ausgedrückte Umweltnutzung kann nun auch zur Bevölkerung oder zu den ökonomischen Entwicklungen in Bezug gesetzt werden. So können z. B. Fragen beantwortet werden wie: Veränderten sich die Umweltbelastungen parallel zu den ökonomischen Faktoren? Verließ die Entwicklung der Ressourcennutzung oder der Schadstoffabgabe entsprechend dem Wachstum oder dem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts oder sind Effizienzgewinne festzustellen?

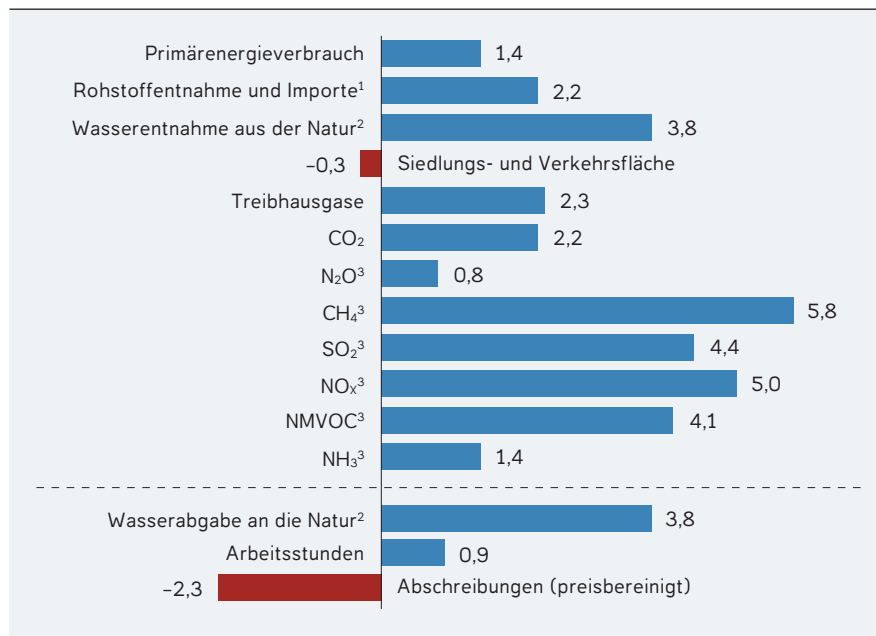
Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt ist im Zeitraum von 2000 bis 2009 um 5,2 % gestiegen (siehe Abb. 1 und Kap. 4.1). Gleichzeitig ging das Arbeitsvolumen – gemessen an den geleisteten Arbeitsstunden – um 2,9 % zurück. Dies bedeutet, dass mit weniger Arbeit mehr Wirtschaftsleistung erbracht wurde oder, anders ausgedrückt, mit dem Faktor Arbeit wurde »effizienter« umgegangen. Die Kapitalnutzung – gemessen an den preisbereinigten Abschreibungen – ist dagegen um 30,0 % angestiegen. Also ist die Kapitalproduktivität gesunken und die gestiegene wirtschaftliche Leistung wurde mit einem vergleichsweise höheren Kapitaleinsatz erzielt.

Die Effizienz der Nutzung von Einsatzfaktoren (z. B. Energie, Rohstoffe, Arbeit u. a.) wird in den UGR mittels »Produktivitäten« gemessen. Die Produktivität ergibt sich aus dem Quotienten von wirtschaftlicher Leistung (preisbereinigtes BIP) eines Jahres und dem Einsatzfaktor für dasselbe Jahr. Nicht nur für Arbeit, auch für die Umweltnutzung ist eine Steigerung der Produktivität erwünscht. Neben dem Aspekt von Umweltbelastungen und quantitativen Ressourcenknappheiten spielen dabei die Kosten (für Arbeit genauso wie für die Beseitigung oder den Ausgleich von Umweltschäden oder für steigende Ressourcenpreise) eine Rolle. Der Umweltverbrauch sollte also nicht im gleichen Maße steigen wie das Wirtschaftswachstum, sondern beide Entwicklungen sollten sich »entkoppeln« – am besten bis hin zu einem Rückgang des Umweltverbrauchs. Bei der Darstellung der Produktivität als Effizienzmaß muss man sich immer darüber im Klaren sein, dass die Entwicklung des Umweltfaktors (z. B. der Verbrauch von Energie) sich im Quotienten verbirgt. Die Produktivität kann steigen – was erwünscht ist –, obwohl sich die Umweltbelastungen nicht verringern. Dies wäre z. B. der Fall, wenn die Steigerung des BIP größer ist als die Zunahme des Ressourcenverbrauchs. Deshalb ist es sinnvoll, immer auch die Entwicklung der einzelnen Umweltfaktoren selbst zu betrachten.

Zwischen 2000 und 2009 hat für alle betrachteten Umweltfaktoren eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltnutzung stattgefunden, das heißt die Umweltnutzung hat sich nicht im selben Maße verändert wie die wirtschaftliche Entwicklung. Die Produktivitäten sind gestiegen und mit den gleichen Umweltressourcen wurde eine höhere wirtschaftliche Leistung erzielt. → **Abb. 2**

Die Produktivität stieg zwischen 2000 und 2009 beim Primärenergieverbrauch um 13,5% und beim Rohstoffverbrauch um 21,7% an. Durchschnittlich waren das jährlich 1,4% beim Primärenergie-

Abb. 2: Entwicklung der Produktivitäten der eingesetzten Umweltressourcen, durchschnittliche jährliche Veränderung 2000–2009, in %



¹ Abiotisch d. h. ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse.

² Veränderung 2007 gegenüber 2000.

³ Veränderung 2008 gegenüber 2000.

verbrauch und 2,2% bei der Rohstoffentnahme. Die Produktivitäten beim Einsatz der Umwelt als Senke für Rest- und Schadstoffe haben ebenfalls deutlich zugenommen. Bei den Treibhausgasen betrug der Anstieg insgesamt 22,8% (2,3% jährlich; darunter nahm CO₂ insgesamt um 21,9% oder 2,2% jährlich zu). Die Produktivitätssteigerungen bei den Emissionen von SO₂ waren im Berichtszeitraum (2000 bis 2008) mit insgesamt +41,2% (+4,4% pro Jahr) immer noch groß. Die sehr hohe Zunahme aus den Jahren 1995 bis 2000 (+197,1%), bedingt durch den Einsatz von neuen Rauchgasentschwefelungsanlagen, konnte aber nicht mehr erreicht werden. Weitere Minderungserfolge wären nur mit hohem Aufwand zu erzielen. Die Produktivität der Nutzung von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke hat zwischen 2000 und 2009 um -2,5% bzw. (-0,3% jährlich) abgenommen. Eine hohe durchschnittliche Produktivitätssteigerung zeigte sich beim Wasser (Entnahme und Abgabe) mit einer jährlichen Zunahme um 3,8% (2000 bis 2007).

Interessant ist der Vergleich der Produktivitäten für Umweltressourcen mit der Entwicklung des Einsatzes von Arbeit. Zwischen 2000 und 2009 hat sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 2,9% vermindert. Die Arbeitsproduktivität hat sich um 8,0% (0,9% jährlich) erhöht. Dieser Wert liegt damit unter den entsprechenden Zahlen für die Entwicklung der Energie- und der Rohstoffproduktivität, aber über dem durchschnittlichen jährlichen Produktivitätszuwachs bei der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Die Kapitalproduktivität ging im Betrachtungszeitraum um 19,1% (2,3% jährlich) zurück.

12.1.2 Indikatoren zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Mit der nationalen Strategie für nachhaltige Entwicklung »Perspektiven für Deutschland« aus dem Jahr 2002 hat die Bundesregierung das Prinzip der Nachhaltigkeit zu einer zentralen Leitlinie der Politik in Deutschland gemacht. Um die

Wirksamkeit der Nachhaltigkeitsstrategie zu messen, existiert ein Satz von derzeit 35 Schlüsselindikatoren für nachhaltige Entwicklung. Diese Indikatoren sind vier übergeordneten Handlungsfeldern (Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt, Internationale Verantwortung) und 21 Themenbereichen zugeordnet. Die Bundesregierung aktualisiert die Nachhaltigkeitsstrategie im Abstand von vier Jahren (zuletzt »Fortschrittsbericht 2008«), das Statistische Bundesamt veröffentlicht seit 2006 alle zwei Jahre einen neuen Indikatorenbericht zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland (zuletzt Indikatorenbericht 2010). [f](#)

Eine große Bedeutung kommt bei der Indikatorenberichterstattung der Analyse von Ursache-Wirkungsbeziehungen zu. Analysen liefern die Grundlagen zur Formulierung von politischen Maßnahmen. Dabei macht ein so übergreifendes Thema wie die Nachhaltigkeit die Integration verschiedener Nachhaltigkeitsaspekte bei der Analyse erforderlich. Gesamtrechnungssysteme (wie die Volkswirtschaftlichen und die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen) bieten für Aspekte aus Wirtschaft und Umwelt eine konsistente Datenbasis. Der größte Teil der Daten zu den Indikatoren stammt aus der amtlichen Statistik.

Im Vergleich zu den nationalen Nachhaltigkeitsstrategien anderer Länder ist es eine Besonderheit der Nachhaltigkeitsindikatoren für Deutschland, dass sie mehrheitlich mit quantitativen Zielwerten und Zieljahren versehen sind. Soweit Zieljahre festgelegt sind, liegen sie im Zeitraum zwischen den Jahren 2010 und 2020 (Stand: 2010). Um dem Nutzer eine schnelle Übersicht zu geben, weisen die Indikatorenberichte für jeden Indikator eines von vier plakativen »Wettersymbolen« aus. Auch die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Europäischen Union verwendet diese Symbole. Sie verdeutlichen den Status der Indikatoren in Abhängigkeit vom Erfolg der bisherigen

Liste der Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

| | | | |
|-----|---|-------|--|
| 1a | Energieproduktivität | 12a | Stickstoffüberschuss |
| 1b | Rohstoffproduktivität | 12b | Anbaufläche des ökologischen Landbaus |
| 2 | Treibhausgasemissionen | 13 | Schadstoffbelastung der Luft |
| 3a | Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch | 14a,b | Vorzeitige Sterblichkeit (bei Männern und Frauen) |
| 3b | Anteil erneuerbarer Energien am (Brutto-)Stromverbrauch | 14c,d | Raucherquote bei Jugendlichen und Erwachsenen |
| 4 | Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche | 14e | Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) |
| 5 | Artenvielfalt und Landschaftsqualität | 15 | Wohnungseinbruchdiebstahl |
| 6 | Staatsdefizit | 16a,b | Erwerbstätigenquote (insgesamt und bei Älteren) |
| 7 | Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt | 17a,b | Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder (0- bis 2-Jährige, 3- bis 5-Jährige) |
| 8 | Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung | 18 | Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern |
| 9a | 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss der Sekundarstufe II und nicht in Bildung und Ausbildung befindlich | 19 | Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss |
| 9b | 25-Jährige mit abgeschlossener Hochschulausbildung | 20 | Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen |
| 9c | Studienanfängerquote | 21 | Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern |
| 10 | Bruttoinlandsprodukt je Einwohner | | |
| 11a | Gütertransportintensität | | |
| 11b | Personentransportintensität | | |
| 11c | Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung | | |
| 11d | Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung | | |

Die auf Umwelt und Ökonomie bezogenen Nachhaltigkeitsindikatoren (kursiv) werden durch das Statistische Bundesamt im Internet regelmäßig aktualisiert (www.destatis.de).

Stand: Indikatorenbericht 2010.

Entwicklung und der Fortschreibung dieser Entwicklung bis zum Zieljahr.

In der Tabelle 2 werden einige Nachhaltigkeitsindikatoren dargestellt, die in Bezug zu Umwelt und Ökonomie stehen. Diese Indikatoren werden auch unabhängig von den Veröffentlichungsterminen der Indikatorenberichte regelmäßig aktualisiert und online zur Verfügung gestellt (www.destatis.de, Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie). Zur Ermittlung des Status der Indikatoren wird von folgenden Fragen ausgegangen: Wie weit sind die Indikatoren heute von den gesetzten Zielen entfernt? Und könnten sie die Ziele im verbleibenden Zeitraum erreichen, wenn sie sich einfach genau so weiter entwickeln würden wie bisher? Dafür wird die Entwicklung der Indikatoren in der Vergangenheit berechnet (als durchschnittliche jährliche Veränderung für den Zeitraum der letzten fünf Jahre bis zum aktuell vorliegenden Berichtsjahr). Der Fünfjahreszeitraum wurde gewählt, weil der Trend in der jüngeren Vergangenheit am ehesten als Erwartungswert für die künftige jährliche Veränderung dienen kann. → **Tab. 2**

Die rechnerische Fortschreibung der Entwicklung der letzten Jahre lässt erkennen, welchen Wert der Indikator bei einer weiterhin gleichbleibenden Entwicklung im festgelegten Zieljahr erreichen würde. Es handelt sich bei diesem Verfahren nicht um eine politische Bewertung und auch nicht um eine Prognose. Die Angabe für den Status eines Indikators ergibt sich aus der Differenz zwischen den Zielvorgaben und dem Wert, der bei der Fortschreibung der bisherigen Entwicklung im Zieljahr erreicht werden würde. Wurde der Zielwert bereits vorzeitig erreicht oder würde er entsprechend der Fortschreibung im Zieljahr erreicht werden (bei einer Abweichung von weniger als 5 % von der Wegstrecke zwischen Start- und Zielwert), erhält ein Indikator das Symbol einer »Sonne« als bestmögliche Bewertung. Hat sich ein Indikator in der Vergangenheit zwar in die gewünschte Richtung entwickelt, würde das Ziel bei gleichbleibender Entwicklung aber nicht erreichen, erhält der Indikator je nach seiner Entwicklungsgeschwindigkeit entweder das Symbol »leicht bewölkt« oder »bewölkt«. Das Symbol für Gewitter als schlechtmöglichste Bewertung wird ver-

geben, wenn sich der Indikator in den letzten Jahren in die falsche Richtung entwickelt hat, sich also vom Ziel entfernt. Zusätzlich wird angegeben, ob die Entwicklung in den letzten Jahren einen statistischen Trend erkennen lässt.

In der dargestellten Auswahl von Nachhaltigkeitsindikatoren mit Bezug zu Umwelt und Ökonomie fallen über die Hälfte in die beste oder zweitbeste Kategorie. Besonders erfolgreich waren z. B. die Indikatoren für die Reduktion der Treibhausgasemissionen (Indikator 2) oder für den Anteil der erneuerbaren Energien am Energieverbrauch (Indikator 3). Besonders negativ zeigte sich die Situation für die Indikatoren zu Artenvielfalt und Landschaftsqualität (Indikator 5, siehe auch die gesonderte Darstellung weiter unten) und zu zwei Indikatoren aus dem Verkehrsbereich.

Bei der Wahrnehmung der Erfolge der Nachhaltigkeitsstrategie sollten auch die Hintergrundinformationen und Analyseergebnisse aus den Texten berücksichtigt werden. Beispielsweise wurde die festgestellte Erhöhung der Energieproduktivität

Tab. 2: Soll-Ist Vergleich von Indikatoren mit Bezug zu Umwelt und Ökonomie aus der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

| Nr. | Indikator | Aktuelles Jahr, aktueller Wert | Zieljahr und Zielwert | Durchschnittliche jährliche Veränderung (% oder %-Punkte) | | Status |
|-----|--|--------------------------------|------------------------|---|--|--------|
| | | | | in den letzten 5 Jahren bis zum aktuellen Rand (Ist-Entwicklung) ¹ | SOLL zur Erreichung des Ziels (Soll-Entwicklung) | |
| 1a | Energieproduktivität² 1990 = 100 | 2009 140,4 | 2020 200 | 2004-2009 2,3 | 2009-2020 3,3 | |
| 1b | Rohstoffproduktivität 1994 = 100 | 2009 146,8 | 2020 200 | 2004-2009 2,4 | 2009-2020 2,9 | |
| 2 | Treibhausgasemissionen Mill. t CO ₂ -Äquivalente, Basiswert = 100 | 2009 77,6 | 2010 79 | 2003-2008 1,1 | 2008-2010 Ziel erreicht | |
| 3a | Erneuerbare Energien Anteil am Primärenergieverbrauch (in %) | 2009 8,7 | 2010 4,2 | 2004-2009 14,1 | 2009-2010 Ziel erreicht | |
| 3b | Erneuerbare Energien Anteil am Stromverbrauch (in %) | 2009 16,3 | 2010 12,5 | 2004-2009 12,1 | 2009-2010 Ziel erreicht | |
| 4 | Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (ha/Tag) | 2009 93,9 | 2020 30 | 2004-2009 -4,0 | 2009-2020 -9,9 | |
| 5 | Artenvielfalt und Landschaftsqualität 2015 = 100 | 2008 69 | 2015 100 | 1998-2008 -0,1 | 2008-2015 5,4 | |
| 6 | Staatsdefizit in % des Bruttoinlandsprodukts | 2009 3,0 | ≤3,0 | | | |
| 7 | Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP | 2009 17,6 | Soll steigen | 2004-2009 0,1 | Mind. 0,1 | |
| 10 | BIP je Einwohner 1 000 EUR | 2009 26,5 | Soll steigen | 2004-2009 0,7 | Mind. 0,1 | |
| 11a | Gütertransportintensität² 1999 = 100 | 2008 118,4 | 2010 98 | 2003-2008 2,5 | 2008-2010 -9,0 | |
| 11b | Personentransportintensität² 1999 = 100 | 2008 90,9 | 2010 90 | 2003-2008 -1,3 | 2008-2010 -0,5 | |
| 11c | Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung (in %) | 2008 18,1 | 2015 25 | 2003-2008 1,8 | 2008-2015 4,8 | |
| 11d | Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung (in %) | 2008 10,0 | 2015 14 | 2003-2008 -2,4 | 2008-2015 4,9 | |
| 12a | Stickstoffüberschuss Gesamtbilanz (kg/ha) | 2007 104,6 | 2010 80 | 2002-2007 -1,0 | 2007-2010 -8,6 | |
| 12b | Anbaufläche des Ökolandbaus Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (in %) | 2009 5,6 | in den nächsten Jahren | 2004-2009 4,4 | kein Zieljahr ³ | |
| 13 | Schadstoffbelastung der Luft (gemittelter Index) 1990 = 100 | 2008 44,7 | 2010 30 | 2003-2008 -1,2 | 2008-2010 -18,1 | |

1 Bei Indikator 5 für die letzten 10 Jahre.

2 Datenstand Bruttoinlandsprodukt: August 2010.

3 Zieljahr 2010 wurde zum Indikatorenbericht 2006 aufgegeben. Bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung würde das Ziel im Jahr 2038 erreicht.

Stand November 2010.

Zielwert des Indikators ist erreicht oder erreichbar (Abweichung vom Zielwert weniger als 5%).

Indikator entwickelt sich in die richtige Richtung, aber der Zielwert würde um 5 bis 20% verfehlt.

Indikator entwickelt sich in die richtige Richtung, aber der Zielwert würde um mehr als 20% verfehlt.

Indikator entwickelt sich in die falsche Richtung, Ziel wäre nicht erreichbar.

(Indikator 1a) zu einem erheblichen Teil nicht auf einen sparsameren Umgang mit der Energie in den einzelnen Branchen erreicht, sondern ist auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zurückzuführen. Ebenso ist z. B. der festgestellte Anstieg

der Rohstoffproduktivität (Indikator 1b) in der Vergangenheit nicht auf einen im Durchschnitt sparsameren Einsatz der Rohstoffe zurückzuführen, sondern auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen und darauf,

dass der Materialeinsatz zunehmend durch Importe gedeckt wurde. Was die positive Entwicklung bei den Treibhausgasen angeht, ist zu berücksichtigen, dass Deutschland unter den Industrienationen weiterhin zu den größten Emittenten gehört.

Artenvielfalt und Landschaftsqualität (Indikator 5)

Als Beispiel für einen umweltbezogenen Nachhaltigkeitsindikator wird an dieser Stelle Indikator 5 zu Artenvielfalt und Landschaftsqualität ausführlicher vorgestellt (Stand: Indikatorenbericht 2010). Der Indikator beruht auf Berechnungen des Bundesamtes für Naturschutz.

Eine große Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen. Natur und Landschaft in Deutschland sind durch jahrhundertelange Nutzung geprägt. Zur Erhaltung der natürlich gewachsenen Vielfalt reicht ein kleinflächiger Schutz von Arten und Lebensräumen nicht aus. Vielmehr sind nachhaltige Formen der Landnutzung, eine Begrenzung von Emissionen und ein schonender Umgang mit der Natur erforderlich. Auf diese Weise kann die Artenvielfalt erhalten und zugleich die Lebensqualität des Menschen gesichert werden.

Der Indikator liefert Informationen zur Artenvielfalt, zur Landschaftsqualität und zur Nachhaltigkeit der Landnutzungen. Seiner Berechnung liegt die Ent-

wicklung der Bestände von 59 ausgewählten Vogelarten zu Grunde, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten/Meere sowie die Alpen). Die Größe der Bestände (nach Anzahl der Reviere bzw. Brutpaare) spiegelt die Eignung der Landschaft als Lebensraum für die Vogelarten wider. Da neben Vögeln auch andere Arten an eine reichhaltig gegliederte Landschaft mit intakten, nachhaltig genutzten Lebensräumen gebunden sind, bildet der Indikator indirekt auch die Entwicklung zahlreicher weiterer Arten in der Landschaft und die Nachhaltigkeit der Landnutzung ab. Ein Expertengremium hat für jede einzelne Vogelart Bestandsziele für das Jahr 2015 festgelegt, die erreicht werden können, wenn europäische und nationale rechtliche Regelungen mit Bezug zum Naturschutz und die Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung zügig umgesetzt werden. Aus dem Grad der Zielerreichung bei allen 59 Vogelarten wird jährlich ein Wert für den Gesamtindikator berechnet. → Abb. 3

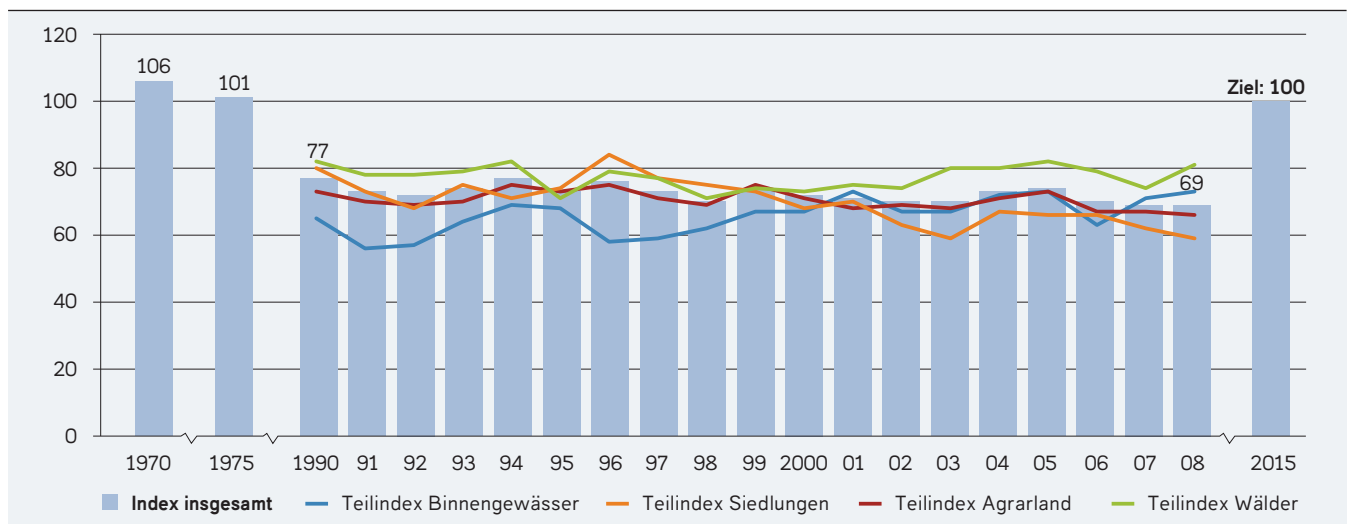
Der Wert des Indikators für die Artenvielfalt lag im Jahr 1990 deutlich unter den Schätzwerten, die für die Jahre 1970

und 1975 rekonstruiert wurden. In den letzten zehn Beobachtungsjahren (1998 bis 2008) hat sich der Indikatorwert kaum verändert und zeigte keinen statistisch signifikanten Entwicklungstrend. Im Jahr 2008 lag er bei 69 % des Zielwerts. Bei gleichbleibender Entwicklung kann das Ziel von 100 % in 2015 nicht ohne erhebliche zusätzliche Anstrengungen von Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene in möglichst allen betroffenen Politikfeldern erreicht werden.

Die Teilindikatoren lagen in 2008 für Agrarland bei 66 %, für Siedlungen bei 59 % sowie für Küsten und Meere bei 56 % des Zielwertes von 2015. Sie entwickelten sich in den letzten betrachteten zehn Jahren statistisch signifikant weg vom Ziel. Für Binnengewässer (73 %) und die Alpen (57 %) war kein eindeutiger Trend nachweisbar. Allein der Teilindikator für die Wälder zeigte einen nennenswerten positiven Trend. Mit 81 % des Zielwertes war die Situation in den Wäldern zudem vergleichsweise am günstigsten.

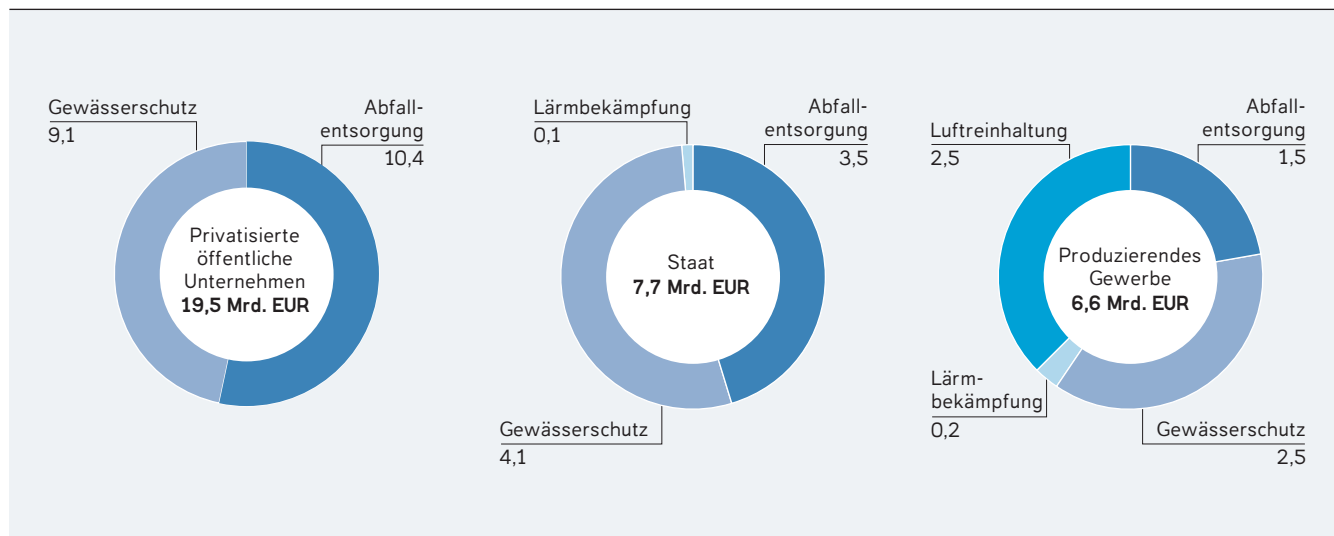
Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind – regional unterschiedlich – die intensive landwirtschaftlichen Nutzung, die Zerschneidung

Abb. 3: Artenvielfalt und Landschaftsqualität, Index 2015=100



Werte einiger Vogelarten in den Lebensräumen der Küsten/Meere, Binnengewässer und Alpen wurden in einzelnen Jahren extrapoliert.
Quelle: Bundesamt für Naturschutz, 2010.

Abb. 4: Umweltschutzausgaben nach Umweltschutzbereichen in jeweiligen Preisen 2007, in Mrd. EUR



und Zersiedelung der Landschaft, die Versiegelung von Flächen sowie Stoffeinträge (z. B. Säurebildner oder Nährstoffe). Im Siedlungsbereich wirken sich Verluste an naturnahen Flächen und dörflichen Strukturen aufgrund von Bautätigkeit und Flächenversiegelung negativ aus. Gefährdungsfaktoren für Lebensräume an der Küste sind Störungen durch eine gestiegene Freizeitnutzung und die Verbauung, z. B. durch Küstenschutzmaßnahmen. In Wäldern dürfte sich die Förderung naturnaher Waldbewirtschaftung positiv auswirken.

Die Veränderung des Klimas, die wesentlich durch die Emission von Treibhausgasen verursacht wird, führt bereits heute zu einer Verschiebung der Verbreitungsgebiete vieler Arten und beginnt, die Landschaften in Deutschland umzuformen. Der vom Menschen verursachte Klimawandel könnte zukünftig die Artenvielfalt sowie das Artenspektrum durch Einwanderung und Aussterben von Tier- und Pflanzenarten wesentlich verändern. Der zunehmende Energiepflanzenanbau kann Auswirkungen auf Landschaftsqualität und Artenvielfalt haben. Offen ist bisher, in welcher Weise sich der demografische Wandel in Abwanderungsgebieten auf Artenvielfalt und Landschaftsqualität auswirken wird. Der Indikator

hat Querbezüge zu vielen Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, u. a. zu Rohstoffproduktivität, Treibhausgasemissionen, erneuerbaren Energien, Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche, den Indikatoren zur Mobilität, zur Landbewirtschaftung (Stickstoffüberschuss, ökologischer Landbau) und zur Schadstoffbelastung der Luft.

12.1.3 Umweltschutzausgaben

Ein wichtiger Ansatzpunkt für die statistische Beschreibung von Umweltschutzmaßnahmen sind monetäre Größen wie die Ausgaben für Umweltschutzeinrichtungen. Die Ausgaben für Umweltschutz umfassen die Investitionen und laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen in den Bereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung sowie Luftreinhaltung. Einbezogen sind die Ausgaben des Staates, des Produzierenden Gewerbes und die der privatisierten öffentlichen Entsorgungsunternehmen.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 33,9 Mrd. Euro an Umweltschutzausgaben getätigt, das waren 1,4 % des Bruttoinlandsprodukts. Davon entfielen 6,6 Mrd. Euro auf das Produzierende Gewerbe, 7,7 Mrd.

Euro auf die öffentlichen Haushalte (Staat) und 19,5 Mrd. Euro auf die privatisierten öffentlichen Unternehmen. In allen Umweltbereichen machten die investiven Umweltschutzausgaben einen Anteil von 23 % aus, während die laufenden Ausgaben für den Betrieb der Umweltschutzeinrichtungen mit 77 % eindeutig überwogen.

Die Analyse der Ausgabenströme nach Umweltbereichen macht die Dominanz des Gewässerschutzes und der Abfallbeseitigung deutlich, die beide in erster Linie beim Staat oder den öffentlichen Unternehmen angesiedelt sind. Auf diese beiden Umweltschutzbereiche entfielen im Jahr 2007 rund 91 % der gesamten Umweltschutzausgaben. Die Maßnahmen für die Luftreinhaltung, die sich fast ausschließlich im Produzierenden Gewerbe finden, erreichten einen Ausgabenanteil von 8 %. Lärmschutzausgaben stellten 1 % der Gesamtausgaben dar.

→ Abb. 4

Im Vergleich von 2007 zu 2000 sind die Umweltschutzausgaben um 1,1 Mrd. Euro gestiegen. Während die Investitionen für Umweltschutz deutlich zurückgingen, stiegen die laufenden Ausgaben. Beim Produzierenden Gewerbe stiegen die Investitionen zwischen 2000 und 2007 um

18,6 %. Allerdings werden die in den Produktionsprozess integrierten Investitionen erst seit 2003 erfasst. Ihr Wert lag 2007 bei rund 0,7 Mrd. Euro. Kostintensivere, dem Produktionsprozess in der Regel nachgeschaltete Umweltschutzanlagen, so genannte »End-of-pipe-Anlagen«, machten immer noch den höheren Anteil an den Gesamtinvestitionen aus (rund 1,8 Mrd. Euro). Der Staat tätigte 2007 Investitionen für den Umweltschutz in Höhe von ebenfalls rund 1,8 Mrd. Euro, bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen waren es 4,1 Mrd. Euro.

In der Diskussion über Maßnahmen zum Umweltschutz sind neben den Umweltschutzausgaben die umweltbezogenen Steuern von besonderem Interesse. Sie gehören zu den wirtschaftlichen Instrumenten in der Umweltpolitik. Zu den Umweltsteuern rechnen in Deutschland die Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer), die Kraftfahrzeugsteuer und die Stromsteuer. Die »Ökosteuern« wurde in Deutschland zum 1. April 1999 eingeführt. Sie umfasste eine schrittweise Erhöhung der Energiebesteuerung durch Anhebung der Mineralölsteuersätze (bis

2003) und die Einführung der Stromsteuer. Bereits zuvor war die Mineralölsteuer im Laufe der 1990er Jahre mehrfach angehoben und die Kraftfahrzeugsteuer auf eine andere Basis gestellt worden.

Im Jahr 2009 beliefen sich die umweltbezogenen Steuereinnahmen auf 54,3 Mrd. Euro. Davon entfielen 39,8 Mrd. Euro auf die Energiesteuer, 8,2 Mrd. Euro auf die Kraftfahrzeugsteuer und 6,3 Mrd. Euro auf die Stromsteuer. Von 2000 bis 2009 hat sich das Aufkommen an umweltbezogenen Steuern um 12,6 % erhöht. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Mineralölsteuer um 5,3 %, die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 16,9 %. Die Einnahmen aus der Stromsteuer lagen 2009 um 87,1 % über denen von 2000. Die gesamten Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte sind von 2000 bis 2009 um rund 12 % gestiegen. Der Anteil umweltbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen in Deutschland lag 2009 bei 10,4 % und damit fast genau so hoch wie im Jahr 2000 (10,3 %). 2003 war der Umweltsteueranteil mit 12,9 % allerdings deutlich höher.

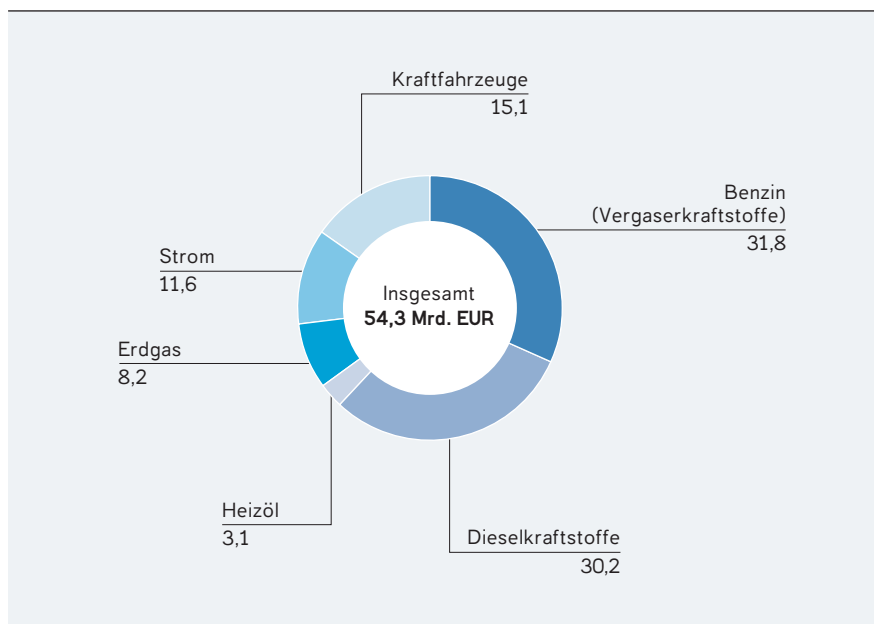
→ Abb. 5

12.1.4 Zusammenfassung

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) liefern Daten und Analysen zu den Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt. Überwiegend bilden die UGR physische Größen ab zu Nutzung und Verbrauch von Umweltressourcen durch Wirtschaft und Haushalte (Primärenergie, Rohstoffe, Wasser, Bodenfläche) und zur Abgabe von Stoffen in die Umwelt (Emissionen in Luft und Wasser, Abfälle). Monetäre Größen werden nur für den Bereich der Umweltschutzausgaben und Umweltsteuern bereitgestellt.

Die Ergebnisse in Form der umweltökonomischen Trends für die Jahre 2000 bis 2009 zeigten für fast alle untersuchten Faktoren eine rückläufige Umweltnutzung. Gleichzeitig wurden die Einsatzfaktoren effizienter genutzt; die Umweltproduktivitäten sind in fast allen Fällen angestiegen. Mit den gleichen Umweltressourcen wurde also eine höhere wirtschaftliche Leistung erzielt. Die Ergebnisse und Analysen gehen auch in den Indikatorenbericht des Statistischen Bundesamtes zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ein. Sowohl für Indikatoren aus den Bereichen Umwelt und Wirtschaft als auch für die anderen Bereiche der Nachhaltigkeitspolitik werden Erfolge und Misserfolge an der Entwicklung der Indikatoren gemessen.

Abb. 5: Umweltbezogene Steuereinnahmen 2009, in %



13 Freizeit und gesellschaftliche Partizipation

Sebastian Czajka
Udo Kleinegees
Kristina Kott


13.1 Freizeit und Mediennutzung

Zur Untersuchung von Freizeitaktivitäten werden verschiedene statistische Informationsquellen genutzt. Bei der Betrachtung von Freizeitaktivitäten wird außerhalb der Statistik häufig zwischen Kultur und Unterhaltung unterschieden. Eine strikte Trennung dieser beiden Aspekte ist jedoch kaum möglich, da kulturelle Dienstleistungen (z. B. Theater und Museen) und Kulturgüter (z. B. Bücher und Filme), die im ersten Teil des Beitrags untersucht werden, auch zur Unterhaltung beitragen.

Einen großen Teil ihrer privaten Zeit verwenden die Menschen mittlerweile zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, die im zweiten

Abschnitt (13.1.2) beleuchtet werden. Insbesondere die Entwicklung des Internets hat das Freizeitverhalten der Menschen in den letzten Jahren beeinflusst. Voraussetzung für die Internetnutzung im privaten Bereich ist die Ausstattung der Haushalte mit Computer und Internetzugang. Wie häufig werden Computer und Internet im privaten Bereich genutzt und wozu? Welche geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt es? Inwieweit hängt die Nutzung vom Alter oder vom Bildungsstand ab?

Unter 13.1.3 werden die privaten Ausgaben für Freizeitaktivitäten in den Blick genommen, die aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) hervorgehen.

Wie hoch sind die Ausgaben für Freizeitaktivitäten? Wofür wird das Geld ausgegeben? Welche Unterschiede gibt es zwischen einzelnen Haushaltstypen? Welche Rolle spielt die Höhe des Haushaltseinkommens? 

13.1.1 Freizeit, Kultur und Sport

Theater

In der Spielzeit 2008/2009 gab es in 125 Gemeinden in Deutschland 144 Theaterunternehmen mit 888 Spielstätten und 330 000 Plätzen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden entspricht das einem Platzangebot von rund elf Plätzen je 1 000 Einwohner. Die insgesamt knapp 66 000 Aufführungen an öffentlichen Theatern verzeichneten in der Spielzeit 2008/2009 rund 19 Mill. Besucherinnen und Besucher, also durchschnittlich rund 295 je Veranstaltung. Mit rund 5,9 Mill. Zuschauerinnen und Zuschauern lagen Opern und Tanz (Ballette) bei den Besuchszahlen an der Spitze. Es folgten Schauspiele mit 5,6 Mill. sowie Kinder- und Jugendstücke mit 2,7 Mill. Operetten und Musicals sahen sich 2,0 Mill. Besucher an. Für die Konzerte der Theaterorchester interessierten sich rund 1,6 Mill. Besucherinnen und Besucher. Zum Vergleich: Die rund 46 000 Veranstaltungen der 196 Privattheater (Spielstätten) hatten 2008/2009 rund 7 Mill. Besucherinnen und Besucher.

Rund zehn Jahre zuvor – in der Spielzeit 1998/1999 – gab es mehr Theaterunter-

Wie viele arbeitsfreie Tage stehen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zur Verfügung?



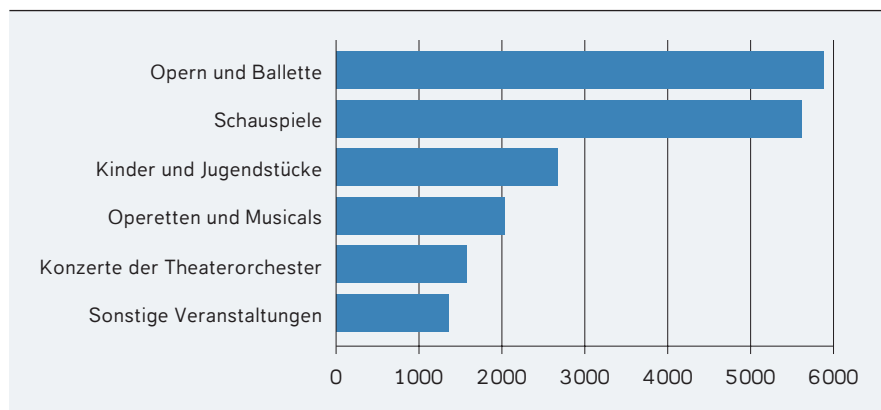
Nach dem Bundesarbeitsgesetz steht allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland ein gesetzlicher Mindesturlaub von 24 Werktagen (vier Wochen) zu. In den Tarifverträgen sind jedoch meist längere Zeiten vereinbart. 2009 lag die tariflich vereinbarte Urlaubsdauer im früheren Bundesgebiet durchschnittlich bei 31 und in den neuen Ländern bei 30 Arbeitstagen. Dabei werden fünf Arbeitstage pro Woche zugrunde gelegt. Im Jahr 2009 hatten 78 % aller Tarifbeschäftigten im früheren Bundesgebiet und 63 % in den neuen Ländern Anspruch auf sechs oder mehr Wochen Urlaub.

Tariflich erfasste Arbeitnehmer/-innen nach Urlaubsdauer

| Wochen | Früheres Bundesgebiet | | Neue Länder (einschl. Berlin-Ost) | |
|---------------|-----------------------|------|-----------------------------------|------|
| | 1995 | 2009 | 1995 | 2009 |
| | in % | | | |
| 4 bis unter 5 | 1 | 2 | 2 | 4 |
| 5 bis unter 6 | 20 | 19 | 51 | 32 |
| 6 oder mehr | 79 | 78 | 47 | 63 |

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Abb. 1: Theaterbesuche an öffentlichen Theatern 2008/2009, in 1 000



Quelle: Deutscher Bühnenverein.

nehmen, aber weniger Spielstätten (152 öffentliche Theaterunternehmen und 727 Spielstätten) und weniger Veranstaltungen (64000). Die Veranstaltungen wurden damals durchschnittlich von mehr Menschen besucht. Insgesamt wurden 1998/1999 20,5 Mill. Besucher und Besucherinnen gezählt, also durchschnittlich 320 je Veranstaltung.

Die öffentlichen Theater erhalten zur Deckung ihrer laufenden Kosten seit jeher Betriebszuschüsse. Der Anteil der Ausgaben, den sie aus eigenen Einnahmen – im Wesentlichen aus dem Kartenverkauf – finanzieren, steigt stetig an. Deckten die eigenen Betriebseinnahmen 1998/1999 nur 14 % der Betriebsausgaben (was einen Betriebszuschuss von 87 Euro je Besucher zur Folge hatte), betrug der Anteil 2008/2009 rund 18 %. Der notwendige

Betriebszuschuss lag bei rund 99 Euro je Besucher. → **Abb. 1**

Kinos

Kinos (ortsfeste Leinwände) sind fester Bestandteil des Kulturangebots und leisten nach wie vor einen wichtigen Unterhaltungsbeitrag. Die Zahl der Kinos in Deutschland betrug 4438 im Jahr 1999 und stieg bis 2009 auf insgesamt 4571 an. Die Produktion deutscher sowie deutsch/ausländischer Koproduktionen von Spielfilmen (einschl. Kinder- und Jugendfilmen) hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Von 74 Produktionen im Jahr 1999 auf 150 im Jahr 2009. 1999 wurden in den Kinos in Deutschland rund 149 Mill. Filmbesuche ermittelt. 2009 lag die Zahl bei 146 Mill. Besuchen. Das waren 1,8 Kinobesuche je Einwohner im Jahr.

Museen

Einen bedeutenden Faktor im kulturellen Leben stellen die 4790 Museen unterschiedlicher Fachgebiete und Träger-schaften in Deutschland dar. Rund 45 % aller Einrichtungen sind Volks- und Heimatkundemuseen, gefolgt von kultur-geschichtlichen Spezialmuseen (knapp 15%) und naturwissenschaftlichen und technischen Museen (rund 12 %). Alle Museen zählten im Jahr 2009 insgesamt rund 107 Mill. Besuche. Im Vergleich dazu lag die Besuchszahl im Jahr 1995 bei 91 Mill. Dies entspricht einem Anstieg von rund 16 Mill. (knapp 18 %). Den größten Zuspruch fanden 2009 die Kunstmuseen mit 18,3 Mill. Besuchen sowie die historischen und archäologischen Museen mit 18,1 Mill. Besuchen. → **Tab. 1**

Bücher und Bibliotheken

Trotz veränderter Informationsmöglichkeiten, die aus der zunehmenden Verbreitung der elektronischen Medien resultieren, haben Bücher ihre Bedeutung als Quelle des Wissens und der Unterhaltung nicht eingebüßt. 1999 betrug die Erstauflage an Buchtiteln rund 61 000, darunter 6 000 Taschenbücher. 2009 zeugten insgesamt 82 000 Erstauflagen – darunter 9 600 Taschenbücher – von einem gestiegenen Interesse. Nach Sachgruppen gegliedert, entfiel 2009 der größte Teil der Erstauflagen auf Literatur (39 %) und Sozialwissenschaften (19 %). Es folgten Belletristik (17 %), Technik, Medizin und angewandte Wissenschaften (15 %) sowie Künste und Unterhaltung (12 %).

→ **Tab. 2**

Tab. 1: Museumsarten und Zahl der Besuche 2009

| Museumsart | Anzahl | Besuche in 1000 |
|--|-------------|-----------------|
| Volks- und Heimatkundemuseen | 2119 | 16006 |
| Kunstmuseen | 517 | 18334 |
| Schloss- und Burgmuseen | 224 | 12710 |
| Naturkundliche Museen | 228 | 8354 |
| Naturwissenschaftliche und technische Museen | 552 | 15642 |
| Historische und archäologische Museen | 348 | 18053 |
| Kulturgeschichtliche Spezialmuseen | 709 | 11195 |
| Sonstige museale Einrichtungen | 93 | 6526 |
| Insgesamt | 4790 | 106820 |

Quelle: Institut für Museumsforschung und Berechnungen des Statistischen Bundesamtes.

Der Zugang zur Literatur wird durch die Einrichtungen des Bibliothekswesens erleichtert. 2009 gab es in Deutschland 8405 öffentliche Bibliotheken mit einem Bestand von rund 124 Mill. Medieneinheiten (insbesondere Bücher und Zeitschriften, aber auch Kassetten, CDs, DVDs und Spiele). Es wurden rund 370 Mill. Entleihungen an knapp 8 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer registriert. Die 246 wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland (ohne die

Tab. 2: Buchproduktion nach ausgewählten Sachgruppen 2009

| | Erstauflage | Anteil in % |
|---|-------------|-------------|
| Literatur | 31 837 | 39 |
| Sozialwissenschaften | 15 861 | 19 |
| Belletristik | 13 931 | 17 |
| Technik, Medizin, angewandte Wissenschaften | 12 582 | 15 |
| Künste und Unterhaltung | 9 737 | 12 |

Einschl. Mehrfachzählungen.

Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels.

Spezialbibliotheken) verfügten 2009 über 238 Mill. Bände und Dissertationen. Auf 2,9 Mill. Bibliotheksbenutzerinnen und -benutzer entfielen 2009 96,5 Mill. Entleihungen.

Sport

Sport ist ein wichtiger Teil der Alltagskultur. Er trägt zur Lebensqualität bei und prägt die Freizeitgestaltung. Insgesamt waren im Jahr 2010 27,6 Mill. Mitglieder in 91 148 Sportvereinen aktiv. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) als Dachorganisation ist damit die größte Personenvereinigung Deutschlands.

Insgesamt engagierten sich 2009/2010 in den deutschen Sportvereinen Mitglieder in 1,85 Mill. Positionen und Aufgaben ehrenamtlich. Im Durchschnitt ist jede/r Ehrenamtliche 20,1 Stunden pro Monat aktiv. Dies entspricht einer monatlichen Arbeitsleistung von 37,2 Mill. Stunden.

Tab. 3: Die zehn mitgliedstärksten Sportverbände 2010

| | Mitglieder in 1000 |
|-----------------------------------|--------------------|
| Fußball | 6 757 |
| Turnen | 4 972 |
| Tennis | 1 559 |
| Sportschießen | 1 439 |
| Leichtathletik | 886 |
| Handball | 846 |
| Deutscher Alpenverein (Bergsport) | 832 |
| Reiten | 737 |
| Sportfischen | 638 |
| Tischtennis | 614 |


Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund.

Der Beitrag der Sportvereine zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland wird ersichtlich, wenn man auch die 7 Mill. Menschen berücksichtigt, die als freiwillige Helferinnen und Helfer unentgeltlich bei gesonderten Arbeitseinsätzen aktiv sind. Fasst man diese zusammen, so sind unter dem Dach des Deutschen Olympischen Sportbunds 8,8 Mill. Personen freiwillig engagiert. Bei dieser Gesamtsumme ist zu beachten, dass Personen in formalen ehrenamtlichen Positionen zum Teil auch zusätzlich sporadische Aufgaben im Sportverein übernehmen.

Insgesamt liegt der Frauenanteil aller Sportverbände im Jahr 2010 bei rund 40 %. Gemessen an den Mitgliederzahlen rangiert der Deutsche Fußball-Bund (DFB) mit 6,8 Mill. an der Spitze der Sportverbände. Dies waren mehr als ein Viertel der Mitglieder im DOSB. Der Frauenanteil in den Fußballvereinen lag 2010 bei mehr als 15 %.

Die Turnvereine hatten mit knapp 5,0 Mill. Mitgliedern neben den Fußballvereinen die größten Mitgliederzahlen. Turnen gehörte neben Tanzen und Reiten zu den wenigen Sportarten, bei denen Frauen in den Vereinen zahlenmäßig dominierten. Unter den zehn mitgliedstärksten Verbänden waren mit dem »Deutschen Alpenverein« (Bergsport) und den Sportfischern zwei nicht-olympische Verbände vertreten. In den Bereichen Behinderten- und Gehörlosensport des DOSB waren rund 532 000 sportlich Aktive organisiert. → Tab. 3

13.1.2 Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien

Mit der europäischen Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien werden die Ausstattung privater Haushalte mit entsprechenden Geräten und deren Nutzung für den privaten Gebrauch untersucht. Die Ergebnisse beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf das erste Vierteljahr 2010. 

Datenerhebung zur privaten Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien

Mit der Befragung über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien werden Daten zur Ausstattung und zur Nutzung entsprechender Geräte, insbesondere Computer und Internet, erhoben. Die Schwerpunkte liegen auf Fragen zur Art, Häufigkeit und ausgewählten Zwecken der Internetnutzung. Zusätzlich werden Informationen darüber erhoben, welche Bedenken und Hindernisse die Menschen vom Kontakt zu neuen Technologien abhalten.

Die Erhebung ist eine europäische Erhebung, die jährlich seit 2002 durchgeführt wird. Ziel ist es, Informationen über die Verbreitung und über unterschiedliche Nutzungsaspekte von Computer und Internet bereitzustellen. Die Erhebung wird in Deutschland als schriftliche Befragung durchgeführt und besteht aus zwei Erhebungsteilen (Haushalts- und Personenfragebogen). Über einen Haushaltfragebogen werden Informationen zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologien erhoben. Um ein genaues Bild über die Nutzungsgewohnheiten der Einzelpersonen im Haushalt ermitteln zu können, erhält jede im Haushalt lebende Person ab zehn Jahren einen Personenfragebogen mit Fragen zur individuellen Computer- und Internetnutzung. Fragen zum Bildungsstand und zur Erwerbstätigkeit beziehen sich auf Personen ab 16 Jahren. Die Auskunftserteilung ist freiwillig.




Was sind private Haushalte?

Als Privathaushalt gelten Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften, die in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus, Urlaub, Wehr- und Zivildienst. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt bzw. mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (allein Lebende oder Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Untermieter, Gäste, Hausangestellte gehören nicht zum Haushalt.

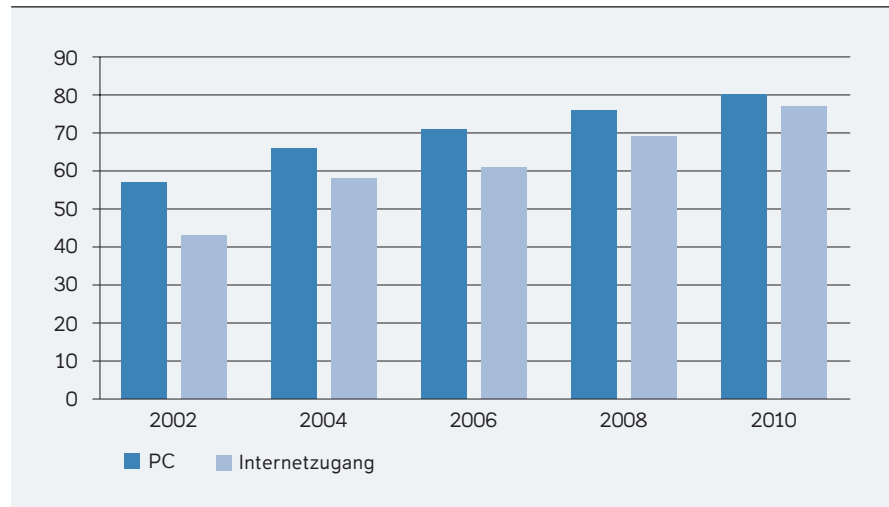
Ausstattung privater Haushalte

Die Nutzung der Technologien setzt das Vorhandensein entsprechender Geräte und Anschlüsse voraus. In erster Linie geht es hier um die Ausstattung privater Haushalte mit einem Computer (stationärer PC oder Laptop) und einem Internetzugang.

Die Ergebnisse im Zeitablauf zeigen, dass die Ausstattung der Haushalte mit Computer und Internet seit 2002 kontinuierlich zugenommen hat. Gaben 2002 rund 57 % der Haushalte an über einen Computer zu verfügen, stieg dieser Anteil im Jahr 2010 auf 80 %. Eine ähnliche, noch dynamischere Entwicklung ist beim Internetzugang zu beobachten. Der Anteil der Haushalte mit Internetanschluss lag 2002 bei 43 % und erreichte 2010 bereits 77 %.  → **Abb. 2**

Die Ausstattung der Haushalte ist jedoch von Einflussfaktoren, wie z. B. von der Haushaltsgröße, abhängig. So verfügten Haushalte mit Kindern unter 16 Jahren eher über einen eigenen Internetzugang als andere Haushaltsformen. Je höher die

Abb. 2: Ausstattung privater Haushalte mit PC und Internetzugang, in %



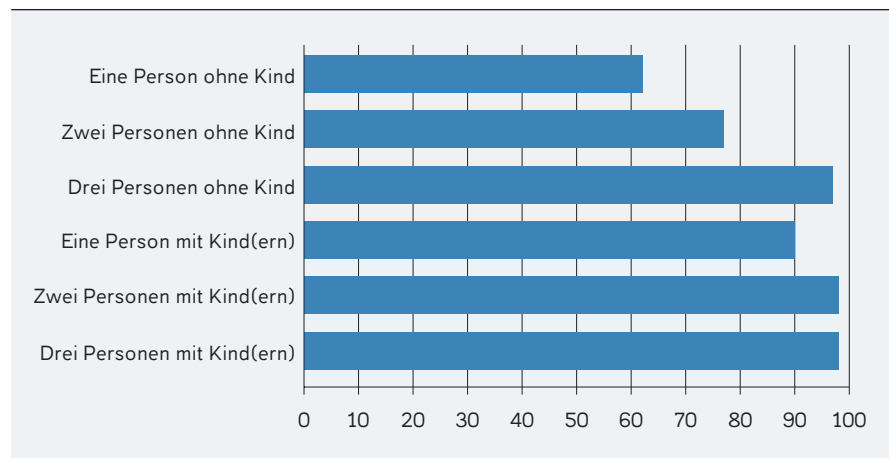
Anzahl der Haushaltsmitglieder, desto eher stand ein Internetzugang zur Verfügung. → **Abb. 3**

Als wichtiger Indikator für die Intensität der Mediennutzung der privaten Haushalte gilt der Anteil der Haushalte, die über einen Breitbandanschluss (z. B. DSL-Anschluss) verfügen. Ein Breitbandanschluss ermöglicht in der Regel einen schnelleren Zugang auf Informationen im Internet durch eine höhere Datenübertragungsrate als Schmalbandanschlüsse (analoges Modem oder ISDN). Die Anzahl der Haushalte, die über einen solchen Breitbandanschluss verfügen, hat in den letzten Jahren stark zugenommen.

Im Jahr 2006 hatten knapp 50 % der Haushalte mit Internetzugang einen Breitbandanschluss. Im Jahr 2010 ist dieser Anteil auf 91 % angestiegen. Der Einsatz von Computern mit Schmalbandanschlüssen, um von zu Hause ins Internet zu gelangen, hat dagegen im gleichen Zeitraum stark abgenommen und keine große Bedeutung mehr. Lediglich 7 % der Haushalte, die einen Internetzugang hatten, gaben »Analoges Modem oder ISDN-Modem/ISDN-Karte« als Zugangsart an. Im Jahr 2006 hatte ihr Anteil noch bei 54 % gelegen.

Auch die mobile Internetnutzung hat in den letzten Jahren zugenommen und

Abb. 3: Haushalte mit Internetzugang nach Haushaltstypen 2010, in %



wird mit der weiteren Verbreitung neuer Technologien (wie Smartphone, Tablet-PC) in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit noch weiter an Bedeutung gewinnen. Bei der Internetnutzung werden heute wesentlich mehr Laptops und Notebooks eingesetzt. Während 2010 bereits 61 % der Haushalte mit Internetzugang einen tragbaren Computer für den Zugang zum Internet verwendeten, waren es im Jahr 2006 mit 31 % noch 30 Prozentpunkte weniger. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung stationärer Computer in den Haushalten, die über einen Internetzugang verfügen, ab: Lag der Anteil der Haushalte, die einen stationären Computer für den Internetzugang verwenden 2006 noch bei 87 %, fiel der Anteil im Jahr 2010 auf 72 % ab.

Computernutzung

Die Ausstattung eines Haushalts mit Informations- und Kommunikationstechnologien allein sagt noch nichts darüber aus, wie verbreitet die Nutzung dieser Technologien innerhalb der Bevölkerung tatsächlich ist. Nicht immer nutzen alle Mitglieder eines Haushaltes die vorhandenen Geräte oder Zugangsmöglichkeiten. Auch können Menschen, die zu Hause auf Computer oder Internetzugang verzichten, an anderen Orten Zugriff auf diese Technologien haben. Daher wird im Folgenden der Blick auf den persönlichen Umgang mit Computer und Internet gerichtet.

Die Nutzung von Computern ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen: Während 2002 rund 61 % der Bevölkerung ab einem Alter von zehn Jahren den PC in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben, waren es 2010 bereits 78 %, sei es privat, beruflich oder im Rahmen der Schule oder Ausbildung. Das entspricht etwa 58 Mill. Menschen ab zehn Jahren.

→ Tab. 4

In Abhängigkeit vom Alter findet der Computer unterschiedlich starke Akzeptanz. Bei den 10- bis 15-Jährigen hatten

2010 bereits 98 % den Computer genutzt, bei den 16- bis 24-Jährigen waren es mit 99 % ebenfalls fast alle Personen dieser Altersgruppe. Die Personen zwischen 25 und 44 Jahren hatte einen vergleichbar hohen Anteil an der Computernutzung (96 %). Mit einem Anteil von 80 % ist die Computernutzung bei den 45- bis 65-Jährigen ebenso nicht mehr wegzudenken. Erst in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren nimmt die Nutzung ab. Hier lag der Anteil bei 36 %.

Auch zeigt sich bei der Computernutzung in den letzten drei Monaten vor der Befragung eine stärkere Differenzierung zwischen den Geschlechtern, wenn die unterschiedlichen Altersgruppen betrachtet werden. Insgesamt lag der Anteil der Computer nutzenden Männer 2010 mit 83 % nach wie vor über dem der Frauen (74 %). Im Zeitablauf ist der Abstand zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Computernutzung seit 2002 mit etwa zehn Prozentpunkten konstant geblieben. Die Differenzen basierten jedoch größtenteils auf unterschiedlichem Verhalten bei den Älteren. Während Männer und Frauen unter 45 Jahren bei der Computernutzung gleichauf lagen, sah es in den Altersklassen über 45 Jahren anders aus: In der Altersklasse von 45 bis 64 Jahren war zwar ein unterschiedliches Nutzungsverhalten zwischen Frauen (76 %) und Männern (84 %) auszumachen, die Differenzen waren jedoch mit 8 Prozentpunkten noch relativ gering. Bei den 65-Jährigen und Älteren waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede deutlicher, denn wesentlich mehr Männer (47 %) als Frauen (28 %) nutzten einen Computer.

Tab. 4: Computernutzung, in %

| | Insgesamt | Männlich | Weiblich |
|------|-----------|----------|----------|
| | in % | | |
| 2002 | 61 | 66 | 55 |
| 2006 | 73 | 77 | 68 |
| 2008 | 76 | 81 | 71 |
| 2010 | 78 | 83 | 74 |

Wie wird der Bildungsstand definiert?



Die drei im Text verwendeten Kategorien hoher, mittlerer und niedriger Bildungsstand beruhen auf der international vergleichbaren Klassifikation formaler Bildungsabschlüsse »International Standard Classification of Education« (ISCED). Personen mit einem hohen Bildungsstand verfügen über einen akademischen Abschluss oder Fachschulabschluss. Berufsqualifizierende Abschlüsse oder das (Fach-)Abitur gehören zur Kategorie mittlerer Bildungsstand und alle übrigen Abschlüsse (einschl. fehlendem Schul- oder Bildungsabschluss) zur Kategorie niedriger Bildungsstand.

Unterschiede bei der Computernutzung ergaben sich auch nach dem Bildungsstand der Personen. 63 % der Personen mit niedrigem Bildungsstand haben 2010 einen Computer in den letzten drei Monaten vor der Befragung genutzt. Bei Personen mit mittlerem Bildungsstand (z. B. Abschluss an einem Gymnasium oder duale Berufsausbildung) waren es 79 %. Der Anteil der Computernutzer mit hohem Bildungsstand lag 2010 bei 87 %.



Deutlich wird anhand der Ergebnisse, dass Personen, die einen Computer nutzen, dies meist sehr intensiv tun. So zeigen die Zahlen aus dem Jahr 2010, dass 79 % der Computernutzer dies täglich oder fast täglich taten. Große Unterschiede in den Altersgruppen werden hierbei offensichtlich. So nutzten in der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren knapp 62 % der Personen den Computer jeden Tag oder fast jeden Tag. Dagegen lag der Anteil bei den 16- bis 24-Jährigen bei 90 %. Bei den 25- bis 44-Jährigen (84 %) und in der Altersgruppe 45 bis 64 Jahren (77 %) lagen die Anteile auch deutlich höher. → Tab. 5

Am meisten wird ein Computer zu Hause genutzt. 95 % der Computernutzer gaben als Ort »zu Hause« an. 43 % der Perso-

Tab. 5: Häufigkeit der Computernutzung nach Altersgruppen 2010

| | Personen, die den Computer in den letzten drei Monaten nutzten | | | | | |
|--|--|------------------------|-------|-------|-------|-------------|
| | insgesamt | von ... bis ... Jahren | | | | |
| | | 10-15 | 16-24 | 25-44 | 45-64 | 65 u. älter |
| in % | | | | | | |
| Durchschnittl. Nutzung in den letzten drei Monaten | 78 | 98 | 99 | 96 | 80 | 36 |
| Jeden Tag oder fast jeden Tag | 79 | 64 | 90 | 84 | 77 | 62 |
| Mindestens einmal in der Woche | 16 | 29 | 10 | 12 | 16 | 25 |

nen nannten auch den Arbeitsplatz als Ort der Nutzung. Daneben nutzten 21 % der Personen einen Computer bei Freunden, Bekannten oder Verwandten und 12 % einen Computer unterwegs, z. B. im Hotel, im Flughafen oder im Internetcafe.

Internetnutzung

Neben der ausschließlichen Verwendung eines Computers ist auch die Nutzung des Internets mittlerweile wesentlicher

Bestandteil des Lebensalltags von immer mehr Menschen. 2010 nutzten 75 % der befragten Personen das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum. Im Jahr 2006 hatte dieser Anteil noch bei 65 % gelegen. Im Vergleich zur Computernutzung lag der Anteil der Internetnutzer mit 75 % nur um drei Prozentpunkte niedriger als der Anteil der Personen, die überhaupt einen Computer 2010 nutzten (78 %).

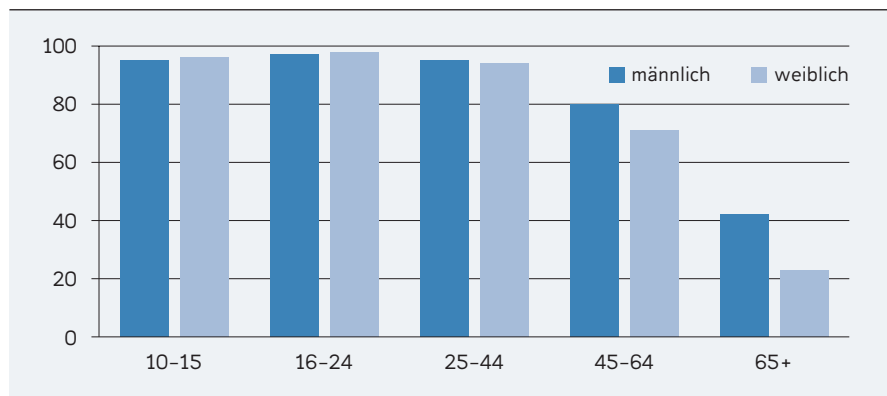
Differenziert man die Ergebnisse nach dem Alter der Nutzer, zeigen sich wie bei der Computernutzung teilweise deutliche Unterschiede. In den Bevölkerungsgruppen unter 65 Jahren lag die Internetnutzung auf sehr hohem Niveau. Im Befragungszeitraum nutzten 96 % der 10- bis 15-Jährigen und 98 % der 16- bis 24-Jährigen das Internet. Ein ähnlich hohes Nutzungsverhalten zeigte sich bei den Personen zwischen 25 und 44 Jahren mit einem Anteil von 95 %. Auch in der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen hatten drei Viertel der Personen vom Internet Gebrauch gemacht. Dagegen waren 65-Jährige und Ältere deutlich seltener online. 31 % dieser Altersgruppe nutzten 2010 das Medium.

Auch bei der Intensität der Internetnutzung gibt es Parallelen zur Computernutzung. Sobald das Internet genutzt wird, erfolgt dieses auch regelmäßig. 73 % der Internetnutzer waren jeden Tag oder fast jeden Tag online. Im Jahr 2006 hatte dieser Anteil noch 56 % betragen. Den größten Anteil an den täglichen Nutzern hatten 2010 die 16- bis 24-Jährigen (87 %), gefolgt von den 25- bis 44-Jährigen (79 %) und den Onlinern zwischen 45 und 64 Jahren (69 %). Auch bei den ganz jungen Nutzern zwischen 10 und 15 Jahren als auch bei den älteren Menschen ab 65 Jahren surfte mehr als die Hälfte (jeweils 58 %) jeden Tag oder fast jeden Tag im Internet. → Tab. 6

Tab. 6: Häufigkeit der Internetnutzung nach Altersgruppen 2010

| | Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten nutzten | | | | | |
|--|--|------------------------|-------|-------|-------|-------------|
| | insgesamt | von ... bis ... Jahren | | | | |
| | | 10-15 | 16-24 | 25-44 | 45-64 | 65 u. älter |
| in % | | | | | | |
| Durchschnittl. Nutzung in den letzten drei Monaten | 75 | 96 | 98 | 95 | 75 | 31 |
| Jeden Tag oder fast jeden Tag | 73 | 58 | 87 | 79 | 69 | 58 |
| Mindestens einmal in der Woche | 19 | 31 | 12 | 16 | 22 | 28 |

Abb. 4: Internetnutzung nach Alter und Geschlecht 2010, in %



Im Befragungszeitraum surfte 80 % der Männer im World Wide Web, der Anteil der Frauen lag bei 70 %. Das niedrigere Niveau bei den Frauen ergab sich im Wesentlichen, wie auch bei der Computernutzung, durch das Verhalten der 65-Jährigen und Älteren. In dieser Altersgruppe nutzten 2010 lediglich 23 % der Frauen die Möglichkeiten des Internets, Männer dagegen zu 42 %. Bei der Altersgruppe der 45- bis 64-Jährigen betrug der geschlechtsspezifische Unterschied 9 Prozentpunkte (Frauen: 71 %, Männer: 80 %). Bei den Jüngeren (unter 45 Jahren) konnte, wie bereits in den letzten Jahren, kein

Unterschied beim Anteil der Internetnutzer ausgemacht werden. → **Abb. 4**

Ein Blick auf den Bildungsstand der Internetnutzer zeigt: 85 % der Personen mit einem hohen Bildungsstand nutzten 2010 das Internet innerhalb der letzten drei Monate vor dem Befragungszeitraum. Bei Personen mit mittlerem Bildungsstand lag der Anteil bei 76 %, Personen mit niedrigem Bildungsstand nutzten das Internet mit einem Anteil von 60 %.

Die dargestellten Ergebnisse zeigen den Verbreitungsgrad und den allgemeinen Einsatz des Internets in der Bevölkerung. Unberücksichtigt blieb dabei, ob das Internet für private oder für berufliche Zwecke verwendet wird. Nachfolgend wird nun der Frage nachgegangen, für welche Zwecke das Internet im privaten Bereich eingesetzt wird.

Die Ergebnisse zeigen, dass das Internet 2010 in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum am häufigsten für Kommunikation und für die Informationssuche bzw. Nutzung von Onlineservices verwendet wurde. Insgesamt nutzten 92 % der Internetnutzer das Internet als Kommunikationsmedium und sogar 97 % für die Suche nach Informationen und für die Nutzung von Onlinediensten. Für Bankgeschäfte und private Verkäufe von Waren und Dienstleistungen wurde es von mehr als der Hälfte (54 %) der Nutzer verwendet. Ein vergleichbar hoher Anteil (58 %) von Internetnutzern nutzte die Möglichkeit, über das Internet Kontakt zu Behörden oder öffentlichen Einrichtungen innerhalb der letzten zwölf Monate vor dem Befragungszeitraum aufzunehmen. → **Tab. 7**

Bei vielen Internetaktivitäten zu privaten Zwecken können keine oder nur geringfügige geschlechterspezifische Unterschiede festgestellt werden, wie z. B. bei der Nutzung des Internets für E-Mails oder auch für die allgemeine Suche nach Informationen zu Waren oder Dienstleis-

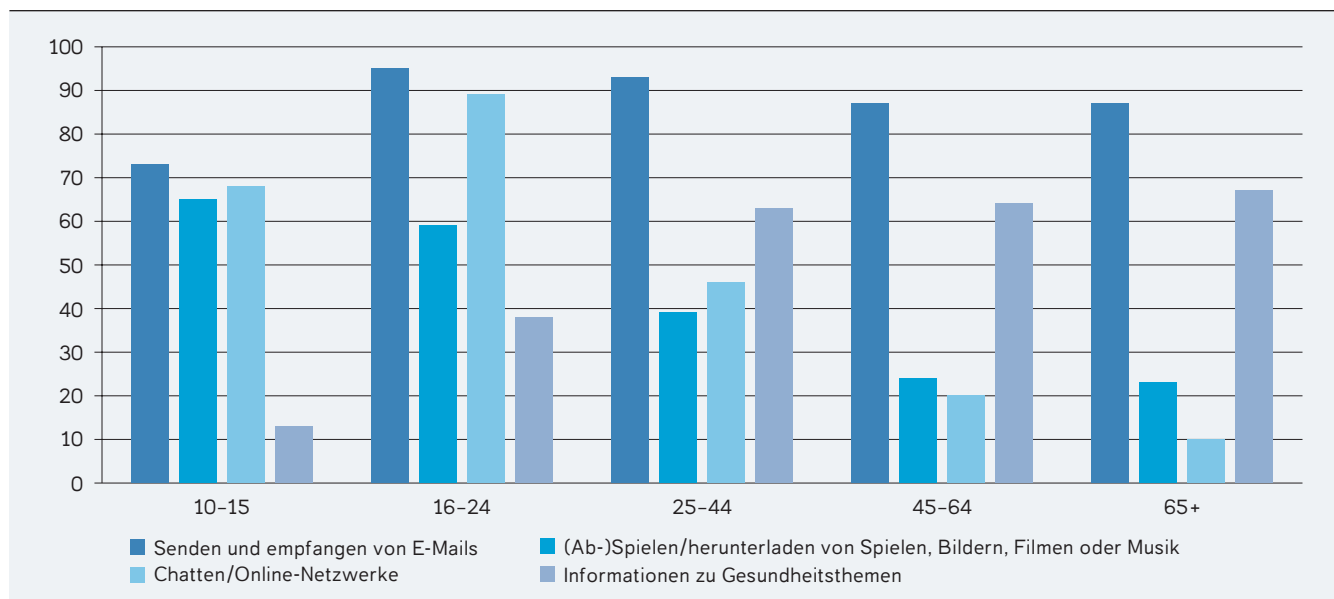
tungen. Sehr große Unterschiede waren jedoch beispielsweise beim Herunterladen von Software, beim Spielen oder Herunterladen von Spielen, Bildern, Filmen oder Musik und auch beim Konsum von Internet-Radio bzw. Internet-Fernsehen zu beobachten. Internet-Radio oder -Fernsehen wurde von 36 % der Männer, jedoch nur von 24 % der Frauen genutzt. Ferner haben 47 % der Männer, aber nur 23 % der Frauen Software (ohne Computer- und Videospiele) her-

untergeladen. Beim Spielen oder Herunterladen von Spielen, Bildern, Filmen oder Musik betrug der Unterschied 11 Prozentpunkte zwischen den Geschlechtern (Männer: 43 %, Frauen: 32 %). Bei der Suche nach Informationen zu Gesundheitsthemen (Frauen: 64 %, Männer: 49 %) und bei der Nutzung von Reisedienstleistungen, wie die Buchung von Fahrkarten für Urlaubsreisen (Frauen: 56 %, Männer: 51 %), lagen dagegen die Frauen vorn.

Tab. 7: Internetaktivitäten 2010

| Internetaktivitäten zu privaten Zwecken innerhalb der letzten drei Monate | Insgesamt | Männlich | Weiblich |
|---|-----------|----------|----------|
| | in % | | |
| Kommunikation | 92 | 92 | 91 |
| Senden und empfangen von E-Mails | 89 | 89 | 89 |
| Telefonieren/Videotelefonate (mit Webcam) | 21 | 24 | 19 |
| Chatten/Online-Netzwerke/Foren/Blogs/Instant Messaging | 43 | 42 | 44 |
| Informationssuche, Nutzung von Onlinediensten | 97 | 97 | 96 |
| Informationen über Waren und Dienstleistungen | 87 | 88 | 86 |
| Nutzung von Reisedienstleistungen | 54 | 51 | 56 |
| Nutzung von Internet-Radio/-Fernsehen | 30 | 36 | 24 |
| Einstellen/hochladen eigener Inhalte (z. B. Texte, Bilder, Fotos, Videos, Musik) | 27 | 28 | 26 |
| Herunterladen von Software (ohne Computer- und Videospiele) | 36 | 47 | 23 |
| Spielen oder herunterladen von Spielen, Bildern, Filmen oder Musik | 38 | 43 | 32 |
| Lesen/herunterladen von Nachrichten, Zeitungen oder Zeitschriften | 50 | 56 | 44 |
| Abonnieren von Online-Nachrichtendiensten | 6 | 8 | 4 |
| Arbeitssuche oder Versenden von Bewerbungen | 20 | 19 | 20 |
| Informationen zu Gesundheitsthemen | 56 | 49 | 64 |
| Bankgeschäfte, Verkauf von Waren und Dienstleistungen | 54 | 57 | 51 |
| Internet-Banking | 49 | 52 | 46 |
| Verkauf von Waren und Dienstleistungen | 22 | 25 | 19 |
| Aus- und Weiterbildung | 49 | 48 | 50 |
| Suche nach Informationen zu Ausbildung, Schulung und Kursangeboten | 32 | 29 | 34 |
| Teilnahme an Online-Kursen | 4 | 4 | 3 |
| Nutzung für Lern- oder Bildungszwecke | 38 | 38 | 38 |
| Kontakt mit Behörden/öffentlichen Einrichtungen (E-Government) in den letzten zwölf Monaten | 58 | 60 | 56 |
| Informationssuche auf Webseiten von Behörden | 57 | 59 | 54 |
| Herunterladen amtlicher Formularen | 40 | 42 | 37 |
| Versenden ausgefüllter Formulare | 27 | 30 | 23 |

Abb. 5: Ausgewählte Internetaktivitäten nach Altersgruppen 2010, in %



Verhältnismäßig geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen waren beim Senden und Empfangen von E-Mails zu finden, wobei auffälligerweise die 10- bis 15-jährigen Nutzer mit 73 % den geringsten Anteil hatten. Hier zeigt sich der Trend gerade bei den Jüngeren, Mitteilungen über Online-Netzwerke oder Foren weiterzugeben. Chatten, der Besuch von (Diskussions-)Foren oder das Einstellen von Mitteilungen über Online-Netzwerke war bei Personen der Altersgruppen der bis 24-Jährigen sehr beliebt und nahm in den nachfolgenden Altersgruppen deutlich ab. Ähnlich verhielt es sich beim Spielen oder Herunterladen von Spielen, Bildern, Filmen oder Musik, das am meisten von den Onlinern zwischen 10 und 15 Jahren genutzt wurde. Informationen zu Gesundheitsthemen wurden dagegen mit 67 % am meisten von der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren gesucht, während von den 16- bis 24-jährigen Internetnutzern sich nur 38 % für diese Themen interessierten. Auch die Möglichkeit, Reisedienstleistungen über das Internet zu nutzen, war bei den Internet-surfen ab 65 Jahren beliebt (64 %) und lag somit auf einem höheren Niveau, als bei den 25- bis 44-Jährigen Nutzern (60 %). → **Abb. 5**

Onlineeinkäufe

Mit der Zunahme an Möglichkeiten, eine große Auswahl an Waren und Dienstleistungen über das Internet zu beziehen, ist auch der Anteil an Menschen, die Einkäufe oder Bestellungen von Waren und Dienstleistungen im Internet vornehmen, in den letzten Jahren stetig gestiegen. Der Anteil der Personen ab zehn Jahren, die Onlineeinkäufe in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum tätigten, lag 2002 erst bei 33 %. 2010 ist der Anteil auf 56 % angestiegen. Das entspricht knapp 31 Mill. Menschen in Deutschland. Insbesondere die Generation im Alter von 25 bis 44 Jahren betrieb das Einkaufen über das Internet sehr rege. 72 % der Personen dieser Altersgruppe hatten 2010 Waren oder Dienstleistungen innerhalb der letzten drei Monate vor dem Befragungszeitraum online gekauft bzw. bestellt. In den Altersgruppen 16 bis 24 Jahren sowie 45 bis 64 Jahren lag der Anteil bei 56 % bzw. 53 %. Bei den 65-Jährigen und Älteren kauften oder bestellten immerhin knapp vier von zehn (38 %) Waren oder Dienstleistungen online. Der Anteil der 10- bis 15-Jährigen am Onlineeinkauf war allein schon aufgrund des Alters am geringsten, dennoch waren es 18 % die-

ser Altersgruppe, die online einkauften oder bestellten. → **Abb. 6**

Es gibt auch eine nicht zu vernachlässigende Gruppe von Internetnutzern, die auf den Einkauf online verzichtet. So gaben in 2010 bei den Personen ab 65 Jahren 37 % an, noch nie Waren oder Dienstleistungen über das Internet bezogen zu haben. In der Altersklasse der 45- bis 64-Jährigen lag dieser Anteil bei 23 %. Deutlich geringer ist dagegen der Anteil der jüngeren Nutzer (ausgenommen der 10- bis 15-Jährigen), die noch nie im Internet eingekauft haben. In der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen betrug der Anteil 9 %, bei den Internetnutzern zwischen 16 und 24 Jahren waren es 20 %.

In der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien des Jahres 2009 wurden auch Gründe untersucht, die gegen den Kauf von Waren oder Dienstleistungen über das Internet in den letzten zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt sprachen. Als wesentliche Hinderungsgründe wurde von den Internetnutzern »Kein Bedarf« (53 %) und »Gehe lieber in ein Geschäft und möchte die Ware sehen«

(51 %) angegeben. Es gibt jedoch auch besondere Probleme und Hinderungsgründe, die sich aus den Informations- und Kommunikationstechnologien ergeben. Für ein Drittel der Personen (32 %) waren Sicherheitsbedenken (z. B. die Weitergabe von Kreditkarteninformationen) ein Grund für den Verzicht auf den Onlineeinkauf. 27 % gaben Datenschutzbedenken an. Zusätzlich hielten 24 % der Personen Bedenken hinsichtlich des Erhalts, der Rücksendung oder der Reklamation von Waren vom Onlineeinkauf ab. Einen Anteil von 23 % hatte der Personenkreis, der nach Selbsteinschätzung nicht ausreichende Kenntnisse im Umgang mit dem Internet besitzt, um Onlineeinkäufe durchführen zu können. Technische Probleme, wie eine zu langsame Internetverbindung, waren nur für 3 % der Internetnutzer ein Grund, um auf den Einkauf oder die Bestellungen online zu verzichten.

Bei der Betrachtung der Art der Güter und Dienstleistungen, die im Internet in den zwölf Monaten vor dem Befragungszeitraum gekauft oder bestellt wurden, spielte der Einkauf von Kleidung und Sportartikeln eine große Rolle. So hatten mehr als die Hälfte (56 %) der Internetkäufer und -käuferinnen in den zwölf Monaten vor dem Befragungszeitpunkt im Jahr 2010 diese Waren über das Inter-

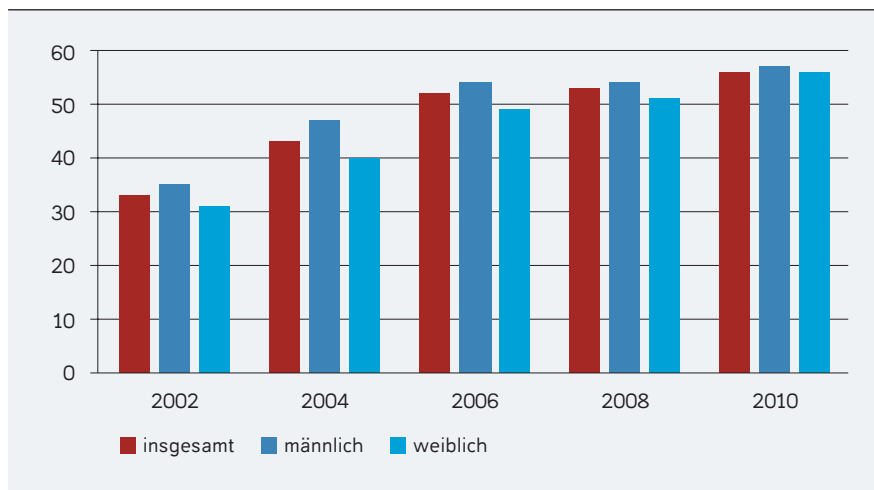
net gekauft. Ebenfalls sehr verbreitet war der Onlineeinkauf von Büchern, Magazinen, Zeitungen und E-Learning-Material (48 %). Auch der Einkauf von Filmen oder Musik (42 %) war über das Internet sehr beliebt. 40 % der Internetkäufer und -käuferinnen hatten Urlaubsunterkünfte (wie Zimmerreservierungen in Hotels) online bestellt. Weitere Dienstleistungen für Urlaubsreisen, wie Fahrkarten- oder Mietwagenbestellung, wurde von 29 % der Internetnutzer vorgenommen. 39 % der Onlineeinkäufer und -käuferinnen besorgten sich Karten für Theater- oder Konzertveranstaltungen, Kino sowie Sportveranstaltungen im Netz. Knapp ein Drittel (32 %) der Internetnutzer suchten anstatt des stationären Handels lieber den digitalen Markt auf, um Elektronikartikel und Digitalkameras zu erwerben. Der Kauf von Lebensmitteln (12 %) über das Internet wurde dagegen weniger häufig vorgenommen.

Ein Vergleich der Onlineeinkäufe nach Geschlecht macht deutlich, dass Frauen und Männer unterschiedliche Produkte im Internet nachfragten. 65 % der Frauen kauften online Kleidung oder Sportartikel, Männern dagegen zu 48 %. Anders sah es bei Software für Computer- und Videospiele und beim Einkauf anderer Computersoftware (auch Upgrades) aus. Bei diesen Produkten waren die


Anteile der Männer jeweils mehr als doppelt so hoch als die entsprechenden Anteile der Frauen. Einige Produkte wurden von Männern und Frauen ähnlich häufig online gekauft. Dazu zählten insbesondere Urlaubsunterkünfte und andere Dienstleistungen für Urlaubsreisen. Allerdings ist fraglich, ob diese Unterschiede (und auch Gemeinsamkeiten) allein auf geschlechterspezifische Besonderheiten beim Onlineeinkauf zurückzuführen sind. Vielmehr ist es naheliegend, dass einige Produkte generell stärker von Männern und andere Waren und Dienstleistungen eher von Frauen nachgefragt werden, was sich beim Einkauf im Internet widerspiegelt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass für immer mehr Menschen in Deutschland die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im privaten Bereich und in der Freizeit kaum noch wegzudenken ist. Die Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten der letzten Jahre belegen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Die Verbreitung der Computer- und Internetnutzung hat weiter zugenommen und inzwischen ein recht hohes Niveau erreicht. Zwar wird das Internet von einer breiten Masse in erster Linie für Kommunikations- und Informationszwecke genutzt, jedoch auch andere Internetaktivitäten wie das Chatten oder Einstellen von Mitteilungen in Online-Netzwerken hat insbesondere bei den jüngeren Nutzergruppen in letzter Zeit zugelegt. Andere Aktivitäten, wie z. B. das Abonnieren von Onlinenachrichtendiensten oder der Onlineeinkauf von Lebensmitteln sind bislang weniger verbreitet. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass sich die Nutzungsmöglichkeiten des Internets ausweiten und der Einsatz weiterer Dienstleistungen und Internetaktivitäten im Zusammenhang mit Computer, Internet und Handy zunehmen wird, insbesondere wenn man die Möglichkeiten der mobilen Internetnutzung zukünftig mit berücksichtigt.

Abb. 6: Personen mit Onlineeinkäufen, in %



13.1.3 Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten

Die gesamten Konsumausgaben der privaten Haushalte lagen 2008 nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) bei durchschnittlich 2 245 Euro im Monat. Der Anteil, den die Haushalte davon für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ausgaben, lag bei rund 11 % (255 Euro). 


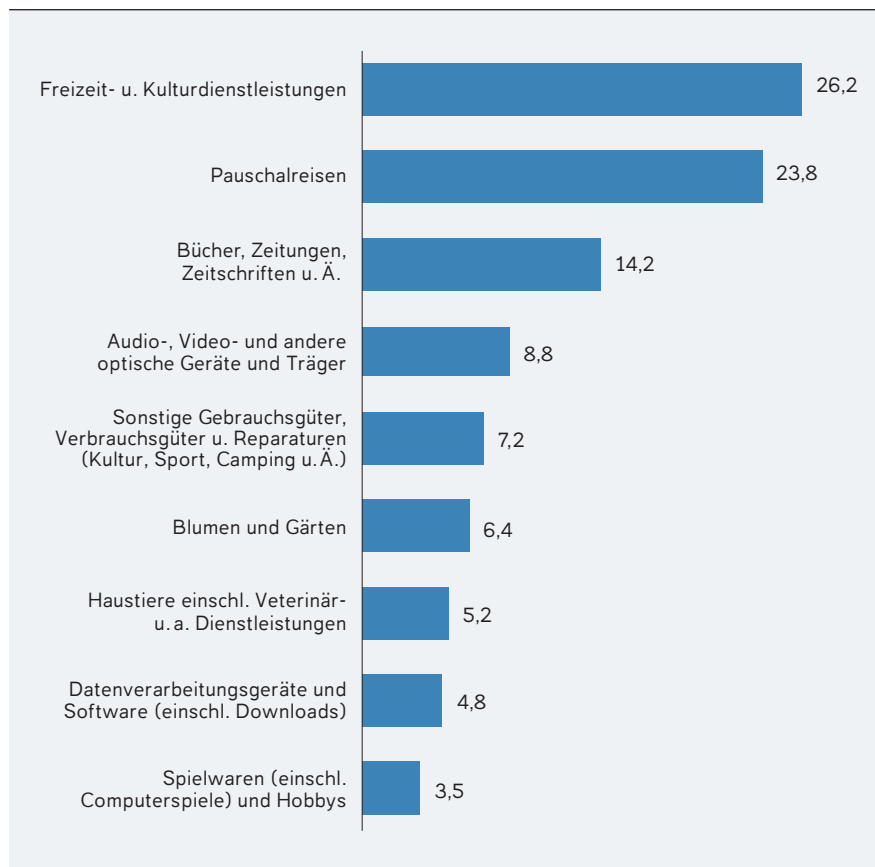
Die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erhobenen Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur setzen sich aus unterschiedlichen Einzelpositionen zusammen. Mit durchschnittlich 67 Euro im Monat gaben die Haushalte 2008 ein Viertel (26 %) ihres Freizeit- und Unterhaltungsbudgets für Dienstleistungen im Freizeit- und Kulturbereich aus, zu denen u. a. Eintrittsgelder für Theater-, Konzert- und Museumsbesuche gehören. Die zweithöchste Ausgabeposition waren mit durchschnittlich 61 Euro im Monat die Ausgaben für Pauschalreisen. Mit großem Abstand folgten die Ausgaben für Bücher, Zeitungen und Zeitschriften. Die Haushalte gaben hierfür durchschnittlich 36 Euro pro Monat aus.  [Abb. 7](#)

Abb. 7: Struktur der Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur 2008, in %



Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben erfassen im Rahmen der Ausgaben für Freizeitaktivitäten neben den Ausgaben für Freizeit- und Kulturdienstleistungen und Hobbys auch Ausgaben für den Kauf von Zeitungen, Büchern und Schreibwaren, Spielwaren, Blumen und Gartenerzeugnissen, Haustieren, Musikinstrumenten, Ausrüstungen für Sport und Camping, Datenverarbeitungsgeräten und Zubehör, Bild- und Tonträgern sowie Ausgaben für Pauschalreisen.

Alle fünf Jahre werden dazu die privaten Haushalte (ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 EUR und mehr) zu ihren Einnahmen und Ausgaben befragt.

Tab. 8: Ausgaben privater Haushalte für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur 2008

| | Deutschland | Früheres Bundesgebiet | Neue Länder (einschl. Berlin-Ost) |
|--|---|-----------------------|-----------------------------------|
| | Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR | | |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 255 | 261 | 230 |
| Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger | 23 | 23 | 19 |
| Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads) | 12 | 13 | 10 |
| Sonstige langlebige Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Reparaturen (Kultur, Sport, Camping u. Ä.) | 18 | 20 | 12 |
| Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys | 9 | 9 | 6 |
| Blumen und Gärten | 16 | 16 | 17 |
| Haustiere | 13 | 14 | 10 |
| Freizeit- und Kulturdienstleistungen | 67 | 69 | 58 |
| Bücher, Zeitungen, Zeitschriften u. Ä. | 36 | 38 | 30 |
| Pauschalreisen | 61 | 60 | 66 |

Tab. 9: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Haushaltsnettoeinkommen 2008

| | Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR | | | | | | | |
|--|---|----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|------------|
| | unter 900 | 900-1300 | 1300-1500 | 1500-2000 | 2000-2600 | 2600-3600 | 3600-5000 | 5000-18000 |
| | Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR | | | | | | | |
| Private Konsumausgaben | 846 | 1115 | 1342 | 1596 | 2010 | 2486 | 3118 | 4257 |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 68 | 103 | 141 | 172 | 224 | 286 | 365 | 529 |
| | in % | | | | | | | |
| Anteil der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den privaten Konsumausgaben | 8,1 | 9,3 | 10,5 | 10,8 | 11,1 | 11,5 | 11,7 | 12,4 |

Die Struktur der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur in den westdeutschen Haushalten war nahezu identisch mit derjenigen der ostdeutschen Haushalte. Die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost wendeten mit 29 % ihres Freizeitbudgets allerdings einen größeren Ausgabenanteil für Pauschalreisen auf als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (23 %). Ebenso verwendeten sie einen leicht höheren Ausgabenanteil für Blumen und Gärten.

→ Tab. 8

Ausgaben nach Einkommensklassen

Mit steigendem monatlichen Nettoeinkommen der privaten Haushalte erhöhen sich die Ausgaben für Freizeit und Kultur. Im Jahr 2008 gaben Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 18 000 Euro mit 529 Euro im Monat durchschnittlich mehr als sieben Mal so viel für den Freizeitbereich aus wie Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro (68 Euro). → Tab. 9

Auch die Anteilswerte der Freizeitausgaben am jeweiligen Konsumbudget wachsen mit steigendem Einkommen. 2008 lagen die Anteile in den einzelnen Einkommensgruppen zwischen 8 % und 12 %. Der im Durchschnitt geringere Ausgabenanteil in den unteren Einkommensklassen deutet darauf hin, dass die Ausgaben für den Freizeitbereich sehr variabel sind. Ernährungsausgaben können als lebensnotwendige Ausgaben nur

sehr schwer unter ein bestimmtes Niveau abgesenkt werden und machen deshalb bei Haushalten mit niedrigen Einkommen im Haushaltsvergleich immer den höchsten Anteil aus. Im Gegensatz dazu können diese Haushalte bei den Freizeitausgaben eher Abstriche vornehmen.

Ausgaben nach Haushaltstypen

Die Ausgaben für Freizeitaktivitäten steigen mit zunehmender Haushaltsgröße, sind aber abhängig von der Personenstruktur der Haushalte. Nach den Ergebnissen der EVS 2008 waren die Freizeitausgaben mit durchschnittlich 161 Euro im Monat bei den Alleinlebenden am niedrigsten. Am meisten gaben mit jeweils 335 Euro monatlich Paarhaushalte mit Kind(ern) sowie sonstige Haushalte aus. → Tab. 10

Die Betrachtung der Anteile am jeweiligen Konsumbudget ergibt jedoch, dass Paarhaushalte ohne Kind mit durchschnittlich 12 % den höchsten Ausgabenanteil hatten. Alleinlebende gaben rund 11 % ihres Konsumbudgets aus, und bei den Alleinerziehenden betrug die Freizeitausgaben anteilmäßig im Durchschnitt nur 10 %.

Die Struktur der Freizeitausgaben ist bei den betrachteten Haushaltstypen relativ ähnlich, sie wiesen im Einzelnen jedoch einige Besonderheiten auf. Die höchsten Ausgabenanteile verwendeten 2008 alle Haushaltstypen für Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Pauschalreisen sowie

für Bücher und Zeitschriften. Bei kinderlosen Haushalten standen die Ausgaben für Pauschalreisen an erster Stelle, während in Haushalten mit Kind(ern) und bei den Alleinlebenden die Ausgaben für Dienstleistungen im Freizeitbereich wie Zoo-, Museums-, Theater- und Kinobesuche im Vordergrund standen. Paare mit Kind(ern) gaben hierfür durchschnittlich 93 Euro und Alleinlebende 47 Euro im Monat aus. Der Anteil der Ausgaben für Pauschalreisen am jeweiligen Freizeitbudget war bei den Alleinerziehenden mit 13 % am niedrigsten, während er bei den Paaren ohne Kind mit 30 % am höchsten war.

Alleinerziehende und Paare mit Kind(ern) verwendeten für Spielwaren (einschließlich Computerspielen) und Hobbys 8 % ihrer Freizeitbudgets, während Alleinlebende und Paare ohne Kind nur jeweils knapp 2 % hierfür einsetzten. Auffällig ist darüber hinaus bei den Alleinerziehenden der mit 8 % höchste Ausgabenanteil für Haustiere. Den zweithöchsten Anteil für diesen Bereich wiesen die Alleinlebenden und die sonstigen Haushalte mit knapp 6 % auf.

Blumen und Gärten scheinen für kinderlose Haushalte eine größere Bedeutung zu haben als für Haushalte mit Kind(ern): Alleinlebende gaben hierfür anteilig 6 % (zehn Euro im Monat) ihres Freizeitbudgets aus, und Paare ohne Kind verwendeten durchschnittlich knapp 8 % (24 Euro).

Tab. 10: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Haushaltstyp 2008

| | Alleinlebende | Alleinerziehende | Paare ohne Kind | Paare mit Kind(ern) | Sonstige Haushalte |
|--|---|------------------|-----------------|---------------------|--------------------|
| | Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR | | | | |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 161 | 174 | 315 | 335 | 335 |
| Audio-, Video- und andere optische Geräte und Träger | 14 | 13 | 27 | 30 | 29 |
| Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads) | 7 | 7 | 12 | 17 | 23 |
| Sonstige langlebige Gebrauchsgüter, Verbrauchsgüter und Reparaturen (Kultur, Sport, Camping u. Ä.) | 9 | 18 | 21 | 32 | 26 |
| Spielwaren (einschl. Computerspiele) und Hobbys | 3 | 14 | 6 | 28 | 9 |
| Blumen und Gärten | 10 | 7 | 24 | 18 | 21 |
| Haustiere | 9 | 14 | 14 | 17 | 20 |
| Freizeit- und Kulturdienstleistungen | 47 | 52 | 73 | 93 | 87 |
| Bücher, Zeitungen, Zeitschriften u. Ä. | 25 | 26 | 44 | 45 | 47 |
| Pauschalreisen | 37 | 23 | 95 | 55 | 74 |
| | in % | | | | |
| Anteil der Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den privaten Konsumausgaben | 11,4 | 10,0 | 12,0 | 11,1 | 10,7 |

Ausgaben nach dem Alter der Haupteinkommensperson

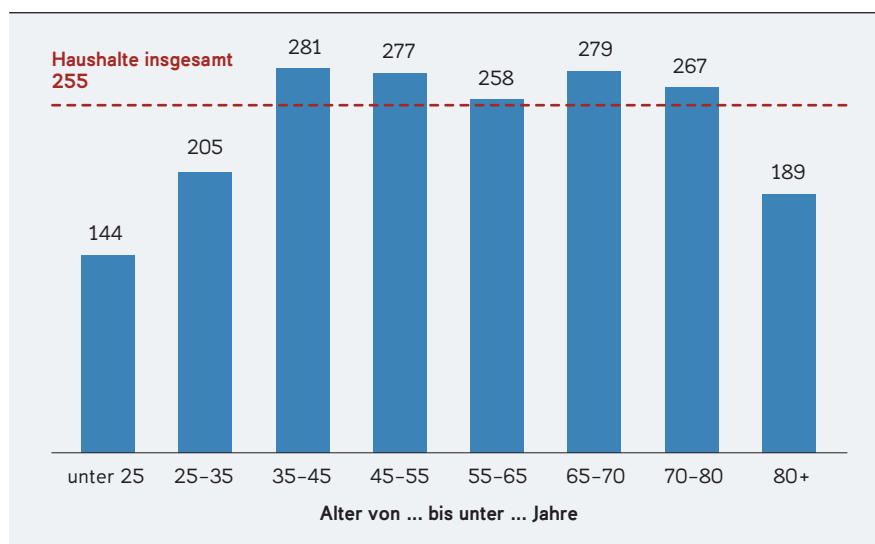
Das Alter der Person im Haushalt, die den größten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen leistet, spielt für die Höhe der Freizeitausgaben ebenfalls eine Rolle. Je nach Lebensphase werden durchaus unterschiedlich hohe Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur getätigt. Generell gaben Haushalte mit Haupteinkommenspersonen im Alter zwischen 35 und 80 Jahren im Jahr 2008 mit durchschnittlich 258 Euro bis 281 Euro monatlich die höchsten Beträge für Freizeitaktivitäten aus. In Haushalten mit älteren und jüngeren Haupteinkommenspersonen wurden im Schnitt nur zwischen 144 Euro und 205 Euro monatlich für die Freizeit ausgegeben. → **Abb. 8**

Anteilig am Konsumbudget wendeten Haushalte mit Haupteinkommenspersonen in den Altersklassen zwischen 65 und 80 Jahren mit jeweils knapp 13 % am meisten für den Freizeitbereich auf. Haushalte der Altersklassen bis 35 Jahre

und über 80 Jahre hatten mit rund 10 % die niedrigsten Ausgabenanteile für Freizeit. Haushalte der Altersklassen zwischen 35 und 65 Jahren lagen mit rund 11 % Ausgabenanteil dazwischen. → **Abb. 9**

Die Haushalte aller Altersgruppen gaben die größten Anteile ihres Freizeitbudgets für Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Bücher und Zeitungen sowie für Pauschalreisen aus. Bei näherer Betrachtung

Abb. 8: Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur nach Alter der Haupteinkommensperson 2008, in EUR je Monat




Tab. 11: Ausgewählte Freizeitausgaben privater Haushalte nach Alter der Haupteinkommensperson 2008

| | Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahre | | | | | | | |
|--|---|-------|-------|-------|-------|---------|-------|-------------|
| | unter 25 | 25-35 | 35-45 | 45-55 | 55-65 | 65 - 70 | 70-80 | 80 und mehr |
| | in % | | | | | | | |
| Freizeit, Unterhaltung und Kultur | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads) | 11,1 | 6,3 | 5,3 | 6,1 | 4,3 | 2,9 | 2,2 | 1,1 |
| Blumen und Gärten | 2,8 | 4,4 | 5,0 | 6,1 | 7,4 | 7,9 | 8,6 | 9,5 |

fällt allerdings eine Zweiteilung der Altersgruppen auf: Die Haushalte mit Haupteinkommensbezieherinnen und -beziehern unter 55 Jahren gaben mit 26 % bis 28 % den höchsten Anteil ihres Freizeitbudgets für Dienstleistungen im Freizeit- und Kulturbereich aus. Während der Ausgabenschwerpunkt in Haushalten mit Haupteinkommensbezieherinnen und -beziehern älter als 55 Jahre eindeutig auf den Ausgaben für Pauschalreisen (26 % bis 34 %) lag.

Auch bei den Ausgaben für Datenverarbeitungsgeräte zeigt sich ganz klar deren Abhängigkeit vom Alter der Haupteinkommenspersonen: Mit zunehmendem Alter der Hauptverdiener nehmen die entsprechenden Ausgabenanteile ab. Die höchsten Ausgabenanteile hatten

Was gibt der Staat für Freizeit und Kultur aus? 

Auch die öffentlichen Haushalte wendeten erhebliche Beträge für den Freizeitbereich auf. 2007 wurden rund 5,4 Mrd. Euro für Sport und Erholung ausgegeben (Nettoaussgaben), das waren 0,5 % der gesamten Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Von den 5,4 Mrd. Euro wurden 1,6 Mrd. Euro für Park- und Gartenanlagen verwendet, 1 Mrd. Euro für Badeanstalten, 1,7 Mrd. Euro für Sportstätten und 1 Mrd. Euro für die Sportförderung.

Außerdem gab die öffentliche Hand 2007 rund 8,7 Mrd. Euro für den kulturellen Bereich aus. Mit 3,5 Mrd. Euro entfielen davon rund 40 % auf Theater und Musik, weitere 1,5 Mrd. Euro wurden für Museen, Sammlungen und Ausstellungen sowie 0,5 Mrd. Euro für den Denkmalschutz und die Denkmalpflege aufgewendet.

die Haushalte unter 25 Jahren: Für Datenverarbeitungsgeräte gaben sie durchschnittlich 11 % (16 Euro monatlich) ihres Freizeitbudgets aus. → [Tab. 11](#)

Blumen und Gärten hingegen haben im Alter anscheinend eine höhere Bedeutung


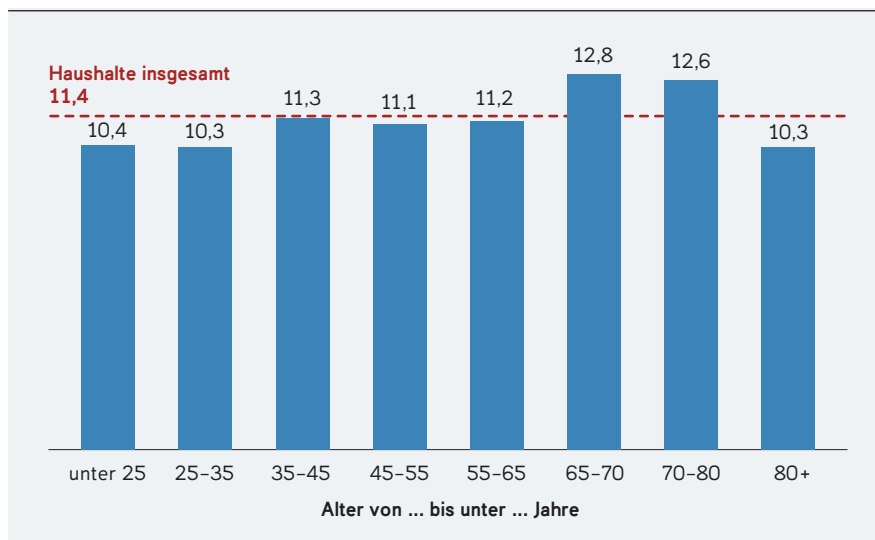
als in jungen Jahren: Während Haushalte unter 25 Jahren mit durchschnittlich vier Euro im Monat 3 % ihres Freizeitbudgets für Blumen und Gärten ausgaben, betrug dieser Anteil bei den Haushalten über 80 Jahren im Schnitt 10 % (18 Euro im Monat). 

Abb. 9: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den privaten Konsumausgaben nach Alter der Haupteinkommensperson 2008, in %



Weil jeder Mensch weiß, dass er sterben wird, muss er zwischen der erfahrbaren, diesseitigen Welt und dem nicht erfahrbaren, nur vorstellbaren Jenseits differenzieren. Die Unterscheidung zwischen Diesseits und Jenseits – also zwischen Immanenz und Transzendenz – wirft die religiöse Frage nach dem Woher und Wohin der Welt und des eigenen Lebens auf. Religion ist ein System von Lehren, das eine Antwort auf diese religiöse Frage anbietet. *Religiosität* hingegen ist ein Merkmal von Personen; man kann sie definieren als die Einstellung zur religiösen Frage. Doch werden Antworten der Religion heute zunehmend kritisch betrachtet, sie werden vielmehr in der Philosophie und verschiedenen Weltanschauungen gesucht. Menschen gewinnen eine Antwort auf die religiöse Frage nicht mehr aus den Glaubenslehren der Religion über transzendente Welten, sondern aus Überzeugungen, die in dieser Welt gewonnen wurden

und sich auf das Leben in ihr richten. Diese Bewegung hin zu diesseitigen Antworten auf die religiöse Frage kann man als *Säkularisierung* bezeichnen. Empirisch erfassen kann man sie in einer gegebenen Bevölkerung als Rückgang von Durchschnittswerten der Religiosität.

Die Säkularisierung ist in Europa zwischen 1945 und 1990 auf zwei unterschiedlichen Weisen vorangetrieben worden. In den damals staatssozialistischen Ländern Osteuropas wurde die Religion von der Politik bekämpft, in den kapitalistisch-demokratischen Ländern Westeuropas hingegen verlor sie ohne jeglichen Zwang ihre Anhänger.

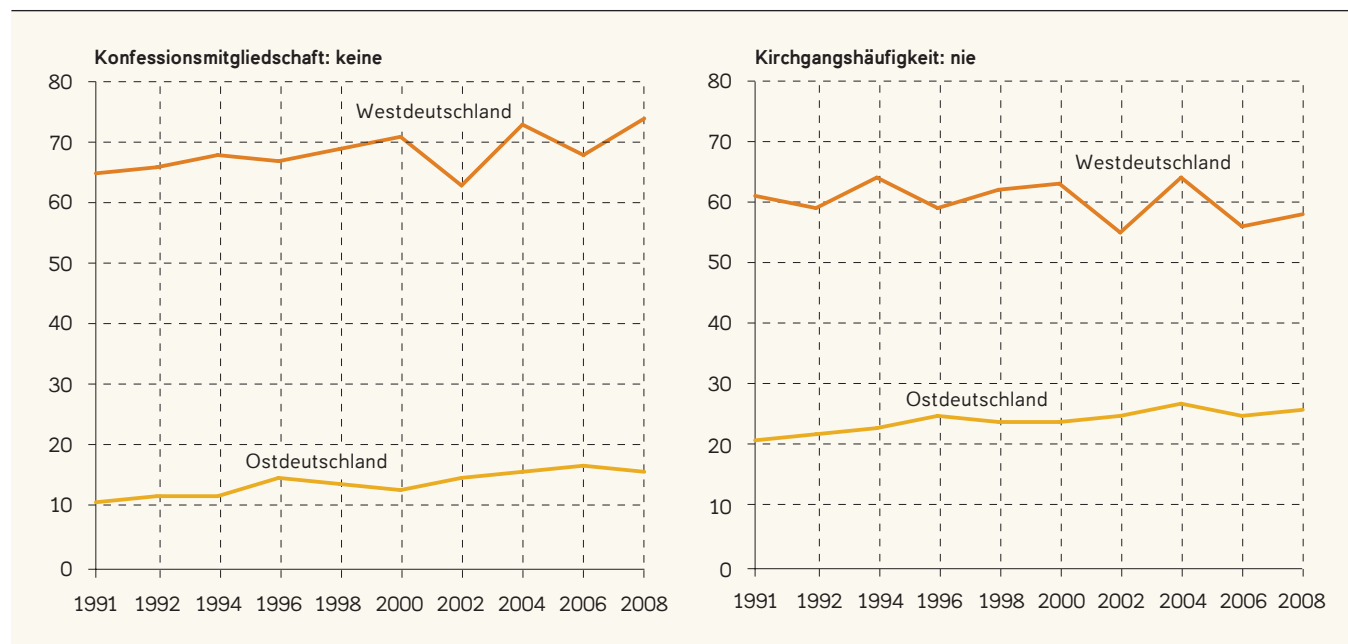
Im Folgenden werden die erzwungene und die freiwillige Säkularisierung der beiden früheren Landesteile Deutschlands von 1990 bis 2008 an fünf Formen der Religiosität untersucht: der *Mitgliedschaft*

in Kirchen; der öffentlich-kirchlichen Praxis des Kirchgangs; der privat-religiösen Praxis des Gebets; der *diffusen Religiosität*, die als religiöse Selbsteinschätzung gemessen wird und schließlich den *religiösen Weltbildern*, die entweder eine christliche oder eine immanente Antwort auf die religiöse Frage geben. Erwarten muss man, dass die erzwungene Säkularisierung in Ostdeutschland 1990 weiter fortgeschritten ist als die freiwillige Säkularisierung in Westdeutschland. Die Frage ist jedoch, ob der ostdeutsche Vorsprung bis 2008 bestehen bleibt oder zusammenschmilzt.

13.2.1 Kirchenmitgliedschaft und Kirchgangshäufigkeit

In Westdeutschland gehören im Jahr 1991 11 % und im Jahr 2008 16 % keiner Religionsgemeinschaft an, in Ost-

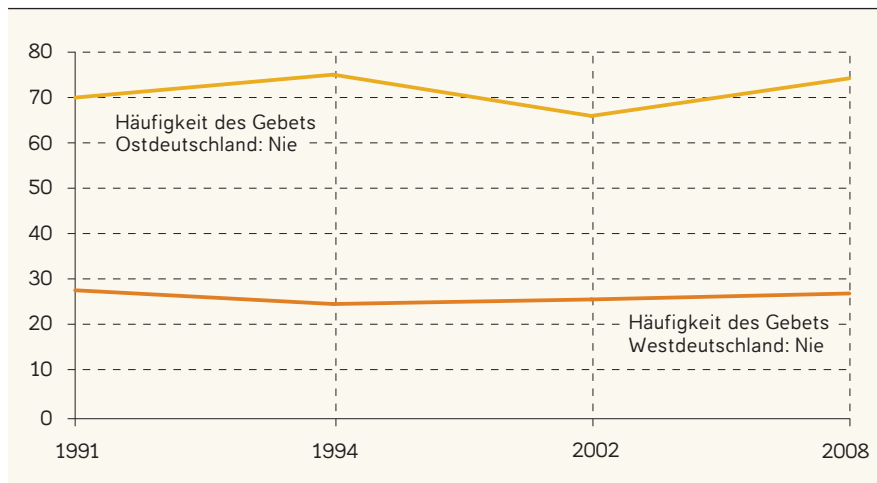
Abb. 1: Konfessionsmitgliedschaft und Kirchgangshäufigkeit in West- und Ostdeutschland 1991–2008, in %



Kirchgang auch konfessionslose in Basis.

Datenbasis: ALLBUS 1991–2008.

Abb. 2: Gebetshäufigkeit in West- und Ostdeutschland, in %



Datenbasis: ALLBUS 1991–2008.

deutschland 1991 65 % und 2008 74 %. Im Vergleich beider Landesteile wächst die Prozentsatzdifferenz der Nichtmitglieder von 54 Prozentpunkten 1991 auf 58 Prozentpunkte 2008 an (siehe linke Seite der Abb. 1). Die Ostdeutschen wurden in der DDR »entkirchlicht« und finden auch in der neuen Bundesrepublik nicht wieder zu den Kirchen zurück. → Abb. 1

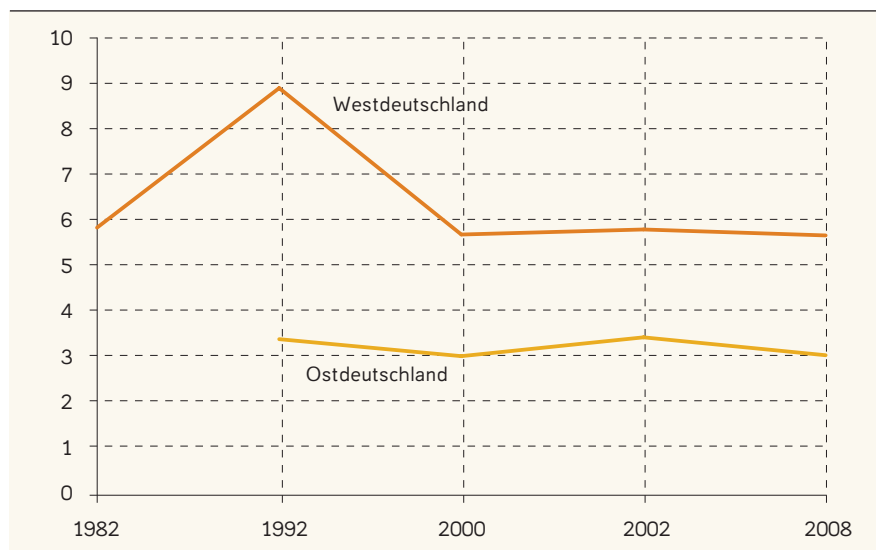
In der gesamten Bevölkerung einschließlich der Konfessionslosen gehen 1991 im Westen 21 % und im Osten 60 %, 2008 24 % bzw. 58 % »nie« zur Kirche, so dass die Prozentsatzdifferenz zwischen den beiden Landesteilen von 40 Prozentpunkten auf 32 Prozentpunkte zurückgeht (rechte Seite der Abb. 1).

Die geringere Kirchgangshäufigkeit in Ostdeutschland spiegelt die Entkirchlichung Ostdeutschlands wider, denn Konfessionslose gehen seltener in die Kirche als Konfessionsmitglieder und Protestanten seltener als Katholiken. In Ostdeutschland sind nun zugleich Konfessionslose und Protestanten stärker vertreten. In der Tat nivellieren sich die Landesteilunterschiede der Kirchgangshäufigkeit fast vollständig, wenn man die Konfessionslosigkeit konstant hält, so dass die Kirchgangshäufigkeit letztlich die Landesteilunterschiede der Konfessionsmitgliedschaft widerspiegelt.

13.2.2 Häufigkeit des Gebets

Nicht nur in der Kirche wird gebetet, sondern auch zu Hause. Die Frage »Wie oft beten Sie?« bezieht sich zunächst auf beides. Aber durch die Antwortvorgaben, die von »täglich« bis »nie« reichen, wird deutlich, dass das private Gebet im Hause gemeint ist. Die Verteilung dieser Variable ist in beiden Landesteilen zweigipflig: der häufigste Wert ist »nie«, der zweithäufigste »täglich«, alle mittleren Kategorien sind seltener besetzt. Daher ist es

Abb. 3: Selbsteinschätzung der Religiosität in West- und Ostdeutschland 1982/1991–2008, Mittelwerte



Datenbasis: ALLBUS 1982–2008.

am besten, den Prozentsatz »nie« zu betrachten. → Abb. 2

Abbildung 2 zeigt, dass Nichtbeten zwischen 1991 und 2008 in Ostdeutschland um 40 bis 50 Prozentpunkte häufiger ist als in Westdeutschland. Die Differenz wird nicht kleiner. Die erzwungene Säkularisierung ist also nicht nur eine »Entkirchlichung«; sie bringt auch eine Säkularisierung des privaten religiösen Verhaltens mit sich. Betrachtet man die Gebetshäufigkeit getrennt für Protestanten, Katholiken und Konfessionslose, so wird der Unterschied zwischen den Landesteilen zwar kleiner, verschwindet aber nicht. Die erzwungene Säkularisierung Ostdeutschlands hat also bis heute auch unabhängig von der Konfessionsmitgliedschaft Nachwirkungen auf die Gebetshäufigkeit.

13.2.3 Diffuse Religiosität

Die selbst eingeschätzte Religiosität wurde im ALLBUS 1992, 2000 und 2002 auf einer zehnstufigen Skala und im ISSP 2008 auf einer siebenstufigen Skala, die auf zehn Stufen umgerechnet wurde, erfragt. Die Mittelwerte der Antworten sind in Abbildung 3 dargestellt. → Abb. 3


Die Westdeutschen schätzen sich konstant religiöser ein als die Ostdeutschen. Ihr Vorsprung wird zwischen 1992 und 2000 zwar kleiner, doch ist dies durch eine auch im Vergleich mit 1982 außerordentlich hohe westdeutsche Religiosität bedingt und nicht etwa durch eine Zunahme der ostdeutschen Religiosität. Auch hier bleiben die Nachwirkungen der erzwungenen Säkularisierung unvermindert bis heute bestehen.

13.2.4 Religiöse Weltbilder

Die Religion ist die erste soziale Macht, die die religiöse Frage beantwortet. Aber die Religion des Abendlands, das Christentum, hat in den letzten zwei Jahrhunderten zunehmend an Macht verloren, ihre Lehre durchzusetzen, so dass andere Mächte – verschiedenste Weltanschauungen und die Wissenschaft – mit ihr

konkurrieren und religiöse Weltbilder Gegenstand der Wahl oder Konstruktion, kurz Privatsache geworden sind. Man kann also religiöse Weltbilder nach ihrem Säkularisierungsgrad betrachten – danach, wieweit sie auf einem Glauben an transzendente oder immanente Mächte beruhen, christlich oder säkular sind. Drei Säkularisierungsstufen wurden erfragt:

1. die theistische und deistische, die hier zusammenfassend als *christlich* bezeichnet werden,
2. die *immanenten*, die den Sinn des Lebens im Leben selber sehen, und schließlich
3. *Sinnlosigkeit*.

Christliche Weltbilder werden durch vier Aussagen erfasst (siehe Infokasten). Das *immanente* Weltbild wird durch existentialistische und naturalistische Vorgaben erfasst. *Sinnlosigkeit* wird durch eine Aussage erfasst. 

In *Westdeutschland* wird die existentialistische Aussage stärker unterstützt als die beiden naturalistischen, diese stärker als die vier christlichen, und diese wiederum stärker als die Sinnlosigkeit. Die Rangfolge bleibt über die Jahre konstant – mit nur einer Ausnahme: 1982 hat FÜRUNS etwas mehr Anhänger als die beiden naturalistischen Aussagen. Die Weltbilder liegen gleichsam wie Schichten übereinander, die die Historie spiegeln: Die Religion des Abendlandes wird von modernen Weltanschauungen, dem Naturalismus und dem Existentialismus, überlagert. Das Christentum ist heute in Westdeutschland nicht mehr die vorherrschende religiöse Weltdeutung. → **Abb. 4**

Zwei schwache Trends kommen hinzu: Erstens gewinnen zwischen 1982 und 2002 beide naturalistischen Aussagen leicht, während fast alle christlichen leicht verlieren. Die Säkularisierung schreitet voran, aber sehr langsam. Zweitens gewinnen zwischen 2002 und 2007 die christlichen Aussagen wieder etwas Boden. Kehrt die Religion zurück und stoppt den Trend zur Säkularisierung? Davon kann keine Rede sein, denn auf den zweiten Blick wird erkennbar, dass nicht nur die christlichen, sondern auch die säkularen Aussagen hinzugewinnen.

In *Ostdeutschland* finden alle immanenten Aussagen deutlich mehr Zustimmung als die christlichen Vorgaben und die Sinnlosigkeit. Es liegen hier die gleichen Schichten übereinander wie in Westdeutschland. Auch hier gewinnen die christlichen Aussagen leicht, aber auch alle säkularen Aussagen mit Ausnahme von NATENT. Dennoch fällt ein Unterschied auf: Das existentialistische und das naturalistische Weltbild liegen enger zusammen und weiter vom christlichen entfernt.

In *beiden Landesteilen* rangieren also immanente Weltbilder vor christlichen. Doch drängte die zwangsweise Entkirchlichung der DDR christliche Weltbilder in Ostdeutschland stärker zurück als

Religiöse Weltbilder

Christliches Weltbild:

Zustimmung zu folgenden Aussagen:

- > »Es gibt einen Gott, der sich mit jedem Menschen persönlich befasst« (PERSÖN)
- > »Es gibt einen Gott, der Gott für uns sein will« (FÜR UNS)
- > »Das Leben hat nur eine Bedeutung, weil es einen Gott gibt« (GOTT)
- > »Das Leben hat einen Sinn, weil es nach dem Tod noch etwas gibt« (TOD)

Immanentes Weltbild:

Zustimmung zu folgenden Aussagen:

Existentialistisch:

- > »Das Leben hat nur dann einen Sinn, wenn man ihm selber einen Sinn gibt« (SINN)

Naturalistisch:

- > »Unser Leben wird letzten Endes bestimmt durch die Gesetze der Natur« (NATGES)
- > »Das Leben ist nur ein Teil der Entwicklung der Natur« (NATENT)

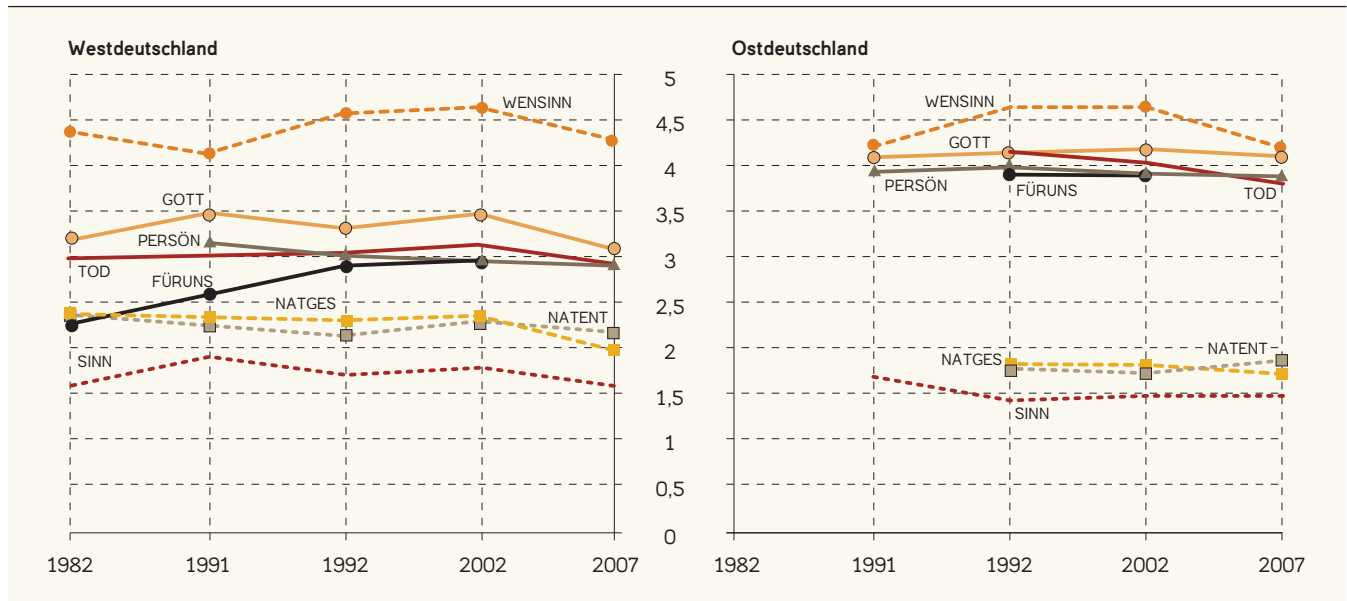
Sinnlosigkeit:

Zustimmung zu folgender Aussage:

- > »Das Leben hat meiner Meinung nach wenig Sinn« (WENSINN)

Für alle Aussagen werden fünf Zustimmungsstufen von 1 »stimme voll und ganz zu« bis 5 »stimme überhaupt nicht zu« vorgegeben sowie eine Vorgabe »darüber habe ich noch nicht nachgedacht«, die mit der mittleren Stufe (»habe dazu keine feste Meinung«) zusammengefasst wurde. Die Antworten der westdeutschen Bevölkerung 1982, 1991, 1992, 2002 und 2007 und der ostdeutschen Bevölkerung 1991, 1992, 2002 und 2007 sind in Abbildung 4 dargestellt. Zur besseren Lesbarkeit sind die Mittelwerte der christlichen Aussagen mit durchgezogenen Linien, die Mittelwerte der übrigen Aussagen mit gestrichelten Linien verbunden. → **Abb. 4**

Abb. 4: Selbsteinschätzung der religiösen Weltbilder in Ost- und Westdeutschland 1982–2007, Mittelwerte



Datenbasis: ALLBUS 1982–2008.

die freiwillige Säkularisierung in Westdeutschland.

13.2.5 Zusammenfassung

Sowohl die Erwartung, dass die Ostdeutschen 1990 weniger religiös seien als die Westdeutschen, als auch die Frage, ob der ostdeutsche Vorsprung bestehen bleibt, wird bestätigt. Während politische Einstellungen und moralische Überzeugungen sich in den zwanzig Jahren nach der Vereinigung angeglichen haben, verbleibt die geringere Religiosität der Ostdeutschen als einer der stärksten Einstellungsunterschiede zwischen den beiden Landesteilen bestehen. Warum?

Vermutlich konnte die erzwungene Säkularisierung deshalb leichter fortwirken, weil ihre Folgen mit der neuen Sozialordnung weniger in Widerspruch gerieten als andere Nötigungen des Staatssozialismus. Die politische Ordnung des Staatssozialismus ist durch ihren Zusammenbruch diskreditiert, der ihre Ineffizienz und Ungerechtigkeit offenlegte. Daher haben die meisten Ostdeutschen sich auch innerlich von ihr

gelöst. Ebenso hat die »sozialistische Moral«, die in der DDR einen Gemeinschaftssinn stiften sollte, sich als desorientierend in einer Sozialordnung erwiesen, in der unterschiedliche Interessen anerkannt und Konflikte zwischen ihnen gelöst werden müssen. Deshalb haben fast alle Ostdeutschen sich von dieser Moral distanziert. Gleichzeitig haben sie nach der Wiedervereinigung keinen Anlass, sich von ihrer säkularen Weltsicht zu lösen. Sie hat sich weder wie die staatssozialistische Ordnung diskreditiert noch in der neuen Sozialordnung als desorientierend erwiesen. Im Gegenteil: sie ist – wie die nahezu gleiche Unterstützung immanenter Weltbilder in beiden Landesteilen zeigt – mit der neuen Sozialordnung vereinbar.

In Westdeutschland schreitet die freiwillige Säkularisierung eher voran als dass sie zurückgeht. Die Konfessionen verlieren leicht an Mitgliedern, die Kirchen leicht an Besuchern, die christlichen Überzeugungen leicht an Anhängern; die Gebetshäufigkeit und die diffuse Religiosität bleiben hingegen konstant. Von einer Wiederkehr der Religion kann also in keinem Landesteil die Rede sein.

Für das Funktionieren der Gesellschaft, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und für die Erhöhung der individuellen Lebensqualität hat das zivilgesellschaftliche Engagement einen unverzichtbaren Stellenwert. Die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements nimmt angesichts der zunehmenden Individualisierung, des demografischen Wandels und des Verlusts sozialer Bindungen weiter zu. Unter zivilgesellschaftlichem Engagement wird ein individuelles Handeln verstanden, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl auszeichnet. Ein Engagement kann die Bereitstellung von Zeit beinhalten, es kann aber auch durch das Spenden von Geld oder anderen materiellen Gütern erfolgen. Das Engagement findet im öffentlichen Raum statt, das heißt in zivilgesellschaftlichen Organisationen oder in weniger organisationsgebundenen Zusammenschlüssen.

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen bilden die institutionelle Infrastruktur für

das Engagement. Es handelt sich um jenen gesellschaftlichen Bereich, der zwischen den Polen Markt, Staat und Familie angesiedelt ist. Die Organisationen sind durch eine formale Struktur, organisatorische Unabhängigkeit vom Staat, eigenständige Verwaltung, gemeinnützige Ausrichtung und freiwilliges Engagement gekennzeichnet. Das zivilgesellschaftliche Engagement in nicht-organisationsgebundenen Zusammenschlüssen ist im Unterschied dazu in keine formale Struktur gebettet. Es erfolgt eher spontan im Alltag, ist in der Regel eher zeitlich und räumlich befristet sowie personell gebunden.

13.3.1 Zivilgesellschaftliche Organisationen als Infrastruktur des Zivilengagements

Organisationen wie Vereine, Verbände, Stiftungen und Bürgerinitiativen bilden die institutionelle und infrastrukturelle Seite des Zivilengagements in Deutschland. Insgesamt ist dieser Bereich sehr vielschichtig, dynamisch und durchdringt die gesamte Gesellschaft. Gleichwohl wird

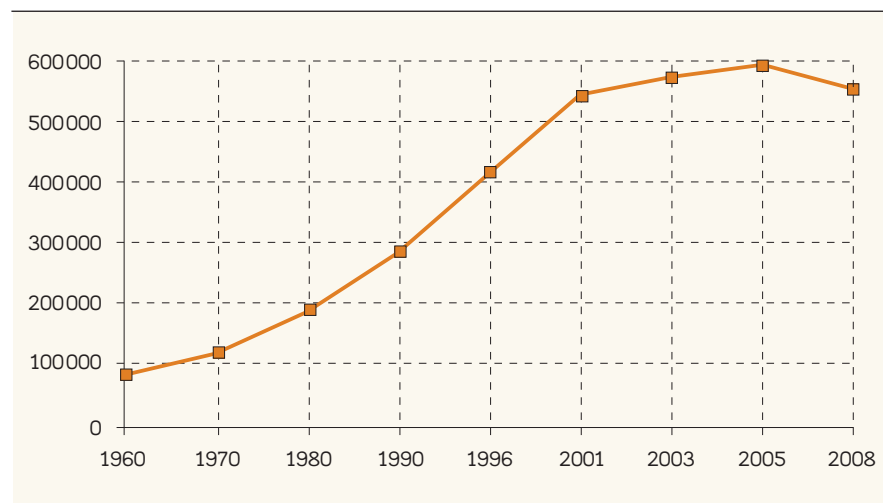
die Gesamtzahl der Organisationen in ihrer unterschiedlichen Größe, Zusammensetzung und Rechtsform bislang nicht systematisch erfasst. Nur für einzelne Organisationsformen wie eingetragene Vereine und rechtsfähige Stiftungen bürgerrechtlichen Rechts liegen aktuelle Angaben vor.

Die Vereinslandschaft weist anhand der Angaben der Vereinsregister bei den deutschen Amtsgerichten ein hohes Wachstum auf. Zu diesen eingetragenen Vereinen kommen schätzungsweise mehrere Hunderttausende nicht eingetragene Vereine, die keine Eintragung in den Vereinsregistern anstreben und zu deren Anzahl keine Informationen vorliegen. → **Abb. 1**

In den letzten 50 Jahren ist die Zahl der in Deutschland eingetragenen Vereine beträchtlich gestiegen: Sie hat sich von rund 86 000 im Jahre 1960 (alte Bundesländer) auf 554 000 im Jahre 2008 (alte und neue Bundesländer) mehr als versechsfacht. Die steil ansteigende Kurve der eingetragenen Vereine veranschaulicht ein Wachstum, wie es nur in wenigen gesellschaftlichen Bereichen zu beobachten ist. Ob der leichte Rückgang der Vereinszahlen aus dem Jahr 2008 bereits eine Trendwende bedeutet, lässt sich zurzeit noch nicht eindeutig feststellen. Gleichwohl entstehen aus den Veränderungen in den einzelnen Tätigkeitsbereichen berechtigte Annahmen dahingehend, dass strukturelle Bewegungen und thematische Gewichtsverlagerungen bei den Vereinsgründungen erfolgen. So weist die Vereinsstatistik für den Zeitraum 2005 bis 2008 eine besondere Zunahme der Kultur-, Interessen- und Freizeitvereine sowie ein Rückgang bei den Umweltvereinen aus.

Doch nicht nur die Zahl der eingetragenen Vereine ist – über einen längeren Zeitraum betrachtet – absolut angestiegen,

Abb. 1: Entwicklung der Anzahl der Vereine in Deutschland, 1960–2008



Quellen: Johns Hopkins Project; Vereinsstatistik V & M Service GmbH, Konstanz.

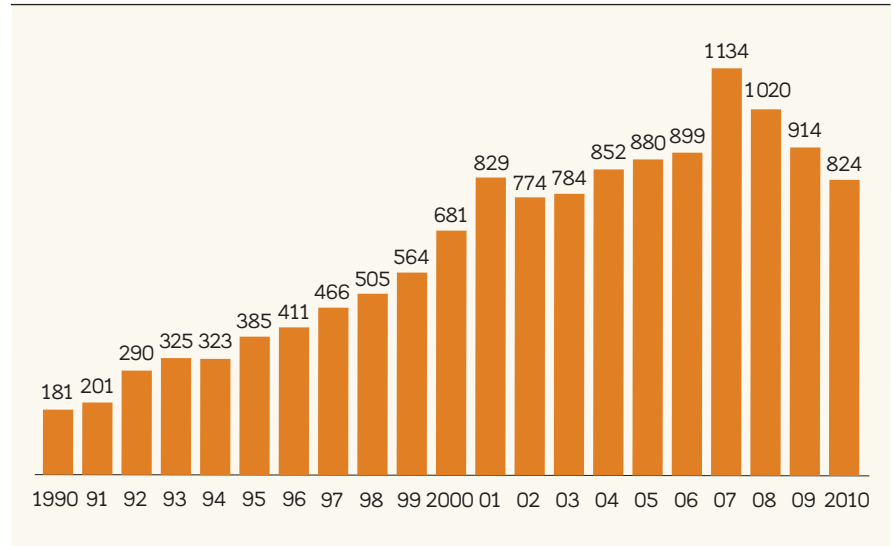
auch ihre Dichte bezogen auf je 100 000 Einwohner hat stark zugenommen: Sie stieg zwischen 1960 und 2008 von 160 auf 674 Vereine und hat sich damit mehr als vervierfacht. Da der überwiegende Anteil des Engagements in Vereinen stattfindet, sind Veränderungen in diesem Feld hierfür von zentraler Bedeutung.

Neben den Vereinen kommt den Verbänden in Deutschland ein besonderer Stellenwert zu. Nach der Rechtsform handelt es sich dabei in der Regel um Vereine. Häufig sind sie als Dachverbände ein Zusammenschluss von Organisationen. Als solche üben sie koordinierende Aufgaben aus und vertreten die Interessen der Mitgliedsorganisationen gegenüber der Politik und in der Gesellschaft. Allein die in der Bundesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) verfügten Ende 2008 über insgesamt 102 393 Einrichtungen und Dienste, in denen 1 541 829 Voll- und Teilzeitbeschäftigte arbeiteten, das sind knapp 4 % aller Erwerbstätigen in Deutschland.

Einen bedeutenden Aufschwung hat neben dem Vereinswesen auch das Stiftungswesen in Deutschland erlebt. Ende des Jahres 2010 bestanden rund 18 200 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts und damit 824 mehr als im Vorjahr. Stiftungen sind im Unterschied zu Vereinen weniger bedeutende Engagementsträger, dafür fördern sie dieses in hohem Maße. → **Abb. 2**

Der Bestand an Stiftungen in den alten und den neuen Bundesländern ist nach wie vor sehr ungleichgewichtig. Im Jahre 2010 gab es in den neuen Bundesländern 1 181 und in den alten Bundesländern (einschließlich Berlin) 16 981 Stiftungen. Je 100 000 Einwohner bestanden insgesamt 22 Stiftungen. Die Stiftungen verfügten über ein Vermögen von mehr als 100 Mrd. Euro, das jedoch durch die Finanzkrise geschrumpft ist. Allerdings ist zu vermerken, dass es nur wenige große Stiftungen gibt, die über hohe Vermö-

Abb. 2: Anzahl der Stiftungsgründungen in Deutschland 1990–2010, absolut



Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen 2010.

genserträge verfügen; der überwiegende Teil der Stiftungen hat einen eher geringen Vermögensstock. Im Jahre 2006 hatten 18 % der Stiftungen ein Vermögen von bis zu 50 000 Euro, bei 28 % lag es zwischen 50 000 und 250 000 Euro, bei 14 % zwischen 250 000 Euro und 500 000 Euro, bei 23 % zwischen 0,5 und 2,5 Mill. Euro, und lediglich 17 % der Stiftungen besaßen ein Vermögen von mehr als 2,5 Mill. Euro. In den letzten Jahren hat insbesondere die Anzahl der Stiftungen im mittleren Segment (25 000 bis 500 000 Euro) zugenommen.

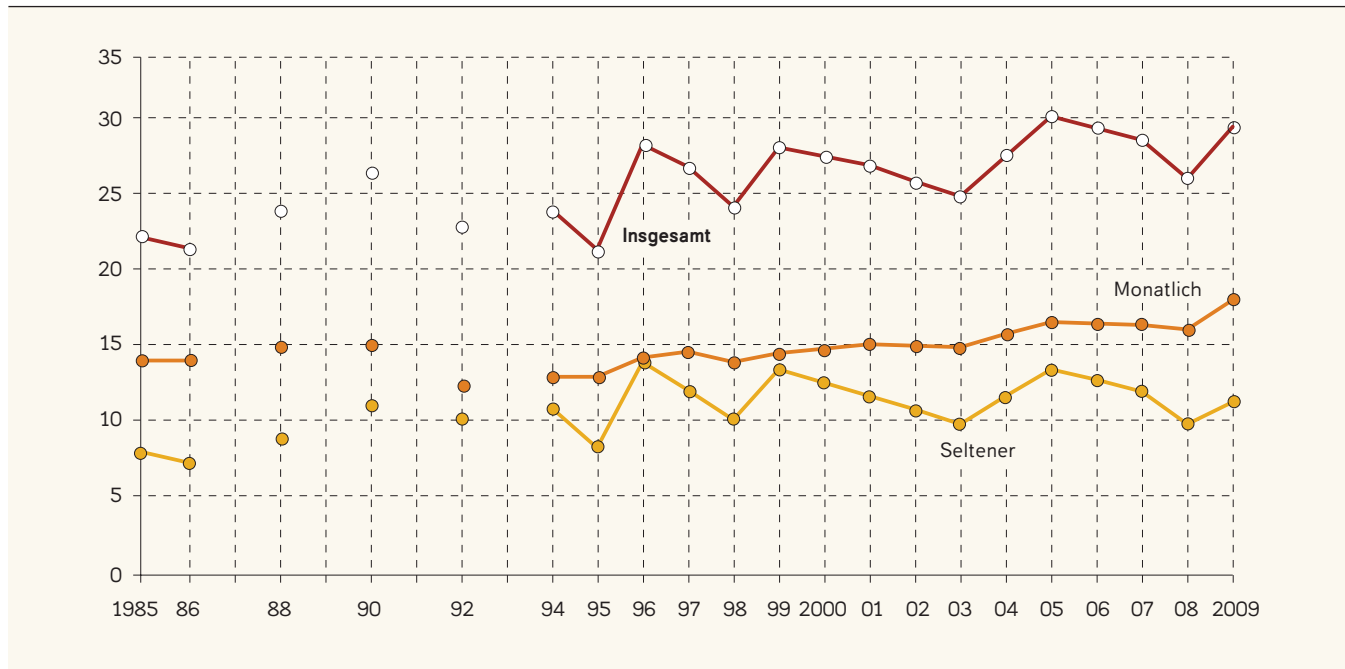
13.3.2 Zivilgesellschaftliches Engagement

Das freiwillige und unentgeltlich geleistete Engagement ist ein unverzichtbares Kernelement der zivilgesellschaftlichen Organisationen. An das Zivilengagement wird ein ganzes Bündel von Erwartungen geknüpft. Aus dem breiten Spektrum heben sich allgemein die Sicherung der Partizipationschancen des Bürgers durch seine stärkere unmittelbare Beteiligung an gesellschaftlichen Belangen hervor. Das Engagement beschränkt sich dabei nicht nur auf das Wirken der Bürger in speziellen Organisationen der politischen oder

allgemeinen Interessenvertretung, sondern die Palette reicht von Sport und Freizeit über Kultur und Soziales bis zu Umwelt und Tierschutz. Als Basis demokratischer Gesellschaften tragen die Aktivitäten in diesen Organisationen zur Interessenbündelung und -artikulation bei. Durch die Herausbildung von demokratischen Normen, sozialen Netzen und Vertrauensverhältnissen fördert es die Kooperation, hält Reibungsverluste gering und führt damit letztendlich dazu, dass die Gesellschaft insgesamt besser funktioniert.

Die Rolle des zivilgesellschaftlichen Engagements ist dabei sehr unterschiedlich. Beispielsweise weist es im Rahmen eines Sportvereins andere Ausprägungen auf als in Bürgerinitiativen und solchen Organisationen, die als sogenannte Themenanwälte in Bereichen wie Umwelt oder internationale Aktivitäten tätig sind. Letztere haben in den zurückliegenden Jahrzehnten unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Einmischung des Bürgers in gesellschaftliche Belange einen beträchtlichen Zulauf und bedeutenden Aufschwung erfahren. Doch auch die Rolle der Sportvereine ist mit der Zeit über ihren engen Tätigkeitskontext hinausgewachsen und ihre integrative Funktion,

Abb. 3: Entwicklung der Engagementbeteiligung 1985–2009, in %



Datenbasis: SOEP 1985–2009.

die sie vor allem auf lokaler Ebene spielen, darf nicht unterschätzt werden.

Einen besonderen Stellenwert besitzt das Zivilengagement bei der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es hilft, die sich in der sozial verstärkt ausdifferenzierenden Gesellschaft geforderten Fähigkeiten zum Kompromiss und zu einem zivilen Umgang herauszubilden. Es trägt dazu bei, die Kommunikationsbereitschaft und -fähigkeit, das wechselseitige Verständnis, die gemeinsame Beratung und den Austausch von Argumenten der Bürger untereinander, aber auch zwischen Bürgern und Institutionen zu praktizieren.

Nach einer Langzeitbetrachtung ist der Anteil der Engagierten in der Bevölkerung ab 16 Jahre von 23 % im Jahre 1985 auf 30 % im Jahre 2008 gestiegen.

→ Abb. 3

Die Unterscheidung zwischen einem regelmäßigen Engagement (zumindest monatlich) und einem selteneren Engagement zeigt, dass besonders das regelmäßige Engagement zugenommen hat (2008

rund 19 %). Dabei lag der Anteil der wöchentlich Engagierten bei fast 10 %.

Weitere Längsschnittdaten ergeben zudem den überraschenden Befund, dass beachtliche Teile des Engagements durch relativ kurzfristige Ein- und Austritte gekennzeichnet sind. Ein durchgehendes Engagement in der Biographie ist also selten geworden. Das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen wird stärker durch Engagementepisoden geprägt. Dies macht deutlich, dass die Bindung an die Organisationen zurückgegangen ist.

Aktuelle Angaben zum Engagement liefern die Daten des Freiwilligensurveys. Mit seinen bislang drei Erhebungszeitpunkten 1999, 2004 und 2009 und mit jeweils mindestens 15 000 per Telefon geführten Interviews stellt er eine fundierte Datenbasis dar. Zu den Hauptaussagen des Freiwilligensurveys zählt, dass sich ein hoher Anteil der Bevölkerung freiwillig engagiert. Engagierte übernehmen ganz unterschiedliche Aufgaben. Die einen führen eine Leitungsfunktion aus,

andere organisieren Veranstaltungen und wieder andere sind Lesepaten. Der Anteil der Engagierten ist über die Jahre konstant geblieben. Während 1999 die Zahl der freiwillig Engagierten bei 34 % lag, erhöhte sich deren Anteil 2004 leicht auf 36 % und blieb 2009 auf diesem Niveau.

→ Tab. 1

Hinter der hohen Stabilität in der Engagementbeteiligung stecken eine Reihe von Differenzierungen und gegenläufigen Tendenzen. Sie werden bereits sichtbar, wenn die Entwicklung des Engagements nach Altersgruppen näher betrachtet wird. Während in einigen Gruppen die Engagementquote weiter ansteigt, ist sie in anderen rückläufig.

Obwohl Jugendliche eine zivilgesellschaftlich aktive Gruppe sind, fiel ihr Engagement von 1999 bis 2009 langsam, aber kontinuierlich ab. Zu den Ursachen zählen eine gestiegene räumliche Mobilität und die Verringerung der zeitlichen Freiräume durch Veränderungen im Zeitregime von Schule und Studium (z. B. durch Ganztagschule). In der mittleren Alters-

Tab. 1: Zivilengagement nach soziodemografischen Gruppen

| | Zivilengagement | | | Davon: Gering organisationsgebundenes Engagement | | |
|--|-----------------|-----------|-----------|--|-----------|-----------|
| | 1999 | 2004 | 2009 | 1999 | 2004 | 2009 |
| | in % | | | | | |
| Insgesamt | 34 | 36 | 36 | 14 | 13 | 15 |
| Geschlecht | | | | | | |
| Männer | 38 | 39 | 40 | 11 | 11 | 12 |
| Frauen | 30 | 33 | 32 | 17 | 16 | 18 |
| Alter | | | | | | |
| 14–29 Jahre | 35 | 35 | 35 | 15 | 17 | 19 |
| 30–59 Jahre | 38 | 40 | 40 | 13 | 13 | 14 |
| 60 und älter | 26 | 30 | 31 | 13 | 12 | 12 |
| Erwerbsstatus | | | | | | |
| Erwerbstätige | 38 | 40 | 40 | 13 | 11 | 13 |
| Arbeitslose | 24 | 27 | 26 | 11 | 16 | 15 |
| Schüler/-innen, Azubis, Student/-innen | 37 | 38 | 38 | 18 | 19 | 21 |
| Hausfrauen und -männer | 38 | 37 | 36 | 14 | 14 | 17 |
| Rentner/-innen, Pensionäre | 25 | 28 | 30 | 13 | 13 | 14 |
| Bildungsniveau¹ | | | | | | |
| Einfaches Bildungsniveau | 25 | 26 | 23 | 12 | 11 | 11 |
| Mittleres Bildungsniveau | 37 | 37 | 37 | 12 | 13 | 14 |
| Hohes Bildungsniveau | 41 | 43 | 45 | 17 | 14 | 15 |
| Region | | | | | | |
| Ost | 28 | 31 | 30 | 15 | 16 | 17 |
| West | 36 | 37 | 37 | 13 | 13 | 14 |

¹ Einfaches Niveau: kein bzw. Volks- oder Hauptschulabschluss, Abschluss 8. Klasse; mittleres Niveau: mittlere und Fachhochschulreife, Abschluss 10. Klasse; hohes Niveau: Abitur/Hochschulreife bzw. abgeschlossenes Hochschulstudium.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009.

gruppe (30 bis 59 Jahre) ist das Engagement hingegen angestiegen. Eine Ursache besteht darin, dass das Engagement für Familien mit Kindern immer wichtiger wird. Eltern werden in Bereichen aktiv, denen sie besondere Bedeutung für ihre Kinder beimessen, in denen sie aber unzufrieden mit den vorhandenen Zuständen sind. Schwerpunkte sind Engagementaktivitäten in den Bereichen Kindergarten und Schule, Sport, Kultur und Musik, aber auch in der Kirche und der Jugendarbeit. Bei den älteren Menschen gab es eine deutliche und kontinuierliche Steigerung des Engagements.

Weitere Faktoren wie ein höherer Bildungsabschluss oder eine Erwerbstätigkeit, aber auch die enge kirchliche Bin-

dung, das Vorhandensein von Kindern im Haushalt sowie eine gute wirtschaftlich Situation sind noch immer wichtige Faktoren, die das Engagement befördern.

13.3.3 Geringes organisationsgebundenes Engagement

Neben dem organisationsgebundenen Engagement, also jenem in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, finden auch in anderen Zusammenschlüssen Aktivitäten des freiwilligen Engagements statt. Es handelt sich dabei um ein geringeres organisationsgebundenes Engagement, das in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen erfolgt. Die beiden Engagementformen

unterscheiden sich in organisatorischer Hinsicht. Das Engagement in geringer formalisierten Zusammenschlüssen folgt häufig keinen so festen Regeln und hierarchischen Strukturen, wie sie z. B. im Sport oder in Wohlfahrtsorganisationen zu finden sind. Die Engagierten bestimmen selbstständig und autonom über Ziele oder Aktivitäten, da bestimmte Gremien wie Vorstände fehlen. Einer geringeren Kontinuität und Planbarkeit des Engagements stehen dabei größere Spielräume für Kreativität und Improvisation gegenüber.

Das Engagement in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen ist in den letzten zehn Jahren stabil geblieben. Im Jahr 2009 erfolgen

15 % des Engagements durch geringer organisationsgebundene Zusammenschlüsse. Dabei ist das weniger formalisierte Engagement bei einigen gesellschaftlichen Gruppen stärker ausgeprägt als bei anderen. → **Tab.1**

Deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Altersgruppen: das Engagement in geringer organisationsgebundenen Kontexten nimmt mit zunehmenden Alter ab. Personen im Alter von 14 bis 29 Jahren engagieren sich im Jahr 2009 zu 19 % in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen, dies tun dagegen nur 12 % der 60-Jährigen und älteren. Die Ergebnisse im Zeitablauf zeigen, dass sich die Diskrepanz zwischen jung und alt verstärkt hat. Das geringer organisationsgebundene Engagement von jungen Menschen ist in den letzten zehn Jahren um 4 % gestiegen. Die größeren Freiheitsgrade und Spielräume, die dieses Engagement bietet, sind offenbar eher für jüngeren Menschen attraktiv.

Auffällig bei dem geringer organisationsgebundenen Engagement sind auch die Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen engagieren sich auf diese Weise zu 18 %, Männer dagegen nur zu 12 %. Die insgesamt etwas geringere Engagementbeteiligung von Frauen hebt sich also im stärker selbstorganisierten Engagement zu ihren Gunsten auf. Der geschlechtsspezifische Unterschied in Bezug auf dieses Engagement erklärt sich anhand der Aktivitätsbereiche, in denen das geringer organisationsgebundene Engagement stattfindet. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Bereiche Schule und Kindergarten, Gesundheit sowie Soziales, die allgemein stärker durch ein weibliches Engagement geprägt sind.

Ein Vergleich zwischen den neuen und alten Bundesländern zeigt, dass es bei dem Engagement in Selbsthilfegruppen, Initiativen, Projekten und selbstorganisierten Gruppen regionale Unterschiede gibt: in Ostdeutschland (17 %) ist dieses En-

gagement etwas stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (14 %). Die Unterschiede zwischen den neuen und den alten Ländern sind zum Teil auf das Engagement von arbeitslosen Personen, deren Anteil in Ostdeutschland noch immer bedeutend höher ist, zurückzuführen. Neben jungen Menschen und Frauen sind auch sie stärker in weniger formalisierten Zusammenschlüssen engagiert. Grundsätzlich minimiert ein Erwerbstatus, der durch ein geregeltes Einkommen und feste Arbeitszeiten gekennzeichnet ist, die Wahrscheinlichkeit in weniger formalisierten Kontexten freiwillig engagiert zu sein. Das geringer organisationsgebundene Engagement ist des Weiteren vom Bildungsniveau abhängig. Auch selbstorganisiertes Engagement wird eher von Personen mit hohem als mit einfachem Bildungsniveau ausgeübt. Personen mit

einem niedrigen Bildungsstatus sind insgesamt weniger engagiert. Allerdings hat sich der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen in dieser Engagementform in den letzten zehn Jahren nicht vergrößert.

13.3.4 Spenden

Neben dem Spenden von Zeit engagieren sich Menschen durch das Spenden von Geld für gemeinwohlorientierte Zwecke. Spenden sind ein freiwilliger sowie unentgeltlicher Transfer bei dem der Spender keine äquivalente materielle Gegenleistung erhält. Die Spenden gehen zumeist an zivilgesellschaftliche Organisationen, die sie in der Regel an Bedürftige weiterleiten oder damit ausgewählte Projekte finanzieren.

Tab. 2: Spendenbeteiligung der Bevölkerung 1999–2009

| | 1999 | 2004 | 2009 |
|--|-----------|-----------|-----------|
| | in % | | |
| Insgesamt | 63 | 64 | 58 |
| Geschlecht | | | |
| Männer | 62 | 62 | 56 |
| Frauen | 65 | 66 | 60 |
| Alter | | | |
| 14–29 Jahre | 43 | 38 | 33 |
| 30–59 Jahre | 67 | 66 | 59 |
| 60 und älter | 75 | 78 | 74 |
| Erwerbsstatus | | | |
| Erwerbstätige | 65 | 66 | 60 |
| Arbeitslose | 46 | 44 | 29 |
| Schüler/-innen, Azubis, Student/-innen | 41 | 36 | 30 |
| Hausfrauen und -männer | 70 | 70 | 58 |
| Rentner- /innen, Pensionäre | 74 | 77 | 74 |
| Bildungsniveau¹ | | | |
| Einfaches Bildungsniveau | 61 | 62 | 54 |
| Mittleres Bildungsniveau | 62 | 65 | 60 |
| Hohes Bildungsniveau | 71 | 71 | 67 |
| Region | | | |
| Ost | 54 | 52 | 49 |
| West | 66 | 67 | 61 |

¹ Einfaches Niveau: kein bzw. Volks- oder Hauptschulabschluss, Abschluss 8. Klasse; mittleres Niveau: mittlere und Fachhochschulreife, Abschluss 10. Klasse; hohes Niveau: Abitur/Hochschulreife bzw. abgeschlossenes Hochschulstudium.

Datenbasis: Freiwilligensurvey 1999, 2004, 2009.

Nach den Angaben des Freiwilligen-surveys spendet ein beachtlicher Anteil der Deutschen. Während 1999 und 2004 deutlich mehr als 60 % der über 14-Jährigen angab, in den letzten zwölf Monaten für soziale oder gemeinnützige Zwecke gespendet zu haben, ging dieser Anteil 2009 auf 58 % zurück. An Spendenaktivitäten beteiligen sich nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße. Die Spendenbeteiligungsquote der Westdeutschen liegt im Durchschnitt um zehn Prozentpunkte höher als jene der Ostdeutschen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Spendenverhalten zeigen, dass Frauen in Deutschland zu einem leicht höheren Anteil spenden. Während 2009 rund 60 % der Frauen spendeten, gaben dies nur 56 % der Männer an. Für die unterschiedliche Spendenbeteiligung beider Geschlechter wird oft die durchschnittlich längere Lebenserwartung von Frauen verantwortlich gemacht, da ältere Personen häufiger spenden als jüngere. → Tab. 2

Mit zunehmendem Alter wächst die Spendenbeteiligung. Besonders gering fallen die Geldspendenanteile bei den Befragten im Alter von 14 bis 29 Jahren aus. In dieser Gruppe spendet 2009 nur jeder Dritte. Viele Menschen beginnen offensichtlich erst im mittleren Alter mit dem Spenden. In den Altersgruppen über 60 Jahre steigt die Spendenbereitschaft drastisch an – drei von vier Personen spenden hier kontinuierlich über den betrachteten Zeitraum. Bei den Gründen für den deutlichen Einfluss des Alters auf das Spendenverhalten geht man davon aus, dass Menschen gleichen Alters zu einem ähnlichen Verhalten tendieren, da sie gleiche bzw. ähnliche Erfahrungen in ihrer Kindheit (z. B. Krieg, Solidarität) gemacht haben. Nach sozioökonomischen Erklärungsansätzen führt man die größere Spendenbereitschaft der älteren Personen eher auf deren höheres und gesichertes Einkommen, das angesammelte Vermögen sowie damit insgesamt auf deren bessere wirtschaftliche Situation zurück.

Wie bei dem zeitgebundenen zivilgesellschaftlichen Engagement gehen auch beim Spendenverhalten von den Bildungsmerkmalen gravierende Einflüsse aus. Zu einem besonders hohen Anteil spenden Personen mit einem hohen Bildungsniveau Geld, während die Spenderquote bei einem einfachen Bildungsniveau weit geringer ausfällt.

Der Erwerbsstatus beeinflusst ebenfalls die Spendenbereitschaft. Arbeitslose spenden erklärtermaßen aus ihrer wirtschaftlichen Situation heraus seltener als Erwerbstätige. Nichterwerbstätige, zu denen besonders Personen im Rentenalter gehören, haben die höchste Spenderquote. Dies ist offensichtlich Ausdruck ihrer allgemeinen Lebenssituation und der guten wirtschaftlichen Absicherung eines großen Teils dieser sozialen Gruppe.

Ein nachhaltiger Einfluss geht vom Einkommen auf das Spendenverhalten aus: Zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Einkommen und Spendenverhalten wird oft angeführt, dass höherer Wohlstand den Personen die Möglichkeit bietet, einen Teil ihres Vermögens anderen Menschen oder Projekten zukommen zu lassen, ohne selbst in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten oder Verzicht leisten zu müssen. Bei hoher von hohem Einkommen verkräften demnach eine finanzielle Förderung gemeinnütziger Zwecke leichter, und dementsprechend nimmt die Spendenfreudigkeit mit steigender Prosperität zu.

13.3.5 Zusammenfassung

Das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland ist zu einer festen Größe der Gesellschaft geworden. Die Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen, in denen das Engagement häufig ausgeübt wird, ist über die Jahre angestiegen. In den verschiedenen Engagementformen: organisationsgebunden, geringer organisationsgebunden oder spenden, sind einzelne Bevölkerungsgruppen stärker

vertreten als andere. Personen, die sich in einer Organisation engagieren oder spenden sind in der Regel mindestens mittleren Alters, erwerbstätig und wirtschaftlich abgesichert. Im Vergleich dazu sind Personen, die sich in weniger formalisierten Zusammenschlüssen engagieren eher jung und nicht erwerbstätig. Es haben also einerseits nicht alle Personen die gleichen Zugangschancen zu den zivilgesellschaftlichen Engagementformen, andererseits ermöglichen die unterschiedlichen Engagementgelegenheiten einem breiteren Personenkreis ein Engagement.

14 Demokratie und politische Partizipation

14.1 Teilnahme am politischen Leben

Karl Weichs

Ein freier und demokratischer Staat ist auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Inwieweit die Menschen ihre durch die Verfassung garantierten Rechte wirklich nutzen und Politik, Wirtschaft oder Kultur mit gestalten – darüber kann die amtliche Statistik wegen der meist sehr komplexen Zusammenhänge nur Anhaltspunkte liefern.

14.1.1 Wahlen

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei eine zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine gesetzliche Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – auch als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen. Sie weist deutliche Unterschiede auf, je nachdem ob es sich um Bundestags-, Landtags-, Kommunalwahlen oder Wahlen zum Europäischen Parlament handelt.

Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 waren 62,2 Mill. Personen wahl-

berechtigt. Mit 70,8 % lag die Wahlbeteiligung nochmals um 6,9 Prozentpunkte unter der bislang niedrigsten Wahlbeteiligung von 2005 (77,7 %) und 8,3 Prozentpunkte unter der von 2002.

Die Wahlbeteiligung lag in zehn Ländern über dem Durchschnitt, und zwar in Hessen mit 73,8 %, im Saarland mit 73,7 %, in Schleswig-Holstein mit 73,6 %, in Niedersachsen mit 73,3 %, in Baden-Württemberg mit 72,4 %, in Rheinland-Pfalz mit 72,0 %, in Bayern mit 71,6 %, in Nordrhein-Westfalen mit 71,4 %, in Hamburg mit 71,3 % und in Berlin mit 70,9 %. In den übrigen Ländern betrug sie zwischen 60,5 % und 70,3 %. Mit 60,5 % hatte Sachsen-Anhalt die niedrigste Wahlbeteiligung. In allen neuen Ländern lag die Wahlbeteiligung unter dem Bundesdurchschnitt. Bereits bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 hatten alle neuen Länder eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung aufgewiesen. → **Tab. 1**

Während die Wähler mit der Erststimme für 299 Bundestagswahlkreise entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll, sind für die Gesamtzahl der Abgeordneten der Parteien und für das Stärkeverhältnis im Deutschen Bundestag grundsätzlich die Zweitstimmen ausschlaggebend.

Die SPD erzielte bei der Bundestagswahl 2009 23,0 % aller gültigen Zweitstimmen im Wahlgebiet. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005, bei der ihr Zweitstim-

Tab. 1: Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen

| | Wahlberechtigte in 1 000 | Wahlbeteiligung in % |
|-------------------|-----------------------------|-------------------------|
| 1949 ¹ | 31 208 | 78,5 |
| 1953 ¹ | 33 121 | 86,0 |
| 1957 | 35 401 | 87,8 |
| 1961 | 37 441 | 87,7 |
| 1965 | 38 510 | 86,8 |
| 1969 | 38 677 | 86,7 |
| 1972 | 41 446 | 91,1 |
| 1976 | 42 058 | 90,7 |
| 1980 | 43 232 | 88,6 |
| 1983 | 44 089 | 89,1 |
| 1987 | 45 328 | 84,3 |
| 1990 | 60 437 | 77,8 |
| 1994 | 60 452 | 79,0 |
| 1998 | 60 763 | 82,2 |
| 2002 | 61 433 | 79,1 |
| 2005 | 61 871 | 77,7 |
| 2009 | 62 168 | 70,8 |

Bis 1987 früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West), ab 1990 Deutschland.

¹ Ohne Saarland.

menanteil 34,2 % betragen hatte, verlor sie 11,2 Prozentpunkte. Stimmenverlusten zwischen 9,9 und 15,8 Prozentpunkten in den neuen Ländern standen dabei Stimmenverluste von 8,6 bis 14,1 Prozentpunkten in den alten Bundesländern – verglichen mit der Bundestagswahl 2005 – gegenüber. Die höchsten Verluste musste die SPD in den Ländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Niedersachsen und Bremen hinnehmen. Die geringsten Verluste hatte sie im Saarland sowie in Bayern zu verzeichnen.

Die CDU erreichte bei der Bundestagswahl 2009 einen Zweitstimmenanteil von 27,3 % und wurde damit stärkste Partei. Sie verlor gegenüber der Bundestagswahl 2005 0,5 Prozentpunkte. In acht Bundesländern konnte sie Gewinne – zwischen 0,5 Prozentpunkten im Saarland und 5,6 Prozentpunkten in Sachsen – erzielen, in den übrigen Bundesländern musste sie Verluste – zwischen 0,4 Prozentpunkten in Niedersachsen und 4,8 Prozentpunkten in Baden-Württemberg – hinnehmen. Außer in Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Bayern wurde sie in allen Ländern stärkste Partei.

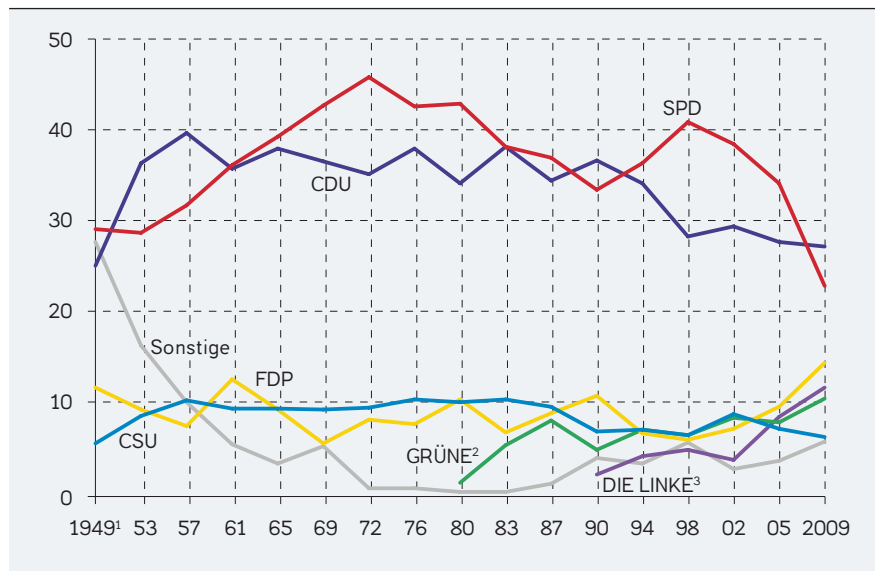
Die FDP erreichte 2009 14,6 % der gültigen Zweitstimmen und damit 4,8 Prozentpunkte mehr als bei der Bundestagswahl 2005. Sie gewann in allen Ländern Zweitstimmenanteile – zwischen 1,9 Prozentpunkten in Thüringen und 6,9 Prozentpunkten in Baden-Württemberg – hinzu.

DIE LINKE gewann bei der Bundestagswahl 2009 11,9 % der gültigen Zweitstimmen. Das war gegenüber der Bundestagswahl 2005 eine Steigerung um 3,2 Prozentpunkte. DIE LINKE konnte in allen Ländern hinzugewinnen, und zwar zwischen 1,7 Prozentpunkten (in Sachsen) und 5,9 Prozentpunkten (in Bremen). Den zweithöchsten Stimmengewinn verzeichnete sie in Sachsen-Anhalt mit 5,8 Prozentpunkten.

Die GRÜNEN erhielten 2009 10,7 % aller gültigen Zweitstimmen und gewannen damit gegenüber der Bundestagswahl 2005 2,6 Prozentpunkte an Zweitstimmen hinzu. Sie hatten in allen Bundesländern Stimmengewinne zu verzeichnen, und zwar zwischen 0,7 Prozentpunkten in Hamburg und 4,3 Prozentpunkten in Schleswig-Holstein.

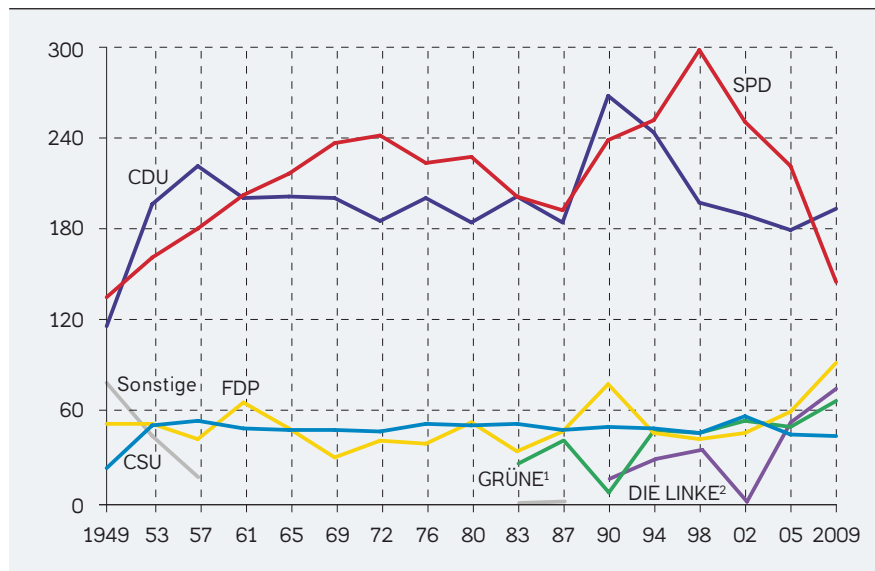
Die CSU musste bei der Bundestagswahl 2009 einen Verlust an Zweitstimmen hinnehmen. Der Zweitstimmenanteil sank von 49,2 % (2005) auf 42,5 % der in Bayern abgegebenen Stimmen. Damit erzielte die CSU 2009 nur noch 6,5 % aller

Abb. 1: Stimmanteile der Parteien bei den Bundestagswahlen, in %



Seit 1953 Zweitstimmen, bis 1987 früheres Bundesgebiet, ab 1990 Deutschland.
 1 Ohne Saarland.
 2 1990 einschl. Bündnis 90/Grüne.
 3 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

Abb. 2: Sitzverteilung im Deutschen Bundestag



Bis 1987: früheres Bundesgebiet einschl. der Abgeordneten von Berlin-West, ab 1990 Deutschland.
 1 1990 einschl. Bündnis 90/Grüne.
 2 Bis zur Namensänderung durch Parteitagbeschluss vom 17. Juli 2005: PDS.

gültigen Zweitstimmen im Bundesgebiet – ihr Zweitstimmenanteil ging damit gegenüber der Bundestagswahl 2005 um 0,9 Prozentpunkte zurück.

Fasst man die Zweitstimmen für die Parteien der Regierungskoalition (CDU, FDP

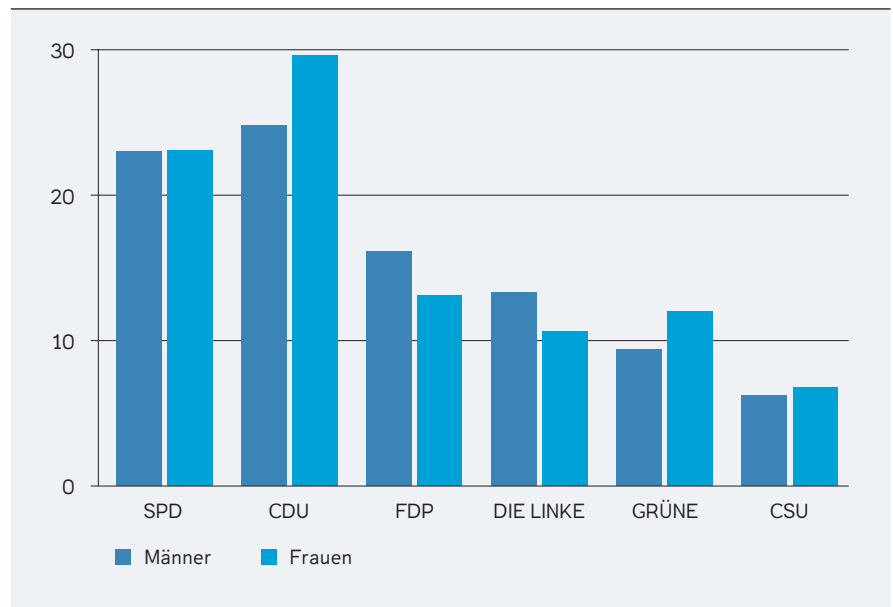
und CSU) und die der verbleibenden Parteien (SPD, GRÜNE und DIE LINKE) zusammen, ergeben sich für die Koalition 48,4 % und für die Opposition 45,6 %. Bei der Bundestagswahl 2005 hatte die Differenz zwischen den Zweitstimmenanteilen der großen Koalition (CDU, CSU

und SPD) und denen der Opposition (GRÜNE, FDP und DIE LINKE) 42,8 Prozentpunkte betragen. → **Abb. 1, 2**

Zum 14. Mal seit 1953 und zum vierten Mal seit der ersten gesamtdeutschen Wahl im Jahr 1990 ist bei einer Bundestagswahl eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden. Mit der repräsentativen Wahlstatistik lässt sich das Wahlverhalten – Wahlbeteiligung und Stimmabgabe – bei einer Bundestagswahl nach Altersgruppen und Geschlecht sowie nach der Struktur der Wählerschaft analysieren.

Die Betrachtung der durchschnittlichen Wahlbeteiligung über alle Altersgruppen hinweg zeigt – wie bei allen früheren Bundestagswahlen, zu denen eine repräsentative Wahlstatistik durchgeführt worden ist – keine signifikanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Während sich 71,8 % der Männer an der Wahl beteiligten, waren es bei den Frauen 71,0 %. Bei den jüngeren Wahlberechtigten bis zu 24 Jahren und den Älteren ab 60 Jahren beteiligten sich mehr Männer als Frauen, bei den 25 bis 59 Jahre alten Wahlberechtigten machten mehr Frauen als Männer von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Der letztendlich geringe Vorsprung der Männer resultiert aus dem großen Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung der 70-jährigen und älteren

Abb. 3: Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht, in %



Männer (78,4 %) und der gleichaltrigen Frauen (69,1 %).

Die Ergebnisse der repräsentativen Bundestagswahlstatistik verdeutlichen, dass die altersspezifischen Abweichungen stärker ausgeprägt waren als die geschlechtsspezifischen. Die niedrigste Wahlbeteiligung lag – wie schon bei früheren Bundestagswahlen – bei den 21- bis 24-Jährigen und zwar sowohl bei Männern (59,4 %) als auch bei Frauen (58,9 %) vor. Ab der folgenden Altersgruppe stieg

die Wahlbeteiligung mit dem Alter stetig an. In der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen gab es mit 80,0 % die höchste Wahlbeteiligung. → **Tab. 2**

Auf Grund der Bevölkerungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland haben die Frauen einen besonderen Einfluss auf das Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 2009 wurden 51,5 % der gültigen Zweitstimmen von Frauen und 48,5 % von Männern abgegeben. Wie 2005 konnten SPD, CDU, CSU und GRÜNE mehr Frauen- als Männerstimmen auf sich vereinigen, bei der FDP, der Partei DIE LINKE (früher PDS) und bei den nicht im Parlament vertretenen Parteien überwog dagegen der Anteil der männlichen Wähler. → **Abb. 3**

Die Wählerschaft der SPD rekrutierte sich überproportional aus älteren Wählerinnen und Wählern. Die altersmäßige Zusammensetzung der SPD-Wählerschaft näherte sich damit derjenigen der Unionsparteien immer mehr an. 41,1 % der Wählerinnen und Wähler der SPD waren 60 Jahre und älter, bei der CDU waren es 43,8 % und bei der CSU 42,5 %. In der Wählerschaft der FDP – verglichen mit

Tab. 2: Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen

| Altersgruppen | Wahlberechtigte | | | Wahlbeteiligung | | |
|------------------|-----------------|-------------|-------------|-----------------|-------------|-------------|
| | insgesamt | Männer | Frauen | insgesamt | Männer | Frauen |
| | in 1000 | in % | | | | |
| unter 21 | 2 380 | 51,1 | 48,9 | 63,0 | 63,2 | 62,7 |
| 21-24 | 3 527 | 50,5 | 49,5 | 59,1 | 59,4 | 58,9 |
| 25-29 | 4 310 | 50,6 | 49,4 | 61,2 | 60,3 | 62,0 |
| 30-34 | 3 939 | 50,8 | 49,2 | 65,1 | 64,2 | 65,9 |
| 35-39 | 4 432 | 50,6 | 49,4 | 68,9 | 68,0 | 69,9 |
| 40-44 | 6 138 | 50,6 | 49,4 | 72,4 | 71,6 | 73,2 |
| 45-49 | 6 460 | 50,4 | 49,6 | 73,2 | 72,6 | 73,8 |
| 50-59 | 10 599 | 49,6 | 50,4 | 74,8 | 74,3 | 75,2 |
| 60-69 | 8 636 | 48,0 | 52,0 | 80,0 | 80,4 | 79,7 |
| 70 und mehr | 11 748 | 39,9 | 60,1 | 72,8 | 78,4 | 69,1 |
| Insgesamt | 62 169 | 48,1 | 51,9 | 71,4 | 71,8 | 71,0 |

Tab. 3: Wählerschaft der Parteien bei der Bundestagswahl 2009 nach Altersgruppen

| | Von 100 gültigen Zweitstimmen für die jeweilige Partei wurden abgegeben von Wähler/-innen im Alter von ... bis ... Jahren | | | | |
|------------------|---|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 18-24 | 25-34 | 35-44 | 45-59 | 60 und mehr |
| SPD | 6,3 | 8,6 | 14,9 | 29,0 | 41,1 |
| CDU | 6,1 | 10,1 | 15,1 | 24,9 | 43,8 |
| FDP | 8,5 | 14,7 | 19,4 | 28,3 | 29,1 |
| DIE LINKE | 7,0 | 10,3 | 16,0 | 36,5 | 30,2 |
| GRÜNE | 11,6 | 15,1 | 23,5 | 33,5 | 16,3 |
| CSU | 6,4 | 10,8 | 15,5 | 24,8 | 42,5 |
| Sonstige | 19,7 | 20,8 | 20,3 | 23,9 | 15,4 |
| Insgesamt | 8,0 | 11,7 | 17,0 | 28,6 | 34,7 |

der Gesamtwählerschaft – waren die jüngeren Wähler im Alter zwischen 18 und 44 Jahren überdurchschnittlich vertreten. In der Partei DIE LINKE dominierten die 45- bis 59-Jährigen mit 36,5 %. In der Wählerschaft der GRÜNEN waren jüngere und mittlere Altersgruppen überproportional vertreten. Mehr als die Hälfte der GRÜNEN-Wählerinnen und Wähler war jünger als 45 Jahre. → Tab.3

Frauen sind im Deutschen Bundestag immer noch deutlich unterrepräsentiert. Obwohl mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten Frauen sind und der Anteil

der weiblichen Abgeordneten in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen ist, stellen sie im 17. Deutschen Bundestag mit 204 Mandaten nur ein Drittel der 622 Abgeordneten. 65 Direktmandate wurden von Frauen gewonnen. Im 12. Deutschen Bundestag lag der Frauenanteil noch bei rund 20 %. Die GRÜNEN erreichten mit 54,4 % der Abgeordneten den höchsten Frauenanteil, gefolgt von der Partei DIE LINKE (52,6 %), der SPD (38,3 %), der FDP (24,7 %), der CDU (21,6 %) und der CSU (13,3 %). Mit 323 Ja-, 285 Neinstimmen und vier Enthaltungen der 622 Abgeordneten wurde

am 28. Oktober 2009 Frau Dr. Angela Merkel (CDU) zum zweiten Mal zur Bundeskanzlerin gewählt.

Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2009 lag das Durchschnittsalter der 622 Mitglieder des Parlaments bei 49,2 Jahren. Bei der SPD betrug es 51,6, bei der CDU 49,2, bei der FDP 47,5, bei der Partei DIE LINKE 48,6 und bei der CSU 50,2 Jahre. Die GRÜNEN haben mit einem Durchschnittsalter von 46,6 Jahren die jüngsten Abgeordneten.

Landtagswahlen

Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt im Vergleich zu Bundestagswahlen grundsätzlich niedriger. Außerdem sind die Unterschiede von Bundesland zu Bundesland stärker ausgeprägt. Die höchste Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen wurde in Schleswig-Holstein mit 73,6 % erreicht. Besonders niedrig war sie mit 44,4 % bei der Wahl 2006 in Sachsen-Anhalt. → Tab.4

Allein regiert die SPD (nach Bruch des ersten Bündnisses zwischen der CDU und den GRÜNEN auf Landesebene) in

Tab. 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei den letzten Landtagswahlen

| | Wahl | Wahlbeteiligung | Stimmen | | | | |
|-------------------------------------|-------------------|-----------------|----------------------|------|------|-------------------|-----------|
| | | | CDU/CSU ¹ | SPD | FDP | GRÜNE | DIE LINKE |
| in % | | | | | | | |
| Baden-Württemberg | 2011 | 66,3 | 39,0 | 23,1 | 5,3 | 24,2 | 2,8 |
| Bayern ² | 2008 ⁴ | 57,9 | 43,4 | 18,6 | 8,0 | 9,4 | 4,4 |
| Berlin ³ | 2006 | 58,0 | 21,3 | 30,8 | 7,6 | 13,1 | 13,4 |
| Brandenburg ³ | 2009 | 67,0 | 19,8 | 33,0 | 7,2 | 5,7 ⁵ | 27,2 |
| Bremen | 2007 | 57,5 | 25,6 | 36,7 | 6,0 | 16,5 | 8,4 |
| Hamburg | 2011 | 57,3 | 21,9 | 48,4 | 6,7 | 11,2 ⁶ | 6,4 |
| Hessen ³ | 2009 | 61,0 | 37,2 | 23,7 | 16,2 | 13,7 | 5,4 |
| Mecklenburg-Vorpommern ³ | 2006 ⁷ | 59,1 | 28,8 | 30,2 | 9,6 | 3,4 | 16,8 |
| Niedersachsen ³ | 2008 | 57,1 | 42,5 | 30,3 | 8,2 | 8,0 | 7,1 |
| Nordrhein-Westfalen ³ | 2010 | 59,3 | 34,6 | 34,5 | 6,7 | 12,1 | 5,6 |
| Rheinland-Pfalz ³ | 2011 | 61,8 | 35,2 | 35,7 | 4,2 | 15,4 | 3,0 |
| Saarland | 2009 | 67,6 | 34,5 | 24,5 | 9,2 | 5,9 | 21,3 |
| Sachsen ³ | 2009 ⁸ | 52,2 | 40,2 | 10,4 | 10,0 | 6,4 | 20,6 |
| Sachsen-Anhalt ³ | 2011 | 51,2 | 32,5 | 21,5 | 3,8 | 7,1 | 23,7 |
| Schleswig-Holstein ³ | 2009 ⁹ | 73,6 | 31,5 | 25,4 | 14,9 | 12,4 | 6,0 |
| Thüringen ³ | 2009 | 56,2 | 31,2 | 18,5 | 7,6 | 6,2 | 27,4 |

1 CSU nur in Bayern.

2 Gesamtstimmen = Erst- und Zweitstimmen.

3 Zweitstimmen.

4 Die FW FREIEN WÄHLER erzielten 10,2 % der Stimmen.

5 GRÜNE/B 90.

6 GRÜNE/GAL.

7 Die NPD erzielte 7,3 % der Stimmen.

8 Die NPD erzielte 5,6 % der Stimmen.

9 Der SSW erzielte 4,3 % der Stimmen.

Hamburg. In Hessen, Niedersachsen, Sachsen und in Schleswig-Holstein regiert die CDU und in Bayern die CSU gemeinsam mit der FDP und in Rheinland-Pfalz, Bremen sowie als Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen die SPD mit den GRÜNEN. Große Koalitionen regieren in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und in Thüringen. In Berlin und Brandenburg ist die SPD mit der Partei DIE LINKE (früher PDS) eine Koalition eingegangen. Im Saarland regiert das sogenannte »Jamaika-Bündnis« zwischen CDU, FDP und GRÜNE. Die GRÜNEN koalieren in Baden-Württemberg mit der SPD und stellen erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik einen Ministerpräsidenten.

Europawahlen

Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union in fünfjährigem Abstand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Im Juni 2009 wurden 736 Abgeordnete in 27 Mitgliedstaaten gewählt. Deutschland stehen weiterhin 99 Mandate zu. Die Fraktionen des Europäischen Parlaments setzen sich nicht nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach politischen Richtungen zusammen.

Insgesamt waren im Juni 2009 rund 375 Mill. Unionsbürgerinnen und -bürger wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung ist bei den Wahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik – wie übrigens auch in den anderen Mitgliedstaaten – wesentlich niedriger als bei nationalen Wahlen. Von den 62,2 Mill. bundesdeutschen Wahlberechtigten machten am 7. Juni 2009 nur 43,3 % von ihrem Stimmrecht Gebrauch, so dass eine geringe Zunahme der Wahlbeteiligung um 0,3 Prozentpunkte gegenüber 2004 zu verzeichnen war. Wenn man von Belgien und Luxemburg absieht (in diesen Ländern besteht neben Griechenland Wahlpflicht mit Sanktionen), war die Wahlbeteiligung in Malta mit 78,8 % (2004: 82,4 %), in Italien mit 65,1 % (2004: 73,1 %) und in Dänemark mit 59,5 % (2004: 47,9 %) am höchsten, während sie in Polen mit 24,5 % (2004: 20,9 %), in Litauen mit 21,0 % (2004: 48,4 %) und in der Slowakei mit 19,6 % (2004: 17,0 %) am niedrigsten lag. In dreizehn EU-Staaten war die Wahlbeteiligung höher als in Deutschland. Der stärkste Rückgang der Wahlbeteiligung betrug 27,4 Prozentpunkte und wurde in Litauen registriert. Zusammenfassend ist festzu-

stellen, dass lediglich in neun EU-Staaten die Wahlbeteiligung gegenüber 2004 zwischen 0,3 und 17,1 Prozentpunkten gestiegen, in allen anderen 18 EU-Staaten jedoch zwischen 0,1 und 27,4 Prozentpunkten gesunken ist. Von den auf die Bundesrepublik Deutschland entfallenden 99 Sitzen erhielten die CDU 34, die SPD 23, die GRÜNEN 14, die CSU 8, DIE LINKE 8 und die FDP 12 Sitze. → **Abb. 4**

14.1.2 Mitgliedschaft in Parteien¹

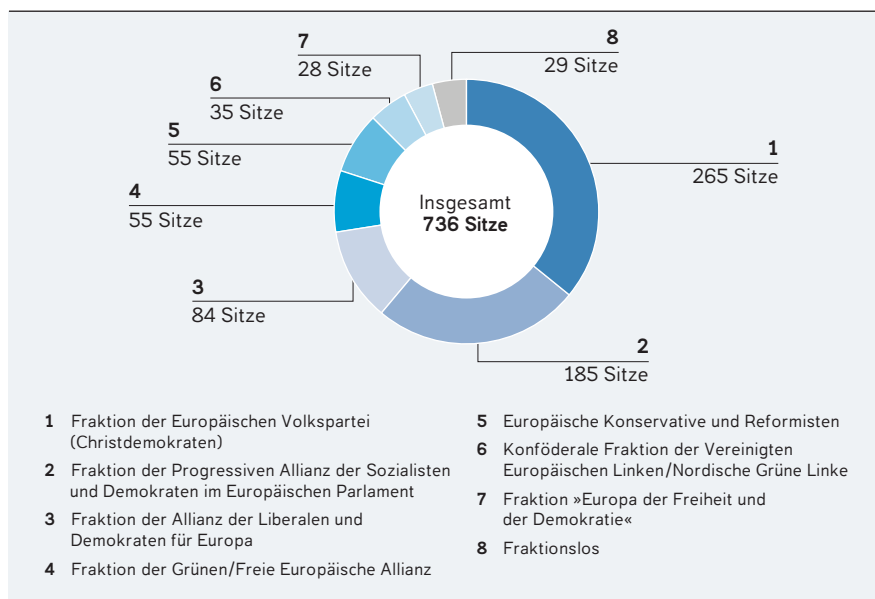
Die Parteien spielen in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle. Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhängerschaft darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig und können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland war bis in die 1990er Jahre vor allem von vier Parteien geprägt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Christlich-Soziale Union (CSU) in Bayern und Freie Demokratische Partei (FDP).

Zu Beginn der 1980er Jahre gelang den GRÜNEN in einer Reihe von Landesparlamenten und von 1983 bis 1990 auch im Bundestag das Eindringen in die bis dahin relativ fest gefügte Parteienland-

Abb. 4: Sitzverteilung im Europäischen Parlament, nach Fraktionen



Stand: Mai 2011.

Quelle: Europaparlament.

schaft. Bei der Bundestagswahl 2009 erzielten die GRÜNEN einen Anteil von 10,7 % an den Zweitstimmen. Seit der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 ist auch DIE LINKE (früher PDS) im Deutschen Bundestag vertreten. Nur 1998, 2005 und 2009 erreichte sie einen Zweitstimmenanteil von über 5 %. 1990, 1994 und 2002 kam sie aufgrund von Sonderregelungen bzw. Direktmandaten in den Bundestag. Schon immer kandidierten bei Bundestagswahlen auch kleinere Parteien. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 konnten diese zusammen 27,8 % der Stimmen auf sich vereinen, danach sind ihre Stimmenanteile stark zurückgegangen. Zu ihrer relativen Bedeutungslosigkeit auf Bundes- und Landesebene hat nicht zuletzt die Fünfprozentklausel beigetragen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben gegenwärtig rund 1,4 Mill. Männer und Frauen das Mitgliedsbuch einer Partei. Das entspricht einem Anteil von rund 2 % der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter und es sind rund ein Drittel weniger als 1990.

Bis zum Frühjahr 2008 war die SPD die Partei mit der größten Mitgliedschaft. Bei ihrer Wiedegründung nach dem Zweiten Weltkrieg knüpfte sie an ihre bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition als Arbeiterpartei an. Mit der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 vollzog sie die Öffnung zur Volkspartei. Ihre Mitgliederzahl betrug 1946 rund 711 000. Ende 2009 besaßen rund 513 000 Bürgerinnen und Bürger das Mitgliedsbuch dieser Partei, die 1976 mit 1 022 000 Mitgliedern ihren bisher höchsten Stand erreicht hatte. Der Anteil der Frauen in der SPD erhöhte sich von 15 % im Jahr der Wiedegründung auf 31 % Ende 2009.

Im Unterschied zur katholischen Zentrumspartei der Weimarer Zeit wenden sich die nach dem Ende der Herrschaft des Nationalsozialismus neu gegründeten Unionsparteien – CDU und CSU – an Wählerinnen und Wähler beider christ-

licher Konfessionen. Sie betrachten ihre Gründung als Antwort auf die verhängnisvolle Zerrissenheit der Demokraten in der Weimarer Republik. Die CDU besitzt keinen bayerischen Landesverband, während die CSU nur in Bayern vertreten ist. Im Bundestag bilden beide Parteien eine gemeinsame Fraktion. Die Mitgliederzahl der CDU belief sich im Dezember 2009 auf 521 000, von ihnen waren 26 % Frauen. Die CSU, deren Mitgliederzahl im Jahr 1946 bei 69 000 lag, hatte Ende 2009 insgesamt 159 000 Mitglieder, darunter 19 % weibliche Mitglieder.

Die ebenfalls nach dem Krieg neu gegründete FDP will als liberale Partei besonders die Freiheit jedes Einzelnen in allen Lebensbereichen stärken. Das liberale Manifest von 1985 geht von einem umfassenden Freiheitsbegriff aus. Die FDP will eine Versöhnung von moderner Marktwirtschaft und einer offenen und veränderungsbereiten gesellschaftlichen Kultur. Ende 2009 hatte die FDP rund 72 000 Parteimitglieder, davon waren 23 % Frauen.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb der etablierten Parteien in »Bürgerinitiativen« engagiert. Sie richten sich vielfach gegen politische Maßnahmen von lokaler oder regionaler Bedeutung, die als umweltschädigend betrachtet werden, so z. B. gegen Kernkraftwerke, Autobahnausbau, Müllverbrennungsanlagen. Aus dieser Bewegung sind auch die »grünen« Parteien mit ihren über den Umweltschutz hinausgehenden politischen Programmen hervorgegangen. Die GRÜNEN hatten sich vor der Europawahl 1979 bundesweit als »Sonstige Politische Vereinigung (SPV) DIE GRÜNEN« zusammengeschlossen, ehe sie sich 1980 als Partei auf Bundesebene konstituierten. 1993 haben sich die GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, ein 1991 entstandener Zusammenschluss der Bürgerbewegung gegen die SED-Regierung in der ehemaligen DDR, zu der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(GRÜNE) zusammengeschlossen. Ihre Mitgliederzahl lag Ende 2009 bei rund 48 000, etwa 37 % waren Frauen.

»Die Linke.« (früher PDS) hatte Ende 2006 insgesamt 60 000 Parteimitglieder. Der Frauenanteil lag bei 44 %. Bei der letzten Bundestagswahl hatte DIE LINKE bundesweit einen Zweitstimmenanteil von 11,9 %, in den neuen Ländern und Berlin-Ost von 28,5 %. Bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern lag der Anteil der Partei DIE LINKE mit Ausnahme der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (16,8 %) meist deutlich über 20 %. Im Juni 2007 fusionierte »Die Linke.« mit der Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei DIE LINKE. Die fusionierte Linke zählte 2007 rund 72 000 Mitglieder, davon waren etwa 39 % Frauen. Für Ende 2009 sind die vorläufigen Mitgliederzahlen bislang mit rund 78 000 beziffert, wovon circa 37 % Frauen waren.

14.1.3 Zusammenfassung

Fast bei allen Wahlen war eine abnehmende Wahlbeteiligung festzustellen. Die seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zu beobachtende bislang niedrigste Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2005 (77,7 %) wurde 2009 nochmals um 6,9 Prozentpunkte (70,8 %) unterschritten. Bei einigen Landtagswahlen ging die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen sogar um über zehn Prozent zurück (z. B. 2006 in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern). Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung bei den unter 30-Jährigen. Bei der letzten Bundestagswahl lag sie bei 60,9 % (Westdeutschland 62,4 %, Ostdeutschland 54,4 %). Die Mitgliederzahl der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahm von 1990 bis 2009 um rund ein Drittel ab. Sie lag 2009 nur noch bei knapp 1,4 Mill. gegenüber 2,4 Mill. im Jahr 1990.

¹ Die Angaben jüngerer Datums zur Parteimitgliedschaft nach Prof. Dr. Oskar Niedermayer sind der Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/2010, entnommen.

Demokratie sichert den Bürgern das Recht auf politische Selbstbestimmung. Durch Wahlen bestimmen sie ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. In welchem Maße sich die Bürger engagieren und in welchem Ausmaß es einer Demokratie gelingt, Bürger in das politische Geschehen einzubeziehen, hat unmittelbare Auswirkungen auf die Funktionsweise einer Demokratie. In diesem Zusammenhang spricht man auch von politischer Integration. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf die Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbezogen werden und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Die Frage, wie viel Bürgerbeteiligung eine Demokratie braucht, bleibt offen und ist letztlich nur normativ zu beantworten.

Man kann jedoch davon ausgehen, dass es ein Warnsignal für eine Demokratie ist, wenn eine Gesellschaft hinter ein bereits erreichtes Ausmaß politischer Integration der Bürger zurückfällt oder sich starke regionale oder soziale Unterschiede in der Beteiligung der Bürger an der Politik zeigen. Die Debatten über die »Mitgliederkrise« der Großorganisationen sowie über Politik- und Parteienverdrossenheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürger heute weniger politisch beteiligen als früher. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die jüngeren Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Und, auch noch mehr als 20 Jahre nach der deutschen Vereinigung stellt sich die Frage, ob die Bürger in den neuen Bundesländern in vergleichbarer Weise wie die der alten Bundesländer politisch inte-

griert sind und in ähnlicher Stärke Zugang zum politischen Willensbildungsprozess suchen.

14.2.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Ausmaß, in dem sich die Bürger für Politik interessieren, ist ein wichtiger Gradmesser, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen. Das politische Interesse ist ein guter Indikator dafür, ob das politische Geschehen von den Bürgern als etwas betrachtet wird, das für sie wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls auch dafür zu engagieren. Das politische Interesse der Bürger wird durch die einfache Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

In den letzten 20 Jahren hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch verändert. Im Zeitraum um die Vereinigung Deutschlands war er am höchsten. Seit 1994 liegt der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren in Westdeutschland bei etwa 30 %, 1969 waren es lediglich 18 % gewesen. Langfristig gesehen sind heute also mehr Bürger am politischen Geschehen interessiert als noch vor gut drei Jahrzehnten.

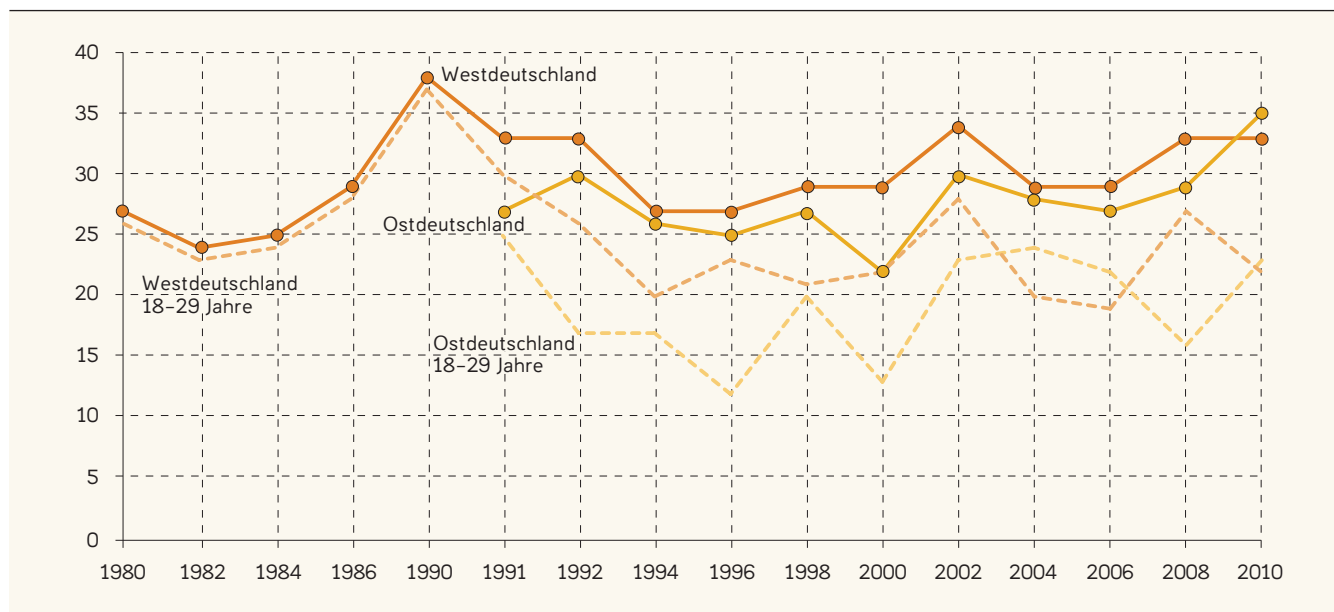
Allerdings hat das Interesse an der Politik nach dem Jahr der deutschen Vereinigung deutlich nachgelassen und war Mitte der 1990er Jahre fast auf das Niveau der frühen 1980er Jahre abgesunken. Zwischen 1994 und 2002 stieg das politische Inter-

esse insbesondere in den alten Bundesländern wieder an, sank 2004 jedoch wieder ab. In Ostdeutschland sind im Durchschnitt etwas weniger Bürger stark oder sehr stark an Politik interessiert als in Westdeutschland. 2010 waren es allerdings zum ersten Mal in Ostdeutschland etwas mehr politische Interessierte.

Deutlicher ist der Unterschied im Ausmaß des politischen Interesses zwischen den jüngeren und älteren Bürgern, der in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten ist. Unter den bis 29-Jährigen finden sich weit weniger politisch Interessierte als unter denjenigen, die 30 Jahre und älter sind. Dieser Unterschied zwischen den Altersgruppen existiert seit 1991. Davor war das Interesse der Jüngeren nur unmaßgeblich geringer ausgeprägt. Das Interesse an der Politik bei den 18- bis 29-Jährigen liegt deutlich unter dem Bevölkerungsdurchschnitt und hat vergleichsweise stärker abgenommen. In Westdeutschland öffnete sich diese Schere sehr rasch zwischen 1991 und 1992. Im Durchschnitt der Bevölkerung liegt der Anteil der stark oder sehr stark Interessierten seitdem etwa sieben Prozentpunkte höher als bei den 18- bis 29-Jährigen. Eine ähnliche Entwicklung ist in Ostdeutschland zu konstatieren. 2002 hatte sich der Abstand zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den jüngeren Bevölkerungsgruppen zwar verringert, danach ist er jedoch wieder gewachsen. 2010 lag der Anteil der politisch Interessierten in den alten Bundesländern elf Prozentpunkte unter dem der älteren Bevölkerungsgruppen. Das ist die größte Kluft, die in Westdeutschland bisher festzustellen war. Die größte Differenz findet man nun zwischen den jüngeren und älteren Bevölkerungsgruppen in Ostdeutschland. Sie lag 2010 bei 12 Prozentpunkten.

➔ Abb. 1

Abb. 1: Politisches Interesse, in %



Datenbasis: ALLBUS 1980–2010.

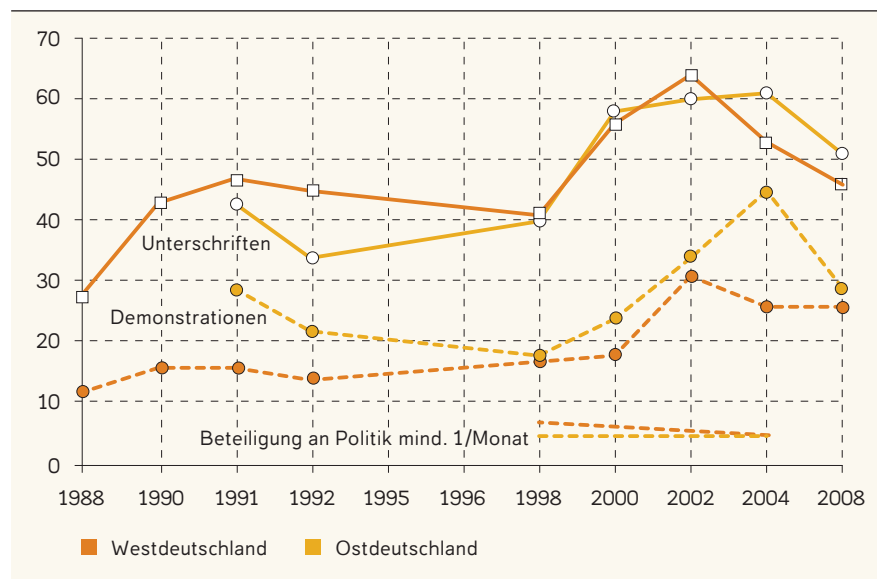
In Bezug auf die Wahlbeteiligung ist eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Zum einen war die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2009 niedriger als bei allen Bundestagswahlen seit 1953. Bis 1983 betrug sie immer – zum Teil erheblich – mehr als 85 %. Bei den letzten sechs Bundestagswahlen seit 1990 lag die Wahlbeteiligung fünfmal unter 80 %, nur 1998 waren es 82,2 %. Zum anderen ist sie bei den Erst- (18 bis 20 Jahre) und Jungwählern (21 bis 25 Jahre) sogar stärker abgesunken als im Durchschnitt. Nur die hier als Jungwähler bezeichnete Altersgruppe lässt sich seit 1961 beobachten, da Volljährigkeit und Wahlberechtigung mit 18 Jahren erst seit 1972 gelten. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Jungwähler lag, mit kleineren Schwankungen zwischen 1961 und 1983, etwa 8,6 Prozentpunkte unter dem Gesamtdurchschnitt. 1987 lag sie bereits zehn Prozentpunkte darunter, seitdem immer etwa zehn Prozentpunkte unter der Gesamtwahlbeteiligung (Weiteres siehe Kap. 14.1.1).

Bürger können neben institutionellen Formen der Beteiligung, wie z. B. Wahlen, auch Formen nicht institutionalisierter

Beteiligung wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Proteste und Boykotts nutzen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen und am politischen Leben teilzuhaben. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er Jahre kontinuierlich zugenommen. In diesem Zusammenhang ist von einer »partizipatorischen Revolu-

tion« gesprochen worden, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung als normale politische Handlungsformen etablierten. Die Anteile derjenigen, die angeben, an den beiden häufigsten Formen der so genannten »unkonventionellen« politischen Beteiligung, der Beteiligung an Unterschriften-

Abb. 2: Politische Beteiligung, in %



Datenbasis: ALLBUS 1988–2008.

sammlungen und Demonstrationen, mitgewirkt zu haben, sind in den 1990er Jahren recht stabil und steigen am Anfang des neuen Jahrtausends sogar an. Zwischen 40 und 50 % gaben in den 1990er Jahren an, sich an einer Unterschriften-sammlung beteiligt zu haben. Zwischen 2000 und 2004 liegen die Anteile immer deutlich über, 2008 knapp unter 50 %. An Demonstrationen hatten in den 1990er Jahren etwa 20 % der Bevölkerung teilgenommen, 2002 waren es sogar über 30 %. In Ostdeutschland sind die Zahlen weiter angestiegen und erreichen 2004 mit 45 % den bisherigen Höchststand, in Westdeutschland sind sie zwischen 2002 und 2008 etwas gesunken. → Abb. 2

Im Unterschied zur Dynamik der Entwicklung bei der Nutzung nicht institutionalisierter Formen der politischen Beteiligung ist die Häufigkeit, mit der Bürger sich in der Politik beteiligen, nahezu konstant. 1998 wie 2004 geben zwischen fünf und sieben Prozent der Bürger an, mindestens einmal im Monat politisch aktiv zu sein, sei es in Parteien, der Kommunalpolitik, in Bürgerinitiativen oder anderen Zusammenhängen. Ein Unterschied zwischen Ost und West ist in der Häufigkeit der Beteiligung nicht festzustellen.

Die auf Altersgruppen bezogenen Unterschiede weisen bei den nicht-institutionalisierten Formen der Beteiligung ein im Vergleich zum politischen Interesse oder zur Wahlbeteiligung umgekehrtes Gefälle auf: Es sind vor allem die Jüngeren, die sich dieser Formen der Partizipation bedienen. Die Altersgruppenunterschiede sind jedoch in den vergangenen Jahrzehnten immer geringer geworden. Das liegt nicht an einem generellen Rückgang, sondern daran, dass auch Bürger älterer Altersgruppen diese Beteiligungsformen für sich entdeckt haben. Die nicht institutionalisierten Formen politischer Aktivität haben inzwischen ihren Ruf, unkonventionell zu sein, verloren und sind für alle zu einer normalen Form der Artikulation geworden.

14.2.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedenem Wege für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, z. B. durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems.

Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung, die für den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Interessengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind.

Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Geschieht dies jedoch in großem Umfang, weist es darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich die alte Bundesrepublik durch einen mittleren Organisationsgrad von 55 bis 60 % aus, wenn alle Organisationen, sowohl Interessengruppen als auch Freizeitvereinigungen, betrachtet werden. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder

stärker organisiert. Der Anteil der Bürger, die Mitglieder in Interessengruppen im engeren Sinne waren, lag zwischen 1986 und 1998 in den alten Bundesländern relativ konstant bei etwa 30 %. Demgegenüber ist im selben Zeitraum der Anteil der Bevölkerung, der in Freizeitorganisationen, allen voran den Sportvereinen organisiert ist, von 29 auf 43 % gestiegen. Der Anteil derjenigen, die nur in Freizeitvereinigungen Mitglied sind, hat sich von knapp 16 auf 26 % erhöht.

In den neuen Bundesländern lag 1992 der Anteil derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, noch neun Prozentpunkte über dem Anteil in Westdeutschland, der Anteil der Mitglieder in Freizeitvereinigungen dagegen 26 Prozentpunkte unter dem westdeutschen Durchschnitt. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen hat es in Ostdeutschland eine dramatische Entwicklung gegeben, die vor allem zu Lasten der Gewerkschaften gegangen ist. Zwischen 1992 und 1998 ist der Prozentsatz derjenigen, die in Interessengruppen organisiert waren, von knapp 40 auf 25 % zurückgegangen. Im Freizeitbereich lässt sich in Ostdeutschland eine kleine Steigerung der Mitgliederanteile um drei Prozentpunkte feststellen. Relativ gesehen haben sich also politikbezogene und freizeitbezogene Mitgliedschaften auseinander entwickelt. Interessengruppen konnten an dem Aufwärtstrend der Mitgliedschaften generell nicht teilhaben.

→ Tab. 1

Jüngere Daten für die Jahre 2002 und 2010, die aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nicht immer unmittelbar vergleichbar sind, weisen allerdings darauf hin, dass inzwischen auch Freizeitorganisationen von einem Mitgliederschwund betroffen sind. Sportvereine verweisen seit längerer Zeit auf diese Entwicklung und die damit entstehenden Probleme, die nicht nur finanzieller, sondern auch sozialer Art seien, da die Mitgliedschaft in Vereinen gemeinschaftsbildend und integrierend wirke.

Tab. 1: Mitgliedschaft in Organisationen, 1976–1998

| | Westdeutschland | | | | | Ostdeutschland | |
|---|-----------------|-------------|-------------|-------------|-------------|----------------|-------------|
| | 1976 | 1980 | 1986 | 1992 | 1998 | 1992 | 1998 |
| | in % | | | | | | |
| Arbeit und Wirtschaft | | | | | | | |
| Gewerkschaften (total) | 16,7 | 16,1 | 15,2 | 15,8 | 13,1 | 27,4 | 15,3 |
| DGB | 12,8 | 13,3 | 13,6 | 14,0 | 8,9 | 24,6 | 13,7 |
| DAG | 3,7 | 2,8 | 1,5 | 1,8 | 4,1 | 2,7 | 1,4 |
| CGB | 0,2 | - | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 0,1 | 0,2 |
| Beamtenbund | 2,7 | 1,8 | 2,2 | 1,6 | 1,6 | 0,5 | 0,2 |
| Berufsverbände | | | | | | | |
| Selbständige, freiberuflich | - | - | 1,2 | 0,8 | 1,4 | 0,9 | 1,5 |
| Andere | 3,6 | 2,8 | 4,5 | 4,5 | 4,6 | 5,0 | 3,0 |
| ULA, leitende Angestellte | - | - | 0,1 | 0,3 | 0,5 | 0,0 | 0,0 |
| Bauernverband | 1,6 | 1,2 | 1,4 | 0,6 | 1,4 | 0,1 | 0,4 |
| Gewerbeverband | 1,8 | 1,3 | 1,5 | 1,3 | 2,0 | 2,4 | 2,2 |
| Wirtschafts- und Arbeitgeber-Vereine | 1,0 | 0,8 | 0,2 | 0,4 | 0,6 | 0,2 | 0,4 |
| Politisch oder wertgebunden | | | | | | | |
| Bürgerinitiativen | 1,3 | 1,0 | 0,7 | 1,0 | 1,6 | 0,4 | 0,9 |
| Politische Parteien | 6,1 | 4,5 | 3,6 | 4,1 | 2,7 | 3,2 | 1,8 |
| Andere politische Vereinigung | - | 0,2 | 0,2 | 0,5 | 1,8 | 0,1 | 0,9 |
| Religiöse Organisationen | 5,4 | 5,7 | 6,4 | 6,3 | 3,3 | 1,5 | 0,6 |
| Soziales | | | | | | | |
| Vertriebenenverband | 1,8 | 1,0 | 1,0 | 0,7 | 1,2 | 0,3 | 0,6 |
| Sozial- oder Wohlfahrts-Vereine | 2,3 | 3,4 | 3,6 | 3,4 | 3,6 | 1,2 | 0,9 |
| Jugendorganisation | 1,8 | 1,0 | 0,6 | 0,9 | 1,1 | 0,6 | 0,2 |
| Freizeit | | | | | | | |
| Gesangverein | 6,1 | 6,6 | 6,0 | 6,4 | 6,2 | 1,9 | 1,6 |
| Sportverein | 22,1 | 22,8 | 29,4 | 30,2 | 28,2 | 10,3 | 11,7 |
| Heimat-Verein | 6,8 | 6,1 | 6,4 | 5,0 | 5,8 | 0,7 | 1,3 |
| Sonst. gesellige Vereine (Kegelclub usw.) | - | 11,0 | 7,7 | 5,1 | 6,9 | 0,9 | 2,8 |
| Andere Freizeitvereine | - | 5,4 | 5,4 | 7,8 | 10,7 | 3,0 | 3,9 |
| Andere Organisationen | 10,6 | 10,3 | 12,8 | 10,8 | 6,4 | 8,1 | 6,1 |
| Mitglieder insgesamt | 54,3 | 59,4 | 63,0 | 63,0 | 59,0 | 52,8 | 40,8 |
| Mitglieder in Interessengruppen | 32,1 | 29,2 | 30,8 | 30,8 | 30,5 | 39,8 | 25,1 |
| Mitglieder in Freizeitvereinen | 29,2 | 38,7 | 42,1 | 42,7 | 43,2 | 16,0 | 19,7 |
| Mitglieder nur in Freizeitvereinen | 15,5 | 23,8 | 25,7 | 26,5 | 25,8 | 8,9 | 11,7 |

- = nicht gefragt.

»Andere politische Vereinigung«: ALLBUS 1980–1992 Nennungen »Menschenrechtsvereine«, »politischer Verein«, »Minderheitengruppe«, »internationale Beziehungen« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen«, entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen, ALLBUS 1998 Kategorie »alternative politische Gruppe«. 1980–1992 Nennungen »Berufsverbände«, »Berufsvereine« auf Nachfrage zu »Anderen Organisationen« wurden der Kategorie »Berufsverbände, – andere« zugeordnet und entsprechend bei »Andere Organisationen« abgezogen.

Datenbasis: ZUMA-Bus 1 1976 (ungewichtet) 1980, 1986 und 1992 aus kumuliertem ALLBUS (bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet), ALLBUS 1998 jeweils erwachsene deutsche Wohnbevölkerung in Privathaushalten.

Obwohl die Anteile der Bürger, die in Interessengruppen oder Freizeitorganisationen Mitglied sind, zwischen 2002 und 2010 gefallen sind, hat sich das nicht in gleicher Weise auf das freiwillige Engagement der Bürger ausgewirkt. Grund-

sätzlich sind freiwillige Aktivitäten im Freizeitbereich weitaus häufiger als im Bereich der Interessengruppen. Während im Freizeitbereich etwa drei Viertel der Mitglieder auch für den Verein aktiv wird, ist dies im Bereich der organisierten

Interessen im Durchschnitt allenfalls für die Hälfte der Fall. Die Unterschiede zwischen den Organisationen sind allerdings beträchtlich. Der von vielen Freiwilligenorganisationen beklagte Trend zum Rückzug aus der Aktivität lässt sich anhand

Tab. 2: Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen 2002

| ESS 2002 Organisation im Bereich: | Mitgliedschaft | | | An Aktivität teilgenommen | | |
|--|--------------------------|-------------|-------------|---------------------------|-------------|-------------|
| | Deutschland insgesamt | West | Ost | Deutschland insgesamt | West | Ost |
| Arbeit und Wirtschaft | in % | | | | | |
| Gewerkschaft | 14,0 | 14,0 | 13,8 | 3,3 | 3,2 | 3,8 |
| Wirtschafts-, Berufs- oder Bauernverband | 8,6 | 9,6 | 5,1 | 3,4 | 3,9 | 1,5 |
| Politisch oder wertgebunden | | | | | | |
| Politische Partei | 3,3 | 3,5 | 2,4 | 3,5 | 3,8 | 2,5 |
| Religiös oder kirchlich | 18,9 | 20,8 | 11,8 | 9,0 | 10,2 | 4,6 |
| Humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Minderheiten, Immigranten | 5,8 | 6,4 | 3,4 | 2,9 | 3,3 | 1,6 |
| Umweltschutz, Frieden, Tierschutz | 6,2 | 7,0 | 3,1 | 3,5 | 3,8 | 2,3 |
| Sonstige | | | | | | |
| Verbraucherschutz, Automobilclub | 28,1 | 28,6 | 26,5 | 1,1 | 1,2 | 0,6 |
| Wissenschaft, Bildung, Lehrer oder Eltern | 6,0 | 6,4 | 4,3 | 4,6 | 5,0 | 3,1 |
| Andere | 6,9 | 6,9 | 6,8 | 3,7 | 4,0 | 2,5 |
| Freizeit | | | | | | |
| Sportverein, Aktivitäten im Freien | 31,7 | 34,5 | 21,4 | 20,5 | 22,3 | 13,9 |
| Kulturelle oder Freizeitaktivitäten | 16,5 | 17,6 | 12,4 | 14,1 | 15,0 | 10,7 |
| Hobby- und Freizeit | 13,3 | 13,6 | 12,4 | 10,2 | 10,5 | 9,0 |
| Mindestens 1x Mitglied/aktiv | | | | | | |
| Alle gelisteten | 71,1 | 72,9 | 64,4 | 43,7 | 46,5 | 33,5 |
| Ohne Verbraucherschutz, Automobilclub, Wissenschaft, Bildung | 64,9 | 67,3 | 55,7 | 42,7 | 45,4 | 32,5 |
| Interessengruppen insgesamt¹ | 40,4 | 42,9 | 31,2 | 18,3 | 20,0 | 11,9 |
| Freizeitorganisationen insgesamt ² | 44,8 | 47,6 | 34,1 | 33,1 | 35,4 | 24,5 |

1 Interessengruppen: Bereiche »Arbeit und Wirtschaft«, »politisch oder wertgebunden«.

2 Freizeit: Bereich »Freizeit«.

Datenbasis: European Social Survey, 1. Welle, 2002/2003, deutscher Studienteil Deutschland gesamt designgewichtet.

Tab. 3: Mitgliedschaft und Aktivität in Organisationen 2010

| | Insgesamt | | West | | Ost | |
|---|-----------|----------------------------|----------|----------------------------|----------|----------------------------|
| | Mitglied | Akt. Mitglied/ Ehrenamt | Mitglied | Akt. Mitglied/ Ehrenamt | Mitglied | Akt. Mitglied/ Ehrenamt |
| Arbeit und Wirtschaft | | | | | | |
| Gewerkschaft ¹ | 11 | 12 | 9 | 1 | 2 | 1 |
| Wirtschafts-, Berufsverband ¹ | 7 | 8 | 5 | 2 | 2 | 1 |
| Politisch oder wertgebunden | | | | | | |
| Politische Partei | 3 | | 2 | | 7 | |
| Menschenrechtsorganisation | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 0 |
| Naturschutzorganisation | 6 | 2 | 7 | 2 | 4 | 2 |
| Bürgerinitiativen | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 |
| Wohltätigkeitsverein | 10 | 5 | 11 | 5 | 6 | 3 |
| Elternorganisation | 4 | 3 | 4 | 3 | 3 | 2 |
| Selbsthilfegruppe | 5 | 3 | 5 | 3 | 4 | 3 |
| Rentner-, Seniorenverein | 2 | 1 | 2 | 1 | 3 | 2 |
| Freizeit | | | | | | |
| Kultur-, Musikverein | 12 | 9 | 14 | 10 | 8 | 6 |
| Sportverein | 29 | 22 | 32 | 24 | 22 | 18 |
| Sonstiger Hobbyverein | 10 | 8 | 11 | 8 | 9 | 8 |
| Mindestens 1 mal Mitglied/aktives Mitglied | | | | | | |
| Alle gelisteten Organisationen | 56 | | 59 | | 50 | |
| Alle gelisteten, ohne Partei und Gewerkschaften | 50 | 39 | 53 | 40 | 43 | 40 |
| Interessengruppen, ohne Partei | 21 | 12 | 23 | 23 | 17 | 13 |
| Freizeitorganisationen | 41 | 33 | 45 | 35 | 33 | 28 |

1 Gewerkschaft, Berufsverband: 2008 alle anderen Organisationen: 2010.

Datenbasis: ALLBUS 2010.

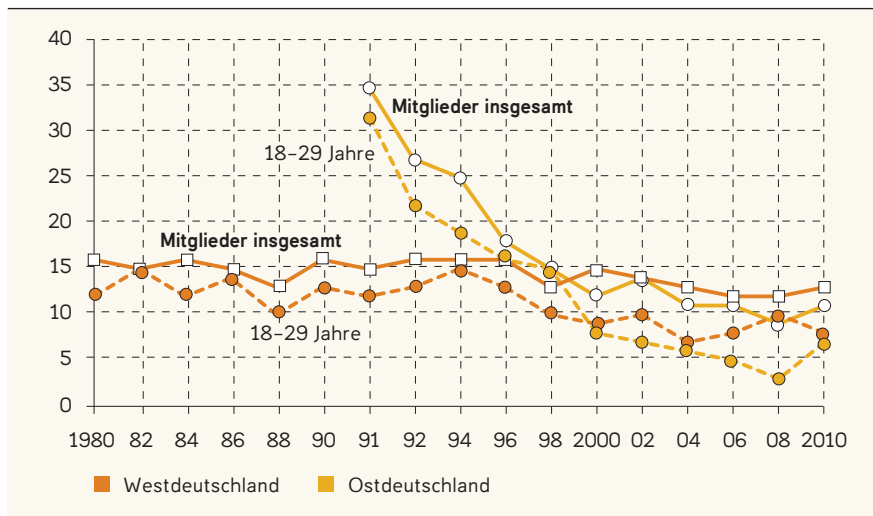
der vorliegenden Daten nicht bestätigen, wohl aber ein Rückgang formaler Mitgliedschaften in Organisationen. Die so genannte Mitgliederkrise hält an.

→ Tab. 2,3

Auch bei den Gewerkschaften hat sich der Mitgliederrückgang fortgesetzt. Der massive Rückgang der Mitgliederanteile an der erwachsenen Bevölkerung in den Jahren 1992 bis 1998 hat sich zwar deutlich abgeschwächt, aber seit 2002 langsam weiter fortgesetzt. Die durchschnittlichen Organisationsgrade unterscheiden sich zwischen Ost- und Westdeutschland kaum noch. Allerdings gibt es nach wie vor eine deutliche Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt. Die Jüngeren sind deutlich seltener gewerkschaftlich organisiert. Diese Entwicklung verläuft in Ostdeutschland kontinuierlich und rapide, in Westdeutschland ist die Lücke zwischen dem Bevölkerungsdurchschnitt und den Jüngeren nicht weiter aufgegangen. → Abb.3

Mitgliederrückgänge verzeichnen auch die politischen Parteien. Wenn sich aus den Umfragedaten kein eindeutiger Trend ableiten lässt, hat das vor allem damit zu

Abb. 3: Gewerkschafts- und Parteimitgliedschaft im Zeitverlauf, in %



Datenbasis: ALLBUS 1980-2010.

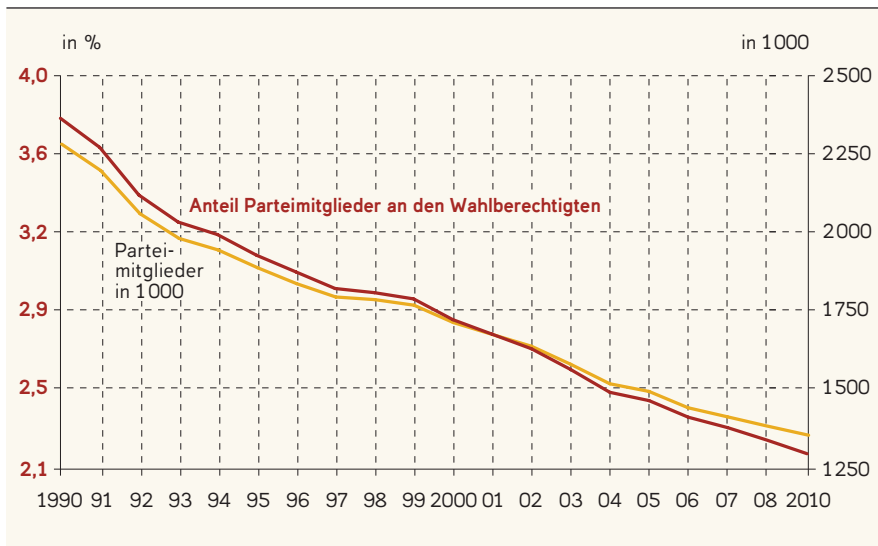
tun, dass die Zahl der Parteimitglieder in repräsentativen Umfragen naturgemäß sehr klein ist und damit die Messfehler recht groß sind. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich aber eine ähnlich negative Entwicklung wie bei den Gewerkschaften beobachten. 1990 waren noch 3,8 % der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert, 2010 waren es nur noch 2,2 %. In absoluten Zahlen haben die Parteien zwischen 1990 und 2010 etwa

932 000 Mitglieder verloren. Das entspricht 41 % der Mitgliedschaft des Jahres 1990 (vgl. auch 14.1.2). → Abb.4

14.2.2 Zusammenfassung

Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, institutionalisierten Formen der Beteiligung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist. Die Politik findet nicht mehr so viel Interesse bei den Bürgern wie noch 1990; Interessengruppen und Parteien verlieren an Mitgliederattraktivität. In jüngster Zeit scheinen davon auch die Freizeitorganisationen nicht verschont zu sein. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Dass jedoch die traditionellen Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik gerade bei den Jüngeren und den Bürgern Ostdeutschlands abgeschwächt hat, sollte als Warnsignal beachtet werden.

Abb. 4: Parteimitglieder und deren Anteil an den Wahlberechtigten im Zeitverlauf



Quelle: Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011. Arbeitshefte a.d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18.

15 Subjektives Wohlbefinden und Wertorientierungen

Jan Göbel
Roland Habich
Peter Krause

15.1 Subjektives Wohlbefinden

20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung stellt sich immer noch und wieder die Frage nach dem Ausmaß des Erfolges der sozialpolitischen Angleichung der Lebensbedingungen. Die Schaffung »gleichwertiger Lebensverhältnisse« im vereinigten Deutschland bedeutet mehr als lediglich die Angleichung materieller Lebenslagen, die in weiten, aber nicht allen Bereichen gelungen scheint. Moderne Gesellschaften zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie ihren Bürgern gleiche Chancen im Hinblick auf immaterielle Dimensionen der Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung bieten. Im Konzept der individuellen Wohlfahrt bzw. Lebensqualität werden drei eigenständige Dimensionen betrachtet: objektive Lebensbedingungen, subjektives Wohlbefinden sowie die »Qualität der Gesellschaft«.

Bei den *objektiven Lebensbedingungen* sind verschiedene Lebensbereiche wie z. B. Familie, Wohnen, Arbeitsmarkt, Gesundheit oder Einkommen in den Blick zu nehmen. Die entsprechende Entwicklung und das dabei bisher erreichte Niveau ist in den vorhergehenden Kapiteln umfangreich dokumentiert worden. Das *subjektive Wohlbefinden* der Bürger meint deren Wahrnehmung und Bewertung ihrer Lebensumstände, beispielsweise als Zufriedenheit oder als Unzufriedenheit. Die *allgemeine Lebenszufriedenheit* sowie *Zufriedenheiten mit bestimmten Lebensbedingungen* wie Haushaltseinkommen, Arbeit, Freizeit, Gesundheit, Wohnen repräsentieren die Dimension des positiven subjektiven Wohlbefindens. Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens beschrei-

ben im Vergleich zur objektiven Situation einen sozialen Tatbestand eigener Art, in den u. a. das »soziale Klima«, die Diskrepanz zwischen Anspruch und Realisierungschancen sowie die Bewertung des bisher Erreichten einfließen. Subjektives Wohlbefinden umfasst allerdings nicht nur positive Aspekte wie Zufriedenheiten, sondern auch negative Aspekte wie *Sorgen* um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung, um die eigene wirtschaftliche Situation, den Erhalt des Arbeitsplatzes, die Kriminalität, die Ausländerfeindlichkeit, den Frieden und die Umwelt.

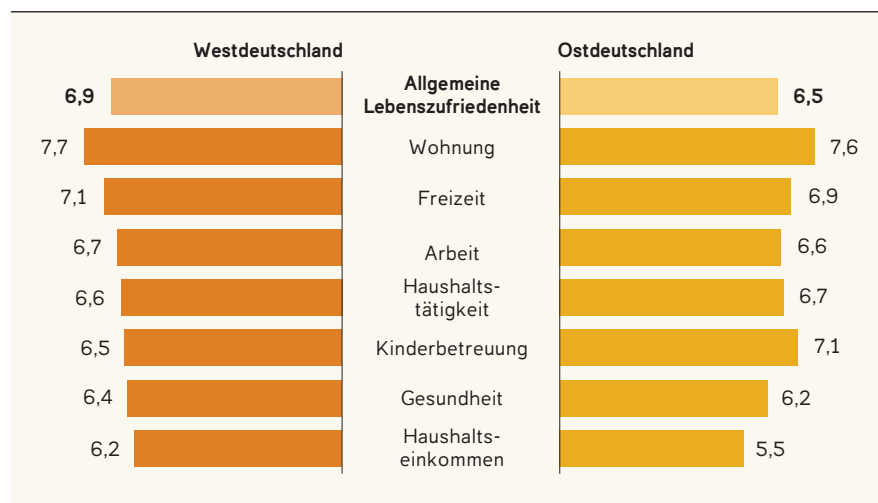
Neben *objektiven Lebensbedingungen* und *subjektivem Wohlbefinden* gibt schließlich die dritte Dimension »Qualität der Gesellschaft« Aufschluss darüber, wie die

Bürger in Ost- und Westdeutschland ihre »gemeinsame« Gesellschaft wahrnehmen und wie sie sich in dieser Gesellschaft verankert empfinden.

15.1.1 Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit Lebensbereichen

In den Jahren nach der Vereinigung haben sich in Ostdeutschland zahlreiche objektive Lebensbedingungen einschließlich deren institutioneller Regelungen grundlegend verändert. Dabei zeigten sich in den ersten Jahren nach der Vereinigung in Ostdeutschland bei vielen Lebensbereichen zunächst subjektiv stark empfundene Wohlfahrtseinbußen, die zum Teil schrittweise nach Anpassung an

Abb. 1: Zufriedenheit in Lebensbereichen und allgemeine Lebenszufriedenheit 2009



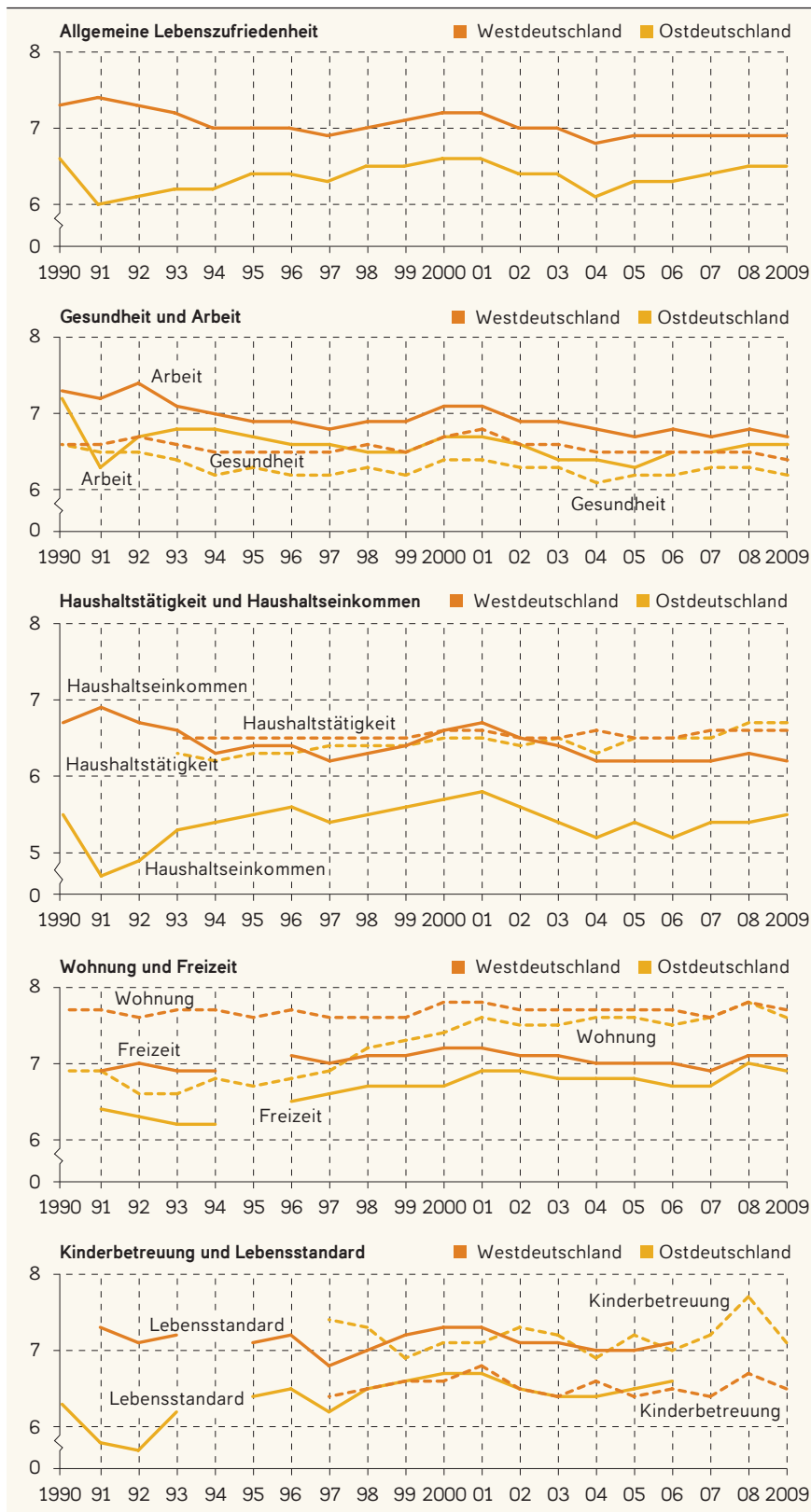
Datenbasis: SOEP 2009.

die neuen Gegebenheiten überwunden werden. Im Ergebnis lassen sich so für viele Zufriedenheitsindikatoren im Ost-West-Vergleich in den ersten Jahren nach der Wende stark divergierende Entwicklungen ablesen, die dann ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in gleichförmige Entwicklungen mit Niveaushiftungen oder meist langsamen Angleichungstendenzen münden.

Die bilanzierende subjektive Bewertung aller Lebensumstände in Form der allgemeinen Lebenszufriedenheit weist in Ostdeutschland in Folge der abrupten Veränderung der Lebensbedingungen unmittelbar nach der Vereinigung zunächst einen massiven Einbruch auf, dem im weiteren Verlauf der 1990er Jahre zwar eine schrittweise Besserung folgte, ohne jedoch jemals das höhere Zufriedenheitsniveau in Westdeutschland zu erreichen. Nach einer Phase des parallelen Verlaufs hat sich in den letzten Jahren die Zufriedenheitsdifferenz zwischen Ost und West im Mittel der Bevölkerung wieder leicht verringert. → Abb. 1, 2

Auch im Jahre 2009 sind in Ostdeutschland geringere Zufriedenheitsniveaus in nahezu allen Lebensbereichen wie z. B. beim Lebensstandard, dem Haushaltseinkommen und bei der Arbeit zu beobachten; dies war bereits in der ersten Hälfte der 1990er Jahre der Fall gewesen. Der weitere Ost-West-Verlauf der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard folgt dem Trend der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Bei der Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen sind die Ost-West-Unterschiede stärker ausgeprägt – dem Trend der Einkommen folgend jedoch zuletzt ohne weitere Ost-West-Annäherung. Die Zufriedenheit mit der Arbeit ist in beiden Landesteilen gleichlaufend und langfristig gesunken – der wellenförmige Verlauf weist durchgehend in Ostdeutschland niedrigere Bewertungsniveaus aus. Lebensstandard, Haushaltseinkommen und Arbeit werden in Ost auch 20 Jahre nach dem Mauerfall schlechter bewertet als im Westen.

Abb. 2: Zufriedenheiten 1990–2009



Datenbasis: SOEP 2009.

Tab. 1: Lebenszufriedenheit nach Bevölkerungsgruppen

| | West | Ost |
|-------------------------------------|------|-----|
| Familienstand | | |
| Verheiratet | 7,0 | 6,5 |
| Ledig | 7,1 | 6,6 |
| Geschieden/Getrennt lebend | 6,5 | 6,2 |
| Verwitwet | 6,8 | 6,5 |
| Erwerbsstatus | | |
| Vollzeit erwerbstätig | 6,9 | 6,7 |
| Teilzeitbeschäftigung | 6,9 | 6,6 |
| Ausbildung, Lehre | 7,2 | 6,9 |
| Nicht erwerbstätig | 6,7 | 6,2 |
| Arbeitslos gemeldet | 5,7 | 5,3 |
| Geschlecht | | |
| Männer | 6,8 | 6,4 |
| Frauen | 6,9 | 6,5 |
| Altersgruppen | | |
| 18-34 Jahre | 7,1 | 6,9 |
| 35-49 Jahre | 6,7 | 6,2 |
| 60 Jahre und älter | 6,9 | 6,5 |
| Bildung | | |
| Ohne Abschluss, Hauptschulabschluss | 6,7 | 6,2 |
| Realschulabschluss | 6,9 | 6,4 |
| Fachhochschule, Abitur | 7,1 | 7,0 |
| Noch kein Abschluss | 7,4 | 7,2 |
| Haushaltseinkommen | | |
| Unterste 20 % | 6,4 | 6,0 |
| Oberste 20 % | 7,4 | 7,3 |

Datenbasis: SOEP 2009.

Die Zufriedenheit mit der Wohnung wies zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland wenig überraschend deutlich niedrigere Werte auf als im Westen. Mit dem Angleichen der Wohnstandards hat sich in Ostdeutschland die Wohnzufriedenheit kontinuierlich erhöht und liegt jetzt auf hohem Niveau gleichauf mit den Werten in Westdeutschland. Ebenfalls gleichauf liegt die Zufriedenheit mit der Haushaltstätigkeit. Die Zufriedenheit mit den Betreuungsmöglichkeiten von Vorschulkindern war und ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Ähnlich wie die Wohnung war die Zufriedenheit mit den Freizeitmöglichkeiten in Ostdeutschland zunächst erheblich niedriger – auch hier haben sich die Bewertungsniveaus von Ost und West inzwischen

weitgehend angeglichen. Einen umgekehrten Verlauf weist die Zufriedenheit mit der Gesundheit auf: Sie lag zum Zeitpunkt der Vereinigung in Ost und West gleichauf, ist aber seit der Vereinigung eher gesunken – mit stärkeren Einbußen bei der Gesundheitszufriedenheit in der ostdeutschen Bevölkerung.

Vergleicht man die wahrgenommene Lebenszufriedenheit einzelner Bevölkerungsgruppen in beiden Landesteilen im Jahre 2009 miteinander, so wird immer wieder das niedrige Niveau in Ostdeutschland offenkundig. Dabei bleiben die bekannten Zusammenhänge bestehen – mit höherem Status, höherer Bildung und höherem Wohlstand geht ein größeres Ausmaß an Lebenszufriedenheit einher. Wesent-

liche Beeinträchtigungen der allgemeinen Lebenszufriedenheit werden insbesondere durch negative Lebensereignisse wie Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Tod herbeigeführt. Bei Personen, die von derartigen Einschnitten betroffen sind, weicht das Wohlbefinden sehr deutlich nach unten vom allgemeinen Durchschnitt ab.

→ Tab. 1, Tab 2a, b

Unterschiede zwischen den betrachteten Bevölkerungsgruppen finden sich in den geäußerten Zufriedenheitsniveaus auch bei den einzelnen Bereichszufriedenheiten wieder. Dabei variieren allerdings die beobachteten Differenzen je nach Bereich und Gruppe mehr oder weniger deutlich. So sind Zufriedenheitsunterschiede zwischen Männern und Frauen in den meisten Aspekten kaum oder gar nicht zu beobachten. Eine beachtenswerte Ausnahme ist die Zufriedenheit mit der Kinderbetreuung; hier sind insbesondere westdeutsche Männer unzufriedener als westdeutsche Frauen. Demgegenüber sind Unterschiede im Wohlbefinden zwischen den untersuchten Altersgruppen zum Teil nennenswert. Dass die Gesundheitszufriedenheit mit dem Alter eher zurückgeht, ist erwartbar und nachvollziehbar. Eher unerwartet sind dagegen die hohen Zufriedenheitswerte der Älteren in Ost und West in den Bereichen Wohnen, Freizeit, Familienleben und im Einkommensbereich (persönliches Einkommen und Haushaltseinkommen). Dafür kann man zwei sich gegenseitig verstärkende Erklärungen anbieten. Zum einen korrespondiert das Zufriedenheitsniveau mit objektiv guten materiellen Lebensumständen der Älteren im Vergleich zu den Jüngeren; zum anderen dürften die Ansprüche jüngerer Personen an ein materiell angenehmes Leben noch nicht so umfassend realisiert worden sein wie bei älteren.

Bereits bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit konnte gezeigt werden, wie einzelne, negative Lebensereignisse das übergreifende Wohlbefinden beeinträchtigen können. Dieser Zusammenhang ist umso

Tab. 2a: Zufriedenheiten in Lebensbereichen nach Bevölkerungsgruppen

| | Gesundheit | | Arbeit | | Tätigkeit im Haushalt | | Haushaltseinkommen | | Persönliches Einkommen | |
|-------------------------------------|------------|-----|--------|-----|-----------------------|-----|--------------------|-----|------------------------|-----|
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| Geschlecht | | | | | | | | | | |
| Männer | 6,4 | 6,2 | 6,6 | 6,5 | 6,6 | 6,7 | 6,2 | 5,4 | 5,9 | 5,3 |
| Frauen | 6,4 | 6,2 | 6,8 | 6,6 | 6,7 | 6,7 | 6,3 | 5,6 | 5,4 | 5,0 |
| Altersgruppen | | | | | | | | | | |
| 18–34 Jahre | 7,4 | 7,4 | 6,9 | 6,9 | 6,7 | 6,8 | 6,1 | 5,6 | 5,3 | 5,1 |
| 35–49 Jahre | 6,4 | 6,1 | 6,6 | 6,5 | 6,5 | 6,6 | 6,1 | 5,2 | 5,6 | 4,9 |
| 60 Jahre und älter | 5,7 | 5,3 | 6,4 | 5,4 | 6,7 | 6,7 | 6,4 | 5,9 | 6,0 | 5,6 |
| Bildung | | | | | | | | | | |
| Ohne Abschluss, Hauptschulabschluss | 6,0 | 5,4 | 6,5 | 6,2 | 6,6 | 6,6 | 6,0 | 5,4 | 5,5 | 5,1 |
| Realschulabschluss | 6,5 | 6,3 | 6,8 | 6,4 | 6,6 | 6,8 | 6,3 | 5,3 | 5,8 | 5,0 |
| Fachhochschule, Abitur | 6,9 | 6,8 | 7,0 | 7,1 | 6,6 | 6,7 | 6,8 | 6,1 | 6,3 | 5,8 |
| Noch kein Abschluss | 7,9 | 7,9 | 6,8 | 8,5 | 6,4 | 6,5 | 6,4 | 6,7 | 4,4 | 4,9 |
| Familienstand | | | | | | | | | | |
| Verheiratet | 6,3 | 5,9 | 6,8 | 6,5 | 6,7 | 6,8 | 6,4 | 5,6 | 5,7 | 5,2 |
| Ledig | 7,1 | 6,9 | 6,7 | 6,7 | 6,6 | 6,6 | 6,1 | 5,4 | 5,6 | 5,0 |
| Geschieden/Getrennt lebend | 6,2 | 5,9 | 6,5 | 6,6 | 6,4 | 6,6 | 5,4 | 4,7 | 5,3 | 4,5 |
| Verwitwet | 5,6 | 5,5 | 5,8 | 6,5 | 6,7 | 6,7 | 6,4 | 6,7 | 6,3 | 6,6 |
| Erwerbsstatus | | | | | | | | | | |
| Vollzeit erwerbstätig | 6,8 | 6,7 | 6,8 | 6,8 | 6,7 | 6,9 | 6,5 | 5,9 | 6,4 | 5,9 |
| Teilzeitbeschäftigt | 6,7 | 6,5 | 6,9 | 6,8 | 6,4 | 6,8 | 6,3 | 5,7 | 5,7 | 5,2 |
| Ausbildung, Lehre | 7,9 | 7,8 | 7,5 | 7,1 | 6,6 | 6,8 | 6,3 | 5,5 | 5,5 | 5,1 |
| Nicht erwerbstätig | 5,9 | 5,6 | 4,9 | 4,3 | 6,6 | 6,5 | 6,0 | 5,3 | 5,1 | 4,7 |
| Arbeitslos | 5,8 | 5,7 | 4,2 | 4,2 | 6,2 | 6,1 | 3,8 | 3,2 | 2,9 | 2,5 |
| Haushaltseinkommen | | | | | | | | | | |
| Unterste 20 % | 5,8 | 5,9 | 6,2 | 6,0 | 6,5 | 6,4 | 4,9 | 4,6 | 4,6 | 4,4 |
| Oberste 20 % | 7,0 | 7,3 | 7,1 | 7,3 | 6,7 | 7,1 | 7,5 | 7,4 | 6,8 | 6,8 |

Datenbasis: SOEP 2009.

deutlicher bei einzelnen Bereichszufriedenheiten nachzuweisen. So beurteilen Personen, die in Scheidung oder getrennt von ihrem Ehepartner leben, ihre finanzielle Situation, sei es das persönliche Einkommen oder gegebenenfalls ein vorhandenes Haushaltseinkommen, geradezu dramatisch schlecht: Die Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen liegt bei dieser Gruppe bei einem Mittelwert von 4,5 in Ostdeutschland und einem entsprechenden Wert von 5,3 in Westdeutschland. Dieses niedrige Niveau wird lediglich von Arbeitslosen sowie von Personen im untersten Einkommensquintil unterschritten. Beachtenswert sind darüber hinaus die Differenzen zwischen dem untersten und dem obersten Ein-

kommensquintil. Beim persönlichen und beim Haushaltseinkommen findet man Unterschiede, die sich über zwei Skalenwerte hinaus bewegen. Dies macht sehr deutlich, dass die vorhandene Kluft zwischen oben und unten in objektiven Wohlstandspositionen sich unmittelbar im Wohlbefinden niederschlägt, positiv wie negativ. Zudem gehen mit hohen Einkommenslagen weitere privilegierte Lebensbedingungen einher, die mit vergleichsweise hoher Zufriedenheit bewertet werden; dies ist z. B. beim Wohnen, aber auch im Bereich der Gesundheit nachzuzeichnen.

Die berichteten Befunde weisen für einige Aspekte des subjektiven Wohlbefin-

dens insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre beachtenswerte Angleichungsfortschritte zwischen Ost und West auf, die sich allerdings im weiteren Verlauf zumeist verlangsamten. Im Jahre 2009 sind bei einzelnen Indikatoren inzwischen keine Ost-West-Unterschiede mehr zu erkennen, bei anderen scheint sich der Abstand zwischen Ost und West eher wieder vergrößert zu haben. Erkennbar ist, dass etliche dieser Ost-West-Differenzen auf Unterschiede bei soziodemografischen Merkmalen zurückzuführen sein könnten. Deshalb soll nun am Beispiel des bilanzierenden Indikators allgemeine Lebenszufriedenheit geklärt werden, ob und inwieweit verschiedene sozialstrukturelle Merkmale wie z. B.

Tab. 2b: Bereichszufriedenheiten nach Bevölkerungsgruppen

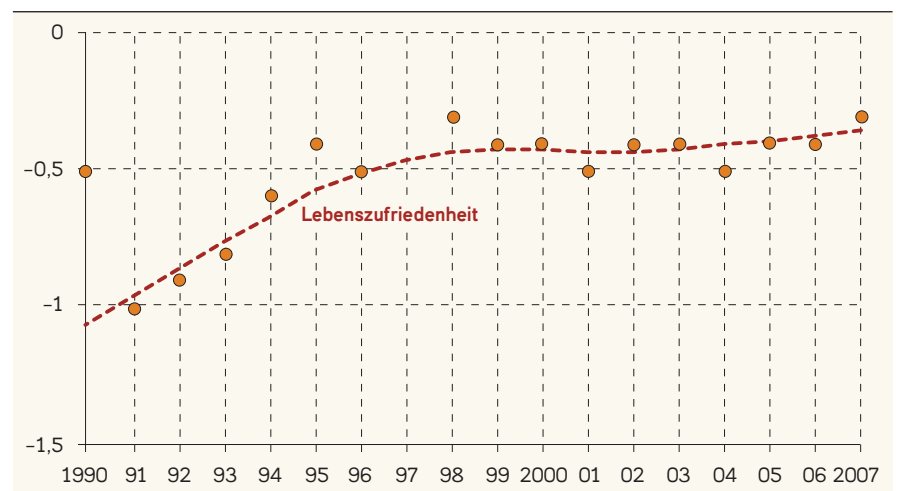
| | Wohnung | | Freizeit | | Familienleben | | Kinderbetreuung | |
|-------------------------------------|---------|-----|----------|-----|---------------|-----|-----------------|-----|
| | West | Ost | West | Ost | West | Ost | West | Ost |
| Geschlecht | | | | | | | | |
| Männer | 7,7 | 7,6 | 7,1 | 7,0 | 7,6 | 7,5 | 6,3 | 7,2 |
| Frauen | 7,7 | 7,6 | 7,1 | 7,0 | 7,7 | 7,6 | 6,6 | 7,1 |
| Altersgruppen | | | | | | | | |
| 18-34 Jahre | 7,4 | 7,3 | 6,9 | 6,7 | 7,7 | 7,6 | 6,9 | 7,4 |
| 35-49 Jahre | 7,6 | 7,5 | 6,6 | 6,5 | 7,4 | 7,3 | 6,4 | 7,2 |
| 60 Jahre und älter | 8,0 | 7,9 | 7,9 | 7,8 | 7,8 | 7,8 | / | / |
| Bildung | | | | | | | | |
| Ohne Abschluss, Hauptschulabschluss | 7,8 | 7,7 | 7,4 | 7,5 | 7,7 | 7,6 | 6,0 | 5,9 |
| Realschulabschluss | 7,6 | 7,5 | 7,0 | 6,6 | 7,6 | 7,5 | 6,6 | 7,0 |
| Fachhochschule, Abitur | 7,7 | 7,8 | 6,9 | 6,7 | 7,6 | 7,5 | 6,9 | 8,1 |
| Noch kein Abschluss | 7,9 | 8,0 | 7,7 | 7,8 | 7,8 | 7,9 | / | / |
| Familienstand | | | | | | | | |
| Verheiratet | 7,9 | 7,8 | 7,1 | 7,0 | 8,1 | 8,0 | 6,7 | 7,3 |
| Ledig | 7,4 | 7,2 | 6,9 | 6,5 | 7,3 | 7,1 | 6,3 | 7,0 |
| Geschieden/Getrennt lebend | 7,3 | 7,3 | 6,8 | 6,8 | 6,6 | 6,8 | 5,6 | 6,9 |
| Verwitwet | 8,0 | 8,2 | 7,9 | 8,1 | 7,1 | 7,3 | 2,6 | 6,4 |
| Erwerbsstatus | | | | | | | | |
| Vollzeit erwerbstätig | 7,6 | 7,7 | 6,6 | 6,4 | 7,5 | 7,5 | 6,5 | 7,4 |
| Teilzeitbeschäftigung | 7,6 | 7,5 | 6,8 | 6,7 | 7,8 | 7,6 | 6,7 | 7,5 |
| Ausbildung, Lehre | 7,4 | 7,2 | 6,9 | 7,2 | 7,7 | 7,6 | 4,4 | 6,1 |
| Nicht erwerbstätig | 7,8 | 7,6 | 7,7 | 7,4 | 7,7 | 7,7 | 6,2 | 6,5 |
| Arbeitslos | 6,8 | 6,7 | 6,8 | 6,5 | 6,9 | 7,0 | 6,6 | 6,6 |
| Haushaltseinkommen | | | | | | | | |
| Unterste 20 % | 7,4 | 7,3 | 7,2 | 7,0 | 7,1 | 7,1 | 5,4 | 6,1 |
| Oberste 20 % | 8,1 | 8,1 | 7,0 | 6,8 | 8,1 | 8,0 | 6,9 | 8,1 |

Datenbasis: SOEP 2009.

Alter, Familienstand, Haushaltstyp, Einkommenssituation, Erwerbs- oder Bildungsstatus für die verschiedenen Zufriedenheitsniveaus verantwortlich gemacht werden können. Technisch gesehen geht es um die Frage, ob bei so genannten multivariaten Regressionsanalysen nach der Kontrolle solcher soziodemografischen Faktoren die Ost-West-Unterschiede bestehen bleiben oder verschwinden. → **Abb. 3**

In Abbildung 3 werden die Ergebnisse beispielhaft illustriert. Ausgewiesen werden für die einzelnen Jahre die jeweiligen ostdeutschen negativen mittleren Abweichungen vom westdeutschen Mittelwert, kontrolliert nach zahlreichen relevanten

Abb. 3: Durchschnittliche Abweichungen der ostdeutschen Lebenszufriedenheit vom westdeutschen Niveau nach Kontrolle soziodemografischer Merkmale



Datenbasis: SOEP 1990-2007.

soziodemografischen Merkmalen. Die gestrichelte Linie symbolisiert dabei den übergreifenden zeitlichen Trend, den man insgesamt als Angleichung interpretieren kann. Die *allgemeine Lebenszufriedenheit* hat sich bis Mitte der 1990er Jahre zunächst schnell an das West-Niveau angenähert; in den folgenden zehn Jahren sind dann allerdings kaum weitere Anpassungsfortschritte erzielt worden, in den letzten Jahren zeichnet sich indes wiederum eine langsame weitere Verringerung der noch verbliebenen Zufriedenheitsdifferenzen ab.

Der übergreifende Befund ist darin zu sehen, dass sich für Ostdeutschland in allen Jahren seit der Wiedervereinigung für die allgemeine Lebenszufriedenheit signifikant niedrigere Werte ergeben, die sich letztlich nicht auf soziodemografische Unterschiede in den beiden Landesteilen zurückführen lassen. Trotz aller positiven Entwicklungen sind Angleichungsprozesse im Hinblick auf die allgemeine Lebenszufriedenheit noch immer nicht abgeschlossen.

Betrachtet man den Einfluss einzelner sozialstruktureller Merkmale auf die *all-*

gemeine Lebenszufriedenheit, dann hat sich insbesondere der negative Einfluss von Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf verstärkt und der positive Zusammenhang mit Bildung und dem Einkommensniveau erhöht. Zuletzt zeigt sich auch ein signifikanter Unterschied in der Lebenszufriedenheit zwischen Männern und Frauen – mit einer höheren Zufriedenheit bei den Frauen.

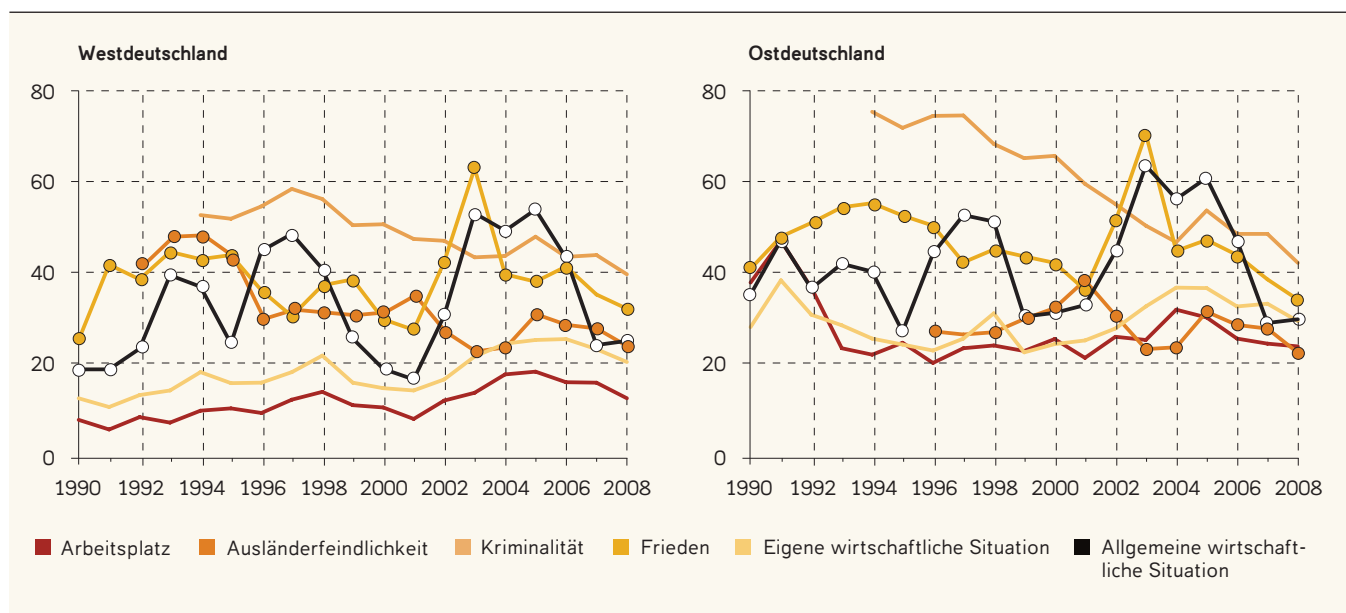
15.1.2 Sorgen um öffentliche und private Bereiche

Zu den negativen Komponenten des subjektiven Wohlbefindens werden Sorgen gerechnet. Im Gegensatz zum Globalmaß der allgemeinen Lebenszufriedenheit beziehen sich die Sorgen auf einzelne Lebensbereiche wie beispielsweise Arbeit oder Kriminalität. Dabei zeigen sich im Zeitverlauf ähnlich heterogene Entwicklungen wie bei den Indikatoren des positiven Wohlbefindens, mit wiederum entsprechend zumeist höheren Anteilen an großen Sorgen in der ostdeutschen Bevölkerung. Die Sorgen um die Kriminalität waren in Ostdeutschland zunächst (ab 1994 erhoben) weit höher als in West;

diese sind im weiteren Verlauf sukzessive gesunken – in Ost stärker als in West – und weisen inzwischen kaum mehr Ost-West-Unterschiede auf. Auch die Sorgen um wachsende Ausländerfeindlichkeit sind gesunken; sie zeigen langjährig einen schwankenden Verlauf – ohne erkennbare Ost-West-Unterschiede. Die Sorgen um den Arbeitsplatz (von erwerbstätigen Personen) sind unmittelbar nach der Wende in Ost stark gesunken, sind aber seit Mitte der 1990er Jahre ohne weitere nennenswerte Annäherung weiterhin ausgeprägter als im Westen. → **Abb. 4**

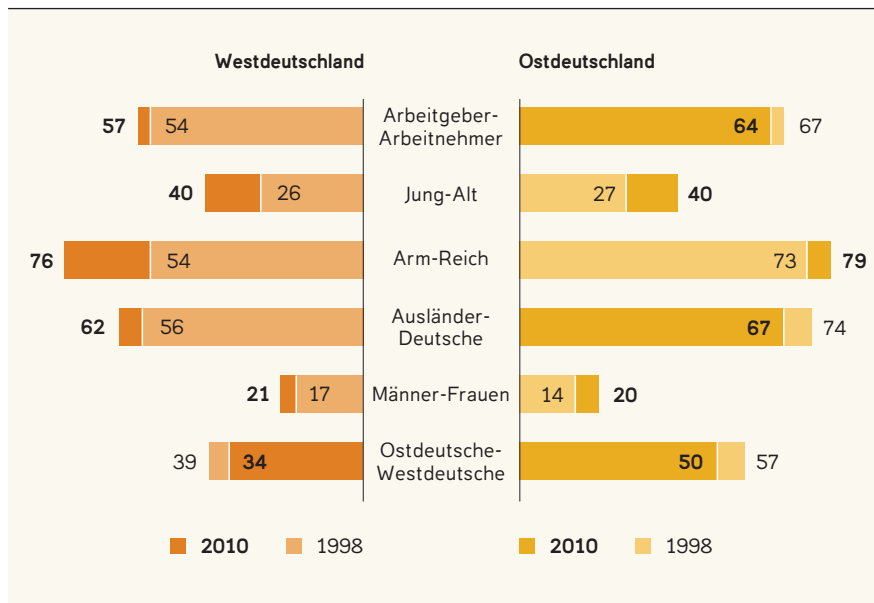
Der Bevölkerungsanteil mit großen Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung folgt weitgehend den tatsächlichen Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Ost und West. Allerdings ist insbesondere ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Besorgnis in der ostdeutschen Bevölkerung etwas höher als in West und der Anteil derjenigen mit großen Sorgen verringert sich in wirtschaftlichen Aufschwungphasen im Osten vergleichsweise wenig. Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation haben in beiden Landesteilen etwa parallel zugenommen. Ähnlich wie bei den

Abb. 4: Sorgen in Ost- und Westdeutschland, in %



Datenbasis: SOEP 1990–2008.

Abb. 5: Konfliktwahrnehmung 1998 und 2010, in %



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1998, ALLBUS 2010.

Sorgen um den Arbeitsplatz sind auch hier die Befürchtungen der Ostdeutschen nach wie vor ausgeprägter. Die Sorgen um den Erhalt des Friedens weisen langjährig in Ost und West einen so genannten kurvilinearen Verlauf auf, mit ansteigenden Anteilen nach der Wende, einem Rückgang bis zur Terrorattacke vom 11. September 2001, einem abrupten sprunghaften Anstieg in den darauf folgenden zwei Jahren, einem sprunghaften Rückgang im Jahr 2004, und einem weiteren Absinken in den letzten Jahren – zuletzt allerdings ohne nennenswerte Ost-West-Unterschiede.

15.1.3 Qualität der Gesellschaft

Die Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern haben sich auch in anderen wohlfahrtsrelevanten Bereichen noch keineswegs eingeebnet. Dies dokumentiert sich darin, wie bestimmte gesellschaftliche Gegebenheiten wahrgenommen werden. Damit ist die dritte genannte Dimension von Wohlfahrt angesprochen: die »Qualität von Gesellschaft«. Auch diese Dimension hat »objektive« und »subjektive« Komponenten

– objektiv auf der Aggregatebene, auf der z. B. die Kriminalitätsbelastung oder die Lebenserwartung gemessen werden kann, subjektiv auf der individuellen Ebene, wenn individuelle Bewertungen über die soziale Umwelt erhoben werden.

Deutliche Unterschiede zwischen Ost und West zeigen sich beispielsweise in der *subjektiven Schichteinstufung* (vgl. Kap. 7.1 in Band I), und auch darin, inwieweit man glaubt, seinen *gerechten Anteil an der Verteilung des Wohlstands* der Gesellschaft zu erhalten (vgl. Kap 15.2) oder in der Wahrnehmung von *Konflikten* zwischen verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft.

Moderne, demokratische Gesellschaften zeichnen sich durch eine geregelte Ausprägung von Interessengegensätzen aus; *Konflikte* zwischen verschiedenen sozialen Gruppen gehören deshalb durchaus zur Normalität (siehe Abb. 5). Wenn allerdings innerhalb der Bevölkerung einer Gesellschaft sehr starke Konflikte zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen, etwa zwischen Ausländern und Einheimischen oder zwischen Männern und Frauen wahrgenommen werden, kann

dies durchaus ein Problem anzeigen. In Westdeutschland hat die Konfliktwahrnehmung im Jahre 2010 gegenüber 1998 bei fast allen hier erfassten Aspekten stark zugenommen, lediglich die Konfliktwahrnehmung zwischen Ost- und Westdeutschen geht zurück. Im Osten werden auf wenigen Feldern stärker Konflikte wahrgenommen, bei den meisten sozialen Gegebenheiten ist das weniger als früher der Fall. → **Abb. 5**

Im Jahr 2010 wird in beiden Landesteilen der Unterschied zwischen »Arm und Reich« als der mit großem Abstand stärkste Interessengegensatz in unserer Gesellschaft wahrgenommen. Das Thema der sozialen Gerechtigkeit hat im Vergleich zu früheren Jahren noch weiter an Bedeutung gewonnen. Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie zwischen Ausländern und Deutschen werden in beiden Landesteilen von nahezu zwei Dritteln der Bevölkerung als »stark« bewertet. Bemerkenswert ist, dass der Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschen in Ostdeutschland immer noch von der Hälfte der Bevölkerung als relevant eingeschätzt wird, aber im Vergleich zu 1998 in der Wahrnehmung der Bürger etwas an Bedeutung verloren hat. Die Westdeutschen nehmen diesen Gegensatz weniger deutlich als »stark« wahr. Im Hinblick darauf, dass hier im Prinzip die »gleiche« Gesellschaft bewertet wird, sind die beobachtbaren Unterschiede durchaus bemerkenswert.

15.1.4 Zusammenfassung

Die bilanzierende subjektive Bewertung aller Lebensumstände in Form der allgemeinen Lebenszufriedenheit weist in Ostdeutschland in Folge der abrupten Veränderung der Lebensbedingungen unmittelbar nach der Vereinigung zunächst einen Einbruch auf, dem dann im weiteren Verlauf der 1990er Jahre zwar eine schrittweise Erhöhung folgte, ohne jedoch das höhere Zufriedenheitsniveau in Westdeutschland zu erreichen. In den

letzten Jahren hat sich die Zufriedenheitsdifferenz zwischen Ost und West im Mittel der Bevölkerung weiter verringert. Heterogene Verläufe zeigen sich auch bei Betrachtung der negativen Dimensionen subjektiven Wohlbefindens – den Sorgen, mit zum Teil höheren Anteilen an Personen mit großen Sorgen in der ostdeutschen Bevölkerung. Bis Mitte der 1990er Jahre sind hinsichtlich der *allgemeinen Lebenszufriedenheit* bei statistischer Berücksichtigung soziodemografischer Differenzen starke Angleichungsfortschritte zu verzeichnen. Ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verlangsamt sich diese

Entwicklung allerdings deutlich. In den letzten Jahren zeichnet sich eine langsame weitere Verringerung der noch verbliebenen Zufriedenheitsdifferenzen ab. Nach wie vor bestehen hinsichtlich der allgemeinen subjektiven Bewertungen signifikant-negative Ost-West-Differenzen fort. Dies beschreibt die inneren Spannungen, die bei der sozialen Angleichung im Bundesgebiet zu bewältigen war und ist.

Dass in Ostdeutschland angesichts der vielfältigen biografischen Umbrüche und den dabei ausgelösten Verunsicherungen trotz oder gerade wegen der objektiv wie

subjektiv erfolgten Anpassungsleistungen vielerorts noch an stereotypen Werten und Orientierungen festgehalten wird, erscheint individuell nachvollziehbar. Gemeinsame biografische Erfahrungen auf der Grundlage gleicher Chancen können mittelfristig die resistenten divergierenden Stereotype aushöhlen und durch neue Werte und Perspektiven ersetzen. Dass auch diese neuen Bilder zukünftig nicht mehr durch Ost-West-Divergenzen charakterisiert sind, wird nicht unwesentlich von der Gewährleistung gleicher Chancen abhängen.

Für das subjektive Wohlbefinden sind die persönlichen Wertorientierungen, Ansprüche und Erwartungen von großer Bedeutung. Sie definieren den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die bestehenden Lebensumstände und -bedingungen beurteilt werden. Wertorientierungen und individuelle Erwartungen sind keine unveränderlichen Größen, sondern unterliegen dem gesellschaftlichen Wandel und den sich wandelnden wirtschaftlichen Bedingungen. In diesem Kapitel soll untersucht werden, wie sich die Wertorientierungen, Ansprüche und Zukunftserwartungen der Deutschen in Ost und West seit 1990 verändert haben. Untersucht wird dazu der Wertewandel von materiellen zu postmateriellen Werten, der nach Ronald Inglehart in allen westlichen Ländern stattfindet und u. a. auf einem stetig steigenden Wohlstand beruht. Parallel wird betrachtet, wie sich die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Die Gegenüberstellung beider Entwicklungen erlaubt Einblicke in die Befindlichkeit der Deutschen und die Grundlage des Wertewandels in Deutschland.

15.2.1 Materielle und postmaterielle Werte

Gesellschaftliche Wertorientierungen haben einen entscheidenden Einfluss auf die Handlungsentscheidungen und deren Rechtfertigung in einer Gesellschaft, wobei theoretisch davon ausgegangen wird, dass in den letzten Jahrzehnten ein Wertewandel stattgefunden hat. Es gibt verschiedene Typologien von Werten. Die Wertewandeltheorie von Ronald Inglehart, die hier zugrunde gelegt wird, wurde kontrovers diskutiert, ist aber auf einer breiten Datenbasis für lange Zeiträume untersucht worden. Inglehart postuliert für die westlichen Industrieländer eine

Abwendung von materiellen Werten – dem Streben nach Wohlstand – und eine Zuwendung zu postmateriellen Werten, die über den materiellen Wohlstand hinausgehen und vor allem im Bereich der Selbstverwirklichung und der Bürgerbeteiligung liegen. Der Wertewandel wird anhand von zwei Hypothesen erklärt: der Mangelhypothese, nach der mit Befriedigung der grundlegenden materiellen Bedürfnisse die Neigung zu »höheren« Werten zunimmt, und der Sozialisationshypothese, nach der im Wohlstand aufwachsende Generationen stärker postmaterielle Werte entwickeln als »Mangelgenerationen«.

Der bekannte Inglehart-Index erfasst die Werteprioritäten, indem er die Befragten aus zwei materiellen Zielen – »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« und »Kampf gegen steigende Preise« – und zwei postmateriellen Zielen – »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« und »Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung« – das wichtigste und das zweitwichtigste Ziel auswählen lässt. Werden die beiden materiellen Ziele ausgewählt, wird der Befragte als »Materialist« eingestuft; wählt er die beiden postmateriellen Ziele aus, wird er als »Postmaterialist« bezeichnet. Ist das wichtigste Ziel ein materielles und das zweitwichtigste ein postmaterielles, handelt es sich um einen »materialistischen Mischtyp«, im umgekehrten Falle um einen »postmaterialistischen Mischtyp«.

Die ALLBUS-Studien erheben den Inglehart-Index seit 1980 und ermöglichen somit die Untersuchung des Wertewandels in Deutschland in den letzten knapp drei Jahrzehnten. Insbesondere der Vergleich von Ost- und Westdeutschland bietet die Möglichkeit zu beobachten, ob unterschiedliche Lebensumstände verschiede-

ne Werteprioritäten bedingen bzw. ob die Angleichung des Lebensstandards auch zu einer Annäherung der Wertestrukturen führt. Im Folgenden wird zunächst die Wichtigkeit der vier Ziele einzeln im Zeitverlauf betrachtet und dann die Verteilung der Wertetypen in der Bevölkerung und deren Veränderung beleuchtet.

In beiden Teilen Deutschlands war den Bürgern bis zur Jahrhundertwende die »Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung« – also ein materielles Ziel – am wichtigsten. Sprachten sich Anfang der 1980er Jahre noch rund die Hälfte der Westdeutschen dafür aus, waren es in den 1990er Jahren rund 40 % und im Jahr 2008 noch 27 %. In Ostdeutschland nannten in den 1990ern über 50 % der Befragten die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung« das mit Abstand wichtigste Ziel, doch sank die Zahl rasch auf 39 % im Jahr 2000 und 27 % im Jahr 2008 ab. Mit den niedrigsten bisher gemessenen Werten gibt dieses materielle Ziel den ersten Rang an ein postmaterielles Ziel ab, nämlich »Mehr Einfluss der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung«. In Westdeutschland hat sich der Anteil der Nennungen von 16 % Anfang der 1980er Jahre auf 30 % im Jahr 2008 verdoppelt, in Ostdeutschland belegt dieses Ziel mit 35 % der Nennungen den ersten Platz. In jüngster Zeit hat allerdings das materielle Ziel »Kampf gegen steigende Preise« in beiden Teilen Deutschlands klar an Bedeutung gewonnen; so hohe Werte wie 2008 wurden in der ALLBUS-Zeitreihe bisher nicht gemessen. Zwischen 2006 und 2008 haben die Nennungen im Westen um die Hälfte zugelegt (auf 24 %), im Osten haben sie sich verdoppelt (auf 28 %) und belegen dort sogar den zweiten Rang. Das Ziel »Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung« ist in beiden Teilen Deutschlands von geringerer Dringlichkeit; im

Tab. 1: Welches Ziel erscheint Ihnen persönlich am Wichtigsten?

| | West | | | | Ost | | | |
|------|--|-----------------------------------|---|---|--|-----------------------------------|---|---|
| | Materialistische Ziele | | Postmaterialistische Ziele | | Materialistische Ziele | | Postmaterialistische Ziele | |
| | Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung | Kampf gegen die steigenden Preise | Mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Regierung | Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung | Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung | Kampf gegen die steigenden Preise | Mehr Einfluss der Bürger auf Entscheidungen der Regierung | Schutz des Rechtes auf freie Meinungsäußerung |
| 1980 | 48 | 22 | 16 | 15 | | | | |
| 1982 | 51 | 19 | 16 | 14 | | | | |
| 1984 | 39 | 18 | 24 | 19 | | | | |
| 1986 | 46 | 8 | 26 | 21 | | | | |
| 1988 | 42 | 9 | 24 | 25 | | | | |
| 1990 | 37 | 8 | 34 | 22 | | | | |
| 1991 | 36 | 8 | 33 | 24 | 52 | 9 | 32 | 8 |
| 1992 | 37 | 14 | 31 | 19 | 50 | 11 | 35 | 5 |
| 1994 | 41 | 9 | 34 | 17 | 55 | 7 | 34 | 5 |
| 1996 | 40 | 7 | 31 | 23 | 54 | 6 | 33 | 7 |
| 1998 | 42 | 12 | 27 | 20 | 47 | 12 | 33 | 9 |
| 2000 | 39 | 7 | 36 | 19 | 39 | 11 | 40 | 10 |
| 2002 | 31 | 15 | 31 | 23 | 37 | 15 | 36 | 11 |
| 2004 | 32 | 15 | 37 | 17 | 29 | 14 | 46 | 11 |
| 2006 | 34 | 16 | 33 | 18 | 31 | 15 | 42 | 12 |
| 2008 | 27 | 24 | 30 | 21 | 27 | 28 | 35 | 10 |

Datenbasis: ALLBUS 1980–2008.

Westen nennt es jeder Fünfte, im Osten jeder Zehnte. → [Tab. 1](#)

Die Verschiebung in den Werteprioritäten findet ihren Niederschlag in der Verteilung der Wertetypen (vgl. [Abb. 1](#)). In Westdeutschland hat sich der Anteil der reinen Postmaterialisten seit 1980 von 13 % über ein Maximum 1990 von 31 % bis 2008 auf 19 % bewegt. Nimmt man Postmaterialisten und postmaterialistische Mischtypen zusammen, nahm der Anteil von 30 auf 50 % (1980 bis 2008) zu. Allerdings verlief dieser Zuwachs nicht stetig, sondern vorwiegend im Laufe der 1980er Jahre. Die höchsten Anteile von Befragten mit postmateriellen Werteprioritäten sind 1991 zu beobachten; danach kann man bestenfalls von Stagnation, eher sogar von einer leichten Rückbesinnung zu materiellen Werten sprechen. In Ostdeutschland schwankt der Anteil der reinen Postmaterialisten um die 15%, während sich Postmaterialisten und postmaterialistische Mischtypen zusammen seit 1980 von 40 % über ein Maximum von 57 % bis 2008 auf

45 % bewegen. Damit liegen die Anteile der Befragten mit postmateriellen Werteprioritäten im Osten wieder leicht unter denen im Westen. Die Anteile der reinen Materialisten sind zwar über die gesamte Zeit zurückgegangen: von 38 auf 21 % (1980 bis 2008) in West- und von 26 auf 21 % (1991 bis 2008) in Ostdeutschland. In jüngster Zeit verzeichnen die Materialisten jedoch wieder Zuwächse und erreichen etwa die Werte der 1990er Jahre. Die materialistischen Mischtypen liegen bei 31 bzw. 32 %, wobei sie im Westen stetig zugenommen haben, während sie im Osten jüngst zurückgegangen sind.

Das Verhältnis der Werteprioritäten lag im Westen 1980 bei 70 zu 30 für die Materialisten und erreicht 2008 einen Gleichstand mit 50 zu 50. Im Osten begann die Entwicklung 1991 mit dem Verhältnis 60 zu 40 für die Materialisten und liegt 2008 bei 55 zu 45. Zahlenmäßig betrachtet ist der Osten damit in den Wertewandel später und höher eingestiegen und hat in knapp zwei Jahrzehnten einigen Rückstand aufgeholt,

derweil der Wertewandel im Westen weitgehend stagniert hat. In beiden Teilen Deutschlands zeigt sich nach der Jahrtausendwende eine teilweise Rückentwicklung hin zu mehr materialistischen Prioritäten, die in jüngster Zeit vor allem von der zunehmenden Sorge um stabile Preise getragen wird. Entsprechend der Sättigungshypothese, nach der postmaterialistische Werte die Befriedigung materieller Bedürfnisse voraussetzen, ist die Rückbesinnung auf materialistische Werte vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung plausibel. Insbesondere die Finanzkrise hat die Menschen messbar (und möglicherweise nachhaltig) in der Setzung ihrer Werteprioritäten beeinflusst. → [Abb. 1](#)

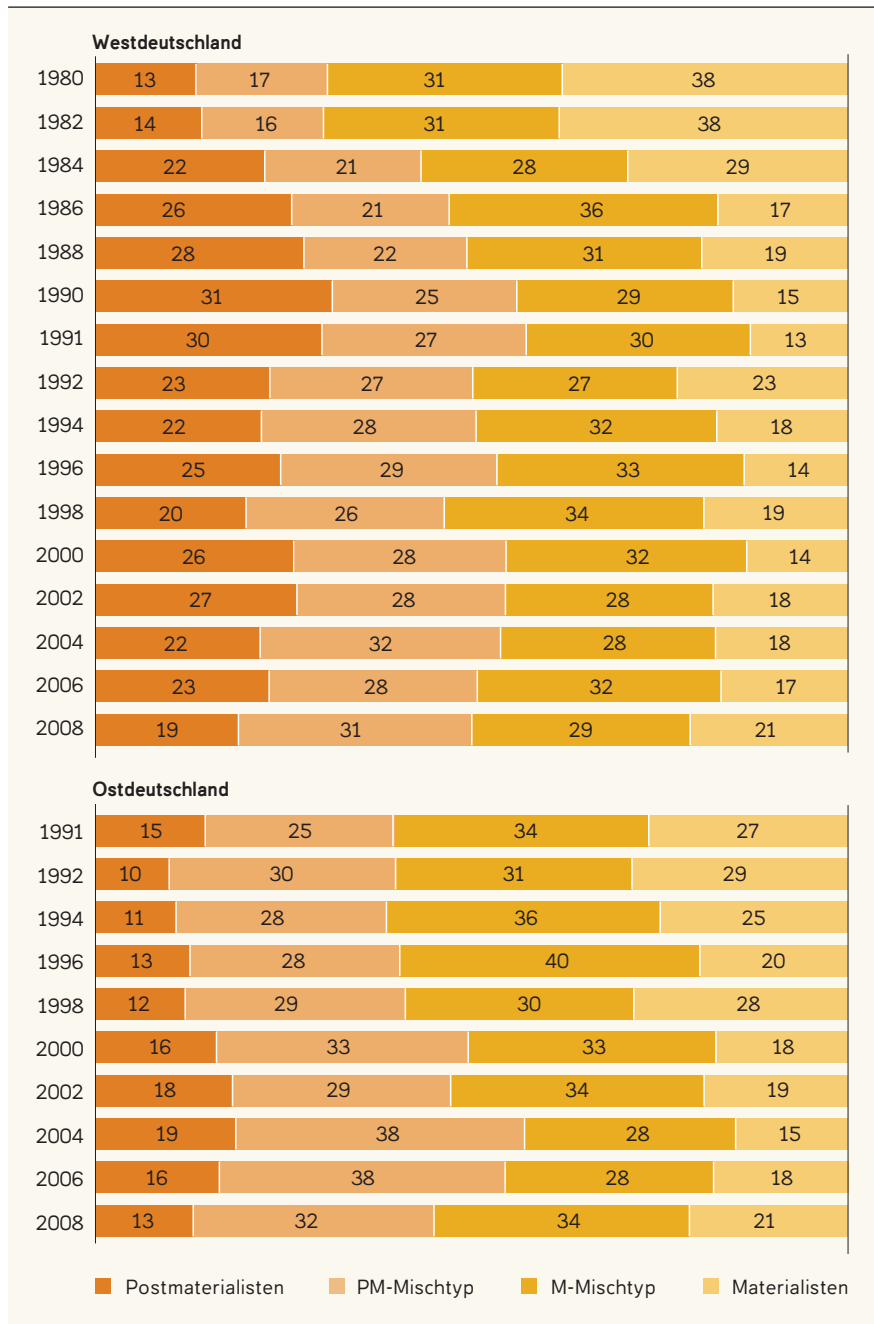
Eine Betrachtung der soziodemografischen Gruppen gibt Aufschluss darüber, welcher Dynamik dem Wertewandel unterliegt. Der Theorie zufolge sollten jüngere Menschen eher postmaterielle Werte bevorzugen als ältere Menschen und Personen mit höherer Bildung eher als solche mit niedrigerer Bildung. Betrachtet man

zunächst die reinen Materialisten, so zeigt sich im Westen ein deutlicher Rückgang zwischen 1980 und 1990 und eine etwa halb so starke Zunahme zwischen 2000 und 2008; im Osten sinkt der Anteil zwischen 1991 bis 2000 deutlich und steigt wieder leicht an (vgl. Tab. 2). Ein Vergleich des Anteils reiner Materialisten

nach Alter zeigt, dass die Spanne zwischen den Altersgruppen deutlich abgenommen hat. Die Differenz zwischen ältester und jüngster Gruppe war 1980 am größten, wurde bis 2000 deutlich geringer und hat sich seitdem wieder vergrößert – und zwar durch starke Zunahme der Materialisten bei der jüngsten

Gruppe. Auch in Ostdeutschland lässt sich der starke Rückgang der Materialisten bei der jeweils ältesten Gruppe beobachten, allerdings wird eine vergleichbare Rückkehr zu materialistischen Werten hier von der zweitältesten Gruppe getragen. Betrachtet man die Materialisten nach Bildungsgruppen, so ist die Spanne zwischen niedrigster und höchster Bildungsgruppe wieder auf das Niveau von 1980 gestiegen. Dies ist vor allem dadurch bedingt, dass die Rückbesinnung der Westdeutschen auf materielle Werte nach 2000 überproportional in der Gruppe derjenigen ohne Bildungsabschluss stattfindet. Im Ostdeutschland verläuft die Entwicklung völlig anders, denn der Anteil der Materialisten unter denjenigen ohne Bildungsabschluss hat kontinuierlich stark abgenommen; hier wird der Materialismus stark von denjenigen mit Volks-/Hauptschulabschluss verteidigt. Erstaunlich ist schließlich, dass die Zunahme der Materialisten nach 2000 bei den Frauen in Ost und West deutlich stärker ausgefallen ist als bei den Männern. → Tab. 2

Abb. 1: Verteilung der Wertetypen 1980–2008, in %



Datenbasis: ALLBUS 1980–2008.

Aus der Sicht der reinen Postmaterialisten zeigt sich im Westen zwischen 2000 und 2008 ein fast völliger Verlust der Zuwächse, die zwischen 1980 und 1990 erreicht wurden; im Osten bleibt der Anteil stabil. Auffällig ist im Westen vor allem ein kontinuierlicher starker Rückgang der Postmaterialisten seit 1990 in der jüngsten und seit 2000 in der zweitjüngsten Altersgruppe. Zugleich nehmen die Anteile der Postmaterialisten in den beiden älteren Gruppen im Zeitverlauf zu. Gleichzeitig haben die Postmaterialisten auch bei den Gruppen mit mittlerer bis hoher Bildung die stärksten Einbrüche erfahren. Im Osten nehmen die Postmaterialisten zwar in den beiden oberen Bildungsgruppen leicht ab, erfahren jedoch nach 2000 deutliche Zuwächse in der untersten Bildungsgruppe.

Die Strukturveränderungen in den Werteprioritäten zeigen, dass die erwartete Speerspitze – die Jungen und Hochge-

Tab. 2: Anteile von Postmaterialisten und Materialisten 1980–2008

| | Materialisten | | | | | | | Postmaterialisten | | | | | | |
|-----------------------|---------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | West | | | | Ost | | | West | | | | Ost | | |
| | 1980 | 1990 | 2000 | 2008 | 1991 | 2000 | 2008 | 1980 | 1990 | 2000 | 2008 | 1991 | 2000 | 2008 |
| Insgesamt | 38 | 15 | 14 | 21 | 27 | 18 | 21 | 13 | 31 | 26 | 19 | 15 | 16 | 13 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | | | | |
| Männer | 34 | 13 | 13 | 18 | 25 | 26 | 18 | 15 | 32 | 26 | 21 | 14 | 17 | 14 |
| Frauen | 42 | 17 | 14 | 24 | 28 | 20 | 23 | 12 | 31 | 27 | 17 | 15 | 15 | 13 |
| Alter | | | | | | | | | | | | | | |
| 18–34 Jahre | 25 | 7 | 10 | 20 | 16 | 14 | 13 | 25 | 49 | 30 | 21 | 24 | 21 | 18 |
| 35–49 Jahre | 33 | 13 | 13 | 17 | 20 | 8 | 17 | 14 | 35 | 32 | 20 | 18 | 22 | 19 |
| 50–65 Jahre | 44 | 19 | 13 | 18 | 36 | 19 | 17 | 7 | 19 | 24 | 23 | 6 | 11 | 13 |
| 66 Jahre und älter | 57 | 29 | 30 | 31 | 46 | 38 | 33 | 3 | 11 | 14 | 11 | 4 | 6 | 5 |
| Bildungsniveau | | | | | | | | | | | | | | |
| Kein Abschluss | 55 | 30 | 27 | 49 | 50 | 34 | 18 | 13 | 14 | 6 | 5 | 5 | 3 | 12 |
| Volks-/Hauptschule | 43 | 23 | 19 | 29 | 40 | 31 | 34 | 7 | 17 | 18 | 11 | 5 | 6 | 3 |
| Mittlere Reife | 27 | 11 | 9 | 18 | 17 | 12 | 18 | 15 | 35 | 30 | 17 | 18 | 19 | 14 |
| Fach-/Hochschulreife | 16 | 3 | 6 | 11 | 12 | 6 | 12 | 37 | 57 | 42 | 33 | 29 | 26 | 25 |

Datenbasis: ALLBUS 1980–2008.

bildeten – derzeit keine Impulse in Richtung eines Wertewandels geben; vielmehr scheint sich der früher erzielte Wertewandel langsam durch die Altersgruppen durchzuwachsen. Eine eher inhaltliche Betrachtungsweise lässt darauf schließen, dass die Bedingungen für die Ausbildung postmaterialistischer Werte in den letzten beiden Jahrzehnten – und hier besonders nach 2000 – nicht ideal sind. Wirtschafts- und Finanzkrisen, Sparprogramme und Reformen haben die Lebensbedingungen der Bürger nicht sicherer gemacht, was in einer verstärkten Sorge um Geldwertstabilität zum Ausdruck kommt. Allerdings liegt der postmaterialistische Anker der Deutschen in der Forderung nach Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung. Dieser Anspruch an das Funktionieren der Demokratie hat in Deutschland stetig zugenommen, verliert aber im Osten in letzter Zeit gegenüber der Sorge um stabile Preise. Diese Ergebnisse legen nahe, dass sich ein Eindruck von schwindendem Wohlstand in den Werteprioritäten niederschlägt. Im Folgenden wird daher beleuchtet, wie die Bürger in Ost- und Westdeutschland einerseits ihren persönlichen Wohlstand und andererseits die wirtschaftliche Lage bewerten.

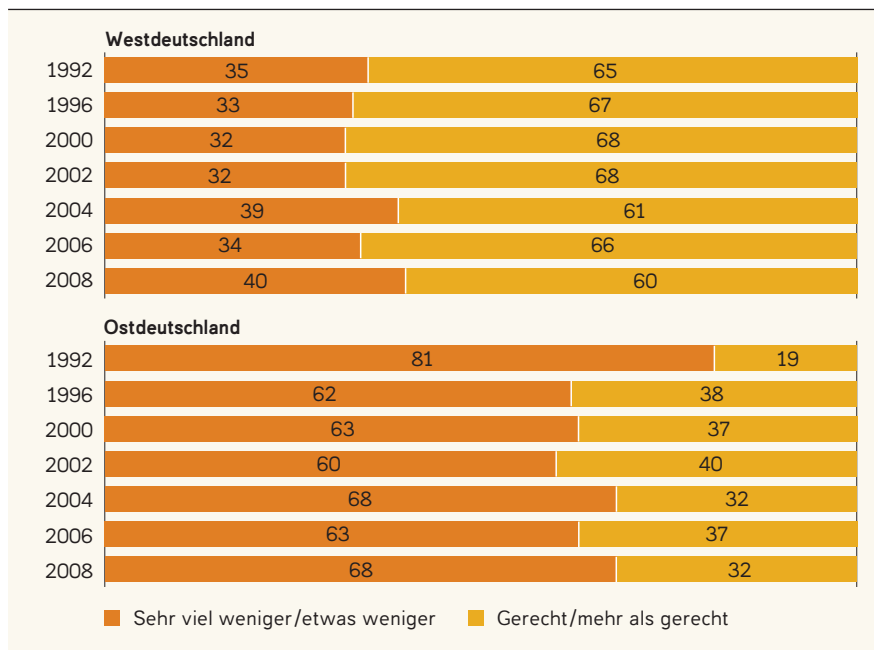
15.2.2 Ansprüche an den Lebensstandard und ihre Erfüllung

Die Bürger beurteilen ihre persönliche Situation u. a. danach, ob sie meinen, im Großen und Ganzen ihren »gerechten Anteil« am Wohlstand zu erhalten. Die wachsende Bedeutung des Themas der sozialen Gerechtigkeit in der jüngeren politischen Debatte kann als Hinweis gewertet werden, dass viele Bürger angesichts der wechselhaften wirtschaftlichen Lage ihren persönlichen Lebensstandard in Gefahr sehen und daher mit ihrem Anteil am Wohlstand unzufrieden sind. Nach dem Krisenjahr 2004 war durch den wirtschaftlichen Aufschwung 2006 eine leichte Entspannung zu beobachten, die jedoch im Zuge der Finanzkrise bis 2008 wieder zunichte gemacht wurde (vgl. Abb. 2). 2008 geben im Westen 40 % der Befragten an, weniger als den gerechten Anteil am Wohlstand zu erhalten, gegenüber 60 % derjenigen, die ihren Anteil als mindestens gerecht ansehen. Außerhalb der Krisenjahre 2004 und 2008 liegt dieser Wert der Unzufriedenen bei rund 33 %. Im Osten sind zwei Drittel der Befragten unzufrieden gegenüber einem Drittel Zufriedener (68 zu

32), wobei die Anteile der Unzufriedenen in den Krisenjahren gegen 70 % tendieren, in den übrigen gegen 60 %. Seit dem Jahr 1992 allerdings zeigt sich in Ostdeutschland ein deutlicher Rückgang der Unzufriedenen um bis zu 20 Prozentpunkte. Seitdem besteht seit über einem Jahrzehnt die stabile Situation, dass sich im Westen zwei Drittel der Bevölkerung gerecht behandelt fühlen gegenüber nur einem Drittel im Osten. → **Abb. 2**

Betrachtet man die Veränderungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zwischen 1992 und 2008, so findet der Zuwachs an Unzufriedenheit mit dem eigenen Anteil vorwiegend bei den Männern statt, die sich damit dem Niveau bei den Frauen annähern (vgl. Tab. 3). Im Osten vollzieht sich der angesprochene Rückgang der Unzufriedenheit bei Männern und Frauen, wobei auch hier die Frauen geringfügig unzufriedener sind. Nach Altersgruppen betrachtet, findet der Zuwachs an Unzufriedenheit im Westen vor allem bei den jungen Erwachsenen (18 bis 34 Jahre) und den Menschen mittleren Alters (50 bis 64 Jahre) statt – also Gruppen, die entweder schwer in den Arbeitsmarkt hineinfinden oder verfrüht

Abb. 2: Gerechtigkeitsbewertung, »eigener Anteil« an der Verteilung des Wohlstands 1992–2008, in %



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 2000, 2002, 2004, 2006, 2008.

wieder daraus entlassen werden. Im Osten hingegen prägt der Rückgang der hohen Unzufriedenheit 1992 das Bild aller Altersgruppen. Nach Erwerbsstatus betrachtet sind im Westen Erwerbstätige, Schüler/Studenten und Arbeitslose zunehmend unzufrieden; im Osten lässt sich eine Zunahme der Unzufriedenheit nur bei den Schülern/Studenten beobachten. In Bezug auf den Familienstand findet man eine wachsende Unzufriedenheit bei Ledigen und Geschiedenen im Westen, während im Osten alle Gruppen außer den Verheirateten eine zunehmende Zufriedenheit mit dem eigenen Anteil verzeichnen. → Tab. 3

15.2.3 Zukunftserwartungen

Parallel zu der sich verändernden Zufriedenheit mit dem eigenen Anteil am Wohlstand wandelt sich auch die Vermutung, dass »eine Verschlechterung der

Tab. 3: Gerechtigkeitsbewertung¹ des »eigenen Anteils« am Wohlstand in Deutschland

| | Sehr viel weniger/etwas weniger als den gerechten Anteil | | | | | | Gerechten Anteil/mehr als gerechten Anteil | | | | | | |
|----------------------|--|------|------|------|------|------|--|------|------|------|------|------|----|
| | West | | | Ost | | | West | | | Ost | | | |
| | 1992 | 2004 | 2008 | 1992 | 2004 | 2008 | 1992 | 2004 | 2008 | 1992 | 2004 | 2008 | |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | | | |
| Männer | 32 | 38 | 39 | 81 | 66 | 66 | 67 | 62 | 61 | 59 | 19 | 34 | 34 |
| Frauen | 38 | 39 | 41 | 82 | 70 | 69 | 63 | 61 | 59 | 18 | 30 | 31 | |
| Alter | | | | | | | | | | | | | |
| 18–34 Jahre | 35 | 40 | 43 | 81 | 63 | 62 | 64 | 60 | 57 | 19 | 37 | 38 | |
| 35–49 Jahre | 35 | 39 | 40 | 84 | 70 | 68 | 65 | 61 | 60 | 16 | 30 | 32 | |
| 50–65 Jahre | 34 | 37 | 42 | 82 | 72 | 74 | 65 | 63 | 58 | 18 | 28 | 26 | |
| 66 Jahre und älter | 36 | 39 | 35 | 76 | 64 | 64 | 64 | 61 | 65 | 24 | 36 | 36 | |
| Erwerbsstatus | | | | | | | | | | | | | |
| Erwerbstätig | 32 | 37 | 41 | 80 | 67 | 67 | 68 | 63 | 59 | 20 | 33 | 33 | |
| Schüler/Student | 19 | 22 | 28 | - | 31 | 38 | 79 | 78 | 72 | - | 69 | 63 | |
| Rentner | 37 | 40 | 36 | 37 | 66 | 66 | 63 | 60 | 64 | 22 | 34 | 34 | |
| Arbeitslos | 54 | 60 | 63 | 55 | 87 | 85 | 45 | 40 | 38 | 10 | 13 | 15 | |
| Hausfrau/-mann | 40 | 39 | 42 | - | - | 62 | 61 | 61 | 58 | - | - | 38 | |
| Familienstand | | | | | | | | | | | | | |
| Ledig | 34 | 39 | 43 | 80 | 67 | 65 | 66 | 61 | 57 | 20 | 33 | 35 | |
| Verheiratet | 32 | 37 | 37 | 82 | 67 | 69 | 67 | 63 | 63 | 18 | 33 | 31 | |
| Verwitwet | 42 | 42 | 39 | 78 | 61 | 57 | 58 | 58 | 61 | 22 | 39 | 43 | |
| Geschieden | 47 | 53 | 59 | 86 | 80 | 76 | 49 | 47 | 41 | 14 | 20 | 24 | |

¹ Frage: im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben:

»Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder viel weniger?«

- = Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2004, 2008.

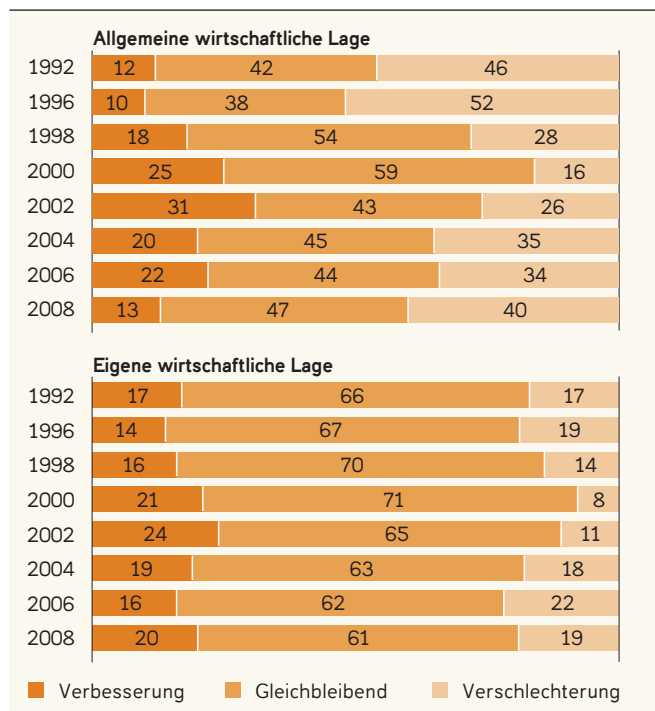
Tab. 4: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2008

| | Verschlechterung für die einfachen Leute ist zu erwarten: Bin derselben Meinung | | | | |
|---------------------------|--|------|------|------|------|
| | 1992 | 2000 | 2004 | 2006 | 2008 |
| | in % | | | | |
| Gesamt | | | | | |
| West | 71 | 71 | 87 | 85 | 89 |
| Ost | 66 | 81 | 94 | 89 | 94 |
| Erwerbstätige | | | | | |
| West | 72 | 69 | 87 | 85 | 88 |
| Ost | 63 | 80 | 92 | 87 | 92 |
| Rentner | | | | | |
| West | 66 | 69 | 88 | 88 | 90 |
| Ost | 69 | 82 | 96 | 93 | 94 |
| Arbeitslose | | | | | |
| West | 81 | 81 | 88 | 93 | 91 |
| Ost | 74 | 89 | 98 | 91 | 96 |
| Auszubildende | | | | | |
| West | 61 | 57 | 82 | 68 | 82 |
| Ost | - | - | 85 | 73 | 88 |
| Hausfrauen/-männer | | | | | |
| West | 61 | 57 | 82 | 84 | 93 |
| Ost | - | - | - | - | - |

Lebensbedingungen für die einfachen Leute« zu erwarten sei (vgl. Tab. 4). In beiden Teilen Deutschlands hegten im Jahr 1992 etwa 7 von 10 Befragten diese Befürchtung, am Ende des beobachteten Zeitraumes fürchten 9 von 10 eine Verschlechterung für die einfachen Leute. Betrachtet man die verschiedenen Berufsgruppen, so zeigen sich die deutlichsten Auswirkungen der wirtschaftlichen Schwankungen in den Einschätzungen der Erwerbstätigen, der Auszubildenden und der Erwerbslosen, während die Befürchtungen bei den Rentnern seit 2004 konstant hoch sind und sich bei den Hausfrauen im Westen insbesondere zwischen 2006 und 2008 verschärft haben. Zwischen Ost und West herrschen dabei, neben leicht höheren Werten im Osten, keine nennenswerten Unterschiede. → Tab. 4

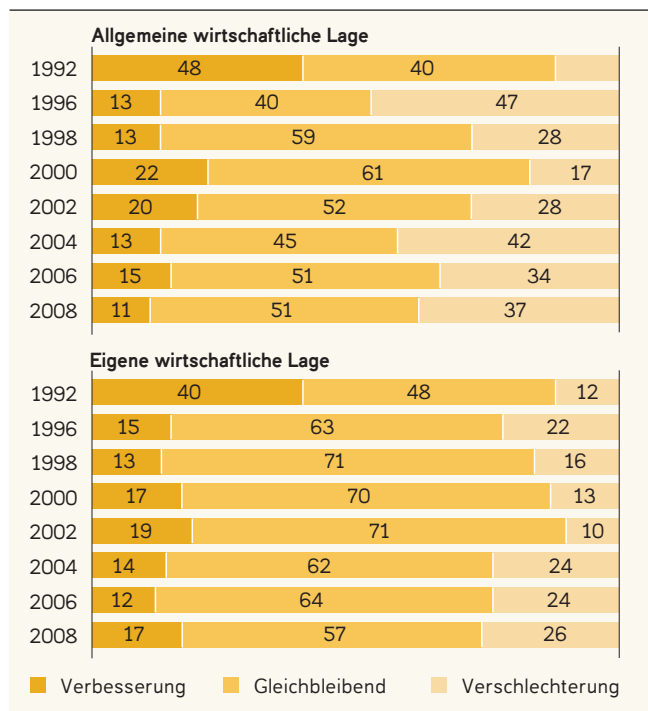
Die Zukunftserwartungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung sind der wohl volatilste der hier betrachteten Indikatoren, und hier zeigen sich die deutlichsten Auswirkungen der Finanz-

Abb. 3: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in Westdeutschland 1992–2008, in %



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004, 2006, 2008.

Abb. 4: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in Ostdeutschland 1992–2008, in %



Datenbasis: ALLBUS 1992, 1996, 1998, 2000, 2002, 2004, 2006, 2008.

Tab. 5: Zukunftserwartungen der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, 1992–2008

| | 1992 | | 2000 | | 2004 | | 2006 | | 2008 | |
|-----------------------|---|---------------------|-----------------|---------------------|-----------------|---------------------|-----------------|---------------------|-----------------|---------------------|
| | Ver- bessern | Verschlech- tern | Ver- bessern | Verschlech- tern | Ver- bessern | Verschlech- tern | Ver- bessern | Verschlech- tern | Ver- bessern | Verschlech- tern |
| | in % | | | | | | | | | |
| Gesamt | Wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr | | | | | | | | | |
| West | 12 | 46 | 25 | 16 | 20 | 35 | 22 | 34 | 13 | 40 |
| Ost | 40 | 12 | 22 | 17 | 13 | 42 | 15 | 34 | 11 | 37 |
| Erwerbstätig | | | | | | | | | | |
| West | 11 | 47 | 27 | 16 | 21 | 35 | 22 | 36 | 14 | 41 |
| Ost | 41 | 12 | 21 | 18 | 14 | 42 | 17 | 34 | 13 | 38 |
| Rentner | | | | | | | | | | |
| West | 13 | 41 | 24 | 16 | 19 | 38 | 21 | 31 | 8 | 39 |
| Ost | 38 | 13 | 25 | 15 | 13 | 40 | 13 | 30 | 10 | 38 |
| Arbeitslos | | | | | | | | | | |
| West | 21 | 46 | 24 | 23 | 23 | 40 | 16 | 41 | 16 | 47 |
| Ost | 39 | 11 | 22 | 18 | 9 | 54 | 9 | 50 | 10 | 37 |
| In Ausbildung | | | | | | | | | | |
| West | 15 | 46 | 43 | 4 | 23 | 23 | 37 | 16 | 30 | 32 |
| Ost | - | - | - | - | 14 | 35 | 27 | 15 | 18 | 28 |
| Hausfrau/-mann | | | | | | | | | | |
| West | 9 | 50 | 13 | 22 | 14 | 38 | 18 | 34 | 12 | 41 |
| Ost | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Gesamt | Eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr | | | | | | | | | |
| West | 16 | 17 | 21 | 8 | 19 | 18 | 16 | 22 | 20 | 19 |
| Ost | 40 | 12 | 17 | 13 | 14 | 24 | 12 | 24 | 17 | 26 |
| Erwerbstätig | | | | | | | | | | |
| West | 20 | 15 | 26 | 7 | 23 | 15 | 19 | 21 | 25 | 18 |
| Ost | 43 | 10 | 21 | 12 | 17 | 18 | 14 | 21 | 25 | 22 |
| Rentner | | | | | | | | | | |
| West | 4 | 20 | 5 | 9 | 4 | 27 | 3 | 28 | 4 | 24 |
| Ost | 31 | 16 | 3 | 10 | 2 | 29 | 3 | 24 | 3 | 32 |
| Arbeitslos | | | | | | | | | | |
| West | 39 | 25 | 43 | 11 | 37 | 15 | 36 | 22 | 37 | 24 |
| Ost | 43 | 13 | 25 | 21 | 19 | 42 | 15 | 39 | 29 | 33 |
| In Ausbildung | | | | | | | | | | |
| West | 33 | 9 | 52 | 5 | 40 | 7 | 31 | 11 | 40 | 7 |
| Ost | - | - | - | - | 33 | 10 | 38 | 2 | 50 | 5 |
| Hausfrau/-mann | | | | | | | | | | |
| West | 12 | 18 | 14 | 10 | 17 | 16 | 17 | 19 | 21 | 19 |
| Ost | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |

- = Fallzahl zu gering.

Datenbasis: ALLBUS 1992, 2000, 2004, 2006, 2008.

krise. Der Zukunftsoptimismus der Westdeutschen ist 2008 nach seinem Höchststand von 2002 (31 %) mit 13 % wieder auf dem niedrigen Niveau von 1992 an-

gekommen (vgl. Abb. 3); bei den Ostdeutschen zeigt der Optimismus hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage den niedrigsten bisher gemessenen

Wert (11 %), und der Anteil derjenigen, die eine Verschlechterung erwarten, ist seit 2004 mit rund einem Drittel unverändert hoch (vgl. Abb. 4). Interessan-

terweise findet über den beobachteten Zeitverlauf eine Angleichung der Bewertungsprofile zwischen West- und Ostdeutschland statt. In beiden Teilen erwarten die Deutschen für die allgemeine wirtschaftliche Lage zu etwa 10% eine Verbesserung, zu 50% gleichbleibende Verhältnisse und zu 40% eine Verschlechterung. Besonders pessimistisch im Blick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind im Westen vor allem die Arbeitslosen und im Osten die Rentner (vgl. Tab. 5). Eine sehr optimistische Haltung findet man bei Ost- und Westdeutschen in Ausbildung. Deren Optimismus war 2004 extrem stark eingebrochen und hat sich über den letzten Aufschwung wieder stabilisiert und im Zuge der Finanzkrise etwas schwächer nachgegeben.

→ Abb. 3,4

Wesentlich stabiler als die Zukunftserwartungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage sind die Erwartungen an die eigene wirtschaftliche Situation. In beiden Teilen Deutschlands beurteilen die Menschen ihre zukünftige wirtschaftliche Lage etwas positiver als die allgemeine wirtschaftliche Lage im Land, und die Westdeutschen sind geringfügig optimistischer als die Ostdeutschen. Von zehn Deutschen erwarten zwei eine Verbesserung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage, sechs gleichbleibende Verhältnisse und zwei eine Verschlechterung. Dieses Muster ist über die Zeit weitgehend stabil, mit Ausnahme der hohen Erwartungen der Ostdeutschen an eine Verbesserung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage im Jahr 1992. Diese Euphorie hat sich jedoch schnell abgekühlt und einer Erwartung gleichbleibender Verhältnisse Platz gemacht, die wiederum nach 2002 kontinuierlich einer pessimistischen Haltung weicht. Gewisse Hoffnungen an eine Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage machen sich die Erwerbstätigen in ganz Deutschland. Bei den Arbeitslosen findet eine Polarisierung statt: überproportional viele Arbeitslose erwarten 2008 eine Verbesserung, aber gleichzeitig antizipieren überdurchschnittlich viele ei-

ne Verschlechterung. Wohl altersbedingt sind die besonders hohen Erwartungen der Menschen in Ausbildung, während die Rentner praktische keine Verbesserungen ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation erwarten. → Tab.5

Die Betrachtung der Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung zeigen deutliche Effekte der Wirtschaftskrise auf die Zahlen von 2004 und erhebliche Effekte infolge der Finanzkrise auf die Werte von 2008. Nach relativ positiven Einstellungen um die Jahrtausendwende herum sind die aktuellen Bewertungen – ob auf die allgemeine oder die persönliche Lage bezogen – nicht sehr verschieden von denen der 1990er Jahre, als die damalige Wirtschaftskrise mit etwas Verspätung auch in Deutschland an Einfluss gewann. Besorgniserregend ist dabei nicht nur der geringe Zukunftsoptimismus, für den die Deutschen ja bekannt sind, sondern die zunehmende Erwartung einer Verschlechterung der persönlichen Situation im Westen und die nachlassende Hoffnung auf zumindest gleichbleibende Verhältnisse im Osten. Die 2008 von Erwerbstätigen und Arbeitslosen geäußerten Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage stellen jedoch einen Hoffnungsschimmer in dem allgemein recht eingetrübten Bild dar.

15.2.4 Zusammenfassung

Die in diesem Beitrag dargestellten Indikatoren zeigen eine allmähliche Angleichung der Einstellungen und Beurteilungen zwischen West- und Ostdeutschen. Die deutlichste Differenz besteht weiterhin in der Zufriedenheit mit dem eigenen Anteil an der Verteilung des Wohlstands im Lande. Die Schwankungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seit der Jahrtausendwende haben in beiden Teilen Deutschlands ähnliche Auswirkungen auf das Gerechtigkeitsempfinden und den Zukunftsoptimismus bewirkt. Seit 2000 lässt sich ebenfalls eine Rückbesinnung auf materielle Werte beobachten, die of-

fensichtlich von der zunehmenden Sorge um die Geldwertstabilität getrieben ist. Dieses Ziel gewinnt überall auf Kosten der übrigen Ziele an Bedeutung. Eine gruppenspezifische Betrachtung der Wertewandeltypen lässt in naher Zukunft auch keine Entwicklung zu mehr Postmaterialismus erwarten. Interpretiert man zudem die Verschiebungen in den Werteprioritäten inhaltlich als Reaktion auf bestehende Rahmenbedingungen, ist keine der beiden Seiten als prinzipiell besser anzusehen. Eine Zunahme von reinen Materialisten wie von reinen Postmaterialisten wäre eher als Alarmsignal zu werten, weil dies bedeutete, dass die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (materialistisch) bzw. der Erhalt der Meinungsfreiheit (postmaterialistisch) ein virulentes Problem würde. Vor diesem Hintergrund stellen die teils pessimistischen Einschätzungen der Deutschen eine realistische Reaktion auf die starken Wirtschaftsschwankungen der letzten Jahre dar. Insgesamt gleichen sich die beiden Teile Deutschlands stärker durch gemeinsam erlebte Krisen ebenso wie durch gemeinsam erlebtes Wohlstandswachstum zunehmend einander an.


Die Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit für Frauen hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert: Sowohl die Zahl der Ehescheidungen als auch die Erwerbsquote der Frauen, insbesondere im Westen, nahmen zu. Zugleich erhöhte sich die Kinderbetreuungsquote seit 2002, nachdem sie in Ostdeutschland in den 1990er Jahren stark zurückgegangen war.

Im Folgenden wird untersucht, wie sich verschiedene Einstellungen zur Rolle der Frau in Familie und Beruf verändert haben, die wichtige Indikatoren für das gesellschaftliche Klima bezüglich der Gleichstellung von Mann und Frau darstellen. Während die Daten für Westdeutschland bis 1982 zurückreichen, kann

die Entwicklung für Ostdeutschland seit 1991 nachgezeichnet werden. In einem ersten Schritt werden zunächst einige Einstellungen zur Rolle der Frau im Zeitvergleich zusammenfassend dargestellt, in einem zweiten Schritt schließlich Ergebnisse zu einzelnen zentralen Fragen präsentiert.

15.3.1 Traditionelle und egalitäre Einstellungen

Hinsichtlich der Einstellungen zur Rolle der Frau können mit den Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zwei theoretisch bedeutsame Dimensionen unterschieden werden: die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und

Frau und die Einstellungen zu den Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit. Erstere bezieht sich auf Vorstellungen über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hinsichtlich der Erwerbsarbeit sowie auf Vorstellungen über den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau. Letztere betrifft die Einstellungen zu den Konsequenzen der Berufstätigkeit von Frauen insbesondere für die Erziehung und die Entwicklung der Kinder. 

Die vorliegende Analyse unterscheidet zwischen einem »traditionellen« und einem »egalitären« Verständnis der Frauenrolle. Als »traditionell« wird ein Rollenverständnis dann bezeichnet, wenn eine Frau primär zu Hause bleiben soll, ihr die Erziehung der Kinder und der Haushalt zufallen, der Mann für die Erwerbstätig-

Traditionelle und egalitäre Einstellungen zur Rolle der Frau

Die Fragen können anhand einer 4-stufigen verbalisierten Skala beantwortet werden. Als Zustimmung gewertet werden: »Stimme voll und ganz zu« bzw. »Stimme eher zu«. Eine Ablehnung kann mit »Stimme eher nicht zu« bzw. »Stimme überhaupt nicht zu« zum Ausdruck gebracht werden.

| Dimension | Frageformulierung | Zuordnung der Antworten zu einem traditionellen oder modernen Rollenverständnis | |
|---|--|---|--------------|
| | | Zustimmung | Ablehnung |
| Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau | 1 »Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.« | traditionell | egalitär |
| | 2 »Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.« | traditionell | egalitär |
| | 3 »Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.« | traditionell | egalitär |
| Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau | 4 »Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.« | traditionell | egalitär |
| | 5 »Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.« | egalitär | traditionell |
| | 6 »Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.« | egalitär | traditionell |

keit zuständig ist und die berufliche Karriere der Frau demnach einen nur geringen Stellenwert hat. In einem »egalitären« Rollenverständnis hingegen wird nicht nach den Geschlechtern differenziert, vielmehr wird eine Rollenangleichung von Mann und Frau befürwortet. Bei der Beantwortung der Geschlechterrollen-Vorstellung ist zu berücksichtigen, dass einer Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht nur im Sinne einer Gleichstellung der Geschlechter zugestimmt werden kann, sondern auch aus ökonomischen Gründen. Werden die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für deren Kinder als positiv bzw. als nicht negativ eingeschätzt, so werden diese Einstellungen als »egalitär« gewertet. Wird die Erwerbstätigkeit von Frauen hingegen als hinderlich für die Entwicklung der Kinder betrachtet, so gelten diese Einstellungen als »traditionell«.

Den Tabellen 1 und 2 ist zu entnehmen, dass der Anteil von – in diesem Sinne – egalitären Einstellungen über die Jahre in West- und Ostdeutschland zunimmt. Für die Einstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau ist für beide Landesteile, nach nur geringen Veränderungen in den 1990er Jahren, zwischen 2000 und 2004 eine starke Zunahme egalitärer Einstellungen festzustellen, die sich zwischen 2004 und 2008 wieder abschwächte. Dieser »Niveausprung« ist für

die Einschätzungen der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau nicht zu finden. Die Einstellungen werden hier gleichförmig egalitärer. Insgesamt äußern sich die Ostdeutschen im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und die Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau deutlich egalitärer als Westdeutsche, wobei diese Unterschiede bei der Einschätzung der Konsequenzen der Berufstätigkeit der Frau größer sind als bei den Fragen zur Rollenverteilung. Dieser Befund ist sehr wahrscheinlich auf die unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Kontextbedingungen zurückzuführen, die in den neuen Bundesländern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ermöglichen bzw. notwendig machen. → Tab. 1.2

Interessant ist, dass sich die Einstellungen in beiden Dimensionen über die Jahre zwischen West und Ostdeutschland nicht angleichen, obwohl dies nach den sozialpolitischen und ideologischen Änderungen insbesondere in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung von vielen erwartet wurde. Es ist vielmehr so, dass sich die Unterschiede in den Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau seit den frühen 1990er Jahren zwischen West und Ost teilweise sogar vergrößerten. Zwar haben sich die Einstellungen

der West- und Ostdeutschen bezüglich der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau leicht angenähert, aber nicht angeglichen. Diese Annäherung spiegelt wider, dass sich die Erwerbsquoten der Frauen in West und Ost im Trend annähern und sich zugleich die Zahl der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Westdeutschland vergrößert hat, aber im Vergleich zu Ostdeutschland immer noch deutlich niedriger ist.

Männer und Frauen unterscheiden sich kaum im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau, wobei Frauen sich geringfügig egalitärer äußern als Männer; dies gilt für West- und Ostdeutschland. Frauen schätzen auch in beiden Landesteilen die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit von Frauen für die Kinder weniger negativ ein als die Männer. Dieser Unterschied ist im Westen deutlich größer als im Osten. Auch diese Beobachtung kann mit der Erfahrung ostdeutscher Familien mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erklärt werden: In Ostdeutschland konnten und können mehr Männer die Erfahrung machen, dass die Erwerbstätigkeit der Frau nicht zu negativen Konsequenzen bei der Entwicklung der Kinder führt, so wie es westdeutsche Männer offensichtlich befürchten. Zwischen 2004 und 2008 haben sich die Einstellungen der Geschlech-

Tab. 1: Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau

| Anteil egalitärer Äußerungen, additiver Index der Items 1-3 | West | | | | | | Ost | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1982 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 |
| Insgesamt¹ | 32 | 56 | 58 | 61 | 68 | 69 | 67 | 74 | 75 | 86 | 88 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | |
| Männer | 32 | 56 | 55 | 59 | 67 | 67 | 65 | 75 | 74 | 86 | 86 |
| Frauen | 32 | 56 | 60 | 62 | 70 | 70 | 70 | 74 | 77 | 86 | 89 |
| Alter | | | | | | | | | | | |
| 18-30 Jahre | 57 | 73 | 81 | 80 | 84 | 86 | 83 | 86 | 82 | 92 | 94 |
| 31-45 Jahre | 37 | 66 | 72 | 74 | 84 | 79 | 76 | 84 | 82 | 89 | 91 |
| 46-65 Jahre | 21 | 47 | 45 | 55 | 63 | 73 | 62 | 67 | 73 | 86 | 90 |
| über 65 Jahre | 10 | 25 | 22 | 28 | 33 | 41 | 34 | 59 | 59 | 74 | 77 |

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008.

Tab. 2: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau

| Anteil egalitärer Äußerungen, additiver Index der Items 4-6 | West | | | | | | Ost | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1982 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 |
| | in % | | | | | | | | | | |
| Insgesamt¹ | 29 | 43 | 46 | 53 | 59 | 66 | 74 | 80 | 83 | 88 | 92 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | |
| Männer | 25 | 37 | 40 | 46 | 50 | 61 | 70 | 76 | 81 | 85 | 91 |
| Frauen | 32 | 49 | 52 | 60 | 67 | 70 | 77 | 84 | 85 | 92 | 93 |
| Alter | | | | | | | | | | | |
| 18-30 Jahre | 37 | 50 | 55 | 65 | 61 | 76 | 79 | 78 | 84 | 85 | 86 |
| 31-45 Jahre | 34 | 52 | 53 | 57 | 70 | 68 | 78 | 82 | 87 | 90 | 93 |
| 46-65 Jahre | 24 | 36 | 42 | 50 | 55 | 68 | 70 | 79 | 80 | 90 | 95 |
| über 65 Jahre | 16 | 28 | 26 | 41 | 40 | 53 | 64 | 80 | 82 | 87 | 91 |

¹ Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008.

ter bezüglich der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau sowohl in West- wie Ostdeutschland angenähert, da die egalitären Einstellungen der Männer stärker zugenommen haben als die der Frauen.

Einen großen Einfluss auf die Einstellungen zur Rolle der Frau im Erwerbsleben hat das Alter der Befragten. Im Großen und Ganzen sind jüngere Menschen egalitärer eingestellt als ältere. Dies gilt für beide untersuchten Dimensionen und trifft auf West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu.

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass sich in Ostdeutschland die Einstellungen der unterschiedlichen Altersgruppen zur traditionellen Rollenverteilung zwischen 1991 und 2008 angenähert haben. Betrug die Differenz bei der Zustimmung 1991 noch 49 Prozentpunkte zwischen der Gruppe der 18- bis 30-Jährigen und den über 65-Jährigen, so hat sich diese bis 2008 auf 17 Prozentpunkte verringert. Im Gegensatz dazu näherten sich die Einstellungen der einzelnen Altersgruppen im Westen für den Zeitraum 1982 bis 2008 nicht an, sondern sind – mit Ausnahme von 1996 – relativ stabil. Eine Trendwende hin zu eher traditionellen Vorstellungen, die sich bei den 18- bis 30-Jährigen in West-

und Ostdeutschland zwischen 1996 und 2000 andeutete, kann nicht weiter festgestellt werden, da der Anteil egalitärer Einstellungen 2004 und 2008 wieder zugenommen hat. Der Trend zu egalitären Werten bei den älteren Generationen ist dagegen im Westen und im Osten über die Zeit ungebrochen.

Für die Einschätzung der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau ist festzustellen, dass die Unterschiede zwischen den Altersgruppen im Westen und im Osten über die Zeit relativ stabil bleiben. Im Osten finden sich dabei nur geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen, während im Westen die jüngeren Gruppen deutlich seltener als die älteren negative Konsequenzen für die Erziehung der Kinder erwarten, wenn die Frau erwerbstätig ist.

Im Folgenden werden nun drei ausgewählte Fragen zur Rolle der Frau etwas genauer betrachtet. Diese beziehen sich auf die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau (vgl. Infokasten Item 1), auf den Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau (vgl. Infokasten Item 2) und auf die Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für ihre Kinder (vgl. Infokasten Item 4).

15.3.2 Traditionelle Arbeitsteilung

Im Verlauf von mehr als zwei Jahrzehnten ist die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung von 1982 bis 2008 in Westdeutschland stark zurückgegangen. Nach einer Stagnation in den 1990er Jahren ist für alle hier untersuchten Gruppen in nahezu gleicher Weise eine starke Abnahme traditioneller Einstellungen zur Arbeitsteilung zu verzeichnen.

Waren im Jahr 1982 noch insgesamt 70 % der Befragten im Westen der Ansicht, dass »es für alle Beteiligten viel besser sei, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt«, so sind es 2008 nur 39 % der Befragten. Junge Menschen sind bezüglich der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau weitaus egalitärer eingestellt als die älteren Menschen. So stimmen im Jahre 2008 beispielsweise nur 23 % der unter 30-Jährigen einer traditionellen Arbeitsteilung zu, während dies bei 65 % der über 65-Jährigen der Fall ist. → Tab. 3

Für verheiratete Frauen lässt sich ein deutlicher Einfluss ihres Erwerbsstatus feststellen: Im Jahr 2008 stimmen im Westen 52 % der nicht berufstätigen, aber nur 20 % der berufstätigen Frauen den tra-

Tab. 3: Traditionelle Arbeitsteilung

| »Stimme voll und ganz zu.« bzw. »Stimme eher zu.« | »Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.« | | | | | | | | | | |
|--|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | West | | | | | | Ost | | | | |
| | 1982 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 |
| | in % | | | | | | | | | | |
| Insgesamt¹ | 70 | 50 | 50 | 49 | 40 | 39 | 33 | 26 | 31 | 17 | 17 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | |
| Männer | 71 | 51 | 53 | 51 | 40 | 39 | 35 | 27 | 35 | 19 | 19 |
| Frauen | 70 | 49 | 47 | 47 | 40 | 39 | 30 | 26 | 27 | 16 | 16 |
| Verheiratete Frauen² | | | | | | | | | | | |
| Berufstätig | 54 | 31 | 30 | 30 | 21 | 20 | 22 | 18 | 19 | 6 | 8 |
| Nicht berufstätig | 83 | 58 | 65 | 62 | 53 | 52 | 37 | 30 | 36 | 21 | 21 |
| Alter | | | | | | | | | | | |
| 18-30 Jahre | 48 | 33 | 30 | 29 | 22 | 23 | 23 | 18 | 21 | 10 | 11 |
| 31-45 Jahre | 65 | 39 | 35 | 38 | 25 | 29 | 26 | 18 | 25 | 13 | 14 |
| 46-65 Jahre | 79 | 60 | 62 | 54 | 47 | 36 | 37 | 31 | 34 | 18 | 15 |
| über 65 Jahre | 90 | 77 | 80 | 78 | 71 | 65 | 53 | 38 | 46 | 29 | 27 |
| Bildung | | | | | | | | | | | |
| Hauptschulabschluss | 80 | 64 | 66 | 61 | 56 | 55 | 45 | 38 | 46 | 29 | 28 |
| Mittlere Reife/ Polytechnische Oberschule | 62 | 43 | 43 | 41 | 30 | 35 | 27 | 19 | 25 | 15 | 14 |
| Abitur/Fachabitur | 44 | 27 | 25 | 33 | 21 | 21 | 19 | 16 | 17 | 5 | 9 |

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008.

ditionellen Vorstellungen zu. Im Osten sind dies 21 % der nicht berufstätigen und nur 8 % der berufstätigen Frauen. Interessanterweise bleibt aber der Unterschied zwischen den berufstätigen und den nicht berufstätigen verheirateten Frauen über die Jahre sowohl im Westen wie auch im Osten relativ konstant. Im Hinblick auf den Bildungsabschluss zeigt sich, dass mit steigendem Bildungsniveau die Zustimmung zur traditionellen Arbeitsteilung sinkt. Auch hier bleibt die Größe der Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen über die Jahre stabil.

In Ostdeutschland ist die »Wiederbelebung« traditioneller Werte, die bei allen untersuchten Gruppen im Osten zwischen 1996 und 2000 zu beobachten war, nicht mehr festzustellen. Ihr folgt im Jahr 2004 eine umso stärkere Hinwendung zu einer Befürwortung einer egalitäreren Arbeitsteilung, die sich aber 2008 stabilisiert.

15.3.3 Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

Im Jahr 1982 waren in Westdeutschland 52 % der Befragten der Ansicht, dass es für eine Frau wichtiger sei, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. 2008 wird diese Einstellung nur noch von 26 % der Befragten geteilt. Im Osten reduziert sich der bereits 1991 geringe Anteil von 30 % auf nur noch 13 % im Jahr 2008. → Tab. 4

Insgesamt lässt sich bei der Einschätzung des Stellenwerts der Frauenberufstätigkeit ein ähnliches Muster feststellen wie bei der Zustimmung zur Frage traditioneller Arbeitsteilung. Frauen sind darauf bezogen egalitärer eingestellt als Männer, verheiratete berufstätige Frauen äußern sich egalitärer als nicht berufstätige verheiratete Frauen, junge Menschen äußern sich egalitärer als ältere und Menschen mit

einem hohen Bildungsabschluss egalitärer als diejenigen mit einem niedrigeren Bildungsabschluss. Einer ähnlich starken Zustimmung zum Karriereverzicht von Frauen in West und Ost in den 1990er Jahren folgen in 2004 und 2008 größere Unterschiede zwischen den Landesteilen, die insbesondere darauf zurückzuführen sind, dass im Osten die Zustimmung stärker abgenommen hat als im Westen. Interessant stellt sich zudem die unterschiedliche Entwicklung zwischen den berufstätigen und den nicht-berufstätigen verheirateten Frauen dar. Im Westen nimmt nur bei den berufstätigen verheirateten Frauen die Zustimmung zum Karriereverzicht von Frauen ab, während die nicht-berufstätigen Frauen 2008 im gleichen Maße zustimmen wie schon 1991 und 2000. Im Osten hingegen nimmt die Zustimmung sowohl bei den berufstätigen als auch den nicht-berufstätigen ab. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen

Tab. 4: Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau

| »Stimme voll und ganz zu.« bzw. »Stimme eher zu.« | »Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.« | | | | | | | | | | |
|--|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | West | | | | | | Ost | | | | |
| | 1982 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 |
| in % | | | | | | | | | | | |
| Insgesamt¹ | 52 | 32 | 34 | 32 | 24 | 26 | 30 | 25 | 28 | 13 | 13 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | |
| Männer | 50 | 30 | 34 | 33 | 24 | 25 | 30 | 23 | 30 | 14 | 13 |
| Frauen | 54 | 34 | 35 | 32 | 24 | 27 | 31 | 27 | 27 | 13 | 13 |
| Verheiratete Frauen² | | | | | | | | | | | |
| Berufstätig | 47 | 25 | 23 | 22 | 15 | 11 | 20 | 19 | 20 | 6 | 10 |
| Nicht berufstätig | 61 | 41 | 48 | 41 | 33 | 40 | 41 | 33 | 40 | 17 | 17 |
| Alter | | | | | | | | | | | |
| 18–30 Jahre | 31 | 20 | 16 | 16 | 13 | 14 | 19 | 15 | 22 | 8 | 8 |
| 31–45 Jahre | 47 | 20 | 22 | 21 | 12 | 18 | 23 | 16 | 23 | 11 | 12 |
| 46–65 Jahre | 60 | 43 | 44 | 38 | 27 | 22 | 35 | 32 | 31 | 12 | 11 |
| über 65 Jahre | 75 | 54 | 66 | 59 | 53 | 48 | 54 | 37 | 41 | 24 | 19 |
| Bildung | | | | | | | | | | | |
| Hauptschulabschluss | 61 | 42 | 47 | 45 | 37 | 38 | 46 | 40 | 39 | 22 | 21 |
| Mittlere Reife/ Polytechnische Oberschule | 42 | 30 | 26 | 25 | 17 | 21 | 22 | 15 | 24 | 11 | 10 |
| Abitur/Fachabitur | 29 | 16 | 18 | 16 | 10 | 12 | 16 | 12 | 16 | 4 | 6 |

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008.

Tab. 5: Konsequenzen der Erwerbstätigkeit

| »Stimme voll und ganz zu.« bzw. »Stimme eher zu.« | »Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.« | | | | | | | | | | |
|--|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | West | | | | | | Ost | | | | |
| | 1982 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 | 1991 | 1996 | 2000 | 2004 | 2008 |
| in % | | | | | | | | | | | |
| Insgesamt¹ | 88 | 76 | 76 | 71 | 63 | 56 | 58 | 49 | 41 | 29 | 24 |
| Geschlecht | | | | | | | | | | | |
| Männer | 88 | 79 | 80 | 77 | 70 | 61 | 59 | 49 | 43 | 35 | 28 |
| Frauen | 87 | 73 | 72 | 66 | 56 | 51 | 57 | 49 | 39 | 23 | 21 |
| Verheiratete Frauen² | | | | | | | | | | | |
| Berufstätig | 77 | 71 | 64 | 52 | 42 | 36 | 54 | 46 | 30 | 19 | 15 |
| Nicht berufstätig | 93 | 75 | 77 | 78 | 68 | 61 | 61 | 52 | 41 | 23 | 25 |
| Alter | | | | | | | | | | | |
| 18–30 Jahre | 82 | 68 | 67 | 58 | 57 | 45 | 47 | 45 | 42 | 33 | 28 |
| 31–45 Jahre | 87 | 70 | 69 | 66 | 53 | 51 | 55 | 43 | 39 | 27 | 23 |
| 46–65 Jahre | 90 | 83 | 81 | 76 | 65 | 55 | 64 | 54 | 40 | 27 | 24 |
| über 65 Jahre | 93 | 85 | 88 | 84 | 80 | 70 | 63 | 54 | 47 | 30 | 24 |
| Bildung | | | | | | | | | | | |
| Hauptschulabschluss | 88 | 81 | 82 | 78 | 73 | 67 | 63 | 52 | 45 | 29 | 27 |
| Mittlere Reife/ Polytechnische Oberschule | 88 | 75 | 74 | 66 | 56 | 51 | 53 | 46 | 42 | 30 | 23 |
| Abitur/Fachabitur | 84 | 65 | 64 | 64 | 51 | 44 | 56 | 48 | 32 | 23 | 21 |

1 Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2 Verheiratet und mit dem Partner zusammenlebend.

Datenbasis: ALLBUS 1982, 1991, 1996, 2000, 2004, 2008.

West und Ost bei den nicht erwerbstätigen verheirateten Frauen, den über 65-Jährigen und Personen mit Hauptschulabschluss am größten.

15.3.4 Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für die Kinder

Hinsichtlich der Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit für die Kinder zeigen sich größere Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen als bei den beiden vorherigen »normativen« Fragestellungen. Sind beispielsweise im Jahr 2008 56 % der Westdeutschen der Ansicht, dass ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist, so sind im Osten nur 24 % dieser Ansicht. Auch bei der Einschätzung, dass das Kleinkind leidet, wenn die Mutter einer Erwerbstätigkeit nachgeht, vergrößern sich die Unterschiede zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen tendenziell. Insbesondere zwischen den Jahren 2000 und 2004 sind die traditionellen Einstellungen im Osten stärker zurückgegangen als im Westen. → Tab. 5

Insgesamt sind die Differenzen zwischen den Alters- und den Bildungsgruppen sowie zwischen den erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen verheirateten Frauen bezogen auf die Einstellungen zu den Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau im Osten durchweg niedriger als im Westen Deutschlands. Auch dies ist möglicherweise eine Folge der im Osten weitverbreiteten Generationen übergreifenden Erfahrung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

15.3.5 Zusammenfassung

Der Trend hin zu modernen, egalitären Einstellungen bezüglich der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in den letzten Jahren in beiden Landesteilen ungebrochen. Sowohl im Hinblick auf die Vorstellungen zur Rollenverteilung zwischen Mann und Frau als auch im Hinblick auf die Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit findet sich in Ostdeutschland eine größere Zustimmung zu egalitären Werten als in Westdeutschland. Die Einstellungen zur Rolle der Frau näherten sich in West und Ost seit der Wiedervereinigung nicht an, vielmehr vergrößerten sich die Unterschiede seit 1991 sogar, da im Osten die egalitären Einstellungen stärker zunahmen als im Westen.

In Bezug auf ihre Einschätzung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung unterscheiden sich West- und Ostdeutsche in noch stärkerem Maße voneinander. Die höhere Zustimmung zu egalitären Werten darf aber nicht mit der Forderung nach gleichen Erwerbschancen oder nach weiblicher Selbstentfaltung gleichgesetzt werden. Vielmehr war die Erwerbsbeteiligung der Frau im Osten aufgrund unterschiedlicher sozialpolitischer und ideologischer Rahmenbedingungen bzw. ist wegen ökonomischer Bedingungen weiter verbreitet als im Westen. Offenbar beeinflusst diese Erfahrung nachhaltig die Geschlechterrollenideologie sowie die Bewertung der Konsequenzen der Frauenerwerbsbeteiligung.

16 Deutschland in Europa

16.1 Grunddaten zur Europäischen Union

Johanna Mischke

Wo steht Deutschland im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn? Im folgenden Kapitel werden Daten aus den Bereichen Bevölkerung, Soziales, Bildung, Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt für die 27 EU-Mitgliedsländer miteinander verglichen. Die Daten stammen, sofern nicht anders angegeben, aus Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat). Eurostat harmonisiert in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten nationale Daten, um die Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene herzustellen. Die Zahlen für Deutschland können dadurch von den nationalen Zahlen in den vorangegangenen Kapiteln abweichen. Einige der verwendeten Werte waren zum Redaktionsschluss noch vorläufig.

16.1.1 Bevölkerung

501,1 Mill. Menschen lebten zum Jahresbeginn 2010 in den 27 Ländern der Europäischen Union. Deutschland war mit 81,8 Mill. Einwohnern der bevölkerungsreichste Mitgliedstaat. Die beiden nächstgrößeren EU-Staaten Frankreich und das Vereinigte Königreich zählten 64,7 Mill. bzw. 62,0 Mill. Einwohner. Das kleinste EU-Land war Malta mit etwas mehr als 400 000 Einwohnern.

Bevölkerungsentwicklung

In den vergangenen Jahren ist die Gesamtbevölkerung der 27 EU-Länder jährlich gewachsen. Allein im Jahr 2009 nahm sie um 1,4 Mill. Menschen zu. In den ein-

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung zwischen dem 1. Januar 2009 und dem 1. Januar 2010

| | Berichtigter Wanderungssaldo | Natürliche Bevölkerungsveränderung | Gesamtsaldo | Bevölkerungsstand 1. Januar 2010 |
|------------------------|------------------------------|------------------------------------|----------------|----------------------------------|
| | in 1 000 | | | in Mill. |
| Belgien | 64,0 | 22,8 | 86,8 | 10,8 |
| Bulgarien | -15,7 | -27,1 | -42,8 | 7,6 |
| Dänemark | 15,3 | 7,9 | 23,3 | 5,5 |
| Deutschland | -10,7 | -189,4 | -200,1 | 81,8 |
| Estland | 0,0 | -0,3 | -0,3 | 1,3 |
| Finnland | 14,6 | 10,5 | 25,1 | 5,4 |
| Frankreich | 70,2 | 276,9 | 347,1 | 64,7 |
| Griechenland | 35,1 | 9,6 | 44,7 | 11,3 |
| Irland | -27,6 | 45,4 | 17,8 | 4,5 |
| Italien | 318,1 | -22,8 | 295,3 | 60,3 |
| Lettland | -4,7 | -8,2 | -12,9 | 2,2 |
| Litauen | -15,5 | -5,4 | -20,8 | 3,3 |
| Luxemburg | 6,6 | 2,0 | 8,6 | 0,5 |
| Malta | -1,6 | 0,9 | -0,6 | 0,4 |
| Niederlande | 38,5 | 50,7 | 89,2 | 16,6 |
| Österreich | 21,1 | -1,0 | 20,0 | 8,4 |
| Polen | -1,2 | 32,6 | 31,5 | 38,2 |
| Portugal | 15,4 | -4,9 | 10,5 | 10,6 |
| Rumänien | -1,6 | -34,8 | -36,4 | 21,5 |
| Schweden | 62,6 | 21,7 | 84,3 | 9,3 |
| Slowakei | 4,4 | 8,3 | 12,7 | 5,4 |
| Slowenien | 11,5 | 3,1 | 14,6 | 2,0 |
| Spanien | 48,2 | 112,6 | 160,8 | 46,0 |
| Tschechische Republik | 28,3 | 10,9 | 39,3 | 10,5 |
| Ungarn | 17,3 | -34,0 | -16,7 | 10,0 |
| Vereinigtes Königreich | 182,4 | 230,6 | 413,0 | 62,0 |
| Zypern | 1,8 | 4,4 | 6,3 | 0,8 |
| EU-27 | 877,1 | 523,1 | 1 400,1 | 501,1 |

Anmerkungen zu Deutschland: Der Rückgang der Bevölkerung in Deutschland ist als überschätzt einzustufen: Wegen der bundesweiten Einführung der Steuer-Identifikationsnummer für jeden Bundesbürger wurden umfangreiche Bereinigungen der Melderegister vorgenommen. In welchem Umfang der Bevölkerungsrückgang auf diese Bereinigungen zurückzuführen ist, kann aber nicht quantifiziert werden.

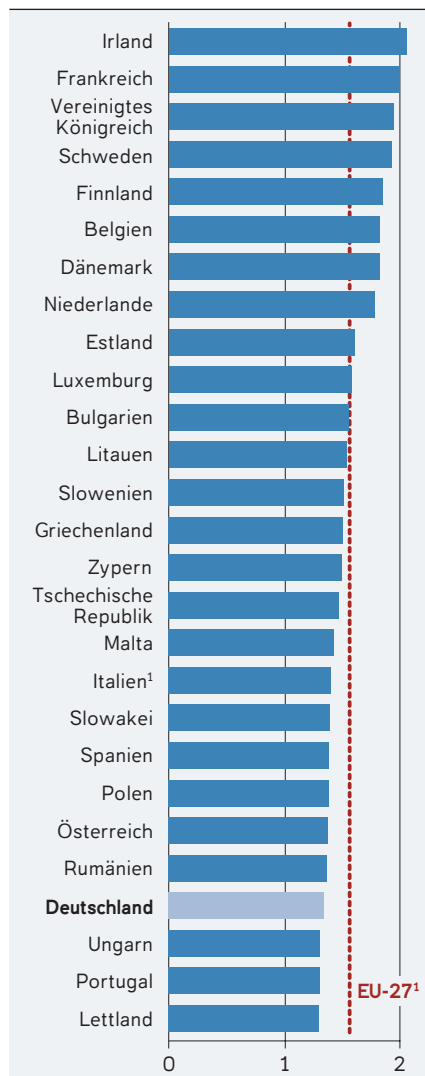
Destatis veröffentlicht für Deutschland 2009 einen Wanderungssaldo in Höhe von -12 800. Eurostat veröffentlicht einen Wanderungssaldo in Höhe von -10 700 (inkl. bestandsrelevanter Korrekturen in Höhe von rund 2 000 Fällen). In welchem Umfang die Bereinigungen der Melderegister Einfluss auf die in beiden Fällen hohen Fortzugszahlen aus Deutschland haben, kann nicht quantifiziert werden. Es ist deshalb unklar, ob der Wanderungssaldo in 2009 tatsächlich negativ war.

zelen Ländern verlief die demografische Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich: In 19 Ländern wuchs die Bevölkerung, in acht Ländern schrumpfte bzw. stagnierte sie. In Deutschland sank die Bevölkerung in 2009 um rund 200 000 Einwohner.

→ Tab. 1

Wie sich die Gesamtbevölkerung eines Landes entwickelt, hängt zum einen vom natürlichen Bevölkerungswachstum (Differenz zwischen Geburtenzahl und Todesfällen) sowie dem Wanderungssaldo (Differenz zwischen Ein- und Auswanderung) ab.

Abb. 1: Durchschnittliche Kinderzahl je Frau 2009



1 2008.

Damit sich die Bevölkerung eines Landes auf natürliche Weise reproduzieren kann, ist Demografen zufolge in hoch entwickelten Ländern eine Zahl von durchschnittlich 2,1 Kindern je Frau erforderlich. Solange die Geburtenziffer unter diesem Wert bleibt, wird jede folgende Müttergeneration kleiner als die vorherige. Nur Irland erreichte 2009 als einziger EU-Staat knapp den Durchschnittswert von 2,1. Frankreich wies durchschnittlich 2,0 Kinder je Frau aus. Die geringsten Geburtenziffern der EU verzeichneten Lettland, Portugal und Ungarn mit jeweils 1,3 Kindern je Frau. In Deutschland lag die durchschnittliche Kinderzahl mit 1,4 nur knapp darüber. Bei diesem niedrigen Wert umfasst die Kindergeneration rund ein Drittel weniger Menschen als die Elterngeneration. → Abb. 1

Neben der Geburtenrate haben auch die steigende Lebenserwartung (siehe auch Abschnitt 16.1.7 Gesundheit) sowie die Stärke der Jahrgänge im potenziellen Elteralter Einfluss auf das natürliche Bevölkerungswachstum. Im Zusammenspiel aller Faktoren nahm z. B. die Bevölkerung Frankreichs 2009 auf natürliche Weise um 277 000 Personen zu. In Deutschland hingegen starben 189 000 Menschen mehr als zur Welt kamen.

Durch legale Migration wuchs die Gesamtbevölkerung der EU 2009 um 877 000 Menschen. Wichtigstes Zielland war mit Abstand Italien, das einen Zuwanderungsgewinn von 318 000 Personen verzeichnete. Die stärkste Nettoabwanderung verzeichnete Irland mit -28 000 Personen.

Altenquotient

Ein Indikator, der die Folgen des demografischen Wandels deutlich macht, ist der Altenquotient. Er setzt die Zahl der potenziellen Empfänger von Leistungen der Rentenversicherung oder anderer Alterssicherungssysteme ins Verhältnis zur Zahl der Personen im Erwerbsalter. Der Altenquotient wird in allen EU-Ländern immer größer. Das heißt, der Bevöl-

kerung im Erwerbsalter stehen immer mehr Seniorinnen und Senioren gegenüber. Kamen 1990 in der EU-27 auf 100 Personen im Erwerbsalter (in diesem Fall zwischen 15 bis 64 Jahren) noch 21 Personen, die 65 Jahre oder älter waren, waren es 2010 bereits 26. Im Jahr 2060 werden es voraussichtlich 53 ältere Menschen sein.

16.1.2 Kinder und Familie

2009 wurden in der EU rund 5,3 Mill. Kinder geboren. Das waren rund 58 000 Kinder weniger als noch 2008. Das wahre Ausmaß des Geburtenrückgangs offen-

Tab. 2: Entwicklung der Geburtenzahlen in der EU zwischen 1969 und 2009

| | Veränderung in % |
|--------------------------------|------------------|
| Belgien | -10 |
| Bulgarien | -43 |
| Dänemark | -12 |
| Deutschland¹ | -42 |
| Estland | -24 |
| Finnland | -10 |
| Frankreich ² | -5 |
| Griechenland | -23 |
| Irland | 18 |
| Italien | -39 |
| Lettland | -34 |
| Litauen | -32 |
| Luxemburg | 25 |
| Malta | -19 |
| Niederlande | -25 |
| Österreich | -37 |
| Polen | -22 |
| Portugal | -48 |
| Rumänien | -52 |
| Schweden | 4 |
| Slowakei | -23 |
| Slowenien | -22 |
| Spanien | -25 |
| Tschechische Republik | -17 |
| Ungarn | -38 |
| Vereinigtes Königreich | -14 |
| Zypern | -20 |
| EU-27 | -27 |

1 Einschl. DDR.

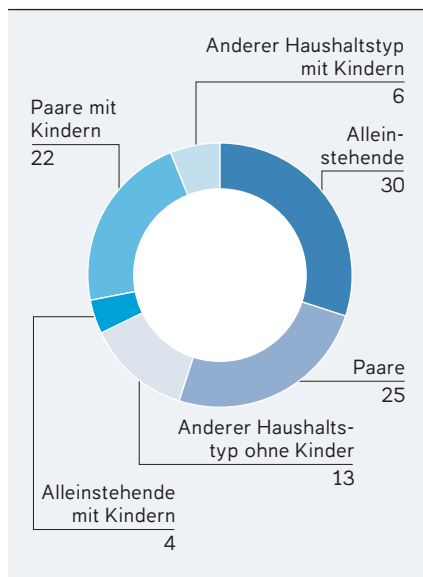
2 Ohne Überseegebiete.

bart jedoch erst ein Blick in die Geburtenstatistik der vergangenen Jahrzehnte: In den sechziger Jahren wurden in den 27 Ländern, die heute zur EU gehören, noch jährlich weit mehr als 7 Mill. Kinder geboren. Die Geburtenzahl ist 2009 im Vergleich zu 1969 somit um 27 % zurückgegangen. Deutschland verzeichnete im selben Zeitraum ein noch deutlicheres Minus von 42 % (2009: 0,7 Mill. Geburten, 1969: 1,1 Mill.). Am drastischsten war der Rückgang in Rumänien (-52 %) und Portugal (-48 %). Ein nennenswertes Geburtenplus gab es 2009 im Vergleich zu 1969 lediglich in Luxemburg (+24 %) und Irland (+18%). → **Tab. 2**

Haushaltsstrukturen

Nur noch in rund jedem dritten EU-Haushalt (32 %) lebten 2009 Kinder: in insgesamt 22 % der Haushalte lebte ein Paar mit Kindern, 4 % waren Haushalte von Alleinstehenden mit Kindern. Als Kinder zählen im Abschnitt 16.1.2 alle unter 15-Jährigen sowie junge Menschen bis 24 Jahre, die mit mindestens einem Elternteil im Haushalt leben und ökonomisch inaktiv sind. → **Abb. 2**

Abb. 2: Verteilung der Bevölkerung der EU-27 nach Haushaltstyp 2009, in %



In Deutschland lebten in rund jedem vierten Haushalt (24%) Kinder – im EU-Vergleich die niedrigste Quote. In Rumänien, Zypern und Polen waren es hingegen 43 %. Der Anteil der Haushalte von Alleinstehenden mit Kindern schwankte zwischen weniger als 2 % in Griechenland und Finnland bis zu mehr als 7 % im Vereinigten Königreich und Estland. In Deutschland lag der Anteil 2009 bei knapp 4 %. → **Abb. 3**

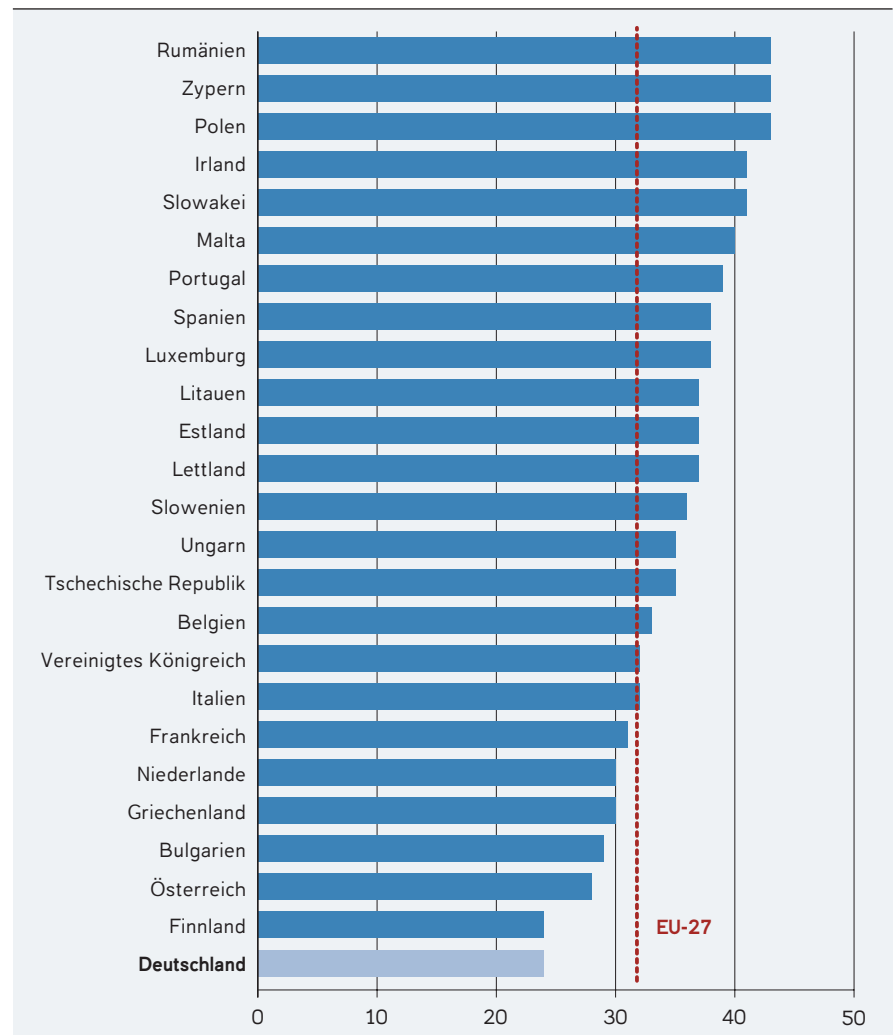
In zwei Dritteln (68 %) aller privaten Haushalte in der EU lebten 2009 ausschließlich Erwachsene: 30 % lebten allein, weitere 25 % als Paar zusammen. Mehr als

jeder Zehnte (13 %) lebte in einem anderen Haushaltstyp. Das Alleinleben war am stärksten in Deutschland und Finnland verbreitet (jeweils 39 %). Im Süden Europas lag der Anteil der Einpersonenhaushalte deutlich niedriger: In Zypern, Malta, Portugal und Spanien lebte in weniger als 20 % aller Haushalte nur eine Person.

Eheschließungen und Scheidungen

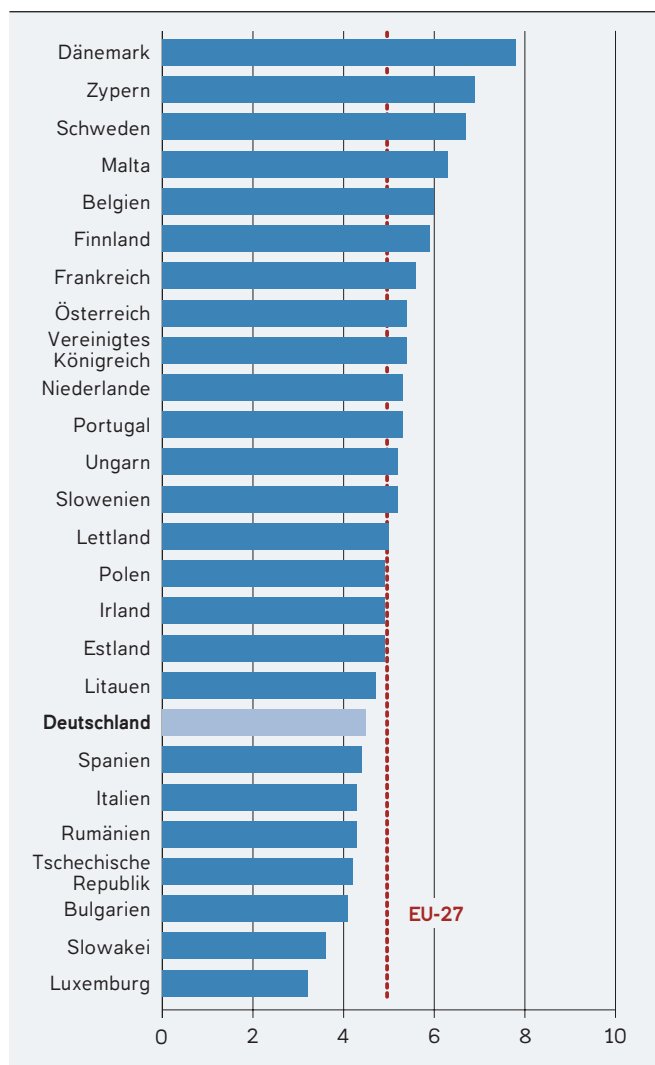
Obwohl die Zahl der Eheschließungen in der EU rückläufig ist, werden jährlich immer noch mehr als zwei Millionen Ehen geschlossen. Die Heiratsfreudigkeit ist jedoch unterschiedlich ausgeprägt. Rela-

Abb. 3: Anteil der Haushalte, in denen Kinder leben 2009, in %



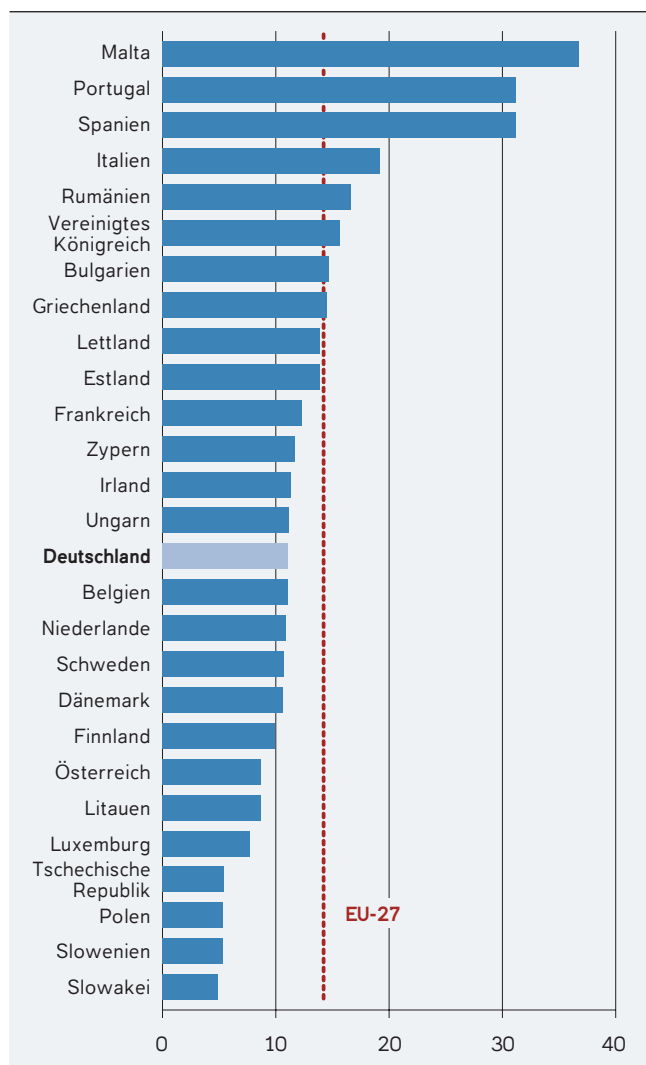
Für Dänemark und Schweden keine Angaben verfügbar.

Abb. 4: Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung 2007, in % des BIP



Für Griechenland keine Angaben verfügbar.

Abb. 5: Frühe Schulabgängerinnen und -abgänger 2009, in %



Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befinden und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen.

tiv häufig geheiratet wurde z. B. in Polen. 2009 kamen dort auf 1 000 Einwohner 6,6 Hochzeiten. Niedrige Eheschließungsziffern wiesen u. a. Slowenien und Bulgarien auf (3,2 bzw. 3,4 je 1 000 Einwohner). In Deutschland gaben sich 2009 rund 378 000 Paare das Jawort. Das entsprach 4,6 Hochzeiten je 1 000 Einwohner.

Nicht alle Ehen erweisen sich als Bund fürs Leben. Jedes Jahr werden in der EU rund eine Million Ehen geschieden. Ein Mitgliedstaat mit sehr hoher Scheidungsziffer war 2009 z. B. Belgien mit 3,0 Scheidungen je 1 000 Einwohner. Niedrige

Ziffern verzeichnete z. B. Italien (2008: 0,9 Scheidungen je 1 000 Einwohner). Deutschland kam auf 2,3 Scheidungen je 1 000 Einwohner.

16.1.3 Bildung

Öffentliche Gesamtausgaben

Erstklassige Bildungssysteme sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für Europas Erfolg und Zukunftsfähigkeit in der globalisierten Welt. Jedoch wenden die EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Anteile ihres Bruttoinlandsprodukts

(BIP) für diesen zentralen Bereich auf. So gab Dänemark 2007 mit 7,8 % des BIP anteilig am meisten für sein Bildungswesen aus. Länder wie Schweden, Belgien, Finnland oder Frankreich investierten mit Anteilen zwischen 5,6 % und 6,7 % im EU-Vergleich ebenfalls überdurchschnittlich viel in diesen Sektor. Deutschland lag mit einem Anteil von 4,5 % des BIP im unteren Drittel. → Abb. 4

Frühe Schulabgänger

Junge Menschen, die die Schule vorzeitig oder nur mit einem niedrigen Bildungsabschluss verlassen, haben auf dem

Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als Gleichaltrige mit höherem Bildungsabschluss. Auf der anderen Seite haben Staat und Wirtschaft vor dem Hintergrund des demografischen Wandels Interesse daran, das gesamte Ausbildungs- und Arbeitskräftepotenzial auszuschöpfen. Der Rat der EU hat deshalb das Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgängerinnen und -abgänger in der EU bis 2020 auf 10 % zu senken. Gemeint sind dabei 18- bis 24-Jährige, die keinen Abschluss des Sekundarbereichs II besitzen, also weder über eine Hochschulzugangsberechtigung noch über eine Berufsausbildung verfügen, und auch nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Obwohl die Tendenz in den vergangenen Jahren positiv war, hatten 2009 im EU-Durchschnitt immer noch 14 % der 18- bis 24-Jährigen frühzeitig die Schule verlassen. Besonders hoch waren die Quoten in den südeuropäischen Ländern Malta (37 %) sowie Portugal und Spanien (31 %). Die prozentual wenigsten frühen Schulabgängerinnen und -abgänger hatten die Slowakei, Polen, Slowenien und die Tschechische Republik (2009: 5 %). In Deutschland lag der Anteil bei 11 %. In fast allen Ländern verließen Frauen seltener frühzeitig die Schule als Männer. → **Abb. 5**

PISA-Studie

Im Rahmen der von der OECD-initiierten PISA-Studie wird alle drei Jahre untersucht, inwieweit Schülerinnen und Schüler gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit die Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die sie für eine erfolgreiche Teilhabe an der Wissensgesellschaft brauchen. An der 2009 durchgeführten vierten PISA-Studie nahmen weltweit eine halbe Million 15-jähriger Schülerinnen und Schüler aus 65 Staaten teil. Der Schwerpunkt der Studie lag dabei auf der Lesefähigkeit. Dabei schnitten die Jugendlichen aus Shanghai und Südkorea am erfolgreichsten ab. Finnland erreichte Rang drei und war damit das mit Abstand beste EU-Land. Länder wie die Niederlande (10), Belgien (11), Estland (13), Polen (15)

sowie Schweden (19) fanden sich im oberen Drittel der Skala wieder. Ebenso Deutschland, das auf Rang 20 von insgesamt 65 Teilnehmerländern kam. Bei den Kenntnissen in Mathematik und Naturwissenschaften schnitten deutsche Schüler noch etwas erfolgreicher ab (weltweit Rang 16 bzw. 13). Damit erzielten die deutschen Schülerinnen und Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften bessere Ergebnisse als z. B. ihre Altersgenossen in Schweden. Erfolgreichstes EU-Land war auch hier Finnland, das mit dem zweiten Platz in den Naturwissenschaften und dem sechsten Platz im Bereich Mathematik im PISA-Ranking

die umfassende Leistungsfähigkeit seines Bildungssystems unter Beweis stellte.

Bildungsabschlüsse im Tertiärbereich

Einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung hoch qualifizierter Fachleute leisten die Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs. In Deutschland zählen dazu Universitäten, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Berufsakademien, Fachschulen, Fachakademien sowie die zwei- und dreijährigen Schulen des Gesundheitswesens. Im Rahmen der vom Europäischen Rat verabschiedeten »Europa-2020-Strategie« soll der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen

Abb. 6: 30- bis 34-Jährige mit Bildungsabschluss im Tertiärbereich 2009, Anteil in %

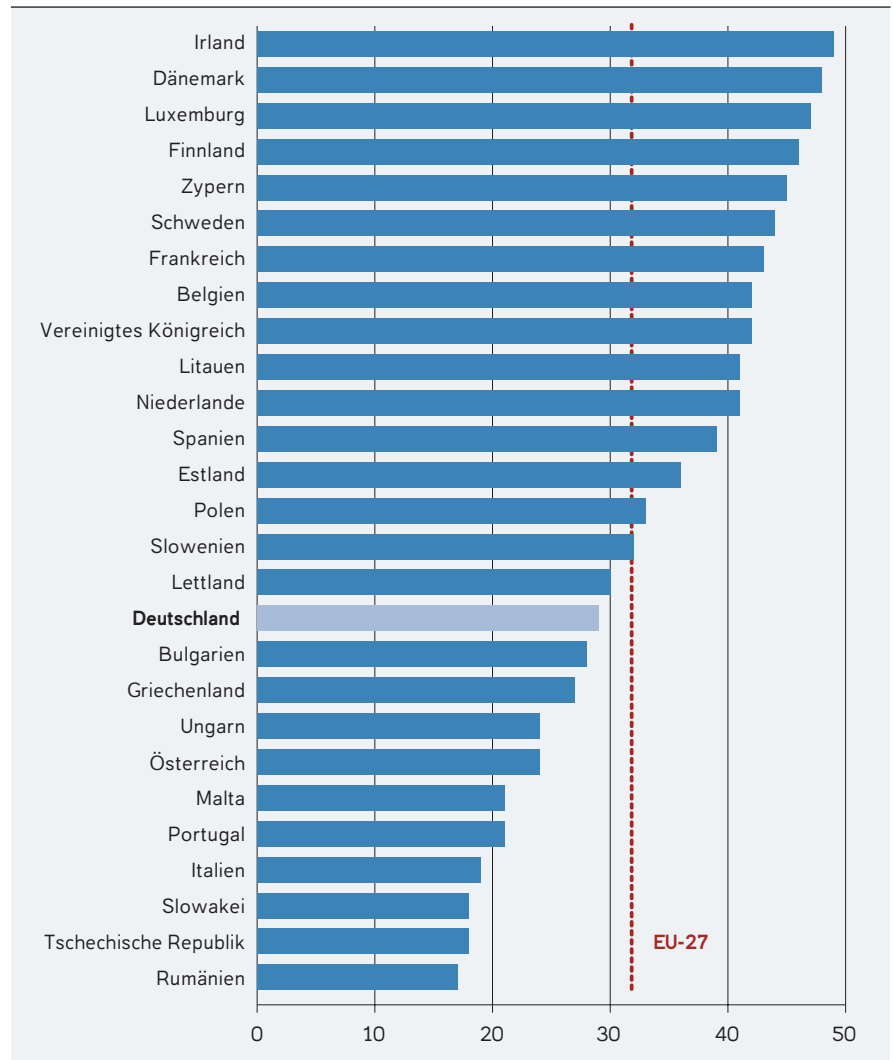
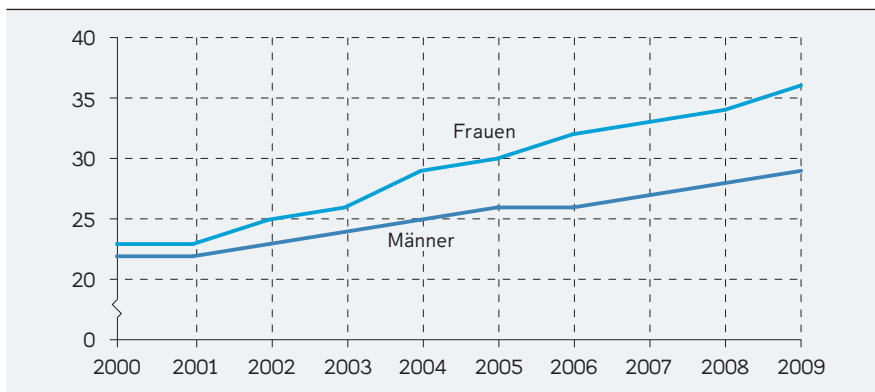


Abb. 7: 30- bis 34-Jährige in der EU-27 mit Bildungsabschluss im Tertiärbereich, Anteil in %



Abschluss des Tertiärbereichs verfügen, in der EU bis 2020 auf mindestens 40 % gesteigert werden. 2009 lag dieser Anteil EU-weit bei 32 %. Gegenüber dem Jahr 2000 bedeutete dies bereits einen Anstieg um zehn Prozentpunkte. Elf EU-Länder hatten die angestrebte Zielmarke von 40 % schon 2009 erreicht. Dazu zählten Irland und Dänemark mit einem Absolventenanteil von 49 % bzw. 48 %. Deutschland lag unter dem EU-Durchschnitt: Hierzulande verfügten 2009 nur 29 % der 30- bis 34-Jährigen über einen Hochschul- oder gleichwertigen Abschluss. EU-weit besaßen mehr Frauen als Männer einen weiterführenden Abschluss. Diese Differenz ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. → [Abb. 6, 7](#)

Voraussetzung für einen hohen Bevölkerungsanteil mit weiterführendem Bildungsabschluss ist eine hohe Studienanfängerquote. Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil eines Bevölkerungsjahrgangs ist, der ein Hochschulstudium aufnimmt, und bezieht sich auf den Tertiärbereich A, der in Deutschland alle Hochschulen außer den Verwaltungsfachhochschulen umfasst. Der Vergleich ausgewählter EU-Länder anhand von OECD-Daten für 2008 zeigt, dass die Studienanfängerquote in Deutschland mit 36 % sehr niedrig war. In Ländern wie Finnland, der Slowakei und vor allem Portugal und Polen lag die vergleichbare Quote mit 70 % bis 83 % mehr als doppelt so hoch.

Forschung und Entwicklung

Um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, müssen die europäischen Volkswirtschaften exzellente Rahmenbedingungen für die Wissenschaft gewährleisten. Die jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sollen im Rahmen der »Europa-2020-Strategie« EU-weit im Jahr 2020 mindestens 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Schweden und Finnland wendeten bereits 2009 schon deutlich mehr für Forschung und Entwicklung auf (3,6 % bzw. 4,0 % des BIP). Deutschland lag mit 2,8 % des BIP über dem EU-Durchschnitt von 2,0 %.

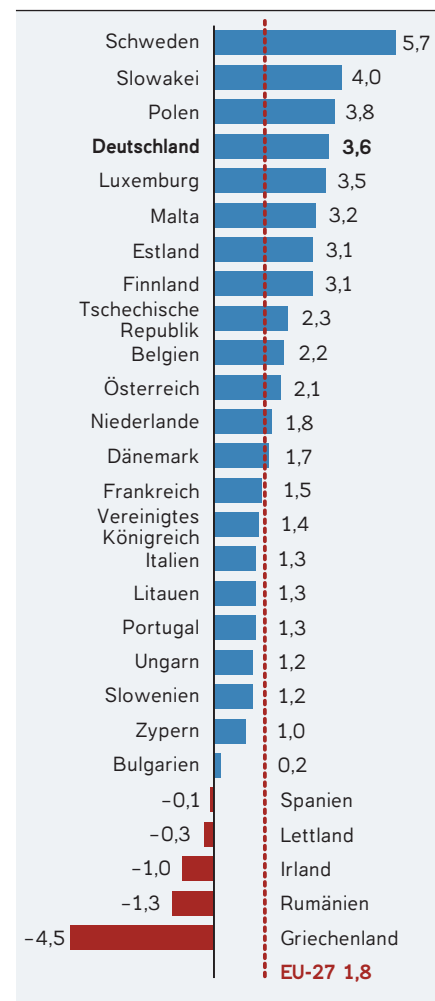
16.1.4 Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaftsleistung

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Volkswirtschaften und öffentlichen Haushalte der EU-Länder in den vergangenen Jahren stark belastet. 2010 ist die Wirtschaftsleistung der Staatengemeinschaft im Vergleich zum Vorjahr allerdings wieder gewachsen. Hatte das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2009 noch bei rund 11,8 Bill. Euro gelegen, waren es 2010 rund 12,3 Bill. Euro. Deutschland, die größte Volkswirtschaft der EU, erwirtschaftete rund ein Fünftel davon (= 2,5 Bill. Euro). Unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße und der unterschiedlichen Kaufkraft des Geldes in den einzelnen Ländern lag die

deutsche Wirtschaftsleistung damit zwar 18 % über dem EU-Durchschnitt, im Ländervergleich aber nur an siebter Stelle. Das mit Abstand wohlhabendste EU-Land war Luxemburg, das gemessen am BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) das EU-Niveau um fast das Dreifache übertraf. An zweiter Stelle standen die Niederlande. Vergleichsweise wirtschaftsschwach waren hingegen alle seit 2004 beigetretenen EU-Staaten sowie Griechenland und Portugal. Ein Blick auf die Veränderungsraten des realen BIP zeigt, dass die Länder von den Auswirkungen der Krise unterschiedlich stark getroffen wurden. So musste Griechenland 2010

Abb. 8: Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2010 im Vergleich zum Vorjahr, in %



im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,5 % hinnehmen. In den meisten Ländern war das Wirtschaftswachstum 2010 allerdings positiv. In Deutschland betrug das Plus 3,6 %, in Schweden sogar 5,7 %. Der EU-Durchschnitt lag bei 1,8 %. → **Abb. 8**

Finanzen

Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts fordert der Europäische Rat von den EU-Mitgliedstaaten Haushaltsdisziplin. Demnach soll das jährliche öffentliche Defizit eines Landes maximal 3 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des nominalen BIP betragen. 2010 gab es innerhalb der Eurozone, der damals 16 der 27 EU-Länder angehörten (2011 kam noch Estland hinzu), keine Erfolge bei der Kontrolle der Staatsfinanzen. Das durchschnittliche öffentliche Defizit erreichte 2010 einen Rekordstand von -6,0 % des BIP. Insgesamt verfehlten 14 von 16 Euro-Ländern das 3 %-Kriterium und das zum Teil sogar sehr deutlich: So lag das Staatsdefizit in Irland 2010 bei -32,4 % und in Griechenland bei -10,5 % des BIP. Deutschland kam auf ein Defizit von -3,3 % des BIP. Nur zwei Euro-Länder, Finnland und Luxemburg, machten im Verhältnis zum BIP 2010 weniger Schulden als Deutschland. Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone war das Vereinigte Königreich mit einem Defizit von -10,4 % des BIP das Schlusslicht.

Auch der öffentliche Schuldenstand bleibt weiterhin hoch: 2010 überstieg er in zwölf der damals 16 Länder der Eurozone den vereinbarten Referenzwert von 60 % des BIP. Vor allem Griechenland und Italien waren stark verschuldet: Dort betrug der öffentliche Schuldenstand 2010 rund 143 % bzw. 119 % des BIP. In Deutschland belief sich der Schuldenstand auf 83 % des BIP. Die 60 %-Marke wurde hierzulande letztmalig 2001 eingehalten. Den niedrigsten Schuldenstand in der Eurozone verzeichnete 2010 Luxemburg mit rund 18 % des BIP. Außerhalb der

Eurozone hielten alle EU-Länder außer Ungarn und dem Vereinigten Königreich beim Schuldenstand den Referenzwert von 60 % des BIP ein. → **Tab. 3**

Inflation

Während für die Kontrolle der öffentlichen Finanzen die Regierungen der EU-Länder verantwortlich sind, obliegt die Überwachung der Preisniveaustabilität der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem »Europäischen System der Zentralbanken« (ESZB). Nach der Definition der EZB ist Preisniveaustabilität in der Eurozone dann gegeben, wenn die Inflationsrate (= die Veränderungsrate des harmo-

nisierten Verbraucherpreisindex) nahe oder unter zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr liegt. 2010 lag die Inflationsrate in sieben Ländern der Eurozone bei oder über 2,0 %. Am höchsten war sie mit 4,7 % in Griechenland. Deutschland verzeichnete eine Rate von 1,2 % und gehörte damit neben den Niederlanden (0,9 %) und der Slowakei (0,7 %) zu den drei preisstabilsten Ländern der Eurozone. Unter den EU-Ländern außerhalb der Eurozone war die Inflation mit 6,1 % in Rumänien am höchsten. In Lettland und Irland wurde eine Deflation registriert: Dort fielen die Preise 2010 um 1,2 % bzw. 1,6 %.

Tab. 3: Maastrichter Konvergenzkriterien 2010

| | Inflationsrate | Öffentliches Defizit (Staatsdefizit bzw. -überschuss) | Öffentlicher Schuldenstand |
|---|----------------|---|-------------------------------|
| | in% | in% des BIP | |
| Eurozone¹ | 1,6 | -6,0 | 85,3 |
| Belgien | 2,3 | -4,1 | 96,8 |
| Deutschland | 1,2 | -3,3 | 83,2 |
| Finnland | 1,7 | -2,5 | 48,4 |
| Frankreich | 1,7 | -7,0 | 81,7 |
| Griechenland | 4,7 | -10,5 | 142,8 |
| Irland | -1,6 | -32,4 | 96,2 |
| Italien | 1,6 | -4,6 | 119,0 |
| Luxemburg | 2,8 | -1,7 | 18,4 |
| Malta | 2,0 | -3,6 | 68,0 |
| Niederlande | 0,9 | -5,4 | 62,7 |
| Österreich | 1,7 | -4,6 | 72,3 |
| Portugal | 1,4 | -9,1 | 93,0 |
| Slowakei | 0,7 | -7,9 | 41,0 |
| Slowenien | 2,1 | -5,6 | 38,0 |
| Spanien | 2,0 | -9,2 | 60,1 |
| Zypern | 2,6 | -5,3 | 60,8 |
| EU-Länder außerhalb der Eurozone | | | |
| Bulgarien | 3,0 | -3,2 | 16,2 |
| Dänemark | 2,2 | -2,7 | 43,6 |
| Estland | 2,7 | 0,1 | 6,6 |
| Lettland | -1,2 | -7,7 | 44,7 |
| Litauen | 1,2 | -7,1 | 38,2 |
| Polen | 2,7 | -7,9 | 55,0 |
| Rumänien | 6,1 | -6,4 | 30,8 |
| Schweden | 1,9 | 0,0 | 39,8 |
| Tschechische Republik | 1,2 | -4,7 | 38,5 |
| Ungarn | 4,7 | -4,2 | 80,2 |
| Vereinigtes Königreich | 3,3 | -10,4 | 80,0 |

¹ 16 Länder, Estland führte den Euro erst 2011 ein.

16.1.5 Arbeitsmarkt und Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigkeit

Arbeitsplätze sind eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft. Im Rahmen ihrer »Europa-2020-Strategie« wollen die EU-Staaten deshalb die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren bis 2020 auf 75 % anheben. 2010 hatten sechs EU-Länder dieses Ziel bereits erfüllt. Die höchste Erwerbstätigenquote erreichte Schweden mit 79 %. In Deutschland lag die Quote mit rund 75 % ebenfalls über dem EU-Durch-

schnitt von 69 %. Am weitesten von der Zielmarke entfernt sind bislang Malta und Ungarn mit einem Erwerbstätigenanteil von rund 60 %. → **Abb. 9**

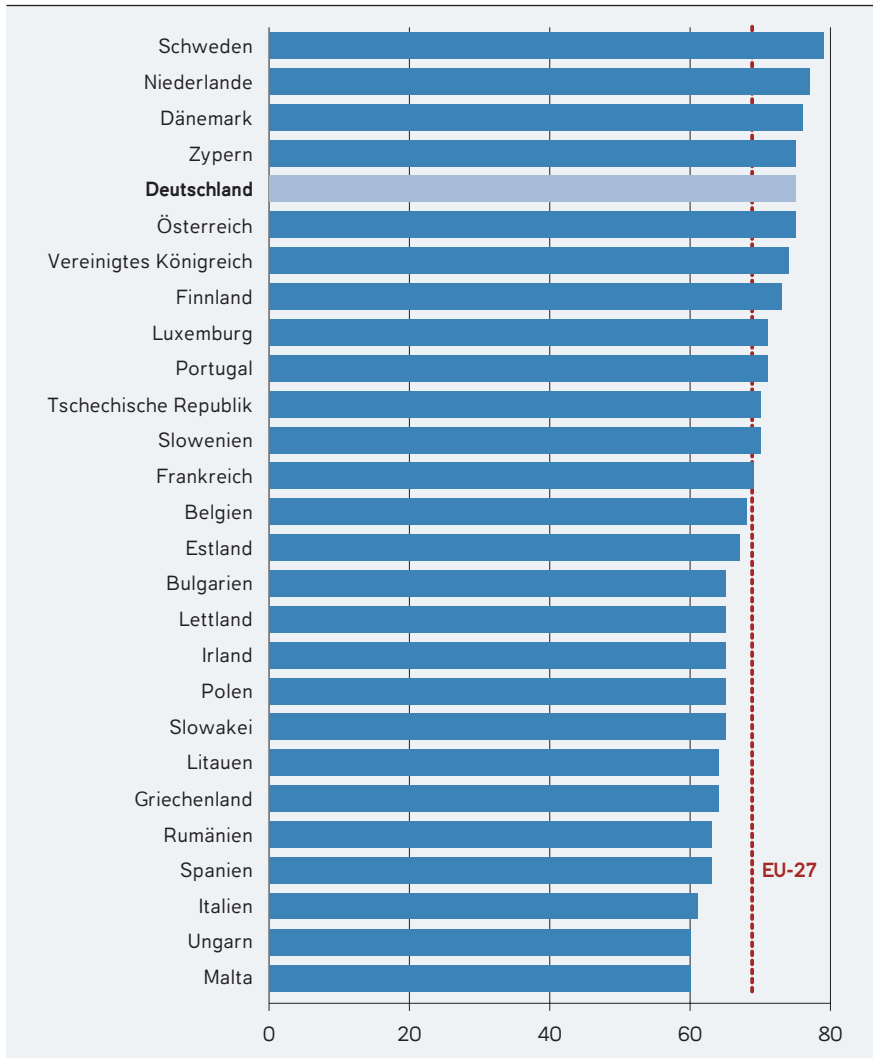
Beschäftigungsentwicklung

Nach vielen Jahren mit Zuwächsen und dem Einbruch in 2009 ging die EU-weite Beschäftigung 2010 im Zuge der Wirtschaftskrise weiter zurück. Hart traf es z. B. Bulgarien und Litauen: Dort sank die Zahl der Erwerbstätigen 2010 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 5 %. Auch in Estland, Lettland und Irland kam es auf dem Arbeitsmarkt zu einem deutlichen Rückgang. Zehn Länder verzeich-

Tab. 4: Beschäftigungsentwicklung 2010 im Vergleich zum Vorjahr

| | in % |
|------------------------|-------------|
| Bulgarien | -5,9 |
| Litauen | -5,1 |
| Estland | -4,8 |
| Lettland | -4,8 |
| Irland | -4,1 |
| Spanien | -2,3 |
| Slowenien | -2,2 |
| Dänemark | -2,1 |
| Griechenland | -2,1 |
| Rumänien | -1,8 |
| Portugal | -1,5 |
| Slowakei | -1,4 |
| Tschechische Republik | -0,8 |
| Italien | -0,7 |
| Vereinigtes Königreich | -0,7 |
| EU-27 | -0,5 |
| Niederlande | -0,5 |
| Finnland | -0,4 |
| Frankreich | 0,1 |
| Zypern | 0,1 |
| Ungarn | 0,2 |
| Polen | 0,4 |
| Deutschland | 0,5 |
| Belgien | 0,6 |
| Österreich | 1,0 |
| Schweden | 1,1 |
| Luxemburg | 1,6 |
| Malta | 2,2 |

Abb. 9: Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen 2010, in %



neten hingegen leichte Beschäftigtenzuwächse, Deutschland z. B. um 0,5 %. EU-weit sank die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt um rund 0,5 %. → **Tab. 4**

Ältere Erwerbstätige

Ältere Arbeitnehmer haben es auf dem europäischen Arbeitsmarkt immer noch relativ schwer. Obwohl die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen in der EU-27 in den vergangenen Jahren deutlich stieg, betrug sie 2010 nur 46 %. Der EU-weite Vergleich offenbart jedoch große Unterschiede bei der Integration älterer Arbeitnehmer. Am stärksten auf dem Arbeitsmarkt vertreten sind sie in Nordeuropa. So waren 2010 in Schweden 71 % der 55- bis 64-Jährigen erwerbstätig. Deutschland erreichte mit 58 % den zweiten Platz. Die geringste Erwerbs-

Abb. 10: Erwerbstätigenquote der Frauen im Alter von 20 bis 64 Jahren 2010, in%

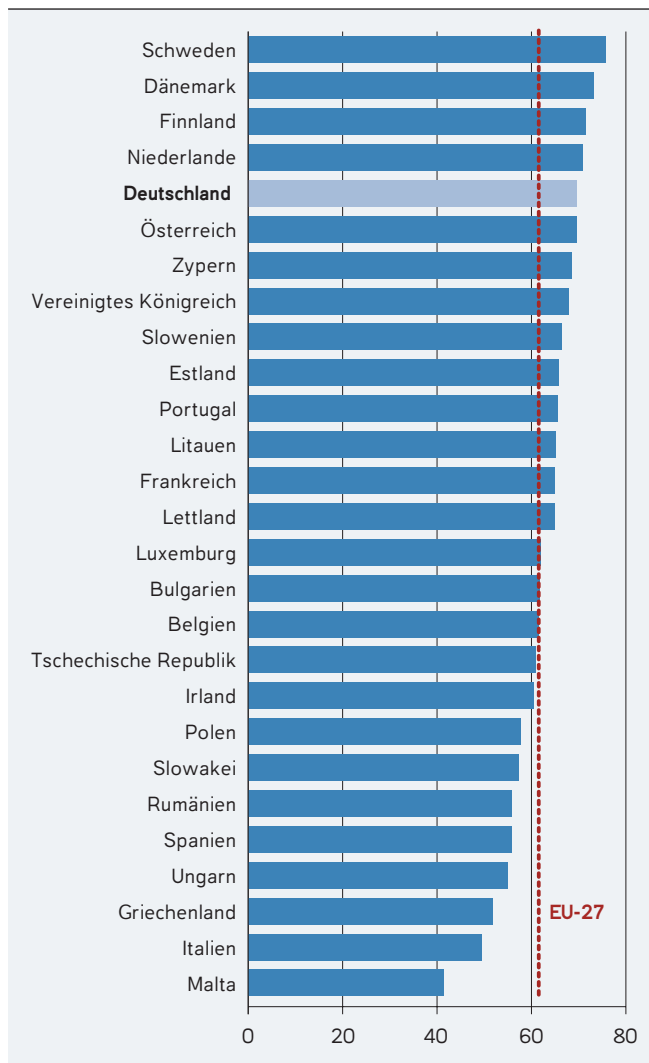
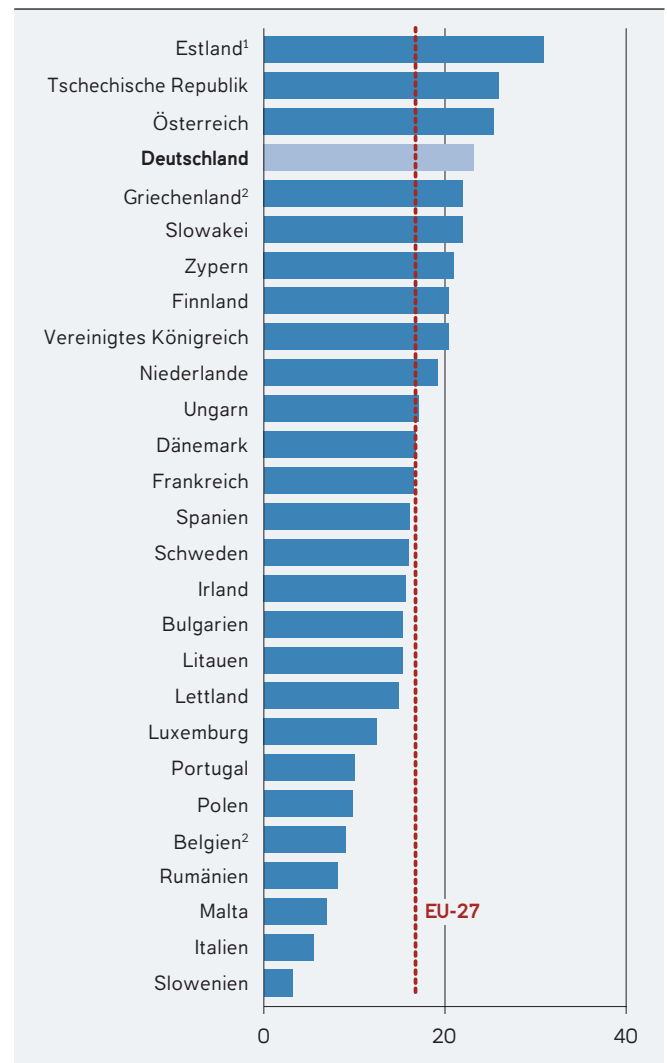


Abb. 11: Gender Pay Gap: Unbereinigter geschlechtsspezifischer Lohnunterschied 2009, in%



1 2007.
2 2008.

beteiligung Älterer hatte Malta: Hier arbeitete weniger als ein Drittel dieser Altersklasse.

Frauenerwerbstätigkeit

Frauen sind auf dem Arbeitsmarkt immer noch unterrepräsentiert. So waren 2010 in der EU von den 20- bis 64-Jährigen 75 % der Männer, aber nur 62 % der Frauen erwerbstätig. Doch der Geschlechterunterschied schrumpft: Noch im Jahr 2000 hatte die Beteiligungsquote der Frauen EU-weit bei 57 % gelegen. Am häufigsten am Berufsleben beteiligten sich 2010 die Frauen in Schweden (76 %) und

Dänemark (73 %). In Deutschland waren sie mit 70 % ebenfalls überdurchschnittlich häufig erwerbstätig. In Malta lag die Quote hingegen deutlich unter 50 %.

→ Abb. 10

Gender Pay Gap

Trotz eines stärkeren Gleichstellungsbewusstseins gibt es immer noch Unterschiede bei den Stundenlöhnen von Männern und Frauen. Der Gender Pay Gap, das heißt der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen, lag 2009 in Deutschland bei rund 23 %. Ei-

nen höheren geschlechtsspezifischen Verdienstabstand wiesen nur Estland (31 %, 2007), die Tschechische Republik (26 %) und Österreich (25 %) auf. Das Land mit den europaweit geringsten Unterschieden im Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen war 2009 Slowenien (3 %). Der hier vorliegende Vergleich beruht allerdings auf dem unbereinigten Gender Pay Gap; die Verdienstunterschiede erklären sich also zum großen Teil aus strukturellen Unterschieden, z. B. dadurch, dass Frauen und Männer ungleiche Positionen besetzen, sich hinsichtlich der Berufs- bzw. Branchenwahl unterscheiden

und Frauen eher teilzeitbeschäftigt sind. Aussagen zum Unterschied in den Verdiensten von weiblichen und männlichen Beschäftigten mit gleichem Beruf, vergleichbarer Tätigkeit und äquivalentem Bildungsabschluss sind anhand dieses Indikators nicht möglich. → **Abb. 11**

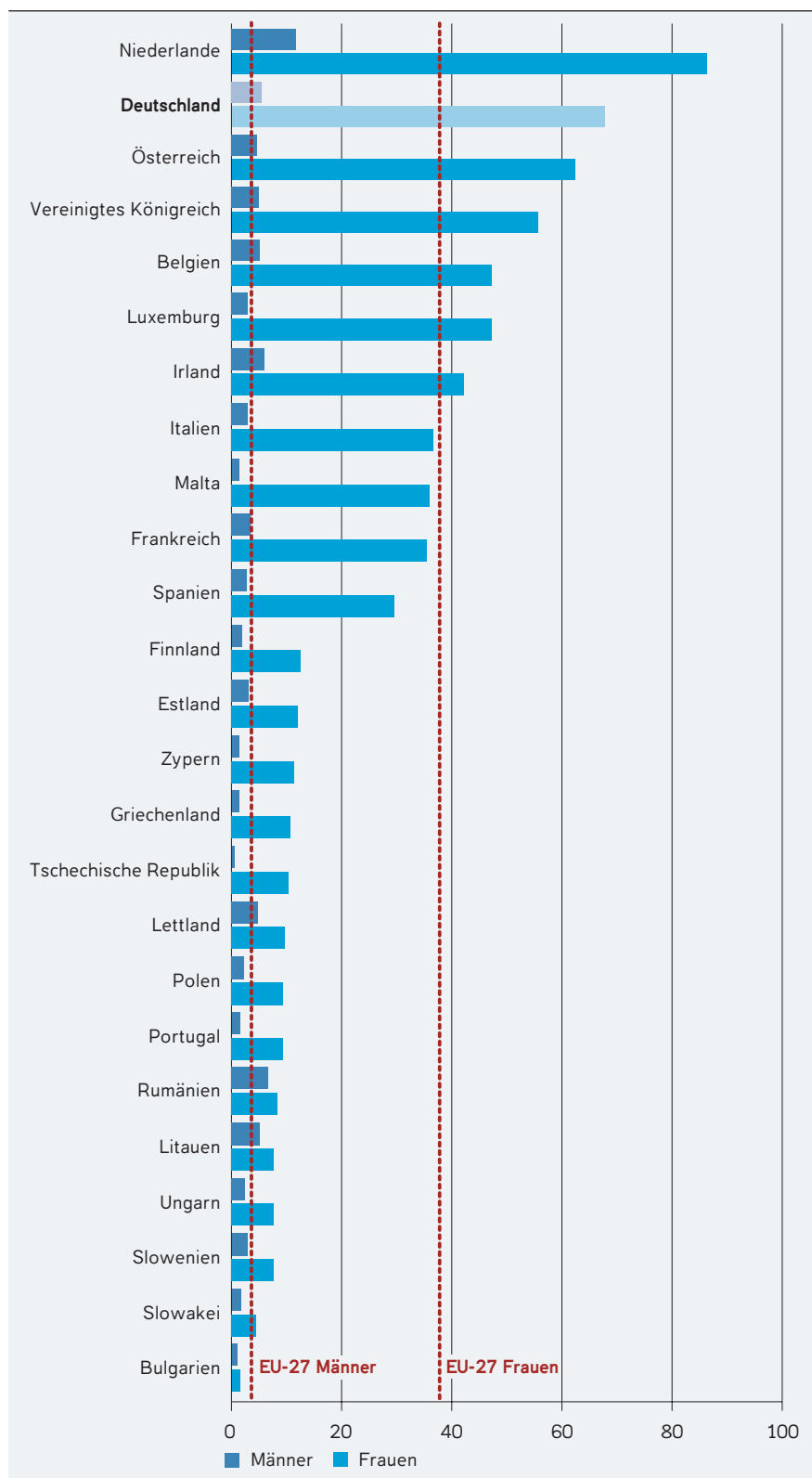
Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Arbeit und Karriere auf der einen, Familienleben und Kinderbetreuung auf der anderen Seite: Beides miteinander zu verbinden, stellt für viele Eltern eine besondere Herausforderung dar. Teilzeitarbeit ist dabei eine Möglichkeit, Beruf und Familie zeitlich besser miteinander zu vereinbaren. Sie hat aber auch einige Nachteile. Teilzeitarbeit kann mit einem Karriereknick verbunden sein. Führungspositionen sind überdurchschnittlich häufig mit einem Vollzeitjob verknüpft. Reduzierte Arbeitszeit bedeutet auch, auf Teile des Lohnes und der Rentenbeiträge zu verzichten, wodurch nicht immer ein die Existenz sicherndes Einkommen bzw. eine ausreichende Altersvorsorge gewährleistet bleibt.

Trotz politischer Bemühungen, Mütter stärker ins Berufsleben einzubinden und Vätern mehr Zeit für die Familie zu ermöglichen, ist die Teilzeitbeschäftigung immer noch vorwiegend Frauensache. Am deutlichsten wird dies in den Niederlanden, wo 2009 in der Altersgruppe der erwerbstätigen 25- bis 49-Jährigen mit minderjährigen Kindern fast neun von zehn Müttern (86 %) verkürzt arbeiteten. In Deutschland war der Anteil mit 68 % ebenfalls sehr hoch. In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas bewegten sich die Quoten hingegen im einstelligen Bereich. So arbeiteten in Bulgarien nur knapp 2 % der berufstätigen Mütter Teilzeit. Männer schränkten ihr berufliches Engagement mit der Vaterschaft hingegen kaum ein. EU-weit lagen ihre Quoten 2009 in der Regel im niedrigen einstelligen Bereich. Einzige Ausnahme bildeten die Niederlande, wo rund 12 % der erwerbstätigen Väter Teilzeit arbeiteten.

→ **Abb. 12**

Abb. 12: Teilzeitquote der Erwerbstätigen zwischen 25 und 49 Jahren mit Kindern unter 18 Jahren 2009, in %



Für Dänemark und Schweden keine Angaben verfügbar.

Erwerbslosigkeit

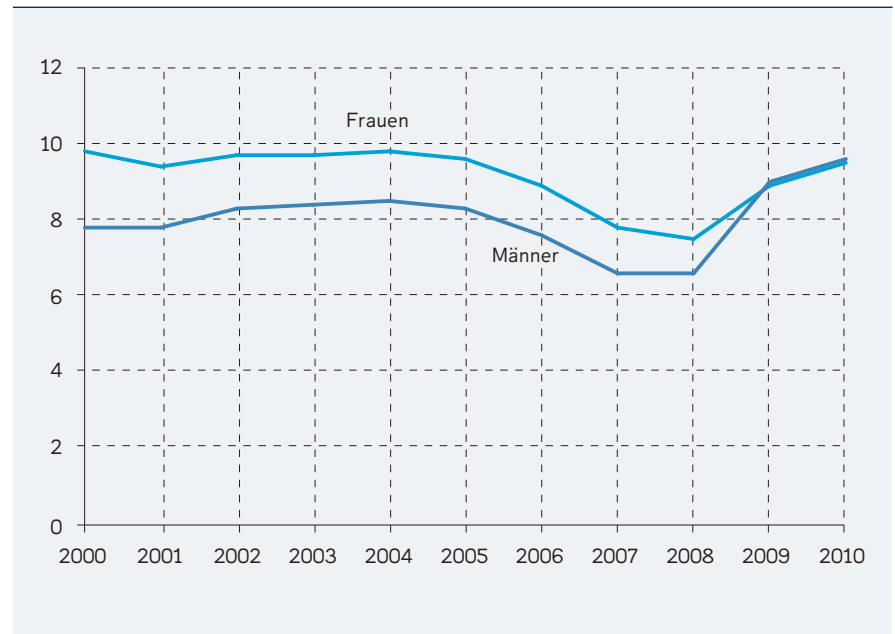
Nach einigen Jahren Entspannung auf dem europäischen Arbeitsmarkt hat sich die Stellensituation seit 2009 wieder verschärft. 2010 waren in der EU 9,7% der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 74 Jahren ohne Arbeit (2009: 9,0%). Weiterhin niedrige Quoten von unter 5% verzeichneten nur Österreich, Luxemburg und die Niederlande. In Deutschland lag die Quote 2010 mit rund 7% ebenfalls unter dem EU-Durchschnitt. In immerhin zehn Ländern erreichten die Erwerbslosenquoten aber den zweistelligen Bereich. Die größten Probleme hatten Spanien und Lettland. Dort waren 20% bzw. 19% der Bevölkerung zwischen 15 und 74 Jahren ohne Arbeit.

Problematisch war, dass EU-weit 2010 rund 40% der Erwerbslosen bereits länger als ein Jahr ohne Job – und somit langzeiterwerbslos – waren. Mit am schwierigsten war die Situation dabei in Deutschland. Wer hierzulande seinen Job verlor, hatte große Probleme auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen: Fast jeder Zweite (47%) der Erwerbslosen suchte schon länger als zwölf Monate eine Arbeit. Am höchsten war der Anteil der Langzeitarbeitslosen mit 64% in der Slowakei.

2010 sahen sich im EU-Durchschnitt 9,7% der Männer und 9,6% der Frauen mit Erwerbslosigkeit konfrontiert. In den Jahren zuvor waren stets mehr Frauen als Männer betroffen. Im Zuge der Wirtschaftskrise haben aber vor allem Firmen in männerdominierten Branchen, wie dem Industriesektor, Mitarbeiter entlassen. Frauen, die häufiger in Dienstleistungsberufen arbeiten, waren weniger vom Stellenabbau betroffen. → Abb. 13

Unter Jugendlichen ist Erwerbslosigkeit überdurchschnittlich stark verbreitet. In zahlreichen EU-Ländern gestaltet sich der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben äußerst problematisch. In den letzten Jahren hat sich die Situation auf dem Stellenmarkt noch verschärft. 2010

Abb. 13: Erwerbslosenquoten von Frauen und Männern in der EU-27, in %



war EU-weit rund jeder fünfte Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit. Sehr schwierig war die Situation z. B. für Berufseinsteiger in Spanien. Dort waren mehr als 40% erwerbslos. Leichter auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen konn-

ten junge Leute hingegen z. B. in den Niederlanden (Erwerbslosenanteil: 9%) und Deutschland (10%). In Deutschland ist der niedrige Wert allerdings auch auf die längeren Ausbildungszeiten Jugendlicher zurückzuführen. [i](#) → [Abb. 14](#)

Begriffsdefinitionen zur Arbeitsmarktstatistik



Erwerbstätige sind Personen ab 15 Jahren, die in der statistischen Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung bzw. als Selbstständige gearbeitet haben oder aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie nur vorübergehend abwesend waren aufgrund von Krankheit, Urlaub, Streik oder Weiterbildung.

Erwerbslose sind Personen zwischen 15 und 74 Jahren, die in der statistischen Berichtswoche ohne Arbeit waren, für eine Arbeit sofort zur Verfügung standen sowie in den vergangenen vier Wochen aktiv auf Arbeitssuche waren oder eine Arbeit gefunden hatten, die sie innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen würden.

Zu den **Erwerbspersonen** bzw. zur **Erwerbsbevölkerung** zählen alle Erwerbstätigen und Erwerbslosen.

Die **Erwerbstätigenquote** bezeichnet die Erwerbstätigen als Anteil an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Die **Erwerbslosenquote** ist der Anteil der Erwerbslosen an der Erwerbsbevölkerung der gleichen Altersgruppe. Die Erwerbslosenquote, auf die in diesem Band ausschließlich Bezug genommen wird, ist nicht vergleichbar mit der in Deutschland von der Bundesagentur für Arbeit (BA) monatlich veröffentlichten Arbeitslosenquote, die sich auf die bei der Bundesagentur (oder vergleichbaren Behörden) gemeldeten Arbeitslosen bezieht.

Die **Erwerbsquote** entspricht dem Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Abb. 14: Erwerbslosenquote von Jugendlichen unter 25 Jahren 2010, in %

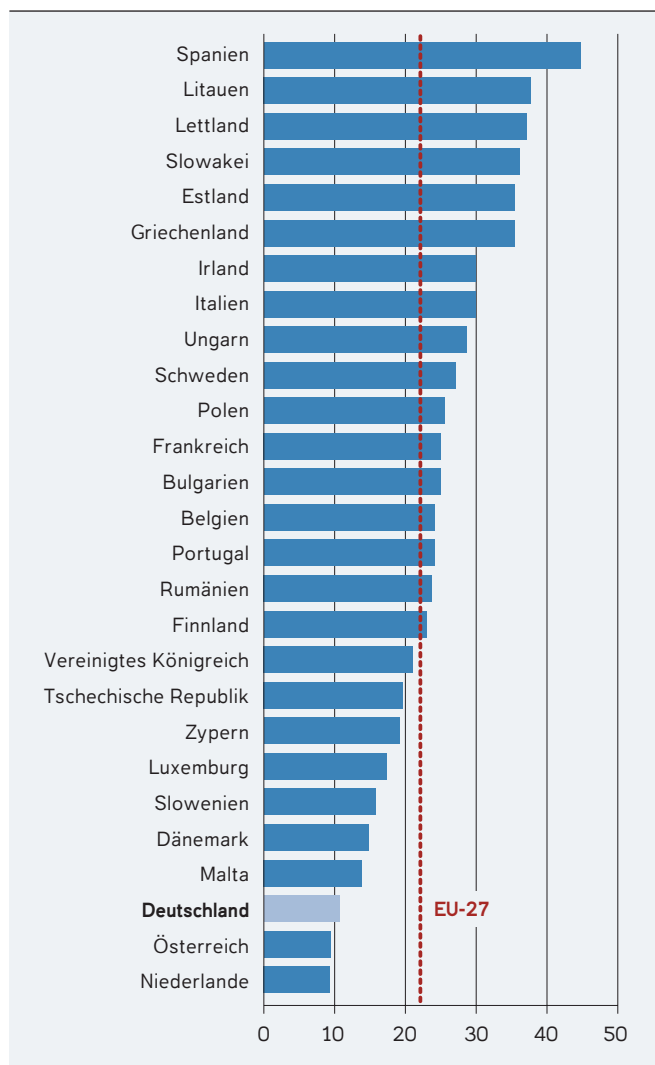
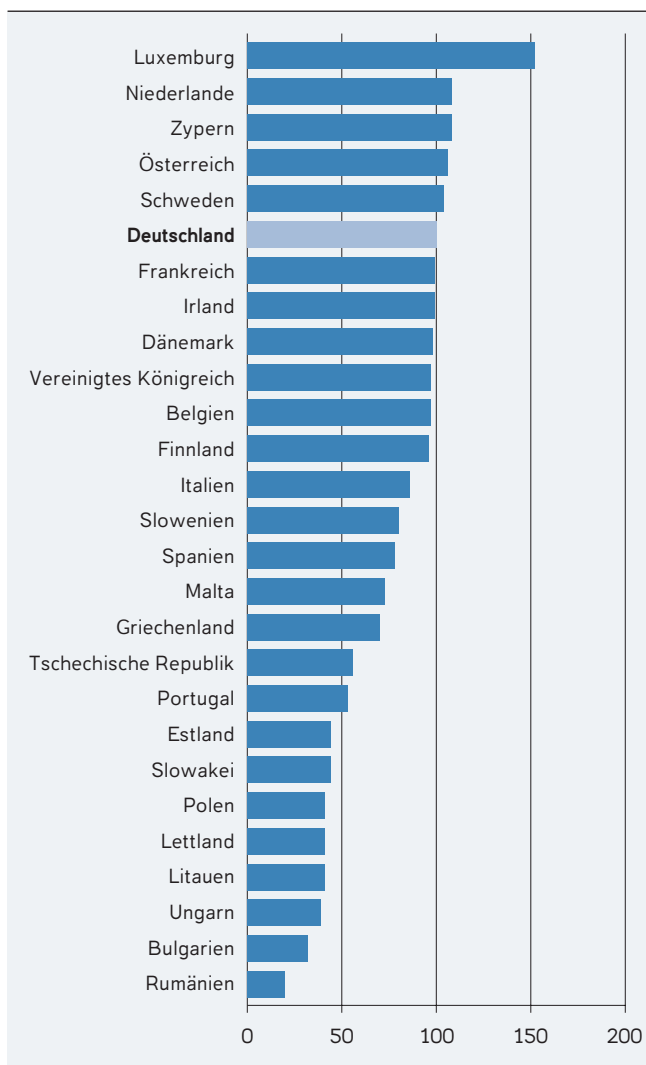


Abb. 15: Einkommen von Menschen ab 18 Jahren unter Berücksichtigung der Kaufkraft 2008, Deutschland = 100



Basis: Nettoäquivalenzeinkommen, nähere Erläuterungen siehe Infokasten in Kapitel 6.2 in Band I.

16.1.6 Private Haushalte: Einkommen, Armutsgefährdung und Ausstattung

Die hier verwendeten Daten zu Einkommen und Armutsgefährdung beziehen sich auf das Einkommensreferenzjahr 2008. In der Eurostat-Datenbank werden diese Daten unter dem Erhebungsjahr 2009 veröffentlicht.

Einkommen

In der EU existiert ein beträchtliches Wohlstandsgefälle. Es gibt deutliche Ein-

kommensunterschiede zwischen nördlichen und südlichen sowie alten und neuen EU-Mitgliedsländern. Die absolute Einkommenshöhe in Euro besagt dabei noch nicht genau, ob die Menschen finanziell gut bzw. schlecht gestellt sind, sich viel oder wenig leisten können. Dafür muss auch die unterschiedliche Kaufkraft des Geldes in den einzelnen Ländern beachtet werden. Berücksichtigt man diese Kaufkraftunterschiede, stehen die Deutschen im EU-Vergleich gut da. Nur in wenigen anderen EU-Ländern, wie z. B. den Niederlanden und Luxemburg, haben

die Menschen ein höheres Einkommen als in der Bundesrepublik Deutschland. So hatten die Einwohner Luxemburgs 2008 durchschnittlich rund 50 % mehr zur Verfügung als die Einwohner hierzulande. Ganz anders ist die Lage Richtung Osten: Im Nachbarland Polen verfügten die Menschen unter Berücksichtigung der Preisunterschiede 2008 nur über rund 40 % des mittleren Einkommens der Bevölkerung in Deutschland. In Bulgarien und Rumänien war das Einkommen noch geringer.

➔ Abb. 15

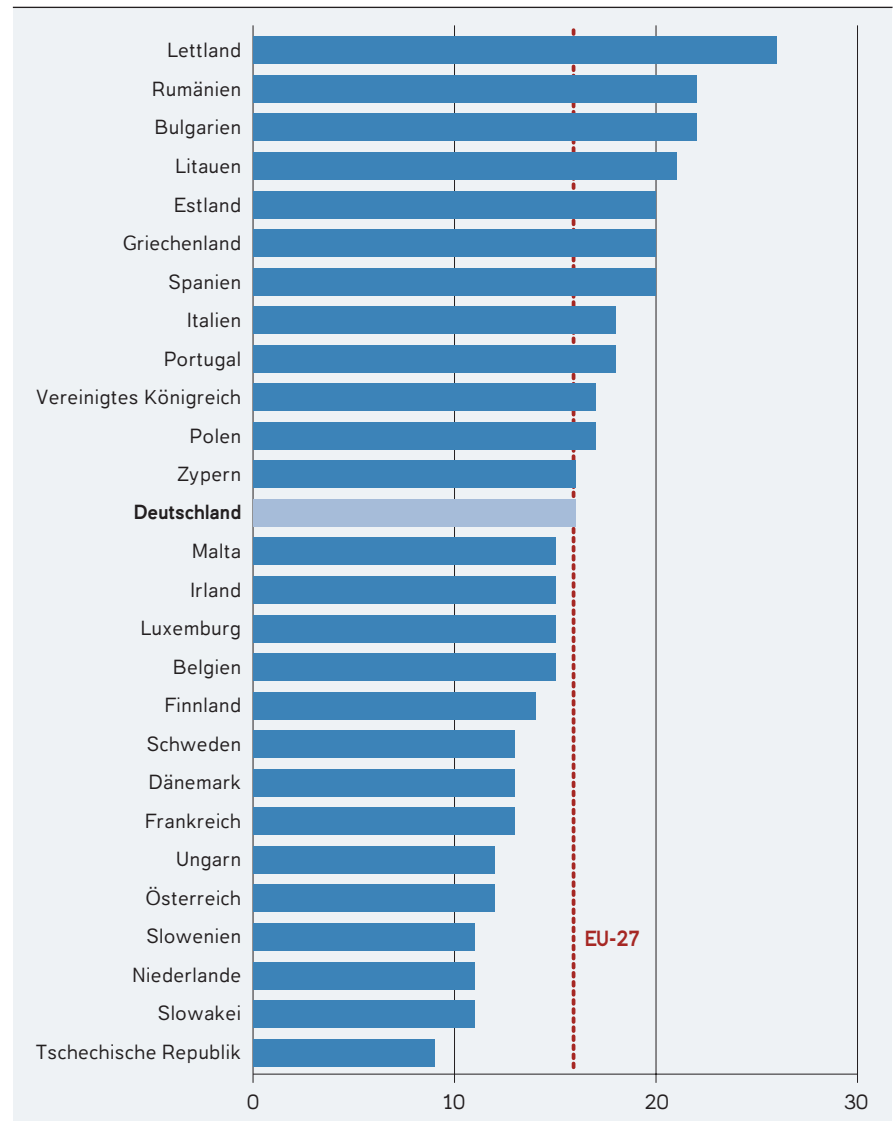
Armut und soziale Ausgrenzung

Obwohl Europa zu den wohlhabendsten Regionen der Welt gehört, gibt es auch in den EU-Mitgliedstaaten Armut und soziale Ausgrenzung. Im Rahmen der »Europa-2020-Strategie« streben die EU-Staaten an, die Zahl der Personen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, EU-weit bis 2020 um mindestens 20 Mill. zu senken. Gemessen werden soll dies anhand der armutsgefährdeten Personen, der Personen, die unter erheblicher materieller Entbehrung leiden, sowie der Personen, die in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben. Insgesamt waren 2009 in der EU rund 114 Mill. Personen von mindestens einer dieser drei Formen der sozialen Ausgrenzung betroffen.

Armutsgefährdung

Armut in der EU ist wegen des im Vergleich zu den Entwicklungsländern sehr unterschiedlichen Wohlstands- und Lebensstandardniveaus als relative, materielle Armut zu betrachten. Im europäischen Kontext trifft man daher auch keine Aussagen über »Armut«, sondern über »Armutsgefährdung«. Als armutsgefährdet gelten Menschen in der EU, wenn sie inklusive staatlicher Sozialleistungen (in Deutschland z. B. die Leistungen der sozialen Grundsicherung) weniger als 60 % des mittleren Einkommens ihres Landes zur Verfügung haben (siehe Kapitel 6.2.1 in Band I). Eine niedrige Armutsgefährdungsquote bedeutet dabei nicht automatisch, dass das Wohlstandsniveau eines Landes besonders hoch ist. Sie besagt lediglich, dass nur ein vergleichsweise geringer Teil der Bevölkerung unterhalb der jeweiligen nationalen Armutsgrenze lebt. In Deutschland waren 2008 16 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Die EU-weit höchste Armutsgefährdungsquote wies Lettland auf, wo mehr als ein Viertel der Bevölkerung betroffen war (26 %). Am geringsten war sie in der Tschechischen Republik mit 9 %. Im EU-Durchschnitt lag die Armutsgefährdungsquote bei 16 %. Das entsprach rund 80 Mill. EU-Bürgern. → **Abb. 16**

Abb. 16: Armutsgefährdungsquote 2008, in %

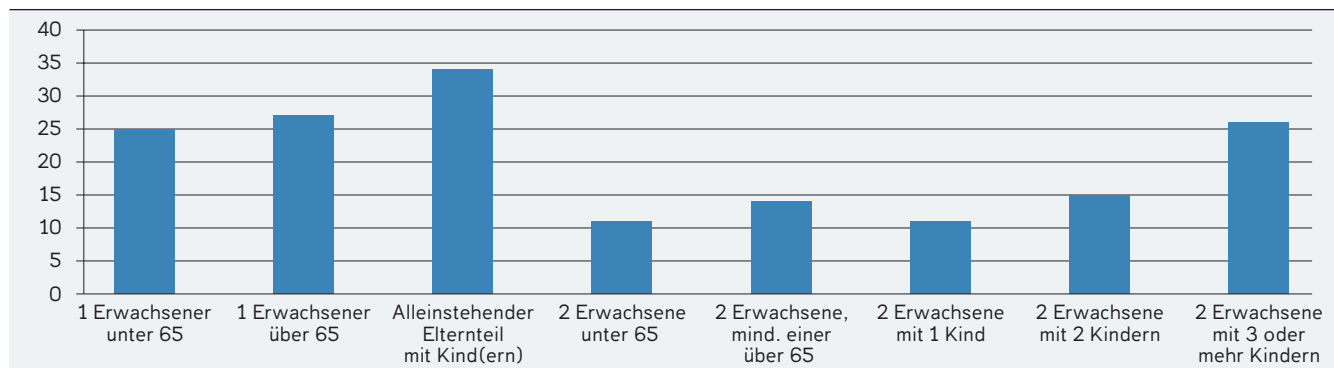


Differenziert nach Haushaltstyp, waren in der EU Alleinlebende deutlich häufiger armutsgefährdet als Menschen, die zu zweit lebten (bei den Erwachsenen unter 65 Jahren, alleinstehend: 25 %, zu zweit lebend: 11 %). Besonders hoch war die Armutsgefährdung von Personen in Alleinerziehenden-Haushalten: Von ihnen war im EU-Durchschnitt rund jeder Dritte (34 %) betroffen. Über dem Durchschnitt lagen hierbei Malta (54 %), Luxemburg (52 %) und Litauen (44 %). In Deutschland waren 38 % der Personen in Alleinerziehenden-Haushalten armutsgefährdet. In Dänemark (20 %) und der

Slowakei (23 %) waren Alleinerziehende im EU-Vergleich am seltensten betroffen.

Bei Haushalten, die aus zwei Erwachsenen mit einem oder mehreren Kindern bestanden, lag die Armutsgefährdungsquote deutlich niedriger. Allerdings galt in den meisten Ländern: Je mehr Kinder im Haushalt lebten, desto höher das Armutsrisiko. Im EU-Durchschnitt waren 11 % der Haushalte mit zwei Erwachsenen und einem Kind von Armut bedroht. Mit zwei Kindern stieg die Quote auf 15 %, mit drei oder mehr Kindern lag sie bei 26 %. → **Abb. 17**

Abb. 17: Armutsgefährdungsquoten in der EU-27 nach Haushaltstyp 2008, in %



Als Kinder gelten junge Menschen unter 18 sowie von 18 bis 24 Jahren, sofern sie in Ausbildung bzw. nicht arbeitsuchend/erwerbstätig sind und mit mindestens einem Elternteil im Haushalt leben.

Erhebliche materielle Entbehrung

Armut wird nicht nur am Einkommen gemessen, sondern auch daran, welche materiellen Dinge sich Menschen leisten können. Von Personen, die unter erheblichen materiellen Entbehrungen leiden, spricht man, wenn sie Schwierigkeiten haben, für mindestens vier der folgenden neun Ausgaben aufzukommen:

1. Miete und Versorgungsleistungen,
2. angemessene Beheizung der Wohnung,
3. unerwartete größere Ausgaben,
4. jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder gleichwertiger Proteinzufuhr,
5. einen einwöchigen Urlaub an einem anderen Ort,
6. ein Auto,
7. eine Waschmaschine,
8. einen Farbfernseher,
9. ein Telefon.

Vor allem in Bulgarien und Rumänien litten 2009 viele Menschen unter erheblicher materieller Entbehrung (42 % bzw. 32 % der Bevölkerung). Aber auch in Ungarn und Lettland musste immer noch jeweils rund ein Fünftel der Bevölkerung auf viele Dinge verzichten. Deutschlands Bevölkerung ging es im europäischen Vergleich verhältnismäßig gut: Hierzulande litten rund 5 % der Bevölkerung unter erheblicher materieller Entbehrung. In Luxemburg, Schweden und den Niederlanden lag der Anteil sogar unter der 2 %-Marke.

Niedrige Erwerbstätigkeit

Bei Menschen, die erwerbslos sind, ist die Armutsgefahr besonders hoch. So waren 2008 im EU-Durchschnitt von den Menschen ab 18 Jahren 8 % der Erwerbstätigen, aber 45 % der Erwerbslosen armutsgefährdet. Aber nicht nur die Erwerbslosen selbst, auch Kinder, die in Haushalten mit erwerbslosen Erwachsenen aufwachsen, sind von den Folgen betroffen. Insgesamt lebten 2009 rund 9 % der EU-Bevölkerung unter 60 Jahren in einem Haushalt, in dem die Erwachsenen im vorhergehenden Jahr weniger als 20 % ihres Erwerbspotentials ausgeschöpft haben.

16.1.7 Gesundheit

Die Gesundheit genießt in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Sie ist nicht nur für das individuelle Wohlbefinden elementar, sondern beeinflusst auch die Leistungsfähigkeit der Menschen und ist somit von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Dies wiederum stellt grundsätzliche Anforderungen an die medizinische Versorgung.

Zahl der Ärzte

Von den 20 EU-Ländern, für die Daten aus den Jahren 2007 bis 2009 vorlagen, hatte Österreich mit 468 praktizierenden Ärzten je 100 000 Einwohner das dichteste medizinische Versorgungsnetz. Auch Deutschland gehörte mit 356 praktizie-

renden Ärzten je 100 000 Einwohner zu den EU-Ländern mit hoher Ärztedichte. Die niedrigsten Zahlen wiesen Polen und Rumänien mit 216 bzw. 222 praktizierenden Ärztinnen und Ärzten je 100 000 Einwohner auf.

Lebenserwartung

Die Qualität der nationalen Gesundheitssysteme zu bewerten, ist eine komplexe Aufgabe. Ein Anhaltspunkt für die Leistungsfähigkeit der medizinischen Versorgung ist die Lebenserwartung. Diese ist in allen EU-Ländern in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Selbst im relativ wohlhabenden Europa lassen sich aber deutliche Unterschiede beobachten: So hatte ein Junge, der 2009 in Schweden geboren wurde, eine durchschnittliche Lebenserwartung von mehr als 79 Jahren. Seine Altersgenossen in Deutschland hatten Aussicht auf mehr als 77 Lebensjahre, in Litauen hingegen nur auf rund 68 Jahre.

Frauen hatten in allen EU-Ländern eine höhere Lebenserwartung als die Männer, doch auch hier gab es deutliche Unterschiede: 85 Jahre lagen im Durchschnitt vor einem 2009 geborenen Mädchen in Frankreich. In Deutschland waren es mehr als 82 Jahre. In Rumänien und Bulgarien betrug die Lebenserwartung nur etwas mehr als 77 Jahre. Die im EU-Vergleich niedrige Lebenserwartung in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas hat mehrere Gründe, u. a. der im Vergleich

zu Westeuropa niedrigere Lebensstandard, die schlechtere Gesundheitsversorgung, relativ schwere Arbeitsbedingungen sowie unterschiedliche Ernährungsgewohnheiten.

In einigen Ländern hat sich die Lücke in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen in den vergangenen Jahrzehnten verringert, so z. B. in den Niederlanden und Deutschland. Ein möglicher Grund für diese Entwicklung, die sich auch in anderen west- und einigen südeuropäischen Ländern vollzieht, ist die zunehmende Angleichung der Lebensweise. So müssen Männer z. B. in ihren Berufen immer seltener dauerhaft unter körperlich anstrengenden Bedingungen arbeiten, auf der anderen Seite nähern sich z. B. die Rauchgewohnheiten oder die Erwerbstätigenquoten der Frauen denen der Männer an.

Gesundheitszustand

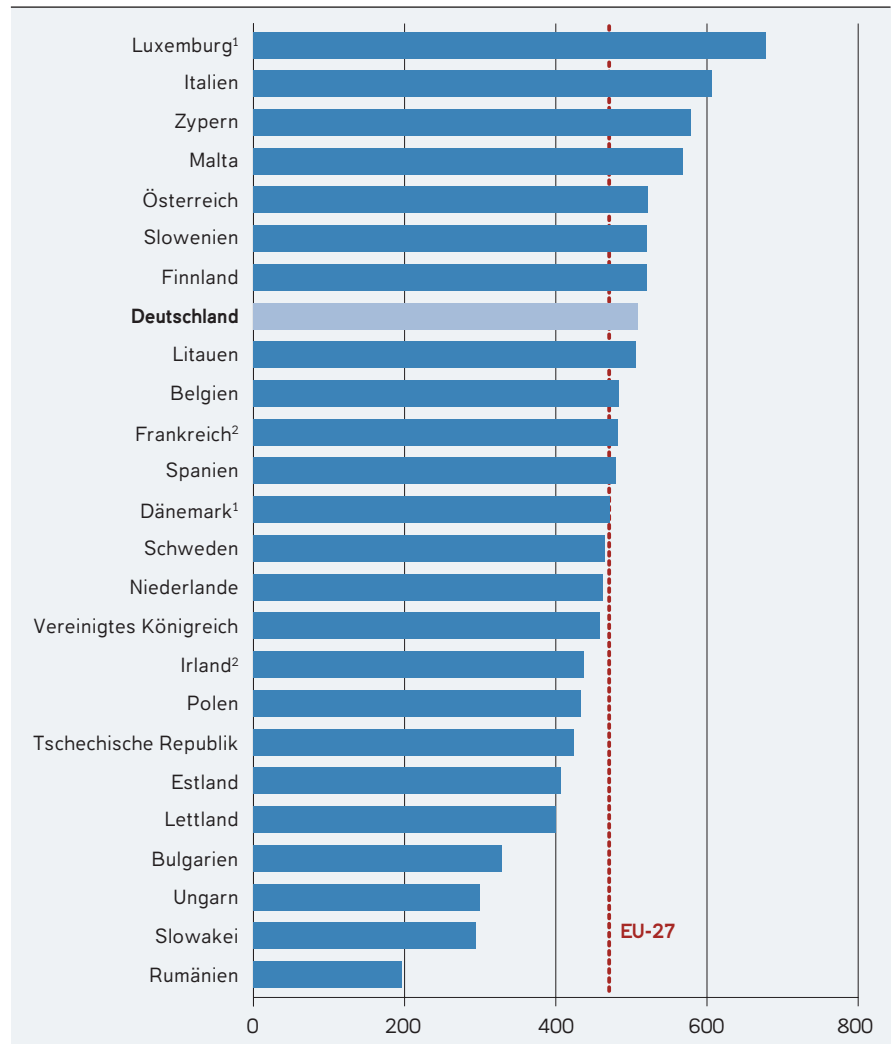
Die Menschen werden immer älter und ein Großteil der Menschen bleibt bis ins hohe Alter mit der eigenen Gesundheit recht zufrieden: 2009 schätzten mehr als zwei Drittel der EU-Bürger (68 %) ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Weitere 23 % empfanden ihn immer noch als ausreichend. Die Einschätzung erfolgte dabei rein subjektiv, hing also nicht von festen Determinanten, wie z. B. der Häufigkeit der Arztbesuche, ab.

Mit zunehmendem Alter sinken die Zufriedenheitswerte, doch immerhin erfreute sich 2009 selbst von den über 85-Jährigen aus eigener Sicht noch ein Viertel guter oder sehr guter Gesundheit. Weitere 39 % empfanden ihren Gesundheitszustand selbst in diesem hohen Alter als ausreichend. Der Gesundheitszustand wird dabei durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst, wie z. B. Lebensbedingungen, Gesundheitsverhalten und genetische Veranlagungen. Die Erhebung ergab dabei: Je niedriger das Einkommen und der Bildungsstand, desto schlechter wurde im Durchschnitt der eigene Gesundheitszustand eingeschätzt. → Tab. 5

Tab. 5: Gesundheitszustand (Selbsteinschätzung) in der EU-27 2009

| | (sehr) gut | mittelmäßig | (sehr) schlecht |
|---|-------------|-------------|-----------------|
| | in % | | |
| Gesamtbevölkerung | 68,1 | 22,5 | 9,4 |
| Nach Einkommensschichten | | | |
| unterste 20 % | 57,1 | 27,9 | 14,9 |
| 20–40 % | 60,3 | 27,1 | 12,6 |
| 40–60 % | 67,2 | 23,3 | 9,4 |
| 60–80 % | 72,8 | 20,2 | 7,0 |
| oberste 20 % | 79,2 | 16,5 | 4,3 |
| Nach höchstem erreichten Bildungsabschluss (gemäß ISCED-Klassifikation) | | | |
| Sekundarstufe I (ISCED 2) | 65,0 | 24,6 | 10,3 |
| Sekundarstufe II (ISCED 3) | 72,2 | 20,9 | 6,9 |
| Tertiärabschluss (ISCED 5) | 81,8 | 14,7 | 3,6 |

Abb. 18: Anzahl der Personenkraftwagen 2009, je 1 000 Einwohner



1 2008.
2 2007.

Für Griechenland und Portugal keine Angaben verfügbar.

16.1.8 Verkehr

Personenbeförderung

Räumliche Mobilität von Personen und Gütern ist eines der wesentlichen Merkmale der Globalisierung. Ob im Schienen-, Straßen- und Luftverkehr oder auf dem Wasserweg: Jeden Tag reisen Millionen Menschen von A nach B. Zugleich werden riesige Warenmengen von einem Ort zum anderen transportiert. Für die Personenbeförderung hat in der EU der Straßenverkehr die mit Abstand größte Bedeutung: In 25 von 27 EU-Ländern erfolgte 2008 mindestens 90 % der Personenbeförderung auf der Straße. So wurde in Deutschland 91 % der inländischen Personenbeförderung auf der Straße abgewickelt – davon 85 % mit Pkw und 6 % mit Bussen. Nur in zwei EU-Ländern erreichte die Eisenbahn einen Anteil von über 10 % an der Personenbeförderung (Ungarn: 12 %, Österreich 11 %). Der inländische Flug- und Straßenbahnverkehr blieb bei dieser Betrachtung unberücksichtigt.

Motorisierungsgrad

Entsprechend der großen Bedeutung des Straßenverkehrs ist die EU-Bevölkerung gut mit Pkw versorgt. EU-weit kamen 2009 statistisch gesehen auf 1 000 Einwohner 473 Autos. Spitzenreiter war Luxemburg mit 678 Pkw je 1 000 Einwohner (2008). In Deutschland kamen auf 1 000 Einwohner 509 Pkw. Damit waren 2009 hierzulande rund 41,7 Mill. Pkw auf den Straßen unterwegs. Selbst in Rumänien, dem Land mit der niedrigsten Quote kam auf fünf Personen ein Auto. → [Abb. 18](#)

16.1.9 Umwelt und Nachhaltigkeit

Treibhausgasemissionen

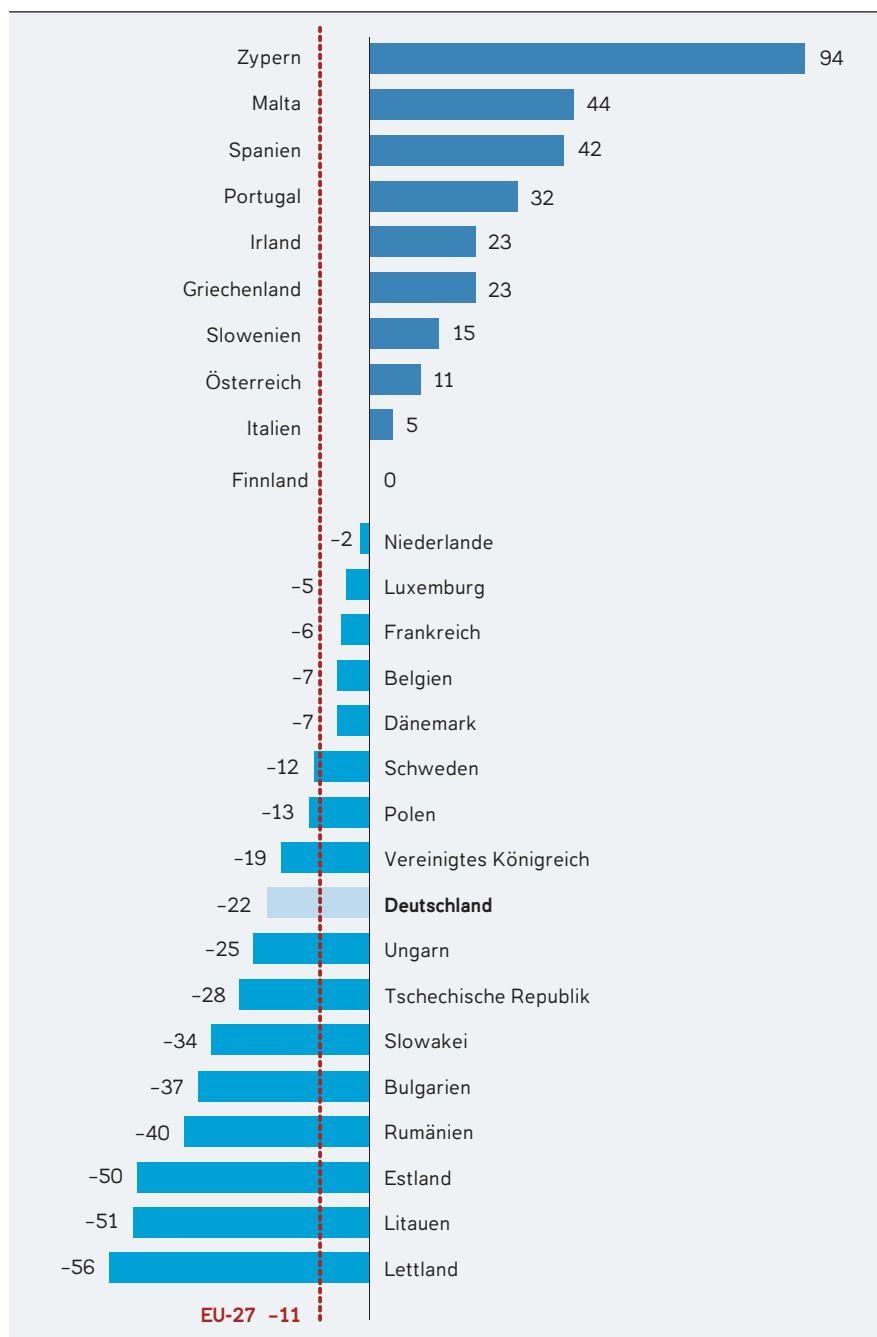
Treibhausgase beeinflussen nach Ansicht der Wissenschaft den globalen Klimawandel. Um den Prozess der Erderwärmung aufzuhalten bzw. zu mindern, hat sich die internationale Staatengemeinschaft im »Kyoto-Protokoll« auf verbindliche Klimaschutzziele geeinigt.

Das Abkommen sieht vor, den jährlichen Treibhausgasausstoß der Industrieländer innerhalb der ersten Verpflichtungsperiode von 2008 bis 2012 gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Die EU will darüber hinaus im Rahmen ihrer klima- und energiepolitischen »20-20-20-Ziele« bis 2020 eine Verringerung der

Treibhausgasemissionen um 20 % im Vergleich zu 1990 erreichen.

Die größten Einsparungen verzeichneten bislang die jungen EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa. So gingen z. B. in Lettland die Gesamtemissionen zwischen 1990 und 2008 um 56 % zurück, in Litauen um

Abb. 19: Emissionen von Treibhausgasen 2008, Veränderung gegenüber 1990, in %



Tab. 6: CO₂-Ausstoß 2008

| | Mill. t | t pro Kopf |
|------------------------|----------------|-------------|
| Belgien | 115,9 | 10,9 |
| Bulgarien | 44,6 | 5,9 |
| Dänemark | 54,7 | 9,8 |
| Deutschland | 873,2 | 10,6 |
| Estland | 7,7 | 5,7 |
| Finnland | 22,6 | 4,2 |
| Frankreich | 324,3 | 5,0 |
| Griechenland | 106,9 | 9,5 |
| Irland | 45,9 | 10,4 |
| Italien | 380,7 | 6,4 |
| Lettland | -20,7 | -9,0 |
| Litauen | 1,6 | 0,5 |
| Luxemburg | 11,2 | 23,2 |
| Niederlande | 178,1 | 10,9 |
| Österreich | 56,0 | 6,7 |
| Polen | 283,9 | 7,4 |
| Portugal | 56,5 | 5,3 |
| Rumänien | 69,1 | 3,2 |
| Schweden | 35,6 | 3,9 |
| Slowakei | 37,8 | 7,0 |
| Slowenien | 9,4 | 4,6 |
| Spanien | 284,7 | 6,2 |
| Tschechische Republik | 115,8 | 11,1 |
| Ungarn | 52,7 | 5,2 |
| Vereinigtes Königreich | 534,7 | 8,7 |
| EU-27 | 3 670,9 | . |
| Vereinigte Staaten | 4 980,9 | 16,2 |

51 %. Deutschland erreichte eine Reduktion um 22 %. In einigen EU-Ländern stiegen die Emissionen hingegen weiter. So verzeichnete z. B. Österreich gegenüber 1990 eine Emissionssteigerung um 11 %, Spanien erhöhte seinen Ausstoß um 42 %. → **Abb. 19**

CO₂-Gesamtausstoß

Kohlenstoffdioxid (CO₂) ist das bei weitem wichtigste Treibhausgas. In Deutschland macht es circa 90 % der gesamten Treibhausgasemissionen aus. Es entsteht vor allem bei der Verbrennung fossiler Energieträger, was wiederum zu knapp 90% der gesamten CO₂-Emissionen beiträgt. 2008 lag der CO₂-Gesamtausstoß hierzulande bei 873 Mill. Tonnen. Damit war Deutschland innerhalb der EU der

größte Verursacher von CO₂-Emissionen. Der Gesamtausstoß der EU betrug 3,7 Mrd. Tonnen. Zum Vergleich: Die USA belasteten die Erdatmosphäre 2008 mit rund 5,0 Mrd. Tonnen CO₂. → **Tab. 6**

Erneuerbare Energien

Eine weitere Klimaschutzvereinbarung der EU ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch. Bis 2020 soll dieser Anteil EU-weit auf 20 % steigen. Dabei gilt für jedes EU-Mitgliedsland eine eigene Zielvorgabe. Die ehrgeizigste hat Schweden, das den Anteil erneuerbarer Energien bis 2020 auf 49 % anheben möchte. 2008 waren bereits 44 % erreicht. Das war der mit Abstand höchste Wert aller EU-Länder. Für Deutschland gilt die weit

Tab. 7: Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch

| | Stand 2008 | Ziel 2020 |
|------------------------|------------|-----------|
| | in % | |
| Belgien | 3 | 13 |
| Bulgarien | 9 | 16 |
| Dänemark | 19 | 30 |
| Deutschland | 9 | 18 |
| Estland | 19 | 25 |
| Finnland | 31 | 38 |
| Frankreich | 11 | 23 |
| Griechenland | 8 | 18 |
| Irland | 4 | 16 |
| Italien | 7 | 17 |
| Lettland | 30 | 40 |
| Litauen | 15 | 23 |
| Luxemburg | 2 | 11 |
| Malta | 0 | 10 |
| Niederlande | 3 | 14 |
| Österreich | 29 | 34 |
| Polen | 8 | 15 |
| Portugal | 23 | 31 |
| Rumänien | 20 | 24 |
| Schweden | 44 | 49 |
| Slowakei | 8 | 14 |
| Slowenien | 15 | 25 |
| Spanien | 11 | 20 |
| Tschechische Republik | 7 | 13 |
| Ungarn | 7 | 13 |
| Vereinigtes Königreich | 2 | 15 |
| Zypern | 4 | 13 |
| EU-27 | 10 | 20 |

geringere Zielmarke von 18 %, 2008 wurden 9 % des Bruttoendenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien erzeugt.

→ **Tab. 7**

16.1.10 Informationsgesellschaft

Anders als bei der Internetnutzung in Deutschland in Kapitel 13.1.2 untersucht Eurostat nicht das Nutzerverhalten der Bevölkerung ab zehn Jahren, sondern nur das der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren. Daher weichen die Daten der beiden Kapitel voneinander ab.

Privathaushalte mit Internetzugang

Die digitale Technik hat sich in den vergangenen Jahren rasant entwickelt und

ist längst Teil des Alltags geworden. Computer sind immer vielseitiger einsetzbar und das Internet eröffnet u. a. dank Flatrate und DSL immer neue Nutzungsmöglichkeiten. 2010 verfügten bereits 70 % der EU-Privathaushalte über einen Netzzugang. 2005 hatte der Ausstattungsgrad erst bei 48 % gelegen. Regional gab es jedoch noch immer große Unterschiede: Während in den Niederlanden, Luxemburg, Schweden und Dänemark bereits mehr als 85 % der Haushalte einen Internetanschluss hatten, waren es in Bulgarien erst 33 %. Deutschland gehörte mit einer Haushaltsversorgungsdichte von 82 % zu den fünf führenden Ländern in der EU. → **Abb. 20**

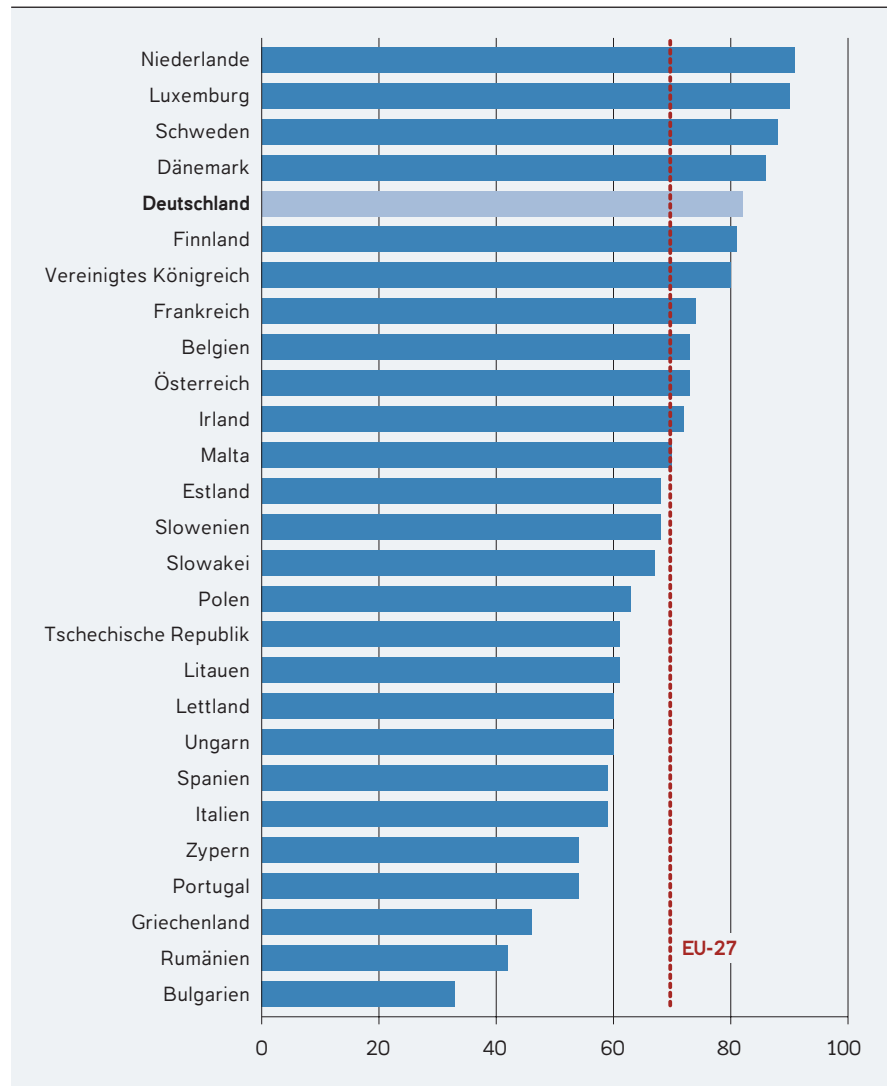
Haushalte mit Breitbandzugang

Über Breitbandverbindungen lassen sich große Datenmengen mit hoher Geschwindigkeit übermitteln. Die leistungsfähige Technik hat sich in den vergangenen Jahren schnell verbreitet: Verfügten 2005 EU-weit erst 23 % der Privathaushalte über einen Breitbandzugang, waren es 2010 bereits 61 %. Dänemark und Schweden lagen auch hier an der Spitze (80 % bzw. 83 %). In Deutschland waren bereits drei von vier Haushalten mit einem Breitbandzugang ausgestattet.

Internetaktivitäten

Was machen die Menschen im Internet? Das Web wird vor allem zur Informationssuche genutzt: 70 % der 16- bis 74-jährigen EU-Bürger verwendeten 2010 Suchmaschinen. 60 % gaben an, E-Mails mit Anhang zu verschicken. Chatrooms, Online-Foren und ähnliche Anwendungen erfreuten sich ebenfalls zunehmender Beliebtheit: EU-weit kommunizierten bereits 31 % der 16- bis 74-Jährigen auf diese Weise im Netz. Mehr als jeder fünfte EU-Bürger (22 %) nutzte das Internet zum Telefonieren. Musik und Computerspiele wurden von 14 % heruntergeladen bzw. abgespielt. Generell galt in allen EU-Ländern die Regel: Je jünger die Altersklasse, desto höher die jeweiligen Nutzerquoten.

Abb. 20: Privathaushalte mit Internetzugang 2010, Anteil in %



 **Weitere EU-Statistiken:**
www.eds-destatis.de

Kostenfreien Zugang zur Eurostat Datenbank erhalten Sie über die Website des EDS Europäischer Datenservice, dem Informationsdienst des Statistischen Bundesamtes zur europäischen Statistik.

Die Verbesserung der Lebensbedingungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den verschiedenen Ländern stellt die Europäische Union (EU) auch sieben Jahre nach der Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten und vier Jahre nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten vor große Aufgaben. Im vorliegenden Kapitel soll gezeigt werden, wie groß die Spanne der Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern ist und wie weit die EU von einheitlichen Lebensbe-

dingungen entfernt ist. Hierzu werden aktuelle Daten zu verschiedenen Aspekten der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens für die Mitgliedsländer der EU vorgestellt und vergleichend analysiert.

16.2.1 Lebensstandard und Wohnen

Die Betrachtung verschiedener Merkmale des Lebensstandards zeigt, dass das

Wohlstandsgefälle in der EU durch die Osterweiterungen verstärkt wurde. Dies zeigt sich bereits bei dem Vergleich der Wohnsituation in den Mitgliedsländern. Während in den westeuropäischen Ländern auf einen Bewohner knapp zwei Wohnräume kommen, steht in Mittel- und Osteuropa jedem Bewohner nur etwa ein Raum zur Verfügung. So klagt auch nur ein Sechstel der westeuropäischen Befragten über Platzmangel in der Wohnung, aber etwa ein Viertel der Mittel-

Tab. 1: Ausgewählte Merkmale der Wohnqualität in europäischen Ländern

Fortsetzung der Tabelle →

| | Räume pro Person ¹ | Platzmangel ¹ | Kein eigenes WC ¹ | Zufriedenheit mit Haus/Wohnung ² | Belastung durch Lärm ¹ |
|------------------------|-------------------------------|--------------------------|------------------------------|---|-----------------------------------|
| | Mittelwert | in % | | | |
| Belgien | 2,3 | 13 | 2 | 91 | 50 |
| Bulgarien | 1,1 | 27 | 25 | 68 | 65 |
| Dänemark | 1,9 | 16 | 1 | 95 | 27 |
| Deutschland | 1,7 | 12 | 2 | 92 | 32 |
| Estland | 1,3 | 26 | 14 | 79 | 44 |
| Finnland | 1,8 | 17 | 2 | 93 | 26 |
| Frankreich | 1,9 | 17 | 1 | 91 | 37 |
| Griechenland | 1,1 | 21 | 2 | 83 | 53 |
| Irland | 1,9 | 17 | 3 | 96 | 32 |
| Italien | 1,5 | 17 | 1 | 84 | 67 |
| Lettland | 1 | 33 | 19 | 67 | 52 |
| Litauen | 1,1 | 30 | 22 | 69 | 50 |
| Luxemburg | 2,2 | 12 | 3 | 95 | 41 |
| Malta | 1,5 | 10 | 1 | 96 | 50 |
| Niederlande | 2,3 | 15 | 1 | 96 | 30 |
| Österreich | 1,6 | 16 | 0 | 87 | 40 |
| Polen | 1,1 | 28 | 7 | 81 | 57 |
| Portugal | 1,5 | 18 | 1 | 79 | 52 |
| Rumänien | 1 | 22 | 35 | 83 | 39 |
| Schweden | 1,9 | 14 | 6 | 97 | 29 |
| Slowakei | 1,4 | 13 | 4 | 84 | 45 |
| Slowenien | 1,3 | 16 | 2 | 90 | 35 |
| Spanien | 1,4 | 17 | 1 | 93 | 53 |
| Tschechische Republik | 1,6 | 11 | 3 | 87 | 39 |
| Ungarn | 1 | 26 | 7 | 81 | 56 |
| Vereinigtes Königreich | 2 | 21 | 2 | 94 | 34 |
| Zypern | 1,4 | 20 | 1 | 88 | 41 |
| EU-15 | 1,7 | 16 | 1 | 91 | 42 |
| NMS-12 | 1,2 | 24 | 15 | 81 | 50 |
| EU-27 | 1,6 | 18 | 4 | 89 | 44 |

Datenbasis: 1 European Quality of Life Survey (2007). 2 Eurobarometer 71.1 (2009). 3 Eurobarometer 72.1 (2009). 4 Eurobarometer 74.1 (2010).

→ Fortsetzung Tab. 1: Ausgewählte Merkmale der Wohnqualität in europäischen Ländern

| | Belastung durch Luftverschmutzung ¹ | Belastung durch Kriminalität, Gewalt, Vandalismus ¹ | Haushalte mit Internetzugang ¹ | HH kann sich keinen Jahresurlaub leisten ³ | Kein Auskommen mit dem Einkommen ⁴ | Zufriedenheit mit Lebensstandard ² |
|------------------------|--|--|---|---|---|---|
| | in % | | | | | |
| Belgien | 53 | 51 | 73 | 24 | 38 | 87 |
| Bulgarien | 67 | 68 | 33 | 69 | 84 | 28 |
| Dänemark | 23 | 31 | 86 | 13 | 18 | 95 |
| Deutschland | 27 | 36 | 82 | 27 | 29 | 84 |
| Estland | 44 | 52 | 68 | 49 | 52 | 68 |
| Finnland | 22 | 28 | 81 | 17 | 21 | 89 |
| Frankreich | 47 | 38 | 74 | 24 | 45 | 73 |
| Griechenland | 58 | 47 | 46 | 47 | 79 | 67 |
| Irland | 24 | 47 | 72 | 31 | 38 | 87 |
| Italien | 73 | 73 | 59 | 30 | 40 | 64 |
| Lettland | 49 | 53 | 60 | 65 | 68 | 47 |
| Litauen | 57 | 61 | 61 | 51 | 60 | 47 |
| Luxemburg | 48 | 50 | 90 | 15 | 19 | 91 |
| Malta | 58 | 42 | 70 | 50 | 44 | 82 |
| Niederlande | 28 | 42 | 91 | 10 | 28 | 95 |
| Österreich | 28 | 34 | 73 | 21 | 25 | 80 |
| Polen | 63 | 63 | 63 | 50 | 48 | 69 |
| Portugal | 56 | 56 | 54 | 47 | 38 | 58 |
| Rumänien | 42 | 33 | 42 | 62 | 75 | 64 |
| Schweden | 25 | 35 | 88 | 14 | 13 | 96 |
| Slowakei | 51 | 54 | 67 | 52 | 42 | 64 |
| Slowenien | 37 | 32 | 68 | 27 | 39 | 74 |
| Spanien | 48 | 38 | 59 | 39 | 51 | 72 |
| Tschechische Republik | 51 | 50 | 61 | 33 | 51 | 76 |
| Ungarn | 62 | 64 | 60 | 74 | 77 | 52 |
| Vereinigtes Königreich | 24 | 51 | 80 | 30 | 27 | 91 |
| Zypern | 38 | 16 | 54 | 41 | 51 | 78 |
| EU-15 | 41 | 45 | 73 | 28 | 36 | 79 |
| NMS-12 | 55 | 53 | | 54 | 60 | 63 |
| EU-27 | 44 | 47 | 70 | 34 | 41 | 77 |

Datenbasis: 1 European Quality of Life Survey (2007). 2 Eurobarometer 71.1 (2009). 3 Eurobarometer 72.1 (2009). 4 Eurobarometer 74.1 (2010).

und Osteuropäer. Innerhalb der Ländergruppen gibt es jedoch breite Variationen. Ein deutlicher Ost-West-Unterschied zeigt sich auch bei der Ausstattung der Wohnungen mit eigenem WC: In den neuen Mitgliedstaaten hat fast jeder Siebte kein WC in der Wohnung. Am häufigsten müssen die Bewohner in den baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen) sowie in Bulgarien und Rumänien ohne eigenes WC in der Wohnung auskommen. In diesen Ländern ist auch die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung mit am niedrigsten. → Tab. 1

Dass die Spanne der Unterschiede in der EU nach den Osterweiterungen 2004 und

2007 erheblich ist, zeigen auch andere Indikatoren des Lebensstandards. Einen Jahresurlaub kann sich die Mehrheit der Bevölkerung in den neuen Beitrittsländern nicht leisten – gegenüber einem Viertel in der EU-15. Während drei Viertel der Haushalte aus den EU-15 einen Zugang zum Internet hat, sind Bulgarien mit einem Anteil von 33 % und Rumänien mit einer Internetzugangsquote von 42 % deutlich vom westeuropäischen Standard entfernt. Auffällig sind die geringen Zugangsquoten auch in den südeuropäischen Mitgliedstaaten. Nicht einmal die Hälfte aller Haushalte in Griechenland hat einen Internetzugang. Insgesamt fallen innerhalb der westlichen EU-15-Mit-

gliedstaaten die südeuropäischen Länder, insbesondere Griechenland und Portugal, gegenüber den übrigen Ländern deutlich ab. In den Ländern der beiden Osterweiterungen zeigen die Indikatoren einen noch deutlich niedrigeren Lebensstandard an.

Die Wohnqualität wird durch die Qualität der Wohnumgebung beeinflusst. Die Hälfte der Bevölkerung in den neuen Mitgliedstaaten und immerhin 42 % der Bevölkerung in den EU-15 fühlt sich durch Lärm im Wohngebiet beeinträchtigt. Den Spitzenplatz belegt Italien mit einem Anteil von 67 % an Lärmbelästigten, während in den skandinavischen

Ländern die Lärmbelastung am wenigsten wahrgenommen wird. In den neuen EU-Mitgliedstaaten wird mit einem Anteil von 55 % ebenfalls wesentlich häufiger die Luftverschmutzung als Problem benannt als die Belästigung durch Lärm. Auch hier sind es vor allem die Italiener, die mit einem Anteil von knapp 75 % die Luftverschmutzung in ihrer Wohnumgebung sehr stark als Problem wahrnehmen. Belastung durch Kriminalität, Gewalt und Vandalismus sind am häufigsten in Italien und Bulgarien und tendenziell in den östlichen Ländern der EU der Grund für beeinträchtigte Wohnqualität. In Zypern, Finnland und Dänemark gibt es hingegen die geringsten Klagen über die Sicherheit der Wohnumgebung.

Ein Aspekt von Armut ist, wenn man mit seinem Einkommen nicht auskommt und damit einen bestimmten Mindeststandard nicht aufrechterhalten kann. Mit einem Anteil von 25 % haben wesentlich mehr Menschen in den neuen Mitgliedstaaten Probleme, den Lebensstandard durch eigenes Einkommen zu bestreiten. In Bulgarien äußern sogar 41 % und in Ungarn 36 % der Menschen, dass sie nicht mit ihrem Einkommen auskommen. In den EU-15-Mitgliedstaaten kommen dagegen gerade einmal 10 % der Menschen nicht mit ihrem Einkommen aus. Die wenigsten Probleme, sein Auskommen zu bestreiten, bestehen in den skandinavischen Ländern Finnland, Dänemark und Schweden sowie in Luxemburg und in Irland. Auch in Deutschland kommen nur 8 % mit ihrem Einkommen nicht aus.

Generell haben die nordeuropäischen Länder (Schweden, Finnland und Dänemark) weiterhin den höchsten Lebensstandard in der EU. Davon unterscheiden sich die kontinentaleuropäischen Länder (Benelux, Frankreich, Deutschland und Österreich) nur graduell. Im Vereinigten Königreich kommen die Indikatoren der Wohnqualität und der Konsumgewohnheiten auf ein Niveau, das dem der Südeuropäer nahekommmt. Irland hingegen hat durch die außergewöhnliche positive

wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten inzwischen auch beim Lebensstandard ein kontinentaleuropäisches Niveau erreicht. Besonders niedrig ist der Lebensstandard in Rumänien, Bulgarien und Ungarn, in den baltischen Staaten sowie in Polen und der Slowakei. Die Tschechische Republik und Slowenien zeigen die stärkste Annäherung an das Niveau der Westeuropäer. In Südeuropa schließen Italien und Spanien zu den westeuropäischen Ländern auf, während Portugal und Griechenland im Lebensstandard abfallen und mit Malta und Zypern sowie der Tschechischen Republik und Slowenien eine Mittelgruppe bilden, der zwischen dem der alten westeuropäischen und dem der neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten liegt.

Die subjektive Zufriedenheit mit dem Lebensstandard spiegelt in hohem Maße die objektiven Bedingungen wider. Am häufigsten bezeichnen sich die Befragten in den Niederlanden, in Schweden und in Dänemark als zufrieden, gefolgt von Luxemburg und dem Vereinigten Königreich (jeweils über 90 %). Das Zufriedenheitsniveau der Finnen liegt etwas darunter, aber noch über dem der Westeuropäer (über 80 %) und der Südeuropäer (unter 80 %). Frankreich, Spanien, vor allem jedoch die südeuropäischen Staaten Griechenland und Italien erreichen ein noch niedrigeres Niveau (unter 70 %). Die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern Mittel- und Osteuropas sind deutlich weniger zufrieden (etwa 50 bis 70 %), wobei die Tschechische Republik und Slowenien nach oben und Lettland, Litauen und insbesondere Bulgarien nach unten abweichen.

16.2.2 Arbeitsmarktlage und Arbeitsbedingungen

Die Situation am Arbeitsmarkt hatte sich vor der internationalen Wirtschaftskrise – nach einem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 2000 bis 2004 – in den meisten Mitgliedsländern

sichtbar entspannt. Bereits seit Mitte der 1990er Jahre war sowohl in Irland als auch in Spanien und Finnland ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Auch in den neuen Mitgliedsländern ging die Arbeitslosenquote bis zur weltweiten Bankenkrise 2007 und der anschließenden Rezession deutlich zurück. In Bulgarien und in den baltischen Staaten hatte sich die Quote seit 2000 sogar mehr als halbiert. Auch in den übrigen EU-Ländern ist die Arbeitslosigkeit zumeist leicht gesunken, stieg mit der Rezession jedoch in den meisten Mitgliedstaaten wieder an und lag im Jahr 2009 auf einem Zehn-Jahres-Hoch. Im Jahr 2010 verzeichnen Estland, Litauen und Lettland sowie Spanien die höchsten Arbeitslosenquoten in der EU-27.

In der Bewertung der Arbeitsplatzsicherheit spiegeln sich Faktoren der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftssituation in den EU-Ländern wider. Am geringsten ist die Zuversicht hinsichtlich der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes in den baltischen Staaten sowie in Griechenland, Bulgarien und der Slowakei (rd. 60 %). Die Zuversicht ist im Westen der EU durchgängig größer als im Osten; nur die Tschechische Republik (87 %) erreicht ein westliches Niveau. Die größte Arbeitsplatzsicherheit empfinden die Erwerbstätigen in Dänemark, Schweden und Luxemburg sowie in Malta: 9 von 10 Beschäftigten äußern sich zuversichtlich. Auch in Deutschland herrscht ein vergleichsweise großes Vertrauen in einen sicheren Arbeitsplatz (88 %).

Die Zuversicht, eine neue gleichwertige Stelle finden zu können, relativiert die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Sie ist am höchsten im Norden, also in Skandinavien, den Niederlanden, aber auch in Polen und in der Tschechischen Republik sowie im Vereinigten Königreich und in Irland. Die mit Abstand geringste Zuversicht haben Portugal und Italien, gefolgt von Litauen und auch Irland, das von der Bankenkrise besonders betroffen war. Die Deutschen, die in den

Tab. 2: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen

| | Zufriedenheit mit der Arbeitsstelle ¹ | Zuversicht hinsichtlich Arbeitsplatzsicherheit ¹ | Chancen eine neue gleichwertige Stelle zu finden ⁴ | Beschäftigte mit befristetem Arbeitsvertrag ³ |
|------------------------|--|---|---|--|
| | Mittelwert ⁵ | in % | Mittelwert ⁶ | in % |
| Belgien | 7,7 | 88 | 6,1 | 8 |
| Bulgarien | 6,2 | 64 | 5,3 | 5 |
| Dänemark | 7,9 | 90 | 7,5 | 9 |
| Deutschland | 7,5 | 88 | 5,7 | 15 |
| Estland | 7,3 | 72 | 5,9 | 3 |
| Finnland | 7,7 | 86 | 6,6 | 15 |
| Frankreich | 7,1 | 83 | 5,1 | 14 |
| Griechenland | 6,7 | 62 | 5,4 | 12 |
| Irland | 7,6 | 86 | 4,7 | 9 |
| Italien | 6,8 | 79 | 4,6 | 13 |
| Lettland | 7,0 | 62 | 5,6 | 4 |
| Litauen | 7,5 | 53 | 4,6 | 2 |
| Luxemburg | 7,8 | 94 | 5,4 | 7 |
| Malta | 7,5 | 90 | 6,1 | 5 |
| Niederlande | 7,6 | 85 | 7,0 | 18 |
| Österreich | 7,2 | 86 | 5,9 | 9 |
| Polen | 7,1 | 81 | 6,3 | 27 |
| Portugal | 6,2 | 79 | 4,4 | 22 |
| Rumänien | 6,9 | 74 | 6,2 | 1 |
| Schweden | 7,4 | 93 | 7,0 | 15 |
| Slowakei | 7,2 | 60 | 5,7 | 4 |
| Slowenien | 7,3 | 83 | 6,0 | 16 |
| Spanien | 7,3 | 80 | 5,0 | 25 |
| Tschechische Republik | 7,3 | 87 | 6,3 | 9 |
| Ungarn | 6,9 | 65 | 4,8 | 9 |
| Vereinigtes Königreich | 7,3 | 88 | 6,2 | 6 |
| Zypern | 7,6 | 79 | 5,7 | 13 |
| EU-15 | 7,2 | 84 | 5,6 | 14 |
| EU-27 | 7,2 | 82 | 5,6 | 14 |

Datenbasis: 1 Eurobarometer 72.1 (2009).

2 European Working Conditions Survey (2010).

3 Eurostat: Labour Force Survey (2009).

4 Eurobarometer 71.2 (2009).

5 Mittelwert auf einer Skala von 1 »sehr unzufrieden« bis 10 »sehr zufrieden«.

6 Mittelwert auf einer Skala von 1 »sehr unwahrscheinlich« bis 10 »sehr wahrscheinlich«.

Jahren zuvor die Chancen auf eine neue gleichwertige Stelle europaweit am skeptischsten beurteilt hatten, liegen mittlerweile im EU-Durchschnitt. Befristete Arbeitsverträge finden sich besonders häufig in Polen (27 %), in Spanien und Portugal (25 %).

Bei der Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden ebenso wie beim Anteil der Vollzeit-erwerbstätigen an allen Erwerb-stätigen zeigt sich wieder die Spanne zwischen den osteuropäischen Ländern und Griechenland einerseits und den Ländern Süd-, West- und Nordeuropas anderer-

seits. Die niedrigeren Vollzeit-erwerbsquoten im Westen machen deutlich, dass verbreitete Teilzeitarbeit eine Errungenschaft eines starken Wohlfahrtsstaates ist. In den Niederlanden, in denen Vollzeit-erwerbsquoten mit 51 % der Erwerb-stätigen am geringsten sind, liegen die tatsächliche Arbeitszeit der Männer am niedrigsten (37,5 Wochenstunden). Die Häufigkeit starker Spannungen zwischen Management und Arbeitern wird von über der Hälfte der Befragten in Frankreich, Ungarn, Slowenien und Griechenland berichtet, am seltensten in Dänemark. Auch in Deutschland sehen 40 %

der Befragten hier Konflikte. Starke Spannungen finden sich insgesamt häufiger in Ost- und Südeuropa, seltener in West- und Nordeuropa. → **Tab. 2**

Auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen heben sich die Nord- und Westeuropa mit wenigen Ausnahmen von Süd- und Osteuropa ab. In der ersten Gruppe ist der wahrgenommene Einfluss auf die Arbeitsorganisation hoch und die gesundheitliche Gefährdung niedrig, in der zweiten Gruppe ist es umgekehrt. Insbesondere Finnland und Dänemark setzen sich fast durchgehend positiv von den

→ Fortsetzung Tab. 2: Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen

| Anteil von Vollzeit-erwerbstitigen ³ | Tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit der Manner ³ | Arbeit gefahrdet Sicherheit oder Gesundheit ² | Beteiligung an Entscheidungen, die die Arbeit betreffen ¹ | Starke Spannung zwischen Management und Arbeitern ¹ | Arbeit beeintrachtigt Familienleben ¹ |
|---|--|--|--|--|--|
| in % | Stunden | in % | | | |
| 77 | 40,9 | 22 | 71 | 28 | 28 |
| 98 | 41,2 | 39 | 60 | 18 | 25 |
| 74 | 38,5 | 16 | 85 | 5 | 21 |
| 74 | 40,3 | 19 | 68 | 40 | 28 |
| 90 | 40,5 | 39 | 67 | 34 | 21 |
| 86 | 39,6 | 25 | 86 | 16 | 20 |
| 83 | 40,2 | 25 | 56 | 57 | 20 |
| 94 | 43,8 | 39 | 60 | 50 | 36 |
| 78 | 39,6 | 17 | 72 | 18 | 13 |
| 85 | 40,7 | 18 | 54 | 32 | 16 |
| 91 | 40,0 | 47 | 72 | 23 | 32 |
| 93 | 39,9 | 29 | 65 | 35 | 30 |
| 83 | 42,5 | 26 | 64 | 35 | 25 |
| 87 | 39,5 | 28 | 65 | 35 | 22 |
| 51 | 37,5 | 16 | 83 | 20 | 22 |
| 75 | 41,8 | 22 | 74 | 27 | 28 |
| 92 | 43,1 | 32 | 70 | 30 | 32 |
| 89 | 40,8 | 25 | 63 | 31 | 16 |
| 88 | 40,8 | 36 | 59 | 39 | 29 |
| 74 | 39,1 | 41 | 84 | 13 | 20 |
| 96 | 40,5 | 30 | 64 | 37 | 27 |
| 88 | 40,4 | 37 | 69 | 51 | 22 |
| 87 | 41,0 | 33 | 61 | 36 | 21 |
| 94 | 42,1 | 20 | 72 | 37 | 33 |
| 94 | 40,5 | 31 | 57 | 57 | 25 |
| 73 | 39,8 | 18 | 72 | 20 | 20 |
| 91 | 41,6 | 30 | 58 | 16 | 19 |
| 78 | 40,3 | 22 | 66 | 33 | 22 |
| 81 | 40,6 | 24 | 66 | 33 | 23 |

Datenbasis: 1 Eurobarometer 72.1 (2009).

2 European Working Conditions Survey (2010).

3 Eurostat: Labour Force Survey (2009).

ubrigen Landern ab. Auffallig ist die geringe Einflussnahme der Arbeitnehmer auf arbeitsrelevante Entscheidungen in Italien und Frankreich. Eine Beeintrachtigung des Familienlebens durch die Arbeit kommt vor allem in osteuropaischen und einigen westeuropaischen Landern vor, seltener hingegen in Sudeuropa, Frankreich, Skandinavien und dem Vereinigten Konigreich. Die Anteile derjenigen, die sich an ihrem Arbeitsplatz gesundheitlich gefahrdet sehen, zeigen mit Ausnahme der Tschechischen Republik (20%) und Schweden (41%) im wesentlichen das bekannte Ost-West-Muster.

16.2.3 Offentliche Bereiche

Die Lebensverhaltnisse in Europa stellen auch in Bezug auf offentliche Bereiche eine breite Spanne dar. Dies zeigt sich bei der allgemeinen Beurteilung der sozialen Sicherung und des Wohlfahrtsstaats ebenso wie bei der Bewertung einzelner Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Alterssicherung. In den Beurteilungen der Burger konzentrieren sich Defiziteinschatzungen sowohl in den osteuropaischen EU-Landern als auch in Portugal und Griechenland. In den ubrigen Landern finden sich zumeist positive

Beurteilungen. Insbesondere die baltischen Staaten bewerten den Sozialstaat negativer als die Jahre zuvor: Nur einer von zehn Letten, Bulgaren und Litauer beurteilt seinen Wohlfahrtsstaat positiv, gegenuber 8 von 10 in Luxemburg und in den Niederlanden und 7 von 10 in Frankreich und in Belgien. In Deutschland wird der Sozialstaat im Vergleich zu den anderen nord- und westeuropaischen Landern eher skeptisch beurteilt: 6 von 10 Deutschen meinen, dass der Sozialstaat ausreichend Schutz bietet. Je besser der Sozialstaat in einem Land, umso eher wird er auch als mogliches Modell fur

Tab. 3: Bewertung öffentlicher Bereiche

| | Sozialstaat bietet ausreichenden Schutz | Sozialstaat kann als Modell dienen | Sozialstaat ist zu teuer | Bewertung des Gesundheitssystems ^{1,2} | Bewertung des Bildungssystems ^{1,2} | Zuversicht hinsichtlich Rentensicherheit |
|------------------------|---|------------------------------------|--------------------------|---|--|--|
| | in % | | | Mittelwert | | in % |
| Belgien | 70 | 75 | 61 | 7,4 | 6,6 | 52 |
| Bulgarien | 10 | 4 | 65 | 3,2 | 3,9 | 19 |
| Dänemark | 61 | 82 | 40 | 5,8 | 7,5 | 74 |
| Deutschland | 62 | 65 | 58 | 4,7 | 4,5 | 41 |
| Estland | 18 | 10 | 65 | 5,1 | 5,9 | 28 |
| Finnland | 66 | 72 | 36 | 6,6 | 7,7 | 70 |
| Frankreich | 70 | 84 | 68 | 6 | 5 | 28 |
| Griechenland | 15 | 12 | 74 | 3,4 | 3,6 | 29 |
| Irland | 62 | 39 | 69 | 4,2 | 6 | 37 |
| Italien | 40 | 31 | 60 | - | - | 44 |
| Lettland | 6 | 2 | 74 | 3,5 | 4,6 | 14 |
| Litauen | 14 | 8 | 67 | 3,7 | 4,2 | 23 |
| Luxemburg | 85 | 82 | 31 | - | - | 49 |
| Malta | 62 | 48 | 76 | - | - | 50 |
| Niederlande | 77 | 79 | 51 | 6,2 | 5,8 | 68 |
| Österreich | 53 | 56 | 53 | - | - | 60 |
| Polen | 20 | 12 | 66 | 3,8 | 5,6 | 30 |
| Portugal | 18 | 15 | 52 | 4,3 | 4 | 26 |
| Rumänien | 18 | 10 | 55 | 3,9 | 4,5 | 38 |
| Schweden | 52 | 72 | 40 | 6 | 5,7 | 53 |
| Slowakei | 29 | 16 | 66 | 4,4 | 5,4 | 30 |
| Slowenien | 36 | 24 | 67 | 4,8 | 5,6 | 33 |
| Spanien | 69 | 71 | 51 | 6,1 | 5,2 | 48 |
| Tschechische Republik | 34 | 16 | 64 | 5,4 | 6,4 | 31 |
| Ungarn | 33 | 13 | 83 | 3,8 | 4,6 | 20 |
| Vereinigtes Königreich | 57 | 54 | 62 | 6 | 5,8 | 40 |
| Zypern | 29 | 23 | 55 | 5,8 | 5,8 | 59 |

1 European Social Survey (2008).

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 = „äußerst schlecht“ bis 10 = „äußerst gut“.

Datenbasis: Eurobarometer 71.3 (2009) European Social Survey (2008).

andere Staaten gesehen. Dort wo der Sozialstaat schlecht bewertet wird, gilt er tendenziell auch als zu teuer.

Auch bei den öffentlichen Bereichen lassen sich die Länder den bereits bekannten drei Gruppen zuordnen: an der Spitze die nord- und westeuropäischen Staaten in leicht variierender Rangfolge, in der Mitte die südeuropäischen Länder gemeinsam mit einigen recht erfolgreichen Neumitgliedern und am Ende die verbleibenden Länder Mittel- und Osteuropas sowie Griechenland. Irland bewertet die öffentlichen Bereiche mittlerweile deut-

lich schlechter als noch wenige Jahre zuvor. Im europäischen Vergleich sind die baltischen Staaten sowie Bulgarien und Ungarn außergewöhnlich pessimistisch in Bezug auf die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. In der Beurteilung der sozialen Sicherung schneiden die Deutschen nicht mehr so schlecht ab wie in den letzten Jahren. Die Deutschen zeigen sich vor allem bei der jeweiligen Bewertung des Bildungs- und des Gesundheitssystems unzufrieden; unter den westlichen EU-Ländern belegen die Bewertungen der Deutschen die unteren Plätze.

➔ Tab. 3

16.2.4 Aspekte des sozialen Zusammenhalts

Die Lebensqualität in einer Gesellschaft bemisst sich nicht nur an materiellen Dingen wie dem Lebensstandard, der Arbeitswelt und der Versorgung mit öffentlichen Gütern, sondern auch an der Qualität der sozialen Beziehungen. Sie kommt in der Pflege sozialer Kontakte sowie in der Hilfsbereitschaft und im Vertrauen gegenüber anderen Menschen zum Ausdruck. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts ist eines der erklärten Ziele der Europäischen Union. In der Qualität

der zwischenmenschlichen Beziehungen bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den europäischen Gesellschaften.

Regelmäßige persönliche Kontakte sind häufig in den skandinavischen Ländern und den Niederlanden, aber auch in Spanien und Portugal (über 70 %) verbreitet. In den westeuropäischen Ländern finden sich hierzu durchschnittliche Werte, während in den meisten osteuropäischen Ländern bisweilen deutlich weniger als die Hälfte der Befragten angibt, sich wöchentlich mit Freunden oder Verwandten zu treffen. Letzteres gilt auch für Grie-

chenland und Zypern. Die Chancen, sich privat Geld zu borgen, ist in Dänemark und Schweden sehr groß, in Westeuropa deutlich schwächer und in Süd- und Osteuropa verschwindend gering.

Das generalisierte Vertrauen in andere Menschen, das eine wesentliche Grundlage der zivilen Gesellschaft darstellt, zeigt ein recht klares Nord-Süd-Gefälle. Ein hohes zwischenmenschliches Vertrauen herrscht nicht nur in Skandinavien, sondern auch bei den eher nördlichen Westeuropäern. Nach den übrigen Westeuropäern platzieren sich die Süd-

und Osteuropäer. Ausnahmen sind Estland, Spanien und die Tschechische Republik, die sich deutlich besser darstellen. Portugal und Griechenland rangieren mit Rumänien und Bulgarien auf den unteren Plätzen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der erwarteten Fairness und der antizipierte Hilfsbereitschaft anderer Menschen, nur ist hier die Spaltung zwischen Nord-West und Süd-Ost noch klarer ausgeprägt. Die Deutschen pflegen soziale Kontakte nur mit durchschnittlicher Häufigkeit und können auch nur selten privat Geld borgen. Auch ist der Glauben in die Vertrauenswürdigkeit und die Hilfs-

Tab. 4: Aspekte des sozialen Zusammenhalts

| | Wöchentlich treffen mit Freunden/Verwandten | Möglichkeit Geld zu borgen | Vertrauen in andere ¹ | Fairness anderer ² | Hilfsbereitschaft anderer ³ | Von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen ⁴ |
|------------------------|---|----------------------------|----------------------------------|-------------------------------|--|---|
| | in % | | Mittelwert | Mittelwert | Mittelwert | in % |
| Belgien | 69 | 36 | 5,1 | 5,9 | 4,8 | 16 |
| Bulgarien | 61 | 15 | 3,4 | 4,3 | 3,1 | 33 |
| Dänemark | 77 | 71 | 6,9 | 7,3 | 6,2 | 8 |
| Deutschland | 56 | 28 | 4,8 | 5,9 | 5 | 10 |
| Estland | 51 | 7 | 5,4 | 5,8 | 4,9 | 11 |
| Finnland | 68 | 40 | 6,5 | 6,8 | 5,7 | 7 |
| Frankreich | 68 | 22 | 4,5 | 5,8 | 4,5 | 19 |
| Griechenland | 43 | 14 | 3,9 | 3,7 | 3,3 | 15 |
| Irland | 68 | 24 | 5,3 | 6,1 | 6,1 | 15 |
| Italien | - | - | - | - | - | 18 |
| Lettland | 53 | 8 | 4,1 | 5,3 | 5 | 14 |
| Litauen | 35 | 8 | 4,4 | 4,7 | 3,9 | 12 |
| Luxemburg | - | - | - | - | - | 12 |
| Malta | - | - | - | - | - | 7 |
| Niederlande | 76 | 35 | 5,9 | 6,3 | 5,5 | 14 |
| Österreich | - | - | - | - | - | 27 |
| Polen | 44 | 35 | 4,2 | 4,9 | 3,7 | 14 |
| Portugal | 72 | 9 | 3,7 | 5 | 3,8 | 23 |
| Rumänien | 37 | 12 | 3,8 | 3,7 | 3,4 | 12 |
| Schweden | 73 | 65 | 6,4 | 6,7 | 6,1 | 9 |
| Slowakei | 56 | 16 | 4 | 4,6 | 4,1 | 11 |
| Slowenien | 51 | 10 | 4,3 | 5 | 4,8 | 8 |
| Spanien | 76 | 19 | 4,9 | 5,3 | 4,4 | 13 |
| Tschechische Republik | 58 | 16 | 4,7 | 5,3 | 4,3 | 36 |
| Ungarn | 36 | 11 | 4,2 | 4,6 | 4,3 | 18 |
| Vereinigtes Königreich | 67 | 42 | 5,3 | 5,7 | 5,6 | 16 |
| Zypern | 43 | 26 | 4,6 | 4,9 | 4,4 | 10 |

1 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »man kann nicht vorsichtig genug sein« bis 10 = »den meisten Menschen kann man vertrauen«.

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »die meisten Menschen versuchen mit auszunützen« bis 10 = »die meisten Menschen versuchen fair zu sein«.

3 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »die Menschen sind meist auf ihren eigenen Vorteil bedacht« bis 10 = »die Menschen versuchen meistens hilfsbereit zu sein«.

4 Eurobarometer 72.1 (2009)

Datenbasis: European Social Survey (2008).

bereitschaft anderer Menschen schwächer ausgeprägt, dafür ist das Vertrauen in die Fairness anderer etwas größer.

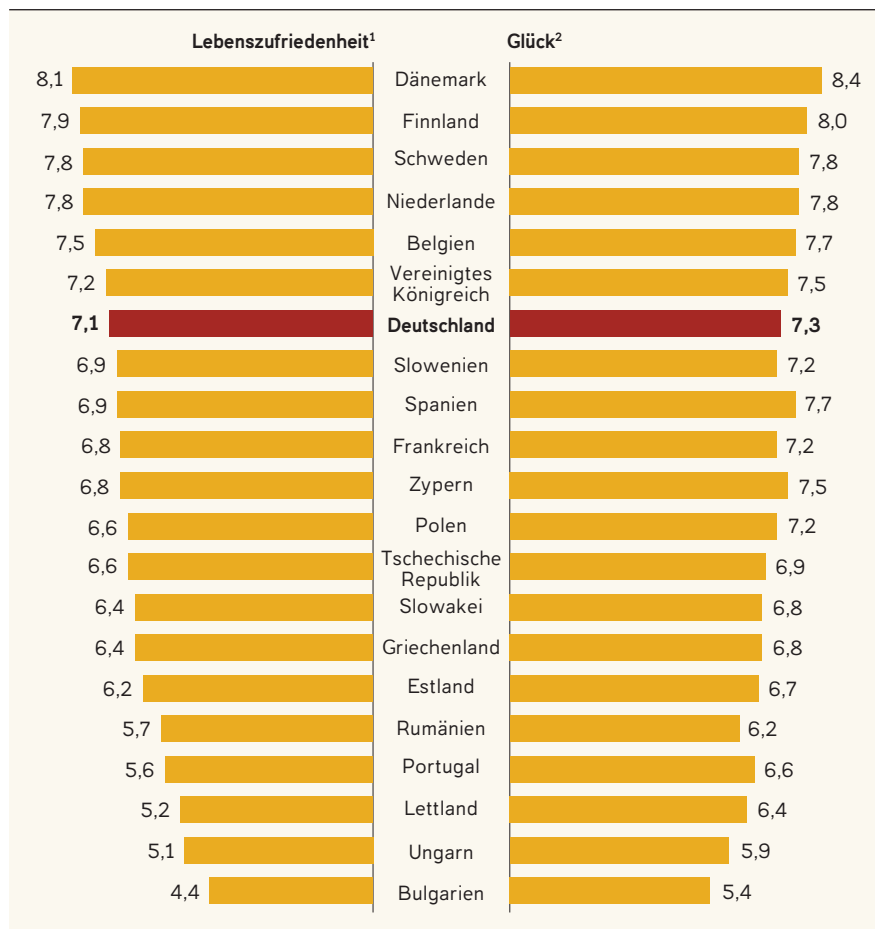
Einen anderen Aspekt der gesellschaftlichen Integration betrifft die Frage, ob sich die Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Betrachtet man die Anteile derjenigen, die dies bejahen, so zeigt sich – außer den geringen Anteilen in Skandinavien – keines der bisher dargestellten Muster. In den allermeisten Ländern äußert sich weniger als ein Sechstel der Befragten dahingehend; in Deutschland sind es 10 %. Hingegen fühlt sich in der Tschechischen Republik und in Bulgarien ein Drittel der Befragten von der Gesellschaft ausgeschlossen, in Österreich und Portugal sind es noch rund ein Viertel. Die Gründe für das Gefühl mangelnder gesellschaftlicher Integration können vielfältig sein, etwa starke soziale Unterschiede, dominante Weltanschauungen, Ausgrenzung von Immigranten oder rasante gesellschaftliche Entwicklungen. Bis auf wenige kritische Ausnahmen scheint die gesellschaftliche Situation aus Sicht der Bevölkerung in den allermeisten Ländern jedoch intakt zu sein. → Tab. 4

16.2.5 Subjektives Wohlbefinden

Über die einzelnen Bereiche und Aspekte hinausgehend, spiegeln auch zusammenfassende Bewertungen der Lebenssituation die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität in Europa wider. Das subjektive Wohlbefinden ist nicht zuletzt durch die weltweite Wirtschaftskrise in den meisten europäischen Mitgliedstaaten zurückgegangen.

Das allgemeine subjektive Wohlbefinden liegt, gemessen daran, wie zufrieden und glücklich man mit seinem Leben insgesamt ist, vor allem in Bulgarien, Rumänien und Griechenland auf einem sehr niedrigen Niveau, während die Menschen in Dänemark, Schweden, Finnland und

Abb. 1: Lebenszufriedenheit und Glück im europäischen Vergleich 2009/2010, Mittelwerte



1 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »äußerst unzufrieden« bis 10 = »äußerst zufrieden«.

2 Mittelwert auf einer Skala von 0 = »äußerst unglücklich« bis 10 = »äußerst glücklich«.

Datenbasis: Eurobarometer 73.4 (2010); Eurobarometer 72.1 (2009).

den Niederlanden insgesamt die günstigsten Bewertungen abgeben. Gegenüber 98 % der Dänen sind nur 34 % der Rumänen mit ihrem Leben etwas oder sehr zufrieden. Die auffallend hohe Lebenszufriedenheit der Slowenen (85 %) und Tschechen (75 %) wurde bereits bei Umfragen vor dem EU-Beitritt festgestellt. Die Deutschen (84 %) liegen dabei leicht über dem europäischen Durchschnitt.

Fragt man nach dem persönlichen Glück, ergibt sich eine ähnliche Reihenfolge der Länder wie bei der Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation. Auch hier stehen die skandinavischen Länder und die Beneluxländer sowie das Vereinigte

Königreich an der Spitze der Rangfolge des subjektiven Wohlbefindens, während die osteuropäischen Länder mit Ausnahme Sloweniens, Polens und der Tschechischen Republik in der unteren Hälfte rangieren. In Bulgarien ist nur die Hälfte der Menschen glücklich, in Rumänien immerhin rund 60 %. Deutschland bewegt sich im gesamteuropäischen Mittelfeld. → Abb. 1

Während sich Lebenszufriedenheit und Glück auf das aktuelle subjektive Wohlbefinden beziehen, basiert die Bewertung der gegenwärtigen persönlichen Situation im Vergleich zur Situation vor fünf Jahren und die Erwartung zur persönlichen

Situation in den nächsten fünf Jahren auf Veränderungen der Lebensverhältnisse im Zeitverlauf und Vergleichsprozessen. Es deutet sich an, dass die Weltwirtschaftskrise in einigen Mitgliedstaaten zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse geführt hat. Nur in wenigen Ländern, wie Dänemark oder Schweden, berichtet noch eine Mehrheit von einer Verbesserung der persönlichen Situation in den letzten fünf Jahren. In den meisten anderen Ländern nimmt dagegen nur eine Minderheit eine Verbesserung der Lebensverhältnisse wahr, allenfalls in den sehr dynamischen Ländern wie Irland und

Estland (44 %). In Süd- und Osteuropa beobachtet nur rund jeder Zehnte von einer Verbesserung der persönlichen Situation. In Deutschland betrachtet ein Viertel die persönliche Lage besser als vor fünf Jahren.

Die Weltwirtschaftskrise hat auch zu einer Zunahme an Zukunftspessimismus geführt. Erwartungen an eine Verbesserung der persönlichen Lage in den nächsten zwölf Monaten hegt nur eine Minderheit der europäischen Bevölkerung. Den größten Zukunftsoptimismus äußern Schweden, die Bewohner des Vereinigten

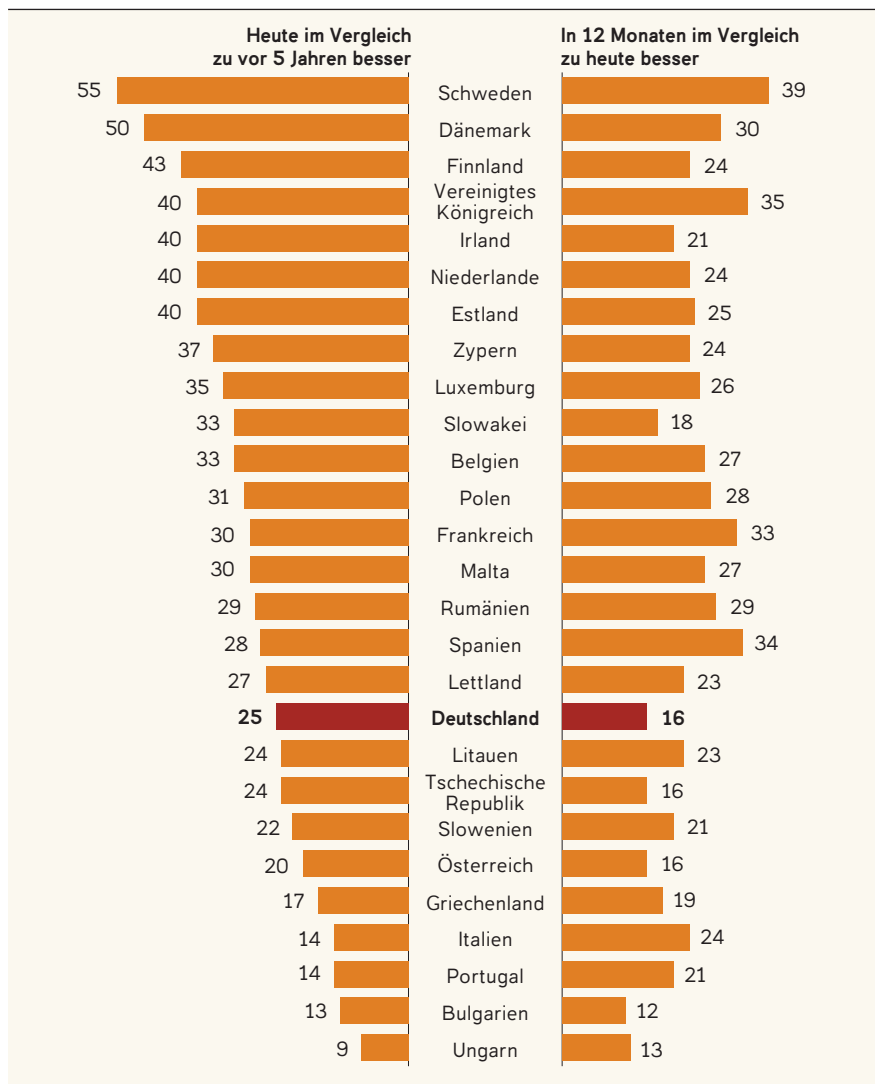
Königreiches und Spanien. Deutschland dagegen steht in Bezug auf den Zukunftsoptimismus mit Österreich, Ungarn und Bulgarien an letzter Stelle. Gerade einmal 16% der Deutschen glauben an einen positiven Wandel ihrer persönlichen Situation im kommenden Jahr. → **Abb. 2**

16.2.6 Zusammenfassung

Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden fallen in der EU auch gegenwärtig recht unterschiedlich aus, wobei zwischen beiden Dimensionen der Lebensqualität deutliche Parallelen bestehen. Die größten Unterschiede gibt es zwischen den EU-Ländern Nord- und Osteuropas sowohl was die faktischen Lebensverhältnisse als auch das subjektive Wohlbefinden anbelangt. Nach einer deutlichen Annäherung der alten und neuen EU-Länder in den letzten Jahren, in der einige Neumitglieder beachtliche Entwicklungsfortschritte zeigen, sind die Unterschiede seit der Weltwirtschaftskrise tendenziell etwas größer geworden.

Um aufzuzeigen, wo sich die verschiedenen EU-Länder in der Hierarchie der Lebensbedingungen aktuell einordnen, haben wir die berichteten Indikatoren als Ausgangspunkt für eine Clusteranalyse genutzt. Die Aufteilung der Länder in verschiedene Gruppen bestätigt die vorgefundenen Ergebnisse und strukturiert zudem die Vielzahl der Länderresultate. Im Hinblick auf objektive Lebensverhältnisse und subjektives Wohlbefinden unterscheiden wir vier Gruppen. Die Spitzengruppe ist von nordwestlicher Prägung und besteht aus Dänemark, Finnland und Schweden, ergänzt durch die Niederlande, Luxemburg und Österreich. Die obere Mittelgruppe ist westeuropäisch geprägt durch Deutschland, Frankreich, Belgien, das Vereinigte Königreich und Irland, die erweitert wird durch Spanien und Malta. Die untere Mittelgruppe beinhaltet südeuropäische und fortschrittlichere osteuropäische Länder, namentlich Italien, Portugal und Zypern

Abb. 2: Entwicklung der persönlichen Situation 2009, in %



Datenbasis: 1 Eurobarometer 71.2 (2009). 2 Eurobarometer 73.4 (2010).

sowie Polen, die Tschechische Republik, Slowakei und Slowenien und zudem Estland. Die unterste Gruppe ist neben Griechenland nur mit den verbleibenden postkommunistischen Staaten besetzt, nämlich Lettland und Litauen sowie Ungarn, Bulgarien und Rumänien. Diese Gruppierung der Länder findet sich mit einigen Variationen in fast allem hier betrachteten Indikatoren der objektiven Lebensverhältnisse und des subjektiven Wohlbefindens wieder.

Im Zeitverlauf finden wir (hier nicht dokumentiert) zwei Arten von Veränderungen vor. Einerseits zeigen gerade einige unter den neu beigetretenen Ländern eine starke Dynamik und dürften sich nach Überwindung der wirtschaftlichen Rezession in den kommenden Jahren stärker dem westlichen Lebensstandard angleichen. In Südeuropa sind dies vor allem Spanien und Malta, bei den postkommunistischen Ländern vor allem die Tschechische Republik und Slowenien, in einigen Bereichen auch Polen und Ungarn. Von den baltischen Staaten stellt sich Est-

land am besten dar. Den weitesten Weg zu europäischen Lebensverhältnissen haben Rumänien und vor allem auch Bulgarien. Die zweite Veränderung liegt in der Weltwirtschaftskrise begründet, die generell zu einer leichten Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Europa geführt zu haben scheint. Eine Betrachtung der unterschiedlichen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den EU-Ländern wird erst mit zukünftigen Daten zu leisten sein.

Die Position Deutschlands im europäischen Kontext ist als ambivalent zu bewerten. Bei den objektiven Lebensbedingungen belegt Deutschland trotz des Verlusts seiner früheren Spitzenstellung zwar weiterhin einen relativ hohen Rang unter den nordwestlichen EU-Ländern. Die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Lebensbedingungen und das Wohlbefinden fallen hierzulande jedoch auffallend negativ aus. Die negative Haltung in den subjektiven Bewertungen ist wohl nicht nur durch die altbekannte Skepsis der Deutschen bedingt. Sie rührt

auch aus einer tatsächlichen und wahrgenommenen Verschlechterung der Lebensumstände her, wie z. B. der Entwicklung der Realeinkommen in den letzten zwei Jahrzehnten. In den Kommentaren zur Lage der deutschen Wirtschaft herrscht ein weitgehender Konsens darüber, dass Deutschland eine Reihe von Entwicklungen vorweggenommen hat, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken – was aber Spuren in den Lebensbedingungen hinterlässt. Insbesondere der andauernd pessimistische Blick in die Zukunft gibt Anlass zur Sorge. Die zukünftige Haltung der Deutschen wird auch dadurch beeinflusst sein, inwieweit sich erzielte Wirtschaftsgewinne durch die Arbeit positiv auf die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden auswirken. Angesichts ähnlicher Entwicklungen in anderen EU-Ländern kommt auf Deutschland bei der Auflösung des Konflikts zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Lebensbedingungen eine Vorreiterrolle zu.

Datengrundlagen Autorinnen und Autoren

Kontakt zum Statistischen Bundesamt

> www.destatis.de

Veröffentlichungen zum Download oder Bestellen unter

> www.destatis.de/publikationen

Allgemeiner Informationsservice

> www.destatis.de/kontakt

Telefon: +49 (0) 611/75 24 05

Telefax: +49 (0) 611/75 33 30

Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr

und Freitag 8 bis 15 Uhr

Pressestelle und journalistischer Informationsservice

> presse@destatis.de

Telefon: +49 (0) 611/75 34 44

Telefax: +49 (0) 611/75 39 76

Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr

und Freitag 8 bis 15 Uhr

Informationen zu den Ergebnissen der Bundesstatistik

Die Beiträge vom Statistischen Bundesamt (Destatis) basieren auf amtlichen, durch Bundesgesetze geregelten, Statistiken. Für alle Statistiken werden Informationen zu den verwendeten Methoden und Definitionen sowie zur Qualität der Ergebnisse in den sogenannten **Qualitätsberichten** im Internet veröffentlicht.

Die Beiträge der sozialwissenschaftlichen Forschung liefern in einigen Fällen Informationen zu den gleichen Sachverhalten, greifen jedoch auf andere Datenquellen zurück. Dabei können die Ergebnisse voneinander abweichen. Die Ursachen liegen in methodischen und konzeptionellen Unterschieden bei der Datenerhebung. Dabei kann es sich um abweichende Berichtszeiträume oder Stich-tage, unterschiedliche Definitionen und Abgrenzungen einzelner Merkmale oder unterschiedliche Methoden der Datengewinnung handeln.

Autorinnen und Autoren des Statistischen Bundesamtes

| | | |
|------------|--|--|
| 1.1 | Brückner, Dr. Gunter Emmerling, Dieter Grobecke, Dr. Claire Krack-Roberg, Elle Sommer, Bettina | Ausländische Bevölkerung Demografischer Wandel Wanderungs- und Bevölkerungsstatistik, Geburten und Sterbefälle Wanderungs- und Bevölkerungsstatistik, Geburten und Sterbefälle Demografischer Wandel |
| 2.1 | Krieger, Sascha Krack-Roberg, Elle Weinmann, Julia | Kindertagesbetreuung Eheschließungen und Ehescheidungen Familien und Lebensformen im Mikrozensus |
| 2.2 | Pöttsch, Olga | Kinderlosigkeit |
| 3.1 | Baumann, Thomas Brugger, Pia Klaukien, Anja Kleinegees, Udo Krüger-Hemmer, Christine Nord, Daniela Wolters, Miriam | Bildungsfinanzen Schulen Berufsausbildung BAföG, Bildungsniveau Bildung, Weiterbildung Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern Hochschulen |
| 4.1 | Mucha, Tanja | Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen |
| 4.2 | Hees, Achim Mohr, Dirk | Außenhandel Außenhandel |
| 4.3 | Schäfer, Erik | Verbraucherpreise |
| 4.4 | Altis, Dr. Alexandros Hammer, Jürgen Heil, Nora Scharfe, Simone Schulze-Steikow, Renate | Personal im öffentlichen Dienst Steuern Öffentliche Unternehmen Schulden und Finanzvermögen der öffentlichen Haushalte Öffentliche Finanzen |
| 5.1 | Asef, Dominik Wingarter, Christian | Arbeitsmarkt Arbeitsmarkt |
| 5.3 | Bick, Miriam Günther, Roland Klemt, Sandra | Verdienste und Arbeitskosten Verdienste und Arbeitskosten Verdienste und Arbeitskosten |
| 6.1 | Behrends, Sylvia Angele, Jürgen Finke, Claudia Kott, Kristina | Einnahmen, Ausgaben, Ausstattung privater Haushalte Verschuldung, Privatinsolvenzen Verschuldung, Privatinsolvenzen Einnahmen, Ausgaben, Ausstattung privater Haushalte, Einkommensverteilung |
| 6.2 | Deckl, Silvia | Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung |
| 7.3 | Fuhr, Gabriela | Migration |

| | | |
|-------------|---|--|
| 9.1 | Afentakis, Anja Böhm, Karin Bölt, Ute Laue, Evelyn Müller, Michael Nöthen, Manuela Pfaff, Heiko Schelhase, Torsten | Gesundheitspersonal Gesundheit Stationäre Gesundheitsversorgung Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus Gesundheitsausgaben Krankheitskosten Behinderung und Pflege Gesundheitsvorsorge, Todesursachen |
| 9.3 | Duschek, Dr. Klaus-Jürgen Grundmann, Dr. Thomas Krieger, Sascha Pfaff, Heiko Proksch, Johannes | Wohngeld Kinder- und Jugendhilfe Elterngeld Sozialbudget und -versicherungen Mindestsicherungssysteme |
| 10.1 | Brings, Stefan | Öffentliche Sicherheit und Strafverfolgung |
| 11.1 | Quoika, Gabriela Reim, Uwe | Reiseverhalten Verkehr und Verkehrsinfrastruktur |
| 12.1 | Fehrentz, Petra Hoffmann-Müller, Regina Lauber, Ursula | Umwelt und Nachhaltigkeit Umwelt und Nachhaltigkeit Umweltschutzausgaben |
| 13.1 | Czajka, Sebastian Kleinegees, Udo Kott, Kristina | Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien Freizeit, Kultur und Sport Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten |
| 14.1 | Weichs, Karl | Wahlen, Parteien |
| 16.1 | Mischke, Johanna | Auslandsdaten |

Datengrundlagen

Datengrundlagen der wissenschaftsbasierten
Sozialberichterstattung in Deutschland

Roland Habich

Für eine wissenschaftsbasierte Sozialberichterstattung stehen in Deutschland eine Reihe von Daten aus langfristigen Erhebungsprogrammen der empirischen Sozialforschung zur Verfügung, die für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung konzipiert worden sind, darunter insbesondere das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) sowie die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS). Darüber hinaus können für die Sozialberichterstattung in Deutschland zunehmend auch supranationale Surveys genutzt werden, die dann auch die Möglichkeit bieten, die Lebensverhältnisse in Deutschland in einem internationalen – insbesondere europäischen – Kontext zu betrachten und zu bewerten. Von Fall zu Fall werden zu einzelnen Themen auch weitere spezielle Datensätze herangezogen, auf die an dieser Stelle nicht umfassend eingegangen wird.

Ein Großteil der sozialwissenschaftlichen Beiträge dieses Datenreports beruht auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels – SOEP (www.diw.de/deutsch/soep, 4.8.2011). Das SOEP ist eine repräsentative Längsschnitterhebung zur empirischen Beobachtung des sozialen Wandels, in der seit 1984 zwei Ausgangsstichproben (Deutsche und Ausländer) in der damaligen Bundesrepublik und West-Berlin jährlich befragt werden. Das SOEP zeichnet sich durch eine hohe Stichprobenstabilität aus. 1984 beteiligten sich in Westdeutschland 5 921 Haushalte mit 12 245 erfolgreich befragten Personen an der Erhebung; nach 26 Wellen im Jahre 2009 sind es noch 2 923 Haushalte mit 5 196 Personen. In Ostdeutschland wurden 1990 2 179 Haushalte mit 4 453 Personen befragt; 2009 gaben 2 764 Personen in 1 535 Haushalten Auskunft über ihre Lebenssituation. Die Zuwanderer-Stichprobe der Jahre 1994/95 behielt mit 306 Haushalten und 565 Personen im Jahre 2009 einen recht stabilen Umfang. Ausgehend von den 1 910 Personen in 1 056 Haushalten der Ergänzungsstichprobe aus dem Jahre 1998 konnten im Jahre 2009 1 024 Personen in 574 Haushalten erneut befragt werden. 2000 wurde eine weitere Stichprobe gezogen, um auf Basis einer großen Fallzahl bessere Analysen kleiner Teilgruppen der Bevölkerung zu ermöglichen. Für das Jahr 2009 stehen aus

dieser Stichprobe Informationen zu weiteren 10 890 Befragungspersonen in 6 052 Haushalten zur Verfügung. Im Jahre 2002 konnte schließlich eine Überrepräsentation von Haushalten von Hochinkommensbeziehern realisiert werden. Diese Stichprobe umfasste 1 224 Haushalte mit 2 671 Befragungspersonen; davon nahmen 2009 noch 757 Haushalte mit insgesamt 1 487 Befragungspersonen teil. 2006 wurde eine weitere Ergänzungsstichprobe H von 1 506 Haushalten mit 2 616 Befragten realisiert. Im Jahr 2009 wurde die letzte Ergänzungsstichprobe I von 1 531 Haushalten mit 2 509 Personen ins SOEP einbezogen.

Das Sozio-oekonomische Panel wurde ursprünglich im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Sonderforschungsbereichs 3 »Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik« der Universitäten Frankfurt am Main und Mannheim konzipiert und wird nunmehr in der Form einer »forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung für die Forschung« im Rahmen der Leibniz-Gemeinschaft (WGL) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt. Die SOEP-Gruppe gibt die Daten an die interessierte Fachöffentlichkeit weiter und erstellt eigene Analysen. Die Feldarbeit führt TNS Infratest Sozialforschung (München) durch. Als eine Längsschnitterhebung zielt das SOEP insbesondere darauf ab, Informationen über Veränderungen im Zeitablauf auf der Mikroebene von Individuen und Haushalten bereitzustellen. Die thematischen Schwerpunkte des SOEP liegen in den Bereichen des Einkommens und der Erwerbstätigkeit, aber es werden – im Rahmen variierender thematischer Vertiefungen – auch zu weiteren Aspekten der sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse, wie zum Beispiel Weiterbildung und Qualifikation, Soziale Sicherung, Familie und soziale Netze und in begrenztem Umfang auch zu subjektiven Wahrnehmungen, Bewertungen und Einstellungen, Längsschnittinformationen erhoben.

Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften – ALLBUS (<http://www.gesis.org/allbus> 4.8.2011) ist eine Repräsentativbefragung, die in der Bundesrepublik seit 1980 in zweijährigem

Turnus durchgeführt wird. Verantwortlich für das Forschungsprogramm und das Gesamtdesign der ALLBUS-Erhebungen ist eine Gruppe der Abteilung »Dauerbeobachtung der Gesellschaft« bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim. Die Datenaufbereitung, Archivierung und Weitergabe der Daten erfolgt über das Forschungsdatenzentrum (FDZ) ALLBUS bei GESIS in Köln. Mit wechselnden inhaltlichen Themenschwerpunkten und der teilweisen Replikation von Fragen stellt der ALLBUS eine der meistgenutzten Datenquellen für die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Deutschland dar. Orientiert an den Zielsetzungen der deskriptiven Sozialberichterstattung, der Untersuchung des sozialen Wandels und der international vergleichenden Analyse werden regelmäßig Informationen zu den Bereichen Sozialstruktur und Sozialbeziehungen, Wertorientierungen und Grundeinstellungen sowie der Legitimität der sozialen und politischen Ordnung erhoben. Zu den thematischen Schwerpunkten des ALLBUS 2008 gehören »Einstellungen zur Rolle der Frau«, 2010 insbesondere »Einstellungen gegenüber ethnischen Gruppen in Deutschland«. Seit der Erhebung von 2000 wird der ALLBUS in der Form von computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durchgeführt. Die Grundgesamtheit der ALLBUS-Umfragen bestand bis einschließlich 1990 aus den wahlberechtigten Personen in der früheren Bundesrepublik und West-Berlin, die in Privathaushalten leben. Seit 1991 besteht die Grundgesamtheit aus der erwachsenen Wohnbevölkerung – Deutschen und Ausländern – in Deutschland. Die Stichprobengröße betrug bis 1991 rund 3 000 Befragte. Seit 1992 beträgt die Nettofallzahl 2 400 Befragte in den alten und 1 100 Befragte in den neuen Bundesländern.

Zu den supranationalen Surveys, die für einzelne Kapitel des Datenreport 2011 Verwendung finden, gehören insbesondere die Eurobarometer-Umfragen (EB) (http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, 4.8.2011) sowie der European Social Survey (ESS) (<http://www.europeansocialsurvey.org/>, 4.08.2011). Die Eurobarometer-Surveys werden von der Europäischen Kommission mindestens zweimal jährlich in allen Mitgliedsländern sowie darü-

ber hinaus auch den Beitrittsländern der Europäischen Union durchgeführt. Sie umfassen ein breites Spektrum von gleichbleibenden und wechselnden Fragen zu verschiedenen gesellschafts- und europapolitisch relevanten Themen. Der European Social Survey (ESS) ist eine wissenschaftsbasierte Umfrage, die von der Europäischen Kommission, der European Science Foundation und den nationalen Forschungsförderungseinrichtungen finanziert wird. Der ESS wurde in einer ersten Welle in den Jahren 2002/2003 in 22 europäischen Ländern, in der zweiten Welle in den Jahren 2004/2005 in 24 Ländern, in der dritten Welle in den Jahren 2006/2007 in 25 Ländern und in der vierten Welle 2008/2009 in 30 Ländern durchgeführt. Der ESS umfasst sowohl ein gleichbleibendes Kernmodul von Fragen als auch wechselnde Themenschwerpunkte.

Für den Datenreport 2011 konnten erstmals auch Daten an der Schnittstelle zwischen amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung genutzt werden. Zum einen handelt es sich um sogenannte Scientific Use Files (SUF) der umfangreichen Daten der Deutschen Rentenversicherung, zum einen um die einschlägigen Umfragen der Gesundheitsberichterstattung des Robert Koch-Institutes. Für den ersten Fall stellt das Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (FDZ-RV), das beim Grundsatz- und Querschnittsbereich der Deutschen Rentenversicherung Bund angesiedelt ist, der Wissenschaft und Forschung Mikrodatensätze aus dem Bestand ihrer prozessproduzierten Daten zur Verfügung. Im zweiten Fall handelt es sich um »Daten zur Gesundheit in Deutschland Aktuell« (GEDA), wozu im Rahmen des bundesweiten Gesundheitsmonitorings das Robert Koch-Institut, Abteilung für Epidemiologie und Gesundheitsberichterstattung, regelmäßig telefonische Gesundheitsbefragungen bei 23 000 Personen (2009) durchführt.

Autorinnen und Autoren der sozialwissenschaftlichen Beiträge

WZB

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

SOEP Das Sozio-
ökonomische
Panel

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Dr. Roland Habich ist Leiter des Zentralen Datenmanagements. Dr. Weert Canzler ist Senior Fellow in der Projektgruppe »Wissenschaftspolitik«. Dr. Eckhard Priller leitet die Projektgruppe »Zivilengagement«, Mareike Alscher und Patrick J. Droß sind wissenschaftliche Mitarbeiter in dieser Projektgruppe. Dr. Reinhard Pollak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe »Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen«. PD Dr. Bernhard Weßels ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung »Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen«.

(Ansprechpartner: rhabich@wzb.eu)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin:

Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Honorarprofessor für Soziologie an der FU Berlin und leitet zusammen mit PD Dr. Joachim R. Frick die Längsschnittstudie »Das Sozio-oekonomische Panel« (SOEP) am DIW. Dr. Jan Göbel, Dr. Markus Grabka, PD Dr. Elke Holst, Dr. Peter Krause und Dr. Ingrid Tucci sind wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen im SOEP.

(Ansprechpartner: soepmail@diw-berlin.de)

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim:

Dr. Angelika Scheuer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung »Survey Design and Methodology«; Michael Blohm, Jessica Walter, Martina Wasmer und Dr. Stefan Weick sind wissenschaftliche Mitarbeiter/-innen in der Abteilung »Dauerbeobachtung der Gesellschaft«.

Robert Koch-Institut Berlin:

Dr. Thomas Ziese ist Leiter, Dr. Thomas Lampert stellvtr. Leiter der FG24 Gesundheitsberichterstattung im Robert Koch-Institut, Berlin. Dr. Lars Eric Kroll und Benjamin Kuntz sind wissenschaftliche Mitarbeiter in dieser Gruppe.

Weitere Autoren:

Dr. Hanfried Andersen verstarb im Januar 2011. Dr. Jörg Dittmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main. PD Dr. Ralf K. Himmelreicher, Referent, Deutsche Rentenversicherung Bund Geschäftsbereich »Forschung und Entwicklung«, Forschungsdatenzentrum der Rentenversicherung (FDZ-RV). Prof. Dr. Heiner Meuleman ist Professor für Soziologie an der Universität zu Köln. Prof. Dr. Annette Spellerberg ist Professorin für Stadtsoziologie an der Technischen Universität Kaiserslautern.

Der Herausgeber der sozialwissenschaftlichen Beiträge dankt den FAMS-Auszubildenden Jonas Kahle und Martin Wettig für die zuverlässige technisch-organisatorische Unterstützung und insbesondere Katharina Damm, M. A., für ihre sorgfältige Mitarbeit bei den redaktionellen Arbeiten.

Stichwortverzeichnis

- A**bandschulen 51, 53 f.
- Abfallentsorgung 338
- Abgeordnete 365 f., 368 f.
- Abitur 26, 53, 55, 57, 66, 68 f., 190 f.
- Abwasser 92 f., 274, 332 f.
- Adipositas 224 f., 242 f., 248
- Akademiker/-innen 43, 66, 113
- ALLBUS 432 f.
- Alleinerziehende 26, 28 f., 32, 34, 36, 266
- Alleinlebende 25, 30, 133–137, 140 f., 145 f., 153–158, 160
- Alleinstehende 25 f., 29 f., 207, 210 f., 273, 401, 412
- Altenquotient 14, 23 f., 400
- Ältere
- Gesundheitszustand 240 f., 242, 245, 247 f.
 - Mobilität 319
- Altersaufbau, -struktur der Bevölkerung 13–15, 22 f., 49
- Altersrente 280–285 *s. Renten*
- Angestellte 104, 135, 137, 168, 173–176, 179–187, 198 f.
- Äquivalenzeinkommen 162–167, 194
- Arbeit
- Zufriedenheit mit 377 f., 380
- Arbeiter/-innen 74, 104, 123, 125, 135, 137, 168, 170, 174–179, 180–187, 197, 262, 273 *s. auch Facharbeiter/-innen*
- Arbeitnehmer/-innen 19 f., 72, 76 f., 117–128, 137, 139 f., 261, 263, 406, 421
- Arbeitnehmervereinigungen *s. Gewerkschaften*
- Arbeitsausfall, krankheitsbedingter 236–238
- Arbeitsförderung 54, 152, 159, 260
- Arbeitsgesellschaft 97, 173
- Arbeitskosten 77, 117, 127 f.
- Arbeitslose/Arbeitslosigkeit 97–100, 105–107, 109–114, 168, 174–179, 181 f., 254 f., 263, 266 f., 325 ff., 379–381, 389–392, 409, 419–421
- Arbeitslosengeld I 25, 107, 134, 152, 263, 266
- Arbeitslosengeld II 25, 107, 134, 152, 212, 263–267, 278
- Arbeitslosenhilfe 259 f.
- Arbeitslosenquote 105 f., 409, 419
- Arbeitslosenversicherung 128, 131, 135, 259 f., 263
- Arbeitsmarkt 65, 79, 87, 79, 97–108, 109–116, 173, 177, 182, 190 f., 196, 201 f., 419–421
- Erwartungen Erwerbstätiger 109
- Arbeitsmarkt-beteiligung 110–112
- Arbeitsmarktchancen 113 f.
- Arbeitsmarktpolitik 87, 98, 107 f.
- Arbeitsmarktstatistik 97 f., 105, 409
- Arbeitsplatzsicherheit 419 f.
- Arbeitsplatzverlust 79, 184
- Arbeitsproduktivität 77, 79
- Arbeitsstellen, gemeldete *s. offene Stellen*
- Arbeitsunfähigkeit 238, 252–255
- Arbeitszeit 115, 119 f., 123, 226, 231, 274, 281, 362, 408, 420
- Arbeitszufriedenheit 420
- Armut 164–172, 194
- Begriff 164
 - Bevölkerungsgruppen 167–170
 - Entwicklung 170 ff.
 - relative A. 151, 164 f.
 - Zeitverlauf 170 ff.
- Armutserfahrung 171 f.
- soziale Ausgrenzung 158–160
- Armutsgefährdung 151–160, 411 f.
- Armuts Grenzen 164 f.
- Armutsrisiken 123, 167 f., 170, 190, 192 f., 247–249, 411
- Artenvielfalt 335–338
- Ärzte 191, 225, 231–233, 242, 244, 256, 262, 323, 412
- Asylbewerberleistungen 263 f., 270 f.
- Asylsuchende 18–20
- Atypische Beschäftigung 100, 123 f.
- Aufklärungsquote (Straftaten) 290
- Aufstiegsförderung 67
- Ausbildungsberufe 57 f.
- Ausbildungsplätze/-verträge 57–59, 116, 328 f.
- Ausbildungsförderung (BAföG) 54, 64 f., 259 f.
- Ausfuhr *s. Export*
- Ausländer/-innen 19 f., 193–199, 200–205
- s. auch Bevölkerung mit Migrationshintergrund*

- Arbeitseinkommen 197
- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld 265
- Armut 167
- Asylsuchende 18-20
- Aufenthaltsdauer 20, 194, 200
- Auszubildende 58
- Benachteiligung, Wahrnehmung 198
- Berufsausbildung 58
- Bevölkerungsanteil/-entwicklung 19 f.
- Bildung/- (s)niveau 69, 195 f.
- Ehepartner 27
- Einstellungen zu 200-205
- Erwerbstätigkeit 196-198
- Geburtenentwicklung 20
- Grundsicherung im Alter 19
- Integration 203 f.
- Kinder 19, 37, 40, 57, 188 f., 193 ff.
- Kontakte zu 203-205
- regionale Verteilung 20
- Schüler 55
- soziale Kontakte 203 ff.
- soziale Distanz zu A. 200 ff.
- Straffälligkeit 291 f.
- Studierende 63
- Zu- und Fortzüge 18 f.

Ausländerzentralregister 11, 20

Außenhandel 79-82

- Außenbeitrag 75
- der Bundesländer 82
- mit EU-Staaten 80 f.
- Export-Performance 80
- nach Staaten 81
- nach Warengruppen 81 f.

Außenwanderung 15, 17 f.

Aussiedler/Spätaussiedler 17

Ausstattung privater Haushalte *s. Haushalte, private*

Auswanderung 17 f.

Auszubildende 57-59, 168, 262, 318, 390

Bachelorstudium 50, 60 f.

BAföG *s. Ausbildungsförderung*

Bahnverkehr *s. Eisenbahn*

Baugewerbe 72-74, 103, 105, 117-119, 121, 124 f., 127

Beamte 87, 93 f., 135, 137, 168, 170, 174-176, 179 f., 196, 273, 374

Beförderungsleistungen

- Güterverkehr 310-313
- Personenverkehr 308-310

Behinderte *s. Schwerbehinderte*

Bekleidung 74, 83 f., 138-142

Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 119, 121, 124

Berufe 58, 67, 97, 104 f., 113, 125, 174-177, 179 f., 182, 184-186, 190 f., 197, 231, 233, 235 f., 252 f., 261, 409, 413

Berufliche Positionen 173, 175 f., 181, 183

s. Einkommenspositionen

Berufliche Qualifikation *s. Qualifikation*

Berufliche Stellung

- Aussiedler 198
- Migrantennachkommen 198
- Zuwanderer 198

Berufsakademie 50, 52 f., 102, 403

Berufsausbildung, betriebliche 40 f., 52, 54, 57-59, 100, 108, 110-112, 114 f., 118, 124 f., 195, 345, 403

Berufsschulen/Berufsfachschulen 52-54

Berufsverbände 374

Beschäftigte/Beschäftigung *s. Erwerbstätige*

- atypische B. 100, 123 f.
- befristete B. 123 f.
- geringfügige B. 123 f.
- Teilzeit 122-124
- Zeitarbeit 122-124

Beschäftigung, exportabhängige 79

Beschäftigung, regional 325 f.

Beschäftigungschancen 113-115

Beteiligung, politische 365-370, 371-376

Betriebliche/berufliche Weiterbildung 41 f., 65-67, 69 f., 127, 347, 403, 409

- Bevölkerung 11–24 *s. auch Europäische Union*
- Bevölkerung mit Migrationshintergrund 11, 18–20, 32 f., 37, 40, 55–57, 64, 167 f., 188–192, 193–199, 255–257, 297, 299
- Altersaufbau 189
 - Herkunftsländer 188 f.
 - Lebensunterhalt, Einkommen 191 f.
 - Migrationsstatus 188
 - regionale Verteilung 188 f.
 - Schulabschlüsse, Berufsabschlüsse 55–57, 190 f.
- Bevölkerungsbewegung *s. Wanderungsbewegungen*
- Bevölkerungsdichte/-stand/-verteilung 11–13, 320–325
- Bevölkerungsstatistik 11, 21–23
- Bevölkerungsvorausberechnung, koordinierte 21–23
- Bildung 26 f., 49–70, 109, 168, 180, 193 f., 201, 379–381, 386–388, 402–404
- Bildungsabschluss 26 f., 53, 56 f., 68 f., 168
- Bildungsausgaben/-budget 53 f., 69 f.
- Bildungsniveau/-stand 26 f., 43, 54 f., 67–69, 97 f., 102, 168, 195, 201, 241, 249, 251, 341, 345, 347, 361 f., 379–381, 413
- Bildungspolitik 49, 51, 62
- Bildungssystem 49 f., 59, 63, 69, 191, 249, 402 f.
- Binnenschifffahrt 307
- Binnenwanderung 15–17
- Body-Mass-Index 224, 242, 248
- Bologna-Prozess 60
- Branchen (Wirtschaft) 119, 121
- Bruttoinlandsprodukt 69 f., 72–77, 79, 85, 234, 236, 259, 303, 321, 325 f., 332 f., 335 f., 338, 402, 404 f.
- Entstehungsrechnung 72–74
 - Verteilungsrechnung 72, 76 f.
 - Verwendungsrechnung 72, 74–76
- Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt) 72, 76 f., 89, 335
- Bruttoverdienste 118–125
- nach Branchen 119, 121 f.
- Bruttowertschöpfung 73 f., 76 f.
- Bücher 342 f.
- Bundesagentur für Arbeit 97–99, 105, 263, 266 f.
- Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) 54
- s. Ausbildungsförderung*
- Bundesergänzungszuweisungen 89
- Bundesgerichte 287 f.
- Bundesländer (Länder) 11–13, 15–17, 19–22, 24 f., 31, 38–40, 42–44, 49, 51–53, 56, 67, 69, 82, 85–95, 100–102, 106, 117–121, 124–126, 132 f., 135–139, 142–144, 146 f., 162 f., 165–167, 178, 188 f., 193, 203, 207–210, 213–215, 220–223, 226 f., 229 f., 239, 243 f., 259, 263–274, 277–279, 285, 287 f., 291, 294 f., 298–300, 304–306, 313, 317, 320 f., 325–327, 334, 337, 341, 350 f., 358 f., 362, 365 f., 369 f., 373, 383, 394
- Bundesländer im Vergleich
- Ausländer, regionale Verteilung 20
 - Außenhandel 82
 - Bevölkerung 11–13
 - Bevölkerung mit Migrationshintergrund 188 f.
 - Bundesergänzungszuweisungen 89
 - Elterngeld 275
 - Justizvollzug 294
 - Kinder- und Jugendhilfe 276–279
 - Krankenhäuser, Bettenzahl 226
 - Kreditmarktschulden 90 f.
 - Länderfinanzausgleich 88 f.
 - Landtagswahlen 367–369
 - Privatschulen 53
 - Schulwesen 49, 53
 - soziale Mindestsicherungssysteme 264 f., 267–269, 271 f.
 - Sterbeziffer/Sterbealter 221, 223
 - Verkehrsunfälle/-tote 313 f.
 - Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 229
 - Wanderungen (Bevölkerung) 16 f.
 - Wohngeld 272–276
- Bundestag, Deutscher 366
- Bundestagswahlen 365–368
- Bundesverfassungsgericht 259, 287 f., 369
- Bundesverkehrswegeplan 306
- Bürgerkriegsflüchtlinge 18 f., 267

Camcorder (Videokamera) 142 f.

Chancengleichheit 62, 180, 185-187

Chemische Industrie 117

Computer (PC) / -nutzung 334-349

Demografische Entwicklung/- (r) Wandel 20-24, 49, 51, 54, 66, 97 f., 116, 209, 216, 238, 240, 270, 319 f., 324, 338, 358, 400

Demokratie 363-370, 371-376

Deutsche Bundesbank 90, 94 f.

Dienstleistung 73-75, 83 f., 87, 92 f., 97, 103 f., 117, 119-122, 124-126, 129, 138-142, 215, 233-235, 252 f., 267, 303, 309, 320, 331, 341, 347-353, 409

Dienstleistungsbereich/-sektor 73, 97, 103 f., 119-121, 125 f., 129

- Arbeitszeiten 119-121

- Leistungsgruppen 120 f.

- Verdienste 119-121

Dienstleistungsgesellschaft 74, 303

Duales System 50, 52, 57

DVD-Player/-Recorder 143

Ehe

- Stellenwert von 45-47

Ehepaare 25-27, 32-35, 37, 41, 45-47, 126, 129, 133, 207 f., 210, 212 f. *s. auch Paare*

Ehescheidungen 31 f., 401 f.

Eheschließungen 31 f., 401 f.

Eigentumswohnungen 207 f.

Einbürgerung 24, 32, 188

Einfuhr *s. Import*

Einfuhrumsatzsteuer 88 f.

Einkommen der privaten Haushalte *s. Haushalte, private*

Einkommensentwicklung 166

Einkommenspositionen 164

Einkommensschichtung 164

Einkommensteuer 88 f., 131, 135

Einkommensungleichheit 153 f., 162 f., 214

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 83, 131, 142, 146, 341, 350

Einkommensverteilung 151 f., 154, 159, 162, 165, 194

Einnahmen der öffentlichen Haushalte *s. Haushalte, öffentliche*

Einschulung 38, 51

Einstellungen

- zu Ausländern 200-205

- Ehe/Partnerschaft 45

- Familie 45

- materialistische und postmaterialistische 385-388

- Sozialstaat, Sozialpolitik 421-424

Eisenbahnverkehr/Eisenbahnnetz 304, 307-309

- Hochgeschwindigkeitsnetz 304

Elterngeld 44, 100, 259 f., 274-276

Elternzeit 36, 109-112

Emissionen 331-334, 337, 339, 414 f.

Energien, erneuerbare 335 f., 415

Energiesteuer 88 f.

Energieverbrauch 303, 332, 335

Energieversorgung (Versorgungssicherheit) 92 f., 117, 119, 121, 124 f.

Engagement

- politisches 371-376

- ziviles 358-363

Erdgas 79, 81, 121, 331, 333, 339

Erdöl 79, 81, 121

Erwartungen 109 ff., 389-392

- Zukunft 389-392

Erwerbsbeteiligung 36 f., 97, 101-103, 116, 238

Erwerbslose/Erwerbslosigkeit 97-99, 101 f., 110, 191 f., 390, 409 f., 412, 113, 116

Erwerbsquote 101-103, 109, 393 f., 409, 420

Erwerbstätige/Erwerbstätigkeit 25, 36 f., 45, 65, 77, 79, 93, 98-108, 109-116, 131-135, 153-155, 164, 168, 173-179, 190, 192, 196 f., 236-240, 243, 245 f., 253-255, 261, 267, 276, 281, 325 f., 335, 343, 359, 361-363, 379-382, 389-392, 393-395, 397 f., 406-409, 412, 419 ff., 424 ff.

- Ausländer 196-198
- Aussiedler 196-198
- Zuwanderer 196-198
- Erwerbstätigenjahre, verlorene 236 f.
- Erwerbsstatus 98, 102, 153 f., 168, 196, 361-363, 379-381, 389-392, 395
- Erziehungsgeld 134, 259 f.
- Europäische Union 399-416
 - Arbeitsbedingungen 419 ff.
 - Arbeitsmarkt 406-409, 419 ff.
 - Armutsgefährdung 411 f.
 - Bevölkerung/Bevölkerungsentwicklung 399 f.
 - Bildung 402-404, 421 f.
 - Bruttoinlandsprodukt 404 f.
 - Eheschließungen/Ehescheidungen 401 f.
 - Einkommen 410 f.
 - Erwerbstätigkeit/Erwerbslosigkeit 406-410
 - Frauen 407, 409
 - Gender Pay Gap 407 f.
 - Teilzeitquote 408
 - Familie 400-402, 408
 - Finanzen 405
 - Frauenerwerbstätigkeit 407-409
 - Geburten 400 f.
 - Gesundheit 412 f., 421 f.
 - Haushalte mit Kindern 401, 410-412
 - Informationsgesellschaft 415 f.
 - Internetzugang 415 f.
 - Jugendliche 410
 - Kinderzahl 400 f.
 - Kriminalität 299 f.
 - Lebenserwartung 412 f.
 - Lebensstandard 417 ff.
 - Lebensverhältnisse 417 ff.
 - Lebenszufriedenheit 424 f.
 - Mindestlöhne, gesetzliche 126
 - öffentliche Bereiche 421 f.
 - Parlament 369
- Parteien 369
- Personenkraftwagen 413 f.
- PISA-Studie 403
- soziale Beziehungen 422 ff.
- Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen der Bevölkerung 151
- Umwelt und Nachhaltigkeit 414 f.
- Verkehr 304, 413 f.
- Wahlen 369
- Wirtschaft 404 f.
- Wirtschafts- und Währungsunion 85
- Wohlbefinden 424 f.
- Wohnqualität 417 ff.
- Zusammenhalt, sozialer 422 ff.
- Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 71, 85
- Eurozone 405
 - Maastricht-Kriterien 405
- Evangelische Kirche 354 f.
- Export 75, 79-82
 - der Bundesländer 82
 - Exportüberschuss 80
 - Handelspartner 81
- Exportländer (Ranking) 79
- Export-Performance 80

- F**acharbeiter/-innen 118, 188, 174-177, 179-187, 197 f.
- Fachhochschulen 50
- Fachhochschulreife 26, 53, 55, 57, 66, 68 f.
- Fahrräder/Fahrradfahrer 146 f., 307, 310, 315 ff.
- Fahrzeuge/Fahrzeugbestände 146-148, 306 f., 316 ff. 413 f.
- Familie(n) 25-37, 400-402, 408
 - Einstellungen zu 45-47
 - Formen 25-30, 32-35
 - Migrationshintergrund 32 f.
 - Vereinbarkeit mit Beruf 35-37
- Familienleistungsausgleich 259 f.

Familienstand 29 f., 123, 168, 193 f., 379–381, 389

Fernsehgeräte 84, 143

Finanzen, öffentliche 85–93, 405 *s. auch Haushalte, öffentliche*

Finanzmarktkrise 57, 85, 87 f., 90, 109, 113, 390, 392, 359, 386, 388, 404, 419 *s. Wirtschaftskrise*

Flächennutzung/-verbrauch 303, 332–334

Flugzeuge/Flugverkehr 307–309

Fonds *s. öffentliche Fonds*

Förderschulen 51 f.

Förderungssysteme (soziale) 272–279

- Elterngeld 274–276
- Kinder- und Jugendhilfe 276–279
- Wohngeld 272–276

Fotoapparate 143

Frauen

- Abgeordnete (Deutscher Bundestag) 368
- akademische Laufbahn 62 f.
- Alleinerziehende 29
- Arbeitslose 110–112, 174
- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld 265 f.
- Arbeitsmarktbeteiligung 110–112
- Arbeitsteilung im Haushalt 395 f.
- Auszubildende 58
- Berufe 104 f.
- Bevölkerung 11 f.
- Bildungsabschluss 69
- Bildungsniveau 195 f.
- Erwerbsbeteiligung 101, 103
- Erwerbsorientierung 109–112, 116
- Erwerbstätigkeit 97, 104, 110–112, 407–409
- Gesundheitspersonal 221
- Kinderlosigkeit 42–44
- Krankheit/Krankheitskosten 216–218, 237 f., 249 ff.
- öffentlicher Dienst 93
- Parteimitglieder 370
- Pflegebedürftigkeit 220
- Rolle der Frau 393–398
- Schwerbehinderte 219 f.

- Stellung im Beruf 198
- Straffälligkeit 292
- Studium/Studienabsichten 60
- Verdienste 122 f., 125
- Wahlbeteiligung 367

Freiheitsstrafen 293–295

Freiwilligenarbeit 359 ff.

Freizeit/-aktivitäten 341–343

- private Ausgaben für F. 350–353

Fußgänger 310

Gastarbeiter 18 f., 193, 202

Gastgewerbe 103

Gebrauchsgüter 84, 131, 142 f., 350, 352

Gebrauchtwagen 147

Geburten 13–15, 400 f.

Geburtenüberschuss/-rückgang 14 f., 20–23

Geburtenziffer 20 f.

Gehälter 77, 281 *s. Verdienste*

Gender Pay Gap 122 f., 407 f.

Geldstrafen 290, 293

Gemeinden/Gemeindeverbände 13, 85 f., 90 f., 94, 117 f., 167, 259, 305, 317, 320–325, 365

Gemeinschaftssteuern 88

Gerichte 287–289

Gerichtsverfahren 288 f.

Gesamtschulen 50 f.

Geschirrspülmaschinen 142 f.

Gesellschaftliche Mitwirkung *s. Engagement politisches; Partizipation, politische*

Gesundheit 215–239, 240–246, 247–258, 412 f.

- Arztbesuch, Häufigkeit 243 f.

- Krankenhausaufenthalt 216–218, 244 f.

Gesundheitliche Risiken 224 f.

- Rauchen 224

- Übergewicht 224 f.

Gesundheitsausgaben 233–236 *s. auch Krankheitskosten*

- nach Ausgabenträgern 234 f.

- nach Einrichtungen 235
- nach Leistungsarten 235
- internationaler Vergleich 236

Gesundheitspersonal 231–233

- nach Berufen 231 f.
- Frauen 231 f.
- nach Einrichtungen 233
- Teilzeitbeschäftigung 231–233

Gesundheitszustand

- Bewertung 240 f., 244, 247

Gewässerschutz 338

Gewerbsteuer 88 f.

Gewerkschaften 71, 117 f., 125, 373–376

Globalisierung 54, 97, 303, 414

Gottesdienst/-besucher 354 f.

Großstädte 13, 188, 299

Grunderwerbssteuer 88

Grundschulen 50–52

Grundsicherung im Alter 263 f., 266–270

Grundsicherung für Arbeitssuchende 105, 259 f., 263–267

Güterverkehr 303, 310–313

Gymnasium 49–52

Handel 72–74, 79 f., 103, 118 f., 121, 124 *s. auch Außenhandel*

Handelsbilanz, deutsche 79

Handy (Mobiltelefon) 144–146

Hartz-IV-Reform 98, 100, 108, 212, 259, 263–265, 267
s. Arbeitslosengeld II

Hauptschulen 50–52, 168, 201, 204 f.

Haushalte, öffentliche 85–93

- Ausgaben 85–87
- Ausgaben nach Aufgabenbereichen 87
- Einnahmen 87 f.
- Finanzierungsdefizit/-saldo 85 f.
- Finanzvermögen 90 f.
- öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 91–93
- Schulden 85, 87, 90 f.

Haushalte, private 131–150, 162–172

- Ausgaben (Konsum) 138–142
- Ausgaben für Freizeitaktivitäten 350–353
- Ausstattung mit Gebrauchsgütern 142–148
- Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnologie 344
- Bruttoeinkommen 131–134, 152
- Einkommensverteilung 136 f., 152
- Einkommensverwendung 137 f.
- Nettoeinkommen 131, 135–137, 152, 162–168, 175, 207, 210 f., 240, 247 f.
- Zufriedenheit 377–381
- soziodemografische und ökonomische Strukturen 133 f.
- Sparen (Ersparnis) 137 f.
- Steuer und Sozialabgaben 135 f.
- Transferzahlungen, öffentliche 133 f.

Haushaltsäquivalenzeinkommen 162–167, 175, 194, 207 f., 210 f.

Haushaltsgeräte, elektrische 142 f.

Haushaltstyp(en) 133 f., 137, 140 f., 156–158, 169 f., 207, 210 ff.

Heizöl 84, 333, 339

Heranwachsende 13, 292 f.

Hilfe (laufende) zum Lebensunterhalt 263 f., 267 f.

Hinterbliebenenrente 261, 279

Hochschulabsolventen 60 f.

Hochschulen 59–65

- finanzielle Ausstattung 62
- Personal 61 f.

Hochschulreife 53, 55, 68 f.

Import 75, 79–82

- der Bundesländer 82
- Handelspartner 81

Indikatoren zur Nachhaltigkeitsstrategie 334–338

Inflation 405

Informations- und Kommunikationstechnologie 144, 341, 343–349

- Ausstattung privater Haushalte 344 f.

– private Nutzung 343–349

Insolvenzen *s. Privatinsolvenzen*

Integration

– gesellschaftliche 359 ff.

– politische 371–376

– soziale 359 ff.

Interessengruppen 373 ff.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO) 98, 123

Internetanschlüsse/-nutzung 344–349, 415 f., 418

Investitionen 72, 207 f., 303, 338 f.

Jugendhilfe 259 f.

Jugendkriminalität/Jugendstrafrecht 292–294

Jugendquotient 23 f.

Justiz 287 ff.

Justizvollzug/-(s)anstalten 294 f.

Katholische Kirche 354 f.

Kernenergie 333

Kinder 13–15, 20–22, 25–41, 42–46, 49–55, 107, 111, 126,
133 f., 143–146, 153–157, 160, 167, 169 f., 180–183, 188 f.,
192, 193 ff., 199, 207–213, 223, 265, 267, 275–279, 289, 292,
307, 314, 317–330, 341–344, 361 f., 378 f., 381, 393–396,
398, 400 f., 408, 411 f.

– Ausländer 19, 37, 40, 57, 188 f., 193 ff.

Kinder(tages)betreuung 25, 35, 37–41, 43–45, 116, 335,
378 f., 381, 393 f., 408

Kindergeld 125, 132, 134, 259 f., 268

Kinder- und Jugendhilfe 259 f., 276–279

Kinderlosigkeit 42–44

Kinos 342

Kirchen/Kirchenbindung 354 ff.

Klassenlagen 177, 180–187

Klimaschutz 414 f.

Kohle 331, 333

Kohlendioxid 332–334

Konfessionszugehörigkeit 354 ff.

Konsumausgaben privater Haushalte *s. auch Haushalte, private*

Konzerte 341 f.

Körperschaftsteuer 88

Kraftfahrzeuge (Bestand) 306 f. *s. Lastkraftwagen;*

Personenkraftwagen

Kraftfahrzeugsteuer 339

Krankenhäuser 225–228

– Personal, Pflegepersonal 226–228, 230

s. auch Gesundheitspersonal

Krankenhauspatienten 216–218

– Aufenthalt 244 f.

– Diagnosen 216 f.

– Operationen, Behandlungen 217 f.

Krankenversicherung

– gesetzliche 259 f., 262

– private 234, 246

Krankheit(en) 215–221

Krankheitskosten 236–238

s. auch Arbeitsausfall, krankheitsbedingter

Kriegsopferfürsorge 263 f., 271 f.

Kriminalität 287, 289 f. 297–301

– Betroffenheit (Opfer) 289 f.

– im europäischen Vergleich 300

– Furcht 299

– Sorgen 297, 381 ff.

Kultur/Kultureinrichtungen 85, 87, 103, 138–142, 199, 341 f.,

350, 353, 358 f., 361, 375

Kurzarbeit/ Kurzarbeitergeld 98, 107, 118 f.

Länderfinanzausgleich 88 f.

Länder der Bundesrepublik Deutschland *s. Bundesländer*

Land- und Forstwirtschaft 103

Landschaftsqualität 337 f.

Landtagswahlen 368 f.

Lärmbekämpfung 338

Lastkraftwagen 306 f., 311–313

- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 263, 267 f.
- Lebensbedingungen
- Ausländer 193 f.
 - Aussiedler 193 f.
 - Europa 193 f.
 - regionale 327 ff.
 - nach sozialen Lagen 175 f.
 - Zuwanderer 193 f.
- Lebenserwartung 14 f., 20–22, 30, 223, 248 f., 252, 256 f., 323, 400, 412 f.
- Lebensgemeinschaften *s. auch Paare*
- gleichgeschlechtliche 28
 - nichteheliche 26–28, 32–34, 36 f.
- Lebenslanges Lernen 65–67
- Lebensqualität 162, 176, 244, 297 f., 337–383, 422 ff.
- Lebensstandard 162, 176, 327 ff., 388 f., 417 f.
- Ältere 194 f.
 - Ansprüche 176, 388 f.
 - regional 327 f.
 - Zufriedenheit 329, 418 f.
- Lebenszufriedenheit, allgemeine 328 f., 377–382, 424 f.
- s. Zufriedenheit*
- Lehrkräfte 49, 53, 61, 70
- Leiharbeiter 74, 100
- Leistungsgruppen 120, 122 f.
- Lernaktivitäten im Erwachsenenalter 49, 65–67
- Löhne 77, 122, 253, 281 f., 407 *s. Verdienste*
- Lohnersatzleistungen 98, 107
- Lohnnebenkosten/Lohnzusatzkosten 127–129
- Lohnsteuer 77, 89, 126, 128
- Lohnstückkosten 77
- Luftbelastung/-reinhaltung 194 f., 303, 332–336, 338
- Luftfahrt 306–313
- M**asterstudium 50, 60 f.
- Mediennutzung 343–349
- Mehrwertsteuer/Umsatzsteuer 88 f.
- Mieten/Mietbelastung 211 f.
- Mietwohnungen 210 ff.
- Migranten/Migrationshintergrund 193–199
- s. Bevölkerung mit Migrationshintergrund*
- Mikrowellengerät 142 f.
- Mikrozensus 25, 98 f., 215
- Mindestlöhne 125 f.
- Mindestsicherungssysteme, soziale 263–272
- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld 263–267
 - Asylbewerberleistungen 263 f., 270 f.
 - Grundsicherung im Alter 263 f., 268–270
 - laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 263 f., 267 f.
 - Kriegsopferfürsorge 263 f., 271 f.
- Mitgliedschaft in Organisationen 358 ff., 373–376
- Berufsverbände 374–376
 - Gewerkschaften 374 ff.
 - Parteien 369, 373–376
 - Sportvereine 343, 374 f.
- Mobilität
- räumliche 315–319
 - soziale 180–187
 - vertikal und horizontal 184 f.
- Mobiltelefon *s. Handy*
- MP3-Player 143
- Museen 342
- Mutterschutz 109, 127 f.
- N**achhaltigkeit/Nachhaltigkeitsstrategie 331–338
- Nachhaltigkeitsindikatoren 334–338
- Nahrung/Nahrungsmittel 81, 83 f., 138–141, 267
- Navigationsysteme 145 f.
- Nettoäquivalenzeinkommen 151–154
- Nettoeinkommen/-verdienste 33 f., 77, 126, 135–137, 141 f., 145, 147, 150, 162–164, 192, 197, 274, 317, 351
- Nichterwerbspersonen 101, 107, 219
- Nichterwerbstätige 65, 109, 113 f., 116, 134 f., 137, 139 f., 168, 173–179, 363

Niedrigeinkommen 163-166

Niedriglöhne 123-125

Notare/Notarinnen 288

Offene Stellen 105-107

Öffentlicher Dienst 86 f., 93 f., 260

- Personal 93 f.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit 89 f.

Öffentliche Finanzen 85-93 *s. Haushalte, öffentliche*

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen 91-93

Öffentliche Haushalte *s. Haushalte, öffentliche*

Öffentliche Sicherheit 85, 87, 287, 297-301

Öffentliche Unternehmen 91, 338

Öffentlicher Personennahverkehr 308 f.

Ökologie *s. Umwelt*

Onlineeinkäufe 348 f.

Organisationen

- Aktivität 358 f., 373-376

- Mitgliedschaft 373-376

Orientierungsstufe 50

Paare 25-28, 31. f., 37, 130, 133-137, 140 f.,

144-146, 192, 307, 351, 402 *s. auch Ehepaare*

Parteien, politische 365-370

Parteimitgliedschaft 369 f., 373-376

Partizipation, politische 359 ff., 365-370, 373-376

Partnerschaften 25, 27, 46

Pensionäre/Pensionen 87 f., 92-94, 100, 132, 134 f., 137,

260 f., 272 f., 361 f.

Personenkraftwagen 147 f., 306-310, 315-319, 323, 413 f.

Personenverkehr 303, 307-310, 315-319, 323

- Prognose 310

- Verkehrsbranche 308 f.

Pflegebedürftigkeit 218, 220 f., 262 f.

Pflegedienste/-personal 220 f., 227-230, 245, 256, 262

Pflegeheime 220 f., 225, 235, 265

Pflegequote 220, 230

Pflegeversicherung, soziale 259 f., 262 f.

PISA-Studie 49, 54 f., 403

Politik

- Beteiligung 371-376

Polizeiarbeit, Zufriedenheit mit 301

Preise *s. Verbraucherpreise*

Primärenergie/Primärenergieverbrauch 332-334

Private Haushalte *s. Haushalte, private*

Privatinsolvenzen 148 f.

Privatschulen/-schüler 53

Produktivität 77, 97, 333 f.

Produzierendes Gewerbe 103, 119

- Arbeitszeiten 119-121

- Leistungsgruppen 120

- Verdienste 119-121

Promotion 60 f.

Qualifikation berufliche/schulische 41, 49, 57, 62, 67, 102,
113 f., 122, 125, 190, 192, 196, 253

Rauchen/Rauchverhalten 224

Räume

- Agglomeration 318, 320-324

- ländliche R. 318, 320-324

- verstädterte R. 318, 320-324

Raumtypisierung 322

Realschulen 50-52

Rechtsanwälte/-innen 288

Rechtsprechung 287 f.

Regionale Lebensbedingungen 320-324

Rehabilitation *s. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen*

Reiseverhalten der Deutschen 310

Religion/religiöses Leben 354 ff., 388 ff.

Renten/Rentner/-innen 71, 83, 99-101, 127 f., 131 f., 134 f.,

137, 163 f., 168, 174-176, 179, 192, 197, 199, 234, 257, 259,

261–263, 268 f., 272 f., 279, 280–285, 318 f., 361 f., 375,
389–392, 408, 422
Rentenversicherung, gesetzliche 256, 259–262, 280, 400
Rentenzugang 280–285
Richter/-innen 288
Rohstoffe/Rohstoffverbrauch 332 f.
Rückkehrhilfegesetz 18 f.
Ruhestand 94, 109, 153–155, 170

Säkularisierung 354–357

Säuglingssterblichkeit 223
Schadstoffe 331–334
Schichteinstufung, subjektive 177–179
Schienenfahrzeuge/-netz 307
Schiffe/Schifffahrt 307
Schulden öffentlicher Haushalte *s. Haushalte, öffentliche*
Schuldnerberatungsstellen 131, 148
Schulabschlüsse
– allgemeine 53, 68 f.
– berufliche 53, 68 f.
Schulen 49–54, 93
– allgemeinbildende 49–54, 93
– berufliche 48 f., 52 f., 93
– des Gesundheitswesens 50, 52
Schüler/-innen 49–57
– Ausbildungsförderung 54
– Ausgaben für 54
– Migrationshintergrund 54–57
– sozialökonomischer Status 54–57
– Zahl 49, 51
Schwerbehinderte 218–220
Seeschifffahrt 307
Selbstrekrutierungsraten 180 f.
Selbstständige/Selbstständigkeit 123, 134 f., 137, 139 f.,
148 f., 168, 174–179, 180–184, 198, 262, 409
Sicherheit, öffentliche 85, 87, 93 f., 287, 297–301
– Wahrnehmung, Bewertung 297–301

Siedlungsstruktur 320 ff.
Siedlungs- und Verkehrsfläche 332–334
Singles 169 f., 208, 212 *s. Alleinlebende*
Solidaritätszuschlag 89, 126, 135 f.
Sondervermögen des Bundes 86, 88, 93
Sorgen 382 f.
– Arbeitsplatz 382 f.
– Kriminalität 297 f.
Sozialabgaben 135 f.
Sozialbeiträge 77, 91, 260, 327
Sozialbudget 259–263, 279
Soziale Auf- und Abstiege 182–185
Soziale Ausgrenzung 148, 151, 158–160
Soziale Beziehungen 422 ff.
Soziale Distanz zu Ausländern 200 ff.
Soziale Herkunft 55, 180–183, 186 f.
Soziale Lagen 173–179
Soziale Mobilität 180–187
Soziale Schichtung 173–179
Soziale Sicherung 45, 85, 87, 93 f., 117, 164, 249, 259–279,
421 f.
Sozialhilfe/-empfänger 100, 105, 132, 134, 152, 259 f.,
263 f., 267–270, 278
Sozialleistungen 100, 119, 127, 129, 154 f., 192, 259, 263,
269, 271, 411
Sozialpolitik/Sozialstaat 151 f., 154, 421 f.
– Bewertung (EU) 421 f.
Sozialstruktur 173–179, 180–187
Sozialversicherung 85, 92–94, 97 f., 119, 121, 126, 128, 131,
135 f., 152, 234, 259 f., 279
Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) 432
Spenden 358, 362 f.
Sport/Sportverbände 343
Staatsanwälte/-innen 288
Staatsschulden *s. Haushalte, öffentliche*
Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
(Eurostat) 71, 128, 164, 399, 410, 415 f.
Sterbealter 223

Sterbefälle/Sterblichkeit 13–15, 222 f.
Sterbeziffer 221–223
Steuern 85, 87–89, 126, 133, 135 f.
– umweltbezogene 339
Stiftungen 358 f.
Straffälligkeit/Straftaten 289–294
Strafdelikte/Deliktstruktur 291 f.
– Aufklärungsquote 290
Strafverfolgung/Strafverfahren 287, 289–294
Strafvollzug 294 f.
Straßenbahnen 305, 307–309
Straßennetz 304
Straßenverkehrsdelikte 291
Straßenverkehrsunfälle, Getötete und Verletzte 313 f.
Studienanfänger/-quote 59 f., 63, 70, 335, 404
Studienfächer 59 f.
Studierende 59 f.
– Ausländer 63 f.
– im Ausland 64
Suizid 222

Tabaksteuer 89

Tarifverdienste/-erhöhungen 117 f.
Tarifverträge/-abschlüsse 117 f.
Teilzeitarbeit/Teilzeitbeschäftigte 36 f., 62, 93,
100, 109–116, 122–124, 168, 196, 221, 226,
231–233, 240 f., 243, 245 f., 274, 359, 379–381,
406, 408, 420
Telefone (Festnetz) 144–146 *s. auch Handy*
Teuerung/Teuerungsraten 83 f.
Theater 321, 341 f., 350
Todesursachen 221 f.
Transeuropäisches Verkehrsnetz 304
Transferleistungen des Staates 25, 118, 131–134,
150, 263, 327
Treibhausgase 332–334, 414 f.

Übergewicht 224 f., 242 f., 248

Überschuldung, private 148 f.
Übersiedler 17
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer 88 f.
Umwelt 303, 331–339 *s. auch Nachhaltigkeit*
Umweltbezogene Nachhaltigkeitsindikatoren 334–338
Umweltbezogene Steuereinnahmen 339
Umweltökonomische Gesamtrechnungen 331 f.
Umweltökonomische Trends 331–334
Umweltressourcen 332–334
Umweltschutz 303 f., 338 f., 370, 375
– Ausgaben 338 f.
Unfälle *s. Verkehrsunfälle*
Unfallverletzungen 215 f.
Unfallversicherung, gesetzliche 259 f.
Ungleichheit
– Einkommen 162 ff.
– Gesundheit 247–258
– soziale 152, 154, 163–166, 173
– strukturelle 173
Universitäten 50 *s. Hochschulen*
Untergewicht 224
Unterhaltung (Freizeit-) 138–142, 341, 350–353
– Ausgaben für 350–353
Unterhaltungselektronik 143 f.
Unternehmen, öffentliche *s. Öffentliche Fonds, Einrichtungen
und Unternehmen*
Unternehmensdienstleister 73 f., 103
Urlaub/Urlaubsdauer 341

Verarbeitendes Gewerbe 73, 119, 121, 124

Verbraucherpreise 83 f., 117, 120, 128
Verbraucherpreisindex 83 f., 120, 136, 234, 405
Verdienste 117–129
Vereine 343, 358 f.
Vererbung von Klassenpositionen 182 ff.

Verfahren *s. Strafverfolgung /Strafverfahren*
 Verkehr 72–74, 83 f., 92, 103, 119, 121, 124, 138–142,
 252, 303–314, 315–319, 331–338, 414
 Verkehrsinfrastruktur 304–306
 Verkehrsleistungen 308–313
 Verkehrsunfälle 303, 313 f.
 Versicherungsgewerbe 117 f., 124
 Vertriebene 17, 24, 188, 374
 Verurteilte 291 f.
 Videokamera 142 f.
 Volkseinkommen 72, 76 f.
 Volkshochschulen 69
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 71–78, 98
 Volkszählung 11 *s. auch Mikrozensus*
 Vollbeschäftigung 105
 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 225, 228–230

Wägungsschema 83 f.

Wahlberechtigte 365–369, 376
 Wahlbeteiligung 365, 367–370, 372 f.
 Wahlen 365–372
 Wahlstatistik 367
 Wälder 337 f.
 Wanderungsbewegungen (Migration) 15–18, 21 f.
 Warengruppen (Export) 81
 Warenkorb 83
 Wäschetrockner 143
 Wasserabgabe/-entnahme aus der Natur 332–334
 Weiterbildung 49, 65–67, 69 f., 127, 347, 403, 409
 Werte 385–389
 – materielle und postmaterielle 385 ff.
 Wirtschaft 71–78, 79–82, 85–88, 91–95, 103 f., 106 f., 120,
 123–125, 236, 253, 303, 320 f., 325, 331–334, 374 f., 391 f.,
 399, 403–405
 Wirtschaftskrise 72, 80, 85, 91, 106, 108, 118–120, 129, 303,
 308 f., 311 f., 406, 409, 419, 424–426
s. auch Finanzmarktkrise
 Wohlbefinden
 – Europa 424 f.
 – physisches, psychisches 244, 247 f.

– subjektives 377–382
 Wohlfahrt 176, 377 ff.
 Wohlstand 97, 150, 152, 164 f., 172 f., 280, 304, 326, 363,
 379 f., 383, 385, 388 f., 410 f., 417
 – Bewertung Verteilungsgerechtigkeit 338 f.
 Wohneigentum 131, 175, 207 f.
 Wohnen/Wohnungen 138–142, 156–160, 194 f., 207–214,
 320, 328–330, 377, 381, 412, 417 f.
 – Größe 209 f.
 – Zufriedenheit 213 f., 417 f.
 Wohngebäude
 – Beurteilung Zustand 208 f.
 Wohngeld 134, 211, 213, 259 f., 272–276
 Wohnkosten 74, 157–159, 210 ff.,
 Wohnraumversorgung 209 f.
 Wohnsituation 159 f., 194 f., 208 f.
 Wohnzufriedenheit 213, 377, 417 f.

Zeitarbeit/Zeitarbeiter 122 f.

Zivilengagement 358–363
 Zivilgesellschaft 358–363
 Zufriedenheit in Lebensbereichen 328 f., 377–382, 417–425
 – Arbeit/Arbeitsplatz 377 f., 380
 – Arbeitsbedingungen 420 f. (EU)
 – Arbeitsmarkt 420 f. (EU)
 – Bevölkerungsgruppen 379 ff.
 – Einkommen 377–381
 – Familienleben 46
 – Freizeit 378 f.
 – Gesundheit 241 f., 378 ff.
 – Haushaltseinkommen 378 ff.
 – Kinderbetreuung 377 ff.
 – Lebensstandard 378 ff., 418 f. (EU)
 – Lebenszufriedenheit 329, 377–382, 424 f. (EU)
 – öffentliche Sicherheit 300 f., 329
 – Tätigkeit im Haushalt 46 f., 377 ff.
 – Wohnen/Wohnung 213 f., 377 ff.
 Zukunftserwartungen 389–392
 Zusammenhalt, sozialer 422 ff.
 Zuwanderer 11, 63, 189, 191–199, 325



2011